

ERNEST HAMBURGER

Juden im öffentlichen Leben Deutschlands

*Schriftenreihe
wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts*

19

Mohr Siebeck

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN
DES LEO BAECK INSTITUTS

JUDEN
IM ÖFFENTLICHEN LEBEN
DEUTSCHLANDS

Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der
monarchischen Zeit

1848 — 1918

von

ERNEST HAMBURGER



1968

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Die Memorial Foundation for Jewish Culture, New York, hat zur Veröffentlichung dieses Werkes finanziell beigetragen

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

©

Ernest Hamburger

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1968

Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘ (CC BY-SA 4.0).

Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Printed in Germany

Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen

Einband: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

ISBN 978-3-16-829292-0 / eISBN 978-3-16-163132-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

VORWORT

Die vorliegende Arbeit macht es sich zur Aufgabe, das Erscheinen und Wirken der Juden in deutschen Parlamenten und im öffentlichen Dienst bis 1933 darzustellen. Sie will das Ringen der Juden um ihre Aufnahme in die gesetzgebenden Körperschaften und die staatlichen Exekutivorgane schildern. Sie will ferner ein Bild derjenigen zeichnen, die im Reichstag und in den Landtagen als Abgeordnete oder in leitenden Stellen in Regierung, Verwaltung und Justiz hervorgetreten sind. Damit soll das Werk einen Beitrag zur Geschichte der Juden in Deutschland und zur deutschen Geschichte selbst liefern; denn die Emanzipation der Juden im allgemeinen und im öffentlichen Leben im besonderen ist ein Bestandteil der deutschen Geschichte. Sie hat sich im Rahmen der geistigen und sozialen Strömungen vollzogen, die Deutschlands Entwicklung im 19. Jahrhundert beeinflußt haben, und hat diese Strömungen wiederum in manches neue Bett gelenkt. Einzelne Juden sind als Parlamentarier oder als Regierungsmitglieder zu historischen Persönlichkeiten geworden.

Die Untersuchung dieses Prozesses, die Schilderung der beteiligten Personen und der Förderung sowie der Hindernisse im Kampf um die Emanzipation ist wichtig zur Kenntnis und Beurteilung der damaligen Zeit. Sie wirft auch manches Schlaglicht auf die spätere Periode, die mit der Auslöschung des deutschen Judentums und der Zerstörung des Reichs geendet hat.

Die Arbeit zeigt zunächst die etappenweise Zulassung der Juden in die traditionellen Bereiche der staatlichen Tätigkeit: Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung. Die Aufnahme von Juden in diese staatlichen Organe vollzog sich überaus zögernd: die Gesetzgebung, die sie ermöglichte, kam spät, im allgemeinen in der Periode zwischen der Revolution von 1848 und der Gründung des Reichs. Die Praxis blieb zeitlich hinter der Gesetzgebung zurück, oft widersprach sie ihr.

Die Darstellung wendet sich sodann dem Auftreten von Juden in den gesetzgebenden Körperschaften zu. Es wurde möglich durch die Gewährung des passiven Wahlrechts seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die deutschen Parlamente waren Produkte eben dieses Jahrhunderts. In Preußen und in manchen anderen norddeutschen und mitteldeutschen Staaten sind den Juden die Tore des Parlaments nicht später als den anderen Bürgern geöffnet worden. Um die Beteiligung der Juden an der Arbeit der gesetzgebenden Körper-

schaften richtig würdigen zu können, beschäftigt sich ein Kapitel mit der Zuerkennung des aktiven Wahlrechts an sie und mit ihrem Verhalten als Wähler.

Die Betätigung der Juden auf kommunalem Gebiet liegt außerhalb des Rahmens dieser Studie. Der erste Teil, der hier vorgelegt wird, umfaßt die monarchische Zeit. Der zweite Teil wird sich mit der Weimarer Republik befassen. Soweit Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Verwaltungsbeamte der monarchischen Zeit auch in der Weimarer Republik tätig waren, ist ihr Wirken in der republikanischen Periode in dem hier vorliegenden Teil nur so weit berührt worden, als es zum Verständnis ihrer Personen unentbehrlich war. Eine gründlichere Darstellung dieser Epoche ihrer Tätigkeit ist dem zweiten Teil vorbehalten. Dagegen enthalten die Kurzbiographien zu Beginn der Schilderung aller bedeutenderen, hier behandelten Personen ihre wichtigsten Lebensdaten bis zu ihrem Tode, unabhängig von dem Zeitpunkt, in dem dieser erfolgt ist. Die Verleihung von Titeln, Orden und Ehrenzeichen ist darin nur dann erwähnt, wenn besondere Umstände es angezeigt erscheinen ließen.

Die Zahl der Männer und Frauen jüdischer Herkunft, die im öffentlichen Dienst oder im Parlament wirkten, war nicht groß. Der Zeitraum, während dessen sich ihre Tätigkeit vollzog, war kurz. Die Zahl der auf diesen Gebieten tätigen Juden blieb weit hinter der Zahl derer zurück, die maßgebend in der deutschen Wirtschaft oder in freien Berufen gewirkt haben. Die Dauer ihrer Tätigkeit erstreckte sich von 1848 bis zum Ende der Weimarer Republik. Im Revolutionsjahre bot sich den Juden zum erstenmal Gelegenheit, als Parlamentarier hervortreten. Ihr Wirken an amtlichen Stellen setzte, abgesehen von Sonderfällen, die deutlich Ausnahmeharakter tragen, nicht vor der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts ein. Regionale und lokale Kräfte, die durch den deutschen Föderalismus politische Bedeutung gewannen, haben den Verlauf der Ereignisse verschieden beeinflußt. Dennoch bleibt ein gemeinsames Ergebnis: als 1933 der Nationalsozialismus zur Macht kam und der Beteiligung der Juden am öffentlichen Leben ein Ende bereitete, war ein Zeitraum von nicht mehr als etwa 80 Jahren vergangen.

Trotz der nicht großen Zahl und der Kürze der Zeit hat das Erscheinen von Juden in Stellen, in denen sie staatliche Hoheitsrechte ausübten, ungewöhnliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Dies erklärt sich aus der hohen Bewertung von Regierung und Verwaltung im deutschen Obrigkeitsstaat. Die Besetzung solcher Positionen durch Juden erschien weiten Kreisen als eine Anomalie. Da eingewurzelte gesellschaftliche Vorstellungen abrupte Veränderungen staatlicher Verhältnisse überleben, wirkte diese Anschauung in der Weimarer Republik in breiten Schichten nach. Der Nationalsozialismus fand daher in seiner Propaganda gegen die Juden im öffentlichen Dienst ein leicht zu beackertes Feld vor.

Was die Parlamente betrifft, so erfreuten sie sich in Deutschland keineswegs des Ansehens, das der Exekutive entgegengebracht wurde. Dennoch fand das Erscheinen und die Wirksamkeit von Juden auch im Reichstag und in den Landtagen starke Beachtung. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß die Tätigkeit der Parlamentarier in Wort, Schrift und Bild von der Öffentlichkeit intensiv verfolgt wird und daß die politischen Auseinandersetzungen weitgehend um die Haltung der Parteien und ihrer Träger kreisen. Angesichts der Rolle, die die antisemitische Bewegung in der monarchischen Zeit und in der Periode der Weimarer Republik gespielt hat, waren Juden in den Parlamenten zahlreichen Angriffen ausgesetzt. Diese haben wiederum eine Apologetik in Wort und Schrift hervorgerufen, an der Juden hervorragend teilgenommen, bei der sie aber nicht allein gestanden haben.

Diese Darstellung soll keine Apologetik post mortem sein. Das deutsche Judentum existiert nicht mehr. Die Zeit der Mitwirkung der Juden am deutschen öffentlichen Leben ist vorbei. Die Tatsache, daß sich vereinzelt Juden in Parlamenten und in hohen Posten der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik befinden, ändert daran nichts. Eine Apologetik ist aber auch deswegen überflüssig, weil die Geschichte ihr Urteil viel eindrucksvoller gesprochen hat, als der Autor eines Buches es vermöchte. Das Wort des Historikers Heinrich von Treitschke „Die Juden sind unser Unglück“, hatte einst einen lauten Widerhall. Mehr als ein halbes Jahrhundert, nachdem er es in die Massen des deutschen Volkes geschleudert hatte, bekannte der Justizrat Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes und einer der einflußreichsten Vorläufer des Nationalsozialismus, daß dieses Wort ihm als Student in Fleisch und Blut übergegangen sei und einen wesentlichen Teil seiner politischen Arbeit bestimmt habe¹. Unter einem Regime, das die Juden politisch ohnmächtig gemacht, wirtschaftlich ruiniert, kulturell aus dem deutschen Geistesleben ausgeschlossen und schließlich ausgerottet hat, hat Deutschland sein größtes Unglück seit dem 30jährigen Kriege und die fürchterlichste Katastrophe seiner Geschichte erlebt. Die Feder hat dem nichts hinzuzufügen.

Die Anteilnahme der Juden an deutscher Obrigkeit und am parlamentarischen Wirken ist viel farbenreicher, als gemeinhin angenommen wird. Sie unterlag wichtigen, historisch bedingten Eigentümlichkeiten, wie sich aus der Darstellung ergeben wird, aber sie war genauso vielfältig wie das deutsche öffentliche Leben selbst. Es gab in Deutschland keine politische Partei, der nicht dann und wann Juden im Parlament angehörten – von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten. Sie wurden für kürzere oder längere Zeit in der monarchischen, revolutionären oder republikanischen Periode zur Leitung von Ministerien, in hohe Posten der Verwaltung und Justiz berufen. Sie waren in guten und in unglücklichen Zeiten Mitwirkende am deutschen Ge-

¹ Claß, *Wider den Strom*, S. 15 f.

schehen. Sie haben eine Mitverantwortung getragen, Anteil an großen Leistungen, aber auch an Fehlern und Versäumnissen der deutschen Politik gehabt. Die verbrecherische Aktion, die den Untergang des deutschen und des größten Teils des europäischen Judentums verschuldet hat, wird noch für eine unabsehbare Zeit nicht aus der Erinnerung verschwinden. Das Bewußtsein dessen verlangt von dem jüdischen und nichtjüdischen Historiker Takt in der Behandlung von Fragen des deutschen Judentums. Es entbindet aber nicht von der Erforschung und der Darstellung der geschichtlichen Wahrheit.

Das glücklich geprägte und von Scharen von Historikern aufgenommene Bekenntnis von Publius Cornelius Tacitus zu einer Geschichtsschreibung *sine ira et studio* verliert aber besonders in einer Zeit wie der unseren seinen Sinn, wenn es zu einer wesenlosen Objektivität führt. Tacitus selbst hat ungeachtet der Proklamation dieses Prinzips voller Zorn den Römern vorgeworfen, daß sie sich in der Zeit des Übergangs von der Herrschaft des Augustus zum Regiment des Tiberius in die Knechtschaft förmlich gestürzt haben. Er preist seine Helden und verdammt gnadenlos die von ihm verworfenen Herrscher. Friedrich Meinecke hat 1946 die *Deutsche Katastrophe* in tiefer innerer Erregung beschrieben. Ich kann mich also auf Meister der geschichtlichen Darstellung berufen, wenn ich zugebe, daß ich mich bei der Abfassung des vorliegenden Werkes von solchen Empfindungen nicht frei fühlte. In der Beurteilung der Juden im öffentlichen Leben Deutschlands und des geschichtlichen Rahmens, in dem sich ihr Wirken vollzogen hat, habe ich mich von dem ernstesten Bemühen um historische Wahrheit leiten lassen, ohne meine persönliche Einstellung zu verleugnen.

Dies gilt sowohl für diejenigen, mit deren Auffassungen und Handeln ich mich verwandt fühle, als auch für diejenigen, denen ich innerlich fremd oder ablehnend gegenüberstehe. Ich habe eine lebendige Erinnerung an das deutsche Kaiserreich und an die Weimarer Republik, der ich als Beamter und Parlamentarier gedient habe. Viele der hier geschilderten Menschen habe ich gekannt. Mit manchen war ich befreundet, von nicht wenigen habe ich gelernt. Im Gedenken an alle jüdischen und nichtjüdischen Kollegen in Amt und Mandat, die im Kampf für hohe Ideale Opfer der unmenschlichen Tyrannei des Nationalsozialismus geworden sind, habe ich dieses Buch geschrieben. Mit vielen, von denen ich persönliche Eindrücke nicht mehr empfangen konnte, Männern von 1848 und der Bismarckzeit, fühle ich mich innerlich verbunden: sie sind durch die gleichen Hoffnungen und Enttäuschungen, durch die gleiche Anerkennung und Verfemung hindurchgeschritten. Die Spuren davon werden die Leser entdecken.

In die vorliegende Darstellung sind nicht nur diejenigen einbezogen worden, die sich zum Judentum bekannten. Sie umschließt vielmehr auch Dissidenten, getaufte Juden und Abkömmlinge getaufter Juden, die schon als Christen geboren sind. Sie befaßt sich nicht mit den „Halbjuden“ oder anderen

„Bruchteiljuden“, für die das nationalsozialistische Regime ein dichtes Gewebe von Vorschriften erlassen hat – ein makabres Beispiel preußischer Gründlichkeit im Dienste des nationalsozialistischen Gedankens.

Wenn in der vorliegenden Schrift ausnahmsweise ein Halbjude erwähnt wird, so ist der Grund dafür ausdrücklich angegeben.

Die Beschränkung der Darstellung auf Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft wäre unter dem Aspekt der behandelten Zeit nicht vertretbar. Während des größten Teils dieser Zeit wurden auch die aus dem Judentum ausgeschiedenen Juden von ihrer Umwelt als Juden angesehen. Dies geschah zuweilen in einem Zusammenhang, in dem ihnen und ihren Leistungen Anerkennung gezollt wurde. Zuweilen wurde es einfach als Tatsache registriert, oft auch in der Polemik gegen sie hervorgehoben. Sowohl die Regierungen bis 1918 als auch das Volk in der Zeit des Kaiserreichs und der Republik haben in einer mit den Zeitverhältnissen wechselnden Dosierung beide Faktoren, Religionszugehörigkeit und Abstammung, in Betracht gezogen.

Die deutschen Juden selbst, gleichviel ob sie orthodox, liberal oder Zionisten waren, haben diejenigen, die das Judentum verlassen haben, grundsätzlich nicht mehr als Juden angesehen. Die jüdische Öffentlichkeit und Presse haben diesen Grundsatz jedoch nicht immer strikt innegehalten. Jüdische Sammelwerke zählen durchweg Personen jüdischer Abstammung unterschiedslos auf, zuweilen mit, zuweilen ohne Angabe des religiösen Bekenntnisses. Ebenso haben die Juden, die die jüdische Gemeinschaft verlassen haben, in nicht wenigen Fällen das Bewußtsein ihrer Herkunft beibehalten. Wenn es in ihnen zu verblassen drohte, sorgte die Umwelt dafür, daß es nicht verloren ging. Sie reagierten darauf sehr unterschiedlich, die einen mit einem gewissen Stolz oder im Gefühl einer mehr oder minder starken Verbundenheit, andere aber mit dem Bestreben, ihren Ursprung nach Möglichkeit zu verbergen und vergessen zu machen.

Die Einbeziehung aller Personen jüdischer Abstammung in diese Untersuchung steht also im Einklang damit, daß eine besondere jüdische Wesensart stets, auch von den Juden selbst, empfunden wurde. Diese Sonderart erklärt sich aus einer uralten jüdisch-religiösen Tradition, in der bestimmte Werte gepflegt wurden, aus dem jüdischen Schicksal im allgemeinen, aus der durch die Geschlechterfolgen hindurch hochgehaltenen Achtung vor Lernen und Wissen, aus dem Sinn für Dialektik, der sich aus der Auslegung des Gesetzes entwickelt hat. Aber auch Eigenschaften, die aus dem Jahrhunderte währenden Zustand der Unterdrückung entstanden sind, haben dazu beigetragen; ferner die Einseitigkeit beruflicher Gliederung, die auf die gesellschaftliche Schichtung und die staatliche Gesetzgebung vor der Emanzipation zurückgeht.

So sehr die jüdische Sonderart empfunden wurde – mehr jedenfalls als die Verschiedenheit zwischen den deutschen Stämmen –, hat sie doch nicht zu allen

Zeiten und in allen Schichten zu einer feindseligen Ablehnung der Juden geführt. Theodor Mommsen hat es positiv bewertet, daß dem germanischen Metall einige Prozent Israel beigesetzt waren². Man kommt auch zu unhaltbaren, ja absurden Schlußfolgerungen, wenn man spezifische Züge jüdischen Wesens in jeder Person zu entdecken sucht, die jüdischer Abstammung ist. Andererseits kann man manches, woran man Juden äußerlich oder nach ihrer Wesensart zu erkennen glaubt, auch in Nichtjuden wiederfinden. Für beides fehlt es an Beispielen nicht. Eine in manchen Gegenden Deutschlands Jahrhunderte alte Existenz jüdischer Familien auf deutschem Boden, die deutsche Schule, der Militärdienst, in Norddeutschland das Preußentum haben auf die Juden des 19. Jahrhunderts tief eingewirkt und den Prozeß der Assimilation gefördert, die die meisten von ihnen erstrebt haben. Die Abstammung behielt ihre Bedeutung. Aber sie „ist eine, aber nur *eine* unentbehrliche Komponente im Zustandekommen dessen, was wir als menschliche Kultur erarbeiten und schätzen“³. Wäre das Element der Abstammung allein entscheidend gewesen, und wäre es von allen Schichten und in jeder Beziehung stets als unvereinbar mit dem deutschen Volkscharakter angesehen worden, so hätte es Juden in deutschen Parlamenten und im öffentlichen Dienst nie gegeben. Ob und inwiefern sich die Komponente der Abstammung in der öffentlichen Tätigkeit der Juden bemerkbar gemacht hat und bestimmbar ist, wird in der Darstellung zu untersuchen sein.

Ich habe mich bemüht, alle jüdischen Beamten und Richter in leitenden Stellungen sowie alle zu deutschen Parlamenten gewählten jüdischen Abgeordneten zu erfassen. Für die Bürgerschaftsmitglieder der Stadtstaaten Frankfurt am Main (bis 1866) und Hamburg ist Vollständigkeit nicht erstrebt. Beamte und Richter in nicht führenden Positionen sind nur dann namentlich aufgeführt worden, wenn ein besonderes Interesse damit verknüpft war; sei es, daß sie in Behörden arbeiteten, in die Juden nur in ungewöhnlichen Fällen gelangten, sei es, daß ihr Leben und ihre Laufbahn aus anderen Gründen bemerkenswert erschienen. Auf dem Gebiet des akademischen Unterrichts ist vor allem den bedeutendsten Gelehrten ein Platz eingeräumt worden, die als Lehrer des öffentlichen Rechts und des Völkerrechts an der Formung der Reichs- und Staatsbeamten mitgewirkt haben. Für alle anderen Kategorien in Amt und Unterricht ist eine Aufzählung ähnlich der in dem verdienstvollen Werk „*Juden im deutschen Kulturbereich*“ und in dem vornehmen Motiven entsprungenen, von Annedore Leber herausgegebenen Buch „*Doch das Zeugnis lebt fort*“ nicht beabsichtigt. Das wichtige Werk Jacob Tourys „*Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland*“ konnte nur noch in einigen Fußnoten berücksichtigt werden, da es erst nach Abschluß des Manuskripts des vorliegenden Bandes erschienen ist. Toury war bestrebt, die Stellungnahme

² Mommsen, Auch ein Wort über unser Judentum, S. 416 f.

³ A. Zweig, S. 109.

der Juden als Gesamtheit zu deutschen politischen Problemen herauszuarbeiten, und er hat dafür nach seiner eigenen Angabe überwiegend jüdische Quellen benutzt. Das vorliegende Werk beschäftigt sich nicht in erster Linie mit der Haltung der jüdischen Gemeinschaft als solcher, sondern mit den jüdischen Beamten und Parlamentariern und sucht ihre Probleme und Problematik, ihre Persönlichkeiten und ihren Beitrag zum politischen Leben in Deutschland zu werten. Dafür sind die Quellen nach der ihnen zukommenden Bedeutung, ohne sonstige Einschränkung, und die eigenen Erfahrungen des Verfassers verwertet worden. Tourys Buch ist dasjenige eines israelischen Historikers der jüngeren Generation. Das vorliegende Werk entstammt, wie erwähnt, der Feder eines einstigen deutschen Beamten und Parlamentariers jüdischen Stammes. Die Verschiedenheiten der Auffassungen in den beiden Büchern erklären sich weitgehend durch die Verschiedenheiten des Lebensweges und der Lebenserfahrung der beiden Autoren.

Für die Feststellung des Personenkreises waren mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Die Verzeichnisse der Abgeordneten in den Anlagen zu den Stenographischen Berichten der Parlamentsverhandlungen enthalten nichts über die Religionszugehörigkeit. Die Handbücher der Parlamente verzeichnen sie nur, soweit die Abgeordneten selbst Angaben dazu gemacht haben. Das ist in einer Reihe von Fällen nicht geschehen. Wo solche Angaben erscheinen, sagen sie nichts über die ursprüngliche Religionszugehörigkeit aus. Anhaltspunkte, die durch vermeintlich jüdische Namen gegeben sind, führen zuweilen in die Irre. Mein Name ist stets für unzweifelhaft jüdisch gehalten worden. Dennoch erwuchs mir ein Namensvetter in der Person des SA-Obersturmbannführers Fritz Hamburger, an dessen rein „arischer“ Abstammung angesichts seiner Stellung in der nationalsozialistischen Hierarchie kein Zweifel bestehen kann⁴. Soweit die jüdische Presse in Frage kommt, sind ihre Informationen nicht immer genau und oft unvollständig. Getaufte Juden werden von ihr nicht oder nur ausnahmsweise in Betracht gezogen. Eine Prüfung der jüdischen Sammelwerke zeigt manchmal unverständliche Unterlassungen und Irrtümer. In anderen Fällen wurde Vollständigkeit von ihnen nicht angestrebt. Diese Mängel sind leicht zu korrigieren, wenn es sich um historische oder auch nur bekanntere Persönlichkeiten handelt, die als Haupt- oder Nebenfiguren in der wissenschaftlichen oder politischen Literatur erscheinen. Bei den anderen habe ich versucht, auf einwandfreie Quellen zurückzugehen, und, soweit wie möglich, Vollständigkeit zu erreichen.

Material der nationalsozialistischen Zeit, das sich auf Juden bezieht, ist nur benutzt worden, wenn es weder vorher noch nachher in anderen Schriften veröffentlicht worden ist. Da Bücher und Artikel in der nationalsozialistischen Periode stets propagandistische Zwecke verfolgten, sind sie mit größter Vor-

⁴ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, April 1964, S. 210 und passim.

sicht ausgewertet worden. Auch wurde nicht übersehen, daß in vielen Fällen in diesen Veröffentlichungen „Bruchteilmjuden“ als Juden erscheinen.

Das vorliegende Buch verdankt seine Entstehung einer Anregung Dr. Max Kreutzbergers, des ehemaligen Direktors des Leo Baeck Instituts in New York. Zuerst war eine Schrift geplant, in der die Personen und das Wirken einiger gemeinsamer Freunde in Parlament und Verwaltung gewürdigt werden sollten. Daraus entwickelte sich in einem häufigen freundschaftlichen Gedankenaustausch die Idee, diesen Plan zu erweitern und den Beitrag der Juden zum öffentlichen Leben darzustellen, soweit er sich in Regierung, Verwaltung und Parlament widerspiegelte. Sowohl bei der Vorbereitung der Arbeit als auch bei der Lektüre des Manuskripts durch Dr. Kreutzberger habe ich von ihm zahlreiche Anregungen empfangen, die für die endgültige Fassung des Buches von großem Werte gewesen sind. Dr. Robert Weltsch, Präsident des Londoner Leo Baeck Instituts, hat das Manuskript der Schlußbetrachtung gelesen und mir mit manchem klugen Rate beigestanden.

Fräulein Irmgard Förg, die frühere Leiterin der Bibliothek und des Archivs des Leo Baeck Instituts in New York, sowie ihre Mitarbeiterinnen, Frau Ilse Blumenthal-Weiss und Frau Lou Landauer, haben mir wichtige Dienste bei der Benutzung dieser Einrichtungen des Instituts erwiesen.

Bei der Sammlung und Bearbeitung des Materials konnte ich mich vielfacher Hilfe erfreuen. Familienmitglieder, Nachkommen und Freunde der in diesem Buche aufgeführten Parlamentarier und Beamten, sowie andere mit ihrem Leben und Wirken vertraute Einzelpersonen haben in dankenswerter Weise Anfragen beantwortet und Informationen erteilt. Behörden, Archive und Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik haben mich durch eingehende Auskünfte in der entgegenkommendsten Weise unterstützt. Den Behördenleitern, vor allem den Archiv- und Bibliotheksdirektoren und ihren Mitarbeitern, den Leitern der sonstigen deutschen Institutionen und Institute, die Dokumente bereitgestellt, Literaturhinweise gegeben und Informationen erteilt haben, sowie den Vertretern jüdischer Organisationen in Deutschland sei gleichfalls an dieser Stelle herzlich gedankt. In den Abschnitten I und II der Quellennachweise sowie in den Fußnoten zum Text ist die von den Einzelpersonen, Behörden und sonstigen Institutionen geleistete Hilfe in jedem einzelnen Falle anerkannt. Dank sei auch Herrn Dr. E. G. Lowenthal in Frankfurt a. M., dem Vertreter des Leo Baeck Instituts in der Bundesrepublik Deutschland, gesagt, der durch die Beschaffung von Material, durch Mitteilungen und Hinweise in wirksamer Weise hilfreich gewesen ist.

Meine Frau hat sich an den oft mühsamen Forschungsarbeiten intensiv beteiligt und dadurch, sowie durch die Herstellung des Manuskripts, eine für das Zustandekommen des Buches entscheidende Hilfe geleistet. Ihr gebührt in erster Linie der Dank dafür, daß ich meine Aufgabe durchführen konnte.

INHALT

Vorwort	V
Abkürzungen	XXIII
Erklärung zum Verständnis der Anmerkungen	XXIV

Kapitel I

JUDEN IN REGIERUNG UND VERWALTUNG

1. Das Wesen des Obrigkeitsstaates	1
Der Obrigkeitsstaat Preußen	1
Einfluß Preußens auf den Westen und Süden Deutschlands	2
Verwaltungshierarchie und Militarismus	3
2. Die Periode der unvollständigen Emanzipation (1808–1847)	6
A. Zahlenmäßige Bedeutung und rechtliche Lage	6
B. Erste Emanzipationsperiode (1808–1815)	8
Vorbereitung und erste Etappe der Emanzipation	8
Das preußische Judenedikt von 1812	9
Süddeutsche Emanzipationsbestimmungen	10
Der Wiener Kongreß	11
C. Erste Reaktionsperiode (1815–1847)	12
Staatsbürgerliche Lage der Juden	12
Das preußische Judengesetz von 1847	15
Gedankengänge der Kurien des Vereinigten Landtags	17
Die Rede des Abgeordneten Otto von Bismarck	19
3. Die gesetzliche Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung (1848–1869)	21
A. Zweite Emanzipationsperiode (1848–1849)	21
B. Zweite Reaktionsperiode (1849–1858)	23
Die Reaktion in Preußen	24
Parlamentarische Vorstöße gegen Artikel 12 der preußischen Verfassung	24
Die Lage in den deutschen Mittelstaaten	26

C. Dritte Emanzipationsperiode (1859–1871)	27
Der Vormarsch des Liberalismus	27
Gesetzgeberische Maßnahmen. Das Gesetz von 1869	27
D. Änderung der geographischen Verteilung und beruflichen Struktur der Juden	29
4. Die Personalpolitik vom Beginn der dritten Emanzipationsperiode bis 1914	31
A. Die Beteiligung an Regierungen	31
Moritz Ellstätter	31
B. Das Gesetz von 1869 und die Verwaltungspraxis	32
Bismarcks Stellung zu den Juden	32
Bismarcks Stellung zum Gesetz von 1869. Antisemitenpetition	34
Die Durchführung des Gesetzes in den wichtigsten Verwaltungs- zweigen des Reichs und Preußens	35
Die Verwaltungspraxis unter Wilhelm II.	37
Die Personalpolitik der anderen Bundesstaaten	39
C. Der Kampf um die Zulassung der Juden zur Richterlaufbahn	40
a) Preußen	
Die parlamentarische Behandlung der Petitionen des Rabbiners Sutro; die Haltung des Ministeriums	40
Berufungen in den Justizdienst im Reich und in Preußen	43
Albert Mosse	45
Die Debatte von 1901 im preußischen Abgeordnetenhaus	47
Vortrag des Justizministers beim König im Jahre 1907	47
b) Bayern	
Die Praxis der Justizverwaltung	48
Die Landtagsresolution von 1901	49
c) Andere deutsche Bundesstaaten	
Antisemitische Regierungen: Sachsen, Hessen, Braunschweig, Würt- temberg	51
Liberale Regierungen: Hamburg, Baden und Elsaß-Lothringen	53
D. Die Diskriminierung der Juden im Unterrichtswesen	53
Jüdische Hochschullehrer	54
Friedrich Paulsens Urteil	56
Juden im höheren Schulwesen	58
Juden im Volksschulwesen	60
Die Unvereinbarkeit der Fernhaltung jüdischer Volksschullehrer mit dem geltenden Recht in Preußen	61
Die Lage in Bayern und Baden	63
E. Jüdische Beamte im technischen Dienste	63
Höhere Beamte	63
Mittlere und untere Beamte	64
F. Preußen und Bayern, ein vergleichender Rückblick	65

G. Zustrom der Juden in die nichtamtlichen intellektuellen Berufe	66
Anteil der Juden an den „gebildeten Schichten“	66
Beurteilung durch die deutsche Gesellschaft	68
5. Die Lage der getauften Juden	69
A. Beginn und Mitte des 19. Jahrhunderts	69
B. Die Zeit nach der Reichsgründung	71
a) Juden in Spitzenstellungen	71
Drei Juden in führenden Stellungen zur Zeit Bismarcks	71
Heinrich von Friedberg	72
Rudolf Friedenthal	75
Eduard von Simsons akademische und richterliche Laufbahn	79
Ein Hamburger Bürgermeister: Nicolaus Ferdinand Haller	81
Ein Staatssekretär der wilhelminischen Zeit: Bernhard Dernburg	81
b) Juden in anderen einflußreichen Stellungen	84
Ludwig Hahn und Eugen Schiffer	87
Hochschullehrer	89
Paul Laband	89
Georg Jellinek	91
Gustav Cohn	93
C. Zusammenfassender Rückblick	95
D. Antisemitische Personalpolitik und demagogischer Antisemitismus	97
Der Sinn der antisemitischen Personalpolitik im Obrigkeitsstaat	97
Die Rolle Heinrich von Treitschkes	99
6. Die Entwicklung während des Ersten Weltkrieges	101
A. Der Rückgang des behördlichen Antisemitismus	101
Militär und Verwaltung	101
Walther Rathenau. Persönlichkeit und Leistung	103
Julius Hirsch	109
Jüdische Regierungsmitglieder im Kriege: Robert Friedberg und Eugen Schiffer	112
Ludwig Haas	112
B. Die antisemitische Welle während des Krieges	116
Vordringen des Alldeutschtums und der Vaterlandspartei	116
Juden zählung im Heere und in den Kriegsgesellschaften	117
Das Ende des obrigkeitsstaatlichen Antisemitismus	118

Kapitel II

DIE JUDEN ALS WÄHLER

1. Die Gewährung der politischen Rechte	120
A. Wahlrecht und Wählbarkeit	120
Die Nationalversammlung von 1848	120
Die Rolle Gabriel Riessers	120
Die einzelstaatlichen Parlamente	122

B. Der politische Standort der jüdischen Wähler	123
Das Interesse an der freiheitlichen Rechtsordnung	123
Das Interesse an der Herbeiführung der Reichseinheit	124
2. Die Änderung der Parteienstruktur und die Haltung der Juden . . .	126
A. Die liberale Periode	126
Der Liberalismus als politisches Heim der Juden	126
Das Fehlen von echten Alternativmöglichkeiten	127
Die Stellung zur Sozialdemokratie	129
B. Die Neuorientierung der jüdischen Wähler	132
Die Umwälzung der parteipolitischen Lage	132
Die Bedeutung der Umgruppierung für die jüdischen Wähler . . .	133
Die parlamentarische Behandlung der Antisemitenpetition	134
Die Reichstagswahlen von 1881	136
Die starke Konzentration jüdischer Wähler im freisinnigen Lager .	137
C. Die jüdischen Wähler und die bürgerlichen Parteien unter Wilhelm II.	138
Die Radikalisierung der Rechten	138
Freikonservative und Nationalliberale	139
Das Zentrum	142
Der Freisinn als „jüdisches Zentrum“	143
D. Die jüdischen Anhänger der Sozialdemokratie nach dem Erstarren der	
Partei	145
Schichtung der Wählerschaft der Partei und Beteiligung der Juden	145
Anteil der Juden an der sozialdemokratischen Wählerschaft	145
Gründe jüdischer Sympathien für die Sozialdemokratie	147
Sozialdemokratie und Antisemitismus	148
Bekämpfung und Verteidigung der sozialdemokratischen Taktik . .	150
3. Die Wirkung des Wahlsystems auf die Haltung der jüdischen Wähler	152
A. Das Reichstagswahlrecht und die Parteien	152
Die Eigenart des Wahlrechts	152
Die Sonderlage der jüdischen Wähler	153
Wahlbündnisse zwischen Liberalen und Antisemiten	154
Jüdische Haltung zu antisemitischen Kandidaten	155
B. Juden als Wähler in den polnischen Landesteilen	157
Deutsche Wahlbündnisse	157
Die Wahl des Grafen Westarp	161
4. Die Bedeutung der Juden für die Ergebnisse der Wahlen	162
Geringfügigkeit der Zahl der jüdischen Wähler	162
Geringfügigkeit des Einflusses der Juden auf die Wahlergebnisse . .	163
Einfluß auf Meinungsbildung und Wahlfinanzierung	165
Die Ablehnung der Bildung einer jüdischen Partei	167

Kapitel III

JUDEN ALS ABGEORDNETE

1. Die jüdischen Mitglieder der Revolutionsparlamente	170
A. Übersicht über die jüdischen Abgeordneten	170
Die überstaatlichen Parlamente	170
Die Frankfurter Nationalversammlung	171
Das Erfurter Unionsparlament	172
Die einzelstaatlichen Parlamente	173
Parteistellung, Herkunft und Mitarbeit in den Ausschüssen	175
B. Führende jüdische Abgeordnete in Frankfurt und Berlin	178
Moritz Heckscher	178
Gabriel Riesser	180
Heinrich Simon	183
Eduard von Simsons parlamentarisches Wirken	186
Johann Jacoby	189
Friedrich Julius Stahl	197
C. Zusammenfassender Rückblick	206
2. Die jüdischen Mitglieder der Parlamente der Reaktionszeit	209
A. Preußen	210
B. Bayern	210
Fischel Arnheim	210
David Morgenstern	212
C. Braunschweig	213
Itzig Jüdel	213
D. Hessen	213
Zacharias Loewenthal	213
Wilhelm Stahl	214
E. Die Stadtstaaten	214
3. Die jüdischen Mitglieder der einzelstaatlichen Parlamente im Jahrzehnt vor der Reichsgründung	215
Vorbemerkung zur Methode	215
A. Die jüdischen Parlamentarier in Preußen vor 1871	217
Übersicht	217
a) Die Konservativen	218
Karl Hahn und Paulus Cassel	218
b) Die Nationalliberalen	219
Leonor Reichenheim. Sein parlamentarisches Duell mit Bismarck	220
c) Die Fortschrittler	226
Raphael Kosch, Max Simon, Moritz Warburg und Gustav Eberty	226

d) Die Demokraten	229
Guido Weiss	229
B. Die jüdischen Abgeordneten Bayerns	230
Simon Levi und Wolf Frankenburger	230
Karl Adler	232
C. Die jüdischen Abgeordneten der südwestdeutschen Staaten	232
a) Württemberg	232
Eduard von Pfeiffer	232
b) Baden	235
Rudolf Kusel und Naphtali Näf	235
c) Hessen	236
Übersicht	236
August Metz	236
Friedrich Dernburg	238
Marcus Edinger	239
D. Jüdische Abgeordnete in mittel- und norddeutschen Staaten	241
a) Braunschweig	241
Adolph Aronheim	241
b) Hamburg	243
Übersicht	243
Isaac Wolffson	244
Anton Ree	245
Die Hinrichsens	247
Andere Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft	247
E. Reichsfreundliche Grundhaltung der jüdischen Abgeordneten	248
4. Die jüdischen Abgeordneten in den bürgerlichen Parteien nach der Reichsgründung	250
A. Der Deutsche Reichstag in der Zeit Bismarcks	250
a) Gesamtübersicht	251
Zahl, Berufszusammensetzung und geographische Verteilung	251
Gründe des Verschwindens jüdischer Abgeordneter aus dem Reichstag	256
b) Die jüdischen Reichstagsabgeordneten nach der Parteizugehörigkeit	259
I. Die Konservativen	260
Bethel Henry Strousberg und Oscar Hahn	260
II. Die Freikonservativen	262
Mayer Karl von Rothschild und Rudolf Friedenthal	262
III. Die Nationalliberalen	265
Levin Goldschmidt	265
Heinrich Bernhard Oppenheim	267
Eduard Lasker	269
Ludwig Bamberger	284
IV. Die Fortschrittler	296
Übersicht	296
Wilhelm Freund	296
Ludwig Loewe	298

Emanuel Mendel	300
H. J. Horwitz	300
Julius Friedländer	301
Max Hirsch	302
V. Ein bürgerlicher Demokrat: Leopold Sonnemann	311
VI. Zusammenfassender Rückblick	321
B. Die einzelstaatlichen Parlamente	
(von 1870 bis zum Ende von Bismarcks Kanzlerschaft)	327
I. Preußen	327
Nationalliberale und Fortschrittler	327
Der Demokrat Josef Stern	330
II. Bayern	331
Das juristische Trifolium. Ein jüdischer Vertreter Münchens	331
III. Baden	332
Jakob Gutmann und Elias Eller	332
Ferdinand Schneider	333
Karl Ladenburg	333
IV. Hessen	334
Otto Wolfskehl	335
V. Sachsen	335
Emil Lehmann	335
VI. Anhalt	336
Joseph Friedheim, Bernhard Hagelberg und Isidor Herz	336
VII. Die Stadtstaaten	337
Bremen	337
Lübeck	337
5. Jüdische Abgeordnete der bürgerlichen Parteien in der Wilhelminischen Zeit	338
A. Gesamtübersicht	338
Aufstellung von Juden zum Reichstag	339
Aufstellung von Juden zum Preußischen Abgeordnetenhaus	342
Die Gründe für die Nichtaufstellung jüdischer Kandidaten in Bayern	345
Die Entwicklung in Südwestdeutschland	346
Jüdische Abgeordnete in anderen Einzelstaaten	346
B. Die Reichstagsabgeordneten	347
I. Der reichsparteiliche Abgeordnete Otto Arendt	347
II. Die Nationalliberalen	350
Robert Friedberg	350
Eugen Schiffer	355
Felix Schwabach	360
Jakob Riesser	361
III. Die Linksliberalen	363
Ludwig Haas	363
Felix Waldstein	364
Otto Mugdan und Siegfried Heckscher	366

C. Die Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses	367
I. Die Abgeordneten Berlins	367
Oskar Cassel	368
Leopold Rosenow	369
Paul Liepmann	370
II. Die Vertreter der Ostmark	371
Martin Peltasohn	371
Moritz Baerwald	373
Louis Aronsohn	373
Leopold Levy	374
III. Die anderen jüdischen Abgeordneten	375
Otto Münsterberg	375
Julius Lippmann	375
Max Lichtenstein	376
Oscar Meyer	377
Ludwig Heilbrunn	378
Max Lewin	379
Anhang: Das Preußische Herrenhaus	379
D. Ein Abgeordneter jüdischer Abstammung im bayerischen Landtag	380
Friedrich Goldschmit	380
E. Jüdische Abgeordnete im württembergischen Landtag	381
Albert Mayer	381
Hugo Elsas	382
F. Jüdische Abgeordnete im badischen Landtag	382
Robert Goldschmit	382
Emil Mayer	382
Victor Lenel	383
G. Jüdische Abgeordnete im hessischen Landtag	383
Franz Bamberger	384
H. Jüdische Abgeordnete in Braunschweig und Anhalt	384
a) Braunschweig	384
Max Jüdel	384
Emil Glaser	385
b) Anhalt	385
Hermann Cohn	385
Selmar und Wilhelm Meyer	386
I. Jüdische Abgeordnete in thüringischen Staaten	387
a) Sachsen-Weimar	387
Eduard Rosenthal	387
b) Sachsen-Meiningen	388
Oskar Michaelis	388
Julius Ledermann	388
Gustav Strupp	389

K. Jüdische Mitglieder der Bürgerschaft der Stadtstaaten	389
a) Hamburg	389
Albert Wolffson	389
Die Warburgs	390
b) Lübeck	391
L. Die Vertretung der jüdischen Konsistorien in der Ersten Kammer des elsaß-lothringischen Parlaments	392
M. Zusammenfassender Rückblick	393
Zahlenmäßige Übersicht und Analyse	393
Parteizugehörigkeit	395
Berufliche Zusammensetzung	396
Friedberg und Schiffer	397
Kampf gegen den Antisemitismus	398
6. Jüdische Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei	399
A. Allgemeiner Überblick	399
Juden als Partei- und Fraktionsmitglieder	404
Die Bedeutung der Juden unter den Akademikern der Reichstags- fraktion	407
Die Stellung zum Judentum	410
Regionale Verteilung und Auslese	413
B. Jüdische Sozialdemokraten im Reichstag	416
I. Die Parlamentarier der Bismarckzeit	416
Max Kayser	416
Adolf Sabor	418
II. Die historischen Figuren	419
Paul Singer	419
Hugo Haase	426
Ludwig Frank	444
Eduard Bernstein	455
III. Die anderen Abgeordneten der wilhelminischen Zeit	474
a) Bruno Schönlink, der führende Parteijournalist	474
b) Die Abgeordneten von 1890	480
Arthur Stadthagen	480
Emanuel Wurm	483
c) Die Abgeordneten von 1898	486
Georg Gradnauer	486
Joseph Herzfeld	490
Gustav Hoch	492
d) Die Abgeordneten von 1912	498
Max Cohen	498
Oskar Cohn	502
Georg Davidsohn	508
Otto Landsberg	509
Georges Weill	515
IV. Zusammenfassender Rückblick	518

C. Jüdische Sozialdemokraten in den Landtagen	522
Übersicht	522
I. Preußen	524
Paul Hirsch	524
Hugo Heimann	530
Julian Borchardt	533
II. Bayern	534
Gabriel Löwenstein	534
Max Süßheim	536
III. Südwestdeutschland	538
a) Württemberg	538
Berthold Heymann	538
b) Baden	539
c) Hessen	540
IV. Hamburg	540
Schlußbetrachtung	541
Quellennachweise	563
I. Behördliche und private Stellen	563
II. Einzelpersonen	564
III. Zeitungen, Zeitschriften und andere periodische Veröffentlichungen	565
IV. Bücher und Aufsätze	567
Personenregister	585

ABKÜRZUNGEN

ADB	= Allgemeine Deutsche Biographie
AWJ	= Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland (gegenwärtiger Titel: Allgemeine Unabhängige Jüdische Wochenzeitung)
AZJ	= Allgemeine Zeitung des Judentums
Archiv soz. Ges.	= Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik
Archiv Soz. Wiss.	= Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
Bd. Bde.	= Band, Bände
Bulletin LBI	= Bulletin des Leo Baeck Instituts
Diss.	= Dissertation
Haus d. Abg.	= Haus der Abgeordneten
Hist. Ztsch.	= Historische Zeitschrift
IDR	= Im Deutschen Reich
JJGL	= Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur
JR	= Jüdische Rundschau
JSSt	= Jewish Social Studies
Kürschner	= Kürschners Deutscher Reichstag
NDB	= Neue Deutsche Biographie
NOB	= Neue Österreichische Biographie
NZ	= Die Neue Zeit
Reuss ä. L.	= Reuss ältere Linie
Reuss j. L.	= Reuss jüngere Linie (thüringische Fürstentümer)
Schulthess	= Schulthess' Europäischer Geschichtskalender
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SM	= Sozialistische Monatshefte
StB	= Stenographische Berichte
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Yearbook LBI	= Yearbook of the Leo Baeck Institute
ZGJD	= Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland

ERKLÄRUNG ZUM VERSTÄNDNIS DER ANMERKUNGEN

Wenn in der Bibliographie ein Autor nur mit einem Buch oder einem Artikel vertreten ist, wird er in den Anmerkungen mit Namen und Seitenzahl zitiert. Wenn ein Autor in der Bibliographie mit mehreren Publikationen erscheint, werden der Name des Autors und die Worte des Titels, die zur Identifizierung des Buches oder des Artikels ausreichen, sowie die Seitenzahl angegeben.

KAPITEL I

JUDEN IN REGIERUNG UND VERWALTUNG

1. DAS WESEN DES OBRIGKEITSSTAATS

Der Obrigkeitsstaat Preußen

Auf Grund eingehender Beobachtungen nannte Mirabeau das Preußen Friedrichs II. ein besonders kriegerisches Land. Am Tage des Regierungsantritts Friedrich Wilhelms II., den Mirabeau in Berlin erlebte, stand das Militärische völlig im Vordergrund. „Alles schien zu sagen: ich bin vor allem der König der Soldaten. Ich vertraue mich dem Heere an, denn ich bin nicht sicher, ein Königreich zu haben“¹. Beinahe ein und ein halbes Jahrhundert hatte das System, das dem preußischen Staat den ihm eigentümlichen Charakter gab, bereits überdauert, als Friedrich Christoph Dahlmann 1849 in der preußischen Ersten Kammer derjenigen spottete, die glaubten, „die Weltgeschichte werde . . . vor dem preußischen Staate allein bewundernd und hutabziehend vorübergehen“².

Die Weltgeschichte hat es nicht getan. Aber es hat lange Zeit gewährt, bis sie ihr Verdikt gesprochen hat. Die in Preußen bis 1918 maßgebenden gesellschaftlichen Kräfte haben es verstanden, tiefgreifende Änderungen der Struktur Preußens zu verhindern. Lange nach Dahlmanns Ausspruch erschien die Kaiserproklamation in Versailles Johannes Ziekursch als ein „Weiheakt von so reinem und herbem kriegerischen Charakter, wie es nur bei einem Preußenkönig gemäß der Eigenart seines Staates möglich war“³. Unter den Vertretern der Wissenschaft von der Politik und den Historikern der Bundesrepublik hat es keine Meinungsverschiedenheit über den Charakter des einstigen monarchischen Preußens gegeben. Theodor Eschenburg nannte es einen Militär- und Verwaltungsstaat, einen liberalisierten Obrigkeitsstaat mit einem stark feudalen Einschlag, beherrscht von einer konservativen Oberschicht, in der der ostelbische Adel tonangebend war⁴. Friedrich Meinecke kennzeichnete

¹ *Mirabeau*, De la Monarchie prussienne III, S. 2; *Mirabeau*, Histoire secrète VIII, S. 268. *Reissner*, *Mirabeau*, S. 60 ff.

² *Dahlmann*, S. 162. ³ *Ziekursch* I, S. 323 f.

⁴ *Eschenburg*, Die improvisierte Demokratie, S. 14.

das alte Preußen als einen durch das oberste Kriegsherrentum des Monarchen und die Machtstellung des Junkertums bestimmten Herrschaftsstaat⁵. Das politische und soziale Beharrungsvermögen dieses Staates inmitten einer im lebhaften Fluß befindlichen, liberale und demokratische Gedanken verwirklichenden Bewegung in anderen Teilen West- und Mitteleuropas hat alle Beobachter erstaunt.

Der heute allgemein verwandte Ausdruck „Obrigkeitsstaat“ ist jungen Ursprungs. Er wurde während des ersten Weltkrieges von dem Professor an der Berliner Handelshochschule Hugo Preuß geprägt. Damals, als das alte Preußen noch bestand, gehörte Mut dazu, es in dieser Weise zu definieren. An der Spitze eines Chors von Kritikern ließ der Professor an der Berliner Universität Gustav von Schmoller seine machtvolle Stimme ertönen, um zu bestreiten, daß der Begriff „Obrigkeitsstaat“ einen vernünftigen Sinn habe. Er ging weiter und verschärfte die sachliche Meinungsverschiedenheit durch eine persönliche, bei diesem bedächtigen Gelehrten ungewöhnliche antisemitische Polemik. Er nannte zwar Preuß einen der begabtesten neueren Staatsrechtslehrer, aber er charakterisierte ihn als einen der „Häuptlinge des Berliner kommunalen Freisinns, der, sozial auf semitischer Millionärbasis beruhend, unsere Hauptstadt mehr oder weniger beherrscht“, und er legte einen überaus kritischen Exkurs über das deutsche Judentum in seine Behandlung des Themas ein. Die Wissenschaft und die *communis opinio* hat jedoch Preuß' Formulierung übernommen, und Theodor Heuss hat in seiner Einführung zu einem Band ausgewählter Schriften von Hugo Preuß die Art von Schmollers Polemik scharf gerügt⁶.

Einfluß Preußens auf den Westen und Süden Deutschlands

Im Westen und Süden Deutschlands war die Lage nicht die gleiche wie in dem östlichen Preußen. Die Landwirtschaft hatte mittelbäuerlichen Charakter, die Klassengegensätze waren geringer. Industrialisierung und Großstadtbildung vollzogen sich im Süden in langsamerem Tempo als in Preußen und Sachsen. Die territoriale Flurbereinigung und die Schaffung der deutschen Mittelstaaten des Südens, ein Werk Napoleons, ging teils unter direktem Zwang, teils unter indirektem Druck in Anlehnung an das französische Bei-

⁵ Meinecke, Werke IV, S. 207; ähnlich Bracher, S. 9.

⁶ Schmoller, Walter Rathenau und Hugo Preuß, S. 24. In einem zweiten, in der Täglichen Rundschau veröffentlichten Aufsatz „Die heutige deutsche Judenfrage“, abgedruckt in Schmoller, Zwanzig Jahre deutscher Politik, S. 177 ff. schwächte Schmoller kurz nach dem ersten, ursprünglich in seinem Jahrbuch 1916 erschienenen Artikel seine Kritik ab und bezeichnete das westdeutsche Judentum als eine glückliche Zugabe zur germanischen Rasse. „Es gibt uns Geisteskräfte, die uns mehr oder weniger fehlen oder wenigstens früher fehlten, es hat die deutsche Volkswirtschaft sehr gefördert.“ Heuss' Kritik in Hugo Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 15. Über die persönlichen Motive für Schmollers Angriff auf Preuß, s. Grassmann, S. 15.

spiel unter Beseitigung schwer auf dem Volke lastender Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit vor sich. Merkmale einer modernen bürgerlichen Gesellschaft traten in ihren Umrissen hervor.

Für die deutsche Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war es bezeichnend, daß der Osten Preußens sein Gesetz dem neu errungenen Westen auferlegte. Für die zweite Hälfte des Jahrhunderts war es entscheidend, daß durch die Einigung des Reichs unter preußischer Vorherrschaft die süddeutschen Staaten westeuropäischen Einflüssen zunehmend entzogen worden sind. Gewiß wahrte der Süden, vor allem Baden, gewisse liberale Traditionen. In den großen Linien der Geschichte aber war das Vordringen des preußischen Einflusses nach Süden kennzeichnend, nicht das Fluidum europäisch geprägten Geistes und die Formen staatlichen Zusammenlebens, in denen humanitäre und freiheitliche Gedanken der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachwirkten.

Verwaltungshierarchie und Militarismus

Im Aufbau der Verwaltungshierarchie spiegelte sich diese Entwicklung wieder. Die unteren Gruppen der Beamtenschaft setzten sich überwiegend, die mittleren zum erheblichen Teil aus früheren Unteroffizieren (Militäranwärttern) und aus Zivilanwärttern zusammen. In der höheren Beamtenschaft überwog der Adel. Er war an den leitenden Stellen der angesehensten Behörden zu finden: im auswärtigen Dienste des Reiches und in der allgemeinen Staatsverwaltung Preußens. 1910 beklagte der nationalliberale Abgeordnete Gustav Stresemann, der spätere Außenminister der Weimarer Republik, „eine Art Gardeprinzip auch in bezug auf die Diplomatie“. An Botschaften, Gesandtschaften und Generalkonsulaten würden nur Adlige beschäftigt. 1916 waren 57 % der politischen Beamten Preußens adlig⁷. Aus dieser Bürokratie rekrutierten sich die Regierungen, die Staatssekretäre im Reich und die Minister in Preußen und weithin auch in den anderen Einzelstaaten. Das Auftauchen von Generälen in diesen Regierungen war keine Ausnahme. Die Einbeziehung von Parlamentariern war in den letzten 40 Jahren der Monarchie ungewöhnlich, die Übernahme eines Außenseiters erregte Aufsehen. Wenn in den Armeen Napoleons der Soldat den Marschallstab im Tornister trug, so war in Preußen die Annahme als Regierungsreferendar die Voraussetzung zur Erreichung höchster Ämter und Ehren. Selbst von der Parlamentstribüne herab wurde später zur Charakteristik der damaligen Verhältnisse das Witzwort zitiert, der russische Zar sei großenwahnsinnig geworden, er habe geträumt, er sei Regierungsreferendar in Preußen.

Die Staatsanwälte aller Ränge standen den Beamten der allgemeinen Staats-

⁷ Stresemanns Rede in Reichstag, St.B. 15. 3. 1910, S. 2135. Zahlen über den Anteil des Adels an der preußischen Verwaltung nach amtlichen Quellen bei *Albert Grzesinski*, *Das Freie Wort*, 19. 2. 1933; auch *Grzesinski*, *La tragicomédie*, passim.

verwaltung an Ansehen nicht nach. In scharfem Gegensatz zu den Verhältnissen in den angelsächsischen Ländern wurden dagegen die richterlichen Beamten – dies war der bezeichnende offizielle Ausdruck – geringer bewertet. Diese Posten wurden dem mittleren Bürgertum überlassen. Das Merkmal des Obrigkeitsstaats wurde auch äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Richter geringer besoldet wurden als die Verwaltungsbeamten. Als wenige Jahre vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges die Richtergehälter in Preußen der Besoldung der Verwaltungsbeamten angeglichen wurden, wurde es als ein schöner Zug der Treue der Verwaltungsbeamten gepriesen, daß sie sich in ihrem Diensteifer dadurch nicht beeinträchtigen ließen⁸. Eine Stufe unter den Richtern standen die akademisch gebildeten Lehrer und eine Reihe technischer höherer Beamter.

Für die Eingliederung und Bewertung des Einzelnen war sein Militärverhältnis entscheidend. Der Militarismus durchdrang Rechts-, Bewertungs- und Abhängigkeitsverhältnisse. „Der Leutnant ging als junger Gott, der bürgerliche Reserveleutnant wenigstens als Halbgott durch die Welt“⁹. Eintritt in den diplomatischen Dienst und in die Verwaltung wurden denjenigen, die nicht Reserveoffiziersrang hatten, von Ausnahmefällen abgesehen, unmöglich gemacht. Durch Konventionen von 1870 wurden die militärischen Kontingente der deutschen Einzelstaaten mit Ausnahme Bayerns Kontingente des preußischen Heeres. Das von Preußen ausgehende Vorwiegen des Militärischen drang dadurch auch nach dem Süden vor.

Zahlreiche Beispiele zeigen den Vorrang der Uniform vor dem Rock des Bürgers und die allgemeine Militarisierung des bürgerlichen Denkens. Fürst Otto von Bismarck erschien im Reichstag oft in Kürassieruniform. Theobald von Bethmann Hollweg wurde zugleich mit der Ernennung zum Reichskanzler zum Major der Landwehr befördert; er gab seine erste Regierungserklärung in Majorsuniform ab. Bei der Hofetikette rangierte der Reichstagsabgeordnete hinter dem Major. In seiner Festrede zur Feier des hundertsten Geburtstages Friedrich Wilhelms III., des Stifters der Berliner Universität, nannte der weltberühmte Mediziner Emil Heinrich Dubois Reymond, der als bester Redner der Universität für das Jubiläumsjahr zum Rektor gewählt worden war, die Berliner Alma Mater „das geistige Leibregiment des Hauses Hohenzollern, dem Palais des Königs gegenüber einquartiert“; es geschah 1870, aber selbst im Kriege kann man sich solche Verirrung des akademischen Repräsentanten einer anderen Nation schwer vorstellen¹⁰. Der Richter

⁸ Noch 1897 hat sich der preußische Finanzminister Johannes Miquel in einer Kommission des Abgeordnetenhauses gegen die Gleichstellung der Richter mit den Verwaltungsbeamten gewandt; s. *Lotz*, S. 600–605 und Nachtrag, S. 9; *Marquard*, S. 624 f. Über den Unterschied der gesellschaftlichen Herkunft der Verwaltungsbeamten und der Richter s. auch *Schiffer*, Ein Leben für den Liberalismus, S. 154.

⁹ *Meinecke*, Die deutsche Katastrophe, S. 25.

¹⁰ *Lenz*, II (2), S. 355. – *Gerlach*, S. 76 f. erzählt, daß er nur durch die Verwendung hochgestellter Personen Regierungsreferendar werden konnte, da er zwar adlig

war als Reserveoffizier dem obersten Kriegsherrn zum Gehorsam verpflichtet; politisch anstößiges Verhalten auf dem Gebiete der Rechtsfindung konnte seinen militärischen Rang bedrohen und seine gesellschaftliche Stellung vernichten. Abgeordnete im Reserveoffiziersrang, die sich in einer der Regierung unerwünschten Weise aussprachen oder abstimmten, wurden scharf verwarnt und auf die Möglichkeit der Ausstoßung aus dem Reserveoffiziersverhältnis hingewiesen. Dagegen wurden Mitglieder des Mittelstandes, die nach Absolvierung eines Teils der höheren Schule das Privileg des einjährig-freiwilligen Dienstes mit der Möglichkeit der Wahl und Ernennung zum Reserveoffizier erwarben, aus der Bevölkerung herausgehoben und dadurch mit den Interessen des Obrigkeitsstaates verbunden. Freilich mußten die bürgerliche Lebensstellung und das außerdienstliche Verhalten, überaus dehnbare Begriffe, eine solche Maßnahme rechtfertigen¹¹. Der Beeinflussung politischer Denkprozesse durch das Eindringen militärischer Vorstellungen unterlagen bürgerliche Kreise noch in der Weimarer Republik. Wie 1862 Bismarck den König Wilhelm I. am Portepée des preußischen Offiziers faßte, um dessen Zustimmung zu seiner verwegenen Politik zu erlangen, so fühlte sich der Abgeordnete Heinrich Brüning 1930 verpflichtet, das von ihm ursprünglich nicht erstrebte Reichskanzleramt zu übernehmen, als der Reichspräsident von Hindenburg an das soldatische Pflichtgefühl des ehemaligen Leutnants appellierte¹².

Innerhalb der hierarchischen militärisch-administrativen Struktur ergaben sich zahlreiche Privilegierungen und Diskriminierungen. Das Junkertum wurde gegenüber dem Bürgertum bevorzugt, Mitglieder feudaler Studentenverbindungen gegenüber Studenten ohne gesellschaftliche Stütze, die Anhänger rechtsstehender Parteien gegenüber den Liberalen und in Norddeutschland die Evangelischen gegenüber den Katholiken. Sozialdemokraten und Mitglieder nationaler Minderheiten wie Polen und Dänen, auch Elsässer und Lothringer waren vom Zugang zu Reichs- und Staatsämtern ausgeschlossen und wurden in Kommunalämtern nicht bestätigt. Dem Nachwuchs aus der Arbeiterklasse war, ganz abgesehen von der politischen Haltung des Einzel-

war, aber nicht die anderen Voraussetzungen, alter Herr eines studentischen Korps und Reserveoffizier, erfüllte. *Schiffer*, S. 7, schildert das Vorwiegen militärischer Formen und Uniformen bei der Eröffnung des preußischen Landtags. Über die Militarisierung des deutschen Bürgertums s. auch das so betitelte Kapitel in *Gerhard Ritter*, II, S. 117 ff.; *Neumann*, S. 18 f.

¹¹ *Gerhard Ritter*, II, S. 128, der auch die angedrohte Maßregelung des national-liberalen Reichstagsabgeordneten Prinz Heinrich von Schönau-Carolath und die Rolle des Bezirkskommandeurs, der Mitglieder des Offizierskorps und des Militärkabinetts bei der Wahl von Reserveoffizieren erörtert. Die Ernennungen erfolgten ohne ministerielle Gegenzeichnung. Ernannt wurden nur Männer, die von dem Offizierskorps eines Regiments oder eines Landwehrbezirks einstimmig gewählt worden waren.

¹² *Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen I, S. 314. Über Brüning, s. *Bracher*, S. 308 und die dazu gehörige Anmerkung 83.

nen, aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen der Aufstieg in das Offizierskorps und in die höhere Beamtenlaufbahn unmöglich.

Dies waren die wesentlichen Kennzeichen des Obrigkeitsstaates, dessen Bürger die deutschen Juden im 19. Jahrhundert im Verlaufe eines Jahrzehnte dauernden Emanzipationsprozesses wurden.

2. DIE PERIODE DER UNVOLLSTÄNDIGEN EMANZIPATION

(1808–1847)

A. Zahlenmäßige Bedeutung und rechtliche Lage

Zahlenmäßig spielten die Juden in Deutschland weder im Anfang des 19. Jahrhunderts noch hundert Jahre später eine nennenswerte Rolle. Um 1820 lebten in den deutschen Staaten etwa 270 000 Juden. Ihre Höchstzahl lag vor dem ersten Weltkriege (1910) bei 615 000, von denen 79 000 ausländische Juden waren. Ihr Anteil war am stärksten zwischen 1840 und 1870 mit 1,3 % der Gesamtbevölkerung, danach sank er auf 1,1 % im Jahre 1880 und unter 1 % im Jahre 1910¹.

In Preußen lebten im Jahre 1817 50 %, 1910 fast 70 % aller deutschen Juden. Die Erhöhung des Prozentsatzes erklärt sich zum Teil aus der Annexion Hannovers und Schleswig Holsteins, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt im Jahre 1866, zum Teil auch aus der Verringerung ihrer Zahl in den süddeutschen Staaten infolge ihrer rückständigen Judenpolitik, von der noch die Rede sein wird. So ging der Anteil der Juden an der Bevölkerung Bayerns während des Jahrhunderts von 2 % auf 0,8 % zurück, während sich derjenige Preußens unter Einrechnung der annektierten Gebiete für die frühere Zeit mit 1,1 % leicht über dem Durchschnitt hielt. Das Großherzogtum Hessen hatte 1861 einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 3,4 %, 1910 waren es noch 1,8 %. In Baden sank im gleichen Zeitraum die Ziffer von über 2 % auf 1,2 % ab. Unter dem Durchschnitt lag Württemberg, weit unter dem Durchschnitt Sachsen, wo ein Jude auf 300 Einwohner kam. Minimal war die Zahl in den meisten norddeutschen und mitteldeutschen Kleinstaaten. Da in den letzten Jahrzehnten der Monarchie in Preußen, wie erwähnt, fast 70 % und in Bayern über 10 % aller deutschen Juden lebten, so spielte sich die Geschichte der

¹ Alle Ziffern beruhen auf der Konfessionsstatistik. *Adler-Rudel*, S. 20 ff., 164; *Toury*, Deutsche Juden im Vormärz, S. 81; *Loewe*, S. 44 ff.; *Segall*, Die beruflichen und sozialen Verhältnisse, S. 3 f.

großen Mehrheit der deutschen Juden in diesen beiden Staaten ab. Die getauften Juden, die Dissidenten und die Kinder christlicher Eltern jüdischer Abstammung sind in diesen Zahlen nicht inbegriffen. Ihre Zahl war zu keiner Zeit größer als etwa 0,1 % der deutschen Bevölkerung².

Die Juden Preußens wurden zu einem sehr erheblichen Teile erst durch die Gebietserwerbungen preußischer Könige im 18. Jahrhundert Bewohner dieses Staates. In Mittel- und vor allem in Oberschlesien lebten viele jüdische Familien. Sie kamen von Österreich zu Preußen als Folge der schlesischen Kriege Friedrichs II. Entscheidend aber waren die polnischen Teilungen. Noch im Jahre 1843 lebten fast 100 000 Juden, annähernd die Hälfte der Juden Preußens und beinahe 30 % der Juden Deutschlands, in den Gebietsteilen, die auf Grund der polnischen Teilungen Preußen einverleibt und nach dem Wiener Kongreß Preußen wieder zuerkannt worden waren. Sie waren mit der polnischen Umwelt niemals verwachsen und führten zur Zeit ihrer Eingliederung in den preußischen Staat nicht nur religiös, sondern auch geistig ein Sonderdasein. Sie hatten das Jiddische, ihre aus dem Mittelhochdeutschen stammende Sprache, seit ihrer Vertreibung aus Deutschland im Mittelalter konserviert und sie mit hebräischen und slawischen Worten und Formen im Verlaufe ihrer weiteren Geschichte in Osteuropa durchsetzt. Die Herkunft ihrer Sprache aus dem Deutschen erleichterte ihnen den Übergang zur modernen deutschen Sprache und den Zugang zur deutschen Kultur, der früh im 19. Jahrhundert einsetzte.

In den übrigen Landesteilen Deutschlands lebten die Juden teils seit mehr als einem Jahrtausend, teils seit einigen hundert Jahren, vor allem im Westen und Süden des Reiches und in Hamburg. Als Fremde gegen Bezahlung eines Schutzgeldes geduldet und ständig der Gefahr der Vertreibung ausgesetzt, waren sie in der Regel am dichtesten dort vorhanden, wo die Herrscher kleinstaatlicher Territorien in ihren finanziellen Bedrängnissen die fremden Ansiedler als Quelle erhöhten Einkommens ins Land gezogen hatten. „Nicht Toleranz der Gesinnung“, stellt der badische Historiker Professor Ludwig Häusser als Berichterstatter zum Gesetzentwurf über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten in der badischen Zweiten Kammer im Jahre 1862 fest, „sondern überwiegend das fiskalische Interesse hatte den in früheren Tagen schwer Bedrückten und Verfolgten da und dort ein Asyl eröffnet“³. Wer sich von diesen Bedrückungen und Verfolgungen während eines Jahrtausends in knapper Darstellung ein Bild machen will, der findet es bei dem gelehrten und mutigen altkatholischen Kirchenhistoriker Ignaz von Döllinger in seiner Münchener Akademierede von 1881⁴.

² *Lestschinsky*, S. 42, 50 ff.; *H. G. Adler*, S. 17; *Samter*, S. 144 ff.

³ *Lewin*, S. 306 f.

⁴ *Döllinger*, *Die Juden in Europa*. Schluß der Rede auch bei *Lamm*, *Von Juden in München*, S. 109 f. Vgl. auch *Straus*, S. 81–106.

*B. Erste Emanzipationsperiode
(1808–1815)*

Vorbereitung und erste Etappe der Emanzipation

Die Emanzipation der deutschen Juden im 19. Jahrhundert vollzog sich in mehreren Etappen. Sie wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sozial durch den wirtschaftlichen Aufstieg eines Teils der Juden in den drei Großstädten Preußens, Berlin, Breslau und Königsberg, im Norden schon früher in Hamburg, im Westen in Frankfurt am Main, im Süden in München und bereits seit dem 17. Jahrhundert in Mannheim vorbereitet. Philosophisch-religiös wurde sie durch Moses Mendelssohns Wirken in enger Verbindung mit deutschen Aufklärungsideen, literarisch durch das Werk Gotthold Ephraim Lessings, philosophisch-rechtlich durch die schriftstellerische Tätigkeit des preußischen Kriegsrats Christian Wilhelm Dohm angebahnt. Repräsentativ leisteten David Friedländer in Berlin und Abraham Uhlfelder in München die wichtigste Vorarbeit; gesellschaftlich waren die Salons gebildeter Jüdinnen in Berlin ein wesentlicher Faktor der Vorbereitung der Emanzipation.

Der Kreis der emanzipierten Juden war ursprünglich klein. Er beschränkte sich auf Hofbankiers, wohlhabende Kaufleute, Ärzte und deren Nachkommen. Wie bei allen Emanzipationsbewegungen der Weltgeschichte, war der Aufstieg einer schmalen, vom Bewußtsein ihres Wertes erfüllten und von human gesinnten Menschen außerhalb ihres eigenen Kreises geförderten Schicht für die Freiheitsbewegung entscheidend. Die meisten Juden lebten damals im Osten in Armut und Elend, in den anderen Landesteilen bestenfalls in recht bescheidenen Verhältnissen. Diese waren als Klasse sozial und kulturell scharf geschieden von der großbürgerlichen Gruppe, deren Entwicklung auch für sie den Weg zum relativ schnellen Aufstieg freilegte.

Die große Befreiungsbewegung des 18. Jahrhunderts, innerhalb derer die Bereitschaft zur Emanzipation der Juden sich entfaltete, trug internationalen Charakter. Deutschland nahm an ihr im Reiche des Gedankens – aber nur in diesem – einen lebhaften Anteil. Karl Marx hat 1842 die Lehre Immanuel Kants die deutsche Theorie der französischen Revolution genannt⁵. Mirabeau hat seine einige Jahre vor der Revolution erschienene einflußreiche Schrift „*Sur la réforme politique des Juifs*“ von Dohms Abhandlung „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ fast wörtlich abgeschrieben⁶. Die Tat

⁵ *Vorländer*, S. 40, 50.

⁶ *Mirabeau*, *Sur la réforme politique des Juifs*, S. 3 erkennt das selbst an. Es steht im Einklang mit dem üblichen Verfahren des revolutionären Bahnbrechers, dem an zeitraubender Forschungsarbeit nicht gelegen war.

jedoch kam aus dem revolutionären Frankreich. Daß die jüdische Bevölkerung Frankreichs die 1789 proklamierten Rechte des Menschen und des Bürgers auch für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt war, hat zur Beseitigung von Zweifeln ein Dekret von 1791 kurz nach der Verkündung der ersten französischen Verfassung ausdrücklich bestätigt. Napoleon Bonaparte hat in den Gebieten, die er Frankreich angliederte, und in den Staaten, in deren Feudalsystem er Bresche schlug, und deren Rechtsformen unter seiner direkten oder indirekten Einwirkung neu gestaltet wurden, die Emanzipation der Juden durchgeführt oder ihr den Weg geebnet.

Das preußische Judenedikt von 1812

Dies gilt auch für Preußen, dessen Innenpolitik außerhalb der direkten Einflußsphäre des revolutionären Frankreichs lag. Das wichtigste deutsche Emanzipationsgesetz dieser Zeit, das Judenedikt vom 15. März 1812, das der Staatskanzler Fürst Karl August von Hardenberg dem widerstrebenden König abrang, ist von der unter französischer Einwirkung entstandenen Gesetzgebung des Königreichs Westfalen inspiriert worden. Bismarck hat 1851 in einem Briefe an Leopold von Gerlach sogar behauptet, daß die gesamte Hardenbergsche Gesetzgebung eine Übersetzung des königlich westfälischen Bulletin gewesen sei⁷.

Bismarck hat die Dinge schief gesehen oder absichtlich übertrieben. Soweit jedoch das Edikt von 1812 in Frage kommt, steckt manches Wahre in seiner sarkastischen Äußerung. Das ergibt sich besonders, wenn man die Verordnung Hardenbergs mit dem Plan vergleicht, auf dessen Grundlage der Freiherr Karl vom Stein und sein Minister Freiherr Friedrich Leopold von Schroetter das Problem anzufassen beabsichtigten. Ihnen schwebte eine staatlich gelenkte Reform auf lange Sicht auf dem Wege der beruflichen Umschulung, der Ausschaltung der Juden vom Handel und ein allgemeines Erziehungswerk vor. Trotz gründlicher und umfangreicher Vorarbeiten führte der Plan zu keiner gesetzlichen Maßnahme. Seine Verwirklichung scheiterte daran, daß Stein und Schroetter zwar die Notwendigkeit einer radikalen Reform im staatlichen Interesse zur Hebung der allgemeinen Wohlfahrt begriffen, sich aber in ihrer tiefen Antipathie und ihrem Mißtrauen gegen die jüdische Bevölkerung in einem Wust von Vorbedingungen verfangen; sie brachten den Mut zu den erforderlichen freiheitlichen Maßnahmen nicht auf⁸.

Das Edikt Hardenbergs, mit dem die erste Etappe der staatlichen Maßnahmen zur Emanzipation der Juden in Preußen begann, stellt einen gewaltigen Fortschritt dar. Es hob das Schutzverhältnis auf, machte die Juden zu

⁷ *Freund*, Die Emanzipation I, S. 165 ff. Text des Edikts ebenda II, S. 453 ff. Zu Bismarcks Brief vom 28. 12. 1851 s. *Otto v. Bismarck*, Die gesammelten Werke XIV, S. 244.

⁸ *Freund*, aaO I., S. 131 ff.; *Dukas*, S. 19–27, 54–64.

Staatsbürgern und gewährte ihnen freie Niederlassung und freien Gewerbebetrieb. Aber es enthielt eine empfindliche Einschränkung auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Rechte. Anders als in den Territorien, in denen sich die Einwirkung des französischen Rechtes unmittelbar geltend machte, wie in den dem französischen Kaiserreich zeitweise eingegliederten Rheinlanden und in den französischen Satellitenstaaten, dem Königreich Westfalen, dem Großherzogtum Berg und dem Herzogtum Frankfurt, gehörte Preußen in seinem Umfange von 1812 zu den Staaten mit „unvollständiger Emanzipation“⁹. Denn das Dekret Hardenbergs erstreckte sich nicht auf die Zulassung der Juden zum Offizierkorps, zur Verwaltung und zur Justiz; es verwies für die Frage, inwiefern die Juden zu ihnen Zutritt haben könnten, auf die künftige Gesetzgebung. Demgemäß wurde selbst jüdischen Kriegsinvaliden die allen Kriegsbeschädigten zugesicherte Anstellung im Behördendienst verweigert. Auch blieb die Verordnung auf die altpreußischen Landesteile beschränkt. Auf die von Preußen neu erworbenen, vormals sächsischen, schwedischen und anderen Gebiete fand sie keine Anwendung, auch nicht auf das Großherzogtum Posen. In den neuen Provinzen galten 21 verschiedene Verordnungen weiter.

So schuf Hardenbergs Verordnung, ebenso wie viele Bestimmungen anderer deutscher Staaten, in jener Zeit keineswegs gleiches und einheitliches Recht. In den preußischen Städten wirkten auf Grund der Steinschen Städteordnung von 1808 jüdische Stadtverordnete und Stadträte, und in den Rheinlanden gab es einige jüdische staatliche Beamte, als das 1815 von Preußen aus schwedischem Besitz erworbene Neuvorpommern Juden noch verschlossen war und die Juden Posens unter Sonderbestimmungen zum größten Teile als Fremde lebten. In den altpreußischen Gebieten genossen die Juden Freizügigkeit, als in manchen anderen Teilen Preußens noch kein Jude übernachtete, geschweige denn sich niederlassen durfte.

Süddeutsche Emanzipationsbestimmungen

Das preußische Dekret von 1812 ging weiter als die Gesetzgebung der süddeutschen Staaten. Der für die allgemeine politische Geschichte Deutschlands bezeichnende Unterschied zwischen preußischer und süddeutscher Entwicklung ist auf die Geschichte der Emanzipation der Juden nicht anwendbar. Die für Bayern gültige Verordnung des allgewaltigen Ministers Graf Maximilian von Montgelas von 1813 war als Übergangsmaßnahme gedacht. Wie so manche Regelung dieser Art bestätigte sie das bekannte französische Wort, daß allein das Provisorium anhält. Sie überdauerte fast ein halbes Jahrhundert und trug damit mittelalterliche Beschränkungen der bürgerlichen Rechte der Juden in das der Reichsgründung unmittelbar vorhergehende Jahrzehnt

⁹ So Leopold Zunz; s. A. Tänzer, S. 36.

hinein¹⁰. Sie zwang Tausende von Juden zur Auswanderung dadurch, daß sie die jüdischen Familien auf die beim Erlaß der Verordnung existierende Zahl „normierte“ und ihr Aufenthaltsrecht auf die Orte der bestehenden Ansässigkeit beschränkte. Sie schuf ferner eine Judenmatrikel, deren behördliche Führung eine genaue Kontrolle sichern sollte. Staatsbürgerliche Rechte genossen nur die Juden der bayerischen Pfalz, die sie unter französischer Herrschaft erworben hatten. In Baden wurden Freizügigkeit und Niederlassungsrecht durch ein Dekret von 1809 beschränkt. Die durch das Konstitutionsedikt vorgesehene Möglichkeit der Zulassung von Nichtchristen zu bestimmten exekutiven Dienststellen des Staates wurde durch die badische Verfassung von 1818 beseitigt; sie machte die Zugehörigkeit zu einem der christlichen Bekenntnisse zur Voraussetzung für die Wahrnehmung einer exekutiven oder richterlichen Funktion. Als Hardenberg die württembergische Regierung ersuchte, sich beim Bundestag in Frankfurt für die Übertragung des preußischen Dekrets von 1812 auf die anderen Staaten einzusetzen, um die bürgerliche Rechtsstellung der Juden zu verbessern, erklärte das württembergische Obertribunal in einem einstimmigen Gutachten die Übernahme der preußischen Gesetzgebung weder für ratsam noch für durchführbar¹¹.

Der Wiener Kongreß

Auch die Haltung der deutschen Staaten auf dem Wiener Kongreß bei der Gestaltung des Artikels 16 der deutschen Bundesakte, der sich mit der Rechtsstellung der Juden befaßte, brachte einen Beweis für die Engherzigkeit der Mittel- und Kleinstaaten des Südens wie des Nordens. Die preußischen Vertreter Hardenberg und Wilhelm von Humboldt traten, unterstützt von dem österreichischen Staatskanzler, Fürst Clemens Metternich, für die Gleichberechtigung der Juden ein. Sie stießen jedoch auf den Widerstand Sachsens, Bayerns und Hessen-Darmstadts und der Deputation der Fürsten und freien Städte. In ihr begründete neben dem Vertreter Bremens besonders der Delegierte Frankfurts im letzten Stadium der Beratungen seine Ablehnung des preußischen Standpunktes in einem mit großer Schärfe formulierten Memorandum. Die Konkurrenzfurcht der christlichen Bürgerschaft brach sichtbar durch. Preußen sah auch Württemberg im gegnerischen Lager und fand bei Baden zumindest keine Unterstützung. Man begnügte sich schließlich mit einer Kompromißformel. Sie sicherte den Juden lediglich die ihnen von den einzelnen Bundesstaaten gewährten Rechte, garantierte aber nicht weitergehende Rechte in den Territorien, die zeitweise Frankreich eingegliedert waren oder keinen bundesstaatlichen Charakter hatten¹².

¹⁰ *Eckstein*, Beiträge, S. 6; *Eckstein*, Die Emanzipation, S. 659.

¹¹ *Eckstein*, Der Kampf der Juden, S. 31; *Lestschinsky*, S. 47; *P. Tänzer*, S. 61 f.; *Lewin*, S. 78, 182 ff.

¹² *Baron*, S. 155 ff., 170 ff., 182; *Kracauer*, II, S. 456 f.; *Kaim*, S. 26 ff.

Der bedeutendste Zeitgenosse, der auf Grund der veränderten Situation eine amtliche Stellung verlor, war Juda Löw Baruch, der 1818 die Erlaubnis erhielt, sich Ludwig Börne zu nennen. Der Frankfurter Senat, in konsequenter Anwendung des von ihm in Wien vertretenen Standpunktes, beendete 1815 Börnes kurze Laufbahn als Polizeibeamter der Freien Stadt. Er befreite ihn dadurch von allen Hindernissen, die der vollen Entfaltung seines Schaffens als brillanter Journalist und Kritiker seiner Zeit im Wege gestanden hätten^{12a}.

C. Erste Reaktionsperiode

(1815–1847)

Staatsbürgerliche Lage der Juden

Sobald die Reaktion einsetzte, zeigte sich weder Preußen noch Österreich bereit, sich im Bundestag für die Schaffung von Normen zur Weiterführung der Emanzipation in den Einzelstaaten einzusetzen. Sollte darüber eine Debatte einsetzen, so sollten nach der Anweisung Friedrich Wilhelms III. von Preußen die Juden nicht unterstützt werden. U. a. erhielt der preußische Vertreter am Bundestag die Instruktion, darauf zu sehen, daß die Juden „nicht in Staatsämter und nicht in landständische Versammlungen aufgenommen werden, weil sie den Geist beider offenbar verderben würden“. Geringer konnte das Zutrauen zur Widerstandsfähigkeit der Bürokratie und der Landstände gegen eine von jüdischen Mitgliedern ausgehende „Verderbnis“ nicht sein. Dementsprechend nahm Preußen selbst manche bereits gewährten Rechte, zum Teil unter offener Verletzung des Artikels 16 der Bundesakte, wieder zurück. Daß den Juden neben anderen Funktionen auch die Ausübung des Amtes eines Scharfrichters untersagt wurde, mag ihnen keinen Kummer bereitet haben. Sie hatten, wenn sie ein mit dem Privileg der Abdeckerei versehenes Grundstück erwarben, in Kriminalfällen „für einen in aller Hinsicht zur Verrichtung der Exekution qualifizierten Stellvertreter Sorge zu tragen“. Das Amt eines Schiedsmanns im kommunalen Rahmen oder die Ausübung der Funktion eines Feldmessers wurde ihnen entzogen. Die revidierte Städteordnung von 1831 nahm ihnen das Recht, Bürgermeister zu werden; 1833 wurde ihnen das Schulzenamt entzogen¹³.

Besonders schmerzlich war für die Juden der Ausschluß von den akademischen Lehr- und Schulämtern, die ihnen nach dem Dekret von 1812 offen gestanden hatten. Zwar konnten sich zwischen 1812 und 1820 nicht mehr als

^{12a} Börne III, S. 996 f.

¹³ Eine Übersicht über die den Juden entzogenen Ämter nach dem Stande von 1840 bei Rönne und Simon, S. 283 ff.; Samter, S. 21 f. Der Wortlaut der dem preußischen Gesandten beim Bundestag erteilten Instruktion von 1817 bei Schwemer, I, S. 401.

drei jüdische Dozenten an preußischen Universitäten habilitieren¹⁴; dennoch hatten sie ihre Hoffnung auf Verbesserungen in der Zukunft nicht aufgegeben. Da kam 1822 ein Beschluß des Staatsministeriums, der diesen Erwartungen ein Ende setzte. Es war der Gegenstoß gegen die Bemühungen Hardenbergs, dem jungen jüdischen Juristen Eduard Gans eine Professur zu verschaffen. Dies war der erste Fall, in dem das Bestreben eines Juden, außerhalb der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fächer eine Dozentur zu erlangen, dank der Patronage des Leiters der preußischen Staatsgeschäfte zum Ziele zu führen schien. Jedoch der Kultusminister Freiherr Karl zum Altenstein sträubte sich mit Kräften dagegen. Er widersprach und strafte schließlich das wiederholte Ersuchen des Staatskanzlers um Erledigung des Falles Gans oder wenigstens um Berichterstattung mit Nichtachtung. Altenstein war ein Meister der Sabotage auf kaltem Wege, war aber auch für alles gewappnet, falls diese Methode versagen sollte. Die Räte des Ministeriums hatten ihm antisemitisch gefärbte und ungünstige Gutachten erstattet; die juristische Fakultät der Universität Berlin unter der Führung Karl Friedrich von Savignys sprach Gans die Befähigung zu einem akademischen Lehramte ab. Als Minister Altenstein jetzt die staatsmännische Kraft Hardenbergs erlahmen sah, ergriff er die Initiative im Staatsministerium, um dem Erfolg dieser oder ähnlicher Empfehlungen von einflußreicher Seite durch gesetzlichen Torschluß vorzubeugen. Die Kabinettsordre, die Paragraph 8 des Edikts von 1812 aufhob, war eines der letzten Dokumente, die Hardenberg wenige Monate vor seinem Tode unterzeichnete. Preußen verschloß damit den Juden eine Laufbahn, die ihnen rechtlich und in einigen Fällen auch *de facto* in anderen deutschen Staaten offen blieb. Es sei hier angemerkt, daß Gans, unfähig den eisernen Widerstand seiner Fachkollegen und des Ministeriums zu brechen, sich später zur Taufe entschloß. Er wurde der führende Hegelianer der Berliner juristischen Fakultät und Bahnbrecher der rechtsvergleichenden Wissenschaft in Deutschland, einer der hervorragendsten Lehrer und Forscher in der Geschichte der Berliner Alma Mater. Sein Tod im Jahre 1839 wurde nach dem Worte des Verfassers der Geschichte der Universität Berlin, Max Lenz, „wie ein öffentliches Unglück empfunden“¹⁵.

Trotz alledem war die Gesamtlage der Juden in Preußen besser als in den Staaten mit rückständigem Gewerberecht, und ihre staatsbürgerrechtliche Situation war, von Ausnahmen abgesehen, kaum irgendwo befriedigender. Für ihren wirtschaftlichen Aufstieg gewährte Preußen größere Möglichkeiten als die süddeutschen Staaten. Ihre kulturelle Entwicklung wurde im Posenschen vor allem durch die Einführung geordneter Schulverhältnisse gefördert. Landständische Verfassungen, wie sie im Süden bestanden, waren keine Sicherung gegen Entrechtung. Die Fürsten und ihre konservative Beamtenschaft waren

¹⁴ Vollständige Verhandlungen, S. XXXVII f.

¹⁵ Über den Fall von Eduard Gans, Lenz, II (1), S. 216 ff., 512. Die gründlichste Behandlung bei Reissner, Eduard Gans, S. 49, 56 ff., 65 f., 91 ff., 106.

bis in die dreißiger Jahre hinein eher geneigt, Fortschritte zuzulassen als das Volk und die Stände. In ihren Bemühungen im Interesse der Entwicklung des modernen Staates waren sie weitblickender als der Adel und die Vertreter des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums¹⁶. 1819 wurde der Versuch der bayerischen Regierung, das Edikt des Grafen Montgelas von 1813 zu revidieren, wegen des heftigen Widerstandes im Lande fallen gelassen¹⁷. In Baden wandte sich der populärste Führer des deutschen Liberalismus, Karl von Rotteck, noch in den dreißiger Jahren gegen die Gleichberechtigung der Juden, als sich in Bayern bereits ein Stellungswechsel vollzogen hatte. Rotteck zog die meisten badischen Liberalen im Kampfe gegen die Regierung mit sich. Diese drang daher mit einem fortschrittlichen Entwurf nicht durch und konnte nur mit Mühe eine Verschlechterung des gesetzlichen Zustandes verhindern¹⁸.

Unter welchem judenfeindlichen Druck der landständischen Vertretungen die Regierungen standen, die die Emanzipation der Juden zu fördern bereit waren, zeigt besonders deutlich die Geschichte des württembergischen Emanzipationsentwurfes. In seiner Begründungsrede vor dem Parlament im Jahre 1828 übertrieb der Minister absichtlich die Rückständigkeit des gewiß nicht durchweg befriedigenden, aber vergleichsweise fortschrittlichen Entwurfs: 35 Artikel erlegten den Juden neue Beschränkungen und Verpflichtungen auf, nur fünf brächten ihnen „wenigstens scheinbar einige neue Vorteile“. Selbst dieser Text wurde von der Gesetzeskommission der Kammer derart verschlechtert, daß der Minister im Namen des Königs mit der Verweigerung der Vollziehung drohen mußte, um den ursprünglichen Entwurf zu retten¹⁹. Auch die Ausschreitungen gegen die Juden waren zwischen 1815 und 1848 in den Staaten des Südens weit zahlreicher als in preußischen Städten; sie wurden von den örtlichen und regionalen Stellen zuweilen Wochen, ja Monate lang ohne energisches Eingreifen hingenommen, während die Rechtssicherheit in Preußen größer war. Die preußischen Behörden bewiesen auch bei solchen Gelegenheiten ein Interesse an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Die Diskriminierung der Juden auf staatsbürgerlichem Gebiet in Preußen

¹⁶ *Sterling*, *Er ist wie Du*, hat in diesem besonders guten Buche die soziologischen Gründe dieser Erscheinungen, vor allem die Rolle des Kleinbürgertums, der Zünfte und Innungen in den Staaten mit beschränkter Gewerbefreiheit dargelegt und ist auch dem Verhalten der sonst freiheitlichen Kräfte nachgegangen, die die Interessenverflechtung zwischen geldbedürftigen Regierungen und den Repräsentanten des jüdischen Bankwesens mißtrauisch beobachteten. Die Verfasserin gibt eine Übersicht über die zwischen 1815 und 1850 gegen die Juden begangenen Ausschreitungen (aaO, S. 189 ff.). Sie hat bereits vorher die Ausschreitungen des Jahres 1819 behandelt (s. *Anti-Jewish Riots in Germany in 1819*).

¹⁷ *Sterling*, *Er ist wie Du*, S. 165 ff.; *Anti-Jewish Riots*, S. 120 ff.

¹⁸ *Lewin*, S. 236; 243. *Sterling*, *Er ist wie Du*, S. 91.

¹⁹ *A. Tänzer*, S. 30–37; *P. Tänzer*, S. 68 ff.

wurde jedoch durch diese Tatsachen nicht berührt. Als sich die Periode der unvollständigen Emanzipation ihrem Ende zuneigte, gestattete Friedrich Wilhelm IV. zwar im Jahre 1845 die Beförderung jüdischer Soldaten zu Unteroffizieren und ihre Zulassung nach 12jähriger Dienstzeit zu Staats- und Kommunalämtern; auch jüdische Kriegsteilnehmer sollten nunmehr – 30 Jahre zu spät – zu diesen Zutritt haben. Der König schloß jedoch die Zulassung von Juden zu Ämtern aus, mit denen die Ausübung richterlicher, polizeilicher oder exekutiver Gewalt verbunden war. Die Aufzählung der den Juden zugänglichen Stellen läßt erkennen, wie weitgehend das Wort „exekutiv“ ausgelegt wurde. Juden blieben auf die niedrigsten Subalternstellen wie Ofenheizer, Boten und ähnliche Posten beschränkt. Das gleiche gilt für Bayern. Juden wurden zu niederen Posten der inneren und der Finanzverwaltung, jedoch in der Justizverwaltung nicht einmal zu Botenstellen zugelassen. In den höheren Sphären handelte es sich stets um Ausnahmefälle. Meno Burg, häufig zitiert, wurde von der Zeit der Freiheitskriege her als einziger jüdischer Offizier im preußischen, der Hauptmann Isidor Marx im bayerischen Heere belassen. Im zivilen Sektor wurde in Preußen im mittleren Dienst einem Regierungs-Bauinspektor lediglich der Titel belassen, die Beschäftigung aber entzogen, während in Bayern ein Rechnungsaktuar weiter wirken durfte²⁰.

Das preußische Judengesetz von 1847

Im Jahre 1847 arbeitete die preußische Regierung ein neues Judengesetz aus und legte es dem in diesem Jahre zusammentretenden Ersten Vereinigten Landtag zur Begutachtung vor²¹. Dies gab zum ersten Mal Gelegenheit zu einer Debatte über die Judenfrage in einem ständischen Gremium ganz Preußens. Sie fand sowohl in der Kurie der drei Stände (der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden) als auch in der Herrenkurie statt, in der 70 Fürsten, Grafen und sonstige „Herren“ saßen. Der Entwurf enthielt Bestimmungen über die Bildung und Organisation der preußischen Judenschaft, den Kultus und das Unterrichtswesen und einige Sonderfragen und sah vor, daß das Hardenbergsche Dekret von 1812 in sämtlichen preußischen Landesteilen eingeführt werden sollte, um der Buntscheckigkeit der die Juden betreffenden Vorschriften ein Ende zu machen. Nur für Posen sollte der Unterschied zwischen einer durch Besitz und Bildung gehobenen Schicht naturalisierter Juden mit erweiterten Rechten und den anderen dort ansässigen Juden aufrecht erhalten werden; damals waren von 80 000 Juden im Posenschen nicht mehr

²⁰ Aufzählung der Stellen in Preußen bei *Lorenzen*, S. 39. Über Sachs, *Toury*, *Der Anteil der Juden*, S. 265, Anm. 2. *Geiger*, *Geschichte der Juden in Berlin*, S. 152 f.; *Burg*, *Geschichte meines Dienstlebens*; über Bayern, S. *Schwarz*, S. 254 f.

²¹ Die Beratungen sind wiedergegeben in *Vollständige Verhandlungen*. Dort auch der Entwurf der Verordnung (S. I–X) und die Denkschrift der Regierung zu dem Entwurf (S. X–XLIX).

als 15 000 naturalisiert²². Auf staatsbürgerlichem Gebiet waren die Fortschritte unbedeutend. Zu einem unmittelbaren oder mittelbaren Staatsamte sollten die Juden nur dann zugelassen werden, wenn mit ihm die Ausübung einer obrigkeitlichen Gewalt nicht verbunden war. Ihre Anstellung als Lehrer sollte auf jüdische Unterrichtsanstalten beschränkt werden. Doch sollte ihnen der Zutritt zur Privatdozentur und zur außerordentlichen Professur in den medizinischen Fakultäten und in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern der philosophischen Fakultäten freigegeben werden. Voraussetzung sollte sein, daß die Universitätsstatuten dem nicht entgegenstanden. Diese Einschränkung machte das Entgegenkommen weitgehend illusorisch. Die preußischen Universitäten hatten damals statutengemäß teils christlich-evangelischen, teils christlich-paritätischen Charakter mit Ausnahme der Universität Berlin, die 1810 in der Notzeit Preußens gegründet worden war²³.

Die Beratung dieses Entwurfes führte zu lebhaften Auseinandersetzungen in beiden Kurien. Die Mehrheit der Herrenkurie stand den Emanzipationsbestimmungen des Entwurfs ablehnend gegenüber. Sie wünschte zu einem staatlichen Amte nur jüdische Zivilversorgungsberechtigte zuzulassen, die sich durch langjährigen Dienst im stehenden Heere ein Anrecht darauf erworben hatten. Sie griff auch die traditionelle, auslegungsfähige Formel „richterlich, polizeilich und exekutiv“ wieder auf, offensichtlich in der Überzeugung, damit beim König durchzudringen. Die Drei-Stände-Kurie dagegen war trotz der starken Stellung der Ritterschaft in ihr bereit, weiter zu gehen als die Regierung, allerdings mit zuweilen recht geringen Mehrheiten. Sie schlug vor, die Lage der Juden im Posenschen zu normalisieren und auch dort alle Juden unterschiedslos als Inländer anzuerkennen. Sie beschloß mit 220 gegen 215 Stimmen, daß Juden zu allen Staatsämtern zugelassen werden sollten, abgesehen von den Ämtern, mit denen die Leitung und Beaufsichtigung der christlichen Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten verbunden war. Sie entschied mit größerer Mehrheit, daß Juden zu allen Kommunalämtern Zugang haben sollten. Mit 222 gegen 181 Stimmen erklärte sie, daß kein Anlaß vorliege, Juden von der ordentlichen Professur oder von irgendeinem akademischen Lehrfach auszuschließen, sofern es nicht das christliche Glaubensbekenntnis voraussetze. Der Ausschluß der Juden vom Richteramt aber sollte aufrechterhalten werden. Mit einer Mehrheit von 55 Stimmen sprach sich die Kurie ferner dafür aus, die Anstellung jüdischer Lehrer auf jüdische Lehranstalten zu beschränken. Mit über 70 Stimmen Mehrheit schlug sie die Errichtung eines Lehrstuhles für jüdische Theologie an einer der preußischen Universitäten vor. Die Herrenkurie hatte dies abgelehnt²⁴. Die Befolgung dieser Anregung würde die Parität zwischen der christlichen und jüdischen Religion auf diesem Gebiete hergestellt und ein staatliches Aufsichtsrecht sowie die Übernahme

²² Vollständige Verhandlungen, S. 152.

²³ Vgl. die Erklärungen des Regierungsvertreters, aaO, S. 328 f.

²⁴ Für die Abstimmungen, aaO, S. 315, 342, 350, 439 ff.

finanzieller Lasten durch den Staat für die Ausbildung künftiger Rabbiner begründet haben²⁵.

Die Regierung erhielt in dem nach den Beratungen erlassenen Gesetze den Unterschied zwischen naturalisierten und nicht naturalisierten Juden in der Provinz Posen aufrecht. Nur die naturalisierten Juden wurden rechtlich den übrigen preußischen Juden gleichgestellt. Die Regierung verschlechterte den Entwurf im Sinne der Herrenkurie, indem sie den in der Verfügung von 1846 verwandten Begriff „richterlich, polizeilich oder exekutiv“ wieder herstellte. Andererseits folgte sie der Drei-Stände-Kurie ein Stück Weges, indem sie den Juden auch die ordentliche Professur eröffnete und den Kreis der den jüdischen Dozenten zugänglichen akademischen Fächer zwar nicht in dem von der Kurie vorgeschlagenen Umfang erweiterte, jedoch Geographie und sprachwissenschaftliche Lehrfächer hinzufügte²⁶. Der Regierungsvertreter hatte bei den Beratungen erklärt, daß der Begriff „sprachwissenschaftlich“ das rein Materielle, Grammatisch-Lexikalische, nicht aber Literatur oder Altertumskunde umfasse. Diese müßten im akademischen Unterricht mit christlichem Geist erfüllt werden²⁷. Damit blieb die Regierung selbst hinter der Herrenkurie zurück, die sich für die Zulassung zu den philosophischen Lehrfächern ohne Einschränkung ausgesprochen hatte.

Gedankengänge der Kurien des Vereinigten Landtags

Die Beratungen zeigten, wieweit die Emanzipation der Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Bild geändert hatte, das sich die deutsche Gesellschaft von ihnen machte. Die Masse der Juden wurde von den gebildeten Schichten in Preußen nicht mehr mit dem Kleinkram- und Hausierhandel identifiziert. In den vierziger Jahren kamen nur noch zwei Hausierer auf 100 Juden²⁸. Die Juden waren nach Wegfall der gesetzlichen Bestimmungen, die ihnen in den meisten Gebieten Deutschlands die handwerkliche Betätigung verschlossen hatten, stark in die handwerklichen Berufe eingedrungen, eine Bewegung, die von jüdischer und nichtjüdischer Seite gefördert wurde²⁹. Wo solche Beschränkungen nicht bestanden hatten, wie im Posenschen und in gewissen Teilen Süddeutschlands, waren sie seit jeher beträchtlich, zum Teil überwiegend im Handwerk vertreten. Die Zahl der jüdischen Selbständigen, die zu bescheidenem, dann größerem Wohlstand gelangten, nahm zu. Als

²⁵ AaO, S. 343.

²⁶ Der Text des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. 7. 1847 bei *Freund*, Die Emanzipation II, S. 501 ff.

²⁷ AZJ 1847, S. 525.

²⁸ Vollständige Verhandlungen, S. XV.

²⁹ AaO, S. XV ist die damalige Berufsverteilung der Juden statistisch dargestellt. Von 1000 Juden waren 431 im Handel, 193 im Handwerk, 101 als Gesinde beschäftigt. 81 waren berufslos, 47 als Gast- oder Schankwirte tätig. Die übrigen waren als Wissenschaftler, Ärzte, im Kommunaldienst usw. beschäftigt. S. auch *Rönne* und *Simon*, S. 25 ff.

Ärzte waren sie bereits im 18. Jahrhundert vertreten. Ihre Zahl vermehrte sich in diesem Berufe, dem einzigen akademischen Fache, in dem ihnen die Wege zu künftiger Tätigkeit offenstanden. Auch als Journalisten, Schriftsteller und Rechtskonsulenten – zur Rechtsanwaltschaft wurden sie damals noch nicht zugelassen – traten sie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, wenn auch zunächst in kleinerer Zahl, hervor.

Dementsprechend sah auch die Mehrheit der Mitglieder der Drei-Stände-Kurie die Integration der Juden in die deutsche Gesellschaft als genügend fortgeschritten an, um ihre Gleichberechtigung grundsätzlich zu befürworten. Jedoch die Einschränkungen im Gerichts- und Unterrichtswesen waren einschneidend und bezeichnend. Sie kündigten die schweren Kämpfe um die Gleichberechtigung auf staatsbürgerlichem Gebiet an, die sich in den nächsten Jahrzehnten bis zum Ende der Monarchie abspielen sollten. Viele Mitglieder der Kurie waren von humanitären Gedanken getragen. Sie lehnten es ab, das Prinzip des christlichen Staates gegen die Emanzipation der Juden geltend zu machen. Das Christentum lehre Nächstenliebe, seine Lehre schließe die Aufgabe ein, die Versöhnung des Individuums mit der Gesellschaft nach allen Richtungen hin herbeizuführen, und nur die volle Emanzipation könne dies Ziel erreichen. Andere riefen die Beteiligung der Juden an den Befreiungskriegen und die von ihnen damals gebrachten Opfer an Leben und Gut in Erinnerung. Die endgültigen Folgerungen zog jedoch die Kurie aus diesen Erwägungen nicht. Sie blieb auf halbem Wege stehen.

Anders war die Stimmung in der Herrenkurie. Dennoch waren auch in dieser einige aufgeklärte, von Humanitätsgedanken getragene Männer vertreten. Führend unter diesen war der Fürst zu Lynar. Er beantragte zu Anfang der Verhandlungen, den Text der Verordnung dem Könige zurückzureichen und ihn zu bitten, eine andere Verordnung ausarbeiten zu lassen, die die Emanzipation der Juden durchführe oder wenigstens vorbereite; freilich war Fürst Lynar einer von denjenigen, die Bismarck später – nicht böswillig – in einer seiner Bemerkungen unter den jüdisch versippten Familien aufgeführt hat³⁰. Andere Männer dieser Gruppe waren Graf Leopold von Zieten, ein Nachkomme des Husarengenerals Friedrich II., und Graf Ludwig Yorck; er war der Sohn des Grafen Johann David Yorck von Wartenburg, der 1812 die Tauroggener Konvention mit den Russen über den Kopf des Königs hinweg abgeschlossen hat, und ein Mitglied jenes aufrechten schlesischen Adelsgeschlechtes, das in jeder Generation von menschlicher Gesinnung erfüllte Gestalten hervorgebracht hat, bis herab zu Peter Yorck von Wartenburg, dem konservativ gerichteten, führenden Mitglied des Kreisauer Widerstands-Kreises, den nach dem 20. Juli 1944 Roland Freisler, der Präsident von Hitlers Volksgerichtshof, dem Henker übergab. In einer mutigen Rede setzte sich der emanzipationsfreundliche Zieten für die Gleichberechtigung der Juden mit

³⁰ *Busch*, II, S. 33.

der Erklärung ein, daß er sie auf Grund der Erfahrungen seines Lebens schätze und als betriebsame, erfahrene und indulgente, kurz als gute und edle Menschen angetroffen habe. Der Bericht verzeichnet nach jedem seiner Sätze große Heiterkeit, Gelächter, erneutes Gelächter und zum Schluß anhaltende schallende Heiterkeit³¹. Zieten war es auch, der die Zulassung der Juden zu allen Fächern der philosophischen Fakultät u. a. unter Hinweis darauf befürwortete, daß einer der größten damaligen Professoren der Geschichte ein Jude sei. Er sei freilich später zum Christentum übergetreten. „Nichtsdestoweniger“, fügte er, dieses Mal unter gutmütiger, ungemein großer Heiterkeit hinzu, „ist sein ihm innewohnender scharfer Verstand Eigentum des Judentums, und nicht des Christentums“³².

Die Rede des Abgeordneten Otto von Bismarck

In der Kurie der drei Stände kam die bekannteste judengegnerische Äußerung von dem jungen Abgeordneten Otto von Bismarck. Angesichts seiner späteren Bedeutung ist von antisemitischer Seite oft der Passus zitiert worden, in dem er erklärte, er gönne den Juden alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staat ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden. Er würde sich tief niedergedrückt fühlen, wenn er sich gegenüber als Repräsentanten des Königs einen Juden dünkte, dem er gehorchen sollte³³. Er erklärte, sich nicht zu schämen, daß er seine anti-jüdischen Empfindungen mit dem niederen Volke teile. Das war keine vereinzelte Äußerung Bismarcks. Er machte selbst einmal eine verächtliche Bemerkung über den von ihm hochverehrten konservativen Führer Friedrich Julius Stahl³⁴ und fühlte sich höchst unbehaglich als „Schreiber eines jüdischen Gelehrten“, nämlich als Schriftführer in dem 1850 von Eduard Simson präsidierten Erfurter Unionsparlament. Dies ließ er in einer drastischen Bemerkung zu August Reichensperger, einem katholischen Kollegen im Büro dieses Parlaments, erkennen³⁵.

Aber bereits damals waren Bismarcks Gedanken nuancierter als diejenigen vieler seiner Standesgenossen. Seine meisterhafte Rede wies ihn in seiner Kurie als einen Reaktionär, gegenüber der Mehrheit der „Herren“ als einen Gemäßigten aus. Gewiß, er verteidigte den Regierungsentwurf, der den Ausschluß der Juden vom öffentlichen Dienst verewigen wollte. Daß ihre Fern-

³¹ Vollständige Verhandlungen, S. 29.

³² AaO, S. 114. – Es ist nicht klar, welchen Historiker Zieten im Auge hatte. Siegfried Hirsch, ein Historiker jüdischer Abstammung, der zum evangelischen Glauben übertrat, ein Schüler Rankes, war außerordentlicher Professor und lehrte auch an der Kriegsschule. Auf ihn kann Zietens Beschreibung kaum zutreffen. – Die juristische Fakultät der Universität Berlin hat sich in ihrem von der Regierung erbetenen Gutachten in einem einstimmigen Votum scharf gegen die Zulassung jüdischer Dozenten überhaupt gewandt.

³³ Vollständige Verhandlungen, S. 224 ff.

³⁴ *Michniewicz*, S. 115, 158.

³⁵ *Michniewicz*, S. 52 ff.; *Poschinger*, II, S. 10.

haltung von der Beamtenlaufbahn sie in bestimmte andere Berufe mit nachteiligen Folgen für die gesamte Berufsstruktur hineinzwänge, ließ er nicht gelten. Aber er hatte nichts mit den „Herren“ gemeinsam, die hinter den Regierungsentwurf zurückgehen wollten. Er hatte auch gegen die Ausdehnung des Hardenbergschen Edikts auf ganz Preußen und gegen die Freizügigkeit der jüdischen Bevölkerung nichts einzuwenden. Er erkannte an, daß in Berlin und überhaupt in den größeren Städten die Judenschaft fast durchweg aus achtungswerten Leuten bestehe; er fügte hinzu, daß solche auch auf dem Lande nicht bloß zu den Ausnahmen zählten. Dagegen fällte er ein hartes Urteil über jüdischen Wucher, dessen Opfer die Bauern in bestimmten Gebieten würden; von einem christlichen Wucher in gleichem Ausmaß wisse er nichts. Bismarck übergang schweigend die Tatsache, daß das Elend der Bauern, das ausgebeutet werden konnte, und der Ruin des bäuerlichen Besitzes eine Folge der preußischen Bauernpolitik und vor allem der rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsdeklaration von 1816 durch den preußischen Grundadel war. Er war nicht ganz sicher, ob die Sonderstellung der nicht naturalisierten Juden in Posen aufrechterhalten werden sollte, aber er neigte entgegen der Mehrheit seiner Kurie zur Regierungsvorlage, die das Sonderstatut dieser Gruppe beibehalten wollte. Dabei erklärte er mit der primitiven Abneigung des Landjunkers gegen die Juden:

„Ich glaube auch, daß die in Polen ansässigen Juden, auch wenn es ihnen erlaubt wird, nicht in bedeutenden Massen nach den deutschen Provinzen auswandern werden, weil die vergleichsweise – ich möchte nicht gerne einen Ausdruck wählen, der verletzen könnte – Sorglosigkeit des polnischen Charakters in Beziehung auf zeitliche Güter den Juden aus Polen stets ein Eldorado gemacht hat“³⁶.

Dieser Passus zeigt, ein wie verzerrtes Bild Bismarck sich auf Grund örtlich, zeitlich und historisch bedingter Sondererscheinungen von Juden und der Judenheit gemacht hat und zu welchen Irrtümern er sich dadurch hat verleiten lassen. Sobald sie das Recht der Freizügigkeit erreicht hatten, wanderten innerhalb von 50 Jahren zwei Drittel der Juden aus den früheren polnischen Landesteilen ab. Ihre Zahl sank dort bis 1900 von 80 000 auf 26 000, während die Zahl der Evangelischen und Katholiken, die derjenigen der Deutschen und Polen ungefähr entsprach, in denselben Gebieten um 40 % bzw. 50 % anstieg. Der Ehrgeiz der Abgewanderten bestand darin, ihre Kinder akademischen Berufen zuzuführen, in denen sich Kaufmannsgeist, ob ehrbar, ob verderbt, am wenigsten auswirken konnte.

³⁶ Vollständige Verhandlungen, S. 227.

3. DIE GESETZLICHE DURCHFÜHRUNG DER STAATSBÜRGERLICHEN GLEICHBERECHTIGUNG (1848–1869)

A. Zweite Emanzipationsperiode (1848–1849)

Die zweite Etappe der Emanzipation setzte mit der Revolution von 1848 ein. Die gesetzliche Grundlage, auf der der Ausschluß der Juden von den Staatsbürgerrechten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im allgemeinen beruhte, wurde durch die Revolution erschüttert. Als die Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main die Grundrechte des deutschen Volkes beriet, wurde der Paragraph 13 (später Paragraph 146 der Gesamtverfassung) ohne Schwierigkeit angenommen. Er bestimmte, daß das religiöse Bekenntnis den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedinge noch beschränke. Der einzige, der zu diesem von der Verfassungskommission angenommenen Text im Plenum einen Zusatz vorschlug, nach dem der israelitische Volksstamm auf Grund eines Spezialgesetzes eine Sonderbehandlung erfahren sollte, war der liberale Abgeordnete Moritz Mohl, ein Bruder des Staatsrechtslehrers Robert von Mohl; er hatte 1848 auf den Familienadel verzichtet. Gegen ihn wandte sich Gabriel Riesser*, der Vorkämpfer der jüdischen Gleichberechtigungsidee im 19. Jahrhundert. Riesser hatte seit den dreißiger Jahren eine fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit zur Erreichung seines Lebenszieles, der Gleichberechtigung der Juden, entfaltet und eine ausgedehnte Korrespondenz dafür geführt. Er war ein gemäßigter Liberaler und vertrat Lauenburg in der Versammlung. Der Antrag Moritz Mohls fand nach der viel beachteten Rede Riessers nicht genügende Unterstützung, um auch nur zur Abstimmung zu gelangen.

Die Grundrechte wurden im Reichsgesetzblatt vom 28. Dezember 1848 veröffentlicht und von den meisten Staaten durch entsprechende Einführungs-

* Gabriel Riesser, geb. 1806 in Hamburg. Studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, Dr. jur. 1830 Zulassung als Anwalt in Hamburg abgelehnt, als Privatdozent von mehreren Universitäten wegen seines jüdischen Bekenntnisses zurückgewiesen. 1843 als Anwalt in Hamburg zugelassen. Veröffentlichte 1831 die Schrift „Über die Stellung der Bekenner mosaischen Glaubens in Deutschland“, danach zahlreiche andere Veröffentlichungen zur Förderung der Gleichberechtigung der Juden. 1832 Begründer und Herausgeber der in Altona erscheinenden Zeitschrift *Der Jude*. Nahm auf Einladung des Heidelberger Ausschusses der Sieben 1848 am Frankfurter Vorparlament teil, Mitglied der Nationalversammlung als Vertreter Lauenburgs, Oktober 1848 2. Vizepräsident. 1850 Mitglied des Erfurter Unionsparlaments als Vertreter Hamburgs, 1859 und 1860 Mitglied und Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft. 1860 zum Mitglied des Obergerichts in Hamburg gewählt. Gest. 1863 in Hamburg.

verordnungen rezipiert. Dagegen haben die größeren Staaten, Österreich, Preußen und Bayern, die Frankfurter Grundrechte nie anerkannt. Für die rechtliche Möglichkeit der Zulassung von Juden zum öffentlichen Dienst in Preußen war dies insofern bedeutungslos, als bereits drei Wochen nach der Revolution in Berlin, am 6. April 1848, eine Verordnung die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte von dem religiösen Bekenntnis unabhängig gemacht hatte. Gleichfalls noch vor der Publikation der Grundrechte der Paulskirche hatte der König am 5. Dezember 1848 auf der Grundlage des von der Verfassungskommission der Preußischen Nationalversammlung ausgearbeiteten Entwurfs eine Verfassung oktroyiert, nach deren Artikel 4 alle Preußen vor dem Gesetze gleich und die öffentlichen Ämter allen dazu Befähigten gleich zugänglich waren; Artikel 12 erklärte den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Allein in Bayern scheiterte das vom König Maximilian nach der Abdankung Ludwig I. im März 1848 versprochene Emanzipationsgesetz. Zwar enthielt das Landtagswahlgesetz vom Juni 1848 eine Bestimmung, die jedem Bürger Wahlrecht und Wählbarkeit unbeschadet seines Glaubensbekenntnisses gewährte. Jedoch hinsichtlich der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, die uns in diesem Zusammenhange allein interessiert, blieb die frühere Rechtslage bestehen¹.

In der Sache war dieser Unterschied wenig bedeutsam. Ernennungen von Juden zu staatlichen Posten oder Schulstellen wurden auch in den anderen Staaten nur ausnahmsweise vollzogen. Zwei ungewöhnliche Vorgänge dieser Art in Preußen sind jedoch erwähnenswert. 1848 habilitierte sich der junge Altphilologe Jacob Bernays*, der Sohn eines philosophisch hochgebildeten Hamburger Rabbiners, an der Bonner Universität. Damit wurde zum ersten Mal ein Jude an einer preußischen Universität außerhalb der medizinischen Fakultät zur Privatdozentur zugelassen. Bernays, ein strenggläubiger Jude, gehörte zu den bedeutendsten klassischen Philologen des 19. Jahrhunderts. Sein gleichfalls hervorragender Schüler, Hermann Usener, hat ihm in einem schönen Lebensbild in der Allgemeinen Deutschen Biographie ein Denkmal gesetzt. „Er lebte wie ein Weiser des Altertums“, schrieb er von Bernays. Auch Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, wohl der größte Gelehrte der Berliner philosophischen Fakultät um die Jahrhundertwende, hörte Bernays fleißig

* *Jacob Bernays*, geb. 1824 in Hamburg. Studierte klassische Philologie, Dr. phil. Habilitierte sich in Bonn im November 1848 mit einer Vorlesung „De philologiae historia“. Wurde trotz intensiver Bemühungen von Gelehrten um die Übertragung einer Professur vom Kultusminister von Raumer dahin beschieden, daß er keine Beförderung zu erwarten habe. Lehrte 1854 bis 1866 am Jüdisch-theologischen Seminar in Breslau, gleichzeitig Privatdozent an der Universität Breslau. 1865 korrespondierendes Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. 1866 als außerordentlicher Professor nach Bonn berufen und mit der Leitung der Universitätsbibliothek betraut. Gest. 1881 in Bonn.

¹ *Freund*, Die Emanzipation II, S. 520 f. (Preußen); *S. Schwarz*, S. 274 f., 280 ff. (Bayern).

und erzählt in seinen Erinnerungen von dem „Rabbi“, wie Bernays von den Studenten genannt wurde, der sich seiner als Student annahm. Er „trug den Stolz auf sein Judentum zur Schau. Es war eine sonderbare Sorte von Adelsstolz, der die meisten abstieß; mir hat er imponiert, denn da war alles echt, hatte alles Stil . . . ich bin ihm immer dankbar geblieben.“ Im engen Freundschaftsverhältnis stand Bernays zu Mommsen, auch zu dem Fürsten und der Fürstin Wied. Ihre Tochter, die Fürstin Elisabeth von Rumänien (als Dichterin Carmen Sylva) berichtet von der Verehrung, die ihre Eltern dem vielleicht größten Bonner Gelehrten bezeugten. Alle sprachen von den Entbehnungen, die der an sich völlig bedürfnislose Mann in den ersten Dozentenjahren auf sich nehmen mußte, und von den Enttäuschungen äußerer Art, die die akademische Laufbahn ihm brachte².

Gleichfalls ein Altphilologe, an wissenschaftlichem Rang freilich Bernays nicht entfernt vergleichbar, war Wilhelm Freund*, der 1830 zum Oberlehrerexamen zugelassen worden war und sein Probejahr in Breslau abgelegt hatte. Er wurde provisorisch mit der Leitung des Progymnasiums in Hirschberg in Schlesien betraut. In der Reaktionszeit fand diese Tätigkeit bereits 1851 ein Ende. Freund arbeitete später im jüdischen Schulwesen. Er hatte an den innerjüdischen Kämpfen in Breslau als führender Liberaler teilgenommen und war zusammen mit mehreren anderen Gelehrten publizistisch für Gewissensfreiheit und Rechtsgleichheit eingetreten. Er beklagte, daß in Preußen „das ruhmgekrönte Emanzipationsgesetz . . . zu einem kärglichen Juden-Schutz-Privilegium zusammenschmolz“. Freund ist mit zahlreichen, methodisch interessanten lexikographischen Arbeiten hervorgetreten³.

B. Zweite Reaktionsperiode

(1849–1858)

Wie stets nach dem Scheitern einer Freiheitsbewegung, folgte, nachdem die Revolutionen überall, von Frankreich bis Österreich, zusammengebrochen waren, eine Periode der Reaktion. Sie lastete fast zehn Jahre auf Europa. Es

* *Wilhelm Freund*, geb. 1806 in Kempen (Provinz Posen). Studierte klassische Philologie, Dr. phil. 1848 bis 1851 provisorisch Direktor des Progymnasiums in Hirschberg (Schlesien), 1855–1870 Direktor der nach seinem Plan organisierten gehobenen israelitischen Gemeindeschule in Gleiwitz (Oberschlesien). Ausgedehnte literarische Tätigkeit auf jüdischem und philologischem Gebiet. 1843 und 1844 mehrere Bände einer Zeitschrift „Zur Judenfrage“. Zwischen 1834 und 1885 u. a. Wörterbücher der lateinischen Sprache, Ausgaben lateinischer Autoren und Präparationen zu griechischen und römischen Schulklassikern. Gest. 1894 in Breslau.

² *Usener* in ADB 46, S. 393–404; *Wilamowitz-Moellendorff*, S. 87 f.; *M. Fraenkel*, besonders S. 51; *Gelber*, S. 234 f. (Zitate aus Carmen Sylvas Memoiren).

³ AZJ 1848, S. 588, 605; AZJ 1886, S. 93, 108. Meyers Konversationslexikon, 5. Aufl., VI 1894, S. 877 f.

war eine Zeit, in der sich Enttäuschung, Erbitterung und Verzweiflung aller freiheitlichen Geister bemächtigten. Die Frankfurter Grundrechte vom Dezember 1848, die in die Reichsverfassung vom 28. März 1849 aufgenommen wurden, wurden in denjenigen Staaten, die sie rezipiert hatten, hinfällig. Jedoch war die Erschütterung des vorher herrschenden Zustandes durch die Revolution von 1848 stark genug, um in den meisten Staaten in staatsbürgerlicher Hinsicht zu einer Änderung der früheren Verfassungs- und Gesetzeslage zu führen.

Die Reaktion in Preußen

In Norddeutschland war der Eintritt Preußens in die Reihe der Staaten mit geschriebener Verfassung entscheidend. Artikel 12 der revidierten Verfassung vom 31. Januar 1850, die anstelle der im Revolutionsjahre oktroyierten Verfassungsurkunde trat, erhielt den Grundsatz der Gleichberechtigung aufrecht: sie gewährte allen dazu Befähigten gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern und Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ohne Unterschied der Religion. Soweit die Zulassung zu öffentlichen Ämtern und die gleiche Behandlung im Amte in Frage kommen, erfolgte seitdem in Preußen die Diskriminierung der Juden auf drei Wegen: durch Beibehaltung diskriminierender Gesetzgebung, die im Widerspruch zur Verfassung stand; durch einschränkende Auslegung des Gleichberechtigungsartikels der Verfassung; schließlich auf dem Wege einer verfassungs- und gesetzwidrigen Verwaltungspraxis.

So wurde die Geltendmachung der Gleichberechtigung der Juden nach Artikel 12 der Verfassung durch eine Bezugnahme auf den Artikel 14 und auf Sondergesetze verhindert. Artikel 14, der in der Verfassungs-Urkunde von 1848 nicht enthalten war, aber in die oktroyierte Verfassung von 1850 eingefügt wurde, bestimmte, daß die christliche Religion bei den mit der Religionsübung in Zusammenhang stehenden Einrichtungen des Staates zugrunde zu legen sei. Der Artikel wurde durch eine extensive Auslegung zum Vorwand des tatsächlichen Ausschlusses der Juden von Justiz und Schule. Reskripte des Justizministers und des Kultusministers aus dem Jahre 1851 verschlossen den Juden Richterlaufbahn und Katheder.

Parlamentarische Vorstöße gegen Artikel 12 der preußischen Verfassung

Zweimal ist während dieser Periode von parlamentarischer Seite der Versuch gemacht worden, den Artikel 12 der Verfassung zu streichen, bzw. ihm seinen eigentlichen Sinn durch einen Zusatz zu nehmen, der einen alt vertrauten Begriff der Vergessenheit zu entreißen bestimmt war: der Zutritt zu Ämtern, mit denen die Ausübung richterlicher, polizeilicher oder exekutiver Gewalt verbunden war, sollte durch die Aufnahme in eine der anerkannten

christlichen Kirchen bedingt sein. Diese Vorstöße erfolgten 1852 in der Ersten Kammer, 1856 im Abgeordnetenhouse. Die Versuche scheiterten. Obwohl in der Ersten Kammer der Hochadel dominierte, erklärte sie sich gegen den Antrag. Sie lehnte sogar den Kommissionsantrag ab, der die Arbeitsüberlastung des Hauses als Grund für die Unmöglichkeit anführte, auf den Antrag einzugehen, also eine Desavouierung des Antragstellers vermied. Sie beschloß vielmehr den Übergang zur Tagesordnung, der einer Stellungnahme gegen den Inhalt des Antrages gleichkam. Das einzige jüdische Mitglied der Ersten Kammer, Moritz Veit, der Trier vertrat, griff mutig und würdig in die Debatte ein. Er erinnerte den Antragsteller, der den großen britischen Parlamentarier William Wilberforce erwähnt hatte, daran, daß dieser sein Leben der Emanzipation der Sklaven gewidmet hatte, während jener die Juden in neue Fesseln schlagen wollte⁴.

1856 erschien der Vorstoß bedenklicher, umsomehr als er sich im Abgeordnetenhouse, der ultrareaktionär zusammengesetzten sogenannten Landratskammer, vollzog. Der Antragsteller war der konservative Parteiführer Hermann Wagener, der Begründer und erste Chefredakteur der konservativen „Kreuzzeitung“. Ein Petitionssturm von jüdischer Seite setzte ein. Bei der Abstimmung über den Antrag, der von den Extremisten selbst, um ihn zu retten, restriktiv ausgelegt wurde, stand Wagener mit etwa 30 Konservativen allein; die große Mehrheit seiner eigenen Fraktion ließ ihn im Stich. Die wirksamste Rede gegen den Antrag hielt einer der Begründer und Führer der katholischen Fraktion, Peter Reichensperger; Juden saßen während der Reaktionszeit im Abgeordnetenhouse nicht. Er ging vom katholisch-konfessionellen Standpunkte aus. Ihm erschien die Vergötzung des Staates als eine Gefahr; die verfassungswidrige Fiktion des evangelischen Staates im Sinne der Konservativen hatte er stets bekämpft. Aber er ging weit über den konfessionellen Standpunkt hinaus. Er verdamnte die Methode, auf Umwegen eine Verfassungsbestimmung illusorisch zu machen, nannte den Artikel 12 eine Sühne für tausendjähriges Unrecht und rief jeden echten Christen auf, sich für diesen Artikel in seiner jetzigen Form einzusetzen. Obwohl er die Betätigung der Juden nur auf gewissen Gebieten für nützlich, im Handel und in der Literatur dagegen für schädlich hielt, sprach er einem jeden die Berechtigung zum Judenhasse ab. Er äußerte die Überzeugung, daß eine direkte Befragung des Volkes von Preußen eine Mehrheit für die Emanzipation der Juden nicht ergeben würde, aber er ließ sich dadurch in seiner Haltung nicht beirren. Für die einmütige Vertretung des Gedankens ihrer Gleichberechtigung in der Publizistik und durch Petitionen sprach er unter dem Beifall vieler Mitglieder des Hauses den Juden seine Bewunderung aus.

Die preußische Regierung ließ sowohl 1852 wie 1856 erkennen, daß sie in der Sache mit den Extremisten der Rechten sympathisierte und lediglich die

⁴ AZJ 1852, S. 113, 122, 136; Veits Rede aaO, 1852, S. 194 ff.

Methode ihres Vorgehens für verfehlt hielt. Ihr Hauptsprecher, der Innenminister Ferdinand von Westphalen, erklärte, es liege kein Bedürfnis für den Antrag vor, da die Juden (ebenso wie Anhänger irreligiöser Sekten) im Verwaltungswege von obrigkeitlichen und richterlichen Ämtern ferngehalten würden. Er verwies auf die Heilwirkung der Interpretation, durch die die gesetzlichen Bestimmungen im Sinne des christlichen Staates eine Angleichung fänden⁵.

Die Lage in den deutschen Mittelstaaten

Auch in Sachsen blieben die den Juden 1848 zuerkannten politischen Rechte dem Gesetz nach gewahrt. In Württemberg dagegen wurden sie ihrer neuen Rechte wieder beraubt, um sie erst 1861 zurückzuerlangen. Auch in Hannover gingen die jüdischen Bürger ihrer Staatsbürgerrechte in der Reaktionsperiode verlustig. Selbst im Kurfürstentum Hessen, das mit seiner Verfassung von 1831 den anderen Staaten vorausgegangen war, verloren sie zeitweise ihre politischen Rechte; ganz zu schweigen von Mecklenburg-Schwerin, das nach der kurzen Befreiungsperiode von 1848 bald die frühere Gesetzgebung wiederherstellte⁶.

Unbeschadet der von Staat zu Staat wechselnden Rechtslage war aber die Wirklichkeit überall derjenigen in Preußen ähnlich. Ein Mann von den außergewöhnlichen Gaben Levin Goldschmidts* konnte in keinem deutschen Staat Richter oder Rechtsanwalt werden. Sein Lieblingsschüler, Professor Max Pappenheim, hat in seiner Biographie Goldschmidts alle Hindernisse beschrieben, die Goldschmidt als Student und im Vorbereitungsdienst wegen seiner Konfession teils zu überwinden hatte, teils nicht überwinden konnte. Dem hervorragenden Juristen, der in Halle summa cum laude promoviert hatte – in Berlin war er nicht einmal zum Doktorexamen zugelassen worden – öffnete keine preußische Universität die Pforten zur Privatdozentur. Seine Habilitierung an der Universität Heidelberg 1855 war der Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Laufbahn des später weltbekannten Berliner Rechtslehrers⁷.

* Levin Goldschmidt, geb. 1829 in Danzig. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1855 Privatdozent, 1860 außerordentlicher Professor, 1866 ordentlicher Professor des Handelsrechts in Heidelberg. 1876 an die Universität Berlin berufen. 1870–1875 Rat am Bundesoberhandelsgericht in Leipzig. 1875–1876 Reichstagsabgeordneter für Leipzig (nationalliberal). 1858 Gründer der „Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht“. Herausgeber des „Handbuchs des Handelsrechts“. 1873 Mitbegründer des Institut de Droit Comparé. Tätig im deutsch-israelitischen Gemeindebunde. Vorsitzender des Hilfsvereins für jüdische Studierende in Berlin. Gest. 1897 in Wilhelmshöhe.

⁵ AZJ 1856, S. 155. Über Reichenspergers Einstellung s. *Julius Bachem*, S. 70.

⁶ Eine Übersicht über die damalige Gesetzeslage in AZJ 1852, S. 145; für Württemberg, *A. Tänzer*, S. 93 ff.

⁷ *Pappenheim*, S. 2, 6; auch *Adele Goldschmidt*, S. 115 f., 125.

C. Dritte Emanzipationsperiode

(1859–1871)

Der Vormarsch des Liberalismus

Die dritte Emanzipationsperiode wird durch den weltweiten Vormarsch des Liberalismus in jener Zeit charakterisiert. Dieser beginnt mit der italienischen Einigungs- und Freiheitsbewegung von 1859, die eine Wende in der allgemeinen Stimmung Europas herbeiführte. Ludwig Bamberger, der unter den einstigen Revolutionären von 1848 einen ausgesprochenen Sinn für Aktualität hatte, schrieb damals aus dem Exil in Paris sein „Juchhe nach Italia“⁸. Er fühlte, daß die Erfüllung des italienischen Einheitstraumes der Wiedererweckung der deutschen Einheitsbestrebungen und freiheitlicher Tendenzen einen neuen Anstoß geben mußte. Ferdinand Lassalle verfaßte im gleichen Jahre seine Broschüre „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“. Die folgenden Jahre waren eine Zeit der Erfüllung, die die vorwärtsdrängenden Kräfte des Bürgertums mit Enthusiasmus erfüllte. In den Vereinigten Staaten von Amerika sahen sie die Sklavenbefreiung, in Rußland die Aufhebung der Leibeigenschaft. In Österreich wurde der Absolutismus durch die konstitutionelle Regierungsform abgelöst. In Preußen erweckte die „Neue Ära“ nach der Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen Wilhelm anstelle des geisteskranken Königs im Jahre 1858 einige Hoffnungen. In England erfolgte 1867 die Einführung eines liberalen Wahlrechts, das dem Mittelstand zum politischen Durchbruch verhalf, in Schweden die Umwandlung des Ständestaates in einen modernen konstitutionellen Staat.

Die Reaktionszeit und die liberale Epoche, die in Deutschland mit der Vorbereitung der Reichsgründung einsetzte und sich durch die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinzog, haben eines gemeinsam. In beiden verlegte sich der Schwerpunkt der Kräfte, die die Emanzipation der Juden betrieben, in die Volksvertretungen. Auch die Parlamente der Reaktionszeit, so anti-liberal ihre Zusammensetzung war, waren weniger bereit, sämtliche Ergebnisse des Revolutionsjahres wieder rückgängig zu machen, als die Regierungen. Es dringt ein Hauch jener Zeit in ihre Beratungen und Beschlüsse. Gleichfalls von den Parlamenten gehen die Strömungen aus, die in der darauf folgenden Periode zur rechtlichen Gleichstellung der Juden führten.

Gesetzgeberische Maßnahmen. Das Gesetz von 1869

Die Änderung des politischen Klimas zeigte sich für die deutschen Juden zunächst in mehreren gesetzgeberischen Maßnahmen. Im Jahre 1861 fielen die *staatsbürgerlichen* Rechtsbeschränkungen in Württemberg und Kurhessen. In

⁸ Bamberger, Erinnerungen, S. 390.

den Jahren zwischen 1861 und 1864 wurden auch die *bürgerlichen* Beschränkungen der Juden in Bayern, Württemberg und Baden aufgehoben. Schließlich erklärte die bayerische Regierung 1867 auf das Verlangen der jüdischen Kultusgemeinden München und Bamberg nach Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Zulassung der Juden zum öffentlichen Dienst, „daß die Befähigung der Juden zum Staatsdienst, namentlich seit 1861, im Prinzip nicht beanstandet und mehrfach anerkannt wurde“. Die Regierung stellte auch die baldige Zulassung von Juden zum Richteramt in Aussicht⁹.

In demselben Jahre erfolgte ein entscheidender Schritt des Norddeutschen Reichstags, der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volks nördlich des Mains. 371 jüdische Gemeinden hatten dem Reichstag unmittelbar nach seinem Zusammentritt eine Petition auf Erlaß eines Gesetzes unterbreitet, das alle aus Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte aufheben sollte. Der Reichstagsabgeordnete Moritz Wiggers, ein alter 1848iger, griff die Frage auf. Er war aus eigener Kenntnis mit den Verhältnissen in Mecklenburg vertraut, wo die Judengesetzgebung besonders rückständig war, und wo die Juden ihre Änderung besonders dringend verlangten. Wiggers' Antrag wurde in Form eines Gesetzentwurfes noch 1867 mit großer Mehrheit angenommen; er bestimmte ausdrücklich, daß auch die Befähigung zur Teilnahme an den Gemeinde- und Landesvertretungen vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein sollte.

Der Bundesrat hatte es mit seiner Zustimmung zu dem Gesetze nicht eilig. Ein Jahr lang rührte er sich nicht. Dann wurde ein zweiter gleichlautender Antrag von dem ungeduldigen Reichstag angenommen, um den Bundesrat zum Handeln zu mahnen. Weitere Monate vergingen, bis, wie die zum Schluß des Reichstags verlesene Thronrede hervorhob, „der aus Ihrer Initiative hervorgegangene Gesetzentwurf betreffend Gleichberechtigung der Konfessionen die Zustimmung des Bundesrats gefunden“ hatte¹⁰.

Die Vollziehung des Gesetzes erfolgte am 3. Juli 1869, zwei Jahre, nachdem der Reichstag den Gesetzentwurf angenommen hatte. Wenn Bismarck einmal überbescheiden erklärt hat, er habe lediglich seine Unterschrift darunter gesetzt, so war dies eine gewollte Minderung seiner Beteiligung an dem Zustandekommen des Gesetzes. Ohne seine Einwilligung hätte es den Bundesrat nicht passiert. Seine Zustimmung stellte nicht nur eine wichtige politische Entscheidung dar, sondern war auch verfassungsrechtlich ein für Bismarck einmaliger Entschluß. Er durchbrach mit der Zustimmung zu dem Gesetz und mit seiner Vollziehung den von ihm sonst stets hochgehaltenen Grundsatz, daß in die den Einzelstaaten vorbehaltene Regelung der Grund- und Freiheitsrechte zentral nicht eingegriffen werden sollte. Hier fand er sich mit der

⁹ *A. Lewy*, S. 101; *A. Tänzer*, S. 93; *S. Schwarz*, S. 293.

¹⁰ *Freund*, *Die Emanzipation* I, S. 252 f.; *A. Tänzer*, S. 95 f.; *Alphons Levy*, S. 101; *AZJ* 1867, S. 209, 897; 1868, 534; 1869, S. 452, 471; S. 511, 537, 577.

gesetzlichen Fixierung eines Reichsgrundrechts ab, die er sonst perhorreszierte. Die Frage schien ihm wichtig genug, um ausnahmsweise von seinen politischen und bundesstaatsrechtlichen Konzeptionen abzuweichen.

In Form eines Reichsgesetzes und durch Bündnisverträge wurde das norddeutsche Gesetz 1870 bzw. 1871 in den süddeutschen Staaten eingeführt. Das Gesetz wurde eine Richtschnur für die innerstaatliche Gesetzgebung, wo sie noch hinter ihm zurückstand, und gab der Verwaltungspraxis auf staatsbürgerlichem Gebiete einen Anstoß zur Überwindung rückständiger Maßnahmen. Dadurch, daß es eine einheitliche Rechtsgrundlage über das ganze Reich hinweg und eine reichsrechtliche Garantie gegen judengegnerische gesetzliche Bestrebungen von Regierungen oder Parlamenten der Einzelstaaten schuf, war es von grundlegender Bedeutung.

D. Änderung der geographischen Verteilung und beruflichen Struktur der Juden

Als das Gesetz von 1869 in Kraft trat, waren über 20 Jahre seit der Revolution von 1848 vergangen. Wie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, änderte sich auch in diesen 20 Jahren und noch mehr in den folgenden Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs die berufliche Struktur der jüdischen Bevölkerung. Auch ihre geographische Verteilung unterlag während dieser Zeit einem radikalen Wandel.

Die Juden wurden zu einem vorwiegend großstädtischen Element. Den Drang zur Großstadt, den Zug von Ost nach West in Norddeutschland, von ländlichen in städtische Gebiete und Gewerbe in ganz Deutschland, eine Begleiterscheinung der Industrialisierung und Kommerzialisierung, teilten sie mit der Gesamtbevölkerung. Das Ausmaß ihrer Teilnahme an diesem Prozeß war proportional größer, umso mehr als ihr vorher durch gesetzliche Maßnahmen künstliche Schranken gezogen waren.

Lebten 1840 noch 40 % der preußischen Juden in der Provinz Posen, so wohnten 1910 43 % von ihnen in Berlin und in den später in die Gemeinde Groß-Berlin eingegliederten Vororten; dieser Prozentsatz kam 30 % der deutschen Juden gleich¹¹. Daneben entwickelten sich Breslau und Frankfurt am Main durch Zuzug aus schlesischen, bzw. hessischen Klein- und Mittelstädten zu jüdischen Großgemeinden. Auch im Süden zeigte sich die gleiche Tendenz durch Zuzug nach München, Mannheim und auch Nürnberg, wo bis 1848 Juden keine Niederlassungserlaubnis hatten. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung dieser Städte blieb der Anteil der Juden auch gegen Ende des Kaiserreichs in den Großstädten stets klein. In Kattowitz (Oberschlesien) betrug er 6,9 %, in Frankfurt 6,3 %, in Berlin und Breslau etwas über 4 %, in

¹¹ *Rönne und Simon*, S. 25; *Marx*, *Das Judentum der Gegenwart*, S. 46.

Posen 3,6 ‰. In keiner anderen Gemeinde erreichte er 3 ‰, während in der ersten Hälfte des Jahrhunderts einige posensche, westpreußische und bayrische Gemeinden zuweilen ein Drittel und in einigen Fällen über die Hälfte jüdischer Einwohner zählten¹².

Trotz der Geringfügigkeit ihrer Zahl wurden die Juden in den Großstädten ein wirtschaftlich und sozial bedeutsames Element. Sie zeigten eine sozial eigentümliche Berufsverteilung. Sie waren in der Landwirtschaft, zu der ihnen der Zugang in den meisten Teilen Deutschlands verschlossen gewesen war, nur in seltenen Fällen tätig. Sie verschwanden zu einem großen Teil wieder aus dem Handwerk; ihre Abwanderung aus den kleinen Städten, vor allem aus dem Posenschen trug zu diesem Rückgang bei, aber auch der allgemeine Niedergang des besonders krisenanfälligen selbständigen Handwerks im Zeitalter des Aufblühens der Industrie. Sie waren kaum in der Arbeiterschaft und unterdurchschnittlich in der Industrie tätig, in der sie im Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe konzentriert waren. Sie waren weit über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung unter den Selbständigen im Handel, Börsen- und Bankwesen sowie in der Angestelltenschaft vertreten und drangen gleichfalls überdurchschnittlich in die freien Berufe ein¹³.

Mehr als die Stellung der Juden in den verschiedenen Sparten der Wirtschaft begann seit den fünfziger Jahren die erhebliche Zahl der jüdischen Schüler an höheren Schulen und der jüdischen Studenten aufzufallen. Bereits 1860 stellten sie 5,8 ‰, später 6–8 ‰ der Schüler der höheren Lehranstalten Preußens, in Berlin selbst 10 ‰. Ebenso waren 7–8 ‰ der Hochschulstudenten in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkriege deutsche Juden¹⁴. Traditionsgemäß waren sie stärker als die Gesamtbevölkerung bestrebt, ihren Kindern Wissen und Bildung auf den Lebensweg zu geben. Sie blieben sich aber auch stets des für Juden besonders schweren Konkurrenzkampfes im Leben bewußt, der nur bei bester Ausbildung erfolgreich bestanden werden konnte. Daneben aber erklärt auch ihre Konzentration in den Großstädten den beträchtlichen Anteil jüdischer Schüler und Studenten an den deutschen höheren Schulen und Universitäten.

¹² Rönne und Simon, S. 25 ff.; Theilhaber, S. 9 ff., 27 ff., 167 ff.; Loewe, S. 44 ff.; Segall, Der Stand der jüdischen Bevölkerung, S. 154.

¹³ Lestschinsky, S. 86 ff.; Rothholz, S. 16. Die gleichen Grundzüge weist die Berufsverteilung in Preußen auf; s. Silbergleit, S. 89 ff., 107 ff.

¹⁴ Über die Zahl an höheren Schulen, IDR 1897, S. 370 f.; Rothholz, S. 15. Über die Studenten, Adler-Rudel, S. 163. Die Gesamtzahl der Studierenden stieg von 1886 bis 1909 von 13 658 auf 21 113, diejenige der deutschen Juden unter den Studenten von 1184 auf 1440, die Zahl der ausländischen Juden von 129 auf 400. Diese kamen zumeist aus Rußland, wo ein numerus clausus ihre Abwanderung an Universitäten anderer Staaten verursachte.

4. DIE PERSONALPOLITIK VOM BEGINN DER DRITTEN EMANZIPATIONSPERIODE BIS 1914

A. Die Beteiligung an Regierungen

Moritz Ellstätter

In dem Jahrhundert vom Beginn der Emanzipation der Juden bis zum Ersten Weltkriege hat es sich nur ein einziges Mal ereignet, daß ein ungetaufter Jude Mitglied einer Regierung geworden ist. Es geschah im Staate Baden, der sich, ebenso wie Hamburg, im allgemeinen vorurteilsfreier gegen seine jüdischen Bürger gezeigt hat als die anderen Staaten. Im Jahre 1868 wurde Moritz Ellstätter* badischer Finanzminister. Er verwaltete dieses Amt 25 Jahre, die längste Dienstzeit eines badischen Ministers¹.

Ellstätter trat nach seinem Studium in die Diskontogesellschaft in Berlin ein. Er fand in seinem badischen Landsmann und Mitarbeiter, dem späteren Ministerpräsidenten und Finanzminister Karl Mathy, einen in Fragen der deutschen Einheit und Freiheit und in der Schätzung preußischer Verwaltungseinrichtungen gleichgestimmten Freund. In David Hansemann, dem liberalen rheinischen Industriellen, preußischen Handelsminister des Revolutionsjahres und Begründer der Diskontogesellschaft hatte er einen unübertrefflichen Lehrmeister. Mathy holte später Ellstätter als Vortragenden Rat in das Finanzministerium. Auf seinem Totenbett empfahl Mathy dem badischen Ministerpräsidenten Julius Jolly, dem kraftvollsten und klügsten badischen Staatsmann dieser Periode, Ellstätter als seinen Nachfolger. Es war die Zeit, in der der Nationalliberalismus in Baden in Blüte stand. Ellstätters Finanz- und Währungskenntnisse, die er später auch im Bundesrat als Berichterstatter zu den Gesetzentwürfen über das Münzwesen bewies, und seine in Berlin erworbenen guten Beziehungen zu norddeutschen Bank- und Finanzkreisen ermöglichten es ihm, die durch die Nachwirkungen der Revolution belasteten und durch den Kriegskostenbeitrag von 1866 wiederum

* *Moritz Ellstätter*, geb. 1827 in Karlsruhe. Studierte Rechts- und Staatswissenschaft, 1854 einer der jüdischen Rechtspraktikanten in Baden, die zu Referendaren ernannt wurden, arbeitete kurze Zeit im Finanzministerium, dann als Syndikus in der Diskontogesellschaft in Berlin. 1859 Rechtsanwalt in Karlsruhe, 1864 Kreisgerichtsassessor in Mannheim, 1866 als Ministerialrat von Karl Mathy in das badische Finanzministerium berufen, nach dessen Tode 1868 mit der Leitung des Finanzministeriums, 1881 auch mit der Leitung des badischen Eisenbahnwesens betraut. 1871 Bevollmächtigter beim Bundesrat. Trat 1893 in den Ruhestand. Gest. 1905 in Karlsruhe.

¹ ADB 50, S. 695 ff.; NDB 4, S. 460; *Ellstätter*, S. 280 ff. – Über zwei jüdische Mitglieder des Senats von Frankfurt a. Main s. unten S. 215.

geschwächten badischen Finanzen in kurzer Zeit zu sanieren. Durch Einführung einer auf Selbstveranlagung beruhenden progressiven Einkommensteuer – eine für die damalige Zeit ungewöhnlich fortschrittliche Maßnahme – und dank einer modernen Kapitalrentensteuer sowie durch Aufnahme einer Anleihe kurz vor dem Ausbruch des Krieges von 1870 sicherte er dem badischen Staate gesunde Finanzen im geeinten Reiche. Professor Willy Andreas schildert Ellstätter als den Typus des hohen Beamten von vornehmer Zurückhaltung, einen kenntnisreichen Fachmann. Politisch war er ein Anhänger der älteren Richtung des Liberalismus im Sinne Ludwig Bambergers, mit dem er eng befreundet war. Durch seine Konzentration auf die fachliche Arbeit aber war er den politischen Leidenschaften entrückt. Darum konnte er im Amte verbleiben, als Jolly zurücktreten mußte². Ellstätters Autobiographie ist verschollen, vermutlich in der nationalsozialistischen Zeit; für die Kenntnis der badischen Geschichte jener Epoche ein unersetzlicher Verlust.

B. Das Gesetz von 1869 und die Verwaltungspraxis

Die Personalpolitik des liberalen Jahrzehnts und der folgenden Jahre erfüllte die hochgestellten Erwartungen der sechziger Jahre und die Verheißungen des Gesetzes von 1869 nicht. Immerhin machte sich eine Auflockerung des bisherigen Systems stärker bemerkbar.

Das Reichsgesetz von 1869 schloß *zwei* Methoden aus, die früher zur Diskriminierung von Juden benutzt worden waren, um sie vom öffentlichen Dienst fern zu halten: die Berufung auf bestehende, nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzte Bestimmungen und eine dem Sinn des Textes widersprechende Interpretation. Es ließ *eine* Möglichkeit bestehen: eine Verwaltungspraxis, die zu dem im Norddeutschen Reichstag bekundeten Willen der Legislative im Widerspruch stand. Von dieser Möglichkeit machten die Regierungen des Reiches und vor allem Preußens weitgehend Gebrauch. Rudolf Gneist hat einmal die Umkehrung der Gesetze durch die Verwaltung als eine Eigentümlichkeit des Preußischen Staates bezeichnet³. Das Verhalten gegenüber den Juden bestätigte seine knappe, schlagende Formel. Die Praxis war nicht die gleiche in allen Verwaltungszweigen, aber auch die Verschiedenheiten rührten von bestimmten gemeinsamen Grundsätzen her. Auch außerhalb Preußens setzte sich die Diskriminierung der Juden fort, doch zeigten sich manche, zum Teil wesentliche Abweichungen von der preußischen Praxis.

Bismarcks Stellung zu den Juden

Von 1862 bis 1890 stand Bismarck mit einer kurzen Unterbrechung an der Spitze der preußischen Staatsgeschäfte, von 1867 bis 1890 war er Kanzler

² *Andreas*, S. 441 ff.

³ Zitiert von *Hugo Preuß*, *Das Bekenntnis*, S. 390 f.

zunächst des Norddeutschen Bundes, dann des Deutschen Reiches. Während dieser Zeit und nachher ist er abwechselnd als Antisemit und als Gönner der Juden hingestellt worden. Er war weder das eine noch das andere. Auch in dieser Hinsicht paßt er in keine Schablone und man tut ihm Gewalt an, wenn man aus Einzelbemerkungen Schlüsse auf seine Grundhaltung zieht.

Bismarck machte nicht nur in seiner Frühzeit, sondern auch später häufig gehässige antisemitische Bemerkungen. Sie sind zu zahlreich, um als Produkte des Unmuts des Augenblicks übersehen und abgetan zu werden; sie reflektieren das Weiterwirken der Stimmung, die seiner Rede von 1847 den Stempel aufgedrückt hat. Selbst 1874, auf dem Höhepunkt der Zusammenarbeit mit den Liberalen, äußerte er sich übellaunisch über seinen engsten Mitarbeiter, den Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück, weil er stets mit hochgestellten Juden konferiere; das verschlechtere die gesetzgeberischen Arbeiten. Bismarck nahm den Antisemitismus in das Arsenal seiner zahlreichen, rücksichtslos ausgewählten und benutzten Waffen zur Bekämpfung politischer Gegner zum Unsegen der deutschen Innenpolitik auf. Gegen konservative Juden erklärte er nichts zu haben, aber mit abfälligen Bemerkungen verschonte er auch sie keineswegs. Dennoch zog er das „Geldjudentum“, dessen Interessen er mit den bestehenden Staatseinrichtungen verknüpft sah, dem „politischen Reformjudentum“ vor, das wenig zu verlieren habe und sich oppositionell in Presse und Parlament geltend mache. Die Typisierung und Gegenüberstellung ist naiv, aber für Bismarck bezeichnend. Als Repräsentant des Geldjudentums stand ihm der Bankier Gerson von Bleichröder vor Augen, für dessen finanzielle Fähigkeiten er im öffentlichen Leben Deutschlands und in seinem eigenen privaten Leben nützliche Verwendung hatte. Als Vertreter des politischen Reformjudentums erschien ihm der Reichstagsabgeordnete Eduard Lasker, der Bismarck sowohl wenn er mit ihm einig war, als auch, wenn er ihm widersprach, ständig irritierte⁴.

Alles dies verhinderte Bismarck nicht, gewisse Gaben der Juden vorurteilslos anzuerkennen. Er hob ihre Leistungen besonders auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete und ihre besondere Befähigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte anerkennend hervor⁵. Seine Gleichgültigkeit gegen moralische Werte und seine unbekümmerte Verfolgung privater Vorteile für sich selbst veranlaßten ihn, ein ausgeprägtes Profitstreben auch bei anderen natürlich und seine Erfüllung berechtigt zu finden. Auch verfiel er nicht dem Wahn, daß nichtjüdische Kreise von Gier nach materiellen Gütern frei und in der Befriedigung eines krassen Materialismus gehemmt und erfolglos seien. In seinem Hasse gegen Intellektuelle, die seine Politik kritisierten, kannte er keinen

⁴ Eyck, Bismarck III, S. 360 ff.; über Delbrück, *Lucius von Ballhausen*, S. 48. Bismarcks Brief an Puttkamer über Geld- und Reformjudentum, abgedruckt bei *Walter Frank*, S. 394.

⁵ Rede vom 30. 1. 1872 im Abgeordnetenhaus in *Bismarck*, Die gesammelten Werke XI, S. 227.

Unterschied der Rasse oder Religion, ebensowenig in der oft sachlich begründeten, zuweilen aber bedenkenlosen Heranziehung wirtschaftlicher und propagandistischer Begabungen, die seiner Politik förderlich waren⁶.

Die Judenfrage hatte für Bismarck sekundäre Bedeutung, grundsätzliche Wichtigkeit maß er ihr nicht bei. Hiervon ließ er sich auch in seiner Stellung zur Gesetzgebung und zur Verwaltungspraxis bestimmen. Er war seit 1847 vom Abgeordneten über eine Reihe bedeutsamer staatlicher Ämter zum verantwortlichen Staatsmann aufgestiegen. Er hatte umfassende Lebens- und Welterfahrung gesammelt. Er griff nach seiner Berufung in das höchste Amt des preußischen Staates nach seinem Lebensziel, der Schaffung der Reichseinheit unter preußischer Führung, zu dessen Erreichung die Zusammenarbeit mit den Kräften des Liberalismus ihm unentbehrlich, aber gewiß keine Herzensangelegenheit war. Von dem Ballast, den er als preußischer Junker trug, entlastete er sich niemals völlig, aber er wußte in gegebenen Augenblicken davon soviel abzuwerfen, wie es den Bedürfnissen seiner Politik entsprach.

Bismarcks Stellung zum Gesetz von 1869. Antisemitenpetition

An dem Gesetz von 1869 hielt Bismarck als politischer Notwendigkeit fest. Seine Durchführung unterwarf er Überlegungen, die mit seiner Herkunft aus dem preußischen Landadel eng verknüpft waren.

Seine Haltung wurde deutlich erkennbar, als der erste organisierte Ansturm gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden erfolgte; es geschah kaum mehr als 10 Jahre nach Erlaß des Gesetzes von 1869. Er brach in der Zeit los, in der Bismarck sich von den Liberalen abwandte und in der sich der politische Antisemitismus erstmalig unter Führung des Hofpredigers Adolf Stöcker formierte. Kaum waren Juden vereinzelt in gewissen staatlichen Ämtern erschienen, so wurde auf Betreiben Stöckers und des konservativen Führers Freiherr Wilhelm von Hammerstein die „Antisemitenpetition“ in Umlauf gesetzt⁷. Sie erhielt gegen 250 000 Unterschriften. Sie verlangte die Entfernung von Juden aus der Regierung, dem Heere und den Volksschulen, ihre Zurückdrängung in der Justiz und ihre Zulassung als Lehrer an höheren Schulen und Hochschulen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen, ferner die Verhinderung jüdischer Einwanderung⁸.

Repräsentanten des deutschen Geisteslebens, unter ihnen Rudolf von Gneist, Theodor Mommsen und Rudolf Virchow fanden sich auf Anregung des Berliner Oberbürgermeisters Max von Forckenbeck zu einer Gegendemonstration zusammen. Sie protestierten in einer Erklärung gegen diejenigen, die auf Kanzeln und Kathedern an dem Vermächtnis Lessings rüttelten, eine deutliche Anspielung auf Stöcker und den Berliner Historiker Heinrich von Treitschke⁹. In der Beantwortung einer von dem fortschrittlichen Kieler Pro-

⁶ *Jöblinger*, S. 86 ff.

⁷ *Walter Frank*, S. 50 ff., 88 ff.

⁸ AaO, S. 118 ff.

⁹ Über die Notabeln-Erklärung vom 12. 11. 1880 *AZJ* 1880, S. 531. Zusammen-

fessor Albert Haenel begründeten Interpellation erklärte der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, daß die Regierung an dem Rechtszustande der Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Hinsicht nichts zu ändern beabsichtige. Virchow nannte diese Antwort „korrekt, aber kühl bis ans Herz hinan“¹⁰.

Dies war eine zutreffende Definition. Die preußische Regierung verließ den Rechtsboden nicht, der durch die preußische Verfassung und das Reichsgesetz von 1869 vorgezeichnet war. Eine Stellungnahme zur antisemitischen Verwaltungspraxis, auf die der Zentrumsabgeordnete Peter Reichensperger ausdrücklich hinwies¹¹, und zu der antisemitischen Agitation wurde jedoch vermieden. Bismarck ließ zwar an dem Gesetz von 1869 nicht rütteln, aber er markierte abermals Distanz.

Die Durchführung des Gesetzes in den wichtigsten Verwaltungszweigen des Reichs und Preußens

Die Durchführung des Gesetzes von 1869 ließ wenig von seinem Geiste erkennen. Das alte Preußen, Bismarcks Leitbild, wies ihm den Weg. Da wo das Herz des Preußen schlug, da wo seine Standesgenossen ihre Reservate sahen, blieben in seiner Amtszeit die Zustände die gleichen, die vor dem Erlasse des Gesetzes geherrscht hatten. Zum aktiven Offizierskorps, dem Stolz des alten Preußen, zum Auswärtigen Dienst, der dem Kanzler in seiner Außenpolitik zur Seite stand, zur allgemeinen Staatsverwaltung in Preußen, die zur Durchführung seiner Innenpolitik im größten Staate des Reiches bereit stand, und zur preußischen Staatsanwaltschaft hatten Juden auch während der Zusammenarbeit Bismarcks mit den Liberalen keinen Zutritt. Das Empfinden, daß Juden, die ihrer Religion treu blieben, vom Heere und von diesen Behörden fernzuhalten seien, verließ Bismarck auch während dieser Periode nicht. 1872 sprach er sich gegen eine Personalpolitik aus, die jeder Konfession ihren verhältnismäßigen Anteil an der Ämterbesetzung geben wollte, und nannte als einen der Gründe dagegen, angesichts der Zahlenverhältnisse wenig überzeugend, die „ganz beträchtliche Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung . . .“¹².

Dennoch gab es in den Dienststellen des Auswärtigen Amtes zwei Ausnahmen von der Regel, Juden in die von der Aristokratie bevorzugten und befassende Behandlung und Dokumentation bei *Boehlich*, *Der Antisemitismusstreit*. Dort der Text der Erklärung, S. 202 ff.; die Namen der Unterzeichner bei *Liebeschütz*, S. 341 f. Das bedeutende Buch von Liebeschütz konnte sonst für das vorliegende Werk leider nicht mehr herangezogen werden.

¹⁰ Text der Verhandlungen in Die Judenfrage im Preußischen Abgeordnetenhaus.

¹¹ Die Judenfrage, S. 19; AZJ 1880, S. 771.

¹² In derselben Rede, in der Bismarck die Befähigung der Juden für Staatsgeschäfte hervorhob; s. oben Anm. 5. Die Äußerung fiel in einer Kulturkampfdebatte und verfolgte das Ziel, Ansprüche des katholischen Volksteils auf proportional gleiche Berücksichtigung abzuwehren.

herrschten Behörden nicht aufzunehmen. Wilhelm Cahn, der vor 1870 im Dienste der bayerischen Gesandtschaft in Paris gestanden und dort die Belagerung erlebt hatte, wurde 1874 als Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt berufen. Er schied unter dem Grafen Herbert Bismarck mit dem Titel eines Geheimen Legationsrat aus¹³.

Der andere Beamte des Auswärtigen Dienstes war Konsul Felix Bamberg*. Obwohl vor der Weimarer Zeit die konsularische gegenüber der diplomatischen Laufbahn geringer bewertet wurde, war Bambergs Tätigkeit bis 1874 nicht ohne politische Bedeutung. Er war ein kluger Mann von großer Bildung und Welterfahrung, arbeitete zunächst als Publizist in Paris und schloß eine enge Freundschaft mit dem Dichter Friedrich Hebbel, dessen Biographie er verfaßte und dessen Briefwechsel er herausgab. Bamberg hatte gute Beziehungen zum französischen Ministerium des Äußern unter Napoleon III. und erhielt von dort wichtiges diplomatisches Material, auf das er sich bei seinen Veröffentlichungen über die orientalische Frage stützen konnte.

Die Dienste, die Bamberg Preußen durch seine journalistische Arbeit und seine ausgezeichnete Kenntnis der französischen Verhältnisse leistete, erklären seine Übernahme als preußischer Konsul in Paris. Dies war in der Reaktionszeit ein einzig dastehendes Vorkommnis. Bismarck bediente sich nach seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten Bambergs bei der Kontrolle des preußischen Botschafters in Paris, des Grafen Robert Heinrich von der Goltz. Der Ministerpräsident hatte den Botschafter nicht ohne Grund im Verdacht, daß er seiner Politik entgegenarbeitete. Trotz aller Bemühungen gelang es von der Goltz nicht, Bambergs Arbeitsbereich einzuengen und seine mündliche und schriftliche Berichterstattung zu diskreditieren. 1870 wurde er als Leiter der Presseangelegenheiten in das Deutsche Hauptquartier berufen und ein Jahr darauf dem Befehlshaber der Besatzungsarmee, General Edwin von Manteuffel, als politischer Ratgeber beigegeben. Seine spätere Verwendung als Generalkonsul in italienischen Städten entsprach dem Wunsch des künstlerisch lebhaft interessierten Mannes¹⁴.

* *Felix Bamberg*, geb. 1820 in Unruhstadt bei Grünberg (Schlesien). Studierte Philologie und Geschichte, Dr. phil. Publizist in Paris. 1851 preußischer und braunschweigischer Konsul, 1867 Konsul des Norddeutschen Bundes in Paris. 1870 Leiter der Presseangelegenheiten im Großen Hauptquartier in Versailles, 1871 politischer Ratgeber des Chefs der deutschen Okkupationsarmee in Frankreich. 1874 Generalkonsul in Messina, 1881–1888 in Genua. Hauptwerk „Geschichte der orientalischen Angelegenheit im Zeitraume des Pariser und des Berliner Friedens“, in Wilhelm Oncken „Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen“, Berlin 1892. Gest. 1893 auf seiner Besitzung in Saint-Gratien bei Paris.

¹³ *Feder*, Bismarcks großes Spiel, S. 282. *Cahn* wurde während des Krieges von 1870/71 der Schweizer Gesandtschaft in Paris attachiert und erlebte dort die Belagerung und Besetzung, über die er ein Buch verfaßt hat. Er war ein Vetter Eduard Laskers und veröffentlichte Teile aus seinem politischen Nachlaß.

¹⁴ Berliner Tageblatt, Nr. 88, 17. 2. 1893; Meyers Konversations-Lexikon, 5. Aufl., 1894, S. 401 f.; *Stolberg-Wernigerode*, S. 127; *Richard M. Meyer*, S. 231.

Dies waren, wie erwähnt, Einzelfälle auch in der Zeit der Zusammenarbeit Bismarcks mit den Liberalen. Daher hat seine Abkehr von dieser Zusammenarbeit an dem bestehenden Zustande nichts Wesentliches geändert. Die Antisemitenpetition in Preußen hatte im Grunde genommen nur gefordert, daß wieder rechtens werden sollte, was rechtswidrige ständige Verwaltungspraxis war. Blieb auch der gesetzliche Zustand unverändert, so sorgte doch die Berufung des Kultusministers Robert von Puttkamer zum preußischen Innenminister im Jahre 1881 dafür, daß in der allgemeinen Staatsverwaltung die Verfolgung des Ziels der Petition im Verwaltungswege gesichert blieb. Puttkamer, der nach dem Ausscheiden Stolbergs auch Vizepräsident des Staatsministeriums wurde, merzte vermittels administrativer Maßnahmen alle liberalen Gedanken zugänglichen Elemente aus der Verwaltung aus. Er leitete mit Zustimmung Bismarcks eine hochkonservative Personal- und rücksichtslose Patronagepolitik ein, deren Einzelheiten noch der wissenschaftlichen Bearbeitung harren¹⁵.

Die Verwaltungspraxis unter Wilhelm II.

Die antisemitische Verwaltungspraxis, die einflußreiche Gesetzeskommentare zu rechtfertigen suchten¹⁶, setzte sich unter Wilhelm II. fort. Sie fiel zusammen mit dem Durchbruch des Imperialismus als politischen Leitgedanken und dem Aufstieg des Alldeutschen Verbandes, des Flottenvereins, des Ostmarkenvereins und gleichgestimmter Organisationen als propagandistischer Träger einer unduldsamen, aggressiven Tendenz der deutschen Politik. Vier Jahre nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. gab sich im Dezember 1892 die im Reiche mächtigste und im preußischen Abgeordnetenhaus auf Grund des plutokratischen Dreiklassenwahlrechts und der Wahlkreisgeometrie auch zahlenmäßig stärkste konservative Partei ein neues, nach dem Tagungsort, dem Berliner Lokal Tivoli, genanntes Programm. Es verlangte u. a. christliche Obrigkeit und christliche Lehrer sowie die „Bekämpfung des vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einflusses auf das Volksleben“¹⁷.

Die Aufnahme des Antisemitenparagraphen in das Tivoliprogramm war angesichts der beherrschenden Rolle der Konservativen das wichtigste Ereignis der wilhelminischen Zeit in der Agitation gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden. In kleineren, jedoch nicht einflußlosen Kreisen gingen die Forderungen über die Ziele der konservativen Partei hinaus. Die

¹⁵ *Albert von Puttkamer*, S. 72; 81; „Wie Bismarck und Puttkamer...“, *Das Freie Wort* 1929, Nr. 4 und 5; s. auch *Eschenburg*, *Das Kaiserreich*, S. 31.

¹⁶ *Rönne*, S. 432 führt aus, daß der König durch die preußische Verfassung und das Gesetz vom 3. Juli 1869 rechtlich nicht in der Befugnis beschränkt sei, jeden Dienstbewerber trotz nachgewiesener Befähigung zu übergehen. Nur ganze Kategorien könnten nicht ein für alle Mal für unfähig zur Bekleidung von Ämtern erklärt werden.

¹⁷ *Walter Frank*, S. 301.

Verwüstungen, die die Zeit des Imperialismus im politischen Denken der Nation anrichtete, kommen am klarsten in einer Broschüre des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes zum Ausdruck. Heinrich Claß verlangte ein Jahr vor dem Ausbruch des von ihm herbeigewünschten Krieges die Zerschmetterung Frankreichs und die Eingliederung Belgiens, der Niederlande und der französischen Ostgebiete in das Reich. Die innerpolitische Aggressivität konzentrierte sich auf das Verlangen nach Vernichtung der Sozialdemokratie und die Rückgängigmachung der Emanzipation der Juden einschließlich der Kinder aus Mischehen. Der rechtsradikale Berliner Justizrat und Vorläufer des Nationalsozialismus, der bis in jede Einzelheit hinein unheimlich präzise Formulierungen fand, forderte u. a. die Stellung der Juden unter Fremdenrecht, ihre Ausschaltung aus jedem öffentlichen Amt, aus dem Lehrfach und aus der Anwaltschaft. Sie sollten das aktive und passive Wahlrecht verlieren, aus der deutschen Presse und dem Theater ausgeschieden werden und für den ihnen als Fremden gewährten Schutz doppelte Steuern zahlen. Dieselben Gedanken enthielt eine Denkschrift des pensionierten Generals Konstantin Freiherr von Gebattel, eines Gesinnungsgenossen von Claß, die einen großen Eindruck auf den deutschen Kronprinzen machte¹⁸. Im Jahre 1913 drückte die Broschüre von Claß die politische Konzeption einer Minderheit aus. Ihren Einwirkungen aber entzog sich auch der obrigkeitsstaatliche Antisemitismus nicht.

So gewann die Diskriminierung der Juden in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches in den Verwaltungszweigen, die als die angesehensten galten, einen Aspekt, der sie von der Benachteiligung anderer Volksteile unterschied. Die Zurücksetzung des Bürgertums gegenüber dem Adel und des Nachwuchses aus Industrie und Finanz gegenüber dem Großgrundbesitz milderte sich. Das Bürgertum entrichtete für seinen Aufstieg willig den Preis fortschreitender Militarisation und der Preisgabe selbst schwächerer oppositioneller Regungen. Der gegen die Katholiken gerichtete Kurs erfuhr nach Beendigung des Kulturkampfes Abschwächungen. Selbst für Mitglieder der Zentrums-partei ergaben und verbesserten sich Aufnahme- und Aufstiegsmöglichkeiten in der Verwaltung, sofern ihr politisches Verhalten der Regierung genehm war.

Der Kurs gegen die Juden dagegen blieb bestehen, ja er verschärfte sich, soweit dies noch möglich war. Sie blieben vom aktiven Dienst als Offiziere ausgeschlossen. Von 1895–1907 sank die Zahl der den Offizieren im Range gleichgestellten jüdischen Heeresbeamten von 38 auf 16. 1885 wurde in Preußen zum letzten Mal ein Jude Reserve-Offizier. Vom diplomatischen Dienst, von der allgemeinen Staatsverwaltung und in Preußen von der Staatsanwaltschaft blieben Juden ausgeschlossen. Wilhelm II. wünschte „den jüdischen Einfluß von Armee und Verwaltung mit aller Entschiedenheit auszuschlie-

¹⁸ Claß, *Wenn ich der Kaiser wär*, S. 74; Leschnitzer, S. 498; Pogge-v. Strandmann und Geiss, S. 12 ff.

ßen“¹⁹. Das Verhalten der amtlichen Stellen entsprach den Weisungen des Staatsoberhauptes.

Selbst ein Reichskanzler war machtlos, wenn er von diesem Kurse im Ausnahmefalle abzuweichen versuchte. Fürst Bernhard von Bülow schildert, wie er sich um die Aufnahme Albert von Goldschmidt-Rothschilds, eines Enkels der Baronin Willy Rothschild und des Gatten einer Tochter des Pariser Edmond de Rothschild in das Offizierskorps bemüht habe; trotz aller Anstrengungen und trotz einer Auseinandersetzung mit dem Grafen Dietrich Hülsen, dem Chef des Militärkabinetts, ist ihm das nicht gelungen. Das muß ihm umso peinlicher gewesen sein, als sich der junge Mann der Patronage der Schwiegermutter Bülows, Donna Laura Minghetti erfreute. Sie war eine nahe Freundin der Baronin Willy Rothschild und hatte die Aufmerksamkeit des Kanzlers auf Goldschmidt-Rothschild gelenkt²⁰. Um den Eindruck der Zurückweisung zu verwischen, attachierte Bülow ihn der deutschen Botschaft in London, von der er später an die preußische Gesandtschaft in München versetzt wurde. So wurde er *der* jüdische Diplomat unter Wilhelm II. Die Schilderung Bülows zeigt seine offensichtliche Erleichterung darüber, daß er sich vor der distinguierten italienischen Patrizierin halbwegs rehabilitieren konnte.

Die Personalpolitik der anderen Bundesstaaten

Auf militärischem Gebiet war Bayern der einzige Staat, der noch Reservatrechte hatte. Es ließ jüdische Reserveoffiziere und zur Mißstimmung preußischer Offizierskreise gelegentlich aktive jüdische Offiziere zu, wenn es sich auch im Laufe der Zeit dem preußischen Beispiel näherte²¹.

In der allgemeinen Staatsverwaltung war der Ausschluß der Juden in den anderen Bundesstaaten ebenso vollkommen wie in Preußen. Die Berufung von David Hugo Mayer* zum persönlichen Referenten des badischen Innenministers und sein steiler Aufstieg zum Vorsitzenden Rat des badischen Verwaltungshofes war auch in Baden eine singuläre Erscheinung; ebenso die Ernennung Leo Lippmanns, eines streng konservativen jüdischen Juristen, zum Regierungsrat an der Finanzdeputation in Hamburg²².

* *David Hugo Mayer*, geb. 1854 in Müllheim bei Freiburg (Baden). Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1879 in das badische Ministerium des Innern berufen, persönlicher Referent des Ministers, 1884 Kollegialmitglied des badischen Verwaltungshofs, 1904 Vorsitzender Rat des Verwaltungshofs, 1906 zum Geheimen Oberregierungsrat ernannt. Schöpfer der badischen Synodalverfassung und fast vier Jahrzehnte Leiter des Oberrats der badischen Israeliten. Gest. 1931 in Karlsruhe.

¹⁹ *Demeter*, S. 186 f.; *Pogge-v. Strandmann und Geiss*, S. 38.

²⁰ *Bülow*, I, S. 404 ff.

²¹ Über das Vordringen der altpreußischen Standesideologie nach West- und Süddeutschland und die wachsende Abneigung Bayerns, jüdische Reserveoffiziere zu ernennen, s. *Demeter*, S. 217; IDR 1909, S. 279 f.; *H. G. Adler*, S. 86; 91.

²² Über *Mayer*, Lewin, S. 351; *Hugo Marx*, Das Schicksal . . ., Heft 3, S. 20; *Hugo*

Anders war es bei der Staatsanwaltschaft. Hier hielten sich Bayern und Baden nicht an die Regel strenger Exklusivität. Die Zahl der in Bayern amtierenden jüdischen Staatsanwälte stieg in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg auf 10. Der erste jüdische Staatsanwalt in Deutschland wurde 1864 in Heidelberg, der erste jüdische Oberstaatsanwalt 1914 gleichfalls im Staate Baden ernannt; doch hatte inzwischen Baden nach der Änderung des politischen Kurses im Reich seit etwa 1880 30 Jahre lang keinen Juden mehr zum Staatsanwalt ernannt²³.

C. Der Kampf um die Zulassung der Juden zur Richterlaufbahn

a) Preußen

Die parlamentarische Behandlung der Petitionen des Rabbiners Sutro; die Haltung des Ministeriums

Auch nach 1848 wurden Juden zur Richterlaufbahn zunächst in keinem deutschen Staate zugelassen. Der Bann wurde in Hamburg gebrochen. Dort erlangte 1860 Gabriel Riesser als erster deutscher Jude ein Richteramt am Obergericht²⁴. Gegen die Zurücksetzung der Juden im preußischen Staatsdienst im allgemeinen und im Justizdienst im besonderen leitete Abraham Sutro, der Oberrabbiner von Münster, einen systematischen Kampf ein. Er führte ihn mittels Petitionen, die er alljährlich dem preußischen Abgeordnetenhaus unterbreitete. Die erste Eingabe dieser Art stammte aus dem Jahre 1853. Sutros Petitionen blieben während der Reaktionsperiode wirkungslos, jüdische Kandidaten wurden sogar von 1857 bis 1861 nicht zur Prüfung zugelassen. Erst als in der „Neuen Ära“ durch die Wahlen des Jahres 1858 die konservative Vorherrschaft gebrochen wurde und die Altliberalen zusammen mit ihnen nahestehenden gemäßigten Gruppen im Abgeordnetenhaus eine Macht darstellten, kam es 1859 und 1860 zu eingehenden Debatten über Sutros Petitionen und die Zulassung der Juden zum Justizdienst²⁵.

Bei diesen Beratungen zeigte es sich, daß kein Hauch der gepriesenen „Neuen Ära“ in die Hallen des Justizministeriums gedrungen war. Der Ausschluß der Juden von der Richterlaufbahn setzte sich fort. Der Justizminister Louis Simons, der aus dem Reaktionsministerium in das neugebildete Ministerium übernommen worden war, führte zwei Gründe für seine Haltung an: ein Jude könne keinem Christen einen Eid abnehmen, ohne sein religiöses Ge-

Marx, Geheimer Oberregierungsrat Dr. David Hugo Mayer, Allgemeine Wochenzeitung der Juden, 27. 8. 1954; AZJ 1914, S. 364. Über Lippmann, der in der Weimarer Zeit der erste jüdische Staatsrat in Hamburg wurde, s. *Leo Lippmann*, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit.

²³ *Lewin*, S. 374.

²⁴ *Lüth*, S. 40; *Gabriel Riesser*, I, S. 597 f.; 601 f.

²⁵ Die Verhandlungen von 1859 in AZJ 1859, S. 213 ff.; 229 ff.; 244 f.; diejenigen von 1860 in Die bürgerliche Gleichstellung. Über Sutro, *Kahn*, S. 61.

fühl erheblich zu verletzen; ferner seien die Grundrechte der preußischen Verfassung lediglich Normen, und sie könnten Gesetze wie das Judengesetz von 1847, das die Juden vom Richterstand ausschließe, nicht automatisch außer Kraft setzen²⁶. Freiherr Georg von Vincke, der Führer der Altliberalen, und Moritz von Blanckenburg, der Führer der Konservativen, griffen persönlich in die Debatte ein. Blanckenburg unterstützte den Minister, während sich Vincke an der Spitze von fünf liberalen Sprechern gegen beide Argumente von Simons wandte; er machte auch auf die sehr verschiedene Eidesformel für Protestanten und Katholiken und auf die Tatsache aufmerksam, daß die Abnahme eines Eides eines Katholiken durch einen protestantischen Richter niemals Anstoß erregt habe.

Die Verhandlungstage waren in beiden Jahren Ehrentage für den Abgeordneten Veit*, eines der beiden jüdischen Mitglieder des Hauses, der bereits 1852 in der Ersten Kammer bei der Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte der Juden hervorgetreten war²⁷. Er nahm auf sein Judentum Bezug und betonte, daß der Widerstand gegen die Gleichberechtigung der Juden nicht aus dem Volke erwachse, sondern von der Obrigkeit herrühre. Er bekämpfte die irrige Auslegung des Artikels 14 der Verfassung an Hand seiner Entstehungsgeschichte und legte seinen wirklichen Inhalt mit wirkungsvollen Argumenten dar²⁸. Er stellte fest, daß die Gleichberechtigungsnorm der Verfassung bereits 1848 in gesetzliches Recht umgewandelt worden sei. Den tiefsten Eindruck auf die Versammlung aber machten die Ausführungen eines als Kind getauften Juden, Eduard Simons, nicht nur wegen der Autorität, deren sich der einstige Präsident der Frankfurter Nationalversammlung erfreute, sondern auch wegen seines juristischen Scharfsinns und der Verbindung rechtlicher und moralischer Gründe, die er mit der ihm eigenen Kunst der Rede entwickelte. Simson begnügte sich nicht damit, ebenso wie Vincke als weiteres Argument gegen den Minister den Paragraphen 109 der Verfassung heranzuziehen, der, sinngemäß angewandt, alle ihr zuwiderlaufenden Gesetze und Verordnungen außer Kraft setze. Er erklärte auch, daß ihr Mar-

* *Moritz Veit*, geb. 1808 in Berlin. Studierte Philosophie, hörte auch geschichtliche und geographische Vorlesungen, Dr. phil. Wurde Verleger und Buchhändler, brachte zwei Bände des „Berliner Musenalmanachs“ heraus, verlegte Werke bekannter Autoren wie Schwab, Chamisso, Savigny u. a. 1853–1861 Vorsitzender der Buchhändlerbörse. Zwanzig Jahre lang Stadtverordneter von Berlin, zeitweise unbesoldeter Stadtrat. 1848 zum Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt am Main, 1851 bei einer Nachwahl in Trier als „Altliberaler“ in die preußische Erste Kammer gewählt, 1858 bis 1861 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Von 1839–1848 Ältester der jüdischen Gemeinde, später Vorsteher des jüdischen Repräsentantenkollegiums. Gest. 1864 in Berlin.

²⁶ AJZ 1859, S. 229.

²⁷ S. oben S. 25; über Veit, *Geiger*, Moritz Veit..., S. 131; *Geiger*, Die deutsche Literatur, S. 182 ff.; *Zondek*, S. 175 f.

²⁸ AZJ 1859, S. 216; Die bürgerliche Gleichstellung, S. 38 f.

tyrium es gerade höher gesinnten Naturen unter den Juden unmöglich mache, sich taufen zu lassen. Niemand im Hause, so hatte er schon einige Tage zuvor bei der Beratung einer anderen jüdischen Petition ausgeführt, würde den Mut haben zu leugnen, daß die Juden ihre Pflicht und Schuldigkeit gegen den Staat täten, seit der Staat die seinige gegen sie erfülle. „Ich hoffe“, so schloß er, „... daß einem Volke seine Rechte gewährt werden, welches herübergekommen ist, wahrscheinlich von der Wiege des Menschengeschlechts, ganz gewiß aber von der Wiege der christlichen Religion“²⁹.

Die Mehrheit des Hauses zeigte sich überzeugt. Entgegen dem Wunsche des Ministers überwies sie in beiden Jahren die Petition der Regierung zur Berücksichtigung. Simons blieb jedoch dabei, daß Juden in einem christlichen Staate nicht Richter werden könnten. Er ließ auch von 70–80 jüdischen Kandidaten nur vier zur Rechtsanwaltschaft zu. Selbst unter Simons' Nachfolger von Bernuth kam es trotz seines guten Willens infolge des Widerstands im Staatsministerium nicht zur Ernennung jüdischer Richter.

Auch unter Graf Leopold zur Lippe-Biesterfeld, der 1862 zum Justizminister ernannt wurde, führten die Petitionen Sutros und die positive Stellungnahme des Abgeordnetenhauses zu ihnen keinen Kurswechsel herbei. Es war die Zeit des Konflikts zwischen Bismarck und dem Abgeordnetenhaus um die Reorganisation des Heeres, in der sich die Ohnmacht des Parlaments und die Schwäche seiner liberalen Mehrheit enthüllte. Seit 1862 trat der neu gewählte liberale Abgeordnete für Königsberg, Raphael Kosch*, als Sprecher für die jüdischen Beschwerden auf; Veit gehörte seit 1861 dem Hause nicht mehr an. Ähnlich wie Gabriel Riesser hatte Kosch unter persönlichen Zurücksetzungen zu leiden. Er empfand dadurch das allgemeine den Juden zugefügte Unrecht um so stärker. Sein Antrag, seiner militärischen Dienstpflicht als Arzt genügen zu dürfen, wie es bei Medizinern üblich war, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß der König seine Soldaten nicht von jüdischen Ärzten behandelt wissen wollte. Kosch sprach, ebenso wie es vor ihm Veit getan hatte, als Vertreter der verfassungsmäßigen Gesamtinteressen des deutschen Volkes und als Jude: „... Unser Recht ist auch Ihr Recht; ... im Rechtsstaat ist die Verletzung des Rechtes des Einzelnen oder einer Minorität die Verletzung des Rech-

* *Raphael Kosch*, geb. 1803 in Lissa (Posen). Kam als Kind nach Königsberg, studierte Medizin, 1826 Dr. med. Als Assistenzarzt an der chirurgischen Klinik in Königsberg zugelassen, eröffnete 1832 eine medizinische Praxis. 1848 als Abgeordneter von Königsberg in die Preußische Nationalversammlung gewählt, zeitweise ihr 2. Vizepräsident. 1861 Mitbegründer der Fortschrittspartei, von Königsberg in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Seit 1863 Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission des Hauses. Vorkämpfer der Gleichberechtigung der Juden im Kampf gegen die Justiz- und Schulverwaltung, führend im Kampf um die Abschaffung eines besonderen Judeneides, die durch Gesetz von 1869 erfolgte. Gest. 1872 in Berlin.

²⁹ AZJ 1859, S. 187; 244 f.

tes aller. Und indem Sie unser Recht verteidigen, verteidigen Sie also auch Ihr eigenes Recht.“

Kosch fand eine kräftige Stütze in dem Grafen Maximilian von Schwerin-Putzar, dem Innenminister der verflossenen „Neuen Ära“. Auch der Referent für die Petition machte sich diese Gesichtspunkte zu eigen: die Emanzipation der Juden sei immer mit der freiheitlichen Entwicklung der Nation Hand in Hand gegangen. Das Haus überwies die Petition der Regierung zur Abhilfe, „in der Erwartung, daß die im Ressort des Justiz- und Kultusministeriums noch aufrecht erhaltenen verfassungswidrigen Beschränkungen der Anstellungsfähigkeit der Juden endlich beseitigt werden“³⁰. Das waren starke Worte; sie kamen aber von einer schwachen Volksvertretung und blieben daher ohne Wirkung. Graf Lippe setzte sich über die Meinung des Hauses hinweg; Bismarck fand den Minister nützlich, da er ihm beflissen die pseudojuristischen Waffen im Kampfe gegen die Mehrheit des Parlaments lieferte. Erst mit dem Kurswechsel des Jahres 1866 wurde der in der Konfliktzeit neben dem Kultusminister Heinrich von Mühler verhaßteste Handlanger Bismarcks dem Ministerpräsidenten mehr eine Last als eine Stütze. Die Liberalen drangen auf seine Entlassung, die im Dezember 1867 erfolgte.

Berufungen in den Justizdienst im Reich und in Preußen

Erst einige Jahre nach der Schaffung des Norddeutschen Bundes wirkte sich die neue Tendenz aus. Sie führte erstmalig zur Berufung von Juden in den Justizdienst, die Bismarck ebenso widerspruchslos geschehen ließ, wie er vorher die gegenteilige Politik gedeckt hatte. Es war für ihn eine Zweckmäßigkeitsfrage im Rahmen seiner Gesamtpolitik. Auch gehörte die Richterschaft nicht zu den behördlichen Gruppen, zu denen er sich nach seiner Herkunft und Tradition als Preuße hingezogen fühlte. Wir sahen bereits, daß sie im Ansehen der Könige von Preußen niemals hoch rangiert hat.

1869 kam Levin Goldschmidt, der in Heidelberg seinen Ruf als führender Kopf der deutschen Handelsrechtswissenschaft begründet hatte, als Rat an das Bundesoberhandelsgericht in Leipzig. Seine Berufung bot ihm die einzigartige Gelegenheit, seine wissenschaftliche Arbeit durch richterliche Tätigkeit zu ergänzen und an der richterlichen Praxis zu messen. Aber er vertauschte, wie er schrieb, die beschauliche Ruhe des akademischen Lehramts mit dem Oberhandelsgericht auch deswegen, weil er „durch die Tat an der Vereinigung von Nord und Süd mitzuwirken“ wünschte. Seine Berufung an die Universität Berlin im Jahre 1875 machte diesem mehrjährigen fruchtbaren Zwischenakt ein Ende³¹. Die Aufgaben des Oberhandelsgerichts wurden später vom Reichs-

³⁰ AZJ 1862, S. 388 ff.; über Kosch, s. *Vogelstein*, AZJ 1903, S. 519 f.

³¹ Die Berufung Goldschmidts erfolgte, nachdem Adalbert Falk das Kultusministerium übernommen hatte. *Lenz* II (2), S. 355 zählt sie „zu den Beförderungen . . ., die unter den früheren Regierungen kaum möglich gewesen wären“. Über Gold-

gericht übernommen. An das Reichsgericht selbst ist vor 1918 nur ein einziger Jude, Jakob Friedrich Behrend* im Jahre 1887 gelangt. Erst im März 1918, kurz vor dem Zusammenbruch, wurde der Hamburger Landgerichtsdirektor Georg Schaps, ein hervorragender Kenner des Seerechts, zum Reichsgerichtsrat ernannt. Er starb wenige Monate danach³².

In Preußen begannen Ernennungen von Juden zu Richtern im Jahre 1870. Damals wurden drei jüdische Assessoren zu Kreis- und Stadtrichtern ernannt. 1879 wurde die neue Rechtsanwaltsordnung vom Reichstage verabschiedet, die das Niederlassungsrecht der Anwälte unabhängig von der Zustimmung der Regierungen anerkannte. Die Zahl der jüdischen Richter wuchs in Preußen im liberalen Jahrzehnt auf 100 an und verdoppelte sich in den nächsten 40 Jahren im Rahmen einer gleichfalls wachsenden Gesamtzahl der Richter. Sie schwankte um 3 0/0 und 4 0/0 aller Richter; für 1916 gibt eine amtliche Statistik die Zahl mit 2,8 0/0 an³³.

Juden gelangten jedoch in Preußen nicht in leitende Stellen als Oberlandesgerichtspräsidenten und Landgerichtspräsidenten, Senatspräsidenten an Oberlandesgerichten und Landgerichtsdirektoren. Sie wurden vor 1907 auch nicht zu Oberlandesgerichtsräten befördert. Von dieser Regel gab es nur zwei Ausnahmen. Ein früherer Schulkamerad des Kaisers Wilhelm II., Siegfried Sommer, erhielt durch persönliches Eingreifen des Monarchen eine Beförderungsstelle als Oberlandesgerichtsrat³⁴.

* *Jakob Friedrich Behrend*, geb. 1833 in Berlin. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Privatdozent 1864, außerordentlicher Professor 1870 in Berlin, 1873 ordentlicher Professor in Greifswald, 1884 ordentlicher Professor in Breslau. 1887 vom Bundesrat für die durch Preußen zu besetzende vakante Stelle eines Reichsgerichtsrats vorgeschlagen, von Wilhelm I. bestätigt. Schied im Jahre 1900 aus dem Reichsgericht aus. Besorgte mustergültige Ausgaben alter deutscher Rechtsquellen, Hauptwerk „*Lex Salica*“, Berlin 1874. Verfaßte ein „*Lehrbuch des Handelsrechts*“, 1. Band 1896. Gest. 1907 in Berlin.

schmidt, *Sinzheimer*, S. 67 ff. – S. auch die Biographie *Goldschmidts*, ADB 49, S. 438 ff. – Über die Annahme der Berufung an das Oberhandelsgericht, ebenda, S. 445. S. auch die Biographie Goldschmidts von *Pappenheim*.

³² Hinweise auf Schaps verdanke ich Herrn Professor Hans Liebeschütz, Liverpool, weitere Informationen dem Staatsarchiv der Stadt Hamburg.

³³ Zahlenangaben bei *Breslauer*, Die Zurücksetzung der Juden, S. 508 f. und 524 f.; *Segall*, S. 50 f. – *Lorenzen*, S. 67, 83 ff., 94 ff., 109 f. gibt Zahlen für die einzelnen Zeitperioden. Der nationalsozialistische Amtsgerichtsrat Lorenzen wurde in das Justizministerium einberufen, um die Schrift „*Die Juden in der Justiz*“ zu verfassen. Die Benutzung des durch Niedrigkeit der Gesinnung abstoßenden Buches ist nicht zu vermeiden, da es anderweitig nicht veröffentlichtes Quellenmaterial enthält. Die Zahl 2,8 0/0 nach der Statistik von 1916 bei *Lorenzen*, S. 143.

³⁴ *Ehrenberg* (Sommer's Tochter), S. 14 ff.

Albert Mosse

Noch vor Sommer erlangte 1890 der Landgerichtsrat Albert Mosse* dieselbe Rangerhöhung. Mosse wäre gleich den anderen jüdischen Richtern jener Zeit nicht über den Landgerichtsrat hinausgelangt. Da winkte ihm ein Sonderauftrag infolge einer Empfehlung seines Lehrers und Förderers Rudolf Gneist, des Meisters des Verfassungs- und Verwaltungsrechts an der Berliner Universität. Es war die Zeit, in der Japan sich ein modernes Rechtssystem zu geben beschloß. Nach ausgedehnten Studienreisen einer Kommission durch die europäischen Staaten entschloß sich die japanische Regierung, sich auf das deutsche und preußische Rechtssystem zu stützen. Mosse wurde in Berlin zu Vorlesungen über deutsches öffentliches Recht vor japanischen Juristen und Diplomaten herangezogen. Er wurde sodann der japanischen Regierung als einer ihrer Berater zur Verfügung gestellt. Während der vier Jahre seines Aufenthalts in Tokio von 1886–1890 leistete er nicht nur die Vorarbeiten für die Verfassung, sondern wirkte auch führend an der Ausarbeitung der grundlegenden Gesetze der Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde und an der sogenannten „Vertragsrevision“ mit. Er war ferner der vertrauteste Ratgeber fast sämtlicher Fachministerien in Rechtsfragen.

Mosses Beförderung entsprang einer Anregung des deutschen Gesandten in Tokio, Theodor von Holleben, nachdem die japanische Verfassung im Jahre 1889 verkündet worden war. Die Rangerhöhung war eine Anerkennung der Dienste Mosses und zugleich eine Geste gegenüber der japanischen Regierung, deren Erwartungen Mosses Leistungen voll entsprochen hatten. Nach Hollebens Bericht hat er Erfolge gehabt, „wie vielleicht keiner seiner Vorgänger oder Mitarbeiter deutscher oder anderer Nation sie aufzuweisen vermag“ und „ist es nicht zu geringem Teil sein Verdienst, wenn das japanische Staatsleben in seinen Grundzügen nach deutschem Muster sich gestaltet und wenn Deutschland hier nach wie vor in höchstem Ansehen steht“.

Mosse verstand es als ausgezeichneter Kenner mehrerer Rechtsgebiete und gewandter Rechtstechniker, deutsche und preußische Verfassungsbestimmungen zur Übernahme in ein äußerlich modernisiertes japanisches Verfassungssystem auszuwählen und diesem Zwecke anzupassen. Es ist eine seltsame Aufgabe des Chronisten der „petite histoire“, den Zusammenhang zwischen

* *Albert Mosse*, geb. 1846 in Grätz (Posen). Studierte Rechtswissenschaft. Dr. jur. h. c. 1876 Kreisrichter in Spandau, 1879 Stadtrichter, bald darauf Amtsrichter, 1885 Landrichter, 1888 Landgerichtsrat in Berlin. 1890 Oberlandesgerichtsrat in Königsberg (Preußen). 1886–1890 Berater der japanischen Regierung in Tokio. 1903 Geheimer Justizrat. Ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Königsberg. 1907 nahm er seinen Abschied, betätigte sich danach als unbesoldeter Stadtrat in Berlin, wurde Städtältester und war im Vorstand des Städtetages. Mitglied des Vorstands der jüdischen Gemeinde in Berlin, Vizepräsident des Verbands der deutschen Juden und Präsident des Kuratoriums der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Gest. 1925 in Berlin.

der ersten Ernennung eines jüdischen Richters in Preußen in eine Beförderungsstelle mit der Verpflanzung des deutschen Scheinkonstitutionalismus nach Ostasien entsprechend den Bedürfnissen des militärisch und industriell rasch aufstrebenden Reiches des Mikado festzustellen.

Nach seiner Rückkehr wirkte Mosse am Oberlandesgericht in Königsberg. Die Universität Königsberg verlieh ihm 1903 den juristischen Ehrendoktor, und er lehrte an ihr während mehrerer Jahre als ordentlicher Honorarprofessor. Wissenschaftlich trat er als Verfasser eines Kommentars zum Handelsgesetzbuch hervor, der als eines der besten Erläuterungs-Werke der handelsrechtlichen Literatur gerühmt wurde. In seiner eigentlichen Laufbahn aber kam er nicht weiter. Der führende Vertreter des römischen Rechts, Professor Otto Gradenwitz, der damals in Königsberg lehrte, schildert Mosses Geschick:

„Er genoß zwar am Gericht und in den Kreisen aller Juristen den Ruf, keinem nachzustehen, sah aber alle Kollegen von Talent 17 Jahre hindurch von Königsberg an das Reichsgericht, an das Oberverwaltungsgericht oder in Präsidialstellen an einem Oberlandesgericht kommen ... er selber blieb Oberlandesgerichtsrat ...“³⁵.

Auch eine Versetzung an das Kammergericht in Berlin blieb ihm versagt. Ein Jude ist in der monarchischen Zeit dort niemals als Richter tätig gewesen.

Nach 17 Jahren vergeblichen Wartens bat Mosse um seine Pensionierung, ging nach Berlin und widmete sich kommunalen und jüdischen Aufgaben. Als unbesoldeter Stadtrat wurde er vom Oberbürgermeister von Berlin als „das juristische Gewissen der Stadt Berlin“ gerühmt. Er wurde Vizepräsident des Verbands der deutschen Juden. Als Vorsitzendem des Kuratoriums der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums hielt ihm Leo Baeck nach seinem Tode die Gedenkrede³⁶.

Die Japaner blieben der Dienste stets eingedenk, die Mosse ihnen geleistet hatte. Mehr als 40 Jahre, nachdem seine Tätigkeit in Japan ihr Ende gefunden hatte, legten zwei Japaner im offiziellen Auftrag auf seinem Grabe in der nationalsozialistischen Zeit einen Kranz nieder. Auch retteten die Japaner Mosses ältester Tochter das Leben. Auf die Nachricht, daß sie in ein Vernichtungslager abtransportiert werden sollte, intervenierte die japanische Botschaft in Berlin bei der SS-Führung. Die Botschaft war von der Witwe des früheren deutschen Botschafters in Tokio, Wilhelm Solf, informiert worden. Die Japaner ließen auf die Dienste hinweisen, die Mosse Japan geleistet hatte. Die

³⁵ *Gradenwitz*, III, S. 51. Hollebens Bericht an den Reichskanzler Graf Caprivi, C No. 48 B vom 13. 4. 1890, Abschrift im Archiv des LBI, New York.

³⁶ AZJ 1916, S. 475; Leo Baecks Gedenkrede im 44. Bericht der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, Berlin 1927, S. 25 ff.; s. auch 43. Bericht, S. 53 ff. *Deutsche Juristen-Zeitung*, 15. 6. 1925, S. 954 f.; *C. V. Zeitung*, 1925, S. 476 f. Für Informationen und Dokumente bin ich Herrn Walter M. Mosse, New York, dem Sohn Albert Mosses, zu Dank verpflichtet.

Nationalsozialisten versprachen, von der Deportation Dr. Marta Mosses abzusehen. Sie hielten zwar ihr Versprechen nicht, aber sie sandten sie in das Lager Theresienstadt, von wo sie nicht weiter deportiert wurde. Sie blieb am Leben und war nach ihrer Rückkehr bis zu ihrer Pensionierung an ihrer früheren Wirkungsstätte, dem Berliner Polizeipräsidium, tätig.

Die Debatte von 1901 im Preußischen Abgeordnetenhaus

Im Jahre 1901 wurden die Zurücksetzungen der jüdischen Richter bei Beförderungen und die jahrelangen Verzögerungen der Ernennung jüdischer Rechtsanwälte zu Notaren im preußischen Abgeordnetenhaus besprochen. In Beantwortung einer freisinnigen Interpellation äußerte der Justizminister Karl Heinrich Schönstedt sein Erstaunen darüber, daß das Verhalten gerade seines Ressorts zum Gegenstande der Kritik gemacht wurde. Dem Abgeordneten Peltasohn – er war der Hauptsprecher – müsse doch bekannt sein, daß die Justiz der einzige Verwaltungszweig in Preußen sei, in dem jüdische Assessoren Aufnahme finden könnten. Bei den meisten staatlichen Verwaltungen befinde sich überhaupt kein Jude mehr. Die „ausgezeichneten Eigenschaften der jüdischen Notare, ihre Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue“ erkannte der Minister an. Zur Begründung seiner Haltung verwies er auf die Notwendigkeit, dem Mißtrauen weiter Kreise gegen die Juden Rechnung zu tragen, da die Stellung des Richters und das Amt des Notars ein besonderes Vertrauen voraussetzten. Die Stellungnahme des Ministers erregte Aufsehen; zum ersten Mal wurde ein verfassungswidriges Verhalten der Behörde unverhüllt eingestanden und begründet. Es wurde auch beachtet, daß der Ministerpräsident von Bülow die von 300 jüdischen Gemeinden eingereichten Beschwerden unbeantwortet ließ.

Die Interpellation führte zu keiner Änderung. Die Konservativen, die Freikonservativen und die Nationalliberalen, die die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses ausmachten, ersuchten den Minister, sich „wie bisher“ von der Rücksicht auf die Interessen der Gesamtbevölkerung leiten zu lassen. Auch die Zentrumspartei schloß sich diesem Votum an. Sie vertrat nicht den Grundsatz der Auswahl nach Tüchtigkeit und Eignung, den nur die beiden kleinen freisinnigen Gruppen verfochten, sondern den „mathematischen“ Standpunkt der konfessionellen Parität und sah keinen Grund, den Minister zu desavouieren³⁷. Die Sozialdemokratie war damals im preußischen Abgeordnetenhaus infolge des Dreiklassenwahlrechts nicht vertreten.

Vortrag des Justizministers beim König im Jahre 1907

Im Jahre 1907 führten die von liberaler Seite im allgemeinen und von jüdischer Seite im besonderen unternommenen Vorstöße zu einem Ergebnis. Ju-

³⁷ Die preußische Staatsverwaltung und die Juden; IDR 1901, S. 121 ff.; *Martin Philippson*, Jahrbuch 1902, Rückblick, S. 4.

stizrat Bernhard Breslauer hatte im Namen des Verbandes der Deutschen Juden die Zurücksetzung der Juden im Justizdienst in einer gründlichen, auf einwandfreies Zahlenmaterial gestützten Eingabe an das Justizministerium nachgewiesen. Daraufhin hielt der neue Justizminister Max Beseler Vortrag beim König. Beseler war ein hochkonservativer Mann, der im August 1917 zusammen mit den Chefs dreier anderer preußischer Ressorts aus dem Amte schied, weil ihm das alte Preußen durch Nachgiebigkeit gegen parlamentarische Kräfte im Reich, vor allem durch das Versprechen des gleichen Wahlrechts ins Wanken zu kommen schien. Er war aber von stärkerem Gerechtigkeitsgefühl erfüllt als sein Amtsvorgänger und fühlte das Bedürfnis, krasse Verstöße gegen das geltende Recht abzuwehren.

Auf seinen Vortrag verfügte der König, daß jüdische Richter Beförderungstellen als Oberlandesgerichtsräte erhalten könnten. In leitende Posten sollten sie jedoch auch künftig nicht gelangen, selbst nicht in Direktorenstellen, obwohl der Minister dies befürwortet hatte. Beim Ausscheiden Beselers aus seinem Amte zehn Jahre später waren außer Sommer vier weitere jüdische Oberlandesgerichtsräte in Preußen tätig. Beseler machte auch der Zurücksetzung der jüdischen Anwälte bei der Erteilung des Notariats ein Ende³⁸.

b) Bayern

Die Praxis der Justizverwaltung

In der gleichen Epoche wie in Preußen zur Zeit der Reichsgründung änderte sich die Praxis der Justizverwaltung auch in anderen Bundesstaaten. Bayern übereilte sich damit nicht. Dort wurde erst 1879 in Nürnberg der erste jüdische Amtsrichter ernannt. Danach hat sich die bayerische Justizverwaltung jedoch im allgemeinen großzügig gezeigt. Das bayerische höhere Beamtentum hatte einen großbürgerlichen Charakter. Es war dem Klerikalismus und der Engherzigkeit des Kleinbürgertums abgeneigt und ähnelte seinem österreichischen Gegenstück.

Daß das Verhalten der bayerischen Regierung bei der Ernennung von Juden zu Staatsanwälten von der preußischen Praxis vorteilhaft abstach, ist bereits in anderem Zusammenhang dargestellt worden. Leitende Stellen erreichten auch in Bayern Juden vor 1912 nicht, jedoch erfolgten Beförderungen in Oberlandesgerichtsratsstellen früher und leichter als in Preußen. 1900 waren unter 31 jüdischen Richtern drei Oberlandesgerichtsräte. Einer der angesehensten jüdischen Richter Bayerns war der Rat am Obersten Landesgericht Alfred

³⁸ Über Breslauer's Denkschrift, s. oben Anm. 33; Lorenzen, S. 145; Philippson, Jahrbuch 1907, S. 10; 1909, S. 5.

Neumeyer*, der lange Jahre hindurch der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde in München war³⁹.

Die Landtagsresolution von 1901

Ein heftiger Angriff gegen diese im allgemeinen objektive Verwaltungspraxis kam aus dem Parlament. Er wurde von dem sogenannten „Bauerndoktor“ Georg Heim, dem populären Führer der bayerischen Bauern, einem einflußreichen Reichstagsabgeordneten und dem führenden Landtagsabgeordneten der Zentrumsparterie geführt. Mit Unterstützung der Mehrheit seiner Fraktion, der Rechten und des Bauernbundes verlangte er im Ausschuß und im Plenum der Kammer eine Begrenzung der Anstellung von Juden als Richter auf das Verhältnis, das dem Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung des Landes entsprach. Die wenige Monate vorher geführte Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus hat Heim offenbar zu seinem Vorgehen veranlaßt. Er nahm auf die Äußerungen Schönstedts Bezug – ein empfehlender Hinweis auf Preußen war ein ungewöhnliches Vorkommnis im bayerischen Parlament – und begründete seinen Antrag gleich dem preußischen Justizminister mit dem Interesse der christlichen Bevölkerung und mit der Gefahr, daß das Vertrauen der Bevölkerung zur Rechtspflege erschüttert werden könnte.

Der bayerische Justizminister, Freiherr Leopold von Leonrod, begnügte sich in seiner Erwiderung nicht damit, auf seine Pflicht zur Beachtung der Verfassung und der Gesetze und auf das Ernennungsrecht der Krone hinzuweisen. Er rühmte die Befähigung, Tüchtigkeit und Bescheidenheit der jüdischen Richter. Er versicherte, daß auch in ländlichen Gebieten, in denen Juden an Gerichten wirkten, niemals Klagen laut geworden seien, stimmte aber zu, daß die Unterbringung jüdischer Richter außerhalb der Großstädte für die Justizverwaltung ein Problem darstellte. Neben dem liberalen Fraktionsführer, dem Bayreuther Oberbürgermeister Leopold von Casselmann griff der Führer der bayerischen Sozialdemokraten, Georg von Vollmar, in die Diskussion ein. Der Sprecher der als umstürzlerisch gebrandmarkten Partei kam dem Minister in seinem Bemühen um die Beachtung der Verfassung gegen die größte Partei Bayerns und ihre Verbündeten zu Hilfe.

* *Alfred Neumeyer*, geb. 1867 in München. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Staatsanwalt am Oberlandesgericht München. Führte im Auftrage des Justizministeriums Vorarbeiten für die Revision des bayerischen Judenedikts durch. Zum Rat am Obersten Landesgericht in München befördert. Vorsitzender der israelitischen Kultusgemeinde in München. 1920 Begründer des Verbandes bayerischer israelitischer Gemeinden, den er bis 1940 leitete. Spielte eine wichtige Rolle bei der Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933. Emigrierte 1940 nach Argentinien. Gest. 1944.

³⁹ Eine Übersicht über die wissenschaftlichen und richterlichen Leistungen jüdischer Juristen in Bayern bei *Werner*, S. 256 ff.; über Neumeyer, ebenda, S. 257, ferner bei *Lamm*, Von Juden, S. 310, 338, 386.

Doch viele derer, die einst zu der im Sturme des Kulturkampfes entfalteten Fahne der Duldsamkeit und Gerechtigkeit Ludwig Windthorst und Peter Reichenspergers gestanden hatten, begannen sich beim Anprall der antisemitischen Woge in Bayern zu verlaufen. Nur wenige Zentrumsmitglieder blieben fest; mutig standen die Richter in der Fraktion zu ihren jüdischen Kollegen.

Unter diesen Umständen vermochte sich der Minister dem Drucke der Kammer nicht zu entziehen, zumal auch die Kammer der Reichsräte in ihrer Mehrheit in der gleichen Richtung tendierte. So ließ er sich schließlich zu der Erklärung drängen, daß er der Tendenz des Antrags, der von der nun einmal vorhandenen Stimmung der Bevölkerung ausgehe, soweit wie möglich Rechnung tragen werde. Die Einfügung der ursprünglich in der Resolution nicht enthaltenen Worte „so weit wie möglich“ beschwichtigte sein Gewissen, soweit ihn verfassungsrechtliche Skrupel plagten. Der Antrag wurde von der Zweiten Kammer mit 77 Stimmen der meisten Mitglieder des Zentrums, der Konservativen und des Bauernbundes gegen 51 Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten angenommen⁴⁰. Trotz der Annahme der Resolution hielt sich die Zahl der jüdischen Richter in Bayern auf der vorher erreichten anteilmäßigen Höhe von 2,8%. Das Ministerium hat offenbar bei der Besetzung der bis zum Ende der monarchischen Periode freiwerdenden Posten der Resolution von 1901 keine Rechnung getragen. Es hat auch 1912 den Rat am Obersten Landesgericht Heinrich Harburger* zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht München ernannt. Dadurch wurde diesem hervorragenden Juristen, der seit über drei Jahrzehnten auch im akademischen Lehrfach gewirkt hatte und durch seine Arbeiten auf dem Gebiet des Völkerrechts über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt geworden war, die höchste Stelle er-

* *Heinrich Harburger*, geb. 1851 in Bayreuth. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1879 Amtsrichter in München, 1885 2. Staatsanwalt, 1890 Landgerichtsrat dasselbst. 1898 Staatsanwalt am Landgericht München, 1899 Oberlandesgerichtsrat in München, 1905 Rat am Obersten Landesgericht, 1912 Senatspräsident am Oberlandesgericht München. Habilitierte sich an der Universität München im Jahre 1878, wurde dort 1896 ordentlicher Honorarprofessor, las über Straf-, Staats- und Völkerrecht. Schrieb auf Anregung des Reichsjustizamtes eine rechtsvergleichende Abhandlung über Diebstahl und Unterschlagung im Rahmen der Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches. Mitarbeiter an zahlreichen gelehrten Zeitschriften. 1904 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses für Vorschläge betreffend einer Strafrechtsreform im Deutschen Reich. 1913 zum Vizepräsidenten des Institut de Droit international (Paris) gewählt. Gest. 1916 in München.

** *Eduard Silbermann*, geb. 1851 in München. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1879 3. Staatsanwalt in Regensburg, 1881 Amtsrichter in Augsburg, 1887 2. Staatsanwalt am Landgericht Regensburg, 1891 am Landgericht München 1. 1899 Staatsanwalt am Münchener Oberlandesgericht, 1904 Oberlandesgerichtsrat in München, später im gleichen Jahre Staatsanwalt am Obersten Landesgericht für Bayern. 1916 Senatspräsident am Oberlandesgericht München. Mitglied der Vorstandschaff der Israelitischen Kultusgemeinde in München. Gest. 1917 in München.

⁴⁰ IDR 1901, S. 651 ff.; 1902, S. 45 f.; *Lorenzen*, S. 132 ff.

schlossen, die ein Jude im Justizdienst der deutschen Staaten bis dahin erreicht hatte⁴¹. Sein gleichfalls jüdischer Nachfolger Eduard Silbermann** starb bereits ein Jahr nach Übernahme seines Amtes⁴².

So enthüllte sich in Bayern unmittelbar nach dem Anfang des 20. Jahrhunderts dieselbe Frontstellung der politischen Kräfte, die den Anfang des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet und die sich nur während der Zeit der liberalen Strömungen vorübergehend verändert hatte. Das gemäßigt konservative und in konfessionellen Fragen liberale Beamtentum zeigte Verständnis für die Notwendigkeit, die Grundlagen des Rechtsstaates zu bewahren. Der Angriff gegen die verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung der Juden wurde von den Vertretern des Bauerntums und des städtischen Kleinbürgertums im Parlament vorgetragen. Er führte zu der einzigen im Kaiserreich vor 1914 erfolgreichen parlamentarischen Aktion, die offen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz auszuhöhlen bestimmt war. Dieser Angriff fand weder unter den katholischen Richterkollegen noch in den liberalen bürgerlichen Schichten, denen die jüdischen Richter angehören, noch unter den Repräsentanten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einen Widerhall, er wurde im Gegenteil von diesen Kräften bekämpft. Aber sie waren schon damals in Bayern nicht stark genug, um jenen Vorstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit der jüdischen Bevölkerung vor dem Gesetz im Parlament abzuwehren.

c) Andere deutsche Bundesstaaten

Antisemitische Regierungen: Sachsen, Hessen, Braunschweig, Württemberg

Ein scharfer Wind wehte in Hessen und Sachsen. Mit einer einzigen Ausnahme, der Ernennung eines Richters in Hessen vier Jahre vor dem Kriege von 1914, wurden Juden von der Richterlaufbahn in diesen Staaten ferngehalten. Im Jahre 1896 teilte die sächsische Regierung der preußischen Regierung diese Tatsache in einem Memorandum mit. Sie fügte hinzu, daß jüdische Assessoren in Kenntnis dieser Praxis nicht mehr um Beschäftigung im Staatsdienst nachsuchten; das Verhalten des sächsischen Ministeriums wirke abschreckend, und nur wenige Juden wandten sich dem Rechtsstudium überhaupt zu⁴³.

In Hessen führte das Verhalten des Justizministers 1899 zu einer cause célèbre. Die „*Frankfurter Zeitung*“ hatte erhebliche sachliche und personelle Mißstände in der hessischen Justiz aufgedeckt. Die fortgesetzte Verletzung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Staatsbürger durch Nicht-

⁴¹ AZJ 1916, S. 197; *Werner*, S. 258.

⁴² AZJ 1917, S. 93 f.

⁴³ *Lorenzen*, S. 136; 138; *Philippson*, Jahrbuch 1903, Rückblick S. 2. Schon 1890 brachten die Sozialdemokraten im sächsischen Landtag eine Interpellation gegen den Ausschluß der Juden vom Justizdienst ein. Die Regierung lehnte die Beantwortung wegen Unzuständigkeit des Parlaments ab.

anstellung von Juden als Richter wurde gleichfalls scharf gerügt. Daraufhin wurde gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Alexander Giesen, Anklage erhoben. Der hessische Justizminister erteilte den von der Verteidigung geladenen Zeugen, die in amtlicher Stellung waren oder gewesen waren, keine Aussagegenehmigung. Giesen wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, ein Spruch, der ebenso wie die Einzelheiten des Verfahrens von der Öffentlichkeit scharf kritisiert wurde. Die Darmstädter Strafkammer sprach dem Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen mit der verblüffenden Begründung ab, daß ihn als Preußen die Gleichheit der hessischen Staatsbürger vor dem Gesetze nichts anginge⁴⁴. Wenigstens diese Krähwinkelei hat das Reichsgericht korrigiert. Seine Strafe aber mußte Giesen verbüßen. Seit Bismarck während der Konfliktzeit und danach dem liberalen Kreisrichter den Garaus gemacht hat und andere deutsche Staaten seinem Beispiele gefolgt sind, erfreute sich der Staatsbürger nur noch eines begrenzten Rechtsschutzes, wenn er die Regierung in der Öffentlichkeit scharf kritisierte.

In einigen mitteldeutschen Kleinstaaten, in denen jüdische Richter vor 1918 nicht nachweisbar sind, mag dies auf die geringe Bevölkerungsziffer der Juden zurückzuführen sein. In Braunschweig war das jedoch nicht der Grund. Dort hat sich nie ein Jude zum Staatsdienst gemeldet, weil es aussichtslos erschien, daß er ernannt werden würde. Jüdischen Rechtsanwälten wurde selbst die Zulassung zum Notariat, abgesehen von zwei Fällen, verweigert. Ein Braunschweiger Anwalt legte unter Hinweis auf das Reichsgesetz von 1869 beim Deutschen Kaiser wegen der Ablehnung seiner Zulassung als Notar Beschwerde ein. Sie wurde zurückgewiesen. Dennoch war es klar, daß es sich um eine Verletzung der Reichsverfassung handelte: die Ernennung war mit der traditionellen Begründung versagt worden, es sei nicht angängig, daß ein Jude einem Christen einen Eid abnehme. Dies war wohl der einzige Versuch eines Juden, von Reich wegen ein staatliches Exekutivorgan zur Innehaltung einer Bestimmung des Reichsgesetzes von 1869 anhalten zu lassen. Der Antragsteller wurde dahin beschieden, daß die Ernennung zu einem öffentlichen Amt dem Ermessen des Landesfürsten anheimgestellt sei und die Ablehnung daher keiner Begründung bedurft hätte. Somit sei gegen keine gesetzliche Vorschrift verstoßen worden⁴⁵.

In die Staaten dieser Kategorie fällt auch Württemberg, das bis 1918 eine scharf antisemitische Politik verfolgte. Hier sind in den 50 Jahren zwischen dem Erlaß des Gleichberechtigungsgesetzes von 1869 und dem Zusammenbruch des Kaiserreichs nicht mehr als drei jüdische Richter ernannt worden. Keiner von ihnen kam über die Eingangsstelle als Amtsrichter hinaus. Der stärker als die übrigen Landesparlamente nach demokratischen Gesichtspunkten gewählte Landtag hat diese Politik nicht beanstandet. Württemberg unterschied sich damit nicht nur entscheidend von Baden, sondern auch wesent-

⁴⁴ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 721 f.; Lorenzen, S. 135.

⁴⁵ Victor Heymann (in *Brunsvicensia Judaica*), S. 46 f.; 58.

lich von Preußen und Bayern. Jene drei jüdischen Richter waren die einzigen jüdischen Staatsbeamten in Württemberg überhaupt⁴⁶. Der Staat setzte vermittels der Exekutivgewalt die judenfeindliche Politik fort, die er bis 1862 auf dem Wege einer rückständigen Gesetzgebung betrieben hatte.

Liberale Regierungen: Hamburg, Baden und Elsaß-Lothringen

Die Praxis in Hamburg und Baden war liberal. In den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wirkten in Hamburg 9, in Baden 14 jüdische Richter. In Hamburg gelangte ein Jude in die Stellung eines Landgerichtsdirektors. Dies war Georg Schaps, von dessen Berufung an das Reichsgericht im Jahre 1918 schon die Rede war. In Baden wurde Oberlandesgerichtsrat Nathan Stein* im Februar 1914 zum Landgerichtspräsidenten in Mannheim ernannt. Damit wurde zum ersten Male in Deutschland die Spitzenstelle einer richterlichen Behörde, und zwar des größten Landgerichts im Staate Baden, einem jüdischen Richter übertragen⁴⁷.

Das Reichsland Elsaß-Lothringen wurde erst seit 1911 quasi-konstitutionell regiert. Die elsässischen Juden ließen sich in dem umstrittenen Grenzlande an Reichstreue von keiner anderen Gruppe der Bevölkerung übertreffen und erfuhren manches Entgegenkommen, das der jüdischen Bevölkerung anderswo nicht gewährt wurde. Ein Landgerichtsdirektor und zwei Oberlandesgerichtsräte waren jüdisch. Einer von diesen wurde von der elsäß-lothringischen Regierung als Reichsgerichtsrat vorgeschlagen, aber von der Reichsjustizverwaltung nicht angenommen. Um dem verdienten Richter eine Genugtuung zu verschaffen, beförderte ihn die elsäß-lothringische Regierung daraufhin zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht⁴⁸.

D. Die Diskriminierung der Juden im Unterrichtswesen

Neben dem Auswärtigen Amt im Reich und den Innen- und Justizministerien in den Einzelstaaten sind, abgesehen von den technischen Dienststellen, die Unterrichtsministerien die vierte Gruppe, die ein zahlreiches Personal in ihrem Unterbau aufweisen.

* *Nathan Stein*, geb. 1857 in Neckarsulm (Württemberg). Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1883 Amtsrichter in Sinsheim, 1884 in Engen (Baden), 1886 in Mannheim, 1892 Oberamtsrichter daselbst. 1894 Landgerichtsrat, 1900 Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe. 1914 Landgerichtspräsident in Mannheim. 1922 in den Ruhestand getreten. Seit 1916 in der jüdischen Gemeindevertretung und in deren geschäftsführendem Vorstände tätig. Gest. 1927 in Mannheim.

⁴⁶ *Zelzer*, S. 464.

⁴⁷ *Lorenzen*, S. 146; *Philippson*, Jahrbuch 1910, Rückblick, S. 8; 1911, Rückblick, S. 4; Personalakten von Nathan Stein im Archiv des LBI, New York. S. auch Yearbook LBI 1956, S. 178.

⁴⁸ *Segall*, aaO, S. 51.

Jüdische Hochschullehrer

Im Hochschulwesen wurden früher und schneller gewisse Fortschritte erzielt als auf den anderen Gebieten der Unterrichtsverwaltung. Es wurde schon erwähnt, daß in manchen deutschen Staaten Juden sich weiterhin als Privatdozenten habilitieren konnten, während dies in Preußen durch das Dekret von 1822 unterbunden wurde. Zu den in Baden und Württemberg zugelassenen Privatdozenten gehörten die hervorragenden Juristen Siegmund Wilhelm Zimmern in Heidelberg und Samuel Marum Mayer in Tübingen. Die ordentliche Professur konnten jedoch beide erst erreichen, als sie die Taufe empfangen hatten. Zimmern starb jung, die Laufbahn Mayers*, dessen Aufstieg der König von Württemberg durch Patronage und finanzielle Unterstützung in der Gymnasialzeit und auch später förderte, wurde durch seine Wahl zum Rektor der Universität Tübingen gekrönt⁴⁹.

In Preußen wurde dagegen bis 1847 die Verordnung von 1822 auf das strikteste gehandhabt. Noch 1840 lehnte der in Berlin allmächtige Karl Friedrich von Savigny seiner Schwägerin Bettina von Arnim die Zulassung Heinrich Bernhard Oppenheims**, ihres Frankfurter Landsmanns, zur Privatdozentur trotz glänzend bestandenen Examens barsch ab: ein Jude dürfe und solle in Preußen nicht Privatdozent werden. Bettina war nicht nur schwärmerisch, sondern auch unkonventionell und eigenwillig; sie blieb Sa-

* *Samuel Marum Mayer*, geb. 1797 in Freudenthal (Württemberg). Besuchte die Talmudschule in Hechingen. Richtete an den König, der mit seinem Großvater, einem gelehrten Rabbiner, befreundet war, eine Bittschrift, wure zum Besuch des Gymnasiums in Stuttgart auf Kosten des Königs zugelassen. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Eintritt in den Staatsdienst angeboten, von ihm wegen des Erfordernisses der Taufe abgelehnt. Praktizierte als Rechtsanwalt unter fremdem Namen, da der Zugang zur Laufbahn Juden verschlossen war. Überreichte dem König und den Ständen 1827 eine Denkschrift im Namen der württembergischen Juden anlässlich der Beratung des Emanzipationsgesetzes. 1829 Privatdozent, 1831 außerordentlicher Professor in Tübingen, wurde nach schweren Seelenkämpfen 1834 evangelisch-lutherisch. 1837 ordentlicher Professor in Tübingen. Dozierte und war schriftstellerisch tätig auf dem Gebiete des römischen Rechts und des Zivilprozeßrechts. 1849/50 Rektor der Universität Tübingen. Von der Regierung wiederholt gutachtlich zur Judenfrage gehört. Gest. 1862 in Tübingen.

** *Heinrich Bernhard Oppenheim*, geb. 1819 in Frankfurt am Main, studierte Rechts- und Staatswissenschaften, Dr. jur. 1842 Privatdozent für Staatswissenschaft und Völkerrecht in Heidelberg, veröffentlichte u. a. „System des Völkerrechts“ (1. Auflage 1845). Redigierte später mit Arnold Ruge „*Die Reform*“, nahm an der revolutionären Bewegung 1848 teil, wurde 1849 Redakteur der „*Karlsruher Zeitung*“, schlug sich zum radikal-revolutionären Flügel, emigrierte. Nach seiner Rückkehr gab er u. a. die Deutschen Jahrbücher zur Politik und Literatur heraus. Unterstützte Bismarcks Außenpolitik seit 1866. 1874–1877 Mitglied des Reichstages für Reuss ä. L. als Mitglied der Nationalliberalen. Gest. 1880 in Berlin.

⁴⁹ Über Zimmern, ADB 45, S. 302; über Mayer, ADB 21, S. 128 f.

vigny die Antwort nicht schuldig⁵⁰. Heidelberg gab Oppenheim die Gelegenheit zur Habilitation. Erst wenige Monate vor Erlass des Gesetzes von 1847 machte Friedrich Wilhelm IV. die erste und einzige Ausnahme von der Kabinettsordre von 1822. Auf dringende Empfehlung Alexander von Humboldts wurde der Mediziner Robert Remak über neun Jahre, nachdem er mit einer epochemachenden Arbeit hervorgetreten war, zur Habilitation zugelassen; sie fand freilich erst nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes statt⁵¹.

Die Beschränkungen des Gesetzes von 1847 wurden durch die preußische Verfassung von 1848 bzw. 1850 *rechtlich* hinfällig und in der liberalen Periode auch *tatsächlich* außer acht gelassen.

Die Zahl der jüdischen Dozenten stieg später beträchtlich an. Es gab um 1910 im Reich rund 200 jüdische Hochschullehrer, von denen mehr als die Hälfte an den medizinischen Fakultäten lehrten. Die meisten der übrigen gehörten zu den philosophischen, nur eine sehr geringe Zahl zu den juristischen Fakultäten. Unter den Hochschullehrern überwogen die Privatdozenten, von denen die erfolgreicheren zur außerordentlichen Professur aufstiegen. Zwischen 1882 und 1909 waren jeweils 20–25 jüdische Dozenten Ordinarien. Der erste Jude, der in Deutschland ein Ordinariat erhielt, war der Mathematiker Moritz Abraham Stern, ein jüngerer Kollege von Karl Friedrich Gauß in Göttingen, auf dessen Betreiben der Kultusminister von Hannover Stern 1859 die Professur übertrug. Die Zahl der jüdischen Ordinarien sank bis 1917 auf 13 ab. An 11 Universitäten gab es um diese Zeit keine jüdischen Ordinarien, auch in Berlin war seit 1911 kein Jude ordentlicher Professor⁵². Die Anteilzahl der jüdischen Privatdozenten war 1909 etwa 10 0/0, der Extraordinarien 7 0/0 und der Ordinarien 2 0/0; 1917 gab es noch 1 0/0 jüdischer ordentlicher Professoren.

Ungetaufte jüdische Gelehrte hatten Schwierigkeiten selbst in den medizinischen Fakultäten. Ein Mediziner vom Range Paul Ehrlichs erhielt keine ordentliche Professur. Nur durch das Eingreifen des mächtigen Ministerialdirektors Friedrich Althoff konnte er wenigstens die aus privaten Mitteln geschaffene Stellung des Direktors des Frankfurter Instituts für experimentelle Therapie erlangen. „Kein Ruhmestitel für das deutsche Hochschulwesen in der Vergangenheit“ nennt Werner Richter, ein Nachfolger Althoffs in der Weimarer Zeit, die Behandlung Ehrlichs durch die Fakultäten. Juden wurden nie auf einen Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur oder für klassische Altertumswissenschaft und Sprachen berufen. Der schon erwähnte Altphilologe Jacob Bernays konnte in der Reaktionsperiode keine außerordentliche, in

⁵⁰ „Nicht einmal Privatdozenten werden, nicht einmal verhungern dürfen die Juden in Preußen?“ s. *Ermann*, S. 250. Die Äußerung ist auch vorher häufig zitiert worden.

⁵¹ Über Remak, ADB 28, S. 191 f.; *Geiger*, Briefe Alexanders von Humboldt, S. 112 ff.

⁵² *Geiger*, Die Zurücksetzung, S. 133 f., bearbeitet auf Grund einer Denkschrift Breslauer's; IDR 1917, S. 241 ff.; *Segall*, aaO, S. 56 f.; über Stern, ADB 54, S. 502.

der liberalen Zeit keine ordentliche Professur erlangen. Hermann Cohen, das Haupt der neukantianischen Schule, gelangte von Marburg nie auf einen Lehrstuhl der Berliner Universität, obwohl Vakanzen mehrmals seine Berufung erlaubt haben würden. Auch hat ihn die Berliner Akademie für ihre Kant-Ausgabe nicht zur Mitarbeit herangezogen oder ihn zu ihrem Mitglied ausersehen. Für Ignaz Jastrow, den ausgezeichneten, weltnahen Nationalökonom, den besten Pädagogen seines Faches an der Berliner Universität, fand sich ein Ordinariat erst in der Weimarer Republik. Ein jüdischer Professor des Staatsrechts war eine singuläre Erscheinung. In Freiburg im Breisgau wurde 1886 ein Lehrstuhl des Staats- und Verwaltungsrechts mit Heinrich Rosin* aus Breslau besetzt. Der Vorgang fand im übrigen Deutschland nur ein einziges Mal Nachahmung, als Professor Eduard Rosenthal in Jena einen Lehrauftrag für öffentliches Recht erhielt. Rosin wandte sein besonderes Interesse dem Rechte der Arbeiterversicherung zu und gewann auf diesem Gebiete ein hohes Ansehen⁵³. Er war der erste jüdische Rektor einer deutschen Universität.

Zusammenfassend hat Professor Richard Willstätter in München, ein Nobelpreisträger für Chemie, die Verhältnisse folgendermaßen dargestellt:

„... Viel tieferen Eindruck, entscheidenden, hat auf mich die Haltung der Fakultäten gemacht, nämlich die häufigen Fälle, daß die Berufung jüdischer Gelehrter bekämpft und verhindert wurde, und die Art und Weise, in der dies geschah. Die Fakultäten ließen Ausnahmen zu, gewährten aber keine Gleichberechtigung“⁵⁴.

Friedrich Paulsens Urteil

Das Einströmen der Juden in die akademischen Berufe wurde mißfällig kommentiert. Ein wissenschaftlich so hochstehender Gelehrter wie Friedrich Paulsen, der führende Pädagoge der Berliner Universität um die Jahrhundertwende, teilte das Mißvergnügen politischer Kreise über diese Erscheinung. Er

* *Heinrich Rosin*, geb. 1855 in Breslau. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1880 Privatdozent des Staatsrechts und des deutschen Rechts, 1883 außerordentlicher Professor an der Universität Breslau, 1886 ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht in Freiburg, 1904 Rektor der Universität. Schrieb „Das Polizeiverordnungsrecht in Preußen“, 1. Auflage 1882; „Das Recht der öffentlichen Genossenschaften“, 1886; „Das Recht der Arbeiterversicherung“, 1890–1905. Zusammen mit seiner Gattin Schöpfer sozialer Einrichtungen in Baden. Mitglied des Badischen Oberrats der Israeliten, 1889–1908. Gest. 1927 in Freiburg.

⁵³ Über Ehrlich, *Werner Richter*, S. 24; über Bernays s. oben S. 22; über Cohen, *Geiger* in *AZJ* 1918, S. 169; über Rosin, *Lewin*, S. 352; auch *Deutsche Juristen-Zeitung* 1915, S. 895. In Baden, wo die Gleichberechtigung der Juden im Unterrichtswesen 1870 gesetzlich festgelegt wurde, erfolgten einige Ernennungen zu ordentlichen Professoren schon vor diesem Zeitpunkt. 1861 wurde ein Orientalist, 1866 Levin Goldschmidt ordentlicher Professor in Heidelberg. Über Rosenthal s. unten S. 387 f.

⁵⁴ *Kaznelson*, S. VIII. Die für 1934 vorgesehene Veröffentlichung wurde damals verboten.

setzte sich in seinem „System der Ethik“ mit ihr kritisch auseinander. Er lehnte den Antisemitismus als eine ziellose und heillose Abwehrbewegung ab und war andererseits von widerspruchsvollen, aber doch überwiegend negativen Empfindungen zu Juden und Judentum erfüllt⁵⁵. In seinem als klassisch geltenden Buche über die deutschen Universitäten⁵⁶ läßt er erkennen, daß er die Gründe für die Bevorzugung der gelehrten Berufe durch die Juden wohl verstand. Er schildert ihre geistige Regsamkeit, gepaart mit hervorragender Zähigkeit des Willens, ihre soziale Lage zu verbessern, und ihre Gabe, Entbehrungen um des Zieles willen zu ertragen. Er gesteht auch ohne Umschweife zu, daß ihnen die Laufbahn in der Armee verschlossen war und daß sie in der Beamtenlaufbahn starken, zum Teil unüberwindlichen Hindernissen begegneten. Er läßt aus einer von ihm reproduzierten Statistik ersehen, wieviel höher die relative Zahl jüdischer Dozenten, auf die Bevölkerung berechnet, war als die Zahl evangelischer und vor allem katholischer Studenten⁵⁷. Aber er zeigt auch an Hand der gleichen Statistik, wie viel geringer die Aufstiegsaussichten der jüdischen Gelehrten zum Ordinariat waren, und gibt ohne weiteres zu, daß die Juden auch in den gelehrten Berufen im Weiterkommen stark behindert waren.

In seiner Schlußfolgerung wird jedoch unter seiner Feder die Ungerechtigkeit zur berechtigten Wehr. Er vertritt die These, daß auch die gelehrten Berufe, soweit sie mit öffentlicher Autorität ausgestattet sind, den Juden nicht unter gleichen Bedingungen mit Nichtjuden geöffnet werden dürfen. Er verlangt, daß der quasi-monopolistischen Besitzergreifung oder zum mindesten dem dann zu erwartenden Überwiegen einer durch Wohlstand, Zähigkeit und Energie überlegenen jüdischen Bevölkerung an den Hochschulen vorgebeugt werde. So wären denn wirklich die Herren der rheinisch-westfälischen Montanindustrie an Rhein und Ruhr, der Reedereien und Werften in Bremen und Kiel, der Textil- und der verarbeitenden Industrien in Sachsen und Thüringen, der Maschinenfabriken und der chemischen Industrie in weiten Teilen des Landes, alle die, die die Bewunderung der Welt durch die intensive und atemberaubend schnelle Industrialisierung Deutschlands innerhalb eines Menschenalters erregten, ohne Wohlstand, Energie und Zähigkeit gewesen? Ihre Söhne und die Abkömmlinge der im geistigen Leben Deutschlands weit genannten Familien mit behäbigem Wohlstand wären unfähig gewesen, auf gleichem Fuß mit Juden im akademischen Leben zu konkurrieren?

Paulsen traute ihnen das Bestehen des Konkurrenzkampfes nicht zu. Er sah bei gleichen Chancen die Beherrschung der deutschen Hochschulen durch die Juden voraus. Er äußerte sich zu diesem Phantasiegebilde mit den folgenden Worten:

⁵⁵ Paulsen, System der Ethik II, S. 491 ff.

⁵⁶ Paulsen, Die deutschen Universitäten, S. 195 ff.

⁵⁷ Paulsen, aaO, S. 199; über die Gründe des zahlenmäßigen Zurückbleibens der katholischen Studenten, ebenda, S. 196 f.

„Daß kein europäischer Staat einen solchen Zustand ertragen, daß es ihn als Fremdherrschaft empfinden und mit Gewalt abwerfen würde, daran wird nicht zu zweifeln sein“⁵⁸.

Nicht von einem leidenschaftlichen Hasser wie Treitschke, sondern von dem besonnenen, seine Worte im allgemeinen wägenden Inhaber des Lehrstuhls der Ethik und Pädagogik an der führenden deutschen Universität stammen diese Worte. Der Gelehrte, dem die pädagogische Ausbildung eines großen Teils der Erzieher der Jugend der höheren Schulen anvertraut war, sah in den Juden Fremde und diskutierte kühl die Möglichkeit der Gewaltanwendung, um sich ihrer zu entledigen. 30 Jahre später hat der Nationalsozialismus die von Paulsen proklamierten Folgerungen gezogen und seine Erwägungen aus dem Reiche des Gedankens in das Reich der Wirklichkeit gehoben.

Am Ende der Kaiserzeit befolgten die Fakultäten und Ministerien die Politik des „Gegendrucks“, den Paulsen empfohlen hatte. Die Halbierung der Zahl der jüdischen Ordinarien seit der Jahrhundertwende und ihre Reduzierung auf 13 beweist, daß Juden als ordentliche Professoren nicht mehr vorgeschlagen oder ernannt wurden.

Juden im höheren Schulwesen

Auf den übrigen Gebieten des Unterrichtswesens wurden Teilergebnisse im Kampf um die Gleichberechtigung schwieriger und noch langsamer erzielt als auf dem Gebiet des Hochschulwesens. In Preußen hatte die Regierung in der Erläuterung des Gesetzes von 1847 die Fernhaltung jüdischer Lehrer von höheren Schulen damit begründet, daß die pädagogische Aufgabe dort nur auf christlicher Grundlage zu lösen sei und die Lehrerstellen in ihnen daher als christliche Schulamtsstellen betrachtet werden müßten⁵⁹. Diese Auffassung wandelte sich auch nach der Revolution von 1848 nicht⁶⁰.

Auch der in der „Neuen Ära“ 1858 berufene Kultusminister Moritz August von Bethmann Hollweg nahm die gleiche Haltung ein wie sein Amtsvorgänger Karl Otto von Raumer in der Reaktionsperiode und sein Kollege, der Justizminister Simons, in bezug auf jüdische Richter. Bethmann Hollweg, der Großvater des späteren Reichskanzlers, war ein gebildeter Jurist aus der Schule Savignys und hatte sich durch wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiete des Prozeßrechts hervorgetan. Die brutale Art Simons' lag ihm nicht. Bei seiner eigenen kühnen Behauptung, das Gymnasium sei eine konfessionelle Anstalt, und zu welcher Konfession es zu rechnen sei, würde durch die Zusammensetzung des Lehrkörpers bestimmt, war es ihm wohl selbst nicht behaglich. So sprach er „viel, um zu versagen“; aber das Nein war unmißverständlich. 1859 ging das Abgeordnetenhaus bei der Beratung der Petition

⁵⁸ Paulsen, aaO, S. 199 f.

⁵⁹ Vollständige Verhandlungen, S. XXXIX.

⁶⁰ S. oben S. 24.

Sutros, die sich auch auf das Ministerium Bethmanns bezog, über die Einwendungen des Ministers hinweg. Es überwies die Eingabe eines zur Ableistung seines Probejahres auf einer höheren Schule nicht zugelassenen Beschwerdeführers dem Ministerium zur Abhilfe. Dieses Mal aber befand sich Peter Reichensperger auf der anderen Seite der Barrikade als die Kämpfer für die Gleichheit vor dem Gesetz. Es handelte sich um die Konfessionalität des Schulwesens, die Grenzen der Toleranz des politischen Katholizismus lagen diesseits, nicht jenseits dieser Hürde⁶¹. Unter dem 1862 Bethmann nachfolgenden Kultusminister Heinrich von Mühler trat keine Änderung des gesetzwidrigen Zustandes ein. Zwar erklärte der Minister nach Beginn der Zusammenarbeit Bismarcks mit den Liberalen die Anstellung von Juden als Lehrer prinzipiell für unbedenklich. Er machte aber dies Zugeständnis dadurch wertlos, daß er die höheren Schulen weiterhin als christlich ansah und unter die Lehranstalten konfessionellen Charakters zählte, auf die seine Erklärung keine Anwendung fände⁶².

Auch nach der Annahme des Reichsgesetzes von 1869 erhielt der Minister seine Haltung aufrecht. Kosch nannte damals das Kultusministerium unter allen Ressorts noch die einzige Zwingburg gegen Recht und Gerechtigkeit. Erst unter Mühlers Nachfolger Adalbert Falk wurde die Praxis in Preußen ein wenig gelockert. Jüdische Oberlehrer fanden jedoch an staatlichen höheren Lehranstalten auch später nur in vereinzelt Fällen Aufnahme, ihre Zahl überschritt niemals elf. Seit 1910 waren Neuanstellungen nicht mehr zu verzeichnen, so daß 1916 die Zahl der an staatlichen Schulen angestellten jüdischen Oberlehrer auf sechs herabgesunken war. An städtischen höheren Schulen hatten dagegen jüdische Oberlehrer in einigen Städten bessere Aussichten. In Berlin wurden etwa 50, mehr als die Hälfte aller überhaupt vorhandenen jüdischen Oberlehrer beschäftigt, 18 lehrten an den beiden jüdischen Realschulen der Stadt Frankfurt, während 25–30 sich über die Schulen anderer Städte verteilten. Kurz vor dem Kriege wurde zum ersten Male ein Jude vom Berliner Magistrat zum Direktor einer höheren Lehranstalt für Mädchen gewählt und von der staatlichen Aufsichtsbehörde bestätigt. Wie sehr sich aber die Anstellungsaussichten der jüdischen Oberlehrer verschlechterten, ergibt sich daraus, daß um 1910 von den jüngeren Oberlehrern, die noch nicht den Professortitel – eine Alterserscheinung – erhalten hatten, 20 in Berlin, sechs in Frankfurt am Main und nur zwei außerhalb dieser Städte tätig waren⁶³. Günstiger waren die Anstellungsverhältnisse in Bayern und Baden. In Bayern

⁶¹ Die bürgerliche Gleichstellung, S. 28, 72, 110, 117 ff.

⁶² AZJ 1867, S. 4; Haus d. Abg., St.B. 1. 12. 1869, S. 909 ff.

⁶³ Rothholz, S. 16; Thon und Ruppin, passim; Segall, aaO, S. 56; Wegscheider, S. 39. – Die Zahl der Oberlehrer (Studienräte) mit Angabe der Konfession wurde alljährlich in dem von Karl Kunze herausgegebenen Kalender für das höhere Schulwesen veröffentlicht. Willy Cohn hat diesem Kalender die Zahlenangaben in seinen häufigen Artikeln entnommen, s. z. B. AZJ 1913, S. 307; 1914, S. 45; 1916, S. 307.

waren 1906–07 etwa 130 jüdische Oberlehrer tätig, also mehr als in Preußen, eine bei dem Unterschiede der Bevölkerungszahl zwischen Preußen und Bayern bemerkenswerte Ziffer⁶⁴.

Juden im Volksschulwesen

Der Anteil der Juden am Volksschulunterrichtswesen war außerhalb der privaten jüdischen Schulen nicht mehr als symbolisch. In Preußen hatte einst das Allgemeine Landrecht den Grundsatz der interkonfessionellen Schule aufgestellt. Die Verfassung von 1848 hatte keine Bestimmung, die dem widersprach. Dies war jedoch einer der Punkte, in dem die revidierte Verfassung von 1850 von der Verfassungsurkunde von 1848 abwich. Ihr Artikel 24 bestimmte, daß bei der Errichtung öffentlicher Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen seien. Den Volksschulen wurde auf Grund dieses Artikels von der Regierung christlich-konfessioneller Charakter zuerkannt. Auch wenn die Konfessionalität bei der Zulassung von Schülern nicht streng durchgeführt und neben jüdischen auch katholische Schüler in evangelische Schulen aufgenommen wurden und umgekehrt, wurden Juden an den preußischen Volksschulen nicht angestellt. Das Reskript des Kultusministers von 1851 schloß nicht nur Oberlehrer, sondern auch Volksschullehrer von der Anstellungsfähigkeit aus⁶⁵.

Dieser Zustand blieb etwa 25 Jahre bestehen. Inzwischen waren 1866 Gebietsteile in Preußen eingegliedert worden, die, wie Nassau und Frankfurt am Main, Simultanschulen hatten. In diesen wurde die frühere Rechtslage aufrechterhalten und Kinder aller Bekenntnisse, abgesehen von dem Religionsunterricht, gemeinsam unterrichtet. Einzelne jüdische Lehrer wurden in den Schulen dieser Gebiete angestellt. Die Berufung Falks zum Kultusminister führte auch auf dem Volksschulgebiet zu einigen Reformen. Die für die Juden wichtigste Entscheidung brachte ein Ministerialerlaß von 1875. Er ermächtigte das Provinzialschulkollegium in Berlin, dem Berliner Magistrat zu gestatten, katholische und jüdische Lehrer, die den Religionsunterricht an Schüler dieser Bekenntnisse in allgemeinen Volksschulen erteilten, auch zum Unterricht in anderen Fächern und zum Ordinariat an diesen Schulen zuzulassen⁶⁶. Damals wurde auch die Zahl der paritätischen Schulen vorsichtig vermehrt, wenn die städtischen Behörden entsprechende Anträge stellten.

Diese Haltung änderte sich 1879 mit der Ersetzung Falks durch Puttkamer. Der neue Minister sagte der Simultanschule den Kampf an. Darin fanden Bismarck und er einen gemeinsamen Boden mit der Zentrumsparterie bei der Beilegung des Kulturkampfes. Puttkamer wurde vorbehaltlos durch Wilhelm I. unterstützt. Der König genehmigte den von Bismarck betriebenen

⁶⁴ *Segall*, aaO, S. 55 f.

⁶⁵ S. oben S. 24; *Freund*, Die Rechtsstellung, S. 296 ff.; AZJ 1899, S. 98.

⁶⁶ *Freund*, aaO, S. 299.

Übergang Puttkamers in das Innenministerium 1881 nur mit dem größten Widerstreben; er hätte vorgezogen, ihn zur Fortsetzung seiner Schulpolitik im Kultusministerium zu halten. Der Minister erklärte die „konfessionelle Einrichtung des Lehrplans“ für grundlegend und den Religionsunterricht nicht als einen gesonderten Unterrichtsgegenstand. Er wünschte ihn „zum gemeinsamen Mittelpunkt der in beinahe allen Lehrgegenständen zu gewinnenden religiös-sittlichen Anschauungen“ zu erheben⁶⁷.

Diese Politik wurde auch von Puttkamers Nachfolgern, besonders von den lange im Dienste befindlichen Ministern Gustav von Goßler, Konrad von Studt und August von Trott zu Solz weitergeführt. Demgemäß wirkten von den 338 jüdischen Lehrern, die nach einer Statistik von 1905 in Preußen unterrichteten, 290 an jüdischen und nur 48 an paritätischen Schulen, von den jüdischen Lehrerinnen 9 an jüdischen und 47 an paritätischen Schulen⁶⁸.

Die Unvereinbarkeit der Fernhaltung jüdischer Volksschullehrer mit dem geltenden Recht in Preußen

Das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz von 1906 erhielt die Bestimmung des Ministerialerlasses von 1875 aufrecht und ermöglichte dadurch die Ernennung jüdischer Lehrer an denjenigen Schulen, die auch von jüdischen Schülern besucht wurden. Nach § 34 des Gesetzes durfte aber, übereinstimmend mit der bestehenden Praxis, keinem Kinde die Aufnahme in eine öffentliche Volksschule nur wegen seines religiösen Bekenntnisses versagt werden. Damit war auch gesetzlich in die Konfessionalität Bresche geschlagen. Es gab in weiten Teilen des Staates keine Schulen mit Kindern nur eines Bekenntnisses. In diesen war es daher nach dem Gleichberechtigungsgesetz des Reiches von 1869 unstatthaft, die Zulassung zum Lehramt vom religiösen Bekenntnis abhängig zu machen. Der Paragraph des Volksschulunterhaltungsgesetzes, der die Ernennung jüdischer Lehrer an solchen Schulen von Vorbedingungen abhängig machte, war unvereinbar mit jenem Gesetz. Dies ist vor allem von dem stets gründlich arbeitenden Juristen und Historiker Ismar Freund dargetan worden, dem wichtige Werke über die Emanzipationsgeschichte der Juden in Deutschland zu verdanken sind⁶⁹.

Unabhängig davon hat jedoch die preußische Regierung schon vor dem Erlaß dieses Gesetzes auf dem Verwaltungswege selbst die überaus bescheidenen Fortschritte rückgängig zu machen versucht, die der Falksche Ministerialerlaß gebracht hatte. Zwischen dem konservativ geleiteten Kultusministerium und dem liberalen Magistrat der Stadt Berlin tobte seit den neunziger Jahren ein lange währender Kampf über die Anstellbarkeit jüdischer Lehrer. In ihn griffen zugunsten der jüdischen Lehrkräfte der Abgeordnete Max Hirsch im Landtag⁷⁰ und Hugo Preuß als Berliner Stadtverordneter ein. Un-

⁶⁷ *Albert von Puttkamer*, S. 48; AZJ 1880, S. 132.

⁶⁸ *Segall*, aaO, S. 52.

⁶⁹ *Freund*, aaO, S. 304.

⁷⁰ Haus d. Abg., St.B. 10. 3. 1899, S. 1320 f.

ter Hinweis auf den paritätischen Charakter der Berliner Schulen warf Preuß dem Ministerium vor, durch die Versagung der Bestätigung jüdischer Lehrer gegen die preußische Verfassung zu verstoßen⁷¹. Die Maßnahmen des Ministeriums trafen vor allem die jüdischen Lehrerinnen; für die jungen Mädchen aus bürgerlicher Familie, die einen Beruf ergreifen wollten, kam damals nur das Unterrichtsfach in Betracht. Der Frau war das Studium noch nicht erschlossen, die Sozialarbeiterin hatte noch keinen Platz in der Gesellschaft, die Schreibmaschine war noch nicht erfunden und die Sekretärin hatte den ausgedienten Unteroffizier als Kanzleibeamten in den amtlichen Büros und den „jungen Mann“ in den kaufmännischen Betrieben noch nicht ersetzt. „Parität ist nicht“, schloß Preuß, der sich auch publizistisch in seiner kompromißlosen und oft sarkastischen Art der jüdischen Lehrer annahm, seine staatsrechtlich-politischen Darlegungen, „die vom Klerikalismus gefälschte Idee der proportionalen Beteiligung der Religionen, sondern die absolute Unerheblichkeit des religiösen Bekenntnisses für die Bekleidung öffentlicher Ämter – diese Parität ist gesetzliches Recht, das genaue Gegenteil, wenigstens bezüglich der Juden, ist feststehende Verwaltungspraxis. Wie es der – vielleicht sehr ehrenvolle, aber keineswegs angenehme – politische Beruf des Judentums zu sein scheint, als vorgeschobene und unter Umständen verlorene Position des Liberalismus zu dienen, so richtet sich auch hier der Vorstoß gegen die nichtkonfessionelle, die paritätische Schule.“⁷²

Im übrigen blieb das Ministerium in seiner Haltung nicht immer starr, sondern machte dem Berliner Magistrat gelegentlich Zugeständnisse. Die Heftigkeit des Streites stand im krassen Mißverhältnis zu der unerheblichen Zahl jüdischer Bewerber um Volksschulstellen, wie Preuß selbst hervorgehoben hat. Sie erklärt sich nicht ausschließlich aus judengegnerischen Gründen. In dem konfessionell gespaltenen Deutschland mit der immer noch nicht völlig überwundenen Vergangenheit des Dreißigjährigen Krieges hat die konfessionelle Frage im Volksschulunterricht und in der Volksschullehrerbildung stets zu dem umstrittensten Problem gehört und seit jeher große Empfindlichkeiten geweckt. Bisher ist es keinem deutschen Regime gelungen, dieses Problem gesetzlich und personalpolitisch nach dem wahren Paritätsgrundsatz zu lösen.

⁷¹ Preuß vertrat die These, daß Art. 24 der preußischen Verfassung, nach dem die konfessionellen Verhältnisse bei Einrichtung der Volksschulen möglichst berücksichtigt werden sollten, suspendiert sei. Er wies auf Art. 112 der Verfassung hin, nach dem die geltenden gesetzlichen Bestimmungen bis zum Erlasse eines Schulgesetzes in Kraft bleiben sollten. Diese Bestimmungen seien aber die Gleichberechtigungsartikel 4 und 12 der Verfassung; das Volksschulunterhaltungsgesetz von 1906 sei nicht das von der Verfassung vorgesehene Schulgesetz. Die Rede von Preuß in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist unter dem Titel „Die Maßregelung jüdischer Lehrerinnen in Berliner Gemeindeschulen“, Berlin 1898 herausgegeben worden; sie hat mir nicht vorgelegen. S. ferner IDR 1895, S. 135; 1897, S. 67 ff.; *Philippson*, Jahrbuch 1900, Rückblick, S. 9.

⁷² *Preuß*, Das Bekenntnis des Kultusministers, S. 390 f.

Die Lage in Bayern und Baden

In Bayern wurden in den letzten zwei Jahrzehnten der monarchischen Zeit jüdische Lehrer an paritätischen Schulen nicht mehr angestellt. Es erregte großes Aufsehen, daß die bayerische Regierung 1903 zwei an Nürnberger Simultanschulen angestellte jüdische Lehrkräfte trotz des Widerspruchs des Nürnberger Magistrats entließ. Die Verstärkung des Einflusses der Zentrums- partei und die Schwächung des Liberalismus machte sich auch hier bemerkbar. In Baden fanden und behielten dagegen jüdische Lehrer seit der Simultanisierung der Elementarschulen im Jahre 1876 ein Unterkommen⁷³.

E. Jüdische Beamte im technischen Dienste

Höhere Beamte

Nach einer amtlichen Statistik gab es 1907 1,93 % höhere jüdische Beamte im Reich und in den Einzelstaaten⁷⁴. Der absoluten Zahl nach waren es 244 unter 12 588. Die Richter sind darin nicht inbegriffen. Im auswärtigen Dienst, in der Heeres- und Marineverwaltung, in der allgemeinen Staatsverwaltung und unter den Hofbeamten waren Juden so gut wie nicht vertreten. Diese Ziffer weist also auf ihr Vorhandensein in den technischen Verwaltungen hin. Zu ihnen können die Bau- und vor allem die Eisenbahnverwaltungen, die Medizinal- und Forstverwaltungen und im Reiche die Reichspost gerechnet werden. Der Begriff der Hoheitsverwaltung verband sich mit ihnen am wenigsten; Widerstände gegen Ernennungen von Juden waren dort geringer als in den Verwaltungen, in denen sich die Autorität des Staates stärker ausprägte. Solche Widerstände fehlten freilich ursprünglich nicht. Sutros Petitionen und die Eingaben zahlreicher preußischer Synagogengemeinden wandten sich u. a. gegen ein Reskript, das Juden vom Bau- und Feldmesserfach ausschloß, und ihre Fernhaltung von diesen Dienststellen wurde gelegentlich im Parlament kritisiert⁷⁵. Diese Beschränkungen fielen seit den siebziger Jahren weg. Schon vorher wurden die ersten jüdischen Kreisärzte in Preußen ernannt, während ungewöhnlicherweise in Baden jüdische Bezirksärzte oder Assistenzärzte in den Bezirken nach dem Tode des einzigen jüdischen Beamten dieser Kategorie im Jahre 1879 nicht mehr zu verzeichnen waren. Dagegen stellte die badische Regierung Juden in der Bau- und in der Domänenverwaltung an, zeitweise wirkte auch ein jüdischer bautechnischer Referent beim badischen Ministerium des Innern⁷⁶. Jüdische Beamte fanden sich auch im staatlichen Archiv- und Bibliotheksdienst⁷⁷.

⁷³ *Philippson*, Jahrbuch 1901, Rückblick, S. 4; 1904, S. 6. AZJ 1876, S. 679.

⁷⁴ *Segall*, aaO, S. 46 f.; AZJ 1912, S. 381 f.

⁷⁵ AZJ 1859, S. 165 ff. ⁷⁶ AZJ 1863, S. 410; *Lewin*, S. 351; 374.

⁷⁷ Über Adolf Warschauer in Danzig, den ersten jüdischen Archivdirektor in Preußen AZJ 1912, S. 616.

In der preußischen Eisenbahnverwaltung waren einige jüdische Beamte tätig, die Erwähnung verdienen. Zu ihnen gehört Georg Eger*; er war einige Jahre Hilfsarbeiter im Ministerium für öffentliche Arbeiten, dann Justitiar der Breslauer Eisenbahndirektion. Seine Hauptbedeutung lag in seiner wissenschaftlich-schriftstellerischen Tätigkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnrechts im allgemeinen und des Haftpflichtrechts im besonderen, auf dem er bahnbrechend war. Sein Zeitgenosse Paul Meyer** brachte es 1901 zum stellvertretenden Präsidenten der Eisenbahndirektion in Frankfurt a. d. Oder. Er erreichte hiermit einen Rang, zu dem vor ihm aus dem Kreise der preußischen Juden niemand gelangt war. Er war der Sohn des Berliner Stadtrats und Stadtältesten Moritz Meyer, dem die Bereitstellung des größten Teils der Mittel für die Schaffung der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin zu danken ist. Paul Meyer führte zusammen mit seiner Frau das Werk seines Vaters nach dessen Tode bis zur Begründung der Anstalt und danach als Kurator weiter.

Mittlere und untere Beamte

Unter den mittleren und unteren Reichs- und Staatsbeamten waren Juden nur in geringem Maße vertreten. Unter 167 000 mittleren Reichs- und Staatsbeamten aller Dienstzweige einschließlich der Justiz waren nach der Statistik von 1907 nicht mehr als 589 Juden. Überdies erscheinen unter diesen ohne sachlichen Grund und offenbar aus statistischen Zweckmäßigkeitserwägungen die im Vorbereitungsdienst für die Justiz befindlichen Referendare; die Zahl der mittleren jüdischen Beamten war also noch kleiner. Noch geringer war in absoluten Ziffern und anteilmäßig die Zahl der jüdischen unteren Beamten; sie betrug 49⁷⁸. Die unteren Beamten wurden, wie schon erwähnt worden ist, fast ausschließlich, die mittleren Beamten zum erheblichen Teil aus ausgedienten Unteroffizieren und aus Zivilanwärttern, also z. B. aus den Polizisten rekrutiert. Juden waren in diesen Kategorien kaum vorhanden. Soweit mitt-

* *Georg Eger*, geb. 1848 in Haynau, studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1876 Hilfsarbeiter im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten, 1880 Regierungsrat und Justitiar der Eisenbahndirektion Breslau, schied 1895 aus, 1906 zum Geheimen Regierungsrat ernannt. Verfaßte einen Kommentar zum Reichshaftpflichtgesetz, schrieb „Deutsches Frachtrecht“, 3 Bände, 1879–1883 und ein zweibändiges „Handbuch des preußischen Eisenbahnrechts“; gründete die „Zeitschrift für Eisenbahnrecht“. Dozent an der Universität Berlin und an der Handelshochschule Berlin. Gest. 1914 in Berlin.

** *Paul Meyer*, geb. 1844 in Berlin. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Seit 1874 als Regierungsrat, später Oberregierungsrat an den Eisenbahndirektionen Kassel, Köln und Elberfeld. 1901 stellvertretender Präsident der Eisenbahndirektion in Frankfurt an der Oder. Trat 1907 in den Ruhestand. Mitglied des Kuratoriums der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums. Gest. 1925 in Berlin.

⁷⁸ *Segall*, aaO, S. 47; 49.

lere Beamte dem Kreis ehemaliger Schüler höherer Unterrichtsanstalten entnommen wurden, die entweder das Abiturientenexamen bestanden oder mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst die Schule verlassen hatten, dürfte der Andrang der Juden zu dieser Laufbahn nicht bedeutend gewesen sein. Sie zogen im ersteren Falle auch unter schwierigen Verhältnissen das Studium, im letzteren Falle die kaufmännische Lehre vor.

F. Preußen und Bayern, ein vergleichender Rückblick

Bei der Diskriminierung der Juden in Preußen trat der feudal-aristokratische, in Bayern der kleinbürgerliche Charakter des Antisemitismus stärker hervor. Das Reich und Preußen schloß die Juden von jenen militärischen und Verwaltungsfunktionen aus, die in der hierarchischen Struktur des militärisch unterbauten Obrigkeitsstaates am höchsten bewertet wurden. Die Zahl der Juden fiel auch unter den den Offizieren gleichgestellten Militärbeamten in Preußen steil ab. Die weniger vom Klassengeist erfüllten bayerischen Regierungsbehörden waren auch weniger rigoros in der Diskriminierung der Juden. Der Standpunkt beider Regierungen verhärtete sich unter dem Druck der antisemitischen Bewegung und der allgemeinen nationalistischen und imperialistischen Strömungen, in Preußen seit den achtziger Jahren und in Bayern etwa seit der Jahrhundertwende.

In Preußen und lange Zeit auch in Bayern waren leitende Stellen auch in der Justiz den Juden verschlossen. Dennoch blieb die Richterlaufbahn der rettende Hafen für jüdische Juristen, die dem Staate zu dienen wünschten, und bot einigen von ihnen am Ende der monarchischen Zeit auch Aufstiegsaussichten. Die bayerische Regierung war bei Beförderungen schon früher entgegenkommender als das preußische Staatsministerium und ließ Juden auch zur Staatsanwaltschaft zu. In beiden Staaten verstärkte sich der Widerstand gegen die Ernennung jüdischer ordentlicher Professoren an den Universitäten; sie waren, ebenso wie die stets an Zahl geringen jüdischen Volksschullehrer an paritätischen Schulen, im Verschwinden begriffen. Bei der Anstellung jüdischer Lehrer an höheren Schulen zeigte Bayern ein Entgegenkommen, das staatliche Behörden in Preußen zu keiner Zeit bewiesen haben.

Parteipolitisch und parlamentarisch ist der Beschluß des bayerischen Landtags von 1901 über die Einführung eines *numerus clausus* für jüdische Richter und Staatsanwälte das bemerkenswerteste Vorkommnis. Obwohl es keine unmittelbare Wirkung auf die Haltung der Regierung ausübte, war es dennoch ein Fanal. Er zeigte, daß in diesem viel stärker volkstümlich regierten Staate die Repräsentanten der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Mehrheit des Volkes die Zahl der Juden in der Justiz herabzudrücken und sodann zu „normieren“ planten, genau wie bis 1861 die „Normierung“ der jüdischen Bevölkerungszahl ein Grundprinzip der bayerischen Judengesetzgebung gewe-

sen war. In Preußen legten zwar die stets judengegnerischen Konservativen ein klares antisemitisches Bekenntnis im Tivoliprogramm ab, für das es in der Zentrumsparlei Bayerns kein Gegenstück gibt. Sie trieben aber im Parlament keine Politik auf eigene Faust in dieser Frage. Sie waren von den Ergebnissen des unter dem Minister Schönstedt in der Justiz praktizierten Antisemitismus mit Recht befriedigt und stützten ihn kräftig im Parlament, aber sie wandten sich auch nicht gegen die weitherzigere Politik Beselers, seines Nachfolgers. Sie waren eben in der Regel regierungsfremd und beamtenfreundlich; der bayerische Bauer ist dies nie gewesen⁷⁹. Die Zentrumsparlei wiederum mußte stärker der Tatsache Rechnung tragen, daß die Katholiken im Norden eine Minderheit waren und selbst unter Diskriminierung litten. Trotz der antisemitischen Strömungen in der Partei blieb sie sich bewußt, daß sie in allen verfassungsrechtliche Garantien der Minderheiten berührende Fragen vorsichtig operieren mußte. So erklärt es sich, daß zwar die radikal antisemitischen Parteien in Bayern nicht Fuß fassen konnten, daß aber die Beimischung antisemitischen Gedankenguts in der in Bayern führenden Partei des Zentrums sich stärker bemerkbar machte als in den anderen Landesteilen. Das trat besonders deutlich hervor, seitdem Franz von Bettinger als Erzbischof von München-Freysing 1909 an die Spitze des bayerischen Klerus trat und die Politik des bayerischen Katholizismus lenkte⁸⁰. Der Antisemitismus drängte zum offenen, „eigenständigen“ Ausdruck. Nicht erst die Ereignisse *nach* dem Zusammenbruch der Monarchie haben die Hauptstadt Bayerns unter dem Nationalsozialismus zur „Hauptstadt der Bewegung“ prädestiniert.

G. Zustrom der Juden in die nichtamtlichen intellektuellen Berufe

Anteil der Juden an den „gebildeten Schichten“

Die starke Frequenz der Juden an höheren Schulen und Universitäten erklärt zusammen mit ihrem Ausschluß aus dem Offizierskorps und aus großen Teilen der Beamtschaft ihre beträchtliche Vertretung in den freien Berufen. Antisemitische Versuche, dem „Vorwiegen der jüdischen Schüler an höheren Schulen“ ein Ende zu bereiten, schlugen fehl. Im März 1890 interpellierte Stoecker als Mitglied der konservativen Fraktion die Regierung im preußischen Abgeordnetenhaus zu dem uneingestandenem Zwecke, durch Verwal-

⁷⁹ Hoegner, S. 99 f. skizziert die oft primitiven Empfindungen der bayerischen Bauern und ihren Mangel an politischer Begabung: „Solche Eigentümlichkeiten erklären es, daß die vielleicht am stärksten freiheitlich und demokratisch eingestellte Bevölkerung des Deutschen Reiches am meisten zum Untergange der deutschen Demokratie beigetragen hat.“ Hoegner war von 1930 bis 1933 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und seit 1946 bayerischer Landtagsabgeordneter, zeitweise bayerischer Ministerpräsident.

⁸⁰ AZJ 1917, S. 184.

tungseingriff nach russischem Muster einen *numerus clausus* für jüdische Schüler zu schaffen, eingeständenermaßen mit dem Ziele, jüdische Schüler an besonderen Schulen unterrichten zu lassen und Juden als Lehrer aus anderen Bildungsanstalten zu entfernen.

Der Kultusminister von Goßler bewies in der Beantwortung von Stoeckers Interpellation Vorsicht. Er wies auf alle Faktoren hin, die nach seiner Ansicht die hohe Präsenzzahl jüdischer Schüler an höheren Schulen erklärten: Überwiegen des städtischen, besonders des großstädtischen Elements, Bildungsstreben und Willenskraft und durchschnittlich größere Begabung jüdischer Kinder. Er ließ erkennen, daß er gefühlsmäßig mit Stoecker sympathisierte, und sah mit ihm eine wichtige Erscheinung im öffentlichen Leben in der Tatsache, daß eine *ein* Prozent der Bevölkerung nicht übersteigende Gruppe in deren gebildeten Schichten nach seiner Schätzung mit 10 % vertreten war. Aber wenn er Stoecker gegen Angriffe der Linken entschieden in Schutz nahm, so verhielt er sich gegenüber dem Kern seiner Forderungen reserviert. Er verhehlte seine Bedenken gegen konfessionell getrennte höhere Schulen nicht und lehnte es ab, verwaltungspolitische Schlußfolgerungen aus der von dem Interpellanten kritisierten Situation zu ziehen⁸¹.

Wenn auch der Begriff „gebildete Schichten“ unbestimmt war und der Minister zu seinem Ansatz nur gelangen konnte, wenn er die Mitglieder des Offizierkorps nicht zu den gebildeten Schichten rechnete, so ergeben die Zahlen doch einwandfrei, daß der Anteil der Juden an gewissen freien Berufen ungewöhnlich groß war. Sie stellten nach der Statistik von 1907 etwa 6 % der deutschen Ärzte und Zahnärzte, 14 % der Anwälte und 8 % der Privatgelehrten, Schriftsteller und Journalisten⁸². Die hohe Präsenz in diesen freien Berufen trat noch deutlicher dadurch hervor, daß sie sich vor allem in einigen Großstädten, vornehmlich in Berlin, ausprägte. So kam es, daß zwar die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit sich ohne Teilnahme von Juden vollzog, daß aber das jüdische Element in der populärwissenschaftlichen, literarischen und journalistischen Kritik dieser Tätigkeit stark vertreten war; daß in Straf- und vor allem in politischen und Preßprozessen der Vertreter des Staates, in solchen Fällen auch der Richter niemals, daß aber der Anwalt des Angeklagten sehr häufig ein Jude war.

Nicht in allen freien Berufen war der Anteil der Juden entsprechend hoch. Bei den Schauspielern, Musikern und Künstlern lag er unter 2,2 %. Da 94 % der Ärzte, 92 % der Journalisten und Schriftsteller und 86 % der Anwälte nicht jüdisch waren, so hatten alle Schichten des deutschen Volkes reichlich Gelegenheit, sich medizinisch, literarisch und juristisch von fachlich gut vorgebildeten Kräften jeder Konfession oder Abstammung beraten oder belehren zu lassen. Wenn eine, objektiv gesehen, relativ große Anzahl von Juden in den freien Berufen tätig war, so deuten ihre beruflichen Erfolge

⁸¹ Teile der Debatte wiedergegeben bei *Massing*, Rehearsal, S. 298 ff.

⁸² *Segall*, aaO, S. 49; 56 f.

darauf hin, daß ihr Rat und ihre Hilfe sowie Anregungen aus ihren Reden und Schriften gesucht wurden. Subjektiv gesehen, muß also ihre hohe Zahl einem Bedürfnis entsprochen haben. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gar manche, die im privaten Leben einen jüdischen Anwalt oder Arzt konsultierten, im öffentlichen Leben die „Verjudung“ der freien Berufe bitter beklagten.

Beurteilung durch die deutsche Gesellschaft

Die Männer, die in romanischen Ländern Bewunderung erregen, die Zierden der forensischen Beredsamkeit, der *homme de lettres*, der Journalist, der mit der Eigenart und dem Glanz seines Stiles oder der Klarheit und Originalität seiner Gedanken seinem Blatte den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrückt, gehörten nicht in den ersten Rang der im damaligen Staate der Deutschen tonangebenden Gesellschaft. Ihn besetzten der ordenbesäte Offizier, der Herr ausgedehnter Ländereien und Forsten mit noch aus der Feudalzeit stammenden Privilegien, der gewissenhafte Geheimrat in den Amtsstuben der Ministerien und Provinzialbehörden, der beamtete Universitätslehrer. Daß Juden durch hervorstechende Leistungen in den als zweit- und drittrangig angesehenen Gruppen die Aufmerksamkeit auf sich lenkten und daß ihre starke Präsenz einige dieser Gruppen in den Augen mancher sogar charakterisierte, trug nicht dazu bei, diese in der allgemeinen Achtung zu heben. Bismarck, der die maßgebliche öffentliche Meinung seiner Epoche formte und den deutschen Bürgern die Last des politischen Denkens abnahm, schleuderte dem Abgeordneten Lasker vom Rednerpult des Reichstags das Wort entgegen, daß manche Volksvertreter sich mehr für den Verbrecher als für den ehrlichen Mann interessierten⁸³, und die oppositionelle Presse sah er vornehmlich im Besitz von Juden und von Menschen, die ihren Lebensberuf verfehlt haben⁸⁴.

Solche Urteile gewannen um so größeren Kurswert, je anfälliger das deutsche Bürgertum für imperialistische und militaristische Gedanken wurde und je mehr es sich freiheitlichen Bestrebungen versagte. So erschienen die Juden den den Obrigkeitsstaat tragenden Kräften als „Ferment der nationalen Dekomposition“, entsprechend einem bis auf den heutigen Tag meist unvollständig zitierten, falsch ausgelegten und entgegen seiner wahren Tendenz auf deutsche Verhältnisse irrig angewandten Wort Theodor Mommsens⁸⁵.

⁸³ Reichstag, St. B. 8. 3. 1879, S. 331; *Block*, S. 26.

⁸⁴ *Jöblinger*, S. 90.

⁸⁵ „Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem cäsarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümllichkeit im Grunde nichts als Humanität war.“ (Römische Geschichte III, S. 550.) In seiner Erwiderung auf Treitschkes antisemitische Streitschrift, die Mommsens Wort aufgriff, schrieb *Mommsen* (Auch ein Wort über unser Judentum, S. 410 ff.): „Ohne Zweifel sind die Juden, wie einst im römischen Staat ein Element der nationalen Dekomposition, so in Deutschland ein Element der Dekomposition der Stämme . . . Dekompositionsprozesse sind oftmals not-

In den freien Berufen, in Heilkunst und Advokatur, als Schriftsteller und im Journalismus, in Kunst und freier wissenschaftlicher Betätigung konnten sich die Juden in Deutschland voll zur Geltung bringen. Von der Ausübung öffentlicher Gewalt in amtlichen Funktionen des Reichs und der Einzelstaaten und einer mit öffentlicher Autorität bekleideten Lehrtätigkeit wurden sie hingegen ferngehalten. So waren sie in der Lage, ihre geistigen Fähigkeiten aufs schönste zu entfalten und den allgemein menschlichen und im Judentum durch seine Geschichte stark verwurzelten Idealen der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit im Reiche des Geistes frei nachzuleben; aber sie blieben unvertraut mit den Notwendigkeiten und Formen der Betätigung hoheitlicher Befugnisse.

Daß die Juden im Obrigkeitsstaat in dieser Sphäre unvertreten waren, gereichte ihnen nicht zum Schaden. Jüdische Intellektuelle gerieten nicht in die Versuchung, auf politische Irrwege abgedrängt zu werden. Als sich die Lage jedoch durch die Revolution von 1918 radikal änderte, bedeutete diese Bildungslücke auf dem Gebiete der politischen Praxis einen erheblichen Mangel. Sie erschwerte die Lösung der Aufgaben, vor die sich manche Juden damals überraschend gestellt sahen.

5. DIE LAGE DER GETAUFTEN JUDEN

A. Beginn und Mitte des 19. Jahrhunderts

Das Hindernis für die Zulassung der Juden zum öffentlichen Dienst war ursprünglich die Religion allein. Unter Friedrich Wilhelm III. verloren die wenigen Juden, die in den neupreußischen Gebieten des Westens in der Zeit der französischen Herrschaft angestellt worden waren, ihre Posten. Der König hielt auch, wie schon erwähnt, die Anstellungsversprechen nicht, die er in den Freiheitskriegen *allen* Kriegsfreiwilligen, und vor allem den Kriegsinvaliden, gegeben hatte. Für die jüdischen Kriegsteilnehmer lieferte der Justizminister Friedrich Leopold Kircheisen ihm eine Begründung durch die Feststellung, daß „die Vermutung weniger Moralität durch temporelle Tapferkeit nicht entkräftet“ werde. Auch weigerte Friedrich Wilhelm sich zweimal, Meno Burg zum Hauptmann zu befördern, bevor er zur Erkenntnis der

wendig, aber nie erfreulich und haben unvermeidlich eine lange Reihe von Übelständen im Gefolge . . . Ein gewisses Abschleifen der Stämme untereinander, die Herstellung einer deutschen Nationalität, welche keiner bestimmten Landsmannschaft entspricht, ist durch die Verhältnisse unbedingt geboten, und die großen Städte, Berlin voran, deren natürliche Träger. Daß die Juden in dieser Richtung seit Generationen eingreifen, halte ich keineswegs für ein Unglück und bin überhaupt der Ansicht, daß die Vorsehung weit besser als Herr Stoecker begriffen hat, warum dem germanischen Metall für seine Ausgestaltung einige Prozent Israel beizusetzen waren“ (aaO, S. 416 f.).

Wahrheit und des Heils des christlichen Glaubens gelangt sei; beim dritten Versuch trug er dann der Patronage durch den Prinzen August von Preußen Rechnung¹.

Derselbe Herrscher verfügte jedoch 1799 auf Anfrage des Staatsministeriums, daß grundsätzlich ein zur christlichen Religion übergetretener Jude zum Justizdienst zugelassen werden könne, und er bestimmte 1826, daß durch die Taufe die Behinderung der Anstellung jüdischer Kriegsteilnehmer behoben werde. Auf Grund des Dekrets von 1799 wurde Eduard Julius Hitzig in die Justizverwaltung übernommen; am Ende einer erfolgreichen Laufbahn bekleidete er die hohe Stellung eines Direktors der Inquisitionsabteilung beim Kammergericht. Mit der Staatskanzlerschaft Hardenbergs nahm die Zahl der getauften Juden in hohen Stellungen zu. Im auswärtigen Dienst wirkte Jacob Salomon, der sich zur Erleichterung des Aufstiegs schon vor der Taufe Salomon Bartholdy und später einfach Bartholdy nannte. Im Justizdienst war Heinrich Simon tätig, der als Assessor vom Justizminister mit der Redaktion der Materialien des preußischen allgemeinen Landrechts beauftragt wurde. Er verteidigte mutig die durch die Reaktion bedrohte rheinische Gerichtsverfassung, das öffentliche und mündliche Verfahren vor den Geschworenengerichten und trat für die regionale Erweiterung des Anwendungsgebiets des rheinischen Rechts ein. 1819 wurde Simon als vortragender Rat in das Justizministerium berufen. Der gleichnamige führende Breslauer Liberale und Abgeordnete der Nationalversammlung war sein Neffe. Der Mediziner David Ferdinand Koreff, der Hardenbergs Leibarzt wurde, erhielt einen Lehrstuhl in Berlin und wurde Vortragender Rat für wissenschaftliche und künstlerische Angelegenheiten beim Staatskanzler, später in dem neu errichteten Kultusministerium².

Nicht anders als der ledernste König auf dem Hohenzollerthron verfuhr sein Nachfolger, der romantischste Herrscher. Er trug kein Bedenken, den getauften Juden Dr. Nikolaus Heinrich Julius, einen Fachmann des Gesundheits- und Strafvollzugswesens als Hilfsarbeiter in sein Kabinett zu berufen³. Die amtliche Laufbahn des späteren Justizministers Heinrich Friedberg begann unter Friedrich Wilhelm III. und setzte sich unter Friedrich Wilhelm IV. fort. Bismarcks späterer Pressechef Ludwig Ernst Hahn wurde unter Friedrich Wilhelm IV. in den Staatsdienst übernommen.

Wie stark der konfessionelle Gesichtspunkt im Vordergrund stand, und wie eindeutig das Hindernis mit der Taufe verschwand, erhellt aus der Berufung zweier ehemals jüdischer Ordinarien des Staatsrechts, deren Unterricht weit über die Hallen der Berliner juristischen Fakultät hinaus wirkte.

¹ *Burg*, S. 115; *Lorenzen*, S. 19; *AZJ* 1853, S. 478.

² Über die Haltung der beiden Könige, *Dierkes*, S. 43; 69; 119. *Lorenzen*, S. 6 f.; über Salomon Bartholdy, *Jacobson*, S. 255; über Koreff, *Samter*, S. 23; *Groba*, S. 210 ff. Über Simon, *Maetschke*, S. 209; *Treitschke*, *Deutsche Geschichte* V, S. 612.

³ Über Julius, *Treitschke*, aaO V, S. 246.

Der schon erwähnte Eduard Gans erhielt seine Professur im Jahre 1828 unter Friedrich Wilhelm III., Friedrich Julius Stahl nach Gans' Tode im Jahre 1840 unter Friedrich Wilhelm IV.

Die Einstellung in Süddeutschland war nicht anders. Ernst Philipp Sensburg konnte nach dem Übertritt zum Katholizismus zu hohen Ämtern in der badischen Regierung, zum Freiherrnstande und als erster getaufter Jude in Deutschland zur Leitung eines Ministeriums aufsteigen: er wurde Innenminister. Sensburg war ein Repräsentant der Reaktion nach den Freiheitskriegen in allgemein politischen und in jüdischen Fragen. Die in Baden sehr heftigen antijüdischen Ausschreitungen des Jahres 1819 nach der Ermordung des Gegners der deutschen Einheitsbewegung, August Kotzebue, durch den Studenten Karl Ludwig Sand in Mannheim – ein Ereignis, das mit Juden und Judentum nichts zu tun hatte – beschönigte Sensburg, indem er auf den Widerwillen christlicher Ackerbürger und Handwerker gegen die Teilnahme von Juden am Ackerbau und zünftigen Gewerben hinwies⁴. Von den Gelehrten Zimmern in Heidelberg und Marum Mayer in Tübingen war bereits die Rede⁵. Heinrich Heines oft zitiertes Wort, daß die Taufe das Entreebillet zur europäischen Kultur sei, enthält, wie so manches, was aus seinem Munde kam, eine Wahrheit in überspitzter, geistreicher Form. Für die Zulassung zu Regierungssitzen, Amtsstuben, Richterstühlen und Kathedern war die Taufe in der Tat eine unumgängliche Voraussetzung.

B. Die Zeit nach der Reichsgründung

a) Juden in Spitzenstellungen

Drei Juden in führenden Stellen zur Zeit Bismarcks

In einer veränderten Zeit blieb die Handlungsweise der deutschen Regierungen die gleiche. Bismarcks Abneigung gegen das Erscheinen von Juden in obrigkeitlichen Ämtern erstreckte sich auf getaufte Juden nicht. Dies zeigte sich bereits vor seiner Berufung in das höchste Amt Preußens in einem Falle, dessen Begleitumstände eines pikanten Beigeschmacks nicht entbehren. Hermann Barschall, der Mann Franziska von Puttkamers, einer Verwandten von Bismarcks Frau, wurde 1852 dank der Patronage des damaligen preussischen Gesandten am Frankfurter Bundestag zum Landrat in Thorn (Westpreußen) ernannt und behielt dieses Amt bis zu seinem Tode im Jahre 1859. Barschall war der einzige Mann jüdischer Herkunft, der im monarchischen

⁴ *Lewin*, S. 171; 195; dort auch die Skizzierung der Hauptgedanken der Schrift Sensburgs (1821) „Welche Hemmnisse stehen der bürgerlichen Verbesserung der Juden entgegen?“; *Rosenthal*, S. 250; *A. Tänzer*, S. 29.

⁵ S. oben S. 54.

Deutschland ein Landratsamt verwaltet hat. Durch das Eintreten für ihn trug Bismarck zugleich eine Dankesschuld ab. Barschall, wie Bismarck ein Mann des rechten Flügels der Konservativen, hatte durch seinen Einfluß im Patriottischen Verein in Brandenburg 1849 die Kandidatur des angeheirateten Veters zum preußischen Landtag im Kreise Brandenburg-Rathenow lanciert und ihm gegen den Liberalen zum Siege verholfen⁶.

Drei von den in Bismarcks Zeit tätigen Beamten jüdischer Abstammung gelangten in höchste Stellen des Reichs: Heinrich Friedberg als Unterstaatssekretär, später Staatssekretär des Reichsjustizamts und danach als preußischer Justizminister, Rudolf Friedenthal als preußischer Landwirtschaftsminister und Eduard Simson als Präsident des Reichsgerichts. Alle hatten in der Kindheit oder frühen Jugend durch Entschluß ihrer Eltern die Taufe empfangen⁷. Sie wurden in der Zeit der Zusammenarbeit Bismarcks mit den Liberalen in ihre Ämter berufen. Von 1879 bis 1889 lag der höchste Posten der preußischen Justizverwaltung und die höchste richterliche Stelle im Deutschen Reich in den Händen zweier Männer jüdischer Abstammung. Feindselige Stimmen, die dies in Kreisen einer Minderheit erregte, hielt die Hochachtung vor Bismarcks unbestrittener Autorität nieder. Alle drei Ernennungen waren unbeschadet der Tatsache, daß es sich um fachlich hochqualifizierte Personen handelte, mit politischen Motiven verwoben. Simson war ein angesehenes Mitglied der nationalliberalen Partei, Friedberg stand ihr nahe. Friedenthal gehörte zu den Begründern der freikonservativen Partei. Beide Parteien waren die stärksten Stützen von Bismarcks Politik. Simson war als Präsident der Nationalversammlung in Frankfurt und durch spätere repräsentative Funktionen eine nationale Figur geworden.

Heinrich von Friedberg

Eine bemerkenswerte amtliche Laufbahn hat Heinrich Friedberg* gehabt. Trotz seiner politischen Beziehungen übte er nie eine politische Funktion aus.

* *Heinrich Friedberg*, geb. 1813 in Märkisch-Friedland (Westpreußen), 1829 evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft, 1845 Hilfsarbeiter des Staatsanwalts beim Oberzensurgericht, sodann ständiger Hilfsarbeiter im preußischen Justizministerium. 1848 zweiter Staatsanwalt am Kammergericht, 1850 Oberstaatsanwalt am Appellationsgericht in Greifswald, 1854 Vortragender Rat und Geheimer Justizrat im Justizministerium, 1870 Präsident der Justizprüfungskommission. 1872 Mitglied des Herrenhauses. 1873 Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt. 1875 Kronsyndikus. 1876 Staatssekretär des Reichsjustizamts, 1879 bis 1889 preußischer Justizminister. 1888 von Friedrich III. in den Adelsstand erhoben. In seinen letzten Lebensjahren mit Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte beschäftigt. Gest. 1895 in Berlin.

⁶ Diese Information verdanke ich Frau Professor Dr. Ellinor von Puttkamer, Bonn. S. auch *Eyck*, Bismarck I, S. 117 ff.; 130 f.

⁷ Auch Friedberg, nach der Darstellung *Lorenzens*, S. 112, gestützt auf das Taufregister der St. Katharinenkirche in Danzig. Abweichend *Jüdisches Lexikon* II, S. 812 und *Winger* II, S. 324.

Er wirkte ausschließlich zunächst im Verwaltungs-, dann im Regierungsreich. Seine Tätigkeit endete erst nach dem Regierungsantritt Wilhelms II.; sie erstreckte sich über eine Zeit von 50 Jahren unter fünf Königen. Friedberg war von dem Wunsch getrieben, die rückständigen Einrichtungen auf dem Gebiete der Justiz zu reformieren, und besaß die Gediegenheit des Wissens, das für das Gelingen von Reformen unerlässlich ist. Er hatte zweimal Gelegenheit, diese Fähigkeit unter Beweis zu stellen: als jüngerer Beamter des Justizministeriums, dem die Ausarbeitung wichtiger Gesetzentwürfe anvertraut wurde, und 20 Jahre später als gereifter Mann, als er vor und nach der Reichsgründung Entwürfe, die für die Rechtseinheit des Reiches entscheidend waren, vorbereitete und vertrat. Die Reformfreudigkeit der Jugend trieb ihn beim ersten Male vorwärts. Da er nicht in traditionsbeschwerten Kreisen und Einrichtungen verwurzelt war, so blieb er vor dem Irrtum bewahrt, Rechtsgüter für unantastbar zu erachten, die frühere Generationen hochgehalten hatten, die aber nicht mehr den Erfordernissen der sich wandelnden Zeit entsprachen.

In der ersten Periode seines Wirkens an zentraler Stelle arbeitete er zwischen 1845 und 1848 Entwürfe für die Modernisierung und Reformierung des Aufgaben- und Zuständigkeitskreises der Staatsanwaltschaft sowie über Fragen der Strafprozeßreform aus. Er war an der Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens in Untersuchungssachen beteiligt. Von seiner Hand stammten auch Entwürfe über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden und über die Anwaltskammern. Durch den Einfallsreichtum seiner Entwürfe, die gleichwohl die Bedürfnisse realer Betrachtung nicht außer acht ließen, riß er das preußische Justizwesen aus der Starre, in die es durch Savigny's überragenden Einfluß geraten war. Er verhalf durch seine praktische Arbeit den Ideen moderner Gesetzgebung zum Durchbruch, zu der der gedankensprühende Romantiker und Eiferer gegen die französische Revolution *seiner eigenen* und im Grunde genommen *jeder* Zeit den Beruf abgesprochen hatte. Er gewann dadurch auf die Rechtssetzung den Einfluß, der Savigny stets abgegangen ist⁸.

In der zweiten Periode seines Wirkens lag Friedbergs Hauptleistung zunächst auf dem Gebiete des Strafrechts. Gestützt auf das preußische Strafgesetzbuch von 1855, entwarf er das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes und konnte daher 1869 und 1870 im Bundesrat den Justizausschuß mit der Meisterschaft leiten, die die Fähigkeit der Gesamtschau und die minutiöse Kenntnis der Einzelheiten verleihen. In ununterbrochenem Aufstieg vom Vortragenden Rat bis zur Leitung des Amtes wurde er auch nach der Reichsgründung mit der Bearbeitung der Entwürfe der weiteren Justizgesetze beauftragt. In diese Zeit fiel die Übernahme des norddeutschen Strafgesetzbuches durch das gesamte Reich und die Vorbereitung und Verabschiedung der Straf-

⁸ *Döhring*, in NDB V, S. 444 f.; *Sinzheimer*, S. 5; 229.

und Zivilprozeßordnung, des Militärstrafgesetzbuches und der Konkursordnung. Friedberg vertrat diese Vorlagen vor dem Parlament und steuerte sie im Reichstag mit Hilfe seiner politischen Freunde an den parlamentarischen Klippen vorbei. Er befand sich im Einklang mit der nationalen Grundstimmung der Zeit, der die Förderung der Rechtseinheit und der liberal freilich recht temperierte Gehalt seiner Entwürfe Rechnung trug. Für die damalige Periode bedeutete ihre Annahme einen Fortschritt über die Rechtszersplitterung und in vielen Fällen über die bestehende Gesetzeslage hinaus, so berechtigt die Kritiken an einer Reihe wichtiger Einzelbestimmungen waren.

Nach Verabschiedung der Gesetze, durch die die Reform der Justiz verwirklicht wurde, ging die größte Verantwortung von der mit der Vorbereitung der Gesetzgebung betrauten Behörde an die Justizministerien der Einzelstaaten über. Friedberg erschien Bismarck als der geeignete Mann, um der Handhabung des neuen Rechts durch die Justizorgane des größten Staates eine wachsame und verständnisvolle Orientierung zu geben. Niemand kannte besser als er die Entstehungsgeschichte der neuen Gesetze und hatte zugleich den erforderlichen praktischen Blick. Eine Zeitlang schwebte dem Kanzler der Gedanke vor, die beiden Ämter unter Friedberg in Personalunion zu verbinden. Er kam jedoch davon ab, berief Friedberg vom Reichsjustizamt ab und stellte ihn an die Spitze des preußischen Justizministeriums⁹. Es war die gleiche Zeit, in der sich in dem großen politischen Wechsel der Jahre 1878 und 1879 das umfangreichste Revirement des preußischen Staatsministeriums vollzog. Friedberg war der einzige Ressortchef mit liberaler Vergangenheit, der aus dem Strudel wieder auftauchte. Auf seine Loyalität konnte sich Bismarck verlassen. Er hatte bei den Beratungen bewiesen, daß er in allen Streitfragen zwischen Bismarck und dem Parlament zum Kanzler stand. Er blieb dieser Linie auch in den achtziger Jahren treu.

Die Beziehungen des Ministers zum Kronprinzenpaar zur Zeit Wilhelms I. und zu Friedrich III. während seiner kurzen Regierung waren eng. Friedrich brachte dem mehr Bismarck als dem todgeweihten Herrscher ergebenen Minister ein nichtverdientes Wohlwollen entgegen und zeichnete ihn durch die Verleihung des erblichen Adels aus. Wilhelm II., der junge Monarch, der in politischen Auffassungen und Lebensart von seinen Eltern grundverschieden war, und dem Takt und kindliche Pietät abgingen, teilte am Todestage seines Vaters Bismarck seine Absicht mit, sich von Friedberg zu trennen, und kam mehrmals darauf zurück¹⁰. Anfang 1889 erschien der Chef des Königlichen Zivilkabinetts Hermann von Lucanus, der so vielen Granden Preußens die seidene Schnur überreicht hat, um Friedberg brüsk und ohne Angabe von Gründen den Willensentschluß des Königs mitzuteilen. Wie es üblich war, kam er sofort um Enthebung von seinen Dienstgeschäften ein. Vier Tage danach brachte der Staatsanzeiger lakonisch die Nachricht vom Ende seiner

⁹ *Schultheß* 1879, S. 285.

¹⁰ *Lucius von Ballhausen*, S. 488 f.

Laufbahn. Obwohl Friedberg schon in hohem Alter stand, ertrug er nach 53 Jahren treuer Diensttätigkeit seine Abberufung und die Form, in der sie erfolgte, schwer. So fand das Wirken eines Mannes ein Ende, der mehr als irgend ein anderer in der Reichsgründungszeit der deutschen Justizgesetzgebung die Richtung gewiesen und sie führend gestaltet hat¹¹.

Rudolf Friedenthal

Rudolf Friedenthal* aus Breslau verfügte infolge seines Werdeganges über Erfahrungen auf weit verzweigten Gebieten. Er arbeitete eine Zeit lang als Gerichtsassessor. Später wirkte er als Verwaltungsbeamter, zunächst als Kreisdeputierter in Neiße, dem oberschlesischen Kreise, in dem das väterliche Rittergut Gießmannsdorf und die von seinem Vater entwickelten industriellen Unternehmungen gelegen waren, dann als Landrat des benachbarten Kreises Grottkau. Die juristische Laufbahn gab er auf, um sich in die Unternehmen des Vaters einzuarbeiten; von der Verwaltungstätigkeit nahm er 1864 Abschied, um nach dem Tode des Vaters die ererbten Besitzungen zu übernehmen und zu leiten¹². Seiner Gesinnung nach ein gemäßigter Altliberaler, erhob er im Konflikt um die Heeresorganisation früh seine Stimme zu Gunsten der Regierung in einer temperamentvoll geschriebenen Flugschrift¹³. Ein ausgezeichnete Jurist, ein hervorragender Kenner der Verwaltung, für deren Reform er sich auf das lebhafteste interessierte, war er zugleich ein praktischer Landwirt und Herr von Industrierwerken, die für den Binnenmarkt und für den Export arbeiteten. Man kann ihn ebensogut einen aufgeklärten Konservativen wie einen liberalen Patrizier nennen. In England hätte er auf den konservativen Bänken gesessen, in Belgien wäre er zu den Liberalen gestoßen, in Frankreich wäre er mit Adolphe Thiers gegangen, in Italien mit Camillo Cavour.

In der landwirtschaftlich und industriell gemischten Provinz Schlesien kam es häufiger vor, daß Grundbesitzer auch industrielle Unternehmer waren. Ihr Gesichtskreis erweiterte sich dadurch über das landläufige Denken der Großagrariere des deutschen Ostens hinaus. Auch Juden als Guts- oder Ritterguts-

* *Karl Rudolf Friedenthal*, geb. 1827 in Breslau, seit 1832 evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1856 Kreisdeputierter in Neiße, 1857–1864 Landrat in Grottkau (Oberschlesien). Mitbegründer der freikonservativen Partei. 1867–1870 Mitglied des Norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments; bis 1881 Mitglied des Reichstags. 1870–1879 Mitglied und 1873–1874 zweiter Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses. 1874–1879 preußischer Landwirtschaftsminister, 1879 Mitglied des preußischen Herrenhauses. Mitglied des schlesischen Provinziallandtages. Zog sich 1881 vom politischen Leben zurück. Gest. 1890 in Gießmannsdorf bei Neiße (Oberschlesien).

¹¹ Friedbergs Leistung gewürdigt in *Deutsche Juristen-Zeitung* 1904, S. 913.

¹² *Karl Erich Born*, in *NDB* 5, S. 447; *Kleinschmidt*, S. 244 ff.

¹³ *Friedenthal*, *Salus publica suprema lex*.

besitzer waren in Schlesien keine Ausnahmeerscheinung. Manche, die Anfang des 19. Jahrhunderts durch Handel und Geldgeschäfte zu Wohlstand gekommen waren, erwarben Güter. Die jüdischen Grundbesitzer bewirtschafteten ihre Güter nach den ihnen vertrauten kaufmännischen Gesichtspunkten und überstanden daher Krisenzeiten besser als viele ihrer Berufskollegen¹⁴. Auch das plötzliche Heraustreten aus der jüdischen Tradition innerhalb einer Generation findet sich vielfach. Noch Friedenthals Onkel, Markus Baer Friedenthal, der durch kaufmännische Tätigkeit zu Wohlstand gelangt war, hatte sich einem langjährigen Bibel- und Talmudstudium gewidmet und hätte ebensogut die Laufbahn eines Rabbiners ergreifen können¹⁵.

1867 kam für Friedenthal die entscheidende Stunde. Die Politik ergriff von ihm endgültig Besitz. Der Kreis Neiße wählte ihn in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag. Vom Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit an lenkte er sowohl im Reichstag als auch später im preußischen Abgeordnetenhaus die Aufmerksamkeit auf sich.

Der Vorschlag, Friedenthal das unter der zehnjährigen Leitung des wenig fähigen Ministers Werner von Selchow vernachlässigte Landwirtschaftsministerium zu übertragen, ging von dem Finanzminister Otto Camphausen aus. Bismarck zögerte, dann befreundete er sich mit der Idee. Er hatte Friedenthal in Versailles schätzen gelernt. Er war einer der drei Abgeordneten, die dort mit dem Entwurf der Reichsverfassung vertraut gemacht wurden. Ein Gutachten, das Bismarck ihm 1874 über Eisenbahnfrachten für landwirtschaftliche Güter abverlangte, fand den besonderen Beifall des Reichskanzlers. Selchow würde ein so gutes Memorandum nie zustande gebracht haben, meinte er. Zwar wäre er jeden Tag bereit gewesen, sein Haupt für seinen König auf den Block zu legen, „aber das wird nicht verlangt“. Schließlich war Bismarck zufrieden, einen Mann gefunden zu haben, der aus Erfahrung wußte, wo den Landwirt und Industriellen der Schuh drückte¹⁶. Er selbst und Friedenthal, so erklärte er, seien die einzigen preußischen Minister, die nicht nur regiert hätten, sondern auch regiert worden seien. Die anderen hätten seit ihrer Referendarzeit nur am grünen Tisch gesessen.

Dem Amte wurden nach der Übernahme durch den neuen Minister 1874 auch die Aufsicht über die Agrarkreditinstitute und andere Materien angegliedert. 1879 wurde auch die Domänen- und Forstabteilung von dem Finanz-

¹⁴ Eine Übersicht über jüdische Gutsbesitzer in Schlesien, verfaßt von *Rudolf Freund*, früher in Breslau, befindet sich im Archiv des LBI, New York. Vgl. auch *Kleinschmidt*, S. 244.

¹⁵ *Wininger*, II, S. 324. M. B. Friedenthal hat philosophisch-theologische Schriften in hebräischer Sprache verfaßt. *Born*, aaO, nennt ihn irrig Rudolf Friedenthals Vater.

¹⁶ *Lucius von Ballhausen*, S. 57. In seiner Autobiographie (*Poschinger*, II, S. 198 f.) hat Friedenthal die Hauptpunkte der Rede zusammengefaßt, in der er in einer Versammlung der oberschlesischen landwirtschaftlichen Vereine seine Pläne für die Verwaltung seines Ressorts dargelegt hat.

ministerium gelöst und dem Landwirtschaftsministerium unterstellt. Die Regierung trug damit dem Gedanken sachverständiger Entwicklung und Aufsicht Rechnung. Im Finanzministerium waren begreiflicherweise die fiskalischen Gesichtspunkte stärker hervorgetreten. Friedenthals fünfjährige Verwaltung des Ministeriums wird von allen Beurteilern als vorzüglich betrachtet. Er war der erste tüchtige und bedeutende Landwirtschaftsminister, der unter Bismarck gearbeitet hat. Sein Wirken bekräftigt den Glauben an den Wert der Persönlichkeit und widerlegt hunderte von Legenden, in denen rassische Herkunft oder langjährige Berufs- und Gesellschaftstradition als alleinige Maßstäbe für die Eignung zu einer Tätigkeit dieser Art erscheinen.

Friedenthal erwarb sich ein hohes Ansehen bei Wilhelm I. In den ersten Jahren seiner Amtsführung waren seine Beziehungen auch zu Bismarck gut. Der Kanzler nannte ihn wiederholt einen gescheiterten und befähigten Mann, der auf Ideen einginge, und dachte bei Neubesetzungen von Ministerien in erster Linie an seinen begabtesten und arbeitsfreudigsten Mitarbeiter in Preußen. Friedenthal leitete während seiner Amtszeit sechs Monate vertretungsweise auch das durch den Rücktritt des Grafen Friedrich Eulenburg verwaiste Ministerium des Innern, lehnte aber die Übernahme des ihm im Auftrag des Königs definitiv angebotenen Amtes ab, um in seinem ihm liebgewordenen Wirkungskreise bleiben zu können. Auch für die Übernahme des Finanzministeriums nach Otto Camphausens Rücktritt zeigte Friedenthal keine Neigung.

Die Beziehungen zwischen Bismarck und Friedenthal verschlechterten sich schnell, als der Kanzler durch die Änderung seiner Wirtschaftspolitik und durch den Abbruch der Zusammenarbeit mit den Liberalen Wege einschlug, auf denen der Minister ihm nicht zu folgen bereit war. Seit die Entfremdung begann, ließ sich Bismarck zu antisemitischen Bemerkungen über Friedenthal hinreißen. Als dieser vor einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie warnte, bezeichnete Bismarck den Landwirtschaftsminister als semitischen Hosenscheißer, eine Wendung, die zwar nicht in dieser direkten Form, aber unmißverständlich ihren Weg durch die Berliner Presse machte und deren Authentizität Friedenthals Nachfolger im Amt, der Freiherr Robert Lucius von Ballhausen bezeugt¹⁷.

Friedenthal erbat 1879 seinen Abschied zusammen mit dem Kultusminister Adalbert Falk und dem Finanzminister Arthur Hobrecht, die den Kurswechsel Bismarcks gleichfalls nicht billigten. Es war ein demonstrativer Schritt,

¹⁷ Lucius von Ballhausen, S. 168.

¹⁸ Eyck, Bismarck III, S. 293. Auch die absprechenden Äußerungen über den Mangel an Loyalität bei Friedenthal in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen (II, S. 214 und 224) sind auf den Ärger über das demonstrative Ausscheiden des Ministers zurückzuführen. S. auch die noch während Friedenthals Amtsführung gemachte Bemerkung, daß seine Frau zu sehr von der von Bismarck gehaßten Kaiserin Augusta umspinnen sei (Lucius von Ballhausen, S. 110).

dem sich damals kein ähnliches Ereignis an die Seite stellen läßt. Der Reichskanzler sah in Friedenthal den Hauptverantwortlichen für diese Initiative, durch die die Minister einer Verabschiedung oder einem Herausdrängen aus dem Amte zuvorkamen, und war voller Zorn darüber, daß ein freikonservativer Minister ihm die Gefolgschaft versagte¹⁸. In Wirklichkeit hat Friedenthal dank seines politischen Instinktes die gewaltige Bedeutung erfaßt, die Bismarcks große Wendung weit über die Frage von Schutzzoll und Freihandel hinaus für die deutsche Politik hatte. Dem König, der den Minister zu halten wünschte, erklärte der Kanzler, daß Friedenthal alle liebenswürdigen Eigenschaften eines klugen Juden habe; danach trug er ihm allen Klatsch über ihn und seine Frau zu, und als unübertrefflicher Meister niedriger Insinuationen suggerierte er Wilhelm, daß nach seinem Tode Friedenthal sich für ein liberales Ministerium des Kronprinzen bereithalten wolle. Er erklärte später seine Befriedigung darüber, daß er den eitlen und intriganten Menschen losgeworden sei. Ferner äußerte sich Bismarck gehässig über Friedenthals Bemühen, Angriffe des freikonservativen Organs „*Die Post*“ auf den Abgeordneten Lasker zu verhindern; damit sei er sogar als nationaler Jude aufgetreten¹⁹.

Friedenthals Verhalten hatte natürlich politische Gründe; er wollte den Draht zwischen Freikonservativen und Liberalen nicht abreißen lassen. Bismarcks Erklärung ist grotesk, Friedenthal war alles andere als ein „nationaler Jude“. Er hat im Gegenteil alles getan, um seine jüdische Herkunft zu verwischen und seine Familie aus allen jüdischen Beziehungen herauszuführen. Er hat, wie einer seiner Biographen hervorhebt, seinen evangelisch-kirchlichen Sinn durch die Stiftung einer evangelischen Kirche und Schule in Gießmannsdorf bekundet und hat dort auch eine katholische Kirche und Schule begründet²⁰. Er wollte nichts von seiner jüdischen Abstammung wissen; zweifellos traf es ihn, daß der Fürst daran seit der Trübung ihrer Beziehungen häufig erinnerte. Im deutschen Volk liefen Bismarcks privat geäußerte und durch seine Preßagenten verbreitete Bemerkungen um. Da Millionen in jedem aus dem Munde des Kanzlers kommenden Wort einen Heilsspruch erblickten, so hat er dazu beigetragen, mit diesen und ähnlichen Gehässigkeiten die Drachensaat auszustreuen, die 50 Jahre später so furchtbar aufgegangen ist.

Die Erhebung in den Adelsstand lehnte Friedenthal 1879 ab. Die Zustimmung dazu würde seinem demonstrativen Schritt die Wirksamkeit geraubt haben. Die Berufung in das Herrenhaus nahm er an. Von der Möglichkeit, dort als warnender elder statesman aufzutreten, macht er gelegentlich zum Ärger Bismarcks Gebrauch. Im allgemeinen jedoch zog er sich vom politischen Leben zurück; er widmete sich während der letzten 10 Jahre seines

¹⁸ *Busch*, II, S. 579. „*Die Post*“, deren Hauptaktionär Friedenthal war, habe überaus geistreiche Artikel Treitschkes gegen Lasker wegen der Intervention des ehemaligen Ministers nicht gedruckt.

²⁰ *Kleinschmidt*, S. 247.

Lebens wiederum der Bewirtschaftung seiner Besitzungen. Beharrlich gegen den Strom zu schwimmen und in den vordersten Reihen den Kampf gegen die verhängnisvolle Wendung der deutschen Politik aufzunehmen, lag dem Staatsmann nicht, der in den besten Jahren seine ungewöhnlichen Fähigkeiten Bismarck zur Verfügung gestellt hatte.

Eduard von Simsons akademische und richterliche Laufbahn

Zum Unterschied von Friedberg und Friedenthal, deren Eltern schon zu bürgerlichem Wohlstand gelangt waren, stammte Eduard Simson* aus den einfachsten Verhältnissen. Sein Vater hatte sich hart mühen müssen, um seinen Kindern eine gute Erziehung zukommen zu lassen.

Simson, dessen parlamentarisches Wirken an anderer Stelle gewürdigt werden wird, gelangte früh zu akademischen Ehren. 28jährig, wurde er bereits ordentlicher Professor der Rechte. In Königsberg lehrte er 30 Jahre, bis er infolge seiner Versetzung nach Frankfurt a. d. Oder seine akademische Laufbahn abschloß. Die Versetzung erfolgte auf seinen eigenen Wunsch, um seinen richterlichen Beruf näher der Hauptstadt ausüben und dadurch mit seiner parlamentarischen Tätigkeit kombinieren zu können. Die Königsberger Fakultät rühmte in dem Berichte, der dem Minister die Übertragung der ordentlichen Professur an Simson vorschlug, die Vorzüglichkeit seiner Auffassung und Darstellungsgabe und sein bedeutendes Lehrtalent, das seine Vorlesungen zu den besuchtesten der Fakultät gemacht habe²¹. Simson hatte durchschnittlich 40 Hörer; der Unterschied zwischen der Frequenz der Universitäten damals und heute kann nicht deutlicher illustriert werden. Simson sprach stets vollkommen frei. Er war ein Mann des Katheders, der Repräsentation und des parlamentarischen Forums. Hier fand er seine innere Befriedigung. Zu literarischer Produktion verspürte er kein Talent und, wie er selbst bekannte, keine Neigung. Erwähnenswerte juristische Schriften hat er nicht verfaßt.

* *Martin Eduard Simson*, geb. 1810 in Königsberg in Preußen. 1823 evangelisch getauft. Studierte Nationalökonomie und Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1831 Privatdozent, dann Extraordinarius und 1836 Ordinarius des römischen Rechts an der Universität Königsberg. Seit 1846 Tribunalrat. 1860 Vizepräsident, 1869 Präsident des Appellationsgerichts in Frankfurt a. d. Oder. 1879–1891 Präsident des Reichsgerichts, 1888 in den erblichen Adelsstand erhoben. – Simson wurde 1848 von Königsberg zum Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt a. Main gewählt, schloß sich dem rechten Zentrum an, wurde 1. Vizepräsident, später Präsident der Versammlung. 1849 wurde er zum Mitglied der preußischen Zweiten Kammer gewählt und war bis 1851 ihr 1. Vizepräsident. 1850 Mitglied des Erfurter Unionsparlaments, Präsident des Volkshauses. Von 1859 bis 1867 wieder Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, zeitweise sein Präsident. Mitglied und Präsident des konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments. Präsident des Deutschen Reichstags bis 1874, Mitglied bis 1877. Gest. 1899 in Berlin.

²¹ *Simson*, S. 430.

Als Richter begann Simson seine Laufbahn am Orte seiner akademischen Tätigkeit zunächst als Hilfsarbeiter, dann als Tribunalrat, bis er 1860 seine Ernennung zum Vizepräsidenten am Appellationsgericht in Frankfurt a. Oder empfang. Im Jahre 1869 stieg er dann zum Ersten Präsidenten dieses Appellationsgerichts auf. Wilhelm I. und Bismarck kamen getrennt voneinander zu der Überzeugung, daß der Mann, der im Kampfe um die Einheit des Reiches 30 Jahre lang eine so hervorragende Rolle gespielt hatte, der gegebene Kandidat für das Amt des Reichsgerichtspräsidenten sei, in dem sich die neu gewonnene Rechtseinheit weithin sichtbar verkörperte. Auch der deutsche Kronprinz bemühte sich in diesem Sinne²².

Für die Personalpolitik Bismarcks ist die Ernennung Simsons bezeichnend. Er suchte nicht nach einem schöpferischen deutschen Juristen – zu ihnen gehörte Simson nicht – oder nach jemandem, der seine Gelehrsamkeit auf dem Gebiet des Rechtes durch Publikationen unter Beweis gestellt hatte. Ebenso wenig lag dem Kanzler an einem Manne, der als unbeugsamer Vertreter der rechtsprechenden Gewalt weithin bekannt geworden war. Seine Wahl fiel auf einen in der Nation hoch angesehenen, juristisch, politisch und literarisch fein gebildeten Mann, der nach keiner Seite hin anstieß. Von Simson wußte er, daß er die Einheit des Rechts an seiner hohen Stelle würdig repräsentieren würde, ohne daß anderseits die durch seine Laufbahn unter Beweis gestellte fachliche Qualifikation bestritten werden konnte.

Simson leistete den Eid als Reichsbeamter in die Hand Friedbergs, mit dem er persönlich befreundet war und mit dem er über die zahlreichen Probleme des neuen Gerichts in einen eingehenden Briefwechsel trat. Er war vor allem bemüht, die Schnelligkeit der Rechtsprechung trotz der wachsenden Geschäftslast der einzelnen Senate zu fördern und die Personalfragen im Einvernehmen mit Friedberg befriedigend zu regeln, um dem Reichsgericht die besten Kräfte zu sichern. Daneben setzte er die Autorität eines einzigartigen Lebens als Symbol der deutschen Einheitsbewegung dafür ein, um aus der neuen, von Juristen verschiedenster Vorbildung aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzten Behörde ein einheitliches Rechtspflegeorgan zu machen. 1891 wurde ihm die Versetzung in den Ruhestand bewilligt, die er nach einem leichten Schlaganfall erbeten hatte. Er wirkte danach noch in hohem Alter als Präsident der Goethe-Gesellschaft, als einer der wenigen Überlebenden, die in ihrer Jugend von Goethe empfangen worden waren, und als Träger des Gedankens an eine Zeit, die in den Herzen der politisch maßgebenden Mitlebenden kein Echo mehr erweckte²³.

²² ADB 54, S. 348 ff.; *Simson*, S. 66 f., 329, 333 ff., 391 f.

²³ *Wolff*, S. 9 f.; 49 ff.; 64 ff. Simsons Tagebuchblätter über seinen Besuch bei Goethe 1829, ebenda, S. 77 f. Rechtsanwalt Wolff war ein Enkel Simsons.

Ein Hamburger Bürgermeister: Nicolaus Ferdinand Haller

Im Dienste der Freien Stadt Hamburg hat Nicolaus Ferdinand Haller* sich besondere Achtung und Ansehen erworben²⁴. Er war Jurist und wirkte zunächst als Advokat in Hamburg. Er war mit Gabriel Riesser befreundet; der Name seiner Frau Adele, geb. Oppenheimer ist durch Briefe Riessers an sie bekannt geworden²⁵.

Noch nicht 40 Jahre alt, wurde Haller Mitglied des Hamburger Senats. Nach Einführung der neuen Verfassung trat er 1860 an die Spitze der Finanzverwaltung. Er zeichnete sich in diesem Amte aus und wurde wiederholt zum Bürgermeister gewählt.

Ein Staatssekretär der wilhelminischen Zeit: Bernhard Dernburg

Zwischen den achtziger Jahren und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ist nur die 1906 erfolgte Berufung Bernhard Dernburgs** zum Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes erwähnenswert. Er war, wie er in seinem Lebenslauf hervorhob, der Enkel „des ursprünglich jüdischen großherzoglich hessischen Geheimen Rats Dr. Jacob Dernburg“, eines Professors der Rechte an der Universität Gießen, und der Sohn des Reichstagsabgeordneten und Schriftstellers Friedrich Dernburg. Mütterlicherseits stammte er aus lutherischen Pastorenkreisen. Bernhard Dernburg wurde trotz des mütterlichen Ahnenerbes und des überkommenen lutherischen Bekenntnisses allgemein als Jude betrachtet²⁶.

Dernburg war die erste und einzige im Bank- und Börsenwesen großgewordene und erfahrene Persönlichkeit jüdischer Abstammung, die in ein hohes

* *Nicolaus Ferdinand Haller*, geb. 1805 in Hamburg, evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1826. Ließ sich 1827 als Advokat in Hamburg nieder. 1844 zum Mitglied des Senats gewählt, 1860 Senator der Finanzen. Seit 1863 neunmal zum Bürgermeister gewählt, sechsmal zugleich Erster Präsident des Senats. Gest. 1876 in Hamburg.

** *Bernhard Jakob Ludwig Dernburg*, geb. 1865 in Darmstadt, lutherisch. Lernte das Bankfach in Berlin und New York, machte Reisen in die deutschen Kolonien, nach China und Japan. Bekleidete leitende Posten in deutschen Banken 1889–1906; Direktor der Darmstädter Bank. Wurde 1906 zum Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, 1907 zum Staatssekretär des neu geschaffenen Reichskolonialamtes ernannt. 1910 vom Amte zurückgetreten. Dr. jur. h. c. 1913 zum Mitglied des Herrenhauses berufen. Ende 1918 Mitglied des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Reichsfinanzminister und Vizepräsident des Reichsministeriums von April bis Juli 1919. 1920–1930 Mitglied des Reichstages. Gest. 1937 in Berlin.

²⁴ ADB 10, S. 436 f.

²⁵ *Gabriel Riesser*, I, S. 212 ff. und passim.

²⁶ Lebenslauf im Reichstags-Handbuch 1924, Berlin 1925, S. 223; auch *Bülow*, II, S. 267; NDB 3, S. 608 f.

Staatsamt berufen wurde. Sein Amtsvorgänger, Prinz Ernst von Hohenlohe-Langenburg, hatte sich als unfähig erwiesen, mit der verwickelten Materie der Kolonialpolitik fertig zu werden. Dernburg war von der Notwendigkeit durchdrungen, ihr mit rational kaufmännischen anstatt mit geheimrätlichen Methoden beizukommen. Personell war die Berufung eines Freisinnigen in dieses Amt ein geschickter Schachzug des Reichskanzlers Fürst Bülow, um die Bewilligung der Mittel für den Kolonialkrieg in Südwestafrika durch den linken Flügel der Liberalen zu sichern. Zugleich wollte der Kanzler auch die Gegnerschaft des Zentrums besänftigen, das seine personellen Forderungen nicht genügend berücksichtigt fand und dies auf die engen Beziehungen Hohenlohes zum Evangelischen Bund zurückführte. In Erinnerung an eine Bemerkung des Reichstagspräsidenten Graf Franz Ballestrem, daß das Zentrum einen evangelischen Kultusminister nicht gerade liebe, einen katholischen als Minderheit nicht verlangen könne, und daß man es daher vielleicht mit einem jüdischen Minister versuchen solle, erzählte Bülow schmunzelnd, daß er deswegen einen jüdischen Kolonialdirektor ausgewählt hatte²⁷.

Wie es häufig geschieht, fühlte der Außenseiter, dessen Eindringen in die hohe Bürokratie von vielen Seiten als unangenehm empfunden wurde²⁸, das Bedürfnis, Zweifel an seiner Ebenbürtigkeit zu zerstreuen. Als er sich im Parlament für die christlichen Missionen in Afrika einsetzte, betonte er unter dem lauten Beifall der Konservativen, daß das deutsche Staatswesen auf christlicher Grundlage beruhe und das deutsche Volk in einer christlichen Kultur lebe. Das klang angesichts des Gebrauchs und Mißbrauchs des Begriffs des christlichen Staates für Zwecke einer reaktionären Politik vor und nach der Revolution von 1848 seltsam aus liberalem, und noch seltsamer aus diesem Munde. Es half ihm aber nicht, die durch die hohen Kosten der Kämpfe in Südwestafrika beunruhigte und durch Reibungen zwischen den katholischen Missionen und den evangelischen Beamten der Kolonialverwaltung verärgerte Zentrumspartei mit dem von ihm dynamisch vertretenen Kurs von Bülows Politik auszusöhnen. Überdies trat Dernburg den Personalforderungen der Partei ebenso entschieden entgegen, wie sein Amtsvorgänger. Der grobschlächtige Zentrumsabgeordnete Hermann Roeren, ein Kölner Oberlandesgerichtsrat, warf dem Kolonialdirektor Börsenjobber- und Kontormanieren in der Vertretung seines Standpunktes vor. Die Anzüglichkeiten hatten sich von der rechten Seite auf die Mitte des Hauses verlagert.

Dernburg stand im Mittelpunkt des Wahlkampfes von 1906/07, den die Parteien des künftigen konservativ-liberalen Blockes nach der Auflösung des Reichstags durch Bülow gegen die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Polen um die umstrittene Kolonialpolitik führten. Er stieg in zahlreichen Versammlungen tiefer in die politische Arena herab, als es für die höchsten Staatsdiener im monarchischen Deutschland üblich war. Bülow und er wußten dem

²⁷ *Bülow*, II, S. 266.

²⁸ *Stampfer*, Erfahrungen, S. 112 f.

Kämpfe die pseudopatriotische Note zu geben, der Bismarck so manche wahlpolitischen Erfolge verdankt hatte. Auch ihnen brachte diese Methode das gewünschte Wahlergebnis durch eine empfindliche Schwächung der Sozialdemokraten im Parlament. Die neue Mehrheit bewilligte die vorher abgelehnte Umwandlung der Stelle des Kolonialdirektors in ein selbständiges Reichskolonialamt. Dernburg trat als Staatssekretär an die Spitze des neuen Amtes.

Der von Bülow gefundene „jüdische“ Kolonialdirektor hat somit das Zentrum nicht versöhnt, aber ihm auch keine Niederlage beigebracht, wenn es auch zeitweise aus seiner taktisch starken Stellung im Parlament verdrängt war. Für die Mehrheit, die für einige Jahre die Politik der Regierung deckte, war der linke Flügel des Liberalismus unentbehrlich, aber ebenso die Antisemiten. Diese konnten durch ihr Eintreten für die von Dernburg repräsentierte Politik einen weder früher noch später unter der Monarchie erreichten Aufschwung nehmen und ihre Sitze im Reichstag von 16 auf 27 erhöhen. Die gegenseitige Wahlhilfe, die sich die Parteien des „Blockes“ leisteten, war eine für Dernburgs Erfolg und Wirken notwendige Voraussetzung. Der Vergleich der Überlegungen Bülows, die zu Dernburgs Ernennung beitrugen, mit den Ergebnissen dieser Ernennung kann als Ergänzung der Erinnerungen des Kanzlers und als Beitrag zur Ironie der Geschichte nicht stillschweigend übergangen werden.

Dernburg war unbürokratisch, willenskräftig und erfolgreich in der Leitung seines Amtes. Er ersetzte die monopolkapitalistische Methode durch die Heranziehung weiterer industrieller Kreise zur Erschließung der Kolonien. Die Landpolitik wurde reformiert, das Eisenbahnnetz erweitert. Die Kolonien wurden ergiebiger, die finanziellen Aufwendungen für sie konnten vermindert werden; die Ausbildung der Kolonialbeamten wurde verbessert. Dernburg kümmerte sich um die Interessen und die Wohlfahrt der afrikanischen Bevölkerung, nicht zur Freude der deutschen Farmer, aber zur Genugtuung des Zentrums. Mißhandlungen, die auch in Deutschland Entrüstung erregt hatten, ließen nach; neue Aufstandsbewegungen waren nicht mehr zu verzeichnen. In der Sozialdemokratie vermehrten sich die Stimmen, die sich seit 1900 zu Gunsten der Kolonialpolitik erhoben hatten. Dernburg erhöhte das Interesse an ihr in der Industrie und im Mittelstand und machte sie populär. Er vermehrte die Zahl derer, die dem Imperialismus Geschmack abgewannen. Er war reformfreudig, aber er war auch ein rechter Sohn und ein begabter Förderer der Tendenzen des unheilvollen wilhelminischen Zeitalters²⁹.

Trotzdem zeigten im Laufe der Zeit die Freikonservativen und Nationalliberalen, obwohl sie die Hauptträger des imperialistischen Gedankens geworden waren, wachsende Unzufriedenheit mit Dernburgs Kurs. Nicht allein

²⁹ *Ziekursch*, III, S. 186; *Townsend*, S. 246 ff.; 273 ff.; *Heuss*, Friedrich Naumann, S. 320 ff.; *Hallgarten*, II, S. 37, 60, 172; *Henderson*, S. 8 f., 119 f.

seine Eingeborenen-Politik brachte sie in Gegensatz zu ihm. Er versagte ihnen auch bei den Entscheidungen des Kolonialamtes das vorher für selbstverständlich gehaltene Mitspracherecht, von dem sie im Interesse der ihnen nahestehenden Gesellschaften Gebrauch gemacht hatten. Angriffe kamen auch aus dem Bundesrat und von den Geheimräten des Amtes, die von der Richtigkeit von Dernburgs Politik nicht durchweg überzeugt waren. Zwar hatte Dernburg durch seine Amtsführung manche sachlichen Wünsche des Zentrums erfüllt und die Partei besänftigt. Dennoch machte der junge, ungestüme Abgeordnete Matthias Erzberger, der die Anfänge des Staatssekretärs nicht vergessen und vergeben hatte, nach mancher Lobpreisung neue Schwierigkeiten³⁰. Der ursprüngliche Sinn der Ernennung war mit dem Ausscheiden Bülow und seiner Ersetzung durch Theobald von Bethmann Hollweg verloren gegangen; der neue Kanzler stützte sich auf die Rechte und das Zentrum. Dernburgs Rücktritt im Jahre 1910 war die logische Folge dieser Entwicklung. Der übliche Trostpreis der Berufung in das Herrenhaus wurde ihm drei Jahre später zuteil. Im Anfang des Krieges leitete Dernburg, der sich siebenmal längere Zeit in Amerika aufgehalten hatte, die deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten mit Geschick. Die Empörung über die Versenkung des Passagierschiffs *Lusitania* durch ein deutsches Unterseeboot machte im Mai 1915 dieser Tätigkeit ein Ende. Wirkliche politische Bedeutung gewann Dernburg erst nach der Revolution zurück.

b) Juden in anderen einflußreichen Stellungen

In den bisher betrachteten Fällen handelte es sich um die Heranziehung besonders talentierter Kräfte für höchste Posten. Eine Stufe darunter war ebenfalls die Taufe die Vorbedingung für die Aufnahme geeigneter Personen in Offiziers- und höhere Verwaltungsstellen. Aber selbst dann ging es nicht ohne Schwierigkeiten ab. Das Offizierskorps der Königshusaren mußte von Wilhelm I. 1866 gezwungen werden, Walter Mossner (1846–1932), den Sohn eines Berliner jüdischen Bankiers, der dem Prinzen während der Revolution von 1848 bei seiner Flucht finanziell beigestanden hatte, zum Offizier zu wählen. Der König, der geleistete Dienste nicht vergaß, ließ dem Offizierkorps sagen, daß er die Nichtwahl als persönliche Kränkung empfinden würde. Bülow beschreibt in seinen Erinnerungen die Laufbahn des hervorragenden Offiziers, der 1899 Kommandeur der Garde-Kavalleriedivision und im Ersten Weltkrieg stellvertretender kommandierender General wurde. Er erhielt den erblichen Adel und den Schwarzen Adlerorden³¹.

Das Reichsmarineamt übernahm Ernst von Halle, Mossners Schwiegersohn, der es zum Wirklichen Geheimen Admiralitätsrat brachte, und in dem der Staatssekretär des Amtes, Alfred von Tirpitz, einen ergebenen Helfer

³⁰ *Karl Bachem*, VII, S. 130 f.; *Henderson*, S. XII; *Epstein*, S. 59.

³¹ *Bülow*, IV, S. 233 f.

bei der Propagierung seiner welt- und marinepolitischen Ideen fand. Halle ist auch als Universitätslehrer und Herausgeber der Zeitschrift „Die Weltwirtschaft“ bekannt geworden³². Ferdinand Perels wurde 1892 als Direktor des Zivildepartements an das Reichsmarineamt berufen³³. Er hat sich auch als Lehrer an der Marine-Akademie in Kiel, Professor an der Berliner Universität und Verfasser seerechtlicher Kommentare einen Namen gemacht. Im Reichsjustizamt stieg Kurt Joël zum Ministerialdirektor auf; seine Laufbahn erreichte ihren Höhepunkt in der Weimarer Zeit. Das Reichsjustizamt war auch für Paul Kayser die erste Zentralbehörde, in die er eintrat. Dann holte Bismarck den fähigen Juristen, der als Repetitor die Söhne des Kanzlers zum Referendarexamen vorbereitet hatte, in das Auswärtige Amt. Hier stieg der hochbegabte und ungemein fleißige, aber unzuverlässige und von moralischen Bedenken nicht geplagte Beamte unter Wilhelm II. zum Direktor der Kolonialabteilung auf. Darüber hinaus aber übte er hinter den Kulissen beträchtlichen Einfluß aus^{33a}. In die Kolonialverwaltung wurde Richard Kandt (1867–1918) übernommen, ein aufopfernder Arzt, der Afrika und die Afrikaner liebte. Er hatte unter diesen viele Jahre in Ruanda gewirkt, das damals ein Teil Deutschostafrikas war. 1907 wurde er zum Kaiserlichen Residenten ernannt und mit der Residentur Ruanda betraut. Bekannt geworden ist er weniger durch seine Verwaltungstätigkeit als durch seine Forschungsreisen in Afrika und seine Entdeckungen in dem Quellgebiet des Nils. Kandt hat seinen Erlebnissen und Erfahrungen in Afrika ein umfangreiches, anziehend geschriebenes Buch „Caput Nili“ gewidmet, das 1950 noch einmal in gekürzter Form aufgelegt worden ist. Er war auf Urlaub in Deutschland, als der Erste Weltkrieg ausbrach, nahm an diesem als Militärarzt teil und starb 1918 an einer Infektion, die er sich bei der Behandlung Kranker zugezogen hatte. Kandt stammte aus Posen, sein ursprünglicher Name war Kantorowicz. Seine jüdische Herkunft war in Vergessenheit geraten, so daß 1942 anlässlich der Wiederkehr seines Geburtstags des „bewährten Ostmärkers“ in Veröffentlichungen der Nazizeit anerkennend gedacht wurde³⁴.

In der preußischen inneren Verwaltung wurde Friedrich Theodor Freund (1861–1934) 1898 als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Inneren einberufen. Er stieg 1911 zum Direktor der Kommunalabteilung auf und wurde kurz vor der Revolution Unterstaatssekretär. Die Justizverwaltung setzte auf die Taufe eine Beförderungsprämie. Sie ließ in Preußen getaufte Juden auch in Dirigentenstellen zu. So wirkte von 1914 bis 1918 der Senatspräsident Lud-

³² Kaznelson, S. 688.

³³ Die Information über Perels verdanke ich Herrn Dr. jur. Ernst Friedenthal, Köln.

^{33a} Unter den Memoirenwerken, die Kayser erwähnen, gibt die gründlichste und abgewogenste Würdigung *Raschdan*, S. 109; 195 f.; 223.

³⁴ Informationen und Dokumente über Kandt verdanke ich Herrn Ernest Milch, New York.

wig Juliusberg am Posener Oberlandesgericht. Dem Reichsgericht gehörten mehrere getaufte Juden an, unter ihnen der Senatspräsident Otto Loewenstein³⁵. Auch Kayser beendete nach seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt im Jahre 1896 seine amtliche Laufbahn in derselben Stellung am Reichsgericht.

Unterschiede der Behandlung traten jedoch auch in diesen Fällen mit dem Ansteigen des politischen Antisemitismus stärker hervor. Im Jahre 1911 stellte der Verband der deutschen Juden das Vorhandensein von 26 getauften Juden in Reserveoffiziersstellen fest³⁶. Die Geringfügigkeit der Zahl beweist eine gründliche Siebung auch *nach* dem Religionswechsel und zeigt das Vordringen des völkischen Gesichtspunkts, den ein so unverdächtigere Zeuge wie der konservative Parteiführer Graf Kuno Westarp als maßgebend für die Haltung seiner Partei bezeichnet hat³⁷.

Für die Aufnahme in die exklusiven Kreise der Verwaltung spielte die Patronage eine große Rolle. Während der zehnjährigen Amtstätigkeit des preußischen Justizministers Friedberg vermochte keiner der 100 jüdischen Richter, die er beim Amtsantritt vorfand, und keiner der etwa 50, die während seiner Ministerschaft die Laufbahn einschlugen, über die Eingangsstelle hinaus aufzusteigen. Von den sämtlich getauften Mitgliedern seiner Familie wurde jedoch sein Sohn preußischer Wirklicher Geheimer Regierungsrat, sein Schwiegersohn preußischer Geheimer Oberregierungs- und Bergrat im Handelsministerium, ein Neffe Landgerichtspräsident, ein anderer Neffe preußischer Generalmajor und ein Enkel Vortragender Legationsrat und später Dirigent im Auswärtigen Amte³⁸. Von diesen Kreisen und der Nachkommenschaft Friedenthals, Simsons und anderer sowie von Großgrundbesitzern, deren Söhne das Adelschild durch Heiraten mit jüdischen Frauen vergoldeten³⁹, ging dann in weiter Verzweigung und Verästelung der Anteil der Halb-Viertel- und Achteljuden in Militär, Verwaltung und Justiz aus. Sie hat der Nationalsozialismus aus den Ämtern entfernt und mit hundertfachen

³⁵ AZJ 1907, S. 542. Unter den über die Eingangsstufe hinaus in Beförderungstellen gelangten Richtern waren 1907 20, unter den Staatsanwälten drei getaufte Juden.

³⁶ Der Verband der deutschen Juden wurde als politische Vertretung im Jahre 1904 gegründet. – Zur Zahl 26, *Gerhard Ritter*, II, S. 356.

³⁷ „Unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen jüdische Offiziere beruhte nicht so sehr auf religiösem als auf völkischen Gründen. Angehörige der jüdischen Rasse sollten und konnten die deutschen Soldaten nicht kommandieren . . . Wir haben übrigens stets anerkannt, daß einzelne Juden gerade auch im Kriege 1870/71 Vorzügliches geleistet und ihre Beförderung zum Offizier wohl verdient haben.“ *Westarp*, I, S. 298 f.

³⁸ NDB 5, S. 444.

³⁹ Bismarck äußerte einmal, die Juden müßten durch Kreuzung unschädlich gemacht werden, vorzugsweise durch Heiraten christlicher Männer mit jüdischen Frauen. „Das Geld muß wieder in Umlauf kommen, und es gibt keine üble Rasse. Ich weiß nicht, was ich meinen Söhnen einmal raten werde.“ (*Busch*, II, S. 33.)

Verordnungen, Erlassen und Verfügungen gequält und zu erniedrigen versucht.

Ludwig Hahn und Eugen Schiffer

Unter denjenigen, denen ohne Patronage in Bismarcks Zeit der Aufstieg gelang, hatte Ludwig Hahn* eine bemerkenswerte Laufbahn. Sein Vater, Eduard Moritz Hahn, ein Mathematiker, hatte nach seinem und seiner Familie Übertritt zum Christentum eine Anstellung als Lehrer an der Königlichen Bau- und Kunstschule in Breslau erreicht⁴⁰. Karl und Oscar Hahn, zwei Brüder Ludwigs, waren Juristen. Alle drei stellten ihre Gaben in den Dienst der extrem konservativen Sache des Reichs und Preußens.

Ludwig war von Hause aus Theologe. Er kam über den Schulverwaltungsdienst in das preußische Kultusministerium und wurde 1855 in das Ministerium des Innern berufen. Seine Tätigkeit war in jenen Jahren so provozierend reaktionär, daß der Innenminister der Neuen Ära, Graf Schwerin-Putzar, ihn aus dem Ministerium entfernte. Er stellte ihn in einem niedrigeren Posten der Schulabteilung einer pommerschen Bezirksregierung kalt. Der Minister des Innern des Bismarckschen Konfliktministeriums, Gustav von Jagow, berief ihn 1862 in das Ministerium zurück. Hahn erwies sich als Leiter der neu begründeten Provinzialkorrespondenz und als Chef der Pressestelle der preußischen Regierung, damals Literarisches Büro genannt, Bismarcks Vertrauens würdig. Während die großstädtische oppositionelle Presse mit verfassungswidrigen Mitteln bekämpft wurde, war es die Aufgabe Hahns, die Presse in Mittel- und Kleinstädten propagandistisch und durch finanzielle Zuwendungen zu beeinflussen. Das Ziel war, in der politisch zu einem großen Teil indifferenten ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung eine Anhängerschaft für Bismarcks Politik zu rekrutieren und dadurch ein Gegengewicht gegen die vor allem in den größeren Städten massierte Opposition zu schaffen. Hahn war in der Konfliktzeit, als das Werben der Regierungen um die öffentliche Meinung noch in den Kinderschuhen steckte, ein Propagandachef

* *Ludwig Ernst Hahn*, geb. 1820 in Berlin, zusammen mit seinen Eltern als Kind getauft. Studierte Theologie, sechs Jahre als Hauslehrer bei dem französischen Legationssekretär und späteren Finanzminister Louis-Philippe, Humann in Paris tätig, wo er das französische Schulwesen gründlich studierte. Wurde im Jahre 1849 als Hilfsarbeiter in die Schulabteilung der Regierung Breslau, 1850 in das preußische Kultusministerium einberufen, 1855 als Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat an das Ministerium des Innern versetzt. In der Neuen Ära aus dem Ministerium entfernt, als Schulrat an die Regierung Stralsund versetzt; 1862 in das Ministerium des Innern zurückberufen, zum Geheimen Oberregierungsrat ernannt und mit der Leitung des Literarischen Büros und der Redaktion der Provinzialkorrespondenz betraut. Legte 1884 sein Amt nieder. Sein Erstlingswerk war dem Unterrichtswesen in Frankreich gewidmet (2 Bände, Breslau 1849). Gest. 1888 in Berlin.

⁴⁰ ADB 49, S. 709; *Misch*, S. 444 f.; *Kaznelson*, S. 378, 547.

von Rang. Freilich war dieser Propaganda ein Erfolg versagt, wie die Wahlausfälle jener Jahre beweisen. Dies lag an der jeder Regierungspropaganda innewohnenden strukturellen Schwäche. Bismarcks Politik des Jahres 1866 erreichte das propagandistische Ziel, dem hunderte von Maßnahmen zur Beschränkung der Pressefreiheit und tausende von offiziellen Zeitungsartikeln den Ministerpräsidenten nicht um einen Schritt näher gebracht hatten.

Als Sprachrohr des Konfliktministeriums war Ludwig Hahn subjektiv ehrlich in seiner Bewunderung der Hohenzollern und als publizistische Stütze Bismarcks in seinem Kampf gegen das Parlament. Er veröffentlichte später zahlreiche, der Verherrlichung der Hohenzollern gewidmete Werke und stellte auf Veranlassung Bismarcks die Reden, Depeschen, Staatsschriften und politischen Briefe des Fürsten zu einem großen Werke zusammen⁴¹.

Bezeichnend für die Laufbahn eines getauften Juden von großen Fähigkeiten in der wilhelminischen Zeit ist der Lebensweg Eugen Schiffers*. Er begann als Amtsrichter in Zabrze, dem späteren Hindenburg, einer der trostlosesten Großgemeinden Oberschlesiens. Nach wiederholten vergeblichen Bemühungen um eine Versetzung ließ er sich 1896 taufen. Danach erreichte er im Alter von 39 Jahren seine Versetzung nach Magdeburg, wo der glänzende Aufstieg des hervorragenden Juristen und nationalliberalen Politikers begann, dem wir noch wiederholt begegnen werden. Schiffer brachte es vor dem Kriege zum Kammergerichtsrat und Oberverwaltungsgerichtsrat. Er war ein hervorragender Kenner des Justiz- und Finanzwesens und wandte der Reform der Justizverwaltung ein lebhaftes Interesse zu. Beim Ausbruch der

* *Eugen Schiffer*, geb. 1860 in Breslau. Studierte Rechtswissenschaft. 1888 Amtsrichter in Zabrze (Oberschlesien). 1896 evangelisch. 1900 Landrichter in Magdeburg, 1906 Kammergerichtsrat, 1910 Oberverwaltungsgerichtsrat. 1917 Unterstaatssekretär, 1918 (nach der Revolution) Staatssekretär im Reichsschatzamt. 1903–1918 Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses für Magdeburg, 1912–1917 Mitglied des Reichstags für Neuhaudensleben (Bezirk Magdeburg). Nationalliberale Partei. Mitglied der Nationalversammlung, des ersten Reichstags der Weimarer Republik und des Preussischen Landtags von 1921 bis 1924 (Deutsche Demokratische Partei). 1919 Reichsfinanzminister, später Reichsjustizminister bis 1920 und wieder Oktober 1921 bis Dezember 1922. 1922 deutsches Mitglied des Ausschusses zur Durchführung der deutsch-polnischen Konvention zur Sicherung des oberschlesischen Warenaustausches und zum Schutz der Minderheiten. Begründete 1925 die Liberale Vereinigung, um die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei zusammenzuschließen, zog sich nach Mißlingen des Versuchs von der aktiven Politik zurück. Übernahm 1945 die Justizverwaltung des sowjetisch besetzten Teils Deutschlands, ging 1948 nach Westdeutschland. Veröffentlichte „Die deutsche Justiz“ (1. Auflage 1928, 2. Auflage 1949) und eine Autobiographie. Gest. 1954 in Berlin.

⁴¹ *Hahn*, Fürst Bismarck . . .

⁴² Schiffer schreibt über seine Stimmung nach der Revolution: „Ich handelte nicht aus Herzensneigung, sondern aus Überlegung. Ich wurde verfassungsmäßiger Republikaner.“ Aus Unterhaltungen mit dem späteren Reichskanzler Joseph Wirth entnahm er, daß dieser damals gejubelt habe, während er selbst sich habe überwinden müssen (*Schiffer*, Ein Leben . . . S. 212 f.).

Revolution war Schiffer fast 60 Jahre alt. Obwohl er Ministerstellen erst in der Weimarer Republik bekleidete, war seiner Anlage gemäß das Kaiserreich sein politisches Heim. Dies hat er selbst klar empfunden⁴².

Hochschullehrer

Hochschullehrer jüdischer Abstammung, die ein Ordinariat erhielten, waren nicht selten. Einigen Mitgliedern der juristischen Fakultäten sind wir schon begegnet⁴³. Auch in den medizinischen Fakultäten und in den geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern der philosophischen Fakultäten mangelt es nicht an Beispielen⁴⁴.

Hier interessieren im wesentlichen die Hochschullehrer, durch deren Unterricht die künftigen Verwaltungsbeamten und Richter über ihre fachliche Vorbildung hinaus in ihrem Denken und Wirken beeinflusst worden sind. Auf staatsrechtlichem Gebiet haben vor allem Paul Laband und Georg Jellinek eine starke Wirkung von ihren Lehrstühlen in Straßburg und Heidelberg ausgeübt. Sie waren wissenschaftlich und pädagogisch die bedeutendsten Staatsrechtslehrer der letzten Jahrzehnte des Kaiserreichs. Neben ihnen stand der Staats- und Kirchenrechtslehrer Edgar Loening, der auch die Universität Halle im Herrenhaus vertrat. Sein Bruder Richard Loening lehrte Staatsrecht in Jena, Fritz Stier-Somlo Staats- und Völkerrecht in Köln⁴⁵.

Paul Laband

Laband* lehrte 46 Jahre lang bis zu seinem kurz vor dem Zusammenbruch des Reiches erfolgten Tode an der Straßburger Universität. Seine Lehrtätigkeit an ihr umspannte somit fast die gesamte Zeit des Hohenzollernreiches. Mit seinem in den Jahren 1876–1882 erschienenen Werke „Das Staatsrecht des Deutschen Reiches“ hat er die erste Gesamtdarstellung des neuen deutschen Reichsstaatsrechts geliefert⁴⁶. Das Werk ist das staatsrechtliche

* *Paul Laband*, geb. 1838 in Breslau. Wurde evangelischer Christ. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur., Dr. jur. h. c. 1861 Privatdozent in Heidelberg, 1864 außerordentlicher, 1866 ordentlicher Professor in Königsberg. 1872 ordentlicher Professor in Straßburg. 1879–1911 Mitglied des Staatsrats von Elsaß-Lothringen, 1911 Mitglied der Ersten Kammer von Elsaß-Lothringen. Hauptwerk „Das Staatsrecht des Deutschen Reiches“, 4 Bände, 5. Auflage, Freiburg 1911–1914. Begründer des „Archiv für Öffentliches Recht“, Mitherausgeber des „Jahrbuchs des Öffentlichen Rechts der Gegenwart“, der „Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht“ und der „Deutschen Juristen-Zeitung“. Gest. 1918 in Berlin.

⁴³ S. oben S. 54, 70 f.

⁴⁴ *Kaznelson*, S. 323 ff., 385 ff., 461 ff. Über Juden in den theologischen Fakultäten, aaO, S. 296 ff.

⁴⁵ *Kaznelson*, S. 614.

⁴⁶ *Laband*, Das Staatsrecht, 5. Aufl. Dort ist (S. VIII) die Vorrede zur 2. Aufl. nachgedruckt, in der sich Laband mit seinen Kritikern auseinandersetzt.

Standardwerk des deutschen Kaiserreichs geblieben. Auf Labands Wunsch hat nach seinem Tode sein Freund Otto Mayer, der Meister des deutschen Verwaltungsrechts, eine letzte Auflage herausgebracht. Sie ist – eine gespenstisch posthume Ausgabe – im Februar 1919 erschienen, als das Kaiserreich, dessen juristisch wissenschaftlicher Durchdringung der Gelehrte seine Kräfte gewidmet hat, bereits in Trümmern lag.

Laband ist als akademischer Lehrer, in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und in gutachtlicher Tätigkeit auch auf dem Gebiet der deutschen Rechtsgeschichte, des deutschen Privatrechts und des Handelsrechts tätig gewesen. Seine Schulung im Zivilrecht hat ihm Anregungen gegeben und Methoden erschlossen, um die Staatsrechtswissenschaft auf einen neuen, streng juristisch-wissenschaftlichen Boden zu stellen und sie von der üblichen politisch-wissenschaftlichen Methode hinwegzuführen. Dies hat trotz mancher bedeutenden Erkenntnisse im einzelnen der deutschen Staatsrechtswissenschaft keinen Segen gebracht. Infolge von Labands überragendem Einfluß hat die Wissenschaft von der Politik, die sich im Laufe jener Jahre in den demokratischen Ländern stark entwickelte, in Deutschlands Hochschulen nicht Fuß zu fassen vermocht.

Laband glaubte, durch die strenge Anwendung der juristisch-logischen Methode in reinen Rechtskategorien zu wirken. Er wehrte sich freilich gegen den Vorwurf, die Dogmatik zu überschätzen und die Bedeutung der philosophischen, historischen und soziologischen Betrachtungsweise gering zu bewerten. Aber er schloß diese von seiner staatsrechtlichen Betrachtungsweise aus. Damit hat Laband seinen Schülern den Weg zum Verständnis des Staates als geschichtlichen Phänomens versperrt. Sein Positivismus führte zur bedingungslosen Bejahung der Bismarckschen Politik und zur Auslegung des neuen Rechts im Bismarckschen Geiste⁴⁷. Wie der junge Bismarck Friedrich Julius Stahl entscheidende Anregungen zu verdanken hatte, so ist das Werk des gereiften Bismarck durch die juristische Dogmatik Labands wissenschaftlich unterbaut worden. Laband bestreitet den subjektiven Rechtsgehalt der Grund- und Freiheitsrechte, die den Wesenskern der staatsrechtlichen Auffassung der westlichen Welt bilden. Er rechtfertigt Bismarcks Ablehnung, einen Grundrechtskatalog in die Reichsverfassung aufzunehmen. Er will an der Stellung des Bundesrats als Reichssouverän nicht rütteln lassen und weist das parlamentarische System als gefährlich für den Bestand des Reiches zurück⁴⁸. In Labands verzückten Äußerungen über das Verhältnis zwischen

⁴⁷ *Sinzheimer*, S. 158. Sinzheimer fährt fort: „Wie bei Hegel im preußischen Staat der Weltgeist seine letzte und höchste Gestalt gewonnen hatte, so bei Laband und den Positivisten seiner Zeit der politische Geist in Bismarck und seinem Reich.“ S. auch *Rehme*, S. 76.

⁴⁸ *Sinzheimer*, S. 158 und passim. Für Bismarcks Stellungnahme zu den Grundrechten, s. *Gedanken und Erinnerungen II*, S. 88: „Die preußische Verfassung ist, wenn man von einigen, aus der belgischen übersetzten Phrasenartikeln absieht, in ihrem Hauptprinzip vernünftig . . .“

Volk und Kaiser sieht Theodor Schieder fast „eine Selbstabdankung des Staatsrechts vor der Macht populärer Stimmungen“⁴⁹.

Labands Schrift über das Budgetrecht, die er 1871 als Professor in Königsberg noch vor der Berufung nach Straßburg erscheinen ließ, ist in politischer Hinsicht noch aufschlußreicher. Er sucht Bismarck in seinem Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus durch verfassungsrechtliche und budgetrechtliche Konstruktionen nachträglich die Beweise für ein Recht zu liefern, das der Ministerpräsident sich selbst bei der Vorlage des Indemnitätsgesetzes 1866 aberkannt hat. Laband bezeichnet die von der Regierung bei der Beilegung des Verfassungskonflikts vertretene Auffassung, daß das Etatgesetz die alleinige Grundlage für alle Ausgaben des Staates sei, als falsch. Er bekennt sich zu dem Bismarck von 1863, der alle konstitutionellen Theorien auf sich beruhen lassen will, falls die Regierung kein Etatgesetz vorfindet. Es sei dann allein die Notwendigkeit maßgebend, daß der Staat existieren muß. Laband befreit dadurch die Regierung von allen rechtlichen Skrupeln für den Fall, daß sie es für angebracht hält, den Willen der Legislative beiseite zu schieben⁵⁰.

Laband drückte mit seinen Thesen die Einstellung wachsender Kreise des deutschen Bürgertums aus. Dadurch daß er und seine Schüler das deutsche Staatsrecht aus dem Strome des politischen Lebens ausschieden, machten sie es sich unmöglich, von dem politischen Wirken Bismarcks und seiner Epigonen Abstand zu gewinnen und es kritisch zu beleuchten. Der Zwiespalt zwischen Wissenschaft und Volk auf staatspolitischem und staatsrechtlichem Gebiet ist durch die Lehre Labands verstärkt worden. Er stand auf der Seite der Autorität und wirkte für die Kontinuität des Obrigkeitsstaates.

Georg Jellinek

Ganz anders sieht Georg Jellinek* in Heidelberg im Staate nicht nur eine Rechtsordnung, für deren Erkenntnis der Positivismus genügt, sondern auch eine gesellschaftliche Realität und Kulturform. Zwar wird auch er unter dem Einfluß Labands zum Dogmatiker des öffentlichen Rechts. Aber er vermeidet Labands Starrheit. Er fundiert seine Dogmatik philosophisch und stattet sie mit einem viel umfassenderen Wirkungsbereich durch Anwendung der Me-

* *Georg Jellinek*, geb. 1851 in Leipzig. Sohn des Leipziger, später Wiener Rabbiners Adolf Jellinek. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Trat im späteren Leben zum Christentum über. Österreichischer Beamter, sodann Privatdozent, 1883 außerordentlicher Professor in Wien. 1890 ordentlicher Professor in Basel, 1891 in Heidelberg. Hauptwerke u. a.: „System der subjektiven öffentlichen Rechte“, Freiburg i. B. 1892 (2. Auflage Tübingen 1905); „Allgemeine Staatslehre“, 3. Auflage unter Benutzung des handschriftlichen Nachlasses bearbeitet von Walter Jellinek, Ausgabe von 1914, im 5. Neudruck erschienen Berlin 1929, 6. und 7. Neudruck 1959 und 1960. Gest. 1911 in Heidelberg.

⁴⁹ *Schieder*, S. 20.

⁵⁰ *Laband*, Das Budgetrecht, S. 41 ff.

thode der Rechtsvergleichung aus. Durch seine Vielseitigkeit gelingt es ihm, mehrere Methoden zugleich vollendet zu handhaben⁵¹.

In seiner „Allgemeinen Staatslehre“ zeigt Jellinek Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Kräfte und für die historischen Bewegungen jenseits aller juristischen Konstruktionen. Er beobachtet neue parlamentarische und außerparlamentarische Organisationsformen und die Wirkungen, die von ihnen ausgehen. Dem Kampfe des alten mit dem neuen Rechte, der sich zu allen Zeiten abspielt, widmet er eine Protektorsrede wenige Jahre vor seinem frühen Tode⁵². Er kritisiert die Einseitigkeit der rein dogmatischen Schule, die glaubt, die ruhende Norm, ein vom Streite der Meinungen unberührtes objektives Recht gefunden zu haben, und die den Menschen als politische tabula rasa mit seinem Wissensgebiete in Berührung treten läßt. Bitter wird seine Polemik gegen die seichten Nachfahren dieser Schule, die mit staaterhaltender Gesinnung geradezu prunken, „die Mühe des Beweises durch Begeisterung und kritiklose Geringschätzung abweichender Meinungen ersetzen“ und schließlich selbst dem Staatsstreich die juristische Begründung liefern⁵³.

Der Freiheitsgedanke, das sittliche Ziel des Staates, und die Menschenrechte haben in seinem System nicht nur einen Platz, sie sind auch seine unentbehrlichen Bestandteile. Das „System der subjektiven öffentlichen Rechte“ ist ihm, wie sein Sohn Walter Jellinek berichtet, das Lieblingswerk seines Lebens gewesen. In einer Zeit, die sich von dem Glauben an den Wert der Formulierung der Menschen- und Bürgerrechte weitgehend abgewandt hatte, wurde dieses Buch Jellineks bei seinem Erscheinen allgemein „als eine Auferstehung der so oft schon totgesagten Menschenrechte aufgenommen“⁵⁴.

Das Interesse an diesem Thema hat Jellinek denn auch nicht mehr losgelassen. Er hat auch der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 eine Schrift gewidmet, die seinen Namen noch weiter als zuvor über die Grenzen Deutschlands hinausgetragen, freilich auch eine stürmische Kontroverse entfesselt hat⁵⁵. Er hat in dieser ideengeschichtlichen Abhandlung die Bedeutung der Kämpfe um die Religionsfreiheit in den angelsächsischen Ländern gewürdigt und den englischen und amerikanischen Anteil an der Vorbereitung der französischen Erklärung herausgearbeitet. Dagegen hat er den Beitrag der französischen Denker, vor allem Jean Jacques Rousseaus, geringer bewertet. Hiermit zog er sich den Zorn Emile Boutmys, des französischen Meisters der Wissenschaft von der Politik zur Zeit der Jahrhundertwende, zu.

⁵¹ Lukas, S. 147 f.

⁵² G. Jellinek, Der Kampf des alten mit dem neuen Recht. S. auch die Würdigung Jellineks bei Sinzheimer, S. 161 ff.; 168 ff. – Der Großherzog von Baden war der nominelle Rektor der Universität, der Prorektor war in Wirklichkeit der Rektor.

⁵³ G. Jellinek, aaO, S. 23 f.

⁵⁴ Robert Piloty in seinem Nachruf in der „Frankfurter Zeitung“, zitiert von Lukas S. 148.

⁵⁵ G. Jellinek, Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.

Boutmy verwarf die These Jellineks und fand auch außerhalb Frankreichs und in Deutschland selbst Stützen für seine Auffassung⁵⁶. Nur wollte es das Unglück, daß der französische Gelehrte die Stellungnahme Jellineks, eines Sohnes des gelehrten Rabbiners und gefeierten Kanzelredners Adolf Jellinek, auf germanische und protestantische Elemente in seinem Denken zurückführte. Der große Max Weber, der etwas von der Herkunft und den Traditionen der Familie seines Heidelberger Kollegen wußte, spürte dagegen, daß Jellinek „etwas von jenem reinen Duft empfangen hatte, der uns aus der linden und reifen Empfindungswelt des Orients entgegenweht . . ., jene nach allem Wandel kommende und gehende Stimmungen doch immer wieder in ihr Gleichgewicht zurückkehrende und darin schwebende, eigenartig souveräne Stellung der Seele zur Welt, die wir wohl Lebensweisheit im Sinne des antiken Orients nennen dürfen“⁵⁷. Es war nicht das einzige Mal, daß ein Gelehrter jüdischer Abstammung und deutscher Bildung in Frankreich ebenso sehr als Germanen- sprößling und Luthernachfahr empfunden wurde, wie seine jüdischen Besonderheiten von deutschen Beobachtern hervorgehoben wurden. In der Mischung deutscher und jüdischer Elemente des Denkens lag der Reiz des Beitrages, den deutsche Juden zur deutschen und internationalen Wissenschaft beigesteuert haben.

Gustav Cohn

Der Nationalökonom Gustav Cohn* war Gelehrter und Kämpfer zugleich. Er gehört zu der Generation, die in den empfänglichsten Jahren ihre tiefsten Eindrücke von der Umwandlung der gesellschaftlichen Struktur Deutschlands und von der Entstehung der Industriearbeiterschaft mit eigenen

* *Gustav Cohn*, geb. 1840 in Marienwerder (Westpreußen), evangelisch. Studierte Nationalökonomie, Dr. phil. Privatdozent in Heidelberg 1869, in demselben Jahre Dozent, 1871 Professor am Polytechnikum in Riga. 1872 und 1873 sozialpolitischer Redakteur der „*Frankfurter Zeitung*“, danach Studienreise nach England. 1872 Mitbegründer des Vereins für Sozialpolitik. 1875 als Professor an das eidgenössische Polytechnikum in Zürich berufen. 1884–1918 ordentlicher Professor an der Universität Göttingen. Seit 1892 Mitglied der Reichskommission zur Enquete über Börsenwissenschaft. Hauptwerke: „*Untersuchungen über die englische Eisenbahnpolitik*“, 2 Bände, Leipzig 1874/5; „*System der Nationalökonomie*“, 3 Bände, Stuttgart 1885–1898; „*Finanzwissenschaft*“, 3 Bände, 1889. Gest. 1919 in Göttingen.

⁵⁶ *Boutmy*, S. 415 ff.; *Hamburger*, S. 303 f. Übersicht über die Gesamtliteratur zu dieser Frage bei *Kent*, S. 162–167.

⁵⁷ *Weber*, S. 522. – *Max Weber* (ebenda, S. 521) brandmarkte es als eine Dummheit, daß „einer der wenigen seines Faches, die Weltruf genossen, und der eine große Künstlerschaft seiner Lehrbegabung hatte, von einer breiten Wirksamkeit abgeschnitten und auf unsere kleine Universität angewiesen blieb“. Dies ist jedoch weniger rassistischer, als politisch-wissenschaftlicher Unduldsamkeit der Inhaber staatsrechtlicher Lehrstühle an den großen Hochschulen Deutschlands zuzuschreiben, wie das Vorhandensein anderer getaufter Juden als Professoren des öffentlichen Rechts an den Universitäten beweist.

politischen und sozialen Interessen und Zielen erhalten hat. Sie löste im Alter von 30–40 Jahren im ersten Jahrzehnt des Kaiserreichs die Inhaber der Lehrstühle für Nationalökonomie im heftigen wissenschaftlichen und politischen Kampf gegen die bis dahin herrschende klassische Schule der Nationalökonomie ab. In den Hörsälen der „Kathedersozialisten“ wurden die Studenten, die in den letzten 25 Jahren des Kaiserreichs in die Reihen der deutschen, einzelstaatlichen und kommunalen Bürokratie nachrückten, mit einem Tropfen sozialen Öls gesalbt. Die Arbeit vieler von ihnen stellte dem Lehrerfolg ihrer Professoren ein ehrendes Zeugnis aus. Die wichtigsten Ereignisse, die auf Cohn in seiner Studentenzeit einwirkten, waren der Verfassungskonflikt in Preußen, die Agitation Lassalles und die sozialpolitischen Gedanken der jüngeren Gelehrten.

Cohn brauchte nicht umzulernen. Von Jugend auf war ihm die Nationalökonomie eine ethische Wissenschaft. Die Bedeutung der treibenden Kraft des Eigeninteresses leugnete er nicht, aber er lehnte sich dagegen auf, den Eigennutz als das einzige, die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmende Gesetz anzuerkennen. Die Nationalökonomie hat nach seiner Auffassung nicht eine Naturkraft im Menschen, sondern den ganzen historischen Menschen im Reichtum aller Seiten seiner Entfaltung aufzufassen. Dazu gehört der Grundsatz, daß der Mensch für alles wirtschaftliche Tun sittlich verantwortlich ist. Dieser in seiner Habilitationsrede in Heidelberg ausgesprochenen Überzeugung⁵⁸ diente Cohn als junger akademischer Lehrer in Heidelberg und Riga. Er blieb ihr als Mitbegründer des Vereins für Sozialpolitik treu, ebenso in seiner späteren akademischen Laufbahn in Zürich und in Göttingen, wo er von 1884 bis zu seinem kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs erfolgten Tode wirkte⁵⁹.

Vielseitigkeit kennzeichnete Cohns Wirken. Sein Hauptinteresse wandte er der Finanz- und Börsenwissenschaft sowie dem Verkehrswesen zu. Er behandelte jedoch auch zahlreiche konkrete ökonomische Probleme des Inlands und des Auslandes, deren Betrachtung er für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse fruchtbar zu machen verstand. Er untersuchte die englische Eisenbahnpolitik, der er eines seiner Hauptwerke widmete, amerikanisches Steuerwesen und schweizerisches Bundesstaatsrecht. Für die damalige Zeit war es ungewöhnlich, daß ein Universitätslehrer ein Buch über die deutsche Frauenbewegung verfaßte; er widmete es seiner Schwester. Eines seiner finanzwissenschaftlichen Werke wurde von dem angesehenen amerikanischen Volkswirtschaftler Thorstein Veblen in das Englische übersetzt⁶⁰. Auch andere sei-

⁵⁸ *Gustav Cohn*, Über die Bedeutung der Nationalökonomie.

⁵⁹ NDB 3, S. 315.

⁶⁰ *Gustav Cohn*, *The Science of Finance*. Veblen erklärte in dem Vorwort, der Hauptzweck der Übersetzung von Cohns Finanzwissenschaft (Stuttgart 1889) sei, die englisch sprechende Leserschaft mit Cohns Finanz- und Staatstheorie vertraut zu machen.

ner Schriften erschienen in englischer Übersetzung; Cohn war Mitglied der American Economic Association.

In Cohns akademischer Laufbahn gab es eine Unterbrechung von etwa zwei Jahren bald nach der Reichsgründung. In dieser Zeit war er an der „*Frankfurter Zeitung*“ journalistisch tätig. Entsprechend einem Lieblingwunsch Leopold Sonnemanns, des Eigentümers des Blattes, wurde der Posten eines sozialpolitischen Redakteurs geschaffen. Cohn war der erste, der diese Stellung bekleidete. Es war nicht seine Aufgabe, die sozialpolitische Linie des Blattes zu bestimmen. Dies taten Sonnemann und die führenden Männer der Redaktion. Er behandelte vielmehr eine Fülle von Themen sachverständig und trug dadurch zur Vertiefung der sozialpolitischen Bildung in einer Zeit bei, die mit diesen Fragen noch wenig vertraut war. Er schrieb über Eisenbahnfragen, die Reform der Sparkassen, die Gewerbegesetzgebung; er machte das Publikum mit den Anschauungen der Kathedersozialisten bekannt und orientierte es über die schwebenden sozialen Fragen. Auch in dieser Stellung hob Cohn die sittliche Seite der Arbeiterfrage und die Beziehungen zwischen wirtschaftlichem und Kulturfortschritt hervor. Später ließ er von Göttingen anonym „Soziale Briefe“ im Feuilleton der „*Frankfurter Zeitung*“ erscheinen. Sie enthielten scharfe Polemiken gegen das parlamentarische Haupt des Manchestertums, Ludwig Bamberger. Im weitgespannten historischen Rahmen wies er darauf hin, daß die französischen Ökonomen des 18. Jahrhunderts die Naturgesetze des wirtschaftlichen Lebens im Kampfe gegen die Staatsgewalt ihrer Zeit und im Interesse des nach Befreiung ringenden Volkes herausgearbeitet hätten; die Vertretung der gleichen Lehre hundert Jahre danach verurteilte er als Ausfluß des Klasseninteresses des industriellen Besitzes und Erwerbes. Er sah darin eine tiefe Kränkung des sittlichen Gefühls im Menschen. Cohn war ein Gegner des Sozialismus, aber er war von dem Ethos durchdrungen, aus dem die sozialistische Lehre ihre sittliche Rechtfertigung schöpft⁶¹.

C. Zusammenfassender Rückblick

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß bei den getauften Juden in Regierung und Verwaltung des Kaiserreichs der konformistische Charakter ihrer Persönlichkeit und ihres Wirkens stark hervortrat. Das ist nicht erstaunlich. Der Obrigkeitsstaat hatte nur für solche Männer im Regierungspersonal und in den Verwaltungsbehörden Bedarf. Soweit die Juden selbst in Frage kamen, hatten sie oder ihre Eltern ihre Neigung zu einem betonten Konformismus durch den Wechsel des Bekenntnisses dargetan. Der Übertritt ganzer Familien, wie der Simsons, der Friedbergs und der Hahns, der zu bestimmten

⁶¹ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 142 f., 238 f.; für die Stellung zum Sozialismus, Cohn, Was ist Sozialismus?, S. 26 f.

Zeiten des 19. Jahrhunderts nichts Ungewöhnliches war, konnte einen weltlichen Sinn nur haben, wenn das Arrivieren nicht durch politische Seitensprünge in Frage gestellt wurde.

Die Individualität ging trotzdem keineswegs verloren. Hahn fühlte sich auf der äußersten Rechten zu Hause und erlebte dadurch Rückschlag und triumphierende Wiederkehr. Friedenthal demonstrierte in feiner politischer Witterung im Augenblick der entscheidenden politischen Wendung Bismarcks durch seinen Rücktritt. Friedberg dagegen war von seiner Arbeit besessen, Ereignisse, die diese stören konnten, schob er von sich. Aber im großen Rahmen gesehen, gliederten sich jene hohen Staatsdiener in die Führung des Deutschen Reiches ein, so wie es wurde und wie es sich entwickelte: Simson als sichtbarster politischer Repräsentant des Bürgertums und seiner Wandlung, Laband als stärkste wissenschaftliche Stütze des Bismarckschen Staatsrechts, Hahn als Sprachrohr von Bismarcks Machtpolitik im Innern und nach außen, Friedberg als Vollstrecker und Wahrer der Rechtseinheit in einem erfüllten Leben, Schiffer als Nachzügler, der sich berufen fühlte, Friedbergs Werk fortzusetzen, aber durch die Revolution seiner eigentlichen Berufung entzogen wurde, Dernburg als kühner Manager der imperialistischen Ära.

Nach ihrer sozialen Schichtung und Tradition waren diese Männer recht verschieden. Simson gehörte zur ersten Generation, sein Vater hatte das Lesen und Schreiben spät als Autodidakt gelernt. Dagegen hatte bereits Dernburgs Urgroßvater Reichtum erworben, sein Großvater einen juristischen Lehrstuhl innegehabt. So weit ging Friedenthals Tradition im deutschen Kulturleben nicht zurück; aber für seine wirtschaftliche Betätigung und Unabhängigkeit hatte schon sein Vater das Entscheidende getan. Auch die meisten anderen sind Sprößlinge von Familien, die eine Generation zuvor zu einem gewissen Wohlstand durch wirtschaftliche Betätigung gelangt oder deren Väter, wie Eduard Moritz Hahn, Adolf Jellinek und der Breslauer Arzt Ludwig Laband akademische Berufe ergriffen hatten.

Im Verhältnis zu seiner jüdischen Herkunft war Simson völlig unbefangen. Als Bismarck als Schriftführer im Erfurter Unionsparlament einen Streit mit einem adligen Journalisten hatte und den Mangel an Verständnis des Präsidenten für die Gründe des Zwistes darauf zurückführte, daß wohl nur ein Edelmann diese verstehen könnte, begegnete ihm Simson mit dem Hinweis auf seine uralte Abstammung. Als Sprecher im Parlament trat er scharf gegen die Verletzung der den Juden zugesicherten Gleichberechtigung auf⁶². Die Mitglieder der Familie Simsons wählten sich zu einem großen Teil jüdische oder ehemals jüdische Ehegefährten. Von Friedenthal dagegen ist ein Hervortreten im Interesse der Juden nicht bekannt. In dem Bestreben, den von seinem Vater beschrittenen Weg bis zu Ende zu gehen, wählte er als Ehemann für eine seiner Töchter den Freiherrn Ernst von Falkenhausen. Die andere

⁶² S. oben S. 41 f.; *Simson*, S. 246.

Tochter heiratete den Freiherrn Oskar von der Lancken-Wakenitz, der sich im deutschen diplomatischen Dienst eine geachtete Stellung errang. Wie wenig man sich aber in jener Zeit an jüdischen Namen stieß, ergibt sich aus dem Antrage Falkenhausens, sich Freiherr von Friedenthal-Falkenhausen nennen zu dürfen. Dem Antrage wurde stattgegeben, der Name wurde vererblich im Besitze der Fideikommißherrschaft, die Friedenthal errichtet hatte. So kam die Nachkommenschaft Friedenthals doch noch zu jenem Adel, dessen Annahme der Minister verweigert hatte⁶³. Was Schiffer betrifft, so spricht er in seinen Erinnerungen von seiner Herkunft nicht⁶⁴. Wer von seiner Abstammung nichts weiß, kann darüber aus jenen nichts erfahren. Auch Jellinek wich Fragen nach seinem religiösen Bekenntnis in begreiflichem Unbehagen angesichts seiner Herkunft aus einer Rabbinerfamilie aus. In seinem Sinne hüllte auch seine Witwe Camilla Jellinek, eine bedeutende Frau, in ihrer schönen Skizze seines Lebens die Vergangenheit in Dunkel⁶⁵. Iphigenies Wort „Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt“, galt für die Jellineks nicht.

D. Antisemitische Personalpolitik und demagogischer Antisemitismus

Der Sinn der antisemitischen Personalpolitik im Obrigkeitsstaat

Das 19. Jahrhundert in Europa war nicht durch religiösen Fanatismus gekennzeichnet. Dennoch beruhte die Zurücksetzung der Juden, wie wir gesehen haben, auf der Religionszugehörigkeit. Die Herrscher und ihre Kabinette gewährten getauften Juden, von denen sie Förderung ihrer politischen Ziele oder einen wertvollen sachlichen Beitrag erhofften, was sie ungetauften Juden versagten. Erst später, als die antisemitische Agitation sich seit dem Ende der siebziger Jahre ausbreitete und das Gift des Rassenhasses ausstreute, trat der Faktor der Rasse hinzu. Im militärischen Bereich ist dies schon gestreift worden, es machte sich aber auch in der Verwaltung und Justiz bemerkbar⁶⁶. Offiziell blieb jedoch auch damals das religiöse Bekenntnis ausschlaggebend. Insofern war die häufige kritische und ironische Beurteilung des Verhaltens der Regierung durch jüdische Organisationen und charaktervolle christliche Persönlichkeiten durchaus berechtigt, ebenso der Hinweis darauf, wie wenig wahre Gläubigkeit in der Mehrzahl der Fälle mit dem Glaubenswechsel etwas zu tun hatte.

⁶³ Genealogisches Handbuch, II, S. 111. – S. auch *Lancken-Wakenitz*, S. 36.

⁶⁴ Die Erinnerungen (S. Anm. 9) beginnen mit Schiffers Eintritt in das Abgeordnetenhaus 1904 und lassen die frühere Zeit unerwähnt.

⁶⁵ *Camilla Jellinek*, S. 136.

⁶⁶ S. oben S. 86. *Geiger*, Die Zurücksetzung, S. 133 f.; *Breslauer*, Die Zurücksetzung, S. 524. *Gustav Mayer*, Erinnerungen, S. 147 berichtet, daß die Aussicht, in Stellen anzukommen, die akademische Vorbildung voraussetzten, sich selbst für getaufte Juden zunehmend verschlechterte.

Die Träger der Staatsgewalt wußten dies natürlich auch. Sie glaubten jedoch, im Einklang mit den Geboten der Staatsraison zu handeln, wenn sie die jüdischen Anwärter auf staatliche Ämter durch ihr Verhalten zur Taufe drängten. Es war der Beitrag, den die staatlichen Organe zur Herbeiführung einer größeren Uniformität leisteten. Damit fanden sie in der deutschen Elite Zustimmung weit über die konservativen Elemente hinaus. Zwei so erbitterte politische Gegner wie Bismarck und Theodor Mommsen sahen gemeinsam mit zahlreichen Denkern und hohen Staatsdienern in der Bekehrung der Juden zum Christentum, selbst wenn sie nur äußerlicher Natur war, die Lösung eines ihnen sonst unentwerrbar erscheinenden Problems. Selbst große, weise und weitherzige Deutsche konnten sich in der Regel nicht zu dem Glauben an eine auf Vielfältigkeit der Glieder beruhende gesunde Entwicklung ihres Volkes aufschwingen.

Das System aber, das einen Übertritt zum Christentum im gegebenen Falle durch Verleihung eines Staatsamts honorierte, zeigte auch, daß die Regierung unbeeinflusst durch den Rassegedanken in seiner radikalen Ausprägung handelte. Berührungen fanden statt. Puttkamer war Stoecker wesensähnlich. Aber wenn der Innenminister über das Maß hinausging, das Bismarck mit dem Staatsinteresse vereinbar erachtete, gebot dieser Einhalt. Als der Antisemitismus Stoeckers teils von einem radikalen Rasseantisemitismus verschlungen wurde, teils sich ihm näherte, markierte die Regierung sichtbar ihren Abstand, am stärksten unter der Reichskanzlerschaft des Grafen Leo Caprivi⁶⁷. So bestand eine Art stillschweigender Übereinkunft zwischen den Vertretern des Obrigkeitsstaates und Juden, die gewillt waren, eine amtliche Laufbahn nicht durch ihre Herkunft behindern zu lassen. Der Staat verweigerte den Juden als Gruppe und als Individuen die Gleichberechtigung. Er war aber bereit, Juden, die den Übertritt zum Christentum vollzogen und deren Heranziehung dem Staatsinteresse förderlich erschien, nach behördlichem, der Bewertung der verschiedenen Regierungs- und Verwaltungszweige angepaßtem Ermessen eine wohlwollende Behandlung zuteil werden zu lassen.

⁶⁷ Bismarcks Brief an Puttkamer über Stoecker, *Walter Frank*, S. 394; über Caprivi, *AZJ* 1893, S. 49; auch S. 578. – Der preußische Innenminister erteilte damals einem Landrat, der einen Wahlauf Ruf für den antisemitischen Fanatiker Ahlwardt unterzeichnet hatte, einen Verweis. Graf Friedrich Wilhelm Limburg-Stirum brachte darauf im Namen der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses eine Anfrage ein. Der Minister nannte in seiner Antwort Ahlwardt einen Verleumder der Armee und der gesamten Verwaltung. Der Interpellant war derselbe Limburg-Stirum, den Wilhelm II., verärgert durch die Ablehnung des Baus des Mittellandkanals, in Telegrammen an den Fürsten Bülow als „Judenjungen“ und „Judenabkömmling Limburg“ beschimpfte (*Bülow*, I, S. 296). Limburg-Stirum war der Sohn eines adligen Niederländers und einer Jüdin.

Die Rolle Heinrich von Treitschkes

Heinrich von Treitschke spielte eine bedeutende Rolle in der Mischung der Elemente des obrigkeitsstaatlichen und des rein demagogischen Antisemitismus. In der Sache war nur ein geringer Unterschied zwischen der Haltung der Regierung und der Auffassung Treitschkes zu erkennen, dem sich vor allem Puttkamer eng verbunden fühlte. Treitschkes Überlegungen waren freilich keineswegs stets folgerichtig; sie enthielten zahlreiche Widersprüche. An der gesetzlichen Gleichberechtigung der Juden wollte er nicht rütteln. Als das wirkungsvollste Gegengift gegen den Einfluß des Judentums bezeichnete er die Entfaltung germanischen Stolzes und größeren nationalen Selbstbewußtseins. Er sprach sich für den Übertritt der Juden zum Christentum aus, aber er wußte, daß die Taufe für die moralische Qualität eines Juden nichts besage, und fand Lobesworte für manche „edleren und ernsteren Juden“. Gegen die Masse feuerte er hemmungslos Kanonaden maßloser Beschimpfungen, die dem wissenschaftlichen Rang, den er bekleidete, übel anstanden⁶⁸. Das hinderte ihn jedoch nicht, sich wieder zuweilen gegen die plebejische und vulgäre Form des Antisemitismus zu wenden⁶⁹.

So ist trotz der jähen Erschütterung, die den Juden der heftige Ausbruch von Hochmut und Haß aus der Sphäre der in jenem Zeitpunkt noch von den Ideen der Humanität erfüllten akademischen Gesellschaft verursachte, die jüdische zeitgenössische Kritik an Treitschke vielfach recht maßvoll gewesen. Man könnte meinen, die Schrift „Ein Wort über unser Judentum“ sei eine wahre Brandschrift, schrieb Ludwig Bamberger in seiner gegen Treitschke gerichteten Broschüre; dem sei aber nicht so. Auch später haben der bedeutende Mannheimer Jurist Max Hachenburg in der Weimarer Zeit und der Historiker der deutschen Arbeiterbewegung Gustav Mayer nach dem Zweiten Weltkrieg sich in ihren Erinnerungen in abgewogenen Bemerkungen über Treitschkes Antisemitismus geäußert. Am tiefsten fühlten sich seine jüdischen Freunde getroffen. Diejenigen unter ihnen, die ihm als Universitätslehrer und politisch lange Zeit eng verbunden waren, wie Levin Goldschmidt, reagierten am schärfsten⁷⁰.

⁶⁸ *Treitschke*, Deutsche Geschichte III, S. 703; V, S. 617, 629. Gabriel Riesser und Moritz Veit rühmte der Historiker; den Juden im allgemeinen wirft er orientalische Weltanschauung, ungeheuren Rassendünkel und tödlichen Christenhaß vor; er nennt sie einen Schwarm heimatloser internationaler Journalisten und Vertreter kosmopolitischer Geldmächte (V, S. 632). Vgl. auch *Treitschkes* Äußerungen in: Ein Wort über unser Judentum, S. 18; Politik I, S. 294. Über die politischen Beziehungen zwischen Puttkamer und Treitschke, vgl. „Wie Bismarck und Puttkamer...“, Nr. 4, S. 8.

⁶⁹ *Oelsner*, S. 144.

⁷⁰ *Bamberger*, Deutschtum und Judentum, S. 3; *Hachenburg*, S. 141. Äußerungen von Treitschkes Tochter aus dem Jahre 1934 über die Unterschiede zwischen Treitschkes Antisemitismus und dem Antisemitismus der Nationalsozialisten zustimmend

Man kann durchaus anerkennen, daß Treitschke in der Zielsetzung nichts mit dem radikalen Rassenantisemitismus zu tun hatte, nichts mit dem, was damals unter Anrufung seiner Autorität „an nahezu unglaublicher Bestialität, Verlogenheit und Unwissenheit in der sogenannten Judenfrage geleistet worden ist“⁷¹. Freizusprechen aber ist er von diesen Folgen nicht. Durch seine antisemitische Agitation in der Öffentlichkeit und in den Hörsälen der Universität, in die sich die damaligen und künftigen Führer des Volkes aus akademischen und Offizierskreisen, aus der Geschäftswelt und der höheren Schuljugend drängten, streute der berühmte Historiker die Saat aus, aus der auch in nicht kleinbürgerlichen Kreisen ein radikaler Rassenantisemitismus sproß. Nicht auf Treitschkes Zielsetzung achteten seine Hörer, sondern auf seine leidenschaftlichen Ausbrüche in dem alljährlich wiederholten, publice gelesenen Kolleg über Politik im Auditorium maximum der Berliner Universität. Treitschke hat der antisemitischen Demagogie und ihrer rüden Form in Hochschulen und Zeitschriften der Gebildeten Eingang verschafft. Er hat den Antisemitismus gesellschaftsfähig gemacht und die Hemmnisse geschwächt, die die deutsche Oberschicht vor der Verbindung mit einem aller moralischen Werte ledigen, fanatisch-antisemitischen Rechtsradikalismus empfand. Insofern steht er am Ausgangspunkt eines Weges, auf dem sich später volksverachtende altpreußische Granden grüßend begegneten mit verbrecherischen Figuren der Unterwelt, die die Erschütterung eines Jahrhunderte alten Gesellschaftsgebäudes an die Oberfläche des politischen Lebens hob. Vor dem Eingang der Berliner Universität stand das Denkmal Treitschkes, das Haupt hoch erhoben, nicht mit den Zügen eines besonnenen und der Grenzen unseres Wissens sich bewußten Forschers, sondern in der Haltung des in die ungewisse Zukunft vorwärts schreitenden Führers einer ungestümen Jugend. Am gleichen Platze befand sich das bescheidenere Denkmal Mommsens, der sitzend, das Haupt geneigt, in Gedanken versunken ist. Ihn läßt der Repräsentant des leidenschaftlichsten aller Völker, wie Treitschke die Deutschen wiederholt nennt, am Wegrand hinter sich. Der größte Prophet hätte kein besseres Symbol für den Irrweg und Absturz der deutschen Intellektuellen ersinnen können⁷².

zitiert von *G. Mayer*, *Erinnerungen*, S. 23. Betreffend Goldschmidt s. seinen Brief an Treitschke vom Mai 1881, abgedruckt bei *Sinzheimer*, S. 69 ff.

⁷¹ Goldschmidt bei *Sinzheimer*, S. 70.

⁷² Eine lebhaftere Darstellung von Treitschkes Wirken bei Dorpalen, vor allem das Kapitel *Praeceptor Germaniae*, S. 226 ff. Über die Deutschen als „das leidenschaftlichste aller Völker“ vgl. neben anderen gleichlautenden Stellen: *Ein Wort über unser Judentum*, S. 5.

6. DIE ENTWICKLUNG WAHREND DES ERSTEN WELTKRIEGES

A. Der Rückgang des behördlichen Antisemitismus

Militär und Verwaltung

Während des ersten Weltkrieges wurde die antisemitische Verwaltungspraxis aufgelockert. Die Änderung vollzog sich gleichzeitig mit einer Verschärfung des gesellschaftlichen und politischen Antisemitismus, besonders in den letzten Kriegsjahren. Dieser Gegensatz durchzieht die Jahre von 1914 bis 1918. Er gibt nach dem Zusammenbruch des Hohenzollernreichs in verschärfter Weise der Geschichte der Weimarer Republik ihr Gepräge.

Im Anfang des Krieges gingen die amtlichen Stellen weit in dem Bestreben, die Parole des Burgfriedens in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie griffen tief in die Meinungsfreiheit ein, um schriftliche oder mündliche Äußerungen zu unterbinden, die sie dem inneren Frieden als abträglich erachteten. Infolge der Intervention des Oberkommandos in den Marken erklärte das führende antisemitische Blatt in Berlin, die „*Staatsbürgerzeitung*“, daß sie im Hinblick auf die patriotische Haltung der gesamten Bevölkerung ihren Charakter als antisemitisches Blatt aufgebe, und zwar nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auch für die darauf folgende Friedenszeit¹.

Die Sonderbehandlung der jüdischen Soldaten, die nach ihrer Vorbildung die Voraussetzung zum Eintritt in das Offizierkorps mitbrachten, wurde von den meisten Truppenteilen des deutschen Heeres aufgegeben. Während des Krieges wurden von den rund 100 000 jüdischen Kriegsteilnehmern über 2000 in den Offiziersrang erhoben und 1200 zu Militärärzten und Militärbeamten befördert. Wie in den Freiheitskriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts und während der drei Kriege zwischen 1864 und 1871, wurden in der Not des Krieges von 1914 der Diskriminierung Grenzen gezogen².

In der Justiz fiel die Schranke, die dem Aufstieg der Juden in leitende Posten gesetzt war. Nach der Ernennung des Grafen Georg von Hertling, eines konservativ gerichteten Führers der Zentrumsparlei, zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten im November 1917 hielt der neu berufene preußische Justizminister Peter Spahn, gleichfalls ein Mitglied des Zentrums, Vortrag beim Könige. Er nahm Bezug auf eine Eingabe des Geheimen Justizrats Oskar Cassel, des einflußreichsten Mitglieds der Berliner Stadtverordnetenversammlung und eines der jüdischen Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses. Wilhelm II. erklärte sich nach diesem Vortrage mit der

¹ AZJ 1914, S. 485.

² Alle Zahlen nach Oberst Gerd Schmückle, „*Der Undank des Vaterlandes*“ und „*Deutsche Soldaten jüdischen Glaubens*“, zwei Rundfunkvorträge, gehalten 1961, beide vervielfältigt.

ausnahmsweisen Beförderung von Juden auch in leitende Stellen der Justiz einverstanden, jedoch verfügte er, daß bei der Auswahl besonders gewissenhaft vorgegangen werden solle³.

Selbst im Volksschulwesen wurden jüdische Lehrerinnen und nicht kriegsdienstverpflichtete jüdische Lehrer aushilfsweise übernommen. Jedoch wies der preußische Kultusminister darauf hin, daß die Zulassung dieser Lehrer und Lehrerinnen eine für die Dauer des Krieges getroffene Ausnahme darstelle. Auch in Bayern, wo hochgestellte Zentrumsabgeordnete über die Zulassung jüdischer Lehrer Beschwerden vorbrachten, vertröstete der bayerische Kultusminister die Beschwerdeführer auf die Nachkriegszeit, in der derartige Notmaßnahmen wegfallen würden⁴.

Der Auswärtige Dienst des Reiches blieb von diesen Veränderungen unberührt. Erwähnt sei, daß Professor Moritz Bonn, der Direktor der Münchener, später der Berliner Handelshochschule, kurze Zeit im Auswärtigen Amt tätig war. Graf Johann Heinrich Bernstorff, der bis zum Ausbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen deutscher Botschafter in Washington war, empfahl Bonns Einberufung wegen seiner hervorragenden Kenntnis der Vereinigten Staaten. Drei Monate später gewährte ihm der Staatssekretär Richard von Kühlmann die von ihm nachgesuchte Entlassung. In den „nutzlosesten Monaten“ seines Lebens hatte Bonn eine Propagandatätigkeit auszuüben, ohne mit ihren politischen Grundlagen vertraut gemacht zu werden⁵.

Auch in der Staatsverwaltung änderte sich nichts. Im Jahre 1917 lehnte das Bayerische Ministerium des Innern die Übernahme eines hochqualifizierten jüdischen Anwärters in die Verwaltung aus konfessionellen Gründen ab, was der Abgeordnete Max Süßheim in einer Landtagsrede scharf kritisierte. Erst einige Monate vor dem Ende der Monarchie wurde in der preußischen Staatsverwaltung ein unter den vorherrschenden Gesichtspunkten revolutionärer Verwaltungsakt vollzogen: der letzte Innenminister, Bill Drews, berief zum ersten Mal in der Geschichte Preußens einen jüdischen Assessor, Bernhard Weiß, in das Ministerium des Innern. Weiß stieg in der Weimarer Republik zu höheren Stellen, schließlich zur Vizepräsidentschaft des Berliner Polizeipräsidiums auf. Unter dem ihm von Joseph Goebbels beigelegten Namen „Isidor“ wurde er zur Zielscheibe der gegen die jüdischen Beamten gerichteten Hetze⁶.

Wichtiger war die Tätigkeit von Juden in neugeschaffenen, durch den Krieg notwendig gewordenen Ämtern außerhalb der traditionellen Verwaltung. Unter ihnen waren zwei, die später in der Weimarer Republik in hohe Ämter gelangten: Walther Rathenau und Julius Hirsch.

³ Lorenzen, S. 145.

⁴ AZJ 1916, S. 315; AZJ 1918 (Der Gemeindebote, 27. 3. 1918, S. 2).

⁵ Bonn, S. 178 f.

⁶ Süßheims Rede in Bayerische Kammer d. Abg. St. B. 19. 12. 1917, S. 154; über Weiß, Reichmann, S. 565.

Walther Rathenau. Persönlichkeit und Leistung

Walther Rathenau* war bei Kriegsbeginn der Schöpfer der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums⁷. Mit ihm trat ein das Geniale streifender Mensch in das Rampenlicht der deutschen Politik des 20. Jahrhunderts, ein Individualist, der in keine Schablone paßte, wenn er sich auch in der Weimarer Zeit der Deutschen Demokratischen Partei als zugehörig betrachtete. Zurückgestoßen von dem mechanistischen Charakter des Zeitalters, wollte er diesen durch Appell an den Glauben, das Gewissen, die seelischen Triebkräfte überwinden. Die Materie wünschte er zu bändigen, das Ungeistige mit Geist zu durchdringen. In dieser, aber nicht in jeder Hinsicht war er ein Intellektueller, wie sie in romanischen Ländern in der Exekutive des Staates häufig auftreten, in Deutschland aber in ihr so gut wie unbekannt waren. Zeitweise schien es, als ob auch auf deutschem Boden solche Erscheinungen an die Oberfläche kommen könnten. Bismarck jedoch, dem die geistige Gemeinschaft verdächtig war, die über die Parteischranken hinweg durch ein einigendes Band zusammen gehalten wird, bestärkte das deutsche Volk in der Überzeugung, daß Geist und Macht in getrennten Kreisen wirken. Rathenau war die Verkörperung des gegenteiligen Prinzips und dadurch im modernen deutschen Staatsleben eine fremdartige Erscheinung. Aber auch von dem ro-

* *Walther Rathenau*, geb. 1867 in Berlin. Studierte Mathematik, Physik, Chemie und Philosophie, Dr. phil. Arbeitete in mehreren Industriebetrieben und trat in die von seinem Vater Emil Rathenau gegründete Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin als Mitglied des Vorstandes ein. Präsident der AEG 1915 nach dem Tode seines Vaters. Mitglied des Vorstands und Aufsichtsrats zahlreicher Industrie- und Bankunternehmen. Begleitete 1907 und 1908 Staatssekretär Dernburg als Sachverständiger für Wirtschaftsfragen auf Reisen in die deutschen Kolonien. 1914 nach Kriegsausbruch in das Kriegsministerium an die Spitze der Organisation der deutschen Kriegsrohstoffwirtschaft berufen. In der Weimarer Republik 1921 Sachverständiger bei den Reparationsverhandlungen in Spa, im gleichen Jahre Wiederaufbaumminister. Trat Oktober 1921 mit den anderen demokratischen Ministern als Protest gegen den Beschluß des Völkerbundsrats über die Teilung Oberschlesiens aus der Regierung aus. 1921–1922 Delegierter bei den Reparationsverhandlungen in London und Cannes. Im Februar 1922 Reichsaußenminister. Vertrat Deutschland auf der internationalen Konferenz in Genua im April 1922. Unterzeichnete in Rapallo zusammen mit dem Sowjetdelegierten Giorgij Wassiljewitsch Tschitscherin den ersten Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkriege. – Ausgedehnte schriftstellerische Tätigkeit, zunächst als Mitarbeiter an Maximilian Hardens „*Zukunft*“. Hauptschriften: „Zur Kritik der Zeit“; „Zur Mechanik des Geistes oder Vom Reich der Seele“; „Von kommenden Dingen“. „Gesammelte Schriften“ in 5 Bänden, Verlag S. Fischer, Berlin 1918. – Ermordet am 24. Juli 1922 in Berlin.

⁷ Die Veröffentlichungen von Walther Rathenau und die über ihn erschienenen Biographien bei *Böttcher*, nach S. 322. Die Biographie Rathenaus von Harry Graf Kessler, ursprünglich 1928 veröffentlicht, ist 1962 in neuer Auflage herausgekommen.

manischen Typus unterschied er sich; nicht durch den religiös mystischen Grundzug seines Wesens – dieser ist auch bei Männern der französischen Rechten zu finden –, wohl aber durch die Verbindung der geistig-seelischen Faktoren mit profunder Kenntnis der Praxis bestimmter Fachgebiete.

Mit Rathenau stieg in Deutschland ein Mann zur verantwortlichen Tätigkeit auf, der wirtschaftliche Zusammenhänge überblickte und damit die Fähigkeit verband, eine Zukunft zu durchdringen, deren Neuartigkeit er vor dem Kriege vorausahnte und die ihm beim Ausbruch des Krieges blitzartig aufging. Diese Intuitionsgabe machte er fruchtbar durch den in ihm lebendigen, von einem brennenden Ehrgeiz gepeitschten Willen zur Ausübung von Macht. Einem großen Geschäftsmann, so erklärte er, darf persönlicher Erwerb nicht die Hauptsache sein, er muß nach der Verwirklichung seiner Gedanken, nach Macht und Verantwortung streben. Rathenau war ein revolutionärer Bürger, in eine Übergangszeit gestellt, an deren Gestaltung er mitwirkte.

In der von seinem Vater Emil Rathenau gegründeten Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und im Vorstand und Aufsichtsrat zahlreicher Unternehmen lernte Rathenau die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Schaffens kennen und wirtschaftliche Verflechtungen begreifen; er lernte auch mit wirtschaftlicher Macht etwas anzufangen. Er war überzeugt, daß die Zukunft nicht durch die stärksten Bataillone, sondern durch wirtschaftliche Machtfaktoren bestimmt werden würde. Die Unentbehrlichkeit einer politischen und wirtschaftlichen Bürokratie erfaßte er, wenn er auch die Grenzen ihrer auf Erhaltung und langsame Fortentwicklung, nicht auf das Einmalige und völlig Neue gerichteten Wirksamkeit scharf sah. Schmollers Überzeugung, daß sie das beste sei, was Preußen hervorgebracht hatte, teilte er nicht. Da er aber ihre Bedeutung auch in revolutionärerer Zeit nicht verkannte, wünschte er, daß Talente aus allen Kreisen des Volkes in ihr Aufnahme finden sollten. Ein großes Volk, so schrieb er, hat ein Anrecht darauf, daß die Wahrnehmung der zunehmend wachsenden und komplizierten Verwaltungsaufgaben nicht dem Nachwuchs von tausend Familien allein anvertraut würde, mögen diese auch dem Staat noch so vorzügliche Kräfte zur Verfügung gestellt haben.

Rathenau selbst war vom bürokratischen Denken weit entfernt. Auch andere wünschte er der Einwirkung der Routine zu entziehen und ständig aufzurütteln. Um das Ausdrucksbedürfnis eines funkelnden Geistes zu befriedigen, gefiel er sich in kühnen Aphorismen und geschliffenen Paradoxen. Er lieferte dadurch seinen Gegnern unerschöpfliches Material, um ihn mit feindseligen Zitierungen zu diskreditieren. Er erschien der Rechten revolutionärer als radikale Sozialisten trotz der Beimischung konservativer Elemente in seinem Denken und Wirken, der Linken ebenso nationalistisch wie die lärmenden Hurrapatrioten trotz der internationalen Verflechtung seiner gedanklichen und wirtschaftlichen Konstruktionen. In diesem Sohne jüdischer Eltern sieht Stefan Zweig das merkwürdig Heimlose, großartig Abstrakte des jüdischen

Geistes vollendeter ausgeprägt als in irgendeinem anderen Wesen⁸. In seinem Ringen gegen diese Anlagen, die ihn unbefriedigt ließen und in ihm das Gefühl unendlicher Einsamkeit erzeugten, erfüllte er sich mit hoher sehnsüchtiger Bewunderung für die germanische Rasse. In abwegiger Anlehnung an Rassetheorien hatte er abstruse Ideen über einen germanischen blauäugigen, blondhaarigen und feingliederten Schlag und seine Bedrohung durch rassisch minderwertige Kräfte in der mechanisierten Massengesellschaft⁹. Im Antisemitismus sah Rathenau freilich eine falsche Schlußfolgerung aus richtigen Prämissen und aus der verhängnisvollen europäischen Entgermanisierung, wenn er auch in seinen literarischen Anfängen das deutsche Judentum in leidenschaftlichen Wendungen kritisiert hat. Er hat das später bedauert, nicht um der Sache willen, sondern weil er als Moralist übersehen habe, daß man durch Grausamkeit des Ausdrucks Reformen nicht herbeiführen könne. Rathenau bekannte sich zu den Evangelien und bejahte den christlichen Staat. Dennoch lehnte er einen Glaubenswechsel ab, nicht nur, weil der mosaische Glaube kirchenfrei und dogmenlos sei, sondern auch, um nicht dem von ihm verurteilten Rechtsbruch der herrschenden Klassen gegen die Juden Vorschub zu leisten¹⁰.

Rathenau glaubte, daß die Epoche des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte abgeschlossen war, und er wünschte ihre Wiederkehr nicht. Er verlangte eine kühne Reform des Kapitalismus und seiner Erscheinungsformen, Ausgleich des Besitzes und Einkommens als Gebot der Sittlichkeit, und er wollte ungemessenen Reichtum nur dem Staate zugestehen. Er war sich aber auch bewußt, daß nach dem Kriege nur die bereitwillige Mitarbeit der Industrie den Aufbau einer geplanten und gelenkten Wirtschaft in Deutschland sichern könne und daß ohne diese Mitarbeit unermessliche Opfer an Leben und Gütern gebracht werden müßten¹¹. Ebenso wünschte er die Heranziehung und Nutzbarmachung der produktiven Kräfte der Arbeiterschaft. Er bezeichnete ihre durch die Politik des Obrigkeitsstaates hervorgerufene Haltung als doktrinären Antinationalismus und empfand seine Wirkungen auf das Deutschlandbild des Auslandes als bedrückend und gefährlich. Für die verantwortliche Mitwirkung der Arbeiter am Staats- und Wirtschaftsleben suchte er nach Formen, die von den in der Arbeiterklasse entwickelten Tendenzen

⁸ Stefan Zweig, S. 238.

⁹ Rathenau, Gesammelte Schriften I (Zur Kritik der Zeit), S. 29 ff., 89–94; G. Mayer, aaO, S. 36 f.

¹⁰ Rathenau, Höre Israel, S. 3–21. Der Artikel erschien zuerst in Maximilian Hardens „Zukunft“. Ablehnung des Glaubenswechsels und Klage über Rechtsbruch auch bei Rathenau, Briefe I, S. 339. Dort erklärt sich Rathenau ausgefüllt mit seiner wirtschaftlichen und literarischen Tätigkeit; die politische Tätigkeit dem noch hinzuzufügen, würde seine Kräfte und Neigungen übersteigen. S. ferner Rathenau, Eine Streitschrift vom Glauben, S. 14; 28.

¹¹ Rathenau, Die Organisation der Rohstoffversorgung, S. 6 ff.; Rathenau, Deutschlands Rohstoffversorgung, S. 25; 50; Probleme der Friedenswirtschaft, S. 34; 41. S. auch Troeltsch, S. 259 f.

abwichen. Der fast achtzigjährige Schmoller pries Rathenaus edlen Geist, seine Vaterlandsliebe und den Reichtum seiner Gedanken, lehnte ihn aber, tief beunruhigt durch seine Verwerfung der historischen Methode des Denkens, als einen der Führer eines künftigen Deutschlands ab; auch wies er frostig darauf hin, daß Rathenau in seinem Unternehmen für die Verwirklichung seiner Ideen nichts getan habe¹². Voller Verständnis für jeden Standpunkt, oft unentschieden und zerrissen, ein Mensch mit seinem Widerspruch, ein Proteus, der schillernd in nicht endender Verwandlung erschien¹³, war er dennoch glanzvoll als Staatsmann auf denjenigen Gebieten, für deren Beherrschung er gründlich vorgebildet war. Dort lebte und wirkte er gemäß dem von ihm selbst verkündeten Ideal, „daß der Fuß nie den Boden, das Auge die Gestirne nie verliere“. So gelangen ihm großartige Leistungen auf dem ihm vertrauten wirtschaftspolitischen Gebiete, auf dem er seine schweifende Genialität durch hervorragende fachmännische Gaben bändigen, sein Schwanken durch klare Erkenntnis von Zukunftsperspektiven und Einstellung auf sie überwinden konnte.

Dagegen war er unfähig, über die Widersprüche in sich selbst hinwegzukommen, wenn er es wagte, Stellung auf anderen Gebieten zu beziehen. Dies gilt nicht nur für seine außenpolitische Betätigung in der Weimarer Zeit. Tragisch klar und wieder in furchtbarer innerer Einsamkeit, in der der Mann mit tausenden von Beziehungen auch sein persönliches Leben führte, sah er die Schwächen der deutschen Position und das unheilvolle Ende des Krieges voraus. Als sich der gefürchtete Zusammenbruch aber unwiderruflich ankündigte, da bäumte sich alles in ihm gegen die Ergebung in das Unvermeidliche auf. „Das Land ist unebrochen, seine Mittel unerschöpft, seine Menschen unermüdet. Wir sind gewichen, aber nicht geschlagen . . .“¹⁴. Hätte jemand im Oktober 1918, als er zur levée en masse aufrief, deutlicher sein Unverständnis für die damalige Lage, die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit der deutschen Menschen und die katastrophale Niederlage Deutschlands unter Beweis stellen und der kommenden Dolchstoßlegende die Umrisse vorzeichnen können?

Zum ersten Mal erschien Rathenaus Name im Zusammenhang mit einer amtlichen Entscheidung bei der Neubesetzung des Reichskolonialamts im Jahre 1906. Bülow behauptet, an ihn gedacht zu haben, hat aber schließlich Dernburg vorgezogen. 1908 will er ihn als Staatssekretär des Reichsschatzamts in Aussicht genommen haben, jedoch Wilhelm II. habe abgewinkt in der Befürchtung, durch die Ernennung eines Juden die in Steuerfragen ohnehin schwierige Rechte zu verstimmen. Dernburg ließ sich von Rathenau auf zwei

¹² *Schmoller*, Walter Rathenau und Hugo Preuß, S. 17.

¹³ „Er ist eine Proteus-Natur und erscheint stets in neuer Verwandlung, bis er schließlich zwischen echt und unecht nicht mehr unterscheiden kann.“ *Blumenfeld*, S. 144.

¹⁴ *Rathenau*, Nach der Flut, S. 49.

Reisen in die deutschen Kolonien in Afrika begleiten und vermittelte eine Unterredung mit Bülow, der manche andere folgten. Bülow hatte offensichtlich Gefallen an zwanglosen Besprechungen mit dem kenntnisreichen Weltmann von feiner Bildung. Er schildert Rathenaus Einführung bei ihm in einer Skizze, in der Gebärde, Wort und Erscheinung, Feierlichkeit und Theatralik mit so deutlichem Spott beschrieben werden, wie das tragische Ende des späteren Außenministers der Weimarer Republik ohne grobe Geschmacklosigkeit eben noch zuließ. Bevor die Audienz beginne, wünsche er klarzumachen, daß er Jude sei – eine Feststellung, die für niemanden eine Neuigkeit bringen konnte; den Kanzler veranlaßte sie zu der Erklärung, daß ihm Vorurteile und Antisemitismus fern lägen, eine „edle Antwort“, die Rathenau nicht anders erwartet hatte¹⁵. Man braucht nicht jedes Wort der stilisierten Schilderung der Person Rathenaus in den Memoiren des vierten Kanzlers des Kaiserreichs zu glauben, den ein gelungenes zynisch-amüsanter Kabinettstück mehr erfreute als die historische Wahrheit. Es ist aber auch nicht nötig, die Wahrhaftigkeit der ganzen Episode anzuzweifeln. Anzeichen innerer Unsicherheit, die peinlich wirkten, machten sich nicht nur bei dieser Gelegenheit bemerkbar. Der sensible Mann litt unter der Tatsache seiner jüdischen Abstammung schwer. Im Gegensatz zu den Juden im öffentlichen Leben ein oder zwei Generationen zuvor empfand er sie als ein tiefes seelisches Problem, so sehr er auch in sich selbst Deutschtum und Judentum zu einer Einheit verschmolzen fühlte.

Die Schaffung und Leitung der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums im August 1914 war eine der hervorragenden Leistungen Rathenaus. Er erfaßte in zwei Tagen, was das offizielle Deutschland in den Jahren der Formierung der Bündnissysteme nicht begriffen und wofür es nicht die geringste Vorsorge getroffen hatte: die Notwendigkeit einer planmäßigen Versorgung des aus seinen weltwirtschaftlichen Beziehungen herausgerissenen deutschen Wirtschaftsraums mit Rohstoffen. Er ließ sich am dritten Tage nach der Kriegserklärung Großbritanniens, die die verschwindend geringe Zahl der Nachdenkenden aus dem Traum von einem „kurzen“ Krieg rauh erweckte, bei dem Leiter des allgemeinen Kriegsdepartements melden. Rathenau wurde am vierten Tage von ihm und am fünften Tage vom Kriegsminister empfangen und riß den Minister unmittelbar mit. Es galt, alle, besonders die für Munitionsherstellung und Bekleidung benötigten Rohstoffe zwangsläufig zu lenken und nicht willkürlich ihren Weg in den Luxus- oder nebensächlichen Bedarf nehmen zu lassen, Erzeugungs- und Fabrikationsmethoden der neuen Lage anzupassen. Man mußte gemeinnützige Kriegsgesellschaften zum Aufsaugen und Aufspeichern, zur Preisfestsetzung und zweckmäßigen Verteilung der Güter aus dem Boden stampfen und Tausende von Menschen für diese neuen Verwaltungsaufgaben heranziehen.

¹⁵ *Bülow*, III, S. 39 ff.; II, S. 266, 385.

Rathenau hat bereits am 1. April 1915 seinen Platz seinem Nachfolger übergeben, um bald darauf nach dem Tode seines Vaters das Präsidium der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu übernehmen. Damals konnte er erklären, daß über Deutschland ein neues Netz industrieller Gesetzmäßigkeit gebreitet und dadurch das Ergebnis des Krieges von der Rohstoffbeschaffung unabhängig gemacht worden sei¹⁶. Er wurde damit der erste moderne Planwirtschaftler der Praxis und steht an der Spitze derer, die an dem Prozeß der Entwicklung einer mehr oder weniger gebundenen Wirtschaft mitgewirkt haben. Zollpolitisch wollte er über Deutschland hinausgreifen und propagierte einen sofortigen Wirtschaftsbund mit Österreich-Ungarn, den er später zu erweitern hoffte, um die ökonomische Basis für die Hegemonie Deutschlands in Europa zu schaffen.

Rathenau wurde für seinen Weitblick und die Schnelligkeit seiner Entschlüsse von den politischen und militärischen Führern Deutschlands mit Lob überschüttet, aber demagogische Kritik blieb ihm bereits damals nicht erspart. Der aus dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband hervorgegangene spätere Reichstagsabgeordnete Walther Lambach nannte ihn Anfang 1918 in seinem Buch „Diktator Rathenau“ einen Verführer und Verderber auf allen Gebieten. Die Schrift ist der erste Gesamtausdruck des Aufstandes eines engstirnigen Kleinbürgertums gegen den Träger wirtschaftsrevolutionärer Gedanken, des Großbürgertums gegen sein als Außenseiter empfundenen jüdisches Mitglied, der militärischen Tradition gegen einen Vorstoß des bürgerlich-intellektuellen Denkens in den ihr seit jeher vorbehaltenen Machtbereich¹⁷.

Dunkle Schatten, andere als Lambach zu sehen glaubte, fehlen freilich in dem Bilde nicht. Rathenau war an der Ausplünderung der besetzten Gebiete, vor allem Belgiens, in der Okkupationszeit stark beteiligt und drängte General Ludendorff zu dem völkerrechtswidrigen Schritt, die in Belgien verfügbaren 700 000 Arbeiter dem deutschen Markte zuzuführen¹⁸. Einige Zeit drohte ihm die Aufnahme in die Liste der nach § 228 des Versailler Vertrages wegen Vergehens gegen Kriegsgesetze auszuliefernden Personen. Sein Name erschien aber in ihr schließlich nicht; die Auslieferungsbestimmung des Vertrages wurde im übrigen nicht durchgeführt.

Ohne Rathenau wäre die Bewirtschaftung der Rohstoffe zu spät und zu langsam erfolgt und wäre wohl der deutsche Zusammenbruch schon etwa 1916 eingetreten. Vermutlich wäre er dann mit geringeren Opfern für Deutschland, Europa und die Welt erkaufte worden. Insofern ist, nachträglich gesehen, sein

¹⁶ Die Organisation der Rohstoffversorgung, S. 41, 49.

¹⁷ Die Angriffe setzten frühzeitig ein. Im Juli 1916 schrieb Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Rathenau, er wolle den Angriffen auf seine freiwillige Tätigkeit und den Mißdeutungen seiner Arbeit durch den Hinweis auf seine außerordentlichen Verdienste begegnen. Der Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn und sein Stellvertreter äußerten sich im gleichen Sinne (alle Briefe abgedruckt in *Rathenau*, Deutschlands Rohstoffversorgung, nach S. 52).

¹⁸ *Gerhard Ritter*, S. 441 und 594, Anm. 43.

Wirken ein Unsegen gewesen, eine Überlegung, die kurz nach dem Kriege an gestellt worden ist. Er ist ihr mit dem Hinweis entgegengetreten, er würde es für vermessen gehalten haben, Vorsehung zu spielen und sein Land der militärischen Vernichtung entgegengehen zu lassen, auch wenn man sich von der Katastrophe heilsame Folgen versprochen hätte¹⁹. Der Widerspruch zwischen der politischen Prognose, die Rathenau frühzeitig stellte, und vielen seiner Anregungen und Maßnahmen war ihm klar. Er konnte ihn gedanklich nicht auflösen und suchte durch rastlose Arbeit sein Wissen darum zu betäuben.

Julius Hirsch

Gründliche Ausbildung im kaufmännischen Beruf, kaufmännische Erfahrung, Studium der Nationalökonomie und Fähigkeit zu abstraktem Denken prädestinierten Julius Hirsch* zu erfolgreicher wissenschaftlicher Arbeit auf dem Gebiet der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre. Es war die Zeit, in der Wissenschaft und Unterricht in der Betriebswirtschaftslehre durch den Kölner Professor Eugen Schmalenbach und andere Gelehrte auf ein hohes Niveau gebracht wurden. Hirsch spezialisierte sich unter dem Einfluß Schmalenbachs, mit dem ihn enge Freundschaft verband, in der Privatwirtschaftslehre des Handels; er hatte ihr schon vorher besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Dies Gebiet war bis dahin nur wenig erforscht. Er habilitierte sich 1911 an der Handelshochschule in Köln und erhielt dort 1913 eine hauptamtliche Dozentur. Seine Laufbahn wurde durch den Krieg unterbrochen. Aus dem Wehrdienst wurde er als Offizier infolge einer Verwundung entlassen.

Hirsch wurde seit Anfang 1916 zur Lösung der vielen neuartigen Aufgaben herangezogen, die die Preisgestaltung in der Kriegswirtschaft aufwarf, und

* *Julius Hirsch*, geb. 1882 in Mandel bei Bad Kreuznach. Kaufmännische Lehre und Praxis. Studierte Nationalökonomie in Aachen und Bonn, 1909 Dr. phil. Habilitierte sich 1911 in Köln, 1913 hauptamtlicher Dozent, 1917 ordentlicher Professor für Privatwirtschaftslehre des Handels an der Handelshochschule Köln. 1916 in die Reichspreisstelle berufen, später als Referent im Kriegsernährungsamt tätig. Nach der Revolution 1919–1923 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. Führend an der Gründung des Reichswirtschaftsrats beteiligt, regte 1920 die Errichtung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit an. Nach Ausscheiden aus dem Reichsdienst Professor an der Universität und Handelshochschule Berlin, Gründer und Leiter der Forschungsstelle für den Handel in Berlin und anderer ähnlicher Institutionen. Hauptschriften: „Der moderne Handel“, 1925, und „Das amerikanische Wirtschaftswunder“, 1926. Emigrierte 1933 nach Dänemark, 1933–1940 Professor an der Handelshochschule Kopenhagen. Emigrierte 1941 in die Vereinigten Staaten. 1941–1961 Professor an der Graduate Faculty der New School for Social Research, New York. 1941–1943 Chief Consultant, Office of Price Administration, Washington. Seit 1954 Direktor des Business Administration Center in New York und Wirtschaftsberater der Administration und privater Unternehmungen. Hauptwerk dieser Zeit: „Price Control in the War Economy“, New York 1943. Gest. 1961 in New York.

¹⁹ Brief an Frau Marie Frommer vom 21. 12. 1918, abgedruckt bei *Rathenau*, Politische Briefe, S. 224.

im Juli des gleichen Jahres in die Reichspreisstelle berufen. Als diese in die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts eingegliedert wurde, übernahm er dort eines der wichtigsten Referate und war Stellvertreter des Abteilungsleiters. Julius Hirschs Aufgabenkreis erstreckte sich auf die Kalkulation und Preisbildung in Handel und Industrie. Feststellung von Höchst- und Richtpreisen, Betreuung der Preisprüfungsstellen und Maßnahmen gegen den Wucher fielen in sein Arbeitsgebiet. Auch die Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums zog ihn für diese Fragen zu. So begann Hirsch seine Tätigkeit für die Fortbildung des Wirtschaftsrechts im Krieg und später im Frieden und seinen Kampf gegen die durch Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen drohenden Gefahren.

Hirsch sammelte damals Erfahrungen, die für seine vierjährige Tätigkeit als Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums in einer für die Gestaltung des Wirtschaftslebens entscheidenden Zeit wichtig wurden. Er trat auch dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt, dem Leiter des Ausschusses für die Wahrung der Verbraucherinteressen, in vielen Verhandlungen näher. Schmidt lernte Hirschs Schaffensdrang, seine Fähigkeiten, seine Rechtlichkeit und Unbestechlichkeit schätzen. So kam es zu seiner Berufung, als 1919 Schmidt die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums übernahm.

Auch während seiner Tätigkeit im Kriegsernährungsamt konnte Hirsch seine wissenschaftliche Arbeit in Köln fortsetzen. Er wurde 1917 zum ordentlichen Professor ernannt und veröffentlichte damals Monographien über den Kettenhandel als Kriegerserscheinung und über die Preisgebilde des Kriegswirtschaftsrechts, zwei prinzipielle, systematische Beiträge zur Lehre vom Preise. Auf dieselbe Zeit geht auch der Entwurf mehrerer Kapitel des Werks über den modernen Handel zurück, das Hirschs Ansehen als Gelehrter begründete²⁰.

Hirschs kritische Veranlagung führte zu manchen Zusammenstößen, bewahrte ihn aber vor Illusionen. Sein Tagebuch beweist, daß er zwar von Kriegsbeginn an die Erfolgsaussichten Deutschlands pessimistisch beurteilte, aber seine besten Kräfte einsetzte, um die kriegswirtschaftlich gebotenen Maßnahmen der Warenverteilung und Preisgestaltung durchzuführen. Er vertrat diese Politik in den oft schwierigen Verhandlungen mit Erzeugern, Verteilern und Verbrauchern energisch und geschickt.

Der Krieg änderte den Verlauf von Hirschs Leben von Grund auf. Er warf ihn aus der üblichen Gelehrtenlaufbahn. Auf Grund seiner Verwaltungstätigkeit trat er, wie erwähnt, mit Wirtschaftsführern und Politikern in eine Verbindung, die für sein späteres Wirken in Deutschland, Dänemark und Amerika entscheidend wurde. Der Krieg eröffnete ihm aber auch einen Einblick in die ihm bis dahin verschlossene Welt des Ostjudentums. Sein Tagebuch legt Zeugnis davon ab, wie intensiv er sich von 1915 bis 1918 mit den

²⁰ *Nieschlag*, S. 600 f.; s. auch *Behrens*, S. 1–57.

wirtschaftlichen und nationalkulturellen Problemen der polnischen Juden befaßte.

In den sechs Monaten, in denen Hirsch als Soldat an der Ostfront stand, kam er, wie so viele andere deutsche Juden, mit den Juden Polens in enge Berührung. Es war eine „unfreiwillige Studienfahrt“, der seine Verwundung ein „unfreiwilliges Ende“ setzte. Hirsch wurde von dem wirtschaftlichen Elend der Ostjuden tief ergriffen. Er schreibt von dem packenden, erschütternden Eindruck, der blitzartig in ihm entstand: kein Stamm des Ostens, vermutlich auch kein anderer Stamm in der zivilisierten Welt, wurde durch die Kriegswirkungen so getroffen wie die jüdische Bevölkerung Polens. Im Kriegslazarett schrieb er seine ersten Aufsätze über das Ostjudentum, vor allem eine Studie über die wirtschaftliche Lage der Juden in Polen, mit der er sich seitdem intensiv beschäftigte. In einer Denkschrift, die an die deutschen Behörden und an jüdische Organisationen ging, legte er seine Gedanken über den Einsatz der brachliegenden ostjüdischen Arbeitskräfte dar. Die deutschen kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse sollten befriedigt und den Juden neue Existenzgrundlagen geschaffen und sittlicher Rückhalt durch Arbeit gesichert werden. Hirsch machte sich auch Gedanken über die wirtschaftliche Lage und berufliche Stellung der polnischen Juden nach Kriegsende. Er war nicht nur ein analytischer Kopf, sondern stets auch auf die Synthese und Vorausschau bedacht. Diese Begabung tritt auch in seiner Behandlung des Ostjudenproblem deutlich hervor.

Hirsch setzte sich für seine Ideen bei den Behörden ein und interessierte auch den Leiter seiner Abteilung des Kriegsernährungsamtes dafür. Er wurde Mitglied des Anfang 1915 geschaffenen Komitees für den Osten, das sich aus führenden jüdischen Persönlichkeiten und Repräsentanten der jüdischen Organisationen zusammensetzte und sich mit der Verbesserung der Lage der Juden in den besetzten Gebieten beschäftigte. Hirsch warb auch für seine Gedanken rednerisch und schriftstellerisch. Zusammen mit Julius Berger, der von zionistischer Seite her ähnliche Gedankengänge verfocht, hat er eine wohldurchdachte Initiative für eine sachgemäße Eingliederung des polnischen Judentums in den besetzten Gebieten für die Aufgaben der deutschen Kriegswirtschaft entfaltet. Zum Unterschied von gewissen Repräsentanten des deutschen Judentums, die den „polnischen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ schaffen wollten, trat er für die Erhaltung der nationalkulturellen Sonderart der Massen der polnischen Juden ein²¹. Der Ausgang des Krieges, der Deutschland vom Einfluß auf Ost- und Südosteuropa ausschaltete, machte allen diesen Plänen und ihrer Durchführung ein Ende.

²¹ *Hirsch*, Die neuesten Veränderungen, S. 306 ff., 342 ff., 472 ff.; Die wirtschaftliche Zukunft, S. 330 ff.; *Hirsch*, Die Schicksalsfrage, S. 13 ff.; Polnisch, Jiddisch oder Deutsch, S. 558 ff. *Adler-Rudel*, S. 34 ff. Eine Abschrift der auf das Ostjudentum bezüglichen Teile des im Besitze von Frau Edith Hirsch, New York befindlichen Tagebuchs von Hirsch befindet sich in dem Archiv des LBI New York.

Jüdische Regierungsmitglieder im Kriege: Robert Friedberg und Eugen Schiffer

Rathenaus und Hirschs Wirken vollzog sich in Neuland. Dagegen brachte die Ernennung des Professors Robert Friedberg*, des Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses, zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums unter der Ministerpräsidentschaft Hertlings zum ersten Male seit Bismarcks Zeiten wieder einen getauften Juden in ein höchstes Amt der traditionellen Exekutivgewalt in Preußen. Da Hertling sich ausschließlich mit den Reichskanzlergeschäften befaßte, so fiel Friedberg die tatsächliche Leitung des preußischen Staatsministeriums zu. Als nach Hertlings Rücktritt im Oktober 1918 Prinz Max von Baden das Amt des Reichskanzlers übernahm, wurde Friedberg offiziell geschäftsführender preußischer Ministerpräsident und in dieser Eigenschaft in das Kriegskabinett des Prinzen Max berufen²².

Vor Friedberg war bereits sein prominenter Fraktionskollege Eugen Schiffer in ein hohes Reichsamt berufen worden. Als Georg Michaelis im Sommer 1917 zum Reichskanzler ernannt wurde, übertrug er Schiffer die Stelle des Unterstaatssekretärs im Reichsschatzamt. So wollte es eine seltsame Verquickung der Umstände, daß zwei in der nationalliberalen Partei führende getaufte Juden in höchste Posten des seinem Ende sich zuneigenden Obrigkeitsstaates gelangten. Die Bedeutung der Berufungen Friedbergs und Schiffers wird im Zusammenhang mit ihrem parlamentarischen Wirken geschildert werden.

Ludwig Haas

Abseits von der großen Politik vollzog sich die Berufung des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas* zum badischen Minister des

* *Robert Friedberg*, geb. 1851 in Berlin. Studierte Rechts- und Staatswissenschaften, Dr. phil. 1877 Privatdozent für Staatswissenschaft in Leipzig. 1884 evangelisch. 1885 außerordentlicher Professor in Leipzig, 1894 ordentlicher Professor in Halle. 1885–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1913 Vorsitzender der nationalliberalen Fraktion. 1893–1898 Mitglied des Reichstags. 1904 Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der Partei, Stellvertreter des Parteiführers im Zentralvorstand, nach dem Tode Ernst Bassermanns im September 1917 Parteiführer. November 1918 Deutsche Demokratische Partei. 1919 Mitglied der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung, in dieser Vorsitzender der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei. Gest. 1920 in Berlin.

* *Ludwig Haas*, geb. 1875 in Freiburg (Baden). Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Rechtsanwalt, 1909–1919 Stadtrat in Karlsruhe. 1912–1918 Mitglied des Reichstags (Fortschrittliche Volkspartei) für Karlsruhe. Im Kriege nach den Kämpfen in Flandern 1914 zum Offizier befördert, später Leiter des jüdischen Dezernats der deutschen Zivilverwaltung in Polen. Oktober 1918 badischer Minister des Innern,

²² NDB 5, S. 445; *Kalkoff*, S. 151.

Innern im Oktober 1918. Er hatte sich in der badischen Kommunalpolitik die Sporen verdient; im Jahre 1912 wurde er in den Reichstag gewählt. Haas war ein Sohn Badens. So erhebliche Unterschiede des politischen Denkens und des Temperaments den Nationalliberalen Ernst Bassermann, den Fortschrittler Haas und den Sozialdemokraten Ludwig Frank, den Vertreter Mannheims im Reichstag, trennten, so waren sie doch durch ein gewisses, aus der süddeutschen liberalen Tradition aufsteigendes Fluidum miteinander verbunden. Haas hat seine Befriedigung nicht nur in der Vertretung des liberalen Gedankens gesehen, sondern seit jeher auch der sozialen Gesetzgebung sein besonderes Interesse zugewandt²³.

Haas trat an die Stelle des Freiherrn Heinrich von Bodman, der lange Jahre hindurch die Geschäfte des Ministeriums des Innern geführt hatte. Seine Ernennung war bestimmt, die Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie mit monarchischer Spitze auf evolutionärem Wege im Staate Baden zu fördern, in dem die besten Aussichten für einen reibungslosen Übergang bestanden. Das Ziel, dem die Berufung im Rahmen der badischen Politik und im größeren Rahmen der Reichspolitik unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden dienen sollte, wurde nicht erreicht. Die Reformen kamen zu spät, die letzten verhängnisvollen Fehler der Marineleitung und die Verzögerung der Abdankung Wilhelms II. führten die Revolution herbei, deren Strudel jene Bemühungen verschlang. Moritz Ellstätter war der erste und einzige Jude, der vor 1918 als Minister gedient hatte, ohne einen Glaubenswechsel vorzunehmen. Er trat sein Amt zwei Jahre vor Gründung des Reiches an. Wiederum war es der Staat Baden, der einige Wochen vor dem Zusammenbruch desselben Reiches den einzigen anderen Juden an die Spitze eines Ministeriums berufen hat²⁴.

Ludwig Haas wandelte seit seiner Studienzeit Wege, die von den vorher im öffentlichen Leben stehenden Juden nicht beschritten worden waren. Für ihn stellte das Judesein im Gegensatz zu Rathenau, der seelisch so sehr darunter litt, und zu Robert Friedberg, der sich ihm durch die Taufe zu entziehen versuchte, kein Problem dar. Die deutschen Juden sah er durch Geschichte und Kultur unlöslich mit dem deutschen Volke verbunden. Ihre Verwurzelung im deutschen Lande war ihm nicht nur eine vom Gefühl diktierte oder vom Verstand erfaßte Erfahrung, sondern auch persönliches Erlebnis. Er fühlte sich dem alemannisch-pfälzischen Wesen zugehörig und sprach den Dialekt seiner Heimat. Die zionistischen Bestrebungen lehnte er ab. Er sah in

ein Amt, das er nach der Revolution in der Badener vorläufigen Volksregierung beibehielt. Wurde nach 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. 1919 in die Nationalversammlung gewählt, schied aus dem Ministeramt aus und war eine Zeit lang badischer Staatsrat (Minister ohne besonderen Amtsbereich). Seit 1920 Mitglied des Reichstags. Vorstandsmitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Gest. 1930 in Berlin.

²³ *Schrag-Haas*, S. 73 ff.

²⁴ *Schrag-Haas*, S. 81.

dem uneingeschränkten Bekenntnis zu Deutschland die Wurzeln des Erfolges im Kampfe für das Recht der Juden in Staat, Wirtschaft und Kultur. Über die Tatsache, daß dies einem großen und zwar dem politisch entscheidenden Teil des deutschen Volkes nicht genügte, war er sich im klaren. Er glaubte, durch eine Haltung der Juden, wie er sie vorlebte, und ständige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit diese Feindseligkeit überwinden zu können.

Haas war stolz auf seine jüdische Abstammung. Er wandte sich gegen die hochmütige Ablehnung des Ostjudentums; er erkannte seine Werte an. Er bestritt entschieden, daß es die Quelle des Antisemitismus in Deutschland sei²⁵. Durch den wachsenden Antisemitismus wurde er in eine kämpferische Stellung gedrängt. Erfüllt von dieser Stimmung beteiligte er sich als Student an der Organisierung der jüdischen Studentenschaft in besonderen Verbänden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten sich Juden in den deutschen Korps und Burschenschaften befunden, in die Burschenschaften wurden Juden auch später, wenn auch nicht häufig, aufgenommen; der preußische Landtagsabgeordnete Peltasohn, der in demselben Jahre starb, in dem Haas in den Reichstag gewählt wurde, war Mitglied der Burschenschaft Arminia. Seitdem hatte der Antisemitismus in der deutschen Studentenschaft vor allem unter dem Einfluß Treitschkes zugenommen, der antisemitische Verein Deutscher Studenten war begründet worden und jüdische Studenten wurden in jene Verbindungen nicht mehr aufgenommen. Verbände ohne Korps- oder burschenschaftlichen Charakter, die Juden aufnahmen, hatten kaum nichtjüdische Mitglieder. Sie waren nur fiktiv paritätisch, ein Zustand, der von vielen jüdischen Studenten mit Recht als entwürdigend empfunden wurde. Diese fühlten das Bedürfnis, eigene jüdische Studentenverbindungen zu begründen. Die Scheidung von Juden und Nichtjuden im studentischen Leben machte schnelle Fortschritte.

So wandte sich Haas der deutsch-jüdischen Studentenorganisation K. C. (Kartell Convent) zu, deren erster Verband 1886 begründet worden war²⁶. Im Rahmen des Programms des K. C. erblickte Haas in dem deutschen Judentum eine historisch gewordene Gemeinschaft, die dem deutschen Volksganzen wertvolle Dienste geleistet hatte und weiter leistete. In Übereinstimmung mit dieser studentischen Organisation erachtete er es als Pflicht eines jeden Juden, „für Gleichberechtigung und soziale Hebung der Juden zu arbeiten“. Dieser Kampf sollte mit offenem Panier und mit den Waffen und Möglichkeiten des deutschen Verbindungsstudenten geführt werden. Es war eine aus verletztem Stolz zu erklärende militante Idee. Insoweit als die jüdischen Studenten in ihrer Sondergruppierung die überholten Sitten und Gebräuche des deutschen farbentragenden Studententums übernahmen, um von diesen exklusiven Kreisen als gleichwertig anerkannt zu werden, war es ein

²⁵ *Schrag-Haas*, S. 90 f.; s. auch den schönen Nachruf auf Haas von Theodor Heuss, abgedruckt bei *Lamm*, An und über Juden, 65 ff.

²⁶ *Asch* und *Philippson*, S. 122 ff.

Auswuchs der Assimilation an Verirrungen der deutschen Oberschicht. Haas begründete 1897 die fünfte jüdische Studentenverbindung des K. C., die Friburgia in Freiburg, und gehörte auch an den anderen Orten seines Studiums der gleichgerichteten Studentenverbindung Badenia in Heidelberg und der Licaria in München an²⁷. Er wirkte später im Vorstand des badischen Landesverbandes und danach auch im Zentralvorstand des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und war in der Leitung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten.

Haas' prominente Stellung in der deutschen und jüdischen Politik trug ihm während des Krieges eine undankbare Aufgabe ein. Er wurde 1915 vom Frontdienst abberufen und zum Leiter des jüdischen Dezernats beim Verwaltungschef des Generalgouvernements Warschau ernannt. Er hatte jüdische Schul- und Kultusangelegenheiten zu bearbeiten; schon vor seinem Amtsantritt war vom Generalgouverneur deutsch als die Sprache der deutschen und jüdischen Schulen im besetzten Polen festgelegt worden. Haas' Tätigkeit gipfelte in der Mitwirkung an der Verordnung über die Organisation der Juden in Polen, die 1917 erlassen wurde und über das Zeitalter der Besetzung hinausgewirkt hat. Sein Amt fand mit dem Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 ein Ende.

Haas' politische Aufgabe war es, die polnischen Juden zu Mittlern des deutschen Gedankens in einer nicht deutschen Umwelt zu machen. Die ihm auferlegte Arbeit war auf einer Reihe falscher Arbeitshypothesen aufgebaut. Der Sieg der Mittelmächte wurde vorausgesetzt, die russische Revolution vom Frühjahr 1917 nicht vorausgesehen. Die Polen konnten sich begreiflicherweise mit der Heranziehung eines pro-deutschen Elements in ihrer Mitte nicht abfinden; ihr Haß richtete sich daher gegen die Juden. Dabei beriet man in Berlin und im Großen Hauptquartier über die künftige Aussiedlung derselben polnischen Juden, die Träger des Deutschtums sein sollten. Es wurde auch nicht berücksichtigt, daß in dem entsetzlichen Elend des Okkupationsgebietes die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse vordringlich war: *primum vivere, deinde philosophari*. Innerhalb der polnischen Judenheit lagen Zionisten, Orthodoxe und Liberale untereinander im Streit über den Weg, den das polnische Judentum einschlagen sollte; die Mehrheit trat für eine nationaljüdische Lösung, sei es in Palästina, sei es in einem polnischen Nationalitätenstaat ein²⁸.

Weder die deutsche Kriegspolitik, noch die Ziele der Polen noch die Aspirationen der polnischen Juden konnten Haas Boden unter seinen Füßen geben. Die Schwierigkeiten der politischen Arbeit, die ihm oblag, wären für jeden

²⁷ Haas' eigene Darstellung über die Antriebe seiner Mitgliedschaft im K. C., AZJ 1912, S. 160; vgl. Feder, In Memoriam Ludwig Haas.

²⁸ Schrag-Haas, S. 79 ff.; Gronemann, S. 112, 159 f.; Oppenheimer, Nationale Autonomie, S. 721 ff.; besonders S. 729. – Aussiedlung der polnischen Juden von der Reichsleitung geplant, s. Fischer, S. 124, 289, 341.

Mann an dieser Stelle unüberwindlich gewesen. Am wenigsten konnte ein liberaler deutscher Jude die Mission erfüllen, von der sich wohlmeinende deutsche Juden und Christen in Verkennung der Gesamtsituation viel versprachen. Haas wurde wegen seines Idealismus, seiner menschlichen Qualitäten und seiner verständnisvollen Güte viel bewundert, wegen der Tendenzen der Politik, die er zu befolgen hatte und selbst für richtig hielt, viel gescholten. Nicht jedem wäre an dieser Stelle menschliche Bewunderung zuteil geworden, politischer Kritik aber wäre niemand entgangen, der sich weisungsgemäß an diese unlösbare Aufgabe herangewagt hätte.

B. Die antisemitische Welle während des Krieges

Vordringen des Alldeutchtums und der Vaterlandspartei

Während des Krieges begann seit etwa 1916 die Regierung die von ihr bis dahin bewahrte Kontrolle der von rechts andrängenden Kräfte der Alldeutschen und der 1917 entstandenen, alle chauvinistischen Kreise sammelnden Vaterlandspartei zu verlieren. In dieser Partei erprobte das nationalistische und imperialistische Bürgertum seine Fähigkeit, sich zusammenzuschließen und zu organisieren. Die Partei gewann in rascher Folge über eine Million Mitglieder, eine Zahl, die keine andere Partei, einschließlich der Sozialdemokratie, vorher je erreicht hat. Gleichzeitig war ein rapides Wachstum des Antisemitismus zu beobachten. Er stieg im Süden in der bayerischen Zentrumspartei stark an und wurde im Norden vor allem von der Vaterlandspartei genährt. Einer ihrer Führer, der Generalmajor a. D. Freiherr Hermann von Gebstättel, der auch stellvertretender Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes war, erklärte 1917, daß der Reichstag von 1912 aus Judenwahlen hervorgegangen und daß daher ein Judenfriede zu befürchten sei; jüdisches Geld werde zur Radikalisierung des Volkes verwendet, weil dies den Wünschen der jüdisch-demokratischen Presse entspreche²⁹. „Kann man noch zweifeln“, fragte Friedrich Meinecke 1946 nach der Katastrophe, „daß Alldeutsche und Vaterlandspartei ein genaues Vorspiel für den Aufstieg Hitlers waren?“³⁰

Von diesen Kräften ging im gleichen Zeitpunkt, in dem gewisse Forderungen des jüdischen Bürgertums auf Gleichberechtigung im Heere und in der Justiz von den Regierungs- und Verwaltungsorganen erfüllt wurden, ein Frontalangriff auf die jüdische Bevölkerung aus. Ihr wurde vor allem Mangel an Wehrwillen und vaterländischer Opferbereitschaft sowie Ausnutzung ihrer Stellung in der Wirtschaft zur Erringung von Sondervorteilen, Schieber-

²⁹ Veröffentlicht in Deutsche Zeitung, nachgedruckt in AZJ 1917, S. 471; über Gebstättel, AZJ 1917, S. 302.

³⁰ *Meinecke*, Die deutsche Katastrophe, S. 50.

tum und Preistreiberei vorgeworfen. Diese Vorwürfe vermehrten und verstärkten sich in dem Maße, in dem die militärische Situation Deutschlands sich verschlechterte.

Juden­zählung im Heere und in den Kriegsgesellschaften

Die antisemitische Stimmung fand einen Widerhall im Kriegsministerium, das durch Verfügung vom Oktober 1916 die sogenannte Juden­zählung im Heere und in den Kriegsgesellschaften in Gang setzte. Es veranlaßte eine Statistik aller Angestellten dieser Gesellschaften sowie der Heeresangehörigen, getrennt nach Front-, Büro- und Garnisdienst. Wenige Wochen nach dem Beginn dieser Erhebung setzte sich diese Aktion auf parlamentarischer Ebene fort. Das Zentrum beantragte in der Budgetkommission des Reichstags, eine Konfessionsstatistik in den Kriegsgesellschaften durchzuführen, während der antisemitische Abgeordnete Ferdinand Werner-Gießen eine Konfessionsstatistik für das Heer verlangte. Beide Anträge wurden von dem Abgeordneten Gustav Stresemann namens der nationalliberalen Fraktion unterstützt. Es ist bei den damals mit voller Kraft im nationalistischen Fahrwasser segelnden und eng mit dem Ministerium zusammenarbeitenden Stresemann höchst unwahrscheinlich, daß er diesen Antrag ohne Fühlung mit der Behörde befürwortet hat. Deckung für das unzulässige Vorgehen des Ministeriums mag die Triebfeder gewesen sein; zugleich konnte sich aber ein Mann von der Klugheit Stresemanns nicht im unklaren darüber sein, daß ein solcher Vorstoß von parlamentarischer Seite und die öffentliche Erörterung der bis dahin nur kleinen Kreisen bekannten Maßnahmen der antisemitischen Flut einen gewaltigen Auftrieb geben mußten³¹.

Bei den Beratungen wehrte sich das Ministerium gegen den Vorwurf, antisemitische Tendenzen mit seiner Zählung zu verfolgen. Ebenso wie Stresemann erklärte der Departementsdirektor im Ministerium, Oberst Ernst von Wrisberg, daß Material gesammelt werden solle, um den Vorwürfen gegen jüdische Drückebergerei entgegenzutreten zu können. Entgegen diesen Behauptungen war in Wirklichkeit krasser Antisemitismus die Triebfeder für die statistische Erhebung, so sehr der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens diese bittere Wahrheit auch zu verhüllen suchte³². Der wirklichen Beweggründe wurden die Vertreter der Linken im Reichstag sofort

³¹ IDR 1916, S. 242 ff.; 258 f.; 1917 S. 245; AZJ 1916, S. 508. Dort auch Stresemanns Äußerung, daß er der Gefahr des Wiederauflebens des Antisemitismus begegnen wolle; wer widerstrebe, erwecke den Anschein, als ob etwas zu vertuschen sei.

³² Wrisbergs Rede im Reichstag, St. B. 3. 11. 1916, S. 2036. Nach dem Kriege hat Wrisberg das Material einem antisemitischen Autor zur Verfügung gestellt, der es unter dem Pseudonym Otto Arnim veröffentlicht hat. Scharfe Kritik an dem „Machwerk von unglaublicher Schluderhaftigkeit und Bösartigkeit“ übt *Oppenheimer*, *Erlebtes*, S. 226 f. S. auch *Oppenheimer*, *Die Judenstatistik*, und *Segall*, *Die deutschen Juden im Kriege 1914–1918*.

gewahr. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Philipp Scheidemann verurteilte in einem scharfen Artikel im sozialdemokratischen Zentralorgan „Vorwärts“ den „Vorstoß gegen alles gute Herkommen und gegen Grundsätze eines konfessionell neutralen Staatswesens“. Ludwig Haas wandte sich in einer mutigen und wirkungsvollen Rede gegen die Konfessionsstatistik, die sozialistischen Abgeordneten Wolfgang Heine, Max Quarck und Daniel Stücklen, der Berichterstatter zum Heeresetat, tadelten die Haltung des Kriegsministeriums mit Entschiedenheit³³. Trotzdem stimmte die Mehrheit der Kommission für die Anträge.

In der Sache selbst war diese Stellungnahme der Kommission ohne Bedeutung, da die Zählung ja als Verwaltungsmaßnahme in Angriff genommen und bereits in vollem Gange war. Daß sich jedoch die Vertreter aller Parteien außer Sozialdemokraten und Fortschrittlern für den Antrag einsetzten, war ein Sturmzeichen. Die Haltung des Reichstags spiegelte die Stärke der antisemitischen Bewegung im Lande wider. Ein auf Grund des gleichen Wahlrechts zustande gekommenes Parlament fand sich mit dem von der preußischen Aristokratie beherrschten Kriegsministerium in dem Willen zur Durchführung einer Konfessionsstatistik zusammen. Der Masse des deutschen Bürgertums erschien die Maßnahme als Beweis des Versagens der Juden im Kriege, und diese Auffassung erhielt sich, da die Ergebnisse der Statistik während des Krieges nicht veröffentlicht wurden. Es bedurfte erst der jüdischen, dann der deutschen Katastrophe, um – zu spät – das deutsche Heer 45 Jahre nach der Durchführung der Statistik zu einem Wahrheitsbekenntnis und zu öffentlicher Anerkennung der Pflichterfüllung der deutschen Juden im Kriege zu veranlassen. Dies ist 1961 durch den damaligen Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Strauß sowie durch seinen Presse- und Informationschef, den Obersten Gerd Schmückle, schriftlich und in Rundfunkansprachen geschehen³⁴.

Das Ende des obrigkeitstaatlichen Antisemitismus

Es paßt in das Bild einer Stimmungsmache zur Ablenkung von der wahren Verantwortlichkeit dieser Zeit, daß General Erich Ludendorff, der eigentliche Beherrscher Deutschlands seit dem Sommer 1917, nach dem Durchbruch der deutschen Front durch die gegnerischen Armeen im August 1918, als eines der Mittel zur Besserung der Lage die stärkere „Heranziehung des noch freien Judentums“ – zur Wandlung des Schicksals eines Millionenheeres! – verlangte³⁵. Die Tendenz solcher Vorschläge und Maßnahmen, die Richtung der

³³ AZJ 1916, S. 508 f.; 514; 531 f. Haas' Rede in Reichstag, St. B. 3. 11. 1916, S. 2050, teilweise nachgedruckt bei *Schrag-Haas*, S. 89. In der Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus tadelten auch die Abgeordneten Felix Waldstein und Georg Gothein die Statistik mit Schärfe; AZJ 1916, S. 579.

³⁴ Kriegsbriefe, S. 5–13; Schmückles Ansprachen, s. oben Anm. 2.

³⁵ *Eyck*, Geschichte der Weimarer Republik I, S. 50.

aus der Not der Zeit, aus Haß und Neid geborenen Stimmungen war klar. „Es weht Pogromluft auch in Deutschland . . . Fast jede Nummer dieser Zeitschrift“, klagt der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens kurz vor der Revolution, „mußte sich leider in den letzten zwei Jahren mit den Anzeichen eines sich immer wilder gebärdenden journalistischen und rednerischen Antisemitismus befassen.“ Diese Stimmung drang selbst in Kreise ein, die sonst vom Antisemitismus durch ständige Aufklärungsarbeit immun waren. So mahnte der bayerische sozialdemokratische Führer Erhard Auer kurz nach dem Amtsantritt des Prinzen Max, in der Sozialdemokratie den Kampf gegen Schieberei und andere Mißstände nicht unter dem Gesichtspunkt der Rassenzugehörigkeit zu behandeln. Selbst in Gewerkschaftskreisen machte sich eine antisemitische Stimmung bemerkbar³⁶.

Bereits während des Krieges war das Gefüge des alten Obrigkeitsstaates ins Wanken gekommen. Mit ihm geriet auch die Politik in Erschütterung, die den Antisemitismus in einem nach den gesellschaftlichen Anschauungen und beruflichen Interessen einer Oberschicht bestimmten Ausmaße praktizierte und ihre Beamtenpolitik gegenüber den Juden darauf einstellte. In den Jahrzehnten vor dem Kriege war diese Schicht in ihrer Stellung fest verankert. Sie konnte ihre Politik gegen das Drängen auf Durchführung der faktischen Gleichberechtigung durchsetzen. Sie konnte sie auch gegen den radikalen Antisemitismus gewisser rechtsstehender Gruppen aufrechterhalten. Als das alte Fundament jedoch im Kriege brüchig wurde, wurde die Stellung der deutschen Herrschaft von den Wogen überflutet, die die durch den Krieg heraufbeschworenen Leidenschaften anrollen ließen. Sie erschütterten den Bestand der alten Ordnungen und bereiteten damit auch der Politik des obrigkeitsstaatlich regulierten Antisemitismus ein Ende.

³⁶ IDR 1918, S. 454, vorher auch S. 441, dort zitiert nach Münchener Post vom 14. 10. 1918; G. Mayer, aaO, S. 367.

KAPITEL II

DIE JUDEN ALS WÄHLER

1. DIE GEWÄHRUNG DER POLITISCHEN RECHTE

A. Wahlrecht und Wählbarkeit

Die Nationalversammlung von 1848

Den Grundstein für die Beteiligung der Juden an politischen Wahlen und für ihre Wählbarkeit legte ein Beschluß des am 31. März 1848 zusammengetretenen Frankfurter Vorparlaments. Es erkannte jedem Deutschen ohne Unterschied des Standes, des Vermögens und des Glaubensbekenntnisses Wahlrecht und Wählbarkeit zur Nationalversammlung zu. Die Frankfurter Nationalversammlung hielt den Grundsatz der Unerheblichkeit des Glaubensbekenntnisses für Wahlrecht und Wählbarkeit aufrecht¹.

Die Rolle Gabriel Riessers

Gabriel Riesser war als Mitglied des Vorparlaments und der Nationalversammlung an beiden Beschlüssen führend beteiligt.

Im Vorparlament sprach er gegen jede Diskriminierung bei der Zulassung zum aktiven und passiven Wahlrecht. Er war sich bewußt, was dieser Augenblick in seinem schon 18 Jahre währenden Kampfe für die jüdische Gemeinschaft bedeutete. Seine Rede war von jenem vibrierenden Pathos getragen, das seine Äußerungen bei großen Gelegenheiten stets durchzog:

„Die Einheit Deutschlands soll nicht eine bloße Form sein, sie soll eindringen in die Gesinnung. Lassen Sie die aufgehende Sonne Deutschlands leuchten durch alle Winkel und düstere Schluchten, lassen Sie allenthalben jeden Unterdrückten, in seinem Rechte Zurückgesetzten fühlen, daß er in der Vertretung einer Nation von 40 Millionen eine Stütze hat: darum schlage ich vor, daß jeder volljährige Deutsche, ohne eine Bestimmung des Standes, Vermögens oder Glaubensbekenntnisses, Wähler und wählbar sei.“²

¹ S. oben S. 21.

² *Gabriel Riesser*, IV, S. 463; *Friedländer*, Das Leben Gabriel Riessers, S. 94.

Die Zulassung der Juden zum aktiven und passiven Wahlrecht erschien in Riessers Worten als eine den politischen und sozialen Empfindungen in einem historischen Augenblick entsprechende Forderung der allgemeinen Gerechtigkeit. Er wandte sich gegen eine Diskriminierung auf Grund des Standes, also des Bürgertums gegenüber dem Adel; des Vermögens, also des Besitzlosen gegenüber dem Besitzenden, und des Glaubensbekenntnisses, also des Juden gegenüber dem Mitglied einer christlichen Kirche.

Riessers Worte stießen auf keinen Widerspruch. Sie waren für die Ausübung des Wahlrechts zur Nationalversammlung und für die Wählbarkeit der Juden zu ihr entscheidend. Das ist umso bemerkenswerter, als sonst das Wahlrecht zur Nationalversammlung sehr buntscheckig ausgefallen ist. Die Abgeordneten wurden in den einzelnen deutschen Landschaften bald direkt, bald indirekt durch Wahlmänner berufen, in dem einen Land ohne jeden Census, in anderen Gebieten unter Ausschluß der unselbständigen Berufe, der Dienstboten und Tagelöhner³. Die Zuerkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit schuf auch den Präzedenzfall für die Wahlen zu künftigen Parlamenten. Für den Erfolg der Bemühungen Riessers war seine Rede im Vorparlament nicht weniger bedeutsam als seine häufig zitierten Ausführungen in der Paulskirche zu § 13 der Grundrechte gegen den Zusatzantrag Moritz Mohls, der die Regelung der Verhältnisse des jüdischen Volksstamms einem Sondergesetze vorzubehalten wünschte; denn auch Mohls Antrag war so formuliert, daß das aktive und passive Wahlrecht den Juden in jedem Fall gesichert bleiben sollte⁴.

Die Bedeutung der Rede Riessers in der Nationalversammlung kann dennoch nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mohls Antrag nötigte Riesser, zu der jüdischen Frage selbst Stellung zu nehmen, sie der Hülle allgemeiner liberaler Grundsätze zu entkleiden und sie als ein Problem an sich vor der Versammlung zu behandeln. Im Vorparlament erschien er ausschließlich als deutscher Politiker. Jedes andere Mitglied des Vorparlaments hätte seiner damaligen Forderung inhaltlich ähnlich Ausdruck verleihen können. In der Paulskirche trat er, wie er selbst hervorhob, als Vertreter der „unterdrückten Klasse“ der Juden auf. Er wurde in dem ersten deutschen Parlament der Neuzeit zum Vorkämpfer der jüdischen Gleichberechtigung. Von seiner grundsätzlichen Haltung wich er deswegen nicht ab. In seinen letzten Sätzen fand er den Anschluß an die Ideen wieder, die er stets verfochten und die er im Vorparlament als Leitstern gewählt hatte: Die Freiheit ist unteilbar, die Freiheitsrechte eines jeden sind bedroht, wenn sie den Juden verweigert werden. Ausnahmegesetze legen die Keime des Verderbens in das ganze System

³ Stadelmann, S. 116.

⁴ Mohls Antrag bei G. Riesser, IV, S. 403. Der Text des Antrags lautete: „Die eigentümlichen Verhältnisse des israelitischen Volksstamms sind Gegenstand besonderer Gesetzgebung und können vom Reiche geordnet werden. Den israelitischen Angehörigen Deutschlands werden die aktiven und passiven Wahlrechte gewährleistet.“

der Freiheit⁵. Zwar war die Sache des Antragstellers Mohl von vornherein verloren. Dennoch war es wichtig, daß sich ein jüdischer Abgeordneter als Wortführer der jüdischen Sache bei dieser Gelegenheit vernehmen ließ. Die Rede gewann Riesser die Sympathie des Hauses und parlamentarische Beachtung, die bis dahin dem in der Paulskirche noch wenig bekannten Hamburger Anwalt gefehlt hatte. Eine Woche nach der Rede wurde er Mitglied des Verfassungsausschusses, einen Monat danach Vizepräsident der Versammlung⁶.

Die einzelstaatlichen Parlamente

Wahlrecht und Wählbarkeit wurden den Juden im Revolutionsjahr auch in den Einzelstaaten durchweg zuerkannt. Die neu erworbenen Rechte der Juden hielten in den meisten Staaten dem Ansturm der Reaktion stand. Gabriel Riessers Verlangen, daß mit der Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts auch die verletzenden „Ausnahmegesetze in niederen Sphären“ fallen sollten, wie sie in bunter Fülle in den deutschen Einzelstaaten bestanden, fand sich langfristig erfüllt⁷. Während mehr als einem Jahrzehnt wurde dieser Forderung jedoch nur teilweise oder gar nicht entsprochen.

Versuche, der Gleichberechtigung auf dem Gebiet des aktiven und passiven Wahlrechts ein Ende zu machen, wurden in Preußen im Keime erstickt⁸, in Bayern abgeschlagen. Der 1854 von dem Ministerium Ludwig von der Pforten eingebrachte Entwurf, der das bayerische Wahlgesetz im Sinne der ständischen Gliederung ändern und das Bekenntnis zur christlichen Religion zur Grundlage des Wahlrechts machen wollte, fand selbst in der Bayerischen Kammer jener Zeit nicht die für Verfassungsänderungen vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit⁹. Die Petitionen der jüdischen Gemeinden, der Einfluß jüdischer Bürger, die zu örtlichem Ansehen und Anerkennung gelangt waren, und die wirtschaftliche und kulturelle Eingliederung der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung seit dem Beginn des Jahrhunderts haben ihren Eindruck nicht verfehlt.

In einigen Staaten gingen jedoch die Juden in der Reaktionszeit des Wahlrechts wieder verlustig. Zu ihnen gehörten Württemberg und Kurhessen, auch die Freie Stadt Frankfurt a. Main, wo der Widerstand des Senats gegen die Gleichberechtigung der Juden 1852 zu der Aufhebung des Gesetzes vom Februar 1849 über die Gleichberechtigung ohne Unterschied des Glaubens führte. Ein Gesetz vom September 1853 gab dann den Juden das Wahlrecht mit der Maßgabe zurück, daß nicht mehr als vier Bürger israelitischen Glau-

⁵ G. Riesser, IV, S. 403 ff.

⁶ Friedländer, aaO, S. 102, 104.

⁷ G. Riesser, IV, S. 408 f.

⁸ S. oben S. 24 f.

⁹ Kirchpfering, S. 5; Eckstein, Beiträge, S. 17 f.; Süßheim, Die parlamentarische Tätigkeit, S. 42 f. – Immerhin sprach sich eine einfache Mehrheit der Kammer für den Entwurf aus.

bens zur Gesetzgebenden Versammlung zugelassen werden sollten. Die Rechtsbeschränkungen in Württemberg und in Kurhessen fielen im Jahre 1861. Ein Frankfurter Gesetz von 1864 hob den *numerus clausus* für jüdische Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung auf und ließ Juden auch zum Senat und zur städtischen Bürgerrepräsentation, einer Vertretung der Bürgerschaft bei der Finanzverwaltung, zu¹⁰.

Durch das Gesetz von 1869 wurden Wahlrecht und Wählbarkeit zu den einzelstaatlichen Parlamenten und den Gemeindekörperschaften auch reichsrechtlich festgelegt. An den tatsächlichen Zuständen änderte das Gesetz in dieser Hinsicht nichts, da diese Rechte damals den Juden nirgends mehr vorenthalten wurden. Wo sie nicht wahlberechtigt waren, wie in den beiden Mecklenburg, teilten sie dies Schicksal mit der Gesamtbevölkerung.

B. Der politische Standort der jüdischen Wähler

Das Interesse an der freiheitlichen Rechtsordnung

In Preußen und in den meisten Staaten des deutschen Nordens vollzog sich die politische Emanzipation der deutschen Juden als Bestandteil der Befreiung des deutschen Volkes vom fürstlichen Absolutismus, ebenso wie die Steinsche Städteordnung im Anfang des Jahrhunderts die Juden in die Ausübung des Selbstverwaltungsrechts der Städte durch alle Bürger mit einbezogen hatte. Als normale Folge fanden die Juden nach der Revolution bei der Herausbildung eines noch unkomplizierten Parteiensystems, das sich in den Gegensätzen zwischen Konservativismus und Liberalismus ausdrückte, ihren Platz im Liberalismus. Andersartige Tendenzen im Judentum und bei gewissen Vertretern des Liberalismus des Vormärz wurden durch die Revolution und die Haltung der Parteien weggeschwemmt. Hatte sich früher Riesser gegen judengegnerische Liberale wie Karl von Rotteck und Karl Theodor Welcker, Heinrich E. G. Paulus, Bruno Bauer und Karl Gutzkow wenden und den Zusammenhang zwischen der Behandlung der Juden und dem Gesamtprogramm und den Zielen der Liberalen nachweisen müssen, so fiel diese Notwendigkeit jetzt weg¹¹.

In der Tat fanden in der Reaktionszeit die Juden im Lande und im Parlament für ihre Ansprüche bei den Liberalen die Stütze, die ihnen von seiten der Regierungen nicht zuteil wurde. Das Wort Moritz Veits, daß er niemals bei seinen christlichen Mitbrüdern, aber immer wieder bei den Fürsten und ihren Dienern auf Hemmnisse gestoßen sei, wurde unter den Eindrücken

¹⁰ Über Württemberg und Kurhessen, s. oben S. 26. Über die Entwicklung des Wahlrechts in Frankfurt a. Main, *Bothe*, S. 222 f., 226. Informationen verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Andernacht, Frankfurt a. Main.

¹¹ *Veit*, S. 522; *Friedländer*, aaO, S. 88.

dieser Zeit in Preußen gesprochen¹². Auch in Bayern verharrte die Zweite Kammer wie schon 1830, in einer liberaleren Haltung als die Kammer der Reichsräte, in der der Adel dominierte, und das bayerische Königshaus¹³.

Es war daher nur zu verständlich, daß die Juden ihr Interesse in der Bekämpfung des fürstlichen Absolutismus und in der Entfaltung und Verwirklichung der liberalen Staatsauffassung sahen. Da sie Rechte zu erstreiten hatten, die wenigstens teilweise den übrigen Bürgern bereits gewährt waren, war ihr Kampfwille eindeutiger und stärker. Sie traten für die Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Sie erwarteten von der Ausdehnung der Sphäre der persönlichen Freiheit und von der Sicherung der Preß- und Versammlungsfreiheit eine politisch-erzieherische Wirkung. Die Verteidigung der Gleichheit vor dem Gesetz war für sie lebenswichtig. Sie suchten die Bedeutung der parlamentarischen Einrichtungen gegenüber der Exekutive zu steigern; sie sahen in ihnen eine Stütze oder die Möglichkeit einer Stütze gegen obrigkeitliche Willkür.

Das Interesse an der Herbeiführung der Reichseinheit

Die Juden waren nicht am einzelstaatlichen Partikularismus interessiert. Mochte dieser für viele deutsche Bürger der Ausdruck traditioneller Anhänglichkeit sein und als Schutzwall mannigfacher materieller Interessen erscheinen, den Juden hatte er viele Enttäuschungen gebracht. Sein Wiederaufleben hatte manche Hoffnungen vernichtet, die der Aufschwung der Gesamtnation im Anfang des Jahrhunderts und in der Revolution von 1848 in ihnen erweckt hatte. Sie standen daher in ihrer überwältigenden Mehrheit im Lager der Freunde der Einigung des Reichs. Sie fanden auch dadurch den Anschluß an den deutschen Liberalismus. Da dieser die kleindeutsche Lösung propagierte, konnten die Juden Preußens ihre liberale Einstellung mit der Anhänglichkeit an die Hohenzollern-Monarchie vereinbaren, in deren Schutz sie sich geborgener fühlten als in manchen anderen deutschen Staaten. Freizügigkeit, Niederlassungsrecht, Rechtssicherheit, die Ausübung des Staatsangehörigkeitsrechts in ganz Deutschland war für die Juden noch wichtiger als für die Gesamtbevölkerung. Je mehr der einheitliche Markt sich ausdehnte und je weniger Schranken dem Außenhandel gesetzt wurden, desto besser waren ihre wirtschaftlichen Aussichten als Groß- und Kleinkaufleute, im Bank-

¹² S. oben S. 41.

¹³ *Eckstein*, aaO, S. 13. Die zweite Kammer nahm 1849 einen von der Regierung vorgelegten, vom Staatsrat einmütig gebilligten Emanzipationsentwurf mit 91 gegen 40 Stimmen an. Er scheiterte am Widerspruch der Ersten Kammer (*S. Schwarz*, S. 280–283; s. auch oben S. 22). In Württemberg war damals die Zweite Kammer entgegenkommender als die Regierung (*A. Tänzer*, S. 94). 1861 nahm in Württemberg die Zweite Kammer den Gesetzentwurf über die Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnis mit 80 gegen eine Stimme an; in der Ersten Kammer war das Stimmverhältnis 24 zu 12. (*Tänzer*, S. 95).

wesen und als Angestellte. Freie Wirtschaft und Freihandel, wie sie der Liberalismus in Übereinstimmung mit den Wünschen der Mehrheit der landwirtschaftlichen, industriellen und Handel treibenden Bevölkerung vertrat, entsprachen auch den Interessen der jüdischen Wirtschafts- und Berufskreise.

Die Haltung der Juden trat 1858, im ersten Jahre der Neuen Ära, in dem nach fast einem Jahrzehnt der Wahlenthaltung die Liberalen in Preußen sich erstmalig wieder an den Wahlen beteiligten, klar zutage. Sie standen mit der Masse der Liberalen in den Reihen der gemäßigten Altliberalen; die radikalen Demokraten, denen die Katastrophe von 1848 noch in den Gliedern steckte, hielten sich zurück, um den liberalen Wahlerfolg nicht zu gefährden. Als im Herbst 1861 der linke Flügel der Altliberalen sich als Deutsche Fortschrittspartei konstituierte, dürften die meisten Juden bei den kurz danach abgehaltenen Wahlen der neuen Partei ihre Stimme gegeben haben. Sie bekannte sich zum Unterschied von den zögernden Altliberalen zum Programm des Deutschen Nationalvereins, zum deutschen Bundesstaat unter Führung der Hohenzollern. Sie bejahte den monarchischen Gedanken und lehnte die demokratische Republik ab. Sie verneinte die Berechtigung eines preußischen Partikularismus. Sie erkannte die revidierte Verfassung von 1850 an und vermied es, zur Frage des gleichen Wahlrechts Stellung zu nehmen. Sie verlangte die Verwirklichung des Rechtsstaates und eine feste liberale Regierung¹⁴. Die Juden Preußens standen in ihrer überwältigenden Mehrheit auf dem Boden dieses gemäßigt bürgerlichen und antirevolutionären Programms. Die Fortschrittspartei beherrschte das Parlament in der Zeit des Konflikts zwischen der Krone und der Volksvertretung um die Heeresorganisation. Verfassungsrechtlich ging der Streit darum, ob die Exekutive oder die Legislative dominieren oder, politisch ausgedrückt, ob der König, gestützt vom Adel, dem Großgrundbesitz, dem Heer und der Beamtenschaft oder ob das die Mehrheit des Abgeordnetenhauses beherrschende Bürgertum die Geschicke Preußens bestimmen sollte. Auch in dieser Hinsicht lag das Interesse der Juden eindeutig auf der Seite des Bürgertums, dem sie angehörten.

¹⁴ *Klein-Hattingen*, I, S. 237 f.; *Ziekursch*, I, S. 49 ff.

2. DIE ÄNDERUNG DER PARTEIENSTRUKTUR UND DIE HALTUNG DER JUDEN

A. Die liberale Periode

Der Liberalismus als politisches Heim der Juden

In dem Jahrzehnt von 1866 bis 1871 veränderte sich die Parteienstruktur von Grund auf. Damals entstand die Parteienzersplitterung, die das Reich mit einer schweren Hypothek belastete. Die sechs großen und eine wechselnde Zahl kleinerer Parteien, die sich herausbildeten, gaben von nun an der parteipolitischen Lage ihr Gepräge. Zu ihnen traten die antisemitischen Parteien, deren Entstehung in das nächste Jahrzehnt fällt.

Innerhalb des neuen Parteiensystems war die Entscheidung für die jüdischen Wähler zwischen 1866 und 1878 komplizierter als zuvor, aber dennoch einfacher als für die Gesamtwählerschaft. Der Liberalismus blieb das politische Heim der Juden gemäß ihrem Interesse an der Herbeiführung und Ausgestaltung der Reichseinheit und an dem Ausbau der bürgerlichen und politischen Freiheiten. Dem wirtschaftlichen Liberalismus hingen sie entsprechend ihrer Klassenlage in der bürgerlichen Gesellschaft an.

Die Masse der Juden entschied sich 1867 in den beiden Wahlen zum konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen Reichstag und in den vier ersten Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1871 bis 1878 entweder für die alte Fortschrittspartei oder für die Nationalliberale Partei; diese ging 1867 aus der Verschmelzung eines Teils der Fortschrittspartei mit den Liberalen der 1866 neu erworbenen preußischen Gebiete hervor. Die Gruppe der Fortschrittspartei, die die von Bismarck erbetene Indemnität für die in der Konfliktzeit widerrechtlich geleisteten Ausgaben bewilligte und die den Kern der neuen Partei bildete, machte durch ihre Politik die von Bismarck erstrebte Zusammenarbeit zwischen ihm und den Liberalen möglich. Die nationalliberale Partei beugte sich den von Bismarck geschaffenen Tatsachen. Sie erkannte seinen Führungsanspruch und die Ohnmacht der Liberalen an, aus eigenen Kräften die Reichseinheit herbeizuführen. Durch ihre Präsenz suchte die neue Partei die Mitwirkung der liberalen Kräfte bei der Schaffung und dem Ausbau des kleindeutschen Reiches sicherzustellen.

Soweit eine kleine Zahl von Juden aus wirtschaftlich gehobenen Schichten während der Konfliktzeit in den stark gelichteten Reihen der Altliberalen geblieben waren, stießen manche von ihnen zu den Freikonservativen, die sich 1866 von den Konservativen losgelöst und als besondere Partei formiert hatten. Der Kern der Freikonservativen bestand aus hohen Beamten, Diplomaten und aus Großbürgern, die vielfach Großgrundbesitzer und Industrielle

zugleich waren. Sie unterstützten Bismarcks Politik bedingungslos. Sie waren ohne eigenes Programm und deckten damals den Liberalismus gegen den alt-preußischen doktrinären Konservatismus ab. Sie wurzelten in Norddeutschland, vor allem in Schlesien, während die Nationalliberalen, ebenso wie schon vorher die Fortschrittler, sich unter verschiedenen Namen über das ganze Reich verbreiteten. Die parteipolitische Konstellation zeigte damals die Nationalliberalen als die stärkste Partei vor und nach der Reichsgründung, flankiert von den Freikonservativen auf der Rechten und der Fortschrittspartei auf der Linken¹.

Im Gegensatz zu den Freikonservativen konnte die Deutsche Volkspartei, auch Süddeutsche oder Demokratische Volkspartei genannt, in Preußen nicht Fuß fassen. In ihr sammelten sich der Rest der Demokraten, die der Tradition von 1848 mehr als Lippendienst erweisen wollten, und großdeutsche Föderalisten. Die Zahl ihrer Wähler war geringfügig, sie erreichten nie Fraktionsstärke im Reichstag. Ihre Kraftzentren lagen in Württemberg, wo die Zahl der Juden nicht bedeutend war, und in Frankfurt am Main, wo die Partei über einen Stamm jüdischer Wähler verfügte. Auch in Bayern und Baden hatte die Deutsche Volkspartei Anhang².

Das Fehlen von echten Alternativmöglichkeiten

Politische Alternativmöglichkeiten bestanden für die Juden auf der Rechten und in der Mitte des neuen Parteiensystems nicht. Auch dies konnte ihre liberale Grundhaltung nur befestigen. Die konservative Partei stand in Opposition zu Bismarcks revolutionärer Außenpolitik und zu seiner Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum. Sie umschloß die Schichten, die sich seit jeher gegen die Emanzipation der Juden gestemmt hatten. Der Antisemitismus war in dieser Partei beheimatet. Aus ihren Kreisen kamen die in der „Kreuzzeitung“ im Jahre 1875 veröffentlichten Artikel über die „Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen und die neudeutsche Wirtschaftspolitik“. Sie warfen Bismarck vor, wirtschaftlich von dem jüdischen Bankier Gerson von Bleichröder und politisch von den jüdischen Führern der Nationalliberalen, Eduard Lasker und Ludwig Bamberger, inspiriert zu sein und durch seine Politik dem Interesse des Judentums zu dienen. Die Artikel gipfelten in den Worten: der Kanzler gehört den Juden und den Gründern³.

Ebensowenig kam die neugegründete Zentrumspartei als die Vertretung

¹ *Stillich*, I, S. 226; II, S. 268 ff.; *Klein-Hattungen*, I, S. 295 ff.; *Ziekursch*, I, S. 197 ff.; II, S. 285 ff.; *Eduard Wilhelm Mayer*, S. 140 ff. Über die Bildung der freikonservativen Partei s. auch *Ziekursch*, I, S. 202.

² Zur Geschichte der Deutschen Volkspartei, *Stillich*, II, S. 284 ff.; Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 159 ff., 168 ff., 221 f., 435 ff., 585 ff. *Gustav Mayer*, Die Lösung, S. 252 ff.

³ *Perrot*, S. 271 ff.; Die Artikel sind dort nachgedruckt.

des politischen Katholizismus für jüdische Wähler in Betracht. Sie trat nach Schaffung des deutschen Kaiserreichs mit protestantischer Spitze an die Stelle der vorher lockeren Gruppierung der Katholiken in der katholischen Partei oder katholischen Zentrumspartei im preußischen Abgeordnetenhaus und der Patriotischen Partei der bayerischen Kammer. Die einseitig konfessionell zusammengesetzte Partei erschien als eine Anomalie. Sie wurde von den Anhängern der Reichseinheit und vor allem des Liberalismus als die Antithese ihrer Politik empfunden. Sie repräsentierte die geistige Macht, die sich gegen Liberalismus und Nationalismus stemmte und die Traditionen der universalistischen Reichspolitik gegen die modernen Zeitströmungen vertrat. In diesen Traditionen war das deutsche Judentum nicht beheimatet, sein Aufstieg war mit den neuen Ideen verknüpft. Vereinzelt waren Juden allerdings in der Zentrumspartei zu finden. Ein rheinländischer Zentrumsabgeordneter hob 1876 hervor, daß besonders am Rhein mehrere jüdische Parteigenossen, „und zwar stramme Parteigenossen“ existierten⁴. Dies waren aber Ausnahmefälle. Die Parteigänger des Zentrums wurden als Ultramontane bezeichnet, deren Loyalität dem Haupte der römisch-katholischen Kirche südlich der Alpen galt. Auf der Zentrumspartei lastete der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, den die deutsche Nation überaus freigebig auszuteilen pflegte. Der von Bismarck entfesselte, von den Liberalen begierig aufgegriffene und von Rudolf Virchow etikettierte „Kulturkampf“ schmiedete die Zentrumspartei zu einer festen Einheit zusammen. Sie eroberte in kürzester Frist ein Viertel der Mandate des Reichstags und konnte sich zu einer parlamentarischen Machtstellung aufschwingen, die unerschütterlich blieb.

In den kraftvollen Gegenstößen des Zentrums gegen den Liberalismus bildeten sich früh antisemitische Tendenzen heraus. Die Juden waren liberal, also waren nach einem Fehlschluß von althergebrachter politischer Wirksamkeit die Liberalen Juden oder Judenknechte. Kein Geringerer als der streitbare Führer des Katholizismus, der Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler gab die Kampfparole aus: Der Liberalismus ist ohne Religion, Volksgeist, Tiefe und Sitte; sein Hauptvertreter ist das Judentum. Das deutsche Volk läßt sich von den Juden darüber belehren, was deutsches Wesen ist. Den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit schleuderte die Zentrumspartei auf die Juden zurück; als Sinn des Kulturkampfes bezeichnete sie die Tendenz, christlichen Geist und kirchliche Autorität, die Hemmnisse der Judenherrschaft, zu untergraben. Die antisemitische Polemik wurde von den „*Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland*“ und von den einflußreichsten Tageszeitungen der Partei übernommen. Vor allem nahm die „*Germania*“ in Berlin jeden Gegenstand der Propaganda der späteren Antisemitenparteien einschließlich des Rasseantisemitismus vorweg. Sie billigte den „Protest der germanischen Rasse gegen das Eindringen eines fremden Stam-

⁴ Haus d. Abg., St. B. 24. 5. 1876, S. 1710.

mes“⁵. In grobschlächtigen Verallgemeinerungen und Übertreibungen machte man die jüdischen Geldverleiher und Händler mit Agrarprodukten für die Not des Mittelstandes verantwortlich, der unter der Konkurrenz der Großunternehmen litt, und dessen Lage durch die 1873 ausbrechende, lang anhaltende Wirtschaftskrise verschärft wurde. Der Gründungsschwindel jener Jahre wurde vornehmlich den Juden zur Last gelegt⁶.

Nicht zur Schaffung, wohl aber zur Verbreitung der antisemitischen Stimmung im katholischen Volksteil trug taktloses, zuweilen hetzerisches Hervortreten mancher jüdischer Journalisten und Redner im Kulturkampfe bei. Ihr Einsatz für eine Aktion, in die Bismarck die Liberalen hineinzog und in der er diese zur Preisgabe ihrer Grundsätze und zum Selbstverrat verleitete, war ein verhängnisvoller Irrtum. Sie war weder vom Standpunkt der Festigung der Reichseinheit noch der Idee der Freiheit und besonders der Religionsfreiheit vertretbar⁷.

Die Stellung zur Sozialdemokratie

Auch die beiden sozialistischen Parteien, die sich in den sechziger Jahren bildeten, waren neue Gruppierungen. Sie einigten sich 1875 in Gotha auf ein von Karl Marx bitter kritisiertes Kompromißprogramm und konstituierten sich als Sozialistische Arbeiterpartei. Bis dahin waren sie getrennt marschiert und hatten in Fehde miteinander gelegen: die Lassalleaner, die Partei des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1863, und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der Demokratischen Volkspartei Sachsens einexerziert hatten und die sich 1869 in Eisenach formierte. Beide Parteien verdanken ihre Entstehung der Erkenntnis, daß die Interessen der Arbeiter durch die bestehenden Parteien nicht vertreten wurden. Sie riefen die Arbeiterschaft auf, ihre politische Indifferenz abzuschütteln und sich in einer den Bedürfnissen ihrer Klasse Rechnung tragenden politischen Organisation zusammenzuschließen⁸. Die Chance einer frühen, wenn auch zunächst schwachen Vertretung im Reichstag bot ihnen das von Bismarck aus den Beschlüssen der Paulskirche und den Forderungen Ferdinand Lassalles übernommene, damals als revolutionär geltende gleiche Wahlrecht, das für Bismarck in erster Linie eine wichtige Funktion in dem Kampfe um die Eini-

⁵ Dill, S. 93; Karl Bachem, II, S. 130, 143; III, S. 417, AZJ 1879, S. 37, besonders über die Haltung der Germania im Jahre 1875.

⁶ Zur Geistesgeschichte, s. Schieder, S. 6 ff. – Eine Analyse der Haltung der katholischen Organe bei Wawrzinek, S. 12 ff.

⁷ Sell, S. 242 ff.; über Bernsteins Kritik an der Beteiligung von Juden an der Bekämpfung der katholischen Kirche, s. Silberner, S. 214.

⁸ G. Mayer, aaO, S. 224 ff., 261; G. Mayer, Johann Baptist von Schweitzer, S. 337 ff.; Bebel, Aus meinem Leben I, S. 177 ff., 192 ff.; Mehring, Geschichte III, passim.

gung Deutschlands erfüllen sollte⁹. Zwei Vertreter der Sächsischen Volkspartei, unter ihnen August Bebel, rückten bereits Anfang 1867 in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag, die Lassalleaner einige Monate später in den ordentlichen Norddeutschen Reichstag ein.

Unter den Männern, die an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung standen, waren Juden führend vertreten. Karl Marx war jüdischer Abstammung. Auf Marx und Friedrich Engels übte Moses Hess, gleichfalls ein Rheinländer, einen großen Einfluß aus. Er war maßgebend an der Redaktion der „*Rheinischen Zeitung*“ beteiligt und später als Pariser Berichterstatte für sie tätig. Zum Unterschied von den anderen jüdischen Begründern des Sozialismus fühlte er sich dem Judentum eng verbunden. Er führte durch sein Buch „*Rom und Jerusalem*“ als erster die Grundgedanken des Zionismus in die Weltgeschichte ein¹⁰. Stephan Born, der Sohn eines jüdischen Arztes in der Provinz Posen, hatte 1848 das Hauptverdienst an dem Zustandekommen der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung, des damals größten Verbandes der Arbeiterschaft¹¹. Ferdinand Lassalle hat 1863 in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die erste und bis 1869 einzige sozialdemokratische Organisation der deutschen Arbeiterschaft geschaffen. Er war nach dem alten Arbeiterliede „der eine, der Schwerter uns gab“, der einzige Führer jener Zeiten, zu dem die deutsche Arbeiterschaft ein tiefes Gefühl innerer Zusammengehörigkeit gehabt und behalten hat. Auch der Idealist und Philanthrop Karl Höchberg, der das Kapital zur Gründung der ersten sozialdemokratischen Zeitschrift „*Die Zukunft*“ und vieler anderer sozialistischer Unternehmungen vorgeschossen hat, war Jude¹².

Das Hervortreten des jüdischen Elements in der Begründung der neuen Gedankenwelt ist kein Zufall. Auf dem Höhepunkt der antisemitischen Agitation in Deutschland hat Wilhelm Liebknecht 1893 einer Hörerschaft von Arbeitern dargelegt, warum sich unter den Juden im Verhältnis zur Bevölke-

⁹ *Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen II, S. 78. Dort erklärt er, warum er sich über die Bedenken hinwegsetzte, die auch von ihm nahestehender Seite geäußert wurden. Das Wahlrecht sollte seinen außenpolitischen Zielen dienen, aber er hoffte auch, mit Hilfe der Bauern und Landarbeiter die Liberalen parlamentarisch zu entmachten.

¹⁰ *Mehring*, aaO I, S. 262 ff.; *Hess*, Jüdische Schriften; *Hess*, Sozialistische Schriften. Eindrucksvoll die Studie von *Buber*, S. 137 ff.

¹¹ *Balser*, I, S. 55 und passim; II, S. 73 ff.; *Stadelmann*, S. 158, 162. *Gustav Mayer*, Johann Baptist von Schweitzer, S. 104. – Unter den jüdischen Bahnbrechern der Arbeiterbewegung war Born der einzige, der nicht die Universität besucht, sondern ein Handwerk gelernt hat. Er war Schriftsetzer. Born hat sich später von der politischen Tätigkeit zurückgezogen, ist ausgewandert und als Professor an der Universität Basel gestorben.

¹² *Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils, S. 48 ff. und passim; *Osterroth*, S. 135 f.; *Mehring*, aaO, IV, S. 119, 167 f. und passim. – Die damalige „*Zukunft*“ hat natürlich nichts mit der gleichnamigen, später von Maximilian Harden herausgegebenen Zeitschrift zu tun.

rungszahl eine größere Summe von Idealismus finde als unter den Nichtjuden. „Die Sklaverei demoralisiert nicht bloß, sie läutert, erhebt die Starken, schafft Idealisten und Rebellen“¹³. Robert Michels, ein glänzender Schriftsteller und eigenwilliger Gelehrter, den die Politik auf seltsame, zuweilen unerfreuliche Wege lockte, hat diese Zusammenhänge gründlich untersucht. Es lebt, so führte er aus¹⁴,

„im Judentum ein altes und berechtigtes Gefühl sittlicher Empörung über das seinem Volksstamme zugefügte Unrecht, das sich bei dem idealistischen Fonds, der diese von Extremen beherrschte Rasse beseelt, leichter als beim Germanentum in die reine Empfindung des Abscheus vor allem Unrecht umsetzt und sich zur Höhe eines revolutionären Dranges nach groß angelegter Weltverbesserung erhebt.“

Dies ist eine eindrucksvolle Synthese der Gründe dieser Erscheinung. Sie trifft auf die Begründer der Bewegung ebenso zu wie auf die Idealisten, die in den ersten Kampfjahren zu ihnen gestoßen sind. Sie wurden von der revolutionären Großartigkeit und weltweiten Vision eines großen Geistes wie Karl Marx ergriffen. Sie erwarteten die Schaffung einer neuen, gerechteren und edler gestalteten Welt von der Verwirklichung der sozialistischen Theorie. Später hat der französische Sozialistenführer Léon Blum, selbst ein Jude, die Empfänglichkeit der Juden, der „grands spoliés de l'histoire“, für den Sozialismus auf ihre langen Leiden, ihre zerstörerischen und schöpferischen Gaben und ihre Rational- und Diesseits-Religion zurückgeführt¹⁵. An konkreten Beispielen für die Wirkung akuten Unrechts auf idealistisch gesinnte Politiker, wie Johann Jacoby, Eduard Bernstein und Paul Singer, fehlt es nicht¹⁶.

Trotzdem zählte der Sozialismus in seinen Anfängen kaum jüdische Wähler. Die Geringfügigkeit der Zahl steht nicht im inneren Widerspruch zu dem Glanz und der Ausstrahlung der großen Namen, die mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie verbunden waren. Auch eine „höhere Summe von Idealismus“ bedeutet nicht, daß bei den jüdischen Wählern revolutionäre Idealisten überwogen oder zahlenmäßig nennenswert ins Gewicht fielen. Zwar erlaubt das geheime Wahlrecht sichere Schlußfolgerungen auf die Haltung des einzelnen Wählers nicht. Jedoch ermöglichen genügende Indizien festzustellen, daß die von Marx und Lassalle ausgehenden Bewegungen während der Zeit von 1863 bis 1877 Juden nur in geringem Maße angezogen haben. Wo die Sozialdemokratie damals eine relative Bedeutung hatte, wie in einer Anzahl sächsischer Wahlkreise, waren Juden nicht ansässig. In Elberfeld und in dem mittelschlesischen Industriegebiet, in dem die Lassalleaner ihre ersten größeren Erfolge erzielten, lebten sie nur in kleiner Zahl. Wo sie einige Prozent der Bevölkerung ausmachten, wie in Berlin, brachten es die Sozialdemo-

¹³ Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 520, Anm. 70.

¹⁴ Michels, aaO, S. 520.

¹⁵ Revue Blanche 1901, S. 360, zitiert von Silberner, S. 87.

¹⁶ Mehring, aaO, IV, S. 72; Bernstein, Von 1850–1872, S. 213 ff.; Osterroth, S. 291.

kraten 1867 auf 75, in Frankfurt am Main auf 150 Stimmen. Bis 1877 waren Sozialdemokraten in Großstädten durchweg schwach vertreten¹⁷.

Auch für die zahlenmäßige Schwäche der jüdischen Wähler der Sozialdemokratie ist die Erklärung nicht schwer zu finden. Die Juden gehörten nur zu einem verschwindend geringen Bruchteil dem industriellen Proletariat an, aus dem sich die sozialdemokratischen Wähler damals fast ausschließlich rekrutierten. Ebenso schwer wog aber das eifrige Bestreben der jüdischen Bevölkerung, das mit Mühen und Opfern geschaffene Reich gegen Bedrohungen, Gefahren und Revolutionen zu sichern. Mit ebenso tiefem Mißtrauen wie dem Zentrum begegneten die jüdischen Wähler der sozialdemokratischen Partei. Sie war zwar abgesehen von einigen antisemitischen Tönen der Lassalleaner, besonders ihres Führers Johann Baptist von Schweitzer¹⁸, vom Antisemitismus frei. Sie bekämpfte jedoch die Wirtschaftsordnung, in der die Juden wichtige Funktionen erfüllten, sie wollte die Gesellschaftsordnung umwälzen, in der die Juden für die Dauer einen angemessenen Platz einzunehmen hofften. So konnte sie nichts zur Sozialdemokratie ziehen.

B. Die Neuorientierung der jüdischen Wähler

Die Umwälzung der parteipolitischen Lage

In der Mitte des Weges zwischen der Reichsgründung und seiner Entlassung vollzog Bismarck die Schwenkung, durch die er seine Innenpolitik auf eine neue Grundlage stellte. Er söhnte sich mit den Konservativen aus und bereitete den Abbruch des Kulturkampfes vor. Er verdrängte die Nationalliberalen aus ihrer Machtstellung, 1878 im Reichstag und 1879 im preußischen Landtag, und arbeitete auf ihre Spaltung hin. Er setzte sie durch und erreichte nach zwei Attentaten auf Wilhelm I., die nicht von Sozialdemokraten ausgingen, die Verabschiedung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie¹⁹. Bismarck stützte sich von nun an auf eine Koalition, deren Angelpunkt die Konservativen waren, und der die Freikonservativen, meist das Zentrum und oft die Nationalliberalen angehörten.

Die neue politische Kombination war gekennzeichnet durch die Zusammenarbeit von Großgrundbesitz und Schwerindustrie. Sie zog liberale Mittelstandskreise an, die durch die Wirtschaftskrise bedrängt und von der Haltung der Liberalen nicht befriedigt waren. Die Stützung der feudalen Elemente gegenüber dem Bürgertum, Schutzzoll und der Beginn einer Sozialpolitik standen im Mittelpunkt der von Bismarck neu konzipierten Tendenzen. Freikonservative und Nationalliberale gaben den Kampf um die Verstärkung der Macht des Parlaments auf. Konservative und Zentrum standen hinter

¹⁷ *Mehring*, aaO, IV, S. 145 f.

¹⁸ Zusammengestellt von *Silberner*, S. 199.

¹⁹ *Block*, S. 7; 102.

den Kirchen bei der Unterdrückung der Ansätze zur Gemeinschaftsschule. Die vorher weiten Schichten gemeinsamen nationalen und freiheitlichen Gedanken traten hinter autoritären Anwandlungen und wirtschaftlichen und sozialen Interessen zurück, die von immer einflußreicheren Verbänden vertreten wurden und das Denken der Nation zu beherrschen begannen²⁰. Die Vertreter des Handels und der Bankkreise, der freihändlerischen Gruppen und der freiheitlichen Tendenzen im Erziehungswesen sowie die Anhänger der Erhöhung des parlamentarischen Einflusses schieden aus der Nationalliberalen Partei aus. Nach einem von Ludwig Bamberger geschaffenen Schlagwort nannten sie sich die Sezession. Sie bildeten die Liberale Vereinigung, die 1884 mit der Fortschrittspartei zu der Deutschfreisinnigen Partei verschmolz. Diese spaltete sich im Jahre 1893 in die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung. Beide fanden sich 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei wieder zusammen. In dieser ging auch die Deutsche Volkspartei auf.

Die Bedeutung der Umgruppierung für die jüdischen Wähler

Für die jüdischen Wähler war die grundlegende Änderung der Parteiengruppierung von großer Bedeutung. Sie vollzog sich unter Ausnutzung antisemitischer Agitationsmethoden im Kampfe gegen den Liberalismus. Wie bereits erwähnt, formierte sich Ende der siebziger Jahre der politische Antisemitismus, der der Bekämpfung des Judentums als eines den konservativen, christlichen und sozialen Ideen feindlichen und ausbeuterischen Elements einen zentralen Platz anwies²¹. Er nahm die mannigfachsten, auch antikapitalistischen und der bürgerlichen Gesellschaft feindlichen Tendenzen in sich auf. Er erschien im Reichstag seit 1893 in Gruppen, die sich verbündeten und in wilden gegenseitigen Beschimpfungen wieder zersplitterten. Sie hatten nie eine größere zahlenmäßige Bedeutung im Parlament, verschwanden aber auch nicht mehr aus ihm²². In der Presse des Zentrums lebte die antisemitische Agitation besonders heftig im Jahre 1879 wieder auf, in dem sich die neue Kon-

²⁰ *Block*, S. 98 f.; *Klein-Hattungen*, II, S. 393 ff., 607 ff.; *Stillich*, II, S. 301 ff., 325 ff.

²¹ S. oben S. 34.

²² Erst 1887 wurde der erste Abgeordnete unter offen antisemitischer Parteibezeichnung gewählt. Seit 1893 erschienen im Reichstag Antisemiten unter verschiedenen Bezeichnungen: Christlich-Soziale, Deutsch-Soziale, Deutsche Reformpartei, Deutscher Volksbund, Wirtschaftliche Vereinigung. Auch wo die Kandidaten des Bundes der Landwirte unabhängig von der Konservativen Partei auftraten, hatten sie oft eine enge Verbindung mit den antisemitischen Parteien. Zwischen 1893 und 1918 hatten die Antisemiten zusammen von 11 bis 16 Mandaten unter 397 Abgeordneten. 1907 gewannen sie 27 Mandate (s. oben S. 83). In diesen Zahlen (nach *Kürschner*, 1912, S. 17), sind sieben Abgeordnete des Bundes der Landwirte enthalten. 1912 wurden einschließlich des Bundes der Landwirte 13 Antisemiten gewählt. Vgl. *Wawrzinek*, passim; *Lorenz Curtius*, passim; *Krämer*, S. 58 ff.

stellation vorbereitete²³. Als Bestandteile des Bismarck auf seinem neuen Wege folgenden Parteiengebildes wurden auch die Freikonservativen und Nationalliberalen für die antisemitische Propaganda anfällig.

Mit seinem Spürsinn für die Wellenbewegungen der öffentlichen Meinung nutzte Bismarck diese Tendenzen zur Stützung der sich herausbildenden parlamentarischen Kombination aus. Der Kanzler wies wiederholt in feindseligen Bemerkungen darauf hin, daß die jüdischen Abgeordneten Lasker und Bamberger zur Sezession gegangen seien²⁴. Seine Propagandisten, allen voran Moritz Busch, ein Anhänger Stoeckers und Verfasser antisemitischer Hetzschriften, und Lothar Bucher verstanden die Stimme des Meisters. Sie sorgten für vergrößerte publizistische Verwertung seiner Ausfälle²⁵.

Die parlamentarische Behandlung der Antisemitenpetition

Die Beratung der Antisemitenpetition²⁶ im Preußischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1880 zerriß den Schleier, der die neue Wirklichkeit hier und da noch verhüllt hatte. Im Parlament waren die fortschrittlichen Interpellanten isoliert, als sie auf die Gefahr der antisemitischen Agitation hinwiesen und den Antisemitismus verurteilten. Für die Konservativen sprach der damals noch junge Abgeordnete Ernst von Heydebrand mit Schärfe gegen die jüdische Bevölkerung. Die schroffen Formulierungen, mit denen dieser Meister der parlamentarischen Redekunst seine Darlegungen abschloß, enthielten kaum verhüllte Drohungen. Sie wurden auch dadurch nicht gemildert, daß er namens der Konservativen für alles, was kommen würde, die Verantwortung ablehnte²⁷. Von den Freikonservativen kam kein Wort des Beistandes für die Fortschrittler. Die Nationalliberalen verhielten sich reserviert; die „Nationalliberale Korrespondenz“ hatte vor der Debatte die Zweckmäßigkeit der fortschrittlichen Interpellation in Zweifel gezogen.

Deutlicher noch markierte das Zentrum seine Gegnerschaft gegen den von den Linksliberalen unternommenen Schritt. Der Mehrheit der Zentrumsfraktion kamen die Angriffe Stoeckers und seiner Freunde auf die Juden gelegen.

²³ Ein Beispiel hierfür ist ein Artikel der „*Germania*“ vom 23. 5. 1879 (zitiert in AZJ 1879, S. 354). Drei Monate später wandte sich die „*Germania*“ gegen die Kundgebung der offiziösen „*Norddeutschen Allgemeinen Zeitung*“ zu Gunsten der Gleichstellung der Juden in Rumänien. Dasselbe tat die konservative „*Kreuzzeitung*“ (AZJ 1879, S. 535). Es handelte sich um die Durchführung eines Artikels des Berliner Vertrages von 1878, durch den sich mehrere Balkanstaaten, darunter Rumänien, deren Souveränität damals anerkannt wurde, verpflichtet hatten, die Gleichberechtigung der religiösen Minderheiten zu garantieren.

²⁴ *Busch*, II, S. 589; III, S. 12 f., 44.

²⁵ *Busch*, II, S. 579; III, S. 12, 45. In diese Zeit fallen auch Bismarcks antisemitische Angriffe auf Friedenthal (s. oben S. 77). Über Buschs antisemitische Publikationen, s. *Wawrzinek*, S. 30.

²⁶ S. oben S. 34 f.

²⁷ Die Judenfrage; die Rede Heydebrands daselbst, S. 35 ff.; besonders S. 40.

Sie vertieften den Graben zwischen der neuen Gruppierung und dem Liberalismus. Nur eine kleine Minderheit der Fraktion lehnte es ab, sich der antisemitischen Demagogie zu ergeben²⁸. Peter Reichenspergers Rede war bestimmt, der Mehrheit und der Minderheit der Fraktion gerecht zu werden und die auseinanderstrebenden Meinungen zu einer Synthese zu bringen. Er übte lebhaft Kritik an Auswüchsen jüdischer Handelspraktiken und an der Betätigung von Juden in antikatholischer Publizistik, und er ging überaus weit in der Verallgemeinerung dieser Vorkommnisse. Er mahnte die Juden zur Selbstkritik und Selbstbescheidung und kam den judenfeindlich gestimmten Mitgliedern der Fraktion sehr entgegen. Jedoch die Tendenz der Antisemitenpetition machte er sich nicht zu eigen. Er lehnte jede Schmälerung der Rechte der jüdischen Bevölkerung ab. Der alte Vorkämpfer der Katholiken, ein gerecht denkender Mann, löste seine schwierige Aufgabe mit parteitaktischem Geschick. Dennoch vermochte er die antisemitische Mehrheit der Fraktion nicht zu befriedigen. Für sie nahm am zweiten Tage der Debatte der einflußreiche Kölner Verleger Julius Bachem das Wort. Er nannte die Interpellation unangebracht, verurteilte den „fortschrittlich-jüdischen Terrorismus“, der sich breitmache, und zog aus den Verhandlungen das Fazit, daß die große Mehrheit des Hauses nicht geneigt sei, die antisemitische Bewegung zu verurteilen. Dagegen war sich Ludwig Windthorst, der Führer der Zentrumsparterie, über die verhängnisvollen Folgen des politischen Antisemitismus für Deutschlands Innenpolitik und für die Lage der katholischen Minderheit in Deutschland völlig klar. Auch er ergriff in der Debatte das Wort, um das Vorgehen gegen die Juden so, wie es geschah, laut zu mißbilligen. Aber er, der Parteiführer, konnte seine Ideen lediglich „für seine Person“ vortragen und durfte nicht für die Fraktion sprechen; so tief war der Antisemitismus in die Landtagsfraktion des Zentrums eingedrungen, so sehr entsprach die antisemitische Taktik den Erfordernissen des Augenblicks²⁹.

Ein klaffender Gegensatz bestand zwischen der Stimmung im Norddeutschen Reichstag bei der Behandlung des Gleichberechtigungsgesetzes und den Strömungen, die nur elf Jahre später in dieser Debatte im Abgeordnetenhaus zutage traten. Viele Faktoren trugen zu diesem Wandel bei: das Verschwinden der nationalen Hochstimmung der Reichsgründungszeit, die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre, Bismarcks Stellungswechsel und sein Wille, die starke Position des Liberalismus zu vernichten, und die Verwendung antisemitischer Parolen bei der Vorbereitung und Durchführung der neuen Parteienkonstellation, ferner der Irrweg des deutschen Liberalismus, der den freiheit-

²⁸ K. Bachem, III, S. 417 ff.

²⁹ Die große Mehrheit der Fraktion hatte verlangt, daß gegen die Juden „scharf losgezogen“ werden sollte. Windthorst, der sich dem in der Fraktionssitzung des Zentrums widersetzte, „mußte sich dieserhalb den Vorwurf gefallen lassen, daß er judenfreundlicher sei als der Großteil seiner Fraktion“. K. Bachem, S. 418. – Windthorsts Rede in Die Judenfrage, S. 65 ff.; besonders S. 71.

lichen Gedanken im Kulturkampf im Gefolge Bismarcks verriet, sowie Abirrungen, Fehlgriffe und Taktlosigkeiten einer Reihe von Juden in Wirtschaft und Presse.

Die Reichstagswahlen von 1881

Bei den Wahlen von 1881 versuchten die Konservativen und Christlich-Sozialen, geführt von Stoecker und von dem Berliner Universitätsprofessor Adolf Wagner, die Berliner Wahlkreise der Fortschrittspartei zu entreißen. Bismarcks Sohn Wilhelm (Bill) sprach in antisemitischen Volksversammlungen mit Zustimmung seines Vaters. Der Angriff mißglückte³⁰. Dagegen siegte Stoecker, der schon 1879 in das Abgeordnetenhaus eingezogen war, in dem westfälischen Wahlkreis Siegen-Wittgenstein in der Stichwahl gegen den fortschrittlichen Kandidaten. Der gesamte amtliche Apparat vom Landrat bis zum Gemeindevorsteher wurde für Stoecker eingesetzt. Sein Wahlsieg war nur möglich, weil, wie der fortschrittliche Parteiführer Eugen Richter bemerkte, „Fürst Bismarck den Antisemiten gestattete, sich an seine Rockschoße zu hängen“³¹. Parteipolitisch gesehen, fiel ein Blitzlicht auf die veränderte Lage dadurch, daß die Nationalliberalen die Parole für den Führer des Antisemitismus ausgaben und daß auch Windthorst sich für ihn erklärte.

Die Wahl Stoeckers in Siegen war für die jüdischen Wähler ein Sturmzeichen, an das die jüdische Öffentlichkeit und Presse immer wieder erinnerte. Windthorst war kein Antisemit; er hatte ja erst ein Jahr zuvor den ungewöhnlichen Schritt unternommen, seinen Abstand von der Mehrheit der von ihm geführten Fraktion demonstrativ zu betonen. Auch die Nationalliberalen hatten sich nur wenige Jahre zuvor als Judenschutztruppe beschimpfen lassen müssen. Nun erwies es sich, daß das Interesse an der neuen Konstellation für Zentrum und Nationalliberale entscheidend war; ihm entsprach es, den führenden antisemitischen Demagogen anstatt eines liberalen Gegners der

³⁰ In Berlin I unterlag der Antisemit Max Liebermann von Sonnenberg gegen den fortschrittlichen jüdischen Mandatsinhaber Ludwig Loewe; in Berlin II Stoecker gegen Virchow; in Berlin IV Professor Adolf Wagner gegen Albert Träger; in Berlin V Joseph Cremer gegen Eugen Richter. Die Wahlergebnisse im einzelnen bei *Wawrzinek*, S. 42. Dieser hält die Beschuldigung für wahrscheinlich, daß Gelder des Welfenfonds, des von Preußen beschlagnahmten Vermögens des 1866 entthronten Königs von Hannover, im Wahlkampf zu Gunsten der Antisemiten verwandt worden seien.

³¹ Richter gebrauchte diesen Ausdruck in einer Wahlversammlung im Jahre 1881 und wiederholte ihn in einer Reichstagsrede von 1892 (*Walther Frank*, S. 143 und *AZJ* 1892, S. 27). Bismarck hatte erklärt, die Wahl des streitbaren und nützlichen Kampfgenossen und furchtlosen und standhaften Mannes sowie seiner Mitkandidaten sei dringend zu wünschen. In einem Diktat für die taktische Haltung seines Sohnes machte er klar, daß es ihm vor allem auf die Besiegung der Fortschrittler, nicht auf die Identifizierung mit der antisemitischen Bewegung ankomme (*W. Frank*, S. 139 ff.). Bismarcks engste Mitarbeiter, Staatssekretär von Zihe, Moritz Busch und Lothar Bucher haben 1881 antisemitisch gewählt (*Busch*, III, S. 55).

Rechten im Parlament zu sehen. Kühle Berechnungen von oben, irrationale dunkle Strömungen unter der Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens verliefen in der gleichen Richtung. Gewiß, Bismarck wurde von seinem Wohlwollen für Stoeckers Berliner Bewegung bald geheilt. Berlin den Fortschrittlern zu entreißen, hätte sich ihm gelohnt; Siegen war das Bündnis mit der Demagogie nicht wert, und erfolglose Alliierte liebte der Kanzler nicht. Er nannte die Bewegung inopportun, sie habe die Ziele verschoben und ginge zu weit³². Aber die einmal mit seinem Beistand entfesselten Kräfte entfalteten sich nach ihrer eigenen Logik.

Die starke Konzentration jüdischer Wähler im freisinnigen Lager

Die meisten Juden zogen die gegebene Schlußfolgerung aus der Haltung der Parteien bei der Beratung der Antisemitenpetition und der Siegener Wahl. Soweit sie in den altpreußischen Provinzen im nationalliberalen und in geringem Umfang im freikonservativen Lager gestanden hatten, schwenkten sie nunmehr ab. Sie fanden bei diesen Parteien für ihre politischen Gedankengänge und für ihr Streben nach tatsächlicher Gleichberechtigung keinen Widerhall mehr. Die Mehrheit der jüdischen Wählerschaft konzentrierte sich jetzt im Freisinn. Eine völlige Abdichtung nach rechts erfolgte jedoch nicht. In den neupreußischen Gebietsteilen wie Hannover blieben zahlreiche Juden in der dort wurzelnden Nationalliberalen Partei. In Hessen-Darmstadt und Braunschweig, aber auch in Teilen des Rheinlands, war die gleiche Erscheinung zu beobachten. Örtliche Bedingungen begünstigten diese Tendenz. Der Antisemitismus drang in diesen Gebieten nur langsam vor. Vornehmlich ältere jüdische Wähler fühlten sich nicht gedrungen, ihre Parteizugehörigkeit zu wechseln. Die Zahl der jüdischen Bevölkerung in diesen Landesteilen war jedoch absolut und anteilmäßig schwach³³.

Von nun an übernahm im bürgerlichen Lager der Linksliberalismus die Führung in der Verteidigung des jüdischen Bevölkerungsteils gegen antisemitische Angriffe und im Kampfe für die tatsächliche Gleichberechtigung der Juden. Die großen jüdischen Interessen- und Abwehrverbände wurden fast durchweg von Anhängern des Freisinns geleitet. Auch im Verein zur Abwehr des Antisemitismus, in dessen Anfängen Nationalliberale wie Gneist, Rickert und Ernst von Eynern an prominenter Stelle gewirkt hatten, traten seit den neunziger Jahren ausschließlich Freisinnige hervor. Die Honoratioren an der Spitze der mannigfachen jüdischen Organisationen stellten die Querverbindung zwischen ihnen und der örtlichen Freisinnigen Partei her. Sie waren gewöhnlich geachtete Anwälte, zuweilen auch Angehörige anderer akademischer Berufe oder angesehene Männer der Wirtschaft in Mittel- und Klein-

³² Lucius von Ballhausen, S. 216 f.; Wawrzinek, S. 43 f.

³³ Auf 1000 Einwohner kamen in Braunschweig vier, in Hannover sieben, in der Rheinprovinz neun Juden.

städten, oft Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. In Groß- und Mittelstädten bekleideten sie nicht selten ein unbesoldetes Stadtratsamt. Auch Ehrenämter in kulturellen, Wohlfahrts- und anderen Organisationen und Einrichtungen, die durch jüdisches Mäzenatentum möglich gemacht oder gefördert wurden, fielen ihnen zu. Hier konnten sich die besten Eigenschaften jüdischen Gemeinsinns und jüdischer Opferwilligkeit entfalten³⁴.

C. Die jüdischen Wähler und die bürgerlichen Parteien unter Wilhelm II.

Die Radikalisierung der Rechten

In der Regierungszeit Wilhelms II. begann die rasch wachsende Sozialdemokratie jüdische Wähler anzuziehen, wovon in einem anderen Zusammenhang die Rede sein wird³⁵. Die Haltung der bürgerlichen Parteien und ihrer Wähler zu den Juden wurde durch wirtschaftliche Ereignisse beeinflusst, die sich unter der Reichskanzlerschaft des Grafen Caprivi abspielten. In diese Zeit fiel der Abschluß von Handelsverträgen mit zahlreichen Staaten und die Herabsetzung der wichtigsten Getreidezölle sowie der Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate. Die neue Handelspolitik führte einen gewaltigen Aufschwung der deutschen Industrie und eine Verdoppelung der Ausfuhr und Einfuhr herbei und kam im Endeffekt auch der Landwirtschaft zugute. Sie fiel jedoch mit einem tiefen Sturz der Getreidepreise zusammen. Dies schlug der Landwirtschaft, vor allem Ostdeutschlands, während einer Reihe von Jahren schwere Wunden und traf zugleich mit der Entfaltung der industriellen Großbetriebe auch das Handwerk hart. Die Verantwortung dafür wurde von den Gegnern der Caprivischen Handelspolitik, besonders auf der Rechten, dem Kanzler des „Neuen Kurses“ zugeschrieben³⁶.

Die Notlage der Landwirtschaft und des städtischen Mittelstandes führte, wie gewöhnlich in solchen Situationen, zu einer Radikalisierung der Wählerschaft. Diese zeigte sich bei einer Nachwahl im November 1892, als in dem vorwiegend ländlichen Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde in der Provinz Brandenburg der Antisemit Hermann Ahlwardt, ein „Mensch von wildester Halbbildung“, in einem Wahlkampf gegen „Juden, Junker und Pfaffen“ überraschend die höchste Stimmenzahl erhielt³⁷. Der neue Kandidat ließ den örtlich bekannten konservativen Mandatsbewerber weit hinter sich und siegte in der Stichwahl gegen einen Kandidaten der Linken mit konservativer Wahlunterstützung. Die Tendenz, die die Wahl Ahlwardts ankündigte, bestätigte

³⁴ Für die Bedeutung des Beitrags der Juden zur deutschen Kultur, ihres Mäzenatentums und des starken jüdischen Elements im Publikum der Theater und Konzertsäle, s. Deutschland Heute, S. 686; 689.

³⁵ Die Tabelle der Wahlergebnisse bei *Lipinski*, II, S. 280.

³⁶ *Ziekursch*, III, S. 57 ff.

³⁷ *Meinecke*, Die deutsche Katastrophe, S. 29. Meinecke sieht in dem Zulauf zu Ahlwardt „ein leises Vorspiel zu Hitlers späteren Erfolgen“.

sich bei den Hauptwahlen zum Reichstag im folgenden Jahre. Die Antisemiten verfünffachten ihre Stimmenzahl und steigerten die Zahl ihrer Mandate von 5 auf 16³⁸.

In dem kleinen brandenburgischen Wahlkreis hatten weniger als 10 000 Wähler genügt, um die Wahl des Antisemiten zu sichern. Der Widerhall der Wahl war dennoch gewaltig. Wenige Tage nach der Stichwahl fand der Parteitag der Konservativen statt. Es war klar, daß das antisemitische Gift zwar in den Liberalismus eingedrungen war, daß aber die Hoffnung der Konservativen, ihm durch den Antisemitismus den Gnadenstoß zu versetzen, sich nicht erfüllt hatte. Dagegen war die konservative Partei selbst durch den radikalen Antisemitismus bedroht. Die neuen Antisemitenparteien drangen in die traditionell konservative Wählerschaft ein, die antisemitische Demagogie schlug Wellen auf der Rechten. Der konservative Parteitag suchte dieser Gefahr durch Verschärfung des antisemitischen Kurses zu begegnen und fügte den bereits erwähnten Passus, die Forderung nach christlicher Obrigkeit und christlichen Lehrern und nach Bekämpfung des zersetzenden jüdischen Einflusses auf das Volksleben in ihr Tivoliprogramm ein³⁹. Die Radikalisierung der konservativen Partei äußerte sich noch deutlicher dadurch, daß ein gegen antisemitische Ausschreitungen gerichteter Zusatz in Anwesenheit von 1200 Delegierten gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Dies geschah, nachdem Stoeker, jubelnd begrüßt und unter stürmischen, anhaltenden Ovationen für die Streichung des Zusatzes gesprochen hatte⁴⁰.

Diese Haltung behielt die konservative Partei bis zum Ende des Kaiserreichs bei. Zwar hat die „Kreuzzeitung“ zwischen 1911 und 1913 in mehreren Artikeln einem Teil der Juden staatstreue Gesinnung, religiösen Ernst, geschäftliche Solidität und positive Leistungen in Wissenschaft und Kunst attestiert. Ungeachtet dessen beschloß der konservative Parteivorstand im Jahre 1913, keine Änderung des Punktes des Parteiprogramms herbeizuführen, der sich auf das Judentum bezog⁴¹. Dies war um so weniger erstaunlich, als der im Jahre 1893 unter dem Druck der Ereignisse dieser Zeit gegründete Bund der Landwirte ein Träger des radikalen Antisemitismus war. Er versah die konservative Partei mit einem klassenmäßigen Unterbau, dessen sie bis dahin ermangelt hatte. Er führte ihr einen festen ländlichen Wählerstamm zu, dessen sie zu ihrer Erhaltung nicht mehr entraten konnte. Sie kam seinen Stimmungen entgegen, um den Abfall ihrer Wähler zu den antisemitischen Gruppen zu verhindern.

Freikonservative und Nationalliberale

Die bemerkenswerten, wenn auch nicht spektakulären Erfolge der antisemitischen Parteien hatten widerspruchsvolle Wirkungen auf das Verhalten

³⁸ Ziekursch, III, S. 67.

³⁹ S. oben S. 37.

⁴⁰ W. Frank, S. 301.

⁴¹ IDR 1913, S. 483.

der Freikonservativen und besonders der Nationalliberalen. Der Schock der Wahl Ahlwardts und des Tivoliprogramms veranlaßten Arthur Hobrecht, den Führer der Nationalliberalen im preußischen Landtag, sich gegen den Antisemitismus zu erheben. Der geachtete, langjährige Präsident des Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses und frühere Finanzminister Bismarcks hielt 1893 scharfe Abrechnung mit den Konservativen. Er warf ihnen vor, daß sie die Scheidelinie zwischen ihrer Partei und der antisemitischen Demagogie verwischt hätten. Der Antisemitismus, so erklärt er zusammenfassend, ist nicht edel, nicht deutsch und nicht christlich. Er gestand der Rechten unter Bewegung des Hauses zu, daß in allen Volksschichten ein gewisses Maß antisemitischer Gesinnung zu finden sei, er selbst aber erklärte, sich frei davon zu fühlen. Die Juden hätten bemerkenswerte Vorzüge, ihrer Schwächen seien sie sich selbst besser als irgend jemand bewußt, und sie arbeiteten an ihrer Beseitigung. Die Juden, so beendete er seine Ausführungen unter dem Beifall der Linken und dem Gelächter der Rechten, „haben sich uns Deutschen ganz besonders angeschlossen, sie haben ihren vollen Anteil an unserer Ehre, unserem Ruhm“⁴².

Genau so wenig wie die Rede Windthorsts im Jahre 1880, drückten die Worte Hobrechts die überwiegende Stimmung seiner Partei aus. Sie waren ein durch den Durchbruch des antisemitischen Fanatismus hervorgerufener Protest, ein Bekenntnis eines aufrechten Mannes. In die Wählerschaft der Nationalliberalen ebenso wie der Freikonservativen drangen antisemitische Gedankengänge stärker ein als zuvor. Sie wurden vornehmlich durch den Bund der Landwirte auf dem Lande und in den kleinen Städten gefördert⁴³. Wenn er auch seine Hauptvertretung in der deutschkonservativen Partei hatte, gewann er doch einen Einfluß auch auf jene beiden Parteien; diese Strömungen drangen auch in süddeutsche ländliche Gebiete vor⁴⁴. Der Zentralverband der deutschen Industrie trug in den Industriebezirken zum Aufkommen derselben Tendenzen bei. Freikonservative und Nationalliberale standen mit den Konservativen im Kampfe um die Stimmen der gleichen bürgerlichen Wählerschichten in Stadt und Land. Sie konnten als die führenden Parteien des Kulturkampfes noch weniger als die Deutschkonservativen in katholischen Bevölkerungskreisen gegen die Zentrumsparterie aufkommen und auf keinen Zuzug aus dem Industrieproletariat rechnen, bei dem sie mit guten Gründen als Scharfmacher verrufen waren. So wollten sie nicht durch unpopuläre Parolen ihre Aussichten in dem ohnehin beschränkten Rekrutierungsgebiet schmälern.

Nach dem Aufstieg der Stoecker-Bewegung in den achtziger Jahren erreichte

⁴² Hobrechts Rede im Wortlaut in AZJ 1893, S. 49 ff.

⁴³ W. Frank, S. 296 f.

⁴⁴ Infolge des Einflusses des Bundes der Landwirte erlangten 1907 die sonst in den drei süddeutschen Staaten nicht vertretenen Antisemiten drei Mandate in württembergischen Wahlkreisen. Sie konnten 1912 zwei von ihnen halten.

der politische Antisemitismus einen neuen Höhepunkt in den neunziger Jahren. Seit der Jahrhundertwende aber war die allgemeine Atmosphäre weniger antisemitisch geladen als in der vorhergehenden Zeit. Im Wahlkampf von 1906/07 wandte sich die Nationalliberale Partei in ihrem parteioffiziellen „Politischen Handbuch“ gegen Ausnahmegesetze gegen die jüdische Bevölkerung, griff den Antisemitismus an und erinnerte daran, daß Gneist und Ernst von Eynern zu den Führern des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gehört hatten⁴⁵. In dem durch die Wahl Stoeckers berüchtigt gewordenen Wahlkreise Siegen schlossen sich bei einer Nachwahl für den 1908 verstorbenen Hofprediger alle Parteien in gemeinsamer Auflehnung gegen die antisemitische Demagogie zusammen; sie verhalfen dadurch dem nationalliberalen Kandidaten gegen Stoeckers Schwiegersohn zum Siege⁴⁶. 1898 hatte sich in der Nationalliberalen Partei ein jungliberaler Flügel herauszubilden begonnen, der das liberale Gedankengut wieder zu beleben bestrebt war: er stand der innenpolitischen Haltung der Gesamtpartei kritisch gegenüber, während die offiziellen Parteiorgane und vor allem die preußische Landtagsfraktion diese Bewegung mit Mißtrauen betrachteten⁴⁷. Die Jungliberalen gewannen nie die Oberhand oder auch nur größere Stärke. Es gelang ihnen jedoch, im Rheinland Fuß zu fassen, und ihr Einfluß machte sich auch in Berlin und in Süddeutschland bemerkbar. Im Kreise der Jungliberalen wirkte Bernhard Falk*, damals ein junger jüdischer Anwalt in Elberfeld, der dann Wohnsitz und Praxis nach Köln verlegte. Er stieg in der rheinischen Nationalliberalen Partei zu hohen Ämtern auf und errang ein Stadtverordnetenmandat in Köln; er konnte sich, wenn auch ohne Erfolg, um ein Reichstagsmandat bewerben⁴⁸. Die jungliberale Bewegung vermochte Juden da anzuziehen, wo, wie in Teilen Westdeutschlands, der parteipolitische Kampf sich vornehmlich zwischen den Nationalliberalen, der Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen Partei abspielte.

* *Bernhard Falk*, geb. 1867 in Bergheim (Erft). Studierte Rechtswissenschaft. 1893 Rechtsanwalt am Landgericht Elberfeld, 1898 am Oberlandesgericht Köln. Bayerischer Hauptmann der Landwehr, Kriegsteilnehmer. Mitbegründer des Vereins der nationalliberalen Jugend, Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, stellvertretender Vorsitzender des nationalliberalen Provinzialvorstandes für die Rheinprovinz und des nationalliberalen Vereins Köln. 1908–1930 Stadtverordneter in Köln, 1915 Vorsitzender der liberalen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung. Trat 1918 der Deutschen Demokratischen Partei bei, später Mitglied der Deutschen Staatspartei. 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1921–1924 stellvertretendes Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1924–1932 Mitglied des Preußischen Landtags, auch Mitglied des rheinischen Provinziallandtags. Emigrierte 1933. Gest. 1944 in Brüssel.

⁴⁵ Politisches Handbuch der Nationalliberalen Partei, S. 43, 48, 528.

⁴⁶ *Lorenz Curtius*, S. 26.

⁴⁷ *Eschenburg*, Das Kaiserreich am Scheidewege, S. 11 f.; *Schorske*, S. 239.

⁴⁸ In Mühlheim-Wipperfürth, s. *Lorenz Curtius*, S. 31 f.; auch *Wahl*, S. 105 ff.

Die Haltung der Nationalliberalen zum obrigkeitsstaatlichen Antisemitismus blieb von diesen Ereignissen unberührt. Sie zogen es in den meisten Fällen vor, in Schweigen zu verharren. Dies erschien der Führung als das geeignetste Mittel, um parteiinterne Diskussionen zu verhindern und bei den Anhängern im Lande den geringsten Anstoß zu erregen. Eine solche Haltung entsprach dem Interesse einer Partei, die es gewohnt war, die Regierung loyal zu stützen, und die sich auch während zeitweiser Oppositionsstellung nicht in ernsten Widerspruch mit ihr zu setzen wünschte⁴⁹.

Das Zentrum

Wie in der entscheidenden Wende der Jahre von 1878 bis 1881 die antisemitische Hetze im Zentrum nicht nur Aufwallungen der öffentlichen Meinung entsprang, sondern auch dem Wunsche, die Liberalen aus ihrer Machtstellung zu verdrängen, so flackerte der Antisemitismus im Zentrum auch später vor allem im Zeichen schul- und kulturpolitischer Kämpfe wieder auf. Diese Strömungen schwollen besonders heftig im Jahre 1892 an. Durch das persönliche Eingreifen Wilhelms II. verschwand damals der von allen freiheitlichen wissenschaftlichen und literarischen Kreisen stark bekämpfte Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes in der Versenkung. Er würde den Einfluß der Kirche auf die Schule erheblich gesteigert haben⁵⁰.

Die Zentrumsparlei ist jedoch, unbeschadet ihrer Anfänge, keine antisemitische Partei geworden. Windthorsts Nachfolger in der Führung der Partei, Ernst Lieber, der ihm an staatsmännischer Größe unterlegen war, ihn jedoch an demokratischer Gesinnung überragte, ist von dem Wege seines Vorgängers nicht abgewichen. Er lehnte in einer großen Reichstagsdebatte von 1895 einen gegen die Einwanderung ausländischer Juden gerichteten Gesetzentwurf, der von Konservativen und Antisemiten vorgelegt wurde, ab. Lieber wiederholte die Klagen des Zentrums über die wirtschaftliche und publizistische Betätigung von Juden. Er wies aber im Sinne Windthorsts darauf hin, daß Mißbräuche nicht konfessionell begrenzt, sondern allgemein verbreitet seien und daher nicht diskriminierend gegen eine Minderheit, sondern allgemein bekämpft werden müßten. Der Zentrumsführer warnte vor einer gegen eine Minorität gerichteten Politik, die sich später gegen alle anderen Minoritäten wenden könnte.

Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Überwindung der Wirtschaftskrise und das Wirken der christlichen Bauernvereine sowie der Genossenschaften und der Volksbanken hatten die Notlage des Mittelstandes vermindert und damit zum Rückgang des Antisemitismus im katholischen

⁴⁹ *Eschenburg*, aaO, S. 271: „Letzten Endes waren die Nationalliberalen, wenn es auch nicht immer so zum Ausdruck kam, eine Regierungs- und Rechtspartei, die Rechtspartei des politischen Bürgertums.“

⁵⁰ IDR 1903, S. 345; *Ziekursch*, III, S. 52 f.

Volksteile geführt. Auch hat der parteimäßig organisierte politische Antisemitismus in katholischen Gebieten dank der organisatorischen Stärke der hinter dem Zentrum stehenden kirchlichen Kreise keinen Eingang finden können⁵¹. Die vorher fehlende Übereinstimmung zwischen der Führung, der Mehrheit der parlamentarischen Vertretung und dem Parteivolk wurde zur Zeit der Jahrhundertwende hergestellt. So konnte im Jahre 1907 die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ der Reichstagsfraktion des Zentrums eine objektive Haltung bestätigen⁵². Der Zeitpunkt dieser Äußerung war bedeutungsvoll. Damit wurde die Wahl eines Kandidaten des damals in der Opposition befindlichen Zentrums als eine Alternativmöglichkeit hingestellt, falls ein Bewerber der die Freisinnigen einschließenden Wahlkoalition sich wegen Hinneigung zum Antisemitismus in den Augen der jüdischen Wähler disqualifizieren sollte.

So hat das Zentrum seit etwa 1900 eine, wenn auch nicht durchweg erfolgreiche Anstrengung zur Verminderung des Antisemitismus in seinen Reihen unternommen. Mit Recht bezeichnete es Karl Bachem in seiner in der Weimarer Zeit geschriebenen, umfassenden Geschichte der Zentrumsparlei als Verdienst Windthorst's, von Anfang an dem Antisemitismus entschlossenen Widerstand geleistet zu haben. „Die Politik der Zentrumsparlei“, so faßt er seine Darstellung zusammen, „hätte nur auf falsche Bahnen geleitet werden können, wenn sie sich dem Antisemitismus in die Arme geworfen hätte“⁵³. Auch nach 1900 zählte freilich die das Interesse des politischen Katholizismus wahrnehmende Partei nur wenige jüdische Anhänger. Die Haltung der preußischen Landtagsfraktion und vor allem des bayerischen Zentrums hielten das Mißtrauen der jüdischen Wähler wach.

Der Freisinn als „jüdisches Zentrum“

Die Struktur, die Ziele und das Verhalten der Parteien waren nicht geeignet, an der Konzentration der jüdischen Wähler im Freisinn etwas Wesentliches zu ändern. In seiner seit Oktober 1892 herausgegebenen Wochenschrift „Die Zukunft“ ließ Maximilian Harden wiederholt feindselige Bemerkungen über den Standort und das Verhalten der Juden in der freisinnigen Partei fallen. Ende Januar 1893 schlug er dann in einer bitteren Attacke hart zu.

⁵¹ Braun, S. 562. Auch den Bund der Landwirte zählt Braun (aaO, S. 560) unter den Parteien auf, die fast ausschließlich in protestantischen Gegenden einen namhaften Anhang hatten. – Auszüge aus Liebers Rede bei Massing, S. 295. Bachem, III, S. 422 ff. beschäftigt sich im einzelnen mit den von den katholischen Organisationen ergriffenen Maßnahmen.

⁵² AZJ 1907, S. 1.

⁵³ K. Bachem, III, S. 421. – Karl Bachem ist nicht zu verwechseln mit dem derselben Kölner Familie entstammenden Julius Bachem, der 1880 im Abgeordnetenhaus die scharfe antisemitische Rede gehalten hat (s. oben S. 135).

Dies geschah bald nach dem Wahlsiege Ahlwardts und der Annahme des Tivoliprogramms durch die Konservativen. Er stempelte die Deutsch-freisinnige Partei als ein „jüdisches Zentrum“ ab. Gleich der Zentrumsparthei, die jedes Ereignis nach seiner Bedeutung für den Katholizismus bewerte, betrachte das freisinnige Judentum jede Konstellation nur unter den Gesichtspunkten des jüdischen Interesses. Um Vorteile für sich zu erringen oder Gefahren abzuwehren, trügen die Juden einen jüdischen Kriegsschatz für freisinnige Wahlen herbei⁵⁴.

Harden versäumt nicht, die Verantwortung der Konservativen aller Richtungen und der Nationalliberalen für die Konzentration der jüdischen Wähler im Freisinn klarzustellen und greift auch auf die Bedeutung der Siegerner Wahl zurück. Bismarck, dem er seine Feder für die Bekämpfung der Politik Wilhelms II. lieh, spricht er fälschlicherweise von jeder Schuld am Wachsen des Antisemitismus frei. Er zieht theoretisch richtig, in bezug auf die politische Auswirkung irrig, eine Scheidelinie zwischen den „wüsten Halluzinationen“ Ahlwardts und den Ansichten Stoeckers, die ihm diskutabel und ernsthaft erscheinen; als ob die Emanationen der antisemitischen Demagogie, so wie sie in den am Schreibtisch entstandenen gelehrten Abhandlungen säuberlich gesichtet werden, von der Menge je nach ihrer ideologischen Herkunft gesondert würden. Zwar ergibt sich gerade aus Hardens Darstellung die Unentrinnbarkeit der politischen Konzentration im Freisinn als logische Konsequenz für die Masse der Juden, die nicht bereit waren, den Übergang zur Sozialdemokratie zu vollziehen. Dennoch hält Harden über die freisinnigen Juden strenges Gericht. Er prophezeit als Folge ihres Verhaltens ein weiteres Anwachsen des Antisemitismus, der seinen Höhepunkt erreichen werde, „wenn aus dem liberalen Maskenanzug sich das jüdische Zentrum entpuppt“⁵⁵. Zwei Jahre später wählte Lieber in seiner Reichstagsrede von 1895 unter den zeitgenössischen jüdischen Schriftstellern, die den Unwillen der Katholiken erregten, Maximilian Harden wegen seiner Angriffe auf die höchsten Werte der Nation und des Volkes aus⁵⁶. Es war nicht das einzige Mal, daß die Juden die Last der Äußerungen eines judenfeindlichen Schriftstellers jüdischen Ursprungs zu tragen hatten.

⁵⁴ Die Zukunft, Berlin 1893, S. 145 ff.; 150.

⁵⁵ AaO, S. 151.

⁵⁶ Massing, S. 296.

*D. Die jüdischen Anhänger der Sozialdemokratie
nach dem Erstarben der Partei**Schichtung der Wählerschaft der Partei und Beteiligung der Juden*

Von 1877 an wuchs die Zahl sozialdemokratischer Wähler in den Großstädten. Seit dem Jahre 1884, in dem die Partei die durch Attentate und das Ausnahmegesetz verursachten Rückschläge von 1878 und 1881 überwand und die Ziffer von einer halben Million von Wählern überschritt, stieg oder sprang ihre Zahl bei mehreren Wahlen beträchtlich. Zwischen 1898 und 1903 eroberte sie 900 000, zwischen 1907 und 1912 eine Million zusätzlicher Stimmen. 1903 war fast jeder dritte, 1907 mehr als jeder vierte, 1912 mehr als jeder dritte Wähler ein Sozialdemokrat.

Daß auch jüdische Wähler sich für sozialdemokratische Kandidaten entschieden, ist nicht zweifelhaft. Das Reservoir der Wähler der Partei war nicht auf Arbeiterkreise beschränkt. Sie reichte über diese hinaus in die Mittelschichten kaufmännischer und industrieller Angestellter und kleiner Handwerker und Gewerbetreibender hinein, unter denen sich die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung befand. Die Anteilzahlen der sozialdemokratischen Wähler überstiegen vor allem in den Großstädten die Quote der Arbeiterschaft, besonders wenn man berücksichtigt, daß in katholischen Gebieten eine erhebliche Zahl von Arbeitern der Zentrumspartei ihre Stimme gaben. So wählten im Jahre 1903 in Berlin 67 %, in Hamburg 63 %, in sächsischen Großstädten zwischen 61 % und 64 % der Abstimmenden sozialdemokratisch. 1893, 1898 und 1903 ist etwa ein Sechstel bis zu einem Viertel aller sozialdemokratischen Stimmen nicht von Mitgliedern der Arbeiterklasse abgegeben worden⁵⁷. Das sprungartige Emporschnellen der für die Partei 1912 abgegebenen Stimmen kann gleichfalls nicht ohne bedeutende Beteiligung von Angehörigen anderer Schichten vor sich gegangen sein. In den Wahljahren 1903 und 1912 dürften zwischen 750 000 und einer Million Wähler der Mittelschichten vorwiegend in Großstädten sich für die Sozialdemokratie entschieden haben⁵⁸.

Anteil der Juden an der sozialdemokratischen Wählerschaft

Die jüdischen Wähler der Sozialdemokratie konnten nur in geringer Zahl aus dem Kreise der jüdischen Handarbeiter kommen. Ihre Zahl war unbedeutend. Unter ihnen waren überdies viele ausländische Juden, die kein Wahlrecht hatten. Dagegen gab es unter jüdischen Angestellten, kleinen Kaufleuten und Gewerbetreibenden Wähler der Sozialdemokratie. Auch einzelne idealistisch gesinnte größere Unternehmer, in höherer Zahl Intellektuelle entschieden sich für die Sozialdemokratie. Sie stellten dennoch nur eine Minderheit der jüdischen Wähler dieser Schichten dar. Das war schon durch ihre Interes-

⁵⁷ *Blank*, S. 516 ff.

⁵⁸ *Blank*, S. 526 ff.

senlage angesichts des hohen Anteils der Juden an der Zahl der Selbständigen bedingt. Insofern ändert der Beitrag jüdischer Wähler zu den Erfolgen der Sozialdemokratie die großen Konturen nicht, die das Bild ihrer beträchtlichen Konzentration im Lager des Freisinns erkennen läßt.

Die Stärke des Anteils der Juden an den Wahlziffern der Sozialdemokratie läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. Er war überaus schwach in Posen und in den national gemischten Gebieten Westpreußens und Oberschlesiens, wo nicht die allgemeinen politischen Unterschiede oder der Klassenkampf, sondern die nationalen Gegensätze zwischen Deutschen und Polen das Interesse der Wählerschichten absorbierten. Die Sozialdemokratie erwies sich als unfähig, in diesen Teilen der Monarchie nennenswerte Stimmenzahlen aufzubringen; sie erreichte 1903 in der Provinz Posen 2,7 0/0, 1912 3,8 0/0, in dem zum Teil polnisch besiedelten Westpreußen 8 0/0 der abgegebenen Stimmen, die niedrigsten Ziffern im Landesdurchschnitt⁵⁹. Der jüdische Anteil war gleichfalls gering in den deutschen Klein- und Mittelstädten, in denen die Juden gesellschaftlich und beruflich fast völlig von den anderen Bevölkerungsschichten abgeschlossen waren. Die kleinen jüdischen Industriellen, die Händler und Ladenbesitzer waren meist noch mehr überaltert als die deutschen Juden ohnehin, da die jüngeren Menschen dort keine Aussicht auf Weiterkommen hatten und daher in den Großstädten ihr Glück versuchten. Sie waren politischen Wagnissen abhold und hielten gesellschaftlich und politisch eng zusammen. Sie blickten auf die freisinnigen Intellektuellen in ihren Gemeinden. Den Sozialdemokraten boten sie kein dankbares Feld für erfolgreiche Werbung.

In den Großstädten war die Lage anders. Die jüdischen Angestellten konnten sich aus ihrer zunehmend schwieriger werdenden Situation nicht in die Protestorganisation des antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes flüchten. Als die großen Aktienbanken sie nicht mehr anstellten und die Industriekonzerne sie zurückwiesen, konnten sie nur zusammen *mit* den Handarbeitern, nicht getrennt von ihnen, die Ungerechtigkeiten des bestehenden Wirtschaftssystems bekämpfen. Jüdische Akademiker konnten dem Radikalismus der Jugend nicht in dem unter Treitschkes Einfluß gegründeten Verein deutscher Studenten die Zügel schießen lassen. Soweit sie radikale Stimmungen über die Studentenzeit hinaus und in das wahlfähige Alter hinein bewahrten, mußten diese sie in der deutschen Politik notwendigerweise nach links treiben. Für Berlin kam die durch die Hugenotten seit dem 17. Jahrhundert, durch die Juden seit Ende des 18. Jahrhunderts mitbeeinflusste politische Atmosphäre hinzu, die dem Denken der dort zusammenströmenden Bevölkerung den Stempel einer Besonderheit aufdrückte. Sie ist auch heute noch nicht verlorengegangen.

So kann man annehmen, daß in Großstädten, besonders in Berlin, der An-

⁵⁹ *Blank*, S. 509. Die Geringfügigkeit der Ziffern auch für 1907 und 1912 hervorgehoben von Wehler, S. 157 f.

teil der Juden an sozialdemokratischen Wahlergebnissen überdurchschnittlich, in Mittel- und Kleinstädten und vor allem im Osten Preußens unterdurchschnittlich war. Wenn sich, wie wir schätzten, in den letzten 20 Jahren des Kaiserreichs ein Sechstel bis zu einem Viertel der Wähler aus anderen Kreisen als denen der Arbeiterschaft für die Sozialdemokratie erklärt hat, so dürften etwa 30 000 bis 40 000 von den rund 180 000 jüdischen Wahlberechtigten oder den etwa 150 000 jüdischen Wählern sozialdemokratisch gewählt haben. Diese Zahl mag 1893 und 1907, als Rüstungs- bzw. Kolonialfragen das Wahlklima nationalistisch erhitzten, nahe der unteren, 1903 und 1912 nahe der oberen Grenze gelegen haben. Sie wurde vielleicht zuletzt durch das starke Wachstum der jüdischen Bevölkerung in den Großstädten und durch die Abnahme der jüdischen Bevölkerung in den Kleinstädten überschritten. Lassen wir solche Schwankungen außer acht, so dürfte also im Durchschnitt etwa ein Prozent der sozialdemokratischen Wähler entsprechend dem jüdischen Bevölkerungsanteil Juden gewesen sein. So unbedeutend die absolute Ziffer war, so bedeutet sie dennoch bei der Geringfügigkeit der Zahl jüdischer Industriearbeiter, daß eine überdurchschnittliche Zahl von Wählern aus intellektuellen Kreisen und aus dem kleinen jüdischen Mittelstand zur Sozialdemokratie gestoßen sind. Robert Michels hat geschätzt, daß etwa 2–3 % der jüdischen Intellektuellen der sozialdemokratischen Partei als Mitglieder angehörten⁶⁰. Bei der Zugrundelegung der Verhältniszahl zwischen Parteimitgliedern und Wählern kann man im vorsichtigen Analogieschluß annehmen, daß in den letzten 20 Jahren des Kaiserreichs 10–15 % der jüdischen Intellektuellen sich bei den Wahlen für die Sozialdemokratie erklärt haben. Dies wäre angesichts der Verfemung der sozialdemokratischen Partei vor der Weimarer Zeit ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz.

Gründe jüdischer Sympathien für die Sozialdemokratie

Nicht alle, nicht einmal eine erhebliche Zahl derer, die sich damals bei den Wahlen zur Sozialdemokratie bekannten, schwangen sich zu den Höhen des Idealismus auf, der die jüdischen Mitbegründer der sozialistischen Bewegung und ihre damaligen Mitarbeiter beseelte⁶¹. Zu ihnen stießen jene, die durch den Antisemitismus in ihrer Ehre, in ihrem Empfinden und ihrem beruflichen und gesellschaftlichen Fortkommen getroffen, die Hoffnung verloren hatten, daß sie seiner anders als durch den Sieg der Sozialdemokratie Herr werden könnten. Sie erwarteten, daß ein Sieg der Partei dem obrigkeitsstaatlichen Antisemitismus ein Ende bereiten würde. Sie hofften, daß die von den Kreisen der Intellektuellen und des Mittelstandes ausgehenden antisemitischen Strömungen sich mit dem gesellschaftlichen Gesamtwechsel verlaufen würden. Die Verschlechterung der Lage der jüdischen Angestellten trug zu diesem Stelungswechsel eines Teiles der jüdischen Wähler bei.

⁶⁰ Michels, aaO, S. 521.

⁶¹ S. oben S. 30 f.

Jedoch war auch dieser Grund nur für einen Teil der jüdischen Wähler der Sozialdemokratie ausschlaggebend. Eine dritte, zahlenmäßig wohl die stärkste Gruppe wollte durch sozialdemokratische Stimmabgabe ihrer radikalen Gegnerschaft gegen die offizielle deutsche Politik Ausdruck verleihen. Damit folgte sie der Haltung weiter Kreise der Gesamtbevölkerung. Verhängnisvolle Fehlentscheidungen in der äußeren und inneren Politik, die Äußerungsformen des preußischen Militarismus, das preußische Dreiklassenwahlrecht und grobe rednerische Entgleisungen Wilhelms II. veranlaßten Hunderttausende, in Protestvoten die radikalste Oppositionspartei zu wählen. Ein Vergleich der deutschen Wahlergebnisse mit den Resultaten der Wahlen in anderen, nicht weniger industrialisierten Staaten legt den Schluß nahe, daß die prozentual höhere sozialdemokratische Wählerzahl vornehmlich durch diese Erscheinungen des deutschen Staats- und Gesellschaftsgefüges und der deutschen Politik zu erklären ist.

Sozialdemokratie und Antisemitismus

Die Sozialdemokratie fuhr fort, den Antisemitismus eindeutig und scharf abzulehnen. Die Juden, die sich für die Sozialdemokratische Partei entschieden, konnten ihren Entschluß durch die Haltung der Partei zu der antisemitischen Bewegung nur bekräftigt finden. Paul W. Massing ist diesen Beziehungen nachgegangen und hat sie erschöpfend dargelegt. Er stellt zusammenfassend fest, daß die Sozialisten weder in der Theorie noch in der politischen Praxis jemals geschwankt und sich gegen alle Versuchungen, antisemitischen Regungen um taktischer Erfolge willen entgegenzukommen, gefeit erwiesen haben⁶². Ihre Opposition gegen den Antisemitismus und die Parteien, die ihn vertraten, blieb gerade in den entscheidenden Augenblicken unerbittlich. Dies trat beide Male weithin sichtbar in Erscheinung, als der politische Antisemitismus einem Höhepunkt zustrebte. Im Jahre 1881 wies die Sozialdemokratie in Berlin das Bündnisangebot des für Stoecker verhandelnden Professors Adolf Wagner gegen die Fortschrittspartei energisch zurück⁶³. Sie wandte sich 1884 abermals aufs schärfste gegen Stoecker, als er mit dem fortschrittlichen Professor Virchow in einem Berliner Wahlkreis in Stichwahl stand. Zwar lautete die offizielle Parole auf Stimmenthaltung. Aber sie drang mit Zustimmung der Führer selbst nicht durch. „Es würde ein unauslöschlicher Flecken auf dem Ehrenschild der Arbeiter sein“, rief der sozialdemokratische Führer Wilhelm Hasenclever den Berlinern zu, „wenn Stoecker gewählt würde. Das sei Eure Parole am 13. November: Gegen Stoecker!“⁶⁴

Ebenso erteilte acht Jahre später, als der antisemitische Radikalismus Ahl-

⁶² *Massing*, S. 151.

⁶³ *Mehring*, aaO, IV, S. 197 f.; *Massing*, S. 171.

⁶⁴ AZJ 1884, S. 750 und 760, mit Polemik gegen die Prinzipienreiterei Singers, der für die offizielle Parteiparole eintrat, wenn er auch selbst die Gründe dagegen deutlich erkennen ließ; *Massing*, S. 173.

wards sein Haupt erhob, die Sozialdemokratie auf ihrem Berliner Parteitage 1892 dem Antisemitismus eine schroffe Absage. Dies geschah in dem gleichen Jahre, in dem die konservative Partei ihre Judenfeindschaft auch programmatisch proklamierte und der preußische Hochadel durch Ablehnung des gegen antisemitische Ausschreitungen gerichteten Absatzes, genau wie 40 Jahre später, vor dem Pöbel kapitulierte. Das Thema „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ konnte zwar wegen der Überlastung der Tagesordnung des Berliner Parteitages entgegen der ursprünglichen Absicht erst 1893 auf dem Kölner Parteitag zur Debatte gestellt werden. Dennoch wurde die Resolution vorweg zur Annahme gebracht, um jeden Zweifel an der Haltung der Sozialdemokratie auszuschließen. Die Resolution wurde nach August Bebels Referat in Köln 1893 bestätigt; seine Rede wurde gemäß Parteitagsbeschluss als Broschüre veröffentlicht.

Ungleich den Liberalen sahen die Sozialisten im Antisemitismus nicht allein ein Produkt der ferneren oder jüngeren Geschichte der politischen Reaktion. Sie glaubten nicht daran, daß das Verebben mittelalterlicher Vorstellungen, der Appell an die edleren Gefühle der Menschen und die Mahnung zur Humanität genügten, um ihn zum Verschwinden zu bringen. Das Bild der lediglich durch die Religion von den übrigen Deutschen differenzierten deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens entsprach nicht der Rolle der Juden und ihrem Auftreten in Wirtschaft und Gesellschaft, wie die Sozialisten es sahen; sie suchten das politische Phänomen im Rahmen der materialistischen Geschichtsauffassung und der Klassenkampftheorie zu erklären. Sie erblickten im zeitgenössischen Judentum eine aus der Existenz und den Formen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erklärende Gemeinschaft. Die Ablösung des Kapitalismus durch eine neue sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erschien ihnen als eine notwendige Vorbedingung für das Verschwinden der antisemitischen Barbarei. Zugleich glaubten sie, das Aufgehen der Juden in der kommenden klassenlosen Gesellschaft voraussehen zu können⁶⁶.

Dementsprechend erwartete die Sozialdemokratie in ihrer Berliner Resolution die Lösung der Judenfrage von dem Siege des Sozialismus, der das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen herbeiführen würde. Sie verwarf den Antisemitismus, weil „die Ausbeutung der Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endet“⁶⁷. Sie verurteilte den einseitigen Kampf gegen das jüdische Ausbeutertum und leistete eine unermüdliche Erziehungsarbeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft, um sie gegen antisemitische Einflüsse immun zu machen.

⁶⁵ *Schröder*, S. 35 f.

⁶⁶ Diese Entwicklung ist, wenn auch noch nicht völlig klar, in Marx' Aufsatz zur Judenfrage in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern im Jahre 1844 angedeutet; s. *Mehring*, Aus dem literarischen Nachlaß, S. 403 ff.

⁶⁷ S. Anm. 65.

Schon 1881 bezeichnete es die Sozialdemokratie allein als ihr Verdienst, daß der Skandal des Antisemitenunfugs nicht die Ausdehnung einer allgemeinen Judenhetze annahm. Sie war es, die die Arbeiterklasse vor diesem „schmachvollen, den niedrigsten Motiven entsprungenen Treiben“ gewarnt hatte⁶⁸. Bebel hat in seinem Referat den Antisemitismus vor allem aus den wirtschaftlichen Verhältnissen versinkender Mittelschichten erklärt. Entschuldigt hat die Sozialdemokratie den Antisemitismus nie; es sei denn, man fände eine Entschuldigung in Bebels wegwerfender Bemerkung zu dem Schriftsteller Hermann Bahr, daß bei geringer Geisteskultur die Rasse immer eine große Rolle spiele⁶⁹. Ihre Stellungnahme wurde ihr durch den Grundsatz erleichtert, in erster Linie das von ihr verurteilte System und nicht die Menschen, die es tragen, anzugreifen. Sie hat im Gegenteil deren Denken und Handeln oft als zwangsläufig zu erläutern versucht. Sie benötigte nicht den konkreten Gegner, den jüdischen oder christlichen Kapitalisten, um ihrem Kampfe Schwungkraft zu verleihen.

Das bedeutet nicht, daß alle Sozialdemokraten von antisemitischen Regungen frei waren. Gustav Noske berichtet in seinen Erinnerungen, daß der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Richard Fischer, seinem Unmut gegen manche Juden oft sehr drastisch Ausdruck gab. Auch Wilhelm Sollmann, der kurze Zeit in der Weimarer Republik Reichsinnenminister war, hatte antisemitische Anwandlungen. Der Reichstagsabgeordnete Eduard David hat seinem Kriegstagebuch seine Abneigung gegen jüdische Parteimitglieder, die seine Ansichten nicht teilten, in antisemitischen Wendungen anvertraut. Aber in die Öffentlichkeit drangen diese Stimmungen nicht, und die Haltung der Partei wurde durch sie nicht berührt. Sie wird vielmehr durch das Zeugnis Eduard Bernsteins aus dem Jahre 1921 gekennzeichnet: „In meiner fünfzigjährigen Mitgliedschaft in der Partei ist mir kein Fall bekannt, bei dem ein Parteigenosse wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum bei der Verteilung von Ämtern zurückgesetzt worden ist.“⁷⁰

Bekämpfung und Verteidigung der sozialdemokratischen Taktik

Es konnte nicht ausbleiben, daß jüdische Anhänger des deutschen Liberalismus gegen die sozialdemokratische Auffassung und Taktik zu Felde zogen.

⁶⁸ Bebel, Die sozialdemokratischen Wahlaufufe, S. 209.

⁶⁹ Bahr, S. 23.

⁷⁰ Noske, S. 147 f.; David, S. 136 f.; 176; 181. Über Sollmann, Mitteilung, auf Grund persönlicher Erfahrungen, von Herrn Max Tockus, ehemaligem Verlagsdirektors der „Volkswacht“ in Breslau. Silberner, S. 199 ff. hat frühere antisemitische Äußerungen, wie z. B. von Richard Calwer, und Vorkommnisse auf dem Lübecker Parteitag von 1901 erwähnt und hinzugefügt, daß solche Äußerungen stets scharf zurückgewiesen wurden, und daß offener Antisemitismus in der Partei nicht geduldet wurde. Er hat auch richtig erkannt, daß diese Vorkommnisse immer seltener wurden und seit 1900 fast ganz verschwanden. – Bernsteins Äußerung in: Die Juden in der deutschen Sozialdemokratie, De Socialistische Gids, Amsterdam, November 1921, S. 984 (in holländischer Sprache).

Sie warfen der Sozialdemokratie Indifferenz gegenüber dem Judentum und jüdischen Werten vor. Sie konnten sich nicht damit abfinden, daß sie das Judentum und seine Werte unter die Elemente einreichte, die zusammen mit dem Kapitalismus untergehen würden. Sie hielten den Sozialisten vor, sich in den Parlamenten an Debatten über die Judenfrage wenig zu beteiligen, ein Vorwurf, dem nur teilweise Berechtigung zugesprochen werden kann. Auch daran wurde Anstoß genommen, daß die Sozialdemokraten in Wahlkämpfen selbst auf wüste antisemitische Beschimpfungen nur selten reagierten, weil sie in ihnen nur eines, und nicht das wichtigste der Verteidigungsmittel der im Klassenstaate herrschenden Schichten sahen⁷¹. Jedoch gehörten einige sozialdemokratische Juden dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an. Schon lange vor der Gründung des Vereins hatte ein sozialistischer Reichstagskandidat, Moses Oppenheimer, offene Briefe an Adolf Stoeker gerichtet, die in mancher Hinsicht die später in dem Verein vorherrschenden Gedankengänge vorwegnahmen⁷². Die Sozialdemokratie als Ganzes aber zeigte in der Tat ein geringes Interesse an den jüdischen oder projüdischen Verbänden. Sie lehnte die Form des Kampfes der bürgerlichen Juden gegen den Antisemitismus ab. Die Auseinandersetzung zwischen diesen und den Antisemiten erschien der Sozialdemokratie theoretisch als ein Kampf zwischen mehreren Gruppen der gleichen herrschenden Schicht, wenn auch diese Theorie der Wirklichkeit kaum je stand hielt und daher das Verhalten der Partei in praktischen Fragen selten beeinflußt hat.

Der Gegensatz zwischen jüdischen Verbänden und Sozialdemokraten war aber keineswegs einseitig durch die Haltung der Partei bestimmt. Im allgemeinen scheuten die jüdischen Honoratioren an der Spitze der Abwehrverbände selbst vor einer engen Verbindung mit der Sozialdemokratie zurück, um ihren Kampf nicht mit dem Odium eines Bündnisses mit dem „Umsturz“ zu belasten. Diese Abneigung überschritt zuweilen das natürliche bürgerliche Abwehrbedürfnis. Der Bamberger Rabbiner Adolf Eckstein lehnte es in seiner Schrift über die bayerischen Parlamentarier jüdischen Glaubens ab, Leben und Leistung Gabriel Löwensteins, eines sozialdemokratischen Vertreters Nürnbergs im Bayerischen Landtag, zu skizzieren: er gehöre zur Sozialdemokratie, „die mit dem Judentum und mit welcher das Judentum keine Gemeinschaft hat“⁷³. Nur einige Jahre später amtierte ein weniger engherziger Geistlicher, der Nürnberger Rabbiner Max Freudenthal, bei der Beisetzung

⁷¹ AZJ 1901, S. 470 beklagt, daß Singer auf dem Lübecker Parteitag (s. Anm. 70) auf Angriffe gegen jüdische Sozialdemokraten aus Rußland schwieg und deren Verteidigung anderen überließ. Die prinzipielle Haltung der Partei kommt in Bebels Bemerkung zu Bahr (s. Bahr S. 25) zum Ausdruck: „Uns kann es nur recht sein, wenn sich die herrschenden Klassen unter einander bekriegen und alles Vertrauen wankt und der Ekel vor dieser Ordnung der Gesellschaft wächst. Wir sehen ruhig zu und warten“.

⁷² AZJ 1881, S. 737 und 769 ff.; *Toury*, Politische Orientierungen, S. 148; 214.

⁷³ *Eckstein*, Beiträge, S. 45.

dieses Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung, der einer armen Fürther Familie entstammte⁷⁴. Veröffentlichungen der jüdischen Presse, die sich auf das wirtschaftliche und soziale Gebiet vorwagten und zuweilen einen arbeiterfeindlichen Charakter annahmen, trugen nicht dazu bei, die Stimmung der Sozialdemokratie gegenüber den jüdischen Verbänden und der jüdischen Presse zu verbessern⁷⁵.

3. DIE WIRKUNG DES WAHLSYSTEMS AUF DIE HALTUNG DER JÜDISCHEN WÄHLER

A. Das Reichstagswahlrecht und die Parteien

Die Eigenart des Wahlrechts

Mitgliedschaft in politischen Parteien oder das Zugehörigkeitsgefühl zu ihnen war nicht immer gleichbedeutend mit einer Wahlentscheidung für die eigene Partei. Dieses paradoxe Ergebnis wurde durch die Eigenart des deutschen Reichstagswahlrechts und die geographische Verteilung der Parteien in der monarchischen Zeit herbeigeführt.

Das Wahlrecht wurde in 397 Einmannwahlkreisen ausgeübt. Im ersten Wahlgang entschied die absolute Mehrheit der Wähler. Wurde diese nicht erreicht, so fand eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, die in der Hauptwahl die höchsten Stimmzahlen erreicht hatten. Wenn man die Linksliberalen und die Antisemiten als je eine Einheit betrachtet und kleine regionale Parteien außer acht läßt, so waren im Reichstagswahlkampf sieben Parteien im Wettbewerb. Selbst bei den Hauptwahlen hatten die Wähler jedoch häufig nicht die Möglichkeit, für ein Mitglied der Partei zu stimmen, der sie angehörten oder nahestanden. Nur in rund 100 Wahlkreisen kandidierten Mitglieder von fünf oder sechs Parteien. In den meisten Kreisen bewarben sich nicht mehr als drei oder vier, in einigen nur zwei Kandidaten um das Mandat¹.

⁷⁴ *Freudenthal*, S. 150 f.

⁷⁵ So z. B. *AZJ* 1884, S. 341 ff. Die Zeitung polemisiert gegen Bismarcks These vom Recht auf Arbeit. In die gärende Masse geworfen, müsse sie unheilvoll wirken. Die Erfahrung lehre, daß ein Arbeiter zwar arbeiten könne, aber so wenig wie möglich arbeiten wolle. Das mosaische Gesetz erkenne die Pflicht zur Arbeit und das Recht auf Hilfe an. In *AZJ* 1895, S. 39 schreibt ein jüdischer Lehrer, daß gemäß den Vorschriften der jüdischen Religion jeder wahre, glaubenstreue Jude der Sozialdemokratie entgegen wirken müsse.

¹ *Braun*, S. 543. Nach Brauns Statistik bewarben sich 1898 je vier Kandidaten in 141 Wahlkreisen, 1903 je vier in 169 Wahlkreisen. Je drei Kandidaten bewarben

Die Sonderlage der jüdischen Wähler

Die jüdischen Wähler standen bei den Haupt- oder Stichwahlen oft vor schwierigeren Entscheidungen als die anderen Wahlberechtigten. Am wenigsten waren diejenigen betroffen, die den Sozialdemokraten nahestanden. Diese stellten in jedem Wahlkreise Kandidaten auf, um einen Überblick über ihre Stimmenzahl im ganzen Lande zu gewinnen und ihre Stärke sichtbar zu machen. Politisch bedeutungslos war das Verhalten der jüdischen Wähler in denjenigen Kreisen, die im sicheren Besitz bestimmter Parteien waren. So waren die Sozialdemokraten eines Wahlsieges in einer Reihe von Großstädten mit vorwiegend evangelischer Bevölkerung gewiß. Die Konservativen hatten in Pommern und Ostpreußen ihre „Riviera-Wahlkreise“ – sie konnten sich während des Wahlkampfes an der Riviera erholen, ohne den Verlust des Mandates befürchten zu müssen. Das Zentrum hatte seine gesicherten Domänen in vorwiegend ländlichen Gebieten Süddeutschlands, in Teilen des Rheinlandes und Westfalens. Polen, Elsässer und Lothringer konnten aus gewissen Wahlkreisen nicht vertrieben werden. Diese unangreifbaren Besitzstände erstreckten sich jedoch im Durchschnitt der Wahlergebnisse auf weniger als die Hälfte der Wahlkreise. Vor allem gab es seit den achtziger Jahren unangefochtene liberale Domänen nicht mehr.

In den Wahlkreisen, die im unsicheren und wechselnden Besitz der Parteien waren, entstanden Probleme. Die jüdischen Anhänger des Freisinns hatten zu überlegen, welchem Kandidaten sie ihre Stimme geben oder ob sie der Abstimmung fernbleiben sollten, wenn kein Freisinniger sich um das Mandat bewarb. Sie hatten nachzudenken, ob sie für einen freisinnigen, vielleicht jüdischen Zählkandidaten stimmen sollten, obwohl er in hoffnungsloser Position war, anstatt durch Stimmabgabe für einen eben noch annehmbaren Kandidaten diesem zur Stichwahl zu verhelfen und dadurch den Sieg eines schärferen politischen Gegners zu verhindern. Ein jüdischer Industrieller konnte in der Stichwahl zwischen einem wirtschaftlich von ihm nicht allzu weit entfernten Freikonservativen und einem in jüdischen Fragen zuverlässigen Sozialdemokraten zu entscheiden haben, von dessen politischem und wirtschaftlichem Denken ihn eine Welt trennte. Ein jüdischer Freidenker mochte vor der Entscheidung stehen, ein in jüdischen Fragen als zuverlässig bewährtes Mitglied der Zentrumsparterie zu wählen, dessen kulturpolitische Stellungnahme er mißbilligte, oder seine Stimme einem Nationalliberalen zu geben, von dem er ein Eintreten für jüdische Interessen nach seiner Vergangenheit nicht erwarten konnte.

sich 1898 in 118, 1903 in 122 Wahlkreisen. Nach Kürschner, 1912, kandidierten 1912 30 Polen, drei Dänen, ein Litauer, 15 Elsässer und Lothringer und 15 Deutsch-Hannoveraner (Welfen). Kandidaten, die nur eine minimale Stimmenzahl aufbrachten (wie einige elsäß-lothringische Protestler) sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Wahlbündnisse zwischen Liberalen und Antisemiten

Grundsätzlich hatten alle deutschen Wähler bei Haupt- und Stichwahlen Überlegungen ähnlicher Art anzustellen. Für die jüdischen Wähler stellte jedoch der Charakter der reinen Antisemitenparteien und der Antisemitismus der Deutschkonservativen Partei ein wesentliches Entscheidungsmerkmal dar. Den nichtjüdischen Wählern dagegen erschien dies als eines unter vielen sie interessierenden Kennzeichen, nur selten als ein wichtiges Symptom. Wenn Kandidaten oder Anhänger der Freikonservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums sich in der Wahlagitation antisemitischer Propaganda bedienten, so pflegte dies die Stichwahlentscheidung linksstehender nichtjüdischer Wähler zu ihren Gunsten nicht zu behindern. Jüdische Wähler dagegen maßen dem natürlich große Bedeutung bei.

Bei diesen Gelegenheiten fielen daher die jüdischen liberalen Wähler oft Entscheidungen, die von der Stellungnahme ihrer nichtjüdischen Parteigenossen abwichen. Seit der Umgruppierung der Parteien zwischen 1878 und 1881 bevorzugten die Wähler der Nationalliberalen und des Zentrums bei Stichwahlentscheidungen Kandidaten der Rechten gegenüber der Linken. Konstellationen wie in Siegen haben 1884 und noch mehr 1887 an Bedeutung gewonnen, als der Wahlkampf mit einer gegen Frankreich gerichteten chauvinistischen Wahlparole geführt wurde. Sie wiederholten sich in den späteren Jahren, nachdem auch die antisemitischen Parteien Fraktionsstärke gewonnen hatten. Stets haben auch die meisten freisinnigen Wähler bei Stichwahlen zugunsten eines bürgerlichen Bewerbers gleichviel welcher Schattierung gegen einen Sozialdemokraten entschieden². Bei den Wahlen von 1907 wurden in Stichwahlen vier Antisemiten durch die Wahlhilfe der Nationalliberalen und ebenso viele mit der Unterstützung der Freisinnigen gewählt³. Bei der Stichwahl zwischen einem der tiefstehendsten antisemitischen Agitatoren, dem Amtsgerichtsrat Wilhelm Lattmann, der sowohl ein Reichstags- als auch ein preußisches Landtagsmandat innehatte, und einem Sozialdemokraten traten in Kassel damals von 9500 Vereinigten Liberalen zwischen 90 % und 95 % für Lattmann ein⁴. In Sachsen-Weimar wurden 1908 zwei Antisemiten mit liberaler Unterstützung gegen die sozialistischen Gegenkandidaten gewählt. In zwei Berliner Wahlkreisen stimmten die freisinnigen Wahlmänner bei den Stichwahlen desselben Jahres zum preußischen Abgeordnetenhaus für einen antisemitischen, bzw. konservativen Kandidaten gegen die Sozialdemokraten.

Auch bei den Stichwahlen des Jahres 1912, in denen die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Fortschrittler aus übergeordneten politischen Gründen „dämpfte“ und ihnen dadurch die Erringung einer Reihe von Wahlsiegen gegen die Rechte ermöglichte, rang sich die Führung der Fortschrittlichen Volks-

² Mehring, Geschichte IV, S. 249, 293, 323.

³ IDR 1907, S. 143; Lorenz Curtius, S. 9; Schorske, S. 61.

⁴ Die Zahlen bei Scheidemann, Memoiren I, S. 108.

partei nicht zu einer eindeutigen Haltung durch. Sie nahm zwar eine klare Frontstellung gegen die Rechten und das Zentrum, den „schwarz-blauen Block“ ein. Aber sie wagte nicht, die offene Unterstützung der Sozialdemokratie beim Stichwahlentscheid zu befürworten. Das Ergebnis der Wahlen ließ erkennen, daß diese Zurückhaltung der Stimmung der Wähler entsprach. Die Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei im Lande verhalfen sogar entgegen der Wahlperiode einer größeren Anzahl von Kandidaten der Rechten, in einem Fall einem Antisemiten, gegen die Sozialdemokraten zum Siege⁵.

Jüdische Haltung zu antisemitischen Kandidaten

Die jüdischen Organisationen nahmen bei Wahlen eine kompromißlose Haltung gegenüber antisemitischen Kandidaten ein. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die einflußreichste dieser Organisationen, stellte 1903 Grundsätze auf, die bestimmt waren, den jüdischen Wählern Zweifel und Skrupel zu benehmen. Gegen den offenen Antisemiten und gegen den Deutschkonservativen sollte der jüdische Wähler in jedem Falle stimmen. Die Haltung zu den Kandidaten der Freikonservativen, der Nationalliberalen und der Zentrumsparthei sollte nach mündlicher oder schriftlicher Befragung jedes einzelnen Mandatsbewerbers festgelegt werden; wenn er einer eindeutigen Antwort auswich, sollte dies als genügender Beweis dafür angesehen werden, daß er nicht verläßlich war. In diesem Falle sollte der nicht antisemitische Gegenkandidat die Stimmen der jüdischen Wähler erhalten.

Der Centralverein legte in seinen Grundsätzen ferner fest, daß ein Sozialdemokrat einem Kandidaten vorgezogen werden sollte, der seiner Parteilugehörigkeit oder seiner Person nach als antisemitisch zu gelten habe. Der Antisemit in jedem Gewande müsse bekämpft, er dürfe niemals als das kleinere Übel angesehen werden. Im Jahre 1907 warnte der Centralverein die jüdischen Wähler davor, sich von den hochgehenden Wogen des Nationalismus tragen und sich von den tönenden Phrasen verkappter Antisemiten einfangen zu lassen. Es ist klar, wie stark diese Grundsätze von der allgemeinen freisinnigen Wahlparole bei den Reichstagswahlen von 1903, 1907 und selbst 1912 abwichen⁶.

Wie weit diese Stellungnahme der jüdischen Organisationen sich bei den jüdischen Wählern durchgesetzt hat, kann angesichts des geheimen Wahlrechts nicht mit Sicherheit bestimmt werden. Nach den Wahlen von 1903

⁵ Schorske, S. 228 ff.; er errechnet (S. 231), daß die Fortschrittler in 25 Wahlkreisen bei den Stichwahlen die Entscheidung in der Hand hatten. In 21 Fällen stimmte die Mehrheit der fortschrittlichen Wähler für die Kandidaten der Rechten, in vier Fällen für die Sozialdemokraten. In elf Fällen war jedoch die fortschrittliche Minderheit ausreichend, um den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

⁶ Sonnenfeld, S. 619 ff., 625 ff., 635. Zu den Wahlen von 1907 s. IDR 1907, S. 1–3, wo der Wahlaufdruck gegen offenen und verkappten Antisemitismus abgedruckt ist: „Nieder mit dem Antisemitismus in jedem Gewande.“

erklärte ein maßgebender Redner des Centralvereins, daß die Parole des Vereins überall da befolgt worden sei, wo er hinreichend ausgebreitet war⁷. Es fehlt jedoch nicht an Behauptungen, daß auch jüdische Wähler bei manchen Stichwahlentscheidungen zwischen antisemitischen und linksgerichteten, vor allem sozialdemokratischen Bewerbern sich nicht gescheut hätten, die Kandidaten der Antisemiten zu unterstützen.

Wie schwer es im Einzelfalle ist, zu einem einwandfreien Ergebnis zu kommen, lehren die Zahlen von 1907 bei der Wahl Lattmanns in Kassel. Scheidemann behauptet in seinen Memoiren, daß bei der Stichwahl „die in den nationalen Parteien zusammengefaßten Antisemiten und Liberalen aller Schattierungen und Konfessionen restlos für den Antisemiten gestimmt haben“⁸. Scheidemann läßt jedoch selbst durch die von ihm abgedruckte Wahlstatistik erkennen und stellt auch ausdrücklich fest, daß der Sozialdemokratie in der Stichwahl tausend weitere Stimmen zugeflossen sind. Da die Sozialdemokratie erfahrungsgemäß ihre Wähler schon bei den Hauptwahlen restlos zu mobilisieren verstand, ist es durchaus denkbar, daß ein Teil dieser Stimmen aus der Mitte der etwa 700 jüdischen Wahlberechtigten Kassels kam. Diese Annahme hat jedenfalls größere Wahrscheinlichkeit für sich als Scheidemanns generelle Behauptung. Daß aber andere jüdische Wähler zu Hause geblieben sind oder für Lattmann gestimmt haben, ist genau so möglich; alles dies kann weder bewiesen noch beweiskräftig bestritten werden.

Der israelische Gelehrte Jacob Toury hat diese Zusammenhänge an Hand eines sorgfältigen Quellenstudiums untersucht⁹. Er kommt zu dem Schluß, daß *nicht nur in vereinzelt Fällen* Juden für judengegnerische Kandidaten gegen Sozialdemokraten gestimmt haben; in den Reichstagswahlen zwischen 1903 und 1912, aber auch schon vorher habe sich eine *Minderheit von Juden* für Antisemiten eingesetzt. Toury gesteht jedoch zu, daß quellenmäßige Belege dafür selten zu finden sind. Es ist ihm nicht gelungen, für die 40 Jahre von 1867 bis 1906 eine nennenswerte Anzahl von Fällen zur Stütze seiner These ausfindig zu machen¹⁰. Einen Beweis für die Wahlen von 1912 versucht er nicht einmal zu führen. Daß jüdische Wähler in *Einzelfällen* in falsch verstandenem Patriotismus, unter Druck oder als berufsmäßige Einzelgänger sich so verhalten haben, wie Toury annimmt, kann als wahrscheinlich unterstellt werden. Solche Abweichungen von der Norm kommen bei jeder Gemeinschaft vor; mehr als individuelle Bedeutung kann man ihnen nicht beimessen. Dagegen deuten Wahlaufrufe und Analysen der Wahl von 1907

⁷ Sonnenfeld, S. 621.

⁸ Scheidemann, aaO, S. 109.

⁹ Toury, Jüdische Parteigänger des Antisemitismus, S. 323.

¹⁰ Toury, aaO, S. 325 findet einen Fall für die Jahre 1867–1878, vermag keinen Fall für 1881 anzuführen, zitiert (S. 326) für 1884 eine Zuschrift an eine Zeitung, die ohne Beweiskraft ist, führt drei Fälle aus dem Jahre 1887, keinen Fall für die folgenden Wahlen bis 1898 einschließlich an und einen einzigen Fall für 1903, den er selbst als zweifelhaft ansieht, und dessen Richtigkeit durch die Abstimmungsziffern widerlegt wird. Über die gemischt nationalen Wahlkreise s. unten S. 157 ff.

durch Organe der jüdisch-liberalen und der zionistischen Presse darauf hin, daß sich in der Tat in jenem Jahre nicht nur einzelne, sondern eine Minderheit als anfällig für die imperialistische Wahlparole erwiesen und sich bei Stichwahlen auch für antisemitische Kandidaten entschieden hat. Die freisinnigen Parteien gehörten zum ersten Male einem „nationalen“ Block an. Dazu wirkte die Popularität und die Herkunft Dernburgs, des Hauptkandidaten der Wahl neben Bülow, auf gewisse jüdische Wähler verführerisch. Eine kleine Zahl von Zionisten mag durch die seltsame Agitation der „*Jüdischen Rundschau*“ für das „Gesamtwohl“, die „Größe des Reichs“ und gegen das „antinationale Programm“ der Sozialdemokratie in gleichem Sinne beeinflußt worden sein. Es war eine ominöse Stellungnahme des Zentralorgans der deutschen Zionisten; es erklärte sich in einer Frage der deutschen Politik aus jüdisch nationalem Empfinden entgegen den wahren Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Juden mit dem deutschen Nationalismus solidarisch¹¹.

B. Juden als Wähler in den polnischen Landesteilen

Deutsche Wahlbündnisse

In den national gemischten Landesteilen des preußischen Ostens, die einst zum polnischen Staat gehört hatten, bestand eine besondere Lage. Es handelt sich um die 15 Wahlkreise der Provinz Posen und um 7 Wahlkreise der Provinz Westpreußen. In ihnen pflegten die deutschen Parteien Wahlbündnisse gegen die Polen zu schließen. Nur wenn der polnische Kandidat keine Aussicht auf Erfolg hatte, maßen sich mehrere deutsche Bewerber im Kampfe um das gleiche Mandat. Zentrum und Sozialdemokratie beteiligten sich jedoch an den deutschen Wahlbündnissen nicht. Beide Parteien bekämpften die deutsche Ostmarkenpolitik, die die Polen auf dem Gebiete des Agrar-Sprachen- und Schulrechts unter Ausnahmebestimmungen stellte. Für das Zentrum kam das konfessionelle Element hinzu, das es in vielen Fragen mit den Polen zusammenführte. Die Sozialdemokratie dagegen trat überall mit eigenen Kandidaten auf, die entsprechend dem sozialistischen Parteiprogramm für die nationale Verständigung eintraten und die politischen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft gegen deutsche wie polnische Magnaten und rückständige Mittelstandspolitiker vertraten. Erfolge hatten sie mit diesen Parolen selbst nicht in Oberschlesien, das von der nationalpolnischen Bewegung etwa seit der Jahrhundertwende erfaßt wurde. Die Sozialdemokraten konnten keinen einzigen der acht ober-schlesischen Wahlkreise erobern, in denen die Polen Kandidaten aufstellten, obwohl zu ihnen wichtige Industriegebiete gehörten¹².

¹¹ *Jüdische Rundschau* 1907, S. 25, 45 f., 65. *Toury*, aaO, S. 333 f.

¹² In Kattowitz-Zabrze kamen sie 1912 in die Stichwahl; ihr Kandidat Josef

Die jüdischen Wähler Posens und Westpreußens befanden sich in einer unerquicklichen Lage. Die Ostmarkenpolitik verschärfte den Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Polen. Wie immer, wenn die Grundsätze des Rechtsstaates durchbrochen und die nationalen und politischen Leidenschaften aufgepeitscht werden, litten die Juden unter dem von beiden Seiten geschürten Haß. Der Antisemitismus der deutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen gefährdete die Existenzgrundlage vieler, die das Verbleiben in der Heimat der Abwanderung in andere Teile Deutschlands vorzogen. Jedoch auch die Polen waren keineswegs frei von Antisemitismus, obwohl sie sich den Juden gesellschaftlich und geschäftlich häufig zugänglicher zeigten als die Deutschen¹³. Es fehlte nicht an judenfeindlichen polnischen Hetzblättern. Deutsche antisemitische Organe setzten sich zuweilen für die Wahl eines Polen ein, weil er in der jüdischen Frage größere Garantien biete als der deutsche Kandidat. Das bodenständige jüdische Handwerk und der Handel wurden nicht nur vom deutschen Genossenschaftswesen bedroht; sie wurden zwischen dem deutschen und dem polnischen Genossenschaftswesen zerrieben¹⁴.

Die Situation wurde weiter dadurch kompliziert, daß in den 22 gemischt nationalen Wahlkreisen der Provinzen Posen und Westpreußen die kleinbürgerlich-agrarische Bevölkerungs- und Berufsstruktur rechtsstehende Kandidaten begünstigte. Die deutschen Behörden suchten, wie überall, diese Kandidaturen zu fördern. Nur in der Stadt Posen war der Sammelkandidat in der Regel ein Freisinniger; er war gegenüber dem Polen in hoffnungsloser Minderheit. Die Ergebnisse der Wahlen in anderen Kreisen, in denen die Aufstellung mehrerer deutscher Kandidaten gefahrlos unternommen werden konnte, bewiesen das Vorwiegen konservativer Tendenzen in der Bevölkerung. Daher hatten denn auch fast stets nur Polen, Konservative oder Anhänger der Reichspartei, also Freikonservative, Aussicht, gewählt zu werden. Selbst 1912, als die Lage für die Rechte ungünstiger war als je zuvor, gab es nur drei Ausnahmen. In zwei Kreisen wurden Nationalliberale als Sammelkandidaten aufgestellt und drangen durch. Abgesehen von der Stadt Posen wurde nur in einem einzigen von diesen 22 Kreisen und von den acht schlesischen gemischt nationalen Kreisen ein fortschrittlicher Sammelkandidat aufgestellt, nämlich in Fraustadt-Lissa in der Provinz Posen. Er unterlag in der Stichwahl. Die polnischen Wähler traten Mann für Mann für den Kandidaten

Biniszkiewicz, ein Sozialist polnischer Nationalität, wurde jedoch von dem bürgerlichen Polen entscheidend geschlagen.

¹³ IDR 1906, S. 1 ff.

¹⁴ IDR 1895, S. 108 zitiert die antisemitische *Deutsche Wacht*: „Wir betrachten die katholischen Polen nicht als Feinde, sondern als Gegner. Der gemeinsame Feind der Deutschen wie der Polen ist der Jude“; ebenda S. 109 über die Haltung der Polen. An die Stellungnahme der antisemitischen Staatsbürgerzeitung, die die Wahl eines Polen empfahl, weil er der antisemitischen Agitation zugänglicher sei als der deutsche Kandidat, erinnert das Politische Handbuch der Nationalliberalen Partei, S. 48.

des Zentrums, den Grafen Hans Georg Oppersdorff an und verhalfen ihm unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit zum Siege. Es war ein logischer Schritt, nachdem die Freisinnigen zur Zeit der Blockpolitik für das Reichsvereinsgesetz einschließlich des gegen die Polen gerichteten Sprachparagraphen gestimmt hatten.

Die Juden hatten daher meist nur die Alternative zwischen der Wahl eines rechtsstehenden Mandatsbewerbers und eines Polen. Sie waren ihrer Sprache, ihrer Kultur und ihrem Empfinden nach deutsch. Der Kandidat jedoch, der sich ihnen präsentierte, war in der Regel ein antisemitischer Konservativer oder ein Freikonservativer, dem nicht unbedingt zu trauen war. Auf der anderen Seite waren die Polen jederzeit geneigt, gegen Konzessionen an das Polentum den Wünschen deutscher Regierungen entgegenzukommen. So waren sie zur völligen Loyalität unter der Reichskanzlerschaft Caprivis bereit, der anders als Bismarck die Pflege guter Beziehungen zu Rußland nicht als Axiom ansah und daher den Rußland genehmen antipolnischen Kurs abmilderte. Die Polen erlangten damals Zugeständnisse in der Sprachen- und Schulfrage, polnische Wirtschaftsunternehmen wurden gefördert, die Ausweisungspraxis milder gehandhabt. Sie zeigten sich im Reichstag dafür erkenntlich, indem sie für die Vermehrung des Heeres und erhöhte Ausgaben für den Flottenbau stimmten¹⁵. Es war die Zeit, in der der Reichstagsabgeordnete und das Mitglied des Herrenhauses Stanislaus von Koscielski, der hauptsächliche Förderer dieser Politik im Reichstag, den Spottnamen Admiralski erhielt. Die Deutschen hatten die Macht, sie hatten den Polen etwas zu bieten und konnten Gegenleistungen erzielen.

Eingeklemmt in die Engpässe des Terrains, auf dem sich die wechselnden Kämpfe zwischen den Beherrschern einer europäischen Großmacht und den in ihrer Mitte lebenden Vertretern einer trotz der Zerstückelung ihres Staatsgebiets kraftvoll weiter lebenden Nation abspielten, bekannten sich die Juden zur Wahl deutscher Kandidaten zu den Parlamenten. Diese Entscheidung entsprach dem bei ihnen vorwiegenden Empfinden und bei Abwägung aller Faktoren ebenso ihren wesentlichsten Interessen. Dabei suchten sie die deutschen Kandidaten gegen eine antisemitische Haltung festzulegen. Es war für sie wichtig, daß die Kandidaturen radikaler Antisemiten aus den Ostmarken ferngehalten wurden und daß die anderen rechtsstehenden Kandidaten bindende Versicherungen abgaben.

Die Juden waren in diesem politischen Kampfe nicht ohne Waffen. Sie gelangten in den Städten der Ostmark, in denen ein bodenständiges deutsches Element fehlte, zu Stellen und Ehrenämtern, die ihnen anderwärts kaum erreichbar waren. Sie errangen dadurch einen gewissen Einfluß. Ferner hatten die evangelischen Deutschen und die Juden auf kommunaler Ebene vielfach eine konservativ-liberale Zusammenarbeit gegen die Polen und den mit ihnen

¹⁵ Ziekursch, III, S. 68 ff.; Wehler, S. 115.

zusammengehenden Teil der deutschen Katholiken begründet. Infolge des kommunalen Dreiklassenwahlrechts konnten sie dadurch zuweilen die Mehrheit der Wahlmänner für diese Koalition gewinnen. Wenn sie sich in der ersten und zweiten Wahlklasse gegen die Polen durchsetzten, konnten sie gemeinsam ihre Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung gegen die zu meist in der dritten Klasse wählenden Polen durchbringen. Sie waren also auf ein politisches Zusammenwirken eingestellt¹⁶.

Mit ihren Bemühungen, offen antisemitische Kandidaturen zu verhindern, waren die Juden im allgemeinen erfolgreich. Sie hatten ein gleiches Interesse daran wie die Konservativen, deren Führer die Inopportunität antisemitischer Kandidaturen in der Ostmark begriffen. Auch sahen die Konservativen im eigenen Interesse das Eindringen der antisemitischen Konkurrenz in ihre Pfründe mit scheelen Augen. Der Centralverein vertrat mit der gleichen Entschiedenheit wie in den anderen Landesteilen den Standpunkt, daß der Gegner des Antisemiten als das kleinere Übel anzusehen sei. Er zog daraus die Folgerung, daß ein Pole einem Antisemiten vorzuziehen sei. Dies sei, so erklärte der Sprecher des Centralvereins 1903 unter lebhaftem Beifall, die Ansicht des gesamten Vorstandes¹⁷. In Meseritz-Bomst gelang es einem antisemitischen Kandidaten in zwei Nachwahlen zur Zeit der zweiten Hochflut des politischen Antisemitismus, 1894 und 1895 aus dem Nichts mehrere tausend Stimmen zu sammeln. Er gelangte aber nicht in die Stichwahl, so daß, wie der Centralverein sich ausdrückte, „den jüdischen Wählern die traurige Notwendigkeit, für den Polen zu stimmen, erspart geblieben ist“. Sie konnten ihre Stimmen einem freikonservativen Anhänger des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken geben, der im Gegensatz zum Ostmarkenverein die jüdische Bevölkerung als „besonders wichtigen Bestandteil des Deutschtums“ ansah und sich von judenfeindlichen Bestrebungen fern hielt¹⁸. Ob aber alle Juden im Augenblick des Einbruchs des Antisemitismus in den Wahlkreis deutsch gewählt haben, ist zweifelhaft. In der Besorgnis, daß der Kreis in antisemitischen Besitz übergehen könnte, mögen manche die Wahl des Polen vorgezogen haben. Der damalige Landrat des Kreises Bomst, Graf Kuno Westarp, behauptet, daß von den 90 jüdischen Stimmen der Kreishauptstadt Wollstein 60 auf den Polen gefallen seien¹⁹. Andererseits haben 1903 in Schlochau-Flatow in Westpreußen drei jüdische Honoratioren zur Wahl des Antisemiten H. O. Böckler gegen den polnischen Kandidaten aufgerufen. Die meisten jüdischen Wähler sind aber offenbar dieser Parole nicht gefolgt, und Böckler hat den Kreis 1907 ohne ihre Hilfe erobert²⁰. Auch in Wahlkämpfen entspricht das Verhalten der Männer an der Front den Plänen des Großen Hauptquartiers nicht immer.

¹⁶ Vgl. z. B. den Bericht über die wahlpolitische und kommunalpolitische Zusammenarbeit in der Stadt Wreschen, AZJ 1902, S. 122.

¹⁷ *Sonnenfeld*, S. 643.

¹⁸ IDR 1895, S. 107 f.

¹⁹ *Westarp*, I, S. 29.

²⁰ *Toury*, aaO, S. 331; AZJ 1903, S. 326; 338.

Die Wahl des Grafen Westarp

Dies gilt auch in national gemischten Wahlkreisen für die Wahl von Deutschkonservativen. Nach den Grundsätzen des Centralvereins hätten die jüdischen Wähler dem Gegenkandidaten jedes auf das Tivoliprogramm verpflichteten Mandatsbewerbers ihre Stimme geben müssen. In etwa 10 Kreisen Posens und Westpreußens standen Polen gegen Deutschkonservative zur Wahl. Die Nachwahl von 1908 in Meseritz-Bomst, wo Graf Westarp kandidierte, bietet ein lehrreiches Beispiel für die Haltung der jüdischen Wähler. Gegen Westarp kandidierte ein von den Polen unterstütztes Mitglied der Zentrumsparlei. Obwohl 80% der katholischen Bevölkerung des Kreises polnisch waren, hatten sich Zentrum und Polen auf einen Zentrums kandidaten geeinigt, um den deutschen Wählern über nationale Hemmungen hinwegzuhelfen. Das Ereignis trug sich andererseits knapp zwei Jahre nach der Inaugurierung der Bülow'schen Blockpolitik zu, die die Konservativen und Liberalen aller Schattierungen zusammenführte²¹.

Die etwa 600 jüdischen Wähler des Kreises gaben bei der Wahl den Ausschlag. Da Westarp in den Anfängen des Wahlkampfes sich zur Judenfrage nicht äußerte, wandte sich H. Becker, Lehrer an der jüdischen Schule der Hauptstadt des Wahlkreises, an ihn in einem offenen Schreiben, in dem er auf dieses Versäumnis hinwies. Er erinnerte daran, daß Westarps Vorgänger, der Abgeordnete Hans Otto von Gersdorff, stets zur Gleichberechtigung der Juden positiv Stellung genommen habe. Westarp antwortete bereits am folgenden Tage. Die religiöse Toleranz, erklärte er, sei ihm in Fleisch und Blut übergegangen. „Die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden“, fuhr er fort, „erkenne ich vollkommen an und beabsichtige nicht, zu ihrer gesetzlichen oder sonstigen Einschränkung meine Hand zu bieten.“ Im übrigen fügte er hinzu, daß die Juden sich verdienstvoll zur deutschen Sache gehalten und dafür selbst geschäftliche Schädigungen in Kauf genommen hätten; auch an den Selbstverwaltungspflichten hätten sie getreu teilgenommen. In einer Duplik begrüßte Becker die Erwiderung. Er bestätigte Westarp, daß er als Landrat die Juden in Schutz genommen habe, als in den neunziger Jahren die antisemitischen Wogen hoch gingen, und glaubte versichern zu können, daß er sämtliche jüdischen Stimmen des Kreises erhalten würde²². Dies ist denn auch mit wohl nur wenigen Ausnahmen geschehen und hat die Wahl Westarps ermöglicht.

Nach der Parole des Centralvereins wäre die Wahl des Zentrums kandidaten die gegebene Entscheidung gewesen. Die jüdischen Wähler trafen sie

²¹ S. oben S. 156 f.; über das von dem Abgeordneten Erzberger und dem Grafen Oppersdorf für das Zentrum mit den Polen abgeschlossene Wahlbündnis, s. *Westarp*, I, S. 22.

²² Der Briefwechsel zwischen Becker und Westarp ist abgedruckt in AZJ 1908, S. 593 f.; s. auch *Lorenz Curtius*, S. 23. Westarps Brief auch bei *Westarp*, I, S. 29.

nicht, aus Abneigung gegen einen Kandidaten, den sie als einen Vertreter der Polen betrachteten, und in Förderung der konservativ-liberalen Blockpolitik Bülow's. Sie zogen es aus der Perspektive der damaligen Zeit vor, ihr mühseliges tägliches Leben durch Verständigung mit den Trägern der deutschen Macht auf dem Wege von Leistung und Gegenleistung etwas zu erleichtern. Sie befanden sich politisch in einer nicht lösbaren Verstrickung und glaubten, durch ihre Taktik den Aufgaben der Gegenwart am besten gerecht zu werden.

Wie die Vorgänge beweisen, ist die Gegenleistung in Meseritz-Bomst nicht ausgeblieben. Der konservative Kandidat hat aus allgemeinen politischen Erwägungen und im Interesse seiner Wahlaussichten das Tivoliprogramm verleugnet. Er hat eine nach seiner Auffassung den örtlichen Interessen dienende Verständigung angestrebt und herbeigeführt. Der Vorfall ist infolgedessen in der liberalen Presse häufig zitiert und polemisch gegen die Konservativen verwertet worden. Westarp, den in der Weimarer Republik politische Einsicht aus der Deutschnationalen Volkspartei Alfred Hugenbergs heraustrieb, hat in seiner in der nationalsozialistischen Periode erschienenen Darstellung der konservativen Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs den damaligen Vorgängen eine eingehende Besprechung gewidmet²³. Er hat in einer veränderten Zeit seine Auffassung bekräftigt, daß der politische Antisemitismus den deutschen Aufgaben in der damaligen Ostmark nur abträglich sein konnte. Dies war eine durch den deutsch-polnischen Nationalitätenkampf und die örtlichen Verhältnisse bedingte Zweckmäßigkeitserwägung. Westarps Buch beweist, daß er die antisemitische Grundvorstellung des konservativen Politikers nicht preisgegeben hat. Dem Nationalsozialismus hat er sich jedoch nicht ergeben²⁴.

4. DIE BEDEUTUNG DER JUDEN FÜR DIE ERGEBNISSE DER WAHLEN

Geringfügigkeit der Zahl der jüdischen Wähler

Die Zahl der jüdischen Wähler innerhalb der Gesamtwählerschaft war minimal. Da der prozentuale Anteil der Juden an der Bevölkerung zwischen 1871 und 1912 von etwa 1,3 ‰ auf 1 ‰ absank, so verminderte sich auch der Prozentsatz der wahlfähigen Juden, wenn auch nicht ganz in dem entsprechenden Maße; denn die Geburtenziffer der Juden sank stärker ab als die

²³ Westarp, I, S. 28 ff.

²⁴ Das Memoirenwerk enthält dennoch judenfeindliche Äußerungen, die Westarp in einem in anderer Zeit veröffentlichten Werke in dieser Form nicht gemacht haben würde.

Zahl der Geburten bei den Nichtjuden, und das Verhältnis der Zahl der Wahlberechtigten zu der der Personen unter 25 Jahren stieg entsprechend an. In roher Schätzung kann man annehmen, daß die Zahl der Wahlfähigen, die sich in jenen 40 Jahren im Reichsdurchschnitt fast verdoppelt hat, 1871 etwa 100 000 und 1912 rund 180 000 Juden umfaßt hat. Bis 1884 sind im Durchschnitt nur 60 % der Wahlberechtigten zur Urne gegangen; die politische Indifferenz der unteren Volksschichten verschwand nur langsam¹. Damals mögen 2 % Juden unter denen gewesen sein, die ihr Wahlrecht ausübten. 1907 und 1912 wählten 85 % der Gesamtbevölkerung, und man kann für diese Jahre mit einer ähnlich hohen Wahlbeteiligung der Juden rechnen. Dies würde bedeuten, daß damals 1,2 % der Wähler Juden waren.

Anders erscheint das Bild, wenn man berücksichtigt, wie stark die Juden seit der Entstehung des politischen Antisemitismus im Linksliberalismus konzentriert waren. Nach der Analyse der Haltung der jüdischen Stimmberechtigten² dürften schätzungsweise 65 %–70 % der jüdischen Wähler freisinnig, die übrigen teils sozialdemokratisch, teils bürgerliche Kandidaten außerhalb des Linksliberalismus gewählt haben. Das bedeutet, daß bei Zugrundelegung der relativ höheren Zahl von Juden im wahlfähigen Alter unter 100 freisinnigen Stimmen etwa neun von jüdischen Wählern abgegeben worden sind. Diese Kumulierung des Anteils der Juden an der freisinnigen Stimmabgabe spiegelt jedoch auch die Schwäche des Linksliberalismus wider, der seit 1893 nicht mehr als 10 %–13 % der Wähler zu mobilisieren vermochte. Sein Wachstum hätte automatisch den jüdischen Anteil vermindert; jüdische Stimmreserven, die ihm hätten zugute kommen können, waren nur in geringem Umfange vorhanden.

Geringfügigkeit des Einflusses der Juden auf die Wahlergebnisse

Auch der Einfluß der jüdischen Stimmabgabe auf die Wahlergebnisse war dementsprechend von geringer Bedeutung. Da die Juden vorwiegend ein großstädtisches Bevölkerungselement wurden, lebten sie zum größten Teil in Wahlbezirken, die seit den achtziger und spätestens den neunziger Jahren aus ursprünglich nationalliberalen und fortschrittlichen Domänen in später nur ausnahmsweise erfolgreich bestrittenen sozialdemokratischen Besitz übergingen. Dies gilt vor allem für fünf von den sechs Berliner Wahlkreisen und für die zwei Berliner Vorort-Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Niederbarnim. In diese Kategorie fallen ferner die drei Städte mit der nach Berlin größten jüdischen Bevölkerungszahl: Breslau, dessen beide Wahlkreise seit 1893 mit einer Unterbrechung im Jahre 1907 von Sozialdemokraten vertreten wurde, Frankfurt am Main, das seit 1884 mit der gleichen Ausnahme von 1907 in festem sozialdemokratischem Besitz war, und Hamburg, dessen drei Wahlkreise seit den achtziger Jahren sozialdemokratische

¹ Tabelle bei *Lipinski*, II, S. 280.

² S. oben S. 137, 145 f.

Abgeordnete hatten. Auch für Nürnberg mit der größten jüdischen Gemeinde in Bayern trifft dies zu³. Soweit die Juden in diesen Städten liberal wählten, stimmten sie für Kandidaten, die von vornherein keine Aussicht hatten, in das Parlament zu kommen. Wählten sie sozialdemokratisch, so führten sie ihre Stimmen einer Partei zu, deren Sieg vor der Wahl feststand. Wo die Freisinnigen stärker vertreten waren, wie z. B. in dem schlesischen Regierungsbezirk Liegnitz, in Schleswig-Holstein und in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten, waren nur wenige Juden ansässig.

Nur in ganz wenigen Wahlkreisen haben während dieser Zeitperiode jüdische Wähler bei einer Reichstagswahl den Ausschlag gegeben. Dies ist vermutlich bei den Wahlen von 1907 in den Großstädten geschehen, in denen der jüdische Bevölkerungsanteil sich auf einige Prozent der Bevölkerung erhob. In den Wahlkreisen Breslau-West und Frankfurt am Main dürften die jüdischen Wähler den mit geringer Stimmenmehrheit errungenen Wahlsieg des freisinnigen Kandidaten herbeigeführt haben⁴. Von dem Wahlkreise Meseritz-Bomst war schon die Rede. Ebenso war es auf die jüdische Stimmabgabe zurückzuführen, daß im ersten Berliner Wahlkreis, einem Wahlbezirk mit geringer Bevölkerungszahl, in dem das königliche Schloß und das Wohnviertel des gehobenen jüdischen Bürgertums gelegen waren, 1903 und 1912 die freisinnigen Kandidaten den Ansturm der Sozialdemokratie abschlagen konnten; im Jahre 1912 betrug die fortschrittliche Stimmenmehrheit nicht mehr als neun⁵. Der Kreis war besonders heftig umstritten, da die Eroberung des Schloßbezirks, der letzten bürgerlichen Bastion in Berlin, signalartig gewirkt haben würde. Im Jahre 1903 kam hinzu, daß der sozialdemokratische Kandidat der jüdische Privatdozent Leo Arons war. Er war auf Grund eines neuen, auf ihn zugeschnittenen und allgemein „Lex Arons“ genannten Gesetzes vom Staatsministerium gegen den einmütigen Willen der Berliner philosophischen Fakultät drei Jahre zuvor im Disziplinarverfahren aus seinem Amte entfernt worden; dieser Vorgang hatte wegen des Eingriffs in die Lehrfreiheit des wissenschaftlich bedeutenden Physikers und untadeligen Universitätslehrers in der Öffentlichkeit und in der Fakultät selbst Aufsehen und Unwillen hervorgerufen. Ihr Verhalten macht der Berliner philosophischen Fakultät der damaligen Zeit Ehre⁶. Die Aufstellung von Arons, die sich 1907

³ *Mehring*, Geschichte IV, S. 248, 292 f., 322 f.; *Lipinski*, II, S. 155, 168 f., 192 f., 222f., 278 f.

⁴ In Breslau siegte der freisinnige Kandidat mit einer Mehrheit von 1500 Stimmen, in Frankfurt a. Main mit einer Mehrheit von 2900 Stimmen.

⁵ Die Stichwahl ergab 5588 Stimmen für den fortschrittlichen Kandidaten und 5579 Stimmen für den Sozialdemokraten. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Bei der Nachwahl wurde der Fortschrittler in der Stichwahl mit einer Mehrheit von einigen hundert Stimmen gewählt (Schultheß 1912, S. 231 f.).

⁶ Nach der früheren Gesetzgebung stand der Fakultät die oberste Entscheidung im Disziplinarverfahren zu. Sie sprach Arons frei. Das neue Gesetz setzte das Staatsministerium als zweite und höchste Instanz über der Fakultät ein. Der klassische

wiederholte, stellte eine Demonstration gegen die preußische Staatsregierung und gegen den Monarchen selbst dar, der an der Entfernung von Arons von seinem Lehrstuhl ein lebhaftes Interesse gezeigt hatte.

Einfluß auf Meinungsbildung und Wahlfinanzierung

Größer als der zahlenmäßige Einfluß der Juden als Wähler war ihre starke Vertretung im Verlag und in der Redaktion mancher weit verbreiteter und viel zitierter Organe der Tagespresse und im Zeitschriftenwesen. Als Redakteure, Korrespondenten und Mitarbeiter an Zeitungen und Zeitschriften hatten sie an ihrer Gestaltung und an der Meinungsbildung bestimmter Kreise der Bevölkerung einen beträchtlichen Anteil. Es genügt, die mustergültig geschriebene „Geschichte der Frankfurter Zeitung“ durchzuarbeiten, um sich für dieses Organ davon Rechenschaft abzulegen⁷. Bernhard Guttman, der Jahrzehnte lang das geistig bedeutendste Mitglied der Redaktion bzw. des Berichterstatteerkorps der „Frankfurter Zeitung“ war, schätzt, daß ungefähr ein Drittel der an wichtigen Stellen arbeitenden Mitglieder des Stabes jüdischer Abstammung war⁸. Eine Übersicht über das Redaktionspersonal der in den Berliner Verlagen von Rudolf Mosse und Leopold Ullstein erschienenen Zeitungen würde ähnliche Ergebnisse zeitigen. In den sechziger Jahren hatte bereits Aron Bernstein, der Onkel Eduard Bernsteins, die „Berliner Volkszeitung“ mit großem Erfolge geleitet und Guido Weiss aus der „Zukunft“ eine hervorragende Tageszeitung der Demokraten Berlins gemacht⁹.

In der sozialdemokratischen Presse waren Juden in geringerem Umfange tätig. Häufiger erschienen sie als Herausgeber und Mitarbeiter führender politischer, wirtschaftspolitischer, sozialpolitischer und literarischer Zeitschriften der mannigfachsten Richtungen¹⁰.

Treitschke hatte daher ein großes Gefolge, als er „das unbillige Übergewicht der Juden in der Tagespresse“ als überaus gefährlich bezeichnete. Auch in seiner „Deutschen Geschichte“ verfolgte er die journalistische und literarische Betätigung der Juden seit der ersten Hälfte des Jahrhunderts mit feindseligem Eifer¹¹. Trotz seiner unheilvollen Rolle und seines Fanatismus nennt er

Philologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, ein streng konservativer Mann, läßt in seinen Erinnerungen (S. 295) erkennen, daß er mit Arons sympathisierte. – Ich habe vor 1933 die Akten des preußischen Kultusministeriums zum Fall Arons durchgesehen. Aus ihnen geht hervor, daß die Fakultät einmütig war. Selbst Fakultätsmitglieder, die der Sitzung nicht beiwohnen konnten, erklärten nachträglich schriftlich, daß sie ebenso gestimmt haben würden wie ihre Kollegen.

⁷ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 138–145, 376–385, 557–559, 907–916.

⁸ Guttman, S. 223.

⁹ AZJ 1862, S. 719 ff.; Bernstein, Von 1850 bis 1872, S. 212; Die Judenfrage (Rede Eugen Richters) S. 95.

¹⁰ Übersichten bei Kaznelson, S. 61 ff., 573 ff.

¹¹ Treitschke, Deutsche Geschichte III, S. 703 ff.; IV, S. 419 ff.

wahrheitsgemäß und gerecht den von ihm kritisierten Zustand „eine verhängnisvolle Folge unserer engherzigen alten Gesetze, die den Israeliten den Zutritt zu den meisten gelehrten Berufen versagt haben“¹². Auch von der Richtigkeit dieser Feststellung kann man sich überzeugen, wenn man den Lebenslauf mancher Redakteure der „*Frankfurter Zeitung*“ verfolgt¹³. In die Reihe der durch Treitschkes Äußerungen zu den gleichen Gedankengängen geführten Männer der jüngeren Generation trat auch Wilhelm II. ein halbes Jahr vor seiner Thronbesteigung. Verärgert durch die Kritik an dem Hofprediger Stoecker, dessen Ideen er vorübergehend zuneigte, vertraute er dem Innenminister von Puttkamer seine Absicht an, die Juden von der Tätigkeit in der Presse auszuschließen. Auf den Hinweis auf die in der Gewerbeordnung verbürgte Gewerbefreiheit, den selbst der reaktionäre und abgebrühte und dennoch durch die gefährlichen Phantastereien des jungen Herrn beunruhigte Minister nicht zu unterlassen vermochte, erklärte Prinz Wilhelm, daß diese dann eben abgeschafft werden müsse. Davon ist er zwar später abgekommen. Aber seine Grundvorstellungen haben sich nicht geändert. Noch 1913 hat er den jüdischen Einfluß in der Presse lebhaft beklagt, „in der das Judentum seinen gefährlichsten Tummelplatz gefunden“ habe¹⁴.

Die Presse und die Zeitschriften, an denen das jüdische Element stark beteiligt war, beeinflussten einen Teil der intellektuellen Elite. Die Masse der Bevölkerung wurde von ihnen nur wenig ergriffen. Für diese waren die amtlich geförderten Kreisblätter auf dem Lande, die viel gelesene General- und Lokalanzeigerpresse in den Städten und die auf die katholischen Wähler zugeschnittenen, mit der Autorität der Kirche ausgestatteten Zeitungen in Stadt und Land weit bedeutungsvoller als einige in Deutschland viel genannte und in der ausländischen Presse viel zitierte großstädtische Organe¹⁵.

Dasselbe gilt für die Wahlfinanzierung im allgemeinen. Die Beiträge jüdischer Industrieller, Bankiers und Kaufleute, die den freisinnigen Parteien zufließen, waren nicht unbeträchtlich. Doch mächtige gesellschaftliche Kräfte, verkörpert im Großgrundbesitz und in der Schwerindustrie, wirkten zugunsten der Konservativen und des rechten Flügels der Nationalliberalen. Mit Mitteln der staatlichen Dispositionsfonds, vor allem des Welfenfonds, wurden regierungsfreundliche Journalisten und finanzschwache, die Regierungspolitik unterstützende Publikationen bedacht.

An den staatlichen, kirchlichen, wirtschaftlichen und parteipolitisch-organisatorischen Machtzentren prallten die Propagandawellen, die von den frei-

¹² *Treitschke*, Ein Wort über unser Judentum, S. 3.

¹³ Geschichte der *Frankfurter Zeitung*, S. 141 (*Josef Stern*); 142 (*Gustav Cohn*); 910 (*Gustav Mayer*). Bei anderen ist der Zusammenhang nicht völlig klar, aber zu vermuten.

¹⁴ *Lucius von Ballhausen*, S. 410; *Pogge-v. Strandmann und Geiß*, S. 37 f.

¹⁵ Die Presse der Rechten und die größte nationalliberale Zeitung, die *Kölnische Zeitung*, stellten Juden nicht an (*Guttmann*, S. 223). Natürlich hatte auch die Zentrumspartei keine jüdischen Redakteure.

sinnigen Nachrichten- und meinungsbildenden Organen ausströmten, kraftlos ab. 1912 wurden vier Nationalliberale und kein einziger Fortschrittler in den Hauptwahlen gewählt. Daß diese Parteien zusammen 22 % der Reichstagsitze einnahmen, verdankten sie der Stichwahlhilfe von links oder rechts¹⁶.

Die Ablehnung der Bildung einer jüdischen Partei

Der Historiker Simon Dubnow hat in seiner kurz nach dem Ersten Weltkrieg erschienenen „Geschichte des jüdischen Volkes“ dem Verbands der deutschen Juden vorgeworfen, er habe nicht an die traurige Tatsache gedacht, daß 600 000 Juden keine nationalen Vertreter im Reichstag und in den Landtagen gehabt hätten. Unter dem jüdisch-nationalen, aus russisch-jüdischen Erfahrungen hergeleiteten Gesichtspunkt, der Dubnows Standardwerk das Gepräge gibt, erscheint der Weg der deutschen Juden als ein Abweg und das Fehlen einer jüdischen Vertretung in den deutschen Parlamenten als ein Kennzeichen ihrer Abirrung vom rechten Weg¹⁷.

Gewisse Gruppen der deutschen Juden haben zwar gelegentlich die Schaffung einer jüdischen Minderheitspartei ins Auge gefaßt, aber diese Gedanken sind niemals der Verwirklichung auch nur nahegekommen¹⁸, selbst nicht in den neunziger Jahren, in denen die Lage der Juden als Wähler am schwierigsten war und in denen sie viele undankbare Wahlentscheidungen treffen mußten. Sie hätten sich ihnen durch Schaffung einer eigenen Partei entziehen können. Sie haben es aus ideellen und praktischen Gründen nicht getan.

Deutschland war nicht in gleichem Sinne wie Rußland und die Habsburgische Monarchie ein Nationalitätenstaat. Zwar umschloß es nichtdeutsche Nationalitäten, die Polen, die Elsässer und Lothringer, die ihre Geschichte, besonders seit der großen Revolution, zu Franzosen hatte werden lassen, die Litauer, die Dänen, die zuerst durch zwei, dann, wie die Litauer, durch einen Abgeordneten im Reichstag vertreten waren. 92 % der Bewohner des Deutschen Reiches waren jedoch der Nationalität nach Deutsche, während die in Rußland vorherrschenden Großrussen nur 43 % der Bevölkerung des Zarenreichs und die in Österreich-Ungarn vorherrschenden Deutschen und Magyaren zusammen nur etwas über 42 % der Bewohner der Doppelmonarchie darstellten¹⁹.

Die Massen des östlichen Judentums bewahrten innerhalb ihrer national

¹⁶ Dasselbe gilt für die Landtage vieler Einzelstaaten. S. Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 754 ff.; Sell, S. 337, 342 ff.

¹⁷ Dubnow, S. 466. Eine abgewogene Beurteilung der Darstellung des deutschen Judentums in Dubnows Werk gibt Hermann Levin Goldschmidt, S. 204 f.

¹⁸ S. dazu das Kapitel „Ein jüdisches Zentrum“ in Toury, Die politischen Orientierungen, S. 276–294.

¹⁹ Woytinski, I, S. 39–41. Auch wenn man die unter dem letzten Zaren verfolgten Kleinrussen (Ukrainer) der Zahl der Großrussen hinzufügt, ergaben sich nicht mehr als 60 % Russen im Zarenreich.

differenzierten Umwelt in den Nationalitätenstaaten Rußland und Österreich-Ungarn ihre Tradition, Sprache und Art. Das deutsche Judentum dagegen erstrebte, ebenso wie die Juden in den westlichen Staaten und wie die außerhalb der jüdischen Massensiedlungen des Zarenreichs und des Habsburger Reiches wohnenden Juden, die Eingliederung in die Nation, innerhalb derer sie lebten. Sie wünschten am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des deutschen Volkes teilzunehmen. Durch die Tradition, die sie einst mit dem deutschen Land und der deutschen Sprache verbunden hatte und die sie durch die Jahrhunderte bewahrt hatten, konnten sie für die Erfüllung ihres Strebens auf einen Teil der Geschichte des jüdischen Volkes in Europa zurückgreifen. Daß ihnen die Eingliederung in verblüffend kurzer Zeit gelungen ist, was Mirabeau bereits 1786 vorausgesagt hat²⁰, ist zu einem Teil dieser Tradition und den Bemühungen der Juden selbst zu verdanken. Zu einem anderen Teil leistete das deutsche Bildungswesen dafür einen entscheidenden Beitrag.

Die Integration wurde erleichtert und beschleunigt durch die Abwanderung von den einzigen Gebieten kompakter jüdischer Siedlung in Posen und Oberschlesien und durch die Verteilung der Juden jener Gebiete über ganz Deutschland mit Bevorzugung der kulturelle Besonderheiten am wirkungsvollsten abschleifenden Großstädte. Die Wanderbewegung der russischen und polnischen Juden, die nur in einer kleinen Zahl der Fälle einen anderen Ausweg hatten, ging nach Amerika, zum Teil auch in westeuropäische Länder. Die Juden dagegen, die die Willkür der polnischen Teilungen in den Staat Preußen hineingeführt und bei ihm belassen hat, wanderten in die ostdeutschen Großstädte und nach Mitteldeutschland, sobald ihnen die Freizügigkeit gewährt worden war.

Die Erhaltung der Religion, die Förderung der Wissenschaft des Judentums, die Pflege von jüdischen Familien- und anderen Traditionen, der Stolz auf die jüdische Herkunft, ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit Juden anderer Länder und die Hebung ihrer sozialen Lage und ihres Erziehungswesens, wo dies nötig war, erschien nicht als Widerspruch zu dem Ziele der Integration. Ihre Besonderheiten und ihre internationalen religiösen und geschäftlichen Verbindungen mit dem außerdeutschen Judentum betrachteten die deutschen Juden als vergleichbar mit der Versippung der Fürstenhäuser, dem kastenmäßigen Zusammenhalt des Adels, der internationalen Interessengemeinschaft der Industrie und den Weltaufgaben der katholischen Kirche, die durch ihre einheitliche Lenkung stärker zentralisiert ist als internationales jüdisches Wirken. Daß die Deutschen in ihrem Staat das Bestehen nationaler Sondergruppen nicht ertragen und nationale Eingliederung nicht verzeihen konnten und daß sie gegen beide einander entgegengesetzten Tendenzen mit Rechtsbruch reagierten, erschien den unter der Monarchie lebenden jüdischen

²⁰ *Mirabeau*, *Lettre remise*, S. 33: „Dès la seconde génération les Juifs deviendront de bons et utiles citoyens.“

Generationen so paradox, daß sie weder an die weite Verbreitung noch an dem Bestand einer solchen Haltung glauben wollten.

Diese Erwägungen und Empfindungen erscheinen in der historischen Perspektive des 20. Jahrhunderts angesichts der Vernichtung der deutschen Juden und der übrigen Zentren des europäischen Judentums durch den deutschen Nationalsozialismus naiv und unreal. Sie wurden bereits von Teilen der jüdischen Jugend in Deutschland seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts unter dem Druck des wachsenden Antisemitismus und im Zusammenhang mit der Entwicklung eines jüdischen Nationalismus so betrachtet. Der Fortbestand der traditionellen Ideen im überwiegenden Teil der deutschen Juden war indessen begreiflich als das Resultat mächtiger humanitärer und liberaler Strömungen in adligen und bürgerlichen Schichten Europas seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die zum Gelingen der Emanzipation weitgehend beigetragen hatten. Die Erinnerung an diese Strömungen blieb im deutschen Judentum lebendig. Die Mehrheit der Juden ließ sich von ihnen um so leidenschaftlicher weiter tragen, je mehr das deutsche Bürgertum deutlich in ein entgegengesetztes Fahrwasser geriet. Sie hofften gläubig auf die Erneuerung von Stimmungen und Gedanken, die ihren Hoffnungen entsprachen.

Die Bildung einer jüdischen Partei in Deutschland hätte den Grundauffassungen der überwältigenden Mehrheit der deutschen Juden widersprochen. Sie hätten für die Interessen von jüdischen Großbankiers und Industriellen, kleinen Angestellten und Ladenbesitzern, sowie Akademikern der verschiedensten Berufe nach einheitlichen jüdischen Gesichtspunkten in derselben Partei eine gemeinsame Formel finden müssen, anstatt zu versuchen, die jüdischen Interessen in deutschen Parteien zur Geltung zu bringen. Es wäre ihnen als ein Rückzug vor der Idee der Emanzipation erschienen, um deren Verwirklichung und Vollendung sie sich 150 Jahre lang bemüht und für die sie ebenso lange um Verständnis in der deutschen Bevölkerung geworben hatten.

Eine jüdische Partei wäre auch aus praktischen Gründen ein hoffnungsloses Unternehmen gewesen. Die Lage der deutschen Juden war verschieden von der Lage der Juden in Rußland und in Österreich-Ungarn, wo das lokal massierte Judentum erfolgreich Parteigründungen vornehmen konnte und wo demgemäß jüdisch-nationale Kandidaten in die russische Duma und den österreichischen Reichsrat einzuziehen vermochten. Selbst wenn man die irrealen Arbeitshypothese zugrunde legt, daß die deutschen Juden sich in nennenswerter Zahl oder gar einmütig für die Gründung einer jüdischen Partei entschieden hätten, hätte *ein* Prozent der Bevölkerung ohne zusammenhängendes Siedlungsgebiet einen Kandidaten niemals erfolgreich lancieren oder auch nur eine beachtliche Stimmenzahl für ihn aufbringen können. Solange das frühere deutsche Parteiensystem Bestand hatte, also bis 1933, haben die Juden, einschließlich der kleinen Zahl der Nationaljuden, ihren Platz in ihm bewahrt.

KAPITEL III

JUDEN ALS ABGEORDNETE

1. DIE JÜDISCHEN MITGLIEDER DER REVOLUTIONSPARLAMENTE

A. Übersicht über die jüdischen Abgeordneten

Das parlamentarische Leben von 1848 bis 1918 verlief in drei Zeitabschnitten. Der erste umfaßt das Revolutionsjahr und die Reaktionsperiode. Die Mitglieder der Paulskirche waren meist in den besten Jahren, oft jüngere Männer, die in revolutionären Zeiten leichter als in einer stabilen Epoche an die Oberfläche des politischen Lebens kommen; Ludwig Uhland, Ernst Moritz Arndt und andere, die als Freiheitskämpfer einer vergangenen Zeit gefeiert wurden, waren Ausnahmen. Die Politiker von 1848 verschwinden danach meist aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Soweit sie den zweiten Zeitabschnitt, die Periode Bismarcks erreichen, treten sie in den Hintergrund. Die führenden Politiker der Zeit Bismarcks waren 1848 noch nicht in verantwortliche Stellen aufgestiegen. Auch hier fehlt es nicht an Ausnahmen. Zu ihnen gehören die beiden Königsberger Eduard Simson und Johann Jacoby.

Das Gesicht der Politiker des dritten Zeitabschnittes, der wilhelminischen Epoche, war wiederum ein anderes. Dazu trug der Generationswechsel bei, aber auch die politische Wandlung seit den achtziger Jahren. Vor allem wurde der Personalbestand der Parlamentarier jüdischer Abstammung durch den Niedergang des Liberalismus und den Aufstieg der Sozialdemokratie weitgehend mit betroffen.

Die überstaatlichen Parlamente

Das wichtigste Revolutionsparlament war die Frankfurter Nationalversammlung. Das Scheitern der Revolution spiegelte sich in dem Ausscheiden der meisten Abgeordneten im April und Mai 1849 wider. Es erfolgte teils aus eigenem Entschlusse, teils unter dem Druck der einzelstaatlichen Regierungen. Ein Rest fand sich in dem Stuttgarter Rumpfparlament zusammen, das im Juni 1849 gewaltsam aufgelöst wurde. Das zweite und letzte über-

staatliche Parlament der Revolutionszeit war das Erfurter Unionsparlament. Es beriet die Verfassung einer norddeutschen Union, in der Preußen die Führung übernehmen wollte. Dieser Politik wurde unter dem Drucke Österreichs und Rußlands durch die Konvention von Olmütz ein Ende gemacht. Preußen gab seine Pläne auf und kehrte in den Bundestag zurück.

Die Frankfurter Nationalversammlung

Der in der Zeit der Weimarer Republik wirkende Historiker Johannes Hohlfeld schreibt, in der Frankfurter Nationalversammlung sei nur ein Jude, Eduard Simson, gewesen und dieser habe den einem so bedeutenden Manne zukommenden Präsidentsitz unangefochten behauptet. In der Weimarer Nationalversammlung seien dagegen mehr als ein Dutzend Juden gewesen, das jüdische Element habe sich damals vorgedrängt¹.

Hohlfelds Behauptung wird durch die Tatsachen widerlegt. In Frankfurt saßen 15 Männer jüdischer Abstammung unter einer Abgeordnetenzahl von etwa 600. Nicht das Zahlenverhältnis hat sich geändert, sondern die Einstellung des deutschen Bürgertums. Ihr gibt der deutsche Historiker Ausdruck. Zur Zeit der Frankfurter Versammlung begriff das Bürgertum die Emanzipation der Juden als Teil seiner eigenen Emanzipation. Im Oktober und November 1848 waren Heinrich von Gagern, dem Präsidenten der Nationalversammlung, Eduard Simson und Gabriel Riesser als Vizepräsidenten beigegeben. Unbekümmert um Vorurteile und Gehässigkeiten wählte die Versammlung zwei Männer jüdischer Abstammung, darunter den Wortführer der jüdischen Emanzipation, zu Vertretern des Präsidenten. Simson wurde Präsident, nachdem Gagern mit der Bildung des Reichsministeriums beauftragt worden war.

Von den jüdischen Abgeordneten waren Gabriel Riesser und Moritz Veit schon Mitglieder des Frankfurter „Vorparlaments“, zu dem einige angesehene Politiker eine große Anzahl bekannter Persönlichkeiten eingeladen hatten; ebenso Johann Jacoby, der in der Paulskirche allerdings erst wenige Wochen vor dem Ende als Ersatzmann erschien. Zu den Juden gehörte ferner der Buchdruckereibesitzer und Chefredakteur des „*Grünberger Wochenblatts*“, Wilhelm Levysohn, der im September 1848 als Vertreter von Grünberg-Freystadt nach Ausscheiden des Abgeordneten dieses schlesischen Wahlkreises nachrückte. Ludwig Bamberger aus Mainz war gleichfalls Ersatzmann in der Endperiode der Auflösung der Nationalversammlung. Er wurde in Stuttgart als Mitglied noch eingetragen, konnte aber seinen Sitz nicht mehr einnehmen.

Zu diesen Abgeordneten kamen sieben getaufte Juden hinzu. Aus Schlesien stammten Heinrich Simon und sein Vetter, der Gerichtsassessor Max Simon, aus Ostpreußen Eduard Simson und sein Bruder Georg, der Richter in Pommern war. In nichtpreußischen Gebieten wurde Johann Hermann Detmold

¹ *Hohlfeld* S. 642.

aus Hannover, Moritz Heckscher aus Hamburg und der Professor der Nationalökonomie in Erlangen, Wilhelm Stahl, ein jüngerer Bruder Friedrich Julius Stahls gewählt. Alle sieben sind als Kinder nach dem Willen ihrer Eltern getauft worden. Fünf Abgeordnete stammten aus Österreich. Ignaz Kuranda kam aus Wien, schied jedoch nach wenigen Wochen aus der Versammlung aus; er war später viele Jahre hindurch Mitglied des niederösterreichischen Landtags, von 1867 bis zu seinem Tode des österreichischen Reichsrats und Präsident des Vorstands der Wiener jüdischen Gemeinde. Getaufte Juden aus Österreich waren Moritz Hartmann, der Professor der Medizin Andreas Ludwig Jeittles, Leopold von Neuwall und Adolf Wiesner. In der Versammlung traten sie wenig hervor². Moritz Hartmann hat nicht so sehr als radikaler Abgeordneter wie durch Gedichte, Romane und Novellen die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Seine „Reimchronik des Pfaffen Maurizius“ ist eine von der Linken her gesehene satirische Betrachtung der Männer und Begebenheiten der Paulskirche. Zuweilen geht sie in echten Humor über, manchmal ist sie bewegend, so in den Versen über den radikalen Schriftsteller Hermann Jellinek, einen Bruder des Rabbiners Adolf Jellinek, der nach der Erhebung vom Oktober 1848 in Wien hingerichtet wurde. Sein Neffe Georg Jellinek setzte ihm 50 Jahre nach seinem Tode ein literarisches Denkmal; den Abschluß bildeten die Hermann gewidmeten Verse in Hartmanns Reimchronik³. Der Name Hartmanns ragt in das 20. Jahrhundert hinein. Sein Sohn, der Historiker Ludo Moritz Hartmann war der erste Gesandte der Republik Österreich bei der Regierung der Weimarer Republik und Herausgeber einer Weltgeschichte.

Das Erfurter Unionsparlament

Die liberalen Abgeordneten im Erfurter Unionsparlament hatten sich mit dem Scheitern der Revolution abgefunden. Es waren ehemalige Mitglieder der Nationalversammlung, die sich 1849 in einer Zusammenkunft in Gotha für die Reichseinheit unter preußischer Führung aussprachen und viele ihrer freiheitlichen Ideale preiszugeben bereit waren. Zu den „Gothaern“ gehörte Simson, der Präsident der Volkskammer des Erfurter Parlaments, und Riesser, der Hamburg vertrat. Auch Veit, der allerdings dem Erfurter Parlament nicht angehörte, war Gothaer. Auf der äußersten Rechten saß in Erfurt, zusammen mit Bismarck, der Berliner Professor Friedrich Julius Stahl.

² Die Namen der Abgeordneten jüdischer Abstammung bei Erasmus, von dort übernommen von *Robert Weltsch* in *Yearbook LBI VII* (1962), Introduction, S. XVI f. – Der von Erasmus als Jude aufgezählte Ludwig Simon gehörte einer alten katholischen Familie an und hatte keine jüdischen Vorfahren. – Es ist nicht beabsichtigt, im Rahmen dieser Arbeit auf die Personen und das Wirken der aus Österreich stammenden jüdischen Abgeordneten in der Nationalversammlung einzugehen.

³ *Georg Jellinek*, Hermann Jellinek, S. 266, 270. Über Adolf und Georg Jellinek s. oben S. 91 ff.; über Moritz Hartmann, NDB 7, S. 737 f.

Die einzelstaatlichen Parlamente

Nach dem Scheitern der deutschen Einigungsversuche spielte sich bis zur Einführung einer norddeutschen Bundesgewalt im Jahre 1867 das parlamentarische Leben allein in den einzelstaatlichen Parlamenten ab. Jüdische Abgeordnete traten hier gleichfalls zum ersten Male im Jahre 1848 auf, vor allem in den beiden wichtigsten Staaten, Preußen und Bayern. In manchen Parlamenten der kleineren Staaten saßen gleichfalls Juden, in anderen nicht. Verallgemeinernde politische Folgerungen darf man aus diesen Unterschieden nicht ziehen. In Kurhessen, wo die Gleichstellung der Juden seit längerer Zeit gesetzlich festgelegt war⁴, waren keine Juden im Parlament. In Mecklenburg-Schwerin dagegen, wo sie vor 1848 – und auch später wieder – unter mittelalterlichen Beschränkungen zu leiden hatten, waren mehrere jüdische Abgeordnete.

In Preußen wurde in den Revolutionsjahren dreimal gewählt. Der preußischen Nationalversammlung, die im Mai 1848 zusammentrat, gehörten Johann Jacoby und Raphael Kosch an, dem wir schon als Vorkämpfer der Emanzipation begegnet sind. Er wurde im August 1848 zum Vizepräsidenten der Berliner Versammlung gewählt. Drei weitere jüdische Abgeordnete kamen aus Schlesien: die Ärzte Hermann Wollheim und K. Pinoff, sowie der Schriftsetzer Julius Brill, einer der wenigen aus der Arbeiterklasse stammenden Abgeordneten. Heinrich Simon gehörte gleichfalls der preußischen Nationalversammlung an. Er war aber auch durch seine Tätigkeit in Frankfurt so in Anspruch genommen, daß er sich kaum an ihren Arbeiten beteiligte⁵.

Nachdem der König die preußische Nationalversammlung aufgelöst und eine Verfassung oktroyiert hatte, wurde Anfang 1849 der kurzlebige erste preußische Landtag gewählt. In seine Zweite Kammer zogen Jacoby, Kosch und Wollheim ein. Ihr gehörte auch der getaufte Jude Gustav Eberty an, ein Nachkomme des Münzjuden Friedrichs II., Veitel Joseph Ephraims. 1812 hatten die Mitglieder der Familie den Namen Eberty angenommen. Mit Ebertys kurzfristiger Zugehörigkeit zur Kammer beginnt das öffentliche Wirken der durchweg liberalen Mitglieder dieser Familie⁶.

In der preußischen Ersten Kammer saßen damals zwei Juden. Der eine war der Geheime Kommerzienrat Wilhelm Beer, ein Bankier und Fabrikant.

⁴ AZJ 1848, S. 213. Die Gruppierung von Staaten, in denen damals die Gleichstellung der Juden 1.) seit langem oder 2.) seit kurzer Zeit gesetzlich ausgesprochen oder 3.) jüngst durch berufene Organe verbürgt oder 4.) debattiert worden ist, interessiert unter dem Gesichtspunkt der Rechtsvergleichung. Die Übersicht beschränkt sich nicht auf deutsche Staaten, sondern bezieht auch die anderen europäischen Staaten ein.

⁵ Der Orient, 1849, S. 70; Kober, S. 142 ff.; beide Quellen auch für den folgenden Abschnitt des Textes.

⁶ Ein Stammbaum der Familie Ephraim bis zur Gegenwart befindet sich im Archiv des LBI, New York. – Über Gustav Eberty, Kaznelson, S. 539.

Er war ein Bruder des Komponisten Giacomo Meyerbeer. Beer blieb bis kurz vor seinem Tode im Jahre 1850 in der Ersten Kammer. Der andere jüdische Abgeordnete war Siegfried Guradze, einer der zu Wohlstand gelangten schlesischen Bankiers, der ein Rittergut in Oberschlesien erworben hatte. Ein anderer Bankier und Gutsbesitzer, Martin Magnus⁷, war getauft. In dieser Kammer begann auch der zum führenden Politiker der Rechten aufsteigende Friedrich Julius Stahl seine parlamentarische Laufbahn.

Eine völlige Änderung trat ein, als durch Verordnung das Dreiklassenwahlrecht eingeführt wurde und im Juli 1849 Neuwahlen stattfanden. Die entschiedene Linke beteiligte sich aus Protest nicht an den Wahlen. Viele der gemäßigten Kandidaten wurden geschlagen. Die jüdischen Abgeordneten verschwanden nun aus der Zweiten Kammer. Nur Simson wurde in Königsberg-Fischhausen gewählt. Bei der nächsten Wahl war auch für ihn im Parlament der Reaktionszeit kein Platz mehr. Spätere Versuche, sich aufstellen zu lassen oder bei einer Wahl durchzudringen, mißlangen.

Der bayerischen Zweiten Kammer gehörten damals zwei jüdische Abgeordnete, beide Juristen, an. Als erster zog David Morgenstern 1848 als Abgeordneter von Fürth in sie ein. Das politische Interesse hat sich in seiner Familie erhalten. Sein Enkel, der Rechtsanwalt Max Süßheim, war von 1907 bis 1920 Mitglied des bayerischen Landtags. Ein Jahr nach Morgenstern wurde Fischel Arnheim als Vertreter von Hof-Müncheberg in das Parlament gewählt. Einige andere jüdische Kandidaten, die sich in München und Bayreuth präsentierten, drangen bei den Wahlen nicht durch⁸.

Unter den jüdischen Parlamentariern der kleineren Staaten war der junge Rabbiner Gustav Philippson, der dem Landtag von Anhalt-Dessau als Mitglied der Fraktion der Linken angehörte. Er unterrichtete an der über Anhalts Grenzen hinaus bekannten jüdischen Franzschule in Dessau. In dem benachbarten Herzogtum Bernburg mit seinen 50 000 Seelen wurde der Wollhändler Isidor Ahlfeld gewählt. Die Ahlfelds waren mit der gleichfalls aus Bernburg stammenden Familie Reichenheim verschwägert, deren Mitglieder später großindustrielle Unternehmen in Preußen begründeten und der wir noch begegnen werden. Ahlfeld stand rechts und erklärte sich für eine Resolution, die die Heranziehung preußischer Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung für gerechtfertigt erklärte. Als Bernburgischer Kirchtumspolitiker stimmte er gegen die Absetzung des geisteskranken kinderlosen Herrschers, um den Anschluß an Anhalt-Dessau zu verhindern. „Ahlfeld geht hoch, wenn er nur das Wort Dessau hört“, spottete einer seiner Gegner.

In Braunschweig wurde der Rechtsanwalt Adolph Aronheim im November 1848 Mitglied der Landesversammlung. Er scheidet 1849 aus, fährt aber fort, eine politische Rolle zu spielen, und kehrt später in das Parlament zurück. In

⁷ *Keffler*, S. 10; über Beer und Guradze s. auch *AZJ* 1849, S. 187; 216; 1850, S. 209.

⁸ *Kober*, S. 147.

den Landtag des Zwergstaates Hessen-Homburg zog der Bankier Kallmann L. Rothschild ein. In die konstituierende Abgeordnetenversammlung von Mecklenburg-Schwerin wurde der Schweriner Rechtsanwalt Lewis Jakob Marcus gewählt. Er wurde auch Ersatzmann des mecklenburgischen Abgeordneten für die Paulskirche. Marcus bekleidete die Stelle des 2. Vizepräsidenten der Kammer. Er war Mitglied des Jüdischen Oberrats und 17 Jahre lang stellvertretender Vorsitzender des Stadtverordnetenkollegiums von Schwerin. Für die Kammer von 1850 lehnte Marcus eine Wiederwahl ab. In sie traten zwei andere jüdische Abgeordnete ein: Rudolph Josephy für Goldberg und Mendel Aarons für Grevesmühlen⁹.

In Hamburg waren 1849 einige Juden Mitglieder der Konstituierenden Versammlung, darunter die späteren Reichstagsabgeordneten Isaac Wolffson und Anton Ree. Auch in Frankfurt a. Main saßen Juden in der Verfassungskommision und der ersten Gesetzgebenden Versammlung. Mehr als örtliche Bedeutung haben die jüdischen Mitglieder der Frankfurter Versammlungen nicht erlangt. Das gleiche gilt von den zwei jüdischen Mitgliedern der Lübecker Bürgerschaft, dem Gemeindediener Samuel Marcus und dem Handelsmann Levi Philippson. In der Bremer Bürgerschaft saßen im Revolutionsjahre keine Juden¹⁰.

Parteistellung, Herkunft und Mitarbeit in den Ausschüssen

Nach ihrer Parteistellung waren die Juden von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken in den Revolutionsparlamenten vertreten. Die äußerste Linke wurde damals von dem radikalen Flügel des Bürgertums gebildet, der republikanische und sozialpolitische Grundsätze verfocht. Jacoby gehörte zu dieser Gruppe, auch Levysohn, der im Parlament wenig hervortrat. Auf sein Wirken im Jahre 1848 wirft der Briefwechsel zwischen ihm und seiner Frau Philippine Levysohn manches interessante Schlaglicht¹¹. Außer Kosch standen auch die jüdischen Mitglieder der preussischen Nationalversammlung auf dem äußersten linken Flügel. Detmold dagegen saß in der Paulskirche auf den Bänken der äußersten Rechten, der sich auch Georg Simson anschloß. Detmold war ein Freund Heinrich Heines und ein künstlerisch und literarisch ebenso wie politisch interessierter Jurist. 1837 hatte er die Widerstandsbewegung gegen den Staatsstreich des welfischen Königs Ernst August organisiert. Er war dadurch manchen Drangsalierungen ausgesetzt und hat persönlichen Mut

⁹ Über Gustav Philippson (Dessau) und Aronheim (Braunschweig), *Kober*, S. 147. Über Ahlfeld (Bernburg), *Herz*, S. 28 f. Über Rothschild, *AZJ* 1853, S. 474. Über Marcus, Josephy und Aarons (Mecklenburg), *Donath*, S. 218 f.; über Marcus auch *Kaysersling*, S. 54.

¹⁰ *Kober*, S. 147 f.; *AZJ* 1848, S. 758; 1849, S. 113. Über Frankfurt a. Main, s. oben S. 122 f. Die Angaben über Lübeck verdanke ich Herrn Archivrat Dr. Friedland, Archiv der Hansestadt Lübeck.

¹¹ *Wilhelm und Philippine Levysohn*, 1848.

gezeigt. Jetzt führte Detmold seine Versöhnung mit der offiziellen Politik Hannovers herbei. Er brach mit seiner liberalen Vergangenheit und bekämpfte die kleindeutsche Lösung. In der Periode des Zusammenbruchs der Nationalversammlung berief ihn der Reichsverweser als Innen-, Justiz- und Handelsminister in das letzte Reichsministerium, das ohne jeden Rückhalt in der Versammlung war. Es war bestimmt, den Auseinanderfall des Parlaments zu beschleunigen. Wie Moritz Hartmann in seiner Reimchronik die Rechte und die Mitte angriff, so schuf Detmold in seinem Abgeordneten Piepmeyer die Figur eines gesinnungslosen und wetterwendischen Vertreters des Bürgertums von 1848. Er suchte den Parlamentarismus zu diskreditieren und arbeitete für die Wiederherstellung der alten Zustände¹². In Preußen führte Stahl die äußerste Rechte in der Ersten Kammer; in ihr gehörten die drei anderen Abgeordneten jüdischer Abstammung gleichfalls der Rechten an. Beer stimmte 1849 für den konservativen, von Stahl vertretenen Antrag, die christliche Religion bei allen religiös bürgerlichen Einrichtungen zugrunde zu legen¹³.

Die meisten Abgeordneten jüdischer Abstammung gehörten jedoch nicht den extremen Flügeln, sondern dem rechten oder linken Zentrum an. Mit der späteren deutschen Zentrumsparlei hatten diese Gruppen der Mitte nichts zu tun. In ihnen neigten Eduard Simson, Heckscher und Veit zur Mäßigung und wirkten für die Zügelung der revolutionären Bewegung. Heinrich Simon jedoch, ursprünglich ein Mitglied des linken Zentrums, wandte sich zur radikaleren Linken und vertrat entschieden demokratische Gedankengänge.

Auch nach Beruf und Herkommen zeigten die jüdischen Abgeordneten keine Verschiedenheit von dem allgemeinen Bild der Paulskirche. Unter ihnen waren sechs Rechtsanwälte, drei Gelehrte und drei Schriftsteller oder Journalisten. Dies war nichts Ungewöhnliches. Das Frankfurter Parlament setzte sich vornehmlich aus der bürgerlichen Intelligenz zusammen. 182 Juristen und 107 Lehrer und Gelehrte nahmen mehr als die Hälfte aller Sitze ein¹⁴. Im Berliner Parlament fällt das Vorwiegen der Ärzte unter den Juden auf. Von den sechs jüdischen Abgeordneten der Berliner Nationalversammlung waren vier Ärzte; in der Zweiten Kammer von 1849 waren alle drei jüdischen Abgeordneten Ärzte. Es war der akademische Beruf, in dem Juden in ihrem Fortkommen am wenigsten behindert waren.

Die jüdischen Abgeordneten entstammten gleich den meisten anderen Mitgliedern dieser Parlamente zumeist gut bürgerlichen Kreisen. Sie waren Söhne von Bankiers, wie Heckscher und Ree, dessen Vater der Hofbankier des

¹² *Detmold*, Taten und Meinungen des Herrn Piepmeyer. Die Neuauflage in Berlin (Ost) enthält ein Nachwort von Bruno Kaiser. Über Detmold, ADB 5, S. 82 ff.; NDB 3, S. 619; *Laube*, II, S. 43 f.; III, S. 427. S. auch Hannover, Presseamt, S. 64; das Presseamt der Landeshauptstadt Hannover hat das Buch „Leben und Schicksal“ in Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde Hannover 1963 herausgegeben.

¹³ *Stahl*, Siebzehn parlamentarische Reden, S. 95 ff. (Rede vom 3. 10. 1849).

¹⁴ *Rosenbaum*, S. 54 f.; etwas abweichende, aber die Grundzüge der Zusammensetzung der Nationalversammlung nicht ändernde Zahlen bei Valentin, II, S. 11 ff.

Königs von Dänemark war, von wohlhabenden Großkaufleuten, wie die Simons und Jacoby, oder von Ärzten, wie Detmold. Bereits der Großvater Heinrich Simons hatte es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu Wohlstand gebracht. Seine Eltern wurden von der damals zum ersten Male sich ausbreitenden Taufbewegung erfaßt und traten zum Christentum über. Moritz Veit war der Sproß einer altbürgerlichen Familie, die seit der Zeit des Großen Kurfürsten in Berlin ansässig war. Der von ihm begründete Verlag wurde zu einem der bedeutendsten Unternehmen dieser Art in Deutschland; er ist in dem Verlag Walter de Gruyter aufgegangen. Veit verlegte u. a. den Briefwechsel zwischen Schiller und Körner und brachte Gesamtausgaben der Werke Fichtes, Rankes und Savignys heraus. Auch Werke von Riesser und Leopold Zunz erschienen in seinem Verlage. An seinem Berliner Musenalmanach arbeiteten Goethe und Chamisso mit. Seine künstlerisch veranlagte Frau stammte aus der Familie eines Weimarer Bankiers, der sich aus den einfachsten Anfängen zu Wohlstand emporgearbeitet hatte. Dies war „der Jude Elkan“, der in Goethes Gedicht „Auf Miedings Tod“ erscheint. Auf Wunsch der Nachkommen Julius Elkans hat Goethe in der Ausgabe letzter Hand die Erwähnung Elkans in dieser Form unterdrückt und durch die Worte „der tät'ge Jude“ ersetzt. Die Nachkommen Elkans fühlten sich durch die ursprüngliche Fassung peinlich berührt; Goethe hatte in seinem großbürgerlichen Empfinden Verständnis für ihr Ersuchen, die anstößige Stelle zu ändern¹⁵. Gabriel Riesser stammte aus einer Familie von Rabbinern. Die Brüder Stahl waren Enkel Abraham Uhlfelders, des Vorstehers der jüdischen Kultusgemeinde in München um die Jahrhundertwende. Er spielte für die Emanzipation der Münchener Juden die gleiche Rolle wie David Friedländer für die Juden in Berlin. Der Vater der Stahls, Joel Golson stammte aus bescheideneren Verhältnissen als Uhlfelder. Den Namen Stahl nahmen sein Sohn Julius und später die anderen Mitglieder der Familie erst bei der Taufe an¹⁶.

In den Ausschüssen der deutschen Parlamente arbeiteten die jüdischen Abgeordneten gemäß ihrer Vorbildung und Lebenserfahrung mit. Dem Geschäftsordnungsausschuß der Paulskirche, der auch mit der Beratung der zahlreich einlaufenden Petitionen befaßt war, gehörten Simson und Riesser an. Im Verfassungsausschuß wirkten drei jüdische Juristen, nämlich Detmold, Heinrich Simon und seit dem Herbst 1848 auch Riesser. Im Ausschusse für völkerrechtliche und internationale Fragen saß der Rechtsanwalt Heckscher, im volkswirtschaftlichen Ausschuß waren Wilhelm Stahl und Veit tätig. In

¹⁵ Eine Übersicht über die Familie Veit gibt *Zondek*, S. 171 ff.; über Moritz und Johann Veit, ebenda, S. 175 ff.; *Geiger*, Die deutsche Literatur, S. 86 f.; *Lüdtker*, S. 81 ff.; s. auch ADB 39, S. 535.

¹⁶ *Schöps*, S. 99; 103 (Anm. 2) – Die im Jüdischen Lexikon, Berlin enthaltene und von der Standard Jewish Encyclopedia, Garden City, New York 1962, Sp. 1752 neben anderen Irrtümern übernommene Behauptung, daß Stahls Name Schlesinger gewesen sei, ist falsch. Sie findet sich zuerst in antisemitischen Schriften und ging dann auch in Schriften jüdischer Verfasser über.

Mecklenburg war Marcus im Verfassungs- und Justizausschuß einflußreich, in Bernburg wurde Ahlfeld in die Wahlprüfungskommission und den Finanzausschuß berufen. Wolffson und Ree saßen im Ausschuß zur Beratung der Verfassung von Hamburg. Der bekannte Rechtsanwalt Maximilian Reinganum war Mitglied des entsprechenden Ausschusses der Frankfurter Verfassungsgebenden Versammlung.

B. Führende jüdische Abgeordnete in Frankfurt und Berlin

Die vier Abgeordneten jüdischer Abstammung, deren Mitarbeit in der Nationalversammlung überdurchschnittliche Bedeutung zukommt, sind Heckscher, Eduard Simson, Riesser und Heinrich Simon. Die hervorragendsten Persönlichkeiten in Preußen waren Johann Jacoby in der Berliner Nationalversammlung und danach in der Zweiten Kammer und Friedrich Julius Stahl in der Ersten Kammer.

Moritz Heckscher

Moritz Heckscher* war weit gereist. Er eignete sich während eines mehrere Jahre dauernden Aufenthalts in England, Frankreich, Italien, der Schweiz und Rußland eine gründliche Kenntnis dieser Länder und ihrer Sprachen an. Damit war er den meisten Mitgliedern des Parlaments weit voraus. Seit 1840 redigierte er auch den politischen Teil der „*Hamburger Nachrichten*“ und verfolgte in dieser Stellung laufend die innen- und außenpolitische Entwicklung. Im Vorparlament und in der Nationalversammlung gehörte Heckscher zu den besten Juristen auf der rechten Seite des Hauses. Es gelang ihm jedoch nicht, gute Kontakte mit seinen Kollegen herzustellen. Wegen seiner Logik und bestechenden Dialektik war er von der Mehrheit allgemein geachtet, wenn auch bei nur wenigen beliebt¹⁷.

Heckschers Fähigkeiten ließen ihn dem Reichsverweser Erzherzog Johann als geeignet für die Übernahme der Justiz und danach der äußeren Angelegenheiten im Reichsministerium erscheinen. Er begriff früher als die meisten

* *Johann Gustav Wilhelm Moritz Heckscher*, geb. 1797 in Hamburg. 1808 evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Rechtsanwalt in Hamburg und Publizist. Mitglied des Vorparlaments und der Nationalversammlung für Hamburg, trat dem rechten Zentrum bei. Reichsminister zunächst für Justiz, dann für auswärtige Angelegenheiten bis September 1848. Mehrere Monate in Turin und Neapel als Gesandter tätig. Im Februar 1849 nach Frankfurt zurückgekehrt, Mitbegründer der Großdeutschen Partei. Trat aus der Nationalversammlung im April 1849 aus, nahm seine Anwaltspraxis wieder auf. 1853 hanseatischer Ministerresident in Wien. Gest. 1865 in Wien.

¹⁷ Lebenslauf in ADB 11, S. 215 ff.

anderen die Ohnmacht einer Zentralregierung ohne Autorität bei den deutschen Fürsten und ohne eigenen Verwaltungsunterbau. Er war sich auch klar darüber, daß Deutschland weitgesteckte nationale Ziele in der damals brennenden schleswig-holsteinischen Frage im Kampf gegen Dänemark nicht gegen den Willen der europäischen Großmächte und Schwedens durchsetzen konnte. Er billigte deshalb den Waffenstillstand von Malmö, den die Abenteuern abgeneigte preußische Regierung mit Dänemark im September 1848 schloß, und der die Erbherzogtümer bei Dänemark beließ. Der sinnlose Kurs, den die Vertreter der kriegerisch-revolutionären Richtung auf der Linken und die Anhänger eines von Dahmann aufgepeitschten blinden Nationalismus in einer unnatürlichen Koalition verfolgten, fand in ihm einen entschiedenen Gegner. Man warf ihm oft vor, daß seine advokatorischen Fähigkeiten größer waren als seine politische Begabung. Aber es war kein kleines Werk, die vom nationalistischen Fieber geschüttelte Versammlung nicht nur auf die internationale Lage hinzuweisen, sondern auch die staatsrechtliche Frage mit kühler Gründlichkeit zu behandeln; Heckscher scheute sich nicht, das Recht der Zugehörigkeit von ganz Schleswig zu Deutschland als zweifelhaft zu erklären¹⁸. Der Beschluß, den Waffenstillstand von Malmö zu sistieren, drang trotz seiner Warnungen in der Versammlung durch, aber ein Ministerium, das bereit war, diesen Beschluß durchzuführen, fand sich nicht. Er mußte revidiert werden. Der folgende Volksaufstand gegen das Parlament der Revolution wurde auf dessen Ansuchen von preußischen Truppen niedergeschlagen. Bei dem Aufstand wäre Heckscher fast ums Leben gekommen, wie die beiden Abgeordneten der Rechten, Hans Auerswald und Fürst Felix Lichnowsky; die Wut der Aufständischen wandte sich auch gegen ihn. Bei der Neuberufung des früheren Reichsministeriums wurde der Hauptsprecher für die Sache, die sich schließlich durchgesetzt hatte, über Bord geworfen. Das Opfer half nichts, die Versammlung hatte sich und der Sache der bürgerlichen Revolution einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zugefügt.

Als sich im Februar 1849 die Fronten nach dem Gegensatz zwischen Großdeutschland und Kleindeutschland neu gruppierten, trat Heckscher als Mitbegründer der großdeutschen Partei noch einmal in den Vordergrund. Er arbeitete gegen die Vorherrschaft Preußens in einer negativ wirksamen, positiv unfruchtbaren Koalition. Er intrigierte mit der Linken, die er haßte, und mit der reaktionären österreichischen Regierung, von der er sich nichts für die Lösung der deutschen Frage versprechen konnte. Er gab die deutsche Sache verloren, als seine alten Kampfgenossen noch gegen alle Widrigkeiten fochten und gegen alle Wahrscheinlichkeit Einheit und Freiheit für Deutschland zu erringen hofften. Zur Motivierung seines Absprungs wies er auf das parlamentarische Treiben hin, das, wie er versicherte, ihm einen unsagbaren Ekel verursachte. So erregte er noch einmal einen Sturm des Unwillens gegen sich,

¹⁸ *Haym*, I, S. 108; *Laube*, I, S. 72. Über die politische Richtung und die Haltung zur Außenpolitik, *Namier*, S. 31 und passim.

diesmal von seiten derer, in deren Reihen er einst gestanden hatte. Der Literaturhistoriker Rudolf Haym, der spätere Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“, selbst ein Mitglied des rechten Zentrums, spricht voll Bitterkeit von dem heruntergekommenen Mann, dem wortkargen grämlichen Misanthropen¹⁹. Selten hat er so scharfe Worte gebraucht. Im April 1849 trat Heckscher aus der Versammlung aus. Er geriet politisch in Vergessenheit.

Gabriel Riesser

Gabriel Riesser hatte nach seiner Jungferrede über die Judenfrage die Aufmerksamkeit der Versammlung zunehmend auf sich gelenkt. Im Geschäftsordnungsausschuß wurde ihm der Vorsitz übertragen. Die Ehre der zweiten Vizepräsidentschaft wurde ihm im Oktober 1848 zuteil. Er legte sie zwei Monate später nieder. Seiner Abneigung gegen die entschiedene Linke gab er vom Präsidentenstuhl aus zu temperamentvoll Ausdruck. Haym nennt ihn einen zwar wohlwollenden und verständigen, aber ungeduldig eifrigen und deshalb nicht glücklichen Präsidenten²⁰. Sein Eintritt in den Verfassungsausschuß brachte ihn mit dem Zentralproblem der Paulskirche in Verbindung; als Berichterstatter für den Verfassungsentwurf trat er stark in den Vordergrund. Die Septemberunruhen trieben ihn aus dem „Württemberg Hof“ in den „Augsburger Hof“, die am weitesten nach rechts vorgeschobene Gruppe des linken Zentrums, so daß er schließlich als „Heros des rechten Zentrums“ erschien²¹.

Im Verfassungsausschuß erwarb sich Riesser Anerkennung durch die scharfsinnige rechtliche Durchleuchtung der Tragweite jeder Bestimmung und der Verbesserungsvorschläge. Stärker aber wirkte seine menschliche Seite und sein aus tiefem Gefühl aufsteigendes Sehnen nach Einheit und Freiheit in Deutschland. „Der gemütvoll Riesser“ heißt er bei Friedrich Meinecke. Haym sagt von ihm, daß seinem politischen Urteil immer das Gefühl den ersten Anstoß gab, und daß sein scharfer Verstand oft nur die Rolle des Statisten spielte, der seine Empfindungen rechtfertigen mußte²². Der nachsichtige, trotz gelegentlicher Temperamentsausbrüche weiche Mann, der schwer zu Entschlüssen kam, konnte kein Parteiführer werden. Wohl aber rief man ihn, um Schwankende durch seine Rednergabe und die Ehrlichkeit seiner Überzeugung zu gewinnen, und um Verwirrung durch die Klarheit eines im Rechte geschulten Geistes zu zerstreuen. „Wenn nur Riesser sprechen würde!“ hieß es in solchen

¹⁹ Haym, II, S. 281 f.; Laube, III, S. 376 f.

²⁰ Haym, II, S. 135. Auch Laube, III, S. 39 f. spricht ihm die Fähigkeit der Beurteilung und Behandlung der Menschen und ihrer Leidenschaften ab.

²¹ AZJ 1849, S. 187. – Zusammenhängende Darstellung in ADB 28, S. 586 ff.; Friedländer, Das Leben Gabriel Riessers; Rinott, S. 11 ff.

²² Meinecke, Weltbürgertum, S. 396; Friedländer, Das Leben Gabriel Riessers, S. 122.

Augenblicken²³. Liberale Grundsätze erschienen ihm wie eine Religion, schreibt Heinrich Laube in seinem Werk über die Versammlung:

„Er ist Israelit, und das unzerstörbar Priesterliche dieses seines Volkes, jene alt-biblische Neigung, alles und jedes nach Jehovah und seinem Tempel hinzuleiten, dies durch Unglück verewigte lyrische Duo zwischen Gott und den Juden – es war der Grundton Riesserscher Beredsamkeit“²⁴.

Den Höhepunkt seines Wirkens in der Nationalversammlung erreichte Riesser, als er als Berichterstatter des Ausschusses die abschließende Kaiserrede hielt. Er war der wirkungsvollste Helfer Karl Theodor Welckers, der die Annahme der Verfassung en bloc in zweiter Lesung beantragte und vorschlug, die Kaiserkrone dem König von Preußen anzutragen. Es war im März 1849. In Preußen hatte die Reaktion gesiegt. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel war vier Monate vorher vom König gegen den Willen der preußischen Nationalversammlung eingesetzt, die Versammlung war von Berlin nach Brandenburg verlegt worden. Die beiden Ereignisse gaben Karl Marx die Gelegenheit zu einer seiner schlagenden Satzprägungen: „Brandenburg ist in der Versammlung und die Versammlung ist in Brandenburg.“ Die Österreicher und ihr Anhang, vor allem in Bayern waren gegen die kleindeutsche Lösung, die Linke für die demokratische Republik. Von allen Seiten her erhoben sich die Hindernisse gegen den Versuch der kleindeutschen Lösung der Erbkaiserlichen.

Konfrontiert mit der hoffnungslosen Wirklichkeit der Gegenwart, zeigte Riesser eine leuchtende Zukunft. Das Ministerium Brandenburg kann nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Es gab Zeiten der Freiheit in Preußen, seine wahre sittliche Größe leuchtet auch während der Nacht. Der Name Preußen spricht mächtig zum politischen Verstande, aber es ist eine künstliche Bildung; der Name Deutschland spricht zugleich zum Herzen. Preußen wird in der natürlichen Bildung Deutschland aufgehen, Volksfreiheit und Königtum werden durch die Wahl des erblichen Kaisers versöhnt, Freiheit, Einheit, Macht und innerer Friede gesichert werden. Die Versammlung muß die Selbstbestimmung Deutschlands verwirklichen und einen rettenden weltgeschichtlichen Beschluß fassen. Die Linke lachte des Traumes. Die Erbkaiserlichen rechts und in der Mitte jedoch waren in tiefer Bewegung. Ein Sturm des Beifalls brach aus; Gagern und Riesser fielen sich in die Arme, als der Meister des Worts von der Tribüne stieg, viele andere drängten sich um ihn und umarmten ihn²⁵. Es waren Szenen, wie sie wohl nie wieder in einem deutschen Parlament erlebt worden sind, da Kundgebungen dieser Art dem

²³ Haym, II, S. 313.

²⁴ Laube, III, S. 36 f.

²⁵ Riessers Rede in *Riesser*, IV, S. 506 ff., besonders von S. 546 an. – Laube, III, S. 366: „Es war ein Sturm von Beifall, der unter Tränen hervorbrach. Wie viele weinten heiße Tränen! Wie viele und darunter die besten Männer eilten dem herabsteigenden Riesser entgegen und stürzten ihm in die Arme und herzten und drückten ihn.“ Ähnlich die Schilderung bei Haym, II, S. 333 f.

deutschen Charakter nicht liegen. Ein Jude, voll von edlen Illusionen, hatte den deutschen Bürgern von 1848 aus dem Herzen gesprochen.

Als das Großartigste, was in der Reichsversammlung je gesagt wurde, bezeichnete Robert von Mohl Riessers Kaiserrede²⁶. Doch sie gewann den Erbkaiserlichen nicht eine einzige Stimme zu denen hinzu, die sie vorher besaßen. So erreichte Riessers Rede ihr unmittelbares Ziel nicht. Es bedurfte weiterer mühsamer Verhandlungen, um dürftige Mehrheiten für das Erbkaisertum und die Kaiserwahl zustande zu bringen.

Riesser war 1849 der Befürworter einer deutschen Einheit, als deren Frucht er die Freiheit für die Deutschen erhoffte. Edel, milde und versöhnlich, setzte er diese Eigenschaften auch bei den Todfeinden der bürgerlichen Revolution voraus. Auch als Kämpfer für die Emanzipation der Juden ging er von dem gleichen Gedanken aus. Vor die Wahl zwischen deutscher Einheit und jüdischer Emanzipation gestellt, würde er sich, so erklärte er, für die Einheit entscheiden; die Emanzipation werde notwendigerweise folgen. Er war ein großer deutscher Bürger im guten Sinne des Wortes. Er ließ aber auch die engherzige Begrenzung erkennen, die die bürgerlichen Schichten in ihrer Mehrheit zeigten. Er stand den wahl- und sozialpolitischen Forderungen des reformfreundlichen linken Flügels des Bürgertums und der eben erwachenden Arbeiterbewegung mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Moritz Hartmann, der bei der Kaiserwahl nicht mitstimmte, weil er „nicht an einem Anachronismus teilhaben“ wollte²⁷, war politisch ein Gegner Riessers, und sein Pathos ging ihm auf die Nerven. Er schrieb ihm in seiner Reimchronik das folgende in das Stammbuch:

„Siehst Du den Riesser dort, den Braven?
 Ach hier vergaß er, wie so schlecht
 Das Leben schmecket ohne Recht,
 Das Leben mit der Schmach des Sklaven.
 Was er dereinst mit starkem Glauben
 Für seine Juden wollt im Streit,
 Das will er, nun er's selbst hat, rauben
 Dem Manne, der die Arbeit weiht“²⁸.

Riesser, der im Vorparlament die wirkungsvollste Rede für das gleiche Wahlrecht gehalten hatte, trat nun für die öffentliche Wahl, die die Freiheit der Abstimmung verfälschen mußte, und für ein Zensuswahlrecht ein. Er wandte sich gegen den Versuch, das allgemeine Wahlrecht in den Einzelstaaten unter die Grundrechte des deutschen Volkes aufzunehmen. An seine frühere

²⁶ Urteile von Robert von Mohl und anderen zusammengestellt bei *Friedländer*, aaO, S. 118 f.; im gleichen Sinne *Valentin*, II, S. 371. *Valentin*, II, S. 588 nennt ihn einen priesterlichen Redner.

²⁷ Nationalversammlung, Verhandlungen. St. B. Hrsg. von Franz Wigard, Leipzig 1849, Bd. 8, S. 6086.

²⁸ Reimchronik, S. 138.

Stellungnahme erinnert, erwiderte er, daß er sich damals nicht auf das allgemeine Wahlrecht für alle Zeiten habe festlegen wollen: was im Augenblicke regsten politischen Bewußtseins geboten war, sei zur Konstituierung regelmäßiger Gewalt für alle Zeiten nicht das Richtige²⁹. Das schrankenlose gleiche und direkte Wahlrecht schien ihm der Ordnung und noch mehr der Freiheit gefährlich. In Gotha ging er weit in der Preisgabe von Freiheitsrechten im Interesse der Erringung der deutschen Einheit. Er half, ein Programm „der schmerzlichsten Resignation, der entsagendsten Vaterlandsiebe“ anzunehmen³⁰. Folgerichtig erschien er als Vertreter Hamburgs in Erfurt als Stütze der preußischen Politik. Wiederum sprach er sich gegen die Aufstellung leitender Grundsätze für die Wahl zu den Volksvertretungen der Einzelstaaten aus. Diesmal war sein Appell freilich vornehmlich gegen die Gefahr gerichtet, die von dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen ausging. Aber noch einmal beklagt er die Aufnahme des gleichen Wahlrechts durch einige deutsche Regierungen und verteidigt er das öffentliche Wahlrecht „im konservativen Interesse“. Wiederum drückte er unmißverständlich seine Vorliebe für das Zensuswahlrecht aus³¹.

Auch Riesser verschwand in der Reaktionsperiode aus dem öffentlichen Leben. Als später die gemäßigt liberalen Elemente einen gewissen Einfluß ausübten, war er zwei Jahre Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft. Dann aber, als die Wirkungen des preußischen Verfassungskonfliktes nach Hamburg ausstrahlten und die entschiedenen Liberalen in den Vordergrund traten, unterlag er im Wahlkampf einem radikaleren Gegner. Die Ausübung des Richteramts war ihm nur wenige Jahre vergönnt³². Er starb 1863, nur 57 Jahre alt. Die deutschen Juden haben den mutigen Vorkämpfer ihrer Rechte nicht vergessen. Er hat den Typus des deutschen Staatsbürgers jüdischen Glaubens mit seinen Stärken und Schwächen geschaffen. Er hat die Juden zum Glauben an Deutschland aufgerufen. Zwischen der Kaiserrede des in der Paulskirche umjubelten jüdischen Parlamentariers und der Ausrottung der deutschen Juden lag weniger als ein Jahrhundert.

Heinrich Simon

Als Heinrich Simon * aus Breslau für Magdeburg in die Nationalversammlung in Frankfurt und für Kosel in Oberschlesien in die preußische Nationalversammlung in Berlin eintrat, war er bereits ein bekannter Mann. Heckscher

* *Heinrich Simon*, geb. 1805 in Breslau als Sohn evangelischer Eltern jüdischer Abstammung. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Erschoß einen Gegner im Duell, 1828 zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt, 1830 begnadigt. Vetter der Schriftstellerin Fanny Lewald, die zu ihm eine von ihm nicht erwiderte Liebe hatte. Hilfsarbeiter am Oberlandesgericht Breslau, 1841 Assessor am Kammergericht Berlin, da-

²⁹ *G. Riesser*, IV, S. 463 f., 481 ff., 504 ff.

³⁰ ADB 11, S. 589.

³¹ *G. Riesser*, IV, S. 632 ff.

³² S. oben S. 40.

war damals eine Hamburger Lokalgröße, Simsons Ruf drang über Königsberg kaum hinaus, und Riessers Name wurde nur in Kreisen genannt, die sich mit der Judenfrage beschäftigten.

Simons Laufbahn ist durch seinen gleichnamigen Onkel im Justizministerium gefördert worden. Ohne dessen Patronage wäre der 29jährige Assessor trotz seiner Gaben kaum zur Mitherausgabe des Sammelwerks über die Verfassung und Verwaltung des preußischen Staates herangezogen worden. In ihm veröffentlichte er zusammen mit Ludwig von Rönne den Band über die Verhältnisse der Juden in Preußen, der ein unentbehrliches Handbuch für Richter und Verwaltungsbeamte wurde³³.

Als Richter stieg Simon nach Wahrnehmung einiger Hilfsrichterstellen 1844 zum Stadtgerichtsrat in seiner Geburtsstadt auf. Eine vielversprechende Laufbahn hatte er ausgeschlagen, als er 1841 auf die Einberufung in das Kultusministerium zur Bearbeitung einer Reform des Erziehungswesens verzichtete; bei den Vorbesprechungen stellten sich Meinungsverschiedenheiten mit dem Minister über Methoden und zum Teil über Ziele dieser Aufgabe heraus. Schon damals zeigte es sich, daß ihm persönliche und geistige Unabhängigkeit höher stand als berufliche Chancen. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregte er 1844 durch eine Schrift zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Richter gegen die preußischen Gesetze, die die Versetzung von Richtern im Interesse des Dienstes oder als Strafmaßnahme ermöglichten. Er geriet dadurch in Konflikt mit dem Ministerium. Zwar lehnte das Appellationsgericht in Breslau zweimal ein Ersuchen des Justizministers ab, ein Disziplinarverfahren gegen Simon einzuleiten. Seine Stellung als preußischer Richter war jedoch unhaltbar geworden. Er reichte dem Minister sein Abschiedsgesuch mit einer würdigen Begründung ein:

„Ew. Excellenz nehmen an, daß ich die Beamtentreue durch Handlungen verletze, die ich als heilige Pflicht gegen König und Vaterland und als Ergebnis echter Beamtentreue erachte; Ew. Excellenz nehmen an, daß sich die öffentliche Beurteilung der Staatsangelegenheiten mit dem richterlichen Amte nicht vertrage, während ich annehme, daß die Stellung eines freien Mannes nicht würdig sei, die das Aussprechen seiner Ansicht über das, was seinem Vaterlande schädlich, verbietet.“

nach an den Oberlandesgerichten Magdeburg und Greifswald, 1844 Stadtgerichtsrat in Breslau. War zugleich als wissenschaftlich-juristischer Schriftsteller tätig. 1845 aus dem richterlichen Amte ausgeschieden, betätigte sich politisch in der Opposition. 1848 Mitglied einer Deputation, die beim Könige und preußischen Ministerpräsidenten wegen Ausschreibung von Urwahlen zu einer Volksvertretung vorstellig wurde. Mitglied des Vorparlaments und des Fünfzigerausschusses, der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Nationalversammlung. Verblieb im Rumpfparlament, wurde in Stuttgart zu einem der fünf Reichsregenten gewählt. Wanderte nach Auflösung des Rumpfparlaments 1849 nach der Schweiz aus. Gest. 1860 bei Murg (Schweiz).

³³ ADB 34, S. 371 ff.; *Maetschke*, S. 208 ff. – Über Rönne und Simon, s. auch *Brann*, David Honigmanns Aufzeichnungen, S. 133.

Der Rechtslehrer Rudolf Gneist hat noch 1862 im Kampfe gegen das Konfliktministerium im preußischen Abgeordnetenhaus auf Simons Schrift hingewiesen³⁴.

Treitschke, dem Simons Person und Art unsympathisch ist, erkennt nichtsdestoweniger die Berechtigung seiner Kritik an den Gesetzen von 1844 an. Er behauptet, daß Simon durch die jüdisch redigierten Zeitungen über Gebühr verherrlicht worden sei, aber er bestreitet nicht, daß er eine reizvolle Persönlichkeit war, die selbst seinem Gegner Joseph Maria von Radowitz, dem Führer der Rechten in Frankfurt, ungewöhnlich erschien³⁵.

Noch stärker wurde Simons kompromißlose Stellungnahme gegen das Patent vom 3. Februar 1847 über die Einberufung des Vereinigten Landtags beachtet. Er wandte sich in einer Schrift „Annehmen oder Ablehnen“ gegen die Verordnung, weil sie das 1815 gegebene königliche Versprechen einer wahren Volksrepräsentation nicht erfülle.

Simon schied ebenso wie Riesser aus dem im Württemberger Hof tagenden linken Zentrum aus. Aber anders als Riesser fürchtete er die Reaktion stärker als das Weiterwirken der revolutionären Stimmungen. Er wurde in der neubegründeten radikalen „Westendhall“ führend. Als Mitglied des Verfassungsausschusses verhielt er sich meistens schweigend; er hatte von vornherein wenig Hoffnung auf das Zustandekommen einer dauerhaften Verfassung. Riessers Appell in seiner Kaiserrede verhallte bei ihm ungehört. Simon war ein echter Demokrat, nicht geneigt, das Schicksal des Volkes der fürstlichen Gewalt anzuvertrauen. Seine Gruppe gab den Ausschlag für die Ablehnung des Antrags Welckers. Er war jedoch bereit, über Garantien zu verhandeln, auf Grund deren er der auch von ihm verfochtenen kleindeutschen Lösung zustimmen würde. Gegen Zusicherung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts, eines nur suspensiven Vetos des künftigen Kaisers bei Gesetzgebung und Verfassungsänderung und gegen die Verpflichtung der Mehrheit, die Verfassung in allem wesentlichen als endgültig anzuerkennen, stellte er die Stimmen einer von ihm geführten, aus der Westendhall ausscheidenden kleinen Gruppe für die Abstimmung zur Verfügung und sicherte dadurch die Annahme der Verfassung durch die Nationalversammlung³⁶.

Gegen die wachsende Macht der Reaktion stand Simon fest. Er ging weder nach Gotha noch schied er aus der Versammlung aus. Als das Scheitern der Revolution jedem klar war, nahm er die Wahl zu einem der fünf Reichsregenten in Stuttgart an, entschlossen, auch auf hoffnungslosem Posten das neue Recht zu vertreten. Als zwei Wochen später das Parlament gesprengt wurde, ging er in das Exil in die Schweiz. Der nicht bequeme, aber uneigen-

³⁴ Die Briefstelle, abgedruckt in *Jacoby*, Heinrich Simon, S. 170 f.; Gneists Rede, Haus d. Abg., St. B. 29. 8. 1862, S. 1441.

³⁵ *Treitschke*, Deutsche Geschichte V, S. 612.

³⁶ *Haym*, II, S. 344 schildert ausführlich die Vorgänge und Simons Rolle. Der dem rechten Zentrum angehörige Autor hat wenig Sympathie für den Mann der Linken.

nützige und selbständig denkende Bürger Preußens wurde in absentia zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Heimat sah er nicht wieder. Im Jahre 1860 verunglückte er beim Schwimmen im Walensee.

Als zwei Jahre nach seinem Tod Simon in Murg am Walensee ein Denkstein gesetzt wurde, eilten die Geschlagenen der Revolution aus Deutschland und Österreich, die Emigranten aus Paris und Manchester, aus Warschau und vielen Orten der Schweiz herbei. Es war einer jener menschlich bewegenden und politisch gespenstischen Augenblicke, die auch Emigranten späterer Generationen nicht unbekannt geblieben sind. 13 Jahre nach dem Versinken einer hoffnungsvoll begonnenen Epoche trafen sich die über die Welt verstreuten, besieigten Vertreter einer großen Idee. Ihnen war nach Ludwig Bambergers Worten die Bahn ihres Lebens mitten entzweigebrochen. Außer ihm sprachen Moritz Hartmann und Johann Jacoby, der 1865 die Erinnerung an den toten Freund in einem „Gedenkbuch für das deutsche Volk“ wieder belebt hat³⁷. Als letzter gedachte der angesehene Schweizer Oberst Bernold aus Wallenstadt des Toten. Er vermochte nicht zu verstehen, rief er aus, daß das in Wissenschaft und Kunst zum Höchsten aufgestiegene deutsche Volk politisch so hilflos und hoffnungslos rückständig sein konnte. „Da steht mir“, so schloß er, „der Verstand still“³⁸.

Eduard von Simsons parlamentarisches Wirken

Eduard von Simsons akademischer und richterlicher Laufbahn wurde schon gedacht. Simson sah in seiner Tätigkeit in der Frankfurter Nationalversammlung den Höhepunkt seines öffentlichen Lebens vor 1870. „Wie geringfügig, wie unbedeutend und bescheiden auch der Anteil ist, den ich an ihrem Zustandekommen [der Reichsverfassung von 1849] habe, ich muß es doch aussprechen: wenn mein öffentliches Leben irgend welchen Inhalt hat oder gehabt hat, so ist es nur dieser“³⁹. Während seiner ganzen späteren Laufbahn ist Simson nie Parteiführer oder Minister gewesen, auch nie in einer Partei maßgebend hervorgetreten. In der Repräsentation lag seine Stärke. Nach der Wahrnehmung des Präsidiums in Frankfurt war er 1850 Präsident des Volkshauses des Erfurter Parlaments, 1860 und 1861 Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1867 Präsident des Norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments und von 1871 bis 1874 Präsident des Deutschen Reichstags. Sein Biograph Herman von Petersdorff nennt die Tatsache, daß „ein Mann jüdischer Abstammung diese schöne Rolle in der deutschen Einheitsbewegung spielen konnte . . . symptomatisch für den Charakter der doch ur-

³⁷ *Jacoby*, Heinrich Simon.

³⁸ Die Vorgänge und Reden in *Jacoby*, aaO, S. 376 ff.

³⁹ *Wolff*, S. 41. – Über Simsons wissenschaftliche und richterliche Tätigkeit, s. oben S. 79 f.

sprünglich von dem gebildeten deutschen Bürgertum ausgehenden Bewegung⁴⁰. Dies ist von 1848 an für etwa ein Menschenalter richtig.

Gemäß seiner Stellung war Simson berufen, 1849 an der Spitze einer Delegation der Nationalversammlung dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzubieten. 1871 bat er als Führer einer parlamentarischen Abordnung im Namen des Reichstags den durch übereinstimmenden Beschluß der deutschen Fürsten zum Kaiser erkorenen Wilhelm I., die Kaiserkrone anzunehmen. Die Delegation mußte mit dem Vorbringen ihrer Bitte warten, bis der letzte deutsche Fürst sein Einverständnis erklärt hatte; Wilhelm und Bismarck ließen die Vertreter des Parlaments fühlen, wie gering sie ihre Beteiligung an dem historischen Vorgang achteten. Diejenigen, die das Auftreten Simsons als Symbol für die Konsistenz der deutschen Einheitsbewegung ansahen, sind über den Unterschied zwischen 1849 und 1871 geflissentlich hinweggeglitten. In Wirklichkeit bestätigt der Ablauf der Ereignisse die Richtigkeit der Feststellung Petersdorffs, daß „Simson eine Nebenerscheinung wurde, sobald das waffenklirrende alte Preußentum die Führung der Bewegung in die Hand nahm“⁴¹. Persönlich zeigte sich Bismarck Simson gegenüber von einer unüberbietbaren Courtoisie. Sein in Erfurt gefallenes Wort von dem jüdischen Gelehrten⁴² war längst vergessen, zumal Bismarck jetzt lenkte und Simson seine Aufgabe vortrefflich durchführte. Als August Reichensperger Bismarck an Erfurt erinnerte, schüttelte dieser die unbequeme Reminiszenz ab. Es gab keinen Reichstagspräsidenten, mit dem der Kanzler so angenehme Beziehungen pflegte, und dem er so große Anerkennung zollte wie dem Manne, der vom Präsidentenstuhl sorgfältig auf die Übereinstimmung des Parlaments mit der Regierung hinarbeitete⁴³.

Simsons Eignung für das Präsidium beruhte auf der Würde des Auftretens, auf seiner vornehmen Bildung und logischen Schärfe, auf überlegener Kenntnis der Geschäftsordnung und Meisterschaft in ihrer Handhabung. Er war ein „Genius der Ordnung“⁴⁴. Er hat, wie Laube sagt, die Hilfsmittel der Bildung „zu jener Harmonie und Grazie in sich verbunden, welche man nach dem römischen Ausdruck Urbanität zu nennen pflegt, weil ein umfassender deutscher Ausdruck in unserer Sprache fehlt“⁴⁵. Noch enthusiastischer schrieb mit schweifender Phantasie Ludwig Uhland auf ein Stammbuchblatt für Frau Simson die Verse aus seinem *Ernst Herzog von Schwaben*:

„Kann's doch nach deutschem Rechte wohl geschehen,
Daß, wer dem Kaiser heut den Bügel hält,
Sich morgen selber in den Sattel schwingt.“

⁴⁰ ADB 54, S. 363.

⁴¹ Petersdorff, ebenda.

⁴² S. oben S. 19.

⁴³ Poschinger, I, S. 189; II, S. 10 und 102 f.

⁴⁴ Haym, III, S. 151; Petersdorff, S. 352.

⁴⁵ Laube, III, S. 190; Petersdorff, S. 356 ff. Eindrucksvoll ist auch die Schilderung Simsons bei Friedrich Dernburg, abgedruckt bei Wolff, S. 60 f.

Simson war weit entfernt von diesem Ziel, als er an dem gleichen Tage mit 64 Kollegen seinen Austritt aus der Nationalversammlung erklärte . . .

Innerlich stürmte es in ihm, auch war er überaus empfindlich. Heftige Gemütsbewegungen als Folgen widriger Ereignisse warfen ihn aufs Krankenlager, so im Mai 1849, als er das Präsidium niederlegte. Äußerlich aber erschien er kühl; er wußte sich zu beherrschen, der Mehrheit ihr Recht zu geben, die Minderheit zu schonen. Vorfälle wie der Zusammenstoß mit dem jungen sozialdemokratischen Abgeordneten August Bebel im Reichstag, bei dem die Mehrheit des Hauses ihre Zweifel an der Richtigkeit seiner Geschäftsführung andeutete, gehörten zu den seltenen Ausnahmen⁴⁶. Seine Eleganz und Feierlichkeit rief bei den meisten Bewunderung, bei manchen Sarkasmus hervor. Wenig respektvoll sagt Berthold Auerbach von ihm: „Der Mann redet Talare.“ Aber Heinrich von Sybel nennt ihn den Virtuosen des Präsidialsystems, Bamberger fand nur in Gagern einen Präsidenten, der in der Würde des Auftretens gleich ihm gebührend zu repräsentieren verstand⁴⁷.

Seinen politischen Platz fand ein Politiker dieser Veranlagung nicht in Parteien mit ausgesprochener Kampfstellung. Schon den jungen Simson nennt Jacoby *un jeune homme accompli*, der sich zum *juste milieu* bekenne. Selbst in der Konfliktszeit mied er die Reihen der Fortschrittspartei. Er war Altliberaler, hielt sich dann zu den gemäßigten Fraktionen um Vincke und Grabow, wurde Mitglied der konstitutionellen Fraktion und schließlich Nationalliberaler. Umsomehr wurden seine oppositionellen Äußerungen beachtet. Energisch wandte er sich gegen die Presseverordnung von 1851 und die Gestaltung des Herrenhauses und verspottete diejenigen, die ihn doktrinär schalteten⁴⁸. Vor allem konnten ihn schwere Verletzungen des geltenden Rechts veranlassen, seine Zurückhaltung aufzugeben. In einer seiner letzten parlamentarischen Reden bekämpfte er den Beschluß des Obertribunals in Berlin vom 29. Januar 1866, das in serviler Hilfsstellung für Bismarck und seinen Justizminister die Redefreiheit im Parlament wegdisputiert hatte. Die „*Preußischen Jahrbücher*“ zählten seine Rede zusammen mit denen Rudolf Gneists und Karl Twestens oratorisch zu dem bedeutendsten, was parlamentarische Beredsamkeit hervorgebracht hatte. Sie rühmten Simson nach, daß er die Rechtsfrage bis in die schwierigsten Verwicklungen hinein mit einer Durchsichtigkeit er-

⁴⁶ *Bebel*, Aus meinem Leben II, S. 236 ff.

⁴⁷ *Simson*, S. 125; *Petersdorff*, S. 353.

⁴⁸ *Petersdorff*, S. 353; Simson sagte: „Man nennt doktrinär alles, was einem mißliebig ist. Gewiß, die größten Staatsmänner waren nicht doktrinär. Aber wer von der Doktrin, d. h. von der Wissenschaft abstrahieren will, muß ein Genie sein. Es gibt Genies, Doktrinäre und Ignoranten. Zur ersten Klasse gehöre ich leider nicht. Zur letzten möchte ich täglich weniger gehören; ich bin daher sehr dankbar, wenn man mir heute schon einen Platz in der zweiten gönnen will (*Simson*, S. 272). – Jacobys Äußerung in einem Briefe an Eduard Waldeck von 1832, s. *Gustav Mayer*, Aus dem Briefwechsel, S. 214.

örtert habe, wie sie bei einem ähnlichen Thema wohl kaum übertroffen worden war⁴⁹. Großartig die Peroratio:

„Die Herren können nicht regieren (so sehr sie es auch wollen möchten) mit einer freien Presse; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Zusammensetzung der Gerichte, und sollte dadurch das Ansehen der Justiz in diesem Lande untergraben werden; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Wahlen zum Landtag... sie können nicht regieren mit einer freien Kommunalverwaltung; sie können auch schließlich nicht regieren mit einem Hause, in welchem die durch den Artikel 84 vorgesehene unbedingte Redefreiheit waltet.“⁵⁰

Weder früher noch später hat Simson mit gleich schneidender Schärfe und so unversöhnlich gesprochen. Im allgemeinen fiel es ihm schwer, von dem goldenen Mittelwege und den gebahnten Straßen abzuweichen. „Ein aus den Fugen gegangenes Stück Weltgeschichte zurecht zu renken, war nicht seine Sache. Daher versagte er sich auch, als die Bahn unwegsamer zu werden drohte.“⁵¹ Er hat zur Vorbereitung der Revolution von 1848 nicht beigetragen, aber er hat sich dem Versuche ihrer parlamentarischen Durchführung vorbehaltlos zur Verfügung gestellt. Er fühlte sich jedoch geborgener in dem nach der Kaiserwahl in der Paulskirche von ihm zitierten Wort aus „Hermann und Dorothea“, daß es den Deutschen nicht gezieme, die fürchterliche Bewegung fortzuleiten. So stand Simson stets auf der Sonnenseite eines fast 90 Jahre währenden Lebens, Erfüllung findend vor allem als erster Repräsentant deutscher Bürger durch den Wandel der Geschichte des Bürgertums hindurch und beglückt im Glanze der Ehren, mit denen er überhäuft wurde.

Johann Jacoby

Es gibt keinen größeren Unterschied als zwischen Simson, der niemals anstieß und unbeschadet gelegentlicher Rückschläge von Erfolg zu Erfolg schritt, und Johann Jacoby*, der die jeweils unpopulärste Sache kompromißlos ver-

* *Johann Jacoby*, geb. 1805 in Königsberg i. Pr. Studierte Philosophie, sodann Medizin. 1827 Dr. med., 1830 als Arzt in Königsberg niedergelassen. Begab sich im Auftrage des ostpreußischen Oberpräsidenten Theodor von Schön nach Augustowo (Polen), um die Behandlung der dort grassierenden Cholera kennenzulernen, führend in der Bekämpfung der Krankheit in Königsberg. Verfaßte politische Flugschriften über deutsche und jüdische Fragen. Stadtverordneter in Königsberg. 1848 Mitglied des Vorparlaments und des Fünfgerausschusses; wurde in die preußische Nationalversammlung, 1849 in die Zweite Kammer gewählt. Rückte im April 1849 als Ersatzmann in die Frankfurter Nationalversammlung nach, Mitglied des Rumpfparlaments in Stuttgart. 1858 Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus abgelehnt, von 1863 bis 1870 fortschrittliches Mitglied des Abgeordnetenhauses für einen Berliner Wahlkreis. 1865 wegen Aufforderung zur Steuerverweigerung zu Gefängnis

⁴⁹ Der Obertribunalsbeschluß, S. 336.

⁵⁰ *Simson*, S. 357 f.; *Wolff*, S. 108 ff.; die zitierte Stelle S. 122.

⁵¹ *Petersdorff*, S. 350.

trat und mehr und mehr vereinsamte. In ihm fand das vormärzliche liberale Bürgertum seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. einen aufrechten Vorkämpfer. Während Heinrich Simon durch Beobachtung der preußischen Zustände und persönliche Erfahrung von einer gemäßigten zu einer radikaleren Stellungnahme gedrängt wurde, trat Jacoby von vornherein als Mann der unerbittlichen Prinzipien in die Arena. Er war Republikaner, aber er war sich ebenso wie Simon darüber klar, daß Deutschland für die Republik nicht reif war⁵². Der jüngere Marcus Porcius Cato, der Verteidiger der römischen Republik im Kampfe gegen Cäsar, und Oliver Cromwell waren seine Vorbilder.

Soweit persönliche Erlebnisse zu Jacobys Haltung beitrugen, gingen sie von dem Gefühl seiner Zurücksetzung als Jude aus. Er reifte in den Jahren heran, in denen die preußische Regierung sich bemühte, die Emanzipation von 1812 durch Sondergesetze und Verwaltungsschikanen einzuschränken. Er empfand die Behandlung als Mensch zweiter Klasse entwürdigend. Stolz und trotzig wollte er sich in der Schule, an der Universität, im Beruf durchsetzen. Als junger Mediziner machte er sich um die Bekämpfung der Cholera verdient, aber der Beruf, den er ergriffen hatte, gab ihm keine volle Befriedigung. Er fühlte sich, wie er 1832 an Riesser schrieb, in seinem Streben durch ein empörendes Vorurteil Andersgläubiger oft gehemmt, in seinen schönsten Hoffnungen getäuscht und in den Ansprüchen, die jeder an das Leben zu stellen berechtigt ist, beeinträchtigt. Dieses Empfinden trieb ihn in die Politik⁵³. Die Judenfrage sah er vornehmlich als eine politische Angelegenheit an, ohne jedoch ihrer religiösen Seite interesselos gegenüber zu stehen. Das geht nicht nur aus seinem Briefe an Riesser hervor, sondern auch aus seiner Denkschrift zur Reform des jüdischen Gottesdienstes, durch deren Durchführung er dem Judentum neue Kräfte zuführen wollte. In einem vom Rabbinertum befreiten Judentum fand Jacoby mehr innere Beziehungen zur Philosophie der Aufklärung als im Christentum⁵⁴. In dem gleichen Jahre, in dem er diese Denkschrift ausarbeitete, publizierte er seine lebhaft geschriebene Broschüre gegen einen hohen preußischen Beamten, der vorschlug, die Hardenbergsche Gesetzgebung preiszugeben und nur einer Oberschicht von Juden staatliche Rechte zu belassen. Der Entwurf, dessen Empfehlung die offiziöse Schrift diente, wurde nicht Gesetz, und ihr Verfasser selbst hat später von seinen Plänen Abstand genommen. Die Regierung schreckte wohl weniger unter dem

verurteilt. Entwarf 1868 das Programm der Deutschen Volkspartei. Brach mit der Fortschrittspartei, trat 1872 zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei über. 1874 von Leipzig-Land in den Reichstag gewählt, nahm die Wahl nicht an. Gest. 1877 in Königsberg.

⁵² ADB 13, S. 620 ff.

⁵³ *Adam*, S. 48 ff.; Abdruck des Briefes ebenda, S. 75; *Friedländer*, *Aus der Frühzeit*, S. 317 f.

⁵⁴ *Adam*, S. 62; *Kobler*, S. 59.

Einfluß von Jacobys Schrift als auf Grund des von Mayer Amschel von Rothschild an den König gerichteten Gesuchs vor einer Beschlußfassung zurück⁵⁵.

In den nächsten Jahren entwickelte sich in Jacoby die Überzeugung, daß die Lösung der Judenfrage mit dem Fortschreiten des Liberalismus in Deutschland und in der Welt in engem Zusammenhang stand. „Wie ich selbst Jude und Deutscher zugleich bin, so kann in mir der Jude nicht frei werden ohne den Deutschen und der Deutsche nicht ohne den Juden.“ Weltbürgerliche, staatsbürgerliche und jüdische Gesichtspunkte begannen sich in seinem Denken zu durchdringen, die jüdischen Gedankengänge ordneten sich umfassenderen Konzeptionen ein, und er kam später nicht mehr auf sie zurück⁵⁶. Er blieb Mitglied der jüdischen Gemeinde, aber er verlor das Interesse an der jüdischen Religion, je mehr er von den Ideen Spinozas ergriffen wurde. Ein Weltplan, in dem sich der Staat unter den Gesichtspunkten der Freiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit gestalten und mit gleichgesinnten Staaten in Frieden leben sollte, reifte in seinem Kopf. Die Verwirklichung dieses Planes wurde sein Lebensziel. An die politische Praxis legte er ein unerbittlich strenges Maß an. Entsprach sie seiner Theorie nicht vollkommen, so verwarf er sie. Treitschke hat ihm politische Unfruchtbarkeit, Doktrinarismus, Mangel an Ehrfurcht vor historischer Wirklichkeit und zerstörerischen Radikalismus vorgeworfen. Dennoch imponierte ihm der unbeugsame Mann. Den Grundzug seines Charakters bildete nach Treitschkes Auffassung „jener starre altpreußische Rechts- und Freiheitstrotz, der schon so viel Ruhm und soviel Elend . . . über das alte Ordensland gebracht hat“⁵⁷. Die Nationalsozialisten waren bestürzt durch die Feststellung des antisemitischen deutschen Historikers, daß in Jacobys Wirken vor allem preußische Züge sichtbar wurden. Treitschke hatte recht. Jacobys Rechtlichkeitssinn war stolz und starr, streng und eng. In ihm traten die Fehler seiner Vorzüge zutage.

Der Höhepunkt von Jacobys Laufbahn lag vor 1848. Seine aufrüttelnde Schrift, die kurz nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. erschien, „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“⁵⁸ machten ihn in den deutschen Landen bekannt. Der Vier-Fragen-Jacoby hieß er im Volksmunde. In Antwort auf die von ihm gestellten Fragen forderte er die konstitutionelle Monarchie, eine allgemeine Volksvertretung gemäß der Verordnung Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815. Er rief die provinziellen Ständeversammlungen auf, als erwiesenes Recht in Anspruch zu nehmen, was sie als Gunst erbeten hatten. Dem dunklen politischen Willen des Volkes gab er eine rechtliche Grundlage; er schuf ihm eine politische Theorie, ein von sittlichen Gesichtspunkten getragenes Programm. „Als wir alle noch in politischer Fin-

⁵⁵ *Jacoby*, Über das Verhältnis . . . I, S. 4 ff.; *Freund*, Die deutsche Judenfrage, S. 41.

⁵⁶ *Adam*, S. 66 f. Das Zitat in Jacobys Brief an Alexander Küntzel, *Kobler*, S. 39

⁵⁷ *Treitschke*, Deutsche Geschichte V, S. 139.

⁵⁸ *Jacoby*, Gesammelte Schriften I, S. 116 ff.

sternis lebten“, schrieb der fortschrittliche Abgeordnete Franz Ziegler seinen Berliner Wählern, „trat Johann Jacoby aus dem Dunklen hervor, fertig, klar, glänzend, kühn und ward der Schöpfer des politischen Lebens in Preußen“⁵⁹. Als ein Heiliger des reinen Glaubens erschien der strenge, intransigente Demokrat dem sonst gar nicht pathetischen Bamberger⁶⁰. Seine Schrift wurde konfisziert, jedoch der Verfasser, dem jede persönliche Eitelkeit fernlag, erstrahlte im Glanz der Bürgerkrone, die ihm seine Mitbürger zuerkannten.

Mutig, wie er seine Schrift verfaßt und seine Autorenschaft bekannt gegeben hatte, stellte er sich dem Gericht. Vor einer langjährigen Freiheits- und Ehrenstrafe rettete ihn der Spruch des Berliner Appellationssenats unter dem Vorsitz Wilhelm Heinrich von Grolmans. Aufrechte Richter waren damals keine Ausnahme. Das Berufungsgericht vermochte in der Forderung nach einer Volksvertretung nicht Hochverrat, Majestätsbeleidigung und frechen Tadel der Landesgesetze zu sehen. Es erkannte Jacoby Lauterkeit der Gesinnung und Vaterlandsliebe zu. Mit der Verbreitung der Schrift, die man ihm neben der Abfassung vorwarf, hatte er nichts zu tun. Late sparguntur favillae combustorum librorum – weithin stäubt die Asche verbrannter Bücher: so erläuterte der Angeklagte in einem ewig gültigen Satze die trotz des Verbotes weite Verbreitung seines Werkes⁶¹. Friedrich Wilhelm äußerte höchst unkönigliche Worte über den Verfasser der Schrift. Im Irrtum über Jacobys Religionszugehörigkeit erklärte er, getaufte Juden nicht zu seinen Ostpreußen zu rechnen. Zwischen dem König und Israel hätten die wahrhaft Treuen in Ostpreußen zu wählen und die Schmach gutzumachen, die die Beschnittenen Ostpreußen angetan hätten. „In solchem Tone bekundete er seinen Judenhaß“, sagt selbst Treitschke mißbilligend⁶². Der König stimmte persönlich das Instrument für die Gleichsetzung von Liberalismus und Judentum, die das Jahrhundert überdauert hat. In der Sache half es ihm nicht. Jacoby publizierte 1845 zwei neue Schriften zum gleichen Thema, wurde abermals verurteilt und vom Berufungsgericht freigesprochen. 1848 unterlag der entschiedenen Oppositionellen dennoch bei der Wahl in dem gemäßigten Königsberg. Es ist ihm nie gelungen, dort ein Mandat zu erringen. Das radikale Berlin aber schickte ihn in die preußische Nationalversammlung. In die Frankfurter Versammlung rückte er erst in der Auflösungsperiode als Ersatzmann ein, ging nach Stuttgart und wanderte mit den letzten Getreuen in die Schweiz. Doch als der dritte Hochverratsprozeß gegen ihn angestrengt wurde, stellte er sich zum dritten Male dem Gericht. Im Dezember 1849 stand der unerschrockene Mann vor den sorgsam ausgewählten Geschworenen, vielfach konservativen Männern. Jacoby bezog sich darauf, daß kein Abgeordneter we-

⁵⁹ Weiss, Johann Jacoby, Rede zu seiner Gedächtnisfeier, S. 274. Die Rede wurde von Weiss gehalten.

⁶⁰ Bamberger, Erinnerungen, S. 508.

⁶¹ Weiss, S. 275.

⁶² Treitschke, aaO V, S. 140 ff. Treitschke sagt dort, Friedrich Wilhelms heftige Äußerungen seien der Würde des Königstums wenig geziemt gewesen.

gen seiner parlamentarischen Tätigkeit verfolgt werden dürfte. Zum dritten Mal erlebte er die Freisprechung. Nicht nur unter den Berufsrichtern, auch unter den Laienrichtern waren Männer, für die Recht Recht blieb.

1848 war ein Wendepunkt in Jacobys politischem Leben. Guido Weiss, der Politiker und Journalist, der ihm am nächsten stand und die schönste Gedächtnisrede nach seinem Tode gehalten hat, sagte mit Recht, daß der Einsame am größten war, wenn er von seiner Studierstube aus wirkte. Als Denker und als Kämpfer fühlte er sich am stärksten allein; er war kein Mann der Fraktionen und des politischen Getriebes. Daher war sein Wirken in der preußischen Nationalversammlung nicht belangreich⁶³. Er ist jedoch als Mitglied der Deputation in Erinnerung geblieben, die nach der Ernennung des Ministeriums Brandenburg im Namen der Nationalversammlung in Berlin versuchte, eine Sinnesänderung des Königs herbeizuführen. Sie wurde ungnädig empfangen, brüsk entlassen. Gehör, um das Jacoby bat, wurde ihr nach Verlesung ihrer Adresse verweigert. Damals fiel sein Wort, es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollten, als mutig von vielen gepriesen, als dreist und ungehörig von anderen, auch von Mitgliedern der Deputation, gescholten. Jacoby gehörte auch zu denen, die gegen die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg protestierten und die Rechtsgültigkeit der vom Könige oktroyierten Verfassung bestritten.

Bis an sein Lebensende stand Jacoby im unversöhnlichen Gegensatz zur offiziellen preußischen und deutschen Politik. Als Berlin ihm 1858 sein altes Mandat wieder anbot, winkte er ab. Es war die Zeit der Altliberalen; für Rücksichtnahme und Leisetreten erschien er sich nicht als der richtige Mann. Die auf ihn gefallene Wahl in einem anderen Berliner Bezirk lehnte er ab. Schließlich nahm er 1863 in der Konfliktszeit eine Wahl an, in der Hoffnung, daß die verschärfte Situation alle Liberalen zur Einheit und Entschlußkraft bewegen werde.

Er irrte sich. Als er der Regierung den gesamten Haushalt verweigern wollte, blieb er in der Fortschrittspartei in der Minderheit. So demonstrierte er zusammen mit nur wenigen in jedem Jahre durch Verwerfung des Haushaltsplans, unbekümmert darum, daß er schließlich völlig vereinsamt dastand. Der tiefernste, jedem rednerischen Pathos abholde Mann trug seine Gedanken in ruhigen Worten vor. Als er die Bürger zur Verweigerung der Steuerzahlung aufforderte, um individuell das zu vollbringen, was im Parlament nicht durchzusetzen war, schickte ihn das Gericht für sechs Monate ins Gefängnis. Gegen den Krieg von 1866, die gewaltsamen Annexionen deutscher Gebiete, den Militarismus und die Bedrohung der inneren Freiheit erhob er sich furchtlos, als das Parlament den erfolgreichen Bismarck anbetete und die Fortschrittspartei zerfiel. Johann Baptist von Schweitzer, der Nachfolger Lassal-

⁶³ *Jacobys* Reden in der Preußischen Nationalversammlung zusammengestellt in *Gesammelte Schriften* III, S. 28 ff. und passim; *Weiss*, aaO, S. 277.

les in der Führung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, bekundete seine Achtung vor der „markigen Stimme eines Mannes, der den alten Ruf der Freiheit, den Kampfruf seines langen Lebens erhebt, unbeirrt von den wuchtigen Eindrücken des Stücks Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt“. Die Wahrheit dieser Worte bestätigen alle Äußerungen Jacobys in den für die deutsche Politik jener Zeit entscheidenden Jahren. Im August 1866 erklärte er das Nationalitätenprinzip als gerechtfertigt nur im Dienste des Rechtes und der Freiheit; in den Händen Louis Napoleons und seinesgleichen könne es nur zur Beirung und zum Verderben der Völker dienen. Im Mai 1867 lehnte er die Norddeutsche Bundesverfassung ab:

„Deutschland, in staatlicher Freiheit geeint, ist die sicherste Bürgschaft für den Frieden Europas; unter preußischer Militärherrschaft dagegen ist Deutschland eine beständige Gefahr für die Nachbarvölker, der Beginn einer Kriegsepoche, die uns in die traurigen Zeiten des Faustrechts zurückzuwerfen droht“⁶⁴.

Drei Jahre später rief Jacoby mit der gleichen Unbedingtheit das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Dienste der Freiheit an. Wenige Wochen nach der Schlacht von Sedan und dem Sturze Napoleons wandte er sich, als die nationalistischen Leidenschaften tobten, in einer öffentlichen Versammlung gegen die Annexion Elsaß-Lothringens⁶⁵. Dafür ließ ihn der Küstenkommandeur, General Eduard Vogel von Falckenstein, verhaften und nach der Feste Boyen bei Lötzen in Ostpreußen bringen, wohin er bereits die sozialdemokratische Parteiführung, den „Braunschweiger Ausschuß“, kurz vorher hatte transportieren lassen. Dort blieb Jacoby zwei Monate inhaftiert.

Schon 1848 verlangte Jacoby volle Gerechtigkeit für die Arbeiterschaft und brüderliche Zusammenarbeit der Völker zur Durchführung eines sozialen Programms. Diese Gedanken entwickelte er mit immer größerer Wärme. Er bekämpfte die Auffassung, daß ein Gegensatz zwischen sozialer und allgemeiner politischer Demokratie bestehe, und war bestrebt, demokratisches Bürgertum und Arbeiterschaft in ein und derselben Partei zusammenzufassen. Er setzte sich demgemäß stets für das gleiche Wahlrecht ein, ohne daß er die Fortschrittspartei dafür gewinnen konnte. Auch mit seinen sozialreformerischen Gedanken war er dem liberalen Bürgertum um mehrere Jahrzehnte voraus. Seit 1866 nahm er Fühlung mit der süddeutschen Demokratie. Er suchte eine eigenständige, demokratische Organisation auch im Norden zu schaffen. Die Leitsätze seiner Reden und Schriften finden sich in dem Pro-

⁶⁴ *Jacoby*, aaO, IV, S. 310 (Schluß der Rede vom 23. 8. 1866). Gleiche Gedanken in: Nationalitätsprinzip und staatliche Freiheit, aaO IV, S. 313 f.; *Gustav Mayer*, Die Trennung . . . II, S. 28.

⁶⁵ Die von Jacoby vorgeschlagene und von der Versammlung angenommene Resolution enthielt den folgenden Satz: „Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker und im Interesse der Freiheit und des Friedens protestieren sie [die Versammelten] gegen jede gewaltsame Annexion französischen Ländergebietes“; *Jacoby*, aaO IV, S. 380.

gramm der großdeutschen Volkspartei, das 1868 in Stuttgart angenommen wurde⁶⁶. Jacobys Ideen entfernten sich mehr und mehr von den vorherrschenden Strömungen. In mancher Hinsicht isolierte er sich völlig, so, wenn er die allgemeine direkte Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und Regierung des Staates, also die direkte Demokratie, verlangte. Er warf jedoch auch Gedanken in die Debatte, die ein Jahrhundert später Gestalt annehmen sollten. Sein Eintreten für die freien Vereinigten Staaten Europas und für einen Friedens- und Freiheitsbund der europäischen Völker⁶⁷ war nicht verloren; für seine Zeit kam es zu früh. Als er sich im Januar 1870 in einer Wahlrede gegen das Lohnarbeitssystem wandte und für freie Genossenschaftsarbeit mit Staatskredit eintrat, kostete ihn dies die Sympathie der liberalen Berliner Bürger⁶⁸. In den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von 1870 erneuerten die ihm vormals stets treuen Wähler dem Pazifisten und sozialistischen Tendenzen zuneigenden Demokraten das Mandat nicht. Bei den Reichstagswahlen vom März 1871 kandidierte Jacoby in allen sechs Berliner Wahlkreisen als Demokrat gegen seine einstigen Parteifreunde. Er erhielt noch nicht ein Viertel der Stimmen, die auf die fortschrittlichen Kandidaten fielen.

1872 ging Jacoby, empört über den Leipziger Hochverratsprozeß gegen Liebknecht und Bebel, zur Sozialdemokratie über. Der Prozeß war der Anlaß, nicht die Ursache: die von sozialem Verantwortungsbewußtsein erfüllte bürgerliche Demokratie, um deren Gestaltung er drei Jahrzehnte gerungen hatte, hatte in keiner deutschen Partei ein Heim gefunden. Einen Kampfboden, auf dem er innerhalb einer größeren Gemeinschaft weiterfechten konnte, bot ihm nur die Sozialdemokratie. Jacoby wurde zwei Jahre später ihr Reichstagskandidat für Leipzig-Land. Er siegte wider Erwarten, nahm jedoch das Mandat nicht an. Er blieb bei seiner schon 1867 geäußerten Auffassung, daß ein feudal-militaristischer Staat auf parlamentarischem Wege nicht in einen freien Volksstaat verwandelt werden könne. So verärgerte er auch seine neuen Freunde. Sie verloren in der Nachwahl den Kreis, den ihnen der Nachglanz von Jacobys Namen verschafft hatte. Jedoch die Achtung verweigerte niemand dem einsamen Manne, der seine Bereitschaft, für die von ihm vertretene Sache Freiheit und Leben einzusetzen, unter Beweis gestellt hatte.

Kurz vor Jacobys Tode hielt unter seinem Ehrenvorsitz Bebel seine erste große Versammlung in Königsberg. Wie er schreibt, machte der Alte auf ihn einen ungemein günstigen Eindruck. Er bewunderte das Arbeitszimmer des Verehrers des klassischen Altertums und seiner idealistischen Wiederbelebung in der deutschen Klassik⁶⁹. Das Erstaunen so vieler Führer der deutschen

⁶⁶ *Jacoby*, aaO, IV, S. 336 ff.

⁶⁷ *Jacoby*, Das Ziel der Deutschen Volkspartei, aaO, II, S. 333; Zum demokratischen Programm, ebenda II, S. 339; *Weiss*, S. 280.

⁶⁸ *Jacoby*, aaO IV, S. 345, 354, 367 ff.

⁶⁹ *Bebel*, Aus meinem Leben II, S. 274 f., 380; *Mehring*, Geschichte IV, S. 72.

Arbeiterbewegung darüber, daß Männer und Frauen aus nichtproletarischen Kreisen sich in ihre Reihen stellten, bricht auch in Babels Erinnerungen durch. Ihn ergriff das seltsame Geschick des an sich zurückhaltenden Mannes, der sich durch die Verhältnisse zum demonstrativen Auftreten gezwungen fühlte. Als Jude in seinem Stolz verletzt, war Jacoby ausgezogen, um mit dem Bürgertum ein freies Deutschland zu gestalten. Nun stand er in der Arbeiterbewegung in schärfster Opposition zum militaristischen Deutschland, das aus den Kämpfen des Jahrhunderts hervorgegangen war. Dem Wunsch der Königsberger Stadtverordnetenversammlung, ihr einst gefeiertstes Mitglied nach seinem Tode durch Aufstellung einer Büste zu ehren, versagten die Aufsichtsbehörden bis hinauf zum Minister des Innern die Erfüllung⁷⁰. Es war die ohnmächtige Rache der Polizei an einem Toten. Der Lebende hatte sie nie gefürchtet.

Klüger als alle Generäle und Polizeipräsidenten war Bismarck, und die Skizzierung seines Verhaltens nach Jacobys Einlieferung auf die Festung im September 1870 soll hier nicht fehlen. Jacoby berichtet dem Kanzler über seine Verhaftung in einem würdigen Briefe. Er bekennt sich erneut als entschiedenen Gegner seiner Politik, vertraut aber darauf, daß er nicht eine willkürliche Bestrafung schuldloser Männer zulassen werde. Bismarck antwortet umgehend. Er verweist auf den Primat der Außenpolitik und seine Unzuständigkeit in militärischen Angelegenheiten. Er erklärt aber, daß es ihn freuen würde, dem Wunsche des Briefschreibers zu entsprechen, wenn einige noch ausstehende Informationen ihm eine Intervention erlauben würden. Er hat es getan. Bamberger war dringend im gleichen Sinne vorstellig geworden; er nannte die Maßnahmen des Generals Vogel von Falckenstein eine jener Polizeitorheiten, die „wie eine unausrottbare Erbkrankheit an uns haften“. Über seine politischen Beweggründe hat sich Bismarck selbst ausgesprochen. Die Wahlen standen bevor, der eingesperrte Jacoby war der Regierung gefährlicher als der freie, einflußlose Mann. Über den „dürren Juden“ äußerte er sich im vertrauten Kreise ebenso abschätzig wie über das Verhalten Vogel von Falckensteins⁷¹. Und dennoch: da ist ein jüdischer Politiker, der willkürlich in eine Festung eingeliefert ist, ein Brief des Gefangenen, der den Kanzler erreicht, ein Kanzler, der einen Krieg gegen eine Großmacht führt und um die Einigung Deutschlands ringt und sich die Zeit nimmt, diesen Brief eines Häftlings in höflichen, ja freundlichen Wendungen persönlich zu beantworten, ein Oppositioneller, der erklärt, die Regierungspolitik weiter zu bekämpfen, und freigelassen wird. Ist es eine Dichtung? Nein, es ist ein Ausschnitt aus der Geschichte Europas im 19. Jahrhundert.

Jacoby glaubte an das deutsche Volk und seine Fähigkeit, die direkte Demokratie zu handhaben. Er war der unbeugsame Patriot des von ihm er-

⁷⁰ ADB 13, S. 630.

⁷¹ *Busch*, II, S. 116, 197. Eine Gesamtdarstellung der Vorgänge mit Abdruck des Briefwechsels bei Rothfels, S. 316 ff.

träumten Deutschland, ein Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechts der Völker und eines freien geeinten Europas. Der Einsame hat nie die Hoffnung verloren, daß diese Ideen aus der Wirrsal seiner Zeit einst siegreich aufsteigen würden. Er war ein Schüler und Erbe Kants, ein Gerechter, der der äußeren Ergebnisse seines Wirkens nicht achtete. „Wo es sich um eine Pflicht handelt“, rief er 1865 im Abgeordnetenhaus aus, „da können sogenannte Gründe der Klugheit und Zweckmäßigkeit, da kann namentlich die größere oder geringere Aussicht auf Erfolg keinerlei bestimmenden Einfluß auf mich ausüben“⁷². In diesem Sinne erschien ihm der Mensch „niemals besser und mächtiger als in jenen Augenblicken innerer Erhebung, in denen er – weil er selbst groß und wahr empfindet – den Sieg und die Herrschaft des Wahren als unfehlbar erkennt“⁷³. Gewiß ist Jacoby ohne sein Preußentum nicht zu verstehen. Manche Züge jedoch lassen ihn als Nachkommen der Propheten erscheinen, in die Zeit der deutschen Einigungsbewegung verschlagen. Er war ein Streiter gegen die Sündhaftigkeit der weltlichen Herrschaft seiner Zeit, ein Kündler des politischen Ethos, ein Warner vor den Abirrungen vom Wege der Wahrheit, der Seher einer vollkommeneren Welt. Er war kein befähigter Politiker, geschweige denn ein Staatsmann. Er sah jedoch die moralischen Faktoren im Werden der Geschichte schärfer als die Staats- und Heerführer von 1866 und 1870 und ihr siegestrunkenen Anhang. Er verwarf die Steine, mit denen die Bauleute des deutschen Kaiserreichs die Elemente der Selbstzerstörung in den stolzen Bau einfügten. Er hütete die Fackel der Freiheit und des Rechts in einer Zeit, in der sie in den Händen der deutschen Bürger verglühte, die sie einst mit ihm geschwungen hatten.

Friedrich Julius Stahl

Stahl* und Jacoby legten im gleichen Jahrzehnt die Fundamente ihrer gegensätzlichen politischen Systeme. Das ist aber auch alles, was Stahl mit

* *Friedrich Julius Stahl* (ursprünglich *Julius Golson*) geb. 1802 in Würzburg. Trat 1819 zum evangelischen Glauben über. Studierte Rechtswissenschaft in Würzburg, Dr. jur. Wegen führender Teilnahme an der Burschenschaftsbewegung 1824 relegiert, 1826 wieder zugelassen. 1827 Privatdozent in München, 1832 außerordentlicher Professor in Erlangen, danach ordentlicher Professor für römisches Recht in Würzburg. 1834 ordentlicher Professor für Staats- und Kirchenrecht in Erlangen, vertrat seit 1837 die Universität in der bayerischen Ständeversammlung. 1840 ordentlicher Professor der Rechtsphilosophie, des Natur- und Kirchenrechts in Berlin. 1849 Mitglied der preußischen Ersten Kammer, dann des Herrenhauses. Leiter der konservativen Fraktion. 1850 Mitglied der Volkskammer des Erfurter Unionsparlaments. 1846 Mitglied der Generalsynode, 1852–1858 Mitglied des evangelischen Oberkirchenrats. Gest. 1861 in Bad Brückenau (Bayern).

⁷² *Jacoby*, aaO IV, S. 276 (Rede vom 12. 6. 1865).

⁷³ So übersetzt Jacoby aus der christlich dogmatischen Sprache Cromwells Sterbegebet: „Herr, ob ich schon ein armes und sündiges Geschöpf bin, so stehe ich doch im Bunde mit Dir durch die Gnade“ (aaO, III, S. 128).

dem Jünger Spinozas, dem überzeugten Demokraten, der die Gewalt im Völkerleben verwarf, gemeinsam hatte. Im Bunde mit den Mächten schleuderte Stahl in der Universität und im Parlament dem rebellischen Volke seine Drohungen entgegen. In der gewählten schwarzen Kleidung eines vornehmen Professors der Rechtswissenschaft betrat der zarte Mann mit den jüdischen Zügen das Katheder. Kaum hatte er zu sprechen begonnen, so „war etwas in ihm von den Propheten des alten Bundes; unaufhaltsam strömte das Feuer, das ihn zu verzehren schien, in leidenschaftlichen Ausdrücken hervor“⁷⁴. Mit hinreißender Kraft, mit Witz und Ironie, mit zeitgeschichtlichen Anspielungen und schlagkräftiger Polemik ist Stahls lebendige Rhetorik durchsetzt. Im zweiten oder dritten Satz steht er mitten im Kampf, heischt er Zustimmung, reizt er zum Widerspruch.

Der Feind, den Stahl haßte und bekämpfte, war die vom Westen kommende Revolution. Ihm gegenüber bilden daher Liberale wie Simson, Riesser, Simon und Jacoby bei aller tiefen Verschiedenheit untereinander eine Einheit. Dem streitbaren Mann erschien der Liberalismus flach, der Rationalismus seicht und beide ebenso wie der alte Werte auflösende Nationalismus und die Proklamation von Menschenrechten als verderbliche Ausflüsse der revolutionären Idee, als der sträfliche Versuch der Emanzipation von Gottes Ordnung. Thron und Altar, ungetrennt, oder Revolution – ein drittes kannte Stahl nicht⁷⁵. Die Empörung des 18. März 1848 in Preußen war ihm eitel Frevel und Verbrechen, selbst die oktroyierte preußische Verfassung durch ihren Ursprung kompromittiert. Er stellte sich hinter seinen König, als er die ihm von der Nationalversammlung angetragene Kaiserkrone ablehnte, und verwarf das Verfassungswerk von Frankfurt.

Dennoch war Stahl nicht Deutschland gram, wie er beteuerte, sondern der Revolution. Bewegend wies er darauf hin, daß deutsch seine Sprache und daß er an deutscher Bildung und Wissenschaft groß gezogen war. Im Konfliktsfalle zwischen dem Interesse des überkommenen Staatensystems und der nationalen Bewegung hatte jenes jedoch den Vorrang⁷⁶. Für politische Entscheidungen sollte „Autorität, nicht Majorität“ gelten, eine seiner schlagendsten Formulierungen, die einen nie endenden Jubel im konservativen Lager hervorgerufen hat. Stahl griff die Bemerkung auf, daß Deutschland Macht not tue, nicht aber parlamentarisierende Versammlungen. Diese Gegenüberstellung in einer seiner Reden in Erfurt in Bismarcks Gegenwart mag in dem preußischen Ministerpräsidenten noch lebendig gewesen sein, als er 1862 den preußischen Abgeordneten in seiner immer von neuem zitierten Eisen- und Blutrede die Worte entgegenschleuderte: „Nicht auf Preußens Liberalismus

⁷⁴ Julius Rodenberg, zitiert von *Schoeps*, S. 101; M. Braun, S. 166. – Für eine zusammenhängende knappe Darstellung, s. *Ernst Landsberg* in ADB 35, S. 392 ff. Die beste Biographie, nur bis 1840 reichend, von *Gerhard Masur*.

⁷⁵ *Stahl*, Reden, s. die Einleitung: Die Parteistellung, S. XVI.

⁷⁶ *Meinecke*, aaO, S. 263 ff.; *Stahl*, Siebzehn parlamentarische Reden, S. 147; 196.

sieht Deutschland, sondern auf seine Macht“⁷⁷. Ein Wall gegen die Revolution war für Stahl das Zusammenstehen Preußens und Österreichs und die Ausnutzung des russischen Gegengewichts gegen die parlamentarisch regierten Mächte, „nachdem zweimal Kosakenhorden die deutsche, die europäische Zivilisation geschützt gegen die Barbarei, die von dem gebildeten Westen losbrach“⁷⁸. Die Grundzüge der außenpolitischen Praxis des deutschen Kaiserreichs zur Zeit Bismarcks sind in diesen Äußerungen vorweggenommen.

Gewiß ist es seltsam, daß die christliche Staatstheorie in ihrer vollendeten Prägung von einem Juden aus orthodoxem Hause kam, und daß ihm die Mitgliedschaft im Evangelischen Oberkirchenrat zufiel. Ebenso ungewöhnlich ist, daß die Verherrlichung des protestantischen Königtums in Preußen von einem Bayern ausging und daß der aus niederem Stand Geborene zur Führung des Hochadels in der Ersten Kammer ausersehen war. In voller Kenntnis seiner Abstammung hat Friedrich Wilhelm IV. als Kronprinz die Berufung Stahls als Nachfolgers und Antipoden von Gans auf den Lehrstuhl des Staats- und Kirchenrechts nach Berlin betrieben und im ersten Jahre seiner Regierung durchgesetzt. Die Rechtsphilosophie auf der Grundlage des christlichen Offenbarungsglaubens sollte dem zersetzenden Hegelianismus auf den Kathedern ein Ende bereiten. Die Bemerkung, die der Referent des Kultusministeriums scheinbar unschuldig in seinen Bericht einfließen ließ, daß Stahl als Jude geboren sei⁷⁹, verfehlte ihre Wirkung. Obwohl Friedrich Wilhelm irrigerweise glaubte, daß Jacoby getauft war, rief der oppositionelle Jude antisemitische Empfindungen in dem Könige wach; nicht derjenige, der sich im Einklang mit ihm befand.

Stahl hat die Taufe als junger Mensch von 17 Jahren empfangen. Sie erfolgte unter der Einwirkung seines charaktervollen Münchener Lehrers Friedrich Thiersch. Sein Leben und Wirken zeugt von der Ehrlichkeit seiner Bekehrung, ganz abgesehen davon, daß der in Würzburg geborene und in München erzogene Jüngling von der Aufnahme in die lutherische Kirche kaum äußere Vorteile erhoffen konnte. Während seiner Lehrtätigkeit in München, Erlangen und Würzburg erschienen seine wissenschaftlichen Hauptwerke. Mit der „Philosophie des Rechts“, in deren zweitem Teil er seine Rechts- und Staatslehre auf christlicher Grundlage entwickelte, und der Kirchenverfassung nach Lehre und Recht der Protestanten war seine wissenschaftliche Produktion im wesentlichen erschöpft. Während der 20 Jahre seiner Professur in

⁷⁷ Stahl, aaO, S. 152, 162. – Der gesamte Passus in Bismarcks Rede, selten vollständig zitiert, lautet: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut“ (*Bismarck, Die gesammelten Werke* X, S. 140).

⁷⁸ Stahl, aaO, S. 211; vgl. auch dort S. 156, 208 f.

⁷⁹ Lenz, II, (2), S. 11; über die Haltung des Königs, Lenz, I, S. 514.

Berlin lehrte er hauptsächlich das, was er in der Ersten Kammer und dann im Herrenhause betrieb: Politik⁸⁰. In seinen öffentlichen Vorlesungen über die Parteien in Staat und Kirche und über die englische Verfassung saßen im Auditorium maximum zu seinen Füßen dicht gedrängt neben Studenten Theologen, hohe Staatsbeamte, Richter und Offiziere jeden Ranges. Die preußische Elite in Kirche und Justiz, in Verwaltung und Heer empfing ihre Prägung durch ihn. Es ist verblüffend, wie ähnlich die Schilderung der Atmosphäre seines Hörsaals und der Zusammensetzung seiner Hörschaft derjenigen ist, die 20 Jahre später von Treitschkes Wirken im gleichen Saale der Universität gegeben wird⁸¹. Stahls Lehrerfolg erklärt sich nicht durch seine Rednergabe allein. Er verstand es, wissenschaftliche Theorie mit politischen Elementen zu dosieren und wissenschaftliche, nicht selten scheinwissenschaftliche Fundamente zur Rechtfertigung seiner politischen Ziele zu legen. Stahl war der erste der nicht zahlreichen Gelehrten, die unter der Monarchie uneingeständenermaßen Wissenschaft von der Politik auf deutschen Lehrstühlen betrieben. Er hob die strenge Scheidung von Wissenschaft und politischem Leben auf, die an den Universitäten des Obrigkeitsstaats die Regel war.

Die konservativen Romantiker waren unfähig, dem vordringenden Liberalismus eine konkrete und unter den Zeitverhältnissen wirksame Idee entgegenzustellen. Stahl dagegen gab den Konservativen ein zugkräftiges, folgerichtiges und parteilich blutvolles Programm. Der leidenschaftliche Rufer im Streite leistete mit seiner prägnanten Schrift „Das monarchische Prinzip“ den Konservativen die gleichen Dienste wie Jacoby den Liberalen mit seinen „Vier Fragen“ und Marx und Engels den Sozialisten mit dem Kommunistischen Manifest. Diese vier Ideologen, unter ihnen drei Juden, hämmerten die Formeln zurecht, die für Millionen Waffen im politischen Kampfe wurden.

Als Politiker und als Repräsentant der Wissenschaft von der Politik wandte sich Friedrich Julius Stahl an die Preußen und die Deutschen in dem Bewußtsein, daß es keine für alle Völker gültige konstitutionelle Theorie geben könnte. Er schuf seiner Partei die der westeuropäischen Ideologie entgegengesetzte Doktrin des deutschen Staates und lieferte einem auch in konstitutioneller Verkleidung starken Königstum die theoretische Begründung. Stahl rationalisierte die Politik der der Revolution folgenden Reaktion. Er stellte die fürstliche Gewalt als gestaltende Kraft im Staate über die Volksvertretung und verlangte für den Fürsten das Recht und die Macht, selbst zu regieren⁸². In Protestanten und Katholiken suchte er den Willen zu erwecken, gemeinsam den christlichen Staat gegen Revolution, Irreligiosität und Freiheitsirrlernen zu verteidigen. Er belebte in der durch die Revolution verwirr-

⁸⁰ Lenz, II (2), S. 125.

⁸¹ S. oben S. 100; Stahl, Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche, enthält die wichtigste öffentliche Vorlesung Stahls in gedruckter Form.

⁸² Stahl, Das monarchische Prinzip, besonders S. 12, 18, 25. Siebzehn parlamentarische Reden, S. 152 ff.

ten Beamtenschaft das Empfinden wieder, daß sie auch in dem nachrevolutionären System Gottes Ordnung auf Erden zu wahren hatte.

Für Juden hatte Stahls christlicher Staat in obrigkeitlichen Funktionen und Lehrämtern keinen Raum. Die Verhandlungen des Vereinigten Landtags veranlaßten ihn, diesen Standpunkt auch publizistisch in einer Monographie zu vertreten⁸³. Vielsagend gestand er einleitend zu, daß er nach seinen allgemeinen und persönlichen Gefühlen gern der völligen Emanzipation zustimmen würde. Jedoch die Idee des christlichen Staates, der großen Institution, die nach seiner Überzeugung der heiligste sittliche Besitz der Nation war, verbot es ihm. Er bekannte sich zu dem Grundsatz, daß die bürgerlichen Rechte allen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Glaubens zustehen, die politischen Rechte aber durch das Bekenntnis zur Staatsreligion bedingt sind. So lehnte er implizite den in seinem Heimatstaat Bayern bestehenden gesetzlichen Zustand ab, unter dem den Juden gewisse Bürgerrechte aberkannt, Wahlrecht und Wählbarkeit aber gewährt wurden; und so wandte er sich explizite gegen die Reformer im preußischen Vereinigten Landtag, die den Juden auch erweiterte Staatsbürgerrechte gewähren wollten.

„Das Gesetz von 1812 hatte die dankbare Aufgabe, den Zustand persönlicher Unterdrückung und Zurücksetzung der Vorzeit zu heben und die Anforderung des Menschenrechts zu erfüllen; die Proposition von 1847 dagegen hatte die undankbare Aufgabe, nachdem jenen Anforderungen genügt ist, nur geringfügige Erweiterungen geben zu können und dafür einem Andrang, der über die Anforderungen des Menschenrechts hinaustritt, entgentreten zu müssen.“

Stahl verkündete in staatsrechtlicher Sprache, was Bismarck 1847 im Landtag in politischen Wendungen ausgedrückt hatte⁸⁴.

In dieser Monographie erkennt Stahl dem Germanentum und dem Judentum Größe auf dem Gebiet verschiedener Werte zu. Er betont, daß der Geist der Juden seiner Zeit nicht mehr von dem Ideal talmudischen Scharfsinns, sondern von dem Ideal germanischer Wissenschaft, Kunst und Lebenssitte erfüllt sei. Die Unvereinbarkeit des Judentums mit Hingebung an deutsches und preußisches Interesse sieht er in der Idee des Judentums begründet, aber die Wirklichkeit und das Leben hätten diesen Widerspruch weitgehend aufgehoben. Dem Konservativen in Stahl sagte dieser Prozeß nicht zu, dem Deutschen in ihm dagegen fiel es schwer, von dieser Realität zu abstrahieren. Das Trennende, das blieb, war vor allem durch Stahls evangelischen Glauben und durch den Gedanken des christlichen Staates bestimmt. Eine nationalsozialistische Autorin stellt daher richtig fest, daß Stahls Ideen in anderem Erdreich wurzelten als dort, wo „die deutschblütigen Vertreter der christ-

⁸³ *Stahl*, *Der christliche Staat*, S. IV; 6; 31; 40–56. Siebzehn parlamentarische Reden, S. 95 ff.

⁸⁴ *Stahl*, *Der christliche Staat*, S. 56. Über Bismarck im Vereinigten Landtag, s. oben S. 19 f.

lichen Staatslehre mit instinktiver Leidenschaft unter dem Mantel christlicher Gründe um die Erhaltung deutschblütiger Obrigkeit und deutschen Staatswesens rangen“⁸⁵. Ein Vorläufer des Nationalsozialismus war Stahl nicht.

Stahl war oft leidenschaftlich in der Form, aber kein Extremist in der Stellungnahme zum Absolutismus. Schon vor der Revolution wandte er sich gegen die Verherrlichung des absoluten Königtums und verteidigte er das Mitspracherecht der Stände bei der Gesetzgebung. Den Absolutismus nannte er den Bankerott der Gesellschaft. Gott hat eine Ordnung und Anstalt über die Menschen gesetzt, deren Häupter Gottes Willen auf Erden zu verwirklichen haben; aber das heißt nicht, daß er die Menschheit einzelnen Menschen übergeben hat und daß diese ihre Autorität bedingungslos ausüben dürfen⁸⁶. Stahls Staat steht auf dem Boden des öffentlichen Rechts. Er verwarf Karl Ludwig von Hallers Lehre, die die Staatsgewalt zum Privateigentum des Fürsten machte, und war stolz darauf, daß niemand Haller gründlicher widerlegt hatte als er selbst. Den Umsturz wollte er wie jener bekämpfen, ohne aber dem modernen Staatsgedanken eine Absage zu erteilen⁸⁷. Auf dem Höhepunkte der Restauration trat er im Herrenhause dem Antrage auf Aufhebung der preußischen Verfassung entgegen; der Antrag ging von dem Grafen Saurma-Jeltsch aus, einem Vorfahren jenes Magnaten gleichen Namens, der als erster schlesischer Großgrundbesitzer unter der Weimarer Republik ein Hakenkreuz über dem Eingang zum Herrenhause seines Ritterguts einmeißeln ließ.

Stahl befaßte sich als einer der ersten auf der Rechten mit den Aufgaben, die das Erscheinen des modernen Proletariats der Gesellschaft stellte. Seine Grundanschauungen sind auch hier rückständig. Er spricht dem Menschen das Recht ab, Ungleichheiten der Gaben und des Wohlstandes auszugleichen. Es klingt wie Hohn, wenn er es Gottes Willen zuschreibt, daß Reiche und Arme existieren, und wenn er die Not in den meisten Fällen als Folge persönlicher Schuld bezeichnet. Dennoch erhebt er sich in der Ausgestaltung seiner Lehre hoch über das Prinzip der freien Konkurrenz. Sie beschuldigt er, den Kampf des Menschen gegen den Menschen zu entfesseln, den Schwachen dem Starken, den Besitzlosen dem Reichen preiszugeben. Er verlangt für jeden ein Existenzminimum, auf dessen Grundlage eine sittliche Lebensführung möglich ist, und proklamiert die Verpflichtung der Gesellschaft, dieses Ziel zu verwirklichen. Er spricht sich für eine innere Ordnung aus, die die Verhältnisse der notleidenden Klassen berücksichtigt, und für Eingriffe in die Wirtschaft, für Maßnahmen und Einrichtungen, um den Besitzlosen in der Ohnmacht, in der sie sich gegenüber den Wohlhabenden befinden, zu Hilfe zu kommen. Hugo Sinzheimer, ein brillanter Jurist und Autor eines Buches über jüdische Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft, hat recht, wenn er von Stahl sagt,

⁸⁵ *Dierks*, S. 146; *Heckel*, S. 111 ff.

⁸⁶ *Martin*, S. 370 ff.; *Stahl*, Siebzehn parlamentarische Reden, S. 26; 32.

⁸⁷ *Stahl*, Reden, S. V f.; *Meinecke*, aaO, S. 264; *Schnabel*, IV, S. 543.

daß er „als einer der Ersten gegen das Prinzip des *laissez faire* die Sturmflagge erhob“⁸⁸. Karl Rodbertus, der Vater des Staatssozialismus erklärt, von ihm am meisten gelernt zu haben⁸⁹. Stahl behauptet einen wichtigen Platz unter den Denkern, die die konservative Partei mit sozialen Gedanken vertraut gemacht haben.

So bildete Stahl auf allen Gebieten die konservativen Anschauungen entsprechend den Bedürfnissen seiner Zeit um. Was er freilich in der Ersten Kammer anstrebte und durchsetzte, war nichts als die Rückwärtsrevidierung aller Einrichtungen liberaler Tönung und die Stärkung der Macht des Junkertums. Hinter den Kulissen der neuen konservativen Theorie des konstitutionellen Staates auf der Basis ständischer Gliederung gestaltete er das Fideikommißwesen, die Kommunal-Kreis- und Provinzialverfassung, das Eherecht und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung als Vertreter gegenrevolutionärer Gedanken um. Die Vorschläge für die Reorganisation der Ersten Kammer, die die Stellung der Krone stärkten und auf die königliche Verordnung von 1854 zurückgriffen, gingen von ihm aus. So hat Stahl den Konservativen die Vorzüge des Scheinkonstitutionalismus vordemonstriert, den niemand schlagender als er selbst gedeutet hat: „Man kann sagen, unsere Verfassung ist in vieler Hinsicht nur dadurch eine Möglichkeit, daß sie keine Wirklichkeit ist“⁹⁰.

Stahl wirkte im konservativen Denken weiter, obwohl seine Partei in der Reichsgründungszeit unterging und nur in veränderter Form als deutschkonservative Partei wieder auferstand, und obwohl er schon vor der Neuen Ära politischen Einfluß einzubüßen begann. Für den jungen Bismarck war er „unser geliebter Stahl“⁹¹. Seine Staatsphilosophie war die einzige, mit der sich Bismarck beschäftigt hat. Er hat nie auf die Worte des Meisters geschworen, aber er hat Stahls Gedankengut vieles entnommen: die Autoritätslehre, die Aufrechterhaltung der Macht des Königtums im konstitutionellen Gewande, die Beibehaltung ständischer Elemente im modernen Staate, den Bundestag als Fürstenhaus, die Ablehnung freiheitlicher „Phrasenartikel“ in der Reichsverfassung. Bismarck hat freilich nicht nur das gleiche Wahlrecht im Reich, sondern auch manche liberalen Rechts- und Verwaltungsideen verwirklicht, die Stahl perhorresziert haben würde. Auch dem Herrenhause in der Stahl-

⁸⁸ Stahl, *Die Philosophie des Rechts*, II (2), S. 98 ff.; *Sinzheimer*, S. 31. Sinzheimer stellt Stahl in eine große Entwicklung hinein, innerhalb derer er die Förderung des Sozialrechts durch ihn hervorhebt. Sinzheimer schrieb dies Buch in Amsterdam, wo er nach 1933 eine neue Wirkungsstätte gefunden hatte. Für ihn verschmolzen die jüdischen Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft zu einer Einheit, die einen bedeutenden Beitrag zu einer humanitären und sozialen Rechtsentwicklung geleistet hat. Er hebt ihr Werk scharf von dem Rechtsverfall und der Rechtsvernichtung unter dem Nationalsozialismus ab. Die tiefen Gegensätze zwischen den jüdischen Gelehrten verschwimmen vor den Augen des politischen Kämpfers, der sich seines Judentums im Exil stärker bewußt geworden ist.

⁸⁹ *Sinzheimer*, S. 46 f.; sarkastisch darüber *Mehring*, aaO I, S. 281.

⁹⁰ Stahl, *Siebzehn parlamentarische Reden*, S. 27.

⁹¹ *Herbert Bismarck*, S. 164 (Brief vom 27. 4. 1850).

schen Version hat er als „Doublüre der Regierungsgewalt“ keinen Geschmack abgewonnen⁹². Aber es bleibt von hohem Interesse zu verfolgen, wie er Stahls Gedankengut in entscheidenden Augenblicken zu neuem Leben erweckt hat: in der Konfliktzeit, als er darauf bestand, daß die Regierung im sicheren Besitz der finanziellen Mittel sein muß; später, als er Macht und Haushaltsrecht des Parlaments in militärischen Fragen beschränkte und das Recht des Königs von Preußen zur persönlichen Leitung der Politik seiner Regierung vertrat⁹³. Grimmig verwies er das liberale Bürgertum in seine Schranken: „Der König befiehlt, und die Minister gehorchen . . . Der königliche Wille ist und bleibt der allein entscheidende. Der wirkliche faktische Ministerpräsident in Preußen ist und bleibt der König. Und so ist für Preußen das monarchische Prinzip und das Königtum das wertvollste.“⁹⁴ Es ist gewiß kein Zufall, sondern lebendiges Erinnern, daß Bismarck in dieser großen Staatsrede vom 24. Januar 1882 den Titel von Stahls wichtigster staatsrechtlich-politischer Schrift „Das monarchische Prinzip“ wieder aufgegriffen hat. Dies ist nur eines der Beispiele für die Wahrheit der Feststellung des Staatsrechtslehrers Erich Kaufmann in seiner Erstlingsschrift, daß das System Stahls der philosophische Unterton der offiziellen deutschen Staatslehre des 19. Jahrhunderts ist und daß an ihm allein „die Sprache unserer Verfassungsurkunde, unseres politischen Lebens, die Reden Bismarcks und die herrschenden Ansichten der heutigen Staatslehre philosophisch begriffen werden“ können⁹⁵.

Stahl sah in der christlichen Offenbarung den wahren Abschluß aller Philosophie und in dem Dogma der lutherischen Lehre die Lösung der Rätsel, um die sich die Philosophie vergeblich bemüht hatte. Seine starke Betonung des Religiösen als Grundlage des Politischen⁹⁶ und seine religiöse Gewissenhaftigkeit, den Eifer für das Gesetz und die Hartnäckigkeit seiner Überzeugung, daß er im Besitz der Wahrheit sei, schreiben viele, auch wohlwollende Biographen seiner Herkunft aus dem Judentum zu. Das ist nichts Neues. Schon 1849 hat Sägert, ein Liberaler in der Ersten Kammer, Stahls Staat als einen jüdischen, mit christlich-germanischen Flittern aufgeputzten Staat bezeichnet, der im protestantischen Preußen ein neues Synhedrium und Hohenpriestertum heraufbeschwören würde. Wenn man von Entstellungen durch nationalsozialistische Pseudowissenschaftler absieht, geht von den großen Darstellern der Ideengeschichte Theobald Ziegler wohl am weitesten. Er glaubt, daß Stahl durch den Gedanken der alttestamentlichen Theokratie beeinflusst ist und daß der Gott an der Spitze seines Systems, dessen Weltplan sich die Menschen zu unterwerfen haben, die Züge des jüdischen Jahwe trägt⁹⁷. Manche Einflüsse

⁹² Meinecke, aaO, S. 508; 513 f.; Michniewicz, S. 158; 186; Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, S. 164 ff.

⁹³ Kehr, S. 267 ff.

⁹⁴ De Grahl, IV (1881–1884), S. 90 f., 100.

⁹⁵ Kaufmann, III, S. 3 f.

⁹⁶ Darüber s. Martin, S. 361, 370 ff.

⁹⁷ Ziegler, S. 261; Poppelbaum, S. 11; Schoeps, S. 102. – Die Rede Sägerts vom Jahre 1849 gegen Stahls Staatsidee, Erste Kammer, St. B. 3. 10. 1849, S. 983.

seiner ursprünglich orthodox jüdischen Erziehung mögen sich in der Errichtung von Stahls Lehrgebäude geltend gemacht haben. Klare Zusammenhänge vermögen jedoch Stahls Biographen nicht zu konstruieren, abgesehen davon, daß im Luthertum gewisse Züge nicht fehlen, die sie in allgemeinen Wendungen Einwirkungen des Judentums zuschreiben. Man verliert sich in unbeweisbaren Paradoxen, wenn man versucht, das Denken des strenggläubigen Lutheraners, des Vorkämpfers der Gegenrevolution und des Theoretikers des christlichen Staates in jüdisch religiösen Kategorien einzufangen.

Eher kann man deduzieren, daß seine jüdische Herkunft es dem vom Grunde auf konservativen Manne erleichtert hat, traditionsbeschwerte Gedanken und Einrichtungen über Bord zu werfen, wenn es im Interesse der von ihm vertretenen Sache nötig war. Stahl schnitt, wie Max Lenz es mit einer glücklichen Wendung ausdrückte, „das allzu üppig rankende Geflecht der christlich-germanischen Weltanschauung zurecht und zog es an dem Spalier seiner juristischen Begriffe hoch“⁹⁸. Er setzte gefühlsbetonte Romantik und vergangenheitsbezogene Sentimentalität entsprechend den Erfordernissen der stürmischen Zeit in der Mitte des Jahrhunderts in politisch gangbare Münze um. Wenn er die Revolution radikal verwirft, so läßt er vorsichtige Reformen an historisch gewordenen Einrichtungen dennoch zu; denn er schreibt dem Staat zwar göttlichen Charakter zu, sieht aber in ihm infolge des Sündenfalls doch nur das getrübt Abbild des Reiches Gottes⁹⁹.

In solchen Wendungen kommt Stahls dialektische Kunst zum Ausdruck. Sie half ihm, für die Verteidigung des Bodens eines alte Züge bewahrenden, neue Gedanken zurückhaltend rezipierenden Rechtes geeignete Formulierungen zu finden. Er brachte alle Voraussetzungen zu wissenschaftlicher Produktion mit, aber ihr war sein Interesse nicht primär zugewandt. Er lockerte sie zur Vollbringung politisch fruchtbarer Tat auf. Es wäre töricht anzunehmen, daß nur ein Mann jüdischer Abstammung in Deutschland dazu fähig gewesen wäre. Aber sicher brachte ein konservativ gesinnter Jude gute Voraussetzungen für die Aufgabe mit, der Tradition reichlichen Tribut zu zollen, ohne sich in ihr zu verstricken und damit entweder in völlige Passivität zu versinken oder hoffnungslos veraltete Doktrinen zu kultivieren. Es war daher nicht lediglich eine Ironie der Geschichte, daß ein Gelehrter und Politiker jüdischer Herkunft zur Verkündung der Idee des Neo-Legitimus in Preußen von einem romantischen König berufen wurde, und daß die weltlichen und geistlichen Stützen der Gesellschaft der Restauration Stahl in dieser Rolle voll anerkannten. Treitschke erschien er als der einzige politische Kopf unter den Denkern jüdischen Blutes und unvergleichlich unter den systematischen Theoretikern der hochkonservativen Parteien¹⁰⁰. Am Tage seines 100. Geburtstages legte Otto Freiherr von Manteuffel, der Vorsitzende der konser-

⁹⁸ Lenz, II (2), S. 127.

⁹⁹ Barth, S. 205.

¹⁰⁰ Treitschke, Deutsche Geschichte V, S. 414 ff.

vativen Fraktion des Herrenhauses, „dem unvergeßlichen Vorkämpfer und Führer“ einen Kranz auf das Grab. Dem konservativen Reichstagsabgeordneten und Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Jordan von Kröcher, war „einer unserer vornehmsten, ja wie ich glaube, der bedeutendste Führer in alter Zeit . . . der Jude Stahl“¹⁰¹. Die Dankbarkeit des preußischen Adels für den Mann, der der vom Verfall bedrohten konservativen Idee im Zeitpunkt ihrer schwersten Krise neue und weiter wirkende Kraft verliehen hat, hat seinen Tod überlebt. Stahl hat dem preußischen Junkertum das geistige Rüstzeug geschmiedet, mit dessen Hilfe es seine Zeit zu überdauern vermochte. Er hat es dadurch instand gesetzt, Preußen und Deutschland auf einen tragischen Irrweg und schließlich zusammen mit anderen unheilvollen Kräften von Katastrophe zu Katastrophe zu führen. Das Lebenswerk des hochbegabten Mannes brachte Deutschland keinen Segen.

C. Zusammenfassender Rückblick

Die Männer jüdischer Abstammung in den Revolutionsparlamenten arbeiteten zusammen mit ihren nichtjüdischen Kollegen für die drei großen Ziele, die die Deutschen in jener Zeit zu verwirklichen suchten: die Herstellung der deutschen Einheit, die Gestaltung einer freiheitlich-konstitutionellen Regierungsform und die Vertretung deutscher Interessen in den internationalen Streitfragen, die zwischen 1848 und 1850 auftauchten. Diese Fragen wurden von den Parlamentariern jener Epoche sehr verschieden beantwortet. Den einen war die Einheit, den anderen die Freiheit das wichtigste; den einen stand die Erhaltung des Friedens, den anderen die rücksichtslose Durchsetzung des nationalen Gedankens oder des revolutionären Prinzips im Vordergrund. Daraus entstand eine ungemein große Vielfältigkeit der Anschauungen. Je eingehender man das Wirken der handelnden Personen untersucht, desto stärker drängt sich als einer der Hauptzüge der Individualismus auf, der in der Zeit eines lockeren und unausgebildeten Parteiwesens die Entscheidungen beherrscht. Man findet Großdeutsche und Kleindeutsche, Revolutionäre und Gegenrevolutionäre, gemäßigte und radikale Reformer, Gegner und Förderer einer Sozialpolitik, glühende Nationalisten und vorsichtige Realisten, wahre Föderalisten und Anhänger einer Vormachtstellung Preußens, überzeugte Monarchisten, Vernunftmonarchisten und Republikaner, starre und kompromißwillige Politiker. Manche gehen unvermittelt von dem einen zum anderen Standpunkt über, in einer wirren Zeit, in der der Einzelne des festen Halts ermangelte.

Männer jüdischer Abstammung finden sich in jeder dieser Gruppen und in

¹⁰¹ AZJ 1902, S. 39 (Manteuffel); Kröchers Rede, Reichstag, St. B. 1. 12. 1902, S. 6737.

den zahlreichen Kombinationen, die sich aus ihnen ergeben – von Stahl auf der äußersten Rechten über Simson, Riesser und Jacoby, die sehr verschiedene Schattierungen des Liberalismus repräsentieren, bis zu dem revolutionären Heißsporn Bamberger und, wenn man außerhalb der Versammlungen sucht, dem Kommunisten Marx auf der äußersten Linken. Heinrich Simon und Jacoby sind enge politische und persönliche Freunde, aber jener ist bei großen Gelegenheiten bereit, Kompromisse einzugehen, während dieser mit seiner Überzeugung steht und fällt. Simson ist ein Mann von ungewöhnlichem Takt, zur scharfen Polemik muß er sich aufrufen. Levysohn dagegen fühlt sich als streitbarer Journalist in seinem Element, und guter Geschmack ist nicht seine starke Seite. Riesser ist weich, liebenswert und ehrlich, auch im Wechsel der Standpunkte, Heckscher ist unerbittlich in seiner Logik, die Machtverhältnisse kühl abschätzend, mürrisch und unbeliebt, geneigt zu intrigieren. Stahl ist Gegenrevolutionär aus Überzeugung, Detmold, einst ein radikaler Kämpfer, geht zur äußersten Rechten und hilft bei der Abwürgung des Parlaments mit. Simson, Veit und Riesser sind bereit, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und für das kleindeutsche Ziel unter zeitweiser Hintanstellung freiheitlicher Gedanken zu arbeiten. Der Königsberger Jacoby ist radikal, der Königsberger Simson hält sich zum rechten Zentrum, und beider Landsmann Raphael Kosch ist ein gemäßigtes Mitglied des linken Zentrums. Der Bayer Wilhelm Stahl stimmt – eine seltene Ausnahme unter den bayerischen Parlamentariern – für die erbkaiserliche kleindeutsche Lösung. Seinem größeren Bruder geht dagegen die Stärke des preußischen Königstums über alles, und die Friedrich Wilhelm von einer Revolutionsversammlung angebotene deutsche Kaiserkrone ist ihm Anathema. Detmold ist hannoverscher, Ahlfeld herzoglich bernburgischer Partikularist. Heckscher aus dem republikanischen Stadtstaat Hamburg ist großdeutsch und überzeugter Monarchist, Riesser, der in demselben Hamburg lebt, ist kleindeutsch und Vernunftsmonarchist; Moritz Hartmann aus der Donaumonarchie ist republikanisch und großdeutsch und er verspottet die Verbrüderungsszene zwischen Gagern und Riesser nach dessen großer Kaiserrede:

„Der Gagern gab nach Klubbeschuß
Ihm unlängst einen edlen Kuß.
Drum doppelt es niemand Wunder nimmt,
Daß er für ein beschnitt'nes Deutschland stimmt.“¹⁰²

Genau so vielfältig ist die Haltung dieser Abgeordneten zu jüdischen Fragen in den Revolutionsparlamenten und später. Heckscher und Wilhelm Stahl, die als Kinder getauft worden sind, nehmen politisch keinen Anteil an jüdischen Fragen, die Vettern Heinrich und Max Simon jedoch bleiben sich ihrer Herkunft bewußt. Heinrichs Interesse für die Lage der Juden in Preußen und der freiheitliche Grundzug seines wissenschaftlichen Werks über diese

¹⁰² Reimchronik, S. 138.

Frage sind sicher dadurch mit bestimmt¹⁰³. Von den Brüdern Simson setzt sich Eduard später bei der Behandlung von Rechtsfragen für die Interessen der Juden ein¹⁰⁴. Riesser, der Vorkämpfer der Emanzipation, legt ein öffentliches Bekenntnis zum Judentum in der Paulskirche, Arnheim legt ein gleiches Bekenntnis im bayerischen Landtag ab, und Kosch betätigt sich entsprechend in der preußischen Nationalversammlung; er wendet sich gegen einen Erlaß des Kriegsministers, der entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die Anstellung jüdischer Militärärzte verbietet und erreicht die Zusage, daß das Gesetz künftig beachtet werden würde¹⁰⁵. In der Ausdrucksform ist kaum ein größerer Unterschied zwischen dem pathetischen Riesser und dem warmherzigen, aber äußerlich nüchternen und trockenen Kosch denkbar; nur wenn dieser den Zusammenhang zwischen der Gleichberechtigung und der freiheitlichen Entwicklung Deutschlands darlegt, werden seine Sätze schwungvoll¹⁰⁶. Jacoby beginnt seine politische Laufbahn mit der Bekundung eines spezifischen Interesses an der Judenfrage, aber er verliert es später. Friedrich Julius Stahl wird ein Vorkämpfer des christlichen Staates und bestreitet den Juden das Recht auf Betätigung im öffentlichen Dienst. Der Kommerzienrat Beer bleibt Jude, aber er stimmt für eine Resolution, die darauf hinausläuft, den Juden die Staatsbürgerrechte abzuerkennen¹⁰⁷.

Antisemitische Bemerkungen fallen in den Rededuellen der Revolutionsparlamente nicht. Moritz Mohls Rede gegen die volle Emanzipation und eine spitze Bemerkung gegen Wilhelm Stahl, der sich auf sein Bayerntum bezogen hatte, stehen vereinzelt da. Die jüdischen Stammeseigentümlichkeiten sind allen bewußt, sie werden als Besonderheiten, nicht als gegensätzliche, feindliche oder Abneigung erregende Eigenarten empfunden. Mit Simson und Riesser in der Paulskirche, Kosch in der preußischen Nationalversammlung und Marcus im Landtag von Mecklenburg wählen sich die Parlamente Präsidenten oder Vizepräsidenten jüdischer Abstammung; drei von den vier Genannten sind im jüdischen Emanzipationskampf tätig und sind, ebenso wie Veit, unter den Liberalen einer sehr gemäßigten Schattierung zu finden. Der nach Berlin gesandten Frankfurter Delegation gehört neben Simson als Präsidenten auch Riesser an. Jacoby ist Mitglied der Deputation, die die preußische Nationalversammlung im November 1848 zum König sendet, und Marcus ist einer der drei Delegierten, vor denen der Großherzog von Mecklenburg das Gelübde ablegt, die Verfassung getreulich zu beachten.

Eine nationalsozialistische Schrift über die Juden in der Paulskirche unternimmt es, bei diesen typische Wesensmerkmale herauszufinden¹⁰⁸. Zu ihnen

¹⁰³ M. Braun, S. 142.

¹⁰⁴ S. oben S. 41 f.

¹⁰⁵ AZJ 1848, S. 619. Kosch fügte hinzu, daß er solche Fälle so oft vor die Versammlung bringen würde, wie die Regierung Veranlassung dazu gebe.

¹⁰⁶ Vogelstein in AZJ 1903, S. 519 f.

¹⁰⁷ Der Orient 1850, S. 59.

¹⁰⁸ Erasmus, S. 38 f. und passim.

rechnet sie scharfen Verstand, formale Begabung, kalte Berechnung, Mangel an Gemüt und an geistiger Produktivität, Einfühlungsvermögen, krankhaften Ehrgeiz, Eitelkeit, verletzenden Witz und Neigung zur Tätigkeit in der Presse. Die Schrift bemüht sich freilich nicht um den Nachweis, daß diese Eigenschaften einzeln oder kumuliert bei allen jüdischen Abgeordneten vertreten gewesen seien. Es würde auch schwerfallen, den gemühtiefen Riesser, den Denker Stahl, den jeder Eitelkeit abholden Jacoby, den scheuen Kosch, Simson, der nie verletzend war, und Veit, der nie berechnend war, darunter einzuordnen. Dies steht der Erkenntnis nicht im Wege, daß scharfer Verstand und strenge, zuweilen spitzfindige Logik, politische Leidenschaft und Ausdrucksfreudigkeit, also Neigung zum Hervortreten in der Öffentlichkeit und in der Presse infolge von neuerlichen Erlebnissen und der Tradition von Generationen bei manchen dieser Männer stark ausgeprägt waren. Das Bemühen jedoch, ihr durch zahlreiche unterschiedliche Motive bestimmtes Wirken vermittels einer unwissenschaftlichen Rastheorie verständlich zu machen, ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Die Beschreibung von Ludwig Simon aus Trier, den der Verfasser der zitierten Schrift irrigerweise für einen Juden hält, genügt, um seine Methode ad absurdum zu führen. Der Autor nennt als Kennzeichen seiner Rasse seine kleine und hagere Gestalt, schwächlichen Körperbau, einen blassen runden Kopf mit schwarzen Haaren und braunen Augen, juristischen Scharfsinn, Fanatismus der Logik und Radikalismus; „seiner Rasse entsprechend übte er seit 1855 in Paris eine Tätigkeit in einer Bank aus und gründete 1866 ein eigenes Geschäft“¹⁰⁹. So wird der Sproß einer deutschen Mittelsstandsfamilie für die Gesellschaftsschicht, der er nach Meinung des Autors angehört, präpariert. Die Anlagen und das Wirken der Juden in den Revolutionsparlamenten und danach zeigen die bunte Mannigfaltigkeit der Spezies Mensch in allen ihren Ausprägungen und in ihren Bedingtheiten durch das geschichtliche Werden. Ihr Leben und Handeln spottet des Versuchs ihrer Sezierung nach pseudowissenschaftlichen Rastheorien durch Fanatiker und Produkte der Halbbildung.

2. DIE JÜDISCHEN MITGLIEDER DER PARLAMENTE DER REAKTIONSZEIT

Im Jahrzehnt der Reaktion war die Zahl der Juden in den Parlamenten gering. Konfessionsjuden waren nur in der Ersten Kammer in Preußen, in der Zweiten Kammer in Bayern, in Braunschweig und in der Bürgerschaft der Stadtstaaten Frankfurt am Main und Lübeck. In Hamburg, wo zweifellos

¹⁰⁹ Erasmus, S. 29 f.

einige jüdische Bürgerschaftsmitglieder die Reaktionszeit überdauert hätten, hörte die parlamentarische Entwicklung 1849 auf, um erst 1859 wieder zu beginnen.

A. Preußen

In der Zweiten Kammer saß als Ausnahmeerscheinung der getaufte Jude Ludwig Hahn, dem wir bereits als „Presse-Hahn“ Bismarcks begegnet sind. Er war der bekannteste der Söhne Eduard Moritz Hahns, die dem preußischen Staate und später dem Reich als streng konservative Männer gedient haben. Ludwig Hahn, damals Geheimer Regierungsrat im Ministerium des Innern, vertrat den schlesischen Wahlkreis Reichenbach-Waldenburg von 1855 bis 1858 und beschäftigte sich entsprechend seiner Vorbildung als Schulmann hauptsächlich mit Unterrichts- und Erziehungsfragen.

Der Ersten Kammer gehörten Moritz Veit und der getaufte Jude Felix Eberty je zwei Jahre an¹. Felix Eberty (1812–1884) war ein Vetter Gustav Ebertys. Er habilitierte sich nach kurzer Richterlaufbahn an der Universität Breslau. Hier erhielt er eine außerordentliche Professur und schrieb eine umfangreiche Geschichte des preußischen Staates. Stahl war der einzige Mann jüdischer Abstammung, der Mitglied der Ersten Kammer von Anfang bis zu Ende war und nach ihrer Reorganisation vom König in das an ihre Stelle tretende Herrenhaus berufen wurde.

B. Bayern

Bayern hatte zeitweise eine Schlüsselstellung in dem Kampf um die Lösung der deutschen Frage. Bei aller Verschiedenheit stimmten Fischel Arnheim und David Morgenstern untereinander mit der großen Mehrheit aller bayerischen Abgeordneten damals in einem Punkte überein: sie wünschten nicht die Vorherrschaft Preußens in einem künftigen Deutschland.

Fischel Arnheim

Fischel Arnheim* aus Bayreuth, der Vertreter von Hof-Müncheberg, eines Wahlkreises, in dem Juden nicht lebten, war gemäßigt liberal in innerpoliti-

* *Fischel Arnheim*, geb. 1812 in Bayreuth. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Wurde 1848 als einer der ersten Juden zum königlichen Advokaten und Notar im

¹ Über Veit, s. oben S. 41, 177. Ein Teil der Mitglieder der Ersten Kammer wurde von den höchstbesteuerten Bürgern gewählt. Veit vertrat Trier. Über Eberty, s. *Kaznelson*, S. 539. Sein Buch: *Geschichte des preußischen Staats 1411–1871*. 7 Bde. Breslau 1867 bis 1873.

schen Fragen, ein bayerischer Partikularist in der deutschen Frage. Wenn er später gern als der Lasker der bayerischen Abgeordnetenversammlung bezeichnet wurde, so war das daher nur bedingt richtig. Er hat die Periode der Reichsgründung nicht mehr erlebt.

Arnheim befaßte sich nur zögernd, fast ungerne mit rein politischen Fragen. Dagegen war er in seinem Elemente, wenn er sich für den Fortschritt im Recht, die Abschaffung der Todesstrafe und die strikte Handhabung der Teilung der Gewalten zwischen Justiz und Verwaltung einsetzte. Er erhielt sich das Vertrauen seiner Wähler, die ihn bei jeder Wahl von neuem in die Kammer sandten.

Jüdische Fragen interessierten Arnheim lebhaft. Er vertrat im bayerischen Parlament die Interessen der jüdischen Bevölkerung ebenso gewissenhaft wie Riesser in der Paulskirche und Kosch im preußischen Abgeordnetenhaus. Gesetzentwürfe betreffend die Emanzipation der Juden standen wiederholt auf der Tagesordnung der Kammer. Bei der Diskussion des bereits erwähnten Emanzipationsentwurfs von 1849 hielt Arnheim in der Zweiten Kammer eine ausführliche Rede². Er wandte sich unter Hinweis auf die von ihm zehn Jahre lang betriebenen gründlichen Talmudstudien gegen die mißbräuchliche Benutzung von wahllos herausgegriffenen Zitaten zur Bekämpfung der Gleichberechtigung. Er war vermutlich der einzige jüdische Abgeordnete, der sich in einem deutschen Parlament über das Wesen des Talmuds ausführlich verbreitet hat. Dabei zeigte er große allgemeine religionsgeschichtliche Kenntnisse und flocht rechtsvergleichende Bemerkungen in seine Rede ein.

Knapp zwei Jahre danach sprach Arnheim von neuem zu derselben Frage anlässlich einer Petition der Bamberger jüdischen Gemeinde. Damals erfolgte eine Einigung auf einen Kompromißentwurf. Die Gleichberechtigung im Zivilrecht wurde durchgesetzt, der Matrikelparagraph aber blieb bestehen³. Arnheims Wirken wurde durch die Beseitigung auch dieser Bestimmung im Jahre 1861 gekrönt. Er wurde zum Berichterstatter für den Gesetzentwurf ernannt. Der von ihm eingebrachte Antrag gewann die einstimmige Billigung der Zweiten Kammer und die Zustimmung auch der Kammer der Reichsräte trotz der abermals gegnerischen Abstimmung der königlichen Prinzen.

Vogtlande ernannt. 1849 als Vertreter von Hof-Müncheberg in die bayerische Kammer gewählt. Führend im Plenum und in den Kommissionen bei der Beratung der bayerischen Justizgesetze sowie 1849, 1850 und 1861 bei der Beratung der Entwürfe zur stufenweisen Durchführung der Gleichberechtigung der Juden. Ehrenbürger von Hof. Gest. 1864 in Hof.

² S. oben S. 124 Anm. 13. – Über Arnheims Person und Wirken, *Eckstein*, Beiträge, S. 11 ff.; AZJ 1850, S. 57, 86, 129.

³ S. oben S. 11.

David Morgenstern

David Morgenstern* war ein leidenschaftlicherer Politiker als Arnheim. Seine Laufbahn war bewegt. Er wurzelte im demokratischen Gedanken, und dies behinderte ihn vor allem in der Reaktionszeit. Als Student war er Mitglied des Corps Bavaria und wurde dann zum Senior dieses Corps gewählt. Im Landtag vertrat er zunächst Fürth, sodann Nürnberg. Er arbeitete intensiv an der alljährlichen Beratung des Haushaltsplans und an den Justizgesetzen mit. Mehr als Arnheim beschäftigte er sich mit dem Gedanken der deutschen Einheit. 1849 war er ein Mitunterzeichner des Antrags, der die Regierung aufforderte, dahin zu wirken, daß eine deutsche Nationalvertretung auf Grund der früheren Wahlgesetze berufen würde. Sie sollte ein Verfassungsgesetz zustande bringen, das auf einer Vereinbarung zwischen den Volksvertretungen und den Regierungen beruhen sollte. Im gleichen Jahre und später nahm er wiederholt an den Beratungen über die Gewährung der vollen bürgerlichen Rechte an die Juden teil. Er bemühte sich auch um die Hebung der Stellung der jüdischen Religionslehrer⁴. Anfang 1855 beteiligte er sich lebhaft an der Bekämpfung des Entwurfs über die Neubildung der Zweiten Kammer, durch den die Regierung das Wahlrecht im ständestaatlichen Sinne rückwärts revidieren und die Wählbarkeit von Juden zum Parlament wieder aufheben wollte⁵.

Persönliche Gründe zwangen Morgenstern kurz danach, sein Mandat niederzulegen und auch seine juristische Tätigkeit aufzugeben. Sein Abgeordnetenamt hielt ihn jedes Jahr lange Zeit von Fürth fern, was sich mit seiner Stellung in einem dortigen Anwaltsbüro schließlich nicht mehr vereinen ließ. Der Ministerpräsident von der Pfordten hatte den ihm unbequemen oppositionellen Abgeordneten wissen lassen, daß er auf Zulassung zur Anwaltschaft nicht rechnen könne. Tagegelder wurden damals den Abgeordneten nicht gezahlt. So machte ihm schließlich die Notwendigkeit, sich und seine zahlreiche Familie zu erhalten, die Fortführung seiner parlamentarischen und seiner schlecht bezahlten juristischen Tätigkeit unmöglich. Er trat in ein Bankgeschäft ein, gründete später eine eigene Fabrik in Oberfranken und brachte es

* *David Morgenstern*, geb. 1814 in Büchenbach bei Erlangen. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Trat in die Kanzlei eines Anwalts in Fürth ein. Betätigte sich als entschiedener Demokrat während der Revolution, wurde 1848 in den konstituierenden bayerischen Landtag gewählt, Vertreter von Fürth. 1849 Mitglied der Zweiten Kammer als Vertreter von Nürnberg. Schied 1855 aus dem parlamentarischen Leben aus. Wurde 1859 Mitglied des Nationalvereins, trat der bayerischen Fortschrittspartei bei, wurde 1866 Mitglied der demokratischen Volkspartei. 1869–1879 Mitglied der Gemeindeverwaltung von Fürth. Nach Aufgabe seiner juristischen und parlamentarischen Tätigkeit trat er in ein Bankgeschäft ein und begründete sodann eine eigene Fabrik. Gest. 1882 in Fürth.

⁴ *Süßheim*, Die parlamentarische Tätigkeit, S. 6, 16, 29, 32.

⁵ S. oben S. 122.

zu Wohlstand. Sein politisches Interesse blieb wach. Er betätigte sich in der Fürther Gemeindeverwaltung und der bayerischen Fortschrittspartei, darauf als Führer der demokratischen Deutschen Volkspartei. 1866 erschien Morgenstern auf der demokratischen Versammlung in Frankfurt am Main, die gegen die zum Krieg treibende Politik Preußens protestierte. Er war unter den 12 Mitgliedern eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines demokratischen Programms des künftigen Deutschlands. Das Programm wurde entworfen und veröffentlicht. Die Einberufung einer Delegiertenversammlung zwecks seiner Annahme wurde durch den Kriegsausbruch hinfällig⁶.

An der Bahre Morgensterns sprach 1882 neben anderen der Führer der Fürther Sozialdemokraten, Gabriel Löwenstein. Er widmete dem entschiedenen Demokraten, der für die Opfer des Sozialistengesetzes seine Gaben beigesteuert hatte, ehrende Worte. Einer seiner Söhne, der Nationalökonom Friedrich Morgenstern, wirkte als Stadtrat in Fürth noch in der Zeit der Weimarer Republik.

C. Braunschweig

Itzig Jüdel

Itzig Jüdel (geb. 1802), ein Braunschweiger Bankier, wurde 1851 als Vertreter der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden in die Landesversammlung gewählt. Er gehörte ihr bis 1866 an und war von 1855–1857 stellvertretendes Mitglied des Ausschusses der Landesversammlung, der während der Zeit ihrer Vertagung in Funktion trat. Jüdel war auch seit 1850 Stadtverordneter und wurde in dieser Eigenschaft 1856 und 1862 wieder gewählt. 1866 schied er freiwillig aus seinen Ämtern aus und ist vermutlich in diesem Jahre oder kurz danach gestorben⁷.

D. Hessen

Zacharias Loewenthal

Zacharias Loewenthal (1810–1884) konnte im 13. hessischen Landtag nicht zu einer parlamentarischen Wirksamkeit gelangen. Der Landtag wurde im September 1850 nach nur 14tägigem Bestehen aufgelöst. In eine Beratung der rechtlichen Einwände des Ministerpräsidenten Reinhard von Dalwigk gegen Loewenthals Wahl konnte das Parlament daher nicht mehr eintreten. Die Einwände bezogen sich auf Loewenthals Staatsangehörigkeit; der Ministerpräsident bestritt, daß er hessischer Bürger war. Sie hatten nichts mit seiner

⁶ *Bebel*, Aus meinem Leben I, S. 154.

⁷ Für Informationen bin ich Herrn Archivdirektor Dr. Moderhack, Braunschweig, zu Danke verpflichtet.

jüdischen Abstammung zu tun, da Loewenthal 1847 zum evangelischen Glauben übergetreten war. Die Episode seiner Mitgliedschaft im Landtag wäre nicht erwähnenswert, wenn Loewenthal nicht bereits seit 1835 als Verleger der Werke von Autoren des Jungen Deutschland bekannt geworden wäre. Treitschke zählt ihn, zusammen mit Heine, Börne, Gans und Rahel Varnhagen, unter den fünf „orientalischen Chorführern“ des Jungen Deutschland auf. Loewenthal hat dann, ebenfalls noch vor der Revolution von 1848, zusammen mit Joseph Rütten (ursprünglich Rindskopf) die heute noch bestehende Literarische Verlagsanstalt *Rütten und Loening* begründet. Später wurde ihm auch persönlich die Umwandlung seines Namens in Carl Friedrich Loening von der hessischen Regierung genehmigt. Der Verlag brachte im ersten Jahre seines Bestehens 1845 das Werk von Friedrich Engels und Karl Marx, „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“ heraus, später Gesamtausgaben Georg Büchners, Ludwig Börnes und Karl Gutzkows. 1845 erschien eine Publikation, die nicht nach dem literarischen Wert, aber nach der Popularität und dem Ertrag die erfolgreichste des jungen Verlages war: der Struwelpeter, dessen Autor Heinrich Hoffmann Loewenthal in jungen Jahren kennengelernt hatte⁸.

Wilhelm Stahl

Wilhelm Stahl (1812–1873), Friedrich Julius Stahls Bruder, dem wir schon in der Frankfurter Nationalversammlung begegnet sind, war von 1856 bis 1859 Mitglied des hessischen Landtags. Er war von Erlangen, wo er Nationalökonomie lehrte, als ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an die Universität Gießen berufen worden. Zu parlamentarischer Bedeutung ist er in den wenigen Jahren seiner Mitgliedschaft im Landtag nicht gelangt⁹.

August Metz gehörte dem hessischen Landtag von 1850 bis 1855 als Vertreter von Offenbach an. Das Wirken dieses führenden hessischen Parlamentariers fällt hauptsächlich in das Jahrzehnt vor der Reichsgründung. Es wird in diesem Zusammenhang eingehend dargestellt werden.

E. Die Stadtstaaten

In der Reaktionszeit existierte keine Vertretung der Bürger Hamburgs in einer „Bürgerschaft“. In Bremen wurde weder damals noch in den folgenden zwei Jahrzehnten ein Jude in die Bürgerschaft gewählt. In Lübeck behielt Marcus sein Mandat bis 1863, Philippsen bis 1855. Neugewählt wurde 1855

⁸ *Herbert Meyer*, I, S. 19 ff. Loewenthals Wahl in den Hessischen Landtag ist dort nicht erwähnt. Für sie verdanke ich Informationen Herrn Archivdirektor Dr. Knöpp, Darmstadt. – *Reissner*, Eduard Gans, S. 132 f (Chorführer).

⁹ ADB 35, S. 403.

der allgemein beliebte Rabbiner Alexander Sußmann Adler (1816–1869), der bis zu seinem Tode der Bürgerschaft angehörte. Er war der Wortführer in jüdischen Angelegenheiten und war 1862 an der Änderung des Gesetzes über den „Judeneid“ maßgebend beteiligt. Bei der Diskussion der mittelalterlichen Prozedur, der Juden bei der Ablegung eines Eides unterworfen wurden, erreichte er Verbesserungen des vom Senat vorgelegten Textes. Die volle Gleichstellung der Juden mit den Christen auf dem Gebiete der Eidesleistung wurde in Lübeck jedoch erst 1879 mit der Einführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes herbeigeführt¹⁰.

In Frankfurt a. Main wurden nach der Annahme des bereits erwähnten Gesetzes von 1864, das Juden den Zutritt zu der regierenden Körperschaft erschloß, zwei jüdische Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung, der Jurist Wolfgang Neukirch und der Verleger Joseph Rütten, der Partner Loenings, in den Senat gewählt¹¹. Dies waren die einzigen Juden, die vor 1919 Mitglieder des Senats einer der vier Freien Städte wurden. Außer ihnen gehörte der getaufte Handelsmann Isaac Reiß in den gleichen Jahren dem Frankfurter Senate an. Alle Mandate erloschen, als Preußen 1866 der Selbständigkeit der Freien Stadt ein Ende bereitete.

3. DIE JÜDISCHEN MITGLIEDER DER EINZELSTAATLICHEN PARLAMENTE IM JAHRZEHNTE VOR DER REICHSGRÜNDUNG

Vorbemerkung zur Methode

Die weltweite liberale Bewegung, die Ende der fünfziger Jahre einsetzte¹, brachte Juden von neuem in die deutschen Parlamente. Ihr Erscheinen in den Revolutionsparlamenten war ein Vorspiel. Erst seit 1858 kann man einen kontinuierlichen historischen Prozeß beobachten. Jüdische Abgeordnete erschienen in den Kammern der Einzelstaaten, sodann 1867 im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes und in dem im Herbst desselben Jahres gewählten ersten und einzigen ordentlichen Reichstag Norddeutschlands. Seit der Reichsgründung waren sie auch im Deutschen Reichstag vertreten. Ihre Zahl, ihre Bedeutung, ihre Berufszusammensetzung und parteipolitische Zugehörigkeit waren während der 60 Jahre zwischen 1858 und dem Ende der Monarchie wichtigen Veränderungen unterworfen. Die Unter-

¹⁰ *Carlebach*, S. 168 ff.; *Der Israelit* 1861, S. 372; 1863, S. 341. Für Informationen bin ich dem Archiv der Hansestadt Lübeck zu Danke verpflichtet.

¹¹ Informationen verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Andernacht, Frankfurt a. Main. Über den Widerstand des Senats s. oben S. 122.

¹ S. oben S. 27.

suchung der Gründe dieser Erscheinungen und die Würdigung der jüdischen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien ist der Gegenstand dieses und der folgenden Abschnitte. Von den jüdischen Abgeordneten der Sozialdemokratie wird ein besonderer Teil handeln.

Die Darstellung schließt alle Abgeordneten jüdischer Abstammung ein, ohne sie danach zu gruppieren, ob sie im Judentum verblieben oder zum Christentum übergetreten sind. Die Behandlung weicht also von der Einteilung ab, die für die jüdischen Beamten gewählt worden ist. Die Begründung dafür liegt in den Unterschieden des Zustandekommens einer Beamtenstellung und eines parlamentarischen Mandats.

Die Ernennung eines Beamten hängt von dem Willen der Exekutive ab. Die Entscheidung erfolgt nach festen Richtlinien, die durch Gesetz, Verordnung oder Verwaltungspraxis bestimmt werden. Die Grundsätze oder die allgemeine Übung mögen in den einzelnen Staaten ähnlich oder verschieden sein oder auch im Verlauf der Zeit wechseln. Sie lassen jedoch durchweg erkennen, daß getaufte Juden abweichend von nichtgetauften Juden behandelt werden. Nur eine gesonderte Behandlung wird dieser Situation gerecht.

Das gleiche gilt nicht notwendigerweise für die Auslese, Aufstellung und Wahl eines Abgeordneten. Sie hängt von den leitenden Organen politischer Parteien, den häufig wechselnden Volksstimmungen und in jedem Einzelfall von der Person des Kandidaten ab. Ein jüdisches Genie konnte in Preußen nicht Regierungsrat, ein talentierter Jude aber Abgeordneter werden. Ob jemand Jude blieb oder Christ geworden ist, kann bei der Aufstellung zum Parlament und bei der Wahl ein gewichtiger Faktor sein. Aber dieser Faktor spielt nicht stets eine Rolle. Er ist ferner nur einer von vielen Faktoren, die für Aufstellung und Wahl bestimmend sind, wie sich aus der folgenden Darstellung ergeben wird.

Den aus dem Judentum ausgeschiedenen Personen, die nicht zum Christentum übergetreten sind, braucht in diesem Zusammenhang keine Aufmerksamkeit zugewandt zu werden. Unter den mehr als 10 000 Abgeordneten der monarchischen Zeit befindet sich kein Dissident nichtjüdischer Abstammung und ein einziger Dissident jüdischer Abstammung in einer bürgerlichen Fraktion des Reichstages oder des Parlaments eines Bundesstaats². Die öffentliche Meinung verlangte als Beweis bürgerlichen Wohlverhaltens die Zugehörigkeit zu einem Bekenntnis, was keineswegs eine deutsche Besonderheit war. In einer Reichstagsrede erzählte Ludwig Haas von einem Hauptmann, der die Soldaten seiner Kompanie nach ihrem Religionsbekenntnis fragte und demjenigen, der sich als Dissidenten bezeichnete, zurief: „Wenn Sie sich bis morgen keine anständige Religion zugelegt haben, schreibe ich Sie zu den Juden!“ In seiner Anschauung von Welt und Leben hatten die Juden ihren wenn

² Dies war der Justizrat Michaelis im Landtage von Sachsen-Meiningen. (*Kalkoff*, S. 452.)

auch untergeordneten Platz, während ein konfessionsloser Mann in ihr ohne Daseinsberechtigung war. Dies entsprach der Auffassung der deutschen Gesellschaft der monarchischen Zeit.

Schließlich bleibt die Verschiedenheit des Wahlrechts im Reich und in den Einzelstaaten zu beachten. Das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das für den Reichstag galt, existierte in den Einzelstaaten damals nicht. In Preußen sicherte die indirekte und öffentliche Wahl und vor allem das plutokratische Dreiklassenwahlrecht, das die Massen der Wähler mit geringem Einkommen entrechtete, dem Großgrundbesitz auf dem Lande und den bemittelten bürgerlichen Schichten in den Städten die Vorherrschaft. Viele norddeutsche und mitteldeutsche Staaten hatten ähnlich rückständige Bestimmungen, um die Zahl der Sozialdemokraten in den Parlamenten niedrig zu halten. In den süddeutschen Staaten dagegen, deren stärker ländlicher und kleinstädtischer Charakter das Vordringen der Sozialdemokratie weniger begünstigte, wurden stufenweise Reformen durchgeführt. In Bayern und Baden vollendete sich dieser Prozeß nach der Jahrhundertwende. Württemberg hatte schon vor der Reichsgründung ein demokratisches Wahlrecht, abgesehen von einer Anzahl von Sitzen, die für privilegierte Kreise reserviert waren. Auch diese Beschränkung wurde nach der Jahrhundertwende beseitigt. Die Zusammensetzung der Parlamente wurde durch die Verschiedenheit des Wahlrechts wesentlich beeinflusst. Dies wirkte sich auch auf das Erscheinen und Verbleiben jüdischer Abgeordneter im Parlament aus.

Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags und des Deutschen Reichstags rekrutierten sich zu einem beträchtlichen Teil aus Mitgliedern einzelstaatlicher Parlamente. Es sei daher zunächst ein Blick auf diese geworfen.

A. Die jüdischen Parlamentarier in Preußen vor 1871

Übersicht

Die neue Ära führte zum ersten Mal wieder zur Wahl jüdischer Abgeordneter in Preußen. Die „*Allgemeine Zeitung des Judentums*“ ermahnte die jüdischen Wähler vor den Wahlen von 1858, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß ein oder zwei Abgeordnete jüdischer Konfession in das Haus kämen, um dort die Gewissensfreiheit und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu verteidigen³. In der Tat wurden Moritz Veit in Berlin und der Industrielle Leonor Reichenheim in Waldenburg-Reichenbach gewählt. Bei derselben Wahl kamen zwei getaufte Juden in das Abgeordnetenhaus: Eduard Simson, der sich nach 1866 nur noch für den Reichstag aufstellen ließ, und Gustav Eberty, der, nach seinem episodenhaften Erscheinen in der Kammer

³ AZJ 1858, S. 299, 683.

im Jahre 1849, nunmehr seine eigentliche parlamentarische Laufbahn begann. Im ganzen wurden zwischen 1858 und 1870 zwölf jüdische Abgeordnete gewählt, von denen gleichzeitig etwa je vier dem Hause angehörten. Fünf von ihnen waren getauft. Drei waren historische Persönlichkeiten: Jacoby, der seine große Zeit hinter sich hatte, Simson, der eine hervorragende Figur geblieben war, und Eduard Lasker, der 1865 als 35jähriger, außerhalb Berlins kaum bekannter Assessor in das Abgeordnetenhaus einzog und eine glänzende Zukunft vor sich hatte. Er erlangte 1867 ein Mandat zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag als Vertreter des ersten Berliner Wahlkreises. Er eröffnete damit die Reihe der nicht selten jüdischen Vertreter dieses Wohnviertels des Berliner Großbürgertums.

Politisch gehörten die Abgeordneten jüdischer Abstammung vier verschiedenen Gruppen an.

a) Die Konservativen

Karl Hahn und Paulus Cassel

Karl Hahn*, ein Bruder des „Presse-Hahn“, war gemäß der Familientradition konservativ. Er trat im Abgeordnetenhaus während des Verfassungskonflikts als Stütze des Justizministers Graf Lippe gegen liberale Richter hervor. Seine Fraktion schickte ihn in der großen Debatte um die Redefreiheit im Parlament vor, die sich nach der Verurteilung der Richter Twesten und Frentzel durch das Obertribunal unter Verletzung ihrer parlamentarischen Immunität entspann. Es war kein Wunder, daß seine Argumente zugunsten der Regierung, der Staatsanwaltschaft und des Obertribunals bei der durch den schweren Rechtsbruch erregten liberalen Mehrheit nicht auf fruchtbaren Boden fielen. Das lag an der Sache, nicht an dem Manne, der sie vertrat. Aber auch in der Form entbehrte Hahn jeden Glanzes, im Gegensatz zu der oratorischen Meisterschaft Gneists, Twestens und Simsons, die das Haus und die Tribünen zu Beifallsstürmen hinrissen.

Hahn war ein fähiger Jurist. Es ist aber kein Zweifel, daß er seine Beförderung vom Staatsanwalt in einer oberschlesischen Provinzstadt zum Tribunalrat in Königsberg vornehmlich seiner politischen Gesinnung zu verdanken hatte. Seine Mannentreue bewies er von neuem in dem von Bismarck betriebenen Prozeß gegen den Grafen Harry Arnim, an dessen Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe er als Richter mitwirkte. Hahns Laufbahn führte bis zu dem hohen Posten des Senatspräsidenten am Kammergericht in Berlin. Er verfaßte wichtige Kommentare zu den Gesetzen über das neue Straf- und

* *Karl H. Hahn*, geb. 1824 in Breslau, als Kind evangelisch getauft. Studierte Rechtswissenschaft. Richterliche Tätigkeit am Amtsgericht in Hirschberg (Schlesien), sodann Staatsanwalt in Strehlen und Ratibor. 1864 Tribunalrat in Königsberg, 1871 Obertribunalrat in Berlin, im Herbst 1874 Senatspräsident am Kammergericht in Berlin. 1863–1866 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Ratibor (Oberschlesien). Reiche schriftstellerische Tätigkeit auf juristischem Gebiet. Gest. 1880 in Berlin.

Zivilrecht und gab im Auftrage des Reichsjustizamts Materialien zu diesen Gesetzen heraus⁴.

Paulus Cassel* wurde 1866 bei den Wahlen am Tage der Schlacht von Königgrätz als konservativer Abgeordneter des vor den Toren Berlins gelegenen Kreises Teltow-Beeskow-Storkow gewählt. Diese Legislaturperiode und Cassels parlamentarisches Wirken währten nur ein Jahr. Er war zum Abgeordneten nicht geeignet. Auf der Rednertribüne erregte er Heiterkeit durch Plattheiten und mißglückte Satzbilder.

Man tut aber Cassel Unrecht, wenn man ihn nur nach seinem Versagen als Parlamentarier beurteilt. Der interessante Mann hat mannigfache Stadien als Historiker, Journalist und Bibliothekar und nach seiner Taufe als evangelischer Theologe durchlaufen. Als junger Gelehrter schrieb er eine viel beachtete jüdische Geschichte. Die letzten 23 Jahre seines Lebens verbrachte er als Prediger an der Christuskirche in Berlin. Seine jüdische Abkunft hat er niemals verleugnet. Auch im „Amt des evangelischen Herolds“ blieb er überzeugt, „daß das Heil von den Juden kommt, wie Jesus sagt, nicht daß die Juden unser Unglück sind, wie Treitschke sagt.“ Ein Unglück für das deutsche Volk nannte Cassel vielmehr Treitschkes unchristliche und unfreie Auffassung. Ihr tritt er entgegen nicht nur aus Pflicht „gegen Gräber, die ich nicht vergessen darf, sondern [auch um] das Evangelium zu verteidigen . . . Christi Jünger sind Friedensstifter, keine Lärmmacher“. Auf Grund seiner tiefen Kenntnis des Judentums und Christentums sowie der Weltgeschichte hat Cassel mit Bekennermut die kämpferischste Widerlegung von Treitschkes Flugschrift geliefert⁵.

b) Die Nationalliberalen

Die zweite Gruppe setzt sich aus den Abgeordneten zusammen, die sich der neu gegründeten Partei der Nationalliberalen angeschlossen haben. Lasker und Reichenheim, ursprünglich Mitglieder der Fortschrittspartei, waren Mitbegründer der Fraktion der Nationalen Linken, aus der 1867 die Nationalliberale Partei hervorgegangen ist. Simson, der verschiedenen Parteien der

* *Selig Cassel*, nach seiner Taufe 1855 Paulus Stephanus Cassel, geb. 1821 in Großglogau (Schlesien). Studierte Geschichte, später evangelische Theologie. Übernahm 1850 die Redaktion der „*Erfurter Zeitung*“, 1856–1859 Bibliothekar in Erfurt, Sekretär an der Erfurter Akademie, Titularprofessor. Im Dienst der Judenmission. 1866 bis 1867 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (konservativ). 1868–1891 Prediger an der Christuskirche in Berlin. Streitschriften gegen Treitschke, Stöcker, Richard Wagner und Eduard von Hartmann. Verfaßte u. a. „Geschichte der Juden“ in der Allgemeinen Encyclopädie der Wissenschaft und Künste von J. S. Ersch und J. G. Gruber, Leipzig 1850. Gest. 1892 in Berlin.

⁴ ADB 49, S. 709. Die Debatte in Haus d. Abg., St. B. 10. 2. 1866, S. 145 ff.; über Simsons Rede s. oben S. 188 f.; über den Arnim-Prozeß s. S. 231 f.

⁵ *Paulus Cassel*, Die Juden, S. 21, 30; *derselbe*, Wider Heinrich von Treitschke, S. 6; ADB 47, S. 465 f.

Mitte angehört hatte, fand gleichfalls in der Nationalliberalen Partei sein neues und endgültiges politisches Heim. Diese Abgeordneten befürworteten die Gewährung der von der Regierung erbetenen Indemnität für die in der Konfliktzeit unrechtmäßig geleisteten Ausgaben und traten für die volle Unterstützung der auswärtigen Politik Bismarcks ein.

Simsons amtliches und parlamentarisches Wirken ist bereits dargestellt worden. Dem Abgeordneten Lasker, der nur ein Jahr vor der großen Entscheidung von 1866 in das Abgeordnetenhaus eintrat, fiel eine große Aufgabe im Norddeutschen Reichstag zu, in dem er meteorartig aufstieg. Er wird in diesem Zusammenhang gewürdigt werden. Neben diesen beiden Größeren hat sich Leonor Reichenheim in den sieben Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit im Abgeordnetenhaus seit 1861 hervorgetan.

Leonor Reichenheim. Sein parlamentarisches Duell mit Bismarck

Leonor Reichenheim* war ein kluger Kaufmann und Industrieller der frühkapitalistischen Zeit. Seine Erfahrung wies ihn auf die Arbeit in den Kommissionen, in denen Finanz- und Zollfragen, Handelsverträge und Industriegesetze beraten wurden. Seine Kenntnisse, sein Fleiß und seine Integrität trugen ihm allseitige Anerkennung ein, wie sie denen zuteil wird, deren sachliche Arbeit im Parlament nicht durch einen Überschuß an politischem Temperament in den Augen der Gegner entwertet wird.

Die Vorfahren Reichenheims stammten aus dem Bernburgischen, wo sie bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts zurückverfolgt werden können. Leonors Vater Nathanael zog nach Preußen, zuerst nach Magdeburg, dann nach Berlin. Die Verhältnisse in Bernburg waren ihm zu eng. In den vierziger Jahren kauften Leonor und drei seiner Brüder von der Preußischen Staatsbank, der sogenannten Seehandlung, die Maschinenwollweberei in Wüstegiersdorf in Schlesien. Die Seehandlung war in finanziell schwieriger Lage, als sie den Verkauf tätigte; die Reichenheims konnten daher das Unternehmen sehr vorteilhaft erwerben. Überdies stand die Abstoßung des Werkes im Einklang mit der Forderung des liberalen Bürgertums, daß sich der Staat von jeder Betätigung auf dem Gebiet der Wirtschaft fernhalten solle.

* *Leonor Reichenheim*, geb. 1814 in Bernburg (Anhalt). Trat 14jährig als Lehrling in das väterliche Geschäft in Magdeburg ein, später mit seinem Vater Mitbesitzer einer Manufakturwarenhandlung in Berlin. Übernahm mit drei Brüdern 1848 die Maschinenwollweberei in Wüstegiersdorf im Kreise Waldenburg in Mittelschlesien. 1858 als Vertreter des Kreises Waldenburg-Reichenbach in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt und dreimal wieder gewählt. Mitglied der Kommission für Handel und Gewerbe, dann der Budget-Kommission. Als Vertreter des Kreises Waldenburg 1867 in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag gewählt. Zunächst altliberal, seit 1861 Mitglied der Fortschrittspartei, seit 1867 Mitglied der national-liberalen Partei, die er mitbegründen half. Seit 1864 unbesoldeter Stadtrat in Berlin. Gest. 1868 in Berlin.

Die Firma N. Reichenheim und Sohn machte aus der rückständigen Fabrik ein Unternehmen, das mit den entsprechenden englischen Industrierwerken konkurrieren konnte. Sie beschäftigte 2400 Arbeiter, eine zumal im Osten der Monarchie sehr erhebliche Zahl. Die Löhne waren niedrig, wie überall in der deutschen Industrie, sie lagen kaum über dem Existenzminimum, für viele Arbeiter darunter. Das Elend der schlesischen Weberecke, das noch größer war als das der Arbeiter im mittelschlesischen Industriegebiet im allgemeinen, wurde durch die Entwicklung des Werkes nicht vermindert. Die Sorge des Staates für die Arbeiter beschränkte sich damals darauf, die Arbeit der Kinder bis zu 12 Jahren zu verbieten und die Arbeitszeit der Kinder zwischen 12 und 14 Jahren auf 6 Stunden täglich (!) zu beschränken. Ob und wie weit für die Arbeiter gesorgt wurde, hing von dem einzelnen Unternehmer ab. In der patriarchalischen Fürsorge für die Arbeiter ihres Unternehmens ließen sich die Reichenheims von niemandem übertreffen. Sie schufen Unterstützungskassen und ein Sparprämiensystem, errichteten eine Schule und ein Waisenhaus, bauten Arbeiterwohnungen und legten eine Fabrikbäckerei an. Der Wohltätigkeitssinn der Familie Reichenheim war nicht auf dies Unternehmen beschränkt. Ihre Mitglieder machten in Berlin Stiftungen für bedürftige Kaufleute, Lehrer und Jugendliche, gewährten Stipendien an Studenten, alles dies ohne Unterschied der Konfession, und errichteten ein Waisenhaus und eine Altersversorgungsanstalt der jüdischen Gemeinde⁶.

Leonor war in seinem Unternehmen und im Parlament, getreu den Grundsätzen des frühen Liberalismus, ein überzeugter Anhänger des freien Spiels der Kräfte und ein Gegner des Eingreifens des Staates in die Wirtschaft und das soziale Leben. Eine 1848, vermutlich unter den Eindrücken der Revolution, von ihm verfaßte Broschüre gegenteiliger Tendenz ändert an diesen Tatsachen nichts. Von sozialer Gesetzgebung wollte er nichts wissen, für das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter setzte er sich jedoch ein. Nicht nur sein Verhalten zu Arbeiterfragen, sondern auch zum Handwerk zeugt von seiner grundsätzlichen Haltung. Auf seine Anregung brachte die Fortschrittspartei einen Antrag zur Reform der Gesetzgebung im Sinne der völligen Gewerbefreiheit ein. 1861 trat er in einer Rede für die Beseitigung von Bestimmungen zum Schutze des Handwerks in der preußischen Gewerbeordnung von 1849 ein. Dabei wurde er von Moritz Veit unterstützt. So standen die beiden jüdischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses im Vordergrund bei dem Bemühen, die geringen Beschränkungen der freien Wirtschaft aufzuheben, an die sich die Handwerker in dem Kampf für ihre Interessen klammerten. Die Konservativen benutzten diese Gelegenheit, um die Vertreter des jüdischen Kapitals und der jüdischen Presse als die eigentlichen Nutznießer

⁶ AZJ 1867, S. 867 f., 905 ff., 925 ff.; 1868, S. 110, 129. – Herz, N. Reichenheim, enthält wichtiges Material. Da es sich um eine für den Familienkreis bestimmte Privatschrift handelt, unterbleibt hier eine Stellungnahme zu Einzelheiten dieser Schrift. S. auch *Blumenthal-Weiß*, S. 948.

und Einpeitscher eines ungehemmten freien Wirtschaftssystems anzuprangern. Die Agitation erreichte einen derartigen Umfang, daß sie in der jüdischen Bevölkerung ernste Besorgnisse hervorrief. Es wurde bezweifelt, daß Reichenheim und Veit gut beraten waren, als sie in dieser Frage die Initiative ergriffen⁷. Der Vorgang ist eines der zahlreichen Beispiele für die Entflammung und Ausnutzung antisemitischer Leidenschaften im politischen Kampf.

Am schwächsten war der Parlamentarier Reichenheim, wenn es sich um die Vertretung seiner eigenen Sache handelte. Hier geriet der nüchterne und in dramatischen Situationen nicht glücklich operierende Mann auf dem Höhepunkt der Konfliktzeit in die Schußlinie der hohen Politik. Es waren die Jahre, in denen Bismarck und Ferdinand Lassalle die das Parlament beherrschenden Liberalen bekämpften, zwar unter grundverschiedenen Gesichtspunkten, aber in einer genügend großen Gemeinsamkeit der Interessen, um ein kurzes taktisches Zusammenspiel zu begründen.

In diese Auseinandersetzungen wurde Reichenheim hineingezogen, als durch den amerikanischen Bürgerkrieg und seine Wirkung auf den Baumwolllexport eine Krise in der deutschen Baumwollindustrie ausbrach. Sie führte zu Arbeiterentlassungen, Aussperrungen in den Kreisen Waldenburg und Reichenbach und schweren Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit. Der Reichenbacher Landrat nahm in einem Bericht an die Regierung gegen die Fabrikanten und für die notleidenden Arbeiter Stellung. Reichenheim wurde dadurch zur Einbringung einer Interpellation veranlaßt. Da es sich zum erheblichen Teil um seine eigene Angelegenheit handelte, war dies ein Mißgriff, der zwar bei der liberalen Mehrheit des Hauses, aber nicht außerhalb des Parlaments auf Verständnis stoßen konnte. Lassalle mit seinem Spürsinn für zugkräftigen Propagandastoff griff in Rede und Schrift Reichenheim persönlich an. Der Streit erreichte seinen Höhepunkt, als Reichenheims Firma Lohnforderungen einer Arbeiterdeputation ablehnte. Die Wohlfahrt der Arbeiter seines Betriebes war er bereit, nach seinem Ermessen zu fördern, in seine alleinige Autorität aber wollte er niemanden hineinreden lassen. Gemäß den rücksichtslosen Methoden des Unternehmertums jener Zeit stellte die Firma den Arbeitern eine Frist von drei Tagen zur Zurückziehung ihrer Forderungen. Die Arbeiter beharrten auf ihrem Standpunkt; etwa 200 wurden entlassen und blieben auch von den anderen Unternehmern des Gebietes ausgesperrt.

Während dieses Arbeitskampfes wurde im Mai 1864 eine Deputation der schlesischen Weber vom König und von Bismarck empfangen, während Lassalle auf einer Agitationsreise im Rheinland war. Der König zeigte Unwillen über die Entlassung der beschwerdeführenden Arbeitervertreter und gab der Deputation Mittel zur Linderung der Not und zur Errichtung einer Produktivgenossenschaft. Er versprach in vorsichtigen Wendungen Maßnahmen des

⁷ AZJ 1861, S. 574; 693.

Ministeriums, um „soweit wie möglich“ der Not der Arbeiter abzuhelpen. Die wohlwollende Haltung des Königs wurde mit deutlicher Spitze gegen das schlesische Unternehmertum in der amtlichen Veröffentlichung über diese Audienz stark unterstrichen. Lassalle bemächtigte sich dieses Vorfalles sofort. Produktivassoziationen waren seine Idee, er fing den Ball auf, um sein Zusammenspiel mit Bismarck fortzusetzen und ihn, wenn möglich, zu überspielen. Er griff in seiner Ronsdorfer Rede, der letzten, die er vor seinem Tode gehalten hat, das Unternehmertum allgemein und Reichenheim im besonderen an. Er pries den Monarchen als Repräsentanten des sozialen Königtums, der sich nunmehr Lassalles Forderungen zu eigen gemacht habe. Er überbewertete die Vorgänge beim Empfang der Weber durch den König in phantastischer Weise. Er legte selbst in die Worte Wilhelms völlig unberechtigt die Zusage hinein, daß er die andere Forderung Lassalles erfüllen und das gleiche Wahlrecht in Preußen oktroyieren würde. Dabei war Bismarck von diesem Gedanken, den er in Gesprächen mit Lassalle erwogen hatte, seit Anfang 1864 abgekommen, und Lassalle wußte das. Da hinter ihm nicht mehr als einige tausend Arbeiter standen, hinter Bismarck aber der Monarch, das Heer und die Exekutive, so hätte die Idee des Cäsarismus, die in der Ronsdorfer Rede zutage trat, nur von dem von Bismarck geführten König, nicht von dem Führer der jungen Arbeiterorganisation verwirklicht werden können. Lassalle hatte sich in eine Lage hineinmanövriert, in der auf die Schwächen seiner Position volles Licht fiel. Die Taktik der Umarmung des politischen Gegners, die er zum ersten Mal in der deutschen Politik praktizierte, erwies sich gegenüber der überlegenen Strategie Bismarcks nicht wirksamer als die unsichere Opposition der Liberalen, gegen die Lassalle ohne Aussicht auf eigenen Erfolg anrannte. Weder Bismarck noch Reichenheim sahen damals voraus, welche gewaltige Bewegung aus Lassalles Agitation hervorgehen würde.

In der Ronsdorfer Rede erscheint Reichenheim als der Prototyp des ausbeuterischen und verschwenderisch lebenden Bourgeois. Von rechts her stieß die „Kreuzzeitung“ in der den Konservativen eigenen Weise vor. Sie verurteilte den einstigen Verkauf des Wüstegiersdorfer Werks durch die Staatsbank weit unter seinem Wert an einen „eingewanderten jüdischen Fabrikanten“. Anhalt-Bernburg war ja Ausland! Diese Note sollte noch oft angeschlagen werden. Für einen Apfel und ein Butterbrot habe man das Werk veräußert, rief Lassalle aus, stets auf größte Anschaulichkeit bedacht.

Im Kampfe gegen die Fortschrittler in der Konfliktszeit griff Bismarck die Avancen Lassalles mit Vergnügen auf. Er honorierte sie mit leichter Münze. Die Gründung der Produktivassoziation unter Leitung des erkonservativen Landrats des Kreises Reichenbach, dessen Berichte Bismarck die Handhabe boten, die Deputation der Weber zu den Stufen des Throns zu dirigieren, endete mit einem kläglichen Fiasko; das königlich preußische Landratsamt war während einiger Monate für die Rechnungen der Assoziation aufkommen.

Im Februar 1865, bei der Beratung des liberalen Antrags auf Gewährung des unbeschränkten Koalitionsrechts, schien Bismarck des alten Spiels überdrüssig zu werden. Damals lebte Lassalle nicht mehr, das kurze Zwischenspiel mit ihm hatte schon vor seinem Tode sein Ende erreicht. Die großen außenpolitischen Entscheidungen nahten, für sozialpolitische Experimente schien Bismarck der Zeitpunkt nicht geeignet. Er erklärte im Parlament, daß sich die Beschwerden der Arbeiter gegen die Reichenheimsche Fabrik größtenteils als grundlos erwiesen hätten und daß in ihr in wohlwollender Weise für die Arbeiter gesorgt würde. Zu einer so eindeutigen Zurücknahme von Beschuldigungen hat sich Bismarck selten entschlossen. Es war eine Genugtuung, wie sie Reichenheim sich größer nicht wünschen konnte.

Anstatt sich mit diesem Erfolge zu begnügen, erregte das Wort „größtenteils“ Reichenheims Zorn; es rief ihn von neuem auf den Plan. Er kam auf die Vorgänge im Vorjahre zurück, kritisierte den Empfang der Weber durch die höchste Stelle des Staates und verurteilte das Spiel, das zum Nachteil des Königstums eingefädelt worden sei. Der alte Groll Bismarcks brach sofort wieder durch. Reichenheim hatte ihm das Stichwort gegeben, um die soziale Gesinnung und die Arbeiterfreundlichkeit des Königs und seiner Regierung von neuem zu betonen. Er verlas den amtlichen Bericht über die Haltung der Unternehmer. Mit jener scheinbaren Objektivität, die den Gegner matt setzt und ihm mehr Schaden zufügt als der direkte Angriff, erklärte er, die für den Abgeordneten kränkenden Stellen weglassen zu wollen, deutete aber unmißverständlich an, daß das Verhalten der Unternehmer zu schweren Beanstandungen Anlaß gab. Reichenheim warf er Härte in der Beurteilung der Stellungnahme der Arbeiter und den Wohlhabenden im allgemeinen Gleichgültigkeit gegen die Klagen der Armut vor.

Seinen dritten Fehler beging Reichenheim, als er sich weigerte, zusammen mit den Arbeitern vor der Kommission zu erscheinen, die zur Untersuchung der Arbeiterentlassungen eingesetzt war. Er pochte auf die Selbständigkeit der Fabrikanten und verwahrte sich gegen Eingriffe in die Rechte, die ihm als Fabrikherrn zuständen. Von neuem schlug Bismarck erfolgreich zurück. Er verwies auf die kontradiktorischen Enquêtes im englischen Parlament, das doch der Fortschrittspartei stets als Muster gelte, und schrieb Reichenheims Ausweichen vor mündlichen Verhandlungen seiner Furcht vor ungünstigen Ergebnissen zu. Das Resultat der Enquête war dennoch den Fabrikanten im ganzen günstig. Der vom Handels- und Innenminister gemeinsam erstattete Bericht färbte das Material in unternehmerfreundlichem Sinne um. Seine Veröffentlichung aber wurde von Bismarck nicht zugelassen. Er bezeichnete den Bericht als ungenügend und hob seine Mängel in einem umfangreichen Schriftstück hervor, in dem er sich von seinen Fachministern distanzierte. So fand Reichenheim bei seiner Partei, in den Fachministerien und vor allem bei dem Berichterstatter der Kommission, der seinen sozialen Sinn rühmte, die Stütze, die ihm nach seinem ungeschickten Eingreifen in die De-

batte Bismarck versagte. Dennoch ging der Streit nicht zu Reichenheims Vorteil aus. Teils war dies dem überlegenen taktischen Geschick des Ministerpräsidenten und der zuweilen perfiden Entstellung von Worten Reichenheims zuzuschreiben. Zu einem größeren Teil aber beruhte das Ergebnis auf dem Mangel an sozialem Verständnis des Unternehmertums, der die unglückliche Geschichte des deutschen Liberalismus in so hohem Maße bestimmt hat. Es ist kein Zufall, und es hängt mit diesen Vorgängen zusammen, daß in den östlichen Teilen der Monarchie die Lassalleaner in ihrer Frühzeit nirgends größere organisatorische und agitatorische Erfolge erzielt haben als in der mittelschlesischen Weberecke⁸.

In den Kämpfen der Zeit kam 1866 der große Wandel. Als Reichenheim nach Königgrätz der Gefolgsmann Bismarcks wurde, begrub er die Vergangenheit. Ebenso wenig nachtragend zeigte sich Bismarck. Reichenheim wurde zu dem ersten der Diners eingeladen, aus denen sich später die parlamentarischen Abende im Reichskanzlerpalais entwickelt haben. Bei dieser Zusammenkunft von 36 Politikern und hohen Beamten wurden in zwangslosen Besprechungen offenbar manche Grundzüge der kommenden Politik festgelegt. Im Dezember 1866 war es Reichenheims Formulierung, die der schwankenden Mehrheit die Zustimmung zum Militärbudget ermöglichte. Die Rollen hatten gewechselt. Der Legitimist Ernst Ludwig von Gerlach nannte Reichenheims Antrag spöttisch den Dank für die revolutionäre Außenpolitik der Regierung. Er sah den einst so bitter verfeimten Mann Arm in Arm mit dem Kriegsminister Albrecht von Roon, während er selbst, der einstige väterliche Freund und Berater Bismarcks, plötzlich in die Opposition gedrängt war⁹.

Im Norddeutschen Reichstag trat Reichenheim nicht mehr hervor. Er kränkelte bereits seit dem Herbst 1866. Die 12 Kinder Nathanael Reichenheims und ihre Nachkommen waren mit vielen angesehenen jüdischen und halb-jüdischen Familien verwandtschaftlich verbunden, die dem Reich und dem Staat Preußen wertvolle Kräfte gestellt haben. Der Kunstsammler und Mäzen James Simon, der von Wilhelm II. oft zu Unterhaltungen im kleinen Kreise – natürlich mit Appell an die Gebefreudigkeit der Geladenen für bestimmte gemeinnützige Zwecke – empfangen wurde, war ein Schwiegersohn Leonors. Die Familie Liebermann, aus der der Maler Max Liebermann und Else Liebermann, die Frau von Hugo Preuß hervorgegangen sind, war mit den Reichenheims verschwägert. Eine jüngere Verwandte Leonors war mit Robert Weismann, dem Staatssekretär im preußischen Staatsministerium unter

⁸ *Lassalle*, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, S. 58 f.; *Lassalle*, Die Agitation, S. 19, 22; *Bernstein*, Ferdinand Lassalle, S. 263 ff., 276 ff., 288; *Oncken*, Lassalle, S. 460 ff., 474, 481; *Adolf Richter*, S. 235 ff.; *Gustav Mayer*, Bismarck und Lassalle, S. 106 ff. – Reichenbach-Neurode war der erste Wahlkreis im Osten der Monarchie, in dem ein Lassalleaner in die Stichwahl kam.

⁹ *Herz*, S. 44; *Mehring*, aaO, III, S. 121 f.; *Poschinger*, I, S. 5; *Ziekursch*, I, S. 195; *Gustav Mayer*, aaO, S. 44 f.

Otto Braun, eine andere mit Victor von Leyden, dem Direktor der Kommunalabteilung des preußischen Ministeriums des Innern der Weimarer Zeit, dem Sohn des hervorragenden Klinikers Ernst von Leyden, verheiratet.

c) Die Fortschrittler

Raphael Kosch, Max Simon, Moritz Warburg und Gustav Eberty

Kosch blieb ein angesehener und beliebter Parlamentarier. Die Geschicklichkeit des einstigen zweiten Vizepräsidenten der Preußischen Nationalversammlung in der Leitung von Verhandlungen wurde 1863 anerkannt, als die Geschäftsordnungskommission ihm den Vorsitz übertrug. Seine Leistungen im Kampfe mit der Schulverwaltung und der Justiz um die Durchführung der gesetzlichen Gleichberechtigung der Juden wurden bereits gewürdigt. Kurz vor seinem Tode wich er zum ersten und einzigen Male von seinem Grundsatz ab, in kirchliche Fragen niemals einzugreifen. Er sprach und stimmte gegen die Bewilligung des für den Evangelischen Oberkirchenrat vorgesehenen Ausgabepostens im Haushaltsplan. Der Oberkirchenrat hatte im Februar 1871 die Konsistorien angewiesen, jeden Übertritt aus der evangelischen Kirche zum Judentum von der Kanzel herab im öffentlichen Gottesdienst unter Namensnennung der betreffenden Person verkünden zu lassen. Durch diese Maßnahme, so erklärte der Oberkirchenrat, sollten andere evangelische Christen „von einem solchen verabscheuenswerten Schritt“ abgehalten werden. Kosch, der als maßvoller Redner bekannt war, und den der Historiker Sybel einmal im Landtag „zu den Zierden seiner Partei und unseres Hauses“ gerechnet hat, verurteilte den Inhalt dieses Zirkulars als blinden hierarchischen Fanatismus, Muckertum und Obskurantismus. Er warf dem Oberkirchenrat vor, die Drachensaat des Glaubenshasses auszusäen, statt Eintracht Zwietracht und schmähhliche Intoleranz zu predigen und alles dies noch dazu während eines Krieges, in dem alle Deutschen ohne Unterschied der Herkunft und des Glaubens Gut und Blut geopfert hätten¹⁰.

Max Simon* war in der Frankfurter Nationalversammlung der Politik seines bedeutenderen Veters Heinrich Simon gefolgt. Später wurde er ein geachteter Anwalt in Breslau, beschäftigte sich vornehmlich mit kommunalen Fragen und schloß sich 1861 der neugegründeten Fortschrittspartei an. 1862 vertraute ihm einer der Breslauer Wahlkreise ein Mandat zu der siebenten

* *Max Simon*, geb. 1814 in Breslau als Sohn getaufter Eltern. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Gerichtsassessor in Breslau. Vertrat 1848–1849 den Kreis Wohlau (Schlesien) in der Nationalversammlung. Ließ sich als Rechtsanwalt in Breslau nieder. Zum Stadtverordneten gewählt, seit 1864 Stadtverordnetenvorsteher. 1862 Mitglied des Abgeordnetenhauses. 1867 Mitglied des Konstituierenden Norddeutschen Reichstags. Gest. 1872 in Breslau.

¹⁰ Über Kosch, s. auch oben S. 42 f., 173; Koschs Rede, Haus d. Abg. St. B. 31. 1. 1871, S. 544; Sybels Urteil, Haus d. Abg., St. B. 22. 5. 1876, S. 1604.

Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses an, in die die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten fiel. Mehrere Male setzte er sich für liberale Beamte ein, gegen die die Regierung auf dem Disziplinarwege rücksichtslos vorging, und griff das Ministerium wegen Wahlbeeinflussungen zugunsten der konservativen Partei an. Auch vertrat Simon den fortschrittlichen Antrag auf Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit. Kurze Zeit war er stellvertretender Vorsitzender der Petitionskommission.

Im Konstituierenden Norddeutschen Reichstag vertrat Simon gleichfalls die Stadt Breslau als Mitglied der kleinen Fraktion der Linken, in der sich Fortschrittler wie Eugen Richter, Schulze-Delitzsch und andere zusammenschlossen. Er war einer der beiden Abgeordneten, die abweichend von der Mehrheit der Fraktion für die Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes stimmten, und manövrierte sich dadurch in eine prekäre Haltung zwischen den Parteien. Dies veranlaßte ihn, von einer weiteren parlamentarischen Tätigkeit abzusehen und sich ganz auf die Kommunalpolitik zu konzentrieren¹¹.

Moritz Warburg* war ein Mitglied der bekannten Hamburger Familie. Die Bürger Altonas erneuerten ihm regelmäßig sein Mandat. Er sprach selten, meist zu lokalen Fragen, war überaus verbindlich, hatte aber nicht das Ohr des Hauses. Er war ein Kämpfer für die Gleichberechtigung der Juden in Schleswig-Holstein. Als durch eines der sogenannten Maigesetze von 1873 der Kirchenaustritt erleichtert wurde, wies Warburg darauf hin, daß nach dem geltenden Recht für Juden der Austritt aus der Synagogengemeinde gleichbedeutend mit dem Ausscheiden aus dem Judentum sei. Ihre Gewissensfreiheit würde daher nach Annahme des Gesetzes von 1873 weniger gesichert sein als die der christlichen Bevölkerung. Der Gesetzesvorschlag, den Warburg einbrachte, war nicht glücklich formuliert. Bei seiner Beratung wurde jedoch eine Resolution Laskers angenommen, die die Vorlage eines Gesetzentwurfs mit dem von Warburg erstrebten Ziel verlangte. Warburgs Rede gab den ersten Anstoß zu der Vorbereitung des Entwurfs, aus dem das Gesetz von 1876 über den Austritt aus den Synagogengemeinden hervorgegangen ist¹².

* *Moritz Warburg*, geb. 1810 in Altona. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Ließ sich in Altona als Rechtsanwalt nieder. 1848 in die schleswig-holsteinische Verfassungsgebende Versammlung gewählt. 1867 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Dort bis 1870 Mitglied des liberalen Linken Zentrums, dann Mitglied der Fortschrittspartei. Gab 1885 wegen schwerer Erkrankung sein Mandat auf. Gest. 1886 in Altona.

¹¹ Haus d. Abg. St. B. 4. 7. 1862, S. 456 ff.; 15. 7. 1862, S. 614; 29. 8. 1862 S. 1444 ff. – *Jacoby*, Heinrich Simon, S. 189; 279; *Toury*, Die politischen Orientierungen, S. 125, 159. Informationen verdanke ich Herrn Oberkustos Dr. Bernhard Brillling, Münster i. W.

¹² Stamm- und Nachfahrentafeln, Tafel 8; *Hoffmann*, II, S. 241 f.; *Jewish Chronicle*, 23. 4. 1886, S. 5; Haus d. Abg., St. B. 19. 3. 1875, S. 1753 ff. Über das Gesetz von 1876 und Laskers und Warburgs Rolle, s. unten S. 281 f.

Warburg war der Musik ebenso zugetan wie der Politik und bildete ein Streichquartett mit einem Konservativen adliger Herkunft, einem Nationalliberalen und einem Abgeordneten des Zentrums. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß eine kollegiale und zuweilen freundschaftliche Beziehung zwischen Abgeordneten verschiedener Parteirichtungen sich erst jüngst in Deutschland durchzusetzen begonnen habe, ist irrig. Sie bestand, bis sie durch den Einzug der Nationalsozialisten und Kommunisten in die Parlamente zerstört wurde.

Gustav Eberty* gehörte dem Preußischen Abgeordnetenhaus 18 Jahre lang an. Er hätte sein Mandat noch länger ausgeübt, wenn nicht der fortschrittliche Parteiführer Eugen Richter 1879 in seinem westfälischen Wahlkreis Hagen geschlagen worden wäre. Eberty machte ihm unter parteipolitischen Drucke Platz, um ihm in dem sicheren Berliner Wahlkreis die Rückkehr in das Abgeordnetenhaus zu ermöglichen. Seine Laufbahn führte ihn über viele Zwischenstationen als Stadtrichter nach Berlin. Als Abgeordneter diente der Sohn einer seit fast zwei Jahrhunderten in Berlin ansässigen Familie seiner Vaterstadt mit Hingebung. Er wurde daher 1874 auch als Reichstagsabgeordneter des 4. Berliner Wahlkreises aufgestellt und gewählt. Der Kreis ging bei der nächsten Wahl dem Fortschritt verloren.

Eberty befaßte sich im Parlament viel mit Berliner Fragen, ferner mit Beamten- und Steuerproblemen. Sein Hauptinteresse aber galt der Reform des Strafvollzuges. Seine Kenntnisse auf dem Gebiet des Gefängniswesens waren gründlich, sein Reformeifer brennend. Er trat auf internationalen Kongressen, schriftstellerisch und alljährlich im Parlament für einen humanen Strafvollzug ein. Er verlangte die Einsetzung eines Generaldirektors der preußischen Gefängnisse, regelmäßige Berichte über das Gefängniswesen und geeigneten Unterricht für die Gefangenen¹³.

* *Gustav Eberty*, geb. 1806 in Berlin, evangelisch. Nach theologischen und philosophischen Studien Studium der Rechtswissenschaft, Dr. jur. Lange Reisen durch alle Länder Europas und Kleinasien. Als Richter in Görlitz, Halle und Marienwerder tätig, sodann Stadtrichter in Berlin. 1849 Mitglied der Preußischen Zweiten Kammer für Wittenberg-Torgau, 1861–1866 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Wittenberg-Querfurt, 1867–1879 für Berlin. 1874–1876 Reichstagsabgeordneter für Berlin IV. Publikationen über das Gefängniswesen, gewerbliche Schiedsgerichte und national-ökonomische und literarische Gegenstände. Gest. 1887 in Berlin.

¹³ AZJ 1879, S. 753. Für eine typische Rede zum Strafvollzug, Haus d. Abg. St. B. 22. 12. 1870, S. 92 f.; *Gustav Eberty*, Das Gefängniswesen . . .

d) Die Demokraten

Guido Weiss

Zu der vierten Gruppe gehörte Johann Jacoby, seit er, ohne aus der Fraktion auszuscheiden, der Fortschrittspartei den Rücken gekehrt hatte. Sein persönlicher und politischer Freund Guido Weiss* war während eines knappen Jahres im Abgeordnetenhaus. Bedeutung konnte er in dieser kurzen Zeit nicht gewinnen. Sein journalistisches Leben spielte sich zwischen Berlin und Frankfurt am Main ab. In Frankfurt gehörte er zu dem politisch gleichgerichteten Kreise Leopold Sonnemanns und seiner „Frankfurter Zeitung“. Weiss eroberte sein Mandat 1869 als Vertreter der antipreußischen Demokratischen Partei Frankfurts. Er verlor es bei den Wahlen vom November 1870. Das Frankfurter Großbürgertum, das die Wahlen durch seine Überlegenheit in der ersten und zweiten Wählerklasse entschied, fing unter dem Eindruck der deutschen militärischen Erfolge an, sich für die preußische Führung zu erwärmen. Der 1869 besiegte liberale Kandidat schlug Weiss mit erheblicher Stimmenmehrheit.

Das Jahr 1848 hatte Weiss aus seiner medizinischen Laufbahn geworfen. Der junge Arzt wanderte als verdächtiger Revolutionär in ein Berliner Gefängnis. Er wechselte den Beruf und wurde einer der glänzendsten Journalisten seiner Zeit. Mehrere Jahre wandte er seine volle Kraft der Berliner Zeitung „Die Zukunft“ zu, aus der er eine große Tageszeitung ähnlich der „Frankfurter Zeitung“ zu machen bemüht war. Sie überlebte das Jahr 1870 nicht. Franz Mehring, der sozialdemokratische Historiker, den Weiss in den Journalismus eingeführt hat, nennt „Die Zukunft“ das ehrlichste und geistreichste, aber auch das am wenigsten gelesene Blatt der bürgerlichen Presse¹⁴.

Weiss arbeitete kurze Zeit in der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, später war er als freier Schriftsteller Mitarbeiter an dem politischen Teil und dem Feuilleton dieser Zeitung. In dem Hafen der „Frankfurter Zeitung“ landeten die damaligen großen journalistischen Talente, deren Leben sich im Kampfe für eine bürgerliche Demokratie in Deutschland und in einem ver-

* Guido Weiss, geb. 1822 in Neumarkt (Schlesien). Studierte Medizin. Dr. med. Ging nach 1848 zum Journalismus über. Parlamentarischer Berichtersteller für die Vossische Zeitung während der Reaktionszeit, Chefredakteur der „Berliner Reform“ in der Konfliktzeit, übernahm 1866 die Redaktion der neu gegründeten „Zukunft“, bearbeitete nach 1870 den ausländischen Teil der „Frankfurter Zeitung“, danach Redakteur der Wochenzeitung „Die Wage“ in Berlin, die die „Zukunft“ fortzusetzen suchte. Seit Ende der siebziger Jahre freier Schriftsteller. 1869–1870 als bürgerlicher Demokrat von Frankfurt in das Preußische Abgeordnetenhaus entsandt. Gest. 1899 in Frankfurt am Main.

¹⁴ Frankfurter Jahrbuch, 1899, S. 141 f.; Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 140 ff., 154, 239, 912. Mehring, Geschichte II, S. 77; III, S. 312; IV, S. 30.

geblichen Ringen gegen den Geist und die Struktur des Bismarckschen Reiches verzehrte.

B. Die jüdischen Abgeordneten Bayerns

Simon Levi und Wolf Frankenburger

In Bayern gab es nach dem Tode Arnheims im Jahre 1864 während einiger Jahre keine jüdischen Abgeordneten. 1869 aber wurden drei Juden gewählt: der Kaufmann Simon Levi, der Justizrat Wolf Frankenburger und der Rechtskonsulent Karl Adler. Levi* und Adler waren die ersten Juden, die von der bayerischen Pfalz in die Zweite Kammer gesandt wurden. Frankenburger** hatte sich schon 1863 um das Nürnberger Mandat beworben. Nachdem er es 1869 erobert hatte, gelang es ihm, den einst von Morgenstern vertretenen Kreis 20 Jahre bis zu seinem Lebensende zu halten. Früher als in den katholischen Gebieten Altbayerns setzten sich liberale Kandidaten in dem überwiegend evangelischen Franken durch.

Levi und Frankenburger setzten sich für den Eintritt Bayerns an der Seite Preußens in dem Kriege gegen Frankreich ein, als der von den Radikalen der Patriotischen Partei beherrschte parlamentarische Ausschuß noch die Kriegskredite ablehnte und eine bewaffnete Neutralität Bayerns befürwortete. Eine Mehrheit der Kammer für die Teilnahme an dem Kriege bildete sich erst in der letzten Stunde unter dem Drucke der Volksstimmung. Damals wies Levi in einer Rede darauf hin, daß in der Pfalz alle Parteien einig seien und mit ihren deutschen Brüdern gehen wollten, ungeachtet des Schweren, das ihnen in ihrem an der Grenze Frankreichs gelegenen Heimatgebiet bevorstehen möge. Wenn der Staat Bayern neutral bliebe, sei die Pfalz für ihn verloren¹⁵.

Bei den später folgenden Beratungen über den Beitritt Bayerns zum Reich traten Levi und Frankenburger für die Bündnisverträge ein, die die Reichseinheit besiegeln sollten. Sie halfen dadurch die erforderliche Zweidrittelmehrheit schaffen, die nur um zwei Stimmen überschritten wurde. Frankenburger stellte im Interesse der deutschen Einheit die schweren Bedenken zurück,

* *Simon Levi*, geb. 1817 in Kirchheimbolanden (Pfalz). Kaufmann, seit 1848 in Landau. 1869 Abgeordneter für Landau-Neustadt. Mitglied des Finanzausschusses der bayerischen Kammer, aktiv an der Beratung von Handelsfragen beteiligt. Nahm hervorragenden Anteil an der Gestaltung der Verordnung vom 27. März 1872, die die Verhältnisse der israelitischen Kultusgemeinden in der Pfalz regelte. Nahm 1875 eine Wiederwahl nicht mehr an. Gest. 1900.

** *Wolf Frankenburger*, geb. 1827 in Obbach (Unterfranken). Studierte Rechtswissenschaft. 1861 zum Advokaten in Nürnberg ernannt. 1869 von Nürnberg in die Zweite Kammer gewählt und regelmäßig wiedergewählt. 1874 bis 1878 Mitglied des Reichstags als Vertreter von Nürnberg (Fortschrittspartei). 1870–1889 Gemeindebevollmächtigter von Nürnberg. Mitglied des Nürnberger Ratskollegiums. Verwaltungsmitglied der jüdischen Kultusgemeinde in Nürnberg. Gest. 1889 in Nürnberg.

¹⁵ *Sybel*, VII, S. 365; *Eckstein*, Beiträge, S. 33 ff.

die die inneren Zustände Preußens und die geplante Reichsstruktur in ihm hervorriefen¹⁶. In seiner großen Rede von Anfang Januar 1871 für das Werk der deutschen Einigung beschwor er bei der Apostrophierung seiner politischen Gegner die Manen Ludwig Uhlands:

„Du hast das Ganze nicht erfaßt,
Der Menschheit großen Schmerz;
Du meinst es löblich, doch Du hast
Für unser Volk kein Herz.“

Frankenburger erntete stürmischen Beifall von der Mehrheit der Kammer¹⁷. Seine Rede, ebenso wie vorher Levis Worte und ihre Aufnahme durch die anderen Abgeordneten zeugen von der Unbefangenheit, mit der die Juden in den hochgehenden Wogen der Begeisterung jener Jahre uneingeschränkt als Deutsche empfunden wurden.

Frankenburger trat nach 1870 als ständiger Referent für den Militäretat und als ausgezeichnete Kenner von Rechtsfragen hervor. Antisemitische Äußerungen in der Kammer in den späteren Jahren ließ er nie ohne Widerspruch durchgehen. Die Länge seines Wirkens im Parlament und seine Leistungen lassen ihn als den bedeutendsten jüdischen Parlamentarier Bayerns erscheinen.

Während zweier Legislaturperioden war Frankenburger auch fortschrittliches Mitglied des Reichstags für Nürnberg. Dort beteiligte er sich vor allem an der Beratung der Justizgesetze. Dadurch zog er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auch außerhalb Bayerns auf sich. Graf Harry von Arnim-Suckow, der nach 1871 Bismarcks gefährlichster, von den Konservativen gestützter Nebenbuhler war, ersuchte Frankenburger, seine Verteidigung in dem gegen ihn angestregten Strafprozeß zu übernehmen. Es handelte sich um die von Bismarck zwecks Unschädlichmachung seines ultrakonservativen Gegners betriebene causa Arnim, in der der frühere deutsche Botschafter in Paris wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung durch Zurückhaltung von Akten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Von seinem Exil in der Schweiz führte Arnim einen wilden publizistischen Kampf gegen Bismarck. Dies trug ihm in einem zweiten Prozeß eine Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus in contumaciam wegen Landesverrats, Majestätsbeleidigung, Beleidigung des Kanzlers und anderer Delikte ein. Bismarck hat dem Vorfall in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ eine stark gefärbte Darstellung gewidmet, in der er die Verantwortung für den Verlauf und das Ergebnis des Verfahrens abzuschütteln und die niedrigen Triebfedern seines Handelns zu verhüllen versuchte¹⁸.

¹⁶ Über Frankenburgers Haltung, *Kraus*, S. 21, 67 ff., 79.

¹⁷ *Eckstein*, Beiträge, S. 23 ff.

¹⁸ *Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen II, S. 189 ff.; *Ziekursch*, II, S. 276; eine gute Gesamtdarstellung bei *Hartung*, S. 47 ff.

Trotz des Angebots eines überaus hohen Honorars lehnte Frankенburger es 1874 ab, die Verteidigung Arnims zu übernehmen. Er folgte seinem Gewissen; er wollte den starren Legitimisten gegen den damals mit den Liberalen zusammenarbeitenden Bismarck nicht vertreten. Frankенburger wäre jedoch der richtige Mann gewesen, um die Schwäche der rechtlichen Grundlagen des Verfahrens und Bismarcks Verantwortung dafür zu beleuchten. Die nachträgliche Einfügung des § 353 a, des sogenannten „Arnim Paragraphen“ in das Strafgesetzbuch im Jahre 1876 bedeutete das Eingeständnis der Regierung, daß der Prozeß gegen Arnim der rechtlichen Basis ermangelte. Bismarck hat Frankенburger in einer privaten Unterhaltung in Bad Kissingen Dank und Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er die Vertretung seines Gegners nicht übernommen hatte.

Karl Adler

Karl Adler* begann als Rechtskonsulent in einer Zeit, in der Juden nur ausnahmsweise zur Rechtsanwaltschaft zugelassen wurden. Seine Tätigkeit übte er zunächst in München aus, dann übersiedelte er in die Pfalz. Dem Landtag gehörte er nur während einer Legislaturperiode als Mitglied der Fortschrittspartei an. Seine Tätigkeit war nicht bedeutend. Er nahm zu Gehaltsfragen unterer Beamten Stellung, zuweilen auch zu sozialpolitischen Problemen, wie der Koalitionsfreiheit, der Fabrikinspektion und den Fabrikordnungen¹⁹.

C. Die jüdischen Abgeordneten der südwestdeutschen Staaten

a) Württemberg

Eduard von Pfeiffer

Eduard von Pfeiffer**, der jüngste Sohn und das dreizehnte Kind des wohlhabenden Direktors der württembergischen Hofbank Marx Pfeiffer, war eine

* *Karl Adler*, geb. 1823 in Speyer. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Rechtskonsulent in München, 1873 Notar in Freinsheim, 1884 in Bad Dürkheim in der Pfalz. 1869–1875 bayerischer Abgeordneter für Speyer-Frankenthal. Gest. 1886 in Bad Dürkheim.

** *Eduard von Pfeiffer*, geb. 1835 in Stuttgart. Studierte Nationalökonomie, Dr. phil. Ausgedehnte Reisen nach England, Frankreich und Italien. 1862 in Stuttgart als Schriftsteller niedergelassen, beschäftigte sich vor allem mit dem Genossenschaftswesen, schrieb auch über europäische Staatsausgaben und über Geschichte, Kritik und Statistik der Staatseinnahmen. Gründer und erster Leiter des Stuttgarter Konsumvereins. Mitglied des württembergischen Landtags für Ulm 1868–1876 (Deutsche Partei). Wurde zum Geheimen Hofrat ernannt und geadelt. Ehrenbürger von Stuttgart. Gest. 1921 in Stuttgart.

¹⁹ Informationen verdanke ich dem Bundesarchiv in Koblenz, dem Staatsarchiv Speyer, dem Archiv des Bayerischen Landtags und dem Standesamt in Bad Dürkheim.

eigenartige Erscheinung im wirtschaftlichen und sozialen Leben Deutschlands. Auf sein Betreiben wurde die württembergische Vereinsbank von Industriellen gegründet, die sich dadurch bei der Kapitalbeschaffung von den bestehenden Bankfirmen unabhängig machten. Pfeiffer war Mitglied des Vorstands, später des Aufsichtsrats. In dieser Eigenschaft war er u. a. an der Gründung der Badischen Anilin- und Sodafabrik beteiligt. Er widmete indessen privatwirtschaftlicher Betätigung den geringsten Teil seiner Zeit. Das Hauptinteresse des Nationalökonomen und Finanzwissenschaftlers galt dem Konsumvereinswesen, später der Hebung der Lage der arbeitenden Klassen im allgemeinen, um die er und seine Frau Julie, geb. Benari, sich durch großzügige Förderung sozialer Bestrebungen bedeutende Verdienste erwarben. Karl Bittel hat Pfeiffers Namen durch eine während des ersten Weltkriegs in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik erschienene Studie der Vergessenheit entrissen. Er rühmt Pfeiffer nach, vor allem durch sein Werk „Über Genossenschaftswesen“ die erste durchdachte Theorie der Konsumgenossenschaft entworfen zu haben und der Schöpfer des Genossenschaftssozialismus geworden zu sein. Bittel gibt ein Verzeichnis von Pfeiffers Schriften und der von ihm herausgegebenen Zeitschriften und zeichnet sein Wirken als Gründer und Leiter des Stuttgarter Spar- und Konsumvereins. Erwin Hasselmann sieht in seiner 1953 erschienenen Studie in dem 1867 auf Pfeiffers Anregung entstandenen Verband der deutschen Konsumvereine in Stuttgart die Grundlegung für die spätere Großeinkaufs-Gesellschaft (G. E. G.).

Pfeiffer strebte über die Auffassung des Konsumgenossenschaftswesens als Organisation zur Verbilligung des Einkaufs und der Abgabe von Waren hinaus. Er hob die Bedeutung der Konsumvereine nicht nur im Zusammenhang mit der Lösung von Arbeiterproblemen, sondern auch für die Durchdringung der kapitalistischen Wirtschaft mit sozialen Ideen und gemeinwirtschaftlicher Praxis hervor. Genossenschaftliche Eigenproduktion, Sparvereinswesen, Großeinkaufs- und Großhandelsgenossenschaften sind bei ihm theoretisch vorweggenommen. Bittel nennt Pfeiffer einen Sozialisten, insofern als er die Betrachtung der politischen und kulturellen Fragen dem Prinzip der gesetzlichen und wirtschaftlichen Reform unterordnete. In seiner Kritik des Kapitalismus traf sich Pfeiffer in vieler Hinsicht mit Lassalle, mit dessen Wirken die Anfänge seiner Tätigkeit zeitlich zusammenfielen. Er lehnte aber Lassalles Lösungsversuche als wirtschaftlich dilettantisch und politisch aussichtslos ab. In seinen Vorschlägen für eine transformierte und reformierte Gesellschaft zeigte er andere Wege zur Emanzipation der Arbeiterschaft. Indem er sie beschritt, setzte er sich Ziele, die weit über die genossenschaftlichen Bestrebungen von Hermann Schulze-Delitzsch hinausgingen. Die Sozialisten warfen ihm vor, daß seine Praxis mit seinen kühnen theoretischen Konzeptionen nicht Schritt hielt. Die Konsumgenossenschaftler alten Stils sahen ihn als einen weltfremden Idealisten an. Die Anhänger Schulzes betrachteten ihn als zu verwegen und zu radikal.

Eduard von Pfeiffer zog sich vor der Übermacht seiner Gegner verschiedener Richtungen nach einigen Jahren resigniert von der Leitung des Stuttgarter Konsumvereins zurück. Er wandte sich der Wohnungsfrage zu, der er eine Schrift widmete, und die er selbst durch die Schaffung einer Stuttgarter Baugenossenschaft in lokalem Rahmen zu lösen bemüht war. Die Errichtung von Wohnkolonien, vor allem der Stuttgarter Siedlungen Ostheim, Südheim und Westheim, sowie der Ulmer Siedlungen ist seiner Initiative zu danken. Ebenso hat er das Verdienst an der Gründung und Leitung vieler anderer gemeinnütziger Einrichtungen, wie Ferienkolonien, Volksküchen, Säuglingsheime, auch eines Büros für Arbeitsnachweis, in einer Zeit, in der staatliche und gemeindliche Wohlfahrtspflege noch nicht existierte. Auch an der Leitung des Arbeiterbildungsvereins, von dem die Baugenossenschaft ihren Ausgang nahm, und an der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung war Pfeiffer beteiligt. Mehr als 50 Jahre hat er den von ihm begründeten Verein zum Wohl der arbeitenden Klassen geleitet. Er gehörte mit Leopold Sonnemann, Max Hirsch und August Bebel zum Führungskreis des Vereinstags deutscher Arbeitervereine. Pfeiffers Leistungen fanden reiche äußere Anerkennung durch Ehrungen von staatlicher und städtischer Seite. Der Stuttgarter Konsumverein wählte ihn 1904 bei der Feier seines 40jährigen Bestehens zum Ehrenvorsitzenden.

Der Pfeiffers Werk über das Genossenschaftswesen beigegebene, dem Abbé Sieyès nachgeahmte Untertitel: „Was ist der Arbeiterstand in der heutigen Gesellschaft? Und was kann er werden?“ enthüllt die Tendenz seines Wirkens: er wollte die Gesellschaft umformen, nicht umstürzen. Politisch erstrebte der junge Pfeiffer vor allem die Reichseinheit. Sie war die Voraussetzung für die Verwirklichung seiner weitreichenden sozialen Pläne. Er neigte einem gemäßigten Liberalismus zu und hatte enge Beziehungen zu dessen Führern, u. a. zu Bennigsen, Lasker und Bamberger. Pfeiffer trat dem Nationalverein bei und wurde schwäbisches Ausschußmitglied des Vereins. Er löste sich aber 1865 von ihm, weil, wie er Bennigsen schrieb, aus seinem Programm „kein deutscher Bundesstaat, sondern ein souveräner preußischer Staat mit einer Reihe deutscher Vasallenstaaten“ hervorgehen würde. Nach 1866 aber konnte er sich für den von den württembergischen Demokraten erstrebten Südbund nicht erwärmen. Er kehrte zu dem Gedanken der Reichseinheit unter preussischer Führung zurück und setzte sich 1867 auf dem Geraer Arbeiter-Vereinstag für Bismarcks Politik ein; er brachte ein Hoch auf das von ihm eingeführte allgemeine und gleiche Wahlrecht zum Norddeutschen Reichstag aus. Pfeiffer trat der von Julius Hölder gegründeten Deutschen Partei bei, die zur Nationalliberalen Partei Württembergs wurde. Er siegte in Ulm 1868 als Kandidat dieser Partei, die sich den in Württemberg herrschenden Strömungen entgegenwarf und mit nicht mehr als 14 Abgeordneten im Landtag vertreten war. Bei den Wahlen zum Zollparlament aber unterlag Pfeiffer in demselben Wahlkreis. Er wurde als Jude besonders in den katholischen Teilen

des Kreises angegriffen, zugleich war er dem Wählervolk zu „preußisch“. Württemberg sandte nur partikularistische Abgeordnete nach Berlin. In den Landtag wurde er 1870 wiedergewählt; die Deutsche Partei verdoppelte ihre Abgeordnetenzahl, der Erfolg der von ihr befürworteten Politik machte sich bezahlt. Ende 1876 kandidierte Pfeiffer erfolglos bei den Reichstagswahlen in Backnang. Die Regierung setzte den amtlichen Apparat gegen den Anhänger des weiteren Ausbaus der Reichseinheit ein. Pfeiffer zog sich von der Tagespolitik auf sein eigentliches Gebiet, die Sozialpolitik zurück. Zum Landtag kandidierte er 1876 nicht mehr²⁰.

Pfeiffer gehört zu den wenigen, die mit wachem Bewußtsein und eigener Anteil- und Stellungnahme den Aufstieg Preußens und die Gründung von Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein erlebt haben und noch in die Weimarer Republik hineinragten.

b) Baden

Rudolf Kusel und Naphtali Näf

Der Obergerichtsanwalt Rudolf Kusel * war der erste jüdische Abgeordnete Badens. Er kam 1861 als Liberaler in die Zweite Kammer und trat der nationalliberalen Partei nach ihrer Begründung bei. Er vertrat Karlsruhe neun Jahre lang und wurde stets fast einstimmig gewählt. Er beteiligte sich ebenso wie der 1869 von Freiburg in die Kammer gewählte und 1877 für drei Jahre in Lörrach wieder gewählte nationalliberale Rechtsanwalt Naphtali Näf ** vornehmlich an der Beratung bürgerlich-rechtlicher und verfassungsrechtlicher Fragen. Beide waren auch gelegentlich Berichterstatter für Entwürfe zur Abänderung der Verfassung. Kusel trat ferner bei der Beratung des Entwurfs über die freie Niederlassung und völlige Gleichberechtigung der Juden hervor. Sie wurde trotz des Proteststurms gegen den Entwurf vor allem aus den

* *Rudolf F. Kusel*, geb. 1809 in Bruchsal. Studierte Rechtswissenschaft. 1831 Rechtspraktikant, gelegentlich aushilfsweise Staatsanwaltsstellvertreter. 1835 Hofgerichtsadvokat in Rastatt, danach in Bruchsal, 1838 in Karlsruhe. 1861 von Karlsruhe als Liberaler in die badische Zweite Kammer gewählt, seit 1867 Nationalliberaler. Mitglied der Kammer bis 1871. Gest. 1890 in Karlsruhe.

** *Naphtali Näf*, geb. 1818. Studierte Rechtswissenschaft. 1842 Rechtspraktikant, 1846 als Verfasser rechtlicher Schriftstücke in Konstanz, 1850 als Advokat in Freiburg (Breisgau) zugelassen. 1869–1871 nationalliberaler Abgeordneter für Freiburg, 1877–1881 für die Stadt Lörrach. Gest. 1891.

²⁰ *Eyck*, Der Vereinstag, S. 67, 82; *Gruber*, S. 541 f.; *Oncken*, I, S. 184; II, S. 156; *Zelzer*, S. 68; 73; 77; 80. S. auch *Bittel*, Eduard Pfeiffer; *Pfeiffer*, Über Genossenschaftswesen. Nachruf im Schwäbischen Merkur, 18. 5. 1921. Für Informationen bin ich Herrn Archivdirektor Dr. Vietzen und Fräulein Dr. Zelzer, Stuttgart, zu Danke verpflichtet.

ländlichen Gebieten 1862 einstimmig beschlossen. Kusel betonte dabei, ohne Widerspruch zu finden, daß die Juden nicht eine Gnade erstrebten, sondern ihr Recht²¹.

c) Hessen

Übersicht

In den schweren politischen Kämpfen, von denen Hessen in den sechziger Jahren geschüttelt wurde, übernahm die Fortschrittspartei die Führung der Opposition gegen den Österreich freundlichen und mit Frankreich zusammenarbeitenden Ministerpräsidenten Reinhard von Dalwigk. Die Partei hatte vor 1866 im Landtag eine Mehrheit, geriet aber in ein schweres Dilemma, als Bismarck den deutschen Krieg entfachte. Sie verlor bei den Wahlen von 1866 fast zwei Drittel ihrer Sitze, führte aber den Kampf für die Reichseinheit gegen das Ministerium weiter und behauptete 1868 ihre elf Mandate, sieben davon in Rheinhessen, das von den Preußen nicht besetzt gewesen war und wo der Preußenhaß schneller verrauchte als im rechtsrheinischen Hessen. Die Partei trat, vergeblich, für den Anschluß ganz Hessens an den Norddeutschen Bund ein, dem nur der nördliche Teil gezwungen angehörte. Ihre Politik fand sich durch die Entwicklung der Dinge bestätigt. Bei den Reichstagswahlen vom März 1871 eroberten die Nationalliberalen, die entsprechend dem preußischen Beispiel aus den Fortschrittlern hervorgegangen waren, sieben von den neun hessischen Wahlkreisen. Im April stürzte Dalwigk, nachdem Bismarck zu erkennen gegeben hatte, daß der verbissenste Gegner seiner Politik in Südwestdeutschland beseitigt werden müsse. Dalwigk reagierte mit der Erklärung, er habe zwar einem Metz und Dernburg ehrenhalber nicht weichen können, gebe aber den Wünschen Bismarcks mit Vergnügen nach²².

Die beiden von Dalwigk erwähnten hessischen liberalen Führer waren jüdischer Abstammung. Außer ihnen waren zwei jüdische Abgeordnete im Landtag. Der Bankier Rudolf Bamberger aus Mainz (1824–1900), der Bruder Ludwig Bambergers, vertrat den Wahlkreis Wörrstadt in Rheinhessen von 1866 bis 1871. Der Fabrikant Marcus Edinger war seit 1865 Abgeordneter von Worms und wurde auch nach der Reichsgründung ständig wieder gewählt. Edinger trat einer von den Fortschrittlern unabhängigen, gemäßigt liberalen Zwergpartei bei.

August Metz

Der politisch bedeutendste unter diesen Abgeordneten war der Führer der Fortschrittspartei, der Rechtsanwalt August Metz*. Dernburg war damals

* *August Metz*, geb. 1818 in Walldürn (Baden), aufgewachsen in Dreieichenhain bei Langen (Hessen). Als zweijähriges Kind katholisch getauft. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1848 Hofgerichtsadvokat in Darmstadt. Vertrat Offenbach im

²¹ *Lewin*, S. 303, 314, 338; *Kalkoff*, S. 386 ff.

²² *Vogt*, S. 204.

noch ein politischer Neuling, zu jung, um sich mit Metz messen zu können. Dieser hatte schon in der Reaktionsperiode Offenbach, die wichtigste hessische Industriestadt und Hochburg des Liberalismus, im Landtag vertreten. Er gewann Anhang und Ansehen durch die Verteidigung mehrerer Opfer der hessischen Reaktion. Er folgte als einer der ersten dem Rufe Bennigsen zur Gründung des Deutschen Nationalvereins, wurde Mitglied, zeitweise stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses des Vereins und sein Führer in Hessen. Bennigsen schenkte ihm unbedingtes Vertrauen und ließ sich darin auch durch Hinweise auf Metz' nicht immer einwandfreie Spekulationen und auf die in der Darmstädter Gesellschaft umlaufenden Skandalgeschichten nicht wankend machen. Metz rechtfertigte Bennigsen's Vertrauen. Der von seinen Gegnern als „doktrinärer Demokrat“ verschrieene Mann trat in den Redeschlachten des Nationalvereins für Bennigsen gegen die süddeutschen Verfechter einer Wiederbelebung der Reichsverfassung von 1849 unter Einsatz seiner vollen Kraft in die Schranken. Sein Name stand an der Spitze der Unterzeichner einer Adresse an den König von Preußen, in der die Mitglieder der Nationalpartei im deutschen Zollparlament ihrem Verlangen nach Herstellung der Reichseinheit Ausdruck verliehen.

Metz war reich und unabhängig, ein glühender Befürworter der kleindeutschen Lösung und wirtschaftlich und sozial ein kompromißloser Vorkämpfer des Manchesterliberalismus. Er war ein hervorragender Propagandist, der Schöpfer und Lenker einer aggressiven Parteipresse, ein Organisator ersten Ranges, von seinen Freunden als begeisternder Volksredner gerühmt, von seinen Gegnern als zügelloser Demagoge geschmäht. Rednerische Vorsicht lag ihm fern, er prägte seine Sätze kühn, oft provozierend. Als Nationalvereinler nannte er das schärfste preußische Militärregiment besser als die kleinstaatliche Misere. Als er sich jedoch 1866 – sehr spät – gegen die preußische Kriegspolitik wandte, geißelte er Bismarcks „frevelfhaften Übermut“ und nannte ihn „die wahre Verkörperung der Gottlosigkeit“. Ein zeitgenössischer Autor schildert Metz folgendermaßen:

„Metz ist der Führer der äußersten Linken; er ist von jüdischer Abkunft, katholisch (im Wallfahrtsort Walldürn geboren) ein genialer, stets bereiter Agitator auf so vielen Versammlungen, die Triebkraft (und der *commis voyageur*) des Nationalvereins, der unerschrockenste Kämpfer gegen Dalwigk und dessen verderbliches System. Er ist Advokat und hat schon viel geopfert; vergeblich wird sein Privatcharakter nach vielen Richtungen hin angegriffen. Ohne Zweifel ist er der gediegenste, geistreichste Redner der Zweiten Kammer . . .“²³.

Landtag von 1850–1855. 1859 Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins. 1862 Abgeordneter von Mainz, seit 1865 von Sprendlingen im hessischen Landtag. Führer der Fortschrittspartei, später nationalliberal. 1868 Mitglied des Zollparlaments, 1871 Mitglied des Reichstags für Bingen-Alzey. Gest. 1874.

²³ *Fendt*, S. 87; *Vogt*, S. 98.

Metz hat nie einen Wahlkampf verloren. Er gehörte dem Landtag von 1850 bis 1855, dann wieder seit 1862 an. 1867 siegte er spielend bei den Wahlen zum Zollparlament in Bingen-Alzey, 1871 erhielt er dort bei der Reichstagswahl fast dreimal soviel Stimmen wie der liberal-konservative Gegenkandidat. Im Reichstag ist Metz nicht hervorgetreten. Er starb im Jahre 1874²⁴.

Friedrich Dernburg

Friedrich Dernburg* war Metz' bester Sekundant in der Kammer, der er für Osthofen angehörte. Auch er war Hofgerichtsadvokat in Darmstadt. Mit umfassender Bildung ausgestattet, für die die Erziehung im Elternhause den Grund gelegt hatte, fühlte er sich früh von der Anwaltspraxis hinweg zur Schriftstellerei, Journalistik und Politik gezogen. Zu der weitverzweigten Gelehrtenfamilie der Dernburgs gehörte nicht nur Friedrichs Vater, der Gießener Rechtslehrer, sondern auch ein in Gelehrtenkreisen als Orientalist und Hebraist hoch angesehener Onkel; dieser begründete als Joseph Derenbourg den französischen Zweig der Familie, der im Judentum verblieb. Von der Mutter Seite her war Friedrich Dernburg mit den Reinachs aus Frankfurt verwandt. Drei Mitglieder der Familie, Joseph, Salomon und Theodor Reinach, haben sich als Philologen, Archäologen und Historiker in der französischen Wissenschaft einen Namen gemacht. Auch sie wanderten aus, weil sie als Juden keine Hoffnung auf Weiterkommen an deutschen Universitäten hatten. Die Professoren des Staatsrechts Edgar und Richard Loening waren gleichfalls Verwandte Dernburgs. Friedrichs Bruder Heinrich Dernburg vertrat die Universität Halle im Preußischen Herrenhause. Nach seiner Berufung nach Berlin wurde er vom König auf Lebenszeit zum Mitglied des Herrenhauses ernannt. Er war einer der schöpferischsten deutschen Rechtsgelehrten. Sein Kollege in der juristischen Fakultät in Berlin, Emil Seckel, nannte ihn einen Fürsten der juristischen Wissenschaft²⁵.

Friedrich Dernburg reifte im hessischen Landtag zum geschickten Parlamentarier heran. Im Reichstag vertrat er von 1871 bis 1881 als Nationalliberaler Offenbach-Dieburg. Von 1874 bis 1878 war er Mitglied des Frak-

* *Friedrich Dernburg*, geb. 1832 in Gießen, evangelisch. Sohn des zum Christentum übergetretenen Gießener Professors Jacob Hartwig Dernburg. Studierte Rechtswissenschaft, Hofgerichtsadvokat in Darmstadt. 1866–1875 Mitglied des hessischen Landtags. 1871–1881 Mitglied der nationalliberalen Fraktion des Deutschen Reichstags, aus der er 1881 ausschied. Wandte sich früh journalistischen und schriftstellerischen Arbeiten zu. 1875 Chefredakteur der Nationalzeitung. 1888 Leiter des Feuilletons des Berliner Tageblatts. Gest. 1911 in Berlin.

²⁴ Gutes Material bei *Heß*, besonders S. 44, 49 ff. und die Tabellen am Ende des Bandes; *Oncken*, I, S. 336 ff. und passim; II, S. 157.

²⁵ NDB 3, S. 607; *Kalkoff*, S. 68; s. auch oben S. 81; über Heinrich Dernburg, *Sinzheimer*, S. 73 ff., 81 f.

tionsvorstandes. Zu einer führenden Stellung ist er jedoch in der Reichstagsfraktion nicht aufgestiegen; er stand im Schatten der Größeren, Bennigsens und Laskers, Forckenbecks, Stauffenbergs und Bambergers. Seiner journalistischen Neigung konnte er seit 1875 als Chefredakteur der nationalliberalen „*Nationalzeitung*“, später als Leiter des Feuilletons des „*Berliner Tageblatts*“ genügen. Als Journalist war Dernburg bedeutend, sein Wissen war umfangreich, sein Stil bestechend. Seine Romane und Schauspiele dagegen ragten über das Mittelmaß nicht hinaus. Der deutsche Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich III., der den gebildeten und interessanten Mann schätzte, forderte ihn auf, ihn auf einer Reise nach Spanien und Rom zu begleiten. Dernburg veröffentlichte Bücher über diese und eine andere Reise, die ihn nach Chicago zur Eröffnung der Weltausstellung führte.

Marcus Edinger

Marcus Edinger* gründete in Worms das erste Bekleidungsunternehmen. Von Worms wurde er in den Gemeinderat der Stadt und in den hessischen Landtag in den entscheidenden Jahren vor und nach der Reichsgründung entsandt. Er war der rechte Repräsentant der Wormser Bürger, deren Gefühle zwiespältig waren. Die Reichseinheit konnte nur unter Preußens Führung im kleindeutschen Reich verwirklicht werden, aber die Preußen waren denkbar unbeliebt. Der Weg sollte durch die Einheit zur Freiheit führen; man hatte gehofft, durch Freiheit die Einheit zu erlangen. Auch erwartete man nicht, daß unter Bismarcks Führung das Ziel der Freiheit je erreicht werden würde. Edinger wirkte mit den Liberalen für die Reichseinheit, trennte sich aber von ihnen nach der Reichsgründung. Er errang die beiden letzten Male sein Mandat im Landtag, dem er während fünf Wahlperioden angehörte, als Parteiloser im scharfen Kampf gegen Liberale aller Schattierungen. Seine Stützen waren die Katholiken, die dem gerecht denkenden Gegner des Kulturkampfes ihre Stimme gaben, und die Arbeiter, die dem sozial empfindenden Unternehmer gegen die kurzsichtigen und engherzigen Manchesterleute zum Wahlsieg verhalfen.

Auch Edinger war ein Anhänger des freien Spiels der Kräfte. Aber er ließ es auch zu Gunsten der Arbeitnehmer gelten. Ihr Koalitionsrecht sollte unbeschränkt sein. Ihr Lohn sollte vor Beschlagnahme zur Schuldentilgung geschützt werden. Der Schulunterricht sollte unentgeltlich werden. Edinger

* *Marcus Edinger*, geb. 1820 in Worms. Kaufmännische Lehre in Frankfurt. Übernahm das väterliche Geschäft, zusammen mit seinem Bruder, erweiterte es, machte es zur ersten Kleiderfabrik in Worms. Beteiligte sich an der Gründung zahlreicher, der Arbeiterwohlfahrt und Arbeiterbildung dienenden Vereinen. 1861–1878 Mitglied des Wormser Gemeinderats, 1865–1878 Mitglied des hessischen Landtags. Mitglied des Vorstands der jüdischen Gemeinde und Mitbegründer eines jüdischen Krankenhauses in Worms. Gest. 1879 in Worms.

arbeitete freudig an dem hessischen Gesetz mit, das die Fortbildungsschule obligatorisch machte. Er setzte sich damals vergeblich für die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts auf die weibliche Jugend ein. Im Sinne von Schulze-Delitzsch und zusammen mit ihm gründete er einen Vorschuß- und Kreditverein. Krankenkassen, Wohnungsvereine und Genossenschaften sowie Arbeiterbildungseinrichtungen verdankten seiner Anregung und Mitwirkung ihre Entstehung. Die Wormser Arbeiter wußten, was sie an Edinger hatten. Als sie ihm zu seiner silbernen Hochzeit einen Fackelzug brachten, hielt er eine begeisterte und zündende Ansprache an die Volksmenge. Brausende Huldigungsrufe tönnten zu dem Fenster hinauf, von dem aus er die Worte an sie richtete. Die Erregung war zu viel für den ermüdeten, herzkranken Mann. Drei Tage später war er tot.

Edingers Wirken auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet, auch seine Arbeit für eine für alle Konfessionen gemeinsame Schule war nicht verschieden von dem, was der linke Flügel der Fortschrittler im Norddeutschen Reichstag und im preußischen Landtag propagierte. Er hatte die Schriften von Marx und Lassalle durchgearbeitet, kannte Lassalle auch persönlich und war noch wenige Tage vor dem Duell, in dem dieser die tödliche Wunde empfing, in der Schweiz auf dem Rigi mit ihm zusammengetroffen. In der Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie aber sah er ein Verhängnis. So vollzog er nicht den Schritt, den Johann Jacoby zuletzt unternommen hatte. Er blieb im Lager des Bürgertums. Hier stand er den Demokraten Jacoby und Leopold Sonnemann näher als den Fortschrittlern. Ein deutscher Patriot, blieb er auch in der Ära des anschwellenden Nationalismus dem Gedanken der Humanität treu, der ihn in das politische Leben getrieben hatte. 1871 beschloß der Wormser Gemeinderat unter seinem maßgeblichen Einfluß, seitens der Stadt nichts zu unternehmen, was dem Sedantag ein festliches Gepräge geben könne. Es sei unschicklich, am Todestag Tausender eine Feier zu veranstalten. Edinger kämpfte auch leidenschaftlich gegen die Ernennung Bismarcks zum Ehrenbürger der Stadt Worms. Darin blieb er erfolglos.

Bei den Wahlen zum Landtag im Jahre 1878 kandidierte Edinger nicht mehr. Die siebziger Jahre sahen den Aufstieg eines anderen Wormser Fabrikanten, des Freiherrn Cornelius Wilhelm Heyl zu Herrnsheim, der auf dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen stand. Die Zeiten wandelten sich. Die Kleinbürger begannen die demokratischen Reihen zu verlassen. Der Entschluß Edingers, sich nicht wieder aufstellen zu lassen, war auf die Hetze zurückzuführen, die von „einer Clique von zelotischen Eiferern und gesinnungslosen Strebern ausging, deren Wirken nicht selten zu dem widerlichsten Terrorismus ausgeartet ist“, wie die „Wormser Zeitung“ in ihrem Nachruf auf Edinger es ausdrückte²⁶.

²⁶ Wormser Zeitung, 16. 6. 1879; die Lebenserinnerungen (in Maschinenschrift) des einstigen Frankfurter Universitätsprofessors Dr. Ludwig Edinger enthalten

In seiner Stellung zum Judentum war Edinger sichtlich von Jacoby beeinflusst. Ihm schwebte ein auf dem reinen Gottesglauben begründetes reformiertes Judentum vor. Er war Spinozist, fühlte sich aber dadurch nicht behindert, überzeugter Jude zu bleiben. Daher pflegte er auch in vorgeschrittenen Jahren im Gegensatz zu Jacoby seine Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft. Politisch verlangte er die Anerkennung der Rechte der Juden auf Verwendung im öffentlichen Dienst.

Edinger hatte nicht die Qualifikation zum Führen einer großen Bewegung. Politischer Ehrgeiz großen Stils war ihm fremd. Sein Wirken in der Provinzstadt befriedigte ihn. Aufforderungen, zum Norddeutschen Reichstag und später zum Deutschen Reichstag zu kandidieren, lehnte er ab. Er glaubte, diese Mandate mit seiner geschäftlichen Tätigkeit nicht vereinbaren zu können. Aber in seinem Kreise war er Berater, Helfer, Anreger; ein Mann voller sozialer und kultureller Initiative, stets bestrebt, sein Gerechtigkeitsgefühl zu betätigen. Die Nächstenliebe war ihm kein leeres Wort, das Ideal kein hohler Begriff. Er gehörte zu denen, die in der Zeit der Bismarckschen Gewaltpolitik und der Gegenstöße der politischen Arbeiterbewegung sowie der sich im Kulturkampf austobenden konfessionellen Intoleranz politisch heimatlos wurden.

D. Jüdische Abgeordnete in mittel- und norddeutschen Staaten

a) Braunschweig

Adolph Aronheim

Der Hofgerichtsadvokat Adolph Aronheim* hatte sich nach seiner kurzen Wirksamkeit in der Braunschweiger Landesversammlung im Revolutionsjahre sehr gewandelt. Damals war er der Hauptsprecher der radikalen Demokratie. Er stand auf dem äußersten linken Flügel des deutschen Parteiensystems. Zusammen mit E. Lucius trat er als der intellektuelle Führer des 1848 begründeten Braunschweiger Arbeitervereins hervor. Sein Name erscheint häufig in den damaligen Polizeiakten. Als Aronheim 1866 von neuem in die Landesversammlung entsandt wurde, gehörte seine Sympathie der Arbeitgeber-

* *Adolph Aronheim*, geb. 1818 in Braunschweig. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Rechtsanwalt in Braunschweig. Seit 1872 Mitglied der Direktion der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft. 1849 und 1866 bis 1872 Mitglied der Landesversammlung. 1858 Stadtverordneter von Braunschweig. 1863 wiedergewählt, 1868 ausgeschieden, 1879 von neuem gewählt. Gest. 1880 in Braunschweig.

viele Angaben über seinen Vater Marcus Edinger. Ich verdanke die Einsicht in das Manuskript Frau Dr. Tilly Edinger, Cambridge (Mass.) U.S.A., und weitere Information Frau Eva Ehrenberg, einer Enkelin Marcus Edingers, sowie Herrn Archivdirektor Dr. Knoepp, Darmstadt, und Herrn Hans Kühn, Worms. S. auch *Ehrenberg*, S. 19 ff.

schaft. Er wurde einer der Führer der nationalliberalen Partei. 1872 zog er sich vom politischen Leben zurück und gab auch sein Mandat und die Anwaltspraxis auf, um in die Direktion der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft einzutreten und sich dieser Tätigkeit voll zu widmen.

Noch einmal trat Aronheim jedoch 1878 politisch in den Vordergrund. Nach den beiden Attentaten auf Wilhelm I., die zum Erlaß des Sozialistengesetzes führten, propagierte er die Sammlung aller reichstreu genannten bürgerlichen Kräfte gegen die Sozialdemokratie. Aronheim wurde der politische Mentor der „Vereinigten Arbeitgeber“. Dabei zeigte er in seiner leidenschaftlichen Sprache und in seinen Aufrufen zum Boykott sowie in Entlassungsdrohungen gegen sozialdemokratische Arbeiter den fanatischen Haß des politischen Konvertiten gegen die Kreise, denen er einst nahe gestanden hatte. 1879 ließ er sich von neuem in die Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung wählen, der er schon in den sechziger Jahren angehört hatte.

Aronheim war der Vorsteher der Braunschweiger jüdischen Gemeinde. Der „*Braunschweiger Volksfreund*“, das sozialdemokratische Organ, wies in der aufgewühlten Zeit wiederholt darauf hin. Er warnte die Braunschweiger Juden, die noch kürzlich Verfolgte waren, selbst zu Verfolgern zu werden. Diejenigen, denen man vorgeworfen hatte, Christenkinder zu schlachten und Brunnen zu vergiften, sollten sich hüten, gegen die Sozialdemokraten ebenso unwahre Vorwürfe zu erheben. Der jüdische Redakteur des „*Volksfreund*“, Samuel Kokosky, ein Führer der braunschweigischen Arbeiterbewegung, apostrophierte in einem längeren Gedicht Aronheim in ernstem Ton:

„Dem *Juden* Aronheim dies Wort ertönt,
 Ich darf es hier zu sprechen mich vermessen,
 Ich wünsch' die Menschheit brüderlich versöhnt
 Und mahne dich an das, was du vergessen.
 Demselben Stamm wie du ich auch entsproß,
 Er ist ein Zweig nur von der Menschheit Baum,
 Und dessen Herz der Menschheit sich erschloß,
 In dem ist auch für Klassenhaß kein Raum.“

Aronheim starb 1880. Eine Braunschweiger Zeitung nannte ihn in ihrem Nachruf eine der hervorragendsten Intelligenzen der Braunschweiger nationalliberalen Partei²⁷. Aronheim, ohne Zweifel ein hoch intelligenter Mann, neigte jedoch dem Extremismus zu, wo immer er auch stand. Seine Anlage führte zu Reibungen und Zusammenstößen politischer und persönlicher Art. Er ermangelte jener charakterlichen Festigkeit, die den entscheidenden Maßstab zur Beurteilung eines im politischen Leben stehenden Menschen liefert.

²⁷ Informationen über Aronheim verdanke ich den Herren Archivdirektoren Dr. Kleinau, Wolfenbüttel, und Dr. Moderhack, Braunschweig, sowie Herrn Professor Dr. Eckert, Braunschweig. S. auch *Eckert*, Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung, S. 117 f.; 125 f.; 133 ff.; *derselbe*, Die Braunschweiger Arbeiterbewegung I, S. 19; 27 f.; 334; über Kokosky, *Eckert*, Samuel Spier und Samuel Kokosky, S. 79 ff.

b) Hamburg

Übersicht

Als die Reaktionszeit beendet war, beteiligte sich das jüdische Element an der Gestaltung des öffentlichen Lebens Hamburgs ebenso lebhaft wie während der Revolution. Dies zeigte sich 1859, als eine „Bürgerschaft“ von 192 Mitgliedern gesetzlich konstituiert wurde. Mehr als 5 % der Bürgerschaft bestand aus jüdischen Mitgliedern. Seit dieser Zeit fehlten Juden in keiner Wahlperiode in der Vertretung des Stadtstaats. Sie wurden dank ihrer bedeutenden Stellung in der Wirtschaft oder als geachtete Akademiker, vor allem Anwälte, sowohl von den Wahlkörpern der Grundeigentümer und der Notabeln, als auch in den allgemeinen Wahlen, aus denen etwas weniger als die Hälfte der Gewählten hervorging, in die Bürgerschaft entsandt.

So weist Hamburg eigenartige Züge in der Stellung der Juden im parlamentarischen Leben auf. Hätte Preußen nicht Frankfurt 1866 annektiert, so wäre vermutlich die Situation dort ähnlich geblieben. Die Teilnahme jüdischer Bürger an der Bürgerschaft wurde zeitlich auch dann nicht unterbrochen, als die antisemitische Bewegung in Deutschland ihre Höhepunkte erreichte. Ihre Zahl war relativ größer als in irgendeinem anderen deutschen Einzelstaat, was im wesentlichen auf den Charakter Hamburgs als Stadtstaat, aber auch auf das das Hamburger Patriziat begünstigende und die Arbeiterschaft benachteiligende Wahlrecht zurückzuführen ist. Da der rechtsliberal-großbürgerliche Charakter der Hamburger Bürgerschaft kaum wechselte, waren jüdische Mitglieder oft lange Zeit, zuweilen über 30 Jahre, Bürgerschaftsmitglieder. Die Aufgeschlossenheit des Hamburger Bürgertums ging weit genug, um nicht nur Abkömmlingen alteingesessener Familien, sondern auch kürzlich Zugezogenen den politischen Aufstieg zu ermöglichen, wenn man sich von ihren Talenten Nutzen für die Stadt versprach. Aber sie ging nicht weit genug, um Juden die Pforten des Senats zu öffnen. Bis 1918 war die Taufe die Vorbedingung für eine Wahl in den Senat. In der Bürgerschaft jedoch erregte das Erscheinen mehrerer Mitglieder der gleichen Familie zu derselben Zeit oder innerhalb mehrerer aufeinander folgenden Generationen keinen Anstoß. Die Wolffsons spielten eine dominierende Rolle von 1848–1910. Die Hertz', die Warburgs und die Robinows sind wiederholt gleichzeitig oder nacheinander Bürgerschaftsmitglieder gewesen²⁸.

Über Gabriel Riesser ist bereits in anderem Zusammenhang berichtet worden. Isaac Wolffson, Anton Ree und Marcus Wolff Hinrichsen waren nicht

²⁸ Staatsarchiv Hamburg DC I (601) Mitgliederverzeichnis der Hamburger Bürgerschaft 1859–1959. Soweit Mitglieder der Bürgerschaft von 1859 angehörten, s. auch Heyden, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft. Über die Einstellung zu Juden und getauften Juden, s. *Lippmann*, S. 102 ff. Dem Staatsarchiv Hamburg bin ich für die Erlaubnis zur Benutzung seines Materials und für Informationen zu Danke verpflichtet.

nur Mitglieder der Bürgerschaft, sondern zeitweise auch des Norddeutschen Reichstags oder des Deutschen Reichstags. Siegmund Hinrichsen saß seit 1871 über 30 Jahre in der Bürgerschaft, die letzten 10 Jahre als ihr Präsident. Andere Juristen oder Männer der Wirtschaft traten an Bedeutung hinter ihnen zurück, haben aber gleichfalls wichtige Funktionen in der Bürgerschaft ausgeübt. Viele, die in dem Jahrzehnt vor der Reichsgründung aufsteigen, ragen in die siebziger Jahre, einige in das Zeitalter Wilhelms II. hinein.

Isaac Wolffson

Nach dem Ausscheiden Riessers aus der Bürgerschaft wurde Isaac Wolffson*, einst ein Schüler der israelitischen Freischule in Hamburg, der führende Parlamentarier. Er war von 1859 bis 1889 Mitglied der Bürgerschaft und von 1861 bis 1863 ihr Präsident. Zwischen 1871 und 1881 war er Inhaber eines Doppelmandats, da er damals auch nationalliberaler Reichstagsabgeordneter für den 3. Hamburger Wahlkreis war. Auch nach seinem Ausscheiden aus der Bürgerschaft im Dreikaiserjahr wurde Wolffson weiter zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben berufen. Der Bundesrat ernannte ihn als einzigen ständigen Vertreter der Rechtsanwaltschaft zum Mitglied der zehnköpfigen Kommission für die zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Vorbereitungsstadium. Er war „eine Zierde seiner Vaterstadt und seines Standes“²⁹.

Wolffson war ein Mann des *juste milieu* in seiner Partei. Bamberger nannte ihn „einen der mildesten Volksvertreter“, im Gefühl des Abstandes seines eigenen kämpferischen Temperaments von Wolffsons Art.

Wolffson beteiligte sich im Reichstag 1875 und 1876 eifrig an der Beratung der Justizgesetze. Seine Haupttätigkeit galt dem Wohl der Stadt Hamburg. Er führte den erfolgreichen Widerstand gegen den Versuch Preußens, Altona und einen Teil Hamburgs durch Mehrheitsbeschluß des Bundesrats in das deutsche Zollgebiet einzubeziehen. Zusammen mit einem Hamburger Fraktionskollegen brachte er alle Parteien außer den Konservativen in der Abwehr dieses Vorstoßes hinter sich. Er trat dabei von der Reichstagstribüne aus für die Interessen Hamburgs ein und legte das Hauptgewicht auf das Argument, daß ein solcher Schritt ohne die Zustimmung des Hamburger Se-

* Isaac W. Wolffson, geb. 1817 in Hamburg. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Hilfsarbeiter bei einem Anwalt; nach der Revolution 1848 zur Rechtsanwaltschaft zugelassen. 1879 1. Vorsitzender der Anwaltskammer der drei Freien Städte. Beteiligte sich an der Revolution von 1848, Mitglied der Hamburger Konstituierenden Versammlung. 30 Jahre Mitglied, zeitweise Präsident der Hamburger Bürgerschaft. 1871–1881 Reichstagsabgeordneter für Hamburg III (nationalliberal). 1875 bis 1876 Mitglied der Reichstagskommission für die Beratung der Justizgesetze. Gest. 1895 in Hamburg.

²⁹ ADB 44, S. 68.

nats verfassungswidrig sein würde. Ebenso verhandelte er in derselben Frage mit Bismarck, der Wolffsons und seiner Kollegen verfassungsrechtliche und wirtschaftspolitische Bedenken als Ausfluß eines engen Hamburger Partikularismus kritisierte. Auch andere mißbilligende Bemerkungen über die Regierung der Stadt Hamburg ersparte er ihnen nicht. Die Haltung Hamburgs schien ihm durch die republikanischen Sympathien des Stadtstaats bestimmt zu sein; er behauptete selbst, daß dort zum Unterschied von Preußen eine Art von geheimer Polizei herrsche, vor der noch die auf seinem Gute tätigen, aus Hamburg stammenden Arbeiter zitterten³⁰.

In der Bürgerschaft war Wolffson Berichterstatte für wichtige Gesetze, wie u. a. die Revision der Verfassung, die Umwandlung der Hamburger Währung und das Kranken- und Sterbekessengesetz. Ebenso nahmen ihn Aufgaben auf dem Gebiet der Durchführung der Wirtschafts- und Justizgesetzgebung in Anspruch. Auch seine schriftstellerische Arbeit war auf handelsrechtlichem und öffentlich rechtlichem Gebiet Problemen Hamburgs gewidmet. Über Hamburgs Staatsrecht lieferte er einen Beitrag zu Marquardsens „Handbuch des öffentlichen Rechts“³¹.

Wolffsons Bildrelief an einer der Säulen der Hamburger Rathausdiele, das ebenso wie das Gabriel Riessers in der nationalsozialistischen Zeit zerstört wurde, ließ der Senat nach dem Zweiten Weltkriege wiederherstellen. Seine Büste steht in derselben Halle des Hamburger Oberlandesgerichts, in der sich die Büste des ersten Präsidenten dieses Gerichts befindet. Sie erinnert daran, daß Wolffson 1879 der erste Präsident der gemeinsamen Anwaltskammer der drei Freien Städte wurde. Er hat dieses Amt bis zu seinem Tode innegehabt.

Anton Ree

Anton Ree*, ein anderes Mitglied der Bürgerschaft, wurde von einem Hamburger Wahlkreis in den Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Es gelang ihm später noch einmal, als Vertreter der Fort-

* *Anton Ree*, geb. 1815 in Hamburg. Studierte Philosophie und Hebräisch, 1835 Dr. phil. 1838 Lehrer an der israelitischen Freischule in Hamburg, 1848 Leiter derselben Schule. Im gleichen Jahre Mitglied der konstituierenden Versammlung der Bürgerschaft, ihres Verfassungsausschusses und des zur Ausarbeitung der Gesetze eingesetzten Ausschusses. 1859–1871 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. 1867 bis 1870 Mitglied des Norddeutschen Reichstags für den 2. Hamburger Wahlkreis, 1881 bis 1884 Mitglied des Reichstags für den 3. Hamburger Wahlkreis. Gest. 1895 in Hamburg.

³⁰ *Poschinger*, III, S. 14 ff. Die Darstellung bei Poschinger beruht auf Wolffsons Mitteilungen. S. auch *Bamberger*, Bismarck Posthumus, S. 25. – Artikel 34 der damaligen Reichsverfassung bestimmte, daß Hamburg als Freihafen mit einem Teil des umliegenden Gebiets außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze bleiben sollte. Später wurde diese Bestimmung geändert.

³¹ *Wolffson*, S. 1 ff.

schrittspartei für eine Legislaturperiode in den Reichstag zu gelangen. Die Rees gehörten zu den ältesten und bedeutenden jüdischen Familien Hamburgs. Der Familie Ree entstammte mütterlicherseits Carl Melchior, der Mitinhaber des Bankhauses M. M. Warburg, der in der Weimarer Zeit bei den Friedensverhandlungen in Versailles, bei den Reparationsbesprechungen und als Mitglied des Finanzausschusses des Völkerbundes hervorgetreten ist.

Anton Rees Schicksal bestimmte sich, als sein wohlhabender Vater sein Vermögen verlor. Er mußte seine Absicht aufgeben, die akademische Laufbahn zu ergreifen, und nahm eine Stelle als Lehrer an der israelitischen Freischule in Hamburg an. Er wurde 1848 Direktor der Schule und blieb ihr bis an sein Lebensende verbunden³².

Als Erzieher, Organisator und Mitglied der Bürgerschaft wirkte Ree für sein Lebensziel, eine gründliche, volkstümliche Reform des Schulwesens. Damit war er seiner Zeit voraus. Ungleich Riesser und Wolffson, die Liberale, aber nicht Demokraten waren, leistete er Pionierarbeit für den demokratischen Gedanken auf politischem und pädagogischem Gebiet. Er trat für die gemeinsame Erziehung von Reich und Arm, Juden und Christen ein. Er kämpfte gegen die Standesschule für die allgemeine staatliche Volksschule, die Hamburg damals noch nicht kannte. Er wurde auch später nicht müde, gegen die rückständige Hamburger Schulgesetzgebung anzukämpfen. Er verlangte, daß der Staat allen Kindern die gleiche Arena für ihr Fortkommen eröffne und den Kindern Unbemittelter freien Unterricht auf höheren Schulen gewähre. Die mittleren und höheren Schulen sollten sich organisch auf den unteren Erziehungsanstalten aufbauen. Im Reichstage setzte sich Ree 1881 für den gleichen Gedanken ein. Graf Helmuth von Moltke zog ihn damals in ein Gespräch darüber, ob ein solches Schulwesen einen körperlich und geistig besseren einjährig-freiwilligen Stand ergeben würde; das interessierte begreiflicherweise den Chef des Generalstabes an Rees Projekt am meisten. Ree blieb stets dem von ihm 1848 proklamierten Grundsatz treu, daß der Staat für die Bildung seiner Angehörigen in für alle gemeinsamen Schulen Sorge zu tragen habe. Dies sah er als eine Verwirklichung der Hegelschen Forderung an, daß sich im Staate die sittlichen Ideen offenbaren und entwickeln sollten.

Genau so handelte Ree als Pädagoge in der von ihm geleiteten Schule. Aus der zweiklassigen machte er eine sechsklassige, schließlich eine neunklassige Anstalt mit einem Schulgeld, das nach der Leistungsfähigkeit der Eltern abgestuft war, und mit zahlreichen Freistellen für Minderbemittelte. Aus der jüdischen Schule machte er eine Simultanschule, in der Juden und Christen gemeinsam unterrichtet wurden. Er setzte diese Umbildung in jahrelangem Kampfe gegen die deutsch-israelitische Gemeinde in Hamburg durch. Ree trat rednerisch und schriftstellerisch für Gewissensfreiheit ein. Er gründete

³² ADB 53, S. 255; AZJ 1916, S. 580 ff.; *Hoffmann*, II, S. 244 f.; Reichstag St. B. 30. 11. 1881, S. 122; 16. 12. 1881, S. 418 ff.

eine Gesellschaft zur Hebung der sozialen und politischen Lage der Juden, die er sich von einer besseren Erziehung und der Bekämpfung der besonderen jüdischen Mundart erhoffte. Er trat an die Spitze der Gesellschaft und gewann Wolffson dafür, den stellvertretenden Vorsitz in ihr zu übernehmen. Ein reiner Idealist und lauterer Charakter, war er von dem Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft auf der Grundlage religiöser und politischer Toleranz und liberaler Anschauung überzeugt.

Die Hinrichsens

Siegmund Hinrichsen und Marcus Wolf Hinrichsen waren Männer der Wirtschaft. Siegmund Hinrichsen war ein Bankfachmann und später Mitinhaber einer Bankfirma. Von 1889 bis 1891 war er Präses der Handelskammer. Er war Mitglied der Bürgerschaft von 1871 an, Erster Vizepräsident im Jahre 1880 und Präsident von 1892 bis zu seinem Tode im Jahre 1902, allgemein geschätzt als ein musterhafter Verhandlungsleiter³³.

Marcus Wolf Hinrichsen*, ein Großkaufmann, gehörte der Bürgerschaft 30 Jahre an. Von 1868 bis 1870 war er nationalliberaler Vertreter eines Hamburger Wahlkreises im Reichstag des Norddeutschen Bundes und Mitglied des Deutschen Zollparlaments. Auch Marcus Hinrichsen war ein Jahr lang Präses der Hamburger Handelskammer. Als Leiter der Verwaltung der Hamburger Zollvereinsniederlage wirkte er im Sinne der freien Bewegung des Handels und der Förderung des Hamburger Freihafens über die Grenzen Hamburgs hinaus. Hinrichsen war Mitglied des Vorstands der deutsch-israelitischen Gemeinde und nahm sich tatkräftig der zahlreichen jüdischen Auswanderer aus Rußland an, die seit den Pogromen von 1880 Hamburg auf dem Wege nach Amerika passierten. Auch die Rückwanderer, die in Amerika nicht festen Fuß fassen konnten und auf ihrer Rückkehr durch Hamburg kamen, konnten auf seine moralische und finanzielle Unterstützung rechnen³⁴.

Andere Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft

Unter anderen Bürgerschaftsmitgliedern Hamburgs waren weitere Männer der Wirtschaft wie Siegmund Robinow, August Sanders und Hartwig Samson

* *Marcus Wolf Hinrichsen*, geb. 1830 in Hamburg. Kaufmann in der Firma May und Hinrichsen in Hamburg. 1868 Mitglied, 1873 Präses der Handelskammer in Hamburg. 1868 und von 1871–1901 Mitglied der Bürgerschaft, 1874–1879 Mitglied der Deputation für Handel und Schiffahrt, Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Zollvereinsniederlage. 1868–1870 Mitglied des Norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments. Vorstandsmitglied der deutsch-israelitischen Gemeinde. Leiter der Abteilung Hamburg der Alliance Israélite Universelle. Gest. 1902 in Hamburg.

³³ Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog VII, S. 221 f.

³⁴ Der Gemeindebote (Beilage zur AZJ) 25. 4. 1902, S. 3; Nachruf in Hamburgerischer Korrespondent, 18. 4. 1902, Abendausgabe.

Hertz. Robinows Söhne traten später zur Zeit Bismarcks und Wilhelms II. in die Bürgerschaft ein. Beide, Johannes Adolph und Hermann Moses Robinow waren Mitglieder der väterlichen Firma. Sanders (1809–1881) wurde bereits 1854 Deputierter des Commerziums als das erste jüdische Mitglied dieser Behörde. Er war ein enger Freund der Warburgs und stand der Witwe Aby S. Warburgs nach dessen Tod in der Führung des Bankhauses M. M. Warburg bei, bis die Söhne Siegmund und Moritz Warburg genügend Erfahrung zur Führung des Unternehmens gesammelt hatten³⁵. Hartwig Samson Hertz hatte 1848 an der konstituierenden Versammlung teilgenommen, war kenntnisreich auf vielen Gebieten und beteiligte sich lebhaft an Arbeiterbildungsbestrebungen. Er war auch publizistisch tätig. Der in Prag geborene Heinrich Hertz war von 1860 bis 1862 in der Bürgerschaft. Sein Sohn Gustav Ferdinand Hertz, der sich taufen ließ, spielte eine bedeutsamere Rolle. Er wurde Jurist und wirkte 18 Jahre hindurch in der Bürgerschaft, zeitweise als ihr erster Vizepräsident. Danach war er ein hoher Hamburger Richter. Er wurde 1887 zum Senator gewählt und mit der Leitung der Justizverwaltung und des Gefängniswesens betraut. Andere juristisch gebildete Mitglieder der Bürgerschaft waren Daniel Hertz, Heinrich Steinthal, John Israel und Heymann Baruch Levy. Die beiden letzteren gehörten der Bürgerschaft über 30 Jahre an. Steinthal spielte eine wichtige Rolle als stellvertretender Vorsitzender der Schätzungskommission für Expropriationen, als der Zollanschluß Hamburgs zustande gekommen war und gewisse Enteignungsverfahren eingeleitet werden mußten. Auch als Vorsitzender des Schiedsgerichts für Unfallversicherungssachen, später des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung übte er wichtige Funktionen aus. Der Rechtsanwalt Levy gehörte dem Budgetausschuß an und war, ebenso wie Israel, in der Oberschulbehörde tätig. Sein Interesse an jüdischen Dingen betätigte er als Vorstandsmitglied der deutsch-israelitischen Gemeinde, als Präses der Talmud Thora Schule und als Begründer des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur.

E. Reichsfreundliche Grundhaltung der jüdischen Abgeordneten

Unter den jüdischen Mitgliedern der einzelstaatlichen Parlamente waren Gemäßigte und, nach den Begriffen der damaligen Zeit, Radikale, Anhänger des Manchesterliberalismus und Vorkämpfer des Kooperatismus, hinreißende Redner und zurückhaltende Fachleute, Industriekapitäne und Intellektuelle, auf Profit bedachte Geschäftsleute und Verächter des Mammons, Vertreter des Arbeitgeberstandpunkts und Verfechter der sozialen Gerechtigkeit. Mit der bemerkenswerten Ausnahme Johann Jacobys waren alle aus Überzeu-

³⁵ *Eduard Rosenbaum*, S. 125. Die Angaben über die anderen Mitglieder der Bürgerschaft beruhen auf den in Anm. 28 oben genannten Quellen.

gung oder aus Überlegung Anhänger der Reichseinheit in Form der kleindeutschen Lösung. Die Stimmung der jüdischen Abgeordneten entsprach der Stimmung der jüdischen Bürger, die in ihrer großen Mehrheit die Schaffung der Reichseinheit unter preußischer Führung erstrebten und im großdeutschen Gedanken nicht verwurzelt waren; dieser verlor bei dem größten Teil der süddeutschen Bevölkerung erst nach 1866, dann allerdings mit überraschender Schnelligkeit, seine Anziehungskraft.

Bei den jüdischen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses ist diese Haltung nicht verwunderlich. Sie konnten sich für die von ihnen erstrebte Reichseinheit einsetzen, ohne einen Deut ihrer Loyalität und Anhänglichkeit an die Hohenzollern zu opfern. Auch in Baden waren Regierung und die Mehrheit des Bürgertums damals auf das preußisch-deutsche Reich bereit festgelegt. Bemerkenswert aber ist die Einstellung der jüdischen Abgeordneten in Bayern, Württemberg und Hessen. Hier war die Stimmung antipreussisch, der deutsche Nationalverein fand keinen starken Widerhall. 1868 sandte Süddeutschland eine partikularistische Mehrheit in das Zollparlament. Keiner der jüdischen Abgeordneten aber wurde von diesen Strömungen ergriffen. Sie traten im Gegenteil in der Unterstützung der kleindeutschen Lösung in den Vordergrund. Metz, Bennigsens brillanter Sekundant, führte im Nationalverein in Hessen, Württemberg wurde durch Pfeiffer im Ausschuß des Vereins repräsentiert. Die vier jüdischen Abgeordneten Hessens standen sämtlich im Lager des kleindeutschen Reiches. Unter den Preußen feindlichen Konservativen, Klerikalen und Demokraten, auch unter den Liberal-Konservativen, die sich unter dem Druck der Ereignisse widerstrebend dem Einheitsgedanken ergaben, fand sich kein jüdischer Abgeordneter. Metz und Ludwig Bamberger vertraten 1868 zwei von den drei Wahlkreisen Rheinhessens im Zollparlament; Metz, Ludwig Bamberger und Dernburg waren drei von den insgesamt sieben Nationalliberalen und von den neun hessischen Abgeordneten überhaupt, die 1871 in den ersten Reichstag einzogen. Pfeiffer schloß sich in Württemberg der Deutschen Partei an, deren Name ihr Programm anzeigt. In der bayerischen Kammer brachte Levi, sonst in keiner Weise ein führender Mann, 1870 im entscheidenden Augenblick die Stimmung der bayerischen Pfalz so kraftvoll zum Ausdruck, daß Sybel in seiner Geschichte der Reichsgründung seinen Namen und seine Rede der Erwähnung wert fand. Frankenburger aus Nürnberg hielt eine entscheidende Rede zu Gunsten der heftig umstrittenen Bündnisverträge.

Die jüdischen Abgeordneten hatten also geringe Mühe, sich vom einzelstaatlichen Partikularismus zu lösen. Die Zukunft im geeinten Reich schien ihnen mehr Glück zu verheißeln als die mit trüben Erinnerungen verknüpfte Vergangenheit. Obwohl sie in ihrer großen Mehrheit der gemäßigt liberalen Mitte angehörten, sahen sie in ihrer reichsfreundlichen Haltung über den autoritären Charakter des preußischen Staates hinweg. Die meisten waren bereit, die preußische Vorherrschaft im Reich hinzunehmen. Die Zusammen-

arbeit Bismarcks mit den liberalen Kräften nach dem deutschen Kriege stärkte die Hoffnung, daß die Freiheit sich in den Institutionen des kommenden Reiches durchsetzen würde, selbst wenn sie nicht in dem gewünschten Umfang zugleich mit der Einheit erkämpft werden konnte. Einige freilich hatten schwere Bedenken. Aber auch sie sahen keinen anderen Weg als die kleindeutsche Lösung. Die jüdischen Parlamentarier standen bei der Erkämpfung des kleindeutschen Reiches in der vordersten Reihe.

4. DIE JÜDISCHEN ABGEORDNETEN IN DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN NACH DER REICHSGRÜNDUNG

A. Der Deutsche Reichstag in der Zeit Bismarcks

Insgesamt waren im Norddeutschen Reichstag und im Deutschen Reichstag von 1867 bis 1916 52 Juden unter rund 3000 Abgeordneten. Das Mandat mancher unter ihnen war kurz bemessen und überschritt nicht eine Legislaturperiode. Dagegen war Bamberger 25 Jahre, Lasker 17 Jahre Abgeordneter. Unter den Sozialdemokraten nahmen Paul Singer und Arthur Stadthagen ihre Mandate 27 Jahre wahr. 34 jüdische Volksvertreter gehörten einer bürgerlichen Partei, 18 der Sozialdemokratie an. Von den Juden in den bürgerlichen Parteien waren 17 dem Bekenntnis nach Juden, von den anderen 17 Söhnen jüdischer oder ehemals jüdischer Eltern waren 16 evangelisch und einer, August Metz, katholisch. Tabelle I gibt eine Übersicht über die Gesamtzahl der jüdischen Abgeordneten.

Die statistische Übersicht gewinnt größere Bedeutung, wenn man die Zeit Bismarcks und die wilhelminische Periode getrennt behandelt. Dabei treten sehr unterschiedliche Tendenzen zu Tage, die sich freilich schon gegen Ende der Zeit Bismarcks bemerkbar zu machen beginnen. Die folgende Tabelle II der jüdischen Parlamentarier in den bürgerlichen Fraktionen bis 1918 läßt dies erkennen. Wie sich aus der Tabelle III ergibt, prägen sich noch stärker die Unterschiede zwischen der Entwicklung in den bürgerlichen Fraktionen und in der Sozialdemokratie aus, der ein besonderer Abschnitt vorbehalten ist.

Die Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag fanden im Februar 1867 (1867 I), diejenigen zum ordentlichen Norddeutschen Reichstag im August 1867 (1867 II) und die ersten Wahlen zum Deutschen Reichstag im Februar 1871 statt. 1890 wurde kurz vor der Entlassung Bismarcks die letzte Reichstagswahl unter seiner Kanzlerschaft abgehalten. 1912 wählten die Deutschen zum letzten Mal unter der Monarchie.

Im Norddeutschen Reichstag waren 295, im Reichstag von 1871 382 und seit 1874 infolge des Hinzutritts der Vertreter der 15 elsäß-lothringischen Wahlkreise 397 Abgeordnete.

a) Gesamtübersicht

Zahl, Berufszusammensetzung und geographische Verteilung

Die Zahl der zwischen 1867 und 1878 gewählten jüdischen Abgeordneten schwankt zwischen sieben (1867) und elf (1874). Im Durchschnitt lag die Anteilsziffer zwischen 2 % und 3 % der Gesamtzahl. In der liberalen Epoche wurden zweimal je sieben Abgeordnete gewählt, die sich der Religion nach als Juden bekannten. Der Kurswechsel der deutschen Politik wirkte sich deutlich im Rückgang der Zahl der jüdischen Abgeordneten aus. 1881 wurden noch sieben Abgeordnete jüdischer Abstammung, davon sechs Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft gewählt. Bei den Wahlen von 1884 kamen jedoch nur noch vier, darunter zwei getaufte Juden, 1887 nur ein Jude und ein getaufter Jude und 1890 wieder zwei Juden und drei getaufte Juden in

Tabelle I
Gesamtzahl der Abgeordneten jüdischer Abstammung
im Norddeutschen und Deutschen Reichstag 1867–1918

	Bürgerliche	Sozialdemokraten	Zusammen
Jüdischer Religion	17	8 ¹	25
Dissidenten			
Freireligiöse	–	8 ²	8
Evangelisch	16	2 ³	18
Katholisch	1	–	1
Zusammen	34	18	52

¹ Einer von diesen seit 1912 Dissident.

² Dazu seit 1912 zwei, von denen sich einer vorher als jüdisch, der andere als evangelisch bezeichnet hatte.

³ Einer von diesen seit 1912 Dissident.

das Parlament. Bei den folgenden vier Wahlen wurden nur getaufte Juden gewählt. Ihre Zahl stieg von je ein bzw. zwei auf vier im Jahre 1907. Von 1893 an waren also 19 Jahre lang keine ungetauften jüdischen Abgeordneten im Reichstag. 1912 erschienen jedoch unter den sechs Abgeordneten jüdischer Herkunft wieder zwei ungetaufte Juden. Es sei daran erinnert, daß sich alle Zahlen lediglich auf die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien beziehen, mit denen sich dieser Abschnitt allein beschäftigt.

Tabelle II

Juden als Reichstagsabgeordnete

	Konservative		Reichspartei (Freikonservative)		Nationalliberale	
	jüd.	getauft	jüd.	getauft	jüd.	getauft
1867 I			Rothschild ¹	Friedenthal	Lasker Reichenheim	Simson
1867 II	–	Strousberg	Rothschild	Friedenthal	Lasker ² Hinrichsen	Simson ²
1871 (1. Leg.)			–	Friedenthal	Bamberger Lasker Wolffson	Dernburg Simson Metz
1874 (2. Leg.)			–	Friedenthal	Bamberger Lasker Wolffson Goldschmidt ⁴ Oppenheim	Dernburg Simson
1877 (3. Leg.)			–	Friedenthal	Bamberger Lasker Wolffson	Dernburg
1878 (4. Leg.)			–	Friedenthal	Bamberger Lasker Wolffson	Dernburg
1881 (5. Leg.)						
1884 (6. Leg.)	–	O. Hahn				
1887 (7. Leg.)	–	O. Hahn				
1890 (8. Leg.)	–	O. Hahn				
1893 (9. Leg.)					–	R. Friedberg
1898 (10. Leg.)			–	Arendt		
1903 (11. Leg.)			–	Arendt		
1907 (12. Leg.)			–	Arendt	–	Schwabach
1912 (13. Leg.)			–	Arendt	–	Schwabach Schiffer Riesser ⁷

¹ Parteilos, rechts, den Freikonservativen am nächsten stehend.² Ferner Bamberger und Metz (dieser getauft) im Deutschen Zollparlament.³ In Nachwahl 1869 gewählt.⁴ In Nachwahl 1875 gewählt.⁵ In Nachwahl 1879 gewählt.

Tabelle II

der bürgerlichen Parteien

Fortschrittspartei Freisinnige		Süddeutsche Volkspartei Deutsche Volkspartei		Gesamtzahl			Reichs- tagssitze
jüd.	getauft	jüd.	getauft	jüd.	getauft	insgesamt	
Ree	Simon			4	3	7	295
Hirsch ³	–			4	3	7	295
		Sonnemann	–	4	4	8	382
Frankenburger	G. Eberty	Sonnemann	–	7	4	11	397
Frankenburger Hirsch Mendel	–			6	2	8	397
Freund ⁵ Mendel L. Loewe		Sonnemann	–	7	2	9	397
Bamberger Lasker Hirsch L. Loewe Ree	Horwitz ⁶	Sonnemann	–	6	1	7	397
Bamberger L. Loewe	Horwitz			2	2	4	397
Bamberger	–			1	1	2	397
Bamberger Hirsch	Horwitz J. Friedländer			2	3	5	397
				–	1	1	397
				–	1	1	397
–	Mugdan			–	2	2	397
–	Mugdan Heckscher			–	4	4	397
Haas Waldstein	Heckscher			2	5	7	397

⁶ In Nachwahl 1883 gewählt.

⁷ In Nachwahl 1916 gewählt. Maximilian Kempner (Fortschrittliche Volkspartei) ist 1918 einige Tage vor der Revolution gewählt worden, konnte aber seinen Sitz im Reichstag nicht mehr einnehmen. Er ist daher in der Tabelle nicht aufgeführt.

Tabelle III
Gesamtzahl der Reichstagsabgeordneten jüdischer Abstammung
in jeder Wahlperiode

	Bürgerliche Abgeordnete				Sozialdemokratische Abgeordnete				Insgesamt
	jüdisch	Dissiden- ten	getauft	zu- sammen	jüdisch	Dissiden- ten	getauft	zu- sammen	
1867 (I)	4	—	3	7	—	—	—	—	7
1867 (II)	4	—	3	7	—	—	—	—	7
1871	4	—	4	8	—	—	—	—	8
1874	7	—	4	11	—	—	—	—	11
1877	6	—	2	8	—	—	—	—	8
1878	7	—	2	9	—	1	—	1	10
1881	6	—	1	7	—	1	—	1	8
1884	2	—	2	4	2	1	—	3	7
1887	1	—	1	2	2	1	—	3	5
1890	2	—	3	5	3	—	—	3	8
1893	—	—	1	1	3	—	1	4	5
1898	—	—	1	1	4	2	2	8	9
1903	—	—	2	2	4	3	1	8	10
1907	—	—	4	4	3	1	—	4	8
1912	2 ¹	—	4 ²	6	5	7	—	12 ³	18

¹ Dazu ein am 28. 10. 1918 gewählter Abgeordneter, s. S. 253 Anm. 7.

² Dazu ein 1916 gewählter Abgeordneter.

³ Dazu ein im Dezember 1912 gewählter Dissident. Die Mandate eines jüdischen und eines konfessionslosen Abgeordneten sind 1914 erloschen; es blieben danach elf.

Die Statistik läßt weiter erkennen, daß es jüdische Abgeordnete in weiten Sektoren des Parlaments nicht gab. Dem Viertel des Reichstags, das regelmäßig von der Zentrumsfraktion besetzt wurde, gehörten Juden nicht an. In dem Fünftel, das die Konservativen und Freikonservativen, später auch die Antisemiten, besetzten, waren mit Ausnahme der parteilosen Bankiers Rothschild nur einige getaufte jüdische Abgeordnete vertreten. Als auf der Linken die Sozialdemokratie anwuchs, verengte sich auch der Sektor der bürgerlichen Fraktionen, in denen Juden Aussicht auf ein Mandat hatten, weiter.

Wie die Tabelle erkennen läßt, gehörten die jüdischen Abgeordneten bis zu den Wahlen von 1877 meist der nationalliberalen Fraktion an. Sie neigten zur gemäßigten Mitte. Jüdische Fortschrittler kamen damals nur ausnahmsweise in den Reichstag. 1877 und 1878, als die Gegensätze zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern sich verschärften, stellte sich ein Gleichgewicht her. Seitdem 1879 und 1880 der Kurswechsel Bismarcks deutlich wurde und die nationalliberale Partei zerfiel, erschienen jüdische Abgeordnete ausschließlich in den linksliberalen Fraktionen.

Die Nationalliberalen zählten auf der Höhe ihres Einflusses im Jahre 1874 152 Abgeordnete. Unter ihnen waren sieben jüdischer Abstammung. 1881 erreichten die links von den Nationalliberalen stehenden drei liberalen

Gruppen mit zusammen 119 Abgeordneten ihren Höchststand. Auch sie zählten damals sieben Abgeordnete jüdischer Herkunft, mit dem 1883 in einer Nachwahl gewählten Berliner Justizrat Horwitz acht.

Der Berufstätigkeit nach waren im Norddeutschen Reichstag vier jüdische Juristen. Der Volkswirtschaftler und Gewerkschaftssekretär Max Hirsch und der Hamburger Schuldirektor Anton Ree sowie vier Männer der Wirtschaft kamen hinzu. Bamberger und Metz jedoch, die nicht im Reichstag, wohl aber im Deutschen Zollparlament¹ als Vertreter von Mainz und Bingen saßen, waren gleichfalls Juristen, ebenso der Bankier Rothschild, wenn auch Bamberger und Rothschild nicht in der juristischen Praxis, sondern im Bank- und Finanzwesen, Bamberger außerdem in schriftstellerischer Tätigkeit ihre eigentliche Formung erhalten haben. Ebenso war der Verwaltungsjurist Friedenthal auch Landwirt und Industrieller. Das juristische Element trat bei den jüdischen Reichstagsmitgliedern danach stärker hervor. 1871 und 1874 sind alle Juristen außer Sonnemann, der sich als Kaufmann und Eigentümer der „*Frankfurter Zeitung*“ bezeichnet. Später traten neben die Juristen zeitweise wieder Max Hirsch und Ree, dazu der Mediziner Professor Emanuel Mendel und der Fabrikbesitzer Ludwig Loewe.

Die starke Vertretung der Juristen unter den jüdischen Abgeordneten beginnt nicht erst im Reichstag. Sie zeigt sich schon vorher in den einzelstaatlichen Parlamenten. In den Anfängen macht sich dies in Süddeutschland stärker bemerkbar als in Preußen, wo zunächst der Arzt als Abgeordneter vorwiegt. Dies erklärt sich daraus, daß damals jüdische Juristen in Preußen nur geringe Aussicht hatten, zur Advokatur zugelassen zu werden, und daher das juristische Studium nur zögernd ergriffen. In Bayern dagegen waren unter den ersten sieben jüdischen Abgeordneten sechs Juristen, in Baden waren die ersten vier jüdischen Abgeordneten Rechtsanwälte². Die Regel war nicht ohne Ausnahme. Städte wie Hamburg und Frankfurt am Main, in denen sich ein kaufmännisches Patriziat entwickelt hatte, entsandten in die Parlamente gern Männer, die diesem angehörten. Ihm entstammten Rothschild in Frankfurt und Hinrichsen in Hamburg. Im allgemeinen aber bewährt sich für den jüdischen Juristen das Wort: „*Dat Justinianus honores*“. Der politisch interessierte Jurist, der für die Vertretung bürgerlicher Interessen in der gesetzgeberischen Arbeit geeignet erscheint, der kluge Anwalt, der durch persönliche Achtbarkeit, rechtstechnische Gewandtheit und forensische

¹ Dem Zollparlament gehörten alle Mitglieder des Norddeutschen Reichstags an. Dazu kamen Vertreter der süddeutschen Staaten einschließlich des südlichen Teil von Hessen, der nicht im Norddeutschen Reichstag vertreten war. Sie wurden nach demselben Wahlmodus gewählt.

² S. oben S. 210 ff., 230, 235. Zu den ersten vier bayerischen Juristen traten in den siebziger Jahren die Rechtsanwälte Siegmund von Henle und Wolfgang Gunzenhäuser, zu den ersten zwei badischen Juristen die Rechtsanwälte Jakob Gutmann und Elias Eller (s. unten S. 332 f.).

Beredsamkeit die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, der juristisch geschulte, in der Selbstverwaltung hervorgetretene Politiker wird unter den jüdischen Abgeordneten der typische Repräsentant.

In der Paulskirche waren einst die Juristen, besonders die akademischen Lehrer, Richter und Rechtsanwälte als Volksvertreter durchweg bevorzugt. Die Berufsschichtung der Parlamentarier änderte sich in der folgenden Zeit beträchtlich. Bei der Beratung des Reichstagswahlrechts haben die Abgeordneten für die Wählbarkeit der Beamten gekämpft und in dieser viel umstrittenen Frage dem widerstrebenden Bismarck ein Zugeständnis abgerungen. Die Zahl der Beamten war im Reichstag ursprünglich überaus groß. Im konstituierenden Norddeutschen Reichstag waren 60% der Abgeordneten Beamte. Dazu traten später Privatbeamte, wirtschaftliche Interessenvertreter und Sekretäre politischer Parteien. Die Zunahme des Anteils dieser Berufsgruppen spielte aber für die Juden keine Rolle, da sie unter diesen Kategorien kaum vertreten waren. Levin Goldschmidt als Richter und Max Hirsch als Syndikus der von ihm und Franz Duncker gegründeten liberalen Gewerksvereine waren Ausnahmen. Der juristisch gebildete Intellektuelle bleibt der vorherrschende Typus des jüdischen Abgeordneten, der Beamte wird der Typus des nichtjüdischen Abgeordneten.

Gründe des Verschwindens jüdischer Abgeordneter aus dem Reichstag

Im ganzen haben zwischen 1867 und 1890 25 Parlamentarier jüdischer Abstammung in den bürgerlichen Fraktionen des Reichstags gesessen. Darunter waren zehn getauft. 1893 war keiner von ihnen mehr Abgeordneter. Es gilt, die Gründe zu finden, die zu ihrem Verschwinden geführt haben, und zu ermitteln, warum ungetaufte Juden zwischen 1893 und 1912 in jenen Fraktionen nicht zu finden waren.

Zum Teil ging diese Veränderung auf natürliche, persönliche oder allgemein politische Ursachen zurück. Einige jüdische Parlamentarier starben in den Sielen, wie z. B. Lasker und Loewe. Andere verzichteten auf eine neue Kandidatur, wie Goldschmidt, der sich auf die wissenschaftliche Arbeit konzentrieren wollte, und Simson, vor dem die höchste richterliche Stellung in erreichbarer Nähe lag. Wieder andere verloren ihr Mandat infolge der Verschiebung der politischen Verhältnisse: die Wahlkreise Oppenheims (Reuß ä. L.), Frankenburgers (Nürnberg) und Mendels (Niederbarnim) fielen der Sozialdemokratie zu. Dagegen konnten sich manche jüdischen Kandidaten gegen die antisemitische Agitation der Rechten behaupten. Loewe behielt sein Berliner Mandat im Wahlkampf von 1881, der durch den Sturm der Christlich-Sozialen auf Berlin unter Führung Stoeckers gekennzeichnet war, und er siegte 1884 von neuem. Max Hirsch gewann 1881 trotz der gegen ihn entfalteten antisemitischen Agitation den Wahlkampf in Reuß j. L. gegen den nationalliberalen Professor Heinrich Marquardsen. Eugen Richter, der zugun-

sten von Hirsch in den Wahlkampf eingriff, drückte damals seine Beschämung und Empörung darüber aus, daß sich eine liberale Partei Wahlmethoden des Antisemitismus zu eigen machte³.

Dennoch trug der Antisemitismus zum Verschwinden der jüdischen Parlamentarier aus den bürgerlichen Parteien bei. Die meisten jüdischen Abgeordneten konnten sich mit dem Wechsel von Bismarcks Politik nicht abfinden. Hinzu kam die aus der Veränderung des Kurses hervorgehende Zusammenarbeit der Freikonservativen und Nationalliberalen mit antisemitischen Parteien⁴. Beides bewirkte das Ausscheiden der jüdischen Abgeordneten aus jenen Fraktionen. Friedenthal fühlte sich bei den Freikonservativen nicht mehr zu Hause. Er ließ sich 1879 zum Abgeordnetenhaus nicht mehr aufstellen und legte 1881 kurz vor dem Ende der Legislaturperiode sein Reichstagsmandat nieder. Lasker, Bamberger und Dernburg verließen die nationalliberale Partei. Die Radikalisierung der großstädtischen Wählerschaft durch Bismarcks Schwenkung kostete den letzten jüdischen nationalliberalen Parlamentarier Wolffson sein Mandat. Das Werk des Kanzlers, die Zerstörung der großen liberalen Mittelgruppe, beraubte die bürgerlichen jüdischen Abgeordneten der Möglichkeit, in der Partei zu verbleiben, die sie als ihr eigentliches Heim angesehen hatten. Um sich in der Mitte des politischen Getriebes zu behaupten, die kein eigenes Gesicht mehr hatte, waren sie gezwungen, ihren Platz links von den Nationalliberalen einzunehmen.

Die zweite Ursache liegt darin, daß der entschiedene Liberalismus angesichts seiner Verdrängung aus seinem ursprünglichen Rekrutierungsgebiet, den großstädtischen Wahlkreisen und den Kreisen mit stark entwickelter verarbeitender Industrie, sich nach Ersatz im klein- und mittelstädtischen, auch ländlichen Wahlbezirken umsehen mußte. Hier war aber der Antisemitismus lange vor dem Erscheinen des organisierten politischen Antisemitismus zu Hause. Juden waren schon vorher in diesen Gegenden nur ausnahmsweise aufgestellt oder gewählt worden. Sie haben vielmehr gerade in den Gebieten erfolgreich kandidiert, die den Liberalen verloren gingen: in Berlin (Lasker, Ebert, Loewe und Hirsch sowie Mendel in Niederbarnim mit vielen Berliner Vororten), Frankfurt am Main (Rothschild und Sonnemann), Hamburg (Hinrichsen, Wolffson und Ree), Breslau (Max Simon und Freund), Nürnberg (Frankenburger), und Leipzig (Goldschmidt). 14 von den 25 jüdischen Abgeordneten der Epoche Bismarcks wurden also einmal oder mehrere Male in der Hauptstadt, der zweitgrößten Stadt Hamburg und fünf anderen Großstädten gewählt. Unter den Gebieten der verarbeitenden Industrie, aus denen jüdische Abgeordnete in den Reichstag gesandt wurden, befanden sich Meiningen II (Lasker), Reuß ä. L. (Oppenheim), Plauen, Reuß j. L. und Delitzsch-Bitterfeld (Hirsch), Mühlhausen-Langensalza (Friedenthal und Hor-

³ AZJ 1881, S. 790.

⁴ S. die Darstellung der Haltung der jüdischen Wähler, oben S. 132 ff.

witz), Torgau-Liebenwerda (Horwitz), alles Teile des sächsisch-thüringischen Industriegebietes. Dazu kamen Waldenburg-Reichenbach, der wichtigste Industriebezirk Mittelschlesiens (Reichenheim), und die hessische Industriestadt Offenbach (Friedrich Dernburg).

Nur vier Männer wurden in Wahlkreisen anderer Struktur gewählt. Dem „Eisenbahnkönig“ Strousberg verhalf das seiner Heimatstadt benachbarte Allenstein in Ostpreußen zu parlamentarischem Rang. Julius Friedländer eroberte 1890 den ländlichen Wahlkreis Löwenberg im Regierungsbezirk Liegnitz, einer Hochburg des Freisinns. Simson, der Vertreter von Frankfurt a. Oder-Lebus, trug einen Namen von nationalem Klang. Das gleiche gilt für Ludwig Bamberger. Er war 1871 in Mainz gewählt geworden. Da er diesen Wahlkreis bei den Wahlen von Ende 1873 kaum hätte halten können, kandidierte er als Nachfolger von August Metz in Bingen-Alzey. Er eroberte und behauptete den Kreis bis 1893 dank seinem Rufe, auch nachdem die örtlichen Verhältnisse für die Wiederwahl eines Liberalen ungünstig geworden waren. Sein Wahlkreis hätte ihm vermutlich auch weiter die Treue gehalten. Als sich jedoch die deutsch-freisinnige Partei 1893 spaltete und der Siebzigjährige vor der Notwendigkeit stand, zum vierten Male für eine neue liberale Partei kandidieren zu müssen, gab er das Rennen auf. Das Anwachsen des Antisemitismus trug zu diesem Entschluß entscheidend bei. An einen Freund schrieb er:

„Und gerade der Antisemitismus treibt mich fort. Wenn Sie die letzten Monate an meiner Stelle gesessen hätten, würde auch Sie der Ekel und Abscheu, nicht vor den Boeckel und Liebermann, sondern vor drei Vierteln der sämtlichen Kollegen, die das gar nicht stört, ergriffen haben“⁵.

Strousberg, Simson und Friedländer waren getauft. Abgesehen von Bamberger, vertrauten die für die Aufstellung entscheidenden Gremien Kandidaturen in mittel- und kleinstädtischen Gebieten Juden nur dann an, wenn sie getauft waren. Der konfessionelle Gesichtspunkt war noch entscheidend, der Rassegedanke war in die Wählerschichten noch nicht tief eingedrungen. Auch in regionaler Beziehung zeigt sich ein auffälliger Unterschied zwischen der Aufstellung getaufter und nicht getaufter Juden. Im Osten der Monarchie sind von insgesamt zehn getauften Juden fünf in den Reichstag gekommen: Strousberg, Friedenthal, Simson, Max Simon und Friedländer. Von fünfzehn ungetauften Juden sind dagegen nur zwei, Reichenheim und Freund, in einer der östlichen Provinzen gewählt worden. Dagegen sind von ihnen acht von Berlin (einschließlich Niederbarnims) und von Hamburg in das Parlament entsandt worden. Die großstädtische Atmosphäre war der Ausbreitung des Antisemitismus auch auf dem Höhepunkt der Agitation Stoeckers nicht günstig.

Außerhalb Ost- und Mitteldeutschlands sowie Hamburgs waren jüdische Kandidaturen selten. Aus Bayern kam nur Frankenburger, aus Südwestdeutsch-

⁵ *Hartwig*, S. 75.

land die beiden Frankfurter Rothschild und Sonnemann sowie Bamberger und Dernburg als Vertreter südhessischer Kreise. Die Erklärung für die Geringfügigkeit der Zahl liegt in dem stärker ländlichen und kleinstädtischen Charakter Süddeutschlands, aber auch im Überwiegen oder mindestens der erheblichen Stärke des katholischen Volksteils. Der größte Teil Bayerns und Teile Württembergs und Badens wurden seit 1871 zu Hochburgen des Zentrums. Damit hängt es auch zusammen, daß aus der preußischen Rheinprovinz und Westfalen nie ein jüdischer Reichstagsabgeordneter gekommen ist. Friedenthal hat von 1867 bis 1870 Neiße in Oberschlesien, Bamberger von 1871 bis 1873 Mainz vertreten; in der Stadt Mainz selbst hat er schon damals keine Mehrheit erhalten, für seinen knappen Sieg gaben die überwiegend protestantischen Handelsstädte in der Umgebung der Bischofsstadt den Ausschlag. Seit dieser Zeit ist nur ein einziges Mal ein Jude in einem Wahlkreis mit katholischer Mehrheit, nämlich in Metz, gewählt worden. Berlin, Hamburg und Mitteldeutschland waren Gebiete mit erdrückenden evangelischen Majoritäten. Dabei machte es für das Ergebnis nichts aus, ob der Anteil der jüdischen Bevölkerung mit 5 % relativ hoch war wie in Berlin, oder mit 2 % für eine Großstadt wenig bedeutend wie in Hamburg, oder verschwindend gering wie in Mitteldeutschland.

Nicht nur Bamberger und Friedenthal, sondern auch andere hatten ihre Wahlkreise zu wechseln, weil sie in ihrem alten Kreis gefährdet waren oder wegen eines Wandels der politischen Meinungen in ihnen nicht mehr aufgestellt wurden. Lasker kam 1867 von Berlin nach Meiningen. Sein Ansehen war so groß, daß er einmal gegen den Grafen Herbert Bismarck, den ältesten Sohn des Reichskanzlers, mit Leichtigkeit siegte. Es geschah 1881, als Bismarck die Agitation Stoeckers unterstützte. Bismarck hat Lasker diesen Wahlsieg nicht verziehen; er beschuldigte ihn zu Unrecht, sich unzulässiger landrätlicher Unterstützung erfreut zu haben. Oppenheim, der in seiner Partei ein hohes Ansehen genoß, siegte in Reuß ä. L., wo er vorher persönlich unbekannt war, nachdem er sich in Hessen vergeblich um ein Mandat zum Norddeutschen Reichstag beworben hatte.

Die örtliche Atmosphäre war zuweilen entscheidend. Sonnemann, der Frankfurt 14 Jahre lang mit einer einzigen selbstgewollten Unterbrechung behauptete, hätte in keinem anderen Wahlkreis mit Erfolg kandidieren können. Auch Rothschild ist nur als Abgeordneter von Frankfurt erklärlich. Wolffsons Aufstieg war mit Hamburg so eng verknüpft, daß man sich seine Kandidatur außerhalb des Stadtstaats schwer vorstellen kann. Dasselbe gilt für Hinrichsen in Hamburg und für Ludwig Loewe in Berlin.

b) Die jüdischen Reichstagsabgeordneten nach der Parteizugehörigkeit

Die führenden jüdischen Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks waren bei den Nationalliberalen Lasker und Bamberger und bei der Reichspartei Frie-

denthal, dessen amtliche Laufbahn bereits geschildert worden ist. Dazu kam Leopold Sonnemann, ein bürgerlicher Demokrat, der von vornherein die schärfste Oppositionsstellung bezog. Diese vier Männer ragten an Bedeutung weit über die anderen jüdischen Abgeordneten heraus. In der Fortschrittspartei trat keine leitende jüdische Persönlichkeit hervor, obwohl sich in ihr seit ihrer Begründung ein Reservoir jüdischer Anhänger gebildet hatte. Freilich lieh Bamberger in seiner Spätzeit den Glanz seines Namens und seine Talente der deutsch-freisinnigen Partei. Max Hirsch war zwar als sozialpolitischer Fachmann in seiner Fraktion angesehen, hat aber eine politische Führerstellung nie bekleidet.

I. Die Konservativen

Bethel Henry Strousberg und Oscar Hahn

Als der Konservative Strousberg in den Norddeutschen Reichstag und Oscar Hahn mehrere Jahre nach dem Ausscheiden seines Bruders Karl in den preußischen Landtag einzog, war der Antisemitismus hauptsächlich religiös motiviert und weniger ausgeprägt als zu irgend einer anderen Zeit des 19. Jahrhunderts. Strousberg*, der als Knabe nach England ging, dort die Taufe empfing und seinen Namen anglisierte, erwarb durch seine spekulativen, am Rande der Legalität sich bewegenden Gründungen in kurzer Zeit ein riesiges Vermögen und lebte prunkvoll und protzig. Reichtum, Erfolg und großspuriges Auftreten gewannen ihm unter den blinden Anbetern des Erfolges Anhang und Bewunderung für seine Transaktionen. Mitglieder des preußischen Hochadels drängten sich um ihn und beteiligten sich an seinen gewagten Emissionen. Der preußische Handelsminister ließ Strousberg seine Förderung zuteil werden, den ihm verliehenen Orden trug er mit Stolz zur Schau. Die Sucht nach leichtem Gewinn, von der das deutsche Volk zur Zeit des Milliardensegens der französischen Kriegsentschädigung erfaßt war, trug Strousbergs Spekulationen während einiger Jahre. Dann kam das leichtfertig errichtete Gebäude ins Wanken und schließlich der Konkurs. Mit dem Zusammenbruch verloren zahlreiche kleine Sparer und Unternehmer ihr Vermögen, und Strous-

* *Bartel Heinrich Strausberg*, geb. 1823 in Neidenburg (Ostpreußen). Tritt 1835 in das Geschäft der Brüder seiner Mutter in London ein, läßt sich taufen, nennt sich Bethel Henry Strousberg. Begründer von Zeitschriften, auch journalistisch tätig. Vertritt nach Rückkehr nach Deutschland 1855 ein englisches Finanzkomitee für den Eisenbahnbau. Wird Generalunternehmer für Eisenbahnbaukapital, erhält seit 1863 Konzessionen für preußische Bahnen, baut auch in Rumänien, Ungarn und Rußland. Kauft Land und Fabriken. Nichtinnehaltung von Verpflichtungen und Übermaß von Emissionen führen zu Kursstürzen, schließlich 1875 zum Konkurs. Geht nach London, dann nach Moskau, wo er wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet wird. Von August 1867–1871 Mitglied des ordentlichen Norddeutschen Reichstags. Gest. 1884 in Berlin.

berg starb verfehmt und verlassen von denen, die einst vor dem Erfolg auf die Knie gesunken waren und von seinen Geschäften mit zu profitieren gesucht hatten.

Strousberg hat die Katastrophe den Schlägen Eduard Laskers im Parlament zugeschrieben. Sie fielen 1873 hageldicht, aber sie waren nicht die Ursache des Zusammenbruchs. Sie deckten lediglich vor der deutschen Öffentlichkeit die Brüchigkeit seines Systems auf, das Strousberg und so viele an seiner Weiterführung interessierte Kreise zu verhüllen suchten. Fünf Jahre vor Laskers Reden hatte bereits Bamberger Strousberg als „faiseur“ durchschaut und seinem Pariser Bankhaus vor einer Verbindung mit ihm dringend abgeraten. Die Frankfurter Zeitung hatte seit 1868 vor den Bau- und Finanzierungskünsten des Eisenbahnkönigs und seiner herzoglichen und gräflichen Freunde und Gönner zu warnen begonnen.

Strousbergs Haß entlud sich in seinen Lebenserinnerungen nicht gegen Lasker allein, sondern gegen die ganze „Bildergalerie jüdischer Größen“. Er schilderte Lasker und die anderen jüdischen Parlamentarier als Theoretiker, die vom praktischen Leben keine Ahnung hätten, und verglich sie mit blutrünstigen Gestalten der französischen Revolution. Strousberg nannte sich einen konservativen Legitimisten, war jedoch weder konservativ noch überhaupt ein Politiker. Er war lediglich ein um seine eigenen Geschäfte besorgter Spekulant. Das Mandat war ihm nützlich zur Förderung seiner Privatinteressen. Grundsätzen, großen Reformen und wichtigen Gesetzen konnte er nach seinen eigenen Erklärungen kein Interesse abgewinnen. Er verurteilte „konstitutionelles Geschwätz“. Im Reichstag hat er das Wort nie ergriffen, bei den meisten Abstimmungen fehlte er⁶.

Oscar Hahn* hat, ebenso wie seine Brüder Karl und Ludwig, politische Überzeugung in die konservative Partei geführt⁷. Der gewissenhafte Verwaltungsbeamte stieg vom Landrat im Oberlahnkreis zum Oberregierungsrat an der Regierung von Bromberg auf, von dort kam er an das Oberverwaltungsgericht in Berlin. Hahn war seit 1879 Mitglied, seit 1891 im Vorstand der Evangelischen Generalsynode. Die „Allgemeine Deutsche Biographie“ bestä-

* *Oscar Hahn*, geb. 1831 in Breslau, evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft, schlug die Verwaltungslaufbahn ein. Bei verschiedenen Regierungen als Landratsamtsvertreter, hauptsächlich im Osten, tätig. 1862 Landrat von Obornik (Posen), 1867 Landrat in Weilburg, 1867–1885 Oberregierungsrat und Abteilungsdirigent des Inneren an der Regierung in Bromberg, 1885 bis zu seinem Tode Oberverwaltungsgerichtsrat. 1870–1873 Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Oberlahnkreis, 1879–1883 für Bromberg-Wirsitz, 1887–1893 Mitglied des Reichstags für Bromberg. Von 1879 ab Mitglied, von 1891 ab im Vorstand der Generalsynode; seit 1887 auch im Vorstand der Provinzialsynode von Brandenburg. Gest. 1898 in Berlin.

⁶ Dr. Strousberg, S. 13, 17, 106, 397 ff.; *Zielenziger*, S. 75 ff.; *Geschichte der Frankfurter Zeitung*, S. 181, 207; *Reitböck*, S. 657 ff.; *Poschinger*, I, S. 27.

⁷ S. oben S. 87 f., 218 f.

tigt ihm, daß er „für seine christlichen und sozialen Anschauungen mutig an der Seite seines Freundes und Gesinnungsgenossen Adolf Stoecker“ kämpfte. Es steht einzig da, daß ein Beamter und Abgeordneter jüdischer Abstammung ein Gefolgsmann des Begründers des politischen Antisemitismus wurde. Stoecker selbst wurde wegen der Freundschaft mit Hahn von noch radikalerer antisemitischer Seite beschimpft. Die konservative Fraktion stellte Hahn im Landtag, später im Reichstag vor allem bei Verwaltungs- und Steuerfragen heraus. Als Berichterstatter für den wichtigen Etat für die Verwaltung des Reichsheeres entledigte er sich seiner Aufgabe gewandt und mit großem Fleiß. Im Abgeordnetenhaus unterstützte Hahn die Regierung in der Polenfrage. Er trat als Befürworter der verhängnisvollen Germanisierungsbestrebungen hervor, die sich seit der Kulturkampfzeit verstärkten. Eine führende Rolle hat er nicht gespielt⁸.

II. Die Freikonservativen

Mayer Karl von Rothschild und Rudolf Friedenthal

Rothschild* zog als Vertreter Frankfurts in den Norddeutschen Reichstag ein. Der Bürgerschaft war es wichtig, nach der Annexion durch einen Frankfurter im Parlament vertreten zu sein. Der Träger des weltbekannten Namens erschien als der geeignete Kandidat. Selbst die „*Frankfurter Zeitung*“, die politisch kaum etwas mit den Ansichten des parteilosen, den Freikonservativen nahestehenden Mannes gemein hatte, trat für seine Wahl ein. Eine Bedeutung erreichte der kultivierte und kunstliebende Bankier als Parlamentarier nicht. Er wurde Mitglied der Deputation, die Wilhelm I. die Bitte um Annahme der Kaiserkrone vortragen sollte. Bebel schildert die köstliche Szene, als das Los auf Rothschild fiel: der Führer des Zentrums, der ehemals hannoversche Minister Ludwig Windthorst, der seine Anhänglichkeit an die Welfendynastie stets bewahrt hat, ging feierlichen Schrittes auf den anderen Mußpreußen zu und beglückwünschte ihn unter schallender Heiterkeit zu seiner Wahl.

Die Wähler haben Rothschild nicht lange die Treue gehalten. Die „*Frankfurter Zeitung*“ unterzog seine Abstimmungen einer kritischen Durchleuch-

* *Mayer Karl Freiherr von Rothschild*, geb. 1820 in Frankfurt a. Main. Studierte Rechtswissenschaft, trat nach Abschluß des Studiums in das von seinem Großvater Mayer Amschel Rothschild gegründete Bankhaus ein. 1867 zum Abgeordneten von Frankfurt in den konstituierenden und danach in den ordentlichen Norddeutschen Reichstag gewählt. 1867 durch königliche Verordnung zum Mitglied des Herrenhauses berufen. 1869–1870 Stadtverordneter von Frankfurt. Gest. 1886 in Frankfurt am Main.

⁸ ADB 49, S. 711; *Misch*, S. 444 f.

tung und revidierte ihre Haltung. Sonnemann besiegte Rothschild bei den Wahlen von 1871. Preußen erkannte durch seine Berufung in das Herrenhaus seine Dienste für die preußische Sache an. Rothschild war einer der zwei Männer jüdischen Glaubens, die dem preußischen Herrenhause in der Zeit Bismarcks angehört haben⁹.

Friedenthal war einer von den acht Mitgliedern des Bürgerstandes unter den 38 Abgeordneten der Reichspartei. Alle anderen gehörten dem Adel an. Seine Führerstellung in der Fraktion, in die er sich mit dem Grafen Eduard Georg Bethusy-Huc und Wilhelm von Kardorff teilte, endete 1874 mit seiner Ernennung zum Landwirtschaftsminister; er wurde dadurch der parlamentarischen Arbeit entzogen. Sein politischer Einfluß erhielt sich jedoch bis zu Bismarcks Kurswechsel. Bismarck hörte ihn 1877 bei den Verhandlungen mit Rudolf von Bennigsen über den Eintritt nationalliberaler Parlamentarier in das Ministerium. Rechtsstaatliche Ideen waren in ihm stärker ausgeprägt als in der Gesamtfraktion. Er stimmte abweichend von ihr gegen das Jesuitengesetz, das den Orden in Deutschland verbot und die Freizügigkeit deutscher Jesuiten beschränkte. Er warnte auch Bismarck eindringlich davor, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten zu erlassen¹⁰.

Über die Tätigkeit des Norddeutschen Reichstags hat Friedenthal seinen Wählern einen gedruckten Rechenschaftsbericht erstattet, der ein Muster systematischer Darstellung ist¹¹. Seine gemäßigt konservativen Auffassungen kommen darin zum Ausdruck. Er tritt für ein einheitliches norddeutsches Strafrecht und Strafprozeßrecht ein, da diese in untrennbarem Zusammenhang mit dem öffentlichen Rechte ständen. Er unterstützt den Antrag Laskers, der die Strafverfolgung von Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen wegen ihrer Äußerungen oder Abstimmungen im Parlament verbietet. Er stimmt dem Verträge mit den süddeutschen Staaten zu, der einen Zollbundesrat, ein Bundespräsidium und ein Zollparlament schafft und damit über die Grenzen Norddeutschlands herausgreift. Er trennt sich von der Mitte, indem er sich von vornherein, und nicht erst unter den Drohungen Bismarcks gegen Diäten für Abgeordnete ausspricht. Als Gegengewicht gegen das gleiche Wahlrecht sollen dadurch Berufspolitiker und Angehörige der unteren Klassen vom Parlament ausgeschlossen werden. Friedenthal verfißt den Grundsatz der bürgerlichen Gleichstellung. Er will den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht gewähren, bestimmte Einschränkungen aber aufrechterhalten. Er verlangt außerhalb der für alle gültigen Strafgesetze einen strafrechtlichen Schutz der Arbeitswilligen gegen Bedrohung durch streikende Arbeiter. Auf sozia-

⁹ ADB 29, S. 374 f.; Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 154, 214; *Bebel*, Aus meinem Leben, II, S. 201.

¹⁰ *Lucius von Ballhausen*, S. 121, 144; über Friedenthals Stellung zum Jesuitengesetz, vgl. den Brief Laskers an H. B. Oppenheim vom 1. 7. 1862 bei *Wentzcke*, S. 55 f.

¹¹ *Friedenthal-Gießmannsdorf*, Reichstag und Zollparlament.

lem Gebiet schließt er sich den Gedanken von Schulze-Delitzsch an, soviel ihn politisch von diesem prominenten Mitglied der Fortschrittspartei trennt. Darüber hinausgehenden Arbeiterschutz und Staatshilfe für Arbeiter lehnt er ab.

Auch im preußischen Abgeordnetenhaus erfreute sich Friedenthal großer Achtung. Er vertrat dort 1870 den heimatlichen Wahlkreis Neiße-Grottkau, von 1873 ab, als der Kreis auch im Abgeordnetenhaus für einen Freikonservativen unsicher wurde, Meseritz-Bomst. 1873 wurde er zum 2. Vizepräsidenten des Hauses gewählt. Als er preußischer Landwirtschaftsminister wurde, legte er dies Amt 1874 nieder.

Friedenthals bedeutendste parlamentarische Leistung war seine Mitarbeit an einer neuen Kreisordnung für die östlichen Provinzen, an deren Entwurf er auf Ersuchen des Ministers des Innern führend mitwirkte. Er entwickelte die Grundgedanken der Vorlage 1872 in einer meisterhaften Rede¹². Dabei wies er darauf hin, daß das Gesetz über die Regelung der Kreisverhältnisse hinausgriffe und Fragen des gesamten Staatswesens berühre, und schrieb ihm die Aufgabe zu, den Verwaltungsinstitutionen eine Struktur zu geben, die dem Geiste des Verfassungsstaates angemessen sei. Es gelang, das Gesetz zu verabschieden – im Kampfe gegen Bismarck, der grollend in Varzin saß und eine andere politische Strategie vorgezogen haben würde, im Kampfe auch gegen das Herrenhaus, dessen Widerstand durch einen Pairschub gebrochen werden mußte, zu dem sich der König schwer genug entschloß.

Friedenthal fällt ein großes Verdienst daran zu, daß 60 Jahre nach der Steinschen Städteordnung mit der Kreisordnung in das ländliche Feudalsystem Bresche gelegt und der Beherrschung der Kreistage durch die Rittergutsbesitzer wenigstens rechtlich ein Ende gemacht wurde. Die Kreisverwaltung wurde dem vom Kreistag vorgeschlagenen und vom König ernannten Landrat an der Spitze der Staats- und Selbstverwaltung unterstellt, der Grundsatz des Rechtsstaates durch Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit unter Beteiligung des Laienelements durchgesetzt.

Die praktische Bedeutung der Reform kam freilich ihrer prinzipiellen Wichtigkeit nicht gleich. Der Unterschied der Verwaltung in den alten und neuen Provinzen Preußens wurde verringert, aber nicht beseitigt. Dies wäre bei dem Vorwiegen des Großgrundbesitzes im Osten nur durch Eingriff in die Besitzverhältnisse möglich gewesen, und dazu reichte die Kraft und der Wille des Liberalismus in Preußen nicht aus. In der Kreisvertretung konnten die Rittergutsbesitzer zusammen mit den von ihnen beeinflussten Landgemeindevetretern die Vertreter der Städte stets überstimmen. Friedenthal sah darin ein willkommenes Gegenstück gegen das gleiche Wahlrecht im Reich¹³. Er hat für die Erhaltung konservativer Machtpositionen durch geschmeidige Anpassung mehr getan als die starren Hüter des nicht mehr haltbaren feuda-

¹² Haus der Abg. St. B. 16. 3 1872, S. 1277 ff.

¹³ *Eyck*, Bismarck III, S. 56 f.; *Kleinschmidt*, I, S. 246; *Ziekursch*, II, S. 259.

len Rechtsguts auf der äußeren Rechten. Er gehört in die Reihe der konservativen Juden, die leichteren Herzens als die Erben des Feudalismus den Ballast über Bord zu werfen vermochten, von dem die Konservativen sich befreien mußten, um ihr Schiff durch die Stürme der neuen Zeit hindurch zu steuern.

Die Liberalen aller Schattierungen stimmten in der dritten Lesung für das Gesetz. Die Erschütterung der feudalen Rechtsverhältnisse erschien ihnen mit Recht grundsätzlich als überaus wichtig. Sie machten daher viele Zugeständnisse im einzelnen und stimmten unter Führung Laskers nur solchen Verbesserungsanträgen zu, die Aussicht auf endgültigen Erfolg hatten. Friedenthal und Lasker waren sich der taktischen Vorteile bewußt, die ihnen parteipolitisch aus der sturen Haltung der Konservativen zur Kreisordnung zuwuchsen. Die Konservativen überwarfen sich mit Bismarck, der Widerspruch auch von jener Seite nicht vertrug. Sie zerfielen und erlitten vernichtende Niederlagen bei den nächsten Wahlen. Die Siege der Liberalen und Freikonservativen schienen die Taktik der Befürworter der Reform zu rechtfertigen. Auf längere Sicht jedoch verwirklichten sich weder Friedenthals noch Laskers Vorstellungen. Beide waren sieben Jahre später nicht mehr führend und verschwanden aus dem preußischen Abgeordnetenhaus, Friedenthal auch von seinem Ministerposten. Dreiklassenwahlrecht, die Zusammensetzung der Selbstverwaltungskörper, Grundbesitzverhältnisse und die Beherrschung der Verwaltung durch die konservative Bürokratie erwiesen sich stärker als die Bemühungen gemäßigter Elemente, auf dem politisch steinigem Boden des deutschen Ostens bürgerliche Rechtsformen Wirklichkeit werden zu lassen.

III. Die Nationalliberalen

Levin Goldschmidt

Die Laufbahnen Simsons, Wolffsons und Friedrich Dernburgs, Reichenheims und Hinrichsens sind bereits geschildert worden¹⁴. Levin Goldschmidt und Heinrich Bernhard Oppenheim, die, anders als jene, nie Mitglieder eines einzelstaatlichen Parlaments waren, gehörten dem Reichstag für eine Legislaturperiode an. Goldschmidt nahm als 19jähriger Student an der Revolution von 1848 teil. Er jubelte, voreilig, daß die Schranken gefallen waren, die den Juden die volle Teilnahme am Leben Deutschlands versperrt hatten. Die Erfüllung der Hoffnungen, die das Jahr 1848 erweckt hatte, erwartete er aber nach dem Scheitern der Revolution nicht von stürmischen Volksbewegungen, vor denen er zurückschreckte, sondern von ruhiger Arbeit für die Einheit Deutschlands und seine freiheitliche Entwicklung. Diesen Zielen wollte er durch wissenschaftliche Leistungen dienen.

¹⁴ S. oben S. 186 ff., 244 f., 238 f., 220 ff., 247.

Diese Arbeit stand im Mittelpunkt seines Wirkens. Er förderte die Wissenschaft des Handelsrechts durch seine Schriften, die Weltruf erlangten, und als Universitätslehrer auf dem eigens für ihn geschaffenen Lehrstuhl in Berlin. Aber auch den anderen Rechtsgebieten widmete er seine Forschung und Lehre. Das Handelsrecht erschien Goldschmidt besonders geeignet, den Weg zur Rechtseinheit Deutschlands zu bahnen. Dasselbe Ziel hatte er im Auge, als er schon früh ein deutsches Zivilgesetzbuch forderte. Als dieser Gedanke Gestalt annahm, wurde Goldschmidt in die Fünferkommission berufen, die ein Gutachten über Plan und Methode des Werks ausarbeiten sollte. Er wurde zum Berichterstatter der Kommission bestellt. Der Bundesrat nahm Goldschmidts Vorschläge so gut wie unverändert an. Sie wurden die Keimzelle des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches¹⁵.

Politisch kämpfte Goldschmidt vor der Reichsgründung in Baden für die Reichseinheit mit preußischer Spitze gegen die großdeutsche Partei. Nach der Reichsgründung gab die nationalliberale Partei ihrem hervorragenden Mitglied Gelegenheit zur Mitarbeit im Reichstag. Goldschmidt siegte bei einer Nachwahl in Leipzig, blieb aber nur zwei Jahre im Parlament. 1877 lehnte er eine Wiederwahl aus Gesundheitsgründen ab. Die Doppelarbeit stellte an ihn, der jede Aufgabe mit äußerster Gründlichkeit durchführte, zu hohe Anforderungen.

Es entsprach der strengen Auffassung Goldschmidts von den Pflichten eines Gelehrten, daß er sich im Parlament auf diejenigen Gebiete beschränkte, die er wissenschaftlich beherrschte. So wirkte er vor allem an der Beratung der Justizgesetze mit. Politisch gehörte er dem rechten Flügel seiner Fraktion an. In manchen wichtigen Fragen stimmte er gegen sie. So erklärte er sich z. B. gegen die Einführung der Diäten für Abgeordnete und gegen die Zuständigkeit der Schwurgerichte bei Preßvergehen.

Goldschmidt bekämpfte von Jugend an den Antisemitismus mit Entschiedenheit, doch zog er daraus nicht immer die entsprechenden Konsequenzen. Bei den Wahlen des Jahres 1887 unterzeichnete er einen Aufruf für die Kandidaten des konservativ-nationalliberalen Kartells in Berlin, darunter auch für einen Anhänger Stoeckers, der im Kampf gegen Virchow stand. Gleichzeitig wandte er sich jedoch in einem Brief an Bismarck und in einer Unterredung, zu der dieser ihn einlud, scharf gegen den Antisemitismus und warf der Regierung vor, die Antisemiten gewähren zu lassen, anstatt ihrer Agitation entgegenzutreten¹⁶. Den Widerspruch zwischen seiner Wahlentscheidung, die er trotz Angriffen von jüdischer Seite schroff aufrechterhielt, und seiner heftigen Reaktion gegen die antisemitischen Partner des Kartells vermochte Goldschmidt nicht aufzulösen.

¹⁵ *Pappenheim*, S. 33 f.

¹⁶ *AZJ* 1887, S. 151; 167 ff.; *Pappenheim*, S. 39; S. auch *Toury*, *Jüdische Parteigänger*, S. 327 f.

Heinrich Bernhard Oppenheim

Oppenheim gab seine Privatdozentur in Heidelberg¹⁷ bereits 1845 auf. Sein System des Völkerrechts, das er im Alter von 25 Jahren publizierte, war ein bedeutendes wissenschaftliches Werk. Ihm folgten andere Schriften, darunter 1850 eine Philosophie des Rechts und der Gesellschaft. An Begabung für Forschung und Lehre fehlte es ihm nicht, wohl aber an Geduld und dauern-dem Interesse für gelehrte Studien. Oppenheim bemühte sich 1848 um einen Sitz in der Nationalversammlung, scheiterte aber damit. Er hatte Beziehungen zu hohen Persönlichkeiten über Deutschlands Grenzen hinaus, stand damals auf der äußersten Linken und redigierte zusammen mit Arnold Ruge die Berliner „*Reform*“, die sich seit dem Herbst 1848 das Organ der Linken der Nationalversammlung nannte. Im nächsten Jahre übernahm er die Redaktion der „*Karlsruher Zeitung*“, des amtlichen Organs der revolutionären badischen Regierung Lorenz Brentanos, schloß sich aber bald dessen noch radikaleren Gegnern an. Brentano sowohl wie Oppenheim mußten nach Niederwerfung des badischen Aufstands fliehen. Oppenheim lebte elf Jahre als Emigrant im Ausland. Er ging von der Schweiz nach Brüssel und nach seiner Ausweisung von dort nach London. Nach seiner Rückkehr begründete er 1861 in Berlin die „*Deutschen Jahrbücher für Politik und Literatur*“, die die wichtigste Zeitschrift der Fortschrittspartei in der Konfliktszeit wurden. Sie gingen 1864 aus Mangel an Mitteln ein. Oppenheim schrieb die politischen Übersichten und gewann die bedeutendsten Fortschrittler als Mitarbeiter. 1866 brach er mit der Vergangenheit, folgte Bismarck und wurde ein führendes Mitglied der nationalliberalen Partei¹⁸.

Oppenheims Klugheit und Unterhaltungstalent, sowie seine Beobachtungsgabe für menschliche Stärken und Schwächen kamen im kleinen Kreise zur vollen Geltung. Bamberger hat bei ihm in Heidelberg studiert und verdankt ihm die Hinleitung seines Interesses auf die Nationalökonomie. Er hat stets freundschaftliche Beziehungen zu ihm unterhalten. Er nennt Oppenheim den „*Concierge von Europa*“; es ist eine für den Kenner Frankreichs aufschlußreiche Charakterisierung. In größeren Kreisen wie in Versammlungen oder im Plenum des Reichstags oder selbst in seiner Fraktion ging keine Anziehungskraft von ihm aus¹⁹. Oppenheim sprach vornehmlich zu Fragen des Wirtschafts- und Sozialrechts. Er kannte sich auch auf dem Gebiet des Urheberrechts aus, griff in die Debatten über die gesetzliche Regelung des Hilfskassenwesens ein und war 1874 Referent zum Entwurf über die Änderung der Gewerbeordnung. Er zog gern englische Verhältnisse, mit denen er wohl vertraut war, zur Illustration seiner Ideen heran. Seine Niederlage im Wahlkampf von 1877 empfand die Fraktion nicht als einen großen Verlust,

¹⁷ S. oben S. 54.

¹⁸ ADB 24, S. 396 ff.; *Valentin*, II, S. 96.

¹⁹ *Bamberger*, *Erinnerungen*, S. 236 ff.

obwohl sie den bekannten Publizisten in ihren Vorstand gewählt hatte. Er hatte sie enttäuscht.

Oppenheim hat den deutschen Sprachschatz durch ein Wort bereichert, das ihn überlebt hat. Am 17. Dezember 1871 veröffentlichte er in der Berliner „Nationalzeitung“ einen Artikel „Manchesterschule und Kathedersozialismus“. Der Ausdruck schlug ein. Oppenheim gab einer Schrift, die mehrere seiner Arbeiten zusammenfaßte, den Titel „Der Kathedersozialismus“. Er behauptete, daß die Gewerkschaften für den fleißigen Arbeiter verderblich seien, und setzte ihre Schaffung der Aufstellung eines bewaffneten Arbeiterheeres gleich. Er spottete über die Theoretiker auf den Lehrstühlen der Hochschulen, die den Sozialismus aus den Zirkeln von Verschwörern in höhere Sphären hoben. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß durch die häufige Ernennung dieser Gelehrten zu Professoren die Lehrfreiheit bedroht würde²⁰. Die Kathedersozialisten machten aus dem Namen, der sie diffamieren sollte, einen Ehrentitel. Oppenheim hat durch seinen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf Lasker und durch seine viel gelesenen Schriften und Aufsätze einer engeren Verbindung zwischen Liberalismus und sozialem Fortschritt entgegengewirkt. Er ist durch sein Unverständnis für soziale Fragen für den Niedergang der Liberalen mit verantwortlich.

Glücklicher hat Oppenheim in der Bekämpfung des Gründertums und des Mißbrauchs des Aktienwesens operiert. Er war – allerdings vergeblich – bemüht, die Gegensätze zwischen den beiden liberalen Parteien nicht zur Feindschaft ausarten zu lassen. Diesem Zwecke diente auch sein Buch über den vorzeitig gestorbenen fortschrittlichen Führer Benedikt Waldeck²¹, das viele gute Beobachtungen enthält. Für jüdische Fragen hat sich Oppenheim anfangs wenig interessiert. Er trat jedoch nach dem Erscheinen von Treitschkes Artikeln aus seiner Reserve heraus und nahm scharf gegen ihn Stellung. Auch gehörte er dem 1872 gegründeten Initiativkomitee führender Juden an, das sich für die Gleichberechtigung der Juden in Rumänien einsetzte, und trat als Abgeordneter bei dem Bemühen hervor, diese Frage bei den Handelsvertragsverhandlungen mit der rumänischen Regierung aufzuwerfen. Danach war Oppenheim 1878 ein Mitunterzeichner des Appells an den Berliner Kongreß, bei der Gewährung der Unabhängigkeit Rumäniens allen Bewohnern dieses Staates ohne Unterschied der Rasse und der Religion dieselben Rechte zu sichern und die gleichen Pflichten aufzuerlegen²². Der unter Bismarcks Vorsitz tagende Berliner Kongreß hat demgemäß gehandelt. Die damals abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge waren die wichtigsten Instrumente des 19. Jahrhunderts, durch die die Großmächte die Anerkennung neuer Staaten von der Eingehung menschenrechtlicher Verpflichtungen abhängig gemacht

²⁰ Oppenheim, *Der Kathedersozialismus*, S. 1 ff., 6 f., 42 ff., 53.

²¹ Oppenheim, *Benedikt Franz Leo Waldeck*.

²² Gelber, S. 218, 222, 246 ff.

haben. Sie waren Vorläufer der Minderheitenschutzverträge nach dem Ersten Weltkrieg. Oppenheim hat zwar an dieser Entwicklung keinen großen Anteil, aber sein Name ist jedenfalls mit ihr verbunden.

Eduard Lasker

Es war nicht das geringste Verdienst Oppenheims, Eduard Lasker* entdeckt zu haben. Auf einer nächtlichen Eisenbahnfahrt entwickelte sich ein langes Gespräch zwischen ihm und dem ihm damals unbekanntem, um 10 Jahre jüngeren Mann. Oppenheim war von Lasker tief beeindruckt; er bat ihn um Beiträge für seine „Jahrbücher“. Diese Unterhaltung und ihre Folgen lenkten Lasker auf die politische Laufbahn und führte zu einer engen Freundschaft zwischen den beiden. Die Freundschaft, die Oppenheim, Bamberger und Lasker umschloß, endete erst mit dem Tode²³.

Lasker war der einzige Preuße von den dreien. Seine Heimatstadt war Jarotschin in der Provinz Posen nahe der russischen Grenze. Von den beiden anderen hatte vor allem Bamberger umzulernen, um das Deutsche Reich unter preußischer Führung zu akzeptieren. Anders Eduard Lasker, der in Anhänglichkeit an die Hohenzollern aufwuchs. Er drückt dies emphatisch mit den folgenden Worten aus:

„Ich, der ich an der entferntesten Grenze der Monarchie geboren bin, unter einer sprachlich gemischten Bevölkerung, in einer sozialen Klasse, welche nicht gewohnt war, von der Sonne der Gunst beschienen zu sein, zu einer Zeit, wo meinen Glaubensgenossen die wesentlichsten Rechte noch nicht gewährt waren – nie bin ich anders erzogen worden, als in dem Gefühl der Treue und der persönlichen Anhänglichkeit an den König“²⁴.

Eduards Vater hatte es als Kaufmann zu einem gewissen Wohlstand gebracht. Jede freie Stunde widmete er dem Studium der Heiligen Schrift. Er und Laskers Mutter legten den größten Wert auf eine jüdisch-traditionelle

* *Eduard Lasker*, geb. 1829 in Jarotschin (Provinz Posen). Studierte Philosophie, Mathematik und Rechtswissenschaft, Dr. jur.; Dr. phil. h. c. Lebte in England von 1852–1856. Von 1856–1870 Assessor am Berliner Stadtgericht, 1870 Rechtsanwalt. Syndikus des Berliner Pfandbriefamtes. 1865 als Mitglied der Fortschrittspartei in Berlin in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt, gehörte diesem für Magdeburg von 1868–1875, für Frankfurt a. Main von 1875–1879 an. 1866 einer der Mitbegründer der Nationalliberalen Partei. Mitglied des konstituierenden Norddeutschen Reichstags für den ersten Berliner Wahlkreis; Mitglied des ordentlichen Norddeutschen Reichstags von 1867–1871 und des Deutschen Reichstags von 1871 bis zu seinem Tode für den zweiten Wahlkreis des Herzogtums Meiningen. Verließ im März 1880 die Nationalliberale Partei und wurde Mitglied der Liberalen Vereinigung. Gest. 1884 in New York auf einer Reise nach den Vereinigten Staaten.

²³ *Bamberger*, Erinnerungen, S. 236.

²⁴ *Dill*, S. 186. – Über Laskers Leben s. ferner *Tobias Cohn*, Eduard Lasker; *Tobias Cohn*, Deutsche Volksvertreter, S. 412 ff.; *Baumbach*, Eduard Lasker.

Erziehung ihrer Kinder. Eduard wurde von seinem Hauslehrer in Bibel, Talmud und im Hebräischen unterwiesen. Er brachte es zu solcher Fertigkeit in der hebräischen Sprache, daß er Schillers „Teilung der Erde“ in sie übersetzte. Erst im Alter von dreizehn Jahren begann er in Breslau auf dem Gymnasium und in privater Vorbereitung den üblichen Bildungsgang. Er begeisterte sich für deutsche Dichtkunst und Philosophie.

Das Jahr 1848 rief eine tiefe Erschütterung in dem empfänglichen Jüngling hervor. Der Student der Rechtswissenschaft eilte nach Wien zur Beteiligung an den Oktoberkämpfen. Er gründete ein Blatt, „*Der Sozialist*“, das republikanische und sozialreformerische, also nach den damaligen Begriffen radikale Gedanken vertrat. Es ging bald wieder ein. Doktrinäre Starrheit ist Lasker auch von Kritikern, die ihm mit Wohlwollen begegneten, wie Hermann Oncken und Schmoller, zu Unrecht vorgeworfen worden. Er ging vom Idealen aus und strebte dem Realisierbaren zu. Der Sinn für Maß und die Neigung zur Verständigung waren schon in dem jungen Lasker ausgeprägt. In London, wo er von 1852 bis 1856 in einem kaufmännischen Büro, dann bei einem Anwalt tätig war und englisches Recht eifrig studierte, sind diese Anlagen gestärkt worden. Er bewunderte Englands freiheitliche Institutionen, die Bereitschaft zum politischen Ausgleich, die souveräne Stellung des Richters im Rechtsleben. Die Idee des Rechtsstaats ergriff ihn; sie hat ihn nicht wieder losgelassen. Die Weltstadt aber zog Lasker nicht an; er war glücklich, als er wieder deutschen Boden betrat. Er formte aus seinen Erfahrungen später eine auf Deutschland anwendbare Theorie, die er in einem Essay über Welt- und Staatsweisheit erläuterte²⁵. Lasker sagte dem Jahre 1848 Valet, aber er ergab sich nicht dem Positivismus und Materialismus, der das Denken des deutschen Bürgertums zu beherrschen begann.

Seine juristische Ausbildung schloß Lasker nach seiner Rückkehr aus England ab. Der vorzügliche Jurist wurde der dienstälteste Assessor Preußens. Seine jüdische Herkunft verschloß ihm die richterliche Laufbahn, und seine schriftstellerische juristische Tätigkeit machte ihn bei den vorgesetzten Dienststellen mißliebig. Lasker fand sich nur schwer mit dieser Enttäuschung ab. Er wurde 1870 zur Anwaltschaft zugelassen, übernahm aber Rechtsfälle selten und nur dann, wenn sie mit öffentlichen Problemen in Verbindung standen; er nahm nie ein Honorar. Ein bescheidenes Gehalt, das er als einer der leitenden Beamten des Berliner Pfandbriefinstituts bezog, erlaubte ihm, der Politik zu leben. Er wurde „Berufspolitiker“, der hervorragendste und hingebendste Repräsentant jener von Bismarck gehaßten Species, die er durch die Versagung der Diäten vom Parlament fernzuhalten versucht hatte. 1865 wurde Lasker, wie schon erwähnt, als Fortschrittler in das Abgeordnetenhaus gewählt; 1866 war er als Anhänger von Bismarcks Außenpolitik führend bei der Gründung der Nationalliberalen Partei, in der er an leitender Stelle im

²⁵ *Lasker, Welt- und Staatsweisheit*, S. 31; *Wentzcke, Glaubensbekenntnisse*, S. 91 ff.

Abgeordnetenhaus, im Norddeutschen Reichstag und im Deutschen Reichstag wirkte.

Lasker erfaßte politische Situationen sofort und bewies Entschlossenheit und Mut, wenn es galt, Entscheidungen zu fällen. Er studierte die Dokumente des Hauses mit eisernem Fleiß. Kein Abgeordneter war besser informiert als er. Ihm konnte kein Geheimrat etwas weismachen. Er durchdrang die Materie und beherrschte sie souverän. Das machte ihn zu einem Debatter ersten Ranges, der auch deswegen seiner Fraktion unentbehrlich wurde. Dabei verzichtete Lasker auf jedes rednerische Blendwerk. Es lag ihm nicht, an die Leidenschaften zu appellieren. Er dachte klar. Seine Rede war ungemein flüssig und lebhaft, jedoch zuweilen durch schwerfälligen Satzbau behindert. Er erkannte dem gesprochenen Wort nicht primären Wert zu, sondern bewertete es lediglich als Funktion der Kraft des Gedankens. Kein größerer Unterschied ist denkbar als zwischen Gabriel Riessers priesterlich beschwörender Beredsamkeit und Laskers Bestreben, das Letzte an Überzeugungskraft aus der menschlichen Sprache herauszuholen, um dem ihm vorschwebenden Ideal den Weg zur Wirklichkeit zu bahnen.

Um in seinem Werke völlig aufgehen zu können, verzichtete Lasker auf alle Freuden, die das Leben bietet. Er konzentrierte sich auf seine Fraktion, die „bei Tag sein Gedanke, bei Nacht sein Traum“ war. Ohne Familie, ohne Liebhabereien, ohne jeden Sinn für Geldeswert fand er die Befriedigung allein in der Arbeit für seine politischen Ziele. Er war „Generalstabschef und Feldwebel“ seiner Fraktion zugleich. „Nachts studiert er die Drucksachen des Hauses, morgens sitzt er in der Kommission, nachmittags im Plenum und abends in der Fraktion, wo er die Füchse parlamentarisch einexerziert“²⁶. Dort meldet sich der redefreudige, von Lehrhaftigkeit nicht freie und in dem Bewußtsein seiner überlegenen Kenntnis des Stoffes zum Besserwissen neigende Abgeordnete als erster zum Wort zu dem vorliegenden Gegenstand, um der Fraktion Richtung, Weg und Ziel zu zeigen. Windthorst, sein großer katholisch-konservativer Gegner, war der einzige, der gleich ihm die Themen beherrschte, zum Eingreifen bereit war und die Kunst des Debattierens meisterte. Er hat einmal in ehrlicher Bewunderung gesagt, daß gut 50 % der parlamentarischen Arbeit in den Jahren der Reichsgründungszeit von Lasker geleistet worden seien²⁷.

Bamberger hat mit der ihm eigenen Kunst Laskers Weg von der Fortschrittspartei zu der Begründung der nationalliberalen Partei beschrieben. Es war die Zeit, in der Bismarck „den idealistischen Drang der Nation nach großer Gestaltung und großen gesetzgeberischen Zielen in die Dienste seines gewaltigen Beginns“ zog. Da trat Lasker mit den glänzendsten Waffen der von

²⁶ Karl Braun, Dreißig parlamentarische Briefe, abgedruckt bei Poschinger, III, S. 12; Bamberger, Eduard Lasker, S. 110.

²⁷ Ludwig Baumbach, zitiert von Ochiltree, S. 14.

den Vätern ererbten Dialektik für die Erhaltung der Konzeptionen des deutschen Idealismus ein und leistete zugleich dem Bismarckschen Realismus bei der Verwirklichung der Reichseinheit Heeresfolge²⁸. Nur auf diesem Wege glaubte er, das Sehnen der Liberalen erfüllen zu können, nachdem sie, auf sich allein gestellt, vorher jeden Kampf verloren hatten. Er entwarf die Erklärung der aus der Fortschrittspartei ausscheidenden Abgeordneten vom 27. September 1866, den Wahlauf Ruf der Nationalliberalen vom November desselben Jahres und das Programm der neuen Partei. Natürlich war die endgültige Fassung nicht sein Werk allein. Die Reichseinheit sollte erkämpft, Preußens Führungsanspruch anerkannt, Einheit und Freiheit gleichzeitig erungen werden²⁹. Eine Politik dieser Art, die viel Entgegenkommen erforderte, konnte keine Gnade bei den Wählern des radikalen Berlin finden, die wenige Jahre zuvor Jacoby Heimatrecht gewährt und Veit verjagt hatten. Auch Lasker hatte die Vertretung des vierten Berliner Wahlkreises im Abgeordnetenhaus, selbst des gemäßigteren ersten Wahlkreises im Norddeutschen Reichstag aufzugeben. Magdeburg und Frankfurt am Main boten ihm für den Preußischen Landtag, Meiningen für den Reichstag die Plattform für sein parlamentarisches Wirken.

Führer der nationalliberalen Partei und Fraktion war Rudolf von Bennigsen. Lasker war nur einer von sechzehn Mitgliedern des Fraktionsvorstandes. Er arbeitete sich jedoch schnell zu einer führenden Position hinauf. Der Weg der Partei wurde durch die Zusammenarbeit und die Gegensätzlichkeit des schweigsamen, auf die Parteieinheit bedachten, ausgleichenden und gefühlsmäßig mehr nach rechts tendierenden Niedersachsen und des jüdischen, lebhaften, in scharfer Dialektik für die Schaffung freiheitlicher Institutionen eintretenden Führers des linken Flügels bestimmt. Lasker, der Idealist, schuf „gegen das Aufgehen in taktischen Manövern und Kompromissen ein Gegengewicht“. Die menschlichen Beziehungen zwischen beiden waren gut. Ihr politisches Zusammenwirken wurde dadurch erleichtert, daß Bennigsen dem aktiven und mit den preußischen Verhältnissen besser vertrauten Lasker entweder zur Seite stand oder wenigstens keine wesentlichen Hindernisse in den Weg legte. In manchen entscheidenden Augenblicken aber trat der Parteiführer aus der Reserve heraus und überspielte Lasker in weitgehender Nachgiebigkeit gegen Bismarcks Forderungen³⁰.

Es war in erster Linie Laskers Verdienst, daß die autoritären Parteien des von Bismarck vorgelegten Entwurfs der Bundesverfassung von 1867 wenigstens teilweise verbessert wurden: die alljährliche Einberufung des Parlaments wurde durchgesetzt, das Budgetrecht ausgebaut, die periodische Bestimmung der Heeresstärke erreicht. Die Redefreiheit im Parlament und die wahrheits-

²⁸ *Bamberger*, *Deutschtum und Judentum*, S. 23.

²⁹ *Cahn*, S. 153–163; *Kalkoff*, S. 12, 15.

³⁰ *Oncken*, *Rudolf von Bennigsen*, II, S. 80, 248 ff.

getreue Berichterstattung über Reichstagsitzungen wurden geschützt, Rechtsgüter, die selbst nach dem Verfassungskonflikt in Preußen von der Exekutive angetastet und von den Gerichten nicht verteidigt worden waren. Auch das geheime Wahlrecht rangen die Liberalen dem Kanzler ab, der es in einem bei ihm seltenen Rückgriff auf Rassetheorien als mit den besten Eigenschaften des germanischen Blutes in Widerspruch stehend erachtete³¹. Aber auch die Grenzen von Laskers Bemühungen wurden bloßgelegt. Zwar wurde gemäß einem Antrag Bennigsen die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers festgelegt, jedoch nicht näher umschrieben, und verantwortliche Reichsministerien wurden nicht geschaffen. In der Ablehnung der Diäten blieb Bismarck, der ein Honoratiorenparlament wünschte, unerschütterlich. Grundrechte, gegen deren Aufnahme in die Verfassung sich alles in Bismarck aufbäumte, fehlten in der Bundes- und Reichsverfassung; das Parlament wurde auf den Weg der ordentlichen Gesetzgebung verwiesen. Die Freiheit wurde also nur in überaus sorgsam abgewogenen Dosen zugleich mit der Einheit errungen, das Entscheidende blieb zu tun.

Die Reichseinheit war ein Ziel, das seit 1866 in Lasker einen unermüdlischen Vorkämpfer fand. Einige Male suchte er eine eigene Initiative zu entfalten, so als er darauf drängte, auf den von Baden erstrebten Anschluß an den Norddeutschen Bund einzugehen. Der Bundeskanzler hatte andere Pläne. Eine gereizte Zurechtweisung genügte, um Lasker im Parlament in dieser Frage zu isolieren. 1870 erfaßte er sofort, daß der Krieg mit Frankreich die Einheit des Reiches bedeutete. Lasker hat im Ringen um die Reichseinheit, in Verhandlungen mit Ministern und Volksvertretern der süddeutschen Staaten, in der Überwindung zahlreicher Hindernisse Hervorragendes geleistet. Der Historiker Hermann Oncken gewährt seinem Wirken für die Reichseinheit uneingeschränkte Anerkennung:

„Lasker stand, von einem idealen Anhauch beseelt und von rührigster Betriebsamkeit belebt, in der Mitte dieser Bestrebungen, überall hin Verbindungen anknüpfend, mahnend und ratend, mit seinem immer etwas doktrinären Zuge an der Verfassung bauend, aber doch auf der Höhe der ihm eigenen Fähigkeiten und Verdienste; er scheint es gewesen zu sein, der selbst den ruhigeren Bennigsen damals mitgerissen hat.“³²

Erfüllt von dem Gedanken, daß die Einheit des Reichs erkämpft werden müsse, erklärte Lasker diese sogleich als Ziel des Krieges. Er verwarf das unbedingte Verlangen nach Erwerb Elsaß-Lothringens und versicherte in einem Schreiben Bismarck, das Volk erstrebe vor allem das Werden Deutschlands. Es war Bennigsen, der als erster unter den Nationalliberalen die Angliederung Elsaß-Lothringens als Entschädigung für die von Deutschland gebrachten Opfer forderte. Die in der Nation schnell und mächtig anschwellende

³¹ *Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen II, S. 78 f.

³² *Oncken*, aaO II, S. 171.

annexionistische Welle riß bald auch Lasker mit und veranlaßte ihn, unter leidenschaftlichen Ausbrüchen gegen Frankreich die gleiche Stellung einzunehmen³³.

Lasker hat später keine größeren Anstrengungen gemacht als andere Parlamentarier, den Reichstag in die Außenpolitik einzuschalten. Der Ausgangspunkt der nationalliberalen Partei war ja die blinde Zuversicht zu Bismarcks außenpolitischer Führung. Das Vertrauen zu ihm war schrankenlos, seine Erfolge bestätigten diese Haltung. Volk und Parlament hatten das Gefühl der Unzulänglichkeit, der Kanzler betrachtete die Behandlung internationaler Fragen als sein Monopol. Der Verzicht auf die Teilnahme des Parlaments an der Beeinflussung der Außenpolitik erklärt sich nicht nur aus Bismarcks Überlegenheit; sie ist auch darauf zurückzuführen, daß die Liberalen einschließlich Laskers keine eigenen außenpolitischen Konzeptionen hatten. Für den Ausbau freiheitlicher Institutionen, wie sie Lasker erstrebte, war dies eine erhebliche Erschwerung. Das Parlament gab die Domäne preis, für die Ranke, die historische Autorität der Zeit, den politischen Primat postuliert hatte; dies wurde das Grundprinzip der Politik Bismarcks. Davon gingen tiefe Einwirkungen auf Wählerentscheidungen aus, die die Stellung der halbautoritären Regierung auch innerpolitisch stärkten und die des Parlaments weiter schwächten.

Innenpolitisch war Lasker wegweisend bei der Beseitigung zahlreicher Überbleibsel des Feudalismus und der Kleinstaaterei auf wirtschaftlichem Gebiet. Zwischen 1867 und 1870 wurde die Freizügigkeit gesichert, die Schulhaft aufgehoben, die Beschlagnahme des Arbeitslohns verboten, die Reichsgewerbeordnung geschaffen, das Aktiengesetz angenommen. Lasker unterstützte Bebels Antrag auf Abschaffung der Arbeitsbücher und verhalf dem sozialistischen Führer zu seiner Überraschung zum Erfolg. Lasker war auch bei der Beratung der Reichsjustizgesetze führend. Das Strafgesetzbuch, die Revision des Militärstrafrechts, das neue Straf- und Zivilprozeßrecht und das Gerichtsverfassungsgesetz sind unter seiner maßgebenden Mitwirkung zustande gekommen. Über Bismarcks Absichten hinausgehend, legte ein von ihm und Miquel eingebrachter Antrag die Grundlage für das einheitliche bürgerliche Recht. In diesen Jahren hat nach Eugen Richters Zeugnis Lasker den Reichstag und das Abgeordnetenhaus beherrscht wie kein Abgeordneter zuvor³⁴. Auch nach ihm hat nur der Zentrumsführer Lieber, der Nachfolger Windthorst, das Parlament ähnlich dominiert.

In der Mitwirkung an der Gestaltung dieser Gesetze konnte Lasker seinem rechtsstaatlichen Denken auch konstruktiv Ausdruck verleihen. Die Grenzen seines Wirkens lagen in der Notwendigkeit, seine eigene Fraktion geschlossen hinter sich zu bringen und eine Verständigung mit anderen zur Mehrheitsbil-

³³ *Lasker*, Aus Eduard Laskers Nachlaß, S. 47 ff., 58; *Bamberger*, Laskers Briefwechsel, S. 121 ff.

³⁴ Eugen Richter, zitiert von *K. Bachem*, VI, S. 143; *Oncken*, aaO II, S. 256.

dung nötigen Fraktionen und mit dem Bundesrat auszuhandeln. Auch Lasker konnte ohne Kompromisse gesetzgeberische Lösungen nicht herbeiführen. Wenn gegen seinen Willen Einigungen erzielt wurden, die die Preisgabe wichtiger Überzeugungen von ihm verlangten, so mußte er sich entweder dem Willen der Mehrheit fügen, oder bei Abstimmungen abseits stehen. Beides hat er wiederholt getan.

Der erste ernste Zusammenstoß zwischen Bismarck und Lasker erfolgte 1870 bei der Beratung des Strafgesetzbuches. Die Mehrheit gegen die Todesstrafe bei der zweiten Lesung verwandelte sich bei der dritten Lesung unter Bismarcks Drohung, das ganze Gesetzeswerk scheitern zu lassen, in eine Minorität. Lasker konnte die Abspaltung von 24 Mitgliedern seiner Partei, die den Ausschlag für die Todesstrafe gaben, nicht verhindern. Bei keiner anderen Vorlage hat er so intensiv und leidenschaftlich mit Bismarck gerungen. Die Beibehaltung der Todesstrafe war ein wichtiger Grund für ihn, abweichend von der Fraktion gegen das Gesetz zu stimmen, obwohl er neben seinen Unvollkommenheiten die Fortschritte, die es brachte, nicht verkannte³⁵.

Eine schwere Niederlage erlitt Lasker 1874 durch die Vereinbarung Beningens mit Bismarck über die Festlegung des Pauschquantums im Militäretat, das sogenannte Septennat. Das verfassungsmäßig gewonnene Bewilligungsrecht des Reichstags für den Heeresetat wurde dadurch illusorisch gemacht. Lasker hat vergeblich zunächst für die jährliche Bewilligung, sodann für die Festlegung einer kürzeren als der siebenjährigen Frist gekämpft. Auch beim Preßgesetz von 1875 drang er mit wichtigen Forderungen nicht durch, ebenso wenig wie bei der Fassung der einschlägigen Bestimmungen der Strafprozeßordnung. Der Zeugniszwang für Redakteure blieb aufrechterhalten. Die Aburteilung der Pressevergehen wurde den Berufsrichtern und nicht den Schwurgerichten zugewiesen, die damals ein Hort freiheitlicher und volkstümlicher Rechtsfindung waren; Frankenburger hielt die wichtigste Rede, um das Schwurgericht bei Pressevergehen wenigstens für Bayern zu retten, und er hatte Erfolg. Von Laskers – unvermeidlichen – Konzessionen bei der Beratung der Kreisordnung war schon die Rede. Die Schale der von der Aristokratie beherrschten preußischen Verwaltung blieb eisenhart. Die Notwendigkeit, den Großgrundbesitz im Osten zu reduzieren, war Lasker schon 1866 klar³⁶. Zu einem Ergebnis führte diese Einsicht bei den bestehenden Machtverhältnissen jedoch nicht.

Lasker erhielt sich seine Volkstümlichkeit besonders durch ein Hervortreten in Fragen, die die politische Moral berührten. Das zeigte sich vor allem bei seinem Auftreten gegen den Gründungsswindel. Im parlamentarischen Kampfe gegen das Gründertum hat Lasker allein die Last der Arbeit getra-

³⁵ Norddeutscher Reichstag, St. B. 28. 12. 1870 (2. Lesung); 21. 5.–25. 5. 1871, (3. Lesung).

³⁶ S. oben S. 264 f.; *Cahn*, aaO, S. 99.

gen. Er suchte in mühsamer Vorbereitung sein Material zusammen und hatte unwiderlegliche Beweise zur Hand, bevor er im Februar 1873 gegen Gründungsspekulationen und Korruption und gegen ihre bewußten und unbewußten Förderer, Juden und Christen, das System Strousberg und den Geheimrat im Staatsministerium Wagener zu Felde zog. Graf Heinrich Itzenplitz, der preußische Handelsminister, ein ehrenwerter, aber seinen Aufgaben nicht gewachsener Mann, stürzte unter Laskers vernichtenden Schlägen. Es war das einzige Mal, daß ein Abgeordneter durch eine parlamentarische Aktion einen preußischen Minister zum Rücktritt gezwungen hat. Geradezu hingerissen, pries Schmoller Laskers „Segenswerk“, das erlösende Wort, das er gesprochen, den Mut, mit dem er allein das Gewissen der Nation sowie das Ansehen und die Ehre der parlamentarischen Körperschaften gerettet habe³⁷.

In den drei großen politischen Fragenkomplexen, die in den siebziger Jahren die deutsche öffentliche Meinung tief erregten, nahm Lasker eine weitgehend individuell bestimmte Haltung ein. Er allein in seiner Partei betrachtete den Kulturkampf als ein Unglück für Deutschland. Er stand in der vordersten Reihe im Kampf gegen eine Ausnahmegesetzgebung und hielt das Sozialistengesetz vom Herbst 1878 für verhängnisvoll. Er hatte mehr Verständnis für soziale Fragen als die anderen Liberalen.

Von den Nationalliberalen sprachen und stimmten nur Lasker und Bamberger gegen das Jesuitengesetz. Den in das Strafgesetzbuch neu eingefügten „Kanzelparagraphen“, der den Mißbrauch des geistlichen Amtes zur Agitation gegen den Staat unter Strafe stellte, lehnte er als einziger seiner Fraktion ab. In der Zeit des virulenten Antisemitismus der Zentrumsparlei richtete Peter Reichensperger Worte herzlichsten Dankes an den nationalliberalen Führer, der „unbeirrt durch den ardor civium prava jurentium der Sache des Rechts und der Freiheit“ gedient habe. Die offiziöse Geschichte der Zentrumsparlei erkennt an, daß die zwei Nationalliberalen, die beim Jesuitengesetz ihrem Gewissen und nicht der Fraktionsmehrheit folgten, Juden waren. 1877 wandte sich Lasker scharf gegen ein Urteil des preußischen Obertribunals, das in das Beichtgeheimnis eingriff. Als er damals spürte, daß die Wogen des antiklerikalen Fanatismus sich zu besänftigen begannen, war er der erste Nationalliberale, der zur Beilegung des Kampfes und zur Versöhnung aufrief. Er tat es in seinem Namen, ohne Ermächtigung der Fraktion³⁸.

Lasker war ein leidenschaftlicher Gegner der Sozialdemokratie. In der Polemik gegen sie wurde er oft heftig. Jedoch der Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie widerstanden er und die nationalliberale Partei unter seiner Führung viele Jahre hindurch. Vergebens forderte die Regierung 1873

³⁷ Haus d. Abg., St. B. 7. 2. 1873, S. 937 ff.; *Wentzcke*, II, S. 76; *Schmoller*, H. Schulze-Delitzsch und Eduard Lasker, S. 338.

³⁸ *K. Bachem*, II, S. 322; III, S. 241, 254; auch *J. Bachem*, S. 106; Reichenspergers Brief bei *Wentzcke*, Deutscher Liberalismus, S. 56.

und 1874 Bestimmungen, die die Preßfreiheit bedrohten, und 1875 eine Strafgesetznovelle, die die politischen Artikel des Strafgesetzbuches schärfer fassen wollte. Ebenso verwarf die Fraktion und mit ihr die große Mehrheit des Reichstags im Frühjahr 1878 nach dem ersten Attentat auf den Kaiser ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten. Lasker hielt eine überaus scharfe Rede gegen den Entwurf, den er als monströs bezeichnete. Rechtsstaatliches Denken behauptete sich.

Der Annahme des Sozialistengesetzes vom Herbst 1878 widerstrebte Lasker bis zum letzten Augenblick. Als die durch das zweite Attentat tief erschütterten und durch Bismarcks Propaganda bearbeiteten Wähler die Nationalliberalen stark geschwächt in den Reichstag zurücksandten, waren fast alle Abgeordneten der Partei entschlossen, der Volksstimmung Rechnung zu tragen und das Gesetz anzunehmen. Jetzt übernahm Bennigsen die Führung und brachte eine Verständigung mit Bismarck zustande. Lasker setzte eine zeitliche Begrenzung und manche Abschwächungen des Textes durch. Auch danach fiel es ihm schwerer als irgendeinem anderen, für das Gesetz zu stimmen. Er tat es angesichts der aufgewühlten Volksleidenschaften und Bismarcks Drohung, daß im Falle der Ablehnung das deutsche Volk sich bei Herrn Lasker für einen zweiten Wahlkampf zu bedanken haben würde. Lasker wußte, „daß ein Zusammenhang zwischen dem, was geschehen soll, und dem, was geschehen ist“, nicht bestand. Professor Marquardsen hat ihm später im Reichstag vorgehalten, daß seine Stellungnahme zu dem Gesetz eigenartig zurückhaltend gewesen sei: die Fraktion war willens, weiter zu gehen. Trotzdem war es ein furchtbarer Augenblick in Laskers politischem Leben, als Windthorst ihm ironisch die Frage vorlegte, wo der Rechtsstaat bliebe. Seine Reden und sein Verhalten in den nächsten Jahren zeigen, daß er über diese Abstimmung nie hinweggekommen ist. Zweifel an dem Sinn seiner Zugehörigkeit zu seiner Partei beschlichen ihn. 1880 erklärte er sich abweichend von den anderen Nationalliberalen gegen die Verlängerung des Gesetzes und organisierte Geldsammlungen für seine Opfer. Er hatte sich überzeugen müssen, daß die von ihm durchgesetzten Milderungen des Textes wirkungslos geblieben waren. Die Verwaltungs- und Polizeiorgane führten das Gesetz nach ihrem Gutdünken durch³⁹.

Lasker lag der Gedanke an eine kraftvolle Sozialreform fern. Er verbesserte, wie wir sahen, den Entwurf der Gewerbeordnung in mancher Hinsicht, aber er lehnte mit seiner Partei viele soziale Forderungen ab, die später als selbstverständlich betrachtet wurden. Landarbeiter und Gesinde erhielten das Koalitionsrecht nicht, den gewerblichen Arbeitern wurde seine Ausübung durch Sonderstrafbestimmungen erschwert. Dennoch stand Lasker der Arbei-

³⁹ Reichstag, St. B. 18. 10. 1878, S. 355 f.; 6. 3. 1880, S. 306 ff.; 10. 12. 1881, S. 320; *Wentzcke*, aaO II, S. 226, 248 f.; *Bebel*, aaO III, S. 27; *Mehring*, Geschichte IV, S. 179.

terfrage nicht ohne Verständnis gegenüber. Er neigte dem Verein für Sozialpolitik zu. Seine Zurückhaltung ihm gegenüber entstammte Gründen der Parteiräson, nicht der Überzeugung. Lujo Brentano, der streitbare Kathedersozialist, wandte sich an ihn mit seinen Klagen über die soziale Verständnislosigkeit Bambergers und Oppenheims. Lasker konnte 1883 bei der Beratung des Krankenkassengesetzes an manche früheren Gedanken anknüpfen. Nur seinen Anstrengungen war das Zustandekommen dieses Gesetzes zu danken. Er begrüßte in seiner letzten Reichstagsrede die Fortschritte im Gesundheitswesen, die das System der Versicherung mit sich bringen würde, und bezeichnete es als bedeutende soziale Verbesserung, daß es auf dem Gebiet der Krankenpflege an die Stelle der öffentlichen Armenpflege trat. Es war nicht die geringste parlamentarische Leistung des damals schon schwer leidenden Mannes, der nach Bambergers Wort „von uns allen am ehesten ein Stückchen von einem Staatssozialisten hatte“⁴⁰. Er stand in sozialen Fragen hoch über dem Liberalismus seiner Zeit.

Lasker war sich bewußt, daß ihm zur Förderung der freiheitlichen Entwicklung nur unvollkommen konstitutionelle Mittel zu Gebote standen. Er spielte sein Spiel gezwungenermaßen nach den Regeln des deutschen Scheinkonstitutionalismus. Er tröstete sich mit den Gesamtergebnissen der Politik zwischen 1866 und 1876. Sie schienen ihm den Beweis zu erbringen, „wie viel mit beiderseitiger Mäßigung im Bund zwischen einer stark monarchischen, sogar autoritären Regierung und einer maßvollen, ihrer Verantwortlichkeit bewußten Partei zum Heile Deutschlands und Preußens sich erreichen ließ“. Lasker rechnete damit, diese Politik weiterführen zu können. Er hoffte, daß seine Geduld und Entsagung in der Herbeiführung von Verständigungen am Ende durch eine Erweiterung der Freiheitssphäre und durch die Herbeiführung des parlamentarischen Regimes belohnt werden würde. Es blieb Laskers Axiom, daß auf der Grundlage der einmal errungenen Einheit dem deutschen Volke auch der freiheitliche Ausbau seiner Staatseinrichtungen gelingen müsse⁴¹.

Lasker führte einen wohldurchdachten, auf lange Sicht angelegten Kampf. Er verlor ihn, weil er mit ungleichen Waffen ausgekämpft wurde. Nicht er zwang Bismarck die Liberalisierung Deutschlands ab, sondern Bismarck zog Lasker den politischen Boden, auf dem er stand, unter den Füßen weg. Die Annahmen, auf die Lasker glaubte seine Politik stützen zu können, bestätigten sich nicht. Unerwartete Ereignisse traten ein. Der Geist, der die Anfänge der deutschen Einheitsbewegung durchweht hatte, erschlaffte. Die liberalen Strömungen wurden träge. Die Erfolge der Partei führten ihr Elemente zu, die mit ihren ursprünglichen Zielen nichts gemein hatten. Viele kleinbürger-

⁴⁰ *Bamberger*, Eduard Lasker, S. 105, 113; *Tobias Cohn*, Deutsche Volksvertreter, S. 472; *Dill*, S. 149; *Brentano*, Mein Leben, S. 86, 95; *Bebel*, aaO II, S. 160. Die Rede über die Krankenversicherung, Reichstag, St. B. 21. 4. 1883, S. 2026 ff.

⁴¹ *Cahn*, S. 51; 158; 163.

liche Liberale verließen die Partei, als sie sich gegenüber der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre als ohnmächtig erwies. Die Attentate, Produkte des Zufalls, wurden von Bismarck rücksichtslos zur Zertrümmerung des Liberalismus ausgebeutet. Der in den Anschauungen des Absolutismus aufgewachsene Kaiser erreichte ein ungewöhnlich hohes Alter. Dem einsichtigeren Kronprinzen blieb es versagt, modernen Auffassungen vom Throne herab Wirksamkeit zu verschaffen. Lasker wurde ein glückloser Politiker.

Im Bewußtsein der Bedeutung Laskers für das Eindringen liberaler Gedankengänge in die Gesetzgebung leitete Bismarck die Wendung seiner Politik mit einem persönlichen Kampf gegen ihn ein. Der Kanzler stand ihm mit tiefer Antipathie gegenüber. Alles an ihnen war gegensätzlich. Dort war der stattliche, imponierende, hier der äußerlich unansehnliche Mann. Bismarck betrat die Tribüne des Parlaments festen Schrittes, Lasker eilte behende auf sie zu in einer Weise, die auch Bebel ein Lächeln entlockte. Was Bismarck zu sagen hatte, war interessant, seine Pointen oft packend, aber seine Stimme war zu hoch, er sprach stockend und rang sich die Worte schwer ab. Lasker dagegen war der wortgewandteste Parlamentarier; der Zentrumsabgeordnete Julius Bachem bezeugte es und fügte hinzu: „So etwas von Leichtflüssigkeit der Rede ist mir nie wieder im Leben begegnet.“ Der Kanzler faßte seine Entschlüsse in der Einsamkeit, Lasker liebte den ständigen Gedankenaustausch. Bismarck repräsentierte als Staatsmann den jeder Ideologie abholden, fest im Preußentum gegründeten Deutschen, Lasker leiteten hohe Menschheitsideale im Dienste an Preußen und an Deutschland. Bismarck beherrschten machstaatliche Grundsätze, so wenig er, im Gegensatz zu den nach ihm Kommenden, die Grenzen verkannte, die er nicht überschreiten durfte. Lasker dagegen ist als der hingebendste Vertreter des Rechtsstaats in die Geschichte eingegangen. Das Volk sah in Bismarck den „eisernen Kanzler“; Bismarck nannte Lasker den „kleinen Juden“⁴².

Auch in dem Jahrzehnt ihres Zusammenwirkens waren beide sich des Gegensatzes ihrer Persönlichkeiten, Temperamente und Ziele bewußt. An scharfen Zusammenstößen zwischen ihnen hatte es, wie wir sahen, schon damals nicht gefehlt. Jetzt trieb der Kanzler die Angriffe auf die Spitze. Die grobe Arbeit der offenen antisemitischen Hetze überließ er seinen Handlangern. Er selbst spottete voller Anzüglichkeiten über die Advokaten und redegewandten Führer der Majoritäten, die nicht säen und ernten, nicht spinnen und weben und sich doch nähren und kleiden, „die unsere Sonne nicht wärmt und unser Regen nicht naß macht“. Als Lasker einmal darauf hinwies, daß der Fürst ohne Anlaß aufregende Debatten hervorrufe, erwiderte dieser, er wisse, was er täte⁴³.

⁴² *Alberta von Puttkamer*, S. 46. – „Leichtflüssigkeit der Rede“, zitiert aus *J. Bachem*, S. 105. *Bebel*, *Aus meinem Leben* II, S. 139.

⁴³ S. oben S. 33; Reichstag, St. B 8. 3. 1879, S. 331 ff.; 8. 5. 1879, S. 1060 ff.; *Friedrich Curtius*, II, S. 235.

Er wußte es. Der Vorkämpfer des Liberalismus, dessen Volkstümllichkeit die parteioffizielle Jubiläumsschrift noch 1917 feierte, als von dem Geiste des einstigen Führers in der nationalliberalen Partei kein Hauch mehr zu verspüren war, verlor 1879 sein Mandat zum Abgeordnetenhaus. In Frankfurt, Breslau und Magdeburg, „die beiden ersten Male in Judenstädten“, wie Moritz Busch boshaft bemerkte, fiel er gegen Kandidaten des rechten Parteiflügels durch. Antisemitische Strömungen trugen zu seinen Niederlagen bei. Im März 1880 verließ Lasker die Partei, die er hatte gründen helfen. Sein Ausscheiden, dem einige Monate später die große Sezession folgte, war einer der Marksteine, die von der Zersetzung des deutschen Parteiensystems und von der Verfeindung zwischen den Parteien künden; Bismarck hatte von neuem seine für die deutsche Nation verhängnisvolle Meisterschaft auf diesem Gebiete gezeigt. Sein in die demagogische Formel gekleideter Wunsch, „den rechten Flügel der Nationalliberalen von den Semiten zu trennen“, war erfüllt. Lasker stieß zur Sezession, der Liberalen Vereinigung. Auch dort ragte er als Parlamentarier über die anderen hinaus, aber der einstige Führer der größten Partei war ein Einsamer, ein Enttäuschter geworden. Alberta von Puttkamer beschreibt ihn, innerlich bewegt, in ihren Erinnerungen als ein Mitglied der einstigen kleinen politisch-parlamentarischen Tafelrunde führender Nationalliberaler, an der außer ihr und ihrem Manne auch Bennigsen und Miquel teilnahmen. Sie nennt Lasker den einzigen in diesem Kreise, „der nur Negatives von all seinem Streben, idealen Wollen und Wirken als Endergebnis hatte“⁴⁴.

Jeder hatte es natürlich gefunden, daß der integre, aufopfernde, für Deutschlands Einheit und Freiheit begeisterte Parlamentarier in den entscheidenden Jahren mit den wichtigsten Aufgaben betraut wurde. Kein Volksvertreter hatte Anstoß daran genommen, daß es der jüdische Abgeordnete Lasker war, dem die Aufgabe zuteil wurde, die Adresse des Reichstags an den König mit der Bitte zu entwerfen, daß Wilhelm die Kaiserkrone annehmen möge. Als später der Antisemitismus sich entfaltete und Bismarck in das Feuer blies, begann Verwunderung über die parlamentarische Führerstellung eines Juden in gewissen Kreisen der Nation laut zu werden. Die Angriffe, die mit den „Ära-Artikeln“ in der „Kreuzzeitung“ begannen, verschärfen sich von Jahr zu Jahr. 1884 hat Bamberger enthüllt, wie schmerzlich der Freund den neuen „Fanatismus der Rasse“ als Flecken auf dem Ehrenschild der ganzen Nation empfunden hatte⁴⁵.

Der Judenhaß hat Lasker öffentliche Äußerungen selten entlockt. Die

⁴⁴ Alberta von Puttkamer, S. 46 ff. Der Gatte Albertas von Puttkamer, Maximilian von Puttkamer (1831–1906), war von 1867 bis 1881 nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, später Gouverneur von Elsaß-Lothringen, nicht zu verwechseln mit dem preußischen Innenminister Robert von Puttkamer. Kalkoff, S. 146; Lucius von Ballhausen, S. 163; Busch, III, S. 12.

⁴⁵ Bamberger, Eduard Lasker, S. 111; Bamberger, Deutschtum und Judentum, S. 22. Über die Ära-Artikel, s. auch oben S. 127.

Emanzipation der Juden erschien ihm als selbstverständlich, der Kampf für die allgemeine Freiheitsidee, mit der sie verwoben war, entscheidend. In die Beratung des Gesetzes von 1869 griff er mit einer kurzen Bemerkung ein. Er widersprach einem Konservativen, der erklärt hatte, daß die Juden selbst auf das Gesetz keinen Wert legten. Dabei betonte er, daß nur diese falsche Behauptung ihn veranlaßt hätte, von seiner Gewohnheit abzuweichen und in einer Angelegenheit das Wort zu ergreifen, in der er „in eigener Sache“ zu sprechen schiene. Lasker ist dies damals von jüdischer Seite als übertriebene diplomatische Reserve vorgehalten worden. Später hat ihn jedoch die jüdische Presse als einen der hervorragendsten Mitarbeiter an der Gestaltung der Dinge gewürdigt, mit der die Gleichberechtigung der Juden verbunden war⁴⁶.

Lasker kam auf jüdische Dinge mit großer Wärme dann zu sprechen, wenn bestimmte Themen ihm dies nahelegten. Als die Anhänger der Todesstrafe im Norddeutschen Reichstag auf das häufige Vorkommen dieser Straftat im Alten Testament verwiesen, rief ihn dies auf den Plan. Er bezeichnete diese Strafe als eine Sünde vor Gott. Er wies nach, daß durch Auslegung dieser Bibelstellen und im Verfahrenswege bereits im Altertum eine Einschränkung und schließlich die faktische Beseitigung der Todesstrafe im Judentum erfolgt sei; so habe sich ein altes Kulturvolk schon in früherer Zeit von ihr abgewandt⁴⁷.

Bei der Beratung des preußischen Gesetzentwurfs von 1876, der den Austritt aus einer Synagogengemeinde ohne gleichzeitiges Ausscheiden aus dem Judentum ermöglichen sollte, übernahm Lasker die Führung. Gegen seinen Fraktionskollegen, den Historiker Heinrich von Sybel, vertrat er dieses Recht aus Gründen der Gewissensfreiheit. Er wollte aber im Interesse kleinerer, weniger leistungsfähiger Synagogengemeinden gewisse Einschränkungen zulassen. Ebenso wenig wie Daniel Heinrich Hirsch, ein anderes jüdisches Mitglied der nationalliberalen Fraktion, und Moritz Warburg ließ er den Einwand gelten, daß die Aufrechterhaltung jüdischer Schulen durch das Gesetz gefährdet werden könnte. Alle sprachen sich im übrigen für die Gemeinschaftsschule aus und lehnten besondere jüdische Schulen ab. Das Gesetz ging in der Form des von Lasker gestützten Regierungsentwurfs mit einer vom Herrenhaus verlangten Abänderung durch; eines der beiden jüdischen Herrenhausmitglieder, der Bromberger Stadtrat Dagobert Friedländer*, hatte an dieser mitgewirkt und sie begründet⁴⁸. Das Bedenken, daß das Gesetz die

* *Dagobert Friedländer*, geb. in Kolmar (Posen) 1826, betrieb einen Buchhandel in Wollstein (Provinz Posen), wurde später Bankier in Bromberg. Wurde in Bromberg zum ehrenamtlichen Stadtrat gewählt und auf Vorschlag der Stadt 1874 in das preußische Herrenhaus berufen. Legte 1882 wegen der antisemitischen Bewegung seine städtischen Ehrenämter nieder und schied aus dem Herrenhause aus. Gest. 1904 in Villa Breitenstein bei Ermatingen (Schweiz).

⁴⁶ AZJ 1868, S. 537; 1884, S. 149; 1898, S. 62; 1902, S. 66.

⁴⁷ Norddeutscher Reichstag, St. B. 28. 2. 1870, S. 113 ff.; IDR 1897, S. 614.

⁴⁸ AZJ 1876, S. 427 ff. Mitteilungen über Friedländer verdanke ich seinem Enkel,

bestehenden Synagogengemeinden finanziell ruinieren würde, teilte Lasker nicht. Es wurde auch durch die Tatsachen nicht bestätigt. Er äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Nie würde ich einem Gesetz meine Zustimmung geben, von welchem ich befürchtete, es gefährde den Bestand der jüdischen Religion. Ich gehöre nicht allein äußerlich dieser Gemeinschaft an, sondern ich finde ihren Kern in dem idealsten Ausdruck, der nach dem Zeugnis aller Geschichte zum ersten Mal der Menschheit verkündet worden ist in Form eines religiösen Bekenntnisses. Und weil ich glaube, daß der wesentliche Inhalt des Judentums im Bekenntnis zu dem einzigen Gott liegt, deshalb bin ich erfüllt von dem Gedanken, daß die Macht dieser lebendigen Überzeugung immer ausreichen wird, derjenigen Gemeinschaft, die zuerst in die Weltgeschichte mit dieser erhabenen religiösen Idee eingetreten ist, so lange Dauer zu verleihen, als überhaupt Religionsgemeinschaften existieren. Wenn man eine vieltausendjährige Geschichte unter den widrigsten Verhältnissen diese Annahme bestätigen sieht, so ist man berechtigt, dies Zutrauen zu haben und danach zu handeln.“⁴⁹

Es mag als eine seltsame Fügung erscheinen, daß Laskers letzte Rede dem Preis der jüdischen Wohltätigkeit und Bruderliebe galt, in denen er die erhabenste Auffassung des Judentums und eine nationale Mission der Juden erblickte. Es geschah in einer Ansprache vor der Gesellschaft des Mount Sinai Krankenhauses in New York, am Ende einer über sechs Monate währenden Studienreise in die Vereinigten Staaten zur Beobachtung der freiheitlich-demokratischen Einrichtungen des Landes, die er mit dem Besuch seines in Texas ansässigen Bruders verband.

Wenige Tage nach jener letzten Ansprache ereilte Lasker der Tod am 5. Januar 1884. Der amerikanische Kongreß sandte ein Beileidstelegramm an den Reichstag, in dem er die Leistungen des Verstorbenen für Deutschland rühmte und seinen Tod als einen Verlust nicht nur für die Deutschen, sondern für die Freunde der Freiheit in der ganzen Welt beklagte. Thomas Ochiltree, ein Abgeordneter von Texas, der Laskers Bruder und Lasker selbst bei seinem dortigen Aufenthalt nähergekommen war, würdigte seine Verdienste in einer Rede im Kongreß. Der frühere amerikanische Gesandte in Berlin, Andrew White, und der Senator Carl Schurz, der bedeutendste Deutschamerikaner jener Zeit, schlossen sich den Kundgebungen der Trauer an. Schurz hielt den „Fanatikern der neuen Judenverfolgung“, die Laskers letzte Lebensjahre ver-

dem früheren Regierungsdirektor an der Regierung Stettin, Herrn Dr. Kurt Friedländer, London.

⁴⁹ Haus d. Abg. St. B. 22. 5. 1876, S. 1607; die Reden Warburgs und Sybels ebenda, S. 1600 ff. Angriffe gegen die jüdischen Abgeordneten, die für das Gesetz gestimmt haben, besonders gegen Lasker richtete AZJ 1876, S. 347 ff., 364 f., 380, 427, 629, 723. Die Zeitung glaubte, Laskers Haltung sei bestimmt durch die Tatsache, daß er Frankfurt am Main vertrat, wo Samson Raphael Hirsch den Austritt der Orthodoxen aus der Synagogengemeinde vorbereitete. Der Gesetzestext begünstigte jedoch nicht die Bestrebungen irgendeiner Richtung im Judentum.

düstert hätten, ihre Schande vor, um mit den Worten zu schließen: „Aber um so williger und stolzer stehen wir hier, Amerikaner und Deutsche, Bürger eines freien Landes, dem Toten in dankbarer Verehrung die Bruderhand zu reichen über das Grab hinaus“⁵⁰.

Anders war es in Deutschland. Die öffentliche Meinung war freilich einmütig im Lobe Laskers. Selbst die „*Kreuzzeitung*“ nannte ihn zwar einen der radikalsten, aber auch der ehrenhaftesten Gegner der konservativen Sache, einen Idealisten und einen Mann von nicht gewöhnlichem Genie. Das offizielle Deutschland jedoch war bei der Beerdigung Laskers in Berlin unvertreten. Bismarck hatte das Erscheinen der Minister und Beamten untersagt, Die Initiative dazu ging von der höchsten Stelle aus. Wilhelm I. hatte dem Innenminister von Puttkamer geschrieben, daß man die Trauerfeier wohl nicht gut untersagen könne, daß er aber das Erscheinen königlicher Beamter dabei für unstatthaft hielte. Welche Verständnislosigkeit, welche Härte und Herzlosigkeit spricht aus diesem Schreiben! Alle Beamten parierten bis auf den letzten Mann. In der überfüllten Singakademie in Berlin, in der am Abend des Beerdigungstages Bamberger dem toten Freund klassisch schöne Worte nachrief, wies er ironisch auf das Fehlen des Justizministers Friedberg bei der Beerdigung hin, dem Lasker bei den parlamentarischen Verhandlungen über die Justizgesetzentwürfe geholfen hatte wie kein anderer. In seinem Tagebuch nannte Bamberger das Nichterscheinen Friedbergs und anderer „die bedientenhafte, befohlene Abstinenz der befreundeten Minister“⁵¹.

Damit war es jedoch nicht genug. Das Telegramm des Kongreß verbot Bismarck an den Reichstag weiterzubefördern. Er machte sich zum Vormund der Volksvertretung und schickte es dem Kongreß mit der Begründung zurück, es träfe nicht zu, daß die Tätigkeit des Verstorbenen dem deutschen Volke nützlich gewesen sei. Im Kongreß verglich Ochiltree die würdige und vornehme Antwort Washingtons an die französische Nationalversammlung anlässlich ihrer Beileidskundgebung zum Tode Benjamin Franklins mit den plumphen und unwirschen Äußerungen des anmaßenden Reichskanzlers, der das deutsche Volk nach außen hin nur als sein Zubehör anzusehen scheine⁵². Bismarcks Haßkampagne gegen den toten Lasker erreichte ihren Höhepunkt, als die Linksliberalen im Reichstag seine Handlungsweise kritisierten. Zum ersten Male konnte Lasker ihm nicht selbst antworten. Da schlug Bismarck in einer halbstündigen Rede erbarmungslos auf den Toten ein. Vor den Abgeordneten stand der Reichskanzler, dessen Verdienste Herrscher und Nation in einer

⁵⁰ AZJ 1884, S. 147 f.; *Ochiltree*, S. 10. – Für den Wortlaut des auf das Judentum bezüglichen Teils von Laskers letzter Rede s. *New York Times*, 6. 1. 1884, S. 7; die gesamte, in deutscher Sprache gehaltene Rede im Sitzungsprotokoll der Gesellschaft des Mount Sinai Hospitals vom 30. 12. 1883, Abschrift im Archiv des LBI, New York.

⁵¹ Der Brief Wilhelms I. nach *Albert von Puttkamer*, S. 136. Über Friedberg, s. *Bamberger*, Eduard Lasker, S. 93; *Feder*, S. 286.

⁵² *Ochiltree*, S. 4 ff.; 14 ff.

Weise belohnt hatten, wie es selten einem Sterblichen zuteil geworden war: mit Titeln, Rang und Orden und überreichlichen Dotationen war er überhäuft worden. Unter der Erde lag der Parlamentarier, der äußere Ehren und Güter nicht erstrebt und nicht empfangen hatte. Aber es hatte „durch seinen Mund zehn Jahre die deutsche Nation gesprochen“; Schmoller hatte ihm „die edelste Hingabe an das Vaterland, die selbstloseste Arbeitsamkeit, die makelloseste Reinheit des Charakters“ zuerkannt; Staatsmänner wie der Landwirtschaftsminister Lucius von Ballhausen, Gelehrte wie Robert von Mohl und Rudolf von Gneist hatten ihn mit höchsten Ehren genannt⁵³. Bismarck erklärte kühl, es sei nicht seine Aufgabe, Sentimentalitäten auszutauschen, sondern die Geschäfte zu besprechen. Lasker habe stets gegen ihn operiert und ihm die Suppe versalzen. Es sei unwahr, daß seine Arbeit dem deutschen Volke Gutes gebracht habe. Seine Beredsamkeit sei verderbt gewesen. Den Liberalen warf er vor, in wucherischer Weise mit Hilfe eines Toten Politik zu treiben⁵⁴. Trotzig weigerte er sich, sich vor der Majestät des Todes zu beugen, der dem politischen Kampf ein Ende macht. Er fühlte nicht, daß der politische Streit sinnlos und barbarisch wird, wenn er nicht im Glauben an die menschliche Solidarität ausgefochten wird.

So sandte Bismarck von der Tribüne des Hauses, auf der Lasker hunderte von Malen gestanden hatte, ihm die Giftpfeile des Hasses in das Grab nach. Der liberale Professor Albert Haenel aus Kiel warf in einer schwachen Erwiderung dem Kanzler Lästerung des Toten vor. Sonst erhob sich keine Stimme für Lasker in dem Parlament, in dem er einst vorbildlich geführt und mit fast asketischer Hingebung für Deutschlands Einheit, Freiheit und Größe gearbeitet hatte. Kann man die Darstellung des tragischen Schicksals dieses großen Parlamentariers anders abschließen als mit den Worten, die er einst Bamberger anvertraut und die dieser zusammen mit seinem eigenen Zweifel seinem Tagebuch einverleibt hat? „Ob er nicht doch Recht behalten wird? Dies Volk ist nicht geboren, frei zu sein“⁵⁵.

Ludwig Bamberger

Ludwig Bamberger* wuchs im Westen Deutschlands auf. Unter dem Krummstab hatte sich die Mainzer Bevölkerung im allgemeinen wohl gefühlt.

* *Ludwig Bamberger*, geb. 1823 in Mainz. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Nahm 1848 an der Revolution in Hessen publizistisch und rednerisch, 1849 an der Erhebung in der Pfalz militärisch teil. Emigrierte, wurde zu Zuchthaus, dann zum Tode verurteilt. Ging in das Bankfach über, war in London, Amsterdam und Brüssel und schließlich in Paris als Prokurist des Bankhauses der mit ihm verwandten Familie Bischoffsheim tätig. Bekehrte sich als Anhänger des deutschen Einheitsgedankens zu

⁵³ *Schmoller*, aaO, S. 304; *Bamberger*, aaO, S. 95. Äußerungen der Anerkennung Laskers durch führende Persönlichkeiten bei *Dill*, S. 189 ff.

⁵⁴ *De Grahl*, IV, S. 195 ff., 209.

⁵⁵ *Feder*, S. 286.

Auch als Mainz in das neue Großherzogtum Hessen eingegliedert wurde, lebte man unbefangen und duldsam miteinander. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte Mainz einige jüdische Stadträte. Das war außerhalb Preußens ein ungewöhnliches Vorkommnis. Die katholischen Jungen, die bei der Beichte ein stattliches Sündenregister aufweisen mußten, kamen zu dem erfinderischen jüdischen Klassenkameraden und fragten ihn, ob er nicht noch eine Sünde für sie wüßte; der junge Bamberger, aufgeschlossen und gelockert, fühlte keinen Abstand zwischen sich und der christlichen Umwelt⁵⁶. Eine Welt trennte Jarotschin, den Geburtsort Laskers, mit den streng voneinander geschiedenen Deutschen, Polen und Juden von dem Leben in dem goldenen Mainz. Das Denken der Großmutter war noch von der traditionellen Strenge des Judentums beherrscht. Sie verlor sich in den folgenden Generationen. Der Vater war Bankier, die Mutter stammte aus der bekannten Bankiersfamilie der Bischoffsheims. Lateinisches Wesen war in das rheinische Deutschland in früher Zeit eingedrungen und besonders im Maingau durch die jüngsten Ereignisse neu belebt. Man war deutsch, aber die pedantischen und hölzernen Preußen waren den Bewohnern fremder als die Franzosen.

Der allgemeinen Atmosphäre entsprachen Bambergers Anlagen. Das künstlerische Element war in ihm stark entwickelt. Er nahm lebhaften Anteil an Menschen und allem Menschlichen. In der Grundanlage war sein Denken skeptisch. In der Stellungnahme zu politischen Problemen konnte er leidenschaftlich, ja fanatisch sein. In seinem Fachgebiet, dem Währungs-, Bank- und Münzwesen war er überragend, und obwohl er die beiden letzten Jahrzehnte seines Lebens in der Opposition verbrachte, blieb er auch dann noch überall als Autorität anerkannt. In der gesellschaftlichen Unterhaltung war Bamberger ein weltmännischer Plauderer, in der Polemik blieb er verbindlich, selbst wenn es um die Abwehr persönlicher Angriffe ging. Ihm fehlte nach seinen Worten „das Talent zur Grobheit“. Im Reichstag erkannte Bismarck in einem bitteren Rededuell an, daß Bamberger in der Debatte stets die Formen der guten Gesellschaft wahrte. Das war ein Zugeständnis, das der alte Hasser keinem anderen politischen Gegner gemacht hat. Er beeilte sich hinzuzufügen, daß die Pfeile, die Bamberger unter dem wohltuenden Mantel der Sanftmut abschösse, um so fester säßen. August Stein, der Berliner Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, nannte ihn den letzten Abgeordneten, der als unge-

Bismarcks Politik.kehrte nach Deutschland zurück, wurde 1868 von Mainz in das deutsche Zollparlament gewählt. Mitglied des Reichstags 1871–1873 für Mainz, 1874 bis 1893 für Alzey-Bingen. Mitglied der nationalliberalen Partei, seit 1881 der Liberalen Vereinigung, seit 1884 der deutsch-freisinnigen Partei. Parlamentarisch führend bei der Vereinheitlichung des deutschen Münzwesens, beim Übergang zur Goldwährung und bei der Schaffung der Reichsbank. „Gesammelte Schriften“, 5 Bände, 1894 bis 1898. Gest. 1899 in Berlin.

⁵⁶ Bamberger, Erinnerungen, S. 3. Über jüdische Stadträte, s. Toury, Der Anteil der Juden, S. 270.

wöhnlich geistvoller Causeur zugleich ein großer parlamentarischer Redner war. Bambergers Wirkung beruhte nicht zuletzt darauf, daß er seine Reden sorgfältig überdachte, gründlich feilte und die Effekte erwog. Mommsen zählte ihn unter die großen Redner des Jahrhunderts⁵⁷. Als feinsinniger Essayist, der das Bedürfnis hatte sich auszusprechen, fand er Gehör in den gebildeten Schichten der Nation, auch dort, wo seine Ansichten nicht geteilt wurden. In seinen Betrachtungen und Urteilen spiegelt sich ein überquellender Reichtum von Erfahrungen wider. Von sich selbst wußte er unbefangen und reizvoll zu erzählen, ganz anders als Lasker, lebensnah und mit einem Schuß von Selbstironie.

Bismarck und Bamberger traten zu gleicher Zeit in das politische Leben ein, beide als Gegner der deutschen bürgerlichen Revolution, Bismarck als Preuße und Monarchist, Bamberger als Unitarier, radikaler Fürstengegner und Republikaner mit sozialistischen Interessen⁵⁸. Beide trafen sich in der Mitte ihres Lebensweges in gemeinsamer Arbeit, als Bamberger Bismarck bei der Gründung und dem Aufbau des deutschen Reiches unterstützte. Sie blieben jedoch in ihren Grundvorstellungen weit voneinander verschieden. Bismarck suchte das Reich nach seinen autoritären Prinzipien zu gestalten und vor allem Preußens Macht zu erhalten, auch als er aus staatspolitischen Gründen die Mitarbeit freiheitlicher Kräfte als unumgänglich erstrebte und fand. Bamberger hatte zwar den Glauben an die deutsche Republik aufgegeben, und der Wahl-Berliner Oppenheim hatte ihm für die Bedeutung Preußens im Kampf um die Einigung Deutschlands die Augen geöffnet. Geliebt aber hat Bamberger Preußen nie; er war „dem Süden zustimmend durch die Empfindung, dem Norden durch die Gesinnung“. Der freiheitlich und parlamentarisch regierte deutsche Einheitsstaat, in dem Preußen aufgehen sollte, blieb sein Ideal. Er sah jedoch, ebenso wie Lasker, in dem Zusammenwirken mit Bismarck die einzige Möglichkeit, diesem Ziele näherzukommen.

In den späteren Jahren ihres Lebens haben Bismarcks und Bambergers Wege sich wieder getrennt. Bamberger führte den gemäßigten Liberalismus in die Opposition gegen Bismarcks veränderten Kurs. Ein Bewunderer Bismarcks aber ist er geblieben, ohne jedoch die dämonischen Seiten des Menschenverächters zu übersehen. Der Kanzler, der sich in so vielen Gestalten zeigte und verbarg, nahm Bamberger durch seine politische Genialität gefangen, die so wenig Schulmeisterliches an sich hatte, daß er sich fragte, wie ein solcher Mann in Deutschland geboren werden konnte. Er würdigte seine geistige Potenz und kraftstrotzende Natur, war hingerissen von der bestrickenden Lie-

⁵⁷ Reichstag, St. B. 14. 6. 1882, S. 438; *Bamberger*, aaO, S. 59 ff.; *Oncken*, Ludwig Bamberger, S. 72; *Bülow*, I, S. 193.

⁵⁸ *Bamberger*, Erinnerungen, S. 109, 113; *Oncken*, aaO S. 91 f. Bamberger kannte die sozialistische Literatur, stand diesen Ideen damals nicht ablehnend gegenüber und gab Pierre Joseph Proudhons Projekt einer Volksbank in Übersetzung mit einer anerkennenden Vorrede heraus.

benswürdigkeit, deren Bismarck fähig war, und der Anmut seines Briefstils. Auch Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ hat Bamberger als Gesamtwerk nicht nur unter dem künstlerischen Gesichtspunkt hoch geschätzt. Er war aber nicht blind gegenüber ihren Schwächen und hat die Einseitigkeit, ja Unwahrhaftigkeit in der Darstellung wichtiger Partien aus eigenem Miterleben nachgewiesen. Daß Bismarck in dem für die politische Bildung der Jugend entscheidenden Werke Worte wie Zivilisation und Humanität nur im Sinne der unbedingten Verspottung und hohlen Phraseologie gebraucht hat, empfand Bamberger als ein Verhängnis:

„So scheint die Befürchtung nicht unbegründet, daß die fragwürdige Idee der soldatischen Schneidigkeit mit allen ihren Auswüchsen zum höchsten Ausdruck des Nationalcharakters ausgebildet werde.“⁵⁹

Bambergers Bismarck Posthumus, ein Meisterstück, sollte Neuausgaben der Gedanken und Erinnerungen als Epilog angefügt werden.

Da die Laufbahn des Richters oder Anwalts Bamberger als Juden verschlossen war, entschied er sich nach Abschluß des juristischen Studiums für die wissenschaftliche Tätigkeit. Das Revolutionsjahr riß ihn jedoch aus der ruhigen Bahn des Lebens heraus. Er entdeckte seine publizistischen Gaben und seine rednerische Befähigung als Berichterstatter über die Verhandlungen der Paulskirche, als einer der Führer der Revolution in Hessen und als Redakteur der Mainzer Zeitung. Seine Teilnahme am pfälzischen Aufstand als Mitglied des rheinhessischen Hilfskorps – der letzte Versuch, die Revolution zu retten, dessen Aussichtslosigkeit Bamberger selbst klar war – zwang ihn zur Emigration. Sein in einer etwas tumultuarisch erfolgten Nachwahl erlangtes Mandat zur Nationalversammlung konnte er nicht mehr ausüben. *In absentia* wurde er zu einer langjährigen Zuchthausstrafe, danach zum Tode verurteilt⁶⁰.

Vom Aspiranten der Wissenschaft und revolutionären Kämpfer ging Bamberger in der Emigration schweren Herzens in das Bankfach über. Der jüngere Bruder seiner Mutter bot ihm in London die Möglichkeit dafür. Fast wäre der Plan an der Schwierigkeit für den deutschen Revolutionär gescheitert, von der Schweiz durch den französischen Polizeistaat unter Louis Napoleons Präsidentschaft nach England zu reisen. Bambergers Polizeiakte verzeichnete ihn noch, als er ein wohlhabender Bankier und Gast der Pariser Salons

⁵⁹ *Bamberger*, Bismarck Posthumus, S. 5, 10–12; *Bamberger*, Deutschland und der Sozialismus, S. 80; *Feder*, S. 19.

⁶⁰ Eine kurze Darstellung von Bambergers Leben in ADB 46, S. 193 ff.; NDB 1, S. 572 f. *Oncken*, aaO, und *Feder* in der biographischen Einleitung zu Die geheimen Tagebücher, würdigen Bamberger ausführlich. Die Erinnerungen Bambergers enden mit der Rückkehr nach Deutschland (1868), greifen aber in einigen Abschnitten über diese Zeit hinaus. S. auch *Heuss*, Bamberger und Bismarck, S. 162 ff. – Der Aufsatz von *Walther Bussmann* „Zwischen Revolution und Reichsgründung, die politische Vorstellungswelt von Ludwig Bamberger“, in: Festschrift für Siegfried Kaehler, 1950, zitiert von Rahel Liebeschütz in Yearbook LBI XII, S. 236, hat mir nicht vorgelegen:

geworden war, auf der Titelseite als Bandenführer, der das Blutbad in der Pfalz angerichtet habe. Der Mensch kann sich ändern, seine Akte nie. Als der „Bandenführer“, ein schwächlicher junger Mann, vor dem Präfekten erschien, von dem er das Durchreisevisum erbitten hatte, fragte dieser ihn in maßlosem Erstaunen, ob er es sei, der Regierungen gestürzt habe. Seine Antwort, daß er es leider nicht in genügendem Umfange getan habe, war seine letzte revolutionäre Äußerung⁶¹. Sie bereitete ihm einige Ungelegenheiten, aber schließlich gelangte er nach London und trat seine Stelle als Banklehrling an. Er arbeitete in England, Holland und Belgien und landete als Prokurist der Bischofsheims 1853 in Paris. Hier erwarb er sich hervorragende Kenntnisse des internationalen Geldmarkts, reiche Erfahrungen im Bankwesen und schließlich ein Vermögen, das ihn unabhängig machte. Er hat daher, nach seiner Rückkehr aus einem fast zwanzigjährigen Exil, seit 1868 ausschließlich der Politik und seinen sonstigen vielfältigen Interessen leben können.

Im Jahre 1859 nahm Bamberger seine publizistische Tätigkeit mit der schon erwähnten pro-preußischen Schrift „Juchhe nach Italia“ wieder auf. Daß er aber die Verbindung mit der Revolution von 1848 nicht hatte abreißen lassen, bewies er durch seine Rede bei der Denkmalseinweihung für Heinrich Simon⁶². Er erteilte damit auch dem von den Liberalen gehaßten hessischen Ministerpräsidenten Dalwigk eine Absage, der ihm auf Grund einer Intervention von Angehörigen einen kurzfristigen Aufenthalt als Gnadenakt zu genehmigen bereit war. In Frankreich erlebte Bamberger die Zeit des Konflikts zwischen Krone und Parlament in Preußen. Er fand den Weg zu Bismarck, wie so viele alte Achtundvierziger, und zwar früher als die an den täglichen Kämpfen beteiligten Parlamentarier; zum Mißvergnügen seiner alten Freunde folgte er ihm bereits in der schleswig-holsteinischen Frage. 1868 veröffentlichte er in Paris seine Schrift „Monsieur de Bismarck“ – „ein Buch, auf das ich stolz bin“, wie Bismarck eingestand. Er wollte den gebildeten Franzosen die führende Persönlichkeit Preußens ins richtige Licht setzen und ein besseres Einvernehmen zwischen der öffentlichen Meinung in Frankreich und dem umgestalteten Deutschland herbeiführen⁶³. Im gleichen Jahre wählte ihn seine Geburtsstadt in das deutsche Zollparlament, wenn auch gegen eine starke Minderheit; sein Wandel hatte ihm viele seiner demokratischen Weggefährten entfremdet.

Bismarck erfaßte den Wert der Mitarbeit eines Mannes von Bambergers Gaben im deutsch-französischen Kriege. Er berief ihn im August 1870 in das große Hauptquartier. Bamberger unterstützte Bismarck als Sachverständiger für französische Angelegenheiten und als gelegentlicher Berater in Finanzfragen. Er gründete das erste deutsche amtliche Organ im Elsaß und war Bismarcks Verbindungsmann zur Presse. Er wirkte auch auf die nationallibe-

⁶¹ Bamberger, Erinnerungen, S. 213.

⁶² S. oben S. 186.

⁶³ Bamberger, Monsieur de Bismarck. Die deutsche Übersetzung, Herr von Bismarck, führt das Thema zeitlich etwas über die französische Ausgabe hinaus.

ralen Abgeordneten, die mit den Süddeutschen über die Einigung verhandelten, gemäß den Intentionen des Kanzlers ein. Im Winter 1870/71 führte er im Einverständnis mit Bismarck inoffizielle, allerdings ergebnislose Friedensbesprechungen mit französischen Unterhändlern⁶⁴.

Nach seiner Wahl in den Reichstag wurde Bamberger in den Vorstand der nationalliberalen Fraktion berufen, dem er von 1871 bis 1878 angehörte. Die Einführung der Goldwährung im Anschluß an das englische Beispiel hatte an ihm den energischsten, berufensten und kenntnisreichsten Vorkämpfer. Er ließ sich durch den preußischen Ressortpartikularismus nicht in seinem Entschluß beirren, das Münzwesen ausschließlich zur Reichsangelegenheit zu machen. An Stelle der vom Bundesrat vorgeschlagenen unbefriedigenden Regelung gelang es ihm mit Laskers tatkräftiger Unterstützung, eine einheitliche deutsche Münzverfassung zu schaffen. Bamberger war der geistige Schöpfer der Reichsbank und die treibende Kraft bei der Gründung der Deutschen Bank. Er dachte in großen Perspektiven und war von den Befürchtungen frei, die die Fortschrittler veranlaßten, gegen die Schaffung der Reichsbank zu stimmen, aus Sorge, sie könne von der Regierung finanziell mißbraucht werden. Nach Bambergers Tode wurde seine Büste im Gebäude der Reichsbank aufgestellt. Karl Helfferich, sein Schüler in Währungs- und Bankfragen, der später als Politiker unheilvolle Wege beschritt, hat Bamberger und seine Leistungen bei der Gestaltung der deutschen Geldreform bewundert. Er hat in einer ausführlichen Einleitung zu den von ihm herausgegebenen Reden und Aufsätzen Bambergers über Geld- und Bankwesen dessen universelle Persönlichkeit und Verdienste als Währungspolitiker gewürdigt⁶⁵. Bamberger hat auf dem Gebiete des Bank- und Münzwesens stärkere unitarische Maßnahmen durchgesetzt, als der Reichskanzler ursprünglich ins Auge gefaßt hat. Bismarck und Rudolf Delbrück, der Präsident des Reichskanzleramts, beugten sich seinem Urteil. Als entschiedener Anhänger des Einheitsstaats hat er auch Bismarcks Versuch unterstützt, das Eisenbahnwesen zur Reichssache zu machen. Die Mehrheit der Liberalen hat damals aus Besorgnis vor der Verstärkung der Macht der Reichsregierung über das Wirtschaftsleben und über die von ihr abhängigen Eisenbahnbeamten und Arbeiter Bismarck im Kampf gegen föderalistische Kräfte die Gefolgschaft versagt.

Seine liberalen Grundsätze hat Bamberger bis 1878 hochgehalten, auch wenn es sich um die Bekämpfung politischer Gegner handelte. Es ist schon erwähnt worden, daß er und Lasker als einzige Nationalliberale gegen das Jesuitengesetz gestimmt haben. Er mahnte, den Sozialismus nicht durch Aus-

⁶⁴ Bamberger, *Erinnerungen*, S. 496 f.; *Poschinger*, II, S. 136 f.

⁶⁵ Helfferich (mit Einleitung „Ludwig Bamberger als Währungspolitiker“); *Ziekursch*, II, S. 290; *Bonn*, S. 48. – Bambergers Aufsatz „Die Entthronung eines Welt Herrschers“ erschien zuerst in der *Deutschen Rundschau*, Heft 2, 1876 und ist von Helfferich, S. 340 ff. aufgenommen worden. Er erscheint auch in *Bambergers* Gesammelten Schriften, Band IV.

nahmebestimmungen, sondern durch Überredung und Belehrung zu zügeln. Bismarcks Rezept, man solle die Eier zerschlagen, wenn man keine Küken haben wollte, wies er zurück. Schließlich jedoch kapitulierte auch er vor Bismarcks wohlberechneter Strategie angesichts der hochgehenden Wogen der Volksleidenschaften und stimmte dem Sozialistengesetz vom Herbst 1878 zu. Bamberger hat die Bedeutung des großen Umschwunges, der dieser Ergebung der Nationalliberalen folgte, klar erfaßt und begriffen, daß Bismarcks Ziel die Entthronung des Liberalismus im deutschen und preußischen Parlament war. Niemand hat wirkungsvoller als er, der überzeugte Freihändler, dargestellt, daß es nicht vornehmlich um eine Änderung von Positionen des Zolltarifs ging, sondern um die Wiederbelebung des Geistes des Junkertums. Pessimistisch drückte er später seine Befürchtungen mit Worten aus, die aus der Zeitgeschichte auch dem heute Lebenden unheimlich vertraut klingen:

„Ein Geschlecht [ist] aufgestanden in Deutschland, welches als seinen obersten Glaubenssatz bekennt: die Nation verkörpert sich im Kanzler. Was der Kanzler tut, ist gut, was er nicht tut, böse.“⁶⁶

Bamberger war ein Mensch mit seinem Widerspruch. Die Kluft zwischen Gedanken und Tat zeigte sich besonders deutlich in seiner Haltung zur sozialen Frage. Er sah klar voraus, daß sie entscheidend, „die erste im Staate“ werden würde. „Der Staat, der zum Einzelnen sagt, gib mir dein Blut, denn ich bin in Gefahr, der sollte ein ander Mal sagen, stirb Hungers, denn ich kenne dich nicht! . . . Torheit, Unsinn, Widerspruch“⁶⁷. Bamberger schrieb dies 1868 als gereifter Mann. Dennoch wurde er wenige Jahre später das parlamentarische Haupt des Manchesterliberalismus. Bamberger war nicht, wie Lasker, ein Mann der Gerechtigkeit und des Ausgleichs. Er steht an der Spitze der langen Listen derer, die durch ihre Feindschaft gegen alle sozialen Regungen den deutschen Liberalismus schwer verwundbar gemacht und die Zwietracht zwischen liberaler Mittelklasse und Arbeiterschaft wachgehalten haben. Seinem und Oppenheims Drängen ist es zuzuschreiben, daß Lasker von seiner ursprünglich geplanten Beteiligung an der Gründungsversammlung des Vereins für Sozialpolitik abgesehen und damit eine aussichtsreiche Verbindung zwischen Liberalismus und Kathedersozialismus preisgegeben hat.

Bambergers damaliges Verhalten enthüllt seinen Haß gegen alles, was er Sozialismus nannte, mochte er diesen nun im deutschen Parteiwesen, auf den Kathedern der Hochschulen oder in der Staatsführung zu finden glauben. Nur langsam hat eine Mehrheit des Reichstags die neuen sozialpolitischen Gedanken aufgenommen. Aber kein anderer hat sich zu so extremen Äußerungen, zu so grotesken Übertreibungen hinreißen lassen. Er beklagte die besonders große Anfälligkeit des deutschen Volkes für den Sozialismus. Die Inhaber

⁶⁶ Bamberger, Pessimistisches, S. 5. Poschinger, III, S. 268; Lucius von Ballhausen, S. 82.

⁶⁷ Stillich, II, S. 119.

der nationalökonomischen Lehrstühle und die Repräsentanten der Kirchen beschuldigte er, ihren Wortschatz den Werken der allerunchristlichsten Schriftsteller der Zeit zu entnehmen. Unter den Kathedersozialisten attackierte er vor allem Brentano, der, nicht weniger kämpferisch gestimmt als Bamberger, dessen gegen ihn gerichtetes Buch mit einer scharfen Gegenschrift beantwortete. Bamberger warf der offiziellen sozialpolitischen Rhetorik vor, sich in den Bahnen von Marx und Lassalle zu bewegen. Er erinnerte an die sozialistische Vergangenheit mancher Vertrauter Bismarcks, die in Ämtern und in der offiziösen Presse Unterschlupf gefunden hätten und dort ihren verderblichen Einfluß ausübten. Bismarck selbst beschuldigte er, in Person in die sozialdemokratische Bewegung eingetreten zu sein; wie hätte er sonst das System der gegenwärtigen Welt als schlecht anprangern können! Er warf ihm vor, bis in die Schultern im Sozialismus zu stehen, da er das Recht auf Arbeit anerkannt habe, und nannte seine Sozialgesetzgebung chimärisch, schrullenhaft und sozialistisch. Er betrachtete mit Recht Bismarcks Erwartung als naiv, daß die deutsche Arbeiterschaft durch die Sozialgesetzgebung der konservativen Partei zugeführt werden könnte. Aber nicht die Furcht vor einer solchen Entwicklung war entscheidend für Bamberger, sondern der Gegensatz, den er zwischen Liberalismus und staatlicher Sozialpolitik zu entdecken glaubte. Es war der verhängnisvollste Irrtum seines politischen Lebens. Bamberger und Eugen Richter waren die Wortführer der Liberalen im Kampfe gegen sämtliche sozialpolitischen Vorlagen der achtziger Jahre. Als Bamberger sich 1889 zu seiner großen Rede gegen die Alters- und Invalidenversicherung erhob, verließ Bismarck den Plenarsaal und zog die Regierungsmitglieder und Massen von Abgeordneten mit sich. Er kostete den Triumph aus, daß der weltbekannte Abgeordnete vor leeren Bänken sprechen mußte. Bamberger hielt eine leidenschaftliche Rede für eine schlechte Sache⁶⁸.

Erst in den letzten Lebensjahren schien Bamberger sozialpolitisch umzuleren. Er führte eine Versöhnung mit Brentano herbei und sprach von einer kommenden Zeit, in der die Liberalen sich mit den Sozialdemokraten verbinden würden. Brentano war entzückt von der graziösen Form, in der Bamberger die Versöhnung bewerkstelligte. Er mag daher seinen Gesinnungswandel überschätzt haben; denn noch 1898 hat Bamberger sich von neuem in scharfen Wendungen über den Kathedersozialismus ausgesprochen⁶⁹. Seine Erkenntnis, wenn es eine solche war, kam jedenfalls politisch zu spät.

Bamberger blieb in der Sezession und später in der deutsch-freisinnigen Partei ein führender Sprecher zur Sozial-, Zoll- und Handelspolitik. Er för-

⁶⁸ *Poschinger*, III, S. 205; *Bamberger, Barth, Brömel*, S. 6 f.; *Brentano*, Die „wissenschaftliche“ Leistung; *Bamberger*, Deutschland und der Sozialismus, S. 29, 49, 65, 75, 106; Reichstag, St. B. 14. 3. 1884, S. 53; 12. 5. 1884, S. 546; 18. 5. 1889, S. 1836.

⁶⁹ *Brentano*, Mein Leben, S. 206; *Bamberger*, Wandlungen und Wanderungen, S. 7.

derte die Handelsvertragspolitik Caprivis. Er verwarf die von Bismarck zögernd eingeleitete, von seinen Nachfolgern kräftig weiter betriebene Kolonialpolitik. Auf Beispiele gestützt, brandmarkte er sie als unsolide Geschäftspolitik zur Stützung unrentabler Firmen und zum Zweck des Landerwerbs in Erdteilen, die sich zur Ansiedlung von Europäern nicht eigneten⁷⁰. 1893 schien es ihm, als ob die Zustimmung zu Caprivis Militärvorlage der damals relativ kräftigen freisinnigen Partei die letzte Chance bot, ein bedeutender Faktor im deutschen Parteiwesen zu werden. Die Partei brach jedoch über dieser Frage auseinander, und die beiden Splitterparteien erlitten im Wahlkampf vernichtende Niederlagen. Bambergers Ausscheiden aus dem Parlament war nicht nur auf den Abscheu vor dem Antisemitismus, sondern auch auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß der Freisinn seine Rolle ausgespielt hatte. „Es wirft einen Schatten auf den heutigen Tag“, schrieb Mommsen zu Bambergers 70. Geburtstag wenige Monate nach den Neuwahlen, „daß in der Leipziger Straße 4 zwar Herr Ahlwardt zu finden ist, aber nicht Ludwig Bamberger . . . Gibt er die Zukunft Deutschlands verloren?“⁷¹.

Trotz seiner Enttäuschungen hat Bamberger seine Mitwirkung an der Gründung des Reichs und an dem Ausbau seiner Einrichtungen nie bereut. Er blieb stets stolz auf seine Erfolge als führender Währungspolitiker, auf die von den Zeitumständen verlangte „Entthronung eines Weltherrschers“, nämlich des Silbers, mit der Deutschland auf dem Kontinent vorausgegangen ist. Er hat auch bis an sein Lebensende die Annexion Elsaß-Lothringens im Interesse der Sicherung der deutschen Westgrenze verteidigt. Auch ohne die Angliederung Elsaß-Lothringens wäre, wie er glaubte, die Herstellung eines besseren Verhältnisses zu Frankreich nach 1870 nicht leichter, eine Versöhnung angesichts des verletzten französischen Nationalstolzes nicht möglich gewesen. Die Fehler in der Behandlung der Elsässer verurteilte er. Jedoch selbst wenn sie vermieden worden wären, hielt er es für ausgeschlossen, daß die Elsässer sich mit ihrem Schicksal abfinden würden: Wenn auch deutschen Stammes, seien sie durch die Einverleibung unglücklich geworden, da sie im französischen Geiste erzogen seien und ihre Ideale von Frankreich empfangen hätten. Es ist deprimierend, daß selbst für diesen klugen und kultivierten Mann der militärische Gesichtspunkt einen genügenden Anlaß bot, um die „humanen Rücksichten auf die Neigungen der inkorporierten Bevölkerung“ zurückzustellen, die Annexion zu verteidigen und es achselzuckend hinzunehmen, daß sich daraus Probleme ergaben, die er selbst für unlösbar hielt⁷².

Trotz dieser Einstellung hat Bismarck mit der Schonungslosigkeit, mit der er gegen politische Gegner vorging, Bamberger als „Sujet mixte“ zu diffamie-

⁷⁰ *Bamberger*, Erinnerungen, S. 370 f.; *Oncken*, aaO, S. 80.

⁷¹ *Mommsen*, Ludwig Bamberger, S. 472. Über die Bedeutung des Antisemitismus für Bambergers Ablehnung eines Mandats, s. oben S. 258.

⁷² *Bamberger*, Erinnerungen, S. 414 ff. Reichstag, St. B. 22. 4. 1872, S. 117 ff.; 16. 5. 1873, S. 681 ff.

ren gesucht, als Deutschen und Franzosen zugleich, der mehr an der Seine als in Deutschland zu Hause sei und wenig Berechtigung habe, im Namen der deutschen Nation zu sprechen. Es war im Jahre 1882, als sich Bamberger zum ersten Male in allgemeinen politischen Fragen gegen Bismarck wandte. Schon vorher hatte der Reichskanzler in kleinem Kreise Bambergers Namen höhnisch französisiert. Mit solchen Sticheleien hat er auch andere nicht verschont. Aber Bamberger traf das Schicksal des in seine Heimat zurückgekehrten politischen Emigranten in besonderem Maße. Seine politischen Freunde berührte es peinlich, wenn er zu elsass-lothringischen Fragen das Wort ergriff, weil er in dem Verdacht übergroßer Franzosenfreundschaft stand. Es half ihm nichts, daß er 1868 nach seinen eigenen Worten „heimatverlustig zu Hause, nie in der Versuchung gewesen, heimisch zu werden in der Fremde“ zurückgekehrt war, „um das übel gelittene Wort der Einigung zu predigen“. Man nahm auch keine Notiz davon, daß er bereits 1861, in Paris, als er an eine Rückkehr nach Deutschland noch nicht denken konnte, die einstige „Französelei am Rhein“ als guter deutscher Patriot kritisierte. Bamberger hat in der Stellung, in die ihn Bismarcks Perfidie in jener Reichstagssitzung gedrängt hatte, energisch erwidert. Er hat die Geschichte des Beistandes skizziert, den er in den entscheidenden Jahren Bismarck geleistet hatte, und ihn genötigt, seine niedrige Insinuation zu verharmlosen und implizite zurückzunehmen⁷³. Im übrigen ist es richtig, daß französisches Wesen Bamberger zusagte und daß er mit der Anpassungsfähigkeit des Rheinländers und Juden zugleich viel vom gallischen Geist assimiliert hat. Der Nutzen, den der einzelne Deutsche und das deutsche Volk aus einer Aufnahmebereitschaft für lateinisches Wesen ziehen kann, ist in der Zeit des von Preußen beherrschten Reiches nicht erfaßt worden.

Bamberger war im Reichstag bereits machtlos geworden – da hatte sein Wirken ein geisterhaftes Nachspiel in der 99 Tage währenden Regierungszeit Friedrichs III. Er gehörte schon früher zu dem Kreise, der dem modern gesinnten Thronfolgerpaar nahestand. Jetzt wurde er ihr enger Vertrauter. Viele grübelten darüber nach, wer mit der Kaiserin Friedrich in geheimer Verbindung und Aussprache stand, um den todkranken Kaiser inoffiziell zu beraten. Bamberger wies den Weg zum Sturze des preußischen Innenministers von Puttkamer, der das wichtigste Ereignis dieses kurzen Zwischenspiels war⁷⁴. Lasker hat, wie wir sahen, durch seinen Kampf gegen den Gründungsschwindel Itzenplitz, den Handelsminister, Bamberger durch eine Verschwörung mit dem Kaiserpaar Puttkamer gestürzt.

Ernst Feder, der geistige Erbe Paul Nathans in der liebevollen Darstellung von Bambergers Persönlichkeit vom liberalen Standpunkt, schreibt, Bamber-

⁷³ Reichstag, St. B. 14. 6. 1882, S. 427, 433, 438. *Poschinger*, III, S. 123. Bambergers Zitat bei *Feder*, aaO, S. 19; *Oncken*, aaO, S. 88 nimmt Bamberger gegen Bismarcks Angriff in Schutz. *Bamberger*, Die Französelei II, S. 217–284.

⁷⁴ *Feder*, aaO, S. 56 ff., 382–392.

ger sei nicht mehr Jude gewesen, Christ aber sei er nie geworden. Was Feder sagen will, drückt der Historiker Hermann Oncken mit den Worten aus, daß Bamberger nicht ein Sohn der Synagoge, sondern der Judenemanzipation war⁷⁵. Bamberger besaß in der Tat keinen Fonds jüdischer Gläubigkeit. Er bestimmte in seinem Testament, daß seine Bestattungsfeier ohne religiöse Zeremonie stattfinden solle. Er hatte auch keine lebendige Verbindung mit der Geschichte des Judentums. Ein Satz, wie der von Lasker kurz vor seinem Tode formulierte, wonach die Gottheit Israel zur Lehre und Führung der Nationen ausgewählt habe, um tatkräftige Bruderliebe und Wohltätigkeitssinn zu verbreiten, hätte von ihm nicht ausgesprochen werden können. Lasker war ein Liberaler, für den die Verwurzelung im Judentum innerlich viel bedeutete. Bamberger war ein Liberaler, den seine Zugehörigkeit zum Judentum zu soziologischen Betrachtungen anregte. Lasker hat der Antisemitismus nie aus der inneren Sicherheit, die er als Jude empfand, herausreißen können. Bamberger dagegen, dem es an jener Sicherheit gebrach, hat auf den Antisemitismus empfindlich reagiert.

Bamberger vergleicht die Zeiten seiner Jugend, der naiven und unbefangenen menschlichen Beziehungen, mit der Zeit seines Mannesalters, in der der Antisemitismus seine Verwüstungen angerichtet hat. Er klagt bitter darüber, daß selbst das Wort Antisemitismus in Deutschland entstanden und von dort über die Welt verbreitet worden ist. Ohne die Verdrießlichkeiten zu leugnen, die die Integration der Juden auch in Frankreich und England mit sich gebracht hat, erklärt er, in keinem anderen Lande die gehässige und zynische Art der Verhetzung und Verfolgung angetroffen zu haben, wie in Deutschland. Er steht erschüttert vor der Tatsache, daß eine Zeit kommen konnte, in der man selbst ihm die Vertretung französischer oder eigener Interessen oder jüdische Auffassung in deutschen Angelegenheiten nachsagen würde⁷⁶.

Alles dies spiegelt sich in seiner kleinen Schrift „Deutschtum und Judentum“ wider, die zu den zahlreichen Erwiderungen auf Treitschkes „Ein Wort über unser Judentum“ gehört. Bamberger, weitgereist und viel erfahren, verlangt, leicht resigniert, von den Menschen weniger als der von einem „etwas unweltlichen Optimismus angehauchte“ Lasker. Er kämpft mit dem Florett, nicht, wie etwa Mommsen und Goldschmidt, mit dem Schwert, um die Gebildeten zu überzeugen, die Torheit zu besiegen, dem Wahn ein Ende zu bereiten. Er läßt nichts aus, was zu Gunsten Treitschkes sprechen könnte. Er hebt hervor, daß dieser selbst das wüste antisemitische Treiben als zelosig und ekelhaft charakterisiert. Mit ihm verurteilt er Graetz als den Geschichtsschreiber einer unduldsamen jüdischen Orthodoxie, den „Stoecker der Synagoge“. Ihm ist, ebenso wie Lasker und Oppenheim, der Angriff auf die Juden nichts als eine Diversion in dem großen Feldzug gegen den Liberalismus, be-

⁷⁵ Feder, aaO, S. 72, Oncken, aaO, S. 67.

⁷⁶ Bamberger, Erinnerungen, S. 258, 520.

günstigt durch die jüdische Herkunft des hervorragenden Führers der liberalen Parlamentarier. Aber manchmal erhebt er seine Stimme zur wuchtigen Anklage: „Nicht alle Zeit werden, wie gegenwärtig, Bildung und Humanität ans Kreuz geschlagen sein“⁷⁷. Für das, was ein Mann der europäischen Zivilisation und der ruhigen Bildung im Goetheschen Sinne zehn Jahre nach der Reichsgründung über den Beginn des Verfalls einer humanen Zeit empfand, ist der Satz ein erschütterndes document humain.

Die letzten Lebensjahre verbrachte Bamberger mit publizistischen Arbeiten und der Abfassung seiner Erinnerungen. Er ist 1899 gestorben. Das offizielle Deutschland fehlte, ebenso wie bei Laskers Bestattungsfeier. Einsam hing über der Tür zum Sterbezimmer der Kranz der Kaiserin Friedrich. Auf dem Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin wurde Bamberger an der Seite von Lasker bestattet, zwei Männer, „im Tode vereint, die im Leben gemeinsames Streben für Deutschlands Einheit und Freiheit verband“. Bevor der Text beschlossen wurde, fragte man Theodor Mommsen nach seiner Meinung. Er enthielt sie der Mitwelt und Nachwelt nicht vor: „Deutschlands Einheit und Freiheit unter unserem pseudokonstitutionellem Absolutismus in Stein zu hauen, würde ich nicht wagen“⁷⁸.

Bamberger hat die Verantwortung für die unglückliche Entwicklung des Deutschen Kaiserreichs in erster Linie Bismarck aufgebürdet. Der gewaltige Staatsmann, dem das Reich seine kurze Existenz verdankte, baute außerhalb des Stroms zukunftsweisender Gedanken. Mit seinem Ausscheiden begann sein Gebäude zu verfallen. Bamberger hat auch die Mitschuld des deutschen Bürgertums an dieser Entwicklung anerkannt. Er selbst, ein glanzvoller Repräsentant dieses Bürgertums, war von vielen dieser Fehler frei. Er hatte insofern ein gutes Recht, sie schonungslos zu kritisieren. Andere Fehler des Bürgertums aber hat er in hohem Maße geteilt, ja man kann ihn als einen der Hauptträger der Verantwortung für sie betrachten. Er ist es, der, wohin er auch blickte, einen die Freiheit bedrohenden „sozialistischen“ Staatsmann, Politiker oder Professor entdeckte. Er ist es auch, der sich an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialpolitik gestellt und mit Hilfe der ungewöhnlichen Qualität seiner formvollendeten Sprache den freiheitlich gestimmten Teil des deutschen Bürgertums in die Irre und in die Isolierung geführt hat. Führerqualitäten hat er auf seinem Gebiet, dem der Währung und des Bankwesens, bewiesen. Wie selten ist es in Deutschland vorgekommen, daß ein großer Parlamentarier die Führung übernommen und die Regierung, entgegen ihrem ursprünglichen Willen, zu seinen Konzeptionen bekehrt hat! Eignung zu allgemeiner politischer Führung dagegen kann man Bamberger nur in begrenztem Rahmen zugestehen. Er stand hierin weit hinter Lasker zurück. Sein Reich-

⁷⁷ *Bamberger*, *Deutschtum und Judentum*, S. 15, auch S. 3; 9 f. Über Lasker, S. 23. Die Broschüre ist zuerst in Artikelform in der Monatsschrift „*Unsere Zeit*“ erschienen.

⁷⁸ *Feder*, Paul Nathan, S. 63; *Hartwig*, S. 85 über die Bestattungsfeier. *Dill*, S. 204 zitiert die Grabschrift irrig „Größe und Einheit“ statt „Einheit und Freiheit“.

tum des Geistes jedoch, seine Vielfältigkeit der Interessen, seine Weltoffenheit und die Kunst, über Menschen und Dinge fesselnd zu plaudern, *ridendo dicere verum*, machen ihn zu einer seltenen, überaus anziehenden Erscheinung im deutschen Geistesleben und in der deutschen Politik.

IV. Die Fortschrittler

Übersicht

Den jüdischen Abgeordneten der Fortschrittspartei versagte das Wahlschicksal die Möglichkeit, lange Zeit im Reichstag zu bleiben. Selten konnten sie auch nur denselben Wahlkreis mehrere Male hintereinander vertreten. Allein Ludwig Loewe, der von dem ersten Berliner Wahlkreis fast zehn Jahre zum Landtag und acht Jahre zum Reichstag gewählt wurde, hatte eine ungebrochene parlamentarische Laufbahn. Hätte nicht 1886 ein frühzeitiger Tod seinem Wirken ein Ende gesetzt, so wäre er wohl auch weiterhin von seinem Kreise in die beiden Parlamente entsandt worden. Hirsch dagegen kam und ging: er war viermal Reichstagsabgeordneter, aber es gelang ihm nicht, denselben Wahlkreis länger als eine Legislaturperiode zu halten. Auch Horwitz verlor seinen Wahlkreis Torgau-Liebenwerda in der Provinz Sachsen, den er in einer Nachwahl 1883 erobert hatte, im Jahre 1887. Er kam noch einmal 1890 als Vertreter von Mühlhausen-Langensalza in den Reichstag zurück, wurde aber 1893 endgültig geschlagen. Die unglückliche Geschichte der Linksliberalen, die 1878, 1887 und 1893 schwere Wahniederlagen erlitten, spiegelt sich in diesen Einzelresultaten wider. Auch die Mandate der anderen jüdischen Abgeordneten des Fortschritts waren von kurzer Dauer. Frankfurter und Mendel waren je vier, Ree und Gustav Eberty drei Jahre und Freund zwei Jahre im Reichstag. Auch ist niemand von ihnen zu einer führenden Stellung in seiner Fraktion gelangt.

Wilhelm Freund

Freund*, ein angesehener Breslauer Anwalt, gelangte 1879 bei einer Nachwahl in den Reichstag. Dort hat er einen wichtigen Anteil an der Beratung der Rechtsanwaltsordnung und der Anwaltsgebührenordnung genommen und in einem der damit befaßten Ausschüsse den Vorsitz geführt. Im Abgeord-

* *Wilhelm Salomon Freund*, geb. 1831 in Schmiegel (Provinz Posen). Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1856 Rechtsanwalt in Breslau. Trat der Fortschrittspartei bei, 1871 zum Stadtverordneten gewählt, 1887–1915 Stadtverordnetenvorsteher. Mitglied des schlesischen Provinziallandtages. In den Vorstand der schlesischen Anwaltskammer gewählt, seit 1884 dreißig Jahre lang ihr Vorsteher. Ehrenbürger der Stadt Breslau. 1901 Dr. jur. h. c. der Universität Breslau. Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 1876–1879, Mitglied des Reichstags 1879–1881. Zeitweise Mitglied und Vorsitzender des Repräsentantenkollegiums der Synagogengemeinde Breslau. Gest. 1915 in Breslau.

netenhouse galt sein Interesse schlesischen Justiz-, Wirtschafts- und Transportfragen.

Freund hatte seine Wahl zum Reichstag im Jahre 1879 nur der Tatsache zu verdanken, daß die Sozialdemokraten infolge des Verbots ihrer Partei weder Versammlungen veranstalten noch Flugblätter verteilen oder anderweitig agitieren konnten. Bei den einige Monate darauf folgenden Landtagswahlen war die Zersetzung des Liberalismus bereits so weit fortgeschritten, daß Freund sein Mandat zum Abgeordnetenhaus einbüßte. Es war die gleiche Wahl, bei der die Nationalliberalen in dem anderen Breslauer Wahlkreis die Kandidatur Laskers verwarfen. Bei den Reichstagswahlen von 1881, zur Zeit der Hochblüte der Agitation Stoeckers, verlor Freund auch sein Reichstagsmandat. Er war das Ziel schärfster antisemitischer Angriffe. Die Rechte führte den Wahlkampf „gegen Juden und Judengenossen“. Sie unterlag zwar, ebenso wie in Berlin. Als es aber zur Stichwahl zwischen Freund und dem Sozialdemokraten kam, erlebte die Stadt Breslau ein Schauspiel, das einzigartig war: aus Judenhaß verteilte der frühere Breslauer Stadtkommandant, General von Wulffen, in Generalsuniform gekleidet, Flugblätter für die verfeimte und verbotene Partei! Die Agitation hatte den erwünschten Erfolg. Die Konservativen stimmten in beiden Breslauer Wahlkreisen in genügender Zahl für die Sozialdemokratie, um die Liberalen aus Breslau zu verdrängen. Für den einstigen General fand sich kein Staatsanwalt und kein Richter. Jeder Arbeiter, der in der gleichen Weise gegen das Sozialistengesetz verstoßen hätte, wäre für ein Jahr ins Gefängnis gewandert.

Von dieser Zeit an konzentrierte sich Freund auf die Kommunalpolitik. Er war 44 Jahre Stadtverordneter, davon 28 Jahre Stadtverordnetenvorsteher. Er war ein typischer Vertreter des „Kommunalfreisinns“, der sich um das wirtschaftliche und kulturelle Aufblühen der deutschen Städte große Verdienste erworben hat, in sozialer Beziehung jedoch engherzig und arbeiterfeindlich war und das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden mit der gleichen zähen Verbissenheit verteidigt hat, wie die Konservativen das Wahlrecht zum Preußischen Landtag. Freunds Tätigkeit wurde von der Stadt Breslau durch Ernennung zum Ehrenbürger, von der Universität durch Verleihung des Ehrendoktors anerkannt. Dagegen zog er sich einmal den Unwillen der höchsten Stelle des Staates zu. Wilhelm II. weigerte sich, bei einem zu seinen Ehren gegebenen Festessen in Breslau Freund die Hand zu reichen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte nur einen Teil des Betrages bewilligt, der zur Ausschmückung der Stadt und für andere mit dem kaiserlichen Besuch zusammenhängende Ausgaben beantragt worden war. Wilhelm bekundete sein Mißfallen durch die ungnädige Behandlung des Stadtverordnetenvorstehers. Die demonstrative Kränkung des Repräsentanten der Breslauer Bürgerschaft wurde allgemein als peinlich empfunden⁷⁹. Der altrömische Satz *Minima non*

⁷⁹ Heilberg, S. 94 ff.; Der Gemeindebote (Anlage zur AZJ, 3. 9. 1915) S. 2. Ma-

curat praetor stand nicht im Lexikon der Staatsweisheit des letzten deutschen Kaisers.

Ludwig Loewe

Freunds Laufbahn unterschied sich durch den Umfang des Erfolges, aber nicht dem Wesen nach von dem Werdegang anderer politisch interessierter jüdischer Rechtsanwälte. Ungewöhnlich war dagegen die Entwicklung Ludwig Loewes*, eines Mannes der Wirtschaft. Er reifte nicht in der Geborgenheit groß- oder mittelbürgerlicher Verhältnisse heran. Der Sohn eines armen jüdischen Lehrers in Heiligenstadt im Eichsfeld mußte das katholische Gymnasium, das er besuchte, schon im Alter von 13 Jahren verlassen. Er trat in die kaufmännische Lehre ein. Er hat seinen Lehrern, die teilweise katholische Geistliche waren, eine tiefe Dankbarkeit bewahrt und im Kulturkampf nie eine feindliche Haltung gegen den Katholizismus eingenommen.

Politisch hat Loewe als Anhänger und Vertrauter Lassalles begonnen und ihn in Verbindung mit dem neugegründeten Leipziger Arbeiterkomitee gebracht. Er hat Lassalles viel umstrittenen Charakter auch noch verteidigt, als er sich politisch bereits von ihm getrennt hatte. Trotz der engen Beziehungen zu ihm war der Demokrat Loewe in seiner Jugend nie so revolutionär wie Bamberger. Dafür rettete er aber mehr von seinem Idealismus in sein späteres Leben hinein. Gefördert von Virchow und dem Berliner Stadtverordnetenvorsteher Wolf Straßmann, wurde er mit 26 Jahren Stadtverordneter.

Loewe wurde bald in der Fortschrittspartei heimisch, die glaubte, ihn wegen seiner radikaleren Vergangenheit sozialdemokratischen Kandidaten bei Wahlen zum Reichstag erfolgreich gegenüberstellen zu können. Sie täuschte sich. Loewe verlor 1877 eine Nachwahl gegen Hasenclever in Berlin VI, 1878 eine Wahl gegen Wilhelm Liebknecht in Sachsen und kam erst bei einer Nachwahl zum Abgeordnetenhaus in demselben Jahre in Berlin I zum Zuge⁸⁰.

Bevor Loewe seine Mandate erlangte, faßte er einen für seine berufliche Entwicklung entscheidenden Entschluß. Er hatte 1864 ein eigenes Unternehmen zum Vertrieb von Arbeitsmaschinen eröffnet und beschloß 1869, Produk-

* *Ludwig Loewe*, geb. 1837 in Heiligenstadt (Eichsfeld). Kaufmännische Lehre. Wird Industrieller. Studiert amerikanische Produktions- und Geschäftsmethoden, gründet die Nähmaschinenfabrik Ludwig Loewe, 1872 die Waffenfabrik Ludwig Loewe & Co. Von 1863 bis zu seinem Tode Stadtverordneter, 1876 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1878 Mitglied des Reichstags. Mitglied der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde. Gest. 1886 in Berlin.

terial über Freund im Archiv des LBI, New York. Informationen verdanke ich dem ehemaligen Breslauer Stadtrat Dr. F. A. Milch. Über die Wahl von 1881, *Theodor Müller*, II, S. 78 ff.

⁸⁰ *Mehring*, Geschichte III, S. 24, 30, 65; *Bebel*, Aus meinem Leben I, S. 70; *Bernstein*, Die Geschichte I, S. 332 ff., 393. Über die Stellung zu den Katholiken, Haus d. Abg. St. B. 12. 1. 1882, S. 862 f.; *J. Bachem*, S. 106.

tions- und Geschäftsmethoden in den Vereinigten Staaten zu studieren. Er begründete nach seiner Rückkehr eine Nähmaschinenfabrik, ging zur Produktion von Werkzeugmaschinen und schließlich zur Waffenfabrikation über. Er stellte seinen Betrieb auf Präzisionsarbeit und Massenfertigung ein und wurde bahnbrechend in der Durchführung der Betriebsrationalisierung. Die Firma Ludwig Loewe & Co. war den anderen Unternehmen ähnlicher Art so weit voraus, daß das preußische Kriegsministerium sie bei der Reform der Bewaffnung des Heeres nach dem Kriege von 1870/71 bei Bestellungen bevorzugte und in den neu errichteten staatlichen Gewehrfabriken ihre Arbeitsmethoden übernahm. Nach Loewes Tode wurde das Unternehmen von seinem Bruder Isidor Loewe weitergeführt. Es verzweigte sich und ging schließlich in der von der Firma Loewe einst gegründeten Gesellschaft für elektrische Unternehmungen auf. In die Zeit Isidor Loewes fielen die Angriffe Ahlwardts auf die Firma wegen der Lieferung angeblich minderwertiger Gewehre an das deutsche Heer, „Judenflinten“, die mit der Absicht hergestellt wurden, die Niederlage Deutschlands im nächsten Kriege zu besiegeln. Die Haltlosigkeit der Behauptungen Ahlwardts wurde durch parlamentarische und richterliche Untersuchungen festgestellt. Ahlwardt wurde zu 5 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat sie jedoch, gedeckt durch sein parlamentarisches Mandat, nie abgebußt.

Loewe war der einzige jüdische Industrielle, der der Fortschrittspartei als Parlamentarier angehört hat. Er war in der Zolltarifkommission und im Plenum des Reichstags ein erklärter Gegner der Schutzzollpolitik. Er stimmte zusammen mit seinen Parteifreunden gegen das Sozialistengesetz und seine Verlängerung und stellte sich mit Lasker an die Spitze derer, die das Los der ausgewiesenen Sozialdemokraten durch Geldsammlungen zu erleichtern versuchten. Loewe schuf soziale Einrichtungen für die Arbeiter in seinem Betriebe, darunter eine Kasse für Notstandsfälle, stand aber den Kranken- und Unfallversicherungsgesetzen ablehnend gegenüber. Er war ein temperamentvoller Sprecher. Gegen den Antisemitismus erhob er sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit. In die Debatte über die Antisemitenpetition griff er als einziger jüdischer Sprecher, und zwar unmittelbar nach Stoecker, mit einer wirkungsvollen Rede ein. Für jüdische Interessen wirkte er auch in der Repräsentantenversammlung der Berliner jüdischen Gemeinde und als Mitglied des Komitees zur kulturellen Förderung der Ostjuden. In diesem war er auch bei der Bekämpfung der materiellen Notstände tätig, die infolge der 1881 in Rußland einsetzenden Pogrome eintraten⁸¹.

⁸¹ Die Judenfrage, S. 133 ff.; *Mehring*, aaO, IV, S. 160. – Über Loewes wirtschaftliche Leistungen s. Die Geschichte der Ludwig Loewe & Co. A.G.; *Wegeleben*, Die Rationalisierung; *Zielenziger*, S. 99 ff.

Emanuel Mendel

Emanuel Mendel*, der von 1877 bis 1881 Niederbarnim vertrat, war der einzige jüdische Arzt im Parlament in der Zeit Bismarcks. Sein Fachgebiet war die Psychiatrie, in der sein Ruf über Deutschlands Grenzen hinausging. Er wurde zur Behandlung an den Zarenhof und andere europäische Fürstenhöfe berufen. Mendel gründete eine vorbildliche private Heilanstalt für Geisteskranke in Pankow bei Berlin. Die Stadt Pankow verdankte seiner Förderung viel und ehrte ihn auf mannigfache Weise. An der Berliner Universität bekleidete Mendel eine außerordentliche Professur; er wurde auch Direktor der Nervenlinik der Universität. Mendel hat grundlegende Werke auf dem Gebiete der Hirnanatomie und forensischen Psychiatrie veröffentlicht und das Zentralblatt für Neurologie und Psychiatrie begründet. Im Reichstag sprach er über Fragen der Volksgesundheit und verwandte Gebiete und war ein regelmäßiger Redner zum Etat des Reichsgesundheitsamtes⁸².

H. J. Horwitz

Der Berliner Anwalt Justizrat Heinrich Joseph Horwitz** war ursprünglich Mitglied der nationalliberalen Partei. Er begann seine politische Laufbahn als Stadtverordneter. Da ihm das Referat über die ungetauften Schulkinder der Stadt Berlin übertragen worden war, griff ihn Stoecker im Abgeordnetenhaus mit der Behauptung an, die Juden mischten sich in die christliche Schulverwaltung ein. Auf die Vorhaltung Loewes – Horwitz gehörte damals dem Abgeordnetenhaus nicht mehr an – daß Horwitz zwar jüdischer Abstammung, aber evangelisch sei, blieb Stoecker die Antwort schuldig.

Horwitz vertrat Torgau-Liebenwerda im Abgeordnetenhaus und erwarb sich in seinem Wahlkreis hohes Ansehen. Er kandidierte in dem gleichen Kreis als Linksliberaler für den Reichstag, nachdem er infolge des Kurswechsels von Bismarcks Politik aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden war. Sein

* *Emanuel Mendel*, geb. 1839 in Bunzlau. Studierte Medizin, Dr. med. Ließ sich in Pankow bei Berlin als praktischer Arzt nieder. Erhielt 1875 die *venia legendi* an der Universität Berlin, wurde dort 1884 zum außerordentlichen Professor ernannt. 1877 Reichstagsabgeordneter für Niederbarnim (Fortschrittspartei). 1878 wieder gewählt. Vorstandsmitglied des Hilfsvereins für jüdische Studierende in Berlin. Gest. 1907 in Berlin.

** *Heinrich Joseph Horwitz*, geb. 1824 in Putzig bei Danzig. Als Jude geboren, evangelisch getauft. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Ließ sich 1858 als Rechtsanwalt in Liebenwerda, 1862 in Grünberg, 1867 in Berlin nieder. Seit 1870 Stadtverordneter in Berlin. 1877–1879 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für Torgau-Liebenwerda (nationalliberal). 1883–1887 Mitglied des Reichstags (freisinnig) für den gleichen Wahlkreis, 1890–1893 für Mühlhausen-Langensalza. Gest. 1899 in Berlin.

⁸² *Juden als Erfinder*, S. 95; *Wininger*, IV, S. 334.

konservativer Gegner siegte vermittels unzulässiger Wahlmanipulationen, so daß der Reichstag seine Wahl für ungültig erklärte. Die Reichs- und preußische Regierung taten alles, um Horwitz solange wie möglich vom Parlament fernzuhalten. Die gesetzwidrigen Mittel, deren sie sich zur Verschiebung des Termins für die Neuwahl bedienten, wurden im Reichstag heftig kritisiert. Erst im Herbst 1883, nur mehrere Monate vor der nächsten Hauptwahl, konnte Horwitz endlich in den Reichstag einziehen. Er sprach zu rechtlichen, vor allem strafrechtlichen Fragen und nahm an den Debatten über die Gewerbegerichte teil. Hier trat er für den Antrag ein, den Frauen und allen Volljährigen für die Wahl der Beisitzer zu den Gewerbegerichten aus der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft das Wahlrecht zu verleihen. Auch Max Hirsch und für die Sozialdemokraten Paul Singer schlossen sich dieser Forderung an. Sie begründeten ihren Standpunkt damit, daß alle, die unter die Zuständigkeit dieser Gerichte fielen, gerechterweise auch an ihrer Zusammensetzung mitwirken sollten⁸³. Der Reichstag entschied gegen Freisinnige und Sozialdemokraten, daß nur Männer im Alter von über 25 Jahren wahlberechtigt sein sollten. Ein wichtiger Grund der Mehrheit für ihre Abstimmung war die Befürchtung, daß damit ein Präzedenzfall für das politische Wahlrecht der Frau geschaffen werden würde; alle Parteien außer der Sozialdemokratie waren damals Gegner des Frauenwahlrechts.

Julius Friedländer

Zusammen mit Bamberger, Max Hirsch und Horwitz verschwand auch Julius Friedländer* infolge der für die Freisinnigen unheilvollen Wahlen von 1893 aus dem Reichstag. Er war als Parlamentarier ein Spätling der Bismarck-Zeit. Die Geschichte der Kämpfe dieses um die freisinnige Partei Schlesiens und um ihre Finanzen verdienten Breslauer Bankdirektors zur Erringung eines Mandats ist interessanter als sein Wirken im Parlament: er ist im Preußischen Abgeordnetenhaus wenig, im Reichstag gar nicht in Erscheinung getreten.

1886 war es Friedländer gelungen, in Breslau ein Mandat für das Abgeordnetenhaus zu erobern. Bei den nächsten Wahlen verlor er es. Es war die Zeit des konservativ-nationalliberalen „Kartells“; die Parteien der Rechten teilten sich in die drei Breslauer Mandate. Die konservative „*Schlesische Zeitung*“

* Julius Friedländer, geb. 1834 in Pleß (Oberschlesien), als Kind evangelisch getauft. Studierte Rechtswissenschaft. 1831 Gerichtsassessor, dann Stadtrichter in Breslau. 1871 aus dem Staatsdienst ausgeschieden, wurde Direktor der Breslauer Wechslerbank. 1886–1888 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Breslau. 1890 Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Löwenberg (Reg.-Bez. Liegnitz). Gest. 1892 in Breslau.

⁸³ Kalkoff, S. 202; Die Judenfrage, S. 275; Reichstag, St. B. 1890, S. 25, 334, 620 und passim.

proklamierte den Wahlkampf als einen Kampf um die Befreiung von den Semiten und erklärte Friedländers Wahlniederlage in demselben Sinne. Kurz danach kandidierte dieser von neuem in Breslau, diesmal zum Reichstag; eine Nachwahl in Breslau-West war durch den Tod des sozialdemokratischen Mandatsinhabers notwendig geworden. Die antisemitischen Mittelständler traten mit einem eigenen Kandidaten in die Schranken, und die Kartellparteien fühlten sich gedrungen, die Wähler durch die Art ihres Wahlkampfes von ihrer eigenen antisemitischen Zuverlässigkeit zu überzeugen. Sie versicherten, daß sie fest gegen die Gelüste der Juden ständen, sich der Herrschaft über das ganze öffentliche Leben zu bemächtigen. Der Breslauer Universitätsprofessor Freiherr von Stengel ertete in einer großen Versammlung des Kartells stürmischen Beifall, als er die Versammelten ermahnte, stolze Söhne Germaniens und nicht Knechte Sems zu sein. Die antisemitische Splitterpartei zog immerhin 1400 Stimmen von dem nationalliberalen Kandidaten ab, so daß statt seiner Friedländer mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kam. Die Antisemiten riefen gegen den getauften Juden zur Wahl des Sozialdemokraten auf; die Sozialdemokratie konnte das Mandat behaupten⁸⁴. Ein Jahr darauf, 1890, siegte ein nichtjüdischer Freisinniger in Breslau, während Friedländer den bäuerlich-kleinstädtischen niederschlesischen Kreis Löwenberg eroberte.

Der Verlauf der Ereignisse deutet auf die Mannigfaltigkeit der Faktoren hin, die bei der Beurteilung von Wahlerfolgen oder Wahlniederlagen in Betracht zu ziehen sind. In der Zeit der Blüte des Kartells dachten die Wähler anders als in seiner Sterbestunde. Die früher liberale Großstadt Breslau war für antisemitische Strömungen anfällig. Sie hatten bereits 1879 zu der Ausschaltung Laskers bei der Kandidatenaufstellung zum Abgeordnetenhaus und 1881 zu der Niederlage Friends bei den Wahlen zum Reichstag beigetragen. Sie traten unter dem Druck des politisch organisierten Antisemitismus zehn Jahre später verstärkt hervor. Dagegen wurde Friedländer in Löwenberg ohne Schwierigkeiten gewählt, obwohl für einen Mann jüdischer Abstammung nach der gesellschaftlichen Struktur des Kreises der Boden steinig sein konnte. Die freisinnige Partei stand in Niederschlesien auf festem Grund; dennoch hat sie es in dem Regierungsbezirk Liegnitz zu keiner Zeit gewagt, mit einem ungetauften jüdischen Kandidaten hervorzutreten.

Max Hirsch

Max Hirsch* vertiefte sich in die verschiedensten Wissensgebiete, bevor er sein Interesse der Nationalökonomie zuwandte. Daß er nicht die akademische Laufbahn ergriff, führte er, wenig glaubhaft, auf Kränklichkeit zurück. Er

* *Max Hirsch*, geb. 1832 in Halberstadt. Studierte Philosophie und Sprachen, dann

⁸⁴ *Wawrzinek*, S. 72 ff.; *AZJ* 1888, S. 761; 1889, S. 25, 54. Informationen über Friedländer verdanke ich Herrn Oberkustos Dr. Brillung, Münster/W.

war ein aktiver, ja rastloser Mann; für den akademischen Beruf war er nicht geschaffen. Er unternahm Forschungsreisen, dann drängte es ihn nach praktischer Tätigkeit. Er wandte sich dem Buchhandel zu, übernahm 1861 eine Verlagsbuchhandlung in Frankfurt und überführte sie nach Berlin. Als kurz darauf Hirschs Vater starb, ging er nach Magdeburg, um dort das florierende väterliche Geschäft weiter zu führen. In den Berliner und Magdeburger Jahren entwickelte sich in Hirsch ein lebhaftes Interesse an der Politik und an sozialen Angelegenheiten. Er trat als Redner in fortschrittlichen Versammlungen auf und beteiligte sich an der Gründung von Arbeiterbildungsvereinen, Konsumvereinen und Vorschuß- und Produktivvereinen. Er wurde in den Ständigen Ausschuß des Vereinstages der deutschen Arbeitervereine gewählt und kandidierte dort 1867 für die Präsidentschaft gegen August Bebel. Bebel siegte mit Hilfe der in ihrer Mehrheit süddeutschen und sächsischen Delegierten, denen Hirschs Begeisterung für die Reichseinheit unter preußischer Führung nicht zusagte⁸⁵.

Das Jahr 1868 war für Hirschs Leben entscheidend. Er fuhr nach England und sandte „Soziale Briefe aus England“ an die „*Berliner Volkszeitung*“, in denen er neben vielen anderen Fragen auch die Gewerkschaftsbewegung behandelte. Hirsch erfüllte sich mit der Überzeugung, daß neben Genossenschaften und Bildungsvereinen die Gewerkschaften als weiteres Mittel der Selbsthilfe der Arbeiter in Deutschland ihren Platz haben sollten. Da er die enge Verbindung zwischen englischer Gewerkschaftsbewegung und Liberalismus beobachtet hatte, hoffte er analog, mit der Einführung von Gewerkschaften in Deutschland zur Stärkung des deutschen Liberalismus beizutragen. Hier sah er ein schönes Arbeitsfeld vor sich. Die Schaffung von Gewerkschaften und ihre Entwicklung in liberalem Geiste wurde sein Lebenswerk.

Hirschs Hoffnungen auf eine große Zukunft der liberalen Gewerkschaftsidee erfüllten sich jedoch nicht. Sie standen im Widerspruch zu den politischen

Nationalökonomie. Dr. phil. Unternahm Studienreisen durch Frankreich und Nordafrika, veröffentlichte die Schrift „Reise in das Innere von Algerien“. Übernahm 1861 eine Verlagsbuchhandlung. Tätig in der Deutschen Fortschrittspartei, in Arbeiterbildungsvereinen, Konsum- und Vorschußvereinen. Gründete 1868 zusammen mit Franz Duncker die Deutschen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereine, wurde der Anwalt dieser Vereine. Veröffentlichte 1896 das Werk „Die Entwicklung der Arbeiterberufsvereine in Großbritannien und in Deutschland“. War um die Hebung der allgemeinen Volksbildung bemüht, Organisator und Leiter des Wissenschaftlichen Zentralvereins zur Vereinigung von Bildungsreform und Lebensreform und der Begründer der Volkshochschule dieses Vereins, der Humboldt-Akademie. Mitglied des Norddeutschen Reichstags 1869, Mitglied des Deutschen Reichstags 1877–1878, 1881–1884 und 1890–1893; Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses von 1898 bis zu seinem Tode. Gest. 1905 in Homburg v. d. Höhe.

⁸⁵ Hirschs Angaben über sein Leben in Reichstags-Handbuch 1890, S. 430. *Gleichauf*, S. 6 ff.; AZJ 1903, S. 4; über die Stellung zur Reichseinheit, *Eyck*, Der Vereinstag, S. 82.

Tendenzen jener Zeit, in der sich die deutsche Arbeiterschaft vom Liberalismus löste und ihre eigenen Wege ging. Lange vor Hirsch hat Marx die englischen Gewerkschaften entdeckt, Lassalle und Wilhelm Liebknecht haben über sie gesprochen, Bebel drängte auf die Gründung von Gewerkschaften in den deutschen Staaten. Die Lassalleaner, die lange Zeit dem Gewerkschaftsgedanken ablehnend gegenüber gestanden hatten, griffen ihn auf, sobald sie seine Zugkraft in gegnerischen Lagern bemerkten. So kam es zur Gründung von Gewerkschaften fast zu gleicher Zeit von mehreren Seiten her. Daß Hirsch mit einer Delegation der Berliner Maschinenbauer, einer Kerntruppe der Fortschrittspartei, aus einem von Führern der Lassalleaner in Berlin einberufenen Arbeiterkongreß nach gereizter Geschäftsordnungsdebatte unsanft herauskomplimentiert wurde, erhellte die Situation. Die politischen Gegensätze kamen bei der Entstehung der Gewerkschaftsbewegung und bei der Diskussion ihrer Aufgaben zum Ausdruck; eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung ließ sich nicht bilden.

Hirsch, tatkräftig unterstützt von seinem Freunde, dem Verleger Franz Duncker, begann 1868 mit seinen Gewerkschaftsgründungen. Pfingsten 1869 entstand der Verband der deutschen Gewerkvereine. Hirsch wurde ihr „Anwalt“ und hat in ihnen 36 Jahre lang bis zu seinem Tode eine nie ernsthaft bedrohte Führerstellung eingenommen ⁸⁶. Außer Adolf Cohen, einem Führer des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbandes und stellvertretendem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat kein anderer deutscher Jude in der Arbeitergewerkschaftsbewegung je eine ähnlich einflußreiche Stellung innegehabt wie Max Hirsch.

Zur Zeit der Gründung der Gewerkvereine waren die Kräfteverhältnisse noch nicht klar zu übersehen. Die Gewerkvereine waren im Anfang stärker als die sozialistischen Gewerkschaften. Dann machten diese schnelle Fortschritte, und Hirschs Verband blieb weit hinter ihnen zurück. Mit ihren nie mehr als etwa 100 000 Mitgliedern konnten die Gewerkvereine sich an Umfang mit der Millionenziffer der freien Gewerkschaften und den vielen Hunderttausenden der später entstandenen christlichen Gewerkschaften nicht messen. Aber es ist wohl denkbar, daß ohne Hirschs und Dunczers Wirken eine Gewerkschaftsorganisation auf liberaler Grundlage überhaupt nicht entstanden wäre; denn die Fortschrittspartei als solche hat kein Interesse an der Gründung von Gewerkschaften genommen. Der Verband der deutschen Gewerkvereine hat sich daher mit Recht in seinem Untertitel als „Hirsch-Duncker“ bezeichnet, und die Gewerkvereine sind gemeinhin so genannt worden.

Die Aufgaben, die Hirsch den Gewerkschaften stellte, ergaben sich aus seinen liberalen Grundüberzeugungen. Er lehnte den Klassenkampf ab und verlangte, daß Kapital und Arbeit sich als gleichberechtigte Partner betrachteten.

⁸⁶ *Hermann Müller*, S. 74 ff.; *Cassau*, S. 7 ff.; *Gleichauf*, aaO.

Er betonte, daß ihre Interessen nur scheinbar auseinanderstrebten und daß es bei einer Störung der Harmonie zwischen ihnen gelte, diese wiederherzustellen. Die Gewerkvereine sollten Hilfskassen schaffen, alle Mittel der Bildung und Selbsterziehung entwickeln, Rechtsschutz gewähren und Konsum-, Bau-, Spar- und Produktivgenossenschaften ohne Staatshilfe errichten. Die Beziehungen zu den Arbeitgebern sollten auf friedlichem Wege geregelt, die Arbeits- und Lohnverhältnisse nach englischem Beispiel durch Schaffung von ständigen Einigungsämtern und von Schiedsgerichten geordnet werden. Nur im äußersten Notfall sollte vom Koalitionsrecht Gebrauch gemacht, also zur Waffe des Streiks gegriffen werden⁸⁷.

Hirsch war ein Mann von hohem Idealismus und vom Glauben an die Güte des Menschen erfüllt. Er war überzeugt, daß der Appell an Verstand, Mäßigung und Verständigungsbereitschaft bei seinen Mitmenschen einen starken Widerhall finden würde. Dieser Glaube bestimmte sein Wirken, nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung und im politischen Liberalismus, sondern auch im internationalen Leben: er war ein Vorkämpfer der Friedensbewegung und seit 1891 Schrift- und Geschäftsführer der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Friedenskonferenz⁸⁸. Hirschs menschlich schöne Auffassungen konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Seine Zeit sah den schnellen Aufstieg einer neuen Klasse, ein Vorgang, der die üblichen sozialen Erschütterungen auslöste und Verständigungsgedanken nicht günstig war. Die Arbeiterelite war kämpferisch gestimmt. Die Unternehmer dachten nicht daran, ihre Vorrechte preiszugeben und die Arbeiter als gleichberechtigt anzuerkennen. Auch suchten sie die Geltendmachung des den Arbeitern 1869 gewährten Koalitionsrechts nach Kräften zu verhindern. Sie fanden dabei eine Stütze bei der Regierung und den herrschenden Parteien.

Hirsch stand zwischen den Fronten im Kugelregen von allen Seiten. Er wurde von den Freien Gewerkschaften als Harmonieapostel verspottet, von den Unternehmern als gefährlicher Agitator bekämpft. Als kurz nach der Begründung seines Verbandes 1869 der große Streik der elend entlohnten Waldenburger Bergarbeiter ausbrach, stürzte mit ihm Hirschs Grundthese zusammen. Da die schlesischen Bergherren den Arbeitern die Alternative gestellt hatten, aus Hirschs Verband auszuschneiden oder ihre Entlassung zu gewärtigen, mußte er notgedrungen der Streikparole zustimmen. Der „Harmonieapostel“ wurde zum „Streikvater“. Nach 10 Wochen mußte der Streik ohne Erfolg abgebrochen werden⁸⁹. Die Unternehmer einschließlich der kleinen Industriellen und Handwerker in Hirschs Partei waren durch den Streik erschreckt, den Arbeitern war der Mangel an Verständigungsbereitschaft der Arbeitgeber vordemonstriert worden. Ihr Wille, ihre Herrschaft über die Arbeiter in den Betrieben nicht antasten zu lassen, trat am krassesten in dem

⁸⁷ *Gleichauf*, S. 109 ff.; *Stillich*, II, S. 115 ff.

⁸⁸ AZJ 1903, S. 4.

⁸⁹ *Hermann Müller*, aaO, S. 81 f.; *Cassau*, S. 11 ff.

Verhalten des Freiherrn von Stumm-Halberg, des wirtschaftlichen Beherrschers des Saarlandes zutage. Er warnte durch öffentlichen Anschlag vor dem „undeutschen Demagogen Hirsch“ und verhängte den Boykott über Geschäfte und Gastwirtschaften, die von Anhängern der Gewerksvereine besucht wurden. Niemand hat mit rückhaltsloser Offenheit als Hirsch selbst die trostlose Lage gekennzeichnet, in der sich vier Jahre nach der Gründung seine Organisation befand:

„Verkannt von der großen Masse des Publikums, verkannt von der Mehrzahl der Arbeitnehmer, die teils stumm und gleichgültig dahinvegetieren, teils nur in aufgeregten sozialdemokratischen Agitationen ihre Befriedigung finden, abgewiesen von der großen Masse der Bourgeoisie und endlich verkannt, ja verfolgt von der Staatsregierung, haben wir den Trost, daß die Wissenschaft sich für die Gewerksvereine erklärt hat.“⁹⁰

Die im Kathedersozialismus verkörperte Wissenschaft konnte aber den Gewerksvereinen keine Kraft einflößen. Diese konnte nur aus dem Willen der Arbeiter selbst hervorgehen, große, kampfbereite Organisationen zu schaffen. Darauf aber war Hirschs Taktik nicht eingestellt. In den Gewerksvereinen selbst entstand eine langsam wachsende Opposition gegen seine defensive Haltung; diese wurde zur Übervorsicht infolge des Mißerfolges beim Waldenburger Streik, von dem sich Hirschs Verband nie hat erholen können. Aus Furcht davor, daß seine Organisation von Sozialdemokraten „unterwandert“ werden würde, setzte er 1876 eine Statutenänderung durch: Jeder seine Aufnahme beantragende Arbeiter mußte schriftlich versichern, daß er weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie war. Diese Verpflichtung wurde erst 30 Jahre später, nach Hirschs Tode, aufgehoben. Der Zentralrat des Verbands lehnte 1890 die Einladung der Freien Gewerkschaften an die Gewerksvereine, sich an der Maifeier zu beteiligen, ab. Hirsch bekämpfte auch die bodenreformerischen Bestrebungen Adolf Damaschkes mit der Begründung, daß sie den Sozialdemokraten in die Hände arbeiteten⁹¹.

Hirsch hat seine Tatkraft auf den Ausbau der Institutionen konzentriert, von denen er sich die Stärkung der materiellen und geistigen Grundlagen der liberalen Arbeiterbewegung versprach. Er hat nie den Gedanken völlig abgeschüttelt, daß die Gewerksvereine vornehmlich als Unterstützungsvereine funktionieren sollten. Er hat durch Errichtung und Entwicklung von Invaliden-, Kranken- und Sterbekassen seines Verbandes viel geleistet, aber auch Rückschläge erlitten. Ergebnisse auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens sind ihm wegen der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre versagt gewesen. Für das Bildungswesen, sein Lieblingskind, setzte er sich als führendes Mitglied der Gesellschaft zur Förderung der Volksbildung ein. Die Humboldt-Akademie in Berlin verdankte ihm ihre Existenz und ihre bedeutenden Erfolge. Daß

⁹⁰ *Gleichauf*, S. 57 f., 169.

⁹¹ *Gleichauf*, S. 131 ff., 227 f., 265.

Hirsch nach ihrer Gründung die zentrale Agitationsschule seiner Gewerkschaften stillschweigend eingehen ließ, ist bezeichnend für seine Tendenz, vor allem die *allgemeine* Erwachsenenbildung zu fördern. Er befürchtete, daß selbst eine maßvolle und mit allgemeinen Bildungselementen durchsetzte Arbeiteragitation Anstoß außerhalb der Arbeiterschaft erregen und seinen Zielen abträglich sein könnte.

Die Geschichte des parlamentarischen Mandats Max Hirschs legt von der Schwäche seiner Situation Zeugnis ab. Obwohl seine Organisation nach außen hin politisch neutral war, stellten ihre Mitglieder faktisch die einzige beruflich geschlossene Mannschaft für die Linksliberalen. Trotzdem ist es nicht gelungen, dem Führer der Gewerkvereine ein ständiges Reichstagsmandat zu sichern. Zum Teil lag dies an der Schwäche und den Wahniederlagen der Liberalen. Bei anderen Gelegenheiten jedoch waren der schlechte Wille und die ewigen Ängste der Fortschrittspartei für Hirschs Havarien verantwortlich. Bei Nachwahlen in zwei Berliner Wahlkreisen im Jahre 1871 drängten seine Anhänger auf seine Kandidatur, setzten sich aber gegen die Parteiführung nicht durch. 1877 gelang es ihnen, Hirsch eine Kandidatur in dem aussichtsreichen ersten Berliner Wahlkreis zu verschaffen. Eingeklemmt zwischen den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten, die in der Stichwahl die Parole für den weiter rechts stehenden Bewerber und gegen den zu zahmen Arbeiterführer ausgaben, eroberte er den Kreis nur mit Mühe. 1878 mußte er aber bei den Neuwahlen nach den Attentaten auf Wilhelm I. dort auf eine neue Kandidatur verzichten. Er wurde auch bei einer Nachwahl beiseite geschoben. Die Hetze gegen die Sozialisten erregte Verdacht gegen die ganze Arbeiterbewegung; mit Hirsch das Wahlgluck unter diesen Umständen noch einmal zu versuchen, erachteten die fortschrittlichen Politiker als zu riskant. Vor allem wollten die Nationalliberalen, mit denen man vereint in den Wahlkampf ging, von Hirsch nichts wissen.

Schließlich zog Hirsch 1898 in das preußische Abgeordnetenhaus für den ersten Berliner Wahlkreis ein. Diesen Sitz hat er bis zu seinem Tode innegehabt. So hat er doch noch am Ende seiner Laufbahn sieben Jahre hintereinander den gleichen Wahlkreis, wenn auch nicht im Reichstag, vertreten können. Auf dem Vereinstag der Arbeitervereine von 1865 hatte einst Hirsch über die Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts referiert und eine Resolution zur Annahme gebracht, nach der die Arbeiter sich mit aller Kraft für die Eroberung dieses Rechts einsetzen sollten⁹². Die Ironie der Geschichte wollte, daß Hirsch unter einem Wahlrecht, das den Arbeiter entrechtete und den Wohlhabenden begünstigte, in das preußische Parlament eingezogen ist.

⁹² Über die Geschichte von Hirschs Mandat, *Gleichauf*, S. 28, 124, 136 f., 150 ff., 257; *Bernstein*, Die Geschichte I, S. 324 f., 385; *Bebel*, aaO I, S. 114. – Der erste Verbandstag der Gewerkvereine hat sich gleichfalls für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten und Gemeinden eingesetzt (*Gleichauf*, S. 31).

In der Wahrnehmung seines Mandats hat Hirsch den Gedanken der Selbsthilfe der Arbeiterschaft bis zum äußersten vertreten und das Eingreifen des Staates sowie die Ausübung jedes Zwanges abgelehnt. Als er einmal unter dem Druck der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre Notstandsmaßnahmen für die Arbeiter verlangte, fand seine Partei diese Forderung verderblich und piff ihn zurück. Hirsch hat aber auch konsequent jede Einschränkung freiheitlicher gesetzlicher Bestimmungen bekämpft. Bei der Beratung der Gewerbeordnung hat er 1869 zusammen mit Schulze-Delitzsch davor gewarnt, die neue Koalitionsfreiheit durch Sonderstrafmaßnahmen einzuengen und ein neues Ausnahmerecht gegen die Arbeiter zu schaffen; die allgemeinen Strafbestimmungen müßten genügen. Der Artikel 153, der solche Sondermaßnahmen enthielt und bis 1918 in Kraft blieb, und der zu einer die Arbeiterschaft erbitternden diskriminierenden Rechtsprechung geführt hat, ist gegen Hirschs Votum in die Gewerbeordnung gekommen.

In sozialpolitischen Fragen aber hat Hirsch durch die Überschätzung der Möglichkeiten der Selbsthilfe und durch die Ablehnung des Eingreifens des Staates schwere Fehler begangen. Er hegte in übergroßem Optimismus, polemisch formulierend, „das feste Vertrauen, daß, wie in England, die Sicherung des Lebens, der Existenz, der Ehre und des Rechts der Arbeiter erreicht werden wird, ohne daß hinter jeder Tat Gesetzgeber und Polizei steht“. Dementsprechend hat Hirsch das Prinzip vertreten, daß erwachsene männliche Arbeiter eines Schutzes nicht bedürften. Gegen Bebel lehnte er 1869 Fabrikordnungen auf gesetzlicher Grundlage mit bestimmten Sicherungen für die Arbeiterschaft ab. Ebenso wandte er sich gegen einen Normalarbeitstag von begrenzter Dauer – zwölf Stunden einschließlich einer Ruhepause von zwei Stunden. Hirsch erkannte an, daß Arbeitstage bis zu fünfzehnstündiger Dauer existierten, wünschte aber die Beschränkung der Arbeitszeit nur durch moralische Einwirkung, nicht durch gesetzlichen Zwang durchzusetzen. Er wollte die Freiheit derjenigen Arbeiter, die länger zu arbeiten beehrten, nicht antasten⁹³. Sechzehn Jahre später zeigt eine von Hirsch im Namen der Gewerksvereine dem Reichstag unterbreitete Petition das gleiche Unverständnis. Hirsch hat die Einführung von Arbeiterschutzgesetzen nicht gefördert, sondern eher als Hemmschuh gewirkt. Erst als 1892 die neuen Gesetze zum Schutze der Arbeiter in Kraft traten, hat er sich mit der vollendeten Tatsache abgefunden und sich mit seinen Gewerksvereinen an ihrer Ausführung beteiligt.

In Übereinstimmung mit dem Programm seiner Organisation hat Hirsch sich andererseits um die Verbesserung des Schutzes der Arbeiterinnen und der Kinder in den Fabriken bemüht. Er trat 1869 für einen Antrag ein, die Arbeit der Kinder unter vierzehn Jahren in Fabriken durch Gesetz zu verhindern; die Mehrheit entschied jedoch gegen ihn für zwölf Jahre. Er hat auch – ver-

⁹³ Norddeutscher Reichstag, St. B. 27. 4. 1869, S. 615–629 (das Zitat S. 620); 29. 4. 1869, S. 675 ff., 688.

geblich – einen verbesserten Schutz der Wöchnerinnen und andere Bestimmungen zum Schutze der Frauenarbeit gefordert. Um die fortschrittliche Gestaltung des Gesetzes über Gewerbegerichte hat er sich bei den Beratungen von 1890 bemüht und dabei in enger Föhlung mit den freien Gewerkschaften gearbeitet.

Hirsch war ein entschiedener Gegner der Zwangsversicherung. Den Arbeiter in die Versicherung hineinzuzwängen, schien ihm dem „heiligen Recht der Persönlichkeit“ zu widersprechen. Er berief sich auf das Selbstbestimmungsrecht des Individuums und kritisierte die Entwürfe der achtziger Jahre, da sie nur für die Arbeiterschaft gälten und daher die Gleichberechtigung der Klassen der Bevölkerung aufhoben⁹⁴. Hirsch hat diese Politik in seinem Verband folgerichtig auch in den Jahren betrieben, in denen er dem Parlament nicht angehörte: 1887 protestierte eine große Berliner Versammlung, die von seinen Ortsvereinen einberufen war, gegen die Vorlage der Alters- und Invalidenversicherung. 1897 verwarf eine Gewerkvereinsversammlung in Berlin eine Zwangsarbeitslosenversicherung als ein Attentat auf das Selbstbestimmungsrecht und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Die Gewerkvereine erklärten, fest auf die Einsicht der Arbeiter zu vertrauen, die freiwillig innerhalb ihrer Organisationen für solche Notlagen vorsorgen würden. Hirsch übersah den bei aller Geringfügigkeit der Leistungen gewaltigen prinzipiellen Fortschritt, den die Versicherungsgesetze brachten, ihre Bedeutung als Ansatzpunkt für eine künftige verbesserte Sozialgesetzgebung und die Wichtigkeit der Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Kassen: dies war die erste und auf lange Zeit hinaus einzige Gelegenheit für das Eindringen einer Führerschicht der Arbeiterschaft in den administrativen Apparat des Staates. Sonnemann hat damals links, Lasker rechts von Hirsch erfaßt, daß die Krankenversicherung ein Befreiungsgesetz zugunsten der Arbeiterschaft war. Hirsch befand sich auch keineswegs in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie, die zwar die Versicherungsgesetze als ungenügend ablehnte, aber nach anfänglichem Schwanken durch Bebel erklären ließ, „daß, indem das Reich diese Gesetze ins Leben rief, es einen Weg beschritt, den die moderne Entwicklung mit Notwendigkeit zu tun gebietet“⁹⁵. Hirsch war der einzige parlamentarische Vertreter einer Arbeiterorganisation, der diesen Kernpunkt nicht begriffen hat.

Hirschs Tätigkeit im Abgeordnetenhaus war die rühmlichste in seiner parlamentarischen Laufbahn. Sie zeigt eine, wenn auch späte, Korrektur vieler früherer Irrtümer. Hirsch vertrat in dem Dreiklassenparlament, in dem die Sozialdemokratie keinen Sitz hatte, die Arbeiterinteressen mit Festigkeit. Er setzte sich für den Ausbau der Gewerbeaufsicht ein, für die Erhöhung der

⁹⁴ Reichstag, St. B. 21. 4. 1883, S. 2017 f.; 24. 4. 1883, S. 2107 f.; 28. 4. 1883, S. 2187.

⁹⁵ Reichstag, St. B. 9. 12. 1890, S. 831 (Bebel); *Gleichauf*, S. 216 f., 245 (Haltung zur Zwangsversicherung).

viel zu geringen Zahl der Inspektoren und für den besseren Schutz der Frauenarbeit, für den sein Antrag auf Anstellung von Assistentinnen in der Gewerbeaufsichtsverwaltung den Grund legte. Er unterstützte die Heranziehung von Arbeitervertretern zur Beaufsichtigung der Sicherheitsmaßnahmen in den Bergwerken. Er kämpfte 1902 – vergeblich – gegen die Kürzung der Etatposition für den Bau von Arbeiterwohnungen. Er trat für die Sicherung des Koalitionsrechts ein, nahm sich der Landarbeiter und des Gesindes an und wandte sich gegen die Beschränkung der Freizügigkeit der Jugendlichen.

Hirsch arbeitete sich auch gründlich in die Agrarfragen ein. Er verlangte die Förderung des Klein- und Mittelbesitzes und bekämpfte die Getreidezölle. Dabei stieß er heftig mit den Vertretern der Interessen des Großgrundbesitzes und des Großbauerntums bei den Konservativen und dem Zentrum zusammen. Politisch mahnte Hirsch in diesen Jahren, dem Wandel Rechnung zu tragen, der sich in der Sozialdemokratie auf dem Wege zur reformatorisch praktischen Betätigung vollzogen habe⁹⁶. Bei der Unterstützung des Magistrats Berlin in seinem Kampfe für die Anstellung jüdischer Volksschullehrer charakterisierte er das Verhalten der staatlichen Organe mit den Worten: „Das sind nicht die Wege Lessings, das sind die Wege des Hauptpastors Goeze“⁹⁷ – jenes unduldsamen Hamburger Glaubenseiferers, von dem der Dichter in seinem *Anti-Goeze* der Nachwelt ein so wenig schmeichelhaftes Bild hinterlassen hat.

Für den Geist des Abgeordnetenhauses ist die Art der Behandlung einer Petition von Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft im Jahre 1899 bezeichnend. Hirsch nahm an ihr wegen seiner Stellung in der Friedensbewegung ein besonderes Interesse. In der Petition wurde u. a. der bescheidene Wunsch ausgesprochen, im Schulunterricht den Hinweis auf die Bedeutung der friedlichen Beilegung von Differenzen zwischen Staaten nicht zu vernachlässigen. Der nationalliberale Fraktionsführer Robert Friedberg bekämpfte die Tendenz der Petition unter ständigem Beifall seiner Partei und der gesamten Rechten in einer von blindem Chauvinismus durchzogenen Rede. Hirsch warnte vor dem abschüssigen Wege, auf dem sich das Land mit solchen Auffassungen bewege, und skizzierte die Aufgabe friedlicher Verständigung durch internationale Kongresse und interparlamentarische Konferenzen. Da Hirsch die Gedankenwelt der Mehrheit kannte, wußte er, daß ein Antrag auf Berücksichtigung oder selbst nur auf Erwägung aussichtslos war. Er begnügte sich mit dem Antrag auf Überweisung an die Regierung „als Material“, was eine so gut wie bedeutungslose Konzession gewesen wäre. Selbst dazu konnte sich

⁹⁶ Haus d. Abg., St. B. 10. 3. 1899, S. 1319 ff.; 26. 1. 1901, S. 645; 29. 1. 1901, S. 762; 23. 1. 1902, S. 587 (Zoll- und Agrarfragen); über seine Stellung zur Sozialdemokratie, 15. 2. 1899, S. 948. Vgl. ferner Hirschs Reden zur Arbeiterfrage bei der alljährlichen Beratung des Gewerbeetats und seine Rede zur Änderung des Berggesetzes, 27. 2. 1905, S. 12191 ff.

⁹⁷ Haus d. Abg., St. B. 10. 3. 1899, S. 1321.

die Mehrheit nicht entschließen. Das Plenum begrub gemäß dem Kommissionsantrag die Petition in den Akten des Hauses⁹⁸.

Nimmt man die letzten Jahre seines Lebens aus, in denen Hirsch den Anschluß an zukunftsweisende Gedanken fand, so hat er politisch vieles falsch gesehen. Sozialpolitisch befand er sich nicht im Einklang mit den Bedürfnissen seiner Zeit. An seinen menschlichen Qualitäten und seinem ehrlichen Willen, der Sache der Arbeiter zu dienen, besteht jedoch kein Zweifel. W. Gleichauf, der erste Vorsitzende des Gewerkvereins der Maschinen- und Metallarbeiter, der die Geschichte des Verbandes der Gewerkvereine geschrieben hat, steht zwar Hirschs Politik und Taktik vielfach kritisch gegenüber; aber seine Bewunderung für Hirschs Selbstlosigkeit, seine Hingabe an die Arbeitersache, das Fehlen jeder Demagogie in dem Wirken und Auftreten dieses Menschenfreundes bricht überall in dem Buche durch. Diese Eigenschaften erklären die Anhänglichkeit der Gewerkvereiner an ihren Anwalt, der sie von ihren Anfängen an länger als ein Menschenalter geführt hat.

V. Ein bürgerlicher Demokrat: Leopold Sonnemann

Leopold Sonnemann* war ursprünglich für den kaufmännischen Beruf bestimmt. Er besuchte die jüdische Volksschule in Höchberg, einer Kleinstadt bei Würzburg, dann die Realschule in Offenbach in Hessen. Seine weitere Bildung erwarb er sich in harter Arbeit als Autodidakt, während er, ebenso wie seine Mutter und seine Schwester, im väterlichen Fabrik- und Handelsbetrieb tätig war. Nach dem Tode des Vaters übernahm er 1853 das Geschäft. Dann wandte er sich dem Bankfach zu, in das er sich gründlich einarbeitete. Bald nahm auch Sonnemanns Interesse an öffentlichen Dingen, das während der Revolution erwacht, nach ihrem Scheitern zurückgegangen war, wieder zu. Er übernahm daher gern eine Mitarbeit an einem für Banken, Handel und Industrie bestimmten „Geschäftsbericht“, zu der ihn ein Frankfurter Kaufmann heranzog. Beide erweiterten 1856 den Geschäftsbereich zur „*Frankfurter Handelszeitung*“. Dies „unscheinbare Blättchen“ und seine Keimzelle, der

* *Leopold Sonnemann*, geb. 1831 in Höchberg bei Würzburg. Nach dem Schulbesuch in der väterlichen, fabrikmäßig betriebenen Weberei tätig, aus der später ein reiner Handelsbetrieb wurde. Übernahm 1853 nach dem Tode des Vaters das Geschäft. Seit 1855 Bankier. 1856 Mitbegründer der „*Frankfurter Handelszeitung*“, die 1859 in die „*Neue Frankfurter Zeitung*“ umgewandelt wurde. 1867 alleiniger Eigentümer und Herausgeber der „*Frankfurter Zeitung*“. Mitbegründer des Volkswirtschaftlichen Kongresses. Nahm führend an der Arbeiterbildungsbewegung teil. 1869 bis 1880 und 1884 bis 1904 Stadtverordneter in Frankfurt a. Main. 1871 bis 1877 und 1878 bis 1884 Mitglied des Reichstags für die Deutsche (Süddeutsche) Volkspartei. Gest. 1909 in Frankfurt a. Main.

⁹⁸ Haus d. Abg., St. B. 23. 3. 1899, S. 1705; 1711.

Geschäftsbericht, wurde entscheidend für Sonnemanns Lebensweg. Als sich der deutsche Liberalismus wieder belebte, verwandelte er 1859 die Handelszeitung zusammen mit anderen Interessen in ein politisches Blatt, die „*Neue Frankfurter Zeitung*“⁹⁹.

1866 ließ der in die Freie Stadt Frankfurt mit seinen Truppen einmarschierende General Vogel von Falckenstein die Druckerei des preußenfeindlichen Blattes versiegeln und die dort verbliebenen Redakteure verhaften. Sonnemann war in Voraussicht des Kommenden mit dem größten Teil der Redaktion nach Stuttgart gegangen und brachte dort innerhalb von zehn Tagen die „*Neue Deutsche Zeitung*“ heraus. Fünf Monate danach konnte sein Blatt in dem nunmehr preußischen Frankfurt wieder erscheinen. Es hieß jetzt „*Frankfurter Zeitung*“. Sonnemann kaufte die Anteile der Mitbesitzer auf, da er sich mehr und mehr für das Zeitungsunternehmen interessierte. Er wurde 1867 der alleinige Eigentümer und gab das Bankgeschäft bald darauf auf. Schon vorher hatten sich die Herausgeber mit einem hervorragenden Redaktions- und Mitarbeiterstab umgeben. Mit ihm brachte Sonnemann das Blatt auf eine ungeahnte Höhe. Er selbst arbeitete eifrig journalistisch mit. Fast alle Aufsätze über Arbeiterfragen waren bereits in der „*Neuen Frankfurter Zeitung*“ von ihm selbst geschrieben oder überarbeitet. Ebenso war er sein eigener Handelsredakteur, bis ihn 1871 sein Mandat in Berlin nötigte, diese Funktion abzugeben. Sonnemanns Interesse für wirtschaftliche Probleme trat auch bei seiner Anteilnahme an der Begründung des Kongresses deutscher Volkswirte zutage. Er war in ihm ständiger Referent für das Bankwesen¹⁰⁰.

Sonnemann war ein bürgerlicher Demokrat. Eine Volksversammlung, die er 1865 einberief, war der erste Schritt zur Gründung der Deutschen Volkspartei. Sie sollte die im Liberalismus verlorengegangenen Ideale von 1848 neu beleben und Bürgern und Arbeitern ein politisches Heim in ein und derselben Partei bieten. Dies war Sonnemanns zentrale Idee und sein Lieblingsgedanke. Er verteidigte ihn gegen die Selbständigkeitsregungen der Arbeiterschaft, die ihm die Einheit der Linken im Kampf gegen die Reaktion zu gefährden schienen. In dem Wunsche nach einer geschlossenen Linken traf Sonnemann sich damals mit Jacoby. Beide waren überzeugt, daß das liberale Bürgertum sich ehrlicher demokratisch und stärker sozial orientieren müsse. Aus der Perspektive des süddeutschen und preußengegnerischen Föderalisten sah aber Sonnemann schon vor 1866 die Schwäche der Fortschrittspartei als untilgbar an, als Jacoby noch in ihr verharrte. Damals suchte Sonnemann Jacoby vergeblich für die Gründung einer demokratischen Partei zu gewinnen, für die er selbst im Süden und Westen, Jacoby östlich der Elbe wirken

⁹⁹ Sonnemanns handgeschriebene Autobiographie befindet sich im Archiv des LBI New York; *Ebeling*, S. 3 f.

¹⁰⁰ Deutscher Parlaments-Almanach 1878; *Ebeling*, S. 4 f. Das beste Material bei *Gustav Mayer*, Die Trennung, S. 29 ff., 38 ff., 47, 60 ff.

sollte. Erst einige Jahre später brach Jacoby endgültig mit der Fortschrittspartei. Für ihn aber war die Tätigkeit für die Deutsche Volkspartei lediglich ein Zwischenspiel vor seinem Übergang zur Sozialdemokratie. Sonnemann dagegen ist der bürgerlichen Demokratie treu geblieben. Er vereinigte in sich die ideellen Antriebe des Handelns mit den aus der Praxis des Kaufmanns hervorgehenden Erfahrungen. Der Eigentümer einer prominenten Zeitung des Bürgertums, die dem aufstrebenden deutschen Handel diente, hätte in der Sozialdemokratie nicht Fuß fassen können.

Jacoby hat Ende der sechziger Jahre das Programm der Deutschen Volkspartei entworfen. Er hat es schriftlich und mündlich erklärt und dafür geworben. Das war dem Alten, dessen Aktivität bereits zu erlahmen begann, Erfüllung genug. Sonnemann aber, der 25 Jahre jünger war als Jacoby, stand damals im besten Mannesalter. Er glaubte im Grunde genommen, ebenso wie Jacoby, daß ein Staat, der aus dem Rechtsbruch geboren war und „dessen Wesen eine Eroberung wie die Frankfurts möglich erscheinen ließ, sich nicht zu einem freiheitlichen nationalen Rechtsstaat umgestalten könnte“¹⁰¹. Aber während Jacoby aus seiner Überzeugung die Konsequenzen zog, 1867 ein Mandat zum Norddeutschen Reichstag ausschlug, 1874 die auf ihn gefallene Wahl zum Reichstag ablehnte, ließ Sonnemann der Kampfwille nicht ruhen. Er betätigte ihn nicht nur in der „*Frankfurter Zeitung*“, er ließ sich auch von Frankfurt in den Reichstag wählen und vertrat seine Stadt von 1871 mit einer einjährigen Unterbrechung bis 1884. Da Sonnemanns Partei klein und regional beschränkt blieb, das Produkt eines unternehmenden politischen Geistes in Frankfurt und ein Krafffaktor nur in der württembergischen Landespolitik, mußte er im Parlament zeitweise völlig allein kämpfen; zu anderen Zeiten hatte er einen einzigen Mitstreiter, im besten Fall war er von einigen wenigen Parteimitgliedern umgeben. Es ist nicht leicht, sich einer Übermacht von Gegnern gegenüber zu sehen, auf jede Resonanz verzichten zu müssen und der Wohltat fruchtbaren Gedankenaustauschs unter politisch Gleichgesinnten im Parlament beraubt zu sein. Da Sonnemann eine autoritäre, selbstsichere Natur war, vermochte er ohne größere innere Qual in der Isolierung zu verharren. Der aufrechte Mann war durch und durch ein politischer Mensch und wußte, daß der Starke nicht am mächtigsten allein ist. Aber er war überzeugt, daß der Starke durch Eingliederung in eine größere Gemeinschaft, der er sich innerlich nicht zugehörig fühlt, seine Stärke einbüßt, und er handelte demgemäß.

Sonnemanns politische Isolierung war die Folge des Geschichtsverlaufs der sechziger Jahre. Im Kampf für die deutsche Einheit trat er dem Nationalverein bei, konnte aber dem Programm des Vereins nicht beistimmen und schied aus ihm daher unter Salvierung seines demokratischen Gewissens wieder aus. Er lehnte auch 1863 die österreichische Fürstentagspolitik, 1866 die

¹⁰¹ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 162.

Annexionspolitik Bismarcks ab und war in ihrer Bekämpfung so intransigent, daß er partikularistische Tendenzen der süddeutschen Staaten gegen preußenfreundliche Liberale daselbst stützte. Innerlich großdeutsch, erkannte Sonnemann, daß der deutsche Bundesstaat mit Österreich und Preußen zusammen unmöglich war. Ein Gegner Preußens, erfaßte er dennoch resigniert, daß die Einheit nur mit Preußen ohne Österreich erreichbar war. Er selbst konnte diesen Weg angesichts des autoritären und militärischen Charakters Preußens nicht beschreiten. Aber er wußte um die Ohnmacht des gegen die Verpreußung Deutschlands gerichteten Südbundes der Mittel- und Kleinstaaten und fühlte, daß es ihm nicht erspart bleiben würde, die Stimme für seine Ideale in einem unter Preußens Führung geeinten Reiche zu erheben. Diesen Weg hat er denn auch nach 1870 eingeschlagen¹⁰². Von den Fortschrittlern trennte ihn sein tiefes Mißtrauen gegen Preußen, die süddeutsche Färbung seines politischen Denkens, das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht, das die Liberalen auf dem Altar von Bismarcks Machtpolitik geopfert hatten; ferner seine Überzeugung von der Bedeutung der sozialen Frage.

So stand Sonnemann gegen alle Parteien rechts von der bürgerlichen Demokratie im Kampf. Aber er vermochte auch kein dauerndes, enges Verhältnis zur Arbeiterschaft herzustellen. Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie vollzog sich in Deutschland früh. Sonnemann setzte alle Kraft ein, um sie aufzuhalten, die Bewegung aber ging über ihn hinweg. Seine ursprüngliche Idee, den Arbeitern sozial und kulturell weit entgegenzukommen und ihr Genossenschafts- und Bildungswesen zu fördern, um ihnen die politische Führung durch ein demokratisches Bürgertum annehmbar zu machen, war zum Scheitern verurteilt. Ein freiheitliches, sozial gesinntes Bürgertum von Bedeutung, mit dem die Zusammenarbeit in der gleichen Partei für die Arbeiterschaft verlockend gewesen wäre, existierte in Deutschland nicht. Um so mehr fand Lassalle bei den Pionieren der Arbeiterklasse mit seiner These Gehör, daß die Arbeiter das Recht auf politische Selbstbestimmung hätten, und daß die Arbeiterfrage eine politische Frage sei. Als Lassalle seine Agitation in den Maingau hineinrug, fühlte sich Sonnemann an der Stätte seines Wirkens unmittelbar bedroht. Der kluge und kühl berechnende Politiker konnte es aber an Popularität mit Lassalle in direkter Austragung der Gegensätze nicht aufnehmen: er konnte den Arbeitern nur ein begrenztes Mitbestimmungsrecht bieten, während der Feuerkopf Lassalle dem Arbeiterstand die entscheidende Rolle in der neu anbrechenden Geschichtsepoche zuwies und dem Sehnen der Arbeiter in mitreißenden Reden konkreten Inhalt gab.

Sonnemann gab den Kampf nicht auf. Er suchte in langjähriger Kleinarbeit zu erreichen, was ihm im plötzlichen Stoß und Gegenstoß mißlungen war. Zunächst war er erfolgreich. Auf sein Betreiben wurde der Vereinstag der

¹⁰² AaO, S. 56, 159 ff.; *Gustav Mayer*, aaO, S. 15 f.

deutschen Arbeitervereine als Gegenorganisation gegen Lassalles Arbeiterverband gegründet. Sonnemann wurde die Seele dieser Vereine und übernahm ihre eigentliche Leitung. Der Vereinstag sollte nach Sonnemanns eigenen Worten eine Mittelstellung zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch einnehmen. Damals wurde es Sonnemann klar, daß er in seiner Konzeption einer Sozialreform weitergehen mußte als er ursprünglich geplant hatte, wenn er die Arbeiter für eine Mitarbeit in einer radikalen Volkspartei gewinnen wollte. Dennoch konnte er die allmähliche Politisierung der Vereine und den Übergang der Führung an radikalere Kampfgefährten nicht verhindern. Er behauptete sich in der Organisation solange wie möglich und nahm selbst ihm unsympathische Beschlüsse, wie den Anschluß an die erste Arbeiterinternationale, in Kauf, um die Politik seiner Hauptfeinde, der Lassalleaner, zu durchkreuzen. Doch als aus dem Willen der Mehrheit des Vereinstags 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hervorging, zeigte ihm der Name der neuen Partei allein, daß seine Mühe umsonst gewesen und die Entscheidung zugunsten einer Klassenpartei gefallen war. Damit war Sonnemanns groß angelegter politischer Plan endgültig gescheitert¹⁰³.

Es ist Sonnemanns bleibendes Verdienst, daß er ohne persönliches Ressentiment die gegen seinen Willen entstandene Partei und ihre Führer gegen ungerechtfertigte Angriffe stets in Schutz genommen hat. Dabei zeigten sich auch schöne menschliche Züge. Bebel, der den Richtungskampf in dem Vereinstag gegen ihn geführt und gewonnen hatte, sandte er 20 Flaschen Wein ins Gefängnis, in dem er seine Strafe nach seiner Verurteilung in dem Hochverratsprozeß abbüßte. Bebel konnte sie freilich erst nach Beendigung der Haft genießen. Sonnemann half ihm auch nach der Haftentlassung mit einem Darlehen zur Rehabilitierung seines handwerklichen Unternehmens. Er setzte seine Pionierarbeit unbeirrt fort, um die Bedeutung der sozialen Frage einem verständnislosen Bürgertum begreiflich zu machen. Stolz erwiderte er 1901 auf die Glückwünsche zum 70. Geburtstag, alle anderen Lobsprüche bescheiden abwehrend:

„Ein Verdienst darf ich allerdings für mich in Anspruch nehmen. Das ist: frühzeitig die Aufmerksamkeit der Bürgerschaft auf die sozialpolitischen Fragen gelenkt zu haben. Den frühen Einblick in diese Fragen verdanke ich nicht zum kleinsten Teile meiner lebhaften Anteilnahme an der Arbeiterbewegung vom Anfange der 1860er Jahre an.“¹⁰⁴

Sonnemanns sozialpolitische Einsicht spiegelte sich in der Haltung seiner Zeitung wider. Von ihr zeugt auch die bereits erwähnte Einstellung eines hochqualifizierten sozialpolitischen Redakteurs. Im Parlament arbeitete er

¹⁰³ *Gustav Mayer*, Johann Baptist von Schweitzer, S. 71, 84 f.; *Autobiographie*, S. 2; *Ebeling*, S. 7 ff.; *Bebel*, aaO I, S. 85, 89; II, S. 91; *Geschichte der Frankfurter Zeitung*, S. 169 f.

¹⁰⁴ *Leopold Sonnemanns 70. Geburtstagsfeier*, S. 7; *Bebel*, aaO II, S. 281, 376 ff.

folgerichtig im gleichen Sinne. Der Spott, den die Liberalen über ihn wegen seines Zusammenwirkens mit Bismarck bei der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes ergossen, focht ihn nicht an. Damals kämpfte er Seite an Seite mit Lasker: dieser mit der durch die widerstrebenden Kräfte seiner Fraktion erzwungenen Behutsamkeit, Sonnemann mit der durch die Freiheit von jeder fraktionellen Bindung ermöglichten Kühnheit. Demokraten und Liberale schieden sich in seinen Augen durch ihre Auffassung über die Rolle des Staates in der Sorge für die bedürftigen Klassen der Gesellschaft. Die liberalen Bedenken wies Sonnemann mit der Begründung zurück, daß der Gesetzentwurf der Freiheit des Arbeiters nicht zu nahe trete. Ein entscheidendes positives Merkmal des Gesetzes erblickte er gerade darin, daß dem Staat das Recht zugesprochen würde, sich in die Fürsorge für die Arbeiter nicht nur einzumischen, sondern sie zu erzwingen. Die Regierung kritisierte er wegen ihrer Langsamkeit und der Unzulänglichkeit des neuen Beginns sowie wegen der mangelnden Festigkeit des Willens zur Fortführung des Werkes. Er tadelte sie auch wegen ihrer Abneigung gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihm ebenso wichtig erschien wie das Problem der Versicherung. Sonnemanns richtungweisende Rede konnte keine bahnbrechende Wirkung haben, weil er im Parlament ohne Gefolge war. Aber die damals noch zögernd aufgenommene Sozialpolitik, die im Reichstag mehr Feinde als Freunde hatte, und die von der Regierung als politische Maßnahme zur Gewinnung der Arbeiterschaft bei gleichzeitigem Fortbestehen des Sozialistengesetzes konzipiert worden war, schlug im weiteren Verlauf die von Sonnemann gewiesene Richtung ein¹⁰⁵.

August Bebel fragt sich in seinen Lebenserinnerungen, ob Bismarck Eugen Richter oder Sonnemann stärker gehaßt habe. Er kommt zu dem Schluß, daß es Sonnemann war. Richter war zum mindesten ein guter Preuße, Sonnemann ist dies nie geworden, wenngleich seine partikularistischen Neigungen allmählich abflauten. Sein Groll über die Behandlung Frankfurts und seiner Zeitung durch die Preußen klingt in der ausführlichen Darstellung des Gewaltakts in der Kurzbiographie nach, die er für den Parlaments-Almanach verfaßt hat. Dort hat er auch auf knappstem Raum die Essenz seiner wichtigsten Reden, Abstimmungen und Anträge eindrucksvoll herausgearbeitet: „Gegen die Reichsverfassung, den Reichskriegsschatz, das Pauschquantum [Septennat], den Kanzelparagraphen, das Jesuitengesetz; beantragte dagegen mit anderen Aufnahme der 1849iger Grundrechte, die Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule, gänzliche Abschaffung der Salzsteuer.“¹⁰⁶

¹⁰⁵ S. oben S. 95 (über Gustav Cohn als sozialpolitischen Redakteur). Sonnemanns Rede von 1883 im Reichstag, St. B. 20. 4. 1883, S. 2006 ff.

¹⁰⁶ Deutscher Parlaments-Almanach 1878; *Bebel*, Über Bismarck und Sonnemann, aaO, III, S. 11 f. – Über den Kanzelparagraphen, s. oben S. 276.

Nicht nur wegen seiner Abneigung gegen Preußen und gegen die Reichspolitik erweckte Sonnemann Bismarcks Haß. Die Unabhängigkeit des demokratischen Abgeordneten erregte ihn nicht minder. Im Parlament war Sonnemann durch die numerische Bedeutungslosigkeit seiner Partei gegen die Versuchung gefeit, sich auf die Bahn des *do ut des* zu begeben, dem sich kein Führer einer großen Fraktion auf die Dauer entziehen kann. Außerhalb des Parlaments aber stützte er sich auf die Macht der „*Frankfurter Zeitung*“. Hier stand er Bismarck als Gleichberechtigter gegenüber. Kein anderer der großen Gegner des Reichskanzlers hat über ein solches Instrument verfügt. Die „*Frankfurter Zeitung*“ hatte vor allem in Süddeutschland einen Leserkreis von hohem intellektuellen Rang: Gelehrte, Mitglieder der freien Berufe, Männer der Wirtschaft mit geistigen Interessen, kurz, Menschen aus allen jenen Schichten, die Bismarck als die „Träger der öffentlichen Dummheit“ lächerlich zu machen pflegte. Die Leser schätzten die Gründlichkeit der Berichterstattung, die Unabhängigkeit der Stellungnahme, die Herausforderung zu selbständigem Denken. Der gediegene Wirtschafts- und Finanzteil, sowie das ausgezeichnete Feuilleton trugen zu der hohen Wertschätzung der Zeitung bei. Theodor Heuss hat über das Eindringen der „*Frankfurter Zeitung*“ in die intellektuellen Leserschichten weit über die demokratisch gesinnten Kreise hinaus sowie über ihre zuweilen rührende Anhänglichkeit an das Blatt manches Interessante erzählt¹⁰⁷.

Im Aufsichtsrat dieses Zeitungsunternehmens führte Sonnemann den Vorsitz. Er leitete die Geschäfte und war der Vorsitzende der Redaktionskonferenz. Er kumulierte die Funktionen, die in anderen Zeitungsunternehmen personell getrennt wahrgenommen wurden. Neben den besten journalistischen Kräften zog er mit Vorliebe auch publizistisch begabte Gelehrte und Schriftsteller heran. Die von vielen staatlichen Ämtern, selbst von großen Teilen der deutschen Presse ferngehaltenen jüdischen Intellektuellen nahmen bei ihm zahlreiche Posten nicht nur in der politischen und wirtschaftspolitischen Redaktion ein, sondern auch in der Theater- und Kunstkritik. Sonnemanns Mitarbeiter erfreuten sich eines Maximums an geistiger Freiheit, die die Schaffensfreude erhöhte. Aber die Richtlinien der Politik bestimmte er selbst, wenn er auch innerhalb der Redaktion, wie jeder andere, nur eine Stimme hatte. Sonnemann hat die Autorität, die ihm die Leitung des Verlags und der Redaktion zugleich verlieh, selten, aber, wenn es ihm nötig schien, wirksam ausgeübt. Die Notwendigkeit der Führung auch in einer demokratischen Zeitung war ihm klar. Die Zeitung hat die Geistigkeit und das politische und wirtschaftliche Leben widerspiegelt, die der Stadt Goethes,

¹⁰⁷ *Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen II, S. 28 sowie andere Äußerungen über die Urteilslosigkeit der öffentlichen Meinung, aaO, I, S. 80; II, S. 26; *Heuss*, Erinnerungen, Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, S. 19.

der Rothschilds und der Bethmanns sowie des deutschen Bundestages den Stempel aufgedrückt haben.¹⁰⁸

Bismarck hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Sonnemann und seine Hausmacht unschädlich zu machen. Sonnemann war bei jeder Wahl in Frankfurt an der Spitze marschiert; er siegte stets in der Stichwahl. 1881 konnte der sozialdemokratische Kandidat seine Stimmenzahl zwischen Haupt- und Stichwahl beträchtlich erhöhen; der Haß gegen Sonnemann trieb Anhänger der Rechten in das Lager der äußersten Linken. 1884 stand der Sozialdemokrat mit einem Vorsprung von etwa 600 Stimmen an der Spitze. Den Nationalliberalen ließ Bismarck auf ihre Anfrage, wie sie sich bei der Stichwahl verhalten sollten, mit den Worten antworten: „Fürst wünscht Sabor“¹⁰⁹. Das Telegramm besiegelte Sonnemanns Niederlage. Adolf Sabor, ein Lehrer an einer jüdischen Schule Frankfurts, als Politiker bedeutungslos, ein Repräsentant der Partei, die Bismarck mit Hilfe seines Ausnahmegesetzes verfolgte, konnte seine Stimmenzahl um 4200 steigern. Bismarcks Name ist mit der erstmaligen Eroberung Frankfurts durch die Sozialdemokratie verbunden.

In gleicher Weise tat Bismarck alles, um die „*Frankfurter Zeitung*“ zu diffamieren und ihr das Leben durch eine Kette von Prozessen unerträglich zu machen. Sie trotzte den zahlreichen Geldstrafen und den 40 Jahren Freiheitsentziehung, die über die jeweilig verantwortlichen Redakteure zusammen verhängt wurden. Einen Höhepunkt erreichte diese Kampagne, als Bismarck, aus Wut über Sonnemanns Rede zum Sozialistengesetz im Oktober 1878, ihn und seine Zeitung beschuldigte, in Beziehungen zur französischen Regierung zu stehen und unter ihrem Einfluß auf die Schwächung der Institutionen des Reichs und seiner Leiter bedacht zu sein. Sonnemann antwortete scharf im Reichstag. Die Redaktion warf dem Reichskanzler frivole und ehrenrührige Verdächtigung vor. Als Bismarck klagte, entschied das Gericht, daß die redaktionelle Erklärung die Grenzen berechtigter Abwehr nicht überschritten habe. Es sprach aber eine Gefängnisstrafe wegen eines mit der Sache zusammenhängenden Artikels aus. In einem neuen Prozesse wurden weitere zwei Monate Gefängnis wegen Abdrucks des Berichts über die Gerichtsverhandlungen verhängt¹¹⁰. Bismarcks Vorgehen gegen die Zeitung schuf Märtyrer, blieb aber erfolglos. Obwohl die „*Frankfurter Zeitung*“ den „jammervollen Zustand der Pressefreiheit“ unter Hinweis auf ihre Behandlung mit Recht beklagte, waren die rechtsstaatlichen Garantien genügend, um die Weiterexistenz des Blattes und die Fortsetzung seines Kampfes für die Demokratie zu sichern.

¹⁰⁸ Deutschland Heute, S. 689; Ernst Kahn, S. 228 ff.; Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, aaO, besonders der Artikel von Guttman, Die Frankfurter Zeitung und das Reich, S. 3 f.

¹⁰⁹ Bebel, aaO III, S. 12; Bonn, S. 44.

¹¹⁰ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 367 ff.; Guttman, aaO S. 4.

Sonnemann war kein Oppositioneller aus Prinzip. Wenn er eine Gelegenheit zu fruchtbarer Mitarbeit ohne Verleugnung seiner Überzeugungen fand, arbeitete er konstruktiv mit. Da er das Wesentliche schnell erfaßte und aus einem Schatz von Erfahrungen schöpfte, waren seine Leistungen bedeutend. Das zeigte sich in seiner Arbeit als Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, in die er 1861 eintrat. An der Spitze der demokratischen Fraktion hat er sich auch später, als er sich nach 1887 kommunalen Aufgaben wieder zuwandte, große Verdienste in Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister Johannes Miquel und seinem nicht weniger hervorragenden Nachfolger Franz Adickes erworben. Sonnemann hat mit ihnen trotz markanter Verschiedenheiten der politischen Auffassungen vorzügliche Beziehungen unterhalten. Im Reichstag bewertete man seine fachmännische Kenntnis auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes hoch. Sonnemann arbeitete an der Reform des Aktiengesetzes mit, auf deren Dringlichkeit er unablässig hingewiesen hatte. Auch in Fragen des Sozial- und Preßrechts trat er hervor. Trotz der politischen Abneigung gegen ihn wählte ihn der Reichstag 1873 in die Kommission, die sich mit dem Währungs- und Münzproblem beschäftigte. Dies war eine ungewöhnliche Anerkennung des Sachverstandes eines Mannes, der keine Fraktion hinter sich hatte. Sonnemann ergriff damals und 1874 bei der Debatte über die Schaffung der Reichsbank die Initiative zur Verbesserung der Entwürfe¹¹¹.

Sonnemann sprach stets klar, aber er bewältigte die Fülle des Materials, über die er als Journalist verfügte, rednerisch nicht immer in geeigneter Weise. Er war ein kluger und kenntnisreicher, kein bestechender und brillanter Sprecher. Beim Eingreifen in politische Fragen verfiel er in seiner Isolierung im Parlament nicht selten in einen schroffen Ton, der der von ihm vertretenen Sache nicht nützlich war. Am häufigsten stieß er mit den Nationalliberalen zusammen, die ihn wegen ihres vielfachen Nachgebens zwischen der zweiten und dritten Lesung eines Entwurfs immer wieder erzürnten. Da er die Unvollkommenheit des Preßrechts am eigenen Leibe verspürte, fühlte er sich durch die Preisgabe der Geschworenengerichte für Preßvergehen, durch die Zulassung der polizeilichen Beschlagnahme und durch die Abstimmung zugunsten des Zeugniszwangs für Redakteure besonders getroffen. Er beschuldigte die Nationalliberalen erregt, ihre Ehre verloren zu haben, weil sie das Versprechen, die Mängel des Preßgesetzes bei der Beratung der Strafprozeßordnung zu beheben, nicht wahr gemacht hatten. Als sie 1878 die Annahme des Sozialistengesetzes durch die Verleugnung ihrer Grundsätze ermöglichten, sagte er ihnen voraus, wohin ihr Umfall führen würde. Er hat recht behalten¹¹².

¹¹¹ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 258 f., 266 f.

¹¹² Reichstag, St. B. 20. 12. 1876, S. 962 ff. (3. Lesung der Strafprozeßordnung); Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 273 ff. (Sozialistengesetz).

Sonnemanns außenpolitische Haltung war von dem Wunsche diktiert, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zu mildern. Er und seine Zeitung traten für die internationale Friedensbewegung ein. Als Lasker 1874 gegen ihn in Frankfurt kandidierte, bezweifelten die Nationalliberalen Sonnemanns nationale Zuverlässigkeit. Schon 1871 hatte Treitschke ihn angeklagt, Tag für Tag in seiner Zeitung zugunsten Frankreichs zu schreiben. Die Vorwürfe waren demagogisch und haltlos. Freilich, in der elsäß-lothringischen Frage blieb Sonnemann kompromißlos. Er fürchtete die tödliche Verfeindung Deutschlands und Frankreichs und stimmte mit den zwei Sozialdemokraten als einziger bürgerlicher Abgeordneter gegen das Gesetz betreffend die Vereinigung des Elsaß mit dem Reich. Später drängte er unablässig auf Erlaß einer Landesverfassung und vor allem auf baldige Einsetzung einer Landesvertretung für Elsaß-Lothringen. Bei der Beratung über die Gesetzgebung und den Gang der Verwaltung im Elsaß machte sich Sonnemann 1873 zum Sprecher der Klagen und Beschwerden der Elsässer, die damals im Reichstag noch unvertreten waren. Seine Rede provozierte das Haus, in dem außer Windthorst an der Spitze des Zentrums die Elsässer sonst keinen Anwalt ihrer Sache hatten. Sonnemann wandte sich entschieden gegen die Schulpolitik und die allzu rasche Aufdrängung der deutschen anstatt der französischen Sprache, besonders in Lothringen. Er tadelte die überschnelle Einführung der Militäraushebung, durch die nicht weniger als 26 000 von 33 000 Wehrpflichtigen aus dem Lande getrieben worden waren, weil sie nicht in der deutschen Armee dienen wollten. Unter lebhaftem Widerspruch rief er der Regierung und dem Reichstag zu, es werde mit Gewalt nicht gelingen, Franzosen zu Deutschen zu machen. Es war – traurig genug – Ludwig Bamberger, der der Empörung der Mehrheit unter lauter Zustimmung Ausdruck gab und Sonnemann als Sprecher für französische Interessen denunzierte. Er wollte dadurch offensichtlich den Verdacht der Franzosenfreundschaft, in dem er selbst stand, entkräften. Seine maßlosen Angriffe auf Sonnemann hallten in der Öffentlichkeit weithin wider¹¹³.

In noch größerer Isolierung stimmte Sonnemann als einziger bürgerlicher Abgeordneter für das Recht der Elsaß-Lothringer, sich über die Einverleibung ihres Landes in einer Volksabstimmung auszusprechen. Der elsässische Abgeordnete Teutsch, einer der fünfzehn Protestler, die die Elsaß-Lothringer 1874 bei ihrer ersten Wahl in den Reichstag gesandt hatten, hielt eine Anklagerede von elementarer Wucht gegen die gewaltsame Eingliederung Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich. Teutsch beantragte die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch die Bevölkerung. Sein Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen sowie gegen Sonnemanns Stimme abgelehnt. Sein Name steht unter der Erklärung, mit der er und die sieben

¹¹³ S. oben S. 292; Reichstag, St. B. 16. 5. 1873, S. 678 ff.; 881 ff.; Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 192; 232 f.; 301; 317; 678 ff.

Sozialdemokraten ihre Abstimmung begründeten: sie wünschten, gegen die völkerrechtswidrige, gewaltsame Annexion Elsaß-Lothringens zu protestieren, und sie verlangten, daß die künftige Landesverfassung Elsaß-Lothringens nicht ohne Zustimmung der Bevölkerung erlassen werden sollte¹¹⁴. Diese Stimmabgabe war ein Akt des Muts und der Überzeugungstreue.

Sonnemann schwamm ständig gegen den Strom. Er war ein starker Charakter und ließ sich durch Widrigkeiten nicht entmutigen. Er stand in Opposition zu dem Reich, das auf Preußens autoritärer Vorherrschaft beruhte. Er stemmte sich gegen die politischen und sozialen Entwicklungstendenzen des Bürgertums. Er bekämpfte die Abspaltung der Arbeiterschaft von der bürgerlichen Demokratie und hielt den Wiederhall revolutionärer Parolen in ihren Organisationen für ein Unglück für Deutschland.

Sonnemann haftete zum Unterschied von seinen großen Gegnern, Bismarck und Lassalle, nichts Geniales an. Er war ein Träger demokratischer Bürgertugenden und ein bewundernswerter Exponent eines demokratischen Journalismus in jener Zeit, in der das Bürgertum in den westeuropäischen Ländern die Früchte seines politischen Wirkens zu ernten begann. Sonnemanns Bemühungen in derselben Richtung blieben in Deutschland fruchtlos. Die deutsche bürgerliche Demokratie war keine Macht. Man belächelte sie: Die sieben Schwaben des Volksmärchens – die württembergischen Reichstagsabgeordneten der Volkspartei – und ein großes Tintenfaß: die Frankfurter Zeitung! Sonnemann, der militante Demokrat, hat versucht, die Kräfte des Bürgertums gegen die obrigkeitsstaatliche Politik zu mobilisieren. Er rief zur kompromißlosen Verwirklichung bürgerlich demokratischer Ideale auf. Aber er blieb ohne Gefolgschaft. Er scheiterte, wie so viele vor und nach ihm, die an das demokratische Gewissen in Deutschland appelliert haben.

VI. Zusammenfassender Rückblick

Unter den jüdischen Reichstagsabgeordneten der Bismarck-Zeit befanden sich Männer von großer Bedeutung. Lasker und Bamberger waren über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt, ebenso Sonnemann; dieser weniger wegen seiner Tätigkeit im Reichstag als wegen des Ansehens, das die „*Frankfurter Zeitung*“ genoß. Goldschmidts und Mendels internationaler Ruf in bestimmten Kreisen beruhte nicht auf ihrem Mandat, sondern auf ihrer wissenschaftlichen Leistung auf juristischem, bzw. medizinischem Gebiet. Friedenthal und Oppenheim waren als Politiker, Friedrich Dernburg als hervorragender Journalist, Hirsch als Gewerkschaftsführer national bekannte Figuren. Die anderen jüdischen Abgeordneten waren regional oder lokal geachtet.

¹¹⁴ Reichstag, St. B. 18. 2. 1874, S. 99 ff. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten konnten Bebel und Liebknecht nicht abstimmen, da sie die ihnen im Leipziger Hochverratsprozeß zudiktierte Freiheitsstrafe abbüßten.

In dieser Gruppe ragte Wolffson wegen der Gediegenheit seines Wissens, der Abgewogenheit seines Urteils und der Dauer seiner parlamentarischen Tätigkeit hervor. Außerlich wurde die Bedeutung der jüdischen Abgeordneten dadurch unterstrichen, daß ihnen wichtige Funktionen und Ämter anvertraut wurden. In dem nationalliberalen Fraktionsvorstand saßen von 1871 bis 1878 Lasker und Bamberger, von 1874 bis 1877 außerdem Oppenheim, bis 1878 Dernburg. Von diesem Jahre an bis 1881 gehörte Wolffson zum Fraktionsvorstand, ein bezeichnender Wechsel, der dem politischen Wandel dieser Jahre entsprach. Dernburg war in jenen Jahren der führende nationalliberale Journalist. Wolffsons Name ist mit der Vorbereitung des Bürgerlichen Gesetzbuches verbunden. Friedenthal wurde als Vertreter der Reichspartei von Bismarck nach Versailles zur Begutachtung der für die Herstellung der Reichseinheit ausgearbeiteten Verfassungs- und Vertragstexte eingeladen.

Die Qualität der Mitarbeit des jüdischen Elements am parlamentarischen Leben jener Zeit ist also eindrucksvoll. Doch darf nicht übersehen werden, daß das Bestreben hervorragender Persönlichkeiten, ein Mandat zu erlangen, in der Zeit Bismarcks ganz allgemein größer war, als in der letzten Periode des Kaiserreichs und in der Weimarer Republik. Die Namen von Parlamentariern wie Bennigsen, Miquel, Forckenbeck und Stauffenberg, Windthorst und Eugen Richter, Bebel und Wilhelm Liebknecht haben ihre Zeit überdauert. Unter Gelehrten ersten Ranges waren die Historiker Mommsen, Treitschke und Sybel, der Nationalökonom Adolf Wagner, die Staatsrechtslehrer Gneist und Robert von Mohl und der Mediziner Virchow Mitglieder des Reichstags oder des Preußischen Abgeordnetenhauses. In dieser Gesamtperspektive muß auch die Beteiligung bedeutender Juden am parlamentarischen Leben betrachtet und bewertet werden.

Es ist jedoch wahr, daß sich in den siebziger Jahren unter den Parlamentariern Lasker und Bamberger im liberalen Bürgertum einer ungewöhnlichen Popularität erfreuten. Dies gilt besonders für Lasker. Er verkörperte für die öffentliche Meinung die Idee des Parlaments, er wollte dessen Macht pflegen, erweitern und zum entscheidenden Faktor in der Politik machen. Repräsentation und der Übergang in die Exekutive interessierten ihn nicht. Seine Parteifreunde Simson, Bennigsen und Forckenbeck waren lange Zeit Präsidenten des Reichstags, bzw. des Abgeordnetenhauses. Forckenbeck war Oberbürgermeister Breslaus, danach der Reichshauptstadt; Miquel war Bürgermeister Frankfurts am Main, der drittgrößten preußischen Stadt, bis der einstige Kommunist unter Wilhelm II. seine Laufbahn als erkonservativer preußischer Finanzminister beendet hat. Bennigsen hatte als Landesdirektor im selbständigen Hannover begonnen; auf gerettetem Kahn fuhr er vom Ozean der Politik in den Hafen des königlich preußischen Oberpräsidiums seiner Heimatprovinz ein. Eugen Richter war in jenen Jahren erst ein kommandierender Mann. Außerhalb des liberalen Lagers begann Friedenthal, dessen Laufbahn in der Reichspartei gewisse Ähnlichkeiten mit Laskers Werdegang

aufweist, als Verwaltungsbeamter und endete als Minister. Windthorst, der größte der Gegner Bismarcks, dessen Volkstümlichkeit im katholischen Volksteil es mit Laskers Popularität im liberalen Bürgertum aufnehmen konnte, war im Volksmunde die „kleine Excellenz“; Zuneigung mischte sich in dem Ausdruck mit Respekt für den einstigen hannoverschen Staatsminister. Nur Lasker ging in der Leidenschaft für parlamentarische Arbeit auf und ließ sich von diesem Wege nicht abbringen. Hier lagen die Wurzeln seiner Kraft und Beliebtheit. Seine schriftstellerische Tätigkeit half ihm dabei nicht; sie ist im Verhältnis zu seiner parlamentarischen Leistung bestenfalls zweitrangig, zum Unterschied von Bamberger, bei dem parlamentarische Arbeit und schriftstellerisches Wirken auf gleichem Niveau und in ständiger Wechselwirkung stehen.

Lasker und Sonnemann waren Antipoden auf der bürgerlichen Linken. Jener sah Kompromisse als unvermeidlich an und sagte einmal Bebel nach einer bitterbösen Rede voraus, daß auch er einst an der Spitze einer großen Partei denselben Weg werde gehen müssen. Sonnemann dagegen operierte mit einem Minimum von Kompromissen. Lasker verfügte über das Instrument einer starken Fraktion. Er mußte zunächst in ihr, dann im Parlament, schließlich mit dem Bundesrat kämpfen. Er konnte nur durch biegsame Verhandlungstaktik hoffen, zu Ergebnissen zu gelangen, während sich Sonnemann eines Organs der öffentlichen Meinung bediente und vermittels seiner zum Kampf für die Demokratie aufrief. Nur ein Wandel der Gesinnung des Bürgertums schien ihm einen Wandel der Zusammensetzung des Parlaments und die Erfolge zu verheißen, die ihm als Abgeordneten bei den bestehenden Stärkeverhältnissen der Partei versagt blieben. Als 1879 Laskers Politik zusammenbrach, erinnerte die „Frankfurter Zeitung“ an einen Ausspruch Bambergers – des *einstigen* Bamberger: „Wer die Parlamente einsetzt, ehe das Reich der Freiheit im Fundament gegründet, der bahnt nicht dem Fortschritt, sondern dem Verrat den Weg.“¹¹⁵

Sonnemann hielt sich vom „Verrat“, dem Kompromiß, fern. Aber er scheiterte genau wie Lasker: er vermochte über eine zahlenmäßig begrenzte geistige Elite hinaus die öffentliche Meinung nicht zu gewinnen. Wenn Sonnemann prinzipienfester war als Lasker, so war dessen Plan besser durchdacht. Daß weder Lasker noch Sonnemann zum Erfolg durchstießen, zeigt, daß nicht menschliche und politische Unzulänglichkeit ihre Niederlage verursachten, sondern die politische Kraftlosigkeit des deutschen Volkes: in jeder Krise ließ es sich an die Seite der herrschenden Gewalt treiben, und Krisen wurden von Bismarck mit ebenso geschickter wie gewissenloser Taktik herbeigeführt. Das Scheitern der Revolution von 1848, die Niederlage im Verfassungskonflikt, der Erfolg Bismarcks, und nicht der Liberalen, bei der Einigung des Rei-

¹¹⁵ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 223. Über Lasker und Bebel, *Keil*, I, S. 235 f.

ches und die durch Bismarcks Leistungen genährte Überzeugung von der Überlegenheit der Gewalt über das Recht und der Exekutive über die Legislative haben die Zweifel des Volkes an der eigenen Fähigkeit und an der Fähigkeit der Parlamente, politische Aufgaben zu lösen, vertieft. Die Volkstümlichkeit der führenden jüdischen Parlamentarier sinkt und verschwindet mit dem Niedergang der Bedeutung des Parlaments.

Die jüdischen Abgeordneten stellten einen hohen Prozentsatz derer, die durch mehr als nur flüchtige Berührung mit ausländischen Verhältnissen vertraut waren. Sie brachten dadurch Deutschland besonderen Nutzen in einer Zeit, in der die staatlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Verhältnisse der westeuropäischen Mächte denen ihres Landes weit voraus waren und der neue Großstaat ihren Vorsprung so rasch wie möglich einzuholen versuchen mußte. Simson hatte schon im Jahre vor der Revolution in England die Geschworenen- und Friedensgerichte studiert, um daraus Anregungen für die deutschen Verhältnisse zu schöpfen. Bamberger, der 20 Jahre im Ausland zubrachte, war der erfolgreichste Emigrant: er wußte seine vollendeten Kenntnisse des Weltmarkts und der internationalen Währungs- und Bankverhältnisse mit größtem Erfolge für die deutsche Wirtschafts- und Währungspolitik zu verwenden. Er konnte auch seine internationalen Beziehungen und seinen gründlichen Einblick in die französische Gesellschaft verwerten; er brachte jene Formen des politischen Kampfes mit, die in zivilisierten Nationen beobachtet werden, in dem rauheren politischen Klima Deutschlands aber mangelten. Lasker, kein Emigrant, hat seinem mehrjährigen Aufenthalt in England eine klare Idee des Rechtsstaats und Anregungen für seinen Ausbau zu verdanken. Oppenheim verbrachte den größeren Teil der elf Jahre seiner Emigration in England. Er lernte dort viel, besonders auf handelspolitischem Gebiete, war aber zu wenig praktischer Politiker, um seine Erfahrungen in bleibende Werte umzusetzen. Hirsch trieb die curiosité intellectuelle nach Frankreich, Algerien und zu der für sein Leben und die liberale Gewerkschaftsbewegung entscheidenden Reise nach England. Seine allgemeinen Gaben reichten wohl für die schnelle Rezeption aus. Seine Studien waren aber nicht gründlich genug, um ihn vor falschen Analogieschlüssen zu bewahren. Dagegen hat die Studienfahrt nach den Vereinigten Staaten Ludwig Loewe befähigt, Pionierarbeit auf produktionstechnischem und betriebswirtschaftlichem Gebiete zu leisten. Die Erweiterung des Gesichtskreises Gustav Eberts durch seine ausgedehnten Reisen war vor allem auf einem wichtigen Teilgebiet seines Strebens, der Reform des Strafvollzuges, wichtig. Dernburg unternahm seine Auslandsreisen erst nach dem Ende seines Mandates; sie förderten seine journalistische Arbeit.

Es ist reizvoll, der Individualität der einzelnen jüdischen Abgeordneten nachzugehen. Dagegen ist es in den meisten Fällen ein vergebliches Bemühen, in ihrem Verhalten gemeinsame Züge aufspüren zu wollen. Von Strousberg und den Hahns bis zu Sonnemann oder, wenn man die Sozialdemokratie

einschließt, bis zu Max Kayser, Singer und Sabor vertreten sie jede politische Denkart, wenn man vom politischen Katholizismus absieht. Die drei Brüder Hahn sind konservativ, die Mitglieder der Familie Eberty liberal. Bei der Krisis der Nationalliberalen scheidet Lasker als erster aus. Er und Bamberger treffen sich in der Sezession wieder. Wolffson jedoch bleibt in der alten Partei, ebenso Goldschmidt, der damals freilich nicht mehr Parlamentarier war. Bei der Spaltung der Freisinnigen gehört Bamberger zu dem Flügel, aus dem sich die Freisinnige Vereinigung entwickelt; Hirsch geht mit Eugen Richter zur Freisinnigen Volkspartei.

Auch die Einstellung zu wichtigen politischen Fragen läßt sich selten auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Lasker und Bamberger drängen auf stärkeren Unitarismus, als Bismarck für das Deutsche Reich für zweckmäßig hält. Sonnemann dagegen bleibt der Föderalist, der er seit jeher war. Hamburgs Sonderrechte finden im Reichstag in Wolffson den entschiedensten Vertreter, dessen Haltung von Bismarck verurteilt, von Lasker zwar vom verfassungsmäßigen Standpunkt, aber nicht in der Sache selbst voll gebilligt wird. Für das Sozialistengesetz stimmen 1878 parteitreu alle Nationalliberalen einschließlich Laskers und Bambergers. Der Verlängerung widersetzt sich 1880 Lasker allein. Der zweiten Verlängerung, über die 1884 nach Laskers Tode beraten wurde, widerspricht Bamberger, damals ein Mitglied der Sezessionisten. Während aber 1878 und 1880 alle Fortschrittler gegen das Gesetz gestimmt hatten, spaltet sich 1884 die Fraktion bei der Abstimmung. Alle Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft gehören der Fraktionsmehrheit an, die gegen die Verlängerung ist. Sie waren auch sämtlich bei der Abstimmung anwesend, obwohl Eugen Richter, der die Aufrechterhaltung des Gesetzes im stillen begünstigte, die Gegner der Verlängerung hatte wissen lassen, daß ihre Anwesenheit nicht erforderlich sei. Horwitz aber ist unter den 27, die für die Verlängerung stimmen und dadurch die Entscheidung herbeiführen.

Ebensowenig lassen sich einheitliche Gesichtspunkte aus der Einstellung zu den sozialpolitischen Gesetzentwürfen herauslesen. Lasker, Bamberger, Hirsch, Loewe und Sonnemann nahmen bei den großen Entscheidungen und den Beratungen von Einzelheiten individuell bestimmte, weit voneinander abweichende Stellungen ein. Ebenso waren die Begründungen ihrer Standpunkte sehr verschieden.

Bezeichnend erscheinen lediglich die Abstimmungen der jüdischen Abgeordneten über die Todesstrafe und, mehr noch, über das Jesuitengesetz.

Die jüdischen Reichstagsmitglieder zeigen eine besonders große Abneigung gegen die Todesstrafe, die ihre Verteidiger bei den Konservativen, den Freikonservativen und im Lager des Zentrums hatte. Der Schauer vor dem Eingriff in das menschliche Leben, auch wenn er vom Henker im staatlichen Auftrag erfolgt, kommt darin zum Ausdruck. Es ist schon erwähnt worden, daß Lasker den Kampf gegen Bismarck um die Entfernung dieser Strafart aus

dem Entwurf des Strafgesetzbuches mit größter Entschlossenheit führte. Für Bismarck war die Aufrechterhaltung des Textes und damit die Wiedereinführung der Todesstrafe in denjenigen deutschen Staaten, die sie abgeschafft hatten, eine *conditio sine qua non*. Außer Friedenthal stimmten sämtliche Abgeordnete jüdischer Abstammung gegen die Todesstrafe, einschließlich des den Freikonservativen nahestehenden Rothschild¹¹⁶. Doch ist zu beachten, daß bei der zweiten Lesung unter den 81 Befürwortern 68 Adlige waren. Die Männer bürgerlichen Standes, die sich damals für die Todesstrafe erklärten, waren also in einer kleinen Minderheit. Dies gibt Bamberger recht, der die damalige Abstimmung gegen die Todesstrafe als eine Entscheidung zwischen dem alten Feudalrecht und der bürgerlichen Welt pries¹¹⁷. Jedoch war unter den 24 Nationalliberalen, die in der dritten Lesung einen Stellungswechsel vollzogen und damit die Entscheidung der zweiten Lesung umstießen, kein Abgeordneter jüdischer Abstammung. Auch Simson, der Bismarcks Druck leicht nachgab, blieb fest.

Bei der Abstimmung über das Jesuitengesetz erklärten sich Dernburg und Simson für den Entwurf. Dagegen hat sich kein Abgeordneter, der jüdisch geblieben war, für das Gesetz ausgesprochen. Aber auch Friedenthal stimmte mit Nein. Daß Friedenthal als einziger Reichsparteiler, Lasker und Bamberger als einzige Nationalliberale das Gesetz ablehnten, ist frappant. Sonnemann reiht die Ablehnung unter seine wichtigsten parlamentarischen Entscheidungen ein. Selbst Wolffson, ein sonst mit der Mehrheit seiner Fraktion stets konform gehender Abgeordneter, enthielt sich wenigstens der Stimme. In diesen Voten tritt die Abneigung der jüdischen Abgeordneten gegen eine Ausnahmegesetzgebung und ihre Besorgnis um die Gefährdung der Religionsfreiheit hervor. Gegen den „Kanzelparagraphen“ dagegen, die Kautschukbestimmung, die den Mißbrauch des geistlichen Amtes zu staatsfeindlichen Zwecken unter Strafe stellte, erklärten sich nur Lasker und Sonnemann. Die Gesetze, die im Kampfe zwischen Staat und Kirche keinen Ausnahmecharakter trugen, wohl aber allgemein den Forderungen des Liberalismus entsprachen, fanden die Zustimmung aller jüdischen Abgeordneten, in Übereinstimmung mit sämtlichen nichtjüdischen Abgeordneten der liberalen Fraktionen: im Reichstag das Gesetz über die Zivilehe, im Abgeordnetenhaus u. a. die Gesetze über die staatliche Schulaufsicht und die Erleichterung des Austritts aus der Kirche.

In der Einstellung zu jüdischen Fragen zeigen sich Ähnlichkeiten und Unterschiede. Lasker trat vornehmlich bei den Beratungen über die Stellung der jüdischen Religionsgemeinschaft, Loewe bei der Bekämpfung des Antisemitismus hervor. Lasker hatte die klarste Vorstellung von den Erfordernis-

¹¹⁶ Bei der Abstimmung in dritter Lesung fehlte Rothschild. Strousberg war bei beiden Abstimmungen abwesend, wie gewöhnlich.

¹¹⁷ *Stillich*, II, S. 207.

sen, die liberales Denken an die Behandlung und Lösung jüdischer Probleme stellte. Außerhalb des Parlaments haben sich Wolffson, Ree, Goldschmidt, Mendel und Loewe eifrig der Hebung der jüdischen Bevölkerung gewidmet und Werke der Wohltätigkeit für allgemeine und jüdische Zwecke gefördert. Wolffson war in Hamburg, Loewe in Berlin, Freund in Breslau und Frankfurter in Nürnberg in Ehrenstellen der jüdischen Gemeinde tätig. Dagegen waren Bamberger und Oppenheim religiös indifferent. Beide sind erst durch das Ansteigen der antisemitischen Welle veranlaßt worden, sich jüdischer Dinge stärker anzunehmen und öffentlich gegen den Antisemitismus Stellung zu beziehen. Bamberger war der einzige jüdische Abgeordnete, der im Reichstagshandbuch die übliche Angabe über seine Religionszugehörigkeit unterließ. Sie war für ihn ohne Bedeutung.

Gemeinsam ist allen jüdischen Abgeordneten das Eintreten für die Simultanschule und die Ablehnung der konfessionellen, einschließlich der jüdischen Schule. Loewe bekämpfte die konfessionelle Schulpolitik Puttkamers nach dem Sturze Falks und rühmte die freiheitliche Schulpolitik der Stadt Berlin, an der er als Stadtverordneter führend beteiligt war. Alle verlangten gemeinsame Erziehung der Schulkinder ohne Unterschied der Religion bei getrennter Erteilung des Religionsunterrichts. Schulen auf konfessioneller Basis schienen ihnen schädlich und geeignet, konfessionellen Vorurteilen Vorschub zu leisten. Alle jüdischen Abgeordneten waren auch in jüdisch-religiösen Fragen liberal; auch Lasker, obwohl dies von jüdisch liberaler Seite zuweilen bezweifelt worden ist, weil das von ihm dringend befürwortete Gesetz von 1876 den Wünschen der Frankfurter Orthodoxie entsprach.

B. Die einzelstaatlichen Parlamente

(von 1870 bis zum Ende von Bismarcks Kanzlerschaft)

I. Preußen

Nationalliberale und Fortschrittler

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre verschwanden einige frühere jüdische Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Reichenheim starb 1868, Kosch 1872. Karl Hahn schied 1866 aus und konzentrierte sich auf die Richtertätigkeit, Jacoby wurde 1870 nicht wieder aufgestellt. Vier von der alten Garde wirkten weiter: Lasker, Friedenthal, dessen parlamentarische Arbeit mit seiner Ernennung zum Landwirtschaftsminister faktisch endete, Warburg und Gustav Eberty. Das Bild aller dieser Abgeordneten ist im Zusammenhang mit ihrer der Reichsgründung vorhergehenden Tätigkeit oder, soweit sie

ein Reichstagsmandat erhielten, bei der Darstellung ihres Wirkens als Reichstagsabgeordnete gezeichnet worden¹¹⁸.

1873 erschien als neuer Abgeordneter der nationalliberale Vertreter von Frankfurt a. O., Otto Loewenstein (geb. 1833 in Frankfurt a. Oder). Dieser, ein getaufter Jude, war überaus aktiv. Er war ein hoher Richter in Hamm in Westfalen; von dort kam er später an das Reichsgericht, wo er es zum Senatspräsidenten brachte. Seine gründlichen rechtlichen und verwaltungsrechtlichen Kenntnisse spiegelten sich in den Kommissionsberatungen und in seinen Plenarreden wider, die vom Hause und auf der Regierungsbank stets aufmerksam angehört wurden. Loewenstein war von 1877 bis 1879 Vorsitzender der Justizkommission des Hauses. Er sprach regelmäßig zum Justizetat und wurde bei Debatten über Beamtenfragen vorgeschickt.

Bei den Wahlen von 1876 kamen fünf weitere jüdische Abgeordnete hinzu. Drei waren Fortschrittler: Loewe wurde in Berlin I, Wolf Strassmann in Berlin II gewählt, Freund in Breslau. Nationalliberal waren Wilhelm Cohn, der Vertreter des Berliner Vorort-Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow, und der Danziger Kaufmann und Stadtrat Daniel Heinrich Hirsch (1819–1883). Dieser hatte schon 1875 in einer Nachwahl ein Mandat für Danzig erhalten; er wurde 1876 wiedergewählt. Auch die getauften Juden Oscar Hahn und Horwitz wurden 1876 Mitglieder des Hauses. 1877 wurde in einer Nachwahl der Berliner Nationalliberale Otto Burg, ein Chemiker, in einem Wahlkreis in der Nähe Berlins gewählt.

In der Legislaturperiode von 1876–1879 gehörten also acht Juden und fünf getaufte Juden, zusammen dreizehn, dem Abgeordnetenhaus an. Das waren 3 0/0 aller Abgeordneter, die höchste Anteilsziffer in der Zeit Bismarcks. Unter ihnen waren ein Konservativer (Hahn), ein Freikonservativer (Friedenthal), sechs Nationalliberale (Lasker, Cohn, Hirsch, Loewenstein, Horwitz und Burg) und fünf Fortschrittler (Warburg, Freund, Loewe, Strassmann und Eberty). Die jüdisch gebliebenen Abgeordneten vertraten durchweg Großstädte (Berlin mit Vororten, Breslau, Frankfurt, Danzig und Altona). Die getauften Juden dagegen wurden in mittel- und kleinstädtischen Gebieten gewählt. Auch Eberty vertrat sechs Jahre lang Wittenberg, bevor er Abgeordneter von Berlin wurde. Die aus den Wahlen zum Reichstag gewonnene Erkenntnis bestätigte sich auch unter dem ganz anderen, in Preußen herrschenden Wahlrecht: die Parteien wagen, mit getauften Kandidaten jüdischer Herkunft in Kreisen hervorzutreten, in denen sie die Aufstellung von im Judentum verbliebenen Bewerbern für aussichtslos halten und von ihr absehen.

Freund, Loewe, Oscar Hahn und Horwitz sind bereits anlässlich ihres Wirkens im Reichstag gewürdigt worden. Strassmann, Cohn und Hirsch waren in erster Linie Kommunalpolitiker, Cohn war unbesoldeter Stadtrat in Charlottenburg, Hirsch in Danzig, Strassmann, der fast 10 Jahre im Abgeordne-

¹¹⁸ S. oben S. 189 (Jacoby), 218 (Hahn), 220 (Reichenheim), 226 ff. (Kosch, Warburg, Eberty), 263 (Friedenthal), 269 (Lasker).

tenhause verblieb, Stadtverordnetenvorsteher von Berlin. Alle drei traten im Parlament vornehmlich in der Wahrnehmung der Interessen ihrer Heimatgemeinde hervor. Daneben sprach Hirsch zu Steuerfragen und zu Problemen des Ostens der Monarchie, Cohn* zu Fragen des Gewerbes, in denen er sich sachverständig zeigte¹¹⁹.

Wolf Strassmann** war ein sozialgerichteter Arzt und in seinem Beruf auch literarisch tätig. Er unterstützte die Bestrebungen von Schulze-Delitzsch und war selbst Gründer und Leiter einer Genossenschaftsbank in einem Berliner Stadtteil. Seine Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher der Reichshauptstadt zeugt von der Hochachtung, deren er sich erfreute. Von Natur vermittelnd und milde, wurde Strassmann durch den Antisemitismus in den letzten Jahren seines Lebens in eine schärfere Abwehrstellung gedrängt, als es seinem wenig kämpferischen Wesen entsprach. Burg war nur zwei Jahre im Parlament und hat ein einziges Mal zu einer Petition das Wort ergriffen¹²⁰.

Die Wahlen von 1879, in denen nach Bismarcks politischer Schwenkung die Liberalen eine schwere Niederlage erlitten, fegten die meisten jüdischen Abgeordneten hinweg. Laskers vergebliches Bemühen um eine Kandidatur war das deutlichste Kennzeichen des Wandels, der sich in der nationalliberalen Partei vollzogen hatte¹²¹. Cohn, Freund, Horwitz und Loewenstein wurden teils nicht wieder aufgestellt, teils nicht wieder gewählt, Hirsch verzichtete auf seine Wiederaufstellung, ebenso Friedenthal. Eberty schied zugunsten Eugen Richters aus. Nur vier überdauerten den Sturm: Oscar Hahn, der Konservative, war einer der Nutznießer des Sieges seiner Partei. Loewe und Strassmann behaupteten ihre Berliner Wahlkreise, die Hochburgen des Freisinns waren. Auch Warburg, der Veteran von Altona, siegte in seiner Heimatstadt. Kein nationalliberaler jüdischer Abgeordneter blieb. Die Entwicklung, die sich 1881 bei den Reichstagswahlen vollzog, wurde 1879 in Preußen vorweggenommen. Der einzige jüdische Abgeordnete, der während der nächsten zwei Jahrzehnte neu gewählt wurde, war Josef Stern, der Abgeordnete Frankfurts am Main von 1882–1885.

* *Wilhelm Cohn*, geb. 1828 in Breslau. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Trat in das kaufmännische Leben ein, wurde Fabrikbesitzer. Unbesoldeter Stadtrat in Charlottenburg. 1876–1879 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Teltow-Beeskow-Storkow. Nationalliberal. Gest. 1891 in Berlin.

** *Wolf Strassmann*, geb. 1821 in Lissa (Posen). Studierte Medizin. Nahm 1848 an der revolutionären Bewegung in Berlin teil, trat 1849 als Militärarzt, dann als Offizier in die schleswig-holsteinische Armee ein. 1854 Dr. med., seit 1855 praktischer Arzt in Berlin. 1863 Stadtverordneter, 1875 Stadtverordnetenvorsteher. 1876 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Berlin II (Fortschrittspartei). Verzichtete 1885 aus Gesundheitsgründen auf eine Wiederwahl. Gest. 1885 in Berlin.

¹¹⁹ *Kalkoff*, S. 179.

¹²⁰ Über *Strassmann*, *AZJ* 1885, S. 831 f., 840 ff.; *Der Israelit*, 1885, S. 1639, 1655. Über Burg, *Haus d. Abg. St. B.* 5. 2. 1879, S. 1132.

¹²¹ S. oben S. 280.

Der Demokrat Josef Stern

Josef Stern* begann seine Laufbahn bei der „*Frankfurter Zeitung*“ als ihr Berliner Korrespondent, trat dann in die Redaktion ein und errang in ihr eine Stellung als *primus inter pares*¹²². Als Mitglied von Sonnemanns Deutscher Volkspartei war er der linke Flügelmann des preußischen Parlaments. Guido Weiss war Sterns Schwiegervater. In seiner Schule hat Stern seine politische und journalistische Bildung vollendet. So waren Sonnemann, Guido Weiss und Stern, sämtlich Männer der „*Frankfurter Zeitung*“, alle drei Juden, einsame Sprecher der bürgerlichen Demokratie in den beiden Berliner Parlamenten. Stern wurde Hospitant der Fortschrittler. Er behielt seine Selbständigkeit, aber gewann Deckung durch eine Fraktion, auf die nur eine Persönlichkeit vom politischen Range Sonnemanns ohne Beeinträchtigung seines parlamentarischen Wirkens verzichten konnte.

Stern, ein klassischer Philologe, konnte als Jude keine Anstellung an einer höheren Schule finden und wandte sich deswegen dem Journalismus zu. Er ragte durch seine umfassende Bildung hervor; vielleicht hat nie ein gebildeterer Mann im Abgeordnetenhaus gesessen. Seinen Ausführungen über die Mängel der Lehrerbildung, gegen „die Träger der unseligen Halbbildung, des Fluchs unserer Tage“ sowie über die plutokratische Entartung des Privilegs des einjährig-freiwilligen Heeresdienstes folgte das Stern politisch so fernstehende Haus mit gespannter Aufmerksamkeit. Sein nur von einer kleinen Minderheit der Fortschrittspartei unterstütztes Eintreten für den Antrag Windthorst auf Straffreiheit geistlicher Amtshandlungen fand den lauten Beifall des Zentrums. Stern forderte, taktische Erwägungen in Fragen prinzipieller Bedeutung ablehnend, die völlige Beseitigung der Kulturkampfgesetze: „Wenn Sie den Katholizismus nicht geistig besiegen können, werden wir alle Katholiken.“ Stern erinnerte daran, daß der Gleichheitsartikel der preußischen Verfassung 30 Jahre zuvor zugunsten seiner Glaubensgenossen von katholischen Rednern verteidigt worden sei, und verlangte für die Katholiken das Recht der freien Religionsübung, das man ihnen genommen habe¹²³.

Im Dezember 1883 hat der Frankfurter Demokrat einmal den erregten Widerspruch der Mehrheit des Parlaments hervorgerufen, als er seinen An-

* *Josef Stern*, geb. 1839 in Soest (Westfalen). Studierte klassische Philologie, Dr. phil. Leitete eine Privatschule, dann Hauslehrer. Redakteur der demokratischen „*Rheinischen Zeitung*“, gibt sodann die „*Neue Bromberger Zeitung*“ heraus. Tritt in die Redaktion von Guido Weiss' demokratischer Tageszeitung, „*Die Zukunft*“ in Berlin ein. Chefredakteur der „*Badischen Landeszeitung*“ 1868–1873, sodann Korrespondent der „*Frankfurter Zeitung*“ in Berlin, tritt in die Redaktion der „*Frankfurter Zeitung*“ ein, seit 1901 einer der beiden Geschäftsführer. 1882–1885 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Frankfurt am Main. Gest. 1902 in Frankfurt am Main.

¹²² Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 141, 574 ff. 937; *Guttman*, Schattenrisse, S. 218.

¹²³ Haus d. Abg., St. B. 24. 2. 1883, S. 900 f.; 25. 4. 1883, S. 1589. *J. Bachem*, S. 106.

trag auf Einführung des geheimen Wahlrechts begründete. Er wies, sozusagen in einer Parenthese, darauf hin, daß die preußische Regierung 1866 „in der Diktaturperiode“ die geheime Abstimmung für die Wahlen zur Frankfurter Stadtverordnetenversammlung eingeführt habe. „Was man einer eroberten Stadt gönnte, kann man doch wohl auch dem Lande gönnen.“ Der alte Groll über die gewaltsame Annexion Frankfurts brach in der ironischen Formulierung durch. Dergleichen hörte man in Berlin nicht gern, am wenigsten im Haus der Abgeordneten. Die Konservativen und Nationalliberalen reagierten zornig auf das Wort von der „eroberten Stadt“. Natürlich hätten sie in jedem Falle Sterns Antrag niedergestimmt. Die Hauptbegründung für den Wert der öffentlichen Wahl lieferte der Nationalliberale Rudolf Gneist; es war nicht die rühmlichste politische Tat des großen Staatsrechtslehrers. Sterns Wort war in einem Berliner Parlament eine der letzten kritischen Äußerungen, in denen das Ressentiment der alten Freien Reichsstadt gegen Preußen sich Luft machte¹²⁴.

Stern wurde 1885 nicht wiedergewählt. In demselben Jahre starben Warburg und Strassmann, 1886 Loewe. Seitdem gehörten bis 1898 ungetaufte Juden dem Abgeordnetenhaus nicht an, also während jener Jahre, in denen die antisemitische Bewegung ihren Höhepunkt erreichte. Daß der Beginn der Zeit der „judenfreien“ Parlamente für Reichstag und Abgeordnetenhaus nicht der gleiche ist, hat keine Bedeutung. Wichtig ist nur die lange Zeitlücke selbst.

II. Bayern

Frankenburger, Levi und Adler in Bayern, Pfeiffer in Württemberg, Kusel und Näf in Baden, Metz, Dernburg, Rudolf Bamberger und Edinger in Hessen und Aronheim in Braunschweig gehörten den einzelstaatlichen Parlamenten bereits vor der Reichsgründung an¹²⁵. Ihr Wirken ragt für längere oder kürzere Zeit in die Periode nach 1870 herein. Zu ihnen traten nach der Gründung des Reichs in Bayern und Baden, Hessen und Sachsen, Anhalt und den Stadtstaaten neue jüdische Abgeordnete.

Das juristische Trifolium. Ein jüdischer Vertreter Münchens

In die bayerische Kammer trat 1873 der später geadelte Geheime Hofrat Siegmund Henle (1821–1901) ein. In seiner Person war zum ersten Mal das katholische München durch einen Juden im Parlament vertreten, dessen Rechts- und Finanzausschuß er angehörte. Henle hat sich um die Organisation und Leitung der freisinnigen Partei in München verdient gemacht. Er ist

¹²⁴ Haus d. Abg., St. B. 5. 12. 1883, S. 191 f.; 6. 12. 1883, passim; Abstimmung S. 263.

¹²⁵ S. oben S. 230–242.

nicht nur durch sein Wirken im Parlament bekannt geworden, sondern auch als Anwalt des bayerischen Königshauses: er führte den Sekundogenitur-Prozeß für den Prinzen und späteren König Otto gegen den Prinzregenten Luitpold. Seine jüdischen Interessen betätigte Henle im Vorstand der Riesser-Stiftung und in anderen jüdischen Organisationen. Ein schweres Augenleiden zwang ihn 1881 zum Verzicht auf berufliche und politische Tätigkeit¹²⁶.

Ein anderer Rechtsanwalt, der Justizrat Wolfgang Gunzenhäuser wurde 1875 vom Wahlkreis Fürth-Erlangen in den Landtag gesandt. Die drei jüdischen Anwälte Frankenburger, Henle und Gunzenhäuser, die viele Jahre zusammen in der Kammer saßen, wurden scherzweise das Trifolium genannt. Gunzenhäuser nahm sich im Parlament der Interessen der Landwirtschaft an. Besonnenheit im Urteil und Mäßigung im Ausdruck gewannen ihm Beliebtheit unter seinen Kollegen, die ihm den Vorsitz des Ausschusses für Verfassungsbeschwerden übertrugen. Auf seine Anregung wurden die Stiftungen für den jüdischen Kultus den Kirchenstiftungen insofern gleichgestellt, als sie von den Kapitalrentensteuern befreit wurden. Gunzenhäuser war Mitglied der Verwaltung der Kultusgemeinde Fürth. Er zog sich 1893 vom parlamentarischen Leben zurück¹²⁷.

Der letzte bürgerliche jüdische Abgeordnete, gleichfalls ein Liberaler, war der Kommerzienrat Carl Maison. 1840 als Sohn eines jüdischen Lehrers in Württemberg geboren, lebte er seit 1864 in München, wo er ein geschäftliches Unternehmen begründete. Er wurde bereits mit 30 Jahren der Vertreter der Kaufmannschaft der oberbayerischen Handels- und Gewerbekammer, später der zweite Vorsitzende der Kammer. München sandte ihn in die Abgeordnetenversammlung, der er von 1887–1896 angehörte. Er spezialisierte sich auf die Verkehrs- und Handelspolitik. Maison war der einzige jüdische Nichtjurist und Kaufmann, der als Vertreter eines rechtsrheinischen Wahlkreises in die Kammer einzog¹²⁸.

III. Baden

Jakob Gutmann und Elias Eller

In Baden erschienen nach der Reichsgründung zwei Anwälte neu in der Zweiten Kammer. Jakob Gutmann (1826–1874) löste 1871 Kusel als nationalliberaler Abgeordneter von Karlsruhe ab, wo er eine Anwaltspraxis ausübte. Elias Eller* aus Mannheim wurde, ebenfalls 1871, als Vertreter seiner

* *Elias Eller*, geb. 1813 in Mannheim. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Ließ sich in Mannheim als Obergerichtsadvokat nieder. Seit Mitte der 1840er Jahre Mitglied des kleinen und großen Bürgerausschusses in Mannheim. 1870 Mitglied des

¹²⁶ *Eckstein*, Beiträge, S. 36 ff.; *Jewish Encyclopedia*, New York und London 1912, VI, S. 347.

¹²⁷ *Eckstein*, aaO, S. 38 ff.

¹²⁸ *Eckstein*, aaO, S. 40 ff.

Heimatstadt gewählt, in der er als Rechtsanwalt praktizierte. Er war in den vierziger Jahren kommunalpolitisch hervorgetreten, nahm an der revolutionären Bewegung von 1848/49 teil und wurde beim Einsetzen der Reaktionszeit verhaftet, doch bald wieder freigelassen. Eller war Mitglied der kleinen demokratischen Partei. Ihr fielen bis in die achtziger Jahre hinein alle drei Mannheimer Mandate zu, außerhalb Mannheims aber war sie nur schwach vertreten. Die großdeutschen Demokraten hatten sich mit dem kleindeutschen Reich widerwillig abgefunden und stimmten der Reichsverfassung zu. Die Mannheimer Wahlen zeigten jedoch das Weiterbestehen des antipreußischen Ressentiments und den Groll über den Mangel an genügenden freiheitlichen und demokratischen Sicherungen beim Zustandekommen der Reichseinheit.

Eller starb bereits im Jahre nach seiner Wahl¹²⁹.

Ferdinand Schneider

Ein anderer demokratischer Abgeordneter der Stadt Mannheim war der Kaufmann Ferdinand Schneider (geb. 1843 in Mannheim, gest. 1885 in Baden-Baden). Er wurde bereits mit 22 Jahren Mitglied des Ausschusses des demokratischen Vereins Mannheim. Schneider betätigte sich zuerst in der Kommunalpolitik und wurde Stadtrat in Mannheim. Als Mitglied des Landtags in den drei Legislaturperioden, die 1875, 1879 und 1883 begannen, war er Vorsitzender wichtiger Kommissionen. Mehrere Jahre gehörte er der Budgetkommission an. Seinem parlamentarischen Wirken setzte sein früher Tod ein Ende¹³⁰.

Karl Ladenburg

Karl Ladenburg*, der gleichfalls Mannheim im badischen Landtag vertrat, war eine große Gestalt im badischen Wirtschaftsleben. Er entstammte einer seit etwa 1700 in Mannheim ansässigen Familie. Er war ein Enkel

Mannheimer Gemeinderats, 1871 Vertreter Mannheims in der Zweiten Kammer des badischen Landtags. Gest. 1872 in Mannheim.

* *Karl Ladenburg*, geb. 1827 in Mannheim. Trat in das väterliche Bankgeschäft W. H. Ladenburg & Söhne ein, war in Paris und London für die Firma tätig, wurde nach Rückkehr Teilhaber, nach dem Tode des Vaters Seniorchef des Unternehmens. Zahlreiche Aufsichtsratsstellen in badischen Unternehmungen. 1864–1906 Mitglied der Handelskammer in Mannheim, 1866 als einer der ersten Juden zum Handelsrichter ernannt. Geheimer Kommerzienrat und Ehrenbürger der Stadt Mannheim. 1887–1891 und 1893–1897 Mitglied des badischen Landtags (nationalliberal). Gest. 1909 in Mannheim.

¹²⁹ *Lewin*, S. 338; *B. Rosenthal*, S. 377; *Kalkoff*, S. 381, 388. Informationen über Eller verdanke ich dem Städtischen Archiv in Mannheim und Herrn Wolfgang Krausenbrink, Mainz.

¹³⁰ Informationen verdanke ich den Herren Archivdirektoren Dr. Bleich, Mannheim und Dr. Zinsmaier, Karlsruhe.

Wolf Haium Ladenburgs, des Gründers des Bankhauses W. H. Ladenburg & Söhne. Er wurde nach dem Tode seines Vaters Seniorchef der Firma; als diese 1905 in die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft umgewandelt wurde, übernahm er den Vorsitz des Aufsichtsrates. Er war auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der Zellstoff-Fabrik Waldhof.

Ladenburg betätigte sich im deutschen Nationalverein und gehörte später der nationalliberalen Partei an. Er war Mitglied des Mannheimer Bürgerausschusses und von 1887 bis 1891 und wiederum von 1893 bis 1897 Mitglied des badischen Landtags. Er erwies sich als einer der besten Kenner des badischen Wirtschaftslebens. Seine Tochter Julie heiratete den Mannheimer Rechtsanwalt und Stadtrat Ernst Bassermann, den späteren Führer der nationalliberalen Partei und Reichstagsfraktion.

Ladenburg wurden zahlreiche äußere Ehren zuteil. Seine Leistungen für die Gesamtheit und die Munifizenz, die er bei der Ausübung seines „stillverschwiegenen Wohltuns“ gezeigt hat, wurden allgemein gewürdigt. Er war nicht das einzige Mitglied der Familie, das sich am öffentlichen Leben beteiligt hat. Ernst Ladenburg (geb. 1854), der das Frankfurter Haus leitete, war der zweite Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt am Main und kandidierte dort einmal zum Preußischen Landtag. Leopold Ladenburg (1809–1889), der jüngste Sohn des Gründers des Hauses, war ein Freund des liberalen badischen Ministerpräsidenten Karl Mathy. Er förderte besonders das Mannheimer Schulwesen und war 1867 Landtagskandidat für Mannheim¹³¹.

IV. Hessen

Außer Metz, Dernburg und Edinger – Rudolf Bamberger schied 1871 aus dem Parlament aus – traten zwei weitere Juden in den siebziger Jahren in den hessischen Landtag ein. Von ihnen war der Hofgerichtsadvokat Rudolf Hirschhorn (geb. 1834), ein geachteter Gießener Anwalt, nur während einer Wahlperiode, von 1875–1878, Abgeordneter. Er war der nationalliberale Vertreter der Stadt, in der er seine Anwaltspraxis ausübte. Er beteiligte sich, ebenso wie Edinger und Wolfskehl, an der Diskussion des Gesetzentwurfs, der nach dem Beispiel Preußens den Austritt aus einer jüdischen Gemeinde ohne gleichzeitigen Austritt aus dem Judentum ermöglichen sollte und im September 1878 angenommen wurde¹³².

¹³¹ Über Karl Ladenburg, *Waldeck*, I, S. 77 ff. über die anderen Mitglieder der Familie, S. 73, 81.

¹³² Gesetz vom 10. 9. 1878; AZJ 1878, S. 101, 115 über die Beratungen; S. 691 der Text; über das preußische Gesetz s. oben S. 281 f.

Otto Wolfskehl

Bedeutender als Politiker war der Bankier Otto Wolfskehl*, einer der beiden Abgeordneten von Darmstadt. In der Familie der Wolfskehls lebte und erhielt sich die Überzeugung, daß sie von Juden abstammten, die unter Karl dem Großen in das Rheinland gekommen waren, und daß sie auf die Geschichte eines Jahrtausends als deutsche Juden zurückblicken konnten. Der Dichter Karl Wolfskehl, Otto Wolfskehls Sohn, hat häufig darauf angespielt. Otto Wolfskehl gehörte zur engeren Führungsschicht der hessischen National-liberalen. Er hatte sein Mandat 22 Jahre inne und war während der letzten zwölf Jahre seiner parlamentarischen Tätigkeit Vizepräsident der hessischen Zweiten Kammer. Er befaßte sich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen und erwarb sich besondere Verdienste um das Zustandekommen der Preußisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft. Manche parlamentarische Aktionen des hochmusikalischen Mannes waren der Förderung der Musik gewidmet.

Am Ende seiner politischen Laufbahn sollten ihm widrige Erlebnisse nicht erspart bleiben. Als in den neunziger Jahren der Antisemitenführer Otto Böckel das hessische Bauern- und Kleinbürgertum erfolgreich agitatorisch bearbeitete, wurde der Jude im Führerstab der nationalliberalen Partei lästig. Die Mehrheit der Fraktion beschloß 1897, für die ihr zufallende Präsidentschaft nicht den Vizepräsidenten Wolfskehl, sondern einen anderen Abgeordneten zu präsentieren. Wolfskehl legte daraufhin sein Landtagsmandat nieder, blieb aber weiter in der Partei und behielt sein Mandat als Stadtverordneter. Der weit rechts stehende Mann hat sich selbst bei einer späteren Landtagswahl für einen bürgerlichen Sammelkandidaten eingesetzt, der in seiner Wahlagitation der Unterstützung durch die Antisemiten Rechnung trug. Dies brachte Wolfskehl heftige Angriffe seitens der jüdischen Presse ein¹³³.

V. Sachsen

Emil Lehmann

Emil Lehmann**, der einzige jüdische Landtagsabgeordnete in Sachsen, betätigte sich nach Abschluß seiner juristischen Studien zuerst journalistisch, da er als Jude zur Rechtsanwaltschaft nicht zugelassen wurde. Schließlich durfte

* *Otto Wolfskehl*, geb. 1841 in Darmstadt. Studierte Rechtswissenschaft. 1863–1881 im väterlichen Bankgeschäft bis zu seiner Auflösung, auch später als Bankier tätig. 1875–1897 Mitglied des hessischen Landtags für Darmstadt. Legte im Januar 1897 sein Mandat nieder. 1880 Sekretär beim Landtag, 1884–1896 Vizepräsident der Zweiten Kammer. 1874–1907 Stadtverordneter in Darmstadt. Mitglied des Vorstands der Darmstädter jüdischen Gemeinde. Gest. 1907 in Darmstadt.

** *Emil Lehmann*, geb. 1829 in Dresden. Studierte Rechtswissenschaft. Journalisti-

¹³³ AZJ 1884, S. 829; 1902, S. 580; 1903 S. 329. *Ulrich*, S. 85. Informationen über Wolfskehl verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Knöpp, Darmstadt.

er sich 1863 als Anwalt in Dresden niederlassen. Als Mitglied der Fortschrittspartei machte er sich in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung bekannt. Er war zeitweilig ihr stellvertretender Vorsitzender. Als Vertreter eines Dresdener Wahlkreises zog er in den Landtag ein. Das Ende seiner parlamentarischen Tätigkeit 1880 fiel mit dem Ende der liberalen Periode zusammen.

Lehmann war an jüdischen Dingen lebhaft interessiert. Er kämpfte für eine entschiedene Reformbewegung, die den Unterschied zwischen Juden und Christen soweit wie möglich zu beseitigen wünschte, sich gegen die Beschneidung aussprach und sich für den Sonntagsgottesdienst einsetzte. Sein Wirken für die Gleichberechtigung der Juden wurde durch das sächsische Emanzipationsgesetz von 1862 gekrönt. Lehmann war Vorsitzender der Dresdener jüdischen Gemeinde und Mitbegründer des deutsch-israelitischen Gemeindebundes. Unter seinen schriftstellerischen Werken, die nach seinem Tode gesammelt herausgegeben wurden, befanden sich Aufsätze über Gabriel Riesser, Berthold Auerbach und andere „deutsche Volksvertreter jüdischen Glaubens“, sowie ein Offener Brief an Professor Friedrich Paulsen, in dem er die Ausführungen des Gelehrten zur Judenfrage scharf kritisierte¹³⁴.

VI. Anhalt

Joseph Friedheim, Bernhard Hagelberg und Isidor Herz

In Anhalt wirkten in der Reichsgründungszeit drei jüdische Parlamentarier. Der Kommerzienrat Joseph Friedheim in Dessau wurde 1871 für den Kreis Köthen, der Kaufmann Bernhard Hagelberg 1874 für den ersten städtischen Wahlkreis von Dessau gewählt. Die für ihn (in indirekter Wahl) abgegebenen Stimmen gingen 1878, offensichtlich unter dem Eindruck des in diesem Jahre sich verändernden Kurses, erheblich zurück. Der Landtag erklärte überdies 1879 einige für ihn abgegebene Stimmen für ungültig und kassierte seine Wahl. Dagegen wurde 1878 und noch einmal 1884 der Kommerzienrat Isidor Herz, ein Fabrikant in Jessnitz, für den zweiten städtischen Wahlbezirk zum Abgeordneten gewählt. Er blieb bis 1889 im Landtag. Herz war Vorsitzender des Stadtverordnetenkollegiums von Jessnitz¹³⁵.

sche Tätigkeit an der „*Sächsischen Dorfzeitung*“. 1863 Rechtsanwalt in Dresden. 1865 bis 1883 Stadtverordneter in Dresden, 1875 bis 1880 Mitglied des sächsischen Landtags für den 5. Dresdener Wahlkreis. Vorsteher der Dresdener jüdischen Gemeinde, Mitbegründer des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. „Gesammelte Schriften“, Berlin 1899, 2. Auflage, Berlin 1909. Gest. 1898 in Dresden.

¹³⁴ ADB 51, S. 620 ff.; *Alphons Levy*, S. 102 f.; über Paulsen s. oben S. 56 ff.

¹³⁵ Informationen über Friedheim, Hagelberg und Herz verdanke ich dem Landesarchiv Oranienbaum (Anhalt), über Friedheim auch dem Bundesarchiv in Koblenz.

VII. Die Stadtstaaten

Bremen

Die Bürgerschaftsmitglieder Hamburgs, die in die Zeit nach der Reichsgründung hereinragen, sind bereits erwähnt worden¹³⁶. In dieser Periode wirkten die beiden einzigen jüdischen Bürgerschaftsmitglieder Bremens, der Kaufmann Alexander Abraham (1849–1903) von 1883 bis 1890 und der Schlächter und spätere Versicherungsagent August Moritz Cohen (1849–1909) von 1885 bis 1890. In die Deputationen (Ausschüsse) der Bürgerschaft wurden sie nicht entsandt. Bedeutung haben sie in der Bürgerschaft nicht gewonnen¹³⁷.

Lübeck

In Lübeck gehörte der Pferdehändler Abraham Schlomer (1809–1883) der Bürgerschaft von 1863 bis 1875 an. Ein ungewöhnlicher Mann war der Rabbiner Salomon Carlebach (1845–1919), der von 1877 bis 1895 Mitglied der Bürgerschaft war. Er stammte aus Baden, promovierte mit einer Arbeit über mittelalterliche deutsche Literatur und wurde Rabbiner in Lübeck im Jahre 1870. Er war der Stammvater einer Familie bedeutender deutscher Rabbiner, ein Patriarch, der auf Generationen von Lübecker Juden einen großen Einfluß ausübte. Carlebach war orthodoxer Jude, ein Wissenschaftler, der bedeutende Talmudstudien trieb und veröffentlichte. Er war ein glühender deutscher Patriot, ein hervorragender Redner und ein gründlicher Kenner der deutschen und der Weltliteratur. In seinem „Ratgeber für das jüdische Haus“ führte er die Autoren an, die in der Bibliothek einer jeden jüdischen Familie vorhanden sein sollten, von Seneca und Marc Aurel bis zu Björnson und Ibsen, Tolstoi und Carlyle. Seine Liebe gehörte den deutschen Klassikern. Carlebach war überzeugt von der Überlegenheit der deutschen Kultur. Die jüdisch-messianische Heilslehre, die ihn zu einer entschiedenen Ablehnung des Zionismus führte, war für ihn untrennbar verbunden mit seinem messianischen Glauben an die kommende brüderliche Einheit aller Menschen, in der die Nationen aufgehen würden.

Gegen Ende der Bismarckzeit begann auch der Apotheker Siegfried Seligmann Mühsam (1838–1915), sein Mandat auszuüben, das er 28 Jahre, am längsten von allen Lübecker jüdischen Bürgerschaftsmitgliedern, bis zu seinem Tode wahrnahm¹³⁸.

¹³⁶ S. oben S. 243–248.

¹³⁷ Informationen verdanke ich Herrn Archivrat Dr. Lührs, Staatsarchiv Bremen.

¹³⁸ Informationen verdanke ich Herrn Archivrat Dr. Friedland, Archiv der Hansestadt Lübeck. – Über Carlebach s. *Haim H. Cohn*, S. 58 ff.

5. JÜDISCHE ABGEORDNETE DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN IN DER WILHELMINISCHEN ZEIT

A. Gesamtübersicht

Die erste Reichstagswahl nach der Entlassung Bismarcks fand 1893 statt. In dem gleichen Jahre wurde zum Preußischen Abgeordnetenhaus gewählt. Kein Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft gehörte einer der bürgerlichen Fraktionen an.

Ähnlich war es in den Parlamenten der drei anderen Königreiche. In Sachsen und Württemberg setzte sich damit lediglich der bestehende Zustand fort. Er dauerte in Sachsen bis zum Ende der Monarchie. Die Mitgliedschaft Pfeiffers im Stuttgarter Landtag hatte 1876, diejenige Lehmanns im Dresdener Landtag 1880 geendet. In Bayern blieb Maison bis 1896 in der Zweiten Kammer. Aber seit 1887 war auch dort kein neuer jüdischer Kandidat mehr aufgestellt worden.

In den neunziger Jahren, der Zeit des Höhepunkts der antisemitischen Bewegung, gehörten selbst getaufte Juden in den Parlamenten zu den Ausnahmen. Der Nationalliberale Robert Friedberg war der einzige in der neunten Legislaturperiode (1893–1898), der Reichsparteiler Otto Arendt in der zehnten Legislaturperiode des Reichstags (1898–1903). Sie waren damals auch die einzigen Mitglieder jüdischen Ursprungs im Abgeordnetenhaus.

Diese Situation hielt indessen nicht an. Neue Tendenzen wurden im Reich, in Preußen und in Bayern sichtbar. Sie verliefen in völlig verschiedener Richtung.

Im Reichstag wuchs die Zahl, zunächst der getauften Juden, seit 1903. Im Jahre 1912 zogen Ludwig Haas und Felix Waldstein, zwei Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, in das Parlament ein.

In Preußen erschienen 1898 Max Hirsch als Vertreter von Berlin I und Martin Peltasohn als Vertreter eines posenschen Wahlkreises. Die Zahl der jüdischen Abgeordneten stieg dann ständig, bis sie im Jahre 1913, in dem die letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattfanden, auf neun wuchs. Zusammen mit den getauften Juden waren es 14, also 3,2% der Gesamtziffer der Abgeordneten. Niemals hat eine so hohe Zahl von Juden dem bürgerlichen Sektor des Reichstags oder eines einzelstaatlichen Parlaments angehört.

In Bayern geht die Entwicklung den entgegengesetzten Weg. In der bayerischen Zweiten Kammer befindet sich in dem Zeitraum zwischen 1896 und 1918 ein einziger getaufter jüdischer Abgeordneter während einiger Jahre in einer bürgerlichen Fraktion.

Die Gründe dieser unterschiedlichen Entwicklung bedürfen einer eingehenden Untersuchung.

Aufstellung von Juden zum Reichstag

Die Aufstellung und Wahl von Haas und Waldstein darf nicht als isoliertes Ereignis bezeichnet werden. Es ist nicht zufallsbedingt. Es erklärt sich nicht dadurch, daß zwei populäre jüdische Kandidaten zur Verfügung standen. Denn an geeigneten jüdischen Mandatsbewerbern war auch früher kein Mangel. Sie wurden jedoch 1893, 1898 und 1903 nur in aussichtslosen Wahlkreisen aufgestellt. In der liberalen Periode hatten auch diejenigen, die Wahlniederlagen erlitten, in Kreisen kandidiert, in denen sie gute Aussichten hatten. Später jedoch waren sie durchweg „Zählkandidaten“. Ende 1897 erklärte der freisinnige Parteiführer Eugen Richter unverbindlich die Kandidatur eines liberalen Juden als wünschenswert, damit dieser im Reichstag dem Antisemitismus entgegentreten könne. Wie weit war diese zaghafte Äußerung von der Auffassung der früheren Zeit entfernt, in der Juden als Kandidaten und Abgeordnete als eine Selbstverständlichkeit akzeptiert worden waren!

Die „*Allgemeine Zeitung des Judentums*“ griff die Bemerkung Richters vor der Reichstagswahl von 1898 auf. Der erste Berliner Wahlkreis, in dem sich Juden so oft erfolgreich um ein Mandat beworben hatten, erschien ihr für dieses Experiment geeignet. Der Vorschlag stieß jedoch auf den Widerspruch liberaler Politiker und der Berliner liberalen Presse. Die jüdische Zeitung erwiderte, daß der Gedanke nicht konfessionellem Übereifer entspringe, sondern dem Wunsche, „die Idee der Parität auch auf diesem Gebiet zur vollen Geltung zu bringen und einer halben Million deutscher Bürger zu ihrem vollen Rechte zu verhelfen“. Diese Begründung weicht von der Auffassung der Parität ab, wie sie sonst von den Juden stets vertreten wurde, nämlich, daß die Konfession für die Ernennung oder Wahl eines Bewerbers belanglos sei. Sie zeigt, daß die Juden einen Pflock zurückstecken mußten, um sich überhaupt in das parlamentarische Leben wieder einzuschalten. Dieselbe Entsagung spricht aus dem bitteren Kommentar der jüdischen Zeitung:

„Wir empfinden es nur als eine Demütigung, daß über unsere Religion, über unsere religiösen Vorschriften, über unsere Gesetzbücher im Parlament gesprochen wird, ohne daß auch nur ein einziger Abgeordneter sich in demselben befindet, der in der Lage wäre, über diese Dinge sachkundig Auskunft zu geben. Wenn freisinnige Politiker dies unbescheiden nennen, dann wissen wir wahrlich nicht, was wir von ihrem Liberalismus zu halten haben.“¹

Der Vorstoß blieb ohne Erfolg. Auch 1903 waren die zehn jüdischen Kandidaten der Freisinnigen in hoffnungsloser Lage. Allenfalls mochte der geachtete Breslauer Justizrat Adolf Heilberg eine schwache Chance in Breslau-West haben, das 1890 noch einmal aus sozialdemokratischem in freisinnigen Besitz übergegangen war. Heilberg hatte dort stets die höchste Stimmenzahl unter den bürgerlichen Bewerbern erzielt. Paul Löbe, der Reichstagspräsident

¹ AZJ 1898, S. 61 f., 253, 302.

der Weimarer Zeit und Alterspräsident des ersten Parlaments der Bundesrepublik Deutschland, nennt ihn in seinen Erinnerungen einen Träger jenes echten Bürgersinnes, der besonders im jüdischen Mittelstand entwickelt war².

Ein Wandel machte sich 1907 bei den Wahlen im Zeichen des Bülowblocks bemerkbar. Der Rechtsanwalt Friedrich Weill wurde in Karlsruhe in Baden von den Freisinnigen aufgestellt. Er kam in die engere Wahl und blieb nur um mehrere hundert Stimmen hinter seinem sozialdemokratischen Gegner zurück. In demselben Jahre erschienen auch anderwärts jüdische Kandidaten, die zwar geringe Aussicht hatten, aber doch mehr als Zählkandidaten waren. Zwei Berliner Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete, der Justizrat Oskar Cassel und der Fabrikbesitzer Leopold Rosenow konnten in Berliner Wahlkreisen etwa zwei Drittel der Stimmenzahl der sozialdemokratischen Sieger erreichen. Weniger gut schnitt der Altonaer Stadtverordnetenvorsteher Felix Löwenthal ab. Immerhin vereinigte er über 10 000 Stimmen auf sich. Der Bann war gebrochen. Der politische Antisemitismus, der alle Parteien außer der Sozialdemokratie von der Aufstellung jüdischer Kandidaten an aussichtsreichen Stelle abgeschreckt hatte, hatte den Kulminationspunkt überschritten.

Freilich muß man sich vor einer Überschätzung dieser Vorkommnisse hüten. In Breslau wurde Heilberg gerade in dem Jahre fallengelassen, in dem sich eine bessere Aussicht bot als zuvor, das Mandat der Sozialdemokratie zu entreißen. Statt seiner wurde ein evangelischer freisinniger Sammelkandidat aufgestellt. Heilbergs Ausschaltung ist zweifellos auf einen Einspruch der Konservativen gegen einen jüdischen Kandidaten zurückzuführen. Der Freisinnige siegte – wie wir sahen, dank der jüdischen Stimmen³ – im Kampf gegen den jüdischen Sozialdemokraten Eduard Bernstein. Der Unterschied der politischen Atmosphäre zwischen dem badischen Bürgertum, das Weill herausstellte, und den Breslauern, die sich seit dem Kampf gegen Friedländers Kandidatur nicht geändert hatten, springt in die Augen.

Im Jahre 1910 bewarb sich von neuem ein Jude an aussichtsreicher Stelle um ein Mandat. Es war der nationalliberale Rechtsanwalt Bernhard Falk, der bei einer Nachwahl in Mühlheim-Wipperfürth im Regierungsbezirk Köln aufgestellt wurde⁴. Die Bevölkerung war dort zu 69 % katholisch. Der Kreis, eine Zentrumsdomäne, war bei den Wahlen von 1907, wenn auch mit knapper Mehrheit, von der Zentrumspartei gehalten worden. Die Bildung des unpopulären „schwarz-blauen Blocks“ der Rechten und des Zentrums schien den Liberalen eine günstige Gelegenheit zu bieten. Das Zentrum behauptete jedoch den Kreis mit größerer Mehrheit als zuvor, und die Sozialdemokraten überflügelten die Nationalliberalen, die 2000 Stimmen einbüßten. Der politische Wechsel kam der schärfsten Oppositionspartei zugute. Die Beobachter des Wahlkampfes stimmten darin überein, daß die große Mehrheit der Wähler an Falks jüdischer Abstammung keinen Anstoß nahmen. Die Hetze einiger

² *Löbe*, Erinnerungen, S. 39.

³ S. oben S. 164.

⁴ S. oben S. 141.

Zentrumsblätter wirkte sich jedoch hier und da aus, und eine antisemitische Sonderkandidatur vereinigte 1100 Stimmen auf sich⁵. Die Nationalliberalen, die seit 1881 zum ersten Mal wieder mit einem jüdischen Kandidaten hervorgetreten waren, hatten dennoch keinen Grund, diese Initiative als mißlungen anzusehen. Dies bestätigte sich 1912 bei den Hauptwahlen, bei denen die Zahl der nationalliberalen Stimmen – diesmal für einen nichtjüdischen Kandidaten – weit stärker zusammenschumpfte und das Zentrum mit noch größerer Mehrheit als 1910 siegte.

Auch 1912 erschien neben Haas und Waldstein ein weiterer jüdischer Kandidat an aussichtsreicher Stelle. In dem anhaltischen Wahlkreis Dessau kandidierte der als bürgerlicher Sammelkandidat 1907 gewählte freisinnige Abgeordnete Schrader wegen hohen Alters nicht wieder. Statt seiner wurde der Berliner Stadtverordnete Hugo Preuß aufgestellt. Er blieb jedoch hinter dem Nationalliberalen um einige Stimmen zurück und kam daher nicht in die engere Wahl. Die Sozialdemokratie eroberte den Kreis. Anhalt war vom Antisemitismus wenig berührt. Der Rechtsanwalt Hermann Cohn hatte im dortigen Linksliberalismus eine führende Stelle. Das für Preuß ungünstige Resultat erklärt sich nicht durch die Tatsache, daß Preuß Jude war, sondern durch andere Faktoren. Für die Sozialisten kandidierte zum ersten Mal ein Intellektueller und vorzüglicher Redner, der Rechtsanwalt Wolfgang Heine. Die junge Demokratische Vereinigung, die eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten propagierte, zog fast 2000 Stimmen von dem fortschrittlichen Kandidaten ab. Preuß selbst sprach in der Wahlbewegung für ein breites Publikum allzu akademisch⁶.

In Karlsruhe waren wiederholt Juden in den Landtag gewählt worden. Insofern war die Wahl von Haas in der badischen Hauptstadt nichts Ungeöhnliches. Erstaunlich war dagegen die Wahl Waldsteins in Schleswig-Eckernförde. Die Bevölkerung war zu 70 % ländlich. Der Kreis war zwar schon vorher von einem Freisinnigen vertreten worden. Die Kandidatur eines Juden und sein Erfolg in einem Kreise dieser Struktur war aber ein Novum. Vergleichbar wäre allein die Wahl Friedländers in Löwenberg im Jahre 1890; dieser war indessen getauft.

Das Ergebnis ist auf Waldsteins Popularität bei der Bauernbevölkerung zurückzuführen. Der Altonaer Anwalt verstand es, zu einfachen Leuten zu sprechen. Er begriff die Nöte und Sorgen des kleinen Mannes. Parlamentarische Erfahrung hatte er im Preußischen Abgeordnetenhaus als Vertreter Altonas gesammelt. 1907 hatte Waldstein dem freisinnigen Reichstagskandidaten Wahlhilfe geleistet und war dadurch bekannt geworden. „Den wollen wir haben“, sagten in ihrem Heimatdialekt die Schleswiger Bauern, als sie ihn hörten⁷. Sie setzten Waldsteins Kandidatur durch. Die Freisinnigen ver-

⁵ Lorenz Curtius, S. 31 f.

⁶ Hesse, Von der Residenz zur Bauhausstadt, S. 58 f.

⁷ Informationen über Waldstein verdanke ich seinem Sohne, dem Rechtsanwalt

mochten ihre Stimmen um 35 % zu erhöhen und siegten in der engeren Wahl mit sozialdemokratischer Hilfe über die Nationalliberalen.

Die Scheu der Liberalen, mit jüdischen Kandidaten hervorzutreten, hat sich also nach 1900 vermindert. Die antisemitische Propaganda war nicht mehr so wirksam wie früher. Die Keime, die in den achtziger und neunziger Jahren gelegt worden waren, wucherten zwar weiter. Die Annahme aber, daß von der Zeit Stoeckers und Ahlwardts eine gerade, ständig aufsteigende Linie zum Antisemitismus im Kriege, der Zeit von Weimar und der nationalsozialistischen Periode führte, ist falsch.

Aufstellung von Juden zum Preußischen Abgeordnetenhaus

In Preußen kamen infolge des Rückgangs des Antisemitismus schon früher jüdische Kandidaturen zustande. Das preußische Wahlrecht machte es der Sozialdemokratie unmöglich, dem Liberalismus die großstädtischen Wahlkreise abzunehmen. Selbst als sich die Partei entschloß, den Boykott der Wahlen aufzugeben, konnte sie 1908 nicht mehr als sieben, 1913 nur zehn Sitze erobern. Nationalliberale und Freisinnige blieben in den Großstädten stark.

Auch in der Ostmark war der Boden der Aufstellung jüdischer Kandidaten günstig. In den gemischt nationalen Wahlkreisen war die Mitarbeit des jüdischen Bürgertums eine Voraussetzung politischer Erfolge gegen die Polen. Was die Juden bewog, sich in die deutsche Front einzureihen, und warum sie in der Ostmark in Positionen gelangten, die ihnen in anderen Gebieten verschlossen waren, ist bereits geschildert worden⁸. Es ist auch dargestellt worden, daß die Struktur der deutschen Bevölkerung der Ostmark bei Reichstagswahlen die Rechte begünstigte. Unter dem indirekten Wahlverfahren und dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen waren aber die Juden infolge ihrer stärkeren Vertretung in der ersten und zweiten Wählerklasse und der Verfügbarkeit geeigneter jüdischer Wahlmänner in einer besseren Lage.

Natürlich hat sich diese Situation nicht erst um die Jahrhundertwende herausgebildet. Aber gerade das zeigt, daß die antisemitische Welle im Abebben war. Die Liberalen in den Städten fühlten sich nicht mehr behindert, hier und da mit jüdischen Kandidaten hervorzutreten. Die Parteien der Rechten scheuten im Posenschen vor einer Koalition mit den Liberalen nicht mehr zurück, auch wenn sie für jüdische Kandidaten zu stimmen hatten.

So zeigte die Wahl von Hirsch und Peltasohn im Jahre 1898 den Beginn einer veränderten Zeit an. Schon damals hätte in der Stadt Posen ein dritter Jude gewählt werden können, wenn die Kandidatur nicht an innerjüdischen Streitigkeiten gescheitert wäre. 1900 fiel in einer Nachwahl ein zweiter ostmärkischer Wahlkreis dem Rechtsanwalt Eduard Wolff in Lissa zu. Im Januar 1903 wurde, gleichfalls in einer Nachwahl, in einem Berliner Wahlkreis

Henry F. Waldstein, Frankfurt a. Main. S. auch Felix Waldsteins Selbstdarstellung in AZJ 1912, S. 353.

⁸ S. oben S. 158 ff.

als Nachfolger des berühmten Arztes und großen Parlamentariers Rudolf Virchow der Fabrikbesitzer Leopold Rosenow, ein schnell zu führender Stellung aufsteigender Berliner Stadtverordneter, aufgestellt und gewählt. 1903 waren drei Berliner Bezirke und drei ostmärkische Wahlkreise von jüdischen Abgeordneten vertreten. Zu ihnen trat als Vertreter einer anderen Großstadt der Kommerzienrat Otto Münsterberg in Danzig. Damals waren von 31 Mitgliedern der beiden freisinnigen Fraktionen sieben jüdisch. Außerdem waren noch drei getaufte Juden im Parlament: der Freikonservative Otto Arendt und die Nationalliberalen Robert Friedberg und Eugen Schiffer.

Die Wahlen des Jahres 1908 änderten wenig. Münsterberg fiel zwar durch, jedoch wurde Waldstein in Altona gewählt. In Stettin siegte ein getaufter Jude, der Rechtsanwalt Julius Lippmann über einen Sozialdemokraten. Fünf andere jüdische Kandidaten erlitten Niederlagen⁹. Aber ihre Aufstellung liefert einen weiteren Beweis dafür, daß die liberalen Parteiorgane die Volkstimmung als günstiger ansahen und nicht mehr absolute Vorbehalte gegen jüdische Kandidaten hatten. Ihre Aussichten, gewählt zu werden, waren allerdings gering, mit Ausnahme des Amtsgerichtsrats Paul Liepmann in Teltow-Beeskow-Storkow-Wilmersdorf. Er wurde jedoch in der Stichwahl von seinem konservativen Gegner besiegt. Mit der Aufstellung Liepmanns durchbrachen auch die Nationalliberalen den Grundsatz des Ausschlusses der Juden von der Kandidatenaufstellung. Dies geschah fast 30 Jahre, nachdem der letzte nationalliberale Jude aus dem Abgeordnetenhaus verschwunden war.

Dieser Wandel zeigte sich noch deutlicher bei einer Nachwahl in der Ostmark im Jahre 1911. Der nationalliberale Kandidat Leopold Levy im damaligen Hohensalza (Inowrazlaw) brachte vom Standpunkt einer der Rechten zuneigenden Partei und Fraktion gute Voraussetzungen mit. Sein Großvater hatte durch Entdeckung und Erschließung eines mächtigen Steinsalzlagers, durch Förderung des lokalen Eisenbahnbaus und der Schiffbarmachung der Netze sich um die Stadt größere Verdienste erworben als irgend ein anderer Bürger. Leopold Levys Vater war Stadtverordnetenvorsteher und Mitglied des Provinziallandtags und Kreistags gewesen. Seine Mutter hatte nach dem Tode des Vaters eine große Stiftung für eine vom Vaterländischen Frauenverein der Provinz errichtetes Auguste-Victoria Haus gemacht. Levy selbst war bayerischer Rittmeister der Reserve¹⁰. Der Versuch glückte. Levy zog in das Abgeordnetenhaus ein. Auch Liepmann gelang die Wahl beim zweiten Anlauf im Jahre 1913.

Die Wahlen dieses Jahres brachten folgendes Ergebnis:

Jüdische Abgeordnete von Berlin und Umgebung

Otto Mugdan (getauft)	Berlin I
Oskar Cassel	Berlin VIII
Leopold Rosenow	Berlin X
Paul Liepmann	Teltow-Wilmersdorf

⁹ AZJ 1908, S. 278, 302.

¹⁰ Heppner und Herzberg, S. 483.

Jüdische Abgeordnete in anderen Großstädten

Otto Münsterberg (gest. 1915)	Danzig
Felix Waldstein	Altona
Ludwig Heilbrunn (Nachwahl 1915)	Frankfurt am Main
Eugen Schiffer (getauft)	Magdeburg
Julius Lippmann (getauft)	Stettin

Jüdische Abgeordnete in anderen Industriegebieten

Robert Friedberg (getauft)	Lennepe-Remscheid-Solingen
Otto Arendt (getauft)	Mansfelder See- und Gebirgskreis

Jüdische Abgeordnete in Mittelstädten

Oscar Meyer (getauft; Nachwahl 1915)	Frankfurt a. Oder
Max Lewin (getauft; Nachwahl 1916)	Nordhausen

Jüdische Abgeordnete in der Ostmark

Moritz Baerwald	Mogilno-Znin-Wongrowitz
Louis Aronsohn	Wirnitz-Bromberg
Eduard Wolff (gest. 1914)	Lissa
Leopold Levy	Hohensalza

Bezieht man die Nachwahlen ein, so wurden von den ungetauften Juden drei in Berlin und Umgebung, drei in anderen Großstädten und vier in der Ostmark gewählt. Von den getauften Juden wurde einer in Berlin, vier in anderen Großstädten oder Industriegebieten und zwei in Mittelstädten gewählt. Die geographische und gesellschaftliche Struktur der von Juden vertretenen Kreise war also die gleiche wie vor der Zeit, in der das Anschwellen des Antisemitismus der Aufstellung jüdischer Kandidaten durch alle Parteien außer der Sozialdemokratie ein Ende bereitet hat. Die Analogie geht noch weiter. Neun von den (unter Ausschluß der Ostmark) zwölf gewählten Juden vertraten Kreise, in denen schon früher jüdische Kandidaten gesiegt hatten: Berlin und Umgebung, Danzig, Altona, Frankfurt a. Main und Frankfurt a. Oder. Nur Liepmann und Münsterberg, die 1908 unterlegen waren, drangen im Kampfe gegen die Rechte durch. Alle anderen wurden gegen Sozialdemokraten gewählt.

Für die in der Ostmark gewählten Juden gibt es kein Gegenstück in der Vergangenheit. Darin zeigt sich die Verschärfung des deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes und die Anerkennung der Einreihung der Juden in die deutsche Front. Den Juden aber wurde der Tribut, den sie dafür zu entrichten hatten, nicht erlassen. Die vier ostmärkischen Wahlkreise, in denen jüdische Kandidaten aufgestellt wurden, gehörten zu den preußischen Wahlkreisen, in denen jeweils zwei oder drei Personen sich auf derselben Liste um Mandate bewarben. Hier stimmten die jüdischen Liberalen auch für die nicht-liberalen Kandidaten. Wolff, Aronsohn, Levy und Bärwald (wie vor ihm

Peltasohn) wurden zusammen mit Konservativen und Freikonservativen gegen die polnischen Kandidaten gewählt. Auch bei der Landtagswahl durchbrachen also die jüdischen Wähler die vom Centralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens aufgestellte Regel, daß Juden für Antisemiten, also auch für die auf das Tivoli-Programm verpflichteten Konservativen, in keinem Falle stimmen sollten. Das Erscheinen jüdischer Kandidaten auf der gleichen Wahlliste mit Konservativen und die öffentliche Wahl machten die beiderseitigen Konzessionen im Kampf gegen die polnischen Wahllisten noch deutlicher als bei den Reichstagswahlen.

Die Gründe für die Nichtaufstellung jüdischer Kandidaten in Bayern

In Bayern verschwanden die Juden aus den bürgerlichen Fraktionen in derselben Zeit, in der ihre Zahl in Preußen anstieg. Der Antisemitismus hat sich in Bayern später entwickelt als im Norden. Er wurde virulent seit der Jahrhundertwende. Damals begannen die Klagen der jüdischen Presse darüber, daß das bayerische Zentrum sich immer antisemitischer gebärde¹¹. Ferner wurde das Wahlrecht dort im Gegensatz zu Norddeutschland demokratisiert. Schon 1887 war auf Drängen der Zentrumspartei die geheime Abstimmung eingeführt worden. Später einigten sich Zentrum und Sozialdemokratie auf die Beseitigung des indirekten Wahlverfahrens und auf das allgemeine Wahlrecht. Dies richtete sich gegen die Liberalen, deren Hauptstütze die Großindustriellen und Großkaufleute, zum Teil auch höhere Beamte waren. Sie konnten vor der Wahlreform vermittels der Wahlmänner das Wahlergebnis, zumal durch einen Druck auf Angestellte und Arbeiter sowie untere Beamte, weitgehend beeinflussen. Der Bündnisvertrag zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zum Zweck der Durchsetzung der Wahlreform wurde in geheimen Besprechungen im Dom zu Speyer in der Nähe der Gräber der salischen und staufischen Kaiser abgeschlossen. Der Genius loci, an dem sich das Zentrum mit der als international und glaubensfeindlich gekennzeichneten Partei verschwor, hat noch lange die Spottlust der liberalen Autoren und Karikaturisten gereizt. Das Zentrum erreichte sein Ziel, die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer. Die Macht des Liberalismus in Bayern wurde gebrochen. Wahlkreise, in denen vorher die Liberalen siegreich waren, fielen in einigen städtischen protestantischen Gebieten der Sozialdemokratie, in den meisten anderen Landesteilen dem Zentrum zu.

Der Machtzuwachs des bayerischen Zentrums gab der Ausbreitung des Antisemitismus einen kräftigen Anstoß. Die Liberalen empfanden nun jene Scheu vor der Aufstellung jüdischer Kandidaten, die in Preußen in der gleichen Zeit überwunden wurde. Sie wünschten ihre so stark verminderten Aussichten nicht noch weiter zu schwächen.

¹¹ AZJ 1904, S. 446.

Die Entwicklung in Südwestdeutschland

Der Rückgang des Antisemitismus nach der Jahrhundertwende spiegelt sich in Württemberg dadurch wider, daß nach dreißigjähriger Pause 1906 zwei Juden, beide Anwälte, in den Landtag gewählt werden: Albert Mayer und Hugo Elsas.

Die Aufstellung jüdischer Kandidaten in Baden ungeachtet aller Wahlrechtsänderungen, deren letzte die Ersetzung der indirekten durch die direkte Wahl im Jahre 1904 war, erklärt sich durch die Ausgeglichenheit der badischen Staatspolitik und ihren gemäßigt liberalen und toleranten Charakter. Gegen die Stärkung des Zentrums, die die Wahlreform auch in Baden zur Folge hatte, schufen die Parteien der Linken durch einen lockeren Zusammenschluß von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten ein Gegengewicht. Dieser „Großblock“ war von erheblicher Bedeutung für die badische und für die Reichspolitik. Noch vor Entstehung dieser neuen Koalition war der Studienrat Robert Goldschmit von 1901 bis 1904 Abgeordneter von Karlsruhe. Ihm folgte der Fabrikant Emil Mayer, ein getaufter Jude, als Vertreter Mannheims von 1905 bis 1908. Der Großkaufmann Victor Lenel gehörte in den gleichen Jahren der Ersten Kammer an.

In Hessen wurde 1902 der freisinnige Kandidat Wilhelm Langenbach gewählt. Seit 1908 gehörte ferner der Bankier Franz Bamberger der Ersten Kammer des Hessischen Landtages an.

Jüdische Abgeordnete in anderen Einzelstaaten

Die gelegentliche Wahl von jüdischen Abgeordneten in anderen Einzelstaaten bestätigt die Regel, daß ein ungleiches, den bürgerlichen Schichten Privilegien einräumendes Wahlrecht der Wahl bürgerlicher Juden in die Parlamente günstiger war, als das Reichstagswahlrecht. In Braunschweig, wo 18 von 48 Abgeordneten von den Berufsständen und je 15 von den Stadt- und Landgemeinden gewählt wurden, konnten der Geheime Kommerzienrat Max Jüdel und der Bankier Emil Glaser in die Landesversammlung einziehen, in Anhalt der Rechtsanwalt Hermann Cohn. Albert Wolffson, der Sohn Isaac Wolffsons, steht an der Spitze der in der Bürgerschaft in Hamburg wirkenden Juden. Wolffson und Cohn waren die bedeutendsten Führer in ihren Fraktionen und in der Landespolitik. Wichtige Aufgaben fielen auch dem Professor Eduard Rosenthal in dem Landtag von Sachsen-Weimar zu. In dem Landesparlament von Sachsen-Meiningen saßen zwei, zeitweise drei jüdische Abgeordnete; einer von ihnen war ein Dissident.

B. Die Reichstagsabgeordneten

Die jüdischen Reichstagsabgeordneten der wilhelminischen Periode gehörten drei Parteien an.

Otto Arendt war Mitglied der Reichspartei. Diese erlitt 1912 eine schwere Wahniederlage und sank auf 14 Mitglieder. Sie hatte also nicht mehr die für die Bildung einer Fraktion vorgeschriebene Stärke von 15. Um in den Kommissionen vertreten zu sein, schloß sie sich mit den 13 Antisemiten zur Deutschen Fraktion zusammen. Zwar ließ dieser Zusammenschluß die politischen Auffassungen der Fraktionsmitglieder unberührt, brachte aber doch Arendt in eine peinliche Lage.

Von den Nationalliberalen gehörte Friedberg von 1893 bis 1898 dem Reichstag an. Sonst konzentrierte er sich auf Preußen. Er behielt aber dank seiner hohen Parteiämter und als preußischer Fraktionsführer einen großen Einfluß auf die Reichspolitik. Schwabach wurde 1907, Schiffer 1912, Jacob Riesser 1916 in einer Nachwahl gewählt.

Von den Linksliberalen war Mugdan von 1903–1911, Heckscher von 1907 bis 1918 im Reichstag. Haas und Waldstein kamen 1912 hinzu.

Unter den genannten Abgeordneten hatten Arendt, Friedberg, Schiffer und Riesser eine überdurchschnittliche Bedeutung. Arendt und Schiffer hatten Doppelmandate im Reich und in Preußen, Arendt und Friedberg konnten auf eine ungewöhnlich lange parlamentarische Laufbahn zurückblicken. Riesser hatte sich eine hervorragende Stellung im Wirtschafts- und Rechtsleben geschaffen und stand an der Spitze wichtiger Organisationen.

I. Der reichsparteiliche Abgeordnete Otto Arendt

Otto Arendt* war von 1885 bis 1918 im Abgeordnetenhaus und von 1898 bis 1918 im Reichstag. Als er mit 30 Jahren in den Landtag gelangte, hatte er sich bereits einen Namen gemacht. Der Freiherr Octavio von Zedlitz und Neukirch, der Führer der Freikonservativen im Abgeordnetenhaus, ein umgänglicher Mann ohne Vorurteile, protegierte Arendt und war mit ihm persönlich befreundet. Der Generalleutnant a. D. Eduard von Liebert, ein Fraktionskollege von Arendt im Reichstag, der einmal die Juden als Fremdkör-

* *Otto Arendt*, geb. 1854 in Berlin. Studierte Rechts- und Staatswissenschaften. Dr. phil. 1878. Heiratete die Dichterin und Rezitatorin Olga Morgenstern, die Tochter der Frauenrechtlerin Lina Morgenstern. Mitbegründer der deutschen Kolonialgesellschaft und des Deutschen Emin-Pascha-Komitees, des Deutschen Vereins für internationale Doppelwährung, später des Deutschen Bimetallistenbundes. Hauptschrift: „Die vertragsmäßige Doppelwährung“, Berlin 1880. 1888 bis 1898 Herausgeber des „*Deutschen Wochenblattes*“. 1885 bis 1919 Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1898 bis 1918 Mitglied des Reichstags. Gest. 1936 in Berlin.

per stigmatisierte, pries seinen Parteifreund in seinen Erinnerungen als hervorragendes Mitglied der Fraktion. Arendt war ein unerbittlicher Feind der Sozialisten, ein Imperialist und Befürworter der stärksten Rüstung zu Wasser und zu Lande, ein strammer Schutzzöllner; er spiegelte das Bild seiner Partei in der wilhelminischen Zeit getreulich wieder¹². Er war der reaktionärste Abgeordnete jüdischer Herkunft, der je im deutschen Reichstag gesessen hat.

Währungspolitik und Kolonialpolitik waren die Gebiete, auf denen Arendt eine rastlose Initiative entfaltete. Der Gedanke des Bimetallismus faszinierte den jungen Studenten der Staatswissenschaften in den Jahren, in denen Deutschland zur Goldwährung übergang. Arendt gab die Idee auf, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und stürzte sich in den politischen Kampf. Im Alter von 25 Jahren veröffentlichte er sein Buch über die vertragsmäßige Doppelwährung. Es machte seinen Namen schnell bekannt. Professor Adolf Wagner, der Nationalökonom der Berliner Universität, nennt es eine ganz vorzügliche Schrift. Er hat nach ihrer Lektüre seine währungspolitische Stellung geändert und erklärt, daß Arendt durch dieses Buch „an die Spitze der wissenschaftlichen und praktischen Bewegung in bimetallistischer Richtung getreten ist“. Arendts Handbuch der Währungsfrage erlebte achtzehn Auflagen. Er war führend in dem von ihm gegründeten Deutschen Verein für internationale Doppelwährung, später im Deutschen Bimetallistenbunde¹³.

Den Kampf um die Doppelwährung, in dem Arendt die Unterstützung der meisten Konservativen und des Zentrums hatte, hat er freilich nicht gewonnen. Die Liberalen waren auf die Goldwährung festgelegt. Bismarck interessierte nur die praktische Seite der Währungsfrage: Deutschland sollte sich an die Entscheidungen Großbritanniens halten. Dies entsprach den Interessen des als Wirtschafts- und Handelsmacht aufstrebenden Reiches. Arendt machte sich zeitweise Illusionen darüber, daß Großbritannien den Goldstandard freiwillig oder gezwungen aufgeben könnte. Er täuschte sich auch in der Haltung James Balfours, des Führers der englischen Konservativen. In Deutschland selbst vermochte Arendt gegen Ludwig Bamberger nicht aufzukommen, der reiche praktische Erfahrung besaß und die Weltwirtschaft besser kannte. Es half dem reinen Theoretiker nichts, daß er Bambergers „goldenes Zeitalter“ verspottete, und es schadete ihm, daß er durch grobe Polemik manchen Weggenossen abstieß. Arendts Hauptschwäche aber lag in der Unmöglichkeit, seine Theorien in die Wirklichkeit umzusetzen. Der kluge Mann begriff, daß die nationale Doppelwährung zur Hortung des Goldes und faktisch zur Silberwährung führen mußte. Er verstand auch, daß Regierungen sich nur unter äußerstem Zwang zum Abschluß internationaler Verträge entschließen würden, auf denen er die durch einen Weltmünzbund sanktionierte Welt Doppel-

¹² NDB 1, S. 345; *Liebert*, S. 183.

¹³ *Wagner*, Für bimetallistische Münzpolitik Deutschlands, S. 3; *Arendt*, Leitfaden der Währungsfrage.

währung aufbauen wollte. Zu einem Wirtschafts- und Währungskampf gegen die britische kommerzielle Vorherrschaft, wie er Arendt zuweilen vorschwebte, waren die Großmächte und vor allem Deutschland selbst nicht bereit. 1907 proklamierte er das Ende des Währungsstreits, nicht weil seine Theorien irrig gewesen wären, sondern weil die Verhältnisse sich durch die Erhöhung der Goldproduktion geändert hätten. Bamberger, „der Goldwährungsfanatiker“, hatte gesiegt¹⁴. Der 25jährige Währungsstreit, in dem auf liberaler Seite als Sekundant Bambergers Karl Helfferich, auf konservativer Seite Wilhelm von Kardorff hervortrat, ist unter Führung von zwei jüdischen Parlamentariern ausgefochten worden.

Arendt wollte nicht nur die Weltwirtschaftsmacht, sondern auch die koloniale Vorherrschaft Großbritanniens brechen. Er nannte sich einmal den ältesten Kolonialfreund des Reichstags¹⁵. Als die deutsche Kolonialpolitik noch in ihren Anfängen stand und wenig populär war, begründete er die Deutsche Kolonialgesellschaft und das Emin-Pascha-Komitee, das dem im Quellgebiet des Nils wirkenden, durch den Aufstand des Mahdi im Sudan von allen Verbindungen abgeschnittenen deutsch-jüdischen Forscher und Entdecker Entsatz bringen sollte. Arendt kritisierte bürokratische Pfennigfuchserie und verlangte größere Energie zwecks Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes. Der Reichskanzler von Bülow war ein Mann nach seinem Herzen.

Arendt war bei der Sozialdemokratie verhaßt. Er war der eigentliche Vater der „vaterländischen Arbeitervereine“, die meist als gelbe oder wirtschaftsfriedliche Gewerkvereine bezeichnet wurden. Sie wurden als Schutztruppe der Unternehmer im Kampf gegen die großen Gewerkschaftsorganisationen gegründet und finanziert und von den Arbeitern als Streikbrecher angesehen. Arendts Eintreten für die Wirtschaftsfriedlichen wirkte auf die sozialdemokratische Fraktion provozierend¹⁶. Sie hatten in dem von Arendt vertretenen Mansfelder See- und Gebirgskreis im Bezirk Merseburg ihren Ausgangspunkt genommen. Mit Arendts Hilfe war dort der erste der gelben Gewerkvereine gegründet worden. Sie spielten besonders im Kupferbergbau des Kreises eine gewisse Rolle, verloren aber im Laufe der Jahre an Bedeutung. 1898 war Arendt mit überwältigender Mehrheit in den Reichstag gewählt worden. 1912 siegte er erst in der Stichwahl mit Hilfe der Fortschrittler, deren Mehrheit sich für ihn gegen seinen sozialdemokratischen Gegner entschied.

Arendt hat sich jeder Demokratisierung der deutschen Staatseinrichtungen widersetzt. Das Vordringen der „internationalen Umsturzpartei“ beunruhigte ihn ständig. 1895 stimmte er in den Chor derer ein, die einen Staatsstreich zur Beseitigung des Reichstagswahlrechts empfahlen, und verlangte „eine

¹⁴ *Arendt*, aaO, S. 36; *Arendt*, Das goldene Zeitalter Ludwig Bambergers; *Arendt*, Das Ende des Währungsstreits, S. 51 ff.

¹⁵ Reichstag, St. B. 9. 5. 1917, S. 3186.

¹⁶ S. z. B. die Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden der Freien Gewerkschaften, Karl Legien, Reichstag, St. B. 2. 3. 1917, S. 2515 ff.

Notgesetzgebung, zu der der Kaiser und der Bundesrat nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste der Verfassung nach befugt sind“¹⁷. Auf sozialpolitischem Gebiet schritt Arendt zu offenem Kampf gegen den Bundesrat, als dieser 1896 die Arbeitszeit in den Bäckereien regelte und damit zum ersten Mal von Reichs wegen eine Maximalarbeitszeit für erwachsene männliche Personen in handwerklichen Betrieben festlegte. Sein Antrag auf Aufhebung dieser Verordnung wurde mit erheblicher Mehrheit angenommen¹⁸. Eigenwillig, nicht selten seine besonderen Wege wandelnd, lag Arendt 1911 als Gegner der Wertzuwachssteuer mit den meisten bürgerlichen Abgeordneten in Fehde.

Dank seiner großen Gaben hat sich Arendt in die vielfältigsten Gebiete hineingearbeitet. Seine Fraktion vertraute ihm eine Fülle von Aufgaben an. Im Reichstag war er Berichterstatter für die wichtigen Einnahmepositionen aus Gebühren, Zöllen und Steuern, im Abgeordnetenhaus stellvertretender Vorsitzender der Unterrichtskommission.

Politisch lernte Arendt durch die Revolution nichts hinzu. Er trat der Deutschnationalen Volkspartei bei und verblieb bis zum Kapp-Putsch in der gegenrevolutionären Partei. Ihr antisemitischer Charakter, der sich schon im Jahre 1919 deutlich enthüllte, hat ihn offenbar nicht abgestoßen. 1920 aber trieb ihn der Putsch, den er mißbilligte, mit Siegfried von Kardorff, dem Sohn seines Freundes, zur Deutschen Volkspartei¹⁹. Politische Bedeutung hat er nach der Revolution nicht mehr gehabt. Arendt hat Hitlers Aufstieg und Machtübernahme noch erlebt. Sein Tod im Jahre 1936 ersparte es ihm, die „Endlösung“ der Judenfrage am eigenen Leibe zu erfahren.

II. Die Nationalliberalen

Robert Friedberg

Während der Parteiführer Ernst Bassermann die nationalliberale Reichstagsfraktion führte, stand die preußische Schwesterfraktion unter der Leitung Robert Friedbergs. Die Verschiedenheit des Wahlrechts brachte es mit sich, daß die Mitglieder der Reichstagsfraktion bei der Wahl und der Ausübung des Mandats mehr auf populäre Stimmungen Rücksicht zu nehmen hatten, während Honoratioren der Partei und Vertreter von Wirtschaftsinteressen, vor allem der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, in der Landtagsfraktion dominierten. Neigung und taktische Überlegungen führten Friedberg dazu, dieser Zusammensetzung der Fraktion in seiner Führung weitgehend Rechnung zu tragen.

¹⁷ Deutsches Wochenblatt, 11. 9. 1895, zitiert von *Frank*, Die bürgerlichen Parteien, S. 21.

¹⁸ Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 597 ff.

¹⁹ *Liebe*, S. 59; 157.

Friedberg gehörte dem Landtag von 1885 bis 1918 an. Er legte 1904 seine Professur der Staatswissenschaften nieder, um sich völlig der Politik zu widmen. Er führte die Landtagsfraktion faktisch seit 1906 und offiziell seit 1913 nach dem Tode seines Vorgängers Hobrecht. Friedberg genoß hohes Ansehen als einer der Vorsitzenden des Zentralvorstandes und als der Leiter des Geschäftsführenden Ausschusses und des Parteibüros. Er stand in der Parteihierarchie nur hinter Bassermann zurück und überragte ihn dank der Akkumulation seiner Ämter an tatsächlicher Macht. Nach Bassermanns Tode wurde Friedberg im September 1917 Parteiführer. Als er im November desselben Jahres in die preußische Regierung eintrat, legte er den Fraktionsvorsitz nieder, blieb aber Mitglied des Fraktionsvorstandes²⁰.

In Friedberg fanden die preußischen Nationalliberalen einen Führer, der durch die Zusammenarbeit mit den Konservativen das ihm vorschwebende Ideal der Staatsführung verwirklichen wollte: die Teilung der Macht zwischen dem preußischen Adel und einem Großbürgertum, das „Besitz und Bildung“ in die Gemeinschaft einbringen sollte²¹. Dabei wünschte er den Einfluß der bürgerlichen Kräfte zu erweitern. Er kritisierte die Vorherrschaft der Konservativen, besonders des Adels, in der Verwaltung. Friedberg beklagte, daß der Maßstab für die Ernennung und Bewertung der Landräte die konservative Gesinnung war, während sie vom allgemeinen Vertrauen getragene Verwaltungsfachmänner sein sollten. Auch mißbilligte er die einseitige Zusammensetzung der Kreistage, die die Städte benachteiligte, und verlangte die Beschränkung der Staatsaufsicht über die Gemeinden. Er forderte eine stärkere Vertretung der Industrie, des Handwerks und der intellektuellen Schichten im Herrenhause. Friedberg wandte sich jedoch nur zögernd von dem preußischen Dreiklassenwahlrecht ab, ohne dessen Beseitigung diese Forderungen nicht zu erfüllen waren. Mehr als das bestehende Wahlsystem fürchtete er das gleiche Wahlrecht. Ihm schwebte ein Pluralwahlrecht mit Berücksichtigung des Alters, der Bildung, des Besitzes und Einkommens für die Erteilung von Zusatzstimmen vor. Aber noch 1913 fehlte in dem Wahlprogramm der Partei für den preußischen Landtag die Forderung nach der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts. In Friedberg spiegelt sich die Wandlung wider, die sich in der nationalliberalen Partei vollzogen hatte. Die liberalen Ideale waren verblaßt, die materiellen Ziele des Bürgertums in den Vordergrund getreten²².

Auch der Nationalismus und der Imperialismus hatten sich noch stärker als zuvor in der Partei durchgesetzt. Friedberg war ein Exponent dieser Ten-

²⁰ NDB 5, S. 445; *Kalkoff*, S. 151. Das ausgezeichnete Werk Hartwig Thiemes, *Nationaler Liberalismus in der Krise*, ist der Darstellung der nationalliberalen Partei in dieser Zeit zugrunde gelegt.

²¹ *Eschenburg*, *Das Kaiserreich am Scheidewege*, S. 13 f.

²² *Thieme*, S. 93 ff.; 121; 127 ff. *Haus d. Abg. St. B.* 14. und 15. 2. 1899, S. 588, bzw. 609.

denzen. Der Verfasser eines Buches über Stresemann schreibt in der Weimarer Zeit mit dem üblichen Mißbrauch des Wortes „national“, daß „das hinstürmende nationale Element“ Friedberg zum Unterschied von jenem fremd gewesen sei²³. Diese Behauptung trifft jedoch nicht zu. Man kann Friedberg die Tugend der Besonnenheit in der Behandlung von Fragen, die die Außenpolitik berührten, nicht zuerkennen. Er war Mitglied des Alldeutschen Verbandes, des Hauptträgers des Imperialismus. Die antisemitische Strömung, der der 1908 zur Führerstellung in dem Verband aufgestiegene Justizrat Claß die Schleusen öffnete, störte Friedberg nicht. Er hatte sich Professur und Mandat durch die Taufe erkaufte und schloß die Augen vor der Tatsache, daß die Forderungen jenes Vorläufers des Nationalsozialismus auch für ihn den Verlust des Bürgerrechts, des Mandats und der materiellen Existenz bedeuteten.

Den Leitsätzen des Alldeutschen Verbandes folgte Friedberg vor allem in der Ostmarkenpolitik. Er war eine der stärksten Stützen der „Ostmarkenmehrheit“ der Konservativen und Nationalliberalen, die die parlamentarische Basis der Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen bildete. Als Bethmann Hollweg das Enteignungsgesetz von 1908 gegen die Polen nur sehr zurückhaltend anwandte, wurde er von Friedberg deswegen getadelt. Gegen den Gedanken der friedlichen Beilegung internationaler Konflikte machte er geltend, daß Deutschland, von Feinden umgeben, der mächtigste Militärstaat sein und sich zum Schiedsrichter der Nationen aufwerfen müßte. Der wahllosen Ausweisung dänischer Staatsangehöriger aus Nordschleswig stimmte er mit einer Heftigkeit zu, die Lärmszenen hervorrief. Der nationalen Regierung wollte er nicht in den Rücken fallen, auch wenn seine Partei die Zweckmäßigkeit ihrer Maßregeln nicht klar erkennen könne. Daß Friedberg damit die Kontrollfunktion des Parlaments preisgab, focht ihn nicht an. Auch seine Interpellation über den Königsberger Hochverrats- und Geheimbündeleiprozeß, bei dem es um den Grenzschmuggel russischer anarchistischer Schriften ging, war bestimmt, das Volk zu belehren, daß die im Reichstag scharf angegriffene Regierung nach Recht und Billigkeit verfahren sei. Dabei hatten die Beratungen ernste Mißstände, darunter die Benutzung unzuverlässiger Berichte deutscher und russischer Agenten durch die Regierungsorgane enthüllt. Die Ablehnung der Vorkommnisse durch den Justizminister nahm Friedberg kritiklos hin. Liberal wenigstens in der Kulturpolitik, bekämpfte er die Idee des christlichen Staates und die Ausübung der Schulaufsicht durch Geistliche. Aber Friedberg war auch ein unduldsamer Nachzügler des Kulturkampfes. Als Reichskanzler von Bülow die Aufhebung des Paragraphen des Jesuitengesetzes betrieb, der die Ausweisung ausländischer und die Aufenthaltsbeschränkung deutscher Mitglieder des Ordens vorsah, ließ Friedberg in seiner Rede jedes Maß vermissen. Er zauberte Bülow das Bild eines künftigen Historikers vor, der „von glühendem Eifer für die Machtsphäre des Staates

²³ *Rheinbaben*, S. 149.

begeistert“ (sic!), ihm eine wenig schmeichelhafte Beurteilung zukommen lassen würde. Dem Zentrum sprach er nationale Gesinnung ab. Er rief dadurch Sturmszenen hervor und war schließlich genötigt, seine Worte abzuschwächen. Ein Konkordat lehnte er bei einer anderen Gelegenheit mit der Begründung ab, daß es die ganze evangelische Bevölkerung aufs tiefste verletzen müßte²⁴.

Friedberg stand in der Innen- und Sozialpolitik dem rechten Flügel der Partei nahe. Hier lagen die Hauptgegensätze zwischen ihm und Bassermann. So wenig bedeutend diese Gegensätze im Rahmen der deutschen Gesamtpolitik waren – innerhalb der Partei waren Friedberg und Bassermann Gegner. Selbst gegen vorsichtige Schritte auf dem Wege der Stärkung der parlamentarischen Einrichtungen war Friedberg mißtrauisch. Den sozialpolitischen Kurs suchte er zu bremsen, sobald er die wirtschaftlichen Interessen bedrohte, wie sie die rheinisch-westfälische Schwerindustrie auffaßte²⁵.

Friedberg war ein Meister parlamentarischer Taktik und verfügte über reiches Wissen und Erfahrung. Mit diesen Eigenschaften hatte er bis zum Kriegsausbruch die Fraktion in der Hand. Er war vielleicht der häufigste Sprecher des Abgeordnetenhauses. Er hielt die großen programmatischen Reden im Namen der Fraktion und führte bei der Etatberatung. Er war mit den Problemen weit über die ihn hauptsächlich interessierenden Gebiete, Verfassungs- und Verwaltungspolitik sowie Finanzfragen, vertraut.

Friedberg hatte keine originellen Ideen, sondern suchte aus den die Partei und Fraktion beherrschenden Stimmungen eine einheitliche Politik herauszukristallisieren, in der die Ansichten des starken rechten Flügels vorherrschten. Diese Aufgabe wurde schwieriger und schließlich undurchführbar, als seit Beginn des Krieges die Partei und die Fraktion in eine schwere Krise gerieten. Tiefe Gegensätze brachen hervor zwischen Anhängern einer hemmungslosen Annexionspolitik in Ost und West und denen, die, ohne weitgehende Kriegsziele aufzugeben, Zurückhaltung in der Propaganda empfahlen und sich erst später je nach der Kriegslage festlegen wollten. Ebenso gerieten die Fraktionsmitglieder, die alle inneren Reformen bis nach Kriegsende zurückstellen wollten, mit den Vorkämpfern einer baldigen Neuorientierung in scharfen Konflikt. Friedberg gehörte einem Kreise an, dessen Bildung sein Fraktionskollege Eugen Schiffer angeregt hatte, und der sich um den Berliner Historiker Hans Delbrück scharte. Dieser Kreis wandte sich gegen die Befürworter des schrankenlosen Imperialismus, der einen seiner Hauptvertreter in dem nationalliberalen Parteiführer Bassermann hatte, unterstützte Bethmann in seiner vorsichtigeren Politik und wollte im Interesse der inneren Einheit die

²⁴ *Thieme*, S. 38; 220 (Alldeutscher Verband); Haus d. Abg. St. B., 10. 3. 1899, S. 1707; 1712 (mächtigster Militärstaat); 25. 1. 1899, S. 166 ff. (Dänen); 22. 2. 1904, S. 1602; 1648 (Königsberger Prozeß); 9. 3. 1899, S. 1276 ff. (Konkordat); 18. 3. 1904, S. 3152 ff. und *Bülow*, II, S. 12 (Jesuitengesetz).

²⁵ *Thieme*, S. 207 mit Anmerkungen.

öffentliche Erörterung der Kriegsziele vermeiden. Daß er sich von phantastischen Eroberungsplänen der Parteiführung fernhielt, genügte aber nicht, um Verständigungs- und Friedensmöglichkeiten zu eröffnen. Denn auch die Männer dieses Kreises strebten eine beträchtliche, ohne Niederwerfung der Gegner unerreichbare Erweiterung der deutschen Grenzen an. So geriet Friedberg innerparteilich in tiefe Gegensätze zu der Reichstagsfraktion und dem schwerindustriellen Flügel seiner eigenen Fraktion, ohne außenpolitisch eine echte Alternative zu bieten.

Hinzu kam, daß die Qualitäten, die Friedbergs Führerstellung in der Friedenszeit begünstigt hatten, sich in der Kriegszeit nicht bewährten. Es bedurfte jetzt der Kühnheit des Entschlusses und der Festigkeit. Gerade daran fehlte es ihm. Er wich 1915 im Zentralvorstand der Partei zurück, als er sah, daß die Mehrheit mit dem Parteiführer ging, und stimmte resigniert für die Resolution, die sich mit Bassermanns Politik identifizierte. Dann suchte er wieder im Parlament einer konkreten Stellungnahme durch Allgemeinheiten aus dem Wege zu gehen, die jeder nach seinem Belieben auslegen konnte. Im Juli 1917 riet er von der Zustimmung zu der Resolution des Reichstags ab, in der sich Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittler für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen aussprachen. Er widersetzte sich auch der Einbringung einer eigenen Resolution der Nationalliberalen und drohte mit Rücktritt von seinen Parteiämtern, falls gegen seinen Willen entschieden würde. Wankelmüt und Furcht vor Entscheidungen, die die Einsicht gebot, kennzeichneten sein Handeln.

Auch in der inneren Politik operierte Friedberg zunächst entsprechend seiner Neigung hinhaltend. Noch im Januar 1917 wollte er die Neuregelung des preußischen Wahlrechts bis nach dem Kriege vertagen. Das gleiche Wahlrecht lehnte er nach wie vor ab, ebenso das parlamentarische Regierungssystem. Als der Kaiser in der Osterbotschaft das geheime und direkte Wahlrecht und in der Erklärung vom 11. Juli 1917 die baldige Einführung auch des gleichen Wahlrechts in Preußen versprach, protestierte Friedberg gegen die Übergehung des Landtags. Er war der Sprecher der großen Mehrheit der Fraktion, die entrüstet auf die von Bethmann Hollweg veranlaßte Erklärung reagierte und sie als ein Unglück betrachtete.

Zwischen Sommer und Herbst 1917, in der Zeit der kläglichen Reichskanzlerschaft von Georg Michaelis und des offensichtlichen Zusammenbruchs der Pläne der Obersten Heeresleitung, kam Friedbergs Sinneswandel. Er begriff nun die Dringlichkeit der innerpolitischen Reformen und trug am 7. Oktober ein Programm der Neuorientierung vor. Er machte sich die Forderung des gleichen Wahlrechts zu eigen. Bei dem großen Revirement, das im November 1917 den Grafen von Hertling an die Spitze der Reichs- und preußischen Staatsgeschäfte brachte, wurde Friedberg als Vize-Präsident des Staatsministeriums ausersehen. Der Mann des rechten Flügels, der sich soeben zur Neuorientierung und zum gleichen Wahlrecht bekehrt hatte, erschien besonders

geeignet, um von der Regierungsbank herab die Wahlrechtsvorlage an allen Klippen vorbeizusteuern und die große Mehrheit seiner Fraktion dafür zu gewinnen. Der neue Kanzler und die Reichstagsfraktion drängten ihn, das Amt zu übernehmen, während maßgebende Landtagskollegen ihn warnten, sich in Gegensatz zu seiner Fraktion zu stellen. Wieder schwankte er hin und her. Schließlich nahm er an²⁶.

Die Erwartung, daß Friedbergs langjährige Führerstellung und sein Einfluß ausreichen würde, um die Mehrheit der Nationalliberalen Fraktion für die im Dezember 1917 eingebrachte Vorlage und das gleiche Wahlrecht zu gewinnen, erfüllte sich nicht. Was Friedberg in Jahren versäumt hatte, ließ sich nicht in einigen Monaten nachholen. Friedbergs Parteifreunde empfanden keine Loyalität gegenüber dem Repräsentanten der Regierung, der nicht mehr Fraktionsführer war. Die Oberste Heeresleitung, die das gleiche Wahlrecht nicht wünschte, stärkte die Fronde gegen ihn. Noch im Juni 1918 stimmte die Majorität der Nationalliberalen gegen das gleiche Wahlrecht und brachte dadurch die Regierungsvorlage zu Fall. Erst drei Wochen vor dem Ende des Königreichs Preußen revidierte sie ihre Haltung. Auch dies geschah nach einem Appell der Obersten Heeresleitung²⁷. Nicht der langjährige Führer der Fraktion, sondern der General Erich Ludendorff, der Repräsentant des preußischen Militarismus, lenkte die Schritte der einstigen Reichsgründungspartei.

Daß Friedberg ein Jahr vor Kriegsende die Notwendigkeit der Reformpolitik begriff und dafür in die Schranken trat, war, im weiteren Rahmen gesehen, bedeutungslos. Eine radikale Reform der Staatseinrichtungen hätte 1914 und 1915 eine starke Wirkung auf den Verlauf der Ereignisse ausüben können. Danach, und vor allem seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg, war es zu spät. Friedbergs Wandlung im letzten Kriegsjahr erlaubte es jedoch dem geschmeidigen Taktiker, nach der Revolution bei der Deutschen Demokratischen Partei Anschluß zu finden. Innerlich hat ihn während seines Lebens niemals etwas mit der deutschen Demokratie verbunden. In dem Jahre, das ihm noch blieb, führte er die demokratische Fraktion in der Preußischen Landesversammlung.

Eugen Schiffer

Eugen Schiffer trat in das Abgeordnetenhaus 1904, in den Reichstag 1912 ein. Im Abgeordnetenhaus stieg er schnell zu führender Stelle auf. Er wurde der wertvollste Helfer Friedbergs und unterstützte ihn in allen wesentlichen Fragen. Seine Kandidatur zum Reichstag half der Zentralverband deutscher Industrieller finanzieren. Das war ein untrügliches Zeichen dafür, daß er sich in den Augen der Schwerindustrie im Landtag als ein Mann des rechten Par-

²⁶ *Thieme*, S. 97 ff., 103 ff., S. 134 ff.

²⁷ *Thieme*, S. 108, 120.

teiflügels bewährt hatte. Die „*Magdeburgische Zeitung*“, das Hauptorgan seines Wahlbezirks, beeinflusste er im gleichen Sinne²⁸.

Unter diesen Umständen war es nicht erstaunlich, daß die anders orientierte Mehrheit der Reichstagsfraktion ihm mit unverhohlenem Mißtrauen begegnete, und daß er in hochpolitischen Fragen im Plenum nicht zu Worte kam. „Ich galt als Prototyp des Preußentums, als Borusse, verdächtig und unheimlich für die Mitglieder der Reichstagsfraktion“. Als Graf Westarp die Führung der konservativen Fraktion von Heydebrand übernahm, sagte ihm dieser, man könne sich mit Schiffer verstehen und vertragen. Schmerzhaft Erfahrungen, so erzählt Schiffer 40 Jahre später, hätten Westarp belehrt, daß diese Ansicht überholt war²⁹. Das Wort „überholt“ ist im Munde des Juristen, der stets präzise formulierte, zu beachten. Für das erste Jahrzehnt seiner parlamentarischen Tätigkeit bestätigt es Heydebrands Urteil. Gewiß, Schiffer hat schon damals zuweilen respektlose Bemerkungen über die Vielregiererei in Preußen und die Geltungssucht der Beamenschaft gemacht. Er wünschte echte Liberale in wichtigen Beamtenposten. Er hatte moderne Anwendungen und wollte den Frauen Sitz und Stimme in den Schuldeputationen und Schulvorständen einräumen. Er ergriff mit seiner Fraktion zur Zeit des Bülowblocks die Initiative, um die fachmännische Schulaufsicht durchzusetzen. Aber er konnte dies gegen den Widerstand der Rechten und des Zentrums und vor allem des erkonservativen Kultusministers nicht erreichen, obwohl er das Recht der Mitbestimmung der Geistlichen über den gesamten Volksschulunterricht weiter bestehen lassen wollte. Bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage von 1910 war er jedoch mit Friedberg bereit, die Aufrechterhaltung der indirekten Wahl und des Dreiklassenwahlrechts gegen Zusicherung der geheimen Wahl und einiger kleinerer Zugeständnisse zu akzeptieren und dadurch die Möglichkeit eines durchgreifenden Wandels der preußischen Staatseinrichtungen abzuschneiden. Nur unter dem Druck der Gesamtpartei, die dem ungenügenden Reformplan widerstrebte, entschloß er sich mit der Landtagsfraktion zur Ablehnung. Noch seine Etatrede vom Mai 1917 im Reichstag zeigt den konservativen Grundzug seines Denkens. Den bürokratischen Obrigkeitsstaat, die ständische Gliederung, das Versagen der Justiz hat Schiffer in der Rückschau der Weimarer Zeit kritisiert. Dies ändert jedoch nichts daran, daß er sich in jenem Staate zu Hause fühlte, und daß sein Antrieb, ihn zu reformieren, gering war³⁰.

Schiffer war ein Mann von ungewöhnlichen Gaben. Hermann Kalkoff, der Historiker der nationalliberalen Parlamentarier, rühmt sein umfassendes

²⁸ *Thieme*, S. 40 f., 207 ff.

²⁹ *Schiffer*, Ein Leben für den Liberalismus, S. 22 (Preußentum), 159 (Westarp).

³⁰ Haus d. Abg. St. B. 11. 12. 1905; S. 200 (Frauenrechte); 23. 5. 1905, S. 5149; 15. 3. 1907, S. 2574 ff. (Schulfragen); 5. 6. 1907, S. 5258; 5266 (Beamte); *Thieme*, S. 94–97 (Wahlrecht); für die Kriegszeit s. Reichstag, St. B. 16. 5. 1917, S. 3436 ff.; *Schiffer*, aaO, S. 154; 212; *Schiffer*, Zusammenbruch, S. 165 ff.; s. auch oben S. 88 f.

Wissen, seinen beweglichen Geist und die blitzschnelle Auffassung. Dank der Beweglichkeit des Geistes reagierte er auf einen Situationswechsel rascher als die meisten seiner Parteifreunde. Fritz Hesse, der Bürgermeister von Dessau und demokratische Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung, hebt die geistige Eleganz und Schlagfertigkeit seines Fraktionskollegen hervor. Er findet in ihm große, gelegentlich überraschende Talente und glaubt, daß er in der Fraktion nur von Friedrich Naumann an rednerischer Gewandtheit übertroffen wurde³¹. Schiffer zog die Abgeordneten, oft über seine Fraktion hinaus, in den Bann seiner schwungvoll vorgetragenen Ausführungen.

Obwohl Schiffers politische Aktivität erst um die Jahrhundertwende begann, arbeitete er sich schnell in der Parteihierarchie empor. Er war Mitglied des Parteivorstands und des Geschäftsführenden Ausschusses und saß im Vorstand der Landtagsfraktion. Schiffer hat aber zweimal darauf verzichtet, nach dem höchsten Amt der Partei zu greifen. Die Parteiopposition hatte das Empfinden, daß er weder zur Fortführung der Sozialpolitik noch zur Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie bereit war. Sie wollte ihn daher 1912 gegen Bassermann kandidieren lassen. Schiffer lehnte jedoch trotz guter Aussichten ab. 1917 entzog er sich nach dem Tode des Parteiführers einem Kampf mit Stresemann um die Nachfolge, indem er die Berufung zum Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt annahm³². Schiffers Ehrgeiz zielte nicht auf die parteipolitische Führung hin. Er war vielmehr am Aufstieg in der staatlichen Hierarchie interessiert. Das Mandat war ihm nicht nur an sich wichtig, sondern es diente ihm auch als Sprungbrett für die Ernennung zu staatlichen Ämtern. Im Kammergericht und im Oberverwaltungsgericht erwarb er sich praktische Kenntnisse auf dem Gebiet des Rechts- und Steuerwesens, die eine akademische Laufbahn wie diejenige Friedbergs nicht vermittelt. Schiffer arbeitete sich tiefer als Friedberg in bestimmte Fachgebiete ein. Zum Etat der Justizverwaltung sprach er im Reichstag mit größerer Autorität als irgendein anderer Abgeordneter. Bei der Beratung des preußischen Schulunterhaltungsgesetzes zeigte er eine hervorragende Kenntnis der verwickelten Materie, aber auch weitgehende Kompromißbereitschaft, bei der es ihm selbst später unheimlich wurde. Der Simultanschule erwies er kaum mehr als Lippendienst³³.

Die Sitzung, in der der Deutsche Reichstag die Kriegskredite einstimmig bewilligte, hinterließ auf Schiffer einen dauernden Eindruck. Er wünschte, die innere Einheit, die sich in dieser Sitzung offenbart hatte, und die Möglichkeit einer dauernden Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu erhalten. Er regte die Begründung überparteilicher Organisationen, der Deutschen Gesellschaft 1914 und der Freien Vaterländischen Vereinigung an. Er wollte

³¹ Kalkoff, S. 152; Hesse, aaO, S. 74; 109, 114.

³² Thieme, S. 47, 136.

³³ Reichstag, St. B. 8. 2. 1913, S. 3604 ff.; 16. 2. 1914, S. 73 ff. (Justizetat); Haus d. Abg. St. B. 11. 12. 1905, S. 200 ff.; 15. und 16. 3. 1907, S. 2564 ff., 2578; bzw. 2643 (Schulfragen).

Querverbindungen schaffen und Klassenunterschiede abbauen. Von seiner maßgeblichen Beteiligung an der Bildung des Delbrück-Kreises war bereits die Rede³⁴.

Schiffers eigene Äußerungen zur Kriegszielfrage beweisen, wie maßlos die Forderungen auch von Mitgliedern dieser Gruppe vor allem in der ersten Kriegszeit waren. 1915 griff er die Sozialdemokratie wegen ihres Strebens nach einem Verständigungsfrieden an. Umjubelt von den Mitgliedern aller anderen Parteien, befürwortete er pathetisch die Ausdehnung der Grenzen Deutschlands aus Sicherheitsgründen als eine tief sittliche Pflicht. In gleich gehobener Sprache forderte er noch im Frühjahr 1917 im Reichstag und in einer von ihm, Friedrich Meinecke und Karl Friedrich von Siemens vorbereiteten Masseneingabe die Befreiung des Baltendeutschtums von der russischen Zwingherrschaft. Polen wollte er bis zur Weichsel annektieren, falls das Militär dies für nötig hielt, und als Anhänger der Mitteleuropa-Idee die deutsche Herrschaftssphäre bis zum Balkan erstrecken. Trotz dieser „Ostorientierung“ lehnte er auch Hegemoniepläne im Westen nicht ab. Er verlangte vielsagend „freien Grund, aber auch das freie Meer“ und die deutsche Vorherrschaft in Belgien, gestützt auf das Flamentum. Jedoch versagte Schiffer im August 1915 den wildesten imperialistischen Plänen der Parteiführung seine Zustimmung, während Friedberg bei seiner Kapitulation vor Bassermann alle anderen dem Zentralvorstand angehörigen Mitglieder der Landtagsfraktion mit sich zog. Damals war Schiffer mit einem einzigen anderen Fraktionsmitglied des Reichstags völlig isoliert in dem 217köpfigen Zentralvorstand der Partei. Dennoch trifft auch ihn uneingeschränkt sein 1929 geäußelter Vorwurf, daß man im Krieg nicht den Mut und die Kraft des Verzichts nach außen fand³⁵.

Schiffer war ein entschiedener Gegner der Entfesselung des unbeschränkten Unterseebootkrieges, der die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinziehen mußte. Seine Unterschrift fehlt 1916 unter dem Huldigungstelegramm der Reichstagsfraktion an den verabschiedeten Staatssekretär des Reichsmarineamtes Alfred von Tirpitz, der in der Befürwortung des Unterseebootkrieges damals gegen den Reichskanzler unterlegen war. Endgültig begriff Schiffer die Lage im Sommer 1917. Er riet vergeblich zur Annahme der Friedensresolution des Reichstags, im Gegensatz zu Friedberg und zur großen Mehrheit der Reichstags- und Landtagsfraktion³⁶. An Zivilcourage fehlte es ihm nicht. Aber auch seine Erkenntnisse kamen zu spät. Bethmann Hollweg, dessen treuester Anhänger Schiffer in seiner dem Kanzler feindlichen Partei war, würdigte Schiffers Hilfestellung. Er beabsichtigte, ihm das Reichsjustizamt zu übertragen, um dadurch eine feste Stütze in der Reichsregierung zu gewinnen und eine Verbindung zwischen der Regierung und den

³⁴ S. oben S. 353 f.

³⁵ *Thieme*, S. 56, 65 f.; *Schiffer*, Feinde und Freunde, S. 16 ff.; *Schiffer*, Zusammenbruch, S. 180; Reichstag, St. B. 29. 5. 1915, S. 173; 28. 2. 1917, S. 2416.

³⁶ *Thieme* S. 91 f.

Parlamenten in Berlin herzustellen. Bethmann verkannte, daß Schiffer sich durch seine Loyalität ihm gegenüber in seiner Partei exponiert hatte und ihm die Nationalliberalen nicht hätte zuführen können, ebenso wenig wie ihm dies 1915 in der Zentralvorstandssitzung der Partei gelungen war. Zur Durchführung des Planes ist es infolge des Sturzes Bethmanns nicht gekommen.

Auch in der inneren Politik war Schiffer seiner Partei voraus, hinkte aber hinter den Ereignissen her. Bis zum Anfang des Jahres 1917 war er mit Friedberg darüber einig, die Wahlrechtsfrage bis nach dem Kriegsende zu vertragen und dann für ein Pluralwahlrecht einzutreten. Danach befürwortete er mit der Reichstagsfraktion die Aufnahme der Reform noch während des Krieges und das gleiche Wahlrecht gemäß der Osterbotschaft und dem königlichen Erlaß vom Juli 1917. Er zog sich dadurch die Empörung Friedbergs zu und war abermals in der Landtagsfraktion so gut wie isoliert. Mit einer kleinen Zahl anderer Fraktionsmitglieder kämpfte er gegen die Stärkung der Stellung des Herrenhauses in Etatfragen. Hierin war er auch mit Friedberg einig. Im Reichstag trat Schiffer für eine Reichsvermögenssteuer ein, gegen die sich der Bundesrat und die Mehrheit des Zentralvorstandes und der Landtagsfraktion der Partei aussprachen³⁷. Aus dem Manne, der einst der Rechten der Partei, den „Altnationalliberalen“ nahegestanden hatte, war ein Führer des linken Flügels geworden.

Nach Bethmanns Entlassung erhielt Schiffers Partei- und Fraktionskollege, der angesehene Rechtsanwalt Paul von Krause, statt seiner das Reichsjustizamt. Dem Reichskanzler Michaelis war Schiffer unsympathisch. Er fühlte seine Überlegenheit in politischen und fachlichen Fragen. Der ausscheidende Staatssekretär Lisco intrigierte gegen Schiffer und bezweifelte seine Fähigkeit für das Amt. Karl Helfferich, der Stellvertreter des Reichskanzlers, gab ihm den Gnadenstoß, indem er erklärte, Schiffer sei als Nachfolger Bassermanns in der Partei besser aufgehoben. Enttäuscht begnügte sich Schiffer mit der Berufung in das Reichsschatzamt, als dessen Unterstaatssekretär er für wichtige, über die Kriegszeit hinausreichende Aufgaben verantwortlich war³⁸.

Im Reichsschatzamt überstand Schiffer auch die Stürme der Revolution. Friedrich Ebert übertrug ihm in der Übergangszeit die Leitung des Amtes. In den ersten Jahren der Republik spielte Schiffer als Reichsschatzminister und Reichsjustizminister eine bedeutende Rolle. Später zog er sich vom aktiven politischen Leben zurück. Die Zeit Hitlers überlebte er im Versteck in Berlin. Er hat als junger und noch als älterer Mann dem Kaiserreich, als Sechzigjähriger der Weimarer Republik gedient und hat als hoher Achtziger von 1945 ab mehrere Jahre die Justizverwaltung des sowjetisch besetzten Teils Deutschlands geleitet. Danach hat er in Westdeutschland in ungebrochener Vitalität mit 90 Jahren die zweite Auflage seines Buches über die deutsche Justizreform bearbeitet und seine Erinnerungen niedergeschrieben. Schiffers Wendigkeit

³⁷ *Thieme*, S. 101 ff., 150, 205.

³⁸ *Thieme*, S. 135 f., 227.

schloß Unabhängigkeit des Denkens und des Standpunkts zu keiner Zeit aus. Er war der klügste nationalliberale Parlamentarier der wilhelminischen Zeit. Als Knabe hat er die Gründung, als Greis den Verfall des Deutschen Reichs und den Untergang Preußens miterlebt. In die Speichen des Geschehens hätte der Epigone der Reichsgründungspartei trotz seiner Qualitäten nicht erfolgreich eingreifen können, selbst wenn er sich weniger geirrt hätte, als er es in den entscheidenden Jahren vor dem Ersten Weltkrieg und in den ersten Jahren des Krieges getan hat.

Felix Schwabach

Felix Schwabach* war ein Mann der Linken in der nationalliberalen Partei. Er trat in den Reichstag 1907, in das Abgeordnetenhaus 1908 ein. Sein Landtagsmandat verlor er bei der nächsten Wahl, was für den ohnehin schwachen linken Flügel seiner Fraktion ein Verlust war. Aus der preußischen Eisenbahnverwaltung, in der er über 20 Jahre gearbeitet hatte, schied Schwabach als Geheimer Regierungsrat aus. Er erweiterte sein fachmännisches Wissen durch das Studium der Verwaltung und Wirtschaftsgebarung der Eisenbahnen fremder Länder, vor allem der Vereinigten Staaten. Das Eisenbahnwesen war auch im Parlament sein Hauptinteressengebiet. Er war Berichterstatter zum Haushalt der Reichseisenbahnverwaltung³⁹.

Swabach beschäftigte sich wiederholt mit der Frage der litauischen Minderheit, von deren Stimmen er in seinem ostpreußischen Wahlkreis Memel-Heydekrug abhing. Er bezeichnete die Litauer als vaterlandsliebenden und königstreuen Volksstamm und als gute Preußen. Er suchte die Verwaltungsbehörden zu überzeugen, daß die Verfolgung der litauischen Sprache eine verfehlte und törichte Politik gegenüber einem Volksstamm war, der seine Bürgerpflichten getreulich erfüllte. Schwabachs Appell an die Reichsregierung, das preußische Staatsministerium zur Erfüllung seiner aus der Vereinsgesetzgebung fließenden Verpflichtungen gegenüber der litauischen Minderheit anzuhalten, verhallte ungehört⁴⁰.

Swabach trat im Parlament wenig hervor, hatte aber Einfluß dank seiner Mitgliedschaft im Geschäftsführenden Ausschuß seiner Partei. Während

* *Felix Schwabach*, geb. 1855 in Sondershausen. Wurde evangelischer Christ. Studierte Rechts- und Staatswissenschaften, 1881 Gerichtsassessor. In demselben Jahr als Regierungsassessor von der Staatseisenbahnverwaltung übernommen, verließ den Staatsdienst 1903. Studienreise nach den Vereinigten Staaten im Auftrage des preußischen Ministers für öffentliche Arbeiten. Mitverfasser einer Schrift über nordamerikanische Eisenbahnen. Mitglied des Reichstags 1907–1918, des Abgeordnetenhauses 1908–1913. Mitglied des Zentralvorstands und des Geschäftsführenden Ausschusses der Nationalliberalen Partei.

³⁹ Schwabachs Lebenslauf in Reichstags-Handbuch 1907, S. 363. Informationen verdanke ich dem Rat der Stadt Sondershausen (Thüringen).

⁴⁰ Reichstag, St. B. 15. 1. 1913, S. 2998; 20. 4. 1918, S. 4688.

des Krieges verurteilte er mit der Mehrheit seiner Partei die Politik Bethmann Hollwegs. Im Jahre 1917 wirkte er über den Chef des Marinekabinetts beim Kaiser auf seinen Sturz hin. Wenig mehr als drei Monate später machte er eine neue Demarche, um den Kaiser zu beschwören, Bethmanns Nachfolger Michaelis zu verabschieden⁴¹. Schwabachs politische Laufbahn fand mit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 ein Ende.

Jakob Riesser

Jakob Riesser* trug einen großen Namen. Er war evangelischer Christ seit seiner Kindheit und fühlte sich dem Judentum nicht verbunden. Aber sein Name rief begreiflicherweise die Erinnerung an seinen Onkel Gabriel Riesser, den einstigen Vorkämpfer der jüdischen Emanzipation und Abgeordneten der Paulskirche hervor. Als der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens seinem Verlagsunternehmen den Namen Gabriel-Riesser-Verlag zu geben beabsichtigte, erhob Jakob Riesser Einspruch. Er fühlte sich in seiner widerspruchsvollen Situation nicht behaglich und suchte sie zu verschleiern. Er vermied daher im Reichstagshandbuch die Angabe seiner Religion, was in seiner Partei ungewöhnlich war. Riesser starb, kurz bevor der Nationalsozialismus zur Macht kam. Seine Frau war eine Tochter Marcus Edingers. Die Greisin wurde zehn Jahre nach dem Tode ihres Mannes von Hitlers Mordgesellen in ein Vernichtungslager geschleppt⁴².

Riesser stammte aus Frankfurt am Main. Obwohl er den größten Teil seines Lebens in Berlin zugebracht hat, war die süddeutsche Atmosphäre in seinem Denken und Handeln unverkennbar. Er liebte Preußen nicht.

Nach achtjähriger Anwaltspraxis in seiner Vaterstadt trat Riesser in die Direktion der Darmstädter Bank in Berlin ein, der er 18 Jahre angehörte. Als Verfasser rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Schriften und als Herausgeber der Zeitschrift „Bank-Archiv“ erwarb er sich hohes Ansehen. Er wurde ordentlicher Honorarprofessor an der Berliner Universität, an der er Handelsrecht lehrte. Riesser wurde mit Ehrenämtern überhäuft. Der Zentralver-

* *Jakob Riesser*, geb. 1853 in Sachsenhausen (Frankfurt am Main). Evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1880–1888 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main. 1888–1906 Mitglied des Vorstands der Darmstädter Bank in Berlin. 1902 Geheimer Justizrat. 1906 Ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Berlin. Seit 1903 Mitglied des Zentralvorstands der nationalliberalen Partei, seit 1919 Mitglied der Deutschen Volkspartei. 1916–1918 Mitglied des Reichstags, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1928 Mitglied des Reichstags, seit Mai 1921 Vizepräsident des Reichstags. Vizepräsident der Berliner Handelskammer, Präsident der Berliner Juristischen Gesellschaft. Begründete 1900 den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, 1909 den Hansabund. Ehrenamtlicher Vorsitzender beider Organisationen. Gest. 1932 in Berlin.

⁴¹ *Georg Alexander von Müller*, S. 302, 327.

⁴² C. V. Zeitung 1932, S. 199; *Hans E. Riesser*, S. 172 ff., 184, 216. Über *Marcus Edinger*, s. oben S. 239 f.

band des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes widmete seinem Gründer und Vorsitzenden zum 60. Geburtstag eine Festschrift, zu der führende Gelehrte, Männer der Wirtschaft und Parlamentarier Beiträge lieferten. Riesser war Mitglied des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei. In der Weimarer Republik gehörte er der Deutschen Volkspartei an und war sieben Jahre lang einer der Vizepräsidenten des Reichstags⁴³. Er war eine repräsentative Erscheinung und ein begnadeter Redner.

Riesser zog die Aufmerksamkeit einer weiteren Öffentlichkeit auf sich, als er 1909 den Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie gründete. Er blieb Vorsitzender des Bundes bis 1920. Der Hansabund trat für Gleichberechtigung aller Erwerbsstände ein und verlangte eine bessere Würdigung der industriellen, kaufmännischen und gewerblichen Arbeit. Riesser wandte sich in seinen Reden und Schriften scharf gegen die einseitige Interessenpolitik des Bundes der Landwirte und die von ihm betriebene Agrardemagogie. Er verurteilte den feudal-aristokratischen Charakter Preußens und das klägliche preußische Wahlrecht. Er geißelte „die beklagenswerte namenlose Gleichgültigkeit des deutschen Bürgertums“, sein sattes Philistertum und seine Angst vor dem eigenen Mut⁴⁴. Kein anderer Nationalliberaler hat mit so erfrischender Deutlichkeit gesprochen und geschrieben.

Der Hansabund übte auf die Politik der Reichstagsfraktion der Nationalliberalen einen gewissen Einfluß aus. Außer Riesser waren auch die Abgeordneten Stresemann und Freiherr Hartmann von Richthofen Präsidialmitglieder des Bundes⁴⁵. Riesser hat im Reichstag der Kriegszeit die vom Hansabund erstrebten Ziele vertreten. Er war ein entschiedener Anhänger der freien Wirtschaft. Sein Bekenntnis zur Sozialpolitik war lau, gewisse gemeinwirtschaftliche Einrichtungen hielt er für nötig. Er machte sich auch Gedanken über die künftige Demobilisierung und die Übergangswirtschaft von der Kriegs- zur Friedenszeit.

Riesser hat 1914 und 1915 in Großbritannien den Hauptfeind gesehen. Er hat es mit empörten Anklagen überhäuft und ebenso wie die Führer der Reichstagsfraktion phantastische Kriegsziele proklamiert⁴⁶. 1917 gelangte er früher als die meisten Nationalliberalen, und dennoch viel zu spät, zu der Einsicht, daß Deutschland einen Verständigungsfrieden brauche. Er war in der Fraktionsminderheit einer der entschiedensten Befürworter der Zustimmung zur Friedensresolution der Linken und des Zentrums.

In der inneren Politik erkannte Riesser seit 1917 die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen als erforderlich an und bedauerte die entgegengesetzte Einstellung der nationalliberalen Landtagsfraktion⁴⁷.

⁴³ Reichstags-Handbuch, III, 1924, S. 170, 335. Festgabe zum 60. Geburtstag des Geheimen Justizrats Dr. Riesser.

⁴⁴ *Jakob Riesser*, Der Hansabund, S. 5 f., 23–26, 55.

⁴⁵ *Thieme*, S. 49.

⁴⁶ *Jakob Riesser*, England und Wir.

⁴⁷ Reichstag, St. B. 28. 2. 1918, S. 4244; 3. 5. 1918, S. 4908; 4. 7. 1918, S. 5722.

Als Vertreter eines badischen Wahlkreises erhielt Riesser viele Informationen aus dem benachbarten Elsaß-Lothringen. Er tadelte die groben Fehler in der Behandlung der Elsässer, gegen die die sogenannte Schutzhaft rigoros angewendet wurde. Riesser war einer der Initiatoren und der Berichtersteller des aus der Mitte des Reichstags hervorgegangenen Gesetzentwurfes über die Schutzhaft, der Rechtsgarantien schaffen und der völligen Willkür bei der Verhängung und den Vollzug der Schutzhaft ein Ende bereiten sollte. Als die Durchführung des dem Bundesrat nur mühsam abgerungenen Gesetzes vielfach sabotiert wurde, drohte er mit der Einbringung eines Antrages auf wirksamere Fassung des Gesetzes. Dies war für einen nationalliberalen Parlamentarier ein ungewöhnlicher Schritt⁴⁸.

III. Die Linksliberalen

Unter den linksliberalen jüdischen Parlamentariern im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus waren Männer von Talent und Ansehen, wenn sie auch an Bedeutung den Nationalliberalen dieser Periode nachstanden. Ludwig Haas arbeitete sich in der Weimarer Zeit zur Führerstellung in der Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei empor. Felix Waldstein wurde in der Republik in Schleswig-Holstein der demokratische Spitzenkandidat zur Nationalversammlung, bei den folgenden Wahlen aber an zweite Stelle gerückt. Dort drang er nicht mehr durch. Ein Jude erschien 1921 in Schleswig-Holstein als Listenführer nicht mehr tragbar.

Ludwig Haas

Haas' kurzfristige Ministertätigkeit, seine Arbeit im jüdischen Referat des Generalgouvernements Warschau und sein Weg als deutscher Jude sind bereits geschildert worden. Es gilt, noch einige Worte über ihn als Parlamentarier hinzuzufügen.

Theodor Heuss hat Haas nach seinem frühen Tode in einer jüdischen Zeitung einen schönen Nachruf gewidmet und seine duldsame und aufgeschlossene Gesinnung gerühmt, die er mit dem herben Zwang und den kühlen Notwendigkeiten der staatlichen Verantwortung zu verbinden gewußt habe. Er hat das starke menschliche Ansehen hervorgehoben, dessen sich Haas im Parlament erfreute, und seine Beredsamkeit, die auch den Reichstagspräsidenten Löbe in ihren Bann schlug, als warm und formkräftig, erfüllt von ernstem und echtem Pathos geschildert, das durch behaglichen Humor zuweilen aufgelockert wurde. Haas' Patriotismus hat Heuss als soldatisch durchfärbt gekennzeichnet⁴⁹. Auch andere haben das Soldatische in seinem Wesen hervorgehoben. Das erklärt sein Interesse an dem Militäretat, bei dessen Beratung er

⁴⁸ Reichstag, St. B. 28. 10. 1916, S. 1872; 11. 10. 1917, S. 3929; 7. 6. 1918, S. 5274.

⁴⁹ Heuss, *Erinnerungen 1905–1933*, S. 313; Löbe, *Erinnerungen*, S. 85.

seine Fraktion vertrat. Der Mann, der als Jude nach dem Dienstjahr nicht einmal zum Unteroffizier aufsteigen konnte, erwarb sich im ersten Kriegsjahr Leutnantsrang und das Eiserne Kreuz I. Klasse. In seiner geraden Gesinnung stand er dem preußischen Militarismus, der den Soldaten knechtete und das bürgerliche Empfinden ertötete, sowie dem obersten Kriegsherrentum, das die Freiheit erstickte, mit tiefer Abneigung gegenüber. Kaum in den Reichstag eingetreten, erschien er in wichtigen Augenblicken als die geeignete Person, um für seine Fraktion die Gefühle des Reichstags gegenüber schweren Übergriffen zum Ausdruck zu bringen. 1912 erhob er sich gegen eine der unverantwortlichen Drohungen des Kaisers, er werde notfalls die elsass-lothringische Verfassung von 1911 in Scherben schlagen und das Land in Preußen einverleiben. 1913 war Haas wiederum der Sprecher, als die Zabern-Affaire noch nicht dagewesene Sturmszenen entfachte⁵⁰. Es handelte sich um das unqualifizierbare Verhalten preußischer Offiziere, die die elsässische Stadt terrorisiert und fundamentale Grundsätze der bürgerlichen Freiheit verletzt hatten, um die schwächliche Unterwerfung des Reichskanzlers unter den Standpunkt des Militärs und um die provokatorische Haltung des Kriegsministers, der die schuldigen Offiziere durch eine „Bankettrede“ deckte.

Zivilcourage bewies Haas in schwierigen Momenten, in denen er, auf sich allein gestellt, seinem Gewissen und seiner Überzeugung folgte. Er brachte in einer gefährlichen Situation beim Ausbruch der Revolution die großherzoglich-badische Familie in Sicherheit⁵¹. Er verteidigte die jüdische Sache gegen ihre Gegner in dem Reichstag, der fast 30 Jahre lang keinen liberalen Juden von der Tribüne des Parlaments für seine Gemeinschaft hatte sprechen hören. Er trat in den Jahren, in denen die Kriegsgefahr immer drohender wurde, für die deutsch-französische Verständigung ein. Er gehörte zu der kleinen Zahl bürgerlicher deutscher Parlamentarier, die 1913 an der gemeinsamen Tagung deutscher und französischer Parlamentarier in Bern teilnahmen. Haas hielt mit Kritik auch an Organen der öffentlichen Meinung nicht zurück, auf die Gefahr hin, ihr Mißfallen zu erregen. Er wandte sich gegen Geschmacklosigkeiten von Kriegsberichterstatlern, die ohne Ahnung des wirklichen Lebens den Krieg in heroisch-romantischer Verklärung erscheinen ließen und die Frontsoldaten dadurch verbitterten. Er ließ sich durch die kollektiven Proteste der Reporter nicht von seinem Standpunkt abbringen⁵².

Felix Waldstein

Felix Waldstein* war der einzige Abgeordnete dieser Gruppe, der ein Doppelmandat innehatte. Er hatte sich nach der üblichen juristischen Vorberei-

* *David Felix Waldstein*, geb. 1865 in Gnesen (Provinz Posen). Studierte Rechts-

⁵⁰ Reichstag, St. B. 17. 5. 1912, S. 164; 3. 12. 1913, S. 6139.

⁵¹ *Schrag-Haas*, S. 81 f.

⁵² Reichstag, St. B. 11. 6. 1918, S. 5401; 5. 7. 1918, S. 5831.

tung als Anwalt in Altona niedergelassen. Hamburg, wohin er strebte, ließ ihn als Preußen zur Anwaltspraxis nicht zu. Er hatte bald ungewöhnlichen beruflichen Erfolg. Als Jude war er trotz seiner Bildung und seiner Leistungen vom geselligen Verkehr mit dem antisemitischen und arroganten Honoratiorentum der Stadt ausgeschlossen. Waldsteins älterer Freund und Kollege, der Stadtverordnetenvorsteher Felix Löwenthal, regte ihn zu politischer Tätigkeit an. Schon bevor die Bauern in Schleswig-Holstein Waldstein 1912 zum Erfolg bei der Reichstagswahl verhelfen, hatten die Bürger Altonas ihn gegen die Sozialdemokratie in der Stichwahl in den Landtag gewählt. Dieses Ergebnis verdankte er allerdings nur dem Dreiklassenwahlrecht. Aber seine Leistung war groß genug, um ihm 1913 eine leichte Wiederwahl durch alle bürgerlichen Gruppen zu sichern. „Weise Wähler wählen wiederum Waldsteins Wahlmänner“, mahnten die Altonaer Wahlplakate in wirksamer Alliteration.

Waldstein war unabhängig in seinem Denken, konservativ in wirtschaftlichen, fortschrittlich in vielen anderen Dingen. Er war ein Mann des Rechts, dessen Kräftigung und Fortentwicklung er auf friedlichem Wege ohne revolutionäre Zuckungen herbeisehnte. Er erachtete die Kluft zwischen dem öffentlichen Recht im Reich und in Preußen für verderblich und wirkte – erfolglos – für die Modernisierung des Rechts in Preußen. Seine besten Eigenschaften – innere Wärme und Schwung, vereint mit juristischer Sachlichkeit und Beherrschung der Materie – traten am stärksten bei der Beratung eines Fideikommiß-Gesetzes in Preußen hervor. Aus seiner Rede von 1917 gegen die Verewigung des antiquierten Instituts zu Gunsten des grundbesitzenden Adels bricht ein echter Zorn über die Verkennung der Zeichen der Zeit hervor⁵³.

Im Reichstag war Waldstein Berichterstatte zum Kolonialetat. Er hat seinen Patriotismus nie lärmend bekannt. Den Dank an die in den Kolonien kämpfenden Soldaten, das Verlangen nach Erhaltung des deutschen Kolonialbesitzes brachte er in würdigen Wendungen vor. Waldstein gehörte zu denen, die die Mißbräuche der Schutzhaft politisch verdächtiger Personen unermüdlich bekämpften. Er trat bei der Abwehr des Antisemitismus hervor. „Wenn es den Deutschen schlecht geht auf dem internationalen Bewertungsmarkt“, bemerkt er während des Krieges, „geht es den Juden schlecht auf dem inneren Bewertungsmarkt“⁵⁴. Die Tiefe des Wandels der Zeit, in der er lebte, entging ihm. Waldstein sah nicht die grundlegenden Änderungen, die das Zeit-

wissenschaft und Volkswirtschaft. 1889 Gerichtsassessor in Frankfurt a. Main, 1890 Rechtsanwalt in Altona, 1901 Notar. 1908 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für Altona (Fortschrittliche Volkspartei). 1912 Mitglied des Reichstags für Schleswig-Eckernförde. 1919 Mitglied der Nationalversammlung für Schleswig-Holstein (Deutsche Demokratische Partei). Emigrierte 1939 nach England. Gest. 1943 in London.

⁵³ Reichstag, St. B. 12. 6. 1914, S. 7986 ff.; 22. 1. 1917, S. 3250 ff.

⁵⁴ AZJ 1916, S. 579; *Schultheß*, 1918 I, S. 344 f.

alter des Imperialismus hervorbrachte, und unterschätzte die Stärke des Antisemitismus. Erst in der letzten Minute entschloß er sich zur Emigration.

So gut wie unbemerkt hat sich in der stürmischen Zeit unmittelbar vor dem Ende der Monarchie die Wahl des fortschrittlichen Justizrats Maximilian Kempner vollzogen. Sie wurde durch den Tod des Reichstagspräsidenten Johannes Kaempf notwendig, der den ersten Berliner Wahlkreis vertreten hatte. Kempner wurde mit nationalliberaler Hilfe in der Stichwahl am 29. Oktober 1918, elf Tage vor der Revolution, gegen den Sozialdemokraten Hugo Heimann gewählt. Seinen Sitz im Parlament hat er nicht mehr einnehmen können⁵⁵.

Otto Mugdan und Siegfried Heckscher

Otto Mugdan*, ein Berliner Arzt, vertrat im Reichstag von 1903 bis 1911 den Kreis Lauban-Görlitz in Niederschlesien. Er bearbeitete die Wähler besonders der Pensionärstadt Görlitz geschickt. Daß er Christ war, wurde von seinen Anhängern in der Wahlpropaganda dick unterstrichen. Einwendungen von jüdischer Seite gegen den Kandidaten, der sich erst wenige Jahre zuvor hatte taufen lassen, haben ihm nicht geschadet. Im übrigen hat Mugdan im Parlament bei der Bekämpfung des Antisemitismus im Heere und des Ausschlusses seiner jüdischen Berufsgenossen von der Anstellung als Militärärzte eine scharfe Klinge geschlagen. Mugdan hat sich in die Einzelheiten des Militäretats mit großem Fleiß eingearbeitet⁵⁶. Er hat die Eingriffe des Militärs in das bürgerliche Leben, die Bevorzugung der „feinen“ Regimenter und den Duellunfug gegeißelt. Ein Gebiet, auf dem Mugdan große Sachkunde zeigte, war die Arbeiterversicherung. Er war der Sprecher seiner Fraktion bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung. Dabei bildeten die bürgerlichen Parteien eine feste Arbeitsgemeinschaft. Diese Konstellation sagte Mugdan zu, der den Hauptgegner in der Sozialdemokratie sah. Als er 1912 als Nachfolger Albert Trägers den Wahlkreis Berlin I im Abgeordnetenhaus übernahm, kamen ihm auch dort seine sozialpolitischen Kenntnisse bei der Behandlung der vorbeugenden Krankenfürsorge, der kreisärztlichen Tätigkeit und der Versicherung zugute.

* *Otto Mugdan*, geb. 1862 in Breslau. Evangelisch seit etwa 1900. Studierte Medizin, Dr. med. Seit 1885 praktischer Arzt in Berlin. 1892 Mitglied der Ärztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin. Publierte Schriften sozialmedizinischen Inhalts und Kommentare zu Versicherungsgesetzen. 1903–1911 Mitglied des Reichstags für Görlitz-Lauban. 1912–1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Berlin I. Freisinnige Volkspartei, später Fortschrittliche Volkspartei. Gest. 1925 in Berlin.

⁵⁵ *Schultheß*, 1918 I, S. 344 f.

⁵⁶ S. z. B. Reichstag, St. B. 28. 1. 1910, S. 842.

In der Weimarer Republik führte Mugdan zusammen mit Otto Wiemer eine Berliner Gruppe aus der Deutschen Demokratischen Partei heraus, die ihnen zu wenig „national“ und nicht „bürgerlich“ genug war.

Siegfried Heckscher* war gleichfalls sozialpolitisch interessiert. Er war dichterisch begabt und hat einige, heute längst vergessene Schauspiele verfaßt. An den Arbeiten des Vereins für Sozialpolitik und im Verband deutscher Bühnenschriftsteller betätigte er sich eifrig. Heckscher war Mitglied des Direktoriums der Hapag und nahm lebhaftes Interesse an der Handelsschifffahrt und der Kriegsmarine. Seine Reden zum Etat des Reichsmarineamts zeigen ihn im Gefolge des Fürsten Bülow und des Großadmirals von Tirpitz. Heckscher war blind für die Gefahren, die die deutsche Flottenpolitik heraufbeschwor, und sah im Gegenteil in der Schaffung einer mächtigen Flotte einen Friedensfaktor, der zur Besserung der deutsch-englischen Beziehungen beitragen würde. Im Krieg gehörte er zu den Kritikern Bethmann Hollwegs. Er wirkte für die Rückberufung des Fürsten Bülow, dessen Staatskunst er maßlos überschätzte⁵⁷.

C. Die Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses

I. Die Abgeordneten Berlins

Mugdan hatte im Landtag keine besondere Beziehung zu Berlin. Die bedeutendsten linksliberalen Vertreter Berlins waren Cassel und Rosenow. Hugo Gerschel**, der ihnen an Begabung nicht nachstand, konnte sich nicht in gleicher Weise durchsetzen. Er wurde nach Max Hirschs Tode 1905 als Vertreter von Berlin I gewählt. Cassel und Rosenow waren bis 1918 Mit-

* *Siegfried Heckscher*, geb. 1870 in Hamburg. Evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft, Dr. jur. Reisen in Frankreich, England und USA. 1899 Rechtsanwalt in Hamburg. Mitglied des Direktoriums der Hapag. Ausschußmitglied des Vereins für Sozialpolitik. Vorstandsmitglied des Vereins für innere Kolonisation. Mitglied des Verbands deutscher Bühnenschriftsteller. 1907–1918 Mitglied des Reichstags (Fortschrittliche Volkspartei). Gest. 1929 in Hamburg.

** *Hugo Gerschel*, geb. 1854 in Liegnitz. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Gerichtsassessor 1880. Seit 1883 Fabrikbesitzer, 1897 Vorstandsmitglied einer industriellen Aktiengesellschaft. Mitglied der Handelskammer in Berlin und des Ausschusses des Deutschen Handelstages. Abgeordneter von Berlin I seit Dezember 1905; nach Änderung der Wahlkreiseinteilung, von Berlin II. Freisinnige Volkspartei, später Fortschrittliche Volkspartei. Gest. 1911 in Berlin.

⁵⁷ Heckschers Lebenslauf in Reichstags-Handbuch 1907, S. 278. – Reden zum Etat des Reichsmarineamts, Reichstag, St. B. 2. 1914, S. 7519 ff.; 10. 10. 1917, S. 3857. – *Bülow*, III, S. 285 f. druckt Heckschers Brief, der kurz vor der Revolution geschrieben war, ab. Heckscher erklärte darin, daß „das deutsche Kaisertum Bismarckscher Schöpfung und Bülowscher Entfaltung zu Grabe geläutet“ worden sei.

glieder des Abgeordnetenhauses. Beide waren führend in der Berliner Kommunalpolitik und haben sich im Parlament um die Reichshauptstadt große Verdienste erworben.

Oskar Cassel

Oskar Cassel* war ein unermüdlicher Arbeiter und in vielen Sätteln gerecht. Er entledigte sich der Überfülle seiner Aufgaben sachkundig und energisch. Anwaltspraxis, Führung der größten Berliner Rathausfraktion und Landtagsmandat nahmen ihn voll in Anspruch. Er war ein Vorkämpfer des Selbstverwaltungsrechts der Stadt gegenüber der Engherzigkeit der staatlichen Aufsichtsbehörde. Cassels Verdienste um Berlin wurden durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts belohnt. Vielfach nannte man ihn den ungekrönten König von Berlin. Der freikonservative Abgeordnete Wilhelm von Kardorff machte sich einmal diesen Ausdruck zu eigen. Cassel, der ohne Humor war und alle Dinge schwer nahm, bestritt entrüstet die Wahrheit dieser Bezeichnung⁵⁸. Sein cholerisches Temperament brach auch bei anderen Gelegenheiten durch.

Cassel war ein Hüter des rechtsstaatlichen Prinzips. Er war ein Gegner der Vorherrschaft des Adels, aber der radikalen Reformen abgeneigte Mann stand auch der Sozialdemokratie feindlich gegenüber. Er mußte sein Mandat gegen ihre ansteigende Stimmenzahl mit wachsenden Schwierigkeiten verteidigen. Er stimmte mit seiner Fraktion für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Im Berliner Rathaus, wo er selbst herrschte, lehnte er es ab.

Cassel sprach regelmäßig zum Etat des Justizministeriums. Beim Kultushaushalt wandte er dem höheren Schulwesen besondere Aufmerksamkeit zu und trat mit Wärme für die Verbreitung humanistischer Bildung ein. Der fleißige Abgeordnete wurde aber auch bei anderen Gelegenheiten vorgeschickt und als gründlicher Kenner der Gesetze des Reichs und Preußens vom ganzen Hause geschätzt. Zusammen mit Peltasohn war er der Hauptsprecher zu jüdischen Angelegenheiten. Auch hier ging er vom Gedanken des Rechtsstaats aus. Er verurteilte Ausweisungen ausländischer Arbeiter und Gewerbetreibender aus politischen und konfessionellen Gründen. Cassels Ver-

* *Oskar Cassel*, geb. 1849 in Schwetz (Westpreußen). Studierte Rechtswissenschaft. Seit 1879 Rechtsanwalt in Berlin, 1892 Notar. 1906 Geheimer Justizrat. 1888 Stadtverordneter in Berlin, wird Vorsitzender der Fraktion der Alten Linken und stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. 1903 für einen Berliner Wahlkreis in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Freisinnige Volkspartei, später Fortschrittliche Volkspartei. 1919 Mitglied der Preußischen Verfassunggebenden Landesversammlung (Deutsche Demokratische Partei). Gest. 1923 in Berlin.

⁵⁸ Haus d. Abg., St. B. 12. 2. 1916, S. 2029 ff. AZJ 1914, S. 256. – Informationen über Cassel verdanke ich seiner Tochter, Frau Margarete Lothar und seinem Neffen, Herrn Dr. Hans M. Cassel.

langen nach Beihilfen für leistungsschwache Synagogengemeinden wurde von den Mittelparteien als berechtigt anerkannt, von dem Sozialdemokraten Adolf Hoffmann als „ausgleichende Ungerechtigkeit“ bekämpft⁵⁹. Mit diesem geriet Cassel im Rathaus und im Landtag oft aneinander. Der juristisch geschulte Sohn des Rabbiners einer westpreußischen Kleinstadt, der seinen Patriotismus zuweilen in hochpathetischer Form kundtat, und der Sohn des Proletariats, Atheist und Autodidakt, vor dessen Berliner Witz nichts sicher war, hatten nur ein übersprudelndes Temperament gemeinsam. „Ohne Napoleon säßen Sie noch heute im Ghetto“, rief Hoffmann, ein Meister wohlgezielter Zwischenrufe, Cassel zu, als er sich 1913 für die Bewilligung eines Geldbetrages zur Jahrhundertfeier der Befreiungskriege einsetzte⁶⁰.

Cassel wurde 1919 in die Preußische Landesversammlung gewählt. Nicht viel später befiel ihn schwere Krankheit. Der Unermüdliche verbrachte die letzten Lebensjahre qualvoll an den Lehnstuhl gefesselt.

Leopold Rosenow

Leopold Rosenow* war Besitzer einer Leisten- und Rahmenfabrik. Er vertrat, wie erwähnt, ursprünglich Rudolf Virchows ehemaligen Wahlkreis. Als durch die Neueinteilung der Berliner Wahlkreise die Alleinherrschaft des Freisinns in der Hauptstadt gebrochen wurde, kandidierte Rosenow 1908 erfolgreich in einem Arbeiterviertel. Trotz des Dreiklassenwahlrechts war er seinem sozialdemokratischen Gegner bei der Wahl von 1913 nur noch um wenige Stimmen voraus.

Wie in der Stadt Berlin, interessierte sich Rosenow auch im Abgeordnetenhaus für das Verkehrswesen. Er sprach häufig zum Handels- und Eisenbahnetat und wurde 1905 stellvertretender Vorsitzender der Handels- und Gewerbekommission. Rosenow hatte Verständnis für die Arbeiterfrage und befürwortete eine kraftvolle Sozialpolitik, auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, in der er die links von Cassels „Alter Linken“ stehende „Neue“ oder „Sozialfortschrittliche Fraktion“ führte. Rosenow begann im Gefolge von Schulze-Delitzsch, ging aber über diesen hinaus. Auch im Kriege mahnte er zum Verständnis für die Arbeiter und zu einem weiteren Ausbau

* *Leopold Rosenow*, geb. 1848 in Strasburg (Westpreußen). Seit 1872 in Berlin, zunächst im Bankfach tätig, dann Fabrikbesitzer. Mitglied der Handelskammer in Berlin. 1894 bis 1920 Stadtverordneter. Vorsitzender der Verkehrsdeputation und der Deputation für Wohlfahrtswesen. 1919 bis 1921 unbesoldeter Stadtrat in Berlin. 1921 bis 1924 besoldeter Stadtrat im Bezirksamt Berlin-Mitte. Städtältester. 1903 bis 1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Freisinnige Volkspartei, später Fortschrittliche Volkspartei. Vorsitzender des Vereins der Volkskindergärten in Berlin. Gest. 1930 in Berlin.

⁵⁹ Haus d. Abg., St. B. 2. und 3. 4. 1913, S. 13209 ff. bzw. 13223 ff.

⁶⁰ Haus d. Abg., St. B. 12. 2. 1914, S. 2041; AZJ 1913, S. 173.

der Sozialgesetzgebung. „Es wird nicht zuviel soziale Fürsorge getrieben“, rief er in einer Polemik der Rechten zu. Nur der sozial gesicherte Mensch besitze die in schweren Zeiten erforderliche innere Festigkeit⁶¹.

Die Zustände in den Strafanstalten behandelte Rosenow wiederholt kritisch. Er reihte sich aber auch in die lange Reihe der Parlamentarier ein, die als Vertreter des Mittelstandes die Beschäftigung von Strafgefangenen in Privatbetrieben zu geringen Löhnen bekämpften. Rosenow mißbilligte mit seiner Fraktion die offizielle Polenpolitik und kritisierte die korrumpierende Ostmarkenzulage an Beamte und Lehrer in doppelsprachigen Gebieten. Neuland betrat er mit der Forderung nach Lehrstühlen für soziale Medizin und für Zeitungswissenschaft, die später in großem Umfang geschaffen wurden⁶².

Rosenow hat noch nach dem Ersten Weltkrieg kommunalpolitisch gewirkt, als er schon das 70. Lebensjahr überschritten hatte, und hat sich erst spät von der ihm lieb gewordenen Arbeit zurückgezogen.

Paul Liepmann

In der großbürgerlichen Stadt Wilmersdorf, die mit halb ländlichen, halb industriellen Berliner Vorortgebieten zu einem Wahlkreis verbunden war, wurde Paul Liepmann * als der einzige jüdische nationalliberale Abgeordnete Berlins und seiner näheren Umgebung gewählt. Liepmann hat die Richterlaufbahn, in der für einen Juden keine Lorbeeren zu ernten waren, an den Nagel gehängt. Für die Rechtswissenschaft hat er sich weiterhin interessiert und Schriften über englisches Strafrecht und Strafverfahren verfaßt⁶³.

In seiner Partei stieg Liepmann rasch auf. Er wurde Vorsitzender des Wahlkreises, der ihn kandidieren ließ, und stellvertretender Vorsitzender der Brandenburgischen Provinzialorganisation. Dank seiner Hausmacht in Berlin gelangte er auch in den Zentralvorstand, das politische Beratungs- und Beschlußorgan der Partei. In der Fraktion wirkte er vermittelnd zwischen dem starken rechten und dem schwachen linken Flügel. Er wandte sich Problemen zu, mit denen er durch seine juristische Bildung und seine kommunalpolitische Erfahrung vertraut war. Er brach früh eine Lanze für die Strafrechtsreform. Bei der Behandlung komplizierter juristischer Fragen wußte er das

* *Paul Liepmann*, geb. 1856. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Wurde Amtsrichter und Amtsgerichtsrat. Schied aus der Richterlaufbahn aus. Professor und Geheimer Justizrat. Stadtverordneter in Charlottenburg. Vorsitzender der national-liberalen Organisation Teltow-Beeskow-Storkow-Wilmersdorf. Mitglied des Abgeordnetenhauses von 1913–1918. Gest. 1932 in Berlin.

⁶¹ Haus d. Abg., St. B. 6. 3. 1916, S. 1670; 17. 2. 1917, S. 3671 f.; 3682 ff. Informationen über Leopold Rosenow verdanke ich seinem Sohn, Herrn Professor Dr. George Rosenow, New York.

⁶² Haus d. Abg., St. B. 21. 4. 1904, S. 4231 f.; 26. 4. 1904, S. 4490; s. auch die Zeitschrift: „*Medizinische Klinik*“ Berlin, November 1911, S. 1 ff.

⁶³ Der Gemeindebote (Anlage zur AZJ), 26. 5. 1916, S. 4.

Wesentliche gemeinverständlich herauszuschälen. Er bemühte sich um die Förderung des Kleingewerbes, des Handwerks und Kleinhandels sowie der Hausbesitzer, auf deren Stimmen die Nationalliberalen angewiesen waren, und deren gefürchtete Proletarisierung die Partei zu verhindern suchte. Während des Krieges teilte Liepmann die Begeisterung der Rechten und der Mitte für Eingriffe der Militärbehörden in die Verwaltung unter der Deckung des Belagerungszustandes. Er forderte aber wenigstens die Heranziehung von Zivilbeamten, um die Militärbehörden vor der Fällung von Entscheidungen auf den ihnen unbekanntem Gebieten zu beraten. 1917 und 1918 gehörte Liepmann zu dem Flügel der Fraktion, der das gleiche Wahlrecht zwar als unerwünscht, aber als unvermeidlich betrachtete⁶⁴.

Liepmanns parlamentarische Tätigkeit endete mit der Revolution. Einige Tage nach dem 9. November 1918 trafen sich in seinem Hause die führenden Männer der Nationalliberalen und der Fortschrittler, um eine gemeinsame liberal-demokratische Partei zu begründen⁶⁵. Man wurde sich in allem Grundsätzlichen einig. Warum die Parteigründung scheiterte, gehört nicht hierher. Ihr Mißlingen ist ein Glied in der Kette der vergeblichen Versuche, die dem deutschen Liberalismus seit jeher inhärente Tendenz zur Spaltung zu überwinden. Liepmann ging, seinem alten Fraktionsführer Friedberg folgend, zur Deutschen Demokratischen Partei.

II. Die Vertreter der Ostmark

Insgesamt wurden fünf jüdische Abgeordnete in gemischtsprachigen Gebieten auf konservativ-liberalen Listen gegen polnische Kandidaten gewählt. Unter ihnen waren vier Linksliberale. Obwohl die Fortschrittler der aggressiven antipolnischen Politik der Rechten und der Nationalliberalen ablehnend gegenüberstanden, wichen die in der Ostmark gewählten Parlamentarier zuweilen von der offiziellen Linie ihrer Partei ab.

Unter den jüdischen Abgeordneten waren drei Juristen: der Richter Martin Peltasohn, der zuerst in einer Kleinstadt, dann in Bromberg und schließlich in Berlin amtierte, der Rechtsanwalt Moritz Baerwald, der 1912 in Peltasohns Wahlkreis nach seinem Tode gewählt wurde, und Eduard Wolff, der seine Anwaltspraxis in Lissa ausübte. Der Bankier Louis Aronsohn in Bromberg und der Industrielle Leopold Levy in Hohensalza waren wirtschaftlich führende Persönlichkeiten.

Martin Peltasohn

Peltasohn*, der eifrigste der jüdischen Abgeordneten der Ostmark, war in der Provinz Posen geboren, auf einem katholischen Gymnasium erzogen und

* *Martin Peltasohn*, geb. 1849 in Ostrowo (Provinz Posen). Studierte Rechtswis-

⁶⁴ Haus d. Abg., St. B. 21. 2. 1914, S. 2719; *Thieme*, S. 42 f.; 117; 155; 171 f.; 184.

⁶⁵ *Rheinbaben*, S. 143; *Thieme*, S. 199 f.

seit mehr als 25 Jahren Richter, als er in das Parlament eintrat. Er sprach sachlich, ruhig und mit großer Bestimmtheit. Das juristische Element trat auch in seiner politischen Tätigkeit stark hervor. Kritik an der Regierung beschränkte er auf die Fälle, in denen diese widerrechtlich handelte. Seine Interpellation wegen der Benachteiligung jüdischer Richter und Notare ist bereits in anderem Zusammenhang behandelt worden⁶⁶. Gerechtigkeit verlangte er auch für jüdische Volksschullehrer, deren Benachteiligung gegenüber christlichen Lehrern er zu beseitigen wünschte⁶⁷.

Wahrung des Rechtsstandpunktes leitete Peltasohn auch in seiner Stellungnahme zu dem bereits erwähnten Königsberger Hochverrats- und Geheimbündeiprozeß, bei dem deutsche Sozialdemokraten, darunter der spätere preussische Ministerpräsident der Weimarer Zeit, Otto Braun, vor Gericht standen. Es war der erste große politische Prozeß, in dem der Königsberger Rechtsanwalt und Abgeordnete Hugo Haase, der spätere Führer der sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion, als Verteidiger hervortrat. Peltasohn tadelte in ernsten Worten die Duldung auswärtiger Polizeispitzel in Deutschland und die Überwachung deutscher Staatsangehöriger durch ausländische Agenten. Er bedauerte die Auslieferung russischer Staatsangehöriger an Rußland⁶⁸. Justizrat Wolff* nannte den ganzen Prozeß einen Mißgriff und hielt auch mit seiner Kritik an dem russisch-deutschen Staatsvertrag von 1885 nicht zurück. Er verurteilte besonders die Bestimmung, nach der ein in Deutschland ansässiger Russe selbst wegen einer leichten Übertretung nach Rußland ausgeliefert werden konnte⁶⁹.

Im deutsch-polnischen Nationalitätenkampf hielt Peltasohn Distanz von seiner Fraktion. Er wich nur wenig von der offiziellen Regierungspolitik ab. Der Ostmarkenpolitik stand er unkritisch gegenüber. In dem nationalistisch-antisemitischen Ostmarkenverein sah er eine Abwehrorganisation. In der Debatte über die Erzwingung der Teilnahme polnischer Kinder am deutschsprachigen Religionsunterricht in der Schule durch gerichtliche Bestrafung der Eltern und Körperstrafen der Kinder hielt er mit seinem Tadel zurück. Durch

senschaft. 1877 Kreisrichter, 1879 Amtsrichter in Grätz (Posen). 1885 Amtsrichter, 1890 Amtsgerichtsrat, 1892 Landgerichtsrat in Bromberg. Seit 1905 am Landgericht I in Berlin. 1898 bis 1912 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Mogilno-Znin-Wongrowitz (Freisinnige Vereinigung, später Fortschrittliche Partei). Herausgeber einer Gesetzessammlung auf dem Gebiet des Anerbenrechts. Bis 1905 Vorsitzender der jüdischen Repräsentantenversammlung in Bromberg. Gest. 1912 in Berlin.

* *Eduard Wolff*, geb. 1852 in Lissa (Posen). Studierte Rechtswissenschaft. 1882 Rechtsanwalt in Lissa, 1897 Notar. Stadtverordnetenvorsteher in Lissa. Freisinnige Vereinigung, dann Fortschrittliche Volkspartei. Seit 1900 Vertreter von Fraustadt-Lissa-Rawitsch. Gest. 1914 in Lissa.

⁶⁶ S. oben S. 47.

⁶⁷ AZJ 1908, S. 137.

⁶⁸ Haus d. Abg., St. B. 22. 9. 1904, S. 1644. Über Friedbergs Haltung zu dem Prozeß, s. oben S. 352.

⁶⁹ Haus d. Abg., St. B. 10. 12. 1904, S. 8233 ff.

die damals in der Provinz ausbrechenden Unruhen und die scharfe Kritik des Zentrums wurde Bülow das Zugeständnis abgenötigt, daß körperliche Strafen als Disziplinarmittel im Religionsunterricht nicht mehr angewandt werden sollten⁷⁰.

Moritz Baerwald

Die Familie, der Moritz Baerwald*, Peltasohns Nachfolger, entstammte, sowie diejenige seiner Frau, war in dem Kreis, in dem er aufgestellt wurde, bekannt und geachtet. Dies begünstigte seine Kandidatur. Er hielt sich bei den seltenen Gelegenheiten, bei denen er das Wort ergriff, auch in der Polenfrage im Rahmen seiner Partei. Den im März 1914 behandelten Entwurf des Grundteilungsgesetzes kritisierte Baerwald scharf. Er sagte voraus, daß das Gesetz die innere Kolonisation nicht fördern, aber den Nationalitätenkampf verschärfen würde, da es sich deutlich gegen die Polen richte. Vor allem sprach er sich gegen die Erteilung der Entscheidungsgewalt im Genehmigungsverfahren an die politischen Beamten aus, weil von diesen sachliche Entscheidungen nicht erwartet werden könnten⁷¹.

Louis Aronsohn

Louis Aronsohn** hatte sich aus eigener Kraft zu einer achtunggebietenden Stellung als Bankier in Bromberg emporgearbeitet. Er gehörte dem Aufsichtsrat bedeutender, besonders ostdeutscher Unternehmen an. Im Abgeordnetenhaus bekleidete er die wichtige Stellung des Vorsitzenden der Rechnungskommission. Er verurteilte die deutsche Ostmarkenpolitik weniger vom Standpunkt des Liberalismus als von dem der Zweckmäßigkeit. Er beobachtete besorgt das Wachsen einer städtischen polnischen Mittelklasse.

* *Moritz Baerwald*, geb. 1860 in Thorn (Westpreußen). Studierte Rechts- und Staatswissenschaft. 1889 Rechtsanwalt in Bromberg, 1902 Mitglied des Vorstands der Anwaltskammer in Posen, 1908 Notar. 1903 unbesoldeter Stadtrat in Bromberg. 1912–1918 Abgeordneter für Mogilno-Znin-Wongrowitz. Fortschrittliche Volkspartei. 1919 Mitglied der Verfassungegebenden Deutschen Nationalversammlung (Deutsche Demokratische Partei). 1888 Mitglied des Repräsentantenkollegiums der jüdischen Gemeinde Bromberg, 1914 stellvertretender Vorsitzender. Gest. 1919.

** *Louis Aronsohn*, geb. 1850 in Wissek (Bezirk Bromberg). Besuchte die Volksschule und Handelsschule. Trat in das Bankfach ein, wurde selbständiger Bankier. Geheimer Kommerzienrat, Vizepräsident, dann Präsident der Handelskammer für den Bezirk Bromberg. Unbesoldeter Stadtrat in Bromberg. Mitglied des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses. 1903–1918 Abgeordneter für Wirsitz-Bromberg (Freisinnige Volkspartei, später Fortschrittliche Volkspartei). 1919 Mitglied der Preussischen Landesversammlung (Deutsche Demokratische Partei). Gest. 1928 in Berlin.

⁷⁰ Haus d. Abg., St. B. 15. 1. 1902, S. 230.

⁷¹ Haus d. Abg., St. B. 20. 3. 1914, S. 4451.

Er warf der Regierung vor, diesen Vorgang durch Ankauf polnischen Landbesitzes zu fördern, wodurch die Polen in die Städte abgedrängt würden und in den Besitz der Mittel gelangten, die ihnen das Eindringen in städtische Gewerbe ermöglichten. Über seine Fraktion hinaus fand er Zustimmung, als er die staatliche Vorherrschaft in den Selbstverwaltungskörpern der Kreise und der Provinz Posen kritisierte. Die preußischen Selbstverwaltungsgesetze sind aus Furcht vor dem Polentum in der Provinz niemals angewandt worden.

Dagegen erregte Aronsohn Mißstimmung in seiner Fraktion und heftigen Widerspruch bei Polen und Sozialdemokraten, als er im April 1914 zusammen mit anderen ostmärkischen Abgeordneten die staatliche Förderung der Kreditanstalt für städtischen Hausbesitz in Posen und Westpreußen mit einer Polenklausel beantragte: Polen sollten von dem Genuß dieser Zuwendungen ausgeschlossen werden⁷². Auf Grund seiner Kenntnis der Ostmark wurde Aronsohn 1915 als Finanzfachmann in die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete berufen.

Leopold Levy

Leopold Levy* genoß eine vielseitige Ausbildung in der Rechtswissenschaft, der Volkswirtschaft und im Bankwesen, bevor er nach dem Tode des Vaters die industriellen und kaufmännischen Familienunternehmen zu leiten begann. Fast als Teil seines Erbes fielen ihm die kommunalen und provinziellen Ämter zu, die sein Vater wahrgenommen hatte. Er war auch im Vorstand des Verbands ostdeutscher Industrieller. Er saß, wie Liepmann, in dem Zentralvorstand der Partei. Levy stand auf ihrem äußersten rechten Flügel. Er gehörte der Leitung des Altnationalliberalen Reichsverbandes an, der sich als Gegengewicht gegen die den linken Flügel darstellenden Jungliberalen gebildet hatte.

Diese Einstellung und die Lage in den gemischtnationalen Gebieten veranlaßten Levy, seine Gegnerschaft gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zusammen mit den anderen posenschen und westpreußischen Abgeordneten seiner Partei aufrechtzuerhalten. Sie wußten, daß ihre

* *Leopold Levy*, geb. 1870 in Inowrazlaw. Studierte Rechts- und Staatswissenschaft, Dr. jur. Bei der Breslauer Diskontogesellschaft tätig. Gerichtsassessor 1897. 1900 Hilfsrichter beim Landgericht Bromberg. Übernahm das Kalkwerk bei Inowrazlaw (Hohensalza) und andere Familienunternehmungen. 1904 Stadtverordneter in Inowrazlaw, 1905 stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, 1908 Stadtverordnetenvorsteher. Nationalliberal. Mitglied des Provinziallandtags. 1911–1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Mitgl. des Vorstands der Synagogengemeinde in Inowrazlaw und des Verbandes der deutschen Juden. Gest. 1939 in Inowrazlaw.

⁷² Haus d. Abg., St. B. 6. 5. 1904, S. 4990; 24. 4. 1914, S. 5291. Über die gleiche Haltung während des Krieges vgl. *Thieme*, S. 144 ff.

Kreise unter der Herrschaft des gleichen Wahlrechts den Polen zufallen würden. Ihre Haltung entsprach Beschlüssen des Ostmarkenvereins. Selbst der Freikonservative Arendt war einsichtiger. Levy war der einzige jüdische Abgeordnete, der bis zum bitteren Ende gegen das gleiche Wahlrecht stimmte.

In wirtschaftlichen Fragen vertrat Levy wiederholt Mittelstandsinteressen. Er bekämpfte die eigenwirtschaftliche Tätigkeit des Staates und wandte sich gegen den Aufbau eines Filialnetzes der preußischen Staatsbank. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Kriegspolitik und der Eingliederung der Provinz Posen in die polnische Republik fand sein parlamentarisches Wirken ein Ende. Levy blieb in Inowrazlaw und wurde 1939 nach dem Einmarsch des deutschen Heeres von den Deutschen erschossen ⁷³.

III. Die anderen jüdischen Abgeordneten

Otto Münsterberg

Otto Münsterbergs* parlamentarische Laufbahn begann durch seine Wahl in Danzig im Jahre 1903. Fünf Jahre darauf fielen die Danziger Mandate der Rechten zu, aber 1913 kehrte Münsterberg in das Abgeordnetenhaus zurück. Der Großkaufmann in Danzig-Langfuhr, der überaus gebildet und kunstverständlich war, arbeitete sich zunächst in Eisenbahn- und Wirtschaftsfragen ein. Er brachte als Armenpfleger Verständnis für Wohlfahrts- und Gesundheitsprobleme mit. Die Beseitigung des Wohnungselends erschien ihm als die vordringliche Aufgabe⁷⁴. Berufs- und Fachschulwesen interessierten Münsterberg als Hilfsmittel für die Bewährung des Einzelnen im Wirtschaftsprozess und für den Aufstieg Deutschlands in Weltwirtschaft und Welthandel. Die Beschäftigung damit führte ihn zu intensiver Anteilnahme am Erziehungswesen im allgemeinen. Er sprach häufig zum Hochschuletat und zu Fragen der Kunst⁷⁵.

Julius Lippmann

Julius Lippmann** trat 1908 in das Abgeordnetenhaus ein, nachdem er sich als Rechtsanwalt in Stettin einen Namen gemacht hatte. Er war ein ausge-

* *Otto Münsterberg*, geb. 1854 in Danzig. Kaufmännische Lehre. Selbständiger Kaufmann, Kommerzienrat. Führend im Danziger kommunalpolitischen Leben. Publikationen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Inhalts, vor allem über Danzig und den deutschen Osten. 1903–1908 und 1913–1915 Mitglied des Abgeordnetenhauses (Freisinnige Vereinigung, dann Fortschrittliche Volkspartei). Gest. 1915 in Berlin.

** *Julius Lippmann*, geb. 1864 in Danzig. Studierte klassische Philologie, dann

⁷³ *Thieme*, S. 42, 49, 117, 144, 154 f. – Die Information über Levys Ende verdanke ich Herrn Dr. med. Eduard Mühsam, New York.

⁷⁴ Haus d. Abg., St. B. 14. 4. 1904, S. 3721 ff.; 15. 6. 1904, S. 5931 ff.

⁷⁵ Als Beispiel die Rede Haus d. Abg., St. B. 15. 2. 1905, S. 10040 ff.

zeichneter Kenner aller Zweige der Verwaltung. Diesem profunden Wissen hat er es zu verdanken, daß er nach der Revolution bei dem großen Revirement in Preußen in der Weimarer Republik an die Spitze des Oberpräsidiums der Provinz Pommern gestellt wurde, an der er bis zur Erreichung der Altersgrenze verblieb. Lippmann tadelte die einseitige Klassen- und Standeszusammensetzung der Verwaltung und verteidigte die nationalen Minderheiten gegen die Verfolgungssucht der Verwaltungsbehörden. Obwohl getauft, scheute er sich ebensowenig wie Mugdan, antisemitische Praktiken ans Licht zu ziehen. Er kritisierte den Ausschluß der Juden von der höheren Verwaltung und die Führung einer Liste beim Berliner Einwohner-Meldeamt, auf der die neu zuziehenden Juden gesondert aufgeführt wurden. Sparkassenwesen, Wasserstraßen und Schulprobleme, Agrarfragen und Fischerei gehörten zum Kreis der von Lippmann behandelten Arbeitsgebiete. Ein neues Fischereigesetz, an dem er als Stettiner Abgeordneter besonders interessiert war, hatte in ihm 1915 einen kenntnisreichen Berichterstatter ⁷⁶.

Max Lichtenstein

Nach dem Tode des fortschrittlichen Mandatsinhabers stellten die Königsberger Fortschrittler Ende 1912 den Justizrat Max Lichtenstein* auf. Er wurde gewählt. Lichtenstein galt als linker Flügelmann des Liberalismus in Ostpreußen. Er betätigte sich als junger Anwalt im Handwerkerverein, dessen Vorsitzender er wurde, und in anderen Organisationen, wurde Stadtverordneter und schließlich Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung. Im Landtag nahm er sich in einer größeren Rede der Fischer des Samlandes in Ostpreußen an, die wirtschaftlich in schwer bedrängter Lage waren.

Lichtenstein war ein fein gebildeter Mann, zeitweise Präsident der Deutschen Kantgesellschaft, und ein bedeutender Jurist. Trotzdem erhoben sich gegen seine Wiederaufstellung Bedenken. Vielen erschien er zu weich und

Rechtswissenschaft. 1892 Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht in Stettin. 1900 Stadtverordneter in Stettin. 1908 Mitglied des Abgeordnetenhauses (Freisinnige Vereinigung, dann Fortschrittliche Volkspartei). 1919 Mitglied der Nationalversammlung (Deutsche Demokratische Partei). 1919–1929 Oberpräsident der Provinz Pommern. Gest. 1934 in Berlin.

* *Max Lichtenstein*, geb. 1860 in Ortelsburg (Ostpreußen). Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1885 Rechtsanwalt in Königsberg, 1894 Stadtverordneter, später Stadtverordnetenvorsteher. Im Dezember 1912 in einer Nachwahl gewählt (Fortschrittliche Volkspartei), im März 1913 Mandat niedergelegt. Gest. 1942 im Konzentrationslager Theresienstadt.

⁷⁶ Haus d. Abg., St. B. 7. 3. 1916, S. 1447; 16. 2. 1917, S. 3600; 19. 2. 1917, S. 3771; 1. 3. 1917, S. 4714. S. auch 17. 2. 1914, S. 2343. Auch Cassel kritisierte wiederholt den Ausschluß der Juden von der höheren Verwaltung. Informationen über Lippmann verdanke ich seinem Sohn, Dr. med. Werner O. Lippmann, Augusta, Maine, USA.

konziliant, von einer Seite wurde auch bezweifelt, ob es klug sei, einen Juden in das Abgeordnetenhaus zu senden. Kurz entschlossen, legte Lichtenstein sein Mandat nieder und verzichtete auf eine abermalige Kandidatur. Sein Anwaltskollege, der Justizrat Carl Siehr, hat ihm in der Serie *Köpfe der Ostmark* des führenden liberalen Blattes Ostpreußens eine schöne Würdigung zuteil werden lassen. Lichtensteins Tochter Käthe, die ihn nach dem Tode seiner Frau versorgte, wurde 1942 in ein Konzentrationslager verschleppt und dort umgebracht, Lichtenstein selbst im Alter von 82 Jahren nach Theresienstadt deportiert, wo er kurz nach seiner Einlieferung starb⁷⁷.

Oscar Meyer, Ludwig Heilbrunn und Max Lewin kamen durch Nachwahlen während des Krieges in das Haus. Meyer wurde 1914 noch vor Ausbruch des Krieges in Frankfurt a. Oder nach dem Tode des dortigen fortschrittlichen Abgeordneten aufgestellt. Infolge des Kriegsausbruchs fand die Wahl erst 1915 statt. Heilbrunn und Lewin rückten nach dem Tode des fortschrittlichen Mandatsinhabers Frankfurts a. Main bzw. Nordhausens in das Haus ein. Unter dem „Burgfrieden“ haben die Parteien sich bei Nachwahlen während des Krieges ihren Besitzstand nicht bestritten. Die Wahl der drei Kandidaten war daher gesichert.

Oscar Meyer

Die Spanne des Lebens Oscar Meyers* war weit. Sie reichte von der Zeit Bismarcks bis zur Epoche der Bundesrepublik, von seiner Vaterstadt Berlin bis nach Kalifornien, wo er starb. Fast 30 Jahre war er Syndikus der Industrie- und Handelskammer Berlin, bis das nationalsozialistische Regime seinem Wirken ein Ende machte und ihn zur Emigration zwang. Meyer stieg unter der Weimarer Republik zu erheblichem Einfluß auf. Zum Abgeordnetenhaus kandidierte er zum ersten Mal erfolglos im Jahre 1910. In den drei Jahren seiner Zugehörigkeit zum Hause spezialisierte er sich auf den Etat des Handelsministeriums. Für den Entwurf zur Änderung des Handelskammer-

* *Oscar Meyer*, geb. 1876 in Berlin. Als Jude geboren, evangelisch. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1903 Gerichtsassessor, 1904–1933 Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Berlin. 1908–1920 Stadtverordneter in Charlottenburg, seit 1920 in Berlin, seit 1921 Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter. 1915–1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses (Fortschrittliche Volkspartei). 1919–1921 Mitglied der Preußischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1924–1930 Mitglied des Reichstags (Deutsche Demokratische Partei). Verschiedene Publikationen, darunter ein Kommentar zum Börsengesetz. Emigrierte 1933 nach den Vereinigten Staaten. Gest. 1961 in Berkeley (Kalifornien).

⁷⁷ Preußisches Abgeordnetenhaus, 2. Nachtrag. 1908–1912. Berlin. *Ernst Haase*, S. 5; „Justizrat Lichtenstein“, *Königsberger Hartungsche Zeitung*, 28. 11. 1926. Informationen verdanke ich Herrn Professor Walter Friedländer, Oakland, Kalifornien.

gesetzes bestellte ihn die Kommission für Handel und Gewerbe zum Bericht-erstatte. Das Gesetz kam nicht mehr zustande.

Meyer ließ in New York mehrere Jahre vor seinem Tode Erinnerungen in deutscher Sprache erscheinen. Der beherrschte Mann, der Gefühlsregungen nur ungerne zu erkennen gab, rechtfertigte seine Niederschrift damit, daß er vier deutsche Geschichtsperioden erlebt hatte: „Als Kind die Bismarckära, als Erwachsener die Regierung Wilhelms II, als Mitarbeiter die Weimarer Republik, als gebrochener Mann das Hitlersystem“⁷⁸.

Freimütig bespricht er seinen Übertritt vom Judentum zum Protestantismus. Die Zugehörigkeit zum Judentum erschwerte ihm nicht nur das Fortkommen, sondern war auch „ein Hemmschuh für die Anbahnung unbefangener Beziehungen sogar zu solchen Menschen, mit denen eine weitgehende Gemeinsamkeit der Anschauungen besteht. Ich sah nicht ein, warum ich mein und meiner Nachkommen Leben auf die Dauer durch dieses Martyrium verbittern sollte“⁷⁹. Meyer fühlte sich später mit allen Menschen jüdischer Abstammung durch gemeinschaftliches Leiden und gemeinschaftliche Verteidigung verbunden und bekundete Verständnis für das Werden des Staates Israel. Aber auch aus der Rückschau seiner Erinnerungen hat er seinen damaligen Schritt nicht bedauert, da ihm der Glaube der Väter als ein inhaltsloser Begriff, jüdisches Volkstum als bedeutungslos erschienen sei und ihm offenbar auch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft nichts besagte, deren Ethik drei Jahrtausende hindurch das Werden der westlichen Welt beeinflußt hat.

Ludwig Heilbrunn

Heilbrunn* war 1907 Reichstagskandidat für Hanau, blieb aber weit hinter dem Sozialdemokraten Gustav Hoch und dem nationalliberalen Mitbewerber zurück. In einer Nachwahl gelangte er 1915 als Vertreter Frankfurts am Main in das Abgeordnetenhaus. In der kurzen Zeit seiner Mitgliedschaft konnte er dort keine nennenswerten Leistungen vollbringen. Die kommunale

* *Ludwig Heilbrunn*, geb. 1870 in Frankfurt am Main. Studierte Rechtswissenschaft. Dr. jur., Dr. rer. pol. h. c. 1898 Gerichtsassessor, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main. 1919–1933 Mitglied des Vorstands der Frankfurter Anwaltskammer. 1910 bis 1918 Stadtverordneter. Stellvertretendes Mitglied des Provinzialrats der Provinz Hessen-Nassau. 1915–1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses (Fortschrittliche Volkspartei). 1919–1921 Mitglied der Preußischen Verfassungsgebenden Landesversammlung (Deutsche Demokratische Partei). Mitglied des Kuratoriums und Ehrenbürger der Universität Frankfurt am Main. 1907–1919 Herausgeber der *Monatsschrift für Handelsrecht und Bankwesen*. Publikationen über Reform des Aktienrechts und die Gründung der Universität Frankfurt am Main. Emigrierte 1939 nach England, von seinem Sohn wegen angegriffener Gesundheit 1950 nach Deutschland zurückgeführt. Gest. 1951 in Bühlerhöhe.

⁷⁸ *Oscar Meyer*, S. 11.

⁷⁹ *Oscar Meyer*, S. 38.

Tätigkeit in Frankfurt am Main stand im Mittelpunkt der politischen Interessen des vielseitigen Anwalts und handelsrechtlich interessierten Juristen. Sein Lieblingskind war die Universität Frankfurt, für deren Gründung er rastlos arbeitete und um die er sich bedeutende Verdienste erwarb⁸⁰.

Max Lewin

Der letzte vor dem Jahre 1918 gewählte Abgeordnete jüdischer Abstammung, der Justizrat Max Lewin, war der Schwiegersohn Albert Trägers, eines populären Berliner Reichs- und Landtagsabgeordneten. Lewin-Träger, wie er sich später nannte, hatte vor dem Kriege in aussichtslosen Wahlkreisen zum Reichstag kandidiert. Jetzt zog er 1916 nach dem Tode des fortschrittlichen Mandatsinhabers in Nordhausen in das Abgeordnetenhaus ein. Lewin sprach einige Male zu Fragen rechtlicher Natur. Er ist 1930 in Berlin gestorben.

Anhang: Das Preußische Herrenhaus

Obwohl zum Preußischen Herrenhause nicht gewählt wurde, soll hier ein Überblick über die jüdischen Mitglieder gegeben werden, die dem Hause seit seiner Schaffung im Jahre 1854 angehört haben. Das Herrenhaus setzte sich aus den Mitgliedern des Königlichen Hauses, Mitgliedern mit erblicher Berechtigung und auf Lebenszeit berufenen Mitgliedern zusammen. Alle Männer jüdischer Herkunft gehörten der dritten Gruppe an. Sie wurden aus besonderem königlichen Vertrauen oder auf Grund der Präsentation der Landesuniversitäten bzw. der Städte berufen. Die Gesamtmitgliedszahl des Herrenhauses schwankte zwischen 300 und 400.

Von den meisten jüdischen Herrenhausmitgliedern, die vor der Reichsgründung und in der Zeit Bismarcks dem Hause angehörten, war schon die Rede, da sie vor ihrer Berufung als leitende Beamte, Gelehrte oder Reichstagsabgeordnete gewirkt hatten. Friedrich Julius Stahl war der bedeutendste politische Denker, Heinrich Dernburg der größte Gelehrte unter ihnen. Ebenso wie Stahl wurden zwei preußische Minister der Bismarckzeit, Heinrich Friedberg und Friedenthal, sowie Mayer Karl von Rothschild aus besonderem königlichen Vertrauen berufen. Auch Heinrich Dernburg, der von 1866 bis 1873 auf Präsentation der Universität Halle dem Hause angehört hatte, wurde nach der Übernahme des Lehramts in Berlin vom König neu berufen und gehörte dem Herrenhaus bis zu seinem Tode im Jahre 1907 an. Von diesen waren alle außer Rothschild evangelisch. Ein Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft war Dagobert Friedländer, der auf Grund der Präsentation der Stadt Bromberg (Provinz Posen) berufen wurde und nach Nie-

⁸⁰ Göppinger, S. 127 f.

derlegung seines städtischen Amtes, wie üblich, ausschied⁸¹. Evangelisch war der Altphilologe Ludwig Friedländer (1824–1909), der Verfasser einer Sittengeschichte Roms, des bedeutendsten Werks auf diesem Gebiete in jener Zeit. Er wurde auf Grund der Präsentation der Universität Königsberg berufen und schied 1892 nach Niederlegung seines dortigen Lehramts aus.

In der Zeit Wilhelms II. präsentierte die Universität Halle 1901 den Staatsrechtslehrer Edgar Loening (1843–1919), die Stadt Posen ihren Oberbürgermeister Richard Witting (1856–1920). Er war Mitglied des Hauses seit 1892 und schied 1902 wegen Niederlegung seines städtischen Amtes aus. Witting hieß ursprünglich Witkowski und war ein Bruder Maximilian Hardens. Im Ersten Weltkrieg gehörte er zu denen, die die Lage von vornherein pessimistisch beurteilten und auf den Abschluß eines baldigen Friedens drängten. Wilhelm II. berief ferner außer dem Staatssekretär a. D. Bernhard Dernburg zwei Bankiers und zwei Industrielle jüdischer Herkunft aus besonderem königlichen Vertrauen. Die Bankiers waren Mitinhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co., das internationale Bedeutung hatte. Ernst von Mendelssohn-Bartholdy (1846–1909) wurde 1902, Franz von Mendelssohn (1865–1935) im Jahre 1913 berufen. 1914 wurde dieser Präsident der Berliner Handelskammer. Beide waren Nachkommen Moses Mendelssohns. Die Industriellen waren Fritz Friedländer (1858–1917), der nach seinem Übertritt zum Katholizismus den erblichen Adel unter dem Namen Fritz von Friedländer-Fuld erhielt, ein Führer der oberschlesischen Kohlenwirtschaft, und Eduard Arnhold (1849 bis 1925), der Chef der oberschlesischen Kohlenfirma Cäsar Wollheim. Arnhold war ein auch in vielen anderen Industriezweigen tätiger Wirtschaftsführer und einer der Hauptförderer der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der späteren Max-Planck-Gesellschaft. Er war das einzige Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft, das in der Zeit Wilhelms II. in das Herrenhaus berufen wurde. Er gehörte dem Haus seit 1913 an. Arnhold neigte der politischen Rechten zu, war Monarchist und bewahrte seine Anhänglichkeit an Wilhelm II. auch nach dem Sturz der Monarchie⁸².

D. Ein Abgeordneter jüdischer Abstammung im bayerischen Landtag

Friedrich Goldschmit

In den letzten zwei Jahrzehnten des Kaiserreichs war der Rechtsanwalt Friedrich Goldschmit* von 1905 bis 1911 der einzige bürgerliche Abgeordnete jüdischer Abstammung im bayerischen Landtag. Der gebürtige Pfälzer

* *Friedrich Goldschmit*, geb. 1871 in Ludwigshafen am Rhein. Trat zum evangelischen Glauben über. Studierte Philologie, sodann Rechtswissenschaft und Volkswirt-

⁸¹ S. oben S. 281.

⁸² Für die Mitglieder bis 1911, s. Handbuch für das Preußische Herrenhaus, 1911. Über Friedländer-Fuld und Arnhold, *Zielenziger*, S. 150 ff.; 155 ff.

trat zum evangelischen Glauben über und wirkte seit 1898 als Rechtsanwalt in München. Als Vertreter eines fränkischen Wahlkreises während zweier Wahlperioden beschäftigte er sich hauptsächlich mit Fragen der Verfassung, der inneren Verwaltung, der Rechtspflege und des Beamtentums. Er war Vorsitzender des Ausschusses für Untersuchung von Beschwerden wegen Verletzung der Verfassung.

Goldschmit war nationalliberal und kam aus der jungliberalen Bewegung. Von ihm stammt das Geleitwort für die Kammer des Königreichs Bayern im Jubiläumswerk der Nationalliberalen Partei von 1917. Er ist nicht unkritisch gegenüber seiner eigenen Partei und gegenüber Bayern. „Der geringe politische Sinn des deutschen Volkes ist in besonderem Maße in Bayern ausgebildet“ (sic!). Goldschmit führt dies auf die schwache Industrialisierung zurück und beklagt, daß Bayern in Parteien und Regierungen große politische Persönlichkeiten nur selten hervorgebracht hat⁸³.

E. Jüdische Abgeordnete im württembergischen Landtag

Albert Mayer

Albert Mayer wurde 1855 in Laupheim in Württemberg geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und promovierte zum Dr. jur. Politisch betätigte er sich in der Demokratischen Partei, von der er 1894 in den Ulmer Bürgerausschuß, 1899 in den Ulmer Gemeinderat entsandt wurde. Sein Landtagsmandat errang Mayer im Dezember 1906. Er gehörte dem Gemeinderat und dem Landtag, in dem er Mitglied der Gesetzgebungskommission war, bis zu seinem Tode an. Mayer starb 1909 in Stuttgart.

Kurz nach seinem Eintritt in den Landtag unterzog der neue Abgeordnete einen Hirtenbrief des Bischofs von Rottenburg einer scharfen Kritik. Dies führte wegen der Form seiner Ausführungen zu einer Rüge des Präsidenten und zu erregten Auseinandersetzungen mit dem Zentrum. Die „*Allgemeine Zeitung des Judentums*“ nannte sein Auftreten taktlos und distanzierte sich von ihm⁸⁴.

schaft, Dr. jur. 1898 Rechtsanwalt in München. 1905 bis 1911 Abgeordneter von Wunsiedel (Oberfranken). Mitglied der Liberalen Fraktion. Gest. in München.

⁸³ Kalkoff, S. 262 ff. Amtliches Handbuch der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags, München 1906, S. 212. Informationen verdanke ich Herrn Landtagsarchivar Ströbele, München.

⁸⁴ Dokumentation über die Verfolgungen, S. 4. Informationen verdanke ich Herrn Staatsarchivdirektor Professor Dr. von Miller, Stuttgart und Herrn Berthold Wolf, Mitglied des Vorstands der Israelitischen Kultusvereinigung Württemberg und Hohenzollern, Ulm. Über den Zwischenfall s. AZJ 1907, S. 111.

Hugo Elsas

Hugo Elsas wurde 1860 in Ludwigsburg bei Stuttgart geboren, promovierte zum Dr. jur. und unterhielt eine Anwaltspraxis in Stuttgart. Er war langjähriger Vorsitzender der württembergischen Fortschrittlichen Volkspartei und vertrat den Neckar- und Jagstkreis in Nordwürttemberg von 1906 bis 1912. Elsas gehörte der Kommission für innere Verwaltung an und wurde zum Vorsitzenden der staatsrechtlichen Kommission bestellt. Er war auch literarisch und künstlerisch interessiert und wirkte als Vorsitzender des Goethebundes und Mitglied der Stuttgarter Museumsgesellschaft. Elsas starb 1920 in Stuttgart⁸⁵.

*F. Jüdische Abgeordnete im badischen Landtag**Robert Goldschmit*

Ladenburg wirkte, wie wir sahen, in der Zeit Bismarcks bis in die wilhelminische Zeit hinein. Nach ihm ist der Karlsruher Studienrat Robert Goldschmit*, der mit verschiedenen Arbeiten zur badischen Geschichte und zur Karlsruher Stadtgeschichte hervorgetreten ist, Landtagsabgeordneter geworden. Er begann als Kommunalpolitiker und schwang sich in der nationalliberalen Partei um die Jahrhundertwende zu einer führenden Stellung empor. In diese Zeit fiel auch sein Abgeordnetenmandat. Er hätte es vermutlich nach 1904 behaupten können, zog sich aber vom öffentlichen Leben zurück, als seine Partei sich an der Großblockpolitik beteiligte. Er billigte das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nicht. Goldschmit fühlte sich dem rechten Flügel des Bürgertums zugehörig. Nach 1918 schloß er sich der Deutschnationalen Volkspartei an⁸⁶.

Emil Mayer

Kommerzienrat Emil Mayer**, ein anderer Nationalliberaler, hat an der offiziellen Parteilinie keinen Anstoß genommen. Er wurde der Inhaber der 1838 begründeten Firma „Gebrüder Mayer Zigarrenfabriken“ und einer der

* *Robert Goldschmit*, geb. 1848 in Grünstadt (Rheinpfalz). Studierte klassische Philologie und Geschichte, Dr. phil. 1875–1914 im höheren Schuldienst tätig, Oberlehrer am Karlsruher Gymnasium. Nationalliberal. 1888–1908 Mitglied des Bürgerausschusses in Karlsruhe. 1901–1904 Abgeordneter für den zweiten Wahlkreis von Karlsruhe. Gest. 1923 in Karlsruhe.

** *Emil Mayer*, geb. 1848. Jüdisch, später evangelisch. Studierte Chemie und

⁸⁵ Informationen verdanke ich Herrn Staatsarchivdirektor Professor Dr. von Miller, Stuttgart, der Israelitischen Kultusvereinigung Württemberg und Hohenzollern, sowie Frau Charlotte Elsas, New Rochelle (N. Y.).

⁸⁶ Informationen verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Langenfeld, Karlsruhe. – Über *Ladenburg*, s. oben S. 333 f.

bedeutendsten Fabrikanten in Mannheim, wo die Tabakfabrikation ein blühendes Gewerbe war. Er kam bei der ersten Wahl nach der Reform in den Landtag und war Mitglied der Budgetkommission der Zweiten Kammer von 1905–1908⁸⁷.

Victor Lenel

Auch das Mitglied der Ersten Kammer Victor Lenel* war nationalliberal. Der Mannheimer Industrielle und Großkaufmann hatte einen stark entwickelten Sinn für gemeinnütziges Wirken. Er war Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums der Stadt Mannheim, Handelsrichter und gehörte der Mannheimer Handelskammer an. Lenel wurde Vizepräsident und schließlich Präsident der Handelskammer. In die Erste Kammer trat er 1905 ein. Dort gehörte Lenel der Kommission für Eisenbahnen und Straßen an. Anlässlich seines 70. Geburtstages errichtete er ein Kindererholungsheim in Neckarsgönd als Victor-Lenel-Stift.

G. Jüdische Abgeordnete im hessischen Landtag

Zwar haben die Nationalliberalen, wie an anderer Stelle dargestellt wurde, einen ihrer angesehensten Abgeordneten, Otto Wolfskehl, dem Antisemitismus geopfert. Die hessischen Linksliberalen aber ließen sich nicht davon zurückhalten, gelegentlich mit jüdischen Kandidaten aufzutreten. So ist der Darmstädter Hutfabrikant Wilhelm Langenbach (geb. 1841 in Worms, gest. 1911 in Darmstadt) als Kandidat für den 32. Landtag aufgestellt worden, der im November 1902 zusammentrat. Trotz heftiger Bekämpfung durch die Antisemiten wurde er gewählt, sein Mandat wurde aber Anfang 1903 für ungültig erklärt. In Offenbach einigten sich die bürgerlichen Parteien auf die Kandidatur des Fabrikanten und Stadtverordneten Louis Feistmann, eines Mitglieds der Freisinnigen Vereinigung. Er blieb jedoch mit einigen hundert Stimmen hinter dem sozialdemokratischen Bewerber zurück⁸⁸. Daher hat von 1903 bis zum Ende des Krieges kein jüdischer Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags angehört.

Mathematik von 1864–1866. Wurde 1890 Stadtverordneter im Mannheimer Bürgerausschuß. 1905–1908 Mitglied der Zweiten Kammer. 1897 Handelsrichter in Mannheim. Gest. 1910 in Mannheim.

* *Victor Lenel*, geb. 1838 in Mannheim. Gründer der Rheinischen Gummifabrik. 1875–1881 und 1887–1893 Mitglied des Mannheimer Stadtverordnetenkollegiums. 1876–1911 Mitglied der Mannheimer Handelskammer, seit 1898 ihr Vizepräsident, seit 1903 Präsident. 1885–1905 Handelsrichter. 1905–1909 Mitglied der Ersten Kammer als erster Vertreter der badischen Handelskammern. Gest. 1917 in Mannheim.

⁸⁷ Informationen über Emil Mayer und Victor Lenel verdanke ich Herrn Stadtsyndikus Dr. Karl Otto Watzinger, Mannheim.

⁸⁸ AZJ 1902, S. 580. Informationen verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Knöpp, Darmstadt.

Franz Bamberger

Die Erste Kammer hatte seit 1908 ein jüdisches Mitglied in der Person des Geheimen Kommerzienrats Franz Bamberger*. Er wurde in diesem Jahre Präsident der Mainzer Handelskammer und in dieser Eigenschaft Mitglied der Ersten Kammer. Franz Bamberger war ein Sohn des Bankiers Rudolf Bamberger, der 40 Jahre zuvor der Zweiten Kammer des Landtags angehört hatte, und ein Neffe des berühmten Ludwig Bamberger. Er übernahm die Leitung des von seinem Großvater begründeten Bankhauses und hatte eine führende Stellung im hessischen Wirtschaftsleben⁸⁹.

H. Jüdische Abgeordnete in Braunschweig und Anhalt

a) Braunschweig

Max Jüdel

Dr. ing. h. c. Max Jüdel (geb. in Braunschweig 1845, gest. daselbst 1910) ist vermutlich ein Sohn von Itzig Jüdel, der in den fünfziger Jahren der Braunschweiger Landesversammlung angehört hatte. Er gründete zusammen mit Heinrich Büssing im Jahre 1873 die Firma „Max Jüdel & Co., Eisenbahnsignal-Bauanstalt“, die später in der Siemens & Halske AG aufgegangen ist. Jüdel brachte das Unternehmen zu großer Blüte und erwarb sich in Braunschweig hohes Ansehen. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Firma waren vorbildlich. Sie sorgte für ihre Arbeiter in Krankheitsfällen und besonderen Notlagen und schuf eine Arbeiter-Pensions- und Witwenkasse. Sie errichtete auch eine Stiftung zur Unterstützung befähigter Arbeiter oder ihrer Kinder, um ihnen den Besuch einer Schlosserschule oder anderer technischer Mittelschulen zu ermöglichen. Auch viele allgemeine Stiftungen verdankten Max Jüdel ihre Entstehung bzw. ihre Wirksamkeit.

Jüdel war von 1900 bis 1907 Mitglied der Landesversammlung und zuletzt Vizepräsident ihres Ausschusses, der während der Vertagung des Parlaments zusammentrat. Von 1888 bis 1907 war er Stadtverordneter, sodann bis zu seinem Tode Stadtrat in Braunschweig.

* *Franz Bamberger*, geb. 1855 in Mainz. Dr. jur. Trat in das Bankhaus Bamberger & Co. ein, wurde später Seniorchef. Mitglied des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft in Berlin, nachdem das Bankhaus Bamberger eine Mainzer Filiale der Disconto-Gesellschaft geworden war. Im Aufsichtsrat zahlreicher anderer Gesellschaften. 1898 Stadtverordneter, 1905–1911 unbesoldeter Beigeordneter der Stadt Mainz. 1905 Mitglied der Mainzer Handelskammer, 1906 Vizepräsident, 1908 Präsident. Seit 1908 Mitglied der Ersten Kammer des Landtags. Gest. 1926 in Mainz.

⁸⁹ Informationen über Franz Bamberger verdanke ich dessen Sohn, Herrn Dr. Ludwig Berger, Schlangenbad (Taunus) und Herrn Archivrat Dr. Falk, Mainz.

Auch diesem um die Stadt Braunschweig hochverdienten Mann blieb antisemitische Gegnerschaft nicht erspart. In der Freimaurerloge entstand eine Bewegung mit dem Ziel, Juden auszuschließen. Sie nahm einen solchen Umfang an, daß Jüdel seinen Austritt aus der Loge erklärte. Auch gegen seine Wiederwahl als Mitglied der Handelskammer wurde eine lebhafte Agitation entfaltet. Diese führte jedoch nicht zum Ziel. Jüdel wurde wiedergewählt und von der Handelskammer, wie schon früher, zu ihrem Vorsitzenden bestimmt⁹⁰.

Emil Glaser

Emil Glaser (1840–1929) war Bankdirektor in Blankenburg. Er vertrat den Wahlbezirk Blankenburg-Hasselfelde von 1904–1918. 1910 wurde er stellvertretendes, 1911 ordentliches Mitglied des Ausschusses der Landesversammlung. 12 Jahre gehörte er als Stadtrat auch dem Magistrat von Blankenburg an. Im Braunschweigischen Landtag war er eine der ausgeprägtesten Gestalten. Er beteiligte sich intensiv an den Verhandlungen, besonders an den Haushaltsberatungen⁹¹.

b) Anhalt

Hermann Cohn

Hermann Cohn* war ein Mann von hoher politischer Begabung, einfallreich und hochgeschätzt als Jurist. In Dessau konnte er über den kleinen Staat Anhalt nicht hinaus wirken, außer in jüdischen Fragen. Er saß im Vorstand des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und arbeitete häufig an der „*Allgemeinen Zeitung des Judentums*“ mit. In der Weimarer Zeit setzte sich Cohn für den gemeinsam von Zionisten und Nichtzionisten geförderten Keren Hajessod zur Finanzierung der Palästinasiedlung ein. Er nannte diese eine große Kulturtat, an der man nicht achtlos vorübergehen dürfe, blieb aber mit seiner Haltung im Centralverein in der Minderheit.

* *Hermann Cohn*, geb. 1869 in Dessau. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1897 Rechtsanwalt in Dessau. 1902 Stadtverordneter in Dessau und Mitglied des Anhaltischen Landtages, 1913 Stadtverordnetenvorsteher. Freisinnige Volkspartei, dann Fortschrittliche Volkspartei, nach der Revolution Deutsche Demokratische Partei. 1918 Staatsrat, 1920 als solcher wieder gewählt. 1919 Mitglied der Konstituierenden Landesversammlung, 1920–1924 Mitglied des Anhaltischen Landtags. Vorsitzender der israelitischen Kultusgemeinde in Dessau, Vorstandsmitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Gest. 1933 in Dessau.

⁹⁰ *Victor Heymann*, S. 73, 77. Informationen über Max Jüdel verdanke ich den Herren Archivdirektoren Dr. Kleinau, Wolffenbüttel und Dr. Moderhack, Braunschweig.

⁹¹ Informationen über Glaser verdanke ich Herrn Dr. Moderhack.

Cohn wurde zunächst als Rechtsanwalt bekannt und trat dann als führender Freisinniger im kommunalen und staatlichen Leben Anhalts hervor. 1902 wurde er Stadtverordneter in Dessau und in demselben Jahre zum Mitglied des Landtags gewählt. Er nutzte die Schlüsselstellung der Freisinnigen aus, um 1902 mit den Sozialdemokraten, später mit den Nationalliberalen gegen jene ein Bündnis einzugehen. Die Verbindung einer bürgerlichen Partei mit der Sozialdemokratie war damals ein Aufsehen erregendes Ereignis. Sie brachte Cohn einen Boykott durch die anderen Dessauer Anwälte ein, der sich aber als ein Schlag ins Wasser erwies. Der Boykott tat seiner Praxis keinen Abbruch, und die Anwälte gaben den Kampf gegen ihn auf.

Als Stadtverordnetenvorsteher von Dessau übte Cohn entscheidenden Einfluß auf die Geschicke der Stadt aus. Der Dessauer Bürgermeister Fritz Hesse schildert in seinen Erinnerungen Cohn als beredsam, schlagfertig, blitzschnell in seinen Reaktionen und guten Organisator. Daß er für alle Hilfesuchenden ein offenes Ohr hatte und daß er seinen Freunden unverbrüchlich die Treue hielt, konnten auch seine Gegner nicht bestreiten⁹². Er ging ihnen aber auf die Nerven durch aggressive Kritik und die Neigung, bei jeder Gelegenheit das Wort zu ergreifen. Hesse hebt die Verdienste Cohns um die reibungslose Überleitung bei der Revolution von 1918 hervor. Er war Mitunterzeichner des Aufrufs an das anhaltische Volk und wurde Mitglied des siebenköpfigen Staatsrats, der damals gebildet wurde. In der Weimarer Zeit sank der Einfluß Cohns parallel mit dem Rückgang der Bedeutung der Deutschen Demokratischen Partei. Seit 1924 konnte er kein Mandat mehr für den Landtag erlangen. Cohn starb wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler⁹³.

Selmar und Wilhelm Meyer

Außer Cohn gehörten zwei Mitglieder einer bekannten Fabrikantenfamilie in Harzgerode kurze Zeit dem Landtag von Anhalt an. Der Direktor der Eisenwerke L. Meyer jun. & Co. AG, Selmar Meyer (1858–1913), war lange Zeit Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums in Harzgerode und Vorsteher der dortigen jüdischen Gemeinde. Er wurde 1912 zum Abgeordneten des Kreises Köthen gewählt, starb jedoch bereits einige Monate nach seinem Eintritt in den Landtag. 1917 wurde in einer Nachwahl der Geheime Kommerzienrat Wilhelm Meyer in Silberhütte/Harzgerode Mitglied des Anhaltischen Landtags, in dem er bis zu der Revolution verblieb⁹⁴.

⁹² Hesse, *Von der Residenz zur Bauhausstadt*, S. 37 f.; Hesse, *Aus den Jahren 1925–1950*, S. 57 f. *Jüdisches Gemeindeblatt für Anhalt*, Dessau, 12. 3. 1926, S. 1.

⁹³ Hesse, *Von der Residenz...*, S. 92, 98, 101; *C. V. Zeitung*, 2. 2. 1933, S. 37.

⁹⁴ Informationen über Selmar und Wilhelm Meyer verdanke ich dem Landesarchiv in Oranienbaum (Anhalt) und dem Bundesarchiv in Koblenz.

I. Jüdische Abgeordnete in thüringischen Staaten

a) Sachsen – Weimar

Eduard Rosenthal

Professor Eduard Rosenthal * hat eine Selbstbiographie geschrieben, die in einem Sammelwerke kurz nach seinem Tode erschienen ist. Er stammte aus Würzburg. Der Entwicklung der bayerischen Gerichtsverfassung und Verwaltungsorganisation im späteren Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit war sein Erstlingswerk gewidmet. Rosenthal hat sich mit ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte der juristischen Wissenschaft gesichert. Die mittelalterliche Stadtrechtsgeschichte blieb sein liebstes Arbeitsfeld. Das Studium der inneren Geschichte Bayerns führte ihn zu einer hohen Schätzung der Leistungen des bayerischen Beamten und ließ ihn die Verstimmung verstehen, die in Bayern die einseitige Verherrlichung des preußischen Beamtentums erzeugte.

1880 habilitierte sich Rosenthal in Jena. Neben seinen verwaltungsrechtlichen und rechtsgeschichtlichen Studien wandte er seine Aufmerksamkeit dem Staatsrecht zu. So erlangte er 1896 eine ordentliche Professur mit einem Lehrauftrag für öffentliches Recht. Aus dem Germanisten und Rechtshistoriker wurde mehr und mehr ein Staatsrechtslehrer. Er skizzierte den Wandel der Staatsaufgaben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und spürte der Entwicklung der Reichsverfassung nach, wie sie sich im Widerspruch zu den ursprünglichen Plänen Bismarcks gestaltete. Hierfür schrieb er das Hauptverdienst Bennisgen zu. Er verteidigte diesen gegen den Vorwurf doktrinäerer Voreingenommenheit, den die blinden Bismarck-Verehrer gegen ihn erhoben. Der gemäßigte, nach rechts tendierende Führer der nationalliberalen Partei war Rosenthals Vorbild für seine politische Tätigkeit.

1909 wählte der Senat der Universität Jena Rosenthal als Abgeordneten in den weimarischen Landtag. 1912 wurde sein Mandat erneuert. Nach der Revolution trat Rosenthal nicht ohne Hemmungen der Deutschen Demokratischen Partei bei. Zu Beginn der Weimarer Zeit erschloß sich ihm ein schönes politisch-staatsrechtliches Arbeitsgebiet: er war der führende Kopf bei der Ausarbeitung der Verfassung von Sachsen-Weimar und ein Jahr danach bei der Schaffung des Landes Thüringen und seiner Verfassung.

* *Eduard Rosenthal*, geb. 1853 in Würzburg. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1880 Privatdozent, 1896 ordentlicher Professor in Jena. Hauptarbeitsgebiete deutsche Rechtsgeschichte, Verwaltungs- und Beamtenrecht, später Staatsrecht. 1909 von dem Senat der Universität Jena in den weimarischen Landtag gewählt. Nationalliberal, sodann Mitglied der Liberalen Fraktion, in der Nationalliberale und Fortschrittler zusammenwirkten. Nach der Revolution Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. 1919 Mitglied des weimarischen Landtags, 1920–1925 Mitglied des thüringischen Landtags. Führend in der Schaffung der thüringischen Verfassung in der Weimarer Zeit. Gest. 1926 in Jena.

Sozialpolitisch trat Rosenthal schon früh in der Bekämpfung des Artikels der Gewerbeordnung hervor, der der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der gewerblichen Berufsvereine im Wege stand. Er legte das Hauptgewicht auf die Durchsetzbarkeit der Tarifverträge, die erst nach der Revolution von 1918 erreicht wurde. In Jena stand er sozialpolitisch unter dem Einfluß Ernst Abbes, des Schöpfers der Zeiss-Werke. Rosenthal wurde durch seine Mitwirkung bei der Gründung und der Leitung der ausgezeichneten Jenaer öffentlichen Lesehalle in die sozialpolitische Praxis eingeführt. Er beteiligte sich an der Errichtung der Jenaer Baugenossenschaft und unterstützte Abbe mit juristischem Rate bei der Verwandlung der Firma Zeiss in eine Stiftung, deren Statut vielen sozialen Forderungen Genüge tat und dadurch mustergültig wurde⁹⁵.

b) Sachsen-Meiningen

Unter den drei jüdischen Mitgliedern des Landtags von Sachsen-Meiningen waren ein Richter, ein Rechtsanwalt und ein Bankier. Von 1903 bis 1909 waren sie gleichzeitig Abgeordnete. Zwei von ihnen wurden bis 1918 regelmäßig wiedergewählt. In Sachsen-Meiningen war ein Teil der Sitze des Landtags den höchstbesteuerten Grundbesitzern, ein anderer Teil den Höchstbesteuerten überhaupt vorbehalten⁹⁶.

Oskar Michaelis

Oskar Michaelis* erschien als erster jüdischer Abgeordneter im Meininger Landtag als Vertreter der Höchstbesteuerten des Kreises Hildburghausen. 1909 wurde er von den übrigen Wählern desselben Kreises in den Landtag gesandt. Michaelis war nationalliberal und spielte im Landtag eine bedeutende Rolle. Er half 1918 den Weg in die neuen staatlichen Verhältnisse ebnen. Danach schied er aus dem politischen Leben aus.

Julius Ledermann

Julius Ledermann** war Amtsgerichtsrat in Pößneck. Er war von 1903 bis 1909 Abgeordneter als Vertreter der höchstbesteuerten Grundbesitzer des

* *Oskar Michaelis*, geb. 1854 in Eisfeld. Dissident jüdischer Herkunft. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1885 Rechtsanwalt in Meiningen und Hildburghausen. Seit 1889 Mitglied, von 1906 bis 1918 Vorsitzender des Gemeinderats Hildburghausen. 1899 Mitglied des Kreis Ausschusses Hildburghausen. 1900–1918 Mitglied des Landtags für den Kreis Hildburghausen. Nationalliberal. Gest. 1923 in Hildburghausen.

** *Julius Ledermann*, geb. 1858 in Bauerbach bei Meiningen. Studierte Rechts-

⁹⁵ „Eduard Rosenthal“, S. 215 ff. *Hübner*, S. IX ff.; *Witzmann*, S. 12; 38.

⁹⁶ Informationen über Michaelis, Ledermann und Strupp verdanke ich dem Landesarchiv Meiningen. S. auch *AZJ* 1904, S. 625; *Human*, S. 127 (Michaelis); 144 (Strupp); *Kalkoff*, S. 452 (Michaelis).

Wahlkreises Saalfeld-Sonneberg, der einst Eduard Lasker in den Reichstag entsandt hat. Er war auch kommunalpolitisch tätig. Ledermann war Mitglied der Freisinnigen Volkspartei.

Gustav Strupp

Gustav Strupp* war von 1903 bis 1918 im Meininger Landtag. Er wurde in den allgemeinen Wahlen als Abgeordneter der Freisinnigen Volkspartei im Wahlkreis Sonneberg gewählt. Strupp gehörte einer seit 1740 in Meiningen führenden Kaufmanns- und Bankierfamilie an und leitete eines der bedeutendsten Geldinstitute des Herzogtums. Er war Vorsitzender bzw. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Aktiengesellschaften und Vorsitzender der Handels- und Gewerbekammer in Meiningen.

Strupp trat bei den Landtagsdebatten rednerisch hervor, bis er im Jahre 1918 wegen schwerer Krankheit im Parlament nicht mehr mitwirken konnte. Er förderte Wohlfahrtseinrichtungen allgemeiner und jüdischer Art. Strupp war Schatzmeister einer Stiftung für Krankenpflegerinnen und errichtete eine nach ihm benannte Stiftung zur Gewährung von Pensionen an Angestellte der Meininger israelitischen Kultusgemeinde. Er starb wenige Wochen nach der Revolution von 1918.

K. Jüdische Mitglieder der Bürgerschaft der Stadtstaaten

a) Hamburg

Albert Wolffson

Albert Wolffson** wurde 1880 von den Grundeigentümern in die Bürgerschaft entsandt. Er war 30 Jahre, davon neun Jahre zusammen mit seinem Vater Isaac Wolffson, Mitglied der Bürgerschaft und wiederholt Mitglied des

wissenschaft, Dr. jur. 1887 Gerichtsassessor in Eisfeld, 1889 in Rudolstadt, 1893 Amtsrichter in Steinach. 1901–1924 aufsichtsführender Amtsrichter in Pößneck, 1904 Amtsgerichtsrat. Trat 1924 in den Ruhestand, übersiedelte 1936 nach Dresden. 1903 Mitglied des Gemeinderats Pößneck. 1903–1909 freisinniger Landtagsabgeordneter für Saalfeld-Sonneberg. Gest. 1939 in Dresden.

* *Gustav Strupp*, geb. 1851 in Dreißigacker bei Meiningen. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Leiter des Bankhauses B. M. Strupp. Mitglied des Gemeinderats und Vorsitzender der israelitischen Kultusgemeinde in Meiningen. 1896 Vorsitzender der Handels- und Gewerbekammer in Meiningen. 1903–1918 Mitglied des Meininger Landtags. Freisinnige Volkspartei. Gest. im Dezember 1918 in Meiningen.

** *Albert Wolffson*, geb. 1847 in Hamburg. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1868. Ließ sich als Rechtsanwalt nieder, zunächst in der Firma seines Vaters tätig. 1880–1910 Mitglied der Bürgerschaft. 1886, 1892 und 1898 in den Bürgerausschuß gewählt. 1880–1906 Mitglied der Fraktion der Rechten, wurde ihr Führer, verließ 1906 die Fraktion. Mitglied der Reichskommission zur Ausarbeitung einer neuen Strafprozeßordnung. Gest. 1913 in Hamburg.

Bürgerausschusses. Albert Wolffson war ein hervorragender Jurist. Seiner Anwaltsfirma gehörte der Senator und spätere Hamburger Bürgermeister Max Schramm an.

Wolffson galt als der beste Redner des Hauses. Sein Beiname, „König Albert“, zeigt die Bedeutung, die ihm beigemessen wurde. Er war der Führer der Fraktion der Rechten, die mehr nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten als unter politischen Vorzeichen gewählt wurde. Wolffson wirkte entscheidend an der Gestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit. Er machte sich vor allem um die Förderung sozialer Aufgaben, besonders um die Wohnungsfürsorge, verdient. Er war ein Gegner der Einheitsschule, wie sie von Ree gefordert wurde, und trat gegen die Verleihung des passiven Wahlrechts an Beamte auf. Trotz seiner Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie warnte Wolffson 1906 vor der Annahme eines Wahlgesetzes, das eine neue Diskriminierung der Arbeiterschaft zugunsten der Wohlhabenden in Aussicht nahm; sie war ohnehin dadurch benachteiligt, daß ein großer Teil der Bürgerschaft aus Notabeln- und Grundeigentümerwahlen hervorging. Als die Rechte dieser Wahlrechtsänderung zustimmte, verließ Wolffson seine Fraktion und wurde fraktionslos. Zum Anschluß an die Vereinigten Liberalen, die Gegner des neuen Gesetzes waren, mit denen er aber oft wegen ihrer kleinlichen Haltung zu sozialen Fragen in Streit gelegen hatte, konnte er sich nicht entschließen. Er schied 1910 aus der Bürgerschaft aus.

Wolffson wäre angesichts seiner außergewöhnlichen Gaben zur Teilnahme an der regierenden Körperschaft Hamburgs in Betracht gekommen. Er blieb Jude und gelangte daher nicht in den Senat. Wie das „*Hamburger Fremdenblatt*“ in seinem Nachruf sagte, hätte es „auch dem Senat gegenüber nur eines Opfers des Intellekts bedurft, um auch ihm die Pforten des Senatsgeheges zu öffnen . . . Aber Dr. Wolffson brachte dieses Opfer nicht und stieg noch mehr in der Achtung seiner Mitbürger“⁹⁷.

Die Warburgs

Die Namen der Mitglieder der Familie Warburg sind mit der Geschichte des weltbekannten Bankhauses M. M. Warburg verbunden, das im Jahre 1789 gegründet wurde. Wie die Wolffsons, stellten auch die Warburgs in zwei Generationen Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft.

Siegmund Warburg (1835–1889) und Moritz Warburg (1838–1910) leiteten die Firma in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Siegmund gehörte von 1877 bis 1879 der Bürgerschaft an.

Später traten vornehmlich die zwei ältesten Söhne von Moritz Warburg, Max M. Warburg und Paul Warburg, in der Leitung des Bankhauses hervor.

⁹⁷ Staatsarchiv Hamburg, Zeitungsausschnitt-Sammlung, A 773 (Dr. Albert Wolffson). Mitteilungen über A. Wolffson verdanke ich Herrn Professor Hans Liebeschütz, Liverpool.

Paul (1868–1932) wurde von den Notabeln 1901 in die Bürgerschaft gewählt, ging aber schon im Jahre darauf nach New York und wurde einer der einflußreichsten Bankiers der Vereinigten Staaten. Nach seiner Übersiedlung wurde Max Warburg* der eigentliche Leiter der Firma. Es ist hier nicht beabsichtigt, das Leben und Wirken dieses großen deutschen Wirtschaftsführers zu schildern, der vor und nach dem Ersten Weltkrieg der deutschen Wirtschaft und seiner Vaterstadt hervorragende Dienste geleistet hat.

Max Warburg wurde 1903 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt, in der er bis zum Jahre 1919 verblieb. Auch er wäre für die Stellung eines Senators hervorragend geeignet gewesen. Abweichend von seiner früheren Haltung bemühte sich der Senat im Dezember 1917, die Zuwahl Warburgs dadurch zu sichern, daß er neben ihm einen wenig bedeutenden Kandidaten präsentierte. Trotzdem konnte sich die Mehrheit der Bürgerschaft zu seiner Wahl nicht entschließen. Max Warburg bereiste 1929 Palästina, an dessen Entwicklung er interessiert war. In seinen Aufzeichnungen spricht er von den Heimatgefühlen für Deutschland, die er bei seiner Rückkehr empfand. Warburg starb 1946 in New York, wohin er 1938 als Flüchtling kam, nach der Entziehung des Bankhauses „in Form eines Raubes, der nur mühsam in die Lumpen einer scheinbaren Legalität eingehüllt wurde“⁹⁸.

b) Lübeck

Carlebach und Mühsam, von denen schon bei der Behandlung der Zeit Bismarcks die Rede war, ragten als Mitglieder der Bürgerschaft noch in die Zeit Wilhelms II. herein⁹⁹. Außer ihnen gehörte noch der Arzt Dr. Jacob Ignatz Schlomer (geb. 1875), vermutlich ein Nachkomme Abraham Schlomers, von 1909 bis 1915 der Lübecker Bürgerschaft an.

* *Max Moritz Warburg*, geb. 1867 in Hamburg. Realgymnasium, Lehrling und Tätigkeit als Angestellter in Bankgeschäften in Frankfurt am Main, Paris und London. Besuchte Vorlesungen an der Sorbonne. 1892 Prokurist in der väterlichen Firma, 1893 Teilhaber. Ausgedehnte Auslandsreisen. 1903 von den Notabeln, 1910 in den aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Teil der Bürgerschaft gewählt. Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender oder Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Gesellschaften. Mitglied des Generalrats der Reichsbank. 1919 Mitglied der deutschen Delegation zur Friedenskonferenz in Versailles. Vorstandsmitglied des Hilfsvereins der deutschen Juden und anderer jüdischer Organisationen. Emigrierte 1938. Gest. 1946 in New York.

⁹⁸ *Eduard Rosenbaum* in: Yearbook LBI VII, S. 121 ff.; das Zitat, daselbst, S. 146. *Lippmann*, S. 102; *Warburg*, Aus meinen Aufzeichnungen.

⁹⁹ S. oben S. 337.

*L. Die Vertretung der jüdischen Konsistorien in der Ersten Kammer
des elsass-lothringischen Parlaments*

Erst durch die Verfassung von 1911 wurde für das vorher als erobertes Gebiet behandelte Reichsland Elsaß-Lothringen die Schaffung eines Parlaments vorgesehen. In der Zweiten Kammer, die eine Mehrheit von Abgeordneten des elsässischen Zentrums und des lothringischen Blocks aufwies, gab es keinen jüdischen Abgeordneten. Für die Erste Kammer dagegen sah das neue Recht unter den Vertretern kirchlicher Organisationen auch einen Repräsentanten der drei jüdischen Konsistorien – Straßburg, Metz und Kolmar – vor. Die Konsistorialverfassung in Frankreich ging auf Napoleon I. zurück und räumte dem Judentum als Körperschaft Rechte ein, die ihm in Deutschland nicht zustanden. Diese Verfassung blieb auch nach 1871 mit nur geringfügigen Änderungen im Elsaß in Kraft. In der Vertretung des Judentums in der Ersten Kammer drückte sich die volle staatsrechtliche Gleichberechtigung der Judenschaft der Reichslande aus. Sonst waren nur die evangelische und katholische Kirche als Konfessionen anerkannt. Unter den besonderen Verhältnissen Elsaß-Lothringens spielten die deutschfreundlich gesinnten jüdischen Notabeln eine erhebliche Rolle. Ihnen wollte die Regierung entgegenkommen, als sie diese Bestimmung vorschlug, die vom Reichstag gegen die Stimmen der Konservativen im endgültigen Gesetz aufrechterhalten wurde.

1912 wurde der Straßburger Oberrabbiner Adolf Ury (1849–1915) von den Konsistorien zum Mitglied der Ersten Kammer bestimmt. Nach seinem Tode wurde Nathan Netter, der Oberrabbiner von Metz, Mitglied der Ersten Kammer. Er benutzte 1917 eine Auseinandersetzung zwischen Evangelischen und Katholiken über die Besetzung des Rektorats der Straßburger Universität, um darauf hinzuweisen, daß seit fast 30 Jahren, nämlich seit der Berufung des Historikers Harry Breßlau im Jahre 1890, kein Jude ein Ordinariat an der Universität erhalten hatte. Die Regierung beteuerte, daß nur nach persönlichem Verdienst vorgegangen würde; im gleichen Jahre wurden zwei jüdische Professoren in Straßburg ernannt.

Der Ersten Kammer gehörten ferne zwei getaufte Juden an, von denen an anderer Stelle bereits gesprochen wurde: der Staatsrechtslehrer Paul Laband und der Generalleutnant a. D. Walter von Mossner, der von 1903 bis 1910 das Amt des Gouverneurs von Straßburg innegehabt hat¹⁰⁰.

¹⁰⁰ Netter, S. 450, 497 f.; AZJ 1915, S. 499; über Laband, s. oben S. 89 ff.; Mossner, s. oben S. 84. – Breßlau, der Schwiegervater Albert Schweitzers, war ein Historiker von hohem Rang. Er hat einen auf gründlicher Forschung basierten Offenen Brief gegen Treitschkes antisemitische Artikel von 1879 geschrieben; s. Michael A. Mayer, S. 148 f. Georg Simmel, der 1912 ein Ordinariat in Straßburg erhielt, war schon als Kind getauft; dem außerordentlichen Professor der Philosophie in Berlin war es trotz seiner ungewöhnlichen Bedeutung nicht gelungen, dort zur ordentlichen Professur zu gelangen.

M. Zusammenfassender Rückblick

Zahlenmäßige Übersicht und Analyse

Wenn man von den Mitgliedern der Bürgerschaft der Stadtstaaten absieht, gehörten in der Zeit Wilhelms II. 41 Abgeordnete jüdischer Herkunft den bürgerlichen Parteien des Reichstags und der Landtage der Einzelstaaten an. Neun waren Reichstagsabgeordnete, und zwar sieben getaufte Juden und zwei, die sich als Juden bekannten. 38 waren Landtagsabgeordnete, von denen jedoch sechs gleichzeitig mit ihrem Landtagsmandat oder zu einer anderen Zeit dem Reichstag angehörten.

Von den 38 Landtagsabgeordneten wurden 21, und zwar 14 Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft und sieben getaufte Juden, in Preußen gewählt. Von den anderen 17 wurden je drei in Baden, Anhalt und Sachsen-Meinungen, je zwei in Bayern, Württemberg und Braunschweig, je einer in Hessen und Sachsen-Weimar Abgeordnete. Maison in Bayern und Wolfskehl in Hessen, die in der Zeit Bismarcks wurzelten, aber in die wilhelminische Periode hineinragten, sind unter diesen mitgezählt, dagegen nicht Lenel in Baden und Franz Bamberger in Hessen, da sie als Mitglieder der Ersten Kammer nicht vom Volke gewählt wurden. Von diesen 17 bekannten sich 14 zum Judentum, zwei waren getauft, einer war Dissident. In den kleineren jüdischen Gemeinden waren Übertritte zum Christentum selten. Dies ist der Grund dafür, daß mit der Ausnahme eines bayerischen und eines badischen Abgeordneten die getauften Juden durchweg den Parlamenten in Berlin angehörten. Auch die getauften Juden im Reichstag hatten alle die preußische Staatsangehörigkeit.

Die im Vergleich mit der Zahl der Juden in den Landtagen der süddeutschen Staaten relativ hohe Zahl jüdischer Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt sich wesentlich durch das Klassenwahlrecht. In Preußen wurde die Sozialdemokratie dadurch auch in der wilhelminischen Zeit verhindert, in die alten Besitzstände des Liberalismus einzudringen und die Vorherrschaft des Großbürgertums zu brechen, dessen Stimmen für die Resultate der Wahlen in den Großstädten entscheidend waren. Die Gebiete, in denen Juden zum preußischen Landtag gewählt wurden, waren geographisch sehr konzentriert. Von den 14 Mitgliedern der jüdischen Religionsgemeinschaft, die für eine oder mehrere Wahlperioden in den Landtag entsandt wurden, vertraten fünf Berliner Kreise, vier andere Großstädte und fünf Posener Kreise. Die Besonderheit der Situation, die in der Provinz Posen die Aufstellung und Wahl jüdischer Kandidaten begünstigte, ist bereits dargestellt worden¹⁰¹.

¹⁰¹ S. oben S. 342.

Es ist gleichfalls erwähnt worden, daß, ebenso wie in Preußen, ein Wahlrecht, das durch plutokratische Züge und Privilegierungen gewisser Schichten, z. B. der Hausbesitzer oder der Höchstbesteuerten, gekennzeichnet war, die Wahl einiger Juden auch in Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Weimar und Sachsen-Meiningen erleichterte. In Braunschweig und Anhalt hatten Juden bereits den Landtagen in der Revolutionsperiode und in der Reichsgründungszeit angehört. Das Gefühl großbürgerlicher Klassenzugehörigkeit ließ religiöse und rassische Vorurteile in den Hintergrund treten. Die Zusammenstellung ergibt freilich, daß die Zahl der jüdischen Abgeordneten in diesen Staaten gering war. In anderen Staaten waren Bestimmungen, wie die Ernennung eines Teils der Abgeordneten durch den Landesherrn und die Privilegierung des ländlichen Grundbesitzes der Wahl jüdischer Abgeordneten abträglich. Aber auch die geringe Zahl von Abgeordneten in den Kleinstaaten und die minimale Zahl der jüdischen Bevölkerung in den meisten dieser Staaten begründeten das Fehlen jüdischer Abgeordneter in manchen Fällen.

Man darf ferner die reinen Zufälligkeiten nicht übersehen, die bei der quantitativen Bewertung der Wahlergebnisse zur Vorsicht mahnen. Wäre Professor Rosenthal nicht an die Universität Jena berufen worden, so wäre er weder Abgeordneter geworden noch hätte man ihn später zur Schaffung der Verfassung von Sachsen-Weimar und danach von Thüringen aufgefordert. In Bayern, wo er vorher wirkte, hätte der liberale Gelehrte keine Aussicht gehabt, in die Zweite Kammer zu gelangen. Sachsen-Weimar wiederum hätte ohne Rosenthals Berufung nach Jena nie einen jüdischen Abgeordneten gehabt. Berechtigt aber ist die Feststellung, daß der Lehrkörper der Universität Jena sich durch die Delegation Rosenthals als des Vertreters der Universität im Landtag vorurteilslos gezeigt hat. Ebenso hat sich im Großbürgertum des Herzogtums Meiningen, das einst Eduard Lasker in den Reichstag entsandt hatte, eine liberale Atmosphäre erhalten. Sie erklärt, warum zwischen 1900 und 1918 zeitweise drei Juden unter den 24 Abgeordneten des Landtags von Meiningen gesessen haben.

Hamburg und Baden sind Sonderfälle. Die Bürgerschaft des Stadtstaats ist nach ihrer Zusammensetzung eher der Stadtverordnetenversammlung einer Großstadt mit einer jüdischen Bevölkerung von einigen Prozenten, wie Berlin, Breslau oder Frankfurt am Main, zu vergleichen. In Hamburg waren während der wilhelminischen Zeit zwölf Juden Mitglieder der Bürgerschaft.

Trotzdem ist der relativ hohe Anteil der Juden an der Hamburger Bürgerschaft als Anzeichen ihrer Rezeption in das Patriziat der Handelsstadt bemerkenswert. Sie war traditionell, seitdem 1859 Hamburg sich nach zehnjähriger Unterbrechung seiner verfassungsmäßigen Entwicklung eine moderne Verfassung gegeben und die Bürgerschaft sich nach neuen Bestimmungen konstituiert hatte. Auch hier war das Wahlrecht, das Hausbesitzern und Notabeln besondere Sitze einräumte, und das 1906 überdies für die Wahlen der ande-

ren Mitglieder der Bürgerschaft noch einmal zuungunsten der besitzlosen Klassen revidiert wurde, von Bedeutung für die Wahl eines Teils der jüdischen Bürgerschaftsmitglieder. Dennoch ist ein Vergleich zwischen Hamburg und Bremen, wo außer zwei Abgeordneten in den achtziger Jahren Juden niemals in die Bürgerschaft gewählt worden sind, instruktiv. Zwar war die Zahl der Juden in Bremen absolut und relativ viel geringer als die der Hamburger Juden. Aber das gilt auch für Lübeck, wo immerhin sieben Juden der Bürgerschaft angehörten. Daß die Ziffer allein nicht ausschlaggebend ist, beweisen auch die Wahlen in den Herzogtümern Braunschweig und Anhalt, in denen die Juden nur Bruchteile eines Prozents der Gesamtbevölkerung ausmachten. Der Geist der Hamburger Bürger war der Beteiligung der Juden am politischen und wirtschaftlichen Leben geneigter als die Gesinnung des Bremer Bürgertums.

In Baden sind über alle Wahlrechtsänderungen hinweg seit etwa 1860 vor und nach der Reichsgründung, in den Jahrzehnten des ansteigenden Antisemitismus und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts Juden als Mitglieder bürgerlicher Parteien in den Landtag gewählt worden. Diese Sonderstellung stimmt überein mit Erscheinungen, die auch auf anderen Gebieten in der Behandlung der Juden in Baden beobachtet worden sind. Volk und Regierung von Baden wußten sich von den Vorurteilen weitgehend zu befreien, die noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorherrschten.

Parteizugehörigkeit

In der Zeit Wilhelms II. gehörten die jüdischen bürgerlichen Abgeordneten mit einer Ausnahme den liberalen Parteien an. Vorher hatten je zwei getaufte Juden in der konservativen Fraktion des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses gewirkt. Dafür gab es keine Parallelfälle, nachdem sich der antisemitische Kurs der Konservativen verstärkt hatte und der Antisemitismus auf ihrem Parteitag von 1892 auch programmatisch verankert worden war.

Arendt war der einzige Freikonservative jüdischer Herkunft in den letzten drei Jahrzehnten des Kaiserreichs. Seine parlamentarische Laufbahn begann fünf Jahre vor dem Ausscheiden Bismarcks. Aber während der jüdische freikonservative Abgeordnete im Reichstag und Landtag der Zeit Bismarcks, Rudolf Friedenthal, sich als Vertreter des rechten Flügels einer breiten Mitte betrachtet hatte, fühlte sich Arendt als Repräsentant der deutschen Rechten. Als einer der ersten deutschen Imperialisten stand er in der vordersten Reihe derer, die für Deutschland eine Welt-Kolonial- und Seemachtstellung anstrebten.

Von den anderen 40 jüdischen Abgeordneten waren dreizehn nationalliberal, 23 fortschrittlich und einer ein Mitglied der Süddeutschen Volkspartei. Der Braunschweiger Abgeordnete Max Jüdel, dessen Parteizugehörigkeit nicht

einwandfrei zu bestimmen ist, dürfte den Linksliberalen zuzurechnen sein¹⁰². Selmar und Wilhelm Meyer in Anhalt waren vermutlich nationalliberal.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstags zählte nur getaufte Juden in ihren Reihen, während in den Landtagen einige Mitglieder der Nationalliberalen sich zum Judentum bekannten: Levy und Liepmann in Preußen, Ladenburg und Goldschmit in Baden, Rosenthal in Sachsen-Weimar, Glaser in Braunschweig. Der in diesen Statistiken nicht erscheinende Albert Wolffson und die Warburgs sind in Hamburg, wo die Parteietikettierungen irriige Assoziationen hervorrufen, am ehesten als nationalliberal anzusehen. So sind auch die Bürgerschaftsmitglieder Isaac Wolffson und Hinrichsen, denen jene politisch nahestanden, in der Zeit Bismarcks als Nationalliberale in den Reichstag gewählt worden.

Daß die meisten der bürgerlichen jüdischen Parlamentarier linksliberal waren, entspricht der Tendenz, die sich seit Ende der siebziger Jahre und vor allem seit der Absplitterung der Sezessionisten von der nationalliberalen Partei durchgesetzt hatte. Alle badischen Abgeordneten waren jedoch nationalliberal. Auch unter den fünf in der Zeit Bismarcks in Baden gewählten Abgeordneten waren drei nationalliberal, jedoch zwei, Elias Eller und Ferdinand Schneider, beide Vertreter Mannheims, Demokraten. In Baden blieben Juden unter den führenden Repräsentanten der Partei, in der sie in der Reichsgründungszeit parlamentarisch hervorgetreten waren. Der Rückschluß auf die Haltung der jüdischen Bürger in gehobener Lebensstellung liegt auf der Hand: Wo sie nicht durch den Antisemitismus in die Opposition getrieben wurden, setzte sich bei ihnen der Konformismus und die Neigung zu regierungsfreundlicher Einstellung durch.

Berufliche Zusammensetzung

Entsprechend dem Wahlrecht in den Einzelstaaten trug auch die berufliche Zusammensetzung der jüdischen Parlamentarier großbürgerlichen Charakter. Unter ihnen waren Großindustrielle wie Leopold Levy in der Provinz Posen, Selmar und Wilhelm Meyer in Harzgerode in Anhalt und Max Jüdel in Braunschweig; Bankiers waren Aronsohn im Regierungsbezirk Bromberg (Provinz Posen), Wolfskehl in Darmstadt und Strupp in Meiningen. Ladenburg in Mannheim kann beiden Gruppen zugerechnet werden. Ferner finden sich wie schon in früheren Zeiten Rechtsanwälte, die häufig führende Kommunalpolitiker waren: Oskar Cassel in Berlin, Baerwald und Wolff-Lissa in der Provinz Posen, Goldschmit in Bayern, Mayer und Elsas in Württemberg, Cohn in Anhalt, Michaelis in Sachsen-Meiningen. Unter den 29 Mitgliedern der jüdischen Religionsgemeinschaft, die in den letzten 30 Jahren des

¹⁰² Das ergibt sich daraus, daß *Kalkoff*, S. 445, den anderen jüdischen Landtagsabgeordneten Glaser, nicht aber Jüdel für die Nationalliberalen in Anspruch nimmt.

Kaiserreichs in den bürgerlichen Parteien der Landtage von Bundesstaaten saßen, waren dreizehn Industrielle, Bankiers oder Großkaufleute und neun Rechtsanwälte.

Friedberg und Schiffer

Eine interessante Erscheinung in der wilhelminischen Zeit ist die Führerstellung Friedbergs und Schiffers in der nationalliberalen Partei. Auf die jüdische Abstammung beider ist zuweilen von antisemitischer Seite und in radikalen Blättern, die den Konservativen nahestanden, hingewiesen worden. Dies geschah jedoch nur in Ausnahmefällen. Die Tatsache, daß sie getauft waren, und ihre Neigung zur Zusammenarbeit mit der Rechten schützte sie vor häufigeren und groben Angriffen. Man hat auch keinen Anstoß daran genommen, daß Friedberg oft, Schiffer gelegentlich als Sprecher des evangelischen Volksteils in kulturpolitischen Fragen hervorgetreten ist. Beide aber haben peinlich vermieden, zu Fragen des Judentums und des Antisemitismus Stellung zu nehmen. Simson und Friedrich Dernburg standen der Tatsache ihrer Herkunft viel unbefangener gegenüber als die beiden nationalliberalen Führer der wilhelminischen Zeit, die sich zum Unterschied von jenen selbst zur Taufe entschlossen hatten, um im kaiserlichen Deutschland ihre Laufbahn zu ermöglichen.

Friedberg und Schiffer haben ihre bedeutenden Talente darauf verwandt, um den Teil des Bürgertums, der in der nationalliberalen Partei seine Vertretung sah, darin zu bestärken, auf den seit den achtziger Jahren eingeschlagenen Wegen weiterzuschreiten. Ebenso wie die nichtjüdischen nationalliberalen Führer, vor allem Bassermann, haben sie die Kräfte überschätzt, die Deutschland zur Erringung der Hegemonie im Weltmaßstab einzusetzen vermochte. Umgekehrt haben sie die Gefahren unterschätzt, die die deutsche Militär- und Marinepolitik und die deutsche Diplomatie ihrer Zeit für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens mit sich bringen mußten. Friedberg und Schiffer haben stärker als Bassermann und der ihm nächststehende Abgeordnete Stresemann die Zusammenarbeit mit den Trägern überlebter Institutionen auf der Rechten gefördert und innerpolitische Reformen und sozialen Fortschritt gebremst. Die beiden nationalliberalen Parlamentarier haben sich mit dem Bismarck-Reich, so wie es sich gegen den Willen Eduard Laskers, des einstigen Führers des linken Flügels ihrer Partei, entwickelt hatte, nicht nur abgefunden, sondern in ihm auch die bestmögliche Staatsform für Deutschland erblickt. Sie haben sich von den neuen imperialistischen Strömungen der Zeit nach Bismarck willig treiben lassen. Sie waren Preußen – durchaus auch mit den guten Eigenschaften des Preußentums behaftet –, aber unberührt von dem Hauch eines idealistischen Liberalismus, der einst das Bürgertum beseelt hatte.

Außenpolitisch verstrickte sich besonders Friedberg in viele Irrtümer des Alldeutschtums: nationalistische Unduldsamkeit und Überheblichkeit, unge-

nügende Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der Rechte des Parlaments gegenüber dem Anspruch des Militarismus auf Priorität, Förderung planloser Kolonialpolitik. Friedberg und Schiffer tragen zwar nicht die geschichtliche Verantwortung für die verhängnisvolle Politik der wilhelminischen Zeit. Von einer Mitverantwortung dafür sind sie jedoch nicht freizusprechen, da sie im Parlament und im Lande diese Politik in ihren großen Zügen gestützt haben. Als sie sich von ihren Irrtümern in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 abwandten, haben sie größere Beweglichkeit des Geistes gezeigt, als die meisten ihrer Parteifreunde. Friedberg hat Mut und Einsatzbereitschaft bewiesen, als er das vorher von ihm perhorreszierte gleiche Wahlrecht seiner widerstrebenden Fraktion und dem widerstrebenden Parlament abzurufen versuchte. Aber seine und Schiffers Bemühungen kamen zu spät, als daß sie das geschichtliche Werden hätten gestalten können. Auch entsprangen sie dem Zwang der Verhältnisse, nicht freier Erkenntnis und freiem politischen Willen. Darin liegt der Unterschied des Wirkens der am Ausgang des Kaiserreichs in der Führerschicht der nationalliberalen Partei auftauchenden getauften Juden von dem Werk Laskers und Bambergers, die, wenn sie auch unterlegen sind, einen sinnvollen Kampf geführt haben, um einer großen politischen Konzeption zum Durchbruch zu verhelfen.

Kampf gegen den Antisemitismus

Während die vier Nationalliberalen jüdischer Abstammung im Reichstag und im preußischen Landtag zur Judenfrage geschwiegen haben, ist der Antisemitismus in den Parlamenten von jüdischen Linksliberalen bekämpft worden. Dabei wandelte sich die Auseinandersetzung mit Stoecker, die noch das Hauptthema der Reden Ludwig Loewes war, in der wilhelminischen Zeit in die Forderung an die Exekutive, die faktische Gleichberechtigung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. So sprachen Cassel und Peltasohn gegen die Benachteiligung jüdischer Richter, Cassel und Lippman gegen die Fernhaltung qualifizierter jüdischer Bewerber von der Verwaltung, Max Hirsch gegen die Diskriminierung der Juden in der Unterrichtsverwaltung, Mugdan gegen ihren Ausschluß vom Reserveoffizierkorps und von den Stellen als Militärärzte. Der Abgeordnete Georg Gothein, der väterlicherseits jüdischer Abstammung war, nahm an diesem Kampf in vorderster Front teil. Haas und Waldstein waren im Reichstag bei der Bekämpfung des Antisemitismus stets zur Stelle.

Vor 1914 führten diese Bemühungen nur auf einem Gebiet zu einem bereits an anderer Stelle besprochenen Teilerfolg im Justizdienst. Dieser Erfolg wurde erzielt, als der Justizminister von Schönstedt nach elfjähriger Diensttätigkeit zurücktrat und der Breslauer Oberlandesgerichtspräsident Max von Beseler sein Amt übernahm¹⁰³. Dagegen blieben alle Versuche der jüdischen

¹⁰³ S. oben S. 48.

Abgeordneten, die Aufnahme von Juden in das Reserveoffizierkorps durchzusetzen, ergebnislos, obwohl nichtjüdische Abgeordnete des Zentrums und der Linken sie dabei unterstützten. Das Erfordernis der Einstimmigkeit bei der Wahl der Reserveoffiziere durch das Offizierkorps, das Vorschlagsrecht des Kommandeurs des Bezirks und das Ernennungsrecht des Königs griffen so ineinander, daß die Fernhaltung unerwünschter Elemente durch einen dreifachen Wall gesichert war. Es gab Etatsdebatten, bei denen der preußische Kriegsminister im Reichstag zugestand, daß dieser Zustand gesetzwidrig war. Entschiedener Wille hätte ihn ändern können. Daran fehlte es jedoch, da die Regierung die Verewigung dieser Situation gern sah. Sie zog es vor, anderen Instanzen die Verantwortung dafür zuzuschieben und sich hinter Zuständigkeitserwägungen zu verschanzen. In der Sache selbst ergab sich die Ohnmacht des Parlaments, die Feste des Militarismus auch in dieser Erscheinungsform erfolgreich zu berennen.

6. JÜDISCHE ABGEORDNETE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

A. Allgemeiner Überblick

Die Sozialdemokratie war durch manche Entwicklungsphasen hindurchgegangen, bevor sich in der Zeit der Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz die Lehre von Karl Marx in ihr durchsetzte: In der Geschichte der Klassenkämpfe war ein Zustand erreicht, in dem sich die im Besitz der Produktionsmittel befindliche Bourgeoisie und das der Verfügung über die Produktionsmittel beraubte, verelendende Proletariat einander gegenüberstanden. Die noch existierenden Mittelschichten waren zum Herabsinken in das Proletariat verurteilt. Die zunehmende Konzentration der Produktionsmittel ermöglichte ihre Vergesellschaftung, die Expropriation der Expropriateure, die das Proletariat in einem revolutionären Prozeß im gegebenen Zeitpunkt vorzunehmen hatte. Privateigentum, Klassengesellschaft und der Staat als Instrument der herrschenden Klassen würden dann verschwinden. Das Ausmaß der Zusammenballung der Produktivkräfte zeigt die Annäherung an den Prozeß der Vergesellschaftung, die Stärke der Arbeiterbewegung den Grad der Reife zur Durchführung der ihr gestellten Aufgaben an. Gemäß der Lehre des historischen Materialismus ist dieser Gang der Geschichte unaufhaltsam, der Sieg der Arbeiterklasse und die Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft sicher. Durch den Willen, den Klassenstaat zu überwinden, durch die Ablehnung des monarchischen und scheinkonstitutionellen Systems, der politischen Formen der Klassengesellschaft in Deutschland, tritt die So-

zialdemokratie in Gegensatz zu allen anderen Parteien. Das von dem Sozialismus entworfene Bild entspricht dem in Deutschland besonders stark ausgeprägten Sehnen nach wissenschaftlicher Grundlegung der politischen Aktion. Die gegen Ausbeutung, Entrechtung und gesellschaftliche Mißachtung protestierende und sich zusammenschließende Arbeiterschaft fand in der sozialistischen Doktrin ein wirksames Leitbild.

Die Sozialdemokratische Partei und ihre Vertretung im Reichstag haben eine einzigartige Entwicklung durchlaufen. Zwischen Reichsgründung und Kriegsausbruch erhöhte sich die Zahl ihrer Mitglieder von einigen Tausend auf über eine Million, ihrer Wähler von rund 100 000 auf 4,25 Millionen und ihrer Mandate von 2 auf 110. Die Partei überwand erstaunlich schnell Rückschläge, wie sie nach den Attentaten auf Wilhelm I. und nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes eintraten. Wenn sich infolge von „nationalen“ Wahlparolen die Fraktionsstärke verminderte, wurde selbst eine schwere Niederlage in den folgenden Wahlen mehr als wett gemacht. So ging die Mandatsziffer 1887 von 24 auf 11 zurück; 1890 war sie 35. 1907 sank sie von 81 auf 43; 1912 war sie 110. Die Zahl der sozialistischen Wähler stieg auch in den Jahren an, in denen der Wahlausfall ungünstig war. Der Rückschlag war auf eine höhere Beteiligung der bürgerlichen Wahlberechtigten an der Wahl und auf eine intensivere Hilfe zurückzuführen, die die bürgerlichen Parteien sich im zweiten Wahlgang untereinander leisteten.

Während Konservative und Liberale sich wiederholt spalteten und neue Parteien im bürgerlichen Sektor auftauchten, überwand die Sozialdemokraten auf dem Gothaer Einigungskongreß 1875 die Spaltung in Lassalleaner und Eisenacher. Sie vermochten bis 1916 innerhalb der geeinten Partei Gegensätze ohne Auseinanderfall oder neue Parteibildung auszutragen. Während ferner alle anderen Parteien wirtschaftlich und sozial heterogene Elemente umschlossen, war die sozialdemokratische Partei ihrer Mitgliedschaft nach eine Arbeiterpartei. Kleinbürgerliche Elemente und Intellektuelle fehlten in ihr nicht, aber sie waren gering an Zahl¹. Die Einheitlichkeit der Struktur war ein Vorteil in allen Stadien, die die Partei auf dem Wege von einer Zwergpartei zu einer Massenpartei durchlief: in der Zeit ihrer Formierung, in den Jahren der Radikalisierung unter dem Druck des Sozialistengesetzes und in der Periode von 1890 bis 1914.

In dieser Zeit konnte jedoch die Einheit nur durch eine Reihe von Kompromissen zwischen den verschiedenen Richtungen gewahrt werden. Auf der einen Seite hatten die Tätigkeit der Gewerkschaften und der Genossenschaften, die Mitwirkung an der Verwaltung der Krankenkassen, in den Gewerbe-gerichten und in den Arbeitsnachweisen und das Eindringen in die Gemeindevertretungen Resultate, die eine positive Bewertung der praktisch politischen

¹ Für die Berufszusammensetzung der Mitgliedschaft bezeichnende Zahlen bei *Michels*, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 504 ff. Unter den Wählern war die Zahl der kleinbürgerlichen Elemente größer, s. oben S. 145.

Arbeit mit sich brachten. Damals, in einer Zeit länger anhaltender Prosperität und eines langsamen Aufstiegs der Arbeiterschaft, lenkte Eduard Bernstein den Blick auf den Zwiespalt zwischen der marxistischen Theorie und der tatsächlichen Entwicklung. Er bezweifelte die These, nach der der Zusammenbruch des Kapitalismus in absehbarer Zeit bevorstand, und hob die Möglichkeiten wirtschaftlicher und politischer Reformen im bestehenden Staate hervor. Er suchte im Kampf gegen Karl Kautsky, den Hüter des Erbes von Marx und Engels, den Glauben an die Grundthesen des historischen Materialismus zu erschüttern und wies den ethischen Impulsen für die Gestaltung des Sozialismus einen wichtigen Platz an.

Auf der anderen Seite erforschten zwei wissenschaftlich bedeutende Sozialisten neue Tendenzen kapitalistischer und imperialistischer Entwicklung: Rosa Luxemburg, eine dem polnisch-jüdischen Bürgertum entstammende, politisch leidenschaftliche Frau, in ihrer „*Akkumulation des Kapitals*“, und Rudolf Hilferding, der aus dem Wiener jüdischen Bürgertum hervorgegangen war, klug, gelehrt, aber tatenscheu, in seinem „*Finanzkapital*“. Rosa Luxemburg sah als intellektuelle Führerin einer sich auf dem linken Flügel der Partei herausbildenden Gruppe, besonders seit der russischen Revolution von 1905, eine durch Kriege und Revolutionen gekennzeichnete Epoche anbrechen. Sie formulierte gemäß den auf Deutschland nicht anwendbaren Lehren dieser Revolution veränderte Aufgaben und Kampfformen für die deutsche Arbeiterschaft. Die zahlenmäßig geringe und in der Reichstagsfraktion kaum erscheinende Anhängerschaft Rosa Luxemburgs trat demgemäß für eine Aktivität in einem Bernstein entgegengesetzten Sinn ein: die Arbeiterschaft müsse sich auf eine revolutionäre Situation vorbereiten und die kommenden Katastrophen ausnützen, um mit neuen politischen Mitteln den Sieg des Sozialismus zu sichern. Bemerkenswert ist wiederum die Kraft des jüdischen theoretischen Denkens. Wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts, waren es auch um die Jahrhundertwende Juden, die angesichts der gewandelten Wirklichkeit und der zukünftigen Perspektiven neue Thesen entwickelten und veränderte politische Kampfmethoden propagierten.

Keine der beiden neuen Bewegungen konnte sich im deutschen Kaiserreich durchsetzen. Die Revolutionäre haben in der Analyse der kommenden Entwicklung recht behalten, aber die Struktur des Bismarckschen Staatswesens schloß erfolgversprechende Möglichkeiten revolutionärer Taktik aus. Diese staatliche Struktur verhinderte aber auch eine Umwandlung Deutschlands in eine Demokratie auf reformistischem Wege. Auch fehlte es an einer bündnisfähigen bürgerlichen demokratischen Opposition in Norddeutschland, wo sich seit 1862 das deutsche Schicksal entschieden hat. Diese Aussichtslosigkeit der Politik des rechten und des linken Flügels erhielt der breiten Parteimitte ihre Vormachtstellung in den heftigen Richtungskämpfen der damaligen Zeit.

Dies Parteizentrum blieb in der Theorie radikal. Der Radikalismus aber war eine Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse des deutschen

Kaiserreichs. Er entsprach der Stimmung breiter Massen und befeuerte die Propaganda, die durch den feudalistischen und großkapitalistischen Charakter der regierenden Schichten genährt wurde. Hinter dem Radikalismus verbarg sich jedoch, wenn man von den Gebieten der Agitation und Organisation absieht, eine Passivität, die durch eine häufig revolutionäre Terminologie überdeckt wurde, ohne daß die Partei klare Vorstellungen für die Er kämpfung ihrer sozialistischen Ziele entwickelte. So erschien die Partei im Zwielficht. Angesichts des Wachstums zu einer Massenpartei konnte sie sich der positiven Mitarbeit an staatlichen Aufgaben nicht mehr entziehen und sie schien daher, wenn auch zögernd und voller Bedenken, den Weg zur Umwandlung in eine Reformpartei zu beschreiten. Die große Mehrheit hat aber an ihren marxistisch-scholastischen Thesen festgehalten, personelle Entscheidungen meist zugunsten der Radikalen getroffen und den revisionistischen Flügel oft heftig angegriffen, bis sie sich genötigt sah, sich schärfer gegen die immer aggressiver werdende revolutionäre Gruppe zu wenden. Dadurch ist jene Entwicklung verschleiert worden. Stets auf den Zusammenhalt der Partei bedacht, repräsentierte August Bebel in der Agitation den theoretischen Radikalismus und bestimmte Ausmaß und Tempo der durch die neuen Umstände gebotenen Schwenkung unter kluger Berechnung der in der Partei wirksamen Kräfte und mit taktischer Meisterschaft. Strategisch aber blieb die Politik der Partei unergiebig, da sie sich weder über ihre Aufgaben in ungewöhnlichen Situationen klar wurde noch die reformistischen Möglichkeiten voll ausschöpfte. Infolge der widerspruchsvollen Elemente in der Ideologie, politischen Führung und Praxis der Partei waren sich Mitgliedschaft und Gegnerschaft der vor sich gehenden Veränderungen nur unvollkommen bewußt. Als der traditionelle Radikalismus im Kriege und dann zusammen mit dem Kaiserreich in der Revolution notwendigerweise zusammenbrach, war die deutsche Sozialdemokratie auf die ihr neu zuwachsenden Aufgaben nur ungenügend vorbereitet. Bei dem Bemühen um ihre Bewältigung traten alte und neue Gegensätze hervor, die die Parteieinheit endgültig zerstörten.

Die sozialdemokratische Bewegung war zwar vornehmlich von Intellektuellen ins Leben gerufen worden, und Ferdinand Lassalle war ihr erster genialer Organisator und Agitator. Aber der Arbeiterschaft selbst fällt das Hauptverdienst an der Entwicklung ihrer Organisation zu. In unsäglich mühevoller Kleinarbeit und unter Opfern, die spätere, mit den Lebensverhältnissen der Arbeiter und der politischen Situation der damaligen Zeit unvertraute Generationen nicht würdigen können, haben sie die Partei, die Freien Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften, die Kultur-, Sport- und anderen mit der Bewegung im Zusammenhang stehenden Organisationen aufgebaut. Die im Staat der Hohenzollern Ausgestoßenen sahen ein in der Ferne undeutlich winkendes revolutionäres Endziel vor sich: den Zusammenbruch und die Überwindung der Klassengesellschaft des Kapitalismus, dessen Erbe die klassenlose Gesellschaft des Sozialismus übernehmen würde. Als klare Gegen-

wartsaufgabe aber wünschten sie für die Arbeiterklasse greifbare Vorteile zu erringen und in ihren Organisationen und Einrichtungen sich selbst ein wohnliches Heim zu errichten. In ihm sollte die Arbeiterschaft sich die Werte erschaffen, die Staat und Gesellschaft, Schule und Kirche ihr vorenthielten. Hier sollte aus der diffusen Masse der Handarbeiter eine organisierte, politisch kampfbereite, wirtschaftlich und kulturell aufstrebende Gemeinschaft werden.

Für diese Ziele wirkten die ehrenamtlichen kleinen Funktionäre, die aus der Arbeiterbewegung hervorgingen. Sie erfüllten weit verzweigte Aufgaben in Haus, Betrieb und örtlicher Organisation und vermittelten den Arbeitern elementare politische Begriffe. Aus ihnen entwickelte sich wiederum im Laufe der Zeit auf höherer Ebene eine im allgemeinen kärglich besoldete Schicht leitender Funktionäre in der Partei und in den mit ihr verbundenen Organisationen. Alle diese waren durch die gleichen Lebenserfahrungen gegangen wie die Massen der Mitglieder. Sie blieben mit ihnen durch gemeinsame Ideale verbunden. Der Prozeß der Wandlung der Sozialdemokratie aus einer konspirativen Gemeinschaft zur Zeit des Parteiverbots zu einer Massenpartei, die nicht nur von chiliastischen Hoffnungen getragen, sondern auch von dem Streben nach Reformen des Staats und der Gesellschaft der Gegenwart erfüllt war, erklärt sich nicht durch die Entstehung jener viel geschmähten Bürokratie. Sie war vielmehr in erster Linie durch den allmählichen Aufstieg der Arbeiterklasse, vor allem der gelernten Arbeiter in der Industrie bedingt. Neue Erlebnisse und Erfahrungen modifizierten die politischen Gesichtspunkte, von denen sich die Partei in den 12 Jahren der Illegalität hatte leiten lassen. Die Größe, aber auch die Mängel der deutschen Sozialdemokratie spiegeln Vorzüge und Fehler des deutschen Volkscharakters wider. Sie war ein typisch deutsches Gewächs. Sie entsprach in ihrem Wesen dem Ordnungssinn des deutschen Volkes, seiner Begeisterung und Fähigkeit für Organisation, seinen hierarchischen Tendenzen, der Bereitschaft, nicht zu persönlicher Initiative und spontaner Handlung, wohl aber zu disziplinierter, von einer Führungsschicht geleiteter Aktion.

Intellektuelle waren an dem gewaltigen Organisationsprozeß nur in geringem Umfange beteiligt. Gustav Schmoller, der Verehrer der pflichttreuen preußischen Bürokratie, schrieb bald nach Ausbruch des Weltkrieges in analoger Hochachtung vor der politischen Selbstverwaltung der organisierten Arbeiter, sie würden vornehmlich von Talenten aus dem Volke und daneben von einigen jüdischen Gelehrten, Rechtsanwälten und Fabrikanten geführt². Die Behauptung ist überspitzt, aber sie hat einen wahren Kern. Ein deutscher Akademiker war eine *rara avis* in der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei. Der geschichtlich erhärtete Erfahrungssatz, daß idealistisch gesinnte Mitglieder einer herrschenden Klasse zu einer aufstrebenden unterdrückten Klasse übergehen und unter ihren Führern zu finden sind, bestätigte

² *Schmoller, Der Weltkrieg*, S. 8.

sich in Deutschland nicht. Die Zahl der Fälle, in denen es geschah, ist kaum erwähnenswert. Der Klassegegensatz war tiefer als in anderen Ländern. Beamte hatten ihre Mitgliedschaft mit Maßregelung und dem Verluste des Amtes, Angehörige der freien Berufe mit gesellschaftlicher Verfemung und mit Verzicht auf Orden und Titel zu bezahlen. Der Antrieb, der aus dem Willen zur Gerechtigkeit kommt, war im deutschen Volke nicht stark. Die Arbeiterschaft, die die Tatsache proletarischer Existenz idealisierte und den allein durch ideelle Erwägungen mit ihr verbundenen Akademikern aus bürgerlichen Schichten mißtrauisch gegenüberstand, erleichterte den Entschluß zum Beitritt nicht. Das geistige Leben der Sozialdemokratischen Partei litt darunter, daß sich ihr Intellektuelle nur selten anschlossen und ihre Mitgliedschaft von der Partei nicht einmal begehrt wurde³.

Juden als Partei- und Fraktionsmitglieder

Auch die Juden waren in ihrer erdrückenden Mehrheit „bürgerlich“. Aber sie brachten aus ihrer Mitte eben jene Elemente hervor, die in anderen Staaten von einer regierenden Klasse zu einer neu aufsteigenden Klasse zu stoßen pflegen und in ihrer Führungsschicht erscheinen. Die Juden waren als solche deklassiert und daher weniger empfindlich gegenüber dem Makel, der Überläufern im Klassenkampf in den Augen der Gesellschaft anhaftete. Da Juden zur christlichen Gesellschaft nur in geringem Umfange Zutritt hatten, spielte sich ihr gesellschaftlicher Verkehr vorwiegend in jüdischen Kreisen ab. Diese Beziehungen konnten sie mehr oder weniger aufrechterhalten. Der Sinn für Gerechtigkeit war in ihnen auf Grund ihrer Religion und durch die Lehren und Leiden ihrer Geschichte geschärft. Das erklärt, warum ein kleiner Teil von ihnen die Kraft fand, den Übergang zur sozialistischen Gemeinschaft zu vollziehen, deren Ziele dem Gerechtigkeitsgedanken besser zu entsprechen schienen als die Ordnung der bestehenden Gesellschaft. Diejenigen, die sich von der sozialistischen Gedankenwelt angezogen fühlten, erblickten auch in der internationalen Idee ein leuchtendes Ideal, dem nachzueifern ihnen wertvoller erschien, als das Verharren in nationalistischer Beschränktheit.

So finden sich Juden unter den Vorstandsmitgliedern, Journalisten und Schriftstellern der Partei, vereinzelt auch unter den Sekretären. Recht bezeichnend ist die Rolle der jüdischen Intellektuellen in der Bildungsarbeit. Der Stadtverordnete und zeitweilige preußische Landtagsabgeordnete Hugo Heimann, ein begeisterter Förderer des Volksbildungswesens, der in der Weimarer Republik sich ein hohes Ansehen als Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstags erwarb, leitete den Reichsbildungsausschuß der Partei. An der Parteischnule, der die planmäßige sozialistische Durchbildung der Agitatoren oblag, lehrten unter acht Akademikern fünf Juden⁴.

³ Michels, aaO, S. 491 f., 504 ff.; Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens. S. 301.

⁴ Lipinski, II, S. 249, 252 ff.

In der Zusammensetzung der Reichstagsfraktion spiegelte sich die Bedeutung der jüdischen Komponente innerhalb der Mitgliedschaft und des Funktionärkorps der Partei deutlich wider. Allerdings war unter den Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie von 1867 bis 1878 kein Jude. Aber damals war die Mandatsziffer überaus gering. Sie lag zwischen 2 und 13. Hätte Lassalle das Jahr 1867 erlebt, so wäre er in den Norddeutschen Reichstag eingezogen. Im Jahre 1871 kandidierten als erste Juden Gabriel Löwenstein in Fürth in Bayern und ein jüdischer Lehrer aus Wolfenbüttel, Samuel Spier, in einem sächsischen Wahlkreis. Dieser war ursprünglich ein Führer der Lassalleaner, schloß sich aber dann den Eisenachern an, deren Führungsgruppe, dem „Braunschweiger Ausschuß“, er angehörte. Beide wurden von ihren national-liberalen Gegnern geschlagen⁵. 1874 siegte Johann Jacoby in Leipzig-Land, nahm aber die Wahl nicht an. Der erste Jude, der für die Partei ein Mandat eroberte und ausübte, war Max Kayser, ursprünglich ein kaufmännischer Angestellter. Er wurde 1878 gewählt und bis zu seinem Tod stets wieder gewählt. Erst von 1884 an, als die Sozialdemokraten 24 Sitze eroberten, begann sich auch die Zahl der jüdischen Parlamentarier der Partei zu erhöhen. In der folgenden Tabelle IV erscheinen die in jeder Legislaturperiode gewählten Sozialdemokraten jüdischer Abstammung. Die Tabelle läßt die zahlenmäßige Entwicklung erkennen und gibt ferner an, ob die Gewählten im Judentum verblieben, Dissidenten⁶ oder getaufte Juden waren.

Die Zahl der sozialdemokratischen jüdischen Abgeordneten ist ständig gewachsen, und zwar im großen und ganzen parallel mit dem Wachstum der Fraktion. Nur im Jahre 1907 ging sie von acht auf vier zurück, als die Fraktion von 81 auf 43 sank. Der Anteilsatz lag zwischen 8 % und 12 % (einmal, im Jahre 1898, bei 14 %). Er ist höher als der der Juden in irgend einer anderen Reichstagsfraktion. Daß im Jahre 1887 drei Juden unter nur elf Fraktionsmitgliedern waren, beruht auf einem zufälligen Ergebnis: die drei 1884 gewählten Juden konnten ihre Sitze erfolgreich verteidigen, während die Fraktion auf weniger als die Hälfte zusammenschrumpfte. Die auf S. 254 veröffentlichte Tabelle III läßt erkennen, daß die Höchstziffer der Abgeordneten jüdischer Abstammung, in allen Fraktionen zusammengenommen, im Jahre 1912 erreicht wurde. Damals betrug sie 18 oder 4,5 % der Gesamtzahl; von ihnen waren zwölf Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Unter den achtzehn waren sieben, die im Judentum verblieben waren, fünf Sozialdemokraten und zwei Fortschrittler; sieben Dissidenten, alle Sozialdemokraten, und schließlich vier getaufte Juden, alle Mitglieder bürgerlicher Parteien.

Die Zahlen beweisen, daß sich die Sozialdemokratische Partei auch in der Zeit der Hochflut des Antisemitismus von der Aufstellung jüdischer Kandi-

⁵ *Bebel*, Aus meinem Leben II, S. 212. Näheres über Spier bei *Eckert*, Samuel Spier, S. 71 ff.

⁶ Unter Dissidenten sind hier alle zusammengefaßt, die sich als Dissidenten, religionslos, konfessionslos oder freireligiös bezeichnet haben.

Tabelle IV
Juden als Reichstagsabgeordnete der Sozialdemokratie

Jahr	Jüd.	Dissidenten	getauft	Gesamtzahl der Juden Fraktion	
1867 I	—	—	—	—	2
1867 II	—	—	—	—	7
1871	—	—	—	—	2
1874	— ¹	—	—	—	10
1877	—	—	—	—	13
1878	—	Kayser	—	1	9
1881	—	Kayser	—	1	13
1884	Sabor Singer	Kayser	—	3	24
1887	Sabor Singer	Kayser	—	3	11
1890	Singer Stadthagen Wurm	—	—	3	35
1893	Singer Stadthagen Wurm	—	Schönlank	4	44
1898	Singer Stadthagen Wurm Haase	Herzfeld Hoch	Gradnauer Schönlank	8	56
1903	Singer Stadthagen Wurm Haase	Bernstein Herzfeld Hch. Braun ²	Gradnauer	8	81
1907	Singer Stadthagen Frank	Hoch	—	4	43
1912	Wurm Haase Frank Cohn Davidsohn	Bernstein Stadthagen ³ Gradnauer ⁴ Herzfeld Hoch Landsberg Weill	—	12 ⁵	110

¹ Johann Jacoby wurde in Leipzig-Land gewählt, nahm aber das Mandat nicht an.

² Heinrich Brauns Mandat wurde für ungültig erklärt. In der Nachwahl ging der Kreis der Sozialdemokratie verloren.

³ Arthur Stadthagen trat zwischen 1907 und 1912 aus dem Judentum aus. 1912 erscheint er daher unter Dissidenten.

⁴ Georg Gradnauer trat zwischen 1903 und 1912 aus der evangelischen Kirche aus. 1912 erscheint er daher unter Dissidenten.

⁵ Dazu Max Cohen-Reuss, Dissident, in Nachwahl Dezember 1912 gewählt.

daten nicht abschrecken ließ. Diese Tatsache wird durch besondere Vorkommnisse noch erhärtet. Vier Juden wurden im Königreich Sachsen, einem Kernland des Antisemitismus, aufgestellt, und drei siegten, zwei von ihnen mehrere Male. Die Nominierung und der Sieg Paul Singers in einem Berliner Wahlkreis, ihre Bedeutung als Demonstration gegen den Antisemitismus in der Zeit Stoeckers, wird in anderem Zusammenhang behandelt werden. In Breslau, wo 1881 und 1888 freisinnige Kandidaten in Wahlkämpfen unterlagen, die unter dem Vorzeichen des Antisemitismus geführt wurden, siegten die Sozialdemokraten Bruno Schönlink und Eduard Bernstein. Auch scheute sich die Sozialdemokratie nicht, jüdische Kandidaten in Kreisen aufzustellen, in denen der Wahlausgang zweifelhaft war, so den Rechtsanwalt Otto Landsberg, den Kaufmann Max Cohen und den Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld; sie unterlagen, aber die beiden ersteren kamen beim zweiten Anlauf in anderen Kreisen durch, Landsberg 1912 in Magdeburg, Cohen bei einer Nachwahl in Reuß ä. L. Bemerkenswert ist auch, daß, abgesehen von Adolf Sabor (Frankfurt a. Main) alle jüdischen Abgeordneten, einmal gewählt, immer von neuem aufgestellt wurden.

Die Herausstellung von Juden sollte den Wählern aller Schichten demonstrieren, daß die Partei eine Diskriminierung nach Religion, Abstammung oder Rasse ablehnte. Man nahm es in Kauf, daß potentielle neue Wähler im ersten Wahlgang und nichtsozialistische Wähler bei Stichwahlen an dem Judentum eines sozialdemokratischen Kandidaten Anstoß nehmen könnten. Man verließ sich darauf, daß die Propaganda der Partei ungenügend aufgeklärte Wähler in der Zukunft erfassen und ihnen ein besseres Verständnis für den sozialdemokratischen Standpunkt vermitteln würde. Die Partei war in der Offensive. Sie hatte zu ihren Zukunftsaussichten Vertrauen, während die Liberalen sich auch stimmungsmäßig meist im Zustand der Verteidigung befanden.

In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren, wie wir sahen, eine relativ hohe Zahl, im Durchschnitt etwa 10 % ihrer Mitglieder, Juden. Dies Bild erhält noch stärkere Konturen, wenn man einen Vergleich zwischen den akademisch gebildeten Abgeordneten der Fraktion zieht. Unter ihnen waren die jüdischen den nichtjüdischen Akademikern der Fraktion an Zahl und Bedeutung gleich und zu bestimmten Zeiten und auf bestimmten Gebieten sogar überlegen.

Die Bedeutung der Juden unter den Akademikern der Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestand in ihrer großen Mehrheit aus ehemaligen Handarbeitern. In den Anfängen vereinigten einige ihrer Abgeordneten körperliche Arbeit und ein Mandat, das keine Diäten einbrachte. Bebel rang seiner Tätigkeit als Drechslermeister, mit der er für sich und seine Familie das tägliche Brot verdiente, mühsam die Zeit für sein par-

lamentarisches Wirken ab. Noch 1889 versicherte der Schneidermeister August Kühn in Langenbielau (Schlesien) nach seiner in Breslau erfolgten Wahl in der Presse, daß er entgegen anderslautenden Gerüchten sein Geschäft nicht aufgeben, sondern sogar ausdehnen würde, um die durch das Mandat bedingten pekuniären Opfer auszugleichen⁷. Natürlich konnte sich nur ein selbständiger Handwerksmeister, nicht ein vom Unternehmer abhängiger Arbeiter die Ausübung des Mandats unter diesen Umständen gestatten. Später zeitigte die Organisationsarbeit genügende Ergebnisse, um die Abgeordneten vornehmlich aus ehemaligen Arbeitern zu rekrutieren, die Angestellte der Organisation geworden waren: Mitglieder des Parteivorstands, Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, Krankenkassenbeamte, Redakteure und Schriftsteller. Sie brachten eine gewisse Übersicht über die politische Lage, Verständnis für Verwaltung, umfassende Kenntnis der Lage der Arbeiter und der Arbeiterbewegung, sozialpolitische Erfahrungen und manches durch Selbststudium erworbene Fachwissen in die parlamentarische Tätigkeit ein. Die Begabteren arbeiteten sich im Parlament in Spezialgebiete ein. Sie lernten, sich mit Politikern anderer Richtungen auseinanderzusetzen. Damals haben Friedrich Ebert, Carl Severing, der spätere preußische Innenminister, Karl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, und andere zum ersten Male die Aufmerksamkeit einer größeren Öffentlichkeit auf ihre Person und Leistung gezogen.

Die Zahl der akademisch gebildeten Fraktionsmitglieder war gering. Für Führungsaufgaben freilich war akademische Bildung entbehrlich. Politische Begabung hat nichts mit dem Bildungsweg zu tun, den jemand durchlaufen hat. Der Kaufmann Paul Singer, der langjährige Partei- und Fraktionsvorsitzende, und der einstige Bankbeamte Eduard Bernstein, dessen Name historische Bedeutung gewonnen hat, haben mit 14 bzw. 16 Jahren die Schule verlassen. Friedrich Ebert und Otto Braun, Produkte der deutschen Volksschule und Autodidakten, sind zu staatsmännischer Größe aufgestiegen.

Dennoch war die Geringfügigkeit der Zahl der Akademiker in der Fraktion ein empfindlicher Mangel. Zwar vollbrachten manche Funktionäre im Parlament dank hoher Begabung und eisernem Fleiße bewundernswerte fachliche Leistungen, ohne über mehr als Elementarbildung zu verfügen. Aber für bestimmte Aufgaben der Gesetzgebung und der Verwaltungskontrolle, für ein gründlicheres Verständnis von Texten und Kommentaren auf vielen Gebieten, für die Bewertung geschichtlicher Vorgänge war die Mitwirkung fachlich geschulter Akademiker unentbehrlich oder sie schuf wenigstens günstige Voraussetzungen. Das Reservoir, aus dem die Partei bei der Aufstellung von Kandidaten zum Reichstag zur Ausfüllung dieser Lücken schöpfen konnte, war größer unter den Juden als unter den nichtjüdischen Funktionären. Die Gründe dafür sind geschildert worden.

⁷ *Theodor Müller*, II, S. 305 f.

Diese Situation hat seltsame Resultate für die Zusammensetzung der Fraktion gezeitigt, für die es Analogien in den Parlamenten anderer Staaten nicht gibt. Im Jahre 1893 waren unter vier jüdischen Abgeordneten ein Rechtsanwalt, ein Staatswissenschaftler und ein Chemiker ohne Abschlußexamen. Arthur Stadthagen war damals der einzige Jurist der Fraktion! Unter den 39 nicht-jüdischen Fraktionsmitgliedern hatten nicht mehr als vier Universitätsstudien betrieben; keiner von ihnen hatte ein Abschlußexamen gemacht. Nach der damaligen Auffassung waren sie gescheiterte Existenzen. Manche hatten ihre Karriere ihrer Gesinnung zum Opfer gebracht und waren als Sozialdemokraten von der Universität verwiesen worden. Andere waren ewige Studenten gewesen. Der Abgeordnete Richard Calwer nannte sich einmal einen examenflüchtigen Theologen⁸. Unter den 1898 gewählten acht Juden waren sieben Akademiker, darunter drei Rechtsanwälte und drei Staatswissenschaftler mit abgeschlossenem Studium. Unter den 48 Nichtjuden dagegen finden wir gleichfalls nur acht Akademiker. Dies waren Wolfgang Heine, ein Rechtsanwalt, der sich von Stoecker abgewandt hatte und zur Sozialdemokratie gekommen war, ein Apotheker und sechs, die verschiedene Studien ohne Abschluß betrieben hatten. Im Jahre 1912 schließlich waren unter den 98 nichtjüdischen Abgeordneten zwölf akademisch gebildete Mitglieder, aber unter den zwölf Juden nicht weniger als elf Akademiker. Von den acht Rechtsanwälten waren damals sechs jüdisch, nämlich Arthur Stadthagen, Hugo Haase, Joseph Herzfeld und Ludwig Frank, die schon früher dem Reichstag angehört hatten, sowie die neugewählten Oskar Cohn und Otto Landsberg. Die beiden anderen Anwälte waren Wolfgang Heine und Karl Liebknecht, ein Vertreter des revolutionären Flügels in der Fraktion von 1912. Ihr gehörten ferner zwei jüdische Staatswissenschaftler, Georg Gradnauer und Georges Weill an, Georg Davidsohn, der in Berlin als Dr. phil. promoviert hatte, und zwei seit langem erprobte Abgeordnete: Emanuel Wurm, ein Chemiker, schon als Student ein Sozialist, der vor Abschluß seiner Studien in die Politik herüberwechselte, und Gustav Hoch, ein Nationalökonom, der wegen sozialdemokratischer Betätigung gemäßregelt worden war und deswegen sein Studium nicht zu Ende führen konnte.

Die Zahl der jüdischen Akademiker war also in der Fraktion etwa ebenso groß wie die der nichtjüdischen Akademiker, die Zahl derer, die ihr Studium abgeschlossen hatten, größer. Ebenso war die Zahl der jüdischen Juristen und Staatswissenschaftler größer als die der entsprechend vorgebildeten Nichtjuden. Daß jüdische Abgeordnete wie Haase und Frank als gute Debatter bei großen politischen Auseinandersetzungen vorgeschickt wurden, hatte damit nichts zu tun. Wohl aber hängt es mit der akademischen, vor allem juristischen Vorbildung der jüdischen Abgeordneten zusammen, daß sie, wie z. B. Haase, Stadthagen, Frank, Cohn und Landsberg, bei der Beratung des Ju-

⁸ *Michels*, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 523.

stizetats und vor allem im Kampfe gegen die Klassenjustiz führten. Frank hat sich ferner bei der Beratung des elsäß-lothringischen Verfassungsgesetzes von 1911, Landsberg bei den Kommissions- und Plenarverhandlungen über das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913, Hoch bei den Debatten über die Reichsversicherungsordnung von 1911 ausgezeichnet. Andere betätigten sich auf Gebieten, die ihren Erfahrungen entsprachen, oder in die sie sich aus besonderem Interesse an einem Gegenstand gründlich eingearbeitet hatten: Gradnauer interessierte sich für Außen- und Heerespolitik, Bernstein neben außenpolitischen Fragen für Steuer- und Handelsprobleme, Wurm führte, auch auf Grund seiner theoretischen Vorbildung, auf dem Gebiet der Volksernährung, der Volksgesundheit und des gesundheitlichen Schutzes der Arbeiter in den Fabriken.

Natürlich fehlte es nicht an anderen Fraktionsmitgliedern mit akademischer Vorbildung, die sich große Verdienste erwarben. Max Quarck, den eine Maßregelung in der Referendarzeit wegen sozialdemokratischer Betätigung am Abschluß seines Vorbereitungsdienstes verhindert hatte, zeigte schon vor Antritt seines Mandats als Redakteur außerordentliche Kenntnisse der Arbeiterfrage und besonders des Arbeiterschutzes. Albert Südekum war der beste Kenner der Kommunalpolitik. Eduard David wurde der Theoretiker eines reformistischen Agrarprogramms, trat in der Kulturpolitik hervor und arbeitete sich in die Außenpolitik ein. Wilhelm Pëus war ein Befürworter des Baus billiger Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung. Von den Nichtakademikern war nach dem Zurücktreten August Bebels von der Tagespolitik der frühere Buchdrucker Philipp Scheidemann der schlagfertigste und witzigste Redner zur allgemeinen Politik. Der einstige Zigarrenarbeiter Hermann Molkenbuhr war ein ausgezeichnete Kenner aller sozialen Fragen und Gustav Noske am besten vertraut mit Problemen des Heeres und der Flotte, während Wilhelm Keil, ursprünglich ein Drechsler, Finanz- und Steuerfragen wie kein anderes Fraktionsmitglied beherrschte. Dies zeigt die Mitarbeit des jüdischen Elements in der richtigen Perspektive. Es beeinträchtigt aber nicht die Feststellung des ungewöhnlich großen Umfangs und der Bedeutung dieser Mitwirkung.

Die Stellung zum Judentum

Die meisten Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, vor allem ihre Funktionäre, standen der Kirche ablehnend gegenüber, ebenso wie die evangelische und die katholische Kirche die Sozialdemokratie erbittert bekämpften. Die Kirche galt als Instrument der herrschenden Klassen, als Stütze der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Partei identifizierte sich zwar nicht mit der Freidenkerbewegung. Aber sie bot ihr ein Forum für ihr Wirken, und zuweilen gab sie einen Anstoß zu größeren Bewegungen für den Austritt aus der Landeskirche. Der religiöse Sozialismus war damals

noch nicht entstanden. Grundsätzlich war nach dem Gothaer und später dem Erfurter Parteiprogramm Religion Privatsache. Daraus folgte die in Erfurt ausdrücklich ausgesprochene Forderung nach Trennung von Staat und Kirche und von Schule und Kirche, was nichts anderes als die Übernahme eines Programmpunktes des Liberalismus war. Dem klassenbewußten Arbeiter aber erschien diese Forderung zugleich als ein Aufruf zum Kampfe, als eine Mahnung, den Kirchenaustritt zu vollziehen.

Die kirchenfeindliche Stimmung spiegelte sich in der Zusammensetzung der Reichstagsfraktion wider. Läßt man die wenigen beiseite, die die Angabe ihrer Religion aus grundsätzlichen Erwägungen verweigerten, so waren 1890 unter 32 als Christen geborenen Abgeordneten 20 Dissidenten. 1912 waren es 69 unter 95. Die Tendenz zum Kirchenaustritt verstärkte sich im Laufe der Zeit, vor allem unter den Funktionären. Unter denen, die in der Kirche verblieben, überwogen die Evangelischen. 1912 waren von den 26 christlichen Fraktionsmitgliedern 21 evangelisch und fünf katholisch, darunter einer, der sich als deutsch-katholisch bezeichnete⁹. Wer nicht bereit war, völlig mit der katholischen Kirche zu brechen, stand unter schwerem geistlichen Druck, der ihn von der Mitgliedschaft in der glaubenslosen Partei zurückhalten sollte.

Die jüdischen Abgeordneten der Sozialdemokratie blieben in höherem Maße in ihrer Religionsgemeinschaft als ihre christlichen Kollegen. Die fünf (oder, wenn man Jacoby mitzählt, sechs) Kandidaten, die zwischen 1873 und 1890 gewählt wurden, waren alle der Konfession nach Juden außer Kayser, der sich als konfessionslos bezeichnete. Aber auch er wurde auf einem jüdischen Friedhof beerdigt, und ein Rabbiner sprach ein Gebet an seinem Grabe. 1893 trat als erster getaufter Jude Bruno Schönlink in die Fraktion ein, 1898 Georg Gradnauer. Dazu kamen in diesem Jahre zwei Dissidenten, Herzfeld und Hoch, so daß von acht Juden vier außerhalb der jüdischen Religionsgemeinschaft standen. 1912 waren unter den zwölf bei der allgemeinen Wahl in den Reichstag entsandten Abgeordneten jüdischer Abstammung fünf jüdischer Konfession und sieben Dissidenten.

Bei der Analyse dieser Zahlen ist jedoch Vorsicht geboten. Es handelt sich im ganzen um 18 Abgeordnete. Die Zahl ist zu klein, um daraus gültige Schlußfolgerungen zu ziehen. Auch Zufälligkeiten spielen mit. Man kann also nicht über die Feststellung hinausgehen, daß der Prozeß der Loslösung von der Religionsgemeinschaft bei den Juden langsamer vor sich ging. Einwandfrei läßt sich auch feststellen, daß mit der Ausnahme Schönlinks und Gradnauers, der später konfessionslos wurde, getaufte Juden unter den Sozialdemokraten nicht zu finden waren. Andererseits gab es keine Dissidenten unter den Mitgliedern der bürgerlichen Fraktionen des Reichstags. Die Gründe sind klar, soweit äußere Faktoren für den Wechsel bestimmend waren: bürgerliche Juden, die Dissidenten wurden, verbesserten ihre Stellung in Staat und Gesellschaft ebensowenig wie sozialdemokratische Juden, die Christen wurden.

⁹ Alle Zahlen nach dem jeweiligen amtlichen Reichstags-Handbuch.

Unter den im Judentum verbliebenen Fraktionsmitgliedern gab es keine gläubigen Juden. Nach den Wahlen des Jahres 1912 richtete die „*Allgemeine Zeitung des Judentums*“ an die sieben Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft im Reichstag eine Rundfrage, die auch ihre Stellung zur Religion berührte. Von den fünf Sozialdemokraten beantworteten zwei, Haase und Frank, diesen Teil der Frage nicht. Es ist aber aus anderen Äußerungen oder Handlungen dieser beiden bekannt, daß es nicht das religiöse Bekenntnis war, das sie an das Judentum fesselte¹⁰. Von den drei anderen bekannten Georg Davidsohn und Emanuel Wurm, daß sie innerlich konfessionslos waren, aber den Austritt aus dem Judentum nicht vollzogen, um angesichts des Antisemitismus ihre Solidarität mit den zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückten Juden zu bekunden. Am aufschlußreichsten ist die Antwort Oskar Cohns, dessen Entscheidungen stets von hoher ethischer Gesinnung bestimmt sind. Er spricht von den Gefühlswerten und Traditionen, die das Leben seiner Eltern und seine Jugend in der schlesischen Kleinstadt beherrscht haben, und fährt fort¹¹:

„Nicht ohne Bewegung und ehrlichen Kampf habe ich mich von den Glaubenssätzen des Judentums gelöst und mir das Weltgebäude aus anderen Bausteinen errichtet. Dennoch bin ich Mitglied der Jüdischen Gemeinde und werde es bleiben, so lange die Gemeinschaft der Juden nicht nur eine religiöse, sondern auch eine politische Gemeinschaft, ach leider nicht ist, aber sein sollte, die gegen gewalttätige und heuchlerische Unterdrückung und Zurücksetzung der jüdischen Gesamtheit und ihrer einzelnen Glieder im Kampf stehen muß. In solchen Zeitläuften ausscheiden, heißt, die Gewalttat billigen und dem Unrecht Recht geben; es kann wenigstens so ausgedeutet werden. Freilich muß die Kampfgemeinschaft der Juden mehr und mehr eine sittliche Gemeinbürgschaft werden...“

In dieser Antwort zeichnen sich schon Rudimente der späteren Entwicklung Cohns ab, der seit etwa 1925 auf eine weitere Betätigung in der deutschen Politik verzichtet und seine Kraft der zionistischen Bewegung und allgemeinen jüdischen Aufgaben gewidmet hat.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich als Juden bezeichneten, fühlten sich als Mitglieder einer Gemeinschaft, in der zu verbleiben ihnen angesichts der Diskriminierung der deutschen Juden als eine Ehrenpflicht erschien. Bei Einzelnen mag auch die Rücksicht auf Angehörige der Familie hinzugekommen sein, der Wunsch, ihre Gefühle durch einen Austritt aus dem Judentum nicht zu verletzen.

Von den Dissidenten jüdischer Abstammung brachten zwei Abgeordnete, Bernstein und Cohen, dem Judentum besonderes Interesse entgegen. Bernstein hat sein ganzes Leben lang an jüdischen Dingen, zuletzt auch am Zionis-

¹⁰ AZJ 1912, S. 160 ff., 353. Über Haases und Franks Stellung zur Religion s. unten S. 442 f., 445 f.

¹¹ AZJ 1912, S. 353.

mus starken Anteil genommen. Zionist ist er aber nicht geworden. Ebenso wenig war Max Cohen Zionist, der beim Studium außenpolitischer Fragen auf das Ostjudentum gestoßen war und der zionistischen Bewegung lebhaftes Sympathien entgegengebracht hat. Die Auffassungen dieser beiden Abgeordneten über jüdische Probleme werden bei der Schilderung ihres Lebens und Wirkens im einzelnen dargestellt werden.

Regionale Verteilung und Auslese

Regional betrachtet, entsprach die Aufstellung jüdischer Kandidaten der allgemeinen geographischen Verteilung der Mandate der Sozialdemokratie. Sie war eine Partei der Großstädte und der Industriegebiete. Sie errang ihre Erfolge vornehmlich in evangelischen Landesteilen. Innerhalb der katholischen Bevölkerung war ihr Aufstieg durch die Stärke und den Einfluß des Zentrums behindert. Der Mandatsanteil in den drei süddeutschen Staaten lag unter dem Durchschnitt. Die Bevölkerung war dort, wie schon bei früheren Gelegenheiten erwähnt wurde, in höherem Maße kleinbäuerlich und kleinstädtisch. Bayern und Baden hatten katholische Bevölkerungsmehrheiten. Während bei den Wahlen von 1912 die Sozialdemokratie im Reichsdurchschnitt 28 % der Mandate errang, mußte sie sich in Baden mit einem unter sieben Mandaten begnügen. Dies Mandat erstritt für sie Ludwig Frank in Mannheim. Er und der in Metz in Lothringen gewählte Georges Weill waren die einzigen von Süddeutschland in den Reichstag entsandten jüdischen Abgeordneten. Die Stärke des Zentrums erklärt auch, warum in den stark industrialisierten preussischen Provinzen des Westens, in Westfalen und in der Rheinprovinz, die sozialdemokratische Mandatsziffer weit unter dem Reichsdurchschnitt lag. Juden waren unter den acht sozialistischen Abgeordneten, die 1912 dort gewählt wurden, nicht; auch nicht unter der noch geringeren Zahl, die diese Provinzen bei früheren Wahlen in das Parlament entsandten.

Dagegen waren Juden unter den Abgeordneten der Großstädte Berlin (Singer), Königsberg (Haase), Breslau (Schönlank und Bernstein), Dresden (Gradnauer), Magdeburg (Landsberg), Rostock (Joseph Herzfeld), Frankfurt a. Main (Sabor), Mannheim (Frank). Man kann den Berlin benachbarten Wahlkreis Niederbarnim (Stadthagen) dazu rechnen, ebenso das vor den Toren Frankfurts liegende Hanauer Industriegebiet (Gustav Hoch). Elf von den 18 Juden vertraten also großstädtische Wahlkreise. Von ihnen ragten einige gleich roten Inseln aus einer Flut von meist konservativ vertretenen Gebieten hervor. Haase war der einzige in Ostpreußen, Herzfeld der einzige in Mecklenburg gewählte Sozialdemokrat. Dagegen entsprachen Gradnauers wiederholte Siege in Dresden und Landsbergs Erfolg in Magdeburg im Jahre 1912 dem hohen Anteil der Sozialdemokratie an der Zahl der Gesamtmandate im Königreich und in der Provinz Sachsen.

Zu den industriellen, nicht großstädtischen Gebieten zählten Freiberg und Reichenberg im Königreich Sachsen (Kayser), Reuß j. L. (Wurm), Reuß ä. L. (Cohen) und Nordhausen (Cohn). Weniger industrialisiert waren Frankfurt a. O. – Lebus, wo Heinrich Braun 1903 gewählt wurde, und Grünberg-Freystadt in Schlesien, wo 1912 Davidsohn siegte. Bemerkenswert war auch Weills Sieg im Jahre 1912 in Metz, einer überwiegend von Katholiken bewohnten Mittelstadt, die vorher von einem lothringischen Autonomisten vertreten war.

Das Mandat für den erwähnten Kreis Frankfurt a. O. eroberte Heinrich Braun* nach einem von ihm und seiner Gattin Lily Braun enthusiastisch geführten Wahlkampf. Die Wahl wurde für ungültig erklärt, und in der Nachwahl unterlag Braun gegen den nationalliberalen Parteiführer Ernst Bassermann. Er gelangte daher nicht zu parlamentarischem Wirken. Braun war ein vielseitig begabter Mann, der der Arbeiterbewegung durch Beziehungen zu sozial gerichteten Intellektuellen über die Parteigrenzen hinaus und als Talente aufspürender, anregender und geradezu idealer Redakteur der wichtigsten sozialpolitischen Zeitschriften große Dienste geleistet hat¹². Innerhalb der Partei selbst scheiterte der streitbare Mann, der, ungleich den anderen Revi-

* Heinrich Braun, geb. 1854 in Budapest. Studierte an österreichischen und deutschen Universitäten Rechtswissenschaft, dann Staatswissenschaft und Nationalökonomie. Dr. phil. Begründete 1883, zusammen mit Karl Kautsky und Wilhelm Liebknecht, die „*Neue Zeit*“, das wissenschaftliche Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei. Begründete und redigierte u. a. das „*Sozialpolitische Centralblatt*“, das „*Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik*“ und die „*Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung*“. Heftige Zusammenstöße mit der Parteiführung auf dem Dresdener Parteitag 1903. Begründete eine kurzlebige Parteizeitschrift, „*Die Neue Gesellschaft*“, 1903 und abermals 1905. 1903 in Frankfurt a. O. – Lebus gewählt, verlor den Kreis nach Ungültigkeitserklärung der Wahl. Gest. 1927 in Berlin.

¹² Die Gültigkeit der Wahl Heinrich Brauns war von den Nationalliberalen beanstandet worden, weil der Regierungspräsident von Frankfurt a. O. einen Wahlauftrag zugunsten des konservativen Kandidaten unterzeichnet hatte. Sie unterstellten, daß ohne diese unzulässige Beeinflussung der Wahl ihr eigener Kandidat, Felix Schwabach (s. über diesen S. 360) anstatt des Konservativen in die engere Wahl mit Braun gekommen wäre. Das Plenum konnte sich entgegen dem Votum der Wahlprüfungskommission des Reichstags nicht entschließen, die Wahl deswegen für ungültig zu erklären, und verwies den Fall an die Kommission zurück (Reichstag, St. B. 13. 2. 1904, S. 938). Die Kommission hielt jedoch ihre Stellungnahme aufrecht, und das Plenum schloß sich ihr bei der neuen Beratung an (aaO, 27. 4. 1904, S. 2468). Der sozialdemokratische Abgeordnete Richard Fischer versuchte vergeblich in der Kommission und im Plenum, Brauns Mandat zu retten. Während der kurzen Zeit seiner Zugehörigkeit zum Hause hat Braun das Wort nicht ergriffen. Über ihn s. die Biographie von *Julie Braun-Vogelstein* sowie von derselben Autorin, Was niemals stirbt, passim. Eine zweite, von Julie Braun-Vogelstein neu bearbeitete Auflage der Biographie ist unter dem Titel: Heinrich Braun, Ein Leben für den Sozialismus (Stuttgart 1967) veröffentlicht worden; s. dort, S. 166 über Brauns Wahl in Frankfurt a. O. Julie Braun-Vogelsteins Buch wurde bald nach seinem Erscheinen, 1933, kritisch beleuchtet von *Kautsky*, Heinrich Braun, S. 155–172.

sionisten, zu den in jeder politischen Partei unvermeidlichen Konzessionen nicht bereit war.

Bei der Auswahl eines Kandidaten war die Mitgliedschaft des Ortsvereins bzw. der Parteitag des Bezirks, dem der Ortsverein angehörte, entscheidend. Der Berliner Zentralvorstand der Partei konnte jedoch einen erheblichen Einfluß ausüben, besonders in den von den Zentren der Großindustrie abgelegenen Wahlkreisen, in denen starke Führerpersönlichkeiten örtlich nicht hervortraten¹³. Eine Kandidatenaufstellung hing in der Regel von einigen wenigen, an personellen Fragen interessierten Funktionären ab. Die von ihnen vorbereitete und vorgeschlagene Kandidatur pflegte sich bei genügend energischer Vertretung in der Versammlung der Funktionäre und in der ihr folgenden Mitgliederversammlung durchzusetzen.

Die meisten jüdischen Kandidaten sind in ihren Ortsvereinen aufgestiegen. Sie haben sich dort durch ihre Arbeit, durch Beteiligung an Versammlungen und durch Rat bei politischen Entscheidungen, durch selbstloses Eintreten für Einzelne einen Namen gemacht und sind durch rednerische oder journalistische Betätigung größeren Kreisen des Parteivolks bekannt geworden. Der örtliche Vorstand, die Funktionäre und Mitglieder versprachen sich etwas von ihrer Mitarbeit im Parlament. Zu diesen Abgeordneten gehörten Singer, der populärste Mann der Partei in Berlin, Haase, überaus beliebt in Königsberg, Landsberg, der erprobte Anwalt in Magdeburg, Gradnauer, der bewährte Journalist in Dresden, und Frank, der führende Kopf der Partei in Mannheim und darüber hinaus zusammen mit Wilhelm Kolb, in Baden. Kayser war in ganz Sachsen, darüber hinaus in Schlesien und Berlin bekannt geworden. Stadthagen, ein unermüdlicher Agitator und Anwalt der Armen in Berlin, hatte es nicht schwer, das Mandat in Niederbarnim zu erlangen. Die meisten hatten als Stadtverordnete lokale Bedeutung gewonnen, bevor ihnen das Mandat zum Reichstag angetragen wurde.

Der Parteivorstand schaltete sich auf Grund einer Art ungeschriebenen Gewohnheitsrechts ein. Nur selten kam es infolge von politischen Meinungsverschiedenheiten dabei zu Gegensätzen zwischen dem Vorstand und der lokalen Organisation. Meist gelang es, auf diese Weise Mitgliedern des Vorstands und Führern der Gewerkschaften und Genossenschaften Kandidaturen zu sichern und andere hervorragende Parteimitglieder unterzubringen. Dazu war manchmal ein gewisser Druck nötig. Sozialdemokratische lokale Organisationen trennten sich nur ungern von ihren parlamentarischen Vertretern, wenn sie ihre Pflicht gut und selbst nur leidlich erfüllten.

Zu den jüdischen Parteimitgliedern, die auf diese Weise zu einem Parlamentssitz gelangten, gehörte Emanuel Wurm, einer der Begründer des sozialistischen Genossenschaftswesens und der Vertreter Karl Kautskys in der redaktionellen Leitung der „Neuen Zeit“, des wissenschaftlichen Zentralorgans

¹³ Kautsky, Wahlkreis und Partei, S. 36 ff.

der Partei. Die stets wache Mitgliedschaft Breslaus ließ es sich gern gefallen, daß ihre Aufmerksamkeit auf den hochbegabten Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, Bruno Schönlank, gelenkt wurde. Wie es zur Wahl seines Nachfolgers Eduard Bernstein kam, wird bei der Beschreibung seines Lebens eingehender ausgeführt werden. Die Kandidatur Oskar Cohns in Nordhausen im Jahre 1912 war vermutlich Hugo Haases Einfluß zu verdanken, der an Singers Stelle neben Bebel Parteivorsitzender geworden und mit Cohn eng befreundet war.

B. Jüdische Sozialdemokraten im Reichstag

Unter den sozialdemokratischen Abgeordneten gehörten Kayser und Sabor zur Periode Bismarcks. Auch Singer trat bereits seit 1878 als Sozialist hervor und wurde 1884 gewählt. Der größte Teil seines Wirkens fällt jedoch in die Zeit Wilhelms II. Er und Schönlank haben den Kriegsausbruch nicht erlebt, Der Tätigkeit zweier anderer Abgeordneter setzte der Krieg ein frühes Ende: Ludwig Frank ist einen Monat nach Kriegsausbruch als Kriegsfreiwilliger gefallen, während sich Georges Weill, der elsässische Abgeordnete, 1914 für Frankreich erklärte und Deutschland verließ. Von den elf jüdischen Abgeordneten, die außerdem im Kriegsreichstag gesessen haben, ist Stadthagen 1917 gestorben. Alle waren an den schweren innerparteilichen Kämpfen um die Haltung zur Kriegspolitik der Regierung und zur Bewilligung der Kriegskredite beteiligt, in deren Verlauf zuerst die Fraktion auseinanderbrach und dann die Unabhängige Sozialdemokratische Partei begründet wurde.

I. Die Parlamentarier der Bismarckzeit

Max Kayser

Max Kayser* hat ein Alter von nur 35 Jahren erreicht. Der geborene Oberschlesier arbeitete als Kaufmann in Berlin. Es hielt ihn aber nicht lange in dieser Tätigkeit. Er suchte und fand Arbeit als Parteiredakteur, seit 1874 bei der Dresdener Parteizeitung. Im nächsten Jahr nahm er als Dresdener Delegierter der „Eisenacher“ am Gothaer Einigungskongreß teil. Seine journali-

* *Max Kayser*, geb. 1853 in Tarnowitz. Konfessionslos. Gymnasium, dann kaufmännische Lehre. Stellung als Handlungsgehilfe in Berlin. Besuchte nationalökonomische Vorlesungen an der Universität. 1871 Mitredakteur bei der „*Demokratischen Zeitung*“ in Berlin, 1873 Redakteur der „*Süddeutschen Volksstimme*“ in Mainz. 1874 Redakteur am „*Dresdner Volksboten*“, der seit 1877 „*Dresdner Volkszeitung*“ hieß. Vorstandsämter in politischen und kaufmännischen Vereinen. 1878–1884 Abgeordneter für Freiberg (Sachsen), 1884–1888 für Reichenberg-Auerbach (Sachsen). Gest. 1888 in Breslau.

stische Arbeit trug Kayser häufig Gefängnisstrafen ein, auch nach seiner Wahl zum Reichstag. Er vertrat zweimal den sächsischen Wahlkreis Freiberg und zweimal den Kreis Reichenberg-Auerbach. In Breslau, wo er sich durch rege Mitarbeit an den Aufgaben der Partei und journalistische Arbeit bekannt gemacht hatte, kandidierte Kayser vergeblich im Jahre 1887.

Kaysers parlamentarisches Wirken fiel in die Zeit, in der das Sozialistengesetz mit der größten Härte angewendet wurde. Kayser wurde aus Dresden, Breslau und anderen Städten ausgewiesen, konnte nirgends mehr eine Wohnung finden und mußte zeitweise in Eisenbahnwagen übernachten. Ein Kehlkopfleiden konnte er nicht sachgemäß behandeln lassen. Er starb im März 1888 in Breslau, wohin er in den letzten Lebenswochen zu seiner Mutter zurückkehren durfte. Mehrere tausend Personen, von einem großen Polizeiaufgebot überwacht, folgten seinem Sarge zum Jüdischen Friedhof in Breslau, auf dem auch Ferdinand Lassalle ruht.

Die polizeilichen Verfolgungen trafen einen Mann, der am weitesten rechts in der sozialdemokratischen Fraktion stand. Er zeigte sich in politischen, Zoll- und Sozialversicherungsfragen, mit denen er sich vornehmlich beschäftigte, gut unterrichtet und blieb stets sachlich. Der Präsident ließ seine manchmal weiten Abweichungen vom Thema mit der Bemerkung zu, daß das Haus offensichtlich Interesse an seinen Ausführungen bekunde. Der sozialdemokratische Parteihistoriker Franz Mehring hält ihm mißbilligend sein Eintreten für gewisse Schutzzölle vor. Die Fraktion, duldsamer als ihr Historiker, ermächtigte Kayser, sich abweichend von ihr 1879 für die Wiedereinführung des Eisenzolls einzusetzen, der 1877 aufgehoben worden war. Kayser wies nicht nur auf die Bedeutung des Prinzips des Staatseingriffs in die Wirtschaft hin, sondern auch auf die Notlage der oberschlesischen Arbeiter, die zwar durch die Zölle nicht behoben, aber durch Wiedereinstellung Unbeschäftigter vermindert werden könnte. Er griff die Liberalen wegen ihrer Verständnislosigkeit für soziale Fragen an und erhielt den Beifall der Rechten wegen seiner grundsätzlichen Ablehnung der Privatversicherung. Der Einzelne solle nicht am Unglück seiner Mitmenschen verdienen, die staatliche Versicherung sei vorzuziehen.

Das Sozialistengesetz bekämpfte Kayser mit aller Kraft. Die Übergriffe der Behörden bei seiner Anwendung belegte er vor allem mit Beispielen aus dem Verhalten der schlesischen Polizei, die das Gesetz besonders brutal handhabte.

Eine Episode ist Kaysers Eintreten für den Hamburger Abgeordneten und Stuttgarter Verleger Johann Heinrich Wilhelm Dietz, dessen Name in den Verlagshäusern in Hannover und Ostberlin weiterlebt. 1882 war Dietz wegen angeblicher Verbreitung eines subversiven Kalenders widerrechtlich verhaftet worden. Nachforschungen und Erörterungen, die Kaysers Mitteilung folgten, führten zu einem einstimmigen Beschluß des Reichstags auf Haftentlassung. Das Haus hatte zwar das Sozialistengesetz beschlossen, wahrte

aber die Rechte seiner Mitglieder gegen behördliche Übergriffe, und auch die Konservativen schlossen sich davon nicht aus¹⁴.

Adolf Sabor

Adolf Sabor* erfreute sich, wie wir sahen, bei der Stichwahl von 1884 der Unterstützung Bismarcks. Dem Kanzler lag daran, seinen verhaßten Gegner Sonnemann aus dem Parlament zu vertreiben. Der neue Vertreter Frankfurts konnte sich an Verstand, Leistung und Einfluß nicht entfernt mit dem alten Demokraten messen. Da er erst 1870 nach Frankfurt kam, waren ihm Frankfurter Lokalpatriotismus und die 1866 durch den widerrechtlichen Einmarsch der preußischen Truppen aufs höchste gesteigerte antipreußische Stimmung der Frankfurter Bürgerschaft fremd.

Sabor schied aus dem Schuldienst, um seiner Überzeugung unbehindert durch staatliche Fesseln leben zu können. Seine Bewerbung um das Frankfurter Mandat bereitete er durch persönliche Angriffe auf Sonnemann schon auf dem sozialdemokratischen Parteitag von 1876 vor. Bebel, der von früherer gemeinsamer Tätigkeit her mit Sonnemann befreundet war und bei ihm in schwierigen Situationen Beistand gefunden hatte, nahm diesen damals in Schutz.

Sabor trat im Parlament selten hervor. 1889 wandte er sich gegen die unter dem Sozialistengesetz erfolgte Verhängung des Ausnahmezustands über Frankfurt. Der etwas wunderliche Abgeordnete verunglückte in seinen Reden manchmal bei dem Bemühen um Bilderreichtum und rief ungewollte Heiterkeit hervor. Andere seiner Wendungen wurden populär und fanden Aufnahme in Büchmanns „Geflügelten Worten“. „Das läßt tief blicken, sagt Sabor“, wurde damals eine stehende Redensart¹⁵.

Den Verzicht auf eine neue Kandidatur im Jahre 1890 begründete Sabor mit einem Herzleiden. Vielleicht hat ein gewisser Druck der Frankfurter Parteiorganisation, die inzwischen anspruchsvoller geworden war, zu seinem Ausscheiden beigetragen.

* *Adolf Theodor (Abraham) Sabor*, geb. 1841 in Wollstein (Provinz Posen). Studierte Philosophie. 1871 Lehramtskandidat, 1872 wissenschaftlicher Hilfslehrer am Philanthropin, der bedeutenden Frankfurter jüdischen Realschule. Schied Ende 1872 aus politischen Gründen aus dem Schuldienst, erteilte Privatunterricht. 1884–1890 Mitglied des Reichstags für Frankfurt am Main. Danach private Studien und Forschungen. Gest. 1907 in Frankfurt.

¹⁴ *Hirth*, Deutscher Parlaments-Almanach 1878; *Osterroth*, S. 159 f. *Mehring*, Geschichte IV, S. 166; *Theodor Müller*, II, S. 202 ff. Reichstag, St. B. 17. 5. 1879, S. 1278 ff.; 10. 1. 1882, S. 627; 646; 12. 1. 1882, S. 748 ff.; 13. 2. 1885, S. 1268.

¹⁵ Reichstag, St. B. 17. 12. 1884, S. 434; 30. 1. 1889, S. 683; 5. 2. 1889, S. 807; 13. 3. 1889, S. 886 ff. *AZJ* 16. 4. 1915, S. 190. Informationen über Sabor verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Andernacht, Frankfurt a. Main; s. auch *Bonn*, S. 43 f. Über Bismarck, Sabor und Sonnemann, s. oben S. 318.

II. Die historischen Figuren

Paul Singer

Paul Singer* war im Reichstag der monarchischen Zeit der erste der vier jüdischen Sozialisten, die historische Figuren geworden sind. Die anderen sind Hugo Haase, Ludwig Frank und Eduard Bernstein.

Als Paul Singer vier Jahre alt war, starb sein Vater. Er hinterließ die zahlreiche Familie in dürftigen Verhältnissen. Paul trat mit 14 Jahren in ein Schnittwarengeschäft ein, arbeitete sich im kaufmännischen Beruf empor und gründete mit einem seiner Brüder eine Damenmäntelfabrik. Er schied aus ihr Ende 1887 aus, als unter dem Sozialistengesetz seine Ausweisung aus Berlin ihm die Fortsetzung seiner geschäftlichen Tätigkeit unmöglich machte. Singer war als Mitbesitzer des Unternehmens zu Wohlstand gelangt. Bürgerliche Gegner, besonders Antisemiten, suchten daraus politisch Kapital zu schlagen. Auch Bebel entging Angriffen dieser Art nicht. Diese demagogische Agitation ließ jedoch die Arbeiterschaft kalt. Sie wußte, daß ihre beiden Führer für die Interessen der Arbeiter hingebend wirkten und für die gemeinsamen Ideale Gefängnis, Verfolgung und Vertreibung auf sich genommen hatten.

Singers politisches Interesse erwachte früh. In seine Jugend fiel der Kampf der Fortschrittspartei gegen Bismarck, dann der deutsche Krieg von 1866. Singer lernte Lassalle kennen, hat aber keinen tieferen Eindruck von ihm empfangen. Als er politisch heranreife, war Lassalle bereits gestorben, seine Bewegung hatte Berlin noch nicht erfaßt. Singer wirkte in jenen Jahren im Demokratischen Arbeiterverein und schloß sich Johann Jacoby und Guido Weiss an. Mit ihnen erstrebte er ein großdeutsches demokratisches Reich. Jacoby folgte er auf dem Wege in die sozialdemokratische Partei. Er verehrte den alten prinzipienfesten Demokraten und errichtete nach seinem Tode einen nach ihm benannten Fonds für politisch Verfolgte.

In der Sozialdemokratie hielt sich Singer zunächst im Hintergrund. Er half mit Rat und reichlichen Spenden für die Wahlkämpfe und die sozialistische Presse. Als die Partei 1878 verboten wurde, bekannte er sich mutig in der Öffentlichkeit zu ihr. Er arbeitete mit ungewöhnlichem Organisationstalent in der Illegalität und wurde der Partei unentbehrlich. Mehrmals schritt die Polizei zu Haussuchungen und Vernehmungen, vermochte aber die Spuren von Singers Wirken nicht aufzudecken.

* *Paul Singer*, geb. 1844 in Berlin, jüdisch. Realschule bis 1858. Kaufmännische Lehre, 1869 Mitbegründer der Damenmäntelfabrik Gebrüder Singer in Berlin. Seit 1887 Privatier. In den sechziger Jahren Mitglied des Demokratischen Arbeitervereins in Berlin, in den siebziger Jahren der Sozialdemokratie beigetreten. 28 Jahre Stadtverordneter in Berlin. 1884 bis 1911 Mitglied des Reichstags für Berlin IV, 1885 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1890 bis 1911 Mitvorsitzender der Partei. Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel. 1886 aus Berlin, später auch aus Offenburg ausgewiesen, 1890 nach Berlin zurückgekehrt. Gest. 1911 in Berlin.

1883 entschloß sich Singer zu stärkerer politischer Aktivität und nahm eine Kandidatur zur Berliner Stadtverordnetenversammlung an. In der ersten öffentlichen Versammlung, in der er sprach, entwickelte er sein Kommunalprogramm. Es war der Beginn des Sturms auf die Rathäuser, in die die Sozialdemokratie trotz des Dreiklassenwahlrechts einzudringen bemüht war. Singer zog mit vier anderen Sozialisten in die Stadtverordnetenversammlung ein. Er hat trotz seiner Überhäufung mit Ämtern auch später an der Gemeindepolitik intensiv mitgearbeitet. Sein Kommunalprogramm wurde richtungweisend.

Ein Jahr darauf kandidierte Singer im 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Er eroberte ihn mit absoluter Mehrheit und hat den Kreis 27 Jahre lang bis zu seinem Tode vertreten. Der Kampf ging gegen die Freisinnigen, die damals Berlin beherrschten, und gegen die Antisemiten, die die Hauptstadt zu erobern versuchten, wovon in anderem Zusammenhang die Rede war¹⁶. Singers Aufstellung als Kandidat war eine Herausforderung der Antisemiten. Berlin entschied sich für Singer, nicht für Stoecker. Die sozialdemokratischen Arbeiter triumphierten. Singer, der Mitglied der jüdischen Gemeinde geblieben war, betonte befriedigt, daß die Arbeiterschaft auf dem Höhepunkt der Judenhetze den Antisemitismus demonstrativ abgelehnt hatte. Sonst aber hat er sich bei der Behandlung jüdischer Fragen in der Öffentlichkeit im Hintergrund gehalten. Er hat auch versucht zu verhindern, daß das von dem jüdisch-amerikanischen Arbeitervertreter Abraham Cahan aufgeworfene Problem des Antisemitismus 1891 auf die Tagesordnung des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Brüssel gesetzt wurde¹⁷.

Singers Aufstieg in der Partei vollzog sich in schneller Folge. 1885 wurde er Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1886 wurde er in den Parteivorstand gewählt. 1887 machte ihn die Stadtverordnetenfraktion zu ihrem Vorsitzenden, 1890 wurde er Mitvorsitzender der Partei. Bebel und Singer haben die höchsten Ämter in der Partei bis zu Singers Tode gemeinsam ausgeübt¹⁸.

Singer übernahm eine Fülle von Funktionen, die seine Parteiämter mit sich brachten. Er war regelmäßig Vorsitzender der Parteikongresse. Oft erstattete er dort auch den Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Die Referate über die Vorbereitung und den Verlauf der internationalen Sozialistenkongresse wurden ihm gleichfalls anvertraut. Als 1907 der erste internationale Kongreß auf deutschem Boden in Stuttgart abgehalten wurde, leitete er die Verhandlungen. Er wurde als deutscher Vertreter in das Internationale Sozialistenbüro in Brüssel, die ständige Exekutive der Internationale, delegiert. In den nationalen und internationalen Gremien bekämpfte er den wachsenden Nationalismus und Imperialismus. 1900 unternahm er auf dem Mainzer Parteikongreß und im Reichstag kraftvolle Vorstöße gegen die impe-

¹⁶ S. oben S. 148.

¹⁷ *Silberner*, S. 279 f.

¹⁸ Singers Lebenslauf in Reichstags-Handbuch 1907, S. 371. Eine ausführliche Darstellung seines Lebens bei *Gemkow*.

rialistische Aggression der europäischen Mächte in China und das weltpolitische Abenteuer Bülows. Andererseits betrachtete Singer die Anerkennung der bestehenden Grenzen als eine der Grundlagen friedlicher internationaler Zusammenarbeit. Einst hatte Singer zu denjenigen gehört, die gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestiert hatten. Diese Einstellung gehörte einer vergangenen Zeit an. Als im Straßburger Parteiorgan der Redakteur Jacques Peirottes dem Parteivorstand zu pro-französisch zu schreiben schien, sandte die Parteiführung einen norddeutschen Journalisten als Mitredakteur dorthin. Singer schärfte ihm bei der Erteilung des Auftrages ein, daß er „die deutschen Belange kräftig vertreten“ solle¹⁹.

Singer war der populärste sozialistische Führer Berlins. Er verstand sich mit den Berliner Arbeitern ausgezeichnet. Er war ein echter Repräsentant der Hauptstadt, deren Bewohner in der Theorie radikal, zuweilen hyperradikal waren und in der Praxis viel common sense zeigten. Eduard Bernstein beklagte auf dem Dresdener Parteitage, daß die in mancher Beziehung muster-gültigen Berliner in bezug auf die theoretische Entwicklung der Partei die allerkonservativsten Parteigenossen seien²⁰. Eine solche Charakteristik würde Singer nicht voll gerecht werden. Er war auch ein Praktiker par excellence, ein gewiegtter Taktiker, der sich auf dem parlamentarischen Parkett geschickt zu bewegen wußte.

Die Mischung von theoretischem Radikalismus und nüchtern-praktischem Sinn bestimmte Singers Wirken. Das revolutionäre Endziel, der Sieg der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durfte nicht in Frage gestellt, das Banner des Radikalismus mußte hochgehalten werden. So trat Singer vor allem für die These ein, daß der Haushaltsplan im Reich und in den Einzelstaaten bedingungslos abgelehnt werden müsse. Eine Bewilligung der Haushaltsmittel erschien ihm als ein Vertrauensvotum für eine Regierung, die im bürgerlichen Staat der Sozialdemokratie notwendigerweise feindlich gegenüberstand. Das Problem hat mehrere Parteitage beschäftigt, da die Süddeutschen unter anderen Verhältnissen arbeiteten als die Sozialisten Preußens und darin keine Prinzipienfrage erblickten. Bebel dachte nicht viel anders darüber als Singer, war aber eher bereit, aus zwingenden Gründen eine Ausnahmeregelung zuzulassen. Singer dagegen blieb intransigent und erbitterte dadurch die süddeutschen Delegierten so sehr, daß die meisten von ihnen ihm 1908 auf dem Nürnberger Parteitag bei der Vorstandswahl ihre Stimmen verweigerten; er blieb um etwa 50 Stimmen hinter Bebel und den anderen Vorstandsmitgliedern zurück²¹. Singer stemmte sich auch länger als die Mehrheit der Partei gegen die Beteiligung an den Wahlen zum preußischen Ab-

¹⁹ Wehler, S. 61; Gemkow (über den Kampf gegen den Imperialismus), S. 117, 153.

²⁰ Schröder, S. 390.

²¹ Auf dem Lübecker Parteitag von 1901 beantragte Singer die Streichung des von Bebel vorgeschlagenen Passus über die Regelung von Ausnahmefällen (Schröder, S. 104). Über Nürnberg, ebenda, S. 108 f.

geordnetenhouse. Er glaubte, durch Wahleuthaltung die Volksfeindlichkeit des Wahlrechts demonstrativ zu unterstreichen. Auch für ein modernes Agrarprogramm war Singer nicht zu gewinnen. Die revolutionären Extremisten des linken Flügels hielt er für überspannt, aber sie waren ihm sympathischer als die Reformisten. Daß die bürgerlichen Gegner der Sozialdemokratie sich mancher Zitate aus den „Sozialistischen Monatsheften“ in der Polemik gegen die offizielle Parteipolitik bedienen konnten, war eine Quelle ständigen Ärgers für die Parteiführung. Singer wurde nicht müde zu betonen, daß die Zeitschrift keinen Parteicharakter trage und keine Parteimeinung ausdrücke²².

In praktischen Fragen dagegen war Singer ein Realist. Über den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus dachte er skeptisch auch in einer Zeit, in der Bebel das Millennium mit Riesenschritten herannahen sah. Singer wußte von der inneren Kraft und dem Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft. Ebenso wie Bebel, hielt er die Verbesserung der Lage der Arbeiter im bestehenden Staats- und Wirtschaftssystem für theoretisch wünschenswert und politisch erforderlich; eine verelendende, degenerierte Arbeiterschaft konnte den Kampf um letzte Ziele nicht erfolgreich führen. Singer prägte den Arbeitern ein, daß „Agitation und Organisation“ das Zauberwort sei, aber er wollte nicht etwa die parlamentarische Arbeit auf revolutionäre Reden beschränken; Strömungen dieser Art lehnte er entschieden ab. Er hielt vielmehr Erfolge seiner Partei im Parlament für das wichtigste Agitationsmittel zur Stärkung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen²³.

Es ist reizvoll, die Unterschiede in Bebels und Singers Wirken zu beobachten, die sich aus der Verschiedenheit ihrer Anlagen ergeben. Bebel war Singer an Führungsqualitäten, Singer war Bebel an praktischem Sinn überlegen. Singer leitete die Parteitage, Bebel beherrschte sie. Bebel war unerreicht als Polemiker, Singer war businesslike und gründlich. Singer war zwar in erster Linie, ebenso wie Bebel, Politiker und Parlamentarier. Er wäre aber auch ein ausgezeichnete Geheimrat in einem Finanz- oder Handelsministerium geworden. In dieser Rolle kann man sich Bebel nicht vorstellen. Singer konnte das Haus mit Ausführungen über die Weltausstellung in Chicago, die Forschungsaufgaben der afrikanischen Gesellschaft, den Börsenkommissar oder die Einfuhr ausländischer Wertpapiere interessieren, Probleme, die außerhalb des Gedankenkreises von Bebel lagen. Wenn bestimmte Dinge privater Initiative bedurften, versagte er sich nie. Er war in Berlin Kurator des Asylvereins für Obdachlose; das Asyl bot Obdachsuchenden Unterkunft ohne entwürdigende Praktiken und engherzige polizeiliche Kontrolle. In der Korporation der Kaufmannschaft arbeitete Singer eifrig mit. Nach seiner Ausweisung rühmten die Ältesten der Kaufmannschaft seine Verdienste und lehnten es ab, seinen Platz anderweitig zu besetzen²⁴.

²² So z. B. Reichstag, St. B. 22. 11. 1900, S. 87.

²³ Schröder, S. 389; Gemkow, S. 160.

²⁴ Bernstein, Geschichte II, S. 182 f.

Singers persönliche Beliebtheit beruhte auf seiner Verbindlichkeit und Umgänglichkeit. Bei scharfen Attacken gegen die Regierung zog er sich freilich manchen Ordnungsruf im Reichstag zu. Persönlich aber ist er niemandem zu nahe getreten. In seinen Auseinandersetzungen mit dem Reichspräsidenten zeigte er vollendete Courtoisie und Verständnis für die Bedeutung von Verfahrensfragen. In der Geschäftsordnungskommission des Parlaments führte der politisch so umstrittene Abgeordnete den Vorsitz unparteiisch und zur allgemeinen Zufriedenheit. Als Leiter der Parteitage hielt er auf guten Ton. Persönliche Angriffe ließ er nie ohne Rüge durchgehen. Selbst bei den leidenschaftlichsten Debatten auf dem Dresdener Parteitag über Revisionismus und Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse gelang es Singer dank seiner Gewandtheit und Autorität, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Er wahrte die Würde des Kongresses auch gegenüber Bebel und suchte seine Temperamentsausbrüche zu zügeln. Äußerlich brachte Singer allerdings keine günstigen Voraussetzungen für repräsentative Funktionen mit. Sein Aussehen war das eines behäbigen Kaufmanns, seine Stimme durch einen tiefen Baß gekennzeichnet. Sinn für Feierlichkeit ging ihm ab. Dagegen besaß er ein ausgeprägtes Gefühl für Fairneß und Gerechtigkeit und war mit den rechtlichen Grundlagen seiner repräsentativen Funktionen wohl vertraut, so daß er sie einwandfrei ausüben konnte.

Singer war bei der Festsetzung der Tagesordnung im Reichstag stets zur Stelle, um Überraschungen vorzubeugen und selbst Vorschläge zu machen. Seine Kenntnis der Geschäftsordnung benutzte er erfolgreich, besonders als er in die große Zolltarifdebatte des Jahres 1902 eingriff. Er zog sie in die Länge, um die Wirkung der Erhöhung des Brotpreises zu unterstreichen. Seine Taktik sollte dazu führen, daß die politische Bedeutung der Entscheidung, durch die der Brotpreis in Deutschland über das Niveau in jedem anderen europäischen Lande gehoben wurde, allgemein erfaßt wurde. Die Änderung der Geschäftsordnung durch die Mehrheit brach den von Singer geleiteten Widerstand, aber der nächste Wahlkampf wurde um den „Brotwucher“ ausgefochten. Die sozialdemokratische Mandatszahl schnellte von 56 auf 81 empor²⁵.

Ebenso erfaßte Singer blitzschnell im Januar 1910 die durch eine provozierende Bemerkung des Abgeordneten Elard von Oldenburg-Januschau geschaffene Situation. Als der Konservative, ungerügt vom Präsidenten, für den Kaiser das Recht in Anspruch nahm, jederzeit den Reichstag durch einen Leutnant mit zehn Mann schließen zu lassen, und Sturmszenen hervorrief, führte Singer eine Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit dieser „Aufforderung zum Verfassungsbruch“ herbei. Er konzentrierte die Aufmerksamkeit des Hauses und des Landes auf diese Herausforderung, zog die bürgerlichen Abgeordneten der Mitte und der Linken mit sich und isolierte die Konservativen. Er setzte den hilflosen amtierenden Vizepräsidenten, einen

²⁵ *Stampfer*, Erfahrungen, S. 78 ff.

Abgeordneten der Rechten, in Verlegenheit und ließ die Sozialdemokratie als treueste Wahrerin des Rechts und der Würde des Parlaments erscheinen²⁶. Die Dramatik des Vorganges wurde durch Singer aufs kräftigste herausgearbeitet. Dergleichen konnte Bebel nicht.

Als Fraktionsführer ist Singer bei zahlreichen Reichstagsdebatten hervorgetreten. Er war ein häufiger Etatredner, führte bei der Beratung der Anträge zur Änderung des Klassenwahlrechts in den Einzelstaaten und sprach alljährlich zum Sozialistengesetz, solange dieses in Kraft war. Im Jahre 1886 riefen seine Ausführungen eine Sensation hervor. Er wies nach, daß der Berliner Polizeipräsident sich eines seiner Beamten als Lockspitzel bediente: dieser suchte die Arbeiter zu Dynamitanschlägen aufzureizen und verteilte anarchistische Schriften unter ihnen. Der preußische Minister des Innern rächte sich an Singer für diese Enthüllungen, indem er ihn aus Berlin auswies. Etwa 50 Parteigenossen und einige Mitglieder der jüdischen Gemeinde gaben ihm bei der Abreise das Geleit²⁷. Trotz des Verbots von Demonstrationen überlisteten die Arbeiter die Polizei, und Tausende brachten Singer brausende Ovationen dar. Als er mit den anderen Ausgewiesenen zurückkehren konnte, leitete er selbst die Feier, in der die Opfer des Gesetzes als Heimkehrer jubelnd begrüßt wurden, und in der man der Leiden dachte, die sie und ihre Familien hatten auf sich nehmen müssen.

Zwei Ereignisse, zu denen Singer für die Fraktion sprach, sind lange in Erinnerung geblieben. Er lehnte im März 1895 ab, den Reichstagspräsidenten zur Beglückwünschung Bismarcks anlässlich seines 80. Geburtstages zu ermächtigen. Eine Mehrheit des Reichstags sprach sich damals gegen die Absendung der vom Präsidenten angeregten Glückwunschartikel aus, was in weiten Kreisen Entrüstung erregte und zum Rücktritt des Reichstagspräsidiums führte. Dies Verhalten ist oft als kleinlich und des Parlaments unwürdig kritisiert worden. Friedrich Meinecke, der ein feineres Gefühl als die meisten anderen Historiker dafür hatte, was Politikern möglich und was ihnen unmöglich ist, hat die Haltung des Reichstags zwar als dumm und taktlos bezeichnet, aber den Akzent auf andere Faktoren gelegt: die gewaltige Mitschuld Bismarcks und seiner unglücklichen Innenpolitik an der Zerspaltung des deutschen Volkes. Ohne dies wäre, wie er zusammenfassend schrieb, die Haltung des Reichstags unmöglich gewesen. Die Beteiligung der sozialistischen Parlamentarier an einer Kundgebung des von Bismarck „so oft mit Hohn behandelten Reichstags“ zu Ehren des Urhebers des noch in frischer Erinnerung befindlichen Sozialistengesetzes würde die Mitgliedschaft der Partei empört haben²⁸.

Im Oktober 1908 war Singer der Fraktionsredner zur Daily Telegraph Debatte. Es lagen Interpellationen aller Fraktionen vor, die sich auf taktlose

²⁶ Reichstag, St. B. 29. 1. 1910, S. 901 ff.

²⁷ Bernstein, Geschichte II, S. 167 ff.

²⁸ Reichstag, St. B. 23. 3. 1895, S. 1673. Meinecke, Werke VI, S. 545 f.; 550.

und politisch gefährliche Äußerungen und Indiskretionen des Kaisers bezogen. Diese Äußerungen waren von dem englischen Blatte wiedergegeben worden und hatten in Großbritannien, Frankreich und Rußland tiefe Verstimmung erzeugt. Das ganze Parlament erhob sich damals gegen das persönliche Regiment Wilhelms II. Singer widerlegte jeden Punkt der Ausführungen des Kaisers und wies auf die Gefahren kriegerischer Entwicklungen hin, die durch unüberlegte Kaiserreden geschaffen würden. Er tadelte die Mitschuld, die die bürgerlichen Parteien durch die kritiklose Verherrlichung des Trägers der Krone auf sich geladen hatten, und rief sie auf, Maßnahmen zur besseren Wahrung der Rechte des Volks und des Parlaments zu treffen. Hierfür bot er die Mitarbeit seiner Partei an. Für Friedrich Stampfer, den hervorragenden sozialistischen Journalisten, der für Singer wenig übrig hatte, war der Fraktionsführer damals „nicht mehr als ein gutmütiger Polterer“. Das Urteil ist verfehlt. Singer hat eine gut aufgebaute, klare Rede gehalten. Er hat den Kaiser vernichtend kritisiert, aber die Ziele der Fraktion maßvoll definiert, um die Verbindung mit den anderen Fraktionen nicht abreißen zu lassen. Seine Rede legte die Bahn zu einem gemeinsamen Antrag der späteren Weimarer Parteien frei, der weitgehende Verfassungsänderungen in Aussicht nahm. Daß die Aktion versandete und vier Jahre später nur ein überaus bescheidenes Resultat erzielt wurde, war nicht die Schuld Singers und seiner Partei²⁹.

Singer starb 1911. Mehr als eine Million Berliner Arbeiter erwiesen dem Sohne ihrer Stadt, der ihnen mehr als drei Jahrzehnte gedient hatte, die letzte Ehre. Unter den zahlreichen Sozialisten Deutschlands und der Welt, die ihm Tribut zollten, war auch Wladimir I. Lenin, ein damals so gut wie unbekannter, in der Emigration lebender russischer Sozialist. Er wies in seiner Emigrantenzeitung auf jene bewegende, einzig dastehende Demonstration der Bevölkerung einer Riesenstadt hin: Soldaten kann man befehlen, Spalier zu bilden, aber die freiwillige Trauerkundgebung der Arbeiterschaft war ein Zeichen der inneren Verbundenheit der Massen mit ihrem Führer³⁰. Lenin hat richtig gesehen, daß Singer weder Theoretiker noch Publizist noch ein überragender Redner war. Sein Hauptverdienst lag in der Organisation der Partei, vor allem während der Illegalität, und in der Leitung der parlamentarischen Arbeit sowie in der klugen Ausübung seiner Autorität. Lenin lobt den Praktiker dafür, daß er aus der positiven Arbeit keinen Götzen machte und den prinzipiellen Kampf nicht als unwichtig abtat. Er verkennt aber, wie stark Singers Denken vom deutschen Idealismus geprägt war. Singer lenkte die Blicke auf die sozialistische Idee in ihrer Größe und suchte sie in ihrer Reinheit durch einen theoretischen Radikalismus zu hüten. Die Vermessenheit, nach den Sternen zu greifen, besaß er nicht. Er würde auch in einer revo-

²⁹ Reichstag St. B. 10. 11. 1908, S. 5385 ff.; *Stampfer*, aaO, S. 136. Zum historischen Verständnis *Ziekursch*, III, S. 191–195.

³⁰ *Rabotschaja Gazeta*, 8. (21) 2. 1911, zitiert von *Gemkow*, S. 163 ff.

lutionären Situation, die in der Zeit seines Lebens nicht entstand, praktische Arbeit geleistet und auf diesem Wege versucht haben, die Wirklichkeit dem Ideal anzunähern. An den Rechten des Individuums, an der Freiheit des Denkens und des Wortes, an der Unabhängigkeit der Kunst und Wissenschaft und an der parlamentarischen Demokratie hätte er nicht rütteln lassen. Sie gehörten zu Singers Konzeption des Sozialismus. Ohne diese Werte wäre er ihm als sinn- und wesenlos erschienen.

Hugo Haase

Als Singer starb, war Bebel über 70 Jahre alt und deprimiert durch persönliches Leid und innerparteiliche Kämpfe. Auf der Suche nach einem Mitvorsitzenden und künftigen Parteiführer erschien ihm der Königsberger Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordnete Hugo Haase* als der rechte Mann. Bebel konnte überzeugt sein, daß die Partei unter Haases Führung nicht in das Fahrwasser des ihm stets verdächtigen Revisionismus abgleiten würde. Seine grundsätzliche Haltung unterschied sich wenig von derjenigen Singers. Jedoch der Ostpreuße war zwar biegsamer als sein Landsmann Johann Jacoby – sonst hätte er eine große Partei auch nur während einer kurzen Zeit nicht führen können –, aber starrer und weniger praktisch als der nüchterne Berliner. Die Unbedingtheit der Philosophie und Ethik Immanuel Kants beherrschte sein Denken. Die Erfahrungen des Lebens waren an ihm nicht spurlos vorübergegangen, hatten aber den ethisch bestimmten Radikalismus, der den Grundzug seines Wesens bildete, nicht wesentlich modifiziert³¹.

So kam es, daß Haase zwar die Ansichten der in dem kleinen revolutionären Flügel der Partei vereinigten Extremisten nicht teilte, aber sich mit ihnen nie ernsthaft auseinandersetzte, während er eine entschiedene politische Abneigung gegen die Revisionisten hatte. Er wünschte deren automatischen Ausschluß aus der Partei für den Fall, daß sie unter Verstoß gegen Partei-

* *Hugo Haase*, geb. 1863 in Allenstein (Ostproußen). Jüdisch. Studierte Rechtswissenschaft. 1890 Rechtsanwalt in Königsberg. 1893 Stadtverordneter in Königsberg, 1897 bei einer Ersatzwahl Reichstagsabgeordneter für die Stadt Königsberg. Mitglied des Reichstags bis 1906 und von 1912 bis 1918. 1911 Mitvorsitzender der Partei, 1912 Verlegung des Wohnsitzes nach Berlin, Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Gründete 1916 im Streit um die Bewilligung der Kriegskredite die Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. 1917 Führer der neu gebildeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. 10. November 1918 zusammen mit Friedrich Ebert Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, schied Ende 1918 mit den zwei anderen Mitgliedern der USPD aus dem Rate aus. 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Führer der USPD. November 1919 gest. als Opfer eines Attentats.

³¹ Eine Einführung in Haases Leben gibt *Ernst Haase*, zugleich mit einer Auswahl von Haases Briefen, Reden und Aufsätzen. S. ferner *Schorske*, S. 206; 209 f.; NDB 7, S. 381.

tagsbeschlüsse einer bürgerlichen Regierung die Etatsmittel bewilligten. Als er auf Bebels Drängen zusammen mit seinen Königsberger Mitdelegierten 1910 auf dem Magdeburger Parteitag diese Position preisgab, benutzte er Ludwig Franks humorvolle Bestätigung des revisionistischen Standpunkts zur Wiederaufnahme des Vorstoßes in nur wenig abgemilderter Form. Damit drang er durch, nicht zur Freude der auf Beschwichtigung bedachten Parteiführung³². Haase verstand in politischen Dingen keinen Spaß. Der Sinn für Humor ging ihm nicht ab, aber er übertrug ihn niemals auf die Behandlung öffentlicher Dinge, weil er es bitter ernst mit seinen Worten meinte.

Als Haase 1911 für den Parteivorsitz vorgeschlagen wurde, waren die Reformisten stark genug, um es auf eine Kampfwahl ankommen zu lassen. Drei Jahre vorher hatten die Süddeutschen ihrer Mißstimmung gegen Singer durch Stimmenthaltung bei seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden Ausdruck gegeben. Als der nicht mit Singers Autorität ausgestattete homo novus kandidierte, erhob der Gewerkschaftsführer Karl Legien seine mächtige Stimme zugunsten Fritz Eberts, eines der Sekretäre des Parteivorstands. Er hielt Ebert für den besseren Organisator und für geeigneter, Meinungsverschiedenheiten mit Takt und Geschick auszugleichen. Nachdem auch Carl Ulrich, der spätere Staatspräsident Hessens, Ebert als verlässlicher bezeichnet und kaum verhüllt gegen Haase, den Radikalen, polemisiert hatte, wußte jeder, worum es ging. Dennoch wurde Haase, nachdem Bebel seine Gewissenhaftigkeit und Konzilianz gerühmt und die Wichtigkeit der Mitarbeit eines tüchtigen Juristen im Vorstand hervorgehoben hatte, von drei Vierteln der Mitglieder gewählt. Die Zahl entsprach den Kräfteverhältnissen auf dem Parteitag, aber auch dem Entschluß, sich nicht über den Wunsch des verehrten Parteiführers hinwegzusetzen. Immerhin erhielt Ebert 102 Stimmen und wurde dadurch der gegebene Kandidat für den Mitvorsitz nach Bebels Tode im Jahre 1913³³.

Haase hatte es schwerer sich durchzusetzen als der selbstsichere Singer, der mit der Partei aufgewachsen war und ihre Heroenzeit miterlebt hatte. Er wußte die Masse nicht in demselben Maße zu begeistern und ihre Phantasie zu beflügeln. Parteitagsbeschlüsse und Präzedenzfälle wogen schwer bei den Überlegungen des in juristischen Kategorien denkenden Mannes; Bebel und Singer hatten sich ihre taktische Beweglichkeit dadurch nicht einschränken lassen. Haase bereitete seine Reden gründlich vor und baute sie logisch auf, aber er war kein hinreißender Sprecher. Er verstand es auch nicht, eine Rede durch leichtere Passagen aufzulockern und Lichter aufzusetzen. In Berlin war er wenig bekannt. Auch dort wollte er Politik nicht als Beruf betreiben und übte seine Anwaltspraxis weiter aus. Es war vereinbart, daß er nur einen Teil seiner Zeit den von ihm ehrenamtlich wahrgenommenen Parteigeschäften widmen sollte. Es war tragisch für die Sozialdemokratie, daß die

³² *Ernst Haase*, S. 18; *Schorske*, S. 207; *Keil*, I, S. 219 f.

³³ Parteitag Jena 1911, Protokoll, S. 371 ff.

beiden alt erprobten Parteiführer, deren Autorität auch Widerstrebenden auf dem rechten und linken Flügel Zustimmung abzwang, der Partei in den unmittelbar dem Kriege vorausgehenden Jahren entrissen wurden.

Haase selbst mangelte es keineswegs an Eigenschaften, die ihn der Parteimitgliedschaft liebenswert machten. Sein Idealismus und seine Selbstlosigkeit gewannen ihm Ansehen und Zuneigung. Er war ohne persönlichen Ehrgeiz, von tiefer Hilfsbereitschaft und unermüdlich in der Vertretung der Schwachen und der Verteidigung der Verfolgten. Wenn der Einzelne seiner Hilfe bedurfte, kannte er keine Richtungen in der Partei. Als er Königsberg verließ, versicherten ihm seine Kollegen aus dem Anwaltsstand bei der Abschiedsfeier, daß er zwar nicht ihre Stimmen erhalten, aber ihre Herzen erobert hatte. Haase war proletarischer Herkunft; sein Vater war Schuhmacher in Allenstein und versuchte es dann mit dem mühsamen Flachshandel, um die zwölköpfige Familie ernähren zu können und dem Ältesten das Studium zu ermöglichen. Hugo Haase blieb bescheiden und anspruchslos, auch als er es als gesuchter Anwalt in Zivilsachen zu Wohlstand gebracht hatte. In politischen, lange auch in gewerkschaftlichen Prozessen nahm er kein Honorar. Die „*Königsberger Volkszeitung*“ verteidigte er in mehr als sechzig Prozessen in den zwanzig Jahren seiner dortigen Anwaltspraxis. Unter seinen Klienten befand sich sein ostpreußischer Landsmann Otto Braun, der zusammen mit ihm in den Parteivorstand gewählt wurde und in der Weimarer Zeit an der Spitze des preußischen Staatsministeriums stand. Gustav Noske, den ersten Wehrminister der Weimarer Republik, verteidigte er in Presseprozessen, Karl Liebknecht rettete er in einem Hochverratsprozeß vor der gegen ihn beantragten Zuchthausstrafe³⁴.

Obwohl Haase seit 1897 im Reichstag saß und an rechts- und sozialpolitischen Fragen intensiv mitarbeitete, verschaffte ihm erst der Königsberger Hochverratsprozeß von 1904 Ansehen über seine Heimatprovinz hinaus. Diese cause célèbre ist bereits mehrere Male erwähnt worden. Haase gelang es, die Grundlagen der Anklage des Hochverrats und der Zarenbeleidigung zu erschüttern. Die widerrechtlichen Maßnahmen der Polizei und bezahlter ausländischer Agenten, derer sich die Anklagebehörde bedient hatte, stellte er bloß. Seine Verteidigung führte zum Freispruch einiger Angeklagter und zur Verurteilung anderer zu nur geringen Freiheitsstrafen wegen Geheimbündelei. In der Vertretung der Interpellation, die die Reichstagsfraktion einbrachte, unterstrich er wirkungsvoll die politische Bedeutung des Prozesses durch die Anprangerung der Liebesdienste, die die Regierung dem Zarismus zu erweisen wünschte. Es geschah bei dieser Gelegenheit, daß Fürst Bülow die Ausweisung protestierender slawischer Studenten „unter Führung der Herren Silberfarb und Mandelstamm“ androhte. Während des Bestehens des deutschen Kaiserreichs hat ein Reichskanzler nur dieses einzige Mal von der

³⁴ E. Haase, S. 1, 8 f., 13 f., 20 f.

Parlamentstribüne herab eine geschmacklose antisemitische Bemerkung gemacht. Daß Bülow, der auf Anerkennung seiner Vorurteilslosigkeit Wert legte, zu dieser Demagogie griff, erklärt sich aus der juristischen Schwäche der Position der Regierung³⁵.

Den Weg zum weiteren Aufstieg ebnete Haase sein Referat über Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug auf dem Mannheimer Parteitag. Es fand ungeteilten Beifall und wurde auf Singers Vorschlag als Broschüre verbreitet. Die von Haase vorgelegte Resolution schlug Reformen vor, die keinen spezifisch sozialistischen Charakter hatten. Rechtsstaatliche, soziale und freiheitliche Gesichtspunkte traten in den Vordergrund. Es kam nicht selten vor, daß Vertreter radikaler allgemein politischer Gedankengänge auf ihrem eigenen Fachgebiet gemäßigte Ideen entwickelten. Auf dem Nürnberger Parteitag vermittelte Haase an der Spitze einer Kommission zwischen Alten und Jungen und arbeitete für die Jugend der Partei eine beide Teile befriedigende Organisationsform aus³⁶.

Wenn Haases erste Wahl zum Vorsitzenden umstritten war, so bezeugen die Ziffern seiner Wiederwahlen, daß er sich durchgesetzt hatte: 1913 erzielte er mit 467 von 473 Stimmen so gut wie völlige Einmütigkeit. Haase leitete 1912 den Parteikongreß in Chemnitz. Der Balkankrieg war bereits ausgebrochen, die Sorge um seine Lokalisierung beherrschte die Gemüter. Haase hielt auf dem Parteitag das Referat über Imperialismus. Auch dies Referat spiegelte die Besorgnis wider, daß der Konflikt auf ganz Europa übergreifen könnte. Haase polemisierte gegen die imperialistische Politik scharf, glaubte aber, daß man ihre gefährlichen Folgen mildern und in einzelnen Fällen das Verderben eines Krieges aufhalten könnte. Die Wirkung internationaler Kartellbildung und Aktionen der Sozialdemokratie erschien ihm dafür wichtig, auch die Schiedsgerichtsbarkeit, obwohl er dieser, ungleich Bernstein und Kautsky, keine entscheidende Bedeutung beimaß. Den Extremisten, die diese Gedankengänge als Illusionen abtaten, erteilte die von Haase vorgelegte Resolution implizite eine Absage. Sie wurde fast einmütig angenommen³⁷.

Als Haase 1912 das Königsberger Mandat zurückeroberte, das er 1907 eingebüßt hatte, war er mit der Autorität des Parteivorsitzenden ausgestattet. Nach Bebels Tode übte er als einziger der drei Männer der jüngeren Generation Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz zugleich aus. Ebert trat vor Kriegsausbruch in der Fraktion nicht hervor. Hier war Scheidemann Mitvorsitzender, zusammen mit dem als Führer unbedeutenden Hermann Molkenbuhr, einem der ältesten Mitglieder der Fraktion. Haase wurde neben den

³⁵ Reichstag St. B. 19. 1. 1904; Haases Rede S. 1343 ff. Über den Prozeß, s. oben S. 352, 372.

³⁶ Gekürztes Referat über Strafrecht bei *E. Haase*, S. 206 ff.; Resolution bei *Schröder*, S. 473; über die Jugendfrage, *Schröder*, S. 227.

³⁷ Parteitag Chemnitz 1912, Protokoll, S. 403 ff.; Schlußwort S. 431; Resolution S. 529.

allgemeinen Führungsaufgaben die Außenpolitik anvertraut. Es fehlte nicht an anderen Sozialdemokraten, die im Parlament auf diesem Gebiet tätig waren, wie der gründliche Eduard David, oft irrtümlich wegen seines Namens für einen Juden gehalten, und einige, von denen noch zu reden sein wird. Aber Haase genoß als Partei- und Fraktionsführer größeres Ansehen als jene. Er drückte, wenn auch oft abstrakter als sie, das Denken der Parteilichheit aus. Auf manche seiner außenpolitischen Reden trifft Jaurès' Vorwurf zu, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Ohnmacht hinter der Intransigenz theoretischer Formeln verhüllte³⁸. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die Struktur des Bismarckschen Reichs, der Ausschluß des Parlaments vom Einfluß auf die Außenpolitik und die Isolierung der Sozialdemokratie in außenpolitischen Fragen ihr unüberwindliche Hindernisse in den Weg legten.

Haases Interesse für die Außenpolitik war früh erwacht. 1907 zogen Bebel und Georg von Vollmar den gut formulierenden Juristen auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß zur Abfassung der Leitsätze heran. Damals war die deutsche Delegation entschlossen, sich nicht von den Sozialisten des Westens auf Massenstreik und Aufstand im Falle eines Kriegsausbruchs festlegen zu lassen. Die Deutschen setzten sich durch, und Haase ist dieser Debatte und seines Anteils an ihrem Ergebnis stets eingedenk geblieben. Die Sozialisten sollten den Militarismus bekämpfen und den Ausbruch eines Krieges mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Sollte ein Krieg dennoch ausbrechen, so sollten sie auf seine schnelle Beendigung hinwirken. Ein von Rosa Luxemburg und Lenin durchgesetzter Zusatz verlangte, daß die durch den Krieg herbeigeführte Krise ausgenutzt werden solle, um das Ende des Kapitalismus zu beschleunigen. Die Entschließung klang radikal, war aber, wie Haase wußte, ein Instrument realistischer Resignation. Revolution und politischer Streik wurden entgegen den französischen Anträgen nicht erwähnt, den einzelnen Parteien wurde freier Spielraum in der Auswahl der Mittel gegeben³⁹. In Deutschland hat niemals ein sozialdemokratischer Parteitag einen Beschluß darüber gefaßt, wie sich die Partei im Kriegsfall verhalten sollte.

Noch 1912, als die Kriegsgefahr näher gerückt war, ging der in Basel tagende außerordentliche Kongreß über die Stuttgarter Resolution nicht hinaus. Die Demonstration im Baseler Münster, bei der Haase als Vertreter der Deutschen zu einer Massenversammlung sprach, konnte über die politische Ohnmacht der Internationale nicht hinwegtäuschen. Haase beschwor den ewigen Frieden im Geiste Kants und rief zur Völkerverbrüderung auf. Aber er wußte, daß die Zeit noch fern war, „in der wir unsere Ideale zur Tat erheben können“. Daher blieb er selbst noch im Mai 1914 fest in der Ablehnung revolutionärer Taktik zur Verhinderung eines Krieges. Damals teilte er im Na-

³⁸ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam, 1904, S. 37 ff.

³⁹ *Braunthal*, I, S. 340 ff.

men des deutschen Parteivorstands dem französischen Sozialisten Edouard Vaillant, einem alten Communard, und dem englischen pazifistischen Arbeiterführer James Keir Hardie brieflich die Gründe für die Ablehnung ihres Vorschlags zur Verhinderung eines Kriegs durch Massenstreik mit: man solle keine Macht vortäuschen, die man nicht habe⁴⁰.

Haase hat sich als Fraktionsführer an die Stuttgarter Resolution gehalten. Er hat die gewaltige Rüstungssteigerung in den Jahren vor dem Kriege bekämpft. Die Sozialdemokratie war dabei isoliert; nur die kleinen Gruppen der Polen und der Welfen stimmten mit ihr. Die Hoffnung auf die Internationale unterstrich Haase stark, obwohl er sich ihrer Schwäche bewußt war. Wiederholt drückte er das Sehnen nach einem Zusammenwirken der drei großen Kulturnationen Westeuropas aus, was den traditionellen außenpolitischen Vorstellungen der Partei entsprach. Es war damals ein Wunschtraum. Stark tritt in Haases Reden der pazifistische Gedanke hervor, der weder in Marx' noch in Bebels Ideenwelt einen Platz hatte. Er polemisiert gegen die Glorifizierung des Krieges, hebt die Friedenssehnsucht der Völker hervor und sucht die Begeisterung der Jugend auf kulturschöpferische Taten hinzulenken. Entrüstet nimmt er seine Partei und ihren Theoretiker, Karl Kautsky, gegen den Vorwurf in Schutz, einen Krieg zur Herbeiführung einer Revolution zu erstreben oder eine Revolution zur Verhinderung eines Krieges entfesseln zu wollen. Gewiß war dies schon unter dem Gesichtspunkt der parlamentarischen Taktik geboten, aber es gab auch die ständige Auffassung der deutschen Sozialdemokratie korrekt wieder. Im Sinne der Resolution gegen den Imperialismus nahm Haase an den deutsch-französischen Verständigungskonferenzen sozialdemokratischer und bürgerlicher Parlamentarier in Bern und Basel 1913 und 1914 teil. Er und der französische Senator d'Estournelles de Constant waren Präsidenten der Berner Konferenz⁴¹.

Tiefe Tragik liegt über dem Leben Hugo Haases seit Ausbruch des Krieges. Der Humanist haßte den Krieg und jede rohe Gewalt im Volks- und Völkerleben und ersehnte die Völkerverbrüderung. Jetzt sah er die sozialdemokratischen Arbeiter in nationaler Begeisterung und kriegerischer Stimmung ins Feld rücken. Er war von der Mitverantwortung der deutschen Regierung für den Ausbruch des Krieges überzeugt und trat in der Fraktion für die Ablehnung der Kriegskredite ein. Dennoch unterwarf er sich der Meinung der Fraktionsmehrheit und verlas auf Drängen der Fraktion selbst die Erklärung für die Bewilligung. Er schätzte die Parteieinheit hoch und sah sich trotzdem im Verlauf des Krieges gedrängt, eine Politik einzuschlagen, die sie gefährden mußte. Er übernahm den Partei- und Fraktionsvorsitz, als ein Drittel der Wähler sich für die Sozialdemokratie entschied und die Fraktion

⁴⁰ E. Haase, S. 215 f. (Rede in Basel); S. 101 f. (Brief an Vaillant).

⁴¹ Parteitag Jena 1913, Protokoll, S. 147; Reichstag, St. B. 3. 12. 1912, S. 2534 (Kautsky); E. Haase, S. 23 (Interparlamentarische Konferenz; darüber mehr bei Frank, unten S. 452.

110 Mitglieder zählte. Seit 1916 aber stand er an der Spitze einer kleinen Gruppe von achtzehn, später zwanzig, und vermochte bei den Wahlen zur Nationalversammlung den prozentualen Anteil der Mandate seiner Anhänger nicht zu erhöhen. Viele Briefe Haases an seine Angehörigen zeugen von der tief niedergedrückten Stimmung, in der er sich in den Kriegsjahren befand.

Einige Wochen nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Serajewo führte Österreich, von Deutschland unterstützt, die europäische Krise herbei. Am 23. Juli überreichte Österreich der serbischen Regierung ein Ultimatum, am 25. Juli brach es die Beziehungen zu Serbien ab. Am 28. Juli erklärte Österreich Serbien den Krieg.

Die Sozialdemokraten hatten sich oft mit der Möglichkeit eines Krieges beschäftigt. In diesem konkreten Falle aber sahen sie den vollen Ernst der Lage nicht. Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr befanden sich in der zweiten Hälfte des Monats Juli in Urlaub. So fiel Haase in Berlin die Hauptverantwortung zu. Er wirkte entscheidend an der Fassung des Aufrufs des Parteivorstands vom 25. Juli mit, der die Arbeiter zu Massenversammlungen aufrief, um ihren Friedenswillen zu bekunden. Die Demonstrationen fanden statt, obwohl Haase auf die Bündnisverpflichtungen Deutschlands im Fall eines russischen Angriffs auf Österreich von offizieller Seite hingewiesen wurde; er widersprach mit der Begründung, daß Österreich den Bündnisvertrag nicht anrufen könne, wenn es Serbien angriffe⁴². Ohne Unterschied der Richtung sprachen die sozialdemokratischen Führer in stark besuchten Versammlungen. Noch am 29. Juli war Frank der Redner in einer Mannheimer Veranstaltung der Partei.

Dieselbe Stimmung beherrschte am 28. und 29. Juli in Brüssel die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros, dem Haase als deutscher Delegierter angehörte. Das Büro rief zu Demonstrationen für den Frieden auf. Am 8. August sollte in Paris ein internationaler Sozialistenkongreß abgehalten werden; er war ursprünglich für Ende August in Wien geplant. Obwohl Österreich Serbien bereits den Krieg erklärt hatte, waren Haase, Jaurès und Keir Hardie, aber auch Rosa Luxemburg, von einem fast unverständlichen Glauben an die Erhaltung des Friedens beseelt. Dabei hatte der österreichische Vertreter Victor Adler in einer tief pessimistischen Darlegung klargemacht, daß die dortigen Sozialisten unfähig waren, irgend etwas gegen den Kriegsausbruch zu unternehmen⁴³. Haase wußte, daß auch in Deutschland die Lage nicht anders sein würde, wenn der Krieg nicht lokalisiert werden konnte. Als die Mobilisierungen begannen und die Kriegserklärungen Deutschlands an

⁴² *E. Haase*, S. 24 f. (mit dem Text des Aufrufs).

⁴³ *Braunthal*, I, S. 358 ff.; II, S. 21 ff. Über den Glauben an die Erhaltung des Friedens, *Victor Adler*, *Der Parteimann*, S. 165.

Rußland am 1. August und an Frankreich am 3. August erfolgten, brach die Politik der Internationale zusammen.

Der amerikanische Historiker Carl Schorske nimmt in einem bemerkenswerten Buch über die deutsche Sozialdemokratie an, daß die Abwesenheit „konservativer“ Vorstandsmitglieder in den Julitagen Hugo Haase ermöglicht hätte, die Haltung der Partei einseitig zu beeinflussen. Diese Darstellung trifft nicht zu. Ebert drückte in einem Brief aus seinem Ferientaufenthalt seine Freude über den Aufruf des Parteivorstandes aus⁴⁴. Bis zum 30. Juli gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Die Partei richtete einmütig den Hauptstoß gegen die österreichische Politik, die als frivol und brutal verurteilt wurde. Auch am 31. Juli und 1. August, den Tagen des Übergangs vom Protest zur Einstellung auf die Kriegssituation, traten keine größeren Gegensätze in Erscheinung. Man wollte vorzeitige Festlegungen vermeiden. Ein Aufruf des Parteivorstandes zeugt von Unentschlossenheit und Resignation: die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens waren erfolglos; der Aufruf warnte vor Unbesonnenheiten und nutzlosen Opfern. Man beschloß einmütig, das Vorstandsmitglied Hermann Müller, später einer der Reichskanzler der Weimarer Republik, über Brüssel nach Paris zu senden, um über ein eventuelles gemeinsames Vorgehen mit den französischen Sozialisten zu beraten. Danach konzentrierte sich das Interesse auf die Bewilligung der Kriegskredite. Jetzt zeigten sich ernste Differenzen. Die Vorstände der Partei und der Fraktion beschlossen mit Mehrheit die Bewilligung zu befürworten. Gegen eine von Haase geführte Minderheit von vierzehn entschied sich die Fraktion, die Kredite zu bewilligen.

Hugo Haase hat die Pflicht zur Landesverteidigung stets bejaht. Dies entsprach der Auffassung der sozialdemokratischen Partei, in deren Tradition er verwurzelt war. Er hat diese Pflicht nie mit der Überschwenglichkeit proklamiert wie August Bebel, der sich erbot, gegen Rußland selbst noch die Flinte auf den Buckel zu nehmen; der Vaterland, deutschen Boden, Sprache und Sitte gepriesen hat und gelobte, Deutschland zu einem Lande zu machen, „wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht“⁴⁵. Auch Haase liebte Deutschland. Aber er war kein schwungvoller Redner und hatte auch innere Hemmungen, eine so betont nationale Sprache zu führen. Jedoch lag auch ihm nichts ferner, als Deutschland, vor allem gegenüber Rußland, unverteidigt zu lassen. Auf Marx' und Engels' Ideen fußend, hatte Bebel Rußland als Feind aller Kultur, aller Unterdrückten, als gefährlichsten Gegner Europas und besonders Deutschlands stigmatisiert. Wieder wird man bei Haase Ausbrüche dieser Art vergeblich suchen. Aber den russi-

⁴⁴ Schorske, S. 286; Kotowski, S. 225.

⁴⁵ Bebel auf dem Essener Parteitag 1907, Schröder, S. 330 f. Dort auch die später angeführten Äußerungen über Rußland. Bebel verteidigte Noskes Rede zum Militär-etat gegen Angriffe der Linken und wiederholte, was er sieben Jahre früher über die Stellung zu Rußland gesagt hatte.

schen Zarismus hat auch er stets aufs schärfste angegriffen. In richtiger Berechnung der in der Sozialdemokratie herrschenden Stimmungen war es in jenen Tagen Bethmann Hollwegs innerpolitisches Hauptziel, durch taktische Manöver und Unwahrheiten über russische Angriffshandlungen die Verantwortung Rußlands für den Kriegsausbruch und vor allem die Gefahr einer russischen Invasion der Sozialdemokratie vor Augen zu führen⁴⁶. Diese Gefahr erschien Haase wie jedem Sozialdemokraten als tödlich. Die freiheitliche Zukunft, die Kultur und Unabhängigkeit Deutschlands vor dem russischen Despotismus zu schützen, war auch sein Ziel. Auf diese ideellen Werte verwies die Reichstagsfraktion in ihrer Erklärung, um zu begründen, daß die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich ließe.

Auch die ersten Sätze der Erklärung entsprachen Haases Gedanken. In ihnen lehnte die Partei die Verantwortung für die imperialistische Politik und das Wettrüsten ab, die zum Kriege geführt hätten. Hier aber knüpfte Haase an, um seine abweichende Haltung zu begründen. Durch die Ablehnung der Kredite sollte die Gegnerschaft gegen das herrschende System und seine Verantwortung für den Krieg bekräftigt werden. Für die Mehrheit dagegen ergab sich die Bewilligung der Kredite aus dem Bekenntnis zur Landesverteidigung; die Ablehnung konnte als Gleichgültigkeit gegen feindliche Invasion ausgelegt werden.

Haases Gedankengänge waren zu kompliziert, um in einer Situation, die klare Entscheidungen verlangte und mit den stärksten Emotionen geladen war, verstanden zu werden. Landesverteidigung und Kreditbewilligung wurden *ein* Begriff. Gewiß hatten sich Bebel und Wilhelm Liebknecht, worauf Haase hinwies, 1870 der Stimme enthalten, und nach dem Sturze Louis Napoleons hatten Lassalleaner und Eisenacher gemeinsam gegen die Kredite gestimmt. Was sich aber damals eine Handvoll von Sozialdemokraten erlauben konnte, war nicht notwendigerweise für die größte Fraktion des Reichstags maßgebend. Dennoch ergab sich keineswegs von vornherein eine klare Scheidung der Geister. Bis in die ersten zwei Augusttage hinein waren viele unentschlossen. Scheidemann, Molkenbuhr und David schwankten. Stimm-enthaltung, in Übereinstimmung mit den französischen Sozialisten, schien ihnen möglich. Hermann Müller stellte in Brüssel und Paris in Aussicht, daß die Fraktion gegen die Kredite stimmen oder sich der Stimme enthalten würde. Zwanzig bis dreißig Abgeordnete dagegen kamen unter Franks Führung zur Fraktionssitzung mit dem Entschluß, aus innerer Überzeugung, notfalls abweichend von einer ablehnenden Mehrheit, die Kredite zu bewilligen. Sie brauchten jedoch zu dieser Alternative nicht zu greifen. Der Patriotismus brach durch, die Arbeiterschaft war enger mit dem Staate verbunden, als sie selbst geglaubt oder gewußt hat. Friedrich Engels und Bebel hatten voraus-

⁴⁶ Zechlin, S. 23 ff.

gesehen, daß in einer solchen Stunde die Massen von diesen Gefühlen beherrscht werden würden. „Mit Staunen“, so schrieb Haase 1919, „nahm die Welt wahr: die sozialdemokratischen Arbeiter folgten dem Ruf zu den Waffen, die meisten vom Kriegsrausch ergriffen, viele widerwillig unter dem harten Zwang der Gewalt“⁴⁷. Jene „meisten“ bestimmten die Haltung der Mehrheit, soweit ihre Mitglieder sich nicht von vornherein für die Bewilligung entschieden hatten. Sie dachten auch an die Folgen der Ablehnung der Kredite für die Parteiorganisation. Die Zerschlagung der Partei und der Gewerkschaften schien zu drohen. Man wußte, daß in Mobilmachungsbefehlen die Verhaftung sozialdemokratischer Führer vorgesehen war und daß sich Ebert und Braun in die Schweiz begeben hatten, um die Parteigelder einer Beschlagnahme durch die Behörden zu entziehen.

Nachdem Haase seine gegnerische Haltung in der Fraktion bekräftigt hatte, trug er keine Bedenken, an den Verhandlungen über die Fassung der Fraktionserklärung mit Vertretern der Regierung und anderer Fraktionen mitzuwirken. Die Regierung und die Rechte forderten die Abschwächung des gegen einen Eroberungskrieg gerichteten Passus. Haase hat sich dem offenbar nicht widersetzt: eine Wendung, die als eine Mahnung an die Adresse der deutschen Regierung gedeutet werden konnte, wurde durch eine allgemein gehaltene Fassung ersetzt, durch die jeder Eroberungskrieg abgelehnt wurde. Der Verlesung der Erklärung im Plenum hat sich Haase mit allen Kräften zu entziehen versucht⁴⁸. Die Anhänger der Bewilligung verlangten sie aber stürmisch durch den einzigen, der Partei- und Fraktionsführer zugleich war. Ihre Gegner forderten dasselbe in noch größerer, Haase selbst unverständlicher Erregung und in unglaublicher Kurzsichtigkeit. Sie meinten wohl, dadurch Haases Autorität zu stärken. Diese Haltung hat der Abgeordnete Wilhelm Dittmann später in einer Darstellung der Fraktionssitzung von zweifelhaftem Quellenwert zu rationalisieren versucht. Sie ist aber in Wirklichkeit nur aus den gewaltigen Erregungen des Augenblicks zu erklären⁴⁹.

Haase ist nie darüber hinweggekommen, daß er sich zur Verlesung der Erklärung bestimmen ließ und sich dadurch der Mißdeutung im Inland und Ausland ausgesetzt hat⁵⁰. Politisch gesehen, war aber nicht die Verlesung durch

⁴⁷ Hugo Haase, S. 7; Gustav Mayer, Aus der Welt des Sozialismus, S. 57 (Engels); Schröder, S. 331 (Bebel).

⁴⁸ E. Haase, S. 26 f. (Verlesung der Erklärung); Westarp, I, S. 410; II, S. 1; 287 ff. (Eroberungskrieg). Keils Behauptung, daß Haase die Verlesung der Erklärung bereitwillig übernommen habe (Keil, I, S. 302), wird durch die übereinstimmenden Darstellungen Haases (E. Haase, S. 27 f.) und Scheidemanns (Memoiren, I, S. 256 ff.) widerlegt.

⁴⁹ Miller, Zum dritten August 1914, S. 515 ff. Die Darstellungen bei Keil, I, S. 296 ff., Scheidemann, aaO, I, S. 248 ff. und Wilhelm Dittmann (Manuskript im Archiv des Parteivorstands der SPD, Bonn, S. 44 f.) gehen weit auseinander und können nur mit großer Vorsicht benutzt werden.

⁵⁰ E. Haase, S. 28.

ihn bedeutsam, sondern die Zustimmung der Minderheit zu den Krediten im Plenum. Die Ablehnung wäre eine Rebellion historischen Ausmaßes gewesen. Zu einer solchen Revolte aber vermochte sich Haase nicht durchzuringen. Er war sich der unabsehbaren Folgen einer Sonderaktion für die Existenz der Gesamtpartei bewußt und schreckte davor unter der Bürde seiner Verantwortung zurück. Nachdem er unter den widrigsten Umständen in der Fraktion einen mutigen Kampf geführt hatte, ergab er sich. Dabei konnte er sich zwar auf die Fraktionsdisziplin beziehen, aber er wußte, daß er eine politische Entscheidung getroffen hatte, für die die Anrufung der Disziplin nur eine Deckung war. Haase hat seinen Entschluß auch später für richtig gehalten, aber unter ihm schwer gelitten. Ein robustes Gewissen hatte er nicht.

Nach dem 4. August war es Haases Bestreben, die Sozialdemokratie in die Opposition zurückzuführen. Die Landesverteidigung gab er zu keinem Zeitpunkt preis. Aber er suchte nachzuweisen, daß die Regierung den sozialdemokratischen Forderungen innerpolitisch zuwiderhandelte und dem Kriege den Charakter eines Eroberungskrieges aufdrückte. In Anlehnung an die Stuttgarter Resolution von 1907 bekämpfte Haase alle deutschen oder ausländischen Annexions- und Kriegsentschädigungspläne. Ihm schwebte eine Wiederherstellung des status quo und eine Wiedergutmachung des Belgien angetanen Unrechts vor. Innerpolitisch trat er für schnelle Demokratisierung und das parlamentarische System ein. Als sich 1917 das Programm Woodrow Wilsons herauskristallisierte, lehnte er sich weitgehend daran an. Zu den von Haase vertretenen Zielen konnte nach seiner Auffassung nur eine scharf geführte Opposition, nicht eine burgfriedliche Haltung der Sozialdemokratie führen. Im Einklang mit früheren Parteitagebeschlüssen befürwortete er daher nicht nur die Verweigerung der Mittel für den Staatshaushalt, zu der sich die Fraktion erst im weiteren Verlauf des Krieges entschloß, sondern auch, im Protest gegen deutsche Eroberungspläne, die Ablehnung der Kriegskredite.

Haase geriet damit in zunehmenden Gegensatz zu der von Ebert und Scheidemann geführten Mehrheit des Parteivorstands und der Fraktion. Eine akute Parteikrise entstand daraus zunächst nicht. Haase stärkte den Widerstand des mehrheitsfeindlichen Teils der Parteipresse, vor allem des „Vorwärts“, gegen die offizielle Parteipolitik. Er warb für die Ablehnung auch der zweiten Kriegskredite im Dezember 1914. Als er damit nicht durchdrang, suchte er die Fassung der neuen Erklärung zu verschärfen, unterlag aber von neuem und gab schließlich die zustimmende Erklärung in der von der Mehrheit gewünschten Form ab. Der Inhalt seiner Etatsrede vom März 1915 läßt die Fesseln erkennen, die ihm angelegt wurden. Die Beschwerden über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Ernährungspolitik sind in den Vordergrund gerückt; nur in einem kurzen Absatz wird die Regierung aufgefordert, eine Initiative zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens zu entfalten.

Seitdem haben sich bei der Abstimmung über die Kredite die Gegner der Bewilligung, deren Zahl allmählich wuchs, aus dem Sitzungssaal entfernt. Den ersten Schritt offener Rebellion vollzog Hugo Haase mit der Veröffentlichung eines von ihm, Kautsky und Bernstein erlassenen Aufrufs vom Juli 1915 „Das Gebot der Stunde“⁵¹. Der Partei- und Fraktionsführer, der Parteitheoretiker und der Repräsentant des Revisionismus, drei hervorragende Gestalten der deutschen Sozialdemokratie, fanden sich zu gemeinsamer Aktion gegen den offiziellen Kurs der Partei zusammen. Der Appell endete mit der Aufforderung an die Sozialdemokratie, durch Opposition im Lande und im Parlament einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zum Frieden zu tun. Partei- und Fraktionsvorstand verurteilten die Sonderaktion und erklärten die Wahrung der Interessen des eigenen Landes und Volkes als das höchste „Gebot der Stunde“.

Noch einmal schien sich eine Annäherung zu vollziehen, als Ende 1915 der Reichskanzler auf eine Friedensinterpellation der Sozialdemokratie ausweichend antwortete und der für sämtliche bürgerlichen Parteien sprechende Zentrumsführer Peter Spahn Gebietserwerbungen für Deutschland verlangte. Haase hatte seine Fraktion hinter sich, als er erfolgreich gegen den geschäftsordnungswidrigen Schluß der Debatte protestierte und in einigen knappen Sätzen allen Eroberungsplänen eine Absage erteilte. Aber nur wenige Tage später vollzog sich bei der Abstimmung über die fünfte Kreditvorlage der endgültige Bruch. Die Minderheit gegen die Bewilligung war auf 43 gewachsen. Im Namen von achtzehn unter ihnen erklärte Haase der Fraktion, daß sie gegen die Kredite stimmen würden, und legte den Fraktionsvorsitz nieder. Er eroberte jetzt die Aktionsfreiheit zurück. Die Fraktionsdisziplin brach er in der Gewißheit, daß die am 4. August gefürchteten verhängnisvollen Folgen für die gesamte Arbeiterbewegung unter den Ende 1915 obwaltenden Umständen nicht mehr zu befürchten waren.

Haase hat damit aber auch einen Schritt zur Zerstörung der Parteieinheit getan, die nun unaufhaltsam weiter fortschritt. Im März 1916 ergriff er das Wort, um gegen den Willen der Fraktion die Ablehnung des Notetats zu begründen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen auch mit der Mehrheit seiner eigenen Fraktion. Sie entzog Haase und seinen Anhängern die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte. Haase legte nunmehr auch den Parteivorsitz nieder und begründete mit siebzehn seiner Anhänger die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Noch war er darauf bedacht, wenigstens die Parteieinheit aufrechtzuerhalten. Die Gegensätze waren aber zu tief geworden. In schneller Folge fand eine Sonderkonferenz der Parteidreißigen, ihr Ausschluß aus der Partei und Ostern 1917 die Konstituierung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei unter Haases Führung statt. Ihre Frak-

⁵¹ E. Haase, S. 29 ff.; Rede vom März 1915 bei H. Haase, S. 11 ff.; Aufruf, bei E. Haase, S. 32; Text ebenda, S. 225 ff.

tion wuchs im Reichstag nur noch um zwei über die ursprüngliche Zahl hinaus an. Viele, die mit Haase politisch übereinstimmten, zogen es vor, ihre abweichende Haltung innerhalb der alten Partei zum Ausdruck zu bringen.

Die USPD umfaßte einen Teil der alten Radikalen, ferner die Revolutionäre um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und einige Revisionisten unter Führung Eduard Bernsteins. Sie war also weniger einheitlich als die alte Partei nach dem Ausscheiden der Rebellen. Pazifisten, denen vor allem an der Beendigung des Krieges lag und die von Lenin als „Sozialpazifisten“ verhöhnt wurden, standen Seite an Seite mit Revolutionären, die den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umwandeln wollten. Schon Anfang 1917 haben die Revolutionäre die Führer der Partei, Haase und Kautsky, als Befürworter des Programms Wilsons, d. h. eines dem Kapitalismus dienenden Friedens, heftig kritisiert⁵². Das große Schisma, die Aufspaltung der politischen Arbeiterbewegung in zwei von erbitterter Feindschaft gegeneinander erfüllte Lager, bereitete sich vor. Sie wurde nach der Machtergreifung des Bolschewismus in Rußland unvermeidlich. In Deutschland würde sie sich unter günstigeren Bedingungen für die Sozialdemokratie vollzogen haben, wenn die von den Kommunisten mit gleich tödlicher Feindschaft bekämpften „Sozialpatrioten“ und „Sozialpazifisten“ im gleichen Lager geblieben wären. Dazu hätte es größerer Duldsamkeit der Mehrheit und elastischerer Taktik der Minderheit bedurft. Haase glaubte, durch seine Taktik den Extremisten um Liebknecht den Wind aus den Segeln nehmen und die Opposition auch im Westen gegen den Krieg stärken zu können. In beidem täuschte er sich. Hätte er für seine Ideen in der alten Fraktion weitergekämpft, so hätte er die wachsende Minorität vermutlich in eine Mehrheit verwandeln und die Partei zu einer klar oppositionellen Stellung bestimmen können. Das wäre sowohl für Deutschlands Zukunft als auch für die deutsche Sozialdemokratie von großer Bedeutung gewesen. Haase handelte jedoch nicht als weitblickender politischer Stratege. Er wollte sich vor allem von der Last der Abstimmung vom 4. August innerlich und äußerlich befreien. Psychologisch kann man dies verstehen – ein entscheidender politischer Gesichtspunkt war es nicht. Denn die historische Bedeutung der Abstimmung der Gesamtfraktion konnte durch spätere Korrekturversuche nicht mehr beeinträchtigt oder gar beseitigt werden.

Von den früheren Bindungen frei, folgte Haase allein der Stimme des Gewissens. Er bekämpfte die Anwendung von Giftgasen, den unbeschränkten Unterseebootkrieg und die Deportation belgischer Arbeiter nach Deutschland. Er war es, der die Massaker der christlichen Armenier in der verbündeten Türkei, die Exekutionen von Mitgliedern der Linken in Finnland und die blutige Militärdiktatur im Baltikum leidenschaftlich verurteilte. Nur er und

⁵² Vgl. darüber die wichtige Arbeit *Ernst Fraenkels*, S. 75 ff. Bereits 1915 hatte Lenin die Gruppe um Kautsky, die sich oppositionell gebärde, angegriffen und sie einen gefährlicheren Feind genannt als die bürgerlichen Apostel des Imperialismus (*Braunthal*, II, S. 61 f.).

seine Gruppe stimmten gegen das von General Ludendorff verlangte Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst, das sie als Instrument zur Aufhebung der Freizügigkeit und zur Einführung des Arbeitszwangs brandmarkten⁵³. In einer glücklichen Formulierung nennt Ernst Fraenkel die Unabhängigen Sozialdemokraten die einzigen Sozialisten, die aus der Realpolitik nie eine Weltanschauung gemacht haben⁵⁴. In einer unmenschlichen Zeit tönnten aus Haases Mund Worte der Menschlichkeit. Er ließ sich weder durch vorübergehende Erfolge der deutschen Waffen, noch durch parlamentarische Manöver beirren. Er blieb mit seiner kleinen Gruppe der Repräsentant der politischen Moral im deutschen Reichstag.

Aus tiefem Verantwortungsgefühl lehnte Haase jede Putschtaktik und Aufreizung zum Massenstreik ab. Nach der russischen Revolution, die einen tiefen Eindruck auf die Arbeiterschaft Deutschlands und Österreichs machte, erklärte er, daß die Zustände in Deutschland denen in Rußland vor der Revolution nicht vergleichbar wären. Er bereitete die Revolution geistig vor, aber er widersetzte sich vorzeitigen Aktionen. Als 1917 ein Massenstreik auszubrechen drohte, ließ ihn General Wilhelm Groener wissen, daß er jeden Streikversuch mit den Waffen niederschlagen würde. Er erbat und erhielt Haases Ehrenwort, daß er der Streikabsicht entgegenwirken würde. Haase hat sein Wort gehalten. Zu zwei inoffiziellen Tagungen radikaler Vertreter der Internationale in Zimmerwald und Kienthal in der Schweiz wurde der „Sozialpazifist“ Haase nicht eingeladen. Bei einem von anderer Seite vorbereiteten internationalen Treffen in Stockholm sprach er – als einziger – gegen den Aufruf zum Generalstreik, den er als unrealistisch und für den Bestand der deutschen Arbeiterbewegung gefährlich ansah⁵⁵.

Die Auflehnungen der Matrosen der deutschen Marine, die zu standrechtlichen Erschießungen und Zuchthausurteilen führten, hat Haase mit seiner Partei weder hervorgerufen, noch in revolutionäre Bahnen gelenkt. In einer stürmischen Reichstagsdebatte begegnete er dem Vorwurf der Begünstigung der Meuterei und der Drohung, die USPD unter Ausnahmerecht zu stellen, mit überlegener Ruhe. Dabei wurde er auch von Ebert kraftvoll unterstützt. Die Urteile gegen die Matrosen kritisierte Haase juristisch vernichtend, der hingerichteten jungen Menschen gedachte er tief bewegt. Obwohl der Oberreichsanwalt die Einleitung eines Verfahrens gegen Haase und seine Freunde als aussichtslos abgelehnt hatte, machte die Regierung den Vorstoß, um den Unwillen über die verfahrenre Kriegspolitik von sich abzulenken. Ihr Mißerfolg führte zu dem Ende der kläglichen Reichskanzlerschaft von Georg

⁵³ Rede zum Hilfsdienstgesetz bei *H. Haase*, S. 59 ff.; belgische Arbeiter, S. 62, 83; Giftgaskrieg, S. 144; Unterseebootkrieg, S. 91 f.; Finnland, S. 140 f., 160 f.; Baltikum, S. 155 ff.; Armenier, S. 159 f.; 172.

⁵⁴ *Fraenkel*, S. 77.

⁵⁵ *Gröner*, S. 364; *Braunthal*, II, S. 60 ff., 107; *Balabanoff*, S. 169.

Michaelis⁵⁶. Auch im Januar 1918, als der kurzlebige Munitionsarbeiterstreik ausbrach, zauderte die Parteileitung unter Haases Führung, den Streik auszurufen. Er sollte aus den von Hunger und Not und Unwillen über die Kriegsverlängerung getriebenen Massen selbst hervorgehen. Ende Oktober 1918, als der Notenwechsel mit dem Präsidenten Wilson das Ende des Krieges und die Beseitigung der Monarchie voraussehen ließ, war Haase der erste, der im Reichstag unter stürmischen Pfuirufen den Trägern der Kronen und Krönlein ihr Ende voraussagte. Kurz zuvor hatten sie noch um Kronen in Finnland, Litauen und Kurland gefeilscht. Aber selbst noch wenige Tage vor der Revolution warnte Haase am entschiedensten von allen Führern der USPD davor, die Arbeiter aus den Berliner Großbetrieben auf die Straße zu rufen. Er zog sich dadurch Kritik aus den eigenen Reihen zu. Aber damals hätte die Aktion noch Widerstand hervorgerufen und Tausende von Menschenleben gekostet⁵⁷.

Haase hat niemals die Hoffnung auf einen deutschen Sieg geteilt. Für einen Frieden, bei dem es weder Sieger noch Besiegte geben sollte, schienen ihm die Gedanken Wilsons auch ideologisch eine geeignete Grundlage zu schaffen. In ihnen nahm der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker einen weiten Raum ein. Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und nach seinen Besprechungen in Stockholm war sich Haase klar darüber, daß die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf die preußischen Teile Polens und auf Elsaß-Lothringen das Günstigste war, was Deutschland erwarten konnte. Auch mit diesen Vorschlägen war er im Parlament isoliert. Als nach der Übernahme der Macht durch die Bolschewisten der Widerstand des russischen Heeres zusammenbrach, schienen dem Parlament Haases Ideen eines Verständigungsfriedens in krassem Gegensatz zu der günstigen Kriegslage zu stehen.

Haase kämpfte jedoch für seine Ziele auch nach Einleitung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit dem bolschewistischen Rußland weiter. Er wandte sich gegen eine deutsche Vorherrschaft im Osten und verlangte die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der vom russischen Reiche getrennten Völker einschließlich ihres Rechts, sich Rußland wieder anzuschließen. Seine Partei allein stimmte gegen den Sonderfrieden mit der Ukraine, die nur durch die Macht der deutschen Bajonette als künstliches Gebilde aufrechterhalten werden konnte. Ebenso hat nur die USPD den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland und den Rumänien aufgelegten Frieden von Bukarest verworfen. Während die Parteien der Mitte und die Sozialdemokraten die Friedensresolution, die sie im Sommer 1917 angenommen hatten, preisgaben, hat Haase seine Politik auf ihren Grundgedanken aufgebaut.

⁵⁶ Haases Rede vom 9. 10. 1917 bei *H. Haase*, S. 110 ff.; *Rosenberg*, S. 174 ff., 185.

⁵⁷ *Rosenberg*, S. 196, 245 f.; *Braunthal*, II, S. 119; *Müller-Franken*, S. 50, 76 f.; *H. Haase*, S. 193.

Haases Kampf mußte jedoch wirkungslos bleiben. Aus der Tätigkeit einer in hoffnungsloser Minderheit befindlichen Splittergruppe konnten weder Wilson noch friedensfreundliche Elemente in Westeuropa Hoffnung auf eine Verständigung mit Deutschland schöpfen, solange diese noch möglich war. Innerpolitisch ging zwar die Mitgliedschaft einer Reihe von Großstädten zur USPD über, aber bei der Masse überwog die Abneigung gegen die Parteispaltung. Dreimal wurde 1917 und 1918 in traditionell radikalen, von Abgeordneten der USPD vertretenen Wahlkreisen gewählt: in Spandau und Niederbarnim bei Berlin und in Zwickau-Crimmitschau in Sachsen. Jedesmal siegten die Kandidaten der alten Partei mit erheblicher Mehrheit, in Spandau, wo Liebknecht wegen seiner Friedensdemonstration sein Mandat auf Grund der Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe verloren hatte, sogar mit gewaltiger Majorität. Dabei kämpfte dort der angesehene Parteihistoriker Mehring gegen einen drittrangigen Kandidaten der Mehrheit. Eben soweit blieb in einem Wahlkampf in Berlin I kurz vor der Revolution der unabhängige Bewerber zurück. Die Arbeiter entschieden sich für die Praktiker, die handfesten Realpolitiker gegen die von Idealismus und politischem Ethos erfüllten Männer der Linken, für die alte Partei gegen die Spalter.

Die Niederlage Deutschlands hat Haase erschüttert. Als Anfang Oktober 1918 der Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung in Berlin ihm und einigen anderen führenden Parlamentariern den Stand der Dinge enthüllte, war er tief getroffen. Den Ostpreußen berührte es besonders schmerzlich, daß seine Provinz vom übrigen Deutschland durch Gebiet unter polnischer Souveränität abgetrennt werden sollte. In seiner letzten Reichstagsrede rief er von neuem das Selbstbestimmungsrecht auch für diese Landesteile gegen den polnischen Nationalismus an und bezeichnete es als ein Unglück, wenn durch unbegründete nationalistische Aspirationen die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich unterbunden würde⁵⁸. Bald danach eilte er auf Verlangen der USPD nach Kiel, wo Noske die Anfang November beginnenden revolutionären Ereignisse zu meistern suchte. Haase begriff schnell, daß die Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien nunmehr geboten war. Er befand sich noch in Kiel, als sich am 9. November der Umsturz in Berlin vollzog. Scheidemann, instinktsicher im Erfassen von Situationen, rief von einem Fenster des Reichstags die Republik aus. In Wirklichkeit proklamierte er lediglich, was geschehen war, und kam der Agitation Liebknechts für die Räterepublik zuvor. Die Dinge entwickelten sich innerpolitisch so, wie sie die USPD vorausgesehen hatte, aber die Führer der SPD, stärker und mehr im Lande verwurzelt, nahmen sie in die Hand. Auch wenn Haase an jenem Tage in Berlin gewesen wäre, hätte der bedächtiger Mann Scheidemann den Ruhm jener Stunde nicht entwunden. Ihn erfüllte das Wirken an dem geistigen Prozeß, aus dem der revolutionäre Wandel hervorgeht, nicht

⁵⁸ *Gustav Mayer*, *Erinnerungen*, S. 299; *H. Haase*, S. 203.

die große Geste, deren Bedeutung als Bestandteil des historischen Geschehens ihn kühl ließ. Er fühlte sich erhoben, wenn er geschichtliches Werden mit seinem unbestechlichen, moralisch fundierten Urteil begleitete. An ihm maß er den Wert seiner Arbeit.

In der Hauptstadt kam Haase nach einer mühsamen Eisenbahnfahrt am späten Abend des 9. November an. Die Sozialisten aller Richtungen hatten seine Rückkehr dringend verlangt, wenn sie sie auch in anderer Weise vorbereitet hatten:

Reichstag

den 9. November 1918

„Inhaber dieses, Herr Paul Dittmann aus Hamburg, ist beauftragt, den Reichstagsabgeordneten Hugo Haase, der sich in Kiel befindet, sofort nach Berlin zu holen. Es sind ihm zu diesem Zweck von der Regierung zwei Militärautos mit Bemannung zur Verfügung gestellt. Der Transport geschieht im Einverständnis mit dem Großen Hauptquartier.“⁵⁹

K. Liebknecht

Scheidemann

Nur dieses einzige Mal stehen die Namen Karl Liebknechts und Scheidemanns, des spartakistischen und des rechtssozialistischen Führers, gemeinsam unter einem quasi-offiziellen Dokument. Die Einigkeit beschränkte sich auf eine Minute und zwei Namenszüge. Der Hinweis auf die Zustimmung des Militärs erschien selbst am Revolutionstage nicht minder wichtig als die Namen zweier sozialistischer Abgeordneter. Am Tage danach waren Ebert und Haase Vorsitzende des sechsköpfigen Rats der Volksbeauftragten, der Exekutive des revolutionären Deutschlands. Kurz darauf schrieb Haase seinem Sohn, daß die Zusammenarbeit mit Ebert und die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparats nötig seien. „Der revolutionäre Elan wird stark gedämpft.“ ...⁶⁰ Während der wenigen Monate, die ihm noch blieben, bis die Kugel eines irren, einst von ihm abgewiesenen Bittstellers seinem Leben ein Ende machte, führte er die oppositionelle USPD in der Weimarer Nationalversammlung.

Haase hat die jüdische Gemeinschaft nicht verlassen und damit bekundet, daß er die Verbindung mit ihr nicht abreißen lassen wollte. Über die Gründe dafür hat er sich nicht ausgelassen. Religiöser Natur waren sie nicht. Denn schon bei der Heirat lehnten er und seine Braut eine religiöse Trauung ab. Fast wäre es darüber zum Bruch mit ihren frommen Eltern gekommen. Hugo Haase traute sich nach der standesamtlichen Trauung seine Braut in einer

⁵⁹ Original des Dokuments im Archiv des Parteivorstands der SPD, Bonn. Das Dokument hat das Siegel mit dem Reichsadler und der Inschrift „Reichstagsabgeordneter“. Dem Parteivorstand der SPD bin ich für die Genehmigung zur Widergabe des Dokuments dankbar.

⁶⁰ *E. Haase*, S. 173.

schönen Rede selbst an⁶¹. Für die Behauptung, daß er stets jüdischen und zionistischen Gedankengängen nahegestanden habe⁶², fehlen die Unterlagen. Seine älteste Tochter wurde noch vor dem Kriege von 1914 Zionistin. Sie heiratete einen zionistischen Arzt und zog nach Israel.

Gustav Noske, der von Haase in ihrer gemeinsamen Königsberger Tätigkeit viel freundschaftliche Hilfe erfahren, ihn aber im Kriege und in der Revolution erbittert bekämpft hat, hat ihn in seinen Erinnerungen als hochanständigen, guten Menschen bezeichnet und seine Hilfsbereitschaft grenzenlos genannt. Er führt Haases Wesensart auf sein Judentum zurück⁶³. Haase hat nie einem engherzigen Nationalismus gehuldigt. Die Nation war ihm ein Teil der Menschheit. Den Glauben an die Internationale hat er auch in der für sie ungünstigsten Zeit nie aufgegeben. Das Menschenleben war ihm heilig. Es für nationalistische Zwecke aufzuopfern, schien ihm sündig, aber selbst für die Erreichung seiner Ziele wollte er es nicht leichtfertig aufs Spiel setzen; entgegen dem Drängen seiner Freunde widersetzte er sich einer revolutionären Aktion so lange, bis sie Opfer nicht mehr zu erfordern schien. Dem Gebot des alten Testaments „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ hat er nachgelebt. Für sein Verhalten war nicht Marx' Lehre ausschlaggebend, so sehr er von ihrer Richtigkeit überzeugt war, sondern sein Mentor war Kant, der vor der Überschätzung der Erfahrung warnte, die Befolgung des Sittengesetzes verlangte, und der über Preußen, Deutschland und Europa hinaus die Menschheit als eine Einheit ansah und dem Sehnen nach dem ewigen Frieden philosophisch Ausdruck verlieh.

⁶¹ E. Haase, S. 8.

⁶² So z. B. Jüdisches Lexikon II, S. 830.

⁶³ Noske, S. 147 f.; auch S. 19. Der gesamte Passus bei Noske lautet: „... Seine Wesensart wird wohl von niemandem restlos ergründet worden sein. Sie ist wohl nur aus seinem Judentum zu begreifen. Haase war ein hochanständiger, guter Mensch. Seine Hilfsbereitschaft für andere kannte keine Grenzen. Die Lauterkeit seiner politischen Bestrebungen kann nicht in Zweifel gezogen werden. Er glaubte aufrichtig daran, daß er dem deutschen Volke und darüber hinaus der ganzen Menschheit diene. Kaum einen Juden habe ich kennengelernt, und das waren nicht wenige, der nicht unter der ihm zugefügten gesellschaftlichen Deklassierung gelitten hat. Manche waren mimosenhaft empfindlich, wenn über Judentum gesprochen wurde. Die Deklassierung machte manche zu Pessimisten oder Menschenverächtern, viele andere zu Hassern. Politisch kamen viele zur Sozialdemokratie, wo Antisemitismus laut sehr selten sich äußerte, trotzdem es unter der Decke daran nicht ganz gefehlt hat. Richard Fischer, der langjährige Geschäftsführer des „Vorwärts“, gab nicht selten seinen antisemitischen Gefühlen gegen manche Parteimitglieder recht drastisch Ausdruck. Haase, der Sohn eines ostpreußischen jüdischen Händlers, wurde ein glänzender Jurist, der verachtete Judenjunge wurde frühzeitig Revolutionär des Geistes, denn der als gesuchter Rechtsanwalt wohlhabend gewordene Mann mit bürgerlicher Lebenshaltung lehnte anarchistische Gewaltanwendung durchaus ab. Während des Krieges war seine Haltung diktiert von dem Wunsche nach einem wahrhaften Völkerbund nach der Beendigung des Kampfes. Er hat die Menschen und Völker für besser und klüger gehalten, als sie sind. Das war die Tragik im Leben dieses Mannes, der seine Ideale dahinschwinden sah und elendiglich an der Kugel eines Idioten starb.“

Von diesen Idealen erfüllt, zugleich überzeugt, daß er ihnen nur mit Hilfe einer starken Sozialdemokratischen Partei näher kommen konnte, geriet Haase in eine unlösbare Verstrickung, als jene Ideale und das Denken der Mehrheit der Partei in Widerspruch gerieten. Seine Schwächen erklären sich aus dem vergeblichen Bemühen, diese beiden Faktoren in Einklang zu bringen; seine Isolierung mit einer kleinen Zahl Getreuer aus der Weigerung, sein Menschheitsideal preiszugeben; seine Größe aus der Unbeirrbarkeit, mit der er die Geschehnisse seiner Zeit an ewigen Werten maß. Seine Politik wird stets umstritten bleiben. Jedoch einen reineren, selbstloseren, der Gerechtigkeit stärker ergebenen und mit den Leidenden tiefer fühlenden Politiker hat das Deutschland jener Zeit nicht gehabt.

Ludwig Frank

Die Kindheit in einem Dorf des Schwarzwalds, das badische Land und die jüdische Abstammung haben Ludwig Frank* geformt. Er wuchs unter Schwarzwaldbauern auf, kannte ihre Sorgen und konnte mit einfachen Leuten fühlen und sprechen. Theodor Heuss, der dem kriegsgefallenen Freunde 1914 in einem Nachruf und fast 50 Jahre später in seinen Erinnerungen tief empfundene Worte des Gedenkens gewidmet hat, spricht von dem Überschuß an physischer Kraft des großen und starken Mannes und von dem Bäuerlich-Schweren und Behaglich-Bedächtigen, dem er im südwestdeutschen Raum bei manchen Juden begegnet sei. Hedwig Wachenheim, die ihm in den letzten Jahren seines Lebens nahegestanden hat, schildert die gesunde Gradheit und Frische des unkomplizierten Mannes aus dem alemannischen Dorf⁶⁴. In Baden war unter französischem Einfluß liberaler Geist schon früh in weite Schichten des Volkes eingedrungen. Das Land wurde eine Hochburg des Nationalliberalismus. Das Wahlrecht wurde Schritt für Schritt demokratisiert. Mehr und mehr wurden die Bürger zu kommunalen und staatlichen Aufgaben herangezogen.

Frank wuchs also in einer Umgebung auf, in der die Anhänglichkeit an Land und Leute durch störende Elemente nicht gehemmt war. Er war „ein in entzückender Weise badischer Patriot“. Er verurteilte die „planmäßig betriebene Protzerei mit nationaler Gesinnung“, aber es ist für ihn selbstverständlich, daß jeder die Heimat liebt, in der er geboren und erzogen ist und

* *Ludwig Frank*, geb. 1874 in Nonnenweier (Amt Lahr, Baden). Studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. 1899 Dr. jur., 1900 Rechtsanwalt in Mannheim. 1904 Stadtverordneter in Mannheim, 1905–1914 Mitglied des badischen Landtags für Karlsruhe I, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion. 1907–1914 Mitglied des Reichstags für Mannheim. Gefallen September 1914 bei Baccarat (Frankreich).

⁶⁴ Heuss, Erinnerungen 1905–1933, S. 41; *Ludwig Frank*, Aufsätze, S. 7. Die beste Würdigung Franks bei *Wachenheim*, S. 28 ff.

in deren Sprache er denken gelernt hat. In dieser Atmosphäre konnte der Gedanke des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen der Arbeiterklasse und dem bestehenden Staat keine tiefen Wurzeln fassen. Franks Denken wurde durch eine lebendige Staatsgesinnung geprägt. Menschliche Beziehungen wurden über die Schranken der Klassen hinweg aufrechterhalten. Die Beteiligung der Führer der Landtagsfraktion, Wilhelm Kolb und Ludwig Frank, an den Beisetzungsfeierlichkeiten des Großherzogs im Jahre 1907 entsprach den Gefühlen des badischen Volkes, erforderte allerdings Zivilcourage angesichts der in der Gesamtpartei herrschenden Anschauungen⁶⁵. Vieles in der Wesensverschiedenheit Haases und Franks läßt sich daraus erklären, daß jener im Kernland des Preußentums inmitten eines der gedrücktesten Bevölkerungsteile Deutschlands aufgewachsen ist, dieser dagegen am Oberrhein, an dessen beiden Ufern seit dem Erscheinen von Cäsars Legionen Sinn für Maß und Duldsamkeit in den Menschen erwachsen ist.

Kleinbürgerliche Engherzigkeit gegenüber Juden wurde im Verlauf dieser Entwicklung zurückgedrängt. Von dem ersten jüdischen Minister in Deutschland, Moritz Ellstätter in Karlsruhe, dem ersten jüdischen Ordinarius an der juristischen Fakultät einer deutschen Universität, Levin Goldschmidt in Heidelberg, und einem der ersten jüdischen Landgerichtsdirektoren, Nathan Stein in Mannheim, haben wir schon gehört. Seit Kusel 1861 in den badischen Landtag gewählt worden war, folgten andere jüdische Abgeordnete, ohne daß ihre Aufstellung und Wahl durch die Wellen der antisemitischen Agitation gehindert wurde. Nach Albert Süßkind zog Ludwig Frank als zweiter jüdischer Sozialdemokrat in den badischen Landtag ein. 1907 wurde er Reichstagsabgeordneter. Er eroberte das Mannheimer Mandat im ersten Wahlgang trotz des für seine Partei damals so ungünstigen Wahlergebnisses.

Frank war der Sohn frommer jüdischer Eltern, an denen er mit zärtlicher Liebe hing. Sie fanden sich schwer damit ab, daß sein Weg ihn zur Sozialdemokratie führte. Der Vater war Handelsmann und gehörte zum kleinen Mittelstand. Das Judentum würde Ludwig Frank schon mit Rücksicht auf seine Eltern nicht verlassen haben. Er besuchte sie stets an den hohen jüdischen Feiertagen und verließ sie nicht, ohne sich von ihnen segnen zu lassen. Aber auch ein eigenes lebhaftes Interesse für die Schicksale des jüdischen Volkes verband ihn mit dem Judentum. Frank war ein historisch interessierter Mensch. Seine kurzgefaßte Darstellung der bürgerlichen Parteien Deutschlands nennt er ein anspruchsloses Werk, aber es vermittelt dem Laien alle wesentlichen Tatsachen und Zusammenhänge in spannender Darstellung. Franks Neigung zur historischen Betrachtung erstreckte sich auch auf die Geschichte der eigenen Familie, die seit Jahrhunderten im badischen Lande ansässig war. Er hat 1914 Isidor Kracauers Geschichte der Frankfurter Ju-

⁶⁵ Frank im Badischen Volkskalender 1912, abgedruckt bei *L. Frank*, aaO, S. 234 (nationale Gesinnung); *Keil*, I, S. 211 (Teilnahme an der Bestattungsfeier).

den gelesen und, wie er scherzend schreibt, Ahnenforschung getrieben, indem er eine alte Tante und andere noch lebende Chroniken ausfragte. Dabei stellte er fest, daß die Großmütter des Vaters und der Mutter Töchter von Rabbinern waren; „ein glücklicher Zufall, daß ich bei doppelt erblicher Belastung nicht selbst Rabbiner geworden bin!“ Sein reges Interesse für die jüdische Geschichte hatte er einst als eine Last empfunden, später als einen Besitz, den er nicht missen wollte.

„Ich bin allein daheim (die anderen sind in der Synagoge) und horche auf die Osterglocken und auf die schweren Schritte der Bauern, die mit ihren geputzten Frauen und Töchtern in die Kirche ziehen . . . Ich habe die Heimat so schön gefunden, wie fast noch nie – blauen Himmel und herb-frische Luft und viele einfache Menschen. Die Sedernächte, die Du wohl nur aus der Oper oder dem Roman kennst, haben auf mich wieder gewirkt wie ein erlebtes Märchen, das mich mit den Jahrhunderten vor mir verbindet...“⁶⁶

Judentum und Christentum, badische Heimat, Menschen und Land und Natur verbinden sich in dem feinfühligem Mann zu einem harmonischen Ganzen.

Frank kam schon jung mit der Arbeiterbewegung in Berührung. Als Primus omnium feierte er in seiner Abschiedsrede Lessings kämpferisches Wirken für die Unterdrückten mit ketzerisch-pointierten Fragen an die Gebildeten der Gegenwart. Es hätte ihn fast das Reifezeugnis gekostet. Als Rechtspraktikant schrieb er für sozialdemokratische Zeitungen, als Rechtsanwalt in Mannheim reihte er sich offen in die Kampffront der Arbeiterschaft ein. Ihre Befreiung war für ihn ein Bestandteil des Ringens für die Befreiung der Menschheit von Not und Qual. Die große französische Revolution und ihre Weiterentwicklung im französischen Sozialismus und in den Revolutionen des Jahres 1848 beeinflussten ihn ebenso stark wie die Schriften von Engels und Kautsky und anderer Lehrmeister des deutschen Sozialismus. Verwertung der Rechtskenntnisse im sozialpolitischen Interesse, Arbeiterbildung und Organisation der Arbeiterjugend standen im Mittelpunkt seiner frühen Tätigkeit.

Frank stieg in der Partei schnell auf. 1903 wurde er zum Dresdener Parteitag delegiert, wo er Bebel Beifall spendete, als er das große Ketzergericht über die Revisionisten abhielt. 1904 wurde er Mannheimer Stadtverordneter, bald auch zweiter Vorsitzender der badischen Partei. Kaum war er örtlich bekannt geworden, da sandten ihn 1904 die Badener zum Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam, wo Bebel und Jaurès ihr Rededuell über die Politik ihrer Parteien ausfochten. Jaurès faszinierte Frank durch die Eleganz seiner Rede und stimmte ihn nachdenklich, als er an der deutschen Partei, ihrem Mangel an revolutionärer Tradition und an parlamentarischer Aktion, bittere Kritik übte, nach französisch-konzilianter Art in manche Anerkennung eingehüllt. In Amsterdam empfing Frank auch die Anregung zur

⁶⁶ L. Frank, aaO, S. 323; David, S. 58.

Bildung sozialdemokratischer Jugendorganisationen. Er gründete nach belgischem Muster in Mannheim den Verein junger Arbeiter, der der Ausgangspunkt anderer ähnlicher Organisationen wurde, und er redigierte das Organ der sozialistischen Jugend, die „*Junge Garde*“, zu der er das meiste selbst beitrug. Sein Name drang dadurch über die Grenzen Badens hinaus. Auf dem Mannheimer Parteitag kämpfte er für seine Schöpfung mit Erfolg. Als das Reichvereinsgesetz von 1908 der Zulassung Jugendlicher zu politischen Vereinen und Versammlungen ein Ende bereitere, wurde eine nach außen unpolitische Arbeiterjugend von Partei und Gewerkschaften geschaffen. Frank fand sich nach anfänglichen Bedenken damit ab⁸⁷.

Weniger als zehn Jahre währte Franks parlamentarisches Wirken. In dieser kurzen Zeit stieg er zum Fraktionsführer im Landtag und in die erste Garnitur der Reichstagsfraktion auf. Bebel, der besonders in seinen letzten Lebensjahren mit Lob sparsam war, hat an Franks Führungsqualitäten nie gezweifelt, wohl aber an der Richtigkeit der Wege, die sein einstiger Liebling, sein „Benjamin“ beschritt. Jedenfalls führte Franks Laufbahn zu einem in seiner Partei seltenen Erfolg; sie pflegte dem Nachwuchs den Aufstieg nicht leicht zu machen.

Dabei war Frank alles andere als ein Konformist. Er schwang sich in den Jahren, in denen der bayerische Sozialistenführer Georg von Vollmar wegen schwerer Krankheit seine politische Tätigkeit einschränken mußte, zum eigentlichen Führer des Reformismus auf. Aber auch als solcher dachte und handelte er selbständig. Er war ein kraftvoller und populärer Sprecher, dem theoretische Erörterungen weder als Grundlage noch als Beiwerk der Rede anziehend erschienen. Er geht vom Gegebenen aus und steuert direkt auf das Ziel los. Die Sprache tritt nie aus den Grenzen sorgfältiger Vorbedachtheit heraus, aber in diesem Rahmen ist sie bildhaft und blutvoll, in der Volksversammlung und ebenso, wenn er sich von der Parlamentstribüne herab an die Abgeordneten oder in der politischen Zeitschrift an die Leser wendete. Mit Witz und Ironie spart er nicht. Wie kann er über Bethmann Hollweg spotten, die „lange Unzulänglichkeit“, wie er ihn zur Freude des boshaften Bülow titulierte, den „entsetzlich belesenen Beamten“, den „Ehrendoktor der Philosophie, der uns regiert!“ Mehr als irgendein anderer Staatsmann irritierte ihn dieser schwerblütige, unfrohe, wenn auch nicht unbegabte und unter der Last der Verantwortung leidende Bannerträger einer antiquitierten Staatsidee⁸⁸.

Gustav Mayer hat Marx als Mann des Generalstabs gewürdigt, der seine Siege auf dem Blachfeld des Gedankens errang, Lassalle dagegen als Kämpfer,

⁸⁷ Über Franks frühe Entwicklung, s. *Wachenheim*, S. 28; über Haase, s. oben S. 429; Jaurès Rede, Internationaler Sozialistenkongreß zu Amsterdam, S. 37 ff.; Parteitag Mannheim 1906, Protokoll, S. 279; Nürnberg 1908, S. 430 ff.; Leipzig 1909, S. 263–277.

⁸⁸ Pan 15. 12. 1910, übernommen in *L. Frank*, aaO, S. 211 f.; *Bülow*, III, S. 168.

der an der Front der Politik focht. Frank wirkte in einer anderen Zeit. Die Arbeiterbewegung war eine Macht geworden. Nun galt es, mit dieser Macht etwas anzufangen. Dies mußte nach Franks Auffassung im bestehenden Staate geschehen. Von der Wichtigkeit der Planung der agitatorischen und der parlamentarischen Arbeit war er durchdrungen. Aber er fühlte sich in seinem eigentlichen Element beim Angriff an der politischen Front. Der Drang, der Arbeiterschaft die ihr gebührende Rolle im bestehenden Staat zu erkämpfen, und seine Angriffslust sind das Entscheidende, das Frank mit Lassalle verband. Sonst war der Vergleich zwischen den beiden, wie oft betont worden ist, nur begrenzt gerechtfertigt. Das Genie Lassalles, der Hang zur wissenschaftlichen Arbeit, die Weite der Interessen gingen Frank ab. In der Konzentration auf die politische Arbeit und in der Ausübung einer strengen Selbstkontrolle war er Lassalle überlegen. Heuss rühmt an ihm, daß er die demagogischen Talente nie mißbraucht hat⁶⁹. Lassalle ist dieser Gefahr häufig nicht entgangen.

Frank ging von den Gegebenheiten des kaiserlichen Deutschlands aus. Sie waren im Norden und im Süden verschieden und konnten deshalb nicht durch einen straffen Parteizentralismus gemeistert werden. Die Taktik mußte beweglich, unorthodox, vom Willen zur politischen Tat bestimmt sein. Zuweilen ließen sich durch parlamentarisches Wirken, dann wieder durch außerparlamentarische Machtmittel oder durch Zusammenarbeit mit friedens- und freiheitsfreundlichen Kräften des Auslands Erfolge erzielen. Voraussetzung aber war die Existenz einer kraftvollen, in ihrer Einheit unerschütterlichen Arbeiterpartei. Nur in ihr, nicht in einer Volkspartei ohne Klassencharakter, konnte das Selbstbewußtsein und jener inbrünstige Glaube an eine bessere Zukunft erwachsen, aus dem die politisch und gesellschaftlich zurückgesetzte Arbeiterklasse ihre Kraft zog.

Von diesen Grundsätzen geleitet, versuchte Frank sich in seinem verzehrenden Tatendrang an großen Aufgaben. In Baden erstrebte er Erfolge durch parlamentarisches Wirken. Im Reich suchte er nach neuen Methoden des Kampfes um das gleiche Wahlrecht in Preußen, das der Sozialdemokratie seit 1890 als das innerpolitische Zentralproblem erschienen war. Um vorwärts zu kommen, mußte das junkerliche Preußen aus den Angeln gehoben werden. Die deutsch-französische Verständigung war ihm die wichtigste außenpolitische Aufgabe. Um sie bemühte er sich auf parlamentarischem Wege und durch internationale Verständigung über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus.

Der Staat Baden bot der Sozialdemokratie eine selten günstige Gelegenheit zu parlamentarischer Aktion. In Bayern hatte die Einführung des gleichen Wahlrechts zur Vorherrschaft des Zentrums geführt. Diese konnte in Baden nur durch ein Wahlbündnis zwischen den Liberalen aller Schattierungen und den Sozialdemokraten verhindert werden. Trotz vieler Schwierigkeiten kam

⁶⁹ Heuss, aaO, S. 41; *Gustav Mayer*, Aus der Welt des Sozialismus, S. 19; über Lassalle und Frank, *Wachenheim*, S. 30 f.

das Bündnis 1905 zustande. Bei den nächsten Wahlen ging man darüber hinaus zu einer Koalition im Parlament, dem badischen Großblock, über. Neben Kolb hatte an seiner Schaffung, Aufrechterhaltung und Leistung Frank das Hauptverdienst. Er wollte „in kleinem Rahmen zeigen . . ., wie später das politische Bild Deutschlands im großen aussehen soll“⁷⁰.

Um den Großblock funktionsfähig zu machen, war die positive Stimmabgabe der badischen Sozialdemokratie für den Etat trotz entgegenstehender Parteitagebeschlüsse erforderlich. Es war nicht das erste Mal, daß eine sozialdemokratische Fraktion für den Haushaltsplan stimmte. Die bayerischen Sozialisten hatten 1891 unter Vollmars Führung damit begonnen. Rednerisch und schriftstellerisch verteidigte Frank den Standpunkt der Süddeutschen 1908 in Nürnberg und 1910 in Magdeburg, wo er das Korreferat zu Bebels anklägerischer Rede übernahm.

Wie es seine Art war, ging Frank zum Gegenangriff vor. Er tat die Hyperradikalen, die die Motive der Badener verdächtigten, mit wenigen Worten ab, hielt sich auch nicht lange bei dem Ausnahmeparagraphen der Lübecker Resolution auf, der ihm formell eine Stütze bot. Er erörterte die Disziplinbrüche der Vergangenheit; auch der Parteivorstand hatte, wenn nötig, den gesunden Menschenverstand über Paragraphenfanatismus gestellt. Die Badener konnten auf eine stattliche Reihe von Resultaten auf steuer-, sozial-, kultur- und gemeindepolitischem Gebiet hinweisen, was sie nicht hinderte, die Regierung scharf zu kritisieren, wenn es angebracht war. Die Radikalen, die ihnen die Marschroute vorschreiben wollten, hatten oft auch nicht einen Abgeordneten im Parlament ihres Landes. Nord und Süd operierten unter verschiedenen Umständen.

Zwar haben sich trotz Franks Plädoyers die Süddeutschen auf den Parteitagen nicht durchgesetzt. Die Resolutionen, die ihre Haltung als unvereinbar mit Parteitagebeschlüssen erklärten, und die durch Haases Vorstoß verschärfte Magdeburger Resolution wurden angenommen. Aber die verhängnisvollsten Beschlüsse konnten verhindert werden, und die Süddeutschen wahrten ihren Standpunkt durch eine gemeinsame Erklärung in Nürnberg und durch die Demonstration eines Exodus in Magdeburg. Sie unterwarfen sich nicht⁷¹.

Im Reichstag nahm Frank Stellung gegen die Klassenjustiz und behandelte sozial- und wirtschaftspolitische Fragen. Später arbeitete er an dem Versuch der Schaffung eines Reichsmonopols für Petroleum mit, in dem er ein Stück sozialistischer Gemeinwirtschaft erblickte. Es scheiterte an dem Widerstand kapitalistischer Interessenten. Wichtig wurde Franks Tätigkeit als einer der Spezialisten der Wahlrechtsfrage. Bethmann Hollweg behauptete 1910 im Abgeordnetenhaus bei der Vertretung eines überaus begrenzten, später auf-

⁷⁰ *L. Frank*, aaO, S. 283.

⁷¹ *Schröder*, S. 101, 105 ff.; *Grünebaum*, S. 14–19; *L. Frank*, S. 174–183, 187–207.

gegebenen Reformprojekts, die Demokratisierung trage zur Verflachung und Verrohung des politischen Sinnes bei. Frank bekämpfte diese These empört. An Beispielen, von England angefangen, mangelte es ihm nicht, auch nicht an dem Gegenstück des alten Kuriensparlaments in Österreich, „wo Tintenfässer und Kindertrompeten politische Machtfaktoren gewesen sind“⁷². Den Kampf für das gleiche Wahlrecht stellte Frank in den Mittelpunkt der Beratungen des elsäß-lothringischen Verfassungsentwurfs, bei denen er seine Fraktion führte. Er setzte es zusammen mit den Mittelparteien gegen die Konservativen durch. Dafür machte er bei anderen Artikeln des Entwurfs so weitgehende Konzessionen, daß sie selbst dem Staatssekretär des Innern, Clemens von Delbrück, Worte des Erstaunens über das Verständnis der Sozialdemokratie für Staatsnotwendigkeiten und das Wesen des konstitutionellen Staates entrangen. Aber – ein ominöses Signal – die Elsässer und Lothringer konnten für die ungenügende Vorlage nicht gewonnen werden. Elf von den fünfzehn Abgeordneten des Reichslandes stimmten dagegen. Die Zustimmung zu der Verfassung begründete Frank namens der Fraktion mit der überragenden Bedeutung des gleichen Wahlrechts, in der Überzeugung, „daß seine Rückwirkung auch auf die anderen, in dieser Beziehung zurückgebliebenen Bundesstaaten nicht mehr aufgehalten werden kann“⁷³. Was man dem Elsaß gewährte, konnte man, so schien ihm, dem Kernland des Reichs nicht mehr versagen.

Frank hat sich getäuscht. Die preußische Wahlrechtsfrage kam trotz seines erneuten Drängens und aller Demonstrationen nicht vom Fleck. Als alle anderen Mittel versagten, propagierte er in einer Berliner Versammlung den politischen Massenstreik für das gleiche Wahlrecht. Er sollte wie ein fliegendes Feuer bald hier, bald da ausbrechen. Den Arbeitern, die im Kampf um kärgliche Lohnerhöhungen Not und Entbehrung auf sich nahmen, sollten Opfer für ein großes politisches Ziel nicht zu hoch erscheinen⁷⁴. Auch dieser Gedanke war nicht neu. Aber die Parteiführung hatte den Massenstreik stets als Auftakt zu dem großen Sturm auf die kapitalistische Gesellschaft angesehen; davor schreckte sie zurück. Die Erfolgsaussichten waren gering, der Einsatz hoch. Die Ziele der deutschen Arbeiterbewegung waren revolutionär, ihre Kampfmittel waren es nicht. Genau umgekehrt dachte Frank. Er erstrebte maßvolle, demokratische Ziele vermittels einer, wenn nötig, revolutionären Taktik. Als Frank damals dem König zurief, er habe die Wahlreform versprochen und solle nun Wort halten, als er den Hörern erklärte, ihr Wille oder ihre Willenlosigkeit bestimme die Entwicklung, war er dort

⁷² *Grünebaum*, S. 26 f. (Arbeit im Reichstag); Reichstag, St. B. 19. 2. 1910, S. 1405 ff.

⁷³ Erklärung zur elsäß-lothringischen Frage und zum Wahlgesetz, *L. Frank*, aaO, S. 215; *Delbrück*, S. 28.

⁷⁴ Reichstag, St. B. 15. 2. 1912, S. 26 ff. (Wahlrechtsrede); Berliner Versamlungsrede in *Frank*, aaO, S. 267 ff.

angekommen, wo 50 Jahre vorher Lassalle gestanden hatte. Einige Jahre nach dessen Tode hatte sich Bismarck zur Einführung des gleichen Wahlrechts für den Reichstag entschlossen. Würde es Frank gelingen, Bethmann Hollweg, dem Epigonen, das gleiche Wahlrecht in Preußen abzurufen?

Der Versuch scheiterte schon 1913 auf dem Jenaer Parteitag. Frank wußte, daß die deutschen Arbeiter des revolutionären Schwunges der romanischen Länder ermangelten. Er baute aber auf die in ihren gewaltigen Organisationen zusammengefaßte Kraft. „Was die fleißige Hand des deutschen Proletariats berührt“, so äußerte er einmal, „wird zur Organisation, zur Ordnung. Auch der Kampf um die Freiheit.“ Als jedoch Gustav Bauer, der zweite Vorsitzende der Freien Gewerkschaften, die Wahlrechtsfrage als sekundär bezeichnete, auf die sonst erzielten Erfolge hinwies und revolutionäre Phraseologie verurteilte, war Franks Plan gescheitert. Er erwiderte Bauer zornig. Aber er fand nicht einmal bei der Parteiführung Gegenliebe. Scheidemann trat ihm namens des Vorstandes entgegen. Schärfer verurteilten Frank seine Freunde vom revisionistischen Flügel. Rosa Luxemburg wollte sich seiner Idee bedienen, um die Revolution zu entfachen. Sie betrachtete Franks Vorschlag nicht als Bündnisangebot, sondern, wie Kautsky mit seiner scharfen Zunge bemerkte, als Schmutzkonkurrenz. Bebel, verärgert, machte im Privatgespräch über ihn eine übelwollende Bemerkung⁷⁵. So hatte Frank sich isoliert, aber auch bewiesen, daß er die in Deutschland herrschenden Kräfte falsch einschätzte. Die Gewißheit, daß Hunderttausende sozialistischer Wähler der Partei nicht folgen und daß die Regierung mit Hilfe des Militärs, der Bürokratie und des Unternehmertums die Gelegenheit benutzen würde, um die Arbeiterbewegung in Fesseln zu legen, gab den Ausschlag. Der Parteitag nahm eine nichtssagende Vorstandsresolution an.

In außenpolitischen Fragen kam Frank nur ausnahmsweise, aber bei wichtigen Gelegenheiten, zum Wort. Er übte 1911 scharfe Kritik an der verwegenen, die Isolierung Deutschlands verstärkenden Marokkopolitik der Regierung und forderte die Anbahnung eines aufrichtigen Freundschaftsverhältnisses mit Frankreich und England. Diese Gedanken waren schon früher häufig vorgebracht worden. Aber man horchte auf, als Frank die entscheidenden Probleme aufzeigte: er unterstrich den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik, die Notwendigkeit der Demokratisierung als Voraussetzung einer erfolgreichen äußeren Politik, das Erfordernis der Einschaltung des Reichstags in sie, nachdem die Unzulänglichkeit, ja der Zusammenbruch der Außenpolitik der Regierung offenkundig geworden war. Als in den Jahren vor 1914 eine Wehrvorlage nach der anderen vom Reichstag gebilligt und entsprechende Rüstungsverstärkungen des Auslands vorgenommen wurden, suchte Frank nach neuen Wegen, um dem Rüstungswettlauf Einhalt zu ge-

⁷⁵ Frank, aaO, S. 286 ff. (Jenaer Parteitag); das Zitat, aaO, S. 233. Kautskys und Bebels Äußerungen bei Victor Adler, Briefwechsel, S. 573.

bieten. Er arbeitete fieberhaft für eine internationale Kundgebung deutscher und französischer Friedensfreunde ohne Unterschied der Partei, für eine außerparlamentarische Friedensaktion von Parlamentariern. Er gewann Bebel für die Idee, verhandelte mit Jaurès und Albert Thomas, dem späteren Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, und erreichte es, daß eine Einladung von Schweizer Seite zu einer Konferenz in Bern erging. Auf diese Idee und diesen Erfolg war er stolz. Er wandte sich in seiner Rede zur Wehrvorlage von 1913 gegen das internationale Rüstungskapital und trat für eine Rüstungspause ein. Dabei sprach er maßvoll und mit diplomatischem Geschick, um den Mittelparteien die Annahme der Einladung nach Bern zu erleichtern, und ging in einer privaten Äußerung zu General Groener, dem Vertreter der Vorlage, bedenklich weit in seiner Anpassung an die Regierungspolitik. Seine Rede gipfelte im Aufruf zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland⁷⁶:

„Es wäre der Anfang einer Entwicklung, die ja doch einmal kommen muß. Westeuropa, namentlich Frankreich und Deutschland, bilden doch heute schon eine kulturelle Gemeinschaft und werden sich auf die Dauer politisch und militärisch nicht trennen lassen. Ich bin überzeugt, daß die Vernunft auf dem Marsche ist, und daß die Vernunft sich schließlich auswachsen wird zu einer europäischen Großmacht und Herr wird über all das, was jetzt dem Frieden und der friedlichen Entwicklung entgegengewälzt wird . . .“

Franks Mahnung an die bürgerlichen Abgeordneten, sich an der Konferenz zu beteiligen, fiel auf taube Ohren. Den zahlreich erschienenen bürgerlichen Parlamentariern Frankreichs standen drei Mitglieder des elsässischen Zentrums und drei Fortschrittler gegenüber. Als im Frühjahr 1914 das in Bern errichtete Interparlamentarische Komitee, dem auch Haase und Frank angehörten, eine Zusammenkunft im kleineren Rahmen veranstaltete, unterstützten auch Zentrumsabgeordnete die Aktion, vereinzelt selbst Nationalliberale, nachdem sie sich des Einverständnisses des Reichskanzlers vergewissert hatten. Die deutschen Parlamentarier waren nur schwer zu der ihnen ungewohnten außenpolitischen Initiative zu bewegen. Die Resolutionen der Konferenzen richteten sich gegen Kriegshetze, traten für Rüstungsbeschränkung und Schiedsgerichtsbarkeit ein und riefen zur Annäherung Deutschlands und Frankreichs auf, um die Verständigung zwischen den beiden Mächtegruppen Europas zu erleichtern. In Bern wurde auch ein Austausch von Informationen vorgesehen. Die Konferenzen hielten jedoch die Rüstungspolitik nicht auf⁷⁷.

In der Politik, schrieb Frank einmal, gibt es keinen anderen Gott als den Erfolg. Dieser Gott aber war ihm nicht bis zuletzt gnädig. Die Stimmen der

⁷⁶ Reichstag, St. B. 9. 4. 1913, S. 4583 ff.; das Zitat S. 4600; *Groener*, S. 136.

⁷⁷ *Stampfer*, Die vierzehn Jahre, S. 15; *Grünebaum*, S. 33 ff.; *Frank*, aaO, S. 263 ff., 334 f., 339 f.

Sozialdemokratie gingen bei den badischen Landtagswahlen von 1913 bei stärkerer Wahlbeteiligung zurück, während alle anderen Parteien gewannen. Es war eine schwere Wahlniederlage; in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hatte es außer im Jahre 1878, als die Reichstagswahlen unter dem Eindruck der Hetze gegen die Sozialisten nach den Attentaten auf Wilhelm I. abgehalten wurden, nie einen Rückgang der absoluten Stimmenzahl gegeben. Im Landtag verlor die Partei sieben von ihren zwanzig Mandaten, die Taktik des Großblocks hatte sich nicht bewährt. Die badische Regierung geriet stärker in den Bann preußischer Staatsmaximen. Der Innenminister lehnte es ab, Sozialdemokraten als ehrenamtlich tätige Bezirksräte zu bestätigen. Frank trat ihm bitter, aber erfolglos entgegen, und die Badener Sozialdemokraten bewilligten trotz dieser Herausforderung abermals das Budget. Die preußisch-junkerliche Vorherrschaft in Deutschland blieb unerschüttert, das Dreiklassenwahlrecht unverändert. Die Annahme der elsass-lothringischen Verfassung hatte Frank als einen Vorgang von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Partei zu einer politischen Macht gewertet. Jetzt wurde sie durch aufreizende Übergriffe des preußischen Militärs in Zabern gegen Bürger und Zivilbehörden und die Deckung dieses Verhaltens durch die Regierung und die Gerichte, sowie durch kaiserliche Drohungen, zum Scherbenhaufen. Es kam als eine Enthüllung, daß auch diese Verfassung nichts als ein Produkt des Scheinkonstitutionalismus war. Franks vorzügliche Reichstagsrede über Zabern konnte daran nichts ändern. Die Stimmung der maßgebenden Kreise spiegelte sich wider in dem demonstrativen Auftreten des Kronprinzen, in Bethmann Hollwegs rednerischen Konzessionen an die alldeutsche Fronde und in dem tosenden Beifall der akademischen Jugend für den alldeutschen Professor Gustav Roethe, den Germanisten der Berliner Universität, bei seinen Ausbrüchen gegen den Reichstag. Die innerparlamentarischen Konferenzen hatten sich als ohnmächtig erwiesen, die „Annäherung der beiden Völker . . . durch die Demokratie“ zu vollziehen⁷⁸.

Der Freiburger Nationalökonom Gerhart von Schulze-Gävernitz hat seinen Schüler, Freund und Kollegen im Reichstag Ludwig Frank als Führer der Arbeiterschaft vom ohnmächtigen Protest zur machtvollen Mitarbeit an den Geschicken Deutschlands gepriesen⁷⁹. Zwar haben schon vor ihm die Sozialdemokraten für die Handelsverträge Caprivis gestimmt, ein so radikaler Sozialist wie Stadthagen ist für die Annahme des Bürgerlichen Gesetz-

⁷⁸ *Grünebaum*, S. 8, 28 f. (Bestätigung von Sozialdemokraten); *Schorske*, S. 268 und *G. A. Lehmann*, Der Ausfall der badischen Landtagswahlen, S. 177 ff. und Nochmals die badischen Landtagswahlen, S. 333 ff. Vgl. außerdem *Frank*, aaO, S. 214 (über die Bedeutung der Haltung zur elsass-lothringischen Verfassung). „Die Annäherung der beiden Völker erfolgt nicht durch die Diplomatie, sondern durch die Demokratie“, *Frank*, aaO, S. 266.

⁷⁹ *Grünebaum*, S. 42 (Auszug aus dem Nachruf in der „Frankfurter Zeitung“), 3. Morgenblatt, 20. 9. 1914.

buches eingetreten, und Haase hat 1913 die Zustimmung der Fraktion zu den direkten Steuern für die Deckung der Wehrevorlage begründet, um die Belastung der Arbeiter durch zusätzliche indirekte Steuern zu verhindern. Schulze-Gävernitz hat jedoch richtig gesehen, daß Frank auch im Reich über Gelegenheitsvoten hinaus eine systematische Politik der „machtvollen Mitarbeit“ nach badischem Beispiele zu begründen suchte und dafür neue Wege erschloß. Wenn jemand dadurch Resultate erzielen konnte, so war es dieser begnadete Politiker. Dennoch waren ihm bleibende Erfolge ebenso wenig beschieden wie den Vertretern der traditionellen Politik. Jaurès hat in seiner Amsterdamer Rede das Haupthindernis genannt: den Mechanismus der deutschen Verfassung. Sie schloß dauerhafte Ergebnisse parlamentarischer Vorstöße aus. An der Stärke der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte wiederum, die sich dieses Mechanismus bedienten, mußte jede revolutionäre Aktion zerschellen.

Wilhelm Keil schreibt in seinen Erinnerungen, daß die Kugel des Mörders, die am 31. Juli 1914 Jaurès durchbohrte, auch Franks Herz getroffen habe. Vielleicht habe er auf eine für ihn bestimmte Kugel gewartet⁸⁰. Keil hat nicht richtig gesehen. Das Entsetzen über die Ermordung des Frank persönlich und politisch nahestehenden ehrlichsten Friedensfreundes und populärsten europäischen Sozialisten hat ihn natürlich besonders gepackt. Es schien innerlich etwas in ihm zerbrochen. Aber er war sanguinischen Temperaments, ein Optimist, der sich selbst vom schlimmsten Schlage nicht überwältigen ließ. Die Gegenwart erschien ihm seltsam groß, die Zukunft verheißungsvoll, die Aufgaben, die seiner harnten, gewaltig. Die Liebe zum Vaterlande überflutete alle anderen Empfindungen und Erwägungen. In ihm war kein Raum für Zweifel und trübe Gedanken. Das Votum für die Kriegskredite war für ihn eine Selbstverständlichkeit. Er hätte sich darin auch durch einen gegenteiligen Fraktionsbeschluß nicht beirren lassen. Ergriffen von der allgemeinen Kriegsstimmung, bejaht er die neuen Geschehnisse bedingungslos, jubelnd: Wir sind ein einig Volk von Brüdern. Statt des Generalstreiks führen wir für das preußische Wahlrecht einen Krieg. Die internationale Idee ist zurückgedrängt durch die Realität einer begeistert nationalen Arbeiterbewegung. In diesem Krieg werden die Grundlagen für einen unabsehbaren Fortschritt gelegt⁸¹. Frank konnte nicht weiter gehen in der Rationalisierung, ja Verherrlichung einer Wirklichkeit, um deren Verhütung er Jahre lang gerungen hatte. Er ergab sich

⁸⁰ Keil, I, S. 604 f.

⁸¹ Frank, aaO, S. 354, zitiert nach „Mannheimer Volksstimme“, 1. 8. 1914 (ein Volk von Brüdern); Krieg für preußisches Wahlrecht, Brief an Gustav Mayer vom 27. 8. 1914, aaO, S. 358; auch Gustav Mayer, Erinnerungen, S. 210 mit Charakteristik Franks; nationale Arbeiterbewegung, Frank, aaO, S. 355 (Brief an Freiherrn von Bodman vom 15. 8. 1914) und S. 358 (Brief an Gustav Mayer vom 27. 8. 1914); unabsehbarer Fortschritt, Frank, aaO, S. 359 (Brief an Reichstagsabgeordneten Albert Südekum vom 31. 8. 1914).

ihr willig, enthusiastisch. Sie brachte das Gedankengebäude, das er sich errichtet hatte, jäh zum Einsturz.

Der vierzigjährige Landsturmmann brauchte nicht mit einer baldigen Einziehung und wahrscheinlich überhaupt nicht mit der Heranziehung zum Frontdienst zu rechnen. Dennoch meldete er sich als Kriegsfreiwilliger, um die Gesinnung, zu der er sich bekannte, zu bekräftigen, um „durch die Tat zu zeigen, daß unser Beschluß vom 4. August nicht äußerem taktischen Zwang, sondern einer inneren Notwendigkeit entsprang – daß es uns also mit der Pflicht der Verteidigung der Heimat bitter ernst ist“⁸². Nur einige Monate vorher hatte er in seiner Rede über Zabern einen Krieg als das größte Unglück bezeichnet. Jetzt schrieb er am Morgen des Abmarsches an die Front, drei Tage vor dem Ende, in Hochstimmung: „Ich freue mich auf den Krieg“⁸³; es ist das erschütterndste Wort von allen, die er in jenen Wochen seinen Briefen anvertraut hat. Ihn selbst ereilte der Tod auf dem Schlachtfeld in glücklicher seelischer Verfassung und im Einklang mit sich selbst. Welche unsagbare *historische* Tragik aber über seinem Ende liegt, hat Theodor Heuss dem deutschen Volk zu bedenken gegeben⁸⁴:

„Besäßen die Deutschen eine größere Begabung für den Sinn echter Tragik als ihnen eigen ist, dann hätte auch der rasche Soldatentod des ungedienten kriegsfreiwilligen jüdischen Rechtsanwalts und Abgeordneten als symbolkräftiges Opfer jene Geschichtsmächtigkeit gewinnen können, gewinnen müssen, die von dem lebendig wirkenden Mann erwartet wurde. Die schmachvolle Gesinnung, die nach 1933 die geltenden Werte des Anstandes zertrat, hat den Gedenkstein, der dem Manne galt, weggeschafft . . .“

Die selbstverständliche Ehrung ihres liebenswerten und bedeutenden Sohnes hat die Stadt Mannheim in ihrer Gedenkfeier an seinem 50. Todestag vorgenommen. Das Ludwig-Frank-Denkmal erhebt sich wieder an seiner alten Stelle in der Stadt, in der sein Wirken seinen Ausgangspunkt nahm.

Eduard Bernstein

Eduard Bernstein* ist das geistige Haupt des Revisionismus, der um die Jahrhundertwende mit dem orthodoxen Marxismus in Konflikt geriet. Er hat den Revisionismus nicht „geschaffen“, sondern eine sich allmählich wandelnde

* *Eduard Bernstein*, geb. 1850 in Berlin. Schulbesuch bis Untersekunda. Lehrling, dann bis 1878 Angestellter im Bankfach. 1872 Mitglied der Partei. 1877 konfessionslos. Übersiedelte 1878 aus Deutschland in die Schweiz, lebte von 1880 bis 1888 in Zürich, 1888 bis 1901 in London, seit 1901 wieder in Berlin. 1881 bis 1890 Redakteur des „*Sozialdemokrat*“, dann freier Schriftsteller in London, englischer Korrespondent

⁸² Zitat bei *Frank*, aaO, S. 355 (Brief vom 12. 8. 1914 an Ignaz Schlomer); S. 356 (Brief vom 20. 8. 1914 an Friedrich Stampfer).

⁸³ *Frank*, aaO, S. 359 (Brief vom 31. 8. 1914 an Leonie Meyerhof-Hildeck).

⁸⁴ *Heuss*, aaO, S. 41. – Das Wort „ungedient“ bei Heuss trifft nicht zu.

politische Praxis der deutschen Sozialdemokratie theoretisch unterbaut. Auch das Wort „Revisionismus“ stammt nicht von ihm, sondern von Bruno Schön-lank, dem damals bedeutendsten Journalisten der Partei. Bernstein hat sich mit dem Terminus nie recht befreunden können und jedenfalls das Monopol des Revisionismus nicht in Anspruch genommen:

„Revisionismus ist jede neue Wahrheit, jede neue Erkenntnis, und da die Entwicklung keinen Stillstand kennt, da mit den Bedingungen des Kampfes auch seine Formen dem Gesetz der Veränderung unterworfen sind, wird es auch immer in Praxis wie Theorie Revisionismus geben.“

Die Richtigkeit dieser Feststellung hat die nachfolgende Zeit bewiesen. Das Wort „Revisionismus“ hat in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts seinen Platz behauptet. Bernstein selbst hat sein Auftreten richtig mit dem Satz charakterisiert, daß zum ersten Mal von einem der marxistischen Schule angehörigen Sozialisten an einer Reihe von Sätzen des Marxismus selbst Kritik geübt wurde⁸⁵. Daher ist das Wort „Revisionismus“ und der Name des ersten großen Häretikers im Marxismus in den ideologischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen zwischen den rivalisierenden kommunistischen Staaten zur Definition von Abweichungen von der Doktrin, wie jeder von ihnen sie auslegte, am Leben erhalten worden. Mit Bernsteins Gedanken hat das zur Verfemung kommunistischer Ketzler benutzte Wort in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts nichts mehr zu tun.

Bernstein hat seine Ideen einige Jahre vor der Jahrhundertwende in Artikeln in der „*Neuen Zeit*“, sodann in Buchform unter dem Titel „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ zusammengefaßt. Kautsky nannte die Schrift das erste sensationelle Buch in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie⁸⁶. Es wühlte die gesamte Internationale auf. Abgesehen von den Schriften von Marx und Engels hat kein anderes Werk eines Sozialisten eine so große internationale Verbreitung erfahren und keines wurde in so viele Sprachen übersetzt. Bernstein war sich bewußt, daß er sich von Marx' und Engels' Doktrin weitgehend entfernte, betrachtete sich aber bis an sein Lebensende als Marxisten, da er als leitenden

des „*Vorwärts*“ und Mitarbeiter der „*Neuen Zeit*“, von 1901 bis 1914 der „*Sozialistischen Monatshefte*“, 1915 bis 1918 wieder der „*Neuen Zeit*“. 1902 bis 1906 und 1912 bis 1918 Mitglied des Reichstags, seit 1917 Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Ende 1918 wieder zur Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt. 1910 bis 1918 Stadtverordneter in Berlin-Schöneberg. November 1918 Beigeordneter im Reichsschatzamt. In der Weimarer Republik 1920 bis 1928 Mitglied des Reichstags. 1919 bis 1921 unbesoldeter Stadtrat in Berlin-Schöneberg. Zahlreiche sozialwissenschaftliche und historische Werke; Herausgeber von Werken und Briefen aus dem Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle; Lebenserinnerungen. Gest. 1932 in Berlin.

⁸⁵ Bernstein, Die Voraussetzungen, S. 259; das vorhergehende Zitat, ebenda S. 28.

⁸⁶ Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, S. 1.

Gedanken des Marxismus die Verwerfung aller Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen und die Erkenntnis von der Solidarität aller Völker anerkannte. Um in der Partei, wie sie sich unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes entwickelt hatte, seine Ideen zu vertreten, bedurfte es des Mutes, selbständigen Denkens und des Interesses für Theorie. Bernstein hat diese Eigenschaften, wenn auch nicht die Gaben eines tiefschürfenden, ein eigenes Lehrgebäude errichtenden Forschers, besessen.

Ursprünglich schien Eduard Bernstein keineswegs zum Theoretiker bestimmt. Nach neunjährigem Schulbesuch erlernte er das Bankfach und arbeitete dann als Bankangestellter. Als er 1872 der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Eisenachern beitrug, waren seine theoretischen Kenntnisse des Sozialismus dürftig. In die Partei trieb ihn der Protest gegen Zeitereignisse: der Abscheu vor der Unmoral der Gründungsgeschäfte und der Widerwille gegen die pharisäische Verdammung des französischen Volkes während des Krieges von 1870. Den letzten Anstoß gab die Empörung über die Verurteilung der sozialistischen Führer wegen Hochverrats. Bernstein stürzte sich in die politische Arbeit, wurde schnell bekannt und als Delegierter zum Gothaer Kongreß entsandt, auf dem sich die Einigung der Eisenacher und Lassalleaner vollzog⁸⁷.

Die Jahre von 1878 bis 1880 entschieden über Bernsteins politische Zukunft. Er folgte dem Rufe seines Freundes, des finanziell unabhängigen sozialistischen Ethikers Karl Höchberg, nach der Schweiz, um ihm als Berater bei seiner politisch-literarischen Produktion zur Seite zu stehen. Von seiner Verehrung für Eugen Dühring heilte ihn der Anti-Dühring, das Buch von Friedrich Engels gegen das philosophisch-sozialistische System des Berliner Privatdozenten. Engels' Werk wurde die „weltanschauliche Grundschrift des dialektischen Materialismus“⁸⁸. Bernstein wurde dadurch zum Marxismus bekehrt. Von Anfang an arbeitete er an der mit Höchbergs finanzieller Hilfe in Zürich gegründeten Emigrantenzeitung „Sozialdemokrat“ mit. Sie war das einzige marxistische Organ der deutschen Partei unter dem Sozialistengesetz und wurde allwöchentlich in Tausenden von Exemplaren nach Deutschland geschmuggelt. 1881 übernahm Bernstein in Zürich, und nach seiner Ausweisung aus der Schweiz in London, die redaktionelle Leitung der Wochenzeitung. Er behielt sie, bis nach dem Fall des Gesetzes eine sozialistische Presse in Deutschland selbst wieder geschaffen werden konnte. Das Mißtrauen der beiden Alten in London gegen den Mitarbeiter Höchbergs überwand Bebel, indem er ihnen 1880 Bernstein zuführte. Marx und Engels waren angenehm überrascht, in ihm statt des vermuteten anmaßenden Literaten einen Mann zu

⁸⁷ Über Bernsteins Leben, s. seine eigene Darstellung: *Eduard Bernstein*, Entwicklungsgang . . ., S. 1 ff.; *Bernstein*, Von 1850 bis 1872; *Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils; *Gay*, Das Dilemma . . .

⁸⁸ *Gerhard A. Ritter*, Die Arbeiterbewegung, S. 96.

entdecken, „der mit Leib und Seele in der praktischen Bewegung steckte“⁸⁹. Bernstein schrieb das meiste im „Sozialdemokrat“ selbst und führte die Redaktion marxistisch konsequent, in der Form scharf. Der Ton des Blattes entsprach den Empfindungen der Arbeiter in der Zeit der Verfolgungen; auch schreibt im Exil niemand „suaviter in modo“. Bernstein hatte ein eminentes journalistisches Verdienst daran, daß die Partei einheitlich, ohne geistige Verwirrung die Jahre der schwersten Prüfung, ihre Heroenzeit, durchlebte.

Erst nach dem Ende seiner redaktionellen Tätigkeit gewann Bernstein Zeit für das Studium der Theorie. Der Autodidakt wurde einer der vielseitigsten und fruchtbarsten sozialistischen Autoren. Er veranstaltete eine Gesamtausgabe der Reden und Schriften Lassalles und widmete ihm eine Biographie. Zusammen mit Bebel publizierte er den Briefwechsel zwischen Marx und Engels. Zahlreiche Arbeiten behandeln die Theorie und Ziele des Sozialismus im Anschluß an die „Voraussetzungen“. In der „Gesellschaft“, einer von Martin Buber herausgegebenen Sammlung sozialpsychologischer Monographien, veröffentlichte er eine Abhandlung über den Streik und einen Doppelband über die Arbeiterbewegung. Bernsteins historisches Interesse kommt in seinem Werk über Sozialismus und Demokratie in der englischen Revolution zum Ausdruck, ebenso in der dreibändigen Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung und nach dem Kriege in der Geschichte der Revolution von 1918. Während des Krieges erschienen Publikationen über sozialdemokratische Völkerpolitik und über Völkerrecht, Zusammenfassungen von Aufsätzen und Vorträgen, die damals entstanden sind, ferner eine Schrift über die Aufgaben der Juden im Weltkrieg⁹⁰. Bernstein schrieb Geschichte ohne den großen Schwung Mehrings und ohne die Peitschenschläge der nie endenden Polemik des Historikers der Partei. Ihn zeichnen Akribie, vorsichtiges Urteil und liebevolle Detailbearbeitung aus, die besonders dem Werk über die Berliner Arbeiterbewegung seinen Reiz verleiht. Um so mehr wirken die Stellen, in denen er den böswilligen Gegner bloßstellt und menschliche und politische Niedrigkeit gnadenlos geißelt.

Mit zunehmendem Alter, als die Schaffenskraft nachließ, trat der Wunsch hervor, die persönlichen Erlebnisse festzuhalten. Ludwig Frank mahnte als erster den Alten aus der Heroenzeit, die in ihm aufgestauten Erinnerungen zu Papier zu bringen. Bernstein gab eine Selbstdarstellung seines Lebens und beschrieb in Sonderdarstellungen mit liebenswürdigem Erzählertalent die Kindheit und die Jugendjahre, sowie die Zeit des Exils. Das Elternhaus, Schule und Lehre, das Theater des alten Berlin, die eigenen dichterischen Versuche, fremde Völker, der Zauber der Schweizer Landschaft erscheinen in einer idyllisch geschilderten, friedlichen Welt, die er in epischer Breite ausmalt.

⁸⁹ *Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils, S. 170.

⁹⁰ Eine Bibliographie der Bücher und Broschüren Bernsteins, der von ihm herausgegebenen Zeitschriften und Zeitungen und einiger seiner Zeitschriften- und Zeitungsartikel bei *Gay*, S. 374 ff.

„Das Leben“, so sagt er in der Einführung zu seinen Jugenderinnerungen, „verläuft in 99 von hundert Fällen nicht dramatisch, sondern episch; es wäre, wenn dies sich wesentlich anders verhielte, wahrscheinlich gar nicht zu ertragen“⁹¹. Bernstein war 64 Jahre alt, als 1914 der Krieg ausbrach; das erklärt diese im Rückblick kühn erscheinende Behauptung. Aber obwohl sein eigenes Leben an dramatischen Vorkommnissen nicht arm war, hat er auch diese episch erlebt. Seine Reaktionen zeigen ihn als einen edlen, der Wahrheit dienenden Menschen, der auch im Irrtum anregend ist, einen idealistischen Philosophen, der Gewalt im Volks- und Völkerleben, Vorurteile und Klassenprivilegien verabscheut und temperamentvoll gegen sie polemisiert.

Bernstein besaß neben seinem unbezähmbaren schriftlichen Mitteilungsbedürfnis ein bedeutendes didaktisches Talent, das ihn zum erfolgreichen Wirken auf jedem Lehrstuhl der Nationalökonomie oder Geschichte befähigt haben würde. Die Anlage zum Lehrer und Wissenschaftler erklärt der väterliche Stammbaum. Er weist eine stattliche Reihe von Gelehrten und Rabbinern auf, die im polnischen Judentum wirkten. Auch der Großvater, der in Danzig einen Handel und zugleich ein Buchverleihgeschäft betrieb, war „ein Stück Gelehrter“. Störte ein Kunde ihn bei der Lektüre, so hieß er ihn unwillig anderweitig einkaufen. Bernsteins hochgebildeter Onkel Aron Bernstein (1812–1884), der Mentor der Familie, ging durch die Rabbinatsschule. Er förderte die religiöse Reformbewegung im Judentum und wurde ein gefeierter deutscher Schriftsteller. In der Revolutionszeit gab er die „*Urwählerzeitung*“, später die „*Berliner Volkszeitung*“ als Organ des linken Flügels des Bürgertums heraus. Der Vater verbrachte jede freie Minute mit dem Lesen guter Bücher. Er hatte die Klempnerei erlernt, bewies aber als selbständiger Klempnermeister völligen Mangel an geschäftlichem Sinn. Vor der ständigen Ebbe in seiner Kasse flüchtete er sich in die Anstellung als Lokomotivführer bei einer Privatbahn. Damit war ihm ein zwar kleines, aber regelmäßiges Einkommen sicher. Von seinen fünfzehn Kindern blieben zehn am Leben: „es war der einzige Reichtum, zu dem mein Vater es gebracht hat“⁹². Eduard selbst vermochte mit seinen Mitteln nicht hauszuhalten, bis seine Frau ihm diesen Teil seiner Aufgaben abnahm.

In der Unterhaltung machten sein gütiges Wesen, seine vielfachen Interessen und seine Erzählungs- und Plauderkunst Bernstein überaus anziehend. Auch in Versammlungen manifestierte sich seine schlichte, menschliche Art. Wo immer er sprach, umringten ihn strebsame Arbeiter und junge Intellektuelle, die an seinen Lippen hingen. Im Alter von 77 Jahren hielt er im Breslauer Gewerkschaftshause vor einer dicht gedrängten Hörerschaft seine letzte politische Rede mit Worten des Abschieds an den Ortsverein, der ihn zum ersten Mal in das Parlament gesandt hatte. Die Versammlungsteilnehmer brachten, tief ergriffen, ihrem alten Vorkämpfer die letzte Ovation dar.

⁹¹ Bernstein, Von 1850 bis 1872, S. IX.

⁹² Bernstein, Von 1850 bis 1872, S. 7.

Bernstein ging von der Auffassung aus,

„daß das geschichtliche Recht und das Ziel des großen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse an keiner fertigen Formel hängen, sondern von den geschichtlichen Daseinsbedingungen und den sich aus ihnen ergebenden wirtschaftlichen, politischen und ethischen Bedürfnissen dieser Klasse bestimmt sind, daß die Arbeiterklasse Ideale, aber keine Doktrinen zu verwirklichen hat“⁹³.

Die Daseinsbedingungen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse schienen Bernstein nicht durch einen „bevorstehenden Weltkrach von unerhörter Vehemenz“ bestimmt, wie es Engels noch kurz zuvor vorausgesagt hatte, nicht durch ständig sich verschärfende und immer häufiger werdende Krisen, sondern durch eine günstige Wirtschaftslage von längerer Dauer. Er bestritt, daß die Konzentration des Kapitals in der Weise und in dem Tempo vor sich ginge, wie Marx vermutet hatte, daß das Proletariat zunehmend verelende, die Klassengegensätze sich verschärften und die Mittelschichten allmählich verschwänden. Er hielt den Kapitalismus vielmehr für elastischer und länger während, als es Marx und Engels angenommen hatten. Die Taktik der Partei durfte also ihre Taktik nicht von der Aussicht auf eine große soziale Katastrophe abhängig machen, sondern mußte bemüht sein, die politischen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter zu erweitern und sie geistig reifer zur Herbeiführung der Demokratie und des Sozialismus zu machen.

Bernstein gab damit die dialektische Konzeption des Marxschen Welt- und Geschichtsbildes auf. Er verwarf den historischen Determinismus. Der Sozialismus war ihm nicht eine zwangsläufig aus dem Gang der Geschichte, dem Zusammenbruch des Kapitalismus hervorgehende Gesellschaftsform, sondern ein Ziel, zu dessen Erreichung es ethischer Antriebe und einer zielbewußten Tagespolitik bedurfte. Er wollte durch Bekämpfung der Reste utopistischer Denkweise in der Theorie des Sozialismus das realistische und idealistische Element in der sozialistischen Bewegung stärken und ihre Anhänger dadurch vor verhängnisvollen Fehlgriffen in der Praxis bewahren⁹⁴. Zur erfolgreichen Fortführung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung mußten die ökonomischen Faktoren als wichtige geschichtsbildende Mächte anerkannt, aber Rechts- und Moralbegriffe, geschichtliche und religiöse Traditionen nicht übersehen werden. Bei seinem Angriff auf die theoretischen Lehrsätze des Erfurter Programms der Partei war sich Bernstein klar darüber, daß „der theoretische Revisionismus ... in der Praxis mit Notwendigkeit zum Reformismus führt“. Daher mahnte er die Partei, den Mut zu haben, sich von einer überlebten revolutionären Phrasologie zu lösen „und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei“. Diese Formel ebenso wie den oft mißverstandenen Satz, daß ihm das Ziel nichts, die Bewegung alles

⁹³ Bernstein, Die Voraussetzungen, S. 27.

⁹⁴ Bernstein, Entwicklungsgang... S. 31 f.

bedeute, hat er später in dieser Schroffheit bedauert. „Im geistigen Kampf habe ich mich hinreißen lassen, meiner Partei mehr zuzumuten, als sie unvermittelt leisten konnte.“ Bernstein hatte die „seelische Bedeutung eines religiös empfundenen Glaubensbekenntnisses“ der sozialistischen Arbeiterschaft verkannt⁹⁵.

In die Debatten über seine Thesen konnte Bernstein zunächst nur vom Exil aus, später aber auf den Parteitag selbst eingreifen. 1898 legte er ein starkes Bekenntnis ab: seine Gesichtspunkte und Folgerungen sind aus der Prüfung der sozialen Verhältnisse gewonnen und können selbst durch das Votum der höchst stehenden Versammlung nicht erschüttert werden. Danach wich er zuweilen elastisch aus, um seine Stellung in der Partei zu behaupten. Der Briefwechsel der damaligen Zeit und die schriftlich und mündlich geführten Debatten zeugen von der Erbitterung Bebels und vor allem Kautskys gegen Bernstein; dabei waren Kautsky und Bernstein unzertrennliche Freunde gewesen. Bebel und Kautsky warfen ihm Wankelmüt, übermäßige Beeinflussbarkeit und Unverständnis für die deutsche Situation vor und wollten ihn nicht mehr als deutschen Sozialisten gelten lassen. Als Vermittler diente Victor Adler, der klügste mitteleuropäische Sozialist jener Zeit. Er teilte die meisten von Bernsteins Ansichten nicht, betrachtete sie aber als fruchtbare Anregungen für die Selbstprüfung der Partei; sie müsse auch für derartige Anschauungen Raum bieten. In Hannover wurden 1899, in Dresden, wo die Debatten unter Bebels Führung mit einer Leidenschaft sondergleichen geführt wurden, 1903 die Auffassungen Bernsteins auf das entschiedenste verurteilt⁹⁶. Danach milderten sich die Gegensätze, bis die Herausbildung des revolutionären Flügels schließlich zu einer Annäherung des Parteizentrums und der Reformisten führte. Von Praktikern, die die Bedeutung der hergebrachten Doktrin gering schätzten, von Politikern aus dem süddeutschen Lager und von Gewerkschaftsführern kam der Beistand, der Bernstein allmählich aus der Isolierung von Dresden befreite. Die offizielle Doktrin hat sich zwar nicht geändert. In die sozialistisch gläubige Arbeiterschaft drangen Bernsteins Kritiken nicht tief ein. Aber die Reformisten empfanden Befriedigung infolge der Auflockerung einer ihrem Wirken nicht entsprechenden Lehre und der Widerlegung einiger ihrer Fundamentalsätze und fühlten sich von dem Stigma befreit, den Tageskampf ohne prinzipielle Fundamente zu führen.

Bernstein hat in den ersten Jahren, in denen er zum Angriff auf die marxistische Doktrin vorging, durch die Auseinandersetzung mit seinen alten

⁹⁵ *Bernstein*, Die Voraussetzungen, S. 230 und das Schlußkapitel „Endziel und Bewegung“, S. 233 ff.; *Bernstein*, Entwicklungsgang, S. 33; 37.

⁹⁶ Wortlaut der Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag 1898 bei *Bernstein*, Die Voraussetzungen, S. 5 ff.; Wortlaut der Resolution des Dresdener Parteitags 1903 bei *Bernstein*, Von der Sekte zur Partei, S. 53; *Victor Adler*, Briefwechsel, S. 242–313 (enthält auch Briefe von und an Eduard Bernstein); s. auch *Kautsky*, Erinnerungen, S. 434.

Freunden schwer gelitten. Er dachte mehrere Male daran, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen, entschied sich aber für die Weiterführung des Kampfes. Als Plattform dienten ihm die „*Sozialistischen Monatshefte*“, in denen er bis zum Ausbruch des Krieges nicht weniger als 174 Aufsätze publiziert hat. Viele von ihnen sind für das Verständnis der Entwicklung der sozialistischen Theorie unentbehrlich⁹⁷.

Zwar hat Bernstein sich seine Kritik der marxistischen Theorie und seine Vorstellungen von der reformistischen Praxis durch Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge erarbeitet, aber seine Emigration hat unleugbar zur Wandlung seines Welt- und Geschichtsbildes erheblich beigetragen. Er wurde ein Bewunderer des politischen Verhaltens der Engländer und ihrer Einrichtungen, ebenso wie es fünfzig Jahre zuvor Eduard Lasker geworden war. Er hatte Freunde in der Gesellschaft der Fabier, die von dem Gedanken des schrittweisen Fortschritts beherrscht waren. Die Stärke und der Einfluß der englischen Gewerkschaftsbewegung machten auf ihn großen Eindruck. Bernstein wehrte sich energisch gegen den Vorwurf der „englischen Krankheit“⁹⁸, also gegen den Verdacht, daß er auf Grund englischer Verhältnisse die deutsche Situation irrig beurteile. Aber er hatte der zehnjährigen Beobachtung des englischen Lebens und der englischen Wirtschaftspolitik mehr Inspirationen zu verdanken, als er sich und anderen eingestand. Sein angeborener politischer Optimismus wurde gestärkt. Ein evolutionärer Wandel in Staat und Gesellschaft erschien ihm auf Grund des britischen Beispiels möglich. Ein gewisser Pragmatismus entfaltete sich in der englischen Atmosphäre.

Bernsteins Leben währte fast 83 Jahre. Er erlebte die für die Geschichte Deutschlands entscheidende Zeit von 1864 an mit wachem politischem Bewußtsein. Als im Dezember 1932 sein Leben erlosch, lag die Weimarer Republik im Sterben. Sechs Wochen später war Hitler an der Macht. Bernstein war 60 Jahre Sozialdemokrat und verlebte 23 Jahre in der Emigration. Erst 1901 konnte er nach Deutschland zurückkehren. Freunde Bernsteins hatten Paul Nathan, einen unabhängigen, einflußreichen Philantropen und Förderer vieler allgemeiner und jüdischer Angelegenheiten, um seine Intervention gebeten. Nathan drängte den Grafen Bülow, die Anklage gegen Bernstein wegen seiner Tätigkeit unter dem Sozialistengesetz fallenzulassen. Der Kanzler liebte es, besonders gegenüber Menschen von geistigem Range, sich als weitherzigen Staatsmann zu geben. In der Erwartung, daß Bernsteins Aktivität in Deutschland der Regierung nützlich sein, vielleicht sogar zur Sprengung der sozialdemokratischen Partei führen würde, täuschte er sich

⁹⁷ *Kampffmeyer*, S. 1 ff.; s. auch Valtin Hartigs Würdigung ebenda, S. 56. In der betreffenden Nummer der „*Sozialistischen Monatshefte*“ wurde auch der Artikel Bernsteins „Zu meiner Programmschrift“ veröffentlicht (ebenda, S. 11 ff.).

⁹⁸ *Victor Adler*, aaO, S. 602.

freilich. Bernstein war in seinem Denken und Fühlen mit der Partei innig verwachsen und hatte nicht Verbannung, eine kümmerliche Existenz und eine gewaltige Arbeitslast auf sich genommen, um die Parteieinheit mutwillig in Frage zu stellen.

Bald nach seiner Rückkehr nominierte der Wahlkreis Breslau-West Bernstein 1902 bei einer Nachwahl als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Schönlink für den Reichstag. Bernstein war den Breslauern durch einen Vortrag über die Partei unter dem Sozialistengesetz bekannt geworden. Die Mehrheit, die er gegen einen in Breslau populären, radikal gesinnten Funktionär in der Mitgliederversammlung erlangte, erregte Aufsehen. Er erfocht diesen Sieg auf der Höhe des Revisionismus-Streits. Bernstein verdankte seinen Erfolg in erster Linie dem jungen Vorsitzenden des Breslauer Ortsvereins, Paul Löbe, dem späteren Reichspräsidenten der Weimarer Republik und Alterspräsidenten des ersten Bundestags der Bundesrepublik Deutschland, einem Manne von common sense, undogmatisch, allem Fanatismus abgeneigt und überzeugt, daß die marxistischen Theorien wissenschaftlich aufgelockert werden müßten. Er hat Bernstein auch in den Stürmen des Dresdener Parteitag die Treue gehalten, damals gegen die Meinung der Mehrheit der Breslauer Mitgliedschaft; er war einer von den elf Delegierten, die in der Abstimmung über die anti-revisionistische Resolution zusammen mit ihm der überwältigenden Mehrheit des Parteitag die Stirn boten⁹⁹.

Bernstein siegte bei der Wahl mit absoluter Mehrheit und hat sich in Breslau so durchgesetzt, daß seine späteren Kandidaturen niemals mehr angefochten worden sind.

Im Parlament gelangte Bernstein nicht in die vorderste Reihe. Als Agitator hatte er sich bewährt, wenn er auch selbst wußte, daß ihm das Zeug zum richtigen Volksredner fehlte. Als Mann des Schreibtisches und der Feder hatte er weithin Anerkennung gefunden. Aber für die parlamentarische Aktion fehlte es dem bedächtigen und selbstkritischen Mann an Tatwillen, praktischem Sinn und diplomatischer Geschmeidigkeit. Diese Mängel hinderten ihn auch, sich zu einer Führerstellung in der Partei aufzuschwingen.

Bernstein wählte für seine parlamentarische Arbeit Gebiete, auf denen er „parteiorthodox“ war, nämlich Handels- und Steuerpolitik, und griff auch in außenpolitische Debatten ein. Er nahm an dem Kampf gegen den Zolltarif im Jahre 1902 teil und entwickelte sich zum Spezialisten der Handelsvertragspolitik. Dabei legte er Wert darauf, die Übereinstimmung der Handelspolitik seiner Partei mit der Stellungnahme wichtiger deutscher Handelskammern zu betonen. 1903 begründete er mit Wärme die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Verlängerung der Handelsverträge mit dem Britischen Reich. Innerpolitisch wandte sich Bernstein mit Entrüstung gegen die Schärfe, mit der die Justiz Verstöße der Arbeiter bei der Ausübung des Streikrechts

⁹⁹ Löbe, *Erinnerungen*, S. 34 f.

ahndete. Bei ihrer Kritik geriet er wiederholt in Konflikte mit dem Reichstagspräsidenten¹⁰⁰.

Nach der Wahlniederlage von 1907, die ihn fünf Jahre vom Parlament fernhielt, kehrte Bernstein 1912 in den Reichstag zurück. Jetzt trat er außenpolitisch stärker hervor. Auch ihm schwebte ein Zusammenwirken der großen europäischen Kulturnationen zur Schaffung eines freiheitlichen Europas vor, wie es die Sozialdemokratie ersehnte. Die hauptsächliche Gefährdung des Friedens und der Freiheit schien ihm vom zaristischen Rußland auszugehen, aber auch die Politik der österreichischen Regierung betrachtete er als friedensbedrohend. Deutschland sollte sich daher nicht in ihr Schlepptau nehmen lassen. Während der Balkankriege begrüßte Bernstein das gemeinsame Interesse Deutschlands und Großbritanniens an der Lokalisierung der Konflikte auf dem Balkan als Zeichen einer zeitweiligen Entspannung. Den Bukarester Frieden von 1913 verurteilte er in heftiger Polemik gegen Rumänien und Serbien. Dabei bezog er in seine Ausführungen auch Minderheitsprobleme ein, die damals in den Parlamenten sonst kaum besprochen wurden. Er behandelte sie von hoher Warte unter humanitären Gesichtspunkten. Die Verfolgungen der Armenier durch die Türken, den Ausrottungskrieg Rumäniens und Serbiens gegen die bulgarische Bevölkerung und die Entrechtung der Juden in Rumänien brandmarkte er auf Grund des Berliner Vertrages von 1878 als völkerrechtswidrig. Er beklagte es, daß die deutsche Regierung, zum Unterschiede von den Regierungen anderer Großmächte, diese Vorgänge ignorierte. Enttäuscht vermerkte er auch das Schweigen der deutschen Liberalen, der einstigen Bannerträger der Rechts- und Freiheitsideen, und warf ihnen vor, nichts anderes als Realpolitik und Staatsräson anzubeten¹⁰¹.

Die Gedanken Bernsteins kreisten vor allem um das deutsch-englische Verhältnis. Er verfolgte die Vorgänge in Großbritannien genau und beurteilte sie aus seiner Kenntnis des Landes und Volkes richtig, wenn er auch die diplomatische Entwicklung wegen der ungenügenden Informationsmöglichkeiten des Parlamentariers jener Zeit nicht voll übersah. Immerhin verfügte er über reicheres Material als die meisten anderen Abgeordneten. Er konnte daher eindrucksvoll darauf hinweisen, daß die Inaugurierung der deutschen Weltpolitik durch Wilhelm II. und der forcierte Flottenbau, dazu drohende Reden des Kaisers und die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung gegen England einer deutsch-englischen Verständigung im Wege standen. Während es Frank bei seinen Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen zur Tat drängte, versuchte der mehr reflektierende Bernstein, pädagogisch aufklärend zu wirken. Freiheitliche Innenpolitik – Autonomie Elsaß-Lothringens im Rahmen des Reichs – würde außenpolitische Entspan-

¹⁰⁰ *Löbe*, Eduard Bernstein als Breslauer Abgeordneter, S. 8 ff.; *Bernstein*, Entwicklungsgang, S. 40.

¹⁰¹ Reichstag, St. B. 14. 4. 1913, S. 4733 ff.; 15. 5. 1914, S. 8882 ff.; *Bernstein*, Entwicklungsgang, S. 40.

nung nach sich ziehen. Jaurès bestärkte ihn in dieser Überzeugung. Bezüglich Englands hielt Bernstein in einer Schrift über die englische Gefahr und das deutsche Volk den Nationalisten den Spiegel vor. Er sah keine Gegensätze schwerwiegender Art zwischen Deutschland und England. Eine Verständigung war an den Fehlern der deutschen Regierung gescheitert, der Anstoß zur sogenannten Einkreisung mußte in Deutschland selbst gesucht werden. In diesem Sinne sind auch Bernsteins Reichstagsreden zu dem deutsch-englischen Problem gehalten¹⁰².

In Bernsteins parlamentarischen Reden lassen sich also Abweichungen von der außenpolitischen Haltung der Gesamtpartei nicht erkennen. Theoretisch aber war Bernstein in diesen Fragen keineswegs „parteiorthodox“.

Bernstein lehnte den Imperialismus und eine koloniale Expansion nicht grundsätzlich ab. Wie erwähnt, erwartete er eine nur durch kürzere Krisen unterbrochene Zeit geschäftlichen Aufschwungs. Diese Tendenz, von der er bei seinen Konzeptionen ausging, konnte durch die Ausweitung des Weltmarkts gestärkt werden. Mit dieser Überlegung vermischte sich in seinen Vorstellungen der Gedanke einer zivilisatorischen Mission Europas. Der Imperialismus des in seinen Augen höchstentwickelten Volkes, der Engländer, förderte Freiheit und Wohlstand in der Welt. Auch die Beteiligung Deutschlands an der kolonialen Expansion verwarf er nicht prinzipiell. In jedem Falle aber sollten die Interessen der eingeborenen Bevölkerung gewahrt und die Harmonie unter den europäischen Nationen erhalten bleiben. Sie durften sich ihren Kolonialbesitz nicht streitig machen und sollten auf ihre gegenseitigen Interessen Rücksicht nehmen. Nur so war es möglich, auch jenen Krisen vorzubeugen, die nicht unmittelbar ökonomischen Faktoren entspringen, sondern Folgen kriegerischer Zusammenstöße sind. Der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie er sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts herausbildete, war Bernstein fremd: keine Rasse und keine Nation hat einen Anspruch auf einen bestimmten Teil der Erde. Sie gehört der Menschheit, und die vorgeschrittenen Völker sind zur Kolonisierung der rückständigen Gebiete berechtigt, um Freiheit, Wirtschaft und Wohlstand dort zu heben und das in ihren eigenen Ländern existierende Elend zu vermindern. Bernsteins Imperialismus war kosmopolitisch gefärbt und an der Vision einer „Weltrepublik solidarisch verbundener freier Völker“ orientiert¹⁰³. Die Welt, aus deren Schau er sein aus mannigfachen Elementen zusammengesetztes Gedankengebäude errichtete, begann nicht lange darauf zu versinken.

Sobald aber ein konkretes politisches Problem auftrat, erwiesen sich Bernsteins Ideen als schwach fundiert. Auch ihm erschienen der deutsche Imperialis-

¹⁰² Gay, S. 336 f.

¹⁰³ Bernstein, Die Voraussetzungen, S. 207 ff.; Bernstein, Der Sozialismus und die Kolonialfrage, S. 549 ff.; Bernstein, Völkerbund oder Staatenbund, S. 29. Gerhard A. Ritter, aaO, S. 194 f. – Aufschlußreich für die gegensätzlichen Auffassungen in der Kolonialfrage, Internationaler Sozialistenkongreß Stuttgart 1907, Protokoll S. 28–40, und Parteitag Essen 1907, Protokoll S. 269–292.

mus reaktionär, die außenpolitischen Methoden der Regierung gefährlich, die Aufrüstung, vor allem die Flottenpolitik, und die von provozierenden Demonstrationen begleitete koloniale Expansion friedensbedrohend. Die Sozialdemokratie mußte in ihrer Opposition dagegen verharren. Bernstein hatte sich daher damit zu bescheiden, für die Begründung dieser Opposition neue, von prinzipieller Intransigenz freie Formeln zu empfehlen. In der Praxis kritisierte also der umstrittene Revisionist die deutsche Politik ebenso heftig, wie es die Parteiorthodoxie tat. In der Verurteilung des imperialistischen Vorgehens Deutschlands in China stimmte er mit der Haltung der Partei überein. In der Debatte über den Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag ging er mit Haase. Bernstein rief aus, daß sich am Imperialismus die Parteien schieden, Haase verlangte Gegenwartsarbeit im Kampf gegen die imperialistische Politik: sie trafen sich auf der mittleren Linie. In der Fraktion schloß sich Bernstein 1913 der intransigenten Minderheit an, die die Finanzvorlage zur Deckung der Rüstungsausgaben in Bausch und Bogen ablehnen wollte, um die Partei nicht mit dem Odium der Rüstungsfinanzierung zu belasten; die Mehrheit setzte die Annahme der Vermögenssteuern durch die Fraktion durch, um die Belastung der Arbeiterschaft durch weitere indirekte Steuern zu verhüten. Hier bereitet sich bereits Bernsteins spätere, von der Parteimehrheit abweichende Haltung zu der Frage der Bewilligung der Kriegskredite vor¹⁰⁴.

Innenpolitisch hat sich Bernstein intensiv mit der preußischen Wahlrechtsfrage beschäftigt, ohne im Parlament auf diesem Gebiete hervorzutreten. Er hat sich als erster Sozialdemokrat 1893 gegen die Wahlenthaltung als die schwächste, impotente Form des Protestes gewandt und ist für die Beteiligung an den Preußenwahlen eingetreten. Als sich nach Jahren sein Vorschlag gegen eine immer noch starke Minderheit endlich durchgesetzt hatte, waren die Ergebnisse der Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht niederschmetternd. Bernstein erwog zeitweise den politischen Streik als Mittel des Wahlrechtskampfes, hielt aber das Risiko für zu groß, einen Erfolg mit Recht für unwahrscheinlich¹⁰⁵. Als Frank 1913 die Idee des Streiks für das Wahlrecht verfocht, verwarf Bernstein sie mit der großen Mehrheit des Jenaer Parteitages.

Bernstein stand in seinem Abscheu vor der rohen Gewalt im Völkerleben pazifistischen Gedankengängen nahe. Er bejahte jedoch grundsätzlich die Pflicht zur Landesverteidigung, wie es die ganze Sozialdemokratie mit Ausnahme einer kleinen Gruppe tat. Aber dies bedeutete nicht, daß die Partei im Kriegsfall jeder Regierung die Mittel zu bewilligen hatte, ohne Rücksicht auf

¹⁰⁴ *Bernstein*, Die Voraussetzungen, S. 207 f.; über die Chinapolitik *Ritter* aaO, S. 195; über Chemnitz, s. oben S. 429; Bernsteins Rede auf S. 419 des Protokolls des Chemnitzer Parteitags. Über den Wehrbeitrag und andere Vermögenssteuern, s. *Schorske*, S. 265.

¹⁰⁵ *Gay*, S. 291 ff.; *Ritter*, aaO, S. 174.

deren Verantwortung für den Krieg, auf ihre Maßnahmen während des Krieges und ihre Kriegsziele. Täte sie dies,

„so würde die Sozialdemokratie damit auf ihre große weltgeschichtliche Mission als Friedensträgerin verzichten und noch weit hinter den bürgerlichen Liberalismus zurücktreten, wie der sich zu diesen Fragen verhielt, als er noch nicht vom Baum des modernen Imperialismus gegessen hatte“¹⁰⁶.

Diese Gedanken hätten Bernstein im August 1914 auf die Seite Haases führen müssen. Um so verblüffender ist seine gegenteilige Haltung. Unorientiert und ohne Zusammenhang mit den Gesichtspunkten, die er in den Reden der vorhergehenden Jahre entwickelt hatte, war er von der alleinigen Verantwortung der russischen Regierung für die Zuspitzung der Lage überzeugt und hielt selbst die Ermordung von Jaurès für ein Werk russischer Agenten. Während Haases und Franks einander entgegengesetzte Erwägungen logisch und ihre Entscheidungen durch eine Gesamtschau bestimmt waren, hat Bernstein damals in politischer Blindheit gehandelt, wie er später selbst eingestanden hat. Blitzartig aber erfaßte er die Bedeutung des Eintritts Großbritanniens in den Krieg¹⁰⁷.

„Die Hiobspost schmetterte den Kenner und Verehrer Englands nieder, und wie einer der alten Propheten brach er in Worte aus, die den Niederbruch des eigenen Volkes voraussagten.“

Weniger als zwei Monate nach Kriegsausbruch fand Bernstein sich wieder. Er brach mit den „Sozialistischen Monatsheften“, nachdem der Herausgeber Joseph Bloch ihm zum ersten Male die Annahme eines kritischen Artikels verweigert hatte. Der willensstarke geistige Leiter der „Monatshefte“, ein Mann von ungewöhnlichem Format, hat wahrscheinlich niemals in seiner redaktionellen Tätigkeit eine schwerere Entscheidung getroffen. Aber er ließ die großen Richtlinien seiner Politik auch durch seinen angesehensten Mitarbeiter nicht durchkreuzen. Die deutsche Sache erschien ihm als gerecht, er sah es als seine größte Pflicht an, ihr zu helfen; Kritik daran wollte er von den „Monatsheften“ fernhalten. Bernstein kehrte jetzt zur „Neuen Zeit“ und zur Kampfgemeinschaft mit Kautsky zurück. Er hob hervor, daß er auch in dieser Zeit niemals die Verantwortung des Politikers gegenüber dem eigenen Volke verkannt habe¹⁰⁸. Aber je mehr er den deutschen Militarismus und die Kriegsziele der deutschen Regierung als schwerste Hindernisse auf dem Wege zum Frieden ansah, um so stärker wuchs in ihm die Überzeugung, daß „nur als Glied der Internationale und auf dem Boden der Internationale die Sozialdemokratie heute eine wahre und wirksame Friedenspolitik betreiben“ könne¹⁰⁹.

¹⁰⁶ Bernstein, Sozialdemokratische Völkerpolitik, S. 165.

¹⁰⁷ Gustav Mayer, Erinnerungen, S. 218.

¹⁰⁸ Bernstein, Sozialdemokratische Völkerpolitik, am Ende des Vorworts. Über die Auseinandersetzung mit Bloch, Gay, S. 345 ff.

¹⁰⁹ Bernstein, aaO, S. 156.

Er hat in der Rückschau seine eigene Haltung vom 4. August und die Haltung seiner Partei verurteilt. Er würde selbst einen Aufruf zum Massenstreik für richtig gehalten haben, auch wenn er sich über die Aussichtslosigkeit dieser Aktion im klaren war. In seiner Neigung zum Ausspinnen theoretischer Gedankengänge verloren sich nachträglich die festen Umrisse der Ereignisse und Überlegungen, unter deren zwingendem Einfluß die Gesamtfraktion, von Eduard David, dem nationalistischen Revisionisten, bis zu Karl Liebknecht, dem Revolutionär, 1914 gestanden und gehandelt hat¹¹⁰.

Bernstein hat seit 1915 mit den Gegnern der Kriegskredite gemeinsame Sache gemacht. Zusammen mit Haase und Kautsky entrollte er im „Gebot der Stunde“ die Fahne der Rebellion. Im Parteiausschuß und in der Fraktion befürwortete er mit Haase im gleichen Jahre in Anknüpfung an die einstige sozialistische Politik eine Volksabstimmung der Elsaß-Lothringer über ihre künftige Staatszugehörigkeit, um der Verständigung mit Frankreich den Weg zu bahnen. Sie blieben in hoffnungsloser Minderheit¹¹¹. 1916 folgte er Haase in die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Die Parteispaltung aber suchte Bernstein zu vermeiden. Nur mit großem Bedenken schloß er sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an. An seiner alten Partei stießen die nationalistischen Töne und der Mangel an aufrechter Opposition den Alten ab; er hatte nicht vergessen, daß der deutsch-französische Krieg ihn zu kritischem politischen Denken aufgerüttelt hatte. Aber auch in der radikalen Atmosphäre der Unabhängigen fühlte er, der „durchaus sozialistischer Reformist“ blieb, sich nicht zu Hause. Er war damals in der gesamten sozialistischen Linken ebenso sehr isoliert, wie beim Beginn des Streits um den Revisionismus. Ausschlaggebend war für ihn „die Rückwirkung der Abstimmungen und des ganzen Verhaltens der Sozialdemokratie im Kriege auf die gegenseitigen Beziehungen der Völker Europas nach dem Kriege“¹¹². Seinen während des Krieges in Buchform zusammengefaßten Artikeln gab er den Untertitel „Die Sozialdemokratie und die Frage Europa“. Weniger als zwei Monate nach dem Waffenstillstand nahm Bernstein die Mitgliedschaft in der alten Sozialdemokratie wieder auf, als erster der Unabhängigen, der mit dem Ruf „Auf Wiedersehen“ an die vorläufig Zurückbleibenden die Wiedervereinigung vollzog. Von 1920 bis 1928 saß er wieder im Reichstag der Republik.

Im Kriegsreichstag ist Bernstein wenig hervorgetreten. Er begründete einige Male die Verweigerung der Kreditbewilligung mit einer Schärfe, die den auf burgfriedliches Verhalten bedachten Präsidenten erregte, und verurteilte die offizielle Finanzpolitik und die Bereicherung der Besitzenden durch über-

¹¹⁰ *Gay*, S. 341; *Bernstein*, Entwicklungsgang, S. 45.

¹¹¹ *Bernstein*, Völkerbund oder Staatenbund, S. 18; *Bernstein*, Sozialdemokratische Völkerpolitik, S. 30 f.; *David*, S. 40 ff.

¹¹² *Bernstein*, Sozialdemokratische Völkerpolitik, Vorwort, S. 2.

mäßige Kriegsgewinne¹¹³. Gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk protestierte er ebenso entschieden wie Haase. Bei den Beratungen über die Verfassungsänderungen unter der Regierung des Prinzen Max von Baden plädierte er für einen künftigen Völkerbund. Er hat am meisten von allen Sozialisten Deutschlands über den Völkerbund und seine Struktur nachgedacht. Er setzte sich für einen wahrhaften Bund der Völker anstelle des von Wilson konzipierten Bundes der Staaten ein. Bernstein fand aber in den Ideen des amerikanischen Präsidenten genügend Fortschritte und Vorteile, um sie als einen Schritt vorwärts auf dem richtigen Wege zu befürworten¹¹⁴.

Kein jüdischer Abgeordneter hat so intensiv in Diskussionen über das jüdische Problem eingegriffen, wie Eduard Bernstein, und kein sozialistischer Abgeordneter hat sich mit der Judenfrage so lebhaft auseinandergesetzt. Im Verlauf einer bewegten Reichstagsdebatte über Antisemitismus hat er einmal erklärt, er sei zuerst Mensch, Deutscher, dann stamme er von Juden ab. Er hat auch bekannt, daß er sich in einer rein jüdischen Verbindung, gleichviel ob politischer, sozialer oder anderer Natur, als Fremder gefühlt haben würde¹¹⁵. Daran hat sich im Verlauf seines Lebens nichts geändert. Aber ebenso wie wechselnde Erfahrungen und Erlebnisse Bernsteins Haltung zu allgemeinen politischen Dingen beeinflusst haben, ist seine Stellungnahme zum Judentum nicht immer die gleiche geblieben. Das ist nicht erstaunlich. Als er politisch erwachte, durchzog ein freiheitlicher Hauch das deutsche Volk. In die zweite Hälfte seines Lebens fiel der Weltkrieg. Kurz nachdem er, 78 Jahre alt, sein Reichstagsmandat aufgegeben hatte, begann der stürmische Aufstieg des Nationalsozialismus und, als er starb, standen die Nationalsozialisten als stärkste Partei vor den Toren eines Deutschland, dessen humanistischer und demokratischer Gestaltung Bernstein sein Leben geweiht hatte.

Bernsteins Familie gehörte der Berliner Reformgemeinde an, die den Gottesdienst am Sonntag hielt und deren Mitglieder die Speisegesetze nicht beobachteten. Eduard nahm öfter aus Interesse am christlichen Religionsunterricht teil, und die Figuren des Neuen Testaments sagten ihm mehr als die des Alten Testaments. Dennoch zog er, solange er gläubig war, mit der ganzen Familie das dogmenfreie Reformjudentum dem Christentum vor. Die Mutter, tief religiös veranlagt, ohne sich glaubensmäßig gebunden zu fühlen, würde gern einen rituellen Haushalt geführt haben. Sie erklärte den Kindern, daß Jesus zwar nicht Gottes Sohn, aber einer der edelsten Menschen gewesen sei.

¹¹³ Reichstag, St. B. 31. 5. 1916, S. 1365 ff.; 27. 10. 1916, S. 1852 ff.; 29. 3. 1917, S. 2824 f.; 24. 4. 1918, S. 4781 ff.

¹¹⁴ Reichstag, St. B. 22. 3. 1918, S. 4537; 26. 10. 1918, S. 6293 ff.; *Bernstein*, Völkerbund oder Staatenbund, S. 27.

¹¹⁵ Reichstag, St. B. 19. 6. 1913, S. 5640; *Bernstein*, Wie ich als Jude in der Diaspora aufwuchs, S. 187; über Bernsteins Verhältnis zum Judentum, s. auch *Silberner*, S. 213–220.

Eduard hatte meist christlichen Verkehr und unter Antisemitismus wenig zu leiden. In seinem Werke über Lassalle spricht er über die Kränkungen, die jener in seiner Jugend erfuhr, und die in seiner selbstbewußten Natur einen trotzig Fanatismus des Widerstands erzeugten¹¹⁶. Er mag bei dieser Beschreibung den Unterschied zu seiner eigenen, von solchen Erfahrungen und Reaktionen freien Jugend im Auge gehabt haben.

Unbefangen kritisierte Bernstein auch Fehler der Juden. Als junger Mann fühlte er sich abgestoßen durch die Art, wie sie sich in der Gründungs- und Kulturkampfbära in den Vordergrund drängten. Später klagte er sich an, damals nicht an die große Masse der Juden gedacht zu haben, die ruhig und fleißig ihrer Arbeit nachgingen. Seine Sympathie für Dühring wurde durch dessen Judenfeindschaft nicht vermindert. Mit alledem hatte es jedoch nichts zu tun, daß Bernstein 1877 aus der jüdischen Gemeinschaft austrat. Religiös verband ihn nichts mehr mit ihr. Als die Berliner Partei eine Kirchenaustrittspropaganda lancierte, erschien es ihm unehrlich, anderen einen Schritt nahezulegen, den er selbst nicht unternahm.

So lange der Antisemitismus anklägerisch auftrat, berührte dies Bernstein nicht. Sein überstarkes Gerechtigkeitsgefühl bezeichnete Victor Adler einmal ärgerlich als „Objektivitätsmanie, die sich selber auffrißt“. Als die antisemitische Agitation aber ausartete, hat Bernstein, wie er sagte, nie vergessen, was er seiner jüdischen Herkunft schuldig war. Dies hat er in seinem Handeln bestätigt¹¹⁷. Er hat rednerisch und schriftstellerisch gegen den Antisemitismus Stellung genommen, jüdische Leistungen gepriesen und im Parlament für jüdische Interessen mutig gewirkt. Alles dies gliederte sich für ihn in den Kampf für die Demokratie und für die Gleichberechtigung aller ein. Die bereits erwähnte völkerrechtswidrige Verweigerung der Gleichberechtigung der rumänischen Juden verurteilt er in seiner ersten außenpolitischen Rede im Jahre 1903, und er kommt später wiederholt darauf zurück. Als er 1913 den Frieden zwischen den Balkanstaaten als Gewaltfrieden verwarf, wies er u. a. darauf hin, daß Gebietsteile mit starker jüdischer Bevölkerung, die unter bulgarischer Herrschaft eine gewisse Gleichberechtigung genoß, rumänischer Souveränität unterstellt wurden; dort erwartete die Juden Rechts- und Staatenlosigkeit. Bernstein kritisierte die Benachteiligung ausländischer Juden bei Einbürgerungen in Deutschland und sprach für den sozialdemokratischen Antrag, der Beförderungen im Heere auf der Grundlage persönlicher Eignung unter Ausschluß aller anderen Merkmale verlangte¹¹⁸. Zur Benachteiligung der Juden bei Beförderungen haben auch die Liberalen und das Zentrum

¹¹⁶ *Bernstein*, Ferdinand Lassalle, S. 28 f.; *Bernstein*, Entwicklungsgang, S. 3.

¹¹⁷ *Bernstein*, Entwicklungsgang, S. 9; *Victor Adler*, aaO, S. 297.

¹¹⁸ Reichstag, St. B. 20. 3. 1903, S. 8751 ff.; 14. 4. 1913, S. 4733 ff.; 15. 5. 1914, S. 8882 f. (Juden in Rumänien); 19. und 20. 6. 1913, S. 5637 ff. und passim (Juden im Heere). An den Debatten über Juden im Heere beteiligten sich auch der antisemitische Abgeordnete Werner-Gießen, der Zentrumsabgeordnete Erzberger und der fortschrittliche Abgeordnete Waldstein.

kritisch Stellung genommen. Bernstein aber war vor dem Weltkrieg der einzige Abgeordnete, der Ungerechtigkeiten und Bedrückungen auch nichtdeutscher Juden im Parlament zur Sprache brachte.

In der Erschütterung, die der Krieg in Bernstein hervorrief, bereiteten ihm die deutschen Juden eine schwere Enttäuschung. Es war die zweite Periode in seinem Leben, in der er kritisch zu ihrem Verhalten Stellung nahm. Einige jüdische Freunde hatten in seiner Ablehnung der Kriegskredite Mangel an Patriotismus erblickt. Das bestritt Bernstein entschieden, dann schlug er zurück und schrieb sich seinen Unwillen in der Schrift über die Aufgaben der Juden im Weltkrieg vom Herzen¹¹⁹. Er war zurückgestoßen durch das Verhalten von Chauvinisten jüdischer Herkunft. Ernst Lissauers Haßgesang gegen England empörte ihn. Überspannten deutschen Nationalismus jüdischer Studentenverbände und die Sprache einer liberalen Berliner Zeitung mit jüdischem Verleger und Chefredakteur, die den Engländern Verrat an der germanischen Rasse vorwarf, tadelte er mit Schärfe. Bernstein arbeitete diesen Verirrungen entgegen. Er suchte die Vereinbarkeit von Weltbürgertum, nationalem Empfinden und Stammesgefühl klarzumachen. Wieder beseelte ihn eine Missionsidee: den Juden als geborenen Pazifisten fällt auf Grund ihrer Geschichte die Aufgabe zu, als Mittler zwischen den Nationen zu wirken und für die Solidarität der Völker und die soziale Befreiungsbewegung zugleich Pionierarbeit zu leisten.

Bernsteins Schrift ist in der Zeit entstanden, in der die Judenzählung im Heere, die Gründung der antisemitischen Vaterlandspartei und das Anwachsen des Antisemitismus im Volke ihn tief verletzten¹²⁰. Resigniert wandte er sich gegen die Selbsttäuschung, daß mehr als eine Minderheit im deutschen Volke den Unterschied der Herkunft jüdischer und nichtjüdischer Deutscher aus den Augen verlieren würde. Den Zionismus hatte er früher als eine nationalistische Abirrung empfunden, die überwunden werden mußte. Er sah in ihm auch später ein Hemmnis für die Erfüllung der den Juden gestellten Aufgaben. Aber er begann jetzt auch die positiven Seiten des Zionismus zu würdigen. Bernstein rühmt die tätige Hingebung, die er erfordert oder zu der er erzieht, und die seinen Anhängern die Kraft zu großen schöpferischen Leistungen gibt. Er kontrastiert dies mit geistiger Trägheit, kleinlicher Berechnung und einem Dahinleben ohne Ideale, die zur Gesinnungslosigkeit führen. Der internationale Sozialismus bleibt ihm das umfassende Ideal, dem alles andere unterzuordnen ist. Aber auch echter Sozialismus, so gesteht er, vermag auf die Dauer jüdische Lebenswerte nicht zu ersetzen. Der Mensch darf auf keinen, aus seinem Wirken hervorgegangenen Kraftstrom verzichten, und der jüdische gehört zu den am wenigsten entbehrlichen¹²¹.

¹¹⁹ *Bernstein*, Die Aufgaben der Juden im Weltkrieg, S. 19; 30 ff.

¹²⁰ S. oben S. 116 f.

¹²¹ *Bernstein*, aaO, S. 40 ff.; *Eva Reichmann*, C. V. Zeitung, 23. 12. 1932, S. 529; „Eduard Bernstein“, Israelitisches Familienblatt, 22. 12. 1932, S. 3.

Bernstein hat der Gesinnung die Tat folgen lassen. Er wurde Mitglied des überparteilichen deutschen Pro Palästina Komitees und des Komitees für das arbeitende Palästina, in das eine Reihe sozialdemokratischer Führer eingetreten sind. Er tat dies sowohl als deutscher Politiker als auch im Bewußtsein seiner jüdischer Herkunft. Er setzte sich für die Zulassung der Poale Zion, der sozialistischen Zionisten, zur sozialistischen Internationale ein. Als Kautsky 1929 in zwei Artikeln des „Vorwärts“ den Zionismus als romantisch-reaktionäre Utopie verdammt und den Juden vorwarf, im Gefolge einer imperialistischen Großmacht als Helfer bei einer Eroberungspolitik nach Palästina zu kommen, zeigte der fast achtzigjährige Bernstein, daß der alte Kampfgeist in ihm nicht erloschen war. Grollend warf er dem Freunde vor, daß man derartige Aussprüche

„eher in der Literatur der deutschnationalen und der sich Nationalsozialisten nennenden Todfeinde des Marxismus suchen würde, als in einer Abhandlung des angesehensten Fortsetzers der wissenschaftlichen Arbeit von Marx und Engels“¹²².

Jüdisch-nationalen Chauvinismus und die Idee eines jüdischen Nationalstaates verurteilte Bernstein nach wie vor, nicht minder als Kautsky, aber für das völkerrechtlich garantierte, auf friedlicher Zusammenarbeit von Juden und Arabern beruhende jüdische Heim in Palästina trat er ein. Das Verlangen danach erschien ihm als ein Anspruch ethischer Natur, der aus den unveräußerlichen Menschenrechten floß.

Zusammenfassend kann man sagen, daß Bernstein durch den Revisionismus eine Epoche der Aufklärung in der Sozialdemokratie eingeleitet hat. Als Empiriker verwarf er jede Orthodoxie. Der Sozialismus war ihm nur in begrenztem Maße eine Wissenschaft. Denn er schließt ein von sittlichen Grundsätzen getragenes Wollen ein, das auf eine Veränderung der Verhältnisse gerichtet ist. Bernstein wurde nicht müde, die ethischen Antriebe zu betonen, die das Handeln des wahren Sozialisten bestimmen.

Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse war in Bernsteins Augen ein Prozeß, der unabhängig vom Schicksal der Doktrinen vor sich geht. Daher kann dieser Prozeß in voller geistiger Freiheit gefördert werden. Freiheit ist für Bernstein ein ewiges Menschheitsideal. Ohne ihre Schätzung ist kein hohes kulturelles Niveau denkbar. Von diesem Bekenntnis zur alten demokratisch-liberalen Tradition seiner Vaterstadt geht Bernstein auf seinem Wege zum Sozialismus aus. In der Arbeiterklasse findet er den Begriff der Freiheit noch wenig entwickelt. Erst die sozialistische Bewegung kann die Arbeiter zu freien Menschen erziehen, ihre Selbstbestimmung verwirklichen. Die Kritik an dem überlieferten Gedankengebäude des Sozialismus muß sich diesen Fundamentalsatz ständig vor Augen halten. Den stolzen Bau, dessen Errichtung

¹²² Kautskys Artikel im Vorwärts, 4. und 5. 10. 1929; Bernsteins Artikel, ebenda, 5. 12. 1929.

die Befreiung der Arbeiterklasse verheißt, will Bernstein vor jeder Gefährdung schützen, aber jedes Dogma, jede bürokratische Erstarrung und jede blinde Demagogie, die sich Gefühlswallungen der Masse unterwirft, will er bekämpfen¹²³.

In seinem Forschungsdrang, der Bernstein von der Volksversammlung und dem Parlament in die Studierstube, und in seinem Kampfeifer, der ihn von dort zurück in die Öffentlichkeit trieb, war Bernstein eine einzigartige Erscheinung unter den deutschen Sozialisten. Marx hat an ihm gerühmt, daß er sich durch Redensarten und Schlagworte nicht bestimmen ließ. Kautsky fügte hinzu, daß er sein Wahrheitsstreben unabhängig davon betätigte, ob die Konsequenzen radikal oder opportunistisch, revolutionär oder reformistisch waren¹²⁴. Wo andere gezauert oder verzagt hätten, entfaltete Bernstein, oft in fast völliger Einsamkeit, seine Talente: als Redakteur des „Sozialdemokrat“, als der er nach Friedrich Engels' Wort in grundsätzlichen und taktischen Fragen kaum je gerirt hat, als Kritiker des Marxschen Lehrgebäudes in der Öffnung neuer Bahnen sozialistischen Denkens, als Gegner der Kriegskredite, der dennoch dringend von der Gründung einer Sonderpartei abriet, als erster Heimkehrer in die alte Partei bald nach dem Waffenstillstand. In dem persönlich bescheidenen, unpathetischen Manne lebte der Mut und der Feuergeist des Wahrheitssuchers.

Bernstein war kein Staatsmann. Zu politischem Führertum eignete er sich nicht. Von der Überheblichkeit von Marx und Lassalle war er frei. Niemand hat so freimütig wirkliche oder vermeintliche Irrtümer nachträglich eingestanden. Er hat der Sozialdemokratie, die in der Weimarer Republik unerwartet vor schwere Verantwortungen gestellt wurde, von der Vergangenheit manche Brücke in die veränderte Gegenwart gebaut. Sein Humanismus kam aus tiefer Überzeugung und war weltweit. Von jedem Nationalhaß fühlte er sich frei, aber als patriotischen Deutschen hat er sich stets empfunden. Im Sozialismus erblickte er die Bürgschaft für die Verwirklichung der Ideale, um die er sein Leben lang gerungen hat. Die Bedeutung seiner jüdischen Herkunft ist ihm erst im Verlauf seines Lebens deutlich bewußt geworden; mit 80 Jahren nannte er es einen Fehler, daß er das Judentum verlassen hatte. So konnte ihn Stampfer in seiner Trauerrede „den internationalsten von uns allen“, Keil in seinen Erinnerungen einen „gut nationalen“ Mann nennen und Eva Reichmann ihren Nachruf überschreiben: „Und doch Jude!“¹²⁵ Wer in der sozialistischen Jugend der Weimarer Zeit von einem idealen Anhauch beseelt und für große menschliche Werte empfänglich war,

¹²³ Bernstein, Die Arbeiterbewegung, S. 135, 140, 147; Bernstein, Zur Theorie und Geschichte . . . III, S. 139; Marck, S. 23 ff.

¹²⁴ Kautsky, Zum 80. Geburtstag Eduard Bernsteins, S. 7 ff.

¹²⁵ Vorwärts, 23. 12. 1932; Keil, I, S. 181. Über Eva Reichmanns Artikel, s. oben Anm. 121.

suchte den gütigen Menschen und unermüdlichen Kämpfer in dem stillen Haus der Bozener Straße in Berlin auf, in dem sich sein Leben vollendet hat.

III. Die anderen Abgeordneten der Wilhelminischen Zeit

Von den elf verbleibenden jüdischen Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie sind sechs bereits vor der Jahrhundertwende zum ersten Mal gewählt worden: Stadthagen und Wurm im Jahre 1890, Schönlank, der schon 1901 gestorben ist, im Jahre 1893, Gradnauer, Herzfeld und Hoch 1898. Die anderen dem Kriegsreichstag angehörenden jüdischen Abgeordneten wurden 1912 zum ersten Male gewählt: Cohn, Davidsohn, Landsberg, Weill und, bei einer Nachwahl im Dezember 1912, Cohen-Reuß. Landsberg und Gradnauer krönten ihre Laufbahn in der Weimarer Republik, in der sie zeitweise in Ministerstellen gelangten. Die anderen schieden, soweit sie nicht während jener Periode starben, aus politischen oder Altersgründen in der Weimarer Zeit aus. Sechs jüdische Abgeordnete des Kriegsreichstags erlebten das Hitlerregime. Drei, Cohen, Cohn und Landsberg emigrierten. Cohn ging nach Frankreich, dann in die Schweiz, Cohen und Landsberg konnten sich während der deutschen Besetzung in Frankreich, bzw. in den Niederlanden verbergen. Zwei, Gradnauer und Hoch, wurden während des Zweiten Weltkriegs in das Lager Theresienstadt deportiert. Davidsohn gelang es, in Berlin unterzutau-chen. Von dem Verbleib Herzfelds ist nichts bekannt. Von den in der Weimarer Zeit neu hinzugetretenen jüdischen Abgeordneten wird in dem dieser Periode gewidmeten Band gesprochen werden.

a) Bruno Schönlank, der führende Parteijournalist

Schönlank * war einer der begabtesten sozialdemokratischen Abgeordneten. Eine Zeitlang schien es, als ob seine Neigungen ihn in die Reihen der herrschenden Klassen trieben. Er unterrichtete als Student in adligen Häusern und half einem Sproß des Hochadels bei der Abfassung der Biographie eines mohammedanischen Herrschers des späteren Mittelalters in Indien. Schönlank

* *Bruno Schönlank*, geb. 1859 in Mühlhausen (Thüringen). Studierte Philosophie, Geschichte, Nationalökonomie, Dr. phil. Wurde als Student evangelisch. 1879/80 Amanuensis des Grafen Friedrich August v. Noer, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Seit 1883 für die Sozialdemokratie journalistisch tätig. Redigierte 1883/84 in München die sozialpolitische Wochenschrift „*Das Recht auf Arbeit*“ und die Tageszeitung „*Süddeutsche Post*“. 1885–1890 Chefredakteur der „*Fränkischen Tagespost*“. 1892/3 stellvertretender Chefredakteur des „*Vorwärts*“, 1894 Chefredakteur der von ihm gegründeten „*Leipziger Volkszeitung*“. 1893 Abgeordneter für Breslau-West, 1898 wiedergewählt. Veröffentlichungen über die soziale Lage der Arbeiter und Arbeitskämpfe im Mittelalter, Mitarbeit am *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* und anderen wissenschaftlichen Zeitschriften sowie an der sozialdemokratischen Parteizeitschrift „*Neue Zeit*“. Gest. 1901 in Leipzig.

trat einer schlagenden Verbindung bei und ging keiner Mensur aus dem Wege; sein Gesicht war von Schmissen zerhackt. Mit 20 Jahren schloß er sich der von Arendt ins Leben gerufenen Bewegung für die Doppelwährung an. Als die Rechte ihm dies später vorhielt, entschuldigte er es als „silberne Jugendeeselei“¹²⁶.

Der Bruch in Schönlinks Leben trat ein, als er 23 Jahre alt war. Er wurde Mitglied der Sozialdemokratie, der verbotenen Partei. Die glänzende akademische Laufbahn, die dem von Schmoller geförderten jungen Doktor der Wirtschaftswissenschaften sicher war, gab er preis. Welche Menschen und Ereignisse dabei auf ihn eingewirkt haben, wissen wir nicht. Jedenfalls muß ihn ein starker innerer Drang getrieben haben, als Kämpfer für die Unterdrückten einzutreten und einen schweren Lebensweg einer äußerlich glänzenden Karriere vorzuziehen. Die Sozialdemokratie konnte ihm nichts als schlecht bezahlte journalistische Arbeit und Aussicht auf Gefängnisstrafen bieten. Gesellschaftliche Ächtung seitens derer, denen er sich verbunden gefühlt hatte, erwartete ihn. Einmal entschlossen, warf er sich mit aller Kraft in das Kampfgetümmel. Die Leipziger Arbeiter meißelten auf seinen Grabstein die Worte ein, die Konrad Ferdinand Meyer seinem Ulrich von Hutten in den Mund legt und die, etwas abgewandelt, Schönlink zu seinem Motto machte:

„Mich reut der Tag, der keine Wunden schlug,
 Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,
 Mich reut, ich sag es mit zerknirschem Sinn,
 Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin.“¹²⁷

Schönlink ließ sich als Student taufen, was für den Sohn eines Kantors und Lehrers an einer jüdischen Schule ein ungewöhnlicher Schritt war. Sein Übertritt zum Christentum kann durch den Einfluß der Kreise erklärt werden, zu denen er sich als junger Student hingezogen fühlte. Später mag seine christliche Frau sein Verbleiben in der Kirche gewünscht haben. Dazwischen aber lagen zehn Jahre. Die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche muß also dem Revolutionär, der gegen die Institutionen der Vergangenheit und Gegenwart Sturm lief, etwas bedeutet haben. Sein Sohn, der Dichter gleichen Namens, hat sich jedoch 1933 auf die Anfrage des Vorsitzenden der Reichsschrifttumskammer stolz zu den Ursprüngen seines Vaters bekannt:

„Mein Vater war Jude, ich selber war bis zu ihrer Auflösung eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei . . . Lieber will ich bei den Ausgestoßenen sein, als der vielleicht geduldete Halbjude. Die Ausschaltung der Juden und Juden-

¹²⁶ Eine ausführliche Würdigung Schönlinks durch Kautsky und andere in der Sondernummer der Leipziger Volkszeitung vom 30. 10. 1926, die 25 Jahre nach Schönlinks Tode erschienen ist. S. auch *Schönlink jr.*, S. 5; ferner „Reformator der sozialistischen Presse“, Berliner Stimme, 3. 8. 1963. Schönlinks eigene Angaben über sein Leben im Reichstags-Handbuch 1893, S. 236 f.

¹²⁷ *Schönlink jr.*, S. 5.

stämmlinge könnte ich nie und nimmer gut heißen, ich müßte mich denn selber ins Gesicht schlagen“¹²⁸.

Schönlank stieg als Journalist in seiner Partei schnell auf. Seine Sporen verdiente er sich in München. Dann wurde er leitender Redakteur der Nürnberger „*Fränkischen Tagespost*“, die später Adolf Braun, ein anderer großer sozialistischer Journalist und Politiker, leitete. Schönlanks Ruf als kommender Mann, als Sachkenner wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen und glänzender Stilist verbreitete sich. Die Partei betraute ihn nach Aufhebung des Sozialistengesetzes mit der Abfassung des Kommentars zu den praktischen Forderungen des Erfurter Programms. Man berief ihn als stellvertretenden Chefredakteur an den „*Vorwärts*“, das Zentralorgan der Partei. Dort herrschte der streitbare Wilhelm Liebknecht. Schönlank, der 30 Jahre jünger war und Parteiveteranen und ihrer in alten Geleisen eingefahrenen Arbeit keinen Respekt bezeugte, hatte andere Ideen über die Art, wie eine sozialistische Zeitung redigiert werden sollte. Die Temperamente stießen aufeinander, Schönlank mußte dem führenden Mann der Parteipresse nach einem Jahr schwieriger Zusammenarbeit weichen. Da holten ihn die Schlesier 1893 als Kandidaten für den Breslauer Westkreis, und die Leipziger beauftragten ihn, anstelle ihres bedeutungslosen Funktionärblattes eine moderne sozialdemokratische Tageszeitung zu schaffen. Dem Dreiunddreißigjährigen waren nur wenige Jahre gegeben, um beiden Aufgaben gerecht zu werden. Was er in dieser Zeit geleistet hat, ist erstaunlich. Sieben Jahre, nachdem er das Breslauer Mandat übernommen hatte, zeigten sich Spuren einer schweren Krankheit, die zu Lähmungserscheinungen und geistigen Störungen führte, und der er 1901 erlag.

Als Kandidat für das Leipziger Blatt stand Schönlank in engerer Wahl mit Franz Mehring, dem Historiker und gleichfalls brillanten Journalisten. Aber Mehring war einst zu Stoecker gegangen und hatte die Sozialdemokratie in den schweren Jahren des Sozialistengesetzes bekämpft. In derselben Zeit war Schönlank zur Partei gestoßen. Das gab den Ausschlag. Schönlank war Mehring auch als Nationalökonom, vor allem als Sozialpolitiker, überlegen und war der bessere Organisator.

Die Leipziger hatten ihre Wahl nicht zu bereuen. Als Chefredakteur der „*Leipziger Volkszeitung*“ wurde Schönlank der Reformator der sozialdemokratischen Parteipresse. Er schuf eine Zeitung, wie er sie versprochen hatte: ein Blatt des politischen Kampfes, das aber nicht nur gegen die bürgerliche Gesellschaft polemisierte, sondern auch ihre Presse zu ersetzen bestimmt war. Die Zeitung war von guten Korrespondenten bedient und wandte wirtschaftspolitischen Problemen besondere Aufmerksamkeit zu. Schönlank war überzeugt, daß ohne Verständnis für Wirtschaftsfragen der Arbeiterschaft die Vor-

¹²⁸ Briefliche Mitteilung von Bruno Schönlank jr. vom 5. 8. 1963 nebst Abschrift des Briefes an den Vorsitzenden der Reichsschrifttumskammer vom 8. 8. 1933.

aussetzung zur Beurteilung der Sozialpolitik fehlte. Hier konzentrierte er sich besonders auf die Forderung des Normalarbeitstages und der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, die damals noch als Traum erschien. Das Feuilleton war gepflegt. Es trat für die naturalistische Dichtung ein, die der Zeitung als eine bedeutsame literarische Revolution und als Gewinn auch für die Arbeiterbewegung erschien. Schönlank holte Edgar Steiger, den umstrittenen Herausgeber des sozialistischen Unterhaltungsblatts „*Neue Welt*“, als Theaterkritiker an sein Blatt und schützte ihn 1896 auf dem Gothaer Parteitag, als Parteiphilister und Parteipuritaner gegen den Förderer des Naturalismus und Realismus zu Felde zogen.

Nur ein Mann von dem Vorstellungsvermögen, der umfassenden Bildung und dem Tatwillen Schönlanks konnte ein Blatt von der Qualität der „*Leipziger Volkszeitung*“ schaffen und dem sozialistischen Zeitungswesen neue Wege weisen. Sie wurden nur zögernd betreten; Persönlichkeiten ähnlicher Art waren im sozialistischen Journalismus selten. Die Zeitungen drangen über den Kreis der Parteimitglieder kaum hinaus, und selbst diese waren nur schwer zu bewegen, die eintönigen Parteizeitungen zu abonnieren. In Schönlanks Blatt aber spiegelte sich der überquellende Reichtum eines funkelnden Geistes und sein übersprudelndes Temperament wider. Friedrich Stampfer, der bei ihm schreiben und redigieren gelernt hat, schildert den kleinen, kurz-sichtigen Mann in seiner Werkstatt: sein Arbeitstempo grenzte an das Wunderbare. Mit Blitzesschnelle erkannte er, ob ein Beitrag brauchbar war. Mit Ausrufen des Zorns und der Freude oder mit Gelächter begleitete er die Lektüre der Manuskripte. Seine knappen Sätze prägten sich dem einfachsten Leser ein¹²⁹. Junge journalistische Talente förderte er, für exzentrische Persönlichkeiten hatte er gemäß seiner eigenen Anlage Verständnis. So stellte er den hochbegabten russischen Juden Israel Helphand an, Parvus genannt, der in der deutschen und russischen sozialistischen Partei eine bedeutende Rolle spielte und im Kriege vom deutschen Auswärtigen Amt als Schlüsselfigur für die Revolutionierung Rußlands benutzt wurde. Schönlank mußte allerdings den charakterlich unzuverlässigen Mann bald wieder entlassen, da Parvus gehässig gegen ihn selbst zu schreiben begann¹³⁰.

Seine wissenschaftliche Arbeit gab Schönlank nicht auf. Er lieferte Beiträge für wissenschaftliche Zeitschriften und trat auch mit Monographien hervor. Die historische Schule der Nationalökonomie, die damals an den Universitäten zur Herrschaft gelangt war, beeinflusste auch die marxistischen Gelehrten. Friedrich Engels' Schrift über die Lage der arbeitenden Klassen in England wies ihnen die Richtung. Nach dem Muster der Engelsschen Publikation beschrieb Schönlank das Elend der Arbeiter in der Hausindustrie des thüringischen Kreises Sonneberg. Die „Fürther Quecksilberspiegelbeleger und ihre

¹²⁹ Stampfer, Erfahrungen, S. 38; 56; über das Feuilleton, Leipziger Volkszeitung, S. 2.

¹³⁰ Scharlau und Zeman, S. 40 ff.

Arbeiter“ sind sein sozial eindrucksvollstes, die „Sozialen Kämpfe vor 300 Jahren“, eine Schilderung der Verbände und Bewegungen der Handwerksge-
 sellen im alten Nürnberg, sein historisch bedeutsamstes Werk. Das Buch
 über die Spiegelbeleger ist eine furchtbare Anklageschrift. Schönlank stellt die
 jämmerlichen Lohnverhältnisse, das Wohnungselend und die schweren ge-
 sundheitlichen Schädigungen der in dieser Industrie Beschäftigten, meistens
 Frauen und Kinder, dar. Er verfolgt die Herstellung und Verwendung des
 Spiegels vom Altertum bis zur Gegenwart:

„Ein prächtiger Bau erhebt sich vor deinen Augen, Glanz, Reichtum, Glück und
 Zufriedenheit sind über das ganze Haus gegossen. Wohin du blickst, Stoff für die
 Romanschreiber der Bourgeoisie, wenn sie unser goldenes Zeitalter schildern wol-
 len. Tritt aber in den Palast und blicke in das Innere: dort wohnt das Grausen.“¹³¹

Schönlanks Buch lenkte die Aufmerksamkeit der bayerischen Regierung auf
 die Mißstände in diesem Beruf und führte zu den ersten Maßnahmen für
 ihre Milderung.

Theoretisch hat Schönlank keine feste Linie verfolgt. Er begann als Re-
 visionist und prägte das Wort Revisionismus vor Bernsteins Auftreten, als er
 die Revision aller Vorstellungen und Begriffe der Partei verlangte. Er endete
 als Revolutionär und war wegen seines Schwankens Kautsky, dem Hüter der
 marxistischen Theorie verdächtig¹³². Aus der revisionistischen Zeit stammt
 Schönlanks Eifer für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm, für das er
 sich, ebenso wie der bayerische Parteiführer Georg von Vollmar, 1894 auf
 dem Parteitag in Frankfurt am Main einsetzte. Die Partei sollte aus dem
 Kreis der Industriearbeiterschaft ausbrechen und die sozialistische Agitation
 nicht in schablonenhaft-ungeschickter, sondern in einer den ländlichen Zustän-
 den angepaßten Weise auf das Land tragen. Als Hauptsache sah er die Neu-
 tralisierung und Pazifizierung der Bauern gegenüber den Zielen der Partei
 an. Den Radikalen hielt Schönlank entgegen, daß der Teil der Partei, der
 von Neuerungen nichts wissen wollte, konservativ, der andere dagegen revo-
 lutionär war. Die Neuerer unterlagen indessen auf dem nächsten Parteitag in
 Breslau, nachdem Engels und Kautsky ihre Autorität gegen das Programm in
 die Waagschale geworfen hatten. Engels erklärte das Bauerntum für unrett-
 bar verloren, ein Eintreten der Sozialdemokratie für die dem Untergang ge-
 weihte Bauernbevölkerung erschien ihm als eine Abkehr von dem marxisti-
 schen Wege.

Im Reichstag wurden Schönlank Beamtenfragen, in denen die aus der
 Arbeiterschaft stammenden Parlamentarier sich nicht zu Hause fühlten, vor
 allem aber wirtschaftspolitische Probleme übertragen. Zur Zeit Capravis war

¹³¹ Über Schönlank als Sozialpolitiker, *Richard Illge*, in *Leipziger Volkszeitung*,
 aaO, S. 4.

¹³² S. oben S. 456; *Schröder*, S. 497 f.; *Victor Adler*, Briefwechsel S. 122, 161, 196,
 315.

er einer der Wortführer der Fraktion zur Handelsvertragspolitik. Er befürwortete den Abschluß des deutsch-rumänischen Handelsvertrages, durch den die Getreidezölle herabgesetzt und die Absatzmöglichkeiten der Industrie auf dem Auslandsmarkt erweitert wurden. Auch über das Bank- und Münzwesen äußerte sich Schönlank sachkundig. Bamberger gehörte damals dem Hause nicht mehr an. Schönlank stellte die schädlichen Wirkungen der Doppelwährung auf den Reallohn in den Mittelpunkt seiner Darlegungen¹³³.

Im Dezember 1897 schickte die Fraktion Schönlank zum ersten Male in einer hochpolitischen Debatte vor. Man versuchte es mit dem jungen Abgeordneten, der oft glückliche Formulierungen gefunden hatte. Er enttäuschte die Fraktion nicht. Es war ein schicksalsschwerer politischer Augenblick. Die jüngsten Reden Wilhelms II. waren von Phantastereien von einem größeren Reiche durchzogen. Eine mächtige Flotte sollte als Instrument einer deutschen Weltpolitik dienen. Im Sommer 1897 wurde Bülow zum Staatssekretär des Äußeren, Tirpitz zum Staatssekretär des Reichsmarineamts ernannt, um die Intentionen des Kaisers zu verwirklichen. Bülow sollte vermöge seiner diplomatischen Geschicklichkeit Deutschland durch die Zone der Gefahren hindurchsteuern, die die neue Politik für die deutsch-englischen Beziehungen heraufbeschwören mußte. Wenige Monate nach Bülows und Tirpitz' Amtsantritt setzte sich Deutschland durch die Besetzung Kiautschous an der chinesischen Küste fest. Unmittelbar danach wurde dem Reichstag eine Vorlage zugeleitet, die eine Vermehrung der Flotte in einem noch nicht dagewesenen Ausmaße vorsah.

In der Debatte über die Flottenvorlage wies Schönlank auf die Gefahren der imperialistischen Chinapolitik hin. Nach einer scharfen Kritik der budgetrechtlichen und finanziellen Implikationen der Vorlage führte er den Hauptstoß gegen das persönliche Regiment Wilhelms II. Seine Worte fielen wie Hammerschläge und waren dennoch so gewandt gewählt, daß der stets zum Schutz des Trägers der Krone bereite Reichstagspräsident keinen Anlaß zum Eingreifen sah:

„Der jähe Wechsel der Kursrichtung ist die Regel, die unvermittelte Aufeinanderfolge der schroffsten Widersprüche ist Gesetz; die Plötzlichkeit ist System. Der ganze soziale Organismus krankt und siecht an dieser durch und durch neurasthenischen Kreuz- und Querregiererei. Heißt es feststellen, daß alle diese Erscheinungen nur ausstrahlen aus dem Zentrum der ganzen Bewegung, aus dem immer mächtiger aufkommenden persönlichen Regiment, das ohne ministerielle Bekleidungsstücke auf die Bühne tritt und eingreift in die Geschicke des öffentlichen Lebens . . . Die Reizbarkeit gegen den kleinsten Widerspruch wird immer höher, die Größenvorstellungen werden immer expansiver, das Machtbewußtsein stärker . . .“

Schönlanks Rede machte solchen Eindruck, daß ihm nicht weniger als vier Staatssekretäre entgegneten. Programmwidrig ergriff Bülow sofort zu sei-

¹³³ Reichstag, St. B. 13. 12. 1893, S. 430 ff.; 15. 2. 1895, S. 911 ff.; 8. 2. 1899, S. 721 ff.

ner Jungfernrede das Wort. Er etablierte damals im Reichstag seinen Ruf als überaus gewandter Debatter. In seine Ausführungen flocht er das später häufig zitierte Wort ein, daß die Deutschen niemanden in den Schatten stellen, aber auch ihren Platz an der Sonne haben wollten¹³⁴. Die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen stellten die Mehrheit für die Bewilligung der Flottenvorlage und befreiten dadurch die Regierung von ihren Sorgen vor parlamentarischen Hindernissen für ihre Welt- und Marinepolitik.

So sehr Schönlank weltpolitisches Abenteuerertum ablehnte, so wenig war er geneigt, an der territorialen Integrität des Reiches rütteln zu lassen. Das Jahr 1870 hatte er im Knabenalter erlebt, die Zugehörigkeit des Elsaß zu Deutschland erschien ihm daher von Kindheit an als eine Selbstverständlichkeit. Er hatte nicht, wie die Vertreter der älteren Generation der Sozialdemokratie, umzulernen, um die normative Kraft des Faktischen zu bejahen. „Ohne rückhaltlose Anerkennung der Ergebnisse des Frankfurter Friedens, d. h. ohne Verzicht auf die Revanche und auf die Rückgabe Elsaß-Lothringens, ist meines Erachtens eine erfolgreiche Annäherung nicht durchzuführen“, schrieb er über das deutsch-französische Verhältnis nicht lange vor seinem Tode¹³⁵.

In die erste Reihe der Parlamentarier gelangte Schönlank nicht. Im sozialistischen Journalismus jedoch hat er sich die führende Stellung durch die Schaffung und die Redaktionsführung der Leipziger Volkszeitung gesichert. Mehring, sein Nachfolger, erhielt die Zeitung auf ihrer alten Höhe, von der sie erst unter Paul Lenschs redaktioneller Leitung abzusinken begann. Stampfer, der im Kriege zur führenden Position in der Parteipresse aufstieg, stand an journalistischem Talent hinter Schönlank und Mehring nicht zurück. Aber er besaß nicht den Farbenreichtum von Schönlanks Persönlichkeit und die Vielfalt seiner soziologischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse. So blieb Schönlank, der erste, der dem sozialistischen Zeitungswesen neue Ziele setzte, als Redakteur und Journalist seiner Partei unerreicht.

b) Die Abgeordneten von 1890

Arthur Stadthagen

Sieben Jahre lang, von 1890 bis 1897 war Stadthagen* der einzige Jurist der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Dann kam Haase dazu, 1898 folgten Wolfgang Heine und Joseph Herzfeld. Sein Wirken als juristischer

* *Arthur Stadthagen*, geb. 1857 in Berlin. Jüdisch, seit etwa 1910 religionslos. Studierte Rechtswissenschaft, 1884 Rechtsanwalt in Berlin. 1892 aus dem Anwaltsstand ausgeschlossen. 1889 Stadtverordneter von Berlin, 1890 bis 1917 Vertreter Niederbarnims im Reichstag. Wurde 1916 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, 1917 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Gest. 1917 in Berlin.

¹³⁴ Reichstag, St. B. 6. 12. 1897, S. 46 ff.; das Zitat aus Schönlanks Rede, S. 52; Bülow, I, S. 192 ff.

¹³⁵ Wehler, S. 57.

Fachmann hat Stadthagen manche Anerkennung gebracht, aber auch viel Verantwortung und Last aufgebürdet. Verfassungsrecht, Arbeitsrecht, Jugendziehung und Jugendgerichtswesen, Sozialpolitik und Arbeiterversicherung waren seine wichtigsten Arbeitsgebiete. Er sprach alljährlich zum Etat der Justizverwaltung. Stadthagen diente der Arbeiterbewegung mit Hingebung. Er war ein fleißiger Abgeordneter, als Jurist ragte er über das Mittelmaß nicht hinaus. Als Anwalt der Armen aber und als Verteidiger in politischen Prozessen erwarb er sich Ansehen. In der Partei bildete er einen großen Teil der Arbeitersekretäre aus, lehrte an der Arbeiterbildungsschule und verfaßte politisch-juristische Schriften, darunter eine vielbenutzte Publikation über das Arbeitsrecht.

Stadthagen bekämpfte den Revisionismus als einer der lautesten Rufer im Streite. Die Mitgliedschaft des Kreises Niederbarnim bei Berlin, den er im Reichstag 27 Jahre lang vertrat, ließ sich unter seinem Einfluß an Radikalismus von niemandem überbieten. Resolutionen aus Niederbarnim wurden von den sozialdemokratischen Parteitagern stets mit einem gelinden Schrecken entgegengenommen. Kautsky bekennt, daß er mit Stadthagen nie ein politisches Gespräch geführt hat. Seine Politik erschien ihm „schablonenhaft und uninteressant“¹³⁶.

Als Redner wußte Stadthagen sich nicht zu zügeln. Seine Ausbrüche der Empörung über das Unternehmertum und die politischen Gegner folgten so dicht aufeinander, daß sie ihre Wirkung bald einbüßten. Scharfe und absprechende Äußerungen über die Qualität der höchsten Richter Preußens und des Reichs in einer öffentlichen Rede führten zu Stadthagens Ausschluß aus dem Anwaltsstande. Andere, gleichfalls radikale sozialistische Anwälte wußten, wie weit sie unter den in Deutschland herrschenden Umständen gehen konnten. In der Sache war ihre Kritik ebenso scharf, in der Form aber hielten sie sich im Rahmen dessen, was von dem Ehrengericht in Leipzig als zulässig erachtet wurde. Mangel an Takt ließ Stadthagen auch erkennen, als der Reichspräsident ein Glückwunschtelegramm an den Prinzregenten Luitpold von Bayern zu seinem 90. Geburtstag zu senden wünschte. Während sich die Abgeordneten aller Parteien als Zeichen des Einverständnisses erhoben, blieb Stadthagen sitzen, was das Haus empörte¹³⁷. Nach dem erzwungenen Ende seiner Anwaltspraxis widmete er sich ausschließlich Aufgaben der Partei. 1905 trat er in die Redaktion des „Vorwärts“ ein; damals wurden nach heftigen Richtungskämpfen fünf gemäßigte Redakteure durch Radikale ersetzt. Als 1916 nach der Fraktionsspaltung ein neuer Wechsel in der Zusammensetzung der Redaktion erfolgte, mußte auch Stadthagen das Feld räumen.

¹³⁶ Stadthagens Lebenslauf in Reichstags-Handbuch 1912, S. 380; Victor Adler, Briefwechsel, S. 273.

¹³⁷ *Schultheß* 1911, S. 74.

Die Beratung und Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuches fiel in die Zeit, in der Stadthagen die Monopolstellung als Jurist der Fraktion innehatte. Die Mitwirkung daran war seine parlamentarische Hauptleistung. Der von ihm verfaßte Teil des Berichts der Fraktion an den Gothaer Parteitag von 1896 läßt eine vorwiegend positive Einstellung zu dem Gesetz erkennen: besonders für die Arbeiter stelle die Einheit auf zivilrechtlichem Gebiet einen großen Fortschritt dar. Direkt gegen die Arbeiterklasse gerichtete Bestimmungen enthalte der Entwurf nicht, einige Verbesserungen seien erzielt worden. Der radikale Abgeordnete hat sein reformistisches Wirken auf dem Gebiet, das er fachmännisch beurteilen konnte, überaus wichtig genommen. Er empfahl die Annahme des Gesetzeswerks und fand dafür gegen Bebel und Singer in der Fraktion eine Mehrheit. Da drohte Bebel mit einem Kampf in der Presse gegen Stadthagen und seine Gefolgsleute. Die Fraktion fiel um und stimmte gegen das Gesetz. Der Fraktionsbericht läßt diese parteiinternen Auseinandersetzungen nicht erkennen. Sie sind durch die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Bebel und Victor Adler enthüllt worden¹³⁸.

In der Sache hatte Bebel recht. Der Wiener Professor der Rechtswissenschaft Anton Menger, ein antimarxistischer Sozialist, hat nach der Publikation des Entwurfs seinen unsozialen Charakter und die Vernachlässigung, ja Verletzung der Interessen der besitzlosen Klassen angeprangert. Er hat seine Gedanken in einem Buch über das Bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen niedergelegt und dadurch eine tiefe Wirkung auf die zivilrechtliche Gesetzgebung der anderen Staaten ausgeübt. In der nach der Annahme des Entwurfs 1896 erschienenen dritten Auflage seines Werks nannte er das BGB das Produkt eines aristokratischen Militärstaates. „Kaum in irgendeinem anderen Gesetzbuch der neuesten Zeit haben die herrschenden und besitzenden Klassen ihre privatrechtliche Monopolstellung so vollständig wie in diesem behauptet.“ Menger wurde zu dieser Schrift von Heinrich Braun ange-regt, in dessen „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ seine Kritik am Entwurf zuerst in Artikelform veröffentlicht worden ist. Braun, der von Stadthagen heftig angegriffene Reformist, hat somit den Anstoß zu der Kampfschrift gegen den Entwurf des BGB gegeben, während der radikale Berliner Abgeordnete den wahren Charakter der wirtschaftlichen Bestimmungen des Textes nicht erkannte und seine Fraktion zu seiner Annahme veranlassen wollte¹³⁹.

Stadthagen trat im August 1914 für die Bewilligung der Kriegskredite ein. Doch schon bei der Diskussion der Fraktion über die zweite Anleihe schloß er sich Haases Auffassungen an. Mit ihm ging er zur Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und zur USPD. Für seine Ideen ist Stadthagen

¹³⁸ Schröder, S. 110 (Gotha); Victor Adler, aaO, S. 210 (Bebels Brief).

¹³⁹ Schröder, S. 110. Braun-Vogelstein, Heinrich Braun S. 175; Menger, 5. Aufl., das Zitat S. VI, von der 3. Aufl. nachgedruckt.

während des Krieges im Lande und im Reichstag mutig eingetreten. Das Ende des Krieges hat er nicht mehr erlebt.

Emanuel Wurm

Die Monopolstellung Emanuel Wurms* in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beruhte darauf, daß er in ihr der einzige Naturwissenschaftler war. Er hat Chemie studiert und seine Kenntnisse im politischen Leben gründlich angewendet. Er wurde der Spezialist der Fraktion für Ernährungs- und Gesundheitsfragen. Den Alkoholismus bekämpfte er energisch. Die Sozialdemokraten nannte er die geborenen Vorkämpfer gegen den Alkoholismus: „Wir siegen da, wo er nicht ist.“ Er warnte aber davor, die tieferen Ursachen des Alkoholismus zu übersehen: Ohne Verbesserung der Volksernährung und ohne Schaffung gesunder Wohnungen könne er nicht erfolgreich bekämpft werden.

Wurm besaß eine ungewöhnliche pädagogische Begabung. An der Parteischule unterrichtete er Naturkunde, dann auch Kommunalpolitik, in die er sich mehr und mehr hineinarbeitete. Als Stadtverordneter von Berlin stieg er zu erheblicher Bedeutung, nach der Revolution zu führender Stellung auf. Auch schriftstellerisch war Wurm überaus produktiv. Er veröffentlichte Schriften über die Naturerkenntnis im Lichte des Darwinismus, über die Volksernährung und die Lebenshaltung der Arbeiter sowie über Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie. Die Ausdehnung von Wurms Interessengebiet spiegelt sich in dem 1910 erschienenen Buch „Finanzgeschichte des Deutschen Reichs“ wider. Im Kriege schrieb er über die Bekämpfung der Teuerung und über die Übergangswirtschaft und wirkte für die Einführung der Brotkarte¹⁴⁰.

Schon als Student trat Wurm der Sozialdemokratie bei. Er war einer der ersten Studenten der Breslauer Universität, die sich zu der Partei bekannten¹⁴¹. Lebenserfahrung gewann er als Chemiker in Unternehmen der Spiritusindustrie in Deutschland und Rußland, dann gab er in Wien eine Fachzeitschrift heraus und entdeckte seine Fähigkeiten als Verleger und Schrift-

* *Emanuel Wurm*, geb. 1857 in Breslau. Jüdisch. Studierte Chemie 1876–1880, danach als Chemiker in Unternehmen der Spiritusindustrie tätig. Begründete den Konsumverein Vorwärts in Dresden und leitete ihn 1888–1890. Redakteur des „*Volkswille*“, Hannover, 1890–1893. Herausgeber des „*Volkslexikons*“, Nürnberg, 1894–1898. Von 1902–1917 Redakteur an der „*Neuen Zeit*“. Bis zu seinem Tode 1. Vorsitzender des Vereins „*Arbeiterpresse*“, der die Interessen der sozialistischen Journalisten wahrnahm. 1890–1906 und 1912–1918 Abgeordneter für Reuß j. L. Seit 1900 Stadtverordneter in Berlin. November 1918 bis Februar 1919 Staatssekretär des Reichsernährungsamts. 1919 Mitglied der Nationalversammlung (USPD). Stadtrat in Berlin. Gest. 1920 in Berlin.

¹⁴⁰ Wurms Lebenslauf (von ihm selbst, einschließlich seiner Publikationen), AZJ 5. 4. 1912, S. 160; *Lipinski*, II, S. 254 (Parteischule); *Schröder*, S. 27 (Alkoholismus).

¹⁴¹ *Theodor Müller*, I, S. 181; II, S. 206.

steller. 1888 erfolgte ein entscheidender Schritt: Er gründete in Dresden den Konsumverein Vorwärts und rief dadurch die Arbeiterkonsumvereinsbewegung in Deutschland ins Leben. Sie trat neben Partei und Gewerkschaften und gewann zunehmende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterschaft. Niemand hätte damals, als die Arbeiterklasse den Konsumvereinen zumeist noch ablehnend oder gleichgültig gegenüberstand, ihren gewaltigen Aufschwung voraussagen können. Wurm hatte die Fähigkeit zu organisieren von seinem Vater ererbt, der in einer dem kollektiven Handeln wenig günstigen Zeit 1834 das „Israelitische Handlungsdiener-Institut“ gegründet hatte.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gab Wurm die Leitung des Konsumvereins auf, um abermals Pionierarbeit zu leisten. Nunmehr, als eine sozialistische Presse wieder erscheinen konnte, übernahm er die Leitung des Parteiblatts in Hannover. Einige Jahre später begann der unternehmende Mann mit der Herausgabe eines umfangreichen „Volkslexikons“, das der Arbeiterschaft als Nachschlagewerk für alle Zweige des menschlichen Wissens dienen sollte. Daran arbeitete er fünf Jahre.

Um die Jahrhundertwende ließ sich Wurm als freier Schriftsteller in Berlin nieder und wurde 1902 Redakteur der „Neuen Zeit“. Nachdem Kautsky im Streit um den Revisionismus mit Bernstein gebrochen hatte, wurde Wurm Kautskys wichtigster Mitarbeiter an der Zeitschrift. Trotz der Verschiedenheit ihrer Naturen entwickelte sich zwischen Wurm und Kautsky ein enges Freundschaftsverhältnis. Wurm war im Gegensatz zu Kautsky ein Mann der Praxis. Zwar war er konventionell radikal, stand aber mit beiden Beinen auf der Erde und ging mit praktischem Verstand an die Lösung schwieriger Probleme heran. Die Tätigkeit beider an der „Neuen Zeit“ endete 1917 mit der Gründung der USPD, als die alte Partei ihr Besitzrecht an der Zeitschrift geltend machte.

Wurm eroberte den Wahlkreis Reuß j. L. im Jahre 1890 und hielt ihn bis 1918 mit Ausnahme der Jahre von 1907 bis 1911. Er ging mit ebenso großen Bedenken wie Kautsky und Bernstein zur USPD¹⁴².

Zu politischen Fragen hat Wurm im Parlament selten gesprochen. Er zog es vor, sein fachmännisches Wissen politisch zu verwerten. Er wußte Probleme der Sozialpolitik, besonders der Arbeitszeit und der Arbeiterversicherung, der Gewerbehygiene, der Seuchenbekämpfung und später der Steuerpolitik souverän zu behandeln. Im Kriege hat Wurm die Ernährungspolitik der Regierung scharf kritisiert. Auf Grund seiner besonderen Kenntnisse des Ernährungswesens wurde er nach der Revolution von 1918 mit der Leitung des 1916 geschaffenen Reichsernährungsamts betraut. Er blieb der Staatssekretär dieses Amtes bis zum Februar 1919. Auch als die Anhänger der USPD Ende Dezember 1918 aus allen anderen staatlichen Stellen ausschieden, behielt Wurm mit Zustimmung beider sozialistischer Parteien sein Amt bei. Der methodisch

¹⁴² Kautsky, Zum 80. Geburtstag, S. 14 f.

und hart arbeitende Mann, der im persönlichen Verkehr umgänglich und in der Durchführung seiner Aufgaben besonnen war, hat sich Vertrauen weit über seine Partei hinaus erworben. Hermann Müller, zweimal Reichskanzler in der Weimarer Republik, bestätigt Wurm in seinen Erinnerungen, daß er sich um die Ernährungswirtschaft der jungen Republik die größten Verdienste erworben hat. Wurms wiederholt ausgesprochener Wunsch nach Schaffung eines Reichsarbeitsamts – eine alte Forderung der Sozialdemokratie, die dann auch von anderen Parteien aufgenommen wurde – ist erst wenige Wochen vor Kriegsende erfüllt worden¹⁴³.

Wurms betonter Radikalismus, den sein praktisches Wirken Lügen strafte, schützte ihn nicht vor Angriffen des äußersten linken Flügels. Rosa Luxemburg hielt ihm 1913 vor, daß er in der Fraktion zwar konsequent auch direkte Steuern zur Deckung von Rüstungsausgaben abgelehnt hatte, daß aber die von ihm auf dem Jenaer Parteitag eingebrachte Resolution die gegenteilige Haltung der Fraktion billigte. Wurm konnte sich damit verteidigen, daß er die Bewilligung des Wehrbeitrags und der Vermögenszuwachssteuer nur so lange bekämpft hatte, als ihm ihre Annahme durch die bürgerlichen Parteien sicher erschien. Erst als sich diese Vermutung nicht bestätigte, hatte er seine Haltung revidiert. Aber gerade diese Art der Verteidigung zeigt, daß fachlich-politisches Denken bei ihm überwog. Für den Steuerfachmann und den Sozialpolitiker war der Schutz des Arbeiters vor drückenden indirekten Steuern entscheidend, nicht das Prinzip, daß jede Finanzierung von Rüstungsausgaben abgelehnt werden mußte. Wurms Resolution, und damit die Haltung der Fraktionsmehrheit, wurde von mehr als zwei Dritteln der Delegierten gebilligt¹⁴⁴.

Emanuel Wurm gehörte bis zu seinem Lebensende dem Judentum an. Obwohl er sich als Anhänger der Entwicklungslehre nicht mehr zur mosaischen Religion bekennen konnte, blieb er Mitglied der Jüdischen Gemeinde,

„um nicht den Anschein zu erwecken, daß ich mich von ihren Mitgliedern lossage, weil diese – außerhalb meiner Partei – ihrer Abstammung wegen zurückgesetzt werden und minderen Rechts sind“¹⁴⁵.

Die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien hat Wurm nicht mehr erlebt. Seine Witwe wurde in seinem Wahlbezirk aufgestellt und gehörte dem Reichstag der Weimarer Republik bis 1933 an. Sie hat sich im Exil in London 1935 das Leben genommen.

¹⁴³ *Müller-Franken* über Wurm, S. 124; Reichstag, St. B. 28. 2. 1912, S. 301 ff. (Reichsarbeitsamt); 11. 5. 1917, (Ernährungspolitik im Kriege).

¹⁴⁴ Sozialdemokratischer Parteitag Jena 1913, Protokoll, S. 169, 485–487, 515.

¹⁴⁵ AZJ, 5. 4. 1912, S. 160.

c) Die Abgeordneten von 1898

Georg Gradnauer

Ohne die Statur eines Staatsmanns zu haben, besaß Georg Gradnauer* gewisse staatsmännische Gaben. Er hätte sie freilich besser in einer ruhig dahinfließenden Zeit anwenden können als in der Weimarer Periode. Nach der Revolution lag die Ministerpräsidentschaft Sachsens in seinen Händen. Der besonnene Vertreter des rechten Flügels der Partei verletzte niemanden und erteilte den Jüngeren väterliche Ratschläge. Die Geschichte der sächsischen Sozialdemokratie war jedoch turbulent und ließ Gradnauers Eigenschaften nicht zur Geltung kommen. Er vermochte sich seit 1920 gegenüber dem wachsenden Radikalismus nicht mehr durchzusetzen. Der Reichskanzler Joseph Wirth vertraute ihm 1921 das Reichsministerium des Innern an. Nach dem Ausscheiden aus diesem Amt konnte er infolge des Sieges der radikaleren Richtung in Sachsen nicht mehr Fuß fassen. Seine Verdienste wurden durch die Verleihung des politisch bedeutungslosen Postens eines sächsischen Vertreters beim Reichsrat honoriert, den er bis 1932 inne hatte.

Idealismus trieb Gradnauer in die Sozialdemokratie, bei der weder äußereres Ansehen noch Reichtümer zu ernten waren. Für den Journalismus, in dem er sich 27 Jahre betätigte, brachte er historische, philosophische, staatswissenschaftliche und volkswirtschaftliche Kenntnisse mit, einen klaren Verstand und einen flüssigen Stil. Brillanz und kämpferisches Temperament, wie Schön-lank sie besaß, gingen ihm ab, Stadthagens polterndes Wesen sagte ihm nicht zu. Er tadelte den schlechten Ton und den Mangel an aktuellem Stoff der „Neuen Zeit“¹⁴⁶. Alles an dem gebildeten Mann war Maß und Beherrschtheit. Originell und geistreich war er nicht, aber er vertrat in gescheiten Wendungen die Forderungen der Sozialdemokratie klar und geschickt. Vor Fehlern, die aus überbordendem Temperament entstehen, war man bei ihm sicher.

In diesem Geist redigierte Gradnauer die „Sächsische Arbeiterzeitung“ nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und wirkte er am Zentralorgan der

* Georg Gradnauer, geb. 1866 in Magdeburg. Evangelisch, dann konfessionslos. Studierte Volkswirtschaft, Staatswissenschaft und Geschichte, 1889 Dr. phil. 1891 bis 1896 Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Dresden, 1897–1905 Redakteur des „Vorwärts“, 1906–1918 wieder Redakteur des Dresdner Parteiblattes, jetzt „Dresdener Volkszeitung“. 1898–1906 und 1912–1918 Mitglied des Reichstags für einen Dresdener Wahlkreis. Seit November 1918 bis Mai 1920 sächsischer Ministerpräsident. 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Mandat im April 1919 niedergelegt. 1920–1924 Mitglied des Reichstags. 1921 Reichsminister des Innern. 1924 bis 1932 Gesandter und Bevollmächtigter Minister des Freistaats Sachsen beim Reichsrat. Mehrere Veröffentlichungen. 1944 nach Theresienstadt deportiert, überlebte, nach Deutschland 1945 zurückgekehrt. Gest. 1946.

¹⁴⁶ Gradnauers Lebenslauf in Reichstags-Handbuch I 1921; Schröder, S. 515 (Rede auf dem Lübecker Parteitag 1901 über die „Neue Zeit“). Radbruch, S. 171 f. (väterliche Ratschläge).

Partei, dem „Vorwärts“, in dessen Redaktion er 1897 berufen wurde. Hier aber zogen die Revisionisten, unter ihnen Gradnauer und Kurt Eisner, und die Radikalen, Heinrich Ströbel und Heinrich Cunow, nicht am gleichen Strang. Bebel beobachtete argwöhnisch den im „Vorwärts“ ausbrechenden Familienstreit. Männer von Gradnauers Art sagten dem temperamentvollen Parteiführer nicht zu. Er spottete über den Zuckerwasser verzapfenden Lyriker, einen „dieser stets ruhig bleibenden, süßen Redner, die weder Kraft noch Galle im Leibe haben“¹⁴⁷. So mußten die Revisionisten 1905 weichen, und Stadthagen und andere Radikale zogen, wie schon erwähnt, in die Redaktion ein. Gradnauer kehrte nach Dresden zurück, wo er mit offenen Armen aufgenommen wurde. Er hatte manchen Strauß mit der „Leipziger Volkszeitung“ zu bestehen, an der in Schönlinks letzten Jahren und danach unter Mehrings Redaktion ein kompromißloser Radikalismus triumphierte. Aber er fand einen gleichgesinnten Redakteur in Gustav Noske von der „Chemnitzer Volksstimme“. Noske war von Gradnauers Klugheit eingenommen und hat ihm manchen Lorbeerkranz gewunden¹⁴⁸.

Über der journalistischen Arbeit vergaß Gradnauer die wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Produktion nicht. Seine Doktorarbeit behandelte Mirabeaus Gedanken über die Erneuerung des französischen Staatswesens. Sie ragt über das durchschnittliche Niveau der Dissertationen hinaus und wurde daher von Professor Gustav Droysen, dem Sohn des großen Historikers, in eine von ihm herausgegebene Schriftenreihe aufgenommen. Es ist schon an sich charakteristisch, daß Gradnauer als Thema den Verfassungsplan des führenden Politikers der Konstituante wählte, der „als kluger Staatsmann die verschiedenen Richtungen in Harmonie zu setzen“ wünschte. Noch bezeichnender sind einige von dem Autor vertretene Gedanken. „Mirabeau überschätzte das französische Volk seiner Zeit, er traute ihm einen Grad politischer Reife zu, den es entfernt nicht besaß.“ Genauso hat sich Gradnauer schon vor dem Ersten Weltkrieg über den Reifegrad der deutschen Arbeiterschaft zu Noske ausgesprochen und ihm seine Zweifel daran anvertraut, ob es jemals möglich sein würde, mit den deutschen Arbeitern zu regieren¹⁴⁹. Andere Schriften folgten jener Monographie: Das Elend des Strafvollzuges (1905), Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland (1909) und, zur Zeit der Weimarer Republik, zusammen mit Robert Schmidt ein Werk über die deutsche Volkswirtschaft (1921).

Im Reichstag hat Gradnauer zu Beginn seiner Tätigkeit dem Justizwesen seine Aufmerksamkeit zugewandt und besonders die Klassenjustiz in Sachsen aufs Korn genommen. Dann arbeitete er sich gründlich in den Militäretat ein. Nach seiner Wiederwahl im Jahre 1912 hat er die Hauptreden zu der neuen Militärvorlage dieses Jahres gehalten. Die Partei war in ihrem Kampf gegen

¹⁴⁷ Victor Adler, Briefwechsel, S. 447; 458.

¹⁴⁸ Noske, S. 233.

¹⁴⁹ Gradnauer, Mirabeaus Gedanken; das Zitat S. 57 f.; Gradnauers Zweifel an der Eignung der deutschen Arbeiter zur Regierung, s. Noske, S. 233.

den Rüstungswettlauf und mit ihrer Forderung auf Umwandlung der Armee in ein wahres Volksheer isoliert. Gradnauer hat die Liberalen und das Zentrum scharf angegriffen und ihre Zustimmung zu der Vorlage mit ihrer ablehnenden Stellungnahme gegenüber ähnlichen Regierungsforderungen in der Vergangenheit kontrastiert. Innerpolitisch berührte er Wahlrechtsfragen, überhebliche und Zwietracht säende Reden des Kaisers, Mißgriffe der Polizei und die Stagnation der Sozialpolitik. Während des Krieges vertrat er das Verlangen seiner Partei auf Verbesserung des Reichstagswahlrechts, auf Einführung des Frauenwahlrechts und Herabsetzung des Mindestwahlalters, drang aber bei keiner anderen Partei damit durch. Außenpolitische Fragen waren Gradnauers Ressort in der Redaktion des „Vorwärts“; er hat sich mit ihnen während seiner ganzen parlamentarischen Tätigkeit beschäftigt und wiederholt die Forderung nach stärkerer Beteiligung des Reichstags an der Gestaltung der Außenpolitik erhoben¹⁵⁰.

Die Vielseitigkeit seiner Interessen und seine Formulierungsgabe ließen Gradnauer der Fraktion als geeignet für den tour d'horizon erscheinen, der bei Reden zum Gesamthaushalt und zum Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes üblich ist. Zuweilen sprach er als zweiter Redner der Fraktion nach Philipp Scheidemann. Die beiden bildeten ein gutes Gespann. Scheidemann war scharf, zuweilen bissig, oft witzig, nie tief, aber instinktsicher in der Wahl des Stoffes, der den Gegner in Verlegenheit setzte. Gradnauers Ausführungen waren umfassend und gründlich durchdacht, aber ohne Höhepunkte. Er erwärmte selten, aber er langweilte nie. 1913 entwarf er zum Haushalt des Reichskanzleramts ein packendes Gemälde der deutschen Entwicklung, wie sie sich beim 25jährigen Regierungsjubiläum Wilhelms II. darstellte. Er schilderte den gewaltigen Aufschwung der Industrie und des Außenhandels, den Aufstieg neuer Schichten und die Rückständigkeit der staatlichen Einrichtungen, die mit den gesellschaftlichen Veränderungen nicht Schritt gehalten hatten. Das Haus lauschte interessiert, und dem Präsidenten kam erst spät der Gedanke, daß dies mit dem Etat wenig zu tun hatte. So konnte Gradnauer seine soziologische Vorlesung zu Ende führen, bevor er zu dem eigentlichen Beratungsgegenstand überging¹⁵¹.

Die politischen Verhältnisse in Deutschland brachten es mit sich, daß sich Radikale und Revisionisten vereint im Tageskampf häufig zusammenfanden. Nur Franks Auftreten wirkte zuweilen signalartig durch das Drängen zur Aktion, kombiniert mit temperamentvoller Polemik, was beides Gradnauer abging.

¹⁵⁰ Beispiele: Reichstag, St. B. 21. 2. 1899, S. 1026; 1072 ff. (Justiz); 5. 3. 1904, S. 1561 (Militäretat); 24. 4. 1912, S. 1355 und 10. 5. 1912, S. 1831 (Wehrvorlage); 16. 4. 1913, S. 4813; 4833; 15. 5. 1914, S. 8936 ff. (Innenpolitik, Sozialpolitik); 19. 3. 1903, S. 8733 ff.; 26. 10. 1916, S. 1813 ff. (Reichstag, Partei und Außenpolitik); dazu auch *Gradnauer*, Auswärtige Politik und Parteitaktik, S. 696.

¹⁵¹ Reichstag, St. B. 16. 4. 1913, S. 4812.

Dies änderte sich nach Kriegsausbruch, als starke Differenzen in der Fraktion hervortraten. Gradnauer wurde neben Eduard David führend auf dem rechten Flügel. Beide waren bestrebt, das zunächst vermittelnde und vorsichtige Zentrum der Fraktion unter Führung Eberts und Scheidemanns zu sich herüberzuziehen und die Gruppe um Haase zu isolieren und dann herauszudrängen. Als die Gegensätze sich ihrem Höhepunkt näherten, wurde Gradnauer Anfang 1916 in die Fraktionsleitung gewählt. Es war ein folgerichtiger Schritt. Gradnauer gehörte zu den entschiedensten Verfechtern der Bewilligung der Kriegskredite und polemisierte auch publizistisch scharf gegen die Minderheit. Er blieb auch in den Augenblicken fest, in denen die Fraktion und der Parteiausschuß schwankten. Dann warf er sich in der vordersten Linie den Unsicheren entgegen. In Momenten politischer Depression suchte er die Verzagenden aufzurichten. Er berief sich auf historische Beispiele in schwierigen Zeiten der deutschen Vergangenheit und bemühte sich, das Vertrauen zu Hindenburg und Ludendorff als deutschen Heerführern zu stärken. Sein steigender Einfluß kommt darin zum Ausdruck, daß ihm zuweilen die Begründung für die Bewilligung der Kriegskredite, aber auch für die Ablehnung des ordentlichen Haushalts übertragen wurde: bei jenen handele es sich, unabhängig vom Vertrauen zur Regierung, um eine durch den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung gebotene Maßnahme, bei diesem dagegen um einen Protest gegen die reformfeindliche und unsoziale Politik der Regierung und der Parteien der Mehrheit. David, der in seinem Kriegstagebuch überheblich wirkt und zuweilen auch die Führer der Parteimitte, wie Ebert und Scheidemann, mit schneidender Schärfe kritisiert, zählte Gradnauer zu seinen engsten Vertrauten. Der Führer des rechten Flügels, der seinem Tagebuch seine antisemitischen Empfindungen anvertraute, spendete ihm ein im Munde eines Sozialdemokraten seltsames Lob: „Er ist der letzte der Juden, auf den ich noch Vertrauen setze“¹⁵².

Zum Unterschied von einigen Sozialdemokraten aus dem Kreis der „*Sozialistischen Monatshefte*“ hat Gradnauer dem Imperialismus keine Konzessionen gemacht. Er war auf einen Frieden des Ausgleichs bedacht. Er hat die bedingungslose Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens verlangt und die deutsche Regierung wiederholt dafür kritisiert, daß sie ihre Kriegsziele nicht klar zu erkennen gab. Die wichtigste, in der Fraktion und ihrem Vorstand vorher sorgfältig durchgeführte Reichstagsrede Gradnauers im Kriege richtete sich gegen die alldeutschen „ausschweifenden Eroberungspolitiker und rücksichtslosen Gewaltmenschen“, vor denen Bethmann Hollweg im Frühjahr

¹⁵² David, S. 165 („Der letzte der Juden ...“); Gradnauer, Die Irrungen der Minderheit, 1. 11. 1915, S. 242 ff.; David, S. 153, 168, 237 (Formulierung von Manifesten und Aufrufen); Gradnauer, Die harte Prüfung, 16. 9. 1916, S. 965 (Historische Vorgänge und Heerführung); Reichstag, St. B. 6. 6. 1916, S. 1521 ff.; 16. 5. 1917, S. 3498; (Stellung zu den Kriegskrediten und zum ordentlichen Haushalt); Gradnauer gegen die Schwankenden, s. Scheidemann, Memoiren II, S. 27.

1916 die Flucht in die Öffentlichkeit antrat. Wilson als Friedensvermittler hat Gradnauer namens seiner Fraktion, entgegen den Sprechern der bürgerlichen Mehrheit, willkommen geheißen, vor dem unbeschränkten Unterseebootkrieg hat er dringend gewarnt. Die Aufteilung Elsaß-Lothringens zwischen Preußen und Bayern, über die geheime Verhandlungen schwebten, hat er entschieden bekämpft und für das Reichsland entsprechend den Richtlinien der Partei völlige Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches gefordert. An seinem internationalen Status aber wollte er auf keinen Fall rühren lassen: Elsaß-Lothringen sei Jahrhunderte lang mit Deutschland verbunden gewesen, die Bevölkerung zum größten Teil deutschsprachig; das Wort von der „Desannexion“ des Elsaß wies Gradnauer als verfehlt zurück¹⁵³. Die Gewaltpolitik gegen Osteuropa hat er gedeckt. Er hat mit seiner Fraktion den Verträgen von 1918 mit der Ukraine und Rumänien zugestimmt; er gehörte zu der Fraktionsminderheit, die auch dem Vertrag mit Sowjetrußland zustimmen wollte, anstatt Stimmhaltung zu üben. Über die Lage Deutschlands nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg war sich Gradnauer nicht klar. Soweit die Verantwortung für die Spaltung der Sozialdemokratischen Fraktion und Partei auf ihren rechten Flügel fällt, war er daran erheblich beteiligt. Gradnauer ist in seinem politischen Urteil wiederholt fehlgegangen. Deutschland hat er geliebt. Dem Greis ist die Deportation in das Konzentrationslager Theresienstadt nicht erspart geblieben.

Joseph Herzfeld

Nach Ablegung des Abiturientenexamens war Joseph Herzfeld* in der väterlichen Fabrik, dann als Volontär in einer Bankfirma tätig. Aus nicht mehr zu ermittelnden Gründen ging er nach Amerika und ließ sich in New York als Kaufmann nieder. Er unternahm ausgedehnte Reisen durch die Vereinigten Staaten, Kanada und Kuba, das damals eine spanische Kolonie war. 1878 sattelte er um. Er studierte amerikanisches Recht an der *Columbia Law School* und arbeitete mehrere Jahre als Rechtsanwalt in New York. Nach elfjährigem Auslandsaufenthalt kehrte Herzfeld nach Deutschland zurück. Er

* *Joseph Herzfeld*, geb. 1853 in Neuß (Rhein). Konfessionslos. Kaufmännischer Beruf, seit 1874 in den Vereinigten Staaten. Studierte 1878 bis 1880 in New York amerikanisches Recht, 1881 bis 1885 Attorney and Counselor-at-Law in New York. Studierte nach Rückkehr nach Deutschland Rechtswissenschaften, Dr. jur. 1892 Rechtsanwalt in Berlin. 1898 bis 1906 und 1912 bis 1918 Mitglied des Reichstags für Rostock. 1916 in der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, 1917 Mitglied der USPD. Ende November 1918 während eines Monats Beigeordneter im Reichsamt des Innern. 1920 bis 1924 Mitglied des ersten Reichstags der Republik (USPD), 1924 Mitglied des zweiten Reichstags (KPD).

¹⁵³ Reichstag, St. B. 6. 6. 1916, S. 1521 ff. (Wilson als Vermittler; dazu aufschlußreich *E. Fraenkel*, S. 69 ff.). In derselben Rede Gradnauers die Stellungnahme gegen Eroberungspolitiker.

nahm hier das Studium des deutschen Rechts auf und ließ sich 1892 als Rechtsanwalt in Berlin nieder. Im Reichstag vertrat er die Stadt Rostock (Mecklenburg-Schwerin). Im August 1914 trat er für die Ablehnung der Kriegskredite ein. Er nahm 1915 an der internationalen Konferenz der Vertreter der oppositionellen Minderheiten in den sozialistischen Parteien in Zimmerwald in der Schweiz teil und ging 1917 mit Haase zur USPD. Er war der einzige sozialdemokratische Abgeordnete jüdischer Abstammung der Kaiserzeit, der bei der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien 1922 zu den Kommunisten übertrat. Als Mitglied der kommunistischen Fraktion gehörte er 1924 dem kurzlebigen zweiten Reichstag der Republik an. Dann verliert sich seine Spur¹⁵⁴.

Herzfelds parlamentarische Leistungen spiegeln die Vielfalt seiner Ausbildung, seiner Erfahrungen und seines Lebens in verschiedenen Ländern nicht wider. Er sprach gelegentlich zum Etat der Justizverwaltung und beschäftigte sich häufig mit Fragen des Wahlrechts. Dabei pflegte er auf die rückständige Verfassung Mecklenburgs hinzuweisen, wo die Bevölkerung nicht wahlberechtigt war; die beiden Großherzogtümer wurden nach ständestaatlichen Prinzipien regiert. Herzfeld erklärte dies für verfassungswidrig und verlangte Abhilfe, die Regierung bestritt jedoch die rechtliche Möglichkeit eines Eingreifens¹⁵⁵.

Bei der Beratung des Haushalts der Justizverwaltung kam Herzfeld 1901 auf den Mord an einem Gymnasiasten in Konitz (Westpreußen) zu sprechen. Der Mord wurde von der örtlichen Bevölkerung als Ritualmord angesehen und den Juden zur Last gelegt. Ein Jude wurde unter Anklage gestellt, jedoch freigesprochen. Der Vorfall führte zu antisemitischen Exzessen und Pogromen in Konitz und benachbarten Städten und erregte in ganz Deutschland gewaltiges Aufsehen. Preußische Truppen stellten die Ruhe in der Stadt wieder her. In der Reichstagsdebatte, die erst lange nach dem Ereignis stattfand, erhoben drei Antisemiten, teils direkt, teils indirekt, die Blutbeschuldigung gegen die Juden. Herzfeld wies darauf hin, daß unter dem Druck der antisemitisch verhetzten Konitzer Bevölkerung die örtlichen Behörden die Untersuchung einseitig gegen die Juden geführt und andere Spuren vernachlässigt hätten. Durch deren Verfolgung unmittelbar nach dem Verbrechen wäre der Mord vielleicht aufgeklärt worden. Die Lektüre der Reichstagsberichte hinterläßt einen für den Deutschen Reichstag beschämenden Eindruck. Nur einige sozialdemokratische und freisinnige Redner traten den Antisemiten entgegen, und ihre Worte klangen gegenüber den ungeheuerlichen Anschuldigungen schwächlich. Soweit Vertreter anderer Parteien das Wort ergriffen, verwiesen sie auf die Zuständigkeit der preußischen Regierung und des preußischen Ab-

¹⁵⁴ Herzfelds Lebenslauf in Reichstags-Handbuch II 1924, S. 436. Informationen verdanke ich Herrn Paul Mayer, Leiter des Archivs der SPD, Bonn.

¹⁵⁶ Reichstag, St. B. 6. 12. 1912, S. 512; 12. 2. 1913, S. 3723 ff.; 8. 7. 1918, S. 5921 ff.

geordnetenhauses. Aus demselben Grunde erklärte sich der Staatssekretär des Reichsjustizamts unzuständig und uninformiert. Der Vertreter der Reichsregierung und die Sprecher der großen Mehrheit des Reichstages vermieden es peinlich, eindeutig Stellung zu beziehen und der antisemitischen Agitation entgegenzutreten. Ebenso verlief die Debatte einige Tage darauf im Abgeordnetenhaus¹⁵⁶. In den dunkelsten Jahrhunderten des Mittelalters hatten sich höchste geistliche und weltliche Würdenträger gegen das Ritualmordmärchen gewandt. Vertreter der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses aber verharrten im ersten Jahr des 20. Jahrhunderts gegenüber der antisemitischen Blutbeschuldigung in dumpfem Schweigen.

Im Juni 1918 forderte Herzfeld in einer mutigen Reichstagsrede namens seiner Partei die Aufhebung des Belagerungszustandes als das einzige wirkungsvolle Mittel, dem willkürlichen Eingreifen der Militärbehörden in die persönliche Freiheit und in die Rede- und Pressfreiheit Einhalt zu gebieten. Herzfeld führte krasse Beispiele von Mißbräuchen an: als die bereits erwähnten geheimen Verhandlungen über die Aufteilung Elsaß-Lothringens zwischen Preußen und Bayern schwebten, wurde den Abgeordneten des elsäß-lothringischen Landtags verboten, im Lande darüber zu sprechen. Die Veröffentlichung einer einmütigen Protesterklärung des Landtags gegen dieses Verbot wurde untersagt. Herzfeld selbst wurde in seiner politischen Tätigkeit schwer behindert: er durfte in öffentlichen und nichtöffentlichen politischen Versammlungen in Mecklenburg-Schwerin nicht auftreten. Anderen oppositionellen Politikern wurden Rede- oder Aufenthaltsverbote auferlegt oder Vorschriften für den Inhalt ihrer Reden gemacht¹⁵⁷. Erfolg hatten alle diese Kritiken nicht, und für die Aufhebung des Belagerungszustandes gab es im Reichstag keine Mehrheit.

Gustav Hoch

Gustav Hoch* hatte die Klassiker des Sozialismus gründlich studiert und war ein überzeugter Marxist. Im Apparat der deutschen Arbeiterbewegung bekleidete er eine Stellung, die äußerst selten von einem Akademiker einge-

* *Gustav Hoch*, geb. 1862 in Neubrück (Provinz Posen). Freireligiös. Besuch der Realschule. 1880 bis 1883 kaufmännische Lehre im Warengroßgeschäft in Danzig, dann Besuch des Gymnasiums. 1885 bis 1890 Studium in Berlin, Königsberg und Zürich. 1890 bis 1894 Schriftleiter der „*Volksstimme*“ in Frankfurt am Main, 1891 bis 1916 Schriftleiter der „*Deutschen Dachdecker-Zeitung*“; bis 1933 als freier Schrift-

¹⁵⁶ Herzfelds Rede, Reichstag, St. B. 5. 2. 1901, S. 1127. Die Rede Liebermanns von Sonnenberg, des verantwortungslosesten antisemitischen Agitators ebenda, 7. 2. 1901, S. 1176 ff. – Für die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus vgl. St. B. vom 8. und 9. 2. 1901, passim.

¹⁵⁷ Reichstag, St. B. 6. 6. 1918, S. 5221 ff. (Elsaß, Zensur, Sprechverbote); 7. 6. 1918, S. 5279 ff. (Schutzhaft).

nommen worden ist: er wurde in der Industriestadt Hanau Arbeitersekretär der Freien Gewerkschaften. Die organisierten Arbeiter pflegten diese Posten Männern vorzubehalten, die aus ihren Reihen gekommen waren und daher ihre Nöte und Bedürfnisse aus eigenem Erleben kannten. In der monarchischen Zeit ist außer Hoch nur Adolf Braun, der in der Weimarer Periode Reichstagsabgeordneter wurde, einige Jahre Arbeitersekretär gewesen. Hoch aber übte diese Funktion 25 Jahre lang zur vollen Zufriedenheit der Arbeiter aus. Er hatte mit Behörden, Arbeitgebern, Organen der staatlichen Versicherung und anderen Dienststellen zu verhandeln. Er wußte um die Sorgen der Arbeiter, die reformistische Arbeit wurde sein tägliches Brot. Hoch schöpfte die in Staat und Gesellschaft der Kaiserzeit gegebenen Möglichkeiten bis zum letzten aus. Max Bräuning, der Generaldirektor des größten Hanauer Unternehmens, der Dunlop Werke, äußerte sich später anerkennend über den vernünftigen Verhandlungspartner, mit dem er trotz scharfer politischer Meinungsverschiedenheiten bei der Regelung von Arbeitsstreitigkeiten zu positiven Ergebnissen kam. An seinen prinzipiellen Auffassungen ließ Hoch allerdings nicht rütteln. Als Wurm 1913 auf dem Jenaer Parteitag seine Resolution zur Steuerfrage durchsetzte, stimmte Hoch mit der oppositionellen Minderheit. Die Erwägung, daß die Bewilligung direkter Steuern die Arbeiterschaft vor höherer indirekter Besteuerung schützen würde, mußte hinter dem Grundsatz zurücktreten, daß die Sozialdemokratie sich an der Deckung von Rüstungsausgaben nicht beteiligen dürfte¹⁵⁸.

Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der Hoch radikale Prinzipien und reformistisches Wirken im Tageskampf bejahte, trat er für die Aufrechterhaltung der Parteieinheit ein. Seit 1915 befürwortete er die Ablehnung der Kriegskredite. Aber obwohl er mit Haase seit ihren Königsberger Studententagen befreundet war, folgte er ihm nicht in die neue Fraktion und in die USPD. Eine Parteispaltung mußte die Sozialdemokratie schwächen und erschien ihm daher als das größte Übel. So kämpfte er als einziger der jüdischen Kreditgegner für seine Ideen in der alten Partei und entzog sich der Abstimmung über die Kredite durch das von der Fraktion seit jeher sanktionierte Verlassen des Sitzungssaales. Als Haase ihn brieflich zu einer Änderung sei-

steller tätig. 1894 bis 1919 Arbeitersekretär in Hanau. 1902 bis 1908 und 1910 bis 1919 Stadtverordneter in Hanau. 1898 bis 1903 und 1907 bis 1918 Mitglied des Reichstags, 1919 bis 1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920 bis 1928 Mitglied des Reichstags. Gest. 1942 in Theresienstadt.

¹⁵⁸ Hochs Lebenslauf in Reichstags-Handbuch III 1925, S. 263. – Hoch hat Erinnerungen hinterlassen, die sich im Besitze seines Sohnes, des Regierungspräsidenten a. D. Dr. Fritz Hoch, Kassel, befinden. Ich verdanke diesem eingehende briefliche Mitteilungen darüber. Tatsachen, die in der Darstellung nicht anderweitig quellenmäßig belegt sind, stützen sich auf diese Mitteilungen. Die Information über Bräunings Urteil verdanke ich Herrn Dr. Max Hermann Maier, Paraná, Brasilien, früher Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, Rechtsberater und zeitweise Mitglied des Aufsichtsrat der Dunlop-Werke in Hanau. Über den Jenaer Parteitag s. oben S. 485.

ner Haltung zu bewegen suchte, erwiderte Hoch ablehnend. Er bestritt, daß die innere Kraft der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft durch den Übertritt der 20 Kreditgegner stärker werden und daß die Friedensbewegung daraus Nutzen ziehen würde. Bitter beklagte er die Gehässigkeit, mit der jede Seite der anderen den guten Glauben abstritt, während doch in Wirklichkeit alle einen baldigen Frieden ohne Vergewaltigung irgendeines Volkes erstrebten¹⁵⁹. Gegen persönliche Angriffe hat Hoch auch nach dem Bruch Haase stets in Schutz genommen.

Unabhängiges Denken und Lebensführung zeichnen Hoch auch bei nicht-politischen Gelegenheiten aus. Er las bis in sein hohes Alter lateinische und griechische Philosophen in der Ursprache und verfolgte auch die modernen philosophischen Richtungen. Hochs Vorfahren waren Rabbiner. Er hatte mit seinem Vater viele ernste Gespräche, in denen er ihm von seinen religiösen Zweifeln sprach. Die Sittenlehre des Judentums erkannte er an, den Jenseitsglauben aber teilte er nicht, und die Ethik beruhte für ihn auf dem Gebot der Nächstenliebe unabhängig von göttlichen Vorschriften. Um 1885 schied er aus dem Judentum aus. Er kam mit Anhängern der freireligiösen Gemeinden in Verbindung, die sich seit 1848 in Berlin und u. a. in hessischen und badi-schen Städten gebildet hatten. Wieder ging Hoch seinen eigenen Weg. Alle anderen Abgeordneten, die das Judentum verließen, nannten sich Dissidenten, konfessionslos oder religionslos und betonten so den negativen Aspekt ihrer Entscheidung. Hoch schloß sich dagegen der freireligiösen Bewegung an, in der Moralunterricht erteilt und bestimmte Formen, wie die Jugendweihe, beobachtet wurden.

Hoch haßte jede Ungerechtigkeit. Verschlagenheit und List lagen ihm fern, diplomatische Künste achtete er gering. Seine Ansichten sprach er unverblümt und temperamentvoll aus und stieß dadurch manchen vor den Kopf. Zuweilen aber gewann er gerade dadurch Zustimmung. Als er 1912 Fehler der Kolonialverwaltung in der Handhabung der Diamantenregie bloßstellte und die davon herrührende Schädigung der deutschen Diamantenschleifer schilderte, hatte er in dem konservativen Führer Graf Westarp und dem einflußreichen Zentrumsabgeordneten Erzberger eine unerwartete Gefolgschaft. Auch der neue Staatssekretär des Reichskolonialamts, Wilhelm Solf, fand anerkennende Worte für das warme Eintreten des Vertreters von Hanau für die dortigen Arbeiter und die deutsche Arbeiterschaft überhaupt¹⁶⁰.

Hoch bereitete seine Reden gewissenhaft vor, sprach aber frei. Er fesselte seine Hörer nicht durch rhetorische Künste, sondern durch die Kraft der Überzeugung und die Ehrlichkeit, die aus seinen Reden klang. Er war einer der fleißigsten Abgeordneten. Selbst Westarp konnte nicht umhin, dies in einer sonst gehässigen Bemerkung über seinen politischen Gegner anzuerken-

¹⁵⁹ Haases Brief an Hoch vom 16. 9. 1916 in *Ernst Haase*, S. 131 ff.; Hochs Antwort vom 29. 1. 1917, mitgeteilt von Dr. Fritz Hoch.

¹⁶⁰ *Schultheß*, 1912, S. 133 f.

nen¹⁶¹. Hoch legte einen strengen Maßstab an sich selbst an. Seit 1898 war er, mit nur einer Unterbrechung von 1903 bis 1906, Reichstagsabgeordneter von Hanau gewesen. Trotz der dringenden Bitten seiner Freunde entschloß er sich, 1928 nicht mehr zu kandidieren. Er wollte den richtigen Zeitpunkt für sein Ausscheiden in ungeschwächter Geisteskraft selbst bestimmen. Seine fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit aber gab er auch nach dem Verzicht auf sein Mandat nicht auf. Er legte die Feder, die er fast ein halbes Jahrhundert lang zur Verbesserung des Loses der Arbeiter geführt hatte, erst unter dem Zwang der nationalsozialistischen Machthaber nieder.

Als Student hatte Hoch philosophische, volkswirtschaftliche, historische und rechtswissenschaftliche Vorlesungen gehört. Dann spezialisierte er sich auf die Nationalökonomie, vor allem auf Arbeiterschutz und Sozialpolitik. Die Pforten der deutschen Universitäten verschloß ihm eine Diskussionsrede in einer freisinnigen Studentenversammlung; er empfahl die Lektüre von Marx' Kapital, aus der er viel gelernt zu haben erklärte. Seine Polizeiakte füllte sich mit Spitzelberichten bis in die Zeit hinein, in der er bereits sein Mandat ausübte. Hoch mußte sein Studium in Zürich fortsetzen. Er kämpfte sich in kärglichen Verhältnissen durch. Er trat der Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten in Zürich bei; Eduard Bernstein schreibt von der Anerkennung, die der intelligente, fleißige und bescheidene Student Hoch in diesen Kreisen genoß¹⁶². Seine Doktorarbeit behandelte die Geschichte des Arbeiterschutzes in Deutschland. Vor der Promotion trieb es ihn jedoch in die Politik. Später führte er seine Dissertation bis zum Jahre 1914 fort, zu ihrer Veröffentlichung aber ist es nicht gekommen.

Seine systematische politische Tätigkeit begann Hoch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes als Redakteur der „*Volksstimme*“ in Frankfurt am Main. Er legte die Redaktion nieder, als er das Hanauer Arbeitersekretariat übernahm, setzte aber eine andere redaktionelle Tätigkeit bei der „*Dachdecker Zeitung*“ bis 1916 fort. Sein besonderes Interesse am Bauarbeiterschutz hängt mit dem Einblick zusammen, den ihm diese Arbeit vermittelte. Seinen Lebensunterhalt verdiente Hoch außerdem als freier Schriftsteller mit Beiträgen für sozialistische Zeitungen, für die „*Neue Zeit*“ und für gewerkschaftliche und sozialpolitische Zeitschriften. Auch kommentierte er sozialpolitische Gesetze. Hochs Interesse für Steuerfragen stand mit seiner sozialpolitischen Arbeit in engem Zusammenhang. 1916 ließ er eine Broschüre über „*Neue Steuern im Krieg*“ erscheinen.

Auch im Reichstag machte Hoch die Sozialpolitik zu seinem eigentlichen Arbeitsfeld. Zu rein politischen Fragen hat er in der Fraktion sehr häufig und temperamentvoll, im Plenum nur ausnahmsweise das Wort ergriffen. Eine solche Ausnahme stellt seine wuchtige Rede zu dem hier wiederholt be-

¹⁶¹ Westarp, II, S. 292.

¹⁶² Victor Adler, Briefwechsel, S. 57.

rührten Fall Zabern dar, die seine Fraktion zu ungewöhnlich starken Beifallsbezeugungen hinriß und als Broschüre verbreitet wurde¹⁶³. Aus Hochs sozialpolitischen Reden spricht das warmherzige Mitempfinden mit den Rechtlosen und Bedürftigen und die Kenntnis des Fachmanns. Von Abstraktionen und Spekulationen hielt er sich fern. Hoch nahm das Wort regelmäßig zum Etat des Staatssekretärs des Innern, der damals auch für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen zuständig war; er wurde Berichterstatter für das Gebiet der Sozialpolitik. Er drang in die vielfältigsten Probleme ein: Koalitionsrecht und die Lebenshaltung der Arbeiter, Unfallverhütung und alle Gebiete der Sozialversicherung, die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Mittelstandes. Einen Höhepunkt erreichte Hochs Tätigkeit bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung und des Versicherungsgesetzes für Angestellte. An der Beratung dieser Entwürfe arbeiteten außer ihm Hermann Molkenbuhr und der spätere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Bebel und der damals noch junge Abgeordnete Carl Severing mit. Die Zurückweisung ihrer Verbesserungsvorschläge veranlaßte die Fraktion, die Vorlage abzulehnen. Auch nach ihrer Annahme durch die Mehrheit hat Hoch oft auf die Unvollkommenheiten des Gesetzes hingewiesen¹⁶⁴. Das Versicherungsgesetz für Angestellte dagegen wurde einstimmig angenommen.

Während des Krieges standen sozialpolitische und Steuerfragen ebenfalls im Mittelpunkt von Hochs Wirken. Er begründete die Interpellation seiner Partei zur Mietspolitik, zu der unzureichenden Lebensmittelversorgung und zur Kohlenknappheit. Schon vorher hatte er bei seiner Kritik eines Entwurfs neuer Verbrauchs- und Verkehrssteuern schwere Zusammenstöße mit dem in der Polemik stets maßlosen Staatssekretär des Innern Karl Helfferich. Hoch selbst konnte in der politischen Auseinandersetzung sehr scharf werden und ist es damals gewesen. Er polemisierte aber nicht um der Polemik willen. So erkannte er bei aller Kritik des Reichsversicherungsamtes an, daß es auch zum Vorteil der Arbeitnehmer in manchen Versicherungsstreitigkeiten eingegriffen hatte. Wiederholt rühmte er die Hingebung der Beamten der Zentralbehörden und hatte Worte hohen Lobes für den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Adolf von Batocki-Friebe. Als Hoch im Mai 1918 als Berichterstatter zum Haushalt des neu geschaffenen Reichswirtschaftsamtes sprach, hob er zwar hervor, daß der Staatssekretär von anderen Gesichtspunkten ausging als er und seine Parteifreunde, stimmte aber mit ihm in der Behandlung vieler praktischer Fragen überein¹⁶⁵. Ebenso wie in Hanau, kam es dem klugen Abgeordneten in Berlin auf konkrete Resultate an.

¹⁶³ Reichstag, St. B. 11. 12. 1913, S. 6351 ff. Die Rede wurde im Rahmen einer Etatdebatte gehalten und enthielt auch Bemerkungen zu anderen Gegenständen.

¹⁶⁴ Reichstag, St. B. 24. 1. 1899, S. 407 ff.; 24. 2. 1910, S. 1579 ff. (Reichsamt des Innern); zahlreiche Reden im Mai 1911 über die Reichsversicherungsordnung; am 16. 1. 1913, S. 3015 über ihre Unvollkommenheit.

¹⁶⁵ Reichstag, St. B. 23. 3. 1916, S. 828 ff. (Steuerpolitik, Zusammenstöße mit

Unbeugsam aber blieb Hoch in seiner Einstellung zur Regierungs- und Kriegspolitik. Hier ließ er sich zuweilen von der Tendenz zu demonstrativem Auftreten und von seinem Temperament hinreißen. Am 4. August 1914 trat er für die Bewilligung der Kriegskredite ein, aber er forderte am stürmischsten von allen, daß Haase, der Gegner der Bewilligung, die Erklärung der Fraktion verlesen sollte. Im Februar 1915 wurde er anstatt Georg Ledebours, der auf sein Vorstandsamt verzichtet hatte, mit einer, wenn auch sehr knappen Mehrheit gegen einen gemäßigeren Gegenkandidaten in den Fraktionsvorstand gewählt. Die Majorität wollte den Anschein der Unduldsamkeit vermeiden und dem sehr kritischen Beurteiler ihrer Politik Sitz und Stimme im Vorstand nicht vorenthalten. Als aber Haase zehn Monate später den Vorsitz niederlegte, gab Hoch freiwillig seine wichtige Position preis: „Ich bin überzeugt, daß in dem Vorstand, wo für einen Mann wie den Genossen Haase kein Platz mehr ist, für mich ebenfalls keine Möglichkeit mehr besteht, nützlich zu wirken.“ Nach dem Ausscheiden der von Haase geführten Achtzehn aus der Fraktion und aus der Partei fiel Hoch die Aufgabe des führenden Sprechers der Minderheit zu. Die Fraktion fuhr fort, ihm Gelegenheit zur Vertretung seiner Ansichten zu geben, und entsandte ihn u. a. in den Hauptausschuß. Sie gewährte ihm auch auf dem Würzburger Parteitag von 1917 unbeschränkte Redezeit bei der Diskussion des von Eduard David erstatteten Berichts der Reichstagsfraktion. Hoch sprach entschieden, leidenschaftlich, aber er stand auf verlorenem Posten. Namens der Minderheit legte er eine Resolution vor, die die Kreditverweigerung androhte, falls die Regierung in der Friedens-, Verfassungs- und preußischen Wahlrechtsfrage den Forderungen der Partei nicht Rechnung trüge. Sie wurde mit 257 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Sowohl im Hauptausschuß wie in Würzburg wies Hoch auf die revolutionäre Situation hin, die mit Notwendigkeit aus der deutschen Regierungspolitik hervorgehen würde¹⁶⁶. Vielleicht kein anderer Parlamentarier hat dies so frühzeitig und unverhüllt getan.

Hoch war seinem Naturell nach ein glühender Optimist, er baute fest auf kommende bessere Zeiten. Er blieb ein Optimist auch im Kriege und in der nationalsozialistischen Zeit, die er in einem jüdischen Altersheim verbrachte. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ließen die Nationalsozialisten den fast Achtzigjährigen Straßen fegen und Schnee schippen, bevor sie ihn 1942 in das Lager Theresienstadt deportierten. Dort ist er bald nach seiner Einliefe-

Helfferich); 9. 7. 1917, S. 3527 ff. (Interpellation); 4. 3. 1910, S. 28 ff. (Reichsversicherungsamt); 20. 3. 1917, S. 2545 f. (Arbeitsleistung im Reichsamt des Innern, Batocki); 2. 6. 1918, S. 4882 ff. und 6. 5. 1918, S. 4955 ff. (Reichswirtschaftsamt); S. 4964 (Antwort des Staatssekretärs).

¹⁶⁶ Über Haases Erklärung, s. oben S. 435; über Hochs Haltung, *Scheidemann*, Memoiren I, S. 257; *David*, S. 8–10; Ausscheiden aus dem Fraktionsvorstand, ebenda, S. 148; 152. Hoch im Hauptausschuß, s. *Westarp*, II, S. 61; 209; 338; über den Würzburger Parteitag 1917, Protokoll S. 339; Resolution S. 398 ff.

rung gestorben. Den Geist des hilfreichen und selbstlosen Menschen und uneigennütigen Vorkämpfers der deutschen Arbeiterbewegung aber haben die Machthaber jener Zeit und ihre Helfershelfer nicht zu brechen vermocht.

d) Die Abgeordneten von 1912

Max Cohen

Max Cohen* war niemals ein Konformist. Es fiel ihm leichter als anderen, Neuland zu betreten. Dabei beschritt er manchmal recht bedenkliche Wege, bewies aber zuweilen auch ein überraschendes Verständnis für politische Erfordernisse einer schnell wechselnden Zeit.

Cohen begann als Revolutionär und gewann Sympathien in der radikalen Arbeiterschaft des mitteldeutschen Industriegebiets. Auf dem Parteitag in Chemnitz schien ihm der von Haase eingeschlagene Weg, auf dem die Masse der Delegierten dem Parteiführer folgte, verfehlt: eine Verhütung von Kriegen durch Einsatz der Partei innerhalb des imperialistisch-kapitalistischen Systems betrachtete er als Illusion, den revolutionären Weg als allein aussichtsreich. Kurz nach seiner kompromißlosen Diskussionsrede wurde er bei einer Nachwahl in Reuß ä. L. im Dezember 1912 aufgestellt. Der Kreis war sicherer sozialdemokratischer Besitz; Cohen siegte mühelos. Als Max Cohen-Reuß ist er im Reichstag und in der Weimarer Zeit bekannt geblieben¹⁶⁷.

Im Parlament hat Cohen revolutionären Vorstellungen entsagt und ist in völliger Kehrtwendung zum Revisionismus übergegangen. Als Mitglied des Kreises um Südekum, Robert Schmidt und David sah er am 4. August 1914 von vornherein in der Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht eine durch besondere Umstände bedingte Abweichung von der traditionellen Haltung der Partei, sondern eine endgültige Änderung ihrer Einstellung zum Staate. In Besprechungen mit hohen Regierungsvertretern war Cohen in der Frage der Staatsform, des preußischen Wahlrechts und der Gesamteinstellung der Partei zu weitgehenden Konzessionen bereit. Der einstige Revolutionär ging weiter als diejenigen, die stets einen gemäßigeren Standpunkt eingenommen

* *Emanuel (Max) Cohen-Reuß*, geb. 1876 in Langenberg (Rheinland). Kaufmännischer Angestellter, Exporteur, dann Studium der Volkswirtschaftslehre. Schloß sich 1902 der Sozialdemokratie an. 1908–1914 Stadtverordneter in Frankfurt (Main). Dezember 1912–1918 Reichstagsabgeordneter für Reuß ä. L. Nahm am Ersten Weltkrieg teil. 1918 im Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. 1920–1933 Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Emigrierte 1934 nach Frankreich. Gest. 1963 in Paris.

¹⁶⁷ Cohens Lebenslauf in Nachtrag zum Reichstags-Handb. 13. Leg.Per. Berlin 1916, S. 9. Eine ausführliche Darstellung in „*Aufbau*“, New York, 29. 3. 1963, S. 6. Informationen verdanke ich Herrn Paul Mayer, Leiter des Archivs der SPD, Bonn. Über Cohens Auftreten in Chemnitz, Sozialdemokratischer Parteitag Chemnitz 1912, Protokoll, S. 427.

hatten. Scheidemann, David und andere mißbilligten seine eilfertige Preisgabe von Positionen der Partei. Sie blieben härter¹⁶⁸.

Zwei Jahre nach Kriegsausbruch wurde erkennbar, daß Cohen abermals eine Wendung vollzogen hatte. Nachdem er schon Ende 1915 in einem Artikel der „*Glocke*“ eine Sinneswandlung hatte erkennen lassen, schloß er sich dem Kreis der „*Sozialistischen Monatshefte*“ an. In ihnen hatte ihr Herausgeber, Joseph Bloch, abweichend von den Grundvorstellungen der Partei, sofort nach Kriegsausbruch die Brechung der Vormachtstellung Großbritanniens in der alten Welt und ein Jahr später die Zusammenarbeit der Mächte des europäischen Festlands als Aufgaben der deutschen Politik proklamiert. Bloch duldete in den „*Monatsheften*“ keine andere Meinung. Cohen veröffentlichte dort seinen ersten Artikel im August 1916. Seitdem vertrat er auch in der Fraktion, zusammen mit nur einem einzigen anderen Abgeordneten, Ludwig Quessel, die „Kontinentalpolitik“ mit derselben Hartnäckigkeit und dem gleichen Mangel an Augenmaß, die er in der Vertretung jeder seiner wechselnden Grundanschauungen gezeigt hat: Deutschland verfügte über die höher entwickelte Wirtschaftsorganisation und Produktionsmethode und hatte daher das historische Recht auf seiner Seite. Die despotische Macht Großbritanniens über den Weltmarkt mußte gebrochen, der Kolonialbesitz neu verteilt und Deutschland als der größte Industriestaat des Kontinents „ein großes afrikanisches vom Ozean des Westens bis zum Ozean des Ostens“ reichendes Kolonialreich erhalten. Zur Überraschung der Fraktion, aber in konsequenter Gedankenfolge setzten sich im Entscheidungsjahr 1917 Cohen und Quessel für den unbeschränkten Unterseebootkrieg ein¹⁶⁹.

Um diese antibritischen Ziele durchzusetzen, forderte Cohen, unabhängig von dem jeweils in Rußland bestehenden Regime, eine Politik, die die Aussichten einer Freundschaft mit Rußland nicht gefährden und einem Ausgleich mit Frankreich nichts in den Weg legen sollte. Er bekämpfte die Wiedererrichtung eines polnischen Staates, die die Feindschaft mit Rußland verewigen müßte, und hat manches kluge und skeptische Wort gegen die Überspannung der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker gefunden: Deutschland hatte nicht die Mission, die Völker im Osten Europas zu befreien, und diese hatten nicht den Wunsch, von Deutschland befreit zu werden. Annexionen auf dem Kontinent waren abzulehnen; die Lösung bestand in der Schaffung einer freien russischen Föderativrepublik. Cohen steigerte die Intensität seiner Kampagne nach dem Ausbruch der Märzrevolution in Rußland und fand es unbegreiflich, daß die Regierung dieses „Gottesgeschenk“ nicht geschickter

¹⁶⁸ David, S. 44; 50.

¹⁶⁹ Cohen-Reuß, Imperialistische Randbemerkungen, S. 381 ff.; Cohen-Reuß, Zur Wiederkehr des 4. August, S. 781 ff.; Cohen-Reuß, Das Volk und der Krieg, besonders S. 25; Cohen-Reuß, Die Notwendigkeit produktiver Kolonialpolitik, S. 21 ff. (über Deutschlands afrikanisches Reich ebenda, S. 22); Matthias, S. 30 ff.; Matthias und Pikart, II, S. 244 (Unterseebootkrieg).

ausnutzte. Im Sommer 1917 verurteilte er den bolschewistischen Aufstand gegen das demokratische russische Regime sowie die von Alexander Helphand (Parvus) vertretene, vom Auswärtigen Amt übernommene These, daß der Sieg des Bolschewismus in Rußland den Sieg Deutschlands im Osten bedeute. Sie erschien ihm politisch kurzsichtig. Hier sah er in der Tat schärfer als die kaiserliche Regierung, die Oberste Heeresleitung, die bürgerlichen Parteien und viele seiner Parteifreunde. Nachdem die Bolschewisten die Macht ergriffen hatten, fuhr Cohen dennoch fort, die gleiche Ostpolitik zu verfechten, obwohl nach dem Regimewechsel manche ihrer Grundlagen brüchig geworden waren. Er hat daher das Verdienst, in der seinen Argumenten wenig zugänglichen Fraktion den Frieden von Brest-Litowsk, durch den Rußland zerstückelt wurde, unbeirrt bekämpft und nach seiner erzwungenen Annahme ständig auf seine Revision gedrängt zu haben¹⁷⁰.

Cohens kontinentaleuropäische Orientierung war, was häufig übersehen worden ist, imperialistisch auch gegenüber den Kontinentalstaaten. Deutschland sollte die politische Vorherrschaft auf dem Festland ausüben, Frankreich auf eine kulturell führende Stellung beschränkt, Rußlands Aspirationen sollten nach dem Osten abgelenkt werden¹⁷¹. Es ist daher nicht erstaunlich, daß sich zur Feindschaft der Linken gegen den Abtrünnigen die Gegnerschaft der Masse der Partei gegen den imperialistischen Eigenbrötler gesellte, der diese gefährlichen Gedanken austreute. In den Fraktionssitzungen vertrat er seine Ideen häufig, zu ihrer Darlegung von der Tribüne des Reichstags herab aber hat ihm die Fraktion niemals Gelegenheit gegeben.

Bei seiner Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen stieß Cohen in Osteuropa auf ein „Volk ganz besonderer Art mit ausgesprochen nationaljüdischem Empfinden“. Er wurde ergriffen von dem Schicksal des jüdischen Volkes und bewegt von dem Elend, in dem das Ostjudentum lebte. Der Not der Ostjuden in der Besatzungszeit suchte er zu steuern, indem er die Bemühungen der Zionisten und auch nichtzionistischer Kreise unterstützte, bei der Anwerbung polnisch-jüdischer Arbeitskräfte durch deutsche behördliche Stellen Mißbräuche abzustellen und sinnvoll und menschlich vorzugehen. Das Kriegsministerium nahm diese Anregungen nach langem Zögern auf. Die deutsche Arbeiterzentrale wurde ersucht, in Fühlung mit der zionistischen Organisation zu arbeiten, und richtete eine jüdische Abteilung für die Angelegenheiten der polnisch-jüdischen Arbeiter in Deutschland ein¹⁷².

¹⁷⁰ *Matthias*, S. 31 (gegen separatistische Bestrebungen der Völker des russischen Reichs); *Matthias* und *Pikart*, II, S. 271 f.; 324 f. (Kritik der deutschen Ostpolitik, Freundschaft mit Rußland); S. 406; 435 (gegen den Frieden von Brest-Litowsk); *Scharlau* und *Zeman*, S. 278 (Verteidigung der demokratischen russischen Regierung gegen bolschewistische Angriffe).

¹⁷¹ *Cohen-Reuß*, Zur Wiederkehr, S. 785 ff.

¹⁷² *Cohen-Reuß*, Die politische Bedeutung des Zionismus, S. 5 (das Zitat); *Adler-Rudel*, S. 41.

Cohen wurde nicht Zionist, aber erwärmte sich für die zionistische Idee, die Schaffung eines nationaljüdischen Heims in Palästina. Sie schien ihm das einzige Mittel, „diesem trotz aller erlittenen Qualen unverwüstlichen Volk die wohlverdiente Erlösung und eine bessere Zukunft zu bringen“. Das deutsche Komitee zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung, dessen Leitung Vertreter aller Parteien angehörten, übertrug Cohen im April 1918 den ersten öffentlichen Vortrag. Er erschien unter dem Titel „Die politische Bedeutung des Zionismus“. Cohen schilderte die zionistische Bewegung und umriß die Aufgaben der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, die in Zusammenarbeit mit den Zionisten zu erfüllen waren. Er wies auch eingehend auf die wirtschaftliche Bedeutung der Besiedlung Palästinas durch die Juden hin und erwartete davon das Ausströmen von Energien, die sich befruchtend auf das übrige türkische Reich auswirken würden. Cohen bedauerte, daß man den Engländern in dieser Frage die Initiative überlassen hatte. Gegenüber der Balfour-Deklaration sollte die deutsche Regierung die Grundzüge ihrer Palästinapolitik entwickeln. In englischen Händen würde Palästina nur der Sicherung des britischen Reiches dienen¹⁷³. In Cohens Gedankengängen mischen sich prozionistische Tendenzen mit der antibritischen Einstellung des imperialistischen deutschen Politikers. Palästina war damals bereits von der englischen Armee besetzt, die Türkei stand vor dem Zerfall; Cohens Überlegungen hatten keine Beziehung zu der politischen Wirklichkeit.

Als die Monarchie zusammenbrach und der imperialistische Traum ausgeträumt war, stellte sich Cohen auf die veränderte Situation um. Daß sich eine Regierung der revolutionären Räte nicht, wie in Rußland, durch Opferung von Millionen erhalten, sondern mit der Auflösung Deutschlands und einer sozialen Katastrophe sondergleichen enden würde, war ihm klar. Das demokratische Regime war von der Sozialdemokratie nicht nur stets erstrebt worden, sondern stellte sich auch als einzige Lösungsmöglichkeit in der akuten Krise dar. Zum ersten Mal in seiner politischen Laufbahn stimmte Cohen mit der parteioffiziellen Auffassung überein. Auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis zum 24. Dezember 1918 tagte, wurde ihm das wichtigste Referat, die Behandlung des Themas „Nationalversammlung oder Rätesystem“ übertragen. Er behandelte es mit tiefer wirtschaftspolitischer Einsicht, souverän und mutig. Die Bekämpfung der Desorganisation und die Herstellung geregelter Produktionsverhältnisse waren vordringlich, das Zusammenwirken mit den Intellektuellen und dem Teil des Bürgertums, der bereit war, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, war geboten. Der Kongreß der Revolutionäre erkannte dies mit überwältigender Mehrheit an. Cohens Antrag, eine Nationalversammlung wählen zu lassen, und zwar bereits am 19. Januar, nicht erst im März, wie es die Unabhängigen vorgeschlagen hatten, wurde von rund 400 gegen etwa 50 Delegierte angenom-

¹⁷³ *Cohen-Reuß*, aaO, S. 11, 20 ff.

men¹⁷⁴. Er traf das Richtige. Auf der Annahme des „Antrags Cohen“, fußte die Wahl zur Nationalversammlung.

Im Reichstag hat der umstrittene Mann nur zweimal gesprochen: im Herbst 1913 zu einem neuen Gesetzentwurf über den Landesverrat, ein Thema, das in der Geschichte des Strafrechts nie abreißt, und 1916 zu einer Steuervorlage. Die Regierung wollte die Tatbestände des Landesverrats erweitern und die Strafen verschärfen. Stadthagen sprach als erster, Cohen eröffnete die zweite Garnitur der Redner. Seine Jungferrede war nicht schlecht, aber vorher hatte der fortschrittliche Vertreter von Glogau, der berühmte Berliner Strafrechtslehrer Franz von Liszt, die Vorlage mit allen Waffen juristischen Scharfsinns und viel Witz vernichtend kritisiert; das Interesse des Hauses war erschöpft¹⁷⁵.

In der Weimarer Zeit wurde Cohen von der Reichsregierung zum Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ernannt, der wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe zu begutachten und ein beschränktes Recht der Gesetzesinitiative hatte. Ein Reichstagsmandat wurde ihm nicht mehr übertragen. Er emigrierte 1934 nach Frankreich, wo seine Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung nach 1919 nicht vergessen waren. Mit Hilfe französischer Parteifreunde überlebte Cohen die deutsche Besatzungszeit und starb 1963 in hohem Alter in Paris.

Oskar Cohn

Oskar Cohn* war das elfte Kind eines Fabrikanten in der oberschlesischen Kleinstadt Guttentag. Von seinen Eltern sprach er auch in der Öffentlichkeit mit Liebe und Ehrfurcht. Zwar hat sich Cohn, wie in anderem Zusammenhang dargestellt wurde, nach manchen Kämpfen von den religiösen Traditionen gelöst, die seine Jugend beherrscht haben. Aber die ethischen Grundsätze, nach denen die Eltern lebten, haben ihn auf seinem Lebenswege geleitet. Sie betrachteten äußeren, nicht durch Bildung und Feingefühl geadelten Besitz als Unsegen. Ein gesittetes Familienleben, besondere Leistungen des Geistes, Gemeinsinn und bescheidene Lebensführung erschienen ihnen als höchste

* *Oskar Cohn*, geb. 1869 in Guttentag (Oberschlesien). Jüdisch. Studierte zwei Semester Medizin, dann Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1897 Rechtsanwalt in Berlin. 1909 Berliner Stadtverordneter. 1912–1918 Mitglied des Reichstags für Nordhausen. 1915–1917 Landsturmmann. 1916 Mitglied der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, 1917 der USPD. November bis Ende Dezember 1918 Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt. 1919 Mitglied der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung. 1921–1924 Mitglied des Preußischen Landtags. 1925 Mitglied der Berliner jüdischen Repräsentantenversammlung als Vertreter der Poale Zion. Emigrierte 1933 nach Frankreich und später nach der Schweiz. Gest. 1936 in Genf.

¹⁷⁴ *Bernstein*, Die deutsche Revolution, S. 76, 91 ff.

¹⁷⁵ Reichstag, St. B. 26. 11. 1913, S. 5996 ff.; 2. 6. 1916, S. 1394 ff.

Tugenden. Oskar Cohns Großvater hatte sich die Achtung seiner Mitbürger erworben, er wurde Mitglied des Magistrats und Ehrenbürger seiner Heimatstadt.

Schon auf der Schule begegnete Cohn dem Antisemitismus. Er kämpfte gegen Vorurteile und Zurücksetzung; sein Schicksal als Jude führte ihn zur Sozialdemokratie. Er verfaßte für die Partei Flugblätter, hielt Vorträge und verteidigte Sozialdemokraten in politischen Prozessen. Mit 40 Jahren erhielt der nun schon bekannt gewordene Anwalt ein Stadtverordnetenmandat¹⁷⁶. Cohn war ein ernster Mann, höflich, stets gründlich, vor Gericht und als politischer Debatter gut vorbereitet, kein brillanter Redner, aber kenntnisreich, eindringlich, zuweilen etwas lehrhaft. In seinem Wirken beherrschte ihn das Gefühl der sittlichen Verpflichtung gegenüber seinen Mitmenschen, ohne Rücksicht auf die Staatsräson. Die Gerechtigkeit ging ihm über alles. Was er für wahr hielt, sagte er unumwunden heraus, ungeachtet des Unwillens, den er dadurch zuweilen hervorrief.

1912 kandidierte Cohn zum Reichstag im Wahlkreis Nordhausen, um den sich seine Partei bei früheren Wahlen vergeblich bemüht hatte. Er erlangte die höchste Stimmenzahl und kam mit dem fortschrittlichen Führer Otto Wiemer in die Stichwahl. Die mehr als 3600 Konservativen und Antisemiten zeigten keine große Neigung, Wiemer herauszuhauen, da sie sich an ihm wegen des zwischen Sozialdemokraten und Fortschrittlern abgeschlossenen Stichwahlabkommens rächen wollten. Auf dem Chemnitzer Parteitag erzählte Scheidemann, der Führer des Nordhausener Kriegervereins solle Cohns Wahl empfohlen haben, da nur dann der Verein das sehnsüchtig erstrebte Fahnenband von höchster Stelle erhalten würde, und er persiflierte unter dem Jubel der Delegierten die Worte „Mit Gott für König und Vaterland“:

„Mit Gott für Cohn und Vaterland,
Ohne Cohn kein Fahnenband!“

Das gut erfundene, amüsante Histörchen hat Stampfer 40 Jahre später in seinen Erinnerungen wiedererzählt und hinzugefügt, die Wähler der Rechten seien Mann für Mann für Cohn angetreten. Auch das ist eine Legende. Cohn erhöhte seine Stimmenzahl in der Stichwahl nur wenig, Wiemer weit mehr, aber viele blieben zu Hause, und so hatte der Mann des Umsturzes mit dem Namen Cohn in der Tat indirekt antisemitischer Hilfe seine Wahl zu verdanken¹⁷⁷.

Im Reichstag sprach Cohn alljährlich zum Justizetat. Das Institut der Staatsanwaltschaft bezeichnete er als einen Fremdkörper im deutschen Recht. Die einseitige Auswahl der Schöffen und Geschworenen kritisierte er scharf,

¹⁷⁶ Cohns Lebenslauf in Handbuch des Preußischen Landtags, I, 1921, S. 238; *Fischart*, S. 86 ff.; Selbstdarstellung in *AZJ* 1912, S. 353 f.

¹⁷⁷ Sozialdemokratischer Parteitag Chemnitz 1912, Protokoll, S. 333; 342, 357; *Stampfer*, *Erfahrungen*, S. 161, 163; Reichstag, St. B. 14. 1. 1913, S. 2950, 2969.

ebenso krasse Fehltritte, ohne aber den Richtern bewußte Rechtsbeugung vorzuwerfen. Die Ordnung der Gesellschaft, die dem klassenmäßigen Charakter des kapitalistischen Staates entspricht, greift er an, nicht aber die Menschen, die innerhalb dieser Ordnung wirken: die Richter nehmen unbewußt die Interessen der Klassen wahr, denen sie entstammen, und viele tragen in übertriebener Sorge um die Autorität des monarchischen Staates rechtsfremde Momente in die Bewertung der Tat und die Bemessung der Strafe hinein¹⁷⁸. Viele Richter haben weder damals, noch in der Weimarer Republik in dem guten Glauben gehandelt, den ihnen die Partei in jener Zeit zugebilligt hat.

Obwohl mit Hugo Haase eng befreundet, hat Cohn 1914 in der Fraktion seine Forderung auf Ablehnung der Kriegskredite nicht unterstützt. 1915 änderte sich das. So war er einer der Achtehn, die die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft begründeten und zur USPD stießen. Wenn Haase den Weg der Parteispaltung zögernd betrat und Kautsky, Wurm und Bernstein ihm nur widerstrebend folgten, so plagte Cohn kein Zweifel. Die Parteieinheit war ihm wichtig, noch wichtiger aber ein unbehinderter Kampf für seine Ziele.

Auch in der neuen Fraktion bewies Cohn sein starkes Gerechtigkeitsgefühl. Er erkennt selbst an, daß der Kanzler Ende Juli 1914 lebhaft bestrebt war, den Frieden zu erhalten – so erscheint es ihm noch zwei Jahre nach Kriegsausbruch. Nicht gegen die Person des Kriegsministers wendet er sich, sondern gegen den Träger eines Systems, das zur Geißel der Völker geworden ist. Auch in der Kriegszeit nimmt er die Richter des Reichsgerichts gegen den Vorwurf in Schutz, das Recht bewußt zu beugen. Er beschuldigt die Kräfte des Imperialismus und Militarismus in allen Ländern, nicht nur in Deutschland, zum Kriege getrieben zu haben¹⁷⁹.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1916 geht Cohn jedoch weiter: um den Frieden herbeizuführen, müssen die Kräfte des Imperialismus niedergedrungen werden. „Die Beendigung des Krieges ist ein Teil des Klassenkampfes, den die Arbeiterschaft, die ausgebeutet und beherrscht wird, in allen Ländern zu führen hat.“¹⁸⁰ Dies ist die Aufgabe, die sich den Sozialisten aller Staaten stellt. Die revolutionäre Note, die hier anklingt, verstärkt sich noch nach der russischen Revolution des Frühjahrs 1917. Nach der Beseitigung des Zarisismus erscheint Cohn das politische und militärische System der Mittelmächte als das stärkste Hindernis für die Beendigung des Krieges und für die Herbeiführung freiheitlicher Zustände. Er folgt Haases Linie. Heftig verurteilt er das Verhalten der Militärbehörden in den besetzten Gebieten, die Rekrutierung von Zwangsarbeitern und die Massenverhaftungen von Führern und Mitgliedern der Linken und der Gewerkschaften. In seiner Kritik an den Friedensverträgen mit Sowjetrußland, der Ukraine und Rumänien weist

¹⁷⁸ Reichstag, St. B. 8. 2. 1913, S. 3583 f.; 16. 2. 1914, S. 7357.

¹⁷⁹ Reichstag, St. B. 6. 6. 1916, S. 1572 (Bethmann Hollwegs Haltung im Juli 1914; Imperialismus); 5. 2. 1917, S. 3090 (Kriegsminister); 14. 5. 1918, S. 5151 (Reichsgericht).

¹⁸⁰ Reichstag, St. B. 3. 11. 1916, S. 2043.

Cohn darauf hin, daß er die Friedensresolution des Reichstags jetzt gegen ihre Urheber selbst verteidigen muß; sie haben sie preisgegeben. Ein Großbalkan wird im Osten errichtet, mit den verhängnisvollen Folgen, die eine Zerstückelungspolitik nach sich ziehen muß¹⁸¹.

Nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk wurden diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland aufgenommen und im Frühjahr 1918 eine Sowjetbotschaft in Berlin errichtet. Cohn wurde ihr Rechtsbeistand. Damals arbeiteten die deutsche Reichsleitung und die Bolschewisten zusammen. Die deutsche Regierung hatte zu ihrer Machtergreifung beigetragen und unterstützte sie gegen ihre innerpolitischen Gegner. Die Sowjets waren zu jener Zeit in Deutschland populär. Mit ihnen war der Friede zustande gekommen, sie waren entschlossen, ihn vorerst zu bewahren. Blieben sie an der Macht, so schien die Ruhe im Osten gesichert, die die Oberste Heeresleitung benötigte, um den entscheidenden Schlag im Westen zu führen. Zum letzten Mal erfaßte ein Siegestaumel die Massen des deutschen Volkes. Auch die USPD, die radikale Oppositionspartei, wünschte, daß die Bolschewisten gegen die reaktionären Kräfte in Rußland die Macht behaupteten. Die Unabhängigen waren zwar keine Bolschewisten, aber sie fühlten sich ihnen als Revolutionäre verwandt. Sie sahen die militärische Katastrophe und die revolutionäre Situation voraus, die in Deutschland entstehen würde, und sie zogen das revolutionäre Potential des Bolschewismus in Betracht, das dann wirksam werden würde.

Als Cohn im Oktober 1918 seine letzte Reichstagsrede hielt, war der Krieg verloren, die Bitte um Waffenstillstand ausgesprochen, der Notenwechsel mit dem Präsidenten Wilson im Gange. Die Unabhängigen hatten die politische und militärische Situation richtig, die Regierung hatte sie falsch beurteilt. Die Revolution war im Anzuge. Die Unabhängigen forderten die Beseitigung der Hohenzollerndynastie. Selbst in diesem Augenblick wiederholt Cohn, daß der Krieg nicht durch die Schuld Einzelner entstanden ist. Aber die schematischen Anklagen gegen das kapitalistische System und gegen die imperialistischen Tendenzen in der ganzen Welt werden jetzt nuanciert: der deutsche Imperialismus war besonders machthungrig; der deutsche Militarismus hat mehr als anderswo alle Schichten der Bevölkerung erfaßt¹⁸². In diesen Wochen brach die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Sowjetrußland zusammen. Das Personal der russischen Botschaft wurde am 6. November wegen der Förderung der deutschen Revolution ausgewiesen, Cohn empfing am gleichen Tage von der Botschaft Gelder zu Propagandazwecken. Einfluß auf die politischen Vorgänge hat die Verwendung dieser Gelder^{182a} nicht mehr

¹⁸¹ Reichstag, St. B. 22. 2. 1918, S. 4081 (Ukraine); 14. 6. 1918, S. 5507 ff. (besetzte Gebiete); 4. 7. 1918, S. 5755 (Rumänien).

¹⁸² Reichstag, St. B. 25. 10. 1918, S. 6264 ff.

^{182a} Baumgart, S. 365 ff. gibt einen Überblick über die Verwendung russischer Gelder. Cohn gab davon 50 000 M. zur Herstellung von Flugblättern aus.

gehabt. Die Revolution hatte sich bereits seit Anfang des Monats unaufhaltsam ausgebreitet.

Cohns Verhalten ist später häufig verurteilt worden. Er selbst hatte keinen Zweifel an der revolutionären Legitimität seiner Aktion. Er handelte im Gefühl der Empörung darüber, daß täglich noch Tausende ihr Leben für eine sinnlos gewordene Sache hingeben mußten, nur weil der Monarch die von allen für notwendig gehaltene Abdankung nicht aussprach. Cohn sah die in Deutschland ausgebrochene Revolution zuversichtlich als Glied einer Kette von Revolutionen zum Sturze des kapitalistischen Systems in allen kriegführenden Staaten an¹⁸³. Er war nie aus Deutschland herausgekommen und hatte keine Vorstellung von der Vielfalt der europäischen Völker und der verschiedenartigen Wirkung der historischen Entwicklung und der Regierungssysteme auf den Geist und die Politik der Nationen. Er begriff nicht, daß eine internationale Solidarität der Arbeiterklasse gegen Kriegsende weniger denn je bestand und daß die kommenden Revolutionen diesseits der russischen Grenze nationaler und demokratischer Natur, aber nicht sozialistisch sein würden. Es war ihm auch nicht klar, daß sie an den Grenzen der siegreichen Staaten haltmachen würden.

In der wiederholt zitierten Selbstdarstellung seines Lebens hat Cohn gefordert, daß die Kampfgemeinschaft der Juden mehr und mehr auch wieder eine sittliche Gemeinbürgerschaft werde. Nach diesem Grundsatz trat er während des Krieges im Reichstag für das Ostjudentum in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten ein. So rügte er es, daß sich der Kriegsminister bei der Aufzählung von Kategorien von Zivilinternierten des diffamierenden Begriffs von „200 internationalen Juden englischer Staatsangehörigkeit“ für die aus Rußland geflüchteten, in England naturalisierten Juden bediente, die sich zufällig bei Kriegsausbruch in Deutschland befanden. Auch bedauerte Cohn, daß der Reichskanzler es unterließ, unter den unterdrückten Minderheiten im Osten die Juden zu nennen, die mehr als 5 Millionen Menschen, die zu den gequältesten aller in Rußland lebenden Nationen gehörten. Jetzt bot sich ihnen die Möglichkeit einer Erhebung aus Jahrhunderte langer Bedrückung:

„Eine Nation kann durch günstige Fügung weltgeschichtlicher Vorgänge ein freies Feld für ihre volksmäßige Betätigung erhalten. Innerlich frei kann sie nur werden aus sich selbst und durch sich selbst. Hoffnungsreiche Ansätze für die Arbeit zur inneren Befreiung sind in dem jüdischen Volkstum jenseits der Ostgrenze zu verzeichnen. Aber . . . im Namen der Gerechtigkeit ist zu fordern, daß man jene Millionen um ihrer selbst willen und nicht nur als Objekte deutscher Expansionspolitik existieren lasse, daß man die jüdische Minderheit wie andere nationale Minder-

¹⁸³ Reichstag, St. B. 25. 10. 1918, S. 6269: „Indem die deutschen Arbeiter sich der Pflicht der Revolution bewußt werden, werden es auch die Arbeiter anderer Länder. Diesen unseren Freunden jenseits der Landesgrenzen reichen wir heute im Geiste die Hand gegen den gemeinsamen Feind, den internationalen Kapitalismus und Imperialismus.“

heiten in Polen gegenüber der polnischen Mehrheit schütze, nicht aber den Polen, um diese bei guter Laune zu erhalten, zum Verschlingen vorwerfe.“¹⁸⁴

Im gleichen Sinne hat Cohn in seiner letzten Reichstagsrede, als die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates bereits feststand, mahnende Worte an die polnischen Reichstagsabgeordneten gerichtet und ihnen den Schutz der jüdischen Minderheit und anderer Minderheiten in ihrem wieder erstehenden Staate ans Herz gelegt. Er hat sich auch während des Krieges, zusammen mit den Abgeordneten Cohen und Davidsohn, der Interessen der aus den Okkupationsgebieten stammenden ostjüdischen Arbeiter angenommen und einen der einflußreichsten deutschen Gewerkschaftsführer, den Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt, für sie interessiert. Dank Schmidts Bemühungen wurde 1916 bei der Generalkommission der Gewerkschaften ein Sekretariat für ostjüdische Arbeiter in Berlin ins Leben gerufen¹⁸⁵.

Auch der geknechteten rumänischen Juden hat sich Cohn angenommen. Er hat die den Rumänen im Bukarester Verträge auferlegten Friedensbedingungen scharf verurteilt, aber gleichzeitig auch die Unterdrückung der seit Jahrhunderten in Rumänien lebenden Juden durch die rumänische Regierung. So wies er auf die ständige Verletzung des Artikels 44 des Berliner Vertrages von 1878 hin, der die bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der rumänischen Juden garantierte. Aber selbst der Text des Bukarester Friedens sei hinter dem des Berliner Vertrags zurückgeblieben, was auch andere Abgeordnete der Linken und des Zentrums bemängelt haben¹⁸⁶.

Oskar Cohn hat nach dem Ersten Weltkrieg noch an wichtigen Aufgaben bei der Beratung der Weimarer Verfassung und der preußischen freistaatlichen Verfassung teilgenommen. 1922 war er bei der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien dabei. Nach 1924 hat er jedoch nicht mehr kandidiert. Die deutsche Politik der Weimarer Zeit und das Verhalten großer Teile des deutschen Volkes enttäuschten ihn. Von jetzt an beschäftigte er sich immer intensiver mit dem jüdischen Volkstum, für das sein Interesse durch die erstmalige Begegnung mit den Ostjuden während des Krieges wach geworden war. Nun läßt es ihn nicht mehr los, sondern verstärkt sich im Laufe der Jahre. Im Zuge dieser Entwicklung tritt er der Poale Zion bei, einer der Internationale angeschlossenen sozialistisch-zionistischen Gruppe, und wird ihr Vertreter in der Repräsentantenversammlung der Berliner jüdischen Gemeinde. Er widmete sich überwiegend der ostjüdischen Arbeit. So hat sich Cohn freiwillig früher vom deutschen Volk getrennt als die meisten anderen deutschen Ju-

¹⁸⁴ Reichstag, St. B. 6. 6. 1916, S. 1666; „Internationale Juden“, S. 1665.

¹⁸⁵ *Adler-Rudel*, S. 41; 44: Robert Schmidts Ausführungen über die Behandlung der polnisch-jüdischen Arbeiter, Reichstag, St. B. 14. 6. 1918, S. 5524; Mahnung an die polnischen Abgeordneten, 25. 10. 1918, S. 6264.

¹⁸⁶ Reichstag, St. B. 4. 7. 1918, S. 5756 ff.; AZJ 1918, S. 314 f. – Kritik am Art. 28 des Vertrags übten außer Cohn die Sozialdemokraten Noske und Scheidemann, der Fortschrittler Gothein und der Zentrumsabgeordnete Erzberger.

den, die erst nach der Ergreifung der Macht durch den Nationalsozialismus zwangsweise aus Deutschland herausgetrieben oder umgebracht wurden.

Cohn starb im Exil im Jahre 1936 in Genf, wo er im Büro der Hicem, der internationalen jüdischen Flüchtlingsorganisation gearbeitet hatte. Seine Asche wurde seinem Wunsche gemäß in Palästina beigesetzt, im Kibbuz Daganja, der ältesten kollektiven Arbeitersiedlung des Landes¹⁸⁷.

Georg Davidsohn

Georg Davidsohn* war überzeugter Antialkoholiker. Unablässig wies er auf die Verwüstungen hin, die der Alkoholgenuß in den Arbeiterfamilien anrichtete. Einen großen Teil seiner organisatorischen und publizistischen Tätigkeit widmete er der Förderung der Arbeiter-Abstinentenbewegung, deren Verbandsblatt er von 1903 ab bis tief in die Weimarer Zeit hinein redigierte. Den Willen der Arbeiter zur Abstinenz suchte er dadurch anzustacheln, daß er den Kampf gegen den Alkoholismus mit der Bekämpfung des Kapitalismus in Zusammenhang brachte. Diesem Zwecke diente seine Schrift „Das Braukapital und seine Knappen“¹⁸⁸.

Auch im Reichstag stand Davidsohn stets in der vordersten Reihe bei der Bekämpfung des Alkoholismus. Im Krieg wandte er sich gegen erhöhte Schnapsrationen für die Frontsoldaten als angeblichen Ausgleich für mangelhafte Ernährung. Auch setzte er die volle Wiederherstellung eines von der Reichstagsmehrheit gekürzten Fonds zur Bekämpfung der Trunksucht durch. Dabei hatte er die Genugtuung, unter den Befürwortern auch den konservativen Abgeordneten Graf Arthur von Posadowsky-Wehner zu sehen: dieser nahm grundsätzlich den gleichen Standpunkt ein, „den Herr Davidsohn so überzeugend entwickelt hat“¹⁸⁹.

* *Georg Davidsohn*, geb. 1872 in Gnesen (Provinz Posen). Studierte neuere Sprachen. Dr. phil. Privatlehrer, Übersetzer, Mitarbeiter an Zeitungen und Zeitschriften. Redigierte seit 1903 „*Der Abstinente Arbeiter*“, später „*Der Wille*“, das Organ des Verbands der sozialistischen Abstinenten. 1905–1910 Redakteur des „*Vorwärts*“, seit 1911 Korrespondent des Brüsseler „*Peuple*“. Begründete das Syndikat der Verbände deutscher Lederhandschuhfabrikanten und Lederarbeiter. Vorstandsmitglied des Arbeiter-Abstinentenbundes und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. 1912–1918 Abgeordneter für Grünberg-Freystadt. 1919 bis 1920 Mitglied der Nationalversammlung. Schrift über die Geschäftsordnung der Nationalversammlung. Trat 1921 aus der sozialdemokratischen Partei aus. Gest. 1942 in Berlin.

¹⁸⁷ Informationen über Cohns Leben im Exil, Tod und Beisetzung verdanke ich Herrn Dr. Max Kreuzberger, New York.

¹⁸⁸ Davidsohns Lebenslauf in Handbuch der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung 1919, S. 146. Selbstdarstellung in AZJ 1912, S. 160. Informationen über die spätere Zeit verdanke ich Herrn Paul Mayer, Bonn.

¹⁸⁹ Reichstag, St. B. 1918, S. 6140 f.

Den Neuphilologen, der auch Universitätsstudien über Philosophie und Kunst betrieb, zog es zum Journalismus. 1905 trat er in die Redaktion des „Vorwärts“ als einer der Radikalen ein, die dem Zentralorgan eine mehr kämpferische Note geben sollten. Später wirkte er als deutscher Korrespondent des Brüsseler sozialistischen Organs.

Davidsohn zeigte Neigung und Befähigung für organisatorische Aufgaben. Er betätigte sie zunächst im Dienst der Arbeiter-Abstinentenbewegung, dann auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete, schließlich als Mitbegründer des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Davidsohn war Kriegsteilnehmer und ist zweimal verwundet worden.

Den niederschlesischen Kreis Grünberg-Freystadt entriß Davidsohn den Konservativen. Es gelang ihm dort, die Stimmenzahl der sozialistischen Wähler um 55 0/0, weit über den Durchschnitt, zu steigern. Volksbildung und Bekämpfung der Alkoholgefahr nannte er als seine bevorzugten Arbeitsgebiete. Er sprach auch regelmäßig zu Fragen der Heeresverwaltung und wandte sich gegen die Diskriminierung der Juden und Dissidenten, der Elsässer, Dänen und Polen im Heere. Im Kriege beschäftigte er sich eingehend mit der vom Militär ausgeübten Zensur der Soldatenpost, mit Ernährungsverhältnissen und Urlaubsfragen der Soldaten¹⁹⁰. Davidsohn trat für die Bewilligung der Kriegskredite ein, bedauerte aber die Partei- und Fraktionsspaltung und suchte die Schärfe der Auseinandersetzungen zu mildern.

Seine Stellung zum Judentum hat Davidsohn folgendermaßen skizziert: „Von den Riten, Dogmen und allen Äußerlichkeiten des Judentums habe ich mich längst losgelöst. Den Austritt vollziehe ich nicht angesichts des wüsten und des verkappten Antisemitismus, der mir die Solidarität mit den zu Reichs- und Staatsbürgern zweiter Klasse gemachten Juden zur Pflicht macht. Innerlich jedenfalls bin ich konfessionslos.“

Über Davidsohns tätiges Interesse an den in Deutschland beschäftigten polnisch-jüdischen Arbeitern ist bereits berichtet worden¹⁹¹.

Davidsohn wurde 1919 Mitglied der Nationalversammlung, trat aber gegen den Kurs der Sozialdemokratie als Sprecher einer Oppositionsgruppe der Linken auf dem Parteitag von 1919 auf und schied 1921 aus der Partei aus. Von der USPD und den Kommunisten hielt er sich fern. Im Zweiten Weltkrieg gelang es ihm, in Berlin unterzutauchen, wo er 1942 starb.

Otto Landsberg

Otto Landsberg*, ein ungewöhnlich kluger und gebildeter Mann, übte seine Anwaltspraxis ursprünglich in Magdeburg, seit 1924 in Berlin aus. Im Reichstag saß er seit 1912, dann in der Nationalversammlung und später wieder im

* *Otto Landsberg*, geb. 1869 in Rybnik (Oberschlesien). Religionslos. Studierte

¹⁹⁰ Reichstag, St. B. 7. 4. 1916, S. 905 ff.; 5. 7. 1918, S. 5829.

¹⁹¹ Das Zitat AZJ 1912, S. 160; über ostjüdische Arbeiter s. oben S. 507.

Reichstag bis zum Zusammenbruch der Weimarer Republik. Landsberg war 1918 einer der drei Volksbeauftragten der Mehrheitssozialisten, 1919 einige Monate Reichsminister der Justiz und dann mehrere Jahre einer der wenigen Sozialdemokraten im diplomatischen Dienst. Er vertrat die deutsche Republik als Gesandter in Brüssel¹⁹².

Die Konstante in dieser bemerkenswerten Laufbahn war Landsbergs parlamentarische Tätigkeit. Bei dem ersten Bemühen um einen Sitz im Reichstag unterlag er 1907 in Schwarzburg-Sondershausen, wo sich die Sozialdemokraten nie durchsetzen konnten. 1912 aber eroberte er Magdeburg, das der Partei fünf Jahre vorher verlorengegangen war. Die Industrie- und Handelsstadt mit ihrer alteingesessenen Arbeiterbevölkerung hatte sich einen politisch gemäßigten Kandidaten ausgesucht. In dem Magdeburger Bezirk hat auch in der Weimarer Zeit der Radikalismus nie die Oberhand gewonnen.

Zur Partei stieß Landsberg schon als Referendar. Als Strafverteidiger erwarb er sich bald ein hohes Ansehen. Eine umfangreiche zivilrechtliche Praxis machte ihn finanziell unabhängig. Die Rechtswissenschaft faszinierte ihn. Als er in den Reichstag gewählt wurde, verlebte er nach seinen Worten eine zweite akademische Jugend: Er belegte bei den bedeutendsten Berliner Rechtslehrern Vorlesungen, aus denen der gereifte Jurist neue Anregungen schöpfte, und hörte auch Kollegen über Geschichte, Kunst und Literatur.

Landsberg war mit Leib und Seele Parlamentarier. Er beherrschte bald die parlamentarische Diktion ebenso glänzend wie den forensischen Redestil. Seine juristischen und rednerischen Gaben sicherten ihm einen schnellen Aufstieg. Als Haase im Kriege die alte sozialdemokratische Fraktion verließ, verblieb Landsberg in ihr als ihr bester Jurist. Daß nach der Revolution die Wahl Eberts auf ihn als dritten Volksbeauftragten seiner Partei fiel, zeigt die hohe Achtung, deren er sich erfreute. Im Rat der Volksbeauftragten sollte ein Jurist vertreten sein, der Haase gewachsen war, ein gemäßigter Politiker und kritischer Kopf, der in schwierigen Situationen unabhängigen Rat erteilen konnte.

Auf die Beurteilung aller Vorlagen unter rechtlichen Gesichtspunkten legte Landsberg den größten Wert. Aus ihm sprach zuweilen der Jurist so stark, daß es seine auf eine konsequente parlamentarische Taktik bedachten Freunde irritierte. Seine Entscheidung im Einzelfall war nie vorauszusehen. Hatte man aber Landsberg gewonnen, so konnte niemand eindringlicher und

Rechtswissenschaft, Dr. jur. 1895–1919 Rechtsanwalt in Magdeburg, 1924–1933 Rechtsanwalt in Berlin. 1903–1909 Magdeburger Stadtverordneter, 1912–1918 Vertreter Magdeburgs im Reichstag. November 1918 Volksbeauftragter. 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung. Februar bis Juni 1919 Reichsminister der Justiz. 1920 bis 1924 deutscher Gesandter in Brüssel. Dezember 1924–1933 wieder Mitglied des Reichstags. Emigrierte 1933, lebte in den Niederlanden. Gest. 1957 in Baarn bei Utrecht (Niederlande).

¹⁹² Landsbergs Lebenslauf in Reichstags-Handbuch VII, 1932, S. 325.

mit größerer logischer Schärfe und Schwung für eine Sache eintreten als er. Ebenso konnte man sich auf sein Wort unbedingt verlassen, was ihm auch der General Wilhelm Groener in seinen Erinnerungen nachrühmt¹⁹³. Als Interpret des Denkens der Fraktion war er unübertrefflich, aber die für jeden Erfolg unentbehrliche zähe Arbeit war nicht seine Stärke. Die sozialistischen Ziele traten für ihn hinter den demokratischen Idealen an Bedeutung weit zurück. In seiner Vaterlandsliebe, seinem unbedingten Eintreten für die Landesverteidigung im Kriege, seiner Ablehnung jeder Eroberungspolitik und seinem Streben nach radikalen demokratischen Reformen bewegte er sich in den Bahnen der Jakobiner, der radikalen bürgerlichen Revolutionäre, auch wenn ihm selbst jedes revolutionäre Temperament fehlte. Am stärksten wirkte Landsberg, wenn er, ergriffen von mächtigen Ereignissen, die sonst gebändigte Kraft seiner Rede voll ausströmen ließ.

Landsbergs parlamentarische Laufbahn begann mit einem Disziplinbruch. Bei dem Kaiserhoch, das vor einer längeren Vertagung des Reichstags ausgebracht zu werden pflegte, verließ er nicht mit den übrigen Sozialdemokraten den Saal, sondern er blieb und erhob sich. Landsberg hielt die Demonstration der Flucht aus dem Saal für töricht und unwürdig. Er wurde wegen seines Verhaltens von der Magdeburger Parteiorganisation in der denkbar mildesten Form gerügt, und der Chemnitzer Parteitag erklärte den Vorfall damit für erledigt¹⁹⁴. In seiner Arbeit befaßte er sich zunächst mit den ihm vertrauten rechtlichen und beamtenrechtlichen Fragen und gab schlagende, oft seiner Praxis entnommene Beispiele für das Bestehen einer Klassenjustiz¹⁹⁵. Die wichtigste Aufgabe, die Landsberg übertragen wurde, war die Führung der Fraktion bei der Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, das 1913 gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen wurde¹⁹⁶.

Nach Kriegsausbruch gelangte Landsberg in die vorderste Front der Sprecher der Fraktion. Seine erste wichtige Rede hielt er im Dezember 1915 bei der von Scheidemann begründeten Interpellation zur Friedensfrage. Der Reichskanzler und der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn arbeiteten mit verteilten Rollen: Bethmann Hollweg ließ die Absichten der Regierung auf Gebietserwerbungen nur verhüllt erkennen, Spahn aber verlangte sie ausdrücklich im Namen aller bürgerlichen Parteien. Nachdem der Versuch, dem sozialdemokratischen Redner das Wort abzuschneiden, Sturmszenen entfacht hatte, lag Landsberg daran, die Einheit, die durch die Bitterkeit dieser Auseinandersetzungen erschüttert war, wiederherzustellen. So hielt er eine Rede,

¹⁹³ *Groener*, S. 476.

¹⁹⁴ Sozialdemokratischer Parteitag Chemnitz 1912, Protokoll, S. 386; 527; *Bernstein*, Kaiserhoch und Verwandtes, S. 720.

¹⁹⁵ Reichstag, St. B. 10. 2. 1913, S. 3638 ff.; 17. 2. 1914, S. 7412 ff. (Etat der Justizverwaltung); 1. 12. 1913, S. 6107 ff. (Disziplinarrecht der Beamten).

¹⁹⁶ Reichstag, St. B. 27. 2. 1912, S. 278 ff.; 28. 5. 1913, S. 5270 ff.; 5306; 25. 6. 1913, S. 5760.

deren Mäßigung selbst dem Grafen Westarp auffiel, und die die notwendige Festigkeit des Standpunkts gegenüber der annexionistischen Einheitsfront der Regierung und der anderen Parteien vermissen ließ. Im letzten Kriegsjahr nahm Landsberg zum Ultimatum der Regierung, durch das die Russen zur Annahme der deutschen Friedensbedingungen gezwungen wurden, energischer Stellung. „Das Ultimatum der deutschen Regierung redet die Sprache des Siegers, vom Geiste der Verständigung läßt sie nichts erkennen.“ Aber auch damals ließ Landsberg die Haltung der Fraktion zu den von der deutschen Regierung geplanten Friedensbedingungen entsprechend dem Beschluß des Fraktionsvorstandes offen¹⁹⁷.

Dabei war Landsberg persönlich der Politik der Gebietserweiterungen oder einer Vorherrschaft Deutschlands in angrenzenden Ländern entschiedener abgeneigt, als manche anderen Mitglieder der Fraktion. Er durchkreuzte Absichten, die in dieser Richtung gingen. Unterstützt von Ebert, erzwang er 1915 den Verzicht auf einen von David vorgelegten Leitsatz zur Friedensfrage, dessen Annahme durch die Fraktion und den Parteiausschuß der Billigung einer deutschen Herrschaft über Belgien gleichgekommen wäre. Landsberg warnte wiederholt davor, eine fremdsprachige Bevölkerung zwangsweise in das Reich einzugliedern, und fand manche glückliche Formel:

„Wir lehnen es ab, deutsches Blut und fremdes Land in eine Gleichung zu bringen. Das Blut deutscher Volksgenossen steht uns zu hoch im Werte, als daß wir es als Preis für noch so ausgedehnte Landgebiete hergeben möchten.“

Bei der Fraktionsberatung über den Friedensvertrag mit Rumänien trat Landsberg für Stimmenthaltung ein, während die Mehrheit Zustimmung beschloß. Der Vertrag verletzte die Grundsätze der Friedensresolution des Reichstags. Landsberg hätte gewünscht, daß die Fraktion ihre Kritik daran wenigstens durch Enthaltung zum Ausdruck brächte¹⁹⁸.

Für die Aufrechterhaltung der Grenzen von 1914 trat Landsberg gegenüber französischen Ansprüchen stets von neuem ein. Es entsprach seiner tiefen Überzeugung, daß das 1871 dem Reich eingegliederte Elsaß-Lothringen deutsches Land sei, das sich Frankreich 200 Jahre zuvor unrechtmäßig angeeignet habe. Taktisch sah er in der Unterstreichung der Einigkeit in dieser Frage ein Mittel, um die vielfach durchlöchernte außenpolitische Einheitsfront wiederherzustellen. Um so bitterer reagierte er gegen Maßnahmen, die die Resultate dieser Politik in Frage stellten. Als die militärischen Stellen im Elsaß das im Schutzhaftgesetz von 1916 vorgesehene Beschwerderecht ignorierten, hielt er eine seiner heftigsten Reden. Von der Wirkung der langjährigen Verbundenheit der Elsässer mit Frankreich, vor allem seit der französischen Revolution,

¹⁹⁷ Reichstag, St. B. 9. 12. 1915, S. 439 ff.; *Westarp*, II, S. 623 f.; Haase mißbilligte Landsbergs Rede, *Ernst Haase*, S. 114. Zum Ultimatum, Reichstag, St. B. 28. 2. 1918, S. 4233 ff.; *David*, S. 269.

¹⁹⁸ Reichstag, St. B. 7. 6. 1916, S. 1591 (dort das Zitat); *David*, S. 105; 138; 141 f.; *Matthias* und *Pikart*, II, S. 61; 66 (Belgien); S. 409 (Rumänien).

legte er sich keine Rechenschaft ab. Landsberg wurde von echter Trauer erfaßt, als im Oktober 1918 die elsässischen Zentrumsführer erklärten, die elsässische Frage sei nunmehr ein internationales Problem geworden:

„Was haben wir dieser Tage hier erlebt? Uns allen hat das Herz geblutet, als Vertreter eines kerndeutschen Stammes, dessen Sprache deutsch ist, hier aufgetreten sind und sich vom deutschen Reich losgesagt haben.“¹⁹⁹

Zu Fragen der inneren Politik nahm Landsberg wiederholt selbständig Stellung. In Steuerfragen, bei der Beratung eines neuen Vereinsgesetzes und des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst stand er der Taktik der Fraktion kritisch gegenüber. Sie ließ sich nach seiner Auffassung zu sehr von der Regierung leiten und gab freiheitliche Gedanken preis, die auch in der Kriegszeit nicht geopfert werden durften²⁰⁰. Meisterhaft entledigte er sich der Aufgabe, den Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Liebknecht nach seiner Friedensdemonstration in Berlin zu begründen. Noch nie hatte der Reichstag einen Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen eines seiner Mitglieder abgelehnt. Landsberg suchte dem Hause Liebknechts Gedankengänge klarzumachen und kritisierte bei einer späteren Gelegenheit mit Schärfe das Kriegsgericht, das im Berufungsverfahren dem Angeklagten die Ehrenrechte aberkannt hatte: „Wer über Menschen richtet, muß menschlich fühlen... Sein [Liebknechts] Irrtum ist nicht der Irrtum eines ehrlosen Mannes.“ Die Anträge der beiden sozialistischen Parteien wurden gegen die Antragsteller abgelehnt²⁰¹.

Einen Höhepunkt der Beredsamkeit erreichte Landsberg, als er im Oktober 1917 die Interpellation seiner Partei zur Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts durch die militärischen Stellen begründete. Drei Monate vorher hatte der Reichstag die Friedensresolution angenommen. Die Vaterlandspartei, gefördert von hohen Militärs, von staatlichen und kommunalen Verwaltungen hatte sich gebildet. Kurz zuvor hatte Landsberg dem Würzburger Parteitag seinen Bericht über die Demokratisierung unterbreitet. „Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können... Politik ist nicht allein die Kunst des Möglichen, sondern auch die ungesäumte Verwirklichung des Notwendigen.“²⁰² Landsberg spürt die Kluft, die sich zwischen den nach Demokratie strebenden Volkskräften und den aggressiv gegen sie vorstoßenden Exponenten des Rechtsradikalismus auftut. Er sieht düstere Folgen der

¹⁹⁹ Reichstag, St. B. 26. 10. 1918, S. 6292; frühere Stellungnahme zu Elsaß-Lothringen, 9. 12. 1915, S. 442; 28. 2. 1918, S. 4234; Schutzhaftgesetz, 23. 2. 1917, S. 2347, 2353.

²⁰⁰ *David*, S. 165, 177, 211.

²⁰¹ Reichstag, St. B. 11. 5. 1916, S. 1026 ff.; 27. 10. 1916, S. 1843; s. auch Landsbergs Rede zum Justizetat, in der er die Art der Inhaftnahme Rosa Luxemburgs und die Stellungnahme des Berliner Polizeipräsidenten und des preußischen Innenministers dazu scharf kritisiert, 8. 4. 1916, S. 950 f.

²⁰² Sozialdemokratischer Parteitag Würzburg 1917, Protokoll, S. 185.

Politisierung des Heeres durch diese Agitation voraus. Er zitiert die wüsten Beschimpfungen des Reichstags und seiner Mehrheit, die die Friedensresolution angenommen hat: der Haß unter den Nationen hat zum Haß in der Nation geführt. „Die Vaterlandspartei, diese neue Partei hat ja . . . überhaupt noch nichts anderes getan, als inneren Zwist hervorzurufen.“ Landsberg wendet sich nicht an die Kreise, denen der Krieg Profite bringt, sondern an die Idealisten der Rechten, resigniert und aufrüttelnd zugleich:

„Ich kenne den Mangel an politischer Bildung in Deutschland, der zugleich Folge und Ursache unserer Verfassungszustände ist, zur Genüge, um an die Ehrlichkeit bei so ziemlich jeder politischen Betätigung zu glauben . . . Kann man denn einen edleren Zweck verfolgen, als den der Rettung des Vaterlandes? Wir lassen uns in Liebe zu Deutschland von niemand beschämen. Unsere Liebe zu unserem Vaterlande geht so weit, daß wir nicht Kurland und Longwy-Briey nachjagen wollen, auf die Gefahr hin, Deutschland zu verlieren.“

Westarp beschuldigte in einem Zwischenruf den Abgeordneten, dessen Mäßigung ihn einst überrascht hatte, eine Hetzrede zu halten, und er hat diesen Vorwurf in seinen Erinnerungen wiederholt. In Wirklichkeit sind die einzigen gehässigen Worte Zitate aus dem Arsenal des Alldeutschtums. Aus Landsberg spricht die Erregung und tiefe Besorgnis über die verderblichen Kräfte, die zweimal Deutschlands Ruin herbeigeführt haben, und die er damals deutlich Gestalt annehmen sah²⁰³.

Als die Ereignisse sich im Herbst 1918 überstürzten, war für bedächtige Überlegung, in der Landsbergs Stärke lag, keine Zeit. Er bekämpfte zusammen mit Scheidemann den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung des Prinzen Max: Die Verantwortung für den katastrophalen Ausgang sollten, auch nach außen sichtbar, diejenigen tragen, die die deutsche Politik seit 1914 bestimmt hatten. Ebert setzte die Beteiligung durch, damit dem sinnlosen Morden schnellstens ein Ende gemacht werde. Es war ein Entschluß von politisch verhängnisvoller Tragweite, aber von menschlicher Größe. Nach Eingang der zweiten Note des Präsidenten Wilson plädierte Landsberg dafür, die Antwort hinauszuzögern und vielleicht dadurch günstigere Bedingungen zu erzielen. Er verschloß die Augen vor der Tatsache, daß der Zusammenbruch da war. Im interfraktionellen Ausschuß spornte er zur Eile an: Die Reformen, vor allem die preußische Wahlreform mußten unverzüglich durchgeführt werden, der Kaiser müsse abdanken, der Kronprinz dürfe den Thron nicht besteigen. Alles war darauf berechnet, durch radikale Änderungen der Revolution zuvorzukommen. Aber, gleich Ebert, wollte Landsberg die Institution der Monarchie nicht beseitigen. „Wir sind Republikaner, aber auch Demokraten . . . wollen nicht die Ansicht der Minderheit der Mehrheit aufzwingen. Wir denken nicht daran, eine völlige Abdankung der Monarchie

²⁰³ Reichstag, St. B. 6. 10. 1917, S. 3714 f.; Charakterisierung der Vaterlandspartei, S. 3716; Westarp, II, S. 623 ff.

und der Hohenzollern zu beanspruchen.“²⁰⁴ Noch am 8. November rief Landsberg dies den bürgerlichen Mitgliedern des Ausschusses zu. Am Tage darauf proklamierte Scheidemann die Republik, war Landsberg Mitglied des Rats der Volksbeauftragten. Die Ereignisse folgten ihrer eigenen Logik. Landsberg wurde mit Ebert und Scheidemann einer der Repräsentanten der revolutionären Bewegung, die zu verhindern er seine Kräfte eingesetzt hatte.

In der Weimarer Zeit ist Landsberg noch bei bedeutenden Gelegenheiten im Parlament aufgetreten. Die unvermeidliche Zustimmung zum Versailler Vertrag auszusprechen, brachte er nicht über sich. 1933 mußte er fliehen. Es gelang ihm, sich mit Hilfe von Freunden in den Niederlanden zu verbergen und die deutsche Besetzung zu überleben. Nach Deutschland zog es den einstigen deutschen Patrioten nicht mehr. Er ist in einer Vorstadt von Utrecht in hohem Alter gestorben.

Georges Weill

Der Vertreter von Metz, Georges Weill*, war noch nicht 30 Jahre alt, als er die lothringische Stadt für die Sozialdemokratie eroberte. Der Sproß des zweisprachigen elsässischen Bürgertums brach früh mit der Schicht, der er entstammte, mit jenen Notabeln, die von der Regierung des Reichslandes gehätschelt wurden, während man auf Bauern, Arbeiter und den kleinen Mittelstand herabsah. Mit 19 Jahren schrieb Weill seinen ersten Artikel über das elsässische Problem. Kautsky nahm ihn für die „*Neue Zeit*“ an, was ein großer Erfolg für den Studenten im zweiten Semester war. Drei Jahre später beendete Weill seine Doktorarbeit unter Anleitung des Professors Georg Friedrich Knapp, des Vaters von Elli Heuss-Knapp. Kein Student verließ den Hörsaal oder das Seminar des Straßburger Gelehrten, ohne von seinem sozialen Empfinden und liberalen Geist tief berührt zu sein. Weill promovierte über die Lage der Kanalschiffer im Elsaß, die er kritisch beleuchtete und für die er eine bessere Existenz erstrebte. Er untersuchte auch die Möglichkeit der Übernahme des Schifffahrtsverkehrs durch den Staat. Weills Stellungnahme für den Sozialismus und zur elsäß-lothringischen Frage zeichnete sich also

* *Georges Weill*, geb. 1882 in Straßburg. Konfessionslos. Studierte Philosophie und Staatswissenschaften in Paris und Straßburg. 1902–1904 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Handelskammer in Straßburg. 1904 Dr. phil. 1905 Redakteur der „*Freien Presse*“ in Straßburg, 1906–1910 der „*Fränkischen Tagespost*“ in Nürnberg, seit 1910 Schriftsteller in Straßburg. 1912–1914 Mitglied des Reichstages für Metz. Ging bei Kriegsausbruch nach Frankreich, in der Kriegszeit als Dolmetscher tätig. 1924–1928 und 1932–1936 Mitglied der französischen Deputiertenkammer für Straßburg. War Ende 1965 noch am Leben.

²⁰⁴ *Stampfer*, Erfahrungen, S. 222; *David*, S. 287 (über Eintritt in die Regierung 1918); *David*, S. 291 (Wilson); *Matthias* und *Morsey*, S. 515 f., 571, 591 ff.; das Zitat S. 597; vgl. auch S. 602. – Landsberg war seit dem 24. 10. 1918 Mitglied des Fraktionsvorstandes und des interfraktionellen Ausschusses, ebenda, S. 329.

bereits in früher Jugend ab. Im Reichstag sprach er sachkundig und lebhaft über wirtschaftliche Probleme und nahm sich auch des Mittelstandes an²⁰⁵.

Metz war vor Weill von einem Mitglied des Lothringer Blocks vertreten worden. 1912 kandidierte gegen Weill ein Anhänger des neugegründeten Nationalbundes, der vom elsässischen Zentrum und vom Lothringer Block unterstützt wurde. Diese Parteien waren jedoch durch die Zusammenarbeit des Zentrums mit der Rechten diskreditiert. Das Wiederaufleben protestlerischer Tendenzen, die der Nationalbund offensichtlich förderte, wurde durch die Stimmung nach der Annahme der elsässischen Verfassung von 1911 nicht begünstigt. So siegte Weill in der Stichwahl mit Hilfe der Liberalen. Er mag auch die Stimmen der altdeutschen Beamten erhalten haben, die begreiflicherweise den Kandidaten bevorzugten, der die Zugehörigkeit des Elsaß zu Deutschland unzweideutig bejahte. Die wahlpolitische Situation hatte im Reichsland ihre besonderen, oft seltsamen Züge²⁰⁶.

Weills Einstellung stimmte nicht nur mit der damaligen Haltung der Sozialdemokratie überein, sondern entsprach auch den Ideen der jüngeren Generation, die die Zeit vor 1870 nur noch aus den Erzählungen der Älteren kannte. Der volkswirtschaftlich gebildete Mann begriff, daß durch die veränderte Zollgrenze und durch das Einströmen deutschen Kapitals und altdeutscher Bevölkerung das Reichsland enger mit Deutschland zusammenwuchs. Zugleich aber wirkte die Atmosphäre auf ihn ein, die das Fühlen und Denken der Elsaß-Lothringer bestimmte: das Elsaß hatte an der großen französischen Revolution teilgenommen, Frankreich war das Land der Menschenrechte, Preußen standen die Elsässer mit noch tieferer Abneigung gegenüber als die übrigen Süddeutschen. Weill zog daraus die in der damaligen Situation gegebenen Schlußfolgerungen: Elsaß-Lothringen mußte im Reich verbleiben und in ihm ein autonomer Bundesstaat werden, der Chauvinismus in Deutschland und Frankreich mußte konsequent bekämpft und der freiheitliche Gedanke gestärkt werden. Nur auf diesem Wege konnte der gewaltsamen Eroberung die moralische Gewinnung der Bevölkerung folgen und Elsaß-Lothringen ein verbindendes Glied zwischen zwei hochzivilisierten Nationen werden. Weill war sich seiner Mission im Dienste des Friedens und der Freiheit bewußt. Überlegen konnte er daher die Angriffe eines konservativen Abgeordneten zurückweisen, der ihm seine Tätigkeit als Korrespondent der „*Humanité*“ in Paris vorhielt: Jaurès, der Direktor des französischen Zentralorgans, und er selbst arbeiteten für die gleichen Ziele der Völkerverständigung²⁰⁷.

²⁰⁵ Weills Lebenslauf in Reichstags-Handbuch 1912, S. 399. Weill, Die Lage der Kanalschiffer. Weill, Elsaß-Lothringen, S. 641–648; 694–698.

²⁰⁶ Das Elsaß von 1870–1932, I, S. 142; II, S. 184. Weill hatte schon 1902 den Protest gegen die Zugehörigkeit des Elsaß zu Deutschland als „vulgäre Magenfrage“ verächtlich gemacht, ebenda, I, S. 81.

²⁰⁷ Reichstag, St. B. 16. 1. 1913, S. 3043. Weills Gedanken treten am besten zutage

Weill war ein Anhänger des Revisionismus und ein persönlicher Freund Ludwig Franks. Als die elsäß-lothringische Verfassungsfrage spruchreif wurde, stellte er auf dem Landesparteitag in Kolmar ein Maximalprogramm auf: Autonomie Elsaß-Lothringens im Reich als republikanischer Bundesstaat, Einkammersystem, direktes, geheimes und gleiches Proportionalwahlrecht. Weill begründete auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie in demselben Jahre den entsprechenden Antrag von Straßburg-Stadt und verhalf ihm zur Annahme. Wieviel die Partei von diesem Programm preisgab, um ein so wichtiges Ziel wie das gleiche Wahlrecht zu erreichen, ist an anderer Stelle dargelegt worden²⁰⁸.

Weill fand sich damit ab. Er verstand die Bedeutung des gleichen Wahlrechts, die weit über das Elsaß hinausgriff, und verteidigte kraftvoll die von Frank dirigierte Politik der Reichstagsfraktion und ihre Zustimmung zur Verfassung.

Die Enttäuschungen blieben nicht aus. Das gleiche Wahlrecht brachte die Herrschaft des elsässischen Zentrums und des Lothringer Blocks, die Sozialisten blieben eine nicht einmal bedeutende Minderheit. Die Zusammensetzung der Ersten Kammer spiegelte die reaktionären Tendenzen des preußischen Beamtentums und die Interessen der Notabeln wider, wenn sie sich auch zuweilen entschieden gegen die Berliner Politik wandte. Die günstigen Wirkungen, die die Sozialisten von der Annahme der Verfassung für das deutsch-französische Verhältnis erwartet hatten, traten nicht ein. Die periodisch wiederkehrenden außenpolitischen Krisen standen dem im Wege. Im Frühjahr 1913 erfuhr man aus der französischen Presse, daß die elsäß-lothringische Regierung auf dem Umwege über die Reichsgesetzgebung eine Einschränkung der Preß- und Versammlungsfreiheit beim Bundesrat beantragt hatte. In der Reichstagsdebatte darüber wies Weill darauf hin, daß niemand auf die Lösung des Elsaß vom Reich hinarbeite, daß aber alle die noch bestehenden feudalen Vorrechte beseitigen wollten. Von neuem erhob er die Forderung nach einer freien demokratischen Verfassung, die durch die Bestimmungen von 1911 nur zu einem geringen Teil befriedigt worden war²⁰⁹. Das elsäß-lothringische Parlament und die Mehrheit des Reichstags nahmen gegen die Absichten des Bundesrats so entschiedene Stellung, daß er seinen Plan fallen ließ.

Da kam einige Monate später die schon wiederholt erwähnte, aufwühlende Affäre von Zabern. Alle Redner außer den Konservativen nahmen gegen die unerhörten Vorkommnisse entschiedene Stellung. Wieder beteiligte sich Weill an der Debatte; die schneidende Schärfe, der drohende Ton seiner Worte ist unüberhörbar:

in seinem Aufsatz „Der Kurs der Politik in Elsaß-Lothringen“, S. 1081 ff. Über die Auffassung der Sozialdemokratie betreffend Elsaß-Lothringen s. oben S. 421, 480.

²⁰⁸ S. oben S. 450; Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1910, S. 176; 431 f.; 486 f.; *Wehler*, S. 65.

²⁰⁹ Reichstag, St. B. 31. 5. 1913, S. 5369 ff.; die Darstellung der Vorgänge eingehend in *Das Elsaß*, I, S. 164 f.

„Es ist keine Frage, daß noch vor einer Reihe von Jahren der Entwicklungsprozeß so gut wie vollzogen erscheinen konnte. Die Bevölkerung hatte sich zum endgültigen Anschluß an das Reich entschlossen. Heute ist dies nicht mehr der Fall, und wenn in diesem Entwicklungsprozeß Hemmungen vorgekommen sind, ... so sind diese Hemmungen durch die neuesten Vorgänge und durch die Haltung der Regierung noch gestärkt und gefördert worden, Erbitterung und Zorn ergreift die einheimische Bevölkerung, und es gehört für die Altelsässer eine gewaltige Selbstbeherrschung dazu, nicht die weitesten Konsequenzen zu ziehen aus dieser deutschen Politik ... Es ist, als ob ein erobertes und feindliches Land von einer Truppenmacht besetzt gehalten wird ...“²¹⁰

Ein Vergleich des Tenors von Weills Rede mit seinen früheren Ausführungen enthüllt die Bedeutung des Falls Zabern für sein politisches Denken. Die Hoffnung auf eine freiheitliche und demokratische Entwicklung erschien ihm jetzt illusorisch, er trug sie zu Grabe.

Für sich selbst hat Weill daraus bei Kriegsausbruch eine radikale Konsequenz gezogen. Er kehrte von Paris, wohin er im Juli 1914 gegangen war, nicht mehr zurück. Er ließ sich selbst durch das Drängen seiner engsten Freunde nicht zur Rückkehr bewegen und erließ eine Erklärung, daß er sich auf die Seite Frankreichs stelle. In einer gemeinsamen Sitzung des sozialdemokratischen Fraktions- und Parteivorstandes wurde Weills Verhalten scharf verurteilt und festgestellt, daß er sich außerhalb der Partei gestellt habe. Anfang 1915 entzog ihm das Staatsministerium von Elsaß-Lothringen die Staatsangehörigkeit, und damit erlosch sein Mandat²¹¹.

Nach dem Kriege vertrat Weill Straßburg acht Jahre lang in der französischen Deputiertenkammer. Zur Zeit der deutschen Besetzung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg lebte er in Algier, wo er ein Buch „Le problème allemand“ erscheinen ließ²¹².

IV. Zusammenfassender Rückblick

Im Norddeutschen Reichstag und in den ersten Legislaturperioden des Deutschen Reichstags gehörte die Mehrzahl der jüdischen Abgeordneten der Nationalliberalen Partei an. In der 13. Legislaturperiode (von 1912 bis 1918) waren die meisten jüdischen Parlamentarier Sozialdemokraten. Beide Male waren sie Mitglieder der größten Fraktion und der an Wählerzahl größten Partei. In den siebziger Jahren waren sie unter den führenden Persönlichkeiten der stärksten Regierungspartei, im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs unter den leitenden Männern der stärksten Oppositionspartei. Obwohl sich besonders

²¹⁰ Reichstag, St. B. 3. 12. 1913, S. 6185 ff.; das Zitat auf S. 6187; über Zabern, s. oben S. 364.

²¹¹ *Stampfer*, Erfahrungen, S. 167; *David*, S. 82, 85; *Schultheß* 1915, S. 4 f.

²¹² *Weill*, Le problème allemand. Informationen über Weills Wirken in Frankreich verdanke ich dem Sekretariat der Assemblée Nationale in Paris.

in der Regierungszeit Wilhelms II. die Reichsfreudigkeit weiter Kreise des Volkes in eine Reichsverdrossenheit verwandelt hatte, wären die Juden als Abgeordnete nicht in einer relativ so hohen Zahl in einer republikanischen, sozialistische Ziele verfolgenden Fraktion erschienen, wenn die Liberalen nicht schwere Bedenken gehabt hätten, Juden als Kandidaten zu präsentieren. Sie taten es seit dem Anschwellen der antisemitischen Welle zwei Jahrzehnte lang so gut wie gar nicht, dann sehr zurückhaltend. Die Sozialdemokraten hatten diese Hemmungen nicht.

Weder zu Beginn noch gegen Ende des Kaiserreichs entsprach die Parteizugehörigkeit der Abgeordneten der Wahlentscheidung der jüdischen Bürger im allgemeinen. In der Reichsgründungszeit stimmten die Juden, besonders in den großen Städten eher fortschrittlich als nationalliberal. In dem letzten Jahrzehnt der Hohenzollernmonarchie wählten sie in weit höherem Maße fortschrittlich als sozialdemokratisch.

Die Bedeutung der Juden unter den Akademikern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist bereits in dem einleitenden Abschnitt zu diesem Teile geschildert worden²¹³. Unter den achtzehn jüdischen Sozialdemokraten waren vierzehn akademisch gebildete Intellektuelle, während vier als kaufmännische Angestellte begannen.

Zwölf jüdische Abgeordnete wurden in Wahlkreisen mit fast ausschließlich evangelischer Bevölkerung gewählt, und vier in Wahlkreisen, in denen die Evangelischen bei weitem überwogen. Nur in Mannheim, das Frank in den Reichstag entsandte, kam der katholische Volksteil an den evangelischen dicht heran, und Metz, wo Weill gewählt wurde, war eine zu 70 % katholische Stadt. Aber diese Situation war nicht durch das Judentum der betreffenden Abgeordneten bestimmt. Die Sozialdemokratie hatte wegen des Bestehens der Zentrumspartei in katholischen Kreisen durchweg größere Schwierigkeiten als in evangelischen Gebieten, wenn sie auch im Laufe der Zeit Großstädte mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wie München und Köln, eroberte. Die Wahl von Weill in einer vorwiegend katholischen Mittelstadt mit geringer Industrie ist jedoch nur durch die Wahlsituation in Elsaß-Lothringen und durch die besondere Lage bei den Wahlen des Jahres 1912 erklärbar.

Die meisten jüdischen Abgeordneten waren Söhne von Kaufleuten, die vorwiegend dem kleinen Mittelstand angehörten. Nur Herzfelds Vater war offenbar ein besser situierter Industrieller, und die Väter von Landsberg und Stadthagen hatten Berufe ergriffen, die akademische Vorbildung voraussetzten. Haases Vater dagegen begann als Schuhmacher, arbeitete sich aber später empor, während Franks und Bernsteins Familien eine zwischen Proletariat und kleinem Mittelstand schwankende Existenz führten.

In den inneren Kämpfen der Partei bezogen die jüdischen Abgeordneten ebenso verschiedene Stellungen wie die anderen sozialistischen Parlama-

²¹³ S. oben S. 407 ff.

rier. Unter den 13 Abgeordneten des Reichstags von 1912 können drei, nämlich Davidsohn, Hoch und Wurm, der breiten radikalen Parteimitte zugezählt werden, auf die Bebel sich stützte. Vier standen, Singer folgend, etwas links davon. Dies waren Cohn, Haase, Herzfeld und Stadthagen. Sie stießen aber bis 1914 immer wieder zum Parteizentrum, nachdem sie ihren Standpunkt prinzipiell gewahrt hatten. Fünf dagegen waren Reformisten, nämlich Bernstein, der anerkannte Theoretiker des Revisionismus, Frank, der erfolgreichste Praktiker des Reformismus, sowie Gradnauer, Landsberg und Weill, wenn auch Frank und Landsberg es ablehnten, sich in eine bestimmte Richtung eingruppiert zu lassen. Ferner trat Cohen, der als Revolutionär angefangen hatte, zum Revisionismus über. Die Zahl der Revisionisten unter den jüdischen Fraktionsmitgliedern ist also relativ hoch. Schlußfolgerungen darf man jedoch daraus nicht ziehen. Die Funktionäre und Mitglieder der Partei legten bei der Nominierung eines Kandidaten keineswegs immer Wert auf die Richtung, die er vertrat. Entscheidend war meist die Eignung für die parlamentarische Arbeit und die persönliche Popularität. Wären Frauen vor 1919 wählbar gewesen, so würde mit Rosa Luxemburg die den revolutionären Flügel der Partei führende Jüdin in das Parlament eingezogen sein. Da sie nicht gewählt werden konnte, waren nur Nichtjuden, nämlich Lensch, Rühle und Karl Liebknecht, die Repräsentanten des revolutionären Gedankens in der Fraktion. Von ihnen schwenkte nach Kriegsausbruch Lensch zum äußersten rechten Flügel der Partei über, später verließ er sie.

Frank und Landsberg waren unter den jüdischen Abgeordneten von 1912 die besten Redner, Haase und Landsberg die tüchtigsten Juristen, Wurm das initiativfreudigste Parteimitglied, Hoch der beste Sozialpolitiker. Unter allen, nicht nur unter den jüdischen Abgeordneten, war Frank der zielbewußteste Parlamentarier des reformistischen Flügels, Haase der führende Exponent des Radikalismus. Cohn und Bernstein hatten die stärkste, Gradnauer und Schönkank die geringste innere Beziehung zum Judentum. Bernstein hatte als Einziger die Zeit der Reichsgründung und der ihr vorhergehenden Kriege erlebt. Die Erinnerungen daran blieben in ihm lebendig. Davidsohn und Frank standen im Felde, jener wurde zweimal verwundet, dieser fiel. Außer ihm hat nur ein welfisches Mitglied des Reichstags als Soldat an der Front sein Leben gelassen. Cohn und Cohen dienten während etwa zweier Kriegsjahre als Landsturmmänner, während die anderen nicht mehr im kriegsdienstfähigen Alter standen, mit Ausnahme von Weill, der 1914 Deutschland verließ. Bernstein, Wurm und Herzfeld hatten in ihren jüngeren Jahren lange Zeit im Ausland gelebt. Doch nur Bernstein hat der Auslandsaufenthalt politisch merkbar beeinflußt.

Unter den vierzehn bzw. siebzehn Gegnern der Bewilligung der Kriegskredite im August und Dezember 1914 war neben Haase Herzfeld der einzige Jude. Im Jahre 1916 änderte sich das Bild. Vor der Spaltung hatte die Fraktion nach dem Ausscheiden Weills und dem Tode Franks elf jüdische Ab-

geordnete. Während von 100 nichtjüdischen Mitgliedern 1916 nur 12 zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gingen, sind ihr von den elf jüdischen Mitgliedern sechs beigetreten: Bernstein, Cohn, Haase, Herzfeld, Stadthagen und Wurm. Die Mehrheit der jüdischen Abgeordneten trennte sich also von der alten Fraktion. Von den fünf jüdischen Abgeordneten, die in der alten Sozialdemokratie verblieben, trat Hoch für die Ablehnung der Kredite ein, während Cohen-Reuß, Davidsohn, Gradnauer und Landsberg die Bewilligung bis zum Ende guthießen. Sieben von den elf Juden, aber nur 35 von hundert Nichtjuden haben die Ablehnung der Kredite befürwortet. Diejenigen, die in der alten Partei blieben, haben ihre Gegnerschaft durch Verlassen des Sitzungssaals bei der Abstimmung demonstriert.

Auch nachdem die Arbeitsgemeinschaft und später die Fraktion der USPD auf 20 angewachsen war, bestand fast ein Drittel dieser Fraktion aus Juden. Die meisten der im Apparat der Arbeiterbewegung tätigen ehemaligen Arbeiter folgten der Parteileitung. Für die Mehrzahl der jüdischen Abgeordneten dagegen blieb in dem gewaltigen historischen Drama der Zeit der internationale Gedanke ein verpflichtendes Grundprinzip. Sie wollten auch im Krieg den Klassenkampf nicht aufgeben und sich vor den Trägern der deutschen Kriegspolitik nicht als Konformisten beugen. Sie wünschten die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu betonen. Stadthagen und Herzfeld haben stets in Fühlung mit dem revolutionären Flügel der Partei gestanden. Bei Haase und Bernstein trat das pazifistische Grundgefühl und die Verbundenheit mit den Sozialisten des Auslands in den Vordergrund. Oskar Cohn erachtete es als die Pflicht jeder nationalen Sektion der Internationale, den Kampf für den Frieden gegen ihre Regierung zu führen. Sieht man von den Revolutionären in der Fraktion ab, so stand ihm am lebhaftesten die Idee der sozialistischen Revolution in jedem europäischen Lande als Abschluß des Ringens zwischen den Staaten vor Augen. Cohn und Wurm gehörten zum engsten Freundeskreis Haases. Ebenso wie die anderen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, vollzogen sie den Disziplinbruch erst, als er den Augenblick für gekommen hielt, und hielten sich von Karl Liebknechts und Otto Rühles bereits im Dezember 1914 einsetzender Aktion fern.

Von den fünf Juden, die in der alten Partei blieben, waren drei, nämlich Gradnauer, Landsberg und Hoch, bedeutende Mitglieder der Fraktion. Von ihnen hatte Gradnauer die geringsten, Hoch die stärksten Vorbehalte gegen die Regierungspolitik. Gradnauer war die Hauptstütze Davids, des Führers des rechten Flügels der Fraktion. Hoch dagegen teilte viele Auffassungen der USPD und wurde nach dem Ausscheiden Haases und seiner Anhänger der Führer des linken Flügels der Fraktion. Seine Idee – die Aufrechterhaltung der Einheit trotz aller Gegensätze, um die geschlossene Macht der Partei jederzeit einsetzen zu können – war richtig. Ihre Durchführung erwies sich jedoch als unmöglich. Weder Ebert und Scheidemann noch Haase und Ledebour waren weitblickend und duldsam genug, um diesen nicht einfachen Kurs zu

steuern. Landsberg hat das Dilemma der Fraktion, das sich aus dem Bekenntnis zum Burgfrieden und der gleichzeitigen Forderung großer innenpolitischer Reformen ergab, am besten erkannt. Er hat wiederholt daraus auszubrechen versucht und war der kritischste Kopf unter denen, die die Bewilligung der Kredite befürworteten. Er hat die Fraktion vor manchen Irrtümern bewahrt, aber eine selbständige systematische Stellungnahme nicht zu erarbeiten vermocht, ja nicht einmal versucht. Cohen war Imperialist; seine Anglophobie bestimmte die „Kontinentalpolitik“, die es verhüllte, daß er auch in Europa die deutsche Hegemonie erstrebte. Er verstand jedoch, daß Joseph Blochs politische Konzeption nicht gegen Großbritannien und Rußland zugleich verwirklicht werden konnte, und war daher der schärfste und weitblickendste Bekämpfer der Zerstückelung Rußlands, die Deutschland die langwährende Feindschaft des russischen Volkes zuziehen mußte. Davidsohn hatte am wenigsten Profil, doch hat der Radikale einerseits seine Haltung allmählich gemäßiggt, andererseits aber daran gearbeitet, den Bruch mit den Kreditverweigerern nicht unheilbar werden zu lassen.

Nicht nur der Streit um die Kriegskredite, sondern auch die Auseinandersetzungen über die elsässische Frage beleuchten die Risse und Sprünge in der Partei, die vor dem Kriege scheinbar so fest gefügt war. Auch hier gingen die jüdischen Abgeordneten sehr verschiedene Wege. Gradnauer und Landsberg befürworteten entschieden die These, daß eine Lösung Elsaß-Lothringens vom Reich, gleichviel in welcher Form, also auch eine Volksabstimmung, nicht diskutabel sei. Bernstein und Haase dagegen griffen auf die einstigen Forderungen Bebels und Wilhelm Liebknechts zurück: das Elsaß solle in freier Abstimmung über sein Schicksal entscheiden. Von den beiden süddeutschen Abgeordneten, die die elsässische Verfassung von 1911 als einen Ausgangspunkt für eine deutsch-französische Verständigung und für die Demokratisierung des Elsaß betrachtet hatten, ließ Frank als Kriegsfreiwilliger sein Leben für Deutschland, während Weill, aufs tiefste enttäuscht, auf die Seite der Gegner Deutschlands trat.

C. Jüdische Sozialdemokraten in den Landtagen

Übersicht

In den Landtagen war die Sozialdemokratie nur schwach vertreten. Entsprechend war die Zahl der jüdischen Abgeordneten gering. Die Gesamtziffer der Landtagsabgeordneten (ohne die Bürgerschaft der Stadtstaaten) betrug im letzten Vorkriegsjahr 1314. Unter ihnen waren 183 Sozialdemokraten, also 14 0/0, während zu der gleichen Zeit fast 28 0/0 der Reichstagsmitglieder der sozialdemokratischen Partei angehörten. Jedoch war auch in den Landtagen der letzten zwei Jahrzehnte des Kaiserreichs die Zahl der sozialdemo-

kratischen Abgeordneten sehr erheblich gewachsen: im Jahre 1895 hatten nur 36 Sozialdemokraten in den Landtagen gesessen²¹⁴. Die Steigerung beruhte auf der zunehmenden Stärke der Sozialdemokratie und auf der Demokratisierung des Landtagswahlrechts in den süddeutschen Staaten.

Die Zahl der jüdischen Landtagsabgeordneten wuchs demgemäß. Vor der Jahrhundertwende war ein einziger Jude Mitglied eines Landtages, nämlich Gabriel Löwenstein, ein Veteran der deutschen Arbeiterbewegung, der seit 1893 dem bayerischen Landtag angehörte. Danach kamen zehn Abgeordnete hinzu: drei in Preußen, je einer in Bayern, Württemberg und Hessen und vier in Baden. Zu gleicher Zeit waren es nie mehr als sieben.

In Preußen zogen 1908 Paul Hirsch und der Verlagsbuchhändler Hugo Heimann unter den ersten sieben Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus ein. Heimann legte sein Mandat 1910 nieder, 1911 kam der Schriftsteller Julian Borchardt auf Grund einer Nachwahl in das Parlament, aus dem er 1913 wieder ausschied. So war nach den Neuwahlen von 1913 Hirsch der einzige Jude der nunmehr aus zehn Mitgliedern bestehenden sozialdemokratischen Fraktion. Er blieb im Landtag bis weit in die Zeit der Weimarer Republik und wurde nach der Revolution preußischer Volksbeauftragter und bis 1920 Ministerpräsident.

In den bayerischen Landtag wurde 1907 der Rechtsanwalt Süßheim gewählt; Löwenstein war 1905 ausgeschieden. In den Landtag von Württemberg zog 1906 der Journalist Berthold Heymann und in den hessischen Landtag 1905 der Rechtsanwalt Hugo Heinrich Fulda ein. Alle drei gehörten den Parlamenten zeitweise auch in der Weimarer Republik an. In den badischen Landtag gelangte 1903 als erster Jude der Kaufmann Albert Süßkind, 1905 Ludwig Frank, 1909 der Parteigestellte Jakob Kahn. Nach Franks Tode wurde in seinem Karlsruher Wahlkreis der Rechtsanwalt Ludwig Marum gewählt. Süßkind starb 1915. Kahn wirkte kurze Zeit, Marum zehn Jahre im Landtag der Weimarer Zeit.

In den Stadtstaaten hatte die Sozialdemokratie nur ein jüdisches Bürgerchaftsmitglied, nämlich Louis Grünwaldt, der 1904 in Hamburg gewählt und nach der Revolution 1919 Senator wurde.

Von den insgesamt elf jüdischen Landtagsabgeordneten wurden also acht in Süd- und Südwestdeutschland gewählt und drei in Preußen. Dies entsprach ungefähr den Anteilziffern der Sozialdemokratie an der Gesamtzahl der Parlamentarier. In Bayern, Württemberg, Baden und Hessen gab es 1913 zusammen 75, in Preußen zehn sozialdemokratische Mandatsträger. In den Fraktionen der anderen Landtage fanden sich keine Juden. Sie gehörten in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten, in denen ihre Zahl ohnehin sehr gering

²¹⁴ Ziffern über die Sozialdemokratie in den Landtagen in bestimmten Jahren und über die Gesamtzahl der Abgeordneten für 1911 zusammengestellt von *Gerhard A. Ritter*, *Die politische Arbeiterbewegung*, S. 25.

war, nur in Ausnahmefällen der Sozialdemokratie an. Unter den elf Mitgliedern der Fraktion des elsass-lothringischen Landtages, der 1911 konstituiert wurde, waren Juden ebenfalls nicht vertreten.

I. Preußen

Paul Hirsch

Paul Hirschs* politische Laufbahn war durch seine Publikationen vorausbestimmt. Als sich die Sozialdemokratie an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus noch nicht beteiligte, schrieb er über die Entrechtung der Arbeiter durch das preußische Wahlrecht. Als es noch keinen sozialistischen Abgeordneten in Preußen gab, verfaßte er das Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. Als die Zahl der Gemeindevertreter der Partei noch recht spärlich war, stellte er ihre Aufgaben in den Rathäusern systematisch dar. Hirsch war also gründlich vorbereitet für die kommunalen Ämter, die er von 1900 bis 1932 bekleidete, und für seine Tätigkeit im Landtag von 1908 bis 1932, sowie für das Amt des preußischen Ministerpräsidenten, das er nach der Revolution innehatte²¹⁵. Außer Ludolf Camphausen, der in den Revolutionstagen des März 1848 für kurze Zeit Ministerpräsident wurde, und Georg Michaelis, dem Kanzler während einiger Sommer- und Herbstmonate des Jahres 1917, ist vor Hirsch nie ein Mann bürgerlichen Standes zur Führung der preußischen Staatsgeschäfte berufen worden. Mit ihm gelangte ein Mann jüdischer Abstammung an die Spitze des Staatsministeriums. Als eine größere Sensation aber erschien es, daß ein Sozialdemokrat die Regierung eines Staates übernahm, von dessen Volksvertretung die Mitglieder dieser Partei fast völlig ferngehalten worden waren.

* *Paul Hirsch*, geb. 1868 in Prenzlau (Mark Brandenburg). Konfessionslos, 1933 in die Berliner jüdische Gemeinde wieder eingetreten. Studium der Medizin, dann der Sozialwissenschaften und der Nationalökonomie. Parlamentsberichterstatler für die Presse. 1900–1921 Stadtverordneter von Charlottenburg. 1908–1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Publikationen über Kommunalpolitik und preußische Politik. November 1918 bis März 1920 preußischer Ministerpräsident; bis März 1919 auch Minister des Innern. 1920–1921 parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Volkswohlfahrt. 1919–1932 Mitglied des Preußischen Landtags, 1921 Vorsitzender des Hauptausschusses. 1921–1925 Stadtrat und stellvertretender Bezirksbürgermeister von Charlottenburg, 1925–1932 Bürgermeister von Dortmund. Führend bei der Schaffung von Groß-Berlin und bei den Umgemeindungen im Ruhrgebiet. Gest. 1940 in Berlin.

²¹⁵ Handbuch für den Preußischen Landtag, III, 1928, S. 534. Briefliche Mitteilungen über Hirsch verdanke ich Frau Thea Kahn, geb. Hirsch, Lima-Barranco (Peru) und Fräulein Eva N. Hirsch, Los Angeles, Kalifornien. Eine ausführliche Beschreibung von Hirschs Leben in „*Siegener Volkszeitung*“, 1. 11. 1932, anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amt als Bürgermeister von Dortmund am gleichen Tage.

Hirsch stammte aus einem kleinen märkischen Ort und kam als Knabe nach Berlin. In die Zeit seines Studiums fielen der Thronwechsel und die Ereignisse, die ihm folgten: der Fall des Sozialistengesetzes, der Sturz Bismarcks, der Aufstieg der Sozialdemokratie zur stärksten Partei. Bald steht Hirsch mitten in der Arbeiterbewegung. Um ihr zu dienen, sattelt er um. Er wendet sich von der Medizin ab und treibt sozialwissenschaftliche und volkswirtschaftliche Studien. Zum Abschluß führte er sie nicht, aber er nimmt aus ihnen einen unvergleichlichen Gewinn mit: er wird in den Bannkreis des Privatdozenten der Nationalökonomie Ignaz Jastrow gezogen. Bei diesem begnadeten Lehrer, der sich mit Stolz sozialliberal nannte, war der Lehrbetrieb alles andere als routinemäßig. Jastrow beschäftigt sich mit jedem einzelnen Studenten, er veranstaltet mit den jungen Leuten in seinem Hause regelmäßig zwanglose Diskussionsabende. Er hält auf absolute wissenschaftliche Sauberkeit und erweckt in seinen Schülern den Glauben an die idealen Güter der Menschheit.

In Jastrows Schule lernt Hirsch gewissenhaft arbeiten, um sich auf die politische Laufbahn vorzubereiten. Jeden Tag saß er auf der Journalistentribüne des Parlaments, um durch Berichterstattung aus dem Reichstag und dem Landtag sein Brot zu verdienen. Die Beobachtung der parlamentarischen Arbeit macht ihm klar, daß es seiner Partei an allen Ecken und Enden an den Voraussetzungen für die Leistung mühseliger, aber unerläßlicher Detailarbeit mangelt. Hier drängt es ihn, Pionierarbeit zu leisten, vor allem in der Kommunalpolitik, in der er im Verlauf seines Lebens seine größten Erfolge erzielt hat. In Charlottenburg, der reichen Vorstadt im Westen Berlins, zwingt er mit seiner kleinen Fraktion der Widerstrebenden, vom Kommunalfreisinn und den Nationalliberalen beherrschten Versammlung die Bewilligung von Mitteln für Sozialhygiene, Volksbildung, Volkswohlfahrt und -Gesundheit ab.

Die gemeindepolitische Arbeit lenkte früh die Aufmerksamkeit des Parteivorstandes, vor allem Paul Singers, auf Hirsch. 1903 beteiligte sich die Partei zum ersten Male an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Nun stellte es sich heraus, daß es der Sozialdemokratie auch hier an soliden Grundlagen für die Wahlagitation fehlte. Hirsch schuf ihr in dem schon erwähnten „Handbuch“ das Rüstzeug für die Wahlen. Im Jahre 1908, in dem der Sozialdemokratie der Durchbruch gelang, und in dem Hirsch selbst gewählt wurde, war das „Handbuch“ bereits zu einem stattlichen Kompendium von fast 600 Seiten, 1913 noch mehr angewachsen. Der Wahlrechtsfrage widmete er eine besondere Schrift „Unter dem elendesten aller Wahlsysteme“, ein Titel, der einem häufig zitierten Worte Bismarcks entlehnt war. Der Grimm über die Zustände im alten Preußen zittert noch in seinem 1929 erschienenen Buch über den „Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen“ nach²¹⁶.

²¹⁶ Hirsch, der Preußische Landtag; Unter dem elendesten aller Wahlsysteme; Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, besonders S. 20–27, 51–54.

Ebenso verdienstvoll waren Hirschs kommunalpolitische Veröffentlichungen. Unter seiner Leitung erschien u. a. eine Sammlung von Schriften zur Gemeindepolitik, an der die besten Kommunalfachmänner der Partei mitarbeiteten. Er selbst behandelte die kommunale Wohnungspolitik und, zusammen mit Hugo Lindemann, das kommunale Wahlrecht. In einem ausführlichen Werk schilderte er 25 Jahre sozialdemokratischer Kommunalpolitik, beginnend mit 1883, dem Jahre, in dem erstmalig Mitglieder der Partei in das Berliner Rathaus einzogen. Später erläuterte er gemeinverständlich die kommunalpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie²¹⁷. So lieferte Hirsch seiner Partei Tatsachen, Ziffern, Argumente für den Tageskampf. Sich selbst dabei in den Vordergrund zu schieben, war nicht seine Sache. Das Amt des Ministerpräsidenten fiel ihm nach der Revolution auf Grund seiner Stellung in der Fraktion zu, gedrängt hat er sich danach nicht. Denn persönlicher Ehrgeiz lag Hirsch fern. Er war auch alles andere als ein Blender. Als Redner ragte er über das Mittelmaß nicht hinaus. Zuweilen polterte er, meist dozierte er. Er war im guten Sinne des Wortes ein preußischer Jude, gewissenhaft, zuverlässig, der Sache hingegeben. Ein gütiger Mensch von tiefem sozialen Empfinden, erschien er nach außen hin kühl. Kaum je trat ein Lächeln auf das Gesicht des lang aufgeschossenen Mannes mit den lässigen Bewegungen. Hirsch war kein starker, aber ein besonnener und klarblickender Mann ohne Illusionen, mit einem Anflug von Skeptizismus. Einmal rief er als Ministerpräsident in der Fraktion seinen zu verwegener Aktion drängenden Kollegen abwehrend zu, es hinge von der Sozialdemokratie ab, daß Deutschland ein einiges Reich bleibe, daß die deutsche Wirtschaft sich wieder erholen und das deutsche Volk leben könne. Er sagte ihnen dies als deutscher Patriot und in völligem Bewußtsein der Tatsache, daß nach der Erreichung dieser Ziele die Reaktion sich vereint gegen die Sozialdemokratie wenden und sie niederschlagen würde²¹⁸. Damit hat er einen prophetischen Blick bewiesen, aber die Skepsis, die daraus spricht, erklärt auch seinen Mangel an Entschlußfähigkeit, an dem zu kluge Politiker so oft laboriert haben.

Im Abgeordnetenhaus machte seine Kenntnis Preußens und der unter preußischer Staatsaufsicht stehenden Gemeinden Hirsch zum gegebenen Vorsitzenden der kleinen Fraktion der Sieben von 1908 und der Zehn von 1913. Da ferner Liebknecht 1908 die ihm wegen Hochverrats zudiktierte Festungshaft abbüßte und Adolf Hoffmanns Mandat in einer Nachwahl verlorenging, hatte Hirsch eine Fülle von Sachgebieten zu bearbeiten. Jetzt kam ihm seine intensive Beschäftigung mit der preußischen Politik unmittelbar zugute.

²¹⁷ *Hirsch* und *Lindemann*, Das kommunale Wahlrecht; *Hirsch*, 25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde; *Hirsch*, Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens.

²¹⁸ *Wegscheider-Ziegler*, S. 59. Die Berliner Oberschulrätin Hildegard Wegscheider-Ziegler, Mitglied der Preußischen Landesversammlung und später des Preußischen Landtags, schildert diese Szene.

Kein Mitglied der Fraktion hat gründlicher gearbeitet als er, wenige Angehörige anderer Fraktionen haben häufiger das Wort ergriffen. Er übernahm die innere Verwaltung, das Wahlrecht, das Kommunalrecht und die Kommunalaufsicht, das Volksschulwesen und die sozial- und gesundheitspolitischen Positionen des Etats. Ebenso beschäftigten ihn Steuer-Gewerbe- und Besoldungsprobleme²¹⁹. Als die Regierung 1910 die völlig ungenügende Wahlrechtsreform vorlegte, war er intransigent. Er erwartete bei der Zusammensetzung des Hauses kein brauchbares Ergebnis. Auf Grund seiner praktischen Erfahrung hielt er den von Eduard Bernstein im übrigen recht zweifelnd vorgetragenen Gedanken einer Zusammenarbeit der Linken und des Zentrums zur Erzielung von Erfolgen für absurd. Darin hat er sich nicht getäuscht. Es kam ihm daher nicht darauf an, illusionären Kombinationen nachzujagen, sondern er wollte das falsche Spiel der Regierung und der bürgerlichen Parteien anprangern. Darum scheute sich Hirsch auch nicht, 1910 auf dem preußischen Parteitag der Sozialdemokratie die benachbarten Freisinnigen wegen ihres Widerstands gegen die Reform des Kommunalwahlrechts bloßzustellen. Die innere Verwaltung erschien ihm von allen Staatsinstitutionen am wenigsten erträglich. Besonders gegen die Übergriffe der Polizei wandte er sich in jeder Rede zum Etat des Innenministeriums. Kulturpolitisch bemängelte er die geringe Fürsorge, die der Volksschule zuteil wurde, die Überfüllung der Schulklassen und die Unzulänglichkeit der Schulgebäude. Auch beklagte er bei der Behandlung des Lehrbetriebes, wie wenig die mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit der Volksschüler entwickelt wurde²²⁰.

Während des Krieges befand sich Hirsch als Fraktionsvorsitzender in einer schwierigen Lage. In seiner vornehmlich aus Abgeordneten des radikalen Berlin bestehenden Fraktion platzten die Gegensätze aufeinander. Zwar war das Abgeordnetenhaus für die Bewilligung der Kriegskredite nicht zuständig. Die Fraktion des Hauses war jedoch durch die innerparteilichen Kämpfe tief zerrissen. In ihr wirkten fünf Männer des linken Flügels, unter ihnen Karl Liebknecht, der ein Doppelmandat im Reich und in Preußen innehatte, und vier Anhänger der Mehrheit, darunter Otto Braun, der kluge und bedächtige Vertreter der Politik des Parteivorstands, dem er angehörte, und Konrad Haenisch, den das Erlebnis des Krieges aus dem Lager des Radikalismus in das Lager eines extremen Nationalismus getrieben hatte. Paul Hirsch selbst, der zehnte, befürwortete die Annahme der Kriegskredite, war aber in inner-

²¹⁹ S. als Beispiele Haus d. Abg., St. B. 30. 10. 1908, S. 500; 11. 12. 1909, S. 6333 (Besoldung, Steuern); 8. 3. 1909, S. 3631 (Gewerbeaufsicht); 17. 1. 1910, S. 168 ff. (Etat des Ministeriums des Innern).

²²⁰ Haus d. Abg., St. B. 13. 2. 1911, S. 1783 (Kennzeichnung der inneren Verwaltung); 7. 5. 1912, S. 5530 ff. (Polizei); 9. 3. 1911, S. 3710 (Volksschule); 3. 3. 1917, S. 4595 (Ausdrucksfähigkeit). Über die Wahlrechtsvorlage und die Haltung der Sozialdemokratie zu ihr s. *Schorske*, S. 171 ff. (der Vorname von Hirsch ist dort irrig angegeben). *Bernstein*, *Der Stein ist im Rollen*, S. 1661 ff.

politischen Fragen kämpferischer gesinnt als die Mehrheit der Partei und der Reichstagsfraktion. Die Verhältnisse in Preußen verlangten gebieterisch ein Eintreten der sozialdemokratischen Fraktion für die grundsätzlichen Ziele der Partei auch in der Kriegszeit. Sie mußte gegen die überwältigende Mehrheit des Hauses für die Demokratisierung Preußens, vor allem für die Einführung des gleichen Wahlrechts, für die Aufhebung aller Ausnahme Gesetze, für den Abbau der Pressezensur und des Belagerungszustandes mutig eintreten und alle annexionistischen Bestrebungen kompromißlos ablehnen. Hirsch wünschte, die Grenzen des Burgfriedens enger zu ziehen als die Mehrheit der Reichstagsfraktion, und versuchte in den ersten Kriegsjahren, in diesem Sinne durch vermittelnde Haltung den Auseinanderfall der Fraktion zu verhindern und gemeinsame Beschlüsse herbeizuführen. Das ist ihm bis Anfang 1917 gelungen. Seine Taktik war durch die gegebene Situation bedingt und auch grundsätzlich richtig. Sie wurde aber nicht nur von dem rechten Flügel der Partei erbittert bekämpft, der auf die Trennung von den Radikalen hinarbeitete, sondern auch von den offiziellen Parteiinstanzen²²¹.

Hirsch gab im Oktober 1914 und im Februar 1915 in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses Erklärungen ab, die die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Innenpolitik als Gegenwartsaufgabe stark unterstrichen. Ferner lehnte die Fraktion im März 1915 den Etat ab, wozu sich die Reichstagsfraktion erst 1916 entschlossen hat. Im Januar 1916 folgte eine weitere Erklärung, die, wie Hirsch schreibt, „einen förmlichen Sturm der Entrüstung“ hervorrief. Er wurde daraufhin von der preußischen Landeskommission der Partei desavouiert. Die Erregung, die sich weiter Parteikreise damals bemächtigte, war nur durch die in der Partei herrschende übernervöse Stimmung zu verstehen. Denn Hirschs Erklärung wandte sich zwar schärfer gegen die Regierung, als es die Reichstagsfraktion zu tun pflegte, wich aber in der Sache von der Stellungnahme des Parteivorstandes und der Schwesterfraktion nur wenig ab. Sie mündete, was die Haltung zum Kriege betrifft, in dem Wunsche, „daß die Reichsregierung auch in Zukunft klar und unzweideutig ihre Friedensbereitschaft bekundet und jede sich bietende Gelegenheit ergreift, um zu Friedensverhandlungen zu gelangen“, was gewiß eine berechtigte und noch dazu übervorsichtig formulierte Forderung war²²².

Erst 1917 gab Hirsch seine Vermittlungsversuche auf. Die Parteispaltung war Tatsache geworden. Die Ablehnung des deutschen Friedensangebots vom Dezember 1916 bot ihm den äußerlichen Anlaß, sich uneingeschränkt auf die Seite der von Otto Braun und Robert Leinert repräsentierten Gruppe der Fraktion zu stellen. Dabei ging er, um seine frühere Haltung zu kompensie-

²²¹ *Hirsch* schildert die Situation und seine Haltung in dem Kapitel „Fraktionskämpfe“, *Der Weg der Sozialdemokratie*, S. 65–80; seine Taktik verurteilend, *David*, S. 104, 108, 153.

²²² Auszüge aus Hirschs Reden und Erklärungen in *Hirsch*, aaO, S. 66 f. (22. 10. 1914), S. 67 ff. (9. 2. 1915), S. 70 ff. (17. 1. 1916).

ren, besonders in der Stellungnahme zum Unterseebootkrieg weit. Nach einer verabredungswidrig erfolgten Polemik Adolf Hoffmanns gegen Hirschs Rede vom Januar 1917 wurden den vier Mitgliedern der nunmehrigen Minderheit die sich aus der Fraktionszugehörigkeit ergebenden Rechte aberkannt. Die Fraktionseinheit war damit auch im Abgeordnetenhaus zerstört. Das revolutionäre Mitglied der Fraktion, Karl Liebknecht, hatte sein Mandat infolge der über ihn verhängten Zuchthausstrafe verloren, und die fünf gemäßigten und die vier radikalen Mitglieder fochten ihre Richtungskämpfe in der Öffentlichkeit untereinander aus. Die Ohnmacht und Uneinigkeit der Sozialdemokratie trat in der Atmosphäre des Preußenparlaments besonders tragisch zutage. Hirsch hat rückblickend manche Konzessionen bedauert, zu denen er sich in den ersten Kriegsjahren bewegen ließ, um die Partei- und Fraktionspaltung abzuwenden. Gustav Noske dagegen, ein scharfer Kritiker seiner damaligen Taktik, fühlte sich später durch Hirschs Darstellung veranlaßt, „offen anzuerkennen, daß in Ihrer Position offenbar so gehandelt werden mußte, wie Sie es getan haben“²²³. Das ist das Mindestmaß der Anerkennung, auf das Hirsch ein Anrecht hat. Hätte die Partei und Reichstagsfraktion in der Gesinnung gehandelt, die ihn beseelt hat, so wäre die Spaltung möglicherweise vermieden worden.

Im letzten Kriegsjahr hat Hirsch wiederholt auch in die Kämpfe um die Wahlrechtsreform eingegriffen. Er hat die von der Mehrheit des Hauses gewissen Wählerkategorien zugesprochene „zweite Stimme“ entschieden bekämpft. Die Mehrheit hat damals das in der Regierungsvorlage in extremis vorgesehene gleiche Wahlrecht und damit die ganze Vorlage zu Fall gebracht. Als die Revolution ausbrach, wurde Hirsch von Ebert und von dem bis zum 9. November 1918 amtierenden Minister des Innern Bill Drews beauftragt, alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßnahmen mit den Polizei- und Kommunalbehörden zu vereinbaren oder selbst zu treffen – ein seltsamer Auftrag im Augenblick einer Revolution. Am 12. November übernahm Hirsch zusammen mit den anderen Abgeordneten der SPD und USPD die Staatsleitung in Preußen im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats²²⁴. Er und der Unabhängige Heinrich Ströbel traten an die Spitze des Staatsministeriums.

Die Darstellung von Hirschs Wirken in der Weimarer Zeit, das in den Anfängen dieser Periode bedeutsam war, gehört nicht in diesen Zusammenhang. Hirsch kehrte 1933 nach Berlin zurück und trat demonstrativ in die jüdische Gemeinde wieder ein, aus der er einst ausgeschieden war²²⁵. Seine

²²³ *Hirsch*, aaO, S. 65 f. (Konzessionen); Noskes Brief vom 30. 12. 1930, überlassen von Fräulein Eva N. Hirsch, im Archiv des LBI, New York. – Zur Spaltung der Fraktion, Haus d. Abg., St. B. 19. 1. 1917, S. 3115 ff.; 3131.

²²⁴ Haus d. Abg., St. B. 14. 5. 1918, S. 10056 ff.; 12. 6. 1918, S. 10619 f. (Wahlrecht); *Hirsch*, aaO, S. 111 f. (Übernahme der Regierung).

²²⁵ Briefliche Mitteilung von Frau Thea Kahn.

Pension als Bürgermeister von Dortmund und sein Bankkonto wurden gesperrt und ihm lediglich die schmalen Bezüge belassen, deren er nach nationalsozialistischer Auffassung bedurfte. Bevor der Abtransport der Berliner Juden in die Vernichtungslager begann, erlosch Hirschs Leben im Jahre 1940.

Hugo Heimann

Hugo Heimann* verließ mit Primareife das Berliner Gymnasium zum Grauen Kloster und erlernte den Buchhandel. 1880 bot sich dem jungen Mann Gelegenheit, bei einem angesehenen englischen Buchhändler anzukommen. Er wurde bald dessen Privatsekretär und wurde von ihm in die elegante englische Gesellschaft eingeführt. Fast fünf Jahre blieb Heimann in England. Von Bewunderung für Englands freiheitliche Institutionen erfaßt, wie so viele vor und nach ihm, lernte er Respekt vor jeder ehrlichen Überzeugung, Maß und Zurückhaltung schätzen und war beeindruckt von britischer Weltläufigkeit. Arbeit für die Gemeinschaft hatten schon Heimanns Vorfahren hochgehalten: die jüdische Gemeinde von Konitz in Westpreußen hatte seinem Großvater viel zu verdanken. Heimanns Pflegevater, der sich nach dem frühen Tode des Vaters der Witwe und der Kinder annahm, gehörte zum engsten Kreise der Demokraten von 1848 und war ein Freund Johann Jacobys, den auch Hugo Heimann noch kannte und verehrte²²⁶. Bürgerliche Tugenden, die Tradition einer seit dem 18. Jahrhundert auf deutschem Boden lebenden jüdischen Familie, demokratische Gesinnung und ein zur Aktion drängendes soziales Gerechtigkeitsempfinden verbanden sich in Heimann zu einer Einheit. Nur die Zustände im kaiserlichen Deutschland machen es erklärlich, daß ein sozial denkender Bürger dieser Art in der Sozialdemokratie die einzige Partei sah, in der er für seine Ideale wirken konnte.

Bevor aber Heimann den Anschluß an die Partei fand, begann er nach seiner Rückkehr aus England seine Laufbahn als Partner in einem angesehenen juristischen Verlage in Berlin, der I. Guttentag'schen Verlagsbuchhandlung. Nach vier Jahren wurde er alleiniger Besitzer. Seine Idee, die zahlrei-

* *Hugo Heimann*, geb. 1859 in Konitz (Westpreußen). Jüdisch. Erlernte den Buchhandel. 1880–1885 Aufenthalt in England. 1886 Partner, 1890–1900 alleiniger Inhaber der I. Guttentag'schen Verlagsbuchhandlung in Berlin. Reisen durch Algerien, Ägypten und Indien. 1899 Begründer der ersten Berliner Volksbibliothek. 1906 Vorsitzender des zentralen Bildungsausschusses der SPD. 1900–1932 Berliner Stadtverordneter, 1911–1925 Fraktionsvorsitzender, 1916 im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung. 1926 Ehrenbürger von Berlin. 1908–1910 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für das Stralauer Viertel in Berlin. 1918 einer der vier Volksbeauftragten für Berlin. 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung. 1920–1932 Mitglied des Reichstags, 1919–1932 (mit einer Unterbrechung 1920) Vorsitzender des Hauptausschusses. Emigrierte 1939 nach New York. Gest. 1951 in New York.

²²⁶ Die Darstellung folgt Heimanns für seine nächsten Angehörigen verfaßten Selbstdarstellung, nach seinem Tode publiziert, *Hugo Heimann, Vom tätigen Leben*. S. auch *Hugo Heimann, In Memoriam*.

chen neuen Gesetze in zuverlässigen Textausgaben herauszubringen und die Bearbeiter der Gesetzentwürfe, die Vortragenden Räte der Ministerien, durch großzügige Honorare zur Abfassung der Erläuterungen zu bewegen, bewährte sich. Heimann wurde in kurzer Zeit ein reicher Mann.

1899 beschloß Heimann, sein Unternehmen zu verkaufen. Er war inzwischen der Partei beigetreten und stand in freundschaftlicher Beziehung u. a. zu Bebel und Singer. Es drängte ihn zu öffentlichem Wirken. Er mag auch der Angriffe seiner Konkurrenten gegen den sozialistischen Verleger, der unter den Beamten Wilhelms II. so willige Mitarbeiter fand, überdrüssig geworden sein. Bebel suchte ihm einen Käufer in der Person des Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion, eines juristisch gebildeten Großindustriellen. Als Heimann im Preise etwas nachließ, wurde er von Bebel, der kaufmännisch keineswegs unbegabt war, böse angefahren. Aber für ihn war es am wichtigsten, sich der Fesseln des Geschäfts zu entledigen und sich allein in den Dienst der Öffentlichkeit zu stellen. So wurde Heimann eine einzigartige Erscheinung im deutschen politischen Leben: ein Jude, bei dessen Beitritt zur Partei persönliche Zurücksetzungen keine Rolle gespielt hatten; ein Bürger, der nicht in jugendlichem Überschwang, sondern als gereifter Mann zur Sozialdemokratie kam; ein Sozialdemokrat, dem die Verbreitung der Volksbildung nicht nur politisches Anliegen war, sondern der in tiefem sozialem Verantwortungsbewußtsein initiativ selbst dazu beitrug; ein reicher Mann von ungewöhnlicher Großzügigkeit, der mit seiner ihm geistig ebenbürtigen Frau in seinem Hause eine kultivierte Geselligkeit pflegte; ein gediegener und sachlicher Politiker, der schlicht auftrat, aber nicht ohne Temperament seinen Ideen Geltung zu schaffen verstand.

Sein Hauptaugenmerk wandte Heimann der Volksbildungsarbeit zu. Bestrebt, durch die Tat zu zeigen, was Schaffenskraft hervorbringen kann, stiftete er nach dem Beispiel der englischen „*Free Public Libraries*“ die erste Berliner „öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann“ und steckte ein Unmaß von Arbeit und Geld in dieses Werk hinein. Sie blieb die Schöpfung, die ihm am liebsten war. Er veranlaßte Bebel, Singer und andere zum Eintritt in das Kuratorium der Bibliothek. Ihre Frequenzziffern überstiegen alle Erwartungen. Eine andere große Aufgabe wurde Heimann gestellt, als der sozialdemokratische Parteitag von 1906 die Schaffung eines zentralen Bildungsausschusses beschloß. Dieser wurde die Keimzelle der sozialistischen Bildungs- und Kulturarbeit. Heimann wurde sein Vorsitzender. Orts- und Bezirksbildungsausschüsse wurden errichtet, Kurse veranstaltet, Programme und Rededispositionen ausgearbeitet. Unter Leitung eines bewährten Pädagogen der Partei, Heinrich Schulz, wurde eine Parteischnule geschaffen, die den eigentlichen sozialistischen Teil der Bildungs- und Erziehungsarbeit übernahm, und an der Theoretiker und Parlamentarier ersten Ranges lehrten. Über ein Jahrzehnt, bis tief in die Kriegszeit hinein, hat Heimann den Zentralbildungsausschuß geleitet.

Sein Wirken in öffentlichen Ehrenämtern begann Heimann als Bürgerdeputierter der Berliner Armendirektion. 1900 wurde er zum Stadtverordneten gewählt. Er arbeitete auf den Gebieten der Wohnungs- und Verkehrspolitik, später auch des Bibliothekswesens und der Förderung der Kunst, und er bereitete für den mit Arbeit überlasteten Fraktionsvorsitzenden Paul Singer das Material vor. Nach dessen Tode übernahm Heimann den Vorsitz der Fraktion und hielt die großen Etatsreden. 1908 war er einer der ersten sieben Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus. Als die Wahl von vier sozialistischen Abgeordneten von Berlin aus nichtigen Gründen für ungültig erklärt und Adolf Hoffmann, wie schon erwähnt, nicht wieder gewählt wurde, schied Heimann einige Zeit danach aus dem Landtag aus, um ihm Platz zu machen.

Heimann hat 1909 die erste Rede eines Sozialdemokraten zu einem preußischen Haushaltsplan gehalten²²⁷. Er legte den Standpunkt seiner Partei zu den wichtigsten Fragen des öffentlichen Lebens in Preußen ausführlich dar. Auch zu Steuerproblemen hat er gesprochen. Der erste Bericht der Fraktion an den preußischen Parteitag der Sozialdemokratie stammt von ihm. Das Haushaltswesen hat den erfahrenen Geschäftsmann ständig beschäftigt. Er kämpfte erfolgreich für eine wirksame Budgetkontrolle und hat das parlamentarische Kontrollrecht, die Aufstellung und Gliederung des Etats und die Rechnungsprüfung auch publizistisch behandelt²²⁸. Bei der bereits an anderer Stelle erwähnten Reichstagswahl in Berlin I im Oktober 1918 unterlag Heimann elf Tage vor der Revolution in der Stichwahl gegen den fortschrittlichen Justizrat Kempner. Der dritte Kandidat, Richard Müller, der Vertreter der damals bereits offen revolutionären USPD, hatte bei der Hauptwahl wenig mehr als 10 % der Stimmen erhalten²²⁹. Die Sozialdemokratie war in diesem Kreis stets dicht an die Stimmenzahl der vereinigten bürgerlichen Parteien herangekommen. Heimanns Niederlage und die geringfügige Stimmenzahl Müllers, des in Berlin wohlbekannten Vertreters der „revolutionären Obleute“, des linken Flügels der USPD beweisen, daß die in der Marine und in der Arbeiterschaft der Großbetriebe zum Ausdruck drängende revolutionäre Grundstimmung weder das Bürgertum noch alle Kreise der Arbeiterschaft erfaßt hat.

73 Jahre alt, schied Heimann im Herbst 1932 aus der Stadtverordnetenversammlung aus und ließ sich bei der Reichstagswahl nicht wieder aufstellen. Zweifellos hat der Siegeszug des Nationalsozialismus zu diesem Entschluß beigetragen. In der Zeit nach 1933 hat er unendlich gelitten. Das demokratische Deutschland, für das er gelebt und gearbeitet hatte, lag in Trümmern. Er selbst war aus der Gemeinschaft, der er sich zugehörig fühlte, ausgestoßen.

²²⁷ Haus d. Abg., St. B. 20. 1. 1909, S. 1093 ff.

²²⁸ Heimann, Der Reichshaushalt.

²²⁹ S. oben S. 366; die Wahlergebnisse in *Schultheß* 1918, I S. 344 f.

Den Darbietungen des philharmonischen Orchesters, dessen Protektor er gewesen war, durfte er als Jude nicht mehr beiwohnen. Die Bibliothek, die 1920 als Hugo Heimannsche Bibliothek in den Besitz der Stadt Berlin übergegangen war, durfte er nicht mehr betreten, ihr Name wurde geändert. Das ihm 1926 verliehene Ehrenbürgerrecht wurde ihm entzogen. Äußerlich trug er die Vernichtung seiner Hoffnungen und die schmachvolle Behandlung, die ihm zuteil wurde, mit Gelassenheit. Manchmal aber brach die Verzweiflung aus ihm hervor. An seinen einstigen Reichstagskollegen Wilhelm Keil, der ihm zu seinem 78. Geburtstag gratulierte, schrieb er nach Worten des Dankes:

„Eine der ergreifendsten Stellen in Wagners Tannhäuser ist die, in der Tannhäuser nach seiner Ächtung in Rom früheren Freunden, die sich ihm ahnungslos nähern, zuruft: ‚Zurück, die Stätte, wo ich raste, ist verflucht.‘ Schütteln Sie, Freund Keil, nicht Ihr weises Haupt. Das Zitat hinkt nicht. Es stimmt!“²³⁰.

Kurz vor Kriegsausbruch verließen Heimann und seine Frau Deutschland. Der einst wohlhabende Mann, dessen tiefstes Bedürfnis es war, anderen beizustehen, kam, 80 Jahre alt, mit 10 Mark in New York an. Er fand bei seinen Kindern, später in einem Heim für alte und kranke Juden, Unterkunft. Geistig blieb er unerschüttert. Er nahm weiter an wissenschaftlichen und politischen Veranstaltungen teil. Zu seinem 85. Geburtstag fand 1944 eine Geburtstagsfeier in der New School for Social Research statt, bei der der Präsident des New Yorker Stadtrats und deutsche Freunde sprachen. Es war auf dem Höhepunkt des Krieges, kurz vor dem Wiedererscheinen der westlichen Alliierten auf dem Kontinent. Heimanns Dankesworte waren klar, ernst und bewegend. Die Kraft seiner Rede war ungebrochen. Er schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß ohne ein fest im demokratischen Gedanken gegründetes Deutschland kein neues Europa denkbar sei.

Heimann war ein großer deutscher Bürger. Er verzehrte sich im Dienste des sozialen Fortschritts. Sein Trachten war durch das Ideal der Brüderlichkeit bestimmt. Deutschland hat nicht viele seinesgleichen gehabt. Da er ein deutscher Jude war und da er Freiheit und Gerechtigkeit liebte und die Knechtschaft haßte, starb er in Armut und Elend, aber ungebeugt, im Exil.

Julian Borchardt

Julian Borchardt* war als Journalist für verschiedene Parteiblätter tätig. 1911 wurde er in einem Berliner Wahlkreis in das Abgeordnetenhaus gewählt. Unter seinen Themen findet man Steuerprobleme, Gewerbeinspektion, Schul-

* *Julian Borchardt*, geb. 1868. Dissident. Studierte in Brüssel, Journalist, als Redakteur an der „*Königsberger Volkszeitung*“ tätig. Verlegung des Wohnsitzes nach Berlin, Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins Berlin-Lichterfelde. 1911 in das Abgeordnetenhaus gewählt (Nachwahl), 1913 Mandat niedergelegt und aus

²³⁰ *Keil*, II, S. 633 f.

fragen, Fürsorgeerziehung, das Deutschtum in den Grenzmarken usw. Außerhalb seiner Partei fand Borchardt Beachtung nur an dem Tage, an dem ein nervöser konservativer Präsident den unbequemen sozialistischen Abgeordneten mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal entfernen ließ, weil er sich seinen Anordnungen nicht fügte. Der Anlaß war unbedeutend, ein erfahrener Präsident hätte über das geringfügige Vorkommnis hinweggesehen. Der Vorgang erregte peinliches Aufsehen. Die Annalen eines deutschen Parlaments hatten dergleichen noch nie verzeichnet²³¹.

Für die Sozialdemokratie wurde Borchardt zu einer schweren Enttäuschung. Er legte 1913 sein Mandat nieder, schied aus der Partei aus und gab eine linksradikale Zeitschrift „Lichtstrahlen“ heraus. Im Kriege bekämpfte er als einer der ersten die Politik der deutschen Sozialdemokratie publizistisch, wandte sich aber auch gegen Haases Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die ihm zu lau war. Auf der Reichskonferenz der radikalen Oppositionellen im Januar 1917 trat er als Vertreter einer noch links von Liebknecht stehenden Gruppe der „Internationalen Sozialisten“ auf, die er schon 1915 auf der Konferenz der radikalen Sozialisten in Zimmerwald in der Schweiz vertreten hatte. Seine Resolution erhielt jedoch auf dieser Konferenz nur sechs von insgesamt 150 Stimmen. In der Weimarer Republik hat Borchardt an kommunistischen Zeitschriften mitgearbeitet. Mitglied der Kommunistischen Partei ist er jedoch nicht geworden; er war unfähig, sich auf die Dauer in eine Partei einzuordnen²³².

II. Bayern

Gabriel Löwenstein

Gabriel Löwenstein* gehörte zu den ersten Sozialdemokraten der Eisenacher Richtung. Aber schon bevor die Partei geschaffen wurde, hatte der junge Weber, ein Sohn armer jüdischer Eltern aus Fürth, als Demokrat die ersten Schritte in die Politik getan. Nach dem Fehlschlag der Revolution benutzte

der Partei ausgeschieden. Verfasser theoretischer Schriften. Gab seit 1913 die Monatschrift „Lichtstrahlen“ heraus. Später Mitarbeiter an kommunistischen Publikationen. Gest. 1932 in Berlin.

* *Gabriel Löwenstein*, geb. 1825 in Fürth. Jüdisch. Volksschulbildung. Erlernete das Weberhandwerk, gründete später eine Borstenfabrik, widmete sich sodann ausschließlich der Politik. Mitbegründer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Teilnehmer an den meisten Parteikongressen. Begründer der sozialistischen Presse Frankens. 1878–1907 Redakteur an der „*Fränkischen Tagespost*“ in Nürnberg. 1869–1878 Mitglied des Fürther Gemeindegremiums. 1893–1905 Mitglied des Bayerischen Landtags für Nürnberg. Gest. 1911 in Nürnberg.

²³¹ Informationen über Borchardt verdanke ich Herrn Paul Mayer, Bonn. Über die Entfernung aus dem Saal, Haus d. Abg., St. B. 9. 5. 1912, S. 5649 ff. *Hirsch*, aaO, S. 37–41 gibt den stenographischen Bericht im Wortlaut wieder.

²³² *David*, S. 96 ff., auch über Borchardts Broschüre „Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?“; *Prager*, S. 126 (Reichskonferenz); *Koszyk*, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, S. 72, 89, 220 f., 230; *Koszyk*, Das abenteuerliche Leben . . . S. 193 ff.

er das Jahrzehnt der Reaktion, um seine dürftige Schulbildung durch gründliches Selbststudium zu ergänzen. Dann trat er 1863 dem Fürther „Arbeiterverein für geistige und sittliche Ausbildung und belehrende Unterhaltung“ bei und wurde durch sein Wirken in der Arbeiterbildungsbewegung schnell über Fürth hinaus bekannt. So wurde ihm 1868 der stellvertretende Vorsitz des von August Bebel geleiteten Vereinstages der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg übertragen. Dort stimmte er mit der Mehrheit der Versammlung für die historische Resolution, die die Trennung zwischen der proletarischen und bürgerlichen Demokratie einleitete²³³. Seitdem war Löwenstein Delegierter auf jedem Parteitag der Eisenacher. Er nahm auch 1876 an dem Gothaer Einigungskongreß der Eisenacher und Lassalleaner teil sowie an dem Kongreß, der 1880 zur Zeit des Sozialistengesetzes in Wyden in der Schweiz abgehalten wurde.

Das Wirken Löwensteins wurde durch die frühe Zusammenarbeit und die Freundschaft mit Bebel bestimmt. Der Parteiführer hielt unter seinem Vorsitz seine erste Versammlung in Fürth ab. In der Partei blieb Löwenstein Bebels Richtung treu. Er unterzeichnete die in Nürnberg 1908 abgegebene Erklärung der süddeutschen Budget-Rebellen nicht und billigte den zentralistischen Standpunkt des Parteivorstands und der Mehrheit des Parteitages. Besonderes Interesse wandte Löwenstein dem Zeitungswesen zu. Die fränkische Presse der Sozialdemokratie hatte ihm ihre Entstehung zu verdanken. Er gründete 1871 das „Fürther Demokratische Wochenblatt“, aus dem sich nach vielen Namensänderungen in Nürnberg unter dem Sozialistengesetz die „Fränkische Tagespost“, eine der angesehensten sozialistischen Tageszeitungen, entwickelte. Seine journalistische Arbeit in der Redaktion des Blattes brachte Löwenstein wiederholt Gefängnisstrafen ein; die letzte verbüßte er im Alter von 73 Jahren²³⁴. 1885 verlegte er seinen Wohnsitz nach Nürnberg, wohin sich seine hauptsächliche Tätigkeit verlagert hatte.

Löwenstein war in Bayern einer der ersten, die die Wichtigkeit der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Gemeindepolitik erkannten. Sein langer Kampf für eine freiheitliche Gestaltung der Fürther Gemeindeverfassung führte zu einem Erfolge. Löwenstein und andere Sozialdemokraten wurden in das Gemeindegremium gewählt und bildeten dort zusammen mit den Demokraten die Mehrheit. Es gelang Löwenstein, in hartem Kampfe gegen die Rechte und die staatlichen Behörden die Entwicklung des kommunalen Schulwesens in fortschrittlichem Sinne umzugestalten. Fürth war eine der ersten bayerischen Städte, in denen die Schulgeldfreiheit eingeführt wurde. Ein Versuch, Löwenstein in den Magistrat zu wählen, scheiterte an der durch das Sozialistengesetz geschaffenen Situation²³⁵.

²³³ Lebensdarstellung in Fürther Sozialdemokratie, S. 13, 17–25; „Gabriel Löwenstein“, „Fränkische Tagespost“, 19. 1. 1911; Schade, S. 18; Freudenthal, S. 150 f. Informationen verdanke ich Herrn Oberarchivrat Dr. Hirschmann, Nürnberg.

²³⁴ „Gabriel Löwenstein“, aaO.

²³⁵ Ebenda.

Löwenstein kandidierte mehrere Male erfolglos für den Reichstag. 1893 zog er als einer der ersten fünf Sozialdemokraten in den Landtag ein. Vier von ihnen, darunter Löwenstein, wurden von Nürnberg gewählt, wo die Partei einen eklatanten Erfolg erzielte. Neben kommunalen Fragen arbeitete sich Löwenstein in viele andere Gebiete ein. Er wurde Mitglied der Petitionskommission und bereitete die von seiner kleinen Fraktion in Aussicht genommenen Anträge sachgemäß vor. 1905 ließ er sich wegen seines hohen Alters nicht mehr aufstellen. Auf den Parteitag jedoch war „der alte Gaber“ noch in den letzten Jahren vor seinem Tode stets zu sehen und wurde als Veteran der Partei geehrt. Als er im Alter von 85 Jahren starb, gestaltete sich seine Beerdigung zu einer gewaltigen Demonstration der Nürnberger und Fürther Arbeiter. Löwensteins Grab auf dem israelitischen Friedhof in Nürnberg wurde 1952 wiederhergerichtet²³⁶.

Max Süßheim

Max Süßheim*, der letzte jüdische Abgeordnete Bayerns, war der Enkel David Morgensterns, der als erster Jude in die bayerische Kammer gewählt worden war. Er starb einen Monat nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Vom Großvater zum Enkel schließt sich so der Ring der Jahre von 1848 bis 1933, in denen deutsche Juden durch drei Generationen an der Gestaltung der deutschen Politik teilgenommen haben.

Als junger Rechtsanwalt trat Süßheim der Partei bei, der er mit juristischem Rat gedient und die er in staatlichen und gemeindlichen Ämtern vertreten hat. Er war Mitglied des Nürnberger Gemeindekollegiums und, nach der Revolution, des Stadtrats. 1907 sandte ihn ein Nürnberger Wahlkreis in den Landtag. Auch nach der Revolution gehörte er zwei Jahre dem bayerischen Landesparlament an. Dann widmete er sich völlig der kommunalpolitischen Arbeit. Er stand auf dem linken Flügel der Partei und gewann das Vertrauen Hugo Haases, dem er auch freundschaftlich nahestand. Süßheim hat daher, ebenso wie Löwenstein, die Protesterklärung der Süddeutschen auf dem Nürnberger Parteitag nicht unterzeichnet und ist mit der Mehrheit des Parteitages gegangen. Im Kriege aber ist er Haase nicht in die USPD gefolgt, sondern in der alten Partei geblieben, obwohl Nürnberg eine der wenigen bayerischen Bastionen war, in die die USPD eingedrungen ist²³⁷.

* *Max Süßheim*, geb. 1875 in Nürnberg. Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur. Rechtsanwalt in Nürnberg. Mitglied des Gemeindekollegiums in Nürnberg. 1907 bis 1918 Mitglied des Bayerischen Landtags für Nürnberg III. Nach der Revolution

²³⁶ S. oben S. 151 f.; *Freudenthal*, aaO.

²³⁷ Über Morgenstern, s. oben S. 212 f. Über Süßheim, Nachrufe in „*Fränkische Tagespost*“ und „*Fränkischer Kurier*“, 2. 3. 1933. Informationen verdanke ich Herrn Oberarchivrat Dr. Hirschmann, Nürnberg. Über Süßheim als einen der Hauptträger der Opposition gegen Georg von Vollmar, *Jansen*, S. 95, 99.

Süßheim interessierte sich neben Rechtsfragen vor allem für die Förderung von Wissenschaft und Kunst und hat sich dadurch um die Stadt Nürnberg große Verdienste erworben. Im Landtag hat er außerdem zu verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Problemen häufig das Wort ergriffen. Es gab aber überhaupt wenige Gebiete, für deren Bearbeitung der rechtskundige und gewandte Abgeordnete nicht gelegentlich herangezogen worden wäre. Er gehörte dem Geschäftsordnungs-, Wahlprüfungs- und Beschwerdeausschuß an und arbeitete führend in Kommissionen mit, die zur Beratung bestimmter Gesetzentwürfe konstituiert wurden²³⁸.

1917 erreichte Süßheims parlamentarische Tätigkeit bei der Begründung des Antrages Auer-Süßheim über eine Änderung der bayerischen Verfassung einen Höhepunkt²³⁹. Der Antrag verlangte die Einführung des parlamentarischen Systems, die Aufhebung der Ersten Kammer, Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes und der Privilegien des Königshauses sowie die Aufhebung der Fideikomnisse und die Trennung von Staat und Kirche. Es waren Forderungen ähnlich denen, die einst von den Liberalen erhoben, aber von ihnen preisgegeben worden waren. Süßheims Rede spiegelt die kraftvolle innerpolitische Aktivität wider, die die bayerische Sozialdemokratie entfaltete, um einem Abfall zur USPD vorzubeugen. Die Rede war im Grunde genommen nichts als ein leidenschaftliches Plädoyer für die Vollendung der unvollkommen gebliebenen bürgerlichen Revolution. Die anderen Parteien waren in der Ablehnung des Antrags einig. Die in Bayern maßgebende Zentrumspartei und die bayerischen Liberalen erkannten die Zeichen der Zeit ebensowenig wie die Konservativen in Preußen.

In Nürnberg hatte Süßheim auch außerhalb seiner Partei viele Freunde. Zu ihnen gehörte Oberbürgermeister Hermann Luppe, der am Grabe die Trauerrede hielt. Es war das letzte Mal, daß der demokratische Chef der Nürnberger Stadtverwaltung in der Öffentlichkeit erschien. Wenige Tage darauf wehte die Hakenkreuzfahne auch über den deutschen Rathäusern.

Mitglied des Provisorischen Nationalrats. 1919–1920 wieder Mitglied des Bayerischen Landtags für Nürnberg III. Von 1919 bis zu seinem Tode Mitglied des Stadtrats von Nürnberg. Gest. 1. 3. 1933 in Nürnberg.

²³⁸ Informationen über Süßheims Tätigkeit im Landtag verdanke ich Herrn Landtagsarchivar K. Fr. Ströbele, München.

²³⁹ Kammer d. Abg., St. B. 19. 12. 1917, S. 145 ff. (Süßheims Rede); *Schade*, S. 44 f.; Süßheim, *Revolution und Bayerische Verfassung*, S. 4, mit Einzelheiten über die Behandlung des Antrags von 1917.

III. Südwestdeutschland

a) Württemberg

Berthold Heymann

Berthold Heymann* trat in jungen Jahren der Sozialdemokratie bei. Er betätigte sich journalistisch viele Jahre als Redakteur am „*Wahren Jakob*“, dem in Stuttgart erscheinenden satirischen Familienwochenblatt der Partei. 1906 wurde Heymann als einer der Vertreter Stuttgarts in den württembergischen Landtag gewählt und bis 1933 ohne Unterbrechung wiedergewählt. Damit war seine parlamentarische Laufbahn die längste von allen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten. Er stieg in Württemberg zu einer führenden Stellung auf und erfreute sich der Schätzung des Leiters der Landespolitik, des Reichstagsabgeordneten und württembergischen Fraktionsführers Wilhelm Keil. Die Fraktion vertraute Heymann die Schul- und Kulturpolitik an, in die er sich rasch einarbeitete. Wie Keil in seinen Erinnerungen mitteilt, fand die Bearbeitung dieser Fragen durch einen Juden kaum eine Beanstandung²⁴⁰.

Heymann war ein enger Freund Eduard Bernsteins und stand auf dem rechten Flügel der Partei. Seine Frau war eine Tochter Ignaz Auers, des erwachsenen Bayern, der Sekretär im Parteivorstand war und dort eine realistisch-reformistische Linie verfolgte. Als Heymann 1903 in Stuttgart als Delegierter zum Dresdener Parteitag bestimmt wurde, für den Bebel die große Abrechnung mit den Revisionisten vorbereitete, gab der Parteiführer seinem Ärger über diese Wahl drastisch Ausdruck: „Gibt es in Stuttgart keinen Proletarier mehr, dem man die Vertretung anvertrauen kann?“²⁴¹ Heymanns Name steht unter der Protesterklärung der 60 süddeutschen Delegierten des Nürnberger Parteitags, die den Zentralinstanzen das Recht bestritten, sich in Fragen der Landespolitik einzumischen. Die Verhältnisse in dem kleinbürgerlichen Württemberg erschienen ihm in mancher Hinsicht vorbildlich. In einem während des Krieges erschienenen Aufsatz beklagte er, daß Utopie und Weltfremdheit in der Partei weiter wucherten. Er befürwortete einen energischen Kampf, um den Einfluß der Partei auf die Staatspolitik zu verstärken. Dafür

* *Berthold Heymann*, geb. 1870 in Posen. Konfessionslos. Kaufmännische Lehre, Handlungsgehilfe, dann Journalist. 1897–1901 Redakteur am Braunschweiger „*Volksfreund*“. Seit 1901 Redakteur am „*Wahren Jakob*“, Stuttgart. Kandidierte 1898 und 1907 vergeblich in Göttingen zum Reichstag. 1906 von Stuttgart in den Landtag gewählt, 1912 wieder gewählt. 1918–1919 Kultusminister, 1919–1920 Innenminister. 1919 Mitglied der Landesversammlung, 1920–1933 Mitglied des Landtags. Emigrierte nach der Schweiz. Gest. 1939 in Zürich.

²⁴⁰ *Keil*, I, S. 236. Über Heymanns Lebenslauf verdanke ich Informationen Herrn Paul Mayer, Bonn und Fräulein Dr. Maria Zelzer, Stuttgart.

²⁴¹ *Keil*, I, S. 210 f.

war der wirtschaftliche Aufstieg der Arbeiterschaft in seinen Augen entscheidend. Heymann sah ein konstitutionelles System kommen, in dem sich die Regierenden, unabhängig von Parteibindungen, ehrlich um den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen bemühten²⁴². Ein parlamentarisches Regime schien ihm damals noch außerhalb des Bereichs der Möglichkeit zu liegen. Im Oktober 1918 erstrebten die württembergischen Parteiführer den Sturz der Monarchie nicht. Als das Verhalten Wilhelms II. ihn unvermeidlich machte, stellte sich Heymann, Keil folgend, notgedrungen an die Spitze der Bewegung²⁴³. Seine Ernennung zum württembergischen Kultusminister, sodann zum Innenminister nach der Revolution hatte Heymann in erster Linie Keil zu verdanken.

Im April 1933 beabsichtigte Heymann, von neuem zum Landtag zu kandidieren, und wurde darin von Keil bestärkt. Der Landtagspräsident, der nationalsozialistische Rechtsanwalt Jonathan Schmid, gab jedoch Keil zu verstehen, daß Heymann als Jude nicht mehr im Landtag geduldet werden würde. Er trat daher von seiner Kandidatur zurück²⁴⁴. Heymann ist in der Emigration in der Schweiz kurz vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs gestorben.

b) Baden

Der bedeutendste jüdische Landtagsabgeordnete der Sozialdemokratie war Ludwig Frank. Sein Leben und Wirken ist in anderem Zusammenhang dargestellt worden. Sein Nachfolger wurde der Karlsruher Rechtsanwalt Ludwig Marum*. Er war ein ruhiger, zurückhaltender und bescheidener Mann und ein begabter Jurist und Politiker. Marum war freireligiös, wies aber in den amtlichen Reichstagshandbüchern auf seine jüdische Abstammung ausdrücklich hin. Er wollte angesichts der steigenden Flut des Antisemitismus nicht den Anschein erwecken, als ob er seine Herkunft verleugne.

Marums wichtigste Tätigkeit fällt in die Weimarer Zeit, in der er als Mitglied des Landtags, innerhalb der badischen Regierung und, seit 1930, als Reichstagsabgeordneter wirkte. Er wurde 1934 in einem Konzentrationslager ermordet oder hat sich dort das Leben genommen²⁴⁵.

* *Ludwig Marum*, geb. 1882 in Frankenthal (Pfalz). Studierte Rechtswissenschaft, Dr. jur., Dr. jur. h. c. 1908 Rechtsanwalt in Karlsruhe. 1911–1922 Stadtverordneter in Karlsruhe. 1914–1930 Mitglied des Badischen Landtags, in der Weimarer Zeit Fraktionsvorsitzender, 1930–1933 Mitglied des Reichstags. 1918–1919 badischer Justizminister, 1919–1929 Staatsrat (ehrenamtliches Mitglied) im badischen Staatsministerium. 1934 im Konzentrationslager Kieslau bei Bruchsal erhängt aufgefunden.

²⁴² *Heymann*, Ein Stück süddeutschen demokratischen Aufstiegs, S. 931 ff.

²⁴³ *Keil*, II, S. 68. ²⁴⁴ *Keil*, II, S. 497.

²⁴⁵ Reichstags-Handbuch, VI 1932, S. 150; *Osterroth*, S. 213. Bei *Keil*, II, S. 617 ein ergreifender Brief des früheren Reichstagsabgeordneten Schöpflin über Marums Bestattung.

Albert Süßkind (geb. 1861 in Alzey, Rheinhessen, freireligiös, gest. 1915 in Mannheim) war der erste jüdische Landtagsabgeordnete der Sozialdemokratie in Baden. Auch er begann als Kommunalpolitiker; von 1896 bis 1908 war er Stadtverordneter in Mannheim. Im Badischen Landtag wirkte er von 1903 bis 1914; er gehörte der Petitionskommission des Landtages an²⁴⁶.

Jakob Kahn (geb. 1878 in Mannheim, freireligiös, gest. 1948 in Singen) erlernte nach dem Besuch der Volksschule das Schneiderhandwerk und wurde später Vorsitzender des Schneiderverbandes in Mannheim. Seit 1908 war er in Schwetzingen bei Mannheim als Parteiangestellter tätig. Von dort wurde er 1909 in den Badischen Landtag gewählt, dem er bis 1921 angehörte. Seit 1912 wirkte er auch als Stadtverordneter. Später war Kahn Sekretär der sozialdemokratischen Partei in Singen (Südbaden). Dort ist er 1948 gestorben²⁴⁷.

c) Hessen

Der einzige sozialdemokratische Jude im Hessischen Landtag war Heinrich Hugo Fulda (geb. 1860 in Worms). Fulda studierte Rechtswissenschaft, promovierte zum Dr. jur. und ließ sich in Darmstadt als Rechtsanwalt nieder. Der Zweiten Kammer des Landtages gehörte er von 1905 bis 1918 an. Bis 1909 war er Stadtverordneter von Darmstadt und Mitglied des Kreistages. In der Weimarer Zeit war er von 1919 bis 1921 hessischer Minister des Innern und Mitglied des Landtages. Fulda ist Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft geblieben. Im Alter von über 80 Jahren wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er 1943 umgekommen ist²⁴⁸.

IV. Hamburg

Louis Grünwaldt (1856–1931) stammte aus Westpreußen, erlernte das Tapezierhandwerk und zog 1881 nach Hamburg. Bis 1900 übte er seinen Beruf aus, dann erhielt er eine leitende Stelle im Tapeziererverband, an dessen Gründung er beteiligt war. Im Jahre 1904 wurde Grünwaldt in die Bürgerschaft gewählt, der er bis 1927 angehörte. Nach der Revolution wurden er und Carl Cohn die ersten nichtgetauften jüdischen Senatoren Hamburgs. Grünwaldt leitete die Hamburger Gesundheitsbehörde bis 1928²⁴⁹.

²⁴⁶ Informationen verdanke ich dem Städtischen Archiv Mannheim und Herrn Dr. Rudolf Schindler, New York. S. auch *Roth-Thorbecke*, S. 122 und *Rapp*, S. 42.

²⁴⁷ Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914, S. 473; *Rapp*, S. 23; Informationen verdanke ich dem Städtischen Archiv Mannheim.

²⁴⁸ Informationen über Fulda verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Knöpp, Darmstadt; Handbuch des Landtags des Volksstaats Hessen, I.–III. Landtag 1919 bis 1927, S. 152; *Ulrich*, S. 89, 124, 153 f.

²⁴⁹ Darstellung in der Kartothek der Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft 1859–1959. Dem Staatsarchiv Hamburg bin ich für die Genehmigung zur Benutzung des Archivs dankbar.

SCHLUSSBETRACHTUNG

In den zusammenfassenden Übersichten des vorliegenden Werkes sind für bestimmte Zeiträume und Personengruppen Schlußfolgerungen gezogen worden¹. Es kann sich hier nicht darum handeln, sie zu wiederholen. Zum Verständnis des Ganzen müssen sie herangezogen werden. In dieser Schlußbetrachtung sind nur die wichtigsten gemeinsamen Gesichtspunkte, Probleme und Erkenntnisse aufgezeigt, die sich aus der Darstellung ergeben haben.

Die Untersuchung ist aus methodischen Gründen auf die Personen beschränkt worden, die im öffentlichen Dienste des Reichs und der Einzelstaaten und in den deutschen Parlamenten tätig waren. Die Beschreibung und Beurteilung der jüdischen Menschen, die in anderen Sektoren des öffentlichen Lebens, z. B. in der Presse gewirkt haben, muß weiteren Publikationen vorbehalten bleiben. Die Begrenzung auf Staatsdienst und parlamentarisches Mandat, die letzten den Juden zugänglich gemachten und von der Kritik besonders scharf unter die Lupe genommenen Tätigkeitsgebiete, erlaubte es, Resultate zu erzielen, die bei einer Einbeziehung anderer Kategorien verwischt worden wären. Auch ist zu beachten, daß es zwar Berufspolitiker, aber keine Berufsparlamentarier gibt oder wenigstens in der der Untersuchung zugrunde liegenden Zeit gegeben hat. Ferner existiert zwar ein Beamten- und ein Richterberuf, aber die Mitgliedschaft in der Exekutive stellt keinen „Beruf“ dar. Minister werden ernannt und abberufen, geben ihre eigentliche Tätigkeit auf und kehren zu ihr später wieder zurück, in anderen Fällen wenden sie sich neuen Aufgaben zu. Hugo Preuß hat mit treffendem Witz einmal den Chor der Staatssekretäre als Vertreter der gesamten Bürokratie gegenüber den Ministern die Braut von Messina zitieren lassen:

Die fremden Eroberer kommen und gehen,
Wir gehorchen, aber wir bleiben stehen.

¹ S. z. B. den Rückblick auf die Personalpolitik Preußens und Bayerns, S. 65 f.; auf die getauften Juden in amtlichen Stellen, S. 95 ff.; auf die Parlamentarier der Revolutionszeit von 1848, S. 206 ff.; auf die reichsfreundliche Grundhaltung der jüdischen Abgeordneten vor der Reichsgründung, S. 248 ff.; auf die jüdischen Reichstagsabgeordneten der Bismarckzeit, S. 321 ff.; die Gesamtübersicht über jüdische Abgeordnete der bürgerlichen Fraktionen in der Zeit Wilhelms II., S. 393 ff.; über jüdische Abgeordnete der Sozialdemokratie, sowie den Rückblick auf die jüdischen Sozialdemokraten, vor allem in der wilhelminischen Zeit, S. 404 ff. und 518 ff.

Damals, in den ersten Jahren der Weimarer Republik, konnte der stets scharf beobachtende Gelehrte und Verfassungsschöpfer kaum ahnen, wie sehr sich die Wahrheit seines Wortes auch in den folgenden Jahrzehnten bestätigen würde.

Ebenso ermöglichte es die Beschränkung auf Juden im öffentlichen Dienst und in den Parlamenten, Leben und Wirksamkeit der Einzelnen gründlich darzustellen. Jedes Mitglied der Exekutive ist eingehend behandelt, jeder Parlamentarier je nach seiner Bedeutung entweder ausführlich oder wenigstens skizzenhaft beschrieben worden. Unter ihnen waren mehr oder weniger interessante Gestalten, von historischen Figuren bis zu Kirchturmspolitikern. Übergangen wurde dennoch keiner von ihnen. Denn selbst in Kleinstaaten, wie Anhalt und Braunschweig, oder in einem Kleinststaat wie Sachsen-Meiningen tritt ein Mitglied der Volksvertretung, wenn auch in engem regionalen Rahmen, in das Rampenlicht der Öffentlichkeit. Dagegen sind in der Verwaltung und Justiz nur die in hohen Posten wirkenden Juden individuell berücksichtigt worden. Alle, auch die mehreren hundert meist in Eingangsstellen tätigen jüdischen Richter und Beamten im technischen Dienst namentlich aufzuführen und zu charakterisieren, wäre ohne Interesse gewesen und hätte den Rahmen der Arbeit gesprengt. Jedoch ist das Erscheinen dieser Personen als Gruppe in Verwaltung, Unterricht und richterlichen Funktionen gebührend gewürdigt worden, ebenso die Reaktion, die ihre Präsenz ausgelöst hat.

Der Leser, der die in diesem Buche aufgeführten Namen mit denjenigen vergleicht, die in jüdischen oder nichtjüdischen Enzyklopädien, dokumentarischen oder darstellenden Werken der jüngsten Zeit enthalten sind, wird manche Abweichungen bemerken. Dasselbe gilt von den in die Kurzbiographien aufgenommenen Daten und Fakten. Es galt, die von Sammelband zu Sammelband und von Tabelle zu Tabelle übernommenen Irrtümer auszumerzen.

Bei der Sammlung der Daten und Fakten ergab sich besonders aus den Informationen der deutschen Archiv- und Bibliotheksbehörden, daß wesentliches Material durch Kriegseinwirkungen und Kriegsfolgen verlorengegangen ist. Der Schriftwechsel mit Angehörigen und Nachkommen einer Anzahl der geschilderten Personen hat manche verschütteten Quellen wieder freigelegt. Er hat aber auch erkennen lassen, wie viele für die historische Forschung unentbehrlichen Materialien in einer turbulenten Zeit wie der unsrigen nur noch während einer begrenzten Zahl von Jahren rekonstruierbar sein werden, wofür nicht die systematischen Bemühungen des Leo Baeck Instituts um ihre Sammlung und Bewahrung fortgesetzt werden können.

Eschenburg zitiert einmal das Wort des Schweizer Historikers Werner Näf, der Deutschland einen monarchischen Staat mit demokratischem Zusatz genannt hat. Der Zusatz wurde durch den Reichstag, in geringerem Maße

durch die Landesparlamente repräsentiert². Das Erscheinen und der Aufstieg der Juden in Exekutive, Verwaltung und Justiz vollzog sich parallel mit den Vorstellungen der im Obrigkeitsstaat führenden Schichten. Juden waren in der Exekutive und in den hoheitliche Funktionen ausübenden Verwaltungen so gut wie gar nicht, in Dirigenten- oder Beförderungsstellen der Justiz nur in geringem Umfange vertreten. In die Parlamente dagegen, deren Zusammensetzung auf der Volkswahl beruhten, zogen sie in relativ größerer Zahl ein.

In der Exekutive wirkte ein einziger Minister jüdischer Konfession – Moritz Ellstätter in Baden. Die Gesamtzahl der Personen, die in der Exekutive im kaiserlichen Deutschland tätig waren, belief sich auf etwa 100 Staatssekretäre im Reich und 150 Staatsminister in Preußen, und auf mehr als tausend, wenn man die Regierungsmitglieder in den anderen Einzelstaaten einbezieht. Nimmt man die Stellvertreter der höchsten Amtsträger hinzu, die Unterstaatssekretäre im Reich und in Preußen, und die entsprechenden Kategorien in den übrigen Staaten, so wird der Kontrast noch deutlicher. Daran ändert sich wenig, wenn man die getauften Juden hinzuzählt: den Staatssekretär im Reichsjustizamt und späteren preußischen Justizminister Heinrich Friedberg und den preußischen Landwirtschaftsminister Rudolf Friedenthal, den Hamburger Bürgermeister Nicolaus Ferdinand Haller und den Halbjuden Bernhard Dernburg, der einige Jahre lang unter Wilhelm II. Staatssekretär des neu geschaffenen Reichskolonialamts war.

Ebenso fanden Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft im Reichsdienst, in der allgemeinen Staatsverwaltung und der inneren Verwaltung der Einzelstaaten mit ganz geringen Ausnahmen keine Verwendung. Auch getaufte Juden drangen nur vereinzelt in die dem Adel und den Söhnen des Großbürgertums vorbehaltene „*arcana dominationis et imperii*“ ein. Die Einzelstaaten waren in der Ablehnung der Aufnahme von Juden in die allgemeine Staatsverwaltung einig. Andere Gründe, nämlich die von religiösen und nationalistischen Ideen geprägten pädagogischen Vorstellungen waren maßgebend dafür, daß Juden eine Lehrtätigkeit im Volksschuldienst fast nirgends, im höheren Schuldienst, abgesehen von Bayern und Baden, nur in einigen preußischen Großstädten ausüben konnten, in denen Ernennungen von kommunalen und nicht von staatlichen Behörden vorgenommen wurden. Abermals ist die Zahl der Ausnahmen überaus gering. Die Gelehrtenlaufbahn dagegen wurde den Juden allmählich erschlossen. Zur ordentlichen Professur und damit zur Mitgliedschaft in den Fakultäten gelangten jedoch Gelehrte jüdischen Bekenntnisses nur in wenigen Fällen, meist in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern und in den medizinischen Fakultäten.

Anders als in der allgemeinen Staatsverwaltung, wurde Juden seit etwa 1870 praktisch der Zugang zur Justizlaufbahn eröffnet. Sie war dem mittleren Bürgertum vorbehalten, dem ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung

² *Eschenburg*, Die improvisierte Demokratie, S. 12.

angehörte, und erfreute sich seitens der Regierungen und der öffentlichen Meinung nicht der Achtung, die die Verwaltung genoß. Als Amtsrichter und Landrichter wurden Juden in relativ größerer Zahl angestellt. Es dauerte aber dreißig bis vierzig Jahre, bevor Richter jüdischen Glaubens in Beförderungsstellen gelangten, und erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg erreichten fünf von ihnen Dirigenstellen – keiner in Preußen, vier in Süddeutschland und einer in Hamburg. In den fünfzig Jahren des Kaiserreichs haben insgesamt über tausend Juristen Dirigenstellen vom Oberlandesgerichtspräsidenten herab bis zum Landgerichtsdirektor bekleidet. In ihrer völligen Fernhaltung von Dirigenstellen und von Posten innerhalb der behördlich und gesellschaftlich hoch angesehenen Staatsanwaltschaft zeigte die preußische Justizverwaltung ausgeprägt antisemitische Züge. Die aufgeschlosseneren Ministerialbürokratie Bayerns dagegen hat trotz des Widerstandes der Vertreter des antisemitischen Kleinbauern- und Kleinbürgertums im Parlament der Anstellung und Beförderung jüdischer Juristen weniger Hemmnisse in den Weg gelegt. Das Verhalten der Regierungen der mittleren und kleineren Einzelstaaten weist in der Behandlung der Juden in der Justiz und auch bei ihrer Verwendung in technischen Dienststellen starke Verschiedenheiten auf: es atmet einen liberalen Geist in Baden und Hamburg sowie im Reichslande Elsaß-Lothringen, zeigt dagegen eine schroff antisemitische Einstellung in Sachsen, Hessen, Braunschweig und Württemberg. In diesen Staaten gehörten auch getaufte Juden in solchen Stellen zu seltenen Ausnahmen, während Preußen auf die Taufe in gewissem Sinne eine Beförderungsprämie setzte. Die ungewöhnliche Laufbahn Eduard von Simsons als Politiker, Universitätsprofessor und Richter kulminierte in seiner Ernennung zum ersten Präsidenten des Reichsgerichts. Man kann sich vorstellen, daß er, auch ohne als Kind getauft worden zu sein, zum Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung gewählt, aber nicht, daß er an die Spitze des Reichsgerichts gestellt worden wäre.

In der Legislative erschienen Juden bereits 1848, rund zwanzig Jahre, bevor sie zu Verwaltungs-, Lehr- und Richterstellen zugelassen wurden. In Preußen und auch sonst fast überall in Norddeutschland traten sie gleichzeitig mit den übrigen Bürgern in das parlamentarische Leben ein. In der Frankfurter Nationalversammlung waren (abgesehen von den Vertretern der österreichischen Landesteile) elf, im Reichstag 52 Juden. Von diesen letzteren waren 24 Abgeordnete Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft, zehn Dissidenten und achtzehn getauft³. Insgesamt gab es zwischen 1867 und 1918

³ Mitglieder der Nationalversammlung waren Jacoby, Levysohn, Riesser, Veit und die getauften Juden Detmold, Heckscher, H. Simon, M. Simon, E. Simson, G. Simson und W. Stahl. Riesser und E. Simson waren später auch Mitglieder des Erfurter Unionsparlaments, dem ferner F. J. Stahl angehörte. – Über die Mitglieder des Reichstags vgl. die Listen auf S. 251 und S. 254. Unter den zehn Dissidenten sind Stadthagen und Gradnauer mitgezählt, von denen jener sich ursprünglich als jüdisch, dieser als evangelisch bezeichnet hatte.

etwa 3000 Reichstagsabgeordnete. In Preußen wirkten von 1848 bis 1918 53 jüdische Mitglieder des Abgeordnetenhauses, von denen 31 jüdischer Konfession, zwei Dissidenten und zwanzig getauft waren⁴. In den anderen Landtagen saßen zusammen 57 Juden. Unter diesen waren 46 Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft, fünf Dissidenten und sechs getauft⁵. Zusammen gab es also 173 jüdische Mandatsinhaber, jedoch nur 145 jüdische Parlamentarier, da 28 gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten in mehreren Parlamenten saßen⁶.

Der hohe Anteil getaufter Juden an der Gesamtzahl der Juden im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus, ihre weit geringere Zahl in den Parlamenten Süddeutschlands und mittel- und norddeutscher Kleinstaaten zeigt, wieviel leichter die religiöse Verbindung mit dem Judentum von der in norddeutsche Großstädte rasch einströmenden Bevölkerung gelöst wurde, als in den süddeutschen Gemeinden mit stabilerer jüdischer Bewohnerschaft. Auf die in den siebenzig Jahren ihrer Mitarbeit in Parlamenten vielfach wechselnde Stärke und den Wandel ihres parteipolitischen Standorts wird in anderem Zusammenhang eingegangen werden.

Es war wichtig, die Frage zu klären, welche Faktoren das Denken und die Wirksamkeit der jüdischen Persönlichkeiten bestimmt haben. Es galt zu

⁴ Jüdisch nannten sich Aronsohn, Bärwald, Brill, Burg, O. Cassel, W. Cohn, W.S. Freund, Gerschel, Heimann, D. H. Hirsch, M. Hirsch, Jacoby, Kosch, Lasker, L. Levy, Lichtenstein, Liepmann, L. Loewe, Münsterberg, Peltasohn, Pinoff, Reichenheim, Rosenow, J. Stern, Strassmann, Veit, Waldstein, M. Warburg, G. Weiss, E. Wolf, Wollheim. Dissidenten waren Borchardt und P. Hirsch. Getauft waren Arendt, P. Cassel, G. Eberty, R. Friedberg, Friedenthal, J. Friedländer, K. Hahn, L. Hahn, O. Hahn, Horwitz, Lewin-Träger, Lippmann, O. Loewenstein, O. Meyer, Mugdan, Schiffer, Schwabach, H. Simon, M. Simon, E. Simson.

⁵ Gewählt wurden in Bayern elf: Adler, Arnheim, Frankfurter, Gunzenhäuser, Henle, S. Levi, G. Löwenstein, Maison, Morgenstern, Süßheim und F. Goldschmit (dieser war getauft); in Baden zwölf: Eller, Frank, R. Goldschmit, Gutmann, Kusel, Ladenburg, Näf, Schneider, die Dissidenten Kahn, Marum, Süßkind und der getaufte Jude E. Mayer; in Hessen zehn: R. Bamberger, Edinger, Fulda, Hirschhorn, Kallmann Rothschild, Wolfskehl und die getauften Juden F. Dernburg, Metz, W. Stahl und Z. Loewenthal; in Anhalt acht: Ahlfeld, H. Cohn, Friedheim, Hagelberg, Herz, S. Meyer, W. Meyer, Philippson; ferner in Braunschweig: Aronheim, Glaser, I. Jüdel, M. Jüdel; in Mecklenburg: Aarons, Josephy, Marcus; in Sachsen: Lehmann; in Sachsen-Meiningen: Ledermann, Strupp und der Dissident Michaelis; in Sachsen-Weimar: Rosenthal; in Württemberg: Elsas, Mayer, Pfeiffer und der Dissident Heymann. – Die Bürgerschaftsmitglieder der Stadtstaaten sind in dieser Übersicht nicht berücksichtigt. G. Riesser war Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, M. W. Hinrichsen, Ree und Wolffson waren Reichstagsabgeordnete und alle vier auch zeitweise Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft.

⁶ Von diesen 28 wurden 21 sowohl in die Nationalversammlung oder den Reichstag als auch in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Fünf waren Reichstagsabgeordnete und Mitglieder des Landtags eines süd- oder südwestdeutschen Staates. Zwei gehörten der Frankfurter Nationalversammlung und später dem Reichstag an.

untersuchen, ob noch andere Elemente als die von ihnen empfundene Zugehörigkeit zum deutschen Volke, ihr Status als deutsche Bürger und ihre Erziehung auf deutschen Schulen wirksam geworden sind. Es ist der Frage nachgegangen worden, ob und in welchem Maße sich eine jüdisch-religiöse und geschichtliche Tradition, eine eigentümliche Schulung des Geistes im Verlauf von Generationen und Wirkungen einer eigenartigen Berufs- und Sozialstruktur geltend gemacht haben. Unter diesen Gesichtspunkten war die Art des Beitrags der in Frage kommenden Personen zur Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu prüfen.

In der zusammenfassenden Beurteilung der jüdischen Parlamentarier in den Körperschaften des Revolutionsjahres 1848 ist gesagt worden, daß ihre Anlagen und ihr Wirken die Mannigfaltigkeit der Spezies Mensch in allen ihren Ausprägungen und geschichtlichen Bedingtheiten widerspiegeln⁷. Mit gleicher Berechtigung kann dies von den Juden im öffentlichen Dienst und in den Volksvertretungen jeder späteren Epoche wiederholt werden. Sie haben zur Gestaltung des öffentlichen Lebens in aller denkbaren Vielfältigkeit beigetragen. Sie waren Reaktionäre und Revolutionäre, Idealisten und Realisten, Hüter der Tradition und Kündler des Fortschritts, Doktrinäre und Opportunisten, Gläubige und Zyniker, Nationalisten und Menschheitsapostel, Beamtennaturen und politische Menschen. Sie repräsentierten auch alle Mischformen des Denkens und der Neigungen zwischen den Extremen. Sie dachten in großem Schwung oder hingen ängstlich am Detail, sie waren wortkarg oder übersprudelnd, feierlich beredsam oder gewandte Dialektiker, versöhnlich oder bitter polemisch.

Wie verschieden waren die Eigenschaften, die das geschichtliche Panorama des 19. Jahrhunderts aus den Menschen herauslockte! Da ist Jacoby, der Heilige des reinen Glaubens, schmucklos in Auftreten, Rede und Schrift, der tiefernste Mann, bereit, für seine Überzeugungen ins Gefängnis zu gehen. Da ist sein Zeitgenosse Eduard Simson, extrovert, den das Jahr 1848 zum Repräsentanten des Bürgertums emporhebt und der als solcher höchste Würde und oratorische Meisterschaft entfaltet; der sich als doktrinären Gegner Bismarcks bekennt und später vom Präsidentenstuhl des Reichstags den Willen des Parlaments geschmeidig mit den Zielen des Kanzlers in Übereinstimmung zu bringen weiß; und der schließlich das Reichsgericht organisatorisch aufzubauen und institutionell zu prägen versteht. Wie unterschiedliche Gaben zeigen Singer und Frank, Mitglieder derselben sozialdemokratischen Partei, wie verschiedene Wege betreten der Berliner und der Badener bei der Verfolgung ihrer durch Herkunft, Umgebung, Beruf und Generationenunterschied differenzierten Ziele! Hier sehen wir Gustav Hoch, der, ohne radikale sozialistische Konzeptionen preiszugeben, um den kleinsten sozialpolitischen Erfolg im Tageskampfe ringt; dort Ludwig Bamberger, den einzigartigen Kenner

⁷ S. oben S. 209.

der Währungsfragen und Meister eines klassischen Sprachstils, der vom revolutionären Demokraten zum gemäßigten Liberalen, vom sozialistisch gestimmten Politiker zum Führer des Manchestertums und zum unversöhnlichen Feind des Sozialismus und der Bismarckschen Sozialpolitik wird.

Jüdische Abgeordnete gehören auch allen in Deutschland bestehenden Gruppen vom radikalen Sozialismus bis zum extremen Konservativismus an. Wir begegnen unter ihnen selbst einem Gefolgsmann des Hofpredigers Stoeker. In der Exekutive erscheinen sie in jedem der zwei Grundtypen: der badische Finanzminister Ellstätter, repräsentativ für die Gruppe der Fachmänner, ist zwar im liberal-freihändlerischen Boden verwurzelt, zieht aber in erster Linie Befriedigung aus der Bewältigung der Aufgaben seines Fachgebietes und überdauert daher Regierungs- und Tendenzwechsel. Das gleiche gilt für den preußischen Justizminister Heinrich von Friedberg. Den anderen Typus vertritt der preußische Landwirtschaftsminister Friedenthal. Er ist vor allem an der Gestaltung der Politik interessiert. Zwar verwaltet auch er sein Ressort mit Freuden, scheidet aber eher aus seinem Amte aus, als daß er einen von ihm abgelehnten Kurs auch nur stillschweigend deckt.

Verschieden ist auch die Stellung der jüdischen Parlamentsmitglieder zu Glaubensfragen. Fischel Arnheim, der bayerische Parlamentarier, beobachtet die Speisegesetze auch an der königlichen Tafel, Frankenburger und viele andere sind religiös liberal, Lasker glaubt an eine Botschaft, die das Judentum der Menschheit zu übermitteln hat, und Professor Goldschmidt betätigt sich eifrig in jüdischen Hilfsorganisationen, ohne gläubig zu sein. Bamberger hat, als einzige testamentarische Instruktion für sein Leichenbegängnis, eine religiöse Zeremonie untersagt. Keiner der sozialdemokratischen Juden hat eine innere Beziehung zur Religion, aber nicht wenige bekennen sich als Juden, um ihre Verbundenheit mit der widerrechtlich zurückgesetzten Gemeinschaft und ihren Mitgliedern zu bekunden. Manche jüdischen Abgeordneten beteiligen sich intensiv an Debatten über neue Gesetze, die die jüdische Religionsgemeinschaft betreffen, andere sind daran uninteressiert. Haas, Waldstein und Oskar Cassel sind in jüdischen Abwehrorganisationen am aktivsten tätig. Am Anfang von Bernsteins politischem Leben steht sein Ausscheiden aus der jüdischen Religionsgemeinschaft, später bedauert er dies und tritt mit stark prozionistischen Neigungen hervor. Oskar Cohn wird durch den Krieg und die Berührung mit dem Ostjudentum überzeugter Zionist.

An Beispielen für die Darstellung der Verschiedenheiten fehlt es also nicht. Sie sind überreichlich vorhanden.

Gemeinsame, auf Tradition und Erleben zurückzuführende Eigentümlichkeiten jüdischer Beamter und Parlamentarier befriedigend zu definieren, ist im Gegensatz zu der Beschreibung der Verschiedenheiten ein kompliziertes Beginnen. Viele Autoren haben sich daran in oft unzulässig generalisierender Weise versucht. Ein Gedankenaustausch zwischen Max Hachenburg in Mann-

heim, einem der größten Anwälte Deutschlands, und dem letzten großherzoglich badischen Justizminister Adelbert Düringer, der in der deutschnationalen Fraktion der Weimarer Nationalversammlung führend hervortrat, ist symptomatisch dafür: Düringer bemerkte, daß zwei Momente, Intelligenz und Besitz, die Juden der konservativen Anschauung näherten, Hachenburg dagegen, ein Jude, führte aus, daß andere Eigenschaften, wie ein starkes Gerechtigkeitsgefühl, sie in das demokratische und sozialdemokratische Lager führten⁸. Fürst Bülow suchte den zeitgenössischen russischen Ministerpräsidenten Sergej Witte als Produkt eines deutschen Vaters und einer russischen Mutter zu erklären; von dieser habe er die Brutalität ererbt, ohne die niemand Rußland erfolgreich regieren könne, von jenem Arbeitskraft und den Trieb zu lernen. Gerade diese „deutschen“ Eigenschaften aber hat der hervorragende Pädagoge der Berliner Universität, Professor Paulsen, bei den jüdischen Studenten ausgeprägt gefunden und besorgt die Fähigkeit des nichtjüdischen akademischen Nachwuchses bezweifelt, mit jenen Schritt zu halten⁹. Der preußische Staatsrat Köhler ging in seinen Emanzipationsvorschlägen von 1809 davon aus, daß der Charakter des Juden der ins Extrem entartete Charakter des Kaufmanns sei. „Ihre Entartung ist unsere Schuld“, ruft er aus; die völlige Gleichstellung erscheint ihm daher als Pflicht und als Endziel der Gesetzgebung¹⁰. Anders als dem gerecht denkenden preußischen Beamten vom Anfang des Jahrhunderts, dem an der Assimilierung der Juden an die von ihm idealisierte Gesellschaft des Agrarstaates gelegen war, schienen Karl Marx, dem Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft, vierzig Jahre später die Gegensätze bereits aufgelöst: waren doch Geld und Schacher durch den Juden, und auch ohne ihn, wie Marx sich beeilte hinzuzufügen, zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden. Aber gerade die geschmacklose Polemik diene ihm als Ausgangspunkt zur Beschwichtigung der Zweifel Bruno Bauers, seines literarischen Widerparts, an der Emanzipationsfähigkeit der Juden¹¹, die diesem durch die Pflege ihrer religiösen Sonderart behindert schien. Marx selbst war jedoch wie Bernstein und so manche anderen Juden in Geldfragen völlig hilflos. Unter ihren rabbinischen Vorfahren und deren Jüngern waren viele dem Buch mit Leidenschaft ergeben, und nicht dem Mammon, was Paulus Cassel zur Herausarbeitung einer Antithese inspirierte: Die Juden sind eine Geschichte lebendigen Geistes mitten in der Sklaverei, sie sind ein Lehrbuch der Weissagung und Erfüllung¹². Wäre anderseits Engels, der Erbe großen Reichtums, als Jude geboren – es hätte an Gelehrten nicht gemangelt, die seinen Radikalis-

⁸ Hachenburg, S. 45.

⁹ Bülow I, S. 96; über Paulsen, s. oben S. 57.

¹⁰ Freund, Emanzipation I, S. 144; II, S. 253.

¹¹ Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß I, S. 425 f.; die Kernsätze zitiert bei Toury, Die politischen Orientierungen, S. 355; für eine vortreffliche Gegenüberstellung der Gedanken Bruno Bauers und Marx', s. Liebeschütz, German Radicalism, S. 156 ff.

¹² Cassel, Wider Heinrich von Treitschke, S. 5.

mus seiner Abstammung zugeschrieben hätten. Es hätte aber auch an anderen nicht gefehlt, die unter Hinweis auf jüdische soziale Gesinnung und Hilfsbereitschaft seine von tiefem Mitgefühl für die Bedürftigen zeugende Beschreibung der Lage der arbeitenden Klassen Englands mit seiner Herkunft in Zusammenhang gebracht hätten.

Umgekehrt ist gelegentlich auf die Unterschiede hingewiesen worden, die zwischen den in den einzelnen Teilen des Reichs ansässigen Juden bestanden, d. h. auf Differenzierungen, die sich aus der Anpassung an die engere deutsche Umgebung herleiteten. Zweifellos sind die deutschen Juden auch durch regionale deutsche Einflüsse verschieden geprägt worden. Theodor Heuss hat Besonderheiten bei den in den Gebieten des Schwarzwalds beheimateten Juden beobachtet und dabei auf Ludwig Frank hingewiesen¹³. Treitschke führte die starre Sinnesart Johann Jacobys auf sein Ostpreußentum zurück: „Da die Ostpreußen von allen Deutschen am besten verstehen, sich ihre Juden zu erziehen, so war auch Jacoby viel mehr Ostpreuße als Jude“¹⁴. Auch was der Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm, der Sohn eines Hamburger Bürgermeisters, 1952 über die Eingliederung der Juden Hamburgs in den sicher gefügten Stadtstaat mit seiner soliden Bevölkerung schreibt, enthält manches Wahre. Daneben greift er aber mit einem geflissentlich gezogenen Vergleich und einer abschätzigen Implikation, daß „in Hamburg . . . im Gegensatz zur Reichshauptstadt das Ostjudentum im Hintergrund blieb“¹⁵. Es hat Berlin keinen Abbruch getan, sondern im Gegenteil zu seinem glänzenden kulturellen Aufstieg und seiner Weltoffenheit beigetragen, daß sich im Laufe seiner Geschichte um einen von Juden und Hugenotten stark durchsetzten Altberliner Kern Zuzügler aller Stämme und Schichten aus Brandenburg und den fünf östlichen Provinzen Preußens gruppiert haben. Ebenso hat es die geistige Ausstrahlung der Hauptstadt verstärkt, daß sich unter diesen Zuzüglern 5 % Juden befanden, die Schramm verächtlich dem Ostjudentum zurechnet. Hätten die Berliner die Meinung des Göttinger Historikers geteilt, so wäre es unmöglich gewesen, daß, nach Theodor Mommsens Wort, in Berlin „die Juden eine Stellung einnehmen, die man anderswo ihnen beneidet“¹⁶. Auch wären nicht zwischen 1867 und 1918 von Berlin zusammen 21 Juden in den Reichstag und den Landtag gewählt und allein in den letzten 25 Jahren der Monarchie weit über 100 jüdische Stadtverordnete in das Berliner Rathaus entsandt worden.

Bei aller Skepsis gegenüber Verallgemeinerungen lassen sich dennoch bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen feststellen, die bei einer relativ größeren Anzahl von Juden in Amt und Mandat als bei Nichtjuden anzutreffen oder in besonders ausgeprägtem Maße bei einzelnen Juden der hier untersuchten Kategorien zu beobachten sind.

¹³ S. oben S. 444.

¹⁴ Treitschke, Deutsche Geschichte V, S. 139.

¹⁵ Schramm, S. 318.

¹⁶ Mommsen, Auch ein Wort über unser Judentum, S. 417.

Viele jüdische Beamte und Abgeordnete zeigen eine besondere Eignung zum abstrakten Denken, zur Ausarbeitung von Programmen, zur Definition von Situationen. Diese Fähigkeiten erklären sich leicht. Ein durch viele Generationen hindurch betriebenes intensives Lernen, das ständige Studium des Gesetzes, die Diskussionen über seine Auslegung haben die Befähigung und Neigung zu abstraktem Denken erweckt und verstärkt und die Tendenz zu kritischer Betrachtung von Menschen und Dingen gefördert. Der große deutsche Rechtslehrer Rudolf Jhering, den der Scharfsinn und die Konsequenz der römischen Juristen tief beeindruckt haben, findet „dieselbe Eigenschaft in nicht minderem Grade, ja vielleicht mit noch schärferer Spitze in der talmudischen Jurisprudenz und in der juristischen und moralischen Kasuistik der Jesuiten“¹⁷.

So haben in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Stahl für die Konservativen, Jacoby für die Liberalen, dann für die Demokraten, Marx, später Lassalle für die Sozialisten neue Gedanken entwickelt, geklärt und programmatisch formuliert. Aus dem Währungsstreit sind zwei Juden, Bamberger, der Vorkämpfer der Goldwährung, und Arendt, der Verfechter der Doppelwährung, als führende Theoretiker aufgestiegen. Bamberger war auch der parlamentarische Vertreter des Manchestertums in Wort und Schrift; neben ihm stand als bedeutender Repräsentant dieser Richtung Heinrich Bernhard Oppenheim, der seine Gegner auf den Lehrstühlen der Universitäten wortschöpferisch als Kathedersozialisten verfemte¹⁸. Im neuen Jahrhundert erhebt sich aus dem Richtungsstreit der Sozialdemokratie Bernstein, der die marxistische Doktrin von innen heraus einer systematischen Kritik unterworfen hat, während Rosa Luxemburg und Rudolf Hilferding die ökonomische Theorie des Sozialismus im imperialistischen Zeitalter weiter entwickelt haben. Daß einige dieser Theoretiker (Marx, Lassalle und Luxemburg) nicht Abgeordnete werden oder, wie Hilferding, erst in der Weimarer Republik ein Mandat erhalten konnten, beruhte auf ihrem Emigrantenschicksal oder anderen persönlichen Behinderungen. Gewiß haben auch nichtjüdische Theoretiker, wie Engels in der Entstehungszeit des Sozialismus, Kautsky, der Verwalter und Interpret des Erbes von Marx und Engels, und Lenin, überragend als Denker und Führer in der revolutionären Epoche, ungewöhnliche Bedeutung erlangt. Jedoch die Qualität und der Umfang des Anteils der Juden an der Grundlegung politischer Theorien der Neuzeit in Deutschland bleibt unbestreitbar.

Interessant ist der lange und starke Nachhall des Wirkens der Theoretiker. Dem Professor Stahl bezeugten Jahrzehnte nach seinem Ableben die konservativen Präsidenten beider Häuser des Preußischen Landtags, Otto von Mantuffel und Jordan von Kröcher, ihre Verehrung, letzterer unter ausdrücklichem Hinweis auf Stahls jüdische Abstammung¹⁹. Jacoby, der in seiner Ein-

¹⁷ *Ihering* I, S. 17.

¹⁸ S. oben S. 268.

¹⁹ S. oben S. 205 f.

samkeit und Sprödigkeit nie nach Popularität haschte, hat die Liberalen und Demokraten seiner Zeit und die Sozialdemokraten in ihrer ersten Periode zu menschlicher und politischer Bewunderung hingerissen. Lassalle lebte in den Herzen der Arbeiter als großer Volkstribun weiter. Marx hat durch seine Lehre die anhaltendste Wirkung, als Mensch jedoch keine Anziehungskraft ausgeübt.

Andere Eigenschaften und Verhaltensweisen jüdischer Abgeordneter und Mitglieder der Exekutive erklären sich nicht aus der jüdischen Tradition, sondern aus dem Mangel an traditioneller Verwurzelung in den aus dem Mittelalter überkommenen Ideen und Einrichtungen der deutschen Staaten. Sie fanden sich daher auch in veränderten Situationen leichter zurecht. Konservativ gestimmte Juden, wie Stahl und Friedenthal, vermochten sich von nicht mehr lebensfähigen Werten der Vergangenheit ohne jene inneren Hemmungen frei zu machen, die vielen Altkonservativen den Weg zur konstruktiven Politik versperrten. Juden hatten auch keinen Anteil an dem „Establishment“ der deutschen Einzelstaaten, mit dem Adel, Heer, Verwaltung und Großgrundbesitz verbunden waren. In den Staaten hatten die Juden viel erlitten, von dem kommenden Reich erwarteten sie Besseres. So erhoben sie die Augen zu weiteren Horizonten.

Demgemäß erkannten besonders die führenden jüdischen Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung der Erkämpfung der Reichseinheit die Priorität zu. Riesser hob dies ausdrücklich hervor. Er, Simson und Veit waren nach dem Scheitern der Revolution bereit, das ursprüngliche Ziel, Einheit und Freiheit als einheitliches Ganzes, preiszugeben in der Erwartung, auf dem Boden der Reichseinheit die ersehnten freiheitlichen Institutionen voll entwickeln zu können. In diesem Sinne beteiligten sie sich 1850 an dem Gothaer Kongreß, wirkten Lasker sowie die einstigen radikalen Revolutionäre Bamberger und Oppenheim in der nationalliberalen Partei führend mit. Die Fortschrittler Max Hirsch und Max Simon stellten die schweren verfassungspolitischen Bedenken der meisten ihrer Parteifreunde hinter der Entschlossenheit zurück, die Reichseinheit der Verwirklichung näher zu führen. Selbst in Süddeutschland, wo vor der Reichsgründung die großdeutsche Idee oder der Gedanke eines Südbundes vorherrschte, waren die Juden leichter bereit als viele Nichtjuden, die deutsche Einheit auch unter der Führung des ungeliebten Preußens zu akzeptieren. So gehörten Frankenburger im rechtsrheinischen Bayern, Levi in der bayerischen Pfalz, Pfeiffer in Württemberg, Metz, Friedrich Dernburg und die Bambergers in Hessen zu den kraftvollsten Kündern der deutschen Einheitsidee. Jacobys und Sonnemanns gegensätzliches Verhalten ist bemerkenswert, aber untypisch. Der Unitarismus der jüdischen Bevölkerung und Abgeordneten erhielt sich auch im neu gegründeten Reiche. Er ist Theodor Mommsen, aber auch manchem ausländischen Beobachter aufgefallen. „Il existe encore actuellement en Allemagne“, schrieb 1916 während des Krieges ein Autor in der Pariser Halbmonatsschrift „*Mercur de France*“,

„des Prussiens, des Saxons, des Badois, des Wurtembergeois et des Bavaois. Les Juifs, eux, sont exclusivement allemands. Du nord au midi, de l'est à l'ouest, ils forment l'armature de l'empire.“²⁰

Nur selten zeichneten sich Gemeinsamkeiten des Handelns von jüdischen Abgeordneten über die Fraktionsschranken hinweg ab. Am ehesten würde man dies beim Kampf um die Emanzipation und bei der Abwehr des Antisemitismus erwarten. In der Tat waren die Namen Veits und Koschs in Preußen, Arnheims und Frankenburgers in Bayern und Kusels in Baden mit diesen Kämpfen verbunden. Sie sprachen für Juden und Christen über die Parteigrenzen hinaus. Später läßt sich dies nicht mehr mit der gleichen Eindeutigkeit feststellen. Im Kampf gegen die antisemitische Bewegung haben sich Bamberger und Oppenheim zurückgehalten. Obwohl die Fanfarenstöße Treitschkes beide aus ihrer Reserve hervorlockten und Bamberger zu seiner glänzenden Schrift über Deutschtum und Judentum inspirierten, haben sie im Reichstag zu jüdischen Dingen nie das Wort ergriffen. Das Bundesemanzipationsgesetz von 1869, das später zum Reichsgesetz wurde, ist zwar durch einen Petitionssturm von jüdischer Seite in Gang gebracht, aber parlamentarisch von christlicher Seite vorbereitet und begründet worden; Laskers Intervention bewegte sich auf einer Seitenlinie. Jedoch haben Ludwig Loewe, in der Zeit Bismarcks, und später unter den Liberalen Waldstein und Haas, Cassel und Peltasohn, bei den Sozialdemokraten Bernstein und Oskar Cohn sich in den Parlamenten der jüdischen Interessen kräftig angenommen.

Vorwiegend setzte sich jedoch die parteipolitische Einstellung durch. Getaufte Juden, wie Arendt bei den Freikonservativen, Friedberg und Schiffer bei den Nationalliberalen, deren Stimmen angesichts der Bedeutung dieser Parlamentarier schwer gewogen hätten, schwiegen beharrlich in ihren antisemitisch durchgesetzten Parteien. Sorgsam vermieden sie es, Fragen zu berühren, die zu Angriffen auf ihre Herkunft hätten führen und ihre Stellung in ihrer Partei und die Stellung ihrer Partei im Lande hätten schwächen können. Sie wünschten nicht mit jüdischen Dingen in Zusammenhang gebracht zu werden. So wurde ganz allgemein die Unterordnung des jüdischen Problems unter die Parteiräson ein bezeichnendes Merkmal für die uneingeschränkt deutsche, von jüdischen Gesichtspunkten kaum berührte Einstellung der jüdischen Parlamentsmitglieder. Eine jüdische Position im Parlament hat es nie gegeben.

Vereinzelte Gemeinsamkeiten unter einer Mehrheit jüdischer Abgeordneter ergaben sich bei der Abstimmung über das Jesuitengesetz und über den Kanzelparagraphen des Strafgesetzbuches im Kulturkampf, wobei vor allem Laskers mutige, von der Haltung seiner Fraktion abweichende Gegnerschaft gegen diese Ausnahmebestimmungen unvergessen blieb. Kein Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft trat für das Jesuitengesetz ein. Von den ge-

²⁰ Über Mommsen s. oben S. 68 f., Anm. 85; das Zitat in dem Artikel von Henry im *Mercure de France* 1916, S. 621.

tauften Juden stimmte der Reichsparteiler Friedenthal gleichfalls dagegen. Die Abneigung gegen Ausnahmegesetze, die den Liberalen ursprünglich gemeinsam war, aber im Rausch des Kulturkampfes erstmalig verloren ging, beherrschte in Erinnerung an das den Juden tausendfach widerfahrene Unrecht die jüdischen Abgeordneten. Unter demselben Gesichtspunkt ist es bemerkenswert, daß mit Ausnahme eines getauften Juden alle anderen sechs jüdischen Reichstagsabgeordneten 1884 gegen die zweite Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten. Mit jener Ausnahme war kein jüdisches Mitglied der Deutschfreisinnigen Partei unter den Siebenundzwanzig, die entgegen der früheren Haltung der Vorgängerin dieser Partei, der Fortschrittspartei, abweichend von der Mehrheit für die Verlängerung eintraten und den Ausschlag dafür gaben.

Bezeichnend ist ferner, daß mit Ausnahme Friedenthals alle jüdischen Abgeordneten die Todesstrafe als Verstoß gegen die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens verwarfen. Sie blieben auch fest, als unter Bismarcks Drohung, daß er das ganze Strafgesetzbuch daran scheitern lassen würde, ein Teil der Nationalliberalen umschwenkte. Die Mehrheit, die die Todesstrafe bei der dritten Lesung in das Gesetzeswerk wieder einfügte, umschloß mit der erwähnten Ausnahme keine jüdischen Abgeordneten.

In der Kriegszeit sind jüdische Abgeordnete der Sozialdemokratie in relativ weit größerer Zahl als die nichtjüdischen Fraktionsmitglieder von der offiziellen Haltung der Partei abgewichen. Fast zwei Drittel wurden bald Gegner der Bewilligung der Kriegskredite, mehr als die Hälfte schied aus der alten sozialdemokratischen Fraktion aus, fast ein Drittel der neuen, zwanzig Mann starken Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie bestand aus Juden. Auch im Streit um die Kriegsziele und die Burgfriedenspolitik nahmen die Juden in proportional größerer Zahl eine kritischere Haltung ein als die Gesamtfraktion. Dabei wirkten mehrere Empfindungen zusammen: pazifistische Gesinnung, stärkerer Glauben an die Endziele der Partei, tiefgehende Emotionen bei der Auslegung ihrer Prinzipien, in die die meisten Juden nach ihrer Klassenlage nicht hineingeboren, sondern zu der sie aus Idealismus gestoßen waren; ferner die Anerkennung einer überstaatlichen Solidarität der Menschen und der Völker und der Abscheu eines durch unendliche Leiden hindurchgegangenen alten Volkes vor der Anwendung roher Gewalt. Auch waren die Juden weniger durch die Disziplin des bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparats geformt, dem sie oft nur am Rande angehörten. Sie waren fast alle Intellektuelle und hatten gerade als solche in der mit intellektuellen Elementen nur spärlich durchsetzten Fraktion ihren besonderen Beitrag geleistet. Aber die Kriegsbegeisterung und der Opfertod Franks, der Imperialismus Cohens und der Nationalismus Gradnauers zeigen, wie wenig sich manche anderen jüdischen Abgeordneten der Sozialdemokratie von diesen Gefühlen und Erwägungen leiten ließen; ganz zu schweigen von den Mitgliedern der anderen Fraktionen, von Arendt auf der Rechten bis zu Haas auf

der Linken. So waren zwar die Gedankengänge Haases und Bernsteins unter den jüdischen Abgeordneten der Sozialdemokratie viel stärker verbreitet als in der Gesamtfraktion, und sie waren für einzelne von ihnen sehr charakteristisch, aber sie waren nicht typisch für die Mehrheit der jüdischen Reichstagsabgeordneten. Ebenso wenig deckten sie sich mit der nationalistischen Einstellung der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung, die deswegen von Bernstein so scharf kritisiert worden ist.

Als gemeinsames wichtiges Merkmal läßt sich feststellen, daß die meisten jüdischen Abgeordneten zukunftsfreudiger waren und neuen Zielen fortschrittssicherer zueilten als die Majorität der Parlamente, denen sie angehörten. Soweit sich dies in dem Streben nach Reichseinheit ausdrückte, war davon bereits die Rede. Auch für die freiheitlichen Bestrebungen trifft dies zu. Lasker und Bamberger führten ihre Bemühungen um den Aufbau der rechtsstaatlichen und freiheitlichen Einrichtungen des Reiches noch fort, als ihre Fraktionsmitglieder in wachsender Zahl mit der Reichsgründung das ersehnte Ziel bereits als erreicht ansahen. Auch den demokratischen Gedanken hielten jüdische Abgeordnete noch in einer Zeit hoch, als sich die bürgerliche Demokratie von dem Schlage von 1849 nicht mehr erholen konnte. Damals repräsentierten vornehmlich jüdische Parlamentarier in fast völliger Isolierung die schnell niedergehende Bewegung: Sonnemann im Reichstag, Jacoby, Guido Weiss und Josef Stern im preußischen Abgeordnetenhaus, Edinger aus Worms in der hessischen, Eller und Schneider aus Mannheim in der badischen Kammer. Als die Sozialdemokratie in das Licht der Geschichte trat, fand sie zwar nur bei einer Minderheit jüdischer Wähler Unterstützung, und dies blieb so bis zum Ende des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Aber es ist bedeutsam, in wie hohem Maße sich die Akademiker der Parlamentsfraktionen der Partei aus jüdischen Intellektuellenschichten rekrutierten. Als schließlich der Krieg neue Fronten schuf, stand die Mehrheit der jüdischen sozialdemokratischen Abgeordneten, wie schon erwähnt, kritisch zur Kreditbewilligung und zum Burgfrieden und vollzog den Übergang zur USPD. Will man die üblichen Etikette „links“ und „rechts“ gebrauchen, so wählten die jüdischen Parlamentarier in ihrer Mehrheit ihren jeweiligen Standort links.

Mehrere jüdische Amtsinhaber und Parlamentarier sind zu führenden Stellungen emporgestiegen. Im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl war die Anzahl der staatsmännisch befähigten, führenden oder aus anderen Gründen bekannten und populären Persönlichkeiten groß.

Unter den Männern des Jahres 1848 ist Jacoby, der volkstümlichste Liberale vor diesem Jahre, in anderem Zusammenhang bereits gewürdigt worden. Er zeigte erhabene Ziele auf, war ein Bekenner und politischer Erzieher, trat aber im parlamentarischen Getriebe zurück. Eduard Simson, der sich zum anerkannten Repräsentanten des deutschen Bürgertums aufschwang, war in seiner Würde und Urbanität der geborene Parlamentspräsident, als ordnender

Geist und Autorität ausstrahlende Persönlichkeit der gegebene erste Präsident des Reichsgerichts. Eine politische Führernatur war er nicht, zum Unterschied von Moritz Heckscher, dem glück- und machtlosen deutschen Außenminister, oder von Heinrich Simon, dem reiz- und charaktervollen Vertreter des Teils der bürgerlichen Linken, der widerstrebend die preußische Führung hinzunehmen bereit war. An menschlich gewinnenden Zügen ist ihnen Gabriel Riesser überlegen, dessen enthusiastische Kaiserrede von 1849 unvergessen blieb. Er hat sich den systematischen Kampf für die Gleichberechtigung der Juden zur Aufgabe gestellt, sie zum Glauben an Deutschland aufgerufen und ihnen das juste milieu politisch vorgelebt und als Standort zugewiesen.

Der Führer der „Fraktion Stahl“ hat durch seine Lehre und sein Wirken in der preußischen Ersten Kammer auf den Verlauf der deutschen Geschichte in der Reaktionszeit und darüber hinaus eingewirkt. Er hat den Konservativen ein neues Gesicht gegeben und ihrer Partei bis in das 20. Jahrhundert hinein Wege vorgezeichnet. Der geborene Jude, der Mitglied des evangelischen Oberkirchenrats wurde, der Bayer, der Preußen nach der Revolution den Glauben an seine Mission zurückgab, hat den jungen, teilweise noch den älteren Bismarck beeinflußt. Er hat in unheilvoller Weise den Graben zwischen Deutschland und Westeuropa vertieft.

In der Reichsgründungszeit erheben sich Lasker, Bamberger, Friedenthal und Sonnemann weit über den Durchschnitt. Sonnemann, ein „Johann ohne Land“, der Führer einer kaum existierenden bürgerlichen Demokratie, kann es mit den drei anderen an parlamentarischer Bedeutung nicht aufnehmen. Er gehört aber in diese Gruppe wegen der Kombination seines von ihm kühn und eindrucksvoll in politischer Einsamkeit wahrgenommenen Mandats mit der Leitung der von ihm geschaffenen und gelenkten „*Frankfurter Zeitung*“, des führenden Blatts der deutschen Intelligenz. Unvergleichlich groß aber und nie wieder erreicht war die Wirkung von Laskers und Bambergers parlamentarischer Arbeit. Lasker hat im Kampf um die Reichseinheit und den freiheitlichen Ausbau der staatlichen Institutionen in Bennigsens sonst viel stärker kompromißbereiter Partei in vorderster Linie gestanden. Die Bewahrung des Rechtsstaats war ihm das wichtigste Anliegen. Er beherrschte in den durch das Wesen des scheinverfassungsmäßigen Staates gezogenen Grenzen den Reichstag und mehr noch das Preussische Abgeordnetenhaus. Wie er, der populärste Parlamentarier jener Jahre, die Verbindung mit den Fortschrittlichen stets aufrechtzuerhalten bestrebt war, so hat sich der vierte der Gruppe, der Freikonservative Friedenthal, bemüht, mit den Nationalliberalen in ständiger Fühlung zu bleiben. Als sich die Möglichkeit des Übergangs zu einem parlamentarischen Regime abzuzeichnen schien, verfochten Lasker und Friedenthal diese Alternative zu Bismarcks auf autoritäre Gestaltung hinzielender Politik am konsequentesten. Sie wurden daher die bevorzugten Objekte der persönlichen und politischen Angriffe des Kanzlers und verloren ihre Macht, Friedenthal dazu Amt und Mandat, als Bismarck das Steuer zur Rechten herumwarf.

Lasker war führend in dem Ringen mit Bismarck um verfassungsrechtliche Konzessionen an die Liberalen und bei der Justizgesetzgebung, Bamberger bei der Währungs- und Bankpolitik, später aber auch im Kampf gegen die Sozialpolitik, in dem er die Linksliberalen auf Irrwege führte und schließlich isolierte. Friedenthal trat in den Vordergrund bei der preußischen Verwaltungsreform und als fachkundiger Landwirtschaftsminister. Bezeichnend ist die Konzentration auf das Gebiet der Rechtspflege, für das die jüdischen Amts- und Mandatsträger infolge der rechtlichen Schulung langer Ahnenreihen prädestiniert waren. Die Rechtsvereinheitlichung und gemäßigte Liberalisierung der Institutionen wurde von einem jüdischen Staatssekretär des Reichsjustizamts, Heinrich Friedberg, vorbereitet und vertreten, unter Führung eines jüdischen Parlamentariers, Eduard Lasker, durch das Parlament geschleust und von Eduard Simson als erstem Präsidenten des Reichsgerichts repräsentiert. Als Jurist überragte sie alle Levin Goldschmidt. Er hat die Grundlagen des deutschen Handelsrechts gelegt und fünf Jahre als Richter am neugeschaffenen Bundesoberhandelsgericht an der Rechtsfindung entscheidend teilgenommen, auch der Vereinheitlichung des Bürgerlichen Rechts entscheidungsfreudig vorgearbeitet.

In der wilhelminischen Zeit stiegen zwei getaufte Juden, Robert Friedberg und Eugen Schiffer, zu leitenden Stellen in der nationalliberalen Partei auf, die, nach ihrer Spaltung empfindlich geschwächt, zu einem Bestandteil der bürgerlichen Rechten geworden war. Beide waren talentierte, kenntnisreiche und gewandte Führer ihrer Fraktion im Abgeordnetenhaus. Innen- und sozialpolitischen Fortschritten warfen sie sich entgegen, außenpolitisch war Friedberg kaum weniger nationalistisch verblendet als Bassermann und Stresemann, die Führer der Reichstagsfraktion, während der überlegtere Schiffer nach seinem Einzug in den Reichstag manches hinzulernte. Beide sahen im Kriege die Folgen der Politik, die sie hatten vorbereiten helfen, zwar früher ein, als die meisten ihrer Parteigenossen, aber zu spät, als daß ihre Erkenntnisse noch Früchte hätten zeitigen können.

Wie unter den Liberalen der Reichsgründungszeit, befanden sich in der Periode des Ausgangs des Bismarckschen Staatswesens unter den Sozialdemokraten vier Figuren von historischer Bedeutung: Singer und Haase, Bernstein und Frank. Von 1890 bis 1916 war einer der beiden Parteivorsitzenden, bereits seit 1885 einer der Vorsitzenden der Reichstagsfraktion ein Jude: Singer bis zu seinem Tode im Jahre 1911, danach Haase bis zu seinem Ausscheiden aus der Fraktion und zur Gründung der USPD, deren Führer er wurde. Beide vertraten die offizielle Parteilinie, mit einer stärkeren Tendenz zur Linken als August Bebel, der überragende Führer, der mit ihnen im Grundsätzlichen übereinstimmte, aber mehr auf Ausgleich bedacht war. Singer war ein Parlamentarier von hohem Rang und wies der Partei kommunalpolitisch ihren Weg. Mit einem nüchtern praktischen Verstand verband er tiefe Einsicht in die Bedeutung von parlamentarischer Ordnung und Verfahrensfragen und

großes und allgemein anerkanntes Geschick in ihrer Handhabung. Haases Bedeutung beruht darauf, daß er während des Krieges der tonangebende Sprecher der kleinen Minderheit im deutschen Volke war, die, ohne die Pflicht zur Landesverteidigung zu verneinen, Imperialismus, Annexionen und brutale, völkerrechtswidrige Kriegführung und Okkupationspolitik, unbeirrt durch vorübergehende militärische Erfolge, furchtlos und kompromißlos verurteilte. Auch war Haase führend in dem unerbittlichen Kampf gegen die Vergewaltigung der Völker Osteuropas, die den Grund zu der tiefen Verfeindung Deutschlands und Rußlands im 20. Jahrhundert gelegt hat. Sein ethisch-humanitär geprägter Sozialismus, der seinen Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierungen des In- und Auslandes kennzeichnete, sollte das Gewissen und den Verständigungs- und Friedenswillen des deutschen Volkes und der anderen Völker aufrütteln. Das ist Haase zu seinem Schmerze nicht gelungen. Sein Wollen jedoch blieb, ungeachtet aller Enttäuschungen, diesem Ziel stets zugewandt. Es stand im Einklang mit dem, was der Historiker Eugen Täubler einmal als charakteristisch für das Judentum bezeichnete: Sein „Ideal der Endzeit“, seine „alle Wirklichkeit überspannenden Hoffnungen auf die Gestaltung einer friedlichen Welt“²¹.

Der der Sozialdemokratie in der Kaiserzeit eigentümliche immobile und theoretische Radikalismus war das Gegenstück zu der Starre des Bismarckschen Staatswesens und dadurch bedingt. Er war mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zum Untergang bestimmt. Unter jenen, die den Übergang zu neuen Formen und Inhalten sozialdemokratischer Politik vorbereitet und der Arbeiterbewegung eine die demokratischen Gedanken der westlichen Welt weiterführende sozialistische Alternative zum Kommunismus geboten haben, ragen Bernstein und Frank hervor. Bernstein sprengte den Rahmen der überkommenen marxistischen Doktrin. Er war bestrebt, die Gehirne von versteinerten Vorstellungen zu befreien und mit einem neuen Idealismus zu erfüllen, der politische Gegenwartsarbeit als Voraussetzung einer künftigen sozialistischen Gesellschaft beseelen sollte; er warb um Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, sich in Freiheit für den Weg der Vernunft zu entscheiden. Frank, nicht interessiert an theoretischen Fragen, schwang sich jung zum politischen Führer des Reformismus auf. Als der staatsmännisch begabteste jüdische Parlamentarier der Sozialdemokratie in der wilhelminischen Zeit kommt er Lasker, Bamberger und Friedenthal gleich, wenn er auch unter den im Kaiserreich vorwaltenden Umständen seine Talente nicht voll entfalten, bleibende Erfolge nicht erringen konnte. Aber er setzte den Reichtum seiner Ideen und seine Tatfreudigkeit für ein sozialistisch geprägtes demokratisches Deutschland in einer freien europäischen Staatenwelt ein und erschloß neue Wege in die Zukunft. Er sollte sie nicht mehr sehen. Niemand wäre grausamer als dieser glühende Idealist durch die Abkehr der Mehrheit des deutschen Volkes von diesen Wegen getroffen worden.

²¹ *Mommsen, Judäa und die Juden*, S. 86.

An anderer Stelle dieser Schlußbetrachtung ist aufgeführt worden, daß einem fast völligen Vakuum in der Exekutive und in den höchsten Stellen der Verwaltung und Justiz eine stärkere Beteiligung der Juden am parlamentarischen Leben gegenüberstand. Diese Feststellung bedarf jedoch einer wichtigen Ergänzung: es gab Zeiten, in denen sämtliche Parteien außer der Sozialdemokratie Juden von der Bewerbung um ein Mandat ausschlossen, also ihrerseits ein Vakuum schufen.

In der Lage der Juden in Regierung und leitenden Posten der Verwaltung und Justiz hat sich in dem halben Jahrhundert, in dem sie in diese Stellen übernommen wurden, wenig verändert. Die Personalpolitik verlief in eingefahrenen Geleisen. Sie reflektiert das Bild eines auf den wichtigsten Gebieten unbeweglichen obrigkeitsstaatlichen Antisemitismus, mit Liberalisierungstendenzen in der Justiz und in technischen Verwaltungen und mit Verhärtungserscheinungen vor allem im Offizierkorps, in den Fakultäten der Universitäten und im höheren Schulwesen der meisten Staaten.

Im Gegensatz dazu verläuft die Mitwirkung der Juden in den Parlamenten in Wellenlinien. In Augenblicken starken nationalen Aufschwunges, wie in der Revolution von 1848 und in der Reichsgründungszeit, werden Juden als Glieder des deutschen Volkskörpers empfunden, erscheinen sie in den parlamentarischen Vertretungen. Beide Male folgt ein Rückschlag. Nach der Revolution verschwinden in der Reaktionszeit die meisten Liberalen und mit ihnen die liberalen jüdischen Abgeordneten aus den Parlamenten so gut wie völlig. Knapp ein Jahrzehnt nach der Reichsgründung breitet sich bis über die Jahrhundertwende hinaus, durch Wirtschaftskrisen gefördert, die antisemitische Bewegung aus, der das Parteiprogramm der Konservativen Rechnung trägt und die in die liberalen Parteien teilweise eindringt und sie zum anderen Teil aus Furcht vor Wahniederlagen vor der Aufstellung jüdischer Kandidaten zurückschrecken läßt. Die Zusammensetzung der liberalen Fraktionen der Parlamente ist dadurch seit den achtziger Jahren bedingt: die Zahl der Juden in ihnen schrumpft rapide zusammen und geht zeitweise auf den Nullpunkt zurück.

Nach dem Abflauen der von Stoecker und Ahlwardt entfesselten Bewegungen werden zum dritten Mal, zaghaft für den Reichstag, weniger bedenklich für das preußische Abgeordnetenhaus im neuen Jahrhundert Juden von den Liberalen als Kandidaten präsentiert und durchgesetzt. Von diesem Auf und Ab bleibt die sozialdemokratische Partei unberührt. Sie stellt, ohne je zu schwanken, auch jüdische Kandidaten zu den Parlamenten auf, selbst in besonders antisemitischen Gebieten des Reichs und zur Zeit der Höhepunkte des politischen Antisemitismus. So zählen, nachdem der Antisemitismus weniger virulent geworden ist, der 1912 nach dem gleichen Wahlrecht gewählte Reichstag und das 1913 nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählte preußische Abgeordnetenhaus, die beiden Kriegsparlamente, mehr jüdische Mitglieder als ihre Vorgänger: achtzehn unter 397 saßen im Reichstag, davon zwölf bei den

Sozialdemokraten, fünfzehn unter 443 im Abgeordnetenhaus, davon vier Nationalliberale und neun Fortschrittler. Die Arbeiterschaft, in ihrer Masse vertreten durch die Sozialdemokratie, erweist sich erneut als immun gegen den Antisemitismus. Das Großbürgertum, von dessen Stimmabgabe die Wahl zum Dreiklassenparlament in den Städten weitgehend abhängt, zeigt sich weniger anfällig für ihn als Großgrundbesitz, Offizierkorps und Bürokratie, die Stützen der Konservativen, und das Kleinbürgertum, dessen Antisemitismus sich auf der Rechten unmittelbar auswirkt und mittelbar die Wahlgremien der bürgerlichen Linken bei der Auswahl der Kandidaten beeinflusst. Dies erklärt auch das Verschwinden jüdischer Abgeordneter aus der liberalen Fraktion des nach dem gleichen Wahlrecht gewählten, vom Kleinbürgertum beherrschten bayerischen Landtags in den letzten zwanzig Jahren der Monarchie.

Im Einklang mit diesen Entwicklungen sowie mit dem Niedergang des Liberalismus und dem Aufstieg der Sozialdemokratie haben sich auf der Rechten der Parlamente nur wenige und mit Ausnahme Rothschilds durchweg getaufte Juden befunden. Die Reichstagsfraktion der Nationalliberalen zählte in dem Jahrzehnt der Reichsgründung 5 % jüdische Mitglieder, während sie sodann bis zum Ende des Kaiserreichs Juden kaum in ihren Reihen hatte. Nach der Spaltung dieser Partei befanden sich einige Jahre hindurch 6 % jüdischer Abgeordneter unter den Linksliberalen, deren Fraktionen dann seit 1893 fast zwanzig Jahre lang nur wenige und nur getaufte jüdische Abgeordnete zählten. In der wachsenden sozialdemokratischen Fraktion steigt die absolute Zahl der jüdischen Abgeordneten; sie verharret auf dem Anteilsatz von etwa 10 %.

Bei Ausbruch des Krieges war von neuem die in der Revolution von 1848 und in der Periode der Reichsgründung festgestellte Erscheinung zu beobachten. Eine Liberalisierung macht sich bei der Besetzung der Offiziersstellen und bei der Öffnung neuer Positionen in der Justiz bemerkbar. Ein Gemeinschaftsgefühl, das die Juden einschließt, erfaßt das Volk. Bald jedoch erfolgt zum dritten Mal der Rückschlag. Mit der Länge des Krieges, militärischen Mißerfolgen und wachsender wirtschaftlicher Not verschwindet die Hochstimmung. Der demagogische Antisemitismus erhebt sich leidenschaftlicher als zuvor. Er beherrscht die neugegründete Vaterlandspartei, wirkt sich bis in die bürgerliche Linke und in einige Gewerkschaftskreise hinein aus und dringt in das Heer ein. Ein Führer der neuen Partei verkündet, der Reichstag sei aus Judenwahlen hervorgegangen²². Wieder bleiben Regierung und Verwaltung ein stabileres Element, sowohl in der deutlichen Begrenzung der Liberalisierungstendenzen im Anfang, als auch in der Aufrechterhaltung der eingefahrenen Politik im Verlauf des Krieges. Jedoch wird zum ersten Mal ein Regierungs- und Verwaltungsorgan, das preußische Kriegsministerium, vom Strudel der extrem antisemitischen Strömungen mitgerissen. Als die Nieder-

²² S. oben S. 116.

lage Deutschlands alle Illusionen ertötet hatte und die Revolution ausbrach, verschwand zwar der dem Obrigkeitsstaat eigene Charakter des Antisemitismus mit jenem Staate selbst und schienen die angeschwollenen antisemitischen Strömungen im Volke zurückgedrängt. Jedoch der Schock, den das Versagen der Führung des monarchischen Deutschlands und der Zusammenbruch des Kaiserreichs verursachten, wurde in kurzer Zeit überwunden. Der vierte Rückschlag in siebenzig Jahren deutscher Geschichte erfolgte blitzartig und unter dem Hervorbrechen tiefgehender Leidenschaften. Die Geschlagenen der Revolution und ihr traditionelles Gefolge fachten von neuem die Flamme des Antisemitismus an, der in den letzten zwei Kriegsjahren zu einem gefährlichen Potential angestiegen war. Die Schöpfer und Träger der jungen Weimarer Republik hatten sich von ihrem Beginn an in ihrer Personalpolitik und im parlamentarischen, sowie im gesamten politischen Leben mit ihm unter den schwierigen Umständen auseinanderzusetzen.

Während die Juden ihren Platz in der Wirtschaft und den freien Berufen fanden und in ihnen eine ungewöhnliche Stellung errangen, sind sie bei der Geltendmachung ihres Rechts auf Gleichstellung im öffentlichen Dienst auf starke, oft unüberwindliche Widerstände gestoßen. Die Regierungen hielten sie von ihm auf vielen Gebieten völlig fern, auf anderen hemmten sie ihren Aufstieg. Zahlreiche Deutsche, die sich zur Förderung ihrer privaten Interessen jüdischer Anwälte, zum Schutz ihrer Gesundheit jüdischer Ärzte, zur Verwaltung ihres Vermögens jüdischer Bankhäuser, zu ihrer Weiterbildung und Unterrichtung der Schriften jüdischer Autoren bedienten, lehnten es ab, Juden staatliche Ämter und parlamentarische Mandate anzuvertrauen. Diese Stimmung durchzieht die Zeit der Monarchie und der Weimarer Republik. Der Nationalsozialismus fand sie vor. Folgerichtig begann er die Politik, durch die er die Emanzipation rückgängig machte, mit dem Ausschluß der Juden aus dem Beamten- und Richterstande. Die Tübinger Landgerichtsdirektorin Hedwig Maier schrieb 1966, daß die nationalsozialistische Bewegung im deutschen Volke tief verwurzelt war, eine zutreffende, wenn auch in Deutschland seltene Feststellung²³. Die Aversion gegen das Erscheinen von Juden im öffentlichen Dienst und im Parlament lange vor der nationalsozialistischen Zeit ist ein Reflex jener Empfindungen, von denen die deutsche Richterin spricht.

Es fehlte nicht an führenden Politikern, die ihrem Widerwillen gegen den Antisemitismus kraftvoll Ausdruck verliehen. Die Reden Bebels für die Sozialdemokratie, Eugen Richters für die Freisinnigen, Hobrechts für die Nationalliberalen und Windthorsts für das Zentrum werden als Dokumente des

²³ Maier, S. 315. Der Passus lautet: „Ein den gesamten Machtapparat beherrschender Diktator wie Hitler und eine – darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben – trotz mancher Kritik im Volke so tief verwurzelte Bewegung wie der Nationalsozialismus waren auf legalem Wege nicht zu beseitigen.“

Willens zur Gerechtigkeit stets in Erinnerung bleiben. Aber Hobrecht und Windthorst sprachen nicht im Namen der Mehrheit ihrer Fraktionen, die anders dachte, und Eugen Richter unternahm nichts gegen die Praxis, Juden von Kandidaturen für die Freisinnigen auszuschließen, um nicht die Stimmbürger vor die Wahl zwischen einem liberalen Juden und dem christlichen Mitglied einer anderen Partei zu stellen. Auch in den Regierungen fehlte es nicht an vorurteilslosen Persönlichkeiten. Caprivi hat als Reichskanzler manches mutige Wort gesprochen, der preußische Justizminister Beseler und der bayerische Justizminister Freiherr von Leonrod haben sich in ihrer Personalpolitik, soweit ihre Macht reichte, von Recht und Gesetz leiten lassen. Sie waren Ausnahmen. Keiner der zahlreichen Minister, die in der Polemik gegen Sozialdemokraten und Freisinnige so gern brillierten, hat programmatisch, eindringlich, scharf gegen den politischen Antisemitismus Stellung genommen. Levin Goldschmidt hat dies Bismarck vorgehalten. Wie konnte er anderes von einem Kanzler erwarten, der sich gehässig im kleinen Kreise und durch seine Handlanger in der Öffentlichkeit des Antisemitismus als Waffe im Kampf gegen seine politischen Gegner bediente!

Es gab Zeiten, in denen jüdische Parlamentarier Zustimmung, ja Begeisterung bei ihren nichtjüdischen Mitbürgern erweckten. Enthusiastisch lauschten die Männer der Paulskirche Gabriel Riessers bewegenden Worten. Lasker war der volkstümlichste Politiker des Jahrzehnts der Reichsgründung. Die sozialdemokratischen Massen hielten auch ihren jüdischen Führern stets die Treue; bejubelt von den Berliner Arbeitern, trug Singer ihnen dreißig Jahre lang die Fahne voran. Aber wenn man von den in Industriegebieten gewählten Sozialdemokraten absieht, haben auf dem Lande, in der Kleinstadt, in der Mittelstadt seit dem Ende der siebziger Jahre Juden politisch mit seltenen Ausnahmen nicht mehr Fuß fassen können.

Die Wurzeln des Antisemitismus der Hitlerzeit liegen nicht erst in der Weimarer Republik, sondern schon im Kaiserreich. Hier schoß seit Ende des 19. Jahrhunderts der Rasse-Antisemitismus empor. Der alldeutsche Justizrat Claß gab ihm ein Programm, der Abgeordnete Ahlwardt proklamierte ihn lärmend, die Konservativen ließen sich von ihm leiten, wenn sie den faktischen Ausschluß der Juden aus dem Offizierkorps begründeten. Meinecke charakterisierte den Zulauf, den Ahlwardt hatte, sowie die Alldeutschen und die Vaterlandspartei im Kriege als genaues Vorspiel des Aufstiegs Hitlers.

Selbst die vom Antisemitismus weniger erfaßten Schichten des Bürgertums scheuten vor einer Stellungnahme zugunsten der Juden zurück. Auch wenn die schwerste Hetze gegen sie entfacht, die unglaublichsten Vorwürfe erhoben wurden, blieben sie stumm. Sie entschieden sich stets für einen Antisemiten, wenn sie zwischen ihm und einem Gegner links von ihnen die Wahl zu treffen hatten. Bezeichnend war das dumpfe Schweigen, mit dem die Parlamentsmehrheit und die Ministerbank auf die ungeheuerliche Blutbeschuldigung, das Ritualmordmärchen reagierten, die Ängstlichkeit, mit der sie eine

Stellungnahme vermieden. Weil drei Viertel seiner Kollegen sich die größten antisemitischen Anwürfe gleichmütig anhörten, als ob sie dies gar nichts angehe, warf einst Bamberger sein Mandat fort, ließ er sich nicht wieder aufstellen. Im Kampf gegen den Antisemitismus mahnte Theodor Mommsen die Deutschen an die Erfüllung einer politischen Pflicht: „Es liegt jedem Einzelnen ob, zu beweisen, daß wir ein freies Volk sind, fähig, sich selbst und seine Stimmungen zu beherrschen und begangene Fehler zu verbessern.“²⁴ Es wäre einseitig und ungerecht, wollte man lokale und regionale Sonderentwicklungen, wie sie sich in Berlin, Hamburg und Baden zeigten, positive Einstellungen, wie sie sich 1848, in der Reichsgründungszeit und nach der Jahrhundertwende abzeichneten, die Haltung einer nicht unbeträchtlichen Minderheit von Deutschen übersehen. Jedoch beim Überblick über die gesamte behandelte Epoche tut man der Mehrheit des deutschen Volkes kein Unrecht mit dem abschließenden Urteil, daß sie weder gewillt noch fähig war, den von Mommsen verlangten Beweis zu führen. Ihr Verhalten zu dem Erscheinen und Wirken von Juden im öffentlichen Leben war freilich nur *ein* Aspekt dieses politischen Versagens.

²⁴ Mommsen, Auch ein Wort über unser Judentum, S. 418.

QUELENNACHWEISE

I. Behördliche und private Stellen, die besucht wurden oder mit denen eine Korrespondenz geführt wurde

a) Archive und Bibliotheken

(In alphabetischer Reihenfolge der Orte, in denen sie sich befinden)

Geheimes Staatsarchiv, Berlin.
Landesarchiv Berlin.
Bibliothek des Deutschen Bundestags, Bonn.
Universitätsbibliothek, Bonn.
Archiv und Bibliothek des Parteivorstandes der SPD, Bonn.
Stadtarchiv und Stadtbibliothek Braunschweig.
Staatsarchiv Bremen.
Hessisches Staatsarchiv, Darmstadt.
Landes- und Stadtbibliothek Düsseldorf.
Staats- und Universitäts-Bibliothek Frankfurt a. Main.
Stadtarchiv Frankfurt a. Main.
Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg.
Amt für Archiv, Büchereien und Sammlungen der Stadt Karlsruhe.
Badisches Generallandesarchiv, Karlsruhe.
Bundesarchiv, Koblenz.
Archiv der Hansestadt Lübeck.
Stadtarchiv Mainz.
Städtisches Archiv Mannheim.
Landesarchiv Meiningen.
Bayerischer Landtag, Landtagsamt-Archiv, München.
New York Public Library.
Städtische Archivdirektion Nürnberg.
Stadtarchiv Nürnberg.
Landesarchiv Oranienbaum (Anhalt).
Rat der Stadt Sondershausen (Thüringen).
Staatsarchiv Speyer.
Archivdirektion Stuttgart.
Stadtarchiv und Rathausbücherei, Kulturamt der Stadt Stuttgart.
Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel.

b) Institutionen und Organisationen

Berliner Stadtsynodalverband, Berlin-Charlottenburg.
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Bonn.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteivorstand, Bonn.
Institut für Sozialgeschichte, Braunschweig.

Israelitische Gemeinde im Lande Bremen.
 Israelitische Kultusvereinigung Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart.
 Staatliche Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg.
 Stadtverwaltung Mannheim.
 Zentralrat der Juden in Deutschland, Düsseldorf.

II. Einzelpersonen

(In alphabetischer Reihenfolge der Namen)

Dr. Dr. h. c. Fritz Baade, Professor, Kiel.
 Dr. Ludwig Berger (Bamberger), Schlangenbad/Taunus.
 Immanuel Birnbaum, Stellvertretender Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung,
 München.
 Dr. Bernhard Brillung, Oberkustos, Münster/Westfalen.
 Dr. J. W. Brügel, London.
 Dr. Hans M. Cassel, Silver Spring (Md.) USA.
 Dr. Georg Eckert, Professor, Braunschweig.
 Dr. Tilly Edinger, Cambridge (Mass.) USA.
 Frau Eva Ehrenberg, geb. Sommer, London.
 Frau Mary Eichenberg, geb. Waldstein, Woodmere, N. Y.
 Frau Charlotte Elsas, New Rochelle, N. Y.
 Dr. jur. Gotthard Freiherr von Falkenhausen, Essen.
 Dr. jur. Ernst Feder †.
 Frau Elisabeth D. Freund, Philadelphia.
 Dr. med. Hugo Freund, Ministerialdirektor a. D., München.
 Dr. jur. Ernst Friedenthal, Köln.
 Dr. Kurt Friedländer, London.
 Dr. Walter Friedländer, Professor, Oakland, Kalifornien.
 Dr. med. Kurt Glaser, Präsident i. R., Hamburg.
 Dr. Eduard Heimann, Professor †.
 Dr. Walter Heinemann, New York.
 Dr. Fritz Hesse, Oberbürgermeister a. D., München.
 Frau Edith Hirsch, New York.
 Eva N. Hirsch, Los Angeles, Kalifornien.
 Dr. Fritz Hoch, Regierungspräsident a. D., Kassel-Wilhelmshöhe.
 Frau Thea Kahn, Lima-Baranco, Peru.
 Wolfgang Krasenbrink, Mannheim.
 Hans Kühn, Worms.
 Dr. Hans Lamm, München.
 Dr. Richard Lamm, Paris.
 Dr. Hans Liebeschütz, Professor, Liverpool.
 Dr. med. Werner O. Lippmann, Augusta (Maine) USA.
 Frau Margarethe Lothar, geb. Cassel, Berlin.
 Dr. E. G. Lowenthal, Frankfurt a. Main.
 Erich Lüth, Hamburg.
 Dr. Max Hermann Maier, Rolandia (Paraná), Brasilien.
 Dr. Hugo Marx, Landgerichtspräsident a. D., Basel.
 Dr. Erich Matthias, Professor, Marburg.
 Wilhelm Matull, Ministerialrat a. D., Düsseldorf.
 Ernest Milch, New York.
 Dr. Friedrich Milch †.

Dr. Susanne Miller, Bonn.
 Walter M. Mosse, New York.
 Dr. med. Eduard Mühsam, New York.
 Dr. Toni Oelsner, New York.
 Dr. Luise M. Oppenheimer, Pittsburg, USA.
 Dr. Eberhard Pikart, Bonn.
 Dr. Ellinor von Puttkamer, Professor, Bonn.
 Frau Lydia Radbruch, Heidelberg.
 Dr. Hans Reichmann †.
 Dr. Hanns Günther Reissner, New York.
 Dr. George Rosenow, Professor, New York.
 Dr. Erna Scheffler, Bundesverfassungsrichterin a. D., Karlsruhe.
 Dr. Rudolf Schindler, New York.
 Gerd Schmückle, Oberst, Bonn.
 Lambert Schneider, Heidelberg.
 Bruno Schönlank jr. †.
 Dr. Eleonore Sterling, Frankfurt a. Main.
 Jakob Trumpfheller, Bürgermeister i. R., Mannheim.
 Hedwig Wachenheim, New York.
 Dr. Henry Waldstein, Frankfurt a. Main.
 Dr. Karl Otto Watzinger, Stadtsyndikus, Mannheim.
 Berthold Wolf, Rechtsbeistand, Ulm/Donau.
 Hermann Zwi Wollach, Stuttgart.
 Dr. Maria Zelzer, Stuttgart.

III. Zeitungen, Zeitschriften und andere periodische Veröffentlichungen

(In alphabetischer Reihenfolge)

Welche Jahrgänge benutzt worden sind, ergibt sich aus Teil IV.

Allgemeine Deutsche Biographie. Leipzig.
 Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland. Düsseldorf (umbenannt in:
 Allgemeine unabhängige jüdische Wochenzeitung).
 Allgemeine Zeitung des Judentums. Leipzig, ab 1890 Berlin.
 Annales des sciences politiques. Paris.
 Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hrsg. Carl
 Grünberg.
 Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. Hrsg. Heinrich Braun. Berlin.
 Archiv für Sozialgeschichte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, Hannover.
 Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Berlin, Tübingen, Leipzig.
 Berliner Stimme. Berlin.
 Berliner Tageblatt. Berlin.
 Braunschweigisches Magazin. Braunschweig.
 Bulletin des Leo Baeck Instituts. Tel-Aviv.
 C. V. Zeitung. Berlin.
 Deutsche Juristen-Zeitung. Berlin.
 Deutsche Revue. Leipzig.
 Forschungen zur Judenfrage. Hamburg.
 Frankfurter Jahrbuch. Frankfurt a. Main.
 Frankfurter Zeitung. Frankfurt a. Main.
 Fränkische Tagespost. Nürnberg.

- Fränkischer Kurier. Nürnberg.
 Das Freie Wort. Berlin.
 Der Gemeindebote. Beilage zur Allgemeinen Zeitung des Judentums. Berlin.
 Die Gesellschaft. Berlin.
 Die Glocke. Berlin.
 Hamburgischer Korrespondent. Hamburg.
 Handbuch des Landtags des Volksstaats Hessen. I.–III. Landtag 1919–1927. Darmstadt 1926.
 Handbuch des Preußischen Abgeordnetenhauses. Berlin.
 Handbuch für das Preußische Herrenhaus. Berlin 1911.
 Handbuch für den Preußischen Landtag. Berlin.
 Handbuch der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung 1919. Berlin 1919.
 Historia Judaica. New York.
 Historische Zeitschrift. München.
 Im Deutschen Reich. Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (ab 1922 C. V.-Zeitung). Berlin.
 Der Israelit. Mainz.
 Israelitisches Familien-Blatt. Hamburg.
 Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. Würzburg.
 Jahrbuch für Amerikastudien. Heidelberg.
 Jahrbuch für die Geschichte der Juden und des Judentums. Leipzig.
 Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur. Berlin.
 Jewish Chronicle. London.
 Jewish Social Studies. New York.
 Der Jude. Berlin und Wien.
 Jüdische Rundschau. Berlin.
 Jüdisches Gemeindeblatt für Anhalt. Dessau.
 Die Justiz. Berlin.
 Der Kampf. Wien.
 Königsberger Hartungsche Zeitung. Königsberg i. Pr.
 Kürschners Deutscher Reichstag.
 Leipziger Volkszeitung. Leipzig.
 Mannheimer Hefte. Mannheim.
 Der Monat. Berlin.
 Der Morgen. Berlin.
 Die Nation. Berlin.
 Neue Deutsche Biographie. Berlin.
 Neue Jüdische Monatshefte. Berlin.
 Neue Osterreichische Biographie. Wien.
 Die Neue Zeit. Stuttgart.
 Der Orient. Leipzig.
 Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote. Düsseldorf.
 Preußische Jahrbücher. Berlin.
 Reichstags-Handbuch. Berlin.
 Schriften der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge. Berlin.
 Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. München.
 Schwäbischer Merkur. Stuttgart.
 Siegener Volkszeitung. Siegen.
 De Socialistische Gids. Amsterdam.
 Sozialistische Monatshefte. Berlin.

Süddeutsche Monatshefte. Sonderheft: Ostjuden. München 1916.
 Unsere Zeit. Leipzig.
 Velhagen und Klasings Monatshefte. Leipzig u. Bielefeld.
 Veröffentlichungen des Büros für Statistik der Juden in Deutschland. Berlin.
 Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart.
 Der Vorwärts. Berlin.
 Wormser Zeitung. Worms.
 Yearbook of the Leo Baeck Institute. London.
 Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. Berlin.
 Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland. Berlin.
 Zeitschrift für Politik. Berlin.
 Die Zukunft. Berlin.

IV. Bücher und Aufsätze

(Untertitel der Bücher sind nicht angegeben)

- Adam, R.*, „Johann Jacobys politischer Werdegang“, *Hist. Ztsch.* 143. 1931.
Adler, H. G., Die Juden in Deutschland. Von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus. München 1960.
Adler, Victor, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler. Wien 1954.
 –, –, Victor Adler, Der Parteimann. 9. Heft der Aufsätze, Reden und Briefe von Victor Adler. Um Krieg und Frieden. Wien 1929.
Adler-Rudel, S., Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Schriftenreihe wissenschaftl. Abhandlungen des LBI, 1. Tübingen 1959.
Andreas, Willy, „Gespräche Bismarcks mit dem badischen Finanzminister Moritz Ellstätter“. *Zeitschr. für die Geschichte des Oberrheins*. N. F. 43. Karlsruhe i. B. 1930.
Arendt, Otto, Das goldene Zeitalter Ludwig Bambergers. Berlin 1893.
 –, –, Leitfaden der Währungsfrage. 8. Aufl. Berlin 1893.
 –, –, „Das Ende des Währungsstreits“. Festgaben für Wilhelm Lexis zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages. Jena 1907.
Armin, Otto, Die Juden im Heere. Leipzig 1921.
Asch, Adolph und Philippson, Johanna, „Self-Defence at the Turn of the Century. The Emergence of the K. C.“. *Yearbook LBI III*. London 1958.
Bachem, Julius, Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers. Köln 1913.
Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. 9 Bde. Köln 1927–1932.
Bahr, Hermann, Der Antisemitismus. Berlin 1894.
Balabanoff, Angelica, Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927.
Balser, Frolinde, Sozialdemokratie 1848/49–1863. 2 Bde. Stuttgart 1962.
Bamberger, Ludwig, Ausgewählte Reden und Aufsätze über Geld- und Bankwesen. Hrsg. Karl Helfferich. Leipzig 1900.
 –, –, Monsieur de Bismarck. Paris 1868. (Deutsche Übersetzung: Herr von Bismarck. Breslau 1868.)
 –, –, Bismarck Posthumus. Berlin 1899.
 –, –, Deutschland und der Sozialismus. Leipzig 1878.
 –, –, Deutschtum und Judentum. Leipzig 1880.
 –, –, Erinnerungen. Hrsg. Paul Nathan. Berlin 1899.
 –, –, „Die Französelei am Rhein, wie sie kam, und wie sie ging (1790 bis heute)“. Demokratische Studien. Hrsg. Ludwig Walesrode. Bd. 2. Hamburg 1861.

- , –, „Eduard Lasker“. Gesammelte Schriften. Bd. 2. Berlin 1894.
- , –, Pessimistisches. Berlin 1888.
- , –, Wandlungen und Wanderungen in der Sozialpolitik. Berlin 1898.
- , –, *Barth, Theodor, Brömel, Max*, Gegen den Staatssozialismus. Berlin 1884.
- Baron, Salo*, Die Judenfrage auf dem Wiener Kongreß. Berlin, Wien 1920.
- Barth, Hans*, Der konservative Gedanke. Stuttgart 1958.
- Baumbach, Karl*, Eduard Lasker. Seine Biographie und letzte öffentliche Rede. Ferner drei Gedenkblätter von Heinrich Rickert, Albert Hänel, Rudolf Gneist und Nekrolog. Stuttgart 1884.
- Baumgart, Winfried*, Deutsche Ostpolitik 1918. Wien und München 1966.
- Bebel, August*, Aus meinem Leben. 2. Aufl. 3 Bde. Stuttgart 1911–1920.
- , –, Sozialdemokratie und Antisemitismus. Rede auf dem Sozialdemokratischen Parteitage in Berlin. Berlin 1906.
- , –, Die sozialdemokratischen Wahlaufrufe für die Reichstagswahlen 1881, 1884, 1887, Berlin 1908.
- Behrens, Karl Christian* (Hrsg.), Der Handel heute. In Memoriam Julius Hirsch, Tübingen 1962.
- Bergsträsser, Ludwig*, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 10. Aufl. München 1960.
- Bernstein, Eduard*, Die Arbeiterbewegung. Frankfurt a. Main. 1910.
- , –, Die Aufgaben der Juden im Weltkrieg. Berlin 1917.
- , –, „Eduard Bernstein, Entwicklungsgang eines Sozialisten“. Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart. Hrsg. Felix Meiner. Leipzig 1924.
- , –, Die Deutsche Revolution. Berlin-Fichtenau 1921.
- , –, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. 3 Bde. Berlin 1907–1910.
- , –, Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg. Tübingen 1915.
- , –, Aus den Jahren meines Exils. Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin 1918.
- , –, „Wie ich als Jude in der Diaspora aufwuchs“. Der Jude. Berlin und Wien 1917.
- , –, „Kaiserhoch und Verwandtes“. S. M. Berlin 1912.
- , –, Ferdinand Lassalle. Berlin 1919.
- , –, „Zu meiner Programmschrift“. S. M. 1933.
- , –, Von der Sekte zur Partei. Jena 1911.
- , –, Sozialdemokratische Völkerpolitik. Leipzig 1917.
- , –, Der Sozialismus und die Kolonialfrage. S. M. 1900.
- , –, „Der Stein ist im Rollen – Wohin?“ S. M. 1909.
- , –, Von 1850 bis 1872. Kindheit und Jugendjahre. Berlin 1926.
- , –, Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus. 4. Aufl. Berlin 1904.
- , –, Völkerbund oder Staatenbund. 2. Aufl. Berlin 1919.
- , –, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. 3. Aufl. Berlin 1923.
- Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog. VII. Berlin 1902.
- Birnbaum, Karl E.*, Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States April 18, 1916 – January 9, 1917. Stockholm 1958.
- Bismarck, Herbert, Fürst von* (Hrsg.), Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Stuttgart 1900.
- Bismarck, Otto, Fürst von*, Gedanken und Erinnerungen. 3 Bde. Stuttgart und Berlin 1915–1919.
- Bismarck, Otto von*, Die gesammelten Werke. Hrsg. Wolfgang Windelband. 15 Bde. Berlin 1923–1933. Bd. 14. Briefe. Hrsg. W. Windelband und Werner Frauendienst. Berlin 1933.

- Bittel, Karl*, Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 151. München, Leipzig 1915.
- Blank, R.*, „Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands“. Archiv für Soz. Wiss. 20 (1904). Tübingen 1905.
- Block, Hermann*, Die parlamentarische Krisis in der nationalliberalen Partei 1879 bis 1880. Universitätsarchiv. Hist. Abt. Münster 1930.
- Blumenberg, Werner*, Kämpfer für die Freiheit. Berlin, Hannover 1959.
- Blumenfeld, Kurt*, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus. Stuttgart 1962.
- Blumenthal-Weiß, Ilse*, „Die Memoiren-Sammlung des Leo Baeck Instituts.“ Tribüne. Frankfurt a. Main 1964.
- Boehlich, Walter* (Hrsg.), Der Berliner Antisemitismusstreit. Frankfurt a. Main 1965.
- Börne, Ludwig*, Sämtliche Schriften. 3 Bde. Neubearbeitet und hrsg. von Inge und Peter Rippmann. Düsseldorf 1964.
- Böttcher, Helmuth M.*, Walther Rathenau. Bonn 1958.
- Bonn, Moritz Julius*, So macht man Geschichte. München 1953.
- Bothe, Friedrich*, Geschichte der Stadt Frankfurt am Main. 2. Aufl. Frankfurt a. Main 1923.
- Boutmy, Emile*, „La Déclaration des droits de l'Homme et du Citoyen et M. Jellinek“. Annales des sciences politiques. Paris, Juli 1902.
- Bracher, Karl Dietrich*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart und Düsseldorf 1955.
- Braun, Adolf*, „Die Reichstagswahlen von 1898 und 1903“. Archiv für soz. Ges. Hrsg. Heinrich Braun. Berlin 1903.
- Braun, M.* (Hrsg.), „David Honigmanns Aufzeichnungen aus seinen Studienjahren“. J. J. G. L. VII 1904.
- Braun-Vogelstein, Julie*, Ein Menschenleben. Heinrich Braun und sein Schicksal. Berlin 1932. Neu bearbeitet von derselben Autorin: Heinrich Braun. Ein Leben für den Sozialismus. Stuttgart 1967.
- , –, Was niemals stirbt. Veröffentlichung des LBI. Stuttgart 1966.
- Braunthal, Julius*, Geschichte der Internationale. 2 Bde. Hannover 1961.
- Brentano, Lujo*, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena 1931.
- , –, Die „wissenschaftliche“ Leistung des Herrn Ludwig Bamberger. Leipzig 1873.
- Breslauer, Bernhard*, Die Abwanderung der Juden aus der Provinz Posen. Denkschrift des Verbandes der Deutschen Juden. Berlin 1909.
- , –, Die Zurücksetzung der Juden im Justizdienst. AZJ 1907.
- Buber, Martin*, „Moses Heß“. J. S. St. VII. New York 1945.
- Bülow, Bernhard Fürst von*, Denkwürdigkeiten, 4 Bde. Berlin 1930–1931.
- Die bürgerliche Gleichstellung der Juden in Preußen. Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten vom 24.–27. April 1860 und vom 10. Mai 1860. Berlin 1860.
- Burg, Meno*, Geschichte meines Dienstlebens. Vorrede von Ludwig Geiger. Leipzig 1916.
- Busch, Moritz*, Tagebuchblätter. 3 Bde. Leipzig 1899.
- Cahn, Wilhelm*, Aus Eduard Laskers Nachlaß. Berlin 1902.
- Carlebach, S.*, Geschichte der Juden in Lübeck und Moisling. Lübeck 1898.
- Cassau, Theodor*, Die Gewerkschaftsbewegung. Halberstadt 1925.
- Cassel, Paulus*, Die Juden in der Weltgeschichte. Berlin 1880.
- , –, Wider Heinrich von Treitschke. Für die Juden. Berlin 1880.
- Claß, Heinrich* (Pseudonym: Frymann, Daniel), Wenn ich der Kaiser wär'. Leipzig 1914.
- , –, Wider den Strom. Leipzig 1932.

- Cohen-Reuß, Max*, „Imperialistische Randbemerkungen“. Die Glocke. Berlin 1915.
- , –, „Die Notwendigkeit produktiver Kolonialpolitik“. S. M. 1918.
- , –, Die politische Bedeutung des Zionismus. 1. Heft der Schriften des Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung. Berlin 1918.
- , –, Das Volk und der Krieg. Berlin 1917.
- , –, „Zur Wiederkehr des 4. August“. S. M. 1916.
- Cohn, Gustav*, Über die Bedeutung der Nationalökonomie und ihre Stellung im Kreise der Wissenschaft. Berlin 1869.
- , –, Was ist Sozialismus? Berlin 1878.
- , –, Die deutsche Frauenbewegung. Berlin 1896.
- , –, The Science of Finance. Translated by T. B. Veblen. Chicago 1895.
- Cohn, Haim H.*, „Joseph Carlebach“. Yearbook V LBI. London 1960.
- Cohn, Tobias*, „Deutsche Volksvertreter jüdischen Bekenntnisses. Eduard Lasker“, IDR 1897.
- , –, „Eduard Lasker“. Jahrbuch für die Geschichte der Juden und des Judentums IV. Leipzig 1869.
- Curtius, Friedrich* (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingfürst. 2 Bde. Stuttgart, Leipzig 1907.
- Curtius, Lorenz*, Der politische Antisemitismus von 1907–1911. München 1911.
- Dahlmann, Friedrich Christoph*, „Sieben Worte der Verfassung“. Preußische Jahrbücher 1863.
- [*David, Eduard*], Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 1. Reihe. Bd. 4. Düsseldorf 1966.
- Delbrück, Clemens von*, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Aus dem Nachlaß hrsg., eingeleitet und ergänzt von Joachim von Delbrück. München 1924.
- Demeter, Karl*. Das deutsche Offizierskorps in seinen historisch-soziologischen Grundlagen. Berlin 1930.
- Detmold, Johann Hermann*, Taten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur konstituierenden Nationalversammlung. Berlin (Ost) 1961.
- Deutscher Parlaments-Almanach. 1878.
- Deutschland Heute. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 5. Aufl. Wiesbaden 1959.
- Dierks, Margarete*, Die preußischen Altkonservativen und die Judenfrage 1810–1847. Rostock 1939.
- Dill, Richard W.*, Der Parlamentarier Eduard Lasker und die parlamentarische Stilentwicklung der Jahre 1867–1884. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des politischen Stils in Deutschland. Diss. Erlangen. Nürnberg 1956.
- Döllinger, Ignaz von*, Die Juden in Europa. Rede, gehalten in der Festsitzung der Münchener Akademie am 25. 7. 1881. Berlin 1924.
- Dokumentation über die Verfolgungen der jüdischen Bürger von Ulm (Donau). Hrsg. im Auftrag der Stadt Ulm. Ulm 1961.
- Donath, L.*, Geschichte der Juden in Mecklenburg von den ältesten Zeiten (1266) bis auf die Gegenwart (1874). Leipzig 1874.
- Dorpalen, Andreas*, Heinrich von Treitschke. New York 1957.
- Dubnow, Simon*, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes. 3 Bde. Berlin 1920–1923.
- Dukas, Rosa*, Die Motive der preußischen Judenemanzipation von 1812. Berlin 1916.
- Ebeling, Hans*, „Der Kampf der Frankfurter Zeitung gegen Ferdinand Lassalle und die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei“. Beihefte zum Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Heft 4. Leipzig 1931.

- Eberty, Gustav*. Das Gefängniswesen in seinem Zusammenhang mit der Entwicklung der Strafrechtspflege überhaupt dargestellt. Dresden 1853.
- Eckermann, Johann Peter*, Gespräche mit Goethe. Leipzig 1913.
- Eckert, Georg*. Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung (1850–1855) in der Sicht der Polizei- und Verwaltungsakten. Braunschweigisches Jahrbuch 38. Braunschweig 1957.
- , –, Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. 1. Teil (1878–1884). Braunschweig 1961.
- , –, „Samuel Spier und Samuel Kokosky in den Reihen der Braunschweiger Arbeiterbewegung“, *Brunsvicensia Judaica*. Braunschweig 1966.
- Eckstein, Adolf*, Beiträge zur Geschichte der Juden in Bayern. I. Die bayerischen Parlamentarier jüdischen Glaubens. Bamberg 1902.
- , –, „Die Emanzipation“. *Menorah*. Sondernummer: Die Juden in Bayern, Berlin und Wien, November/Dezember 1928.
- , –, Der Kampf der Juden um ihre Emanzipation in Bayern. Fürth 1905.
- Edinger, Ludwig*, Lebenserinnerungen (in Maschinenschrift). Ohne O. u. J.
- Ehrenberg, Eva*, Sehnsucht, mein geliebtes Kind. München 1963.
- Ellstätter, Otto*, „Moritz Ellstätter“. *Badische Biographien VI*. (1901–1910). Heft 4. Karlsruhe 1929.
- Das Elsaß von 1870–1932. 4 Bde. Hrsg. von J. Rossé, M. Stürmel, A. Bleicher, F. Deiber, J. Keppi. Colmar 1936.
- Epstein, Klaus*, Matthias Erzberger. Princeton University Press 1959.
- Erasmus, Siegfried*, Die Juden in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848 bis 1849. Thüringer Untersuchungen zur Judenfrage. Heft 5. Weimar 1941.
- Erman, Hans*, Weltgeschichte auf Berlinisch. Berlin 1960.
- Eschenburg, Theodor*, Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik. München 1963.
- , –, Das Kaiserreich am Scheidewege. Berlin 1929.
- Eyck, Erich*, Bismarck. 3 Bde. Erlenbach-Zürich 1944.
- , –, Geschichte der Weimarer Republik. 2 Bde. Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1954 bis 1956.
- , –, Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine. Berlin 1904.
- Feder, Ernst*, Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Berlin 1933.
- , –, „In Memoriam Ludwig Haas“. *AJR Information*. London, August 1960.
- , –, Paul Nathan. Berlin 1929.
- (*Fendt, Rudolf*), „Hessen-Darmstadt in den Jahren 1850–1866“. *Unsere Zeit*. Leipzig 1867.
- Festgabe zum 60. Geburtstag des Herrn Geheimen Justizrats Professor Dr. Riesser. Berlin 1913.
- Fischart, Johannes*, (Pseudonym für Dombrowski, Erich), Das alte und das neue System. 2. Männer der Übergangszeit. Berlin 1920.
- Fischer, Fritz*, Griff nach der Weltmacht. Düsseldorf 1961.
- Fraenkel, Ernst*, „Das deutsche Wilsonbild“. *Jahrbuch für Amerikastudien*. V. Heidelberg 1961.
- Fraenkel, Michael*, Jacob Bernays. Ein Lebensbild in Briefen. Breslau 1932.
- Frank, Ludwig*, Aufsätze, Reden und Briefe. Hrsg. Hedwig Wachenheim. Berlin o. J.
- , –, Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Stuttgart 1911.
- Frank, Walter*, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlichsoziale Bewegung. Berlin 1928.
- Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung. Sonderheft der Gegenwart (29. Oktober 1956).
- Freudenthal, Max*, Die israelitische Kultusgemeinde Nürnberg. Nürnberg 1925.

- Freund, Ismar*, „Die deutsche Judenfrage vor 100 Jahren“. Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland. Berlin 1935.
- , –, Die Emanzipation der Juden in Preußen. 2 Bde. Berlin 1912.
- , –, Die Rechtsstellung der Juden im preußischen Volksschulrecht. Berlin 1908.
- Friedenthal, Rudolf*, Reichstag und Zollparlament. Gesetzgeberische Resultate der Session von 1867 und 1868. Berlin 1869.
- , –, *Salus publica suprema lex*. Berlin 1860.
- Friedländer, Fritz*, „Aus der Frühzeit der Emanzipation“. *Der Morgen*. Berlin, November 1933.
- , –, Das Leben Gabriel Rießers. Berlin 1926.
- Frymann, Daniel*, s. Claß, Heinrich.
- 90 Jahre Fürther Sozialdemokratie 1872–1962. Fürth 1962.
- Gay, Peter*, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Nürnberg 1954. Übersetzt von: *The Dilemma of Democratic Socialism*. New York 1952.
- Geiger, Ludwig*, „Briefe Alexanders von Humboldt an Dr. Robert Remak 1839 bis 1855“. JJGL Berlin 1916.
- , –, Die deutsche Literatur und die Juden. Berlin 1910.
- , –, Geschichte der Juden in Berlin. Berlin 1871.
- , –, „Moritz Veit als Kämpfer für die Emanzipation der Juden“. JJGL Berlin 1910.
- , –, „Die Zurücksetzung der Juden an den Universitäten Deutschlands“. AZJ 1912.
- Gelber, N. M.*, „Jüdische Probleme beim Berliner Kongreß 1878“. *Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise*. Stuttgart 1963.
- Gemkow, Heinrich*, Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1959.
- Genealogisches Handbuch des Adels. Freiherrliche Häuser. Glücksburg/Ostsee 1957.
- Gerlach, Helmuth von*, Von Rechts nach Links. Zürich 1937.
- Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856–1906. Frankfurt a. Main 1906.
- Die Geschichte der Ludwig Loewe & Co. A. G. Berlin 1869–1929. Berlin 1930.
- Gleichauf, W.*, Geschichte des Verbandes der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker). Berlin-Schöneberg 1907.
- Göppinger, Horst*, Die Verfolgung der Juristen jüdischer Abstammung durch den Nationalsozialismus. Unter Mitarbeit von Georg Reißmüller. Geleitwort von Wolfgang Haußmann. Villingen/Schwarzwald 1963. (Titel auf dem Buchdeckel: *Der Nationalsozialismus und die jüdischen Juristen*.)
- Goldschmidt, Adele* (Hrsg.), Levin Goldschmidt. Ein Lebensbild in Briefen. Berlin 1898.
- Goldschmidt, Hermann Levin*, „Simon Dubnows Darstellung des deutschen Judentums.“ *Simon Dubnow, The Man and his Work*. Hrsg. Aaron Steinberg. Paris. French section of the World Jewish Congress. 1963.
- Gradnauer, Georg*, „Auswärtige Politik und Parteitaktik“. *Die Glocke*. 1916.
- , –, „Die harte Prüfung“. *Die Glocke*. 1916.
- , –, „Die Irrungen der Minderheit“. *Die Glocke*. 1915.
- , –, Mirabeaus Gedanken über die Erneuerung des französischen Staatswesens. Hallesche Abhandlungen zur Neuen Geschichte. Hrsg. Gustav Droysen. Halle 1889.
- Grahl, Otto de* (Hrsg.), Reden des Fürsten von Bismarck. 6 Bde. Berlin 1881–1888.
- Graßmann, Siegfried*, Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung. Lübeck, Hamburg 1965.
- Groba, Kurt*, „David Ferdinand Koreff“. *Schlesische Lebensbilder III*. Breslau 1928.
- Groener, Wilhelm*, Lebenserinnerungen. Göttingen 1957.
- Gronemann, Sammy*, Hawdoloh und Zapfenstreich. Erinnerungen an die ostjüdische Etappe 1916–1918. Berlin 1925.

- Gruber, Walter*, Der Stuttgarter Landtag. Stuttgart 1957.
- Grünebaum, S.*, Ludwig Frank. Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. 2. Aufl. Heidelberg 1924.
- Grzesinski, Albert*, La Tragicomédie de la République allemande. Paris 1934.
- Guttman, Bernhard*, Die Frankfurter Zeitung und das Reich. Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung. Sonderheft der Gegenwart. Frankfurt a. Main 1856.
- , –, Schattenriß einer Generation 1888–1919. Stuttgart 1950.
- Haarbleicher, M. M.*, Aus der Geschichte der deutsch-israelitischen Gemeinde in Hamburg. 2. Aufl. Hamburg 1886.
- Haase, Ernst*, Hugo Haase, sein Leben und Wirken. Berlin-Frohnau 1929.
- Haase, Hugo*, Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik. Berlin 1919.
- Hachenburg, Max*, Lebenserinnerungen eines Rechtsanwalts. 2. Aufl. Düsseldorf 1929.
- Hahn, Ludwig*, Fürst Bismarck, sein politisches Leben und Wirken. 5 Bde. Berlin 1878–1891.
- Hallgarten, George W.*, Imperialismus vor 1914. München 1951.
- Hamburger, Ernest*, „Droits de l'Homme et Relations Internationales“. Recueil des Cours. Den Haag 1959.
- Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Berlin 1914.
- Hannover, Presseamt (Hrsg.), Leben und Schicksal. Zur Einweihung der Synagoge in Hannover. Hannover 1963.
- Hartung, Fritz*, „Bismarck und Graf Harry Arnim“. Hist. Zeitsch. 171. München 1951.
- Hartwig, Otto*, Ludwig Bamberger. Marburg 1900.
- Haym, Rudolf*, Die deutsche Nationalversammlung. 3 Teile. Frankfurt a. Main. 1848 bis 1850.
- Heckel, Johannes*, „Der Einbruch des jüdischen Geistes in das deutsche Staats- und Kirchenrecht durch Friedrich Julius Stahl“. Forschungen zur Judenfrage I. Hamburg 1937.
- Heilberg, Adolf*, „Wilhelm Salomon Freund“. Schlesische Lebensbilder I. Breslau 1922.
- Heimann, Hugo*, Der Reichshaushalt. Grundlagen, Inhalt und Bedeutung. Berlin 1928.
- , –, Vom tätigen Leben. Hrsg. und eingeleitet von Walther G. Oschilewski. Berlin-Grunewald 1949.
- , –, In Memoriam. Ansprachen von Siegfried Aufhäuser und Professor Eduard Heimann bei der Bestattungsfeier für Hugo Heimann. Mimeographiert. New York 1951.
- Helfferich, Karl*, Beiträge zur Geschichte der deutschen Geldreform. Leipzig 1898.
- Henderson, William Otto*, Studies in German Colonial History. London 1962.
- Henry, Marc*, Milieux juifs allemands. Mercure de France. Paris 1916.
- Heppner, A. und Herzberg, J.*, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden in den jüdischen Gemeinden in den Posener Landen. Heft 13. Koschmin-Bromberg 1907.
- Heppner, Ernst*, s. Juden als Erfinder . . .
- Herz, Ludwig*, N. Reichenheim und Sohn. Geschichte eines Werkes und seiner Familie (Privatschrift). Berlin 1936.
- Heß, Adalbert*, Landtags- und Reichstagswahlen im Großherzogtum Hessen 1865 bis 1871. Oberursel (Taunus) 1957.
- Heß, Moses*, Jüdische Schriften. Hrsg. Theodor Zlocisti. Berlin 1905.
- , –, Sozialistische Schriften. Berlin 1921.
- Hesse, Fritz*, Von der Residenz zur Bauhausstadt. Bad Pyrmont 1964.
- , –, Aus den Jahren 1925 bis 1950. Erinnerungen an Dessau. 2. Bd. München 1964.

- Heuss, Theodor*, „Bamberger und Bismarck“. Profile. 2. Aufl. Tübingen 1964.
- , –, *Erinnerungen 1905–1933*. Tübingen 1963.
- , –, *Erinnerungen*. Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung. Sonderheft der Gegenwart. Frankfurt a. Main 1956.
- , –, *An und über Juden*. Zusammengestellt und hrsg. von Hans Lamm. Düsseldorf, Wien 1964.
- , –, *Friedrich Naumann*. Stuttgart, Berlin 1937.
- Heyden, Wilhelm*, *Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft*. Hamburg 1909.
- Heymann, Berthold*, „Ein Stück süddeutschen demokratischen Aufstiegs“. *Die Glocke*. Berlin 1916.
- Heymann, Victor*, „Von der jüdischen Gemeinde in Braunschweig“. *Braunschweigisches Magazin* 31. Braunschweig 1925. Nachgedruckt in *Brunsvicensia Judaica*. Braunschweig 1966.
- Hirsch, Julius*, s. auch unter Behrens und unter Nieschlag.
- , –, „Die neuesten Veränderungen der jüdischen Wirtschaftslage in West- und Osteuropa“. *Neue Jüdische Monatshefte*. Berlin 1916/1917.
- , –, „Die wirtschaftliche Zukunft der Ostjuden“. *Neue jüdische Monatshefte*. Berlin 1918/1919.
- , –, „Polnisch, Jiddisch oder Deutsch“. *AZJ* 1915.
- , –, „Die Schicksalsfrage der Ostjuden“. *AZJ* 1916.
- Hirsch, Paul*, *Unter dem elendesten aller Wahlsysteme*. Berlin 1906.
- , –, *Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens*. Berlin 1911.
- , –, *Kommunale Wohnungspolitik*. Berlin 1906.
- , –, *Der Preußische Landtag*. Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. 3. Aufl. Berlin 1913.
- , –, *25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in den Gemeinden*. Berlin 1908.
- , –, *Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen*. Berlin 1929.
- , –, und *Lindemann, Hugo*, *Das kommunale Wahlrecht*. Berlin 1905.
- Hirth's Parlaments-Almanach*. 2 Bde. 5. Ausgabe. Berlin 1867 (später: Hrsg. Hirth, Georg, *Deutscher Parlaments Almanach*. 13. Ausgabe. September 1878. Leipzig 1878).
- Hoegner, Wilhelm*, *Die verratene Republik*. München 1958.
- Hoffmann, Paul Th.*, *Neues Altona 1919–1929*. 2 Bde. Jena 1929.
- Hohlfeld, Johannes*, *Geschichte des Deutschen Reichs 1871–1926*. Leipzig 1926.
- Hübner, Max*, „Eduard Rosenthal“. *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte*. Bd. 47. Germanistische Abteilung. Weimar 1927.
- Human, Armin*, *Geschichte der Juden in Sachsen-Meiningen-Hildburghausen*. Thüringer Untersuchungen zur Judenfrage. Heft 2. Weimar 1939.
- Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam*. Berlin 1904.
- Jacobson, Jacob*, „Von Mendelssohn zu Mendelssohn-Bartholdy.“ *Yearbook V LBI*. London 1960.
- Jacoby, Johann*, *Gesammelte Schriften und Reden*. 4 Halbbde. 2. Aufl. Hamburg 1877.
- , –, *Heinrich Simon*. Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk. 2. Aufl. Berlin 1865.
- , –, *Über das Verhältnis des königlich preußischen Oberregierungsrats Herrn Streckfuß zur Emanzipation der Juden*. *Gesammelte Schriften und Reden I*. Hamburg 1877.
- Jansen, Reinhard*, *Georg von Vollmar*. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1958.
- Jellinek, Camilla*, „Georg Jellinek. Sein Leben“. *NÖB* 1931.
- Jellinek, Georg*, *Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte*. Leipzig 1895. 4. Aufl. 1926.

- , -, „Hermann Jellinek“. Ausgewählte Schriften und Reden. Berlin 1911.
- , -, Der Kampf des alten mit dem neuen Recht. Heidelberg 1907.
- Jhering, Rudolf von*, Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung. 4 Bde. Leipzig 1865–1869.
- Jöhlinger, Otto*, Bismarck und die Juden. Berlin 1921.
- Juden als Erfinder und Entdecker. Bearbeitet von Ernst Heppner. Berlin-Wilmersdorf 1913.
- Die Judenfrage im Preußischen Abgeordnetenhaus. Wörtlicher Abdruck der Stenographischen Berichte vom 20. und 22. November 1880. Breslau 1880.
- Jüdisches Lexikon. 5 Bde. Berlin 1927–1930.
- Kahn, Ernst*, „Die Frankfurter Zeitung“. Yearbook II LBI. London 1957.
- Kahn, Isi*, „Streiflichter aus der Geschichte der Juden in Westfalen“ in Hans Chanoch Meyer, Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Frankfurt a. Main 1962.
- Kaim, Isidor*, Ein Jahrhundert der Judenemanzipation. Leipzig 1869.
- Kalkoff, Hermann* (Hrsg.), Nationalliberale Parlamentarier 1867–1917. Berlin 1917.
- Kampffmeyer, Paul*, „Die historische Leistung Eduard Bernsteins“, S. M. 1933.
- Kandt, Richard*, Caput Nili. 6. Aufl. Berlin 1925. Gekürzte Ausgabe: Zu den Quellen des Nils; afrikanische Bilder. Berlin 1950.
- Kastein, Josef*, Eine Geschichte der Juden. Berlin 1933.
- Kaufmann, Erich*, „Friedrich Julius Stahl als Rechtsphilosoph des monarchischen Prinzips“. Gesammelte Schriften. Zum 80. Geburtstag des Verfassers hrsg. von A. H. van Scherpenberg und anderen. III. Göttingen 1960.
- Kautsky, Karl*, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Stuttgart 1899.
- , -, „Zum 80. Geburtstag Eduard Bernsteins“. Der Kampf, Januar 1930.
- , -, „Heinrich Braun. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.“ Die Gesellschaft. Berlin 1933.
- , -, „Wahlkreis und Partei“. NZ 22 (1904 II).
- , -, Erinnerungen und Erörterungen. Hrsg. von Benedikt Kautsky. 's Gravenhage 1960.
- Kaznelson, Siegmund*, (Hrsg.), Juden im Deutschen Kulturbereich. Geleitwort von Richard Willstätter. 3. Aufl. Berlin 1962.
- Kehr, Eckart*, „Das soziale System der Reaktion in Preußen unter dem Ministerium Puttkamer“. Die Gesellschaft. Berlin 1929.
- Keil, Wilhelm*, Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Stuttgart 1947.
- Kent, Sherman*, „The Declaration of the Rights of Man and Citizen“. Great Expressions of Human Rights. Hrsg. von R. M. MacIver. New York 1950.
- Keßler, Gerhard*, „Judentaufen und Judenchristliche Familien in Ostpreußen“. Familiengeschichtliche Blätter. Deutscher Herold 1938.
- Keßler, Harry Graf*, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Mit einem Kommentar von Hans Fürstenberg. Wiesbaden 1962.
- Kirchpfering, Eugen*, Der Weg in die Freiheit. 80 Jahre Sozialdemokratie in Bayern. München 1948.
- Klein-Hattingen, Oskar*, Geschichte des deutschen Liberalismus. 2 Bde. Berlin-Schöneberg 1911.
- Kleinschmidt, Ernst*, „Rudolf Friedenthal“. Schlesische Lebensbilder I. Breslau 1922.
- Kober, Adolf*, „Jews in the Revolution of 1848 in Germany“. J. S. St. X. 1948.
- Kobler, Franz*, Jüdische Geschichte in Briefen aus Ost und West. Das Zeitalter der Emanzipation. Wien 1938.
- Koszyk, Kurt*, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914–1933. Heidelberg 1958.

- , –, „Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster (1873–1942)“. Archiv für Sozialgeschichte. V. 1965.
- Kotowski, Georg*, Friedrich Ebert. Bd. I. Wiesbaden 1963.
- Kracauer, Isidor*, Geschichte der Juden in Frankfurt a. Main. 2 Bde. Frankfurt a. Main 1925–1927.
- Kraus, Kläre*, Der Kampf in der bayerischen Abgeordnetenversammlung um die Versailler Verträge 11.–21. Januar 1871. Diss. Köln 1935.
- Kremer, Willy*, Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstags von 1871 bis 1918. Diss. Köln 1934.
- Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden. Geleitwort von Franz Josef Strauß. Stuttgart-Degerloch 1961.
- Kruck, Alfred*, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939. Wiesbaden 1954.
- Laband, Paul*, Das Budgetrecht nach den Bestimmungen der preußischen Verfassungsurkunde. Berlin 1871.
- , –, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches. 4 Bde. 5. Aufl. Tübingen 1911–1914.
- Lambach, Walter*, Diktator Rathenau. Hamburg, Leipzig 1918.
- Lamm, Hans* (Hrsg.), Theodor Heuss. An und über Juden. Düsseldorf, Wien 1964.
- , –, (Hrsg.), Von Juden in München. 2. Aufl. München 1959.
- Lancken-Wakenitz, Oscar von der*, Meine dreißig Dienstjahre 1888 bis 1918. Berlin 1931.
- [*Lasker Eduard*], „Aus Eduard Laskers Nachlaß. Sein Briefwechsel aus den Jahren 1870/71“. Deutsche Revue XVII. 1892.
- , –, Aus Eduard Laskers Nachlaß. Fünfzehn Jahre parlamentarischer Geschichte. Hrsg. von Wilhelm Cahn. Berlin 1902.
- , –, Zur Verfassungsgeschichte Preußens. Leipzig 1874.
- , –, „Welt- und Staatsweisheit“. Wege und Ziele der Kulturentwicklung. Essays. Leipzig 1881.
- Lassalle, Ferdinand*, Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Berlin 1864.
- , –, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit. Berlin 1864.
- Laube, Heinrich*, Das erste deutsche Parlament. 3 Bde. Leipzig 1849.
- Leber, Annedore* (Hrsg.), Doch das Zeugnis lebt fort. Der jüdische Beitrag zu unserem Leben. Berlin, Frankfurt/Main 1965.
- Lehmann, Emil*, Gesammelte Schriften. 2. Aufl. Dresden 1909.
- Lehmann, G. A.*, „Der Ausfall der badischen Landtagswahlen“. NZ Stuttgart 1913. I.
- , –, „Nochmals die badischen Landtagswahlen“. NZ Stuttgart 1913. I.
- Leipziger Volkszeitung*. Sondernummer. 30. 10. 1926.
- Lenz, Max*, Geschichte der Königlich Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. 5 Bde. Halle 1918.
- Leschnitzer, Adolf*, „Der Gestaltwandel Ahasvers“. In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag. Tel-Aviv 1962.
- Lestschinsky, Jakob*, „Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums“. Schriften der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge. VII. 1932.
- Levy, Alphons*, Geschichte der Juden in Sachsen. Leipzig 1902.
- Levy, Meyer*, Der Staat und die Juden im Norddeutschen Bund. Lissa 1867.
- Levysohn, Wilhelm* und *Philippine*, 1848. Briefwechsel zwischen Wilhelm und Philippine Levysohn. Für die Familie gedruckt. O. O. u. J. [veröff. 1906].
- Lewin, Adolf*, Geschichte der badischen Juden seit der Regierung Karl Friedrichs (1738–1909). Karlsruhe 1909.

- Liebe, Werner*, Die deutschnationale Volkspartei 1918–1924. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 8. Düsseldorf 1956.
- Liebert, Eduard von*, Aus einem bewegten Leben. München 1925.
- Liebeschütz, Hans*, „German Radicalism and the Formation of Jewish Political Attitudes during the Earlier Part of the Nineteenth Century.“ Studies in nineteenth Century Jewish Intellectual History. Hrsg. Alexander Altmann. Cambridge (Mass.) 1964.
- , –, Das Judentum im deutschen Geschichtsbild von Hegel bis Max Weber. Tübingen 1967.
- Lipinski, Richard*, Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. 2 Bde. Berlin 1927–1928.
- Lippmann, Leo*, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Hrsg. Werner Jochmann. Hamburg 1961.
- Löbe, Paul*, „Eduard Bernstein als Breslauer Abgeordneter“. Grundsätzliches zum Tageskampf. Festgabe zum 75. Geburtstag Eduard Bernsteins. Breslau 1925.
- , –, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten. Berlin-Grünwald 1949.
- Loewe, Heinrich*, „Die Juden Preußens im Jahre 1817“. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. 1911.
- Lorenzen, Sievert*, Die Juden in der Justiz. 2. Aufl. Berlin 1943.
- Lotz, Albert*, Geschichte des deutschen Beamtentums. Berlin 1914.
- Lucius von Ballhausen, Robert*, Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherr Lucius von Ballhausen. Stuttgart und Berlin 1921.
- Lüdtker, Gerhard*, Der Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin 1924.
- Lüth, Erich*, Gabriel Rießer. 1806–1863. Hamburg 1963.
- Lukas, Joseph*, „Georg Jellinek. Sein Werk“. NOB 1931.
- Maetschke, Ernst*, „Heinrich Simon“. Schlesische Lebensbilder. II. Breslau 1926.
- Maier, Hedwig*, „Die SS und der 20. Juli 1944.“ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart 1966.
- Mansfeld, Alfred* (Hrsg.), Sozialdemokratie und Kolonien. Berlin 1919.
- Marck, Siegfried*, „Philosophie des Revisionismus“. Grundsätzliches zum Tageskampf. Festgabe zum 75. Geburtstag Eduard Bernsteins. Breslau 1925.
- Marquard, R.*, „Zwanzig Jahre preußischer Richterverein“. Die Justiz. 1929.
- Martin, Alfred von*, „Weltanschauliche Motive im altkonservativen Denken“. Deutscher Staat und deutsche Parteien. Hrsg. Paul Wentzcke. München und Berlin 1922.
- Marx, Hugo*, „Geheimer Oberregierungsrat Dr. David Hugo Mayer“. AWJ 1954.
- , –, Das Judentum der Gegenwart. Zürich 1937.
- , –, „Das Schicksal der im Jahre 1933 in Mannheim amtierenden jüdischen Richter“. Mannheimer Hefte 1961.
- Massing, Paul W.*, Rehearsal for Destruction. New York 1949. (Deutsche Übersetzung: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt a. Main 1959.)
- Masur, Gerhard*, Friedrich Julius Stahl. Geschichte seines Lebens. Berlin 1928.
- Matthias, Erich*, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten. 1914–1945. Tübingen 1954.
- , –, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg. Marxismusstudien. 2. Tübingen 1957.
- , –, und *Morsey, Rudolf*, Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe Bd. 2. Düsseldorf 1962.
- , –, und *Pikart, Eberhard*, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1914–1918. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen

- Parteien. 2 Bde. Erste Reihe, 3/I (1898–1914) und II. (1914–1918). Düsseldorf 1966.
- Matull, Wilhelm*, Hugo Haase und Otto Braun. Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. Sonderdruck. 1966.
- Mayer, Eduard Wilhelm*, „Aus der Geschichte der nationalliberalen Partei in den Jahren 1868 bis 1871“. Deutscher Staat und deutsche Parteien. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht. Hrsg. Paul Wentzcke. München/Berlin 1922.
- Mayer, Gustav*, Bismarck und Lassalle. Berlin 1928.
- , –, „Aus dem Briefwechsel Johann Jacobys“. Deutsche Revue 1922.
- , –, Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. München 1949.
- , –, „Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung“. Festgaben für Wilhelm Lexis zur 70. Wiederkehr seines Geburtstages. Jena 1907.
- , –, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Jena 1909.
- , –, „Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. 2. Leipzig 1912.
- , –, Aus der Welt des Sozialismus. Berlin 1927.
- Mehring, Franz*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 4 Bde. 10. Aufl. Stuttgart 1921.
- , –, (Hrsg.), Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. 4 Bde. Stuttgart 1902.
- Meinecke, Friedrich*, Die deutsche Katastrophe. Zürich, Wiesbaden 1946.
- , –, Weltbürgertum und Nationalstaat. 4. Aufl. München, Berlin 1917.
- , –, Werke. 6 Bde. Hrsg. von Hans Herzfeld, Carl Hinrichs und Walther Hofer. München, Stuttgart, Darmstadt 1958–1962.
- Menger, Anton*, Das Bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen. 1890. 5. Aufl. Tübingen 1927.
- Meyer, Herbert*, „Karl Friedrich Loening“. Mannheimer Hefte 1962.
- Meyer, Michael A.*, Great Debate on Antisemitism. Yearbook LBI XI. London 1966.
- Meyer, Oscar*, Von Bismarck zu Hitler. New York 1944.
- Meyer, Richard M.*, Die deutsche Literatur des 19. Jahrhunderts. Berlin 1912.
- Michels, Robert*, „Die deutsche Sozialdemokratie“. Archiv Soz. Wiss. 23. 1906.
- , –, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. 2. Aufl. Hrsg. mit Nachwort von Werner Conze. Stuttgart 1957.
- Michniewicz, Bernhard*, Stahl und Bismarck. Berlin 1913.
- Miller, Susanne*, „Zum dritten August 1914“. Archiv für Sozialgeschichte II. Hannover 1964.
- , –, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Frankfurt a. M. 1964.
- Mirabeau, Comte de* (Riquetti, Honoré Gabriel), Histoire secrète de la Cour de Berlin. Oeuvres VIII. Paris 1834.
- , –, Lettre remise par le Comte de Mirabeau à Frédéric Guillaume II. Berlin 1787.
- , –, De la monarchie prussienne. Paris 1788.
- , –, Sur la réforme politique des Juifs. Brüssel 1788.
- Misch, Carl*, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Massen. Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Stuttgart 1952.
- Mommsen, Theodor*, „Auch ein Wort über unser Judentum“. Reden und Aufsätze. Berlin 1905.
- , –, „Ludwig Bamberger zum 70. Geburtstag“. Reden und Aufsätze. Berlin 1905.
- , –, Judäa und die Juden. Mit einem Nachwort von Eugen Täubler. Berlin 1936.
- , –, Römische Geschichte. Bd. 1–3 und 5. 8. Aufl. Berlin 1889.

- Müller, Georg Alexander von*, Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918. Hrsg. Walter Görnitz. Vorwort von Sven von Müller. Göttingen 1959.
- Müller, Hermann*, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bis zum Jahre 1878. Berlin 1918.
- Müller, Theodor*, Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie. 2 Teile. 2. Aufl. Breslau 1925.
- Müller-Franken, Hermann*, Die Novemberrevolution. Erinnerungen. 2. Aufl. Berlin 1931.
- Namier, Lewis B.*, 1848 – The Revolution of the Intellectuals. From the Proceedings of the British Academy. XXX. London 1944.
- Netter, Nathan*, Vingt siècles d'histoire d'une communauté juive. Paris 1938.
- Neumann, Sigmund*, Die deutschen Parteien. Berlin 1932.
- Nieschlag, Robert*, „Hirsch, Julius“. Handwörterbuch für Sozialwissenschaften. Stuttgart, Tübingen, Göttingen, 1965.
- Noske, Gustav*, Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie. Zürich 1947.
- „Der Obertribunalbeschuß vom 29. Januar 1866“. Preußische Jahrbücher 1866.
- Ochiltree, Thomas P.*, The late Eduard Lasker. Speech in the House of Representatives. March 19, 1884. Washington 1884.
- Oelsner, Toni*, Zum Thema: Antisemitismus. Bulletin LBI Nr. 18. 1962.
- Oncken, Hermann*, „Ludwig Bamberger“. Preußische Jahrbücher 1900.
- , –, Rudolf von Bennigsen. Ein liberaler deutscher Politiker. 2 Bde. Stuttgart, Leipzig 1910.
- , –, Lassalle. 2. Aufl. Stuttgart 1912.
- Oppenheim, Heinrich Bernhard*, Der Kathedersozialismus. 2. Aufl. Berlin 1873.
- , –, Benedikt Franz Leo Waldeck. 1. Aufl. Berlin 1872 (2. Aufl. 1880).
- Oppenheimer, Franz*, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen. Düsseldorf 1964.
- , –, „Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums“. Soziale Streifzüge II. München 1927.
- , –, „Nationale Autonomie für die Ostjuden“. Süddeutsche Monatshefte. Sonderheft Ostjuden. Februar 1916.
- Osterroth, Franz*, Biographisches Lexikon des Sozialismus: Hannover 1960.
- Pappenheim, Max*, Levin Goldschmidt. Stuttgart 1897.
- Paulsen, Friedrich*, System der Ethik. 2 Bde. 3. Aufl. Berlin 1894.
- , –, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium. Berlin 1902.
- Perrot, Franz*, Bismarck und die Juden. Berlin 1931.
- Pfeiffer, Eduard*, Über Genossenschaftswesen. Leipzig 1863.
- Philippson, Martin*, Neueste Geschichte des jüdischen Volkes. 3 Bde. Leipzig 1907 bis 1911.
- Pogge-v. Strandmann, H. und Geiß, Immanuel*, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. Main 1965.
- Politisches Handbuch der Nationalliberalen Partei, abgeschlossen Dezember 1907. Berlin 1908.
- Poppelbaum, Karl*, Die Weltanschauung Friedrich Julius Stahls. Diss. Frankfurt a. Main 1922.
- Poschinger, Heinrich von*, Fürst Bismarck und die Parlamentarier. 3 Bde. Breslau 1894–1896.
- Prager, Eugen*, Geschichte der USPD. 2. Aufl. Berlin 1922.

- Preuß, Hugo*, „Das Bekenntnis des Kultusministers und die Konfessionalität der Berliner Schulen“. Die Nation 1899.
- , –, Staat, Recht und Freiheit. Geleitwort von Theodor Heuss. Tübingen 1926.
- Die Preußische Staatsverwaltung und die Juden. Protestversammlung vom 10. Februar in Berlin. Stenogr. Bericht. Berlin 1901.
- Puttkamer, Albert von*, Staatsminister Robert von Puttkamer. Leipzig 1928.
- Puttkamer, Alberta von*, Mehr Wahrheit als Dichtung. Berlin 1919.
- Radbruch, Gustav*, Der innere Weg. Aufriß meines Lebens. Stuttgart 1951.
- Rapp, Alfred*, Die badischen Landtags-Abgeordneten 1905/1929. Karlsruhe i. B. 1929.
- Raschdau, Ludwig*, Unter Bismarck und Caprivi. Erinnerungen eines Diplomaten aus den Jahren 1885–1894. 2. Aufl. Berlin 1939.
- Rathenau, Walther*, Briefe. Dresden 1926.
- , –, Deutschlands Rohstoffversorgung. Berlin 1917.
- , –, Nach der Flut. Berlin 1919.
- , –, Gesammelte Schriften. 5 Bde. Berlin 1918.
- , –, „Höre Israel“. Impressionen. 3. Aufl. Leipzig 1902.
- , –, Die Organisation der Rohstoffversorgung. Berlin 1916.
- , –, Politische Briefe. Dresden 1929.
- , –, Probleme der Friedenswirtschaft. Berlin 1918.
- Rehme, Paul*, „Paul Laband“. Schlesische Lebensbilder. I. Breslau 1922.
- Reichmann, Hans*, „Der drohende Sturm“. In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag. Tel-Aviv 1962.
- Reimchronik des Pfaffen Maurizius. Frankfurt a. Main 1849.
- Reissner, Hans [Günther]*, Mirabeau und seine Monarchie prussienne. Staatswissenschaftliche Forschungen I. Heft 6. Berlin, Leipzig 1926.
- , –, Eduard Gans. Ein Leben im Vormärz. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des LBI. Nr. 14. Tübingen 1965.
- Reitböck, Gottfried*, „Des Eisenbahnkönigs Strousberg Glück und Ende“. Velhagen und Klasings Monatshefte. Leipzig, Bielefeld 1924.
- Rheinbaben, Rochus Freiherr von*, Stresemann, der Mensch und der Staatsmann. Dresden 1928.
- Richter, Adolf*, Bismarck und die Arbeiterfrage im preußischen Verfassungskonflikt. Stuttgart 1935.
- Richter, Werner*, Wissenschaft und Geist in der Weimarer Republik. Köln und Opladen 1958.
- Riesser, Gabriel*, Gesammelte Schriften. Hrsg. von Meyer Isler. 5 Bde. Frankfurt a. Main, Leipzig 1867.
- Riesser, Hans E.*, Von Versailles zur UNO. Bonn 1962.
- Riesser, Jacob*, England und wir. (Zwischen Krieg und Frieden Nr. 8.) Leipzig 1915.
- , –, Der Hansabund. Jena 1912.
- Rinott, Moshe*, „Gabriel Riesser“. Yearbook LBI VII. London 1962.
- Ritter, Gerhard*, Staatskunst und Kriegshandwerk. 3 Bde. München 1957–1961.
- Ritter, Gerhard A.*, Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich; die sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900. Berlin 1959.
- , –, „Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands 1863–1914.“ Hundert Jahre deutsche Arbeiterbewegung. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1963.
- Rönne, Ludwig von*, Das Staatsrecht der preußischen Monarchie. Leipzig 1881.
- , –, und *Simon, Heinrich*, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landesteilen des preußischen Staates. Eine Darstellung und Revision der gesetzlichen Bestimmungen über ihre staatlichen und privatrechtlichen Zustände. Breslau 1843.

- Rosenbaum, Eduard*, „M. M. Warburg und Co. Merchant Bankers of Hamburg.“ Yearbook VII LBI. London 1962.
- Rosenbaum, L.*, Beruf und Herkunft der Abgeordneten in den deutschen und preußischen Parlamenten 1847–1919. Frankfurt a. Main 1923.
- Rosenberg, Arthur*, Die Entstehung der deutschen Republik 1871–1918. Berlin 1928.
- Rosenthal, Berthold*, Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart. Bühl 1927.
- Rosenthal, Eduard*, „Eduard Rosenthal“ in Hans Planitz, Die Rechtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. III. Leipzig 1929.
- Roth, Adolf* und *Thorbecke, Paul*, Die badischen Landstände, insbesondere die Zweite Kammer. Landtagshandbuch. Karlsruhe i. B. 1907.
- Rothfels, Hans*, „Bismarck und Johann Jacoby“. Königsberger Beiträge. Festgabe zur 400jährigen Jubelfeier der Staats- und Universitätsbibliothek zu Königsberg. Königsberg i. Pr. 1929.
- Rothholz, Julius*, Die deutschen Juden in Zahl und Bild. Berlin 1925.
- Samter, Nathan*, Judentaufen im 19. Jahrhundert. Berlin 1906.
- Schade, Franz*, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie. Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften. Hannover 1961.
- Scharlau, Winfried, D.* und *Zeman, Zbynik, A.*, Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand, eine politische Biographie. Köln 1964.
- Schay, Rudolf*, Juden in der deutschen Politik. Berlin 1929.
- Scheidemann, Philipp*, Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928.
- , –, Der Zusammenbruch. Berlin 1921.
- Schieder, Theodor*, Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn 1961.
- Schiffer, Eugen*, Feinde und Freunde. Kriegsansprache am Jahrestage der Völkerschlacht von Leipzig. Berlin 1916.
- , –, Ein Leben für den Liberalismus. Berlin-Grunewald 1951.
- , –, „Zusammenbruch und Wiederaufbau des Reichs“. Volk und Staat der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung I. Berlin 1929.
- Schlesische Lebensbilder. 4 Bde. Breslau 1922–1931.
- Schmoller, Gustav*, Walther Rathenau und Hugo Preuß. München, Leipzig 1922.
- , –, „H. Schulze-Delitzsch und Eduard Lasker“. Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Reden und Aufsätze. Leipzig 1890.
- , –, „Der Weltkrieg und die deutsche Sozialdemokratie“. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 39. Leipzig 1915.
- , –, Zwanzig Jahre deutscher Politik. München, Leipzig 1920.
- Schnabel, Franz*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 4 Bde. Freiburg i. Br. 1929–1937.
- [*Schönlank, Bruno*], „Reformator der sozialistischen Presse“. Berliner Stimme. 3. 8. 1963.
- Schönlank jr., Bruno*, „Mein Vater als Chefredakteur in Leipzig“. Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote. Mai 1963.
- Schoeps, Joachim*, „Friedrich Julius Stahl und das Judentum“. Hrsg. Hans Lamm. Von Juden in München. München 1958.
- Schorske, Carl, E.*, German Social Democracy 1905–1917. Cambridge (Mass.) 1955.
- Schrag-Haas, Judith*, „Ludwig Haas“. LBI Bulletin Nr. 13, 1961.
- Schramm, Percy Ernst*, Hamburg, Deutschland und die Welt. Hamburg 1952.

- Schröder, Wilhelm*, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909. München 1910.
- Schwarz, Max*, M. d. R. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover 1965.
- Schwarz, Stefan*, Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten. München 1963.
- Schwemer, Richard*, Geschichte der Freien Stadt Frankfurt a. Main (1814–1866). 3 Bde. Frankfurt a. Main 1910.
- Segall, Jakob*, Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland. Veröffentlichungen des Büros für Statistik der Juden. Heft 9. Berlin 1912.
- , –, Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914/1918. Eine statistische Studie. Berlin 1922.
- , –, Der Stand der jüdischen Bevölkerung in Deutschland auf Grund der Volkszählung 1910. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. Berlin 1911.
- Sell, Friedrich C.*, Die Tragödie des deutschen Liberalismus. Stuttgart 1962.
- Silbergleit, Heinrich*, Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich. 1. Bd.: Freistaat Preußen. Berlin 1930.
- Silberner, Edmund*, Sozialisten zur Judenfrage. Berlin 1962.
- Simson, Eduard von*, Erinnerungen aus seinem Leben. Zusammengestellt von Bernhard von Simson. Leipzig 1900.
- Sinzheimer, Hugo*, Jüdische Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft. Amsterdam 1938.
- Leopold Sonnemanns* 70. Geburtstagsfeier. Als Manuskript gedruckt. Frankfurt a. Main 1901.
- Sonnenfeld, Hugo*, „Der Zentralverein und die politischen Wahlen vom 15. Oktober 1903“. IDR 1903.
- Sozialdemokratische Gemeindepolitik. Kommunalpolitische Abhandlungen. Hrsg. unter der Leitung von Paul Hirsch, Berlin. Heft 1: Paul Hirsch und Hugo Lindemann, Das kommunale Wahlrecht. Berlin 1905. Heft 4: Paul Hirsch, Kommunale Wohnungspolitik. Berlin 1906.
- Stadelmann, Rudolf*, 1848. Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848. München 1948.
- Stahl, Friedrich Julius*, Der christliche Staat und sein Verhältnis zu Deismus und Judentum. Berlin 1847.
- , –, Das monarchische Prinzip. Heidelberg 1845.
- , –, Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. 2. Aufl. Berlin 1868.
- , –, Die Philosophie des Rechts. 1. Geschichte der Rechtsphilosophie. 2. Rechts- und Staatslehre auf der Grundlage christlicher Weltanschauung. 2 Bde. 3. Aufl. Heidelberg 1854–1856.
- , –, Reden. Berlin 1850.
- , –, Siebzehn parlamentarische Reden und drei Vorträge. Berlin 1862.
- Stamm- und Nachfahrentafeln der Familie Warburg Hamburg-Altona. Man. Druck. Hamburg 1937.
- Stampfer, Friedrich*, Erfahrungen und Erkenntnisse. Köln 1957.
- , –, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik. Karlsbad 1936.
- Sterling, Eleonore*, „Anti-Jewish Riots in Germany in 1819: A Displacement of Social Protest“. Historia Judaica XII Nr. 2. 1950.
- , –, Er ist wie Du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815–1850). München 1956.
- Stillich, Oscar*, Die politischen Parteien in Deutschland. I. Die Konservativen. Leipzig 1908. II. Der Liberalismus. Leipzig 1911.
- Stolberg-Wernigerode, Otto Graf zu*, Robert Heinrich Graf von der Goltz. Oldenburg, Berlin 1941.
- Straus, Raphael*, Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt a. Main 1964.

- Strauss, Herbert Arthur*, Staat, Bürger, Mensch. Die Debatten der deutschen Nationalversammlung 1848/1849 über die Grundrechte. Berner Untersuchungen zur Allgemeinen Geschichte, hrsg. von Werner Näf. Heft 15. Aarau 1947.
- Dr. Strousberg und sein Wirken. Von ihm selbst geschildert. Berlin 1876.
- Süßheim, Max*, Die parlamentarische Tätigkeit Dr. jur. David Morgensterns. o.Ö. 1899.
- , –, Revolution und Bayerische Verfassung. Augsburg 1919.
- Sybel, Heinrich von*, Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I. 7 Bde. München, Leipzig 1890–1894.
- Tänzer, Aron*, Geschichte der Juden in Württemberg. Frankfurt a. Main 1937.
- Tänzer, Paul*, Die Rechtsgeschichte der Juden in Württemberg 1806–1828. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1922.
- Theilhaber, Felix A.*, Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie. 2. Aufl. Berlin 1921.
- Thieme, Hartwig*, Nationaler Liberalismus in der Krise. Schriften des Bundesarchivs Nr. 11. Boppard a. Rhein 1963.
- Thieme, Karl*, Dreitausend Jahre Judentum. Quellen und Darstellungen zur jüdischen Geschichte. Paderborn 1960.
- Thon, Jakob und Ruppin, Arthur*, Der Anteil der Juden am Unterrichtswesen in Preußen. Veröffentlichungen des Büros für Statistik der Juden. Heft 1. Berlin 1905.
- Towry, Jacob*, „Der Anteil der Juden an der städtischen Selbstverwaltung im vormärzlichen Deutschland“. Bulletin LBI Nr. 23. 1963.
- , –, „Deutsche Juden im Vormärz“. Bulletin LBI Nr. 29. 1965.
- , –, „Jüdische Parteigänger des Antisemitismus“. Bulletin LBI Nr. 16. 1961.
- , –, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Tübingen 1966.
- Townsend, Mary S.*, Rise and Fall of Germany's Colonial Empire. New York 1930.
- Tramer, Hans* (Hrsg.), In Zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag. Tel-Aviv 1962.
- Treitschke, Heinrich von*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Teil 1–3. 7. Aufl. Leipzig 1912–1913. Teil 4–5. 6. Aufl. Leipzig 1913–1914.
- , –, Politik. Vorlesungen. 2 Bde. Hrsg. von Max Cornicelius. Leipzig 1897.
- , –, Ein Wort über unser Judentum. Berlin 1880.
- Troeltsch, Ernst*, „Walther Rathenau, dem ermordeten Freunde“. Deutscher Geist und Westeuropa. Hrsg. von Hans Baron. Tübingen 1925.
- Ulrich, Carl*, Erinnerungen. Hrsg. von Ludwig Bergsträsser. Offenbach a. Main 1952.
- Usener, Hermann*, Jacob Bernays. ADB 46.
- Valentin, Veit*, Geschichte der deutschen Revolution. 2 Bde. Berlin 1930–1931.
- Veit, Moritz*, „Dem Andenken Gabriel Riessers“. Preußische Jahrbücher. Berlin 1863.
- Vogelstein, Hermann*, „Dr. Raphael Kosch“. AZJ 1903.
- Vogt, Ernst*, Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung 1863–1871. Historische Bibliothek Bd. 34. München, Berlin 1914.
- Vollständige Verhandlungen des Ersten Vereinigten Preußischen Landtags über die Emanzipationsfrage der Juden. Berlin 1847.
- Vorländer, Karl*, Kant und Marx. 2. Aufl. Tübingen 1926.
- Wachenheim, Hedwig*, „Ludwig Frank“. Mannheimer Hefte 2. 1964.
- Wagner, Adolf*, Für bimetalistische Münzpolitik Deutschlands. Berlin 1881.
- Wahl, Fritz*, „Bernhard Falk, ein rheinischer Patriot“. Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933–1945. Hrsg. Gustav Radbruch, Hermann Maas, Lambert Schneider. Heidelberg 1952.
- Waldeck, Florian*, Alte Mannheimer Familien. Schriften der Familiengeschichtlichen Vereinigung Mannheims. 5 Bde. Mannheim 1920–1925.
- Warburg, Max*, Aus meinen Aufzeichnungen. Als Privatdruck erschienen. New York 1952.

- Wassermann, Rudolf*, „Judenfrage und Ostmarkenpolitik“. Zeitschr. für Politik. Berlin 1910.
- Wawrzinek, Kurt*, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890). Historische Studien Nr. 168. Berlin 1927.
- Weber, Marianne*, Max Weber. Ein Lebensbild. Heidelberg 1950.
- Wegeleben, Fritz*, Die Rationalisierung im deutschen Werkzeugmaschinenbau. Berlin 1924.
- Wegscheider, Hildegard*, Weite Welt im engen Spiegel. Erinnerungen. Geleitwort und Anmerkungen von Susanne Suhr. Berlin-Grünwald 1953.
- Wehler, Hans-Ulrich*, Sozialdemokratie und Nationalstaat. Würzburg 1962.
- Weill, Georges*, „Elsaß-Lothringen und das Reich“. NZ 1900/01.
- , –, „Der Kurs der Politik in Elsaß-Lothringen.“ SM 1911.
- , –, Die Lage der Kanalschiffer in Elsaß-Lothringen. Diss. Straßburg 1905.
- , –, Le problème allemand. Vorwort von André Le Trocquer, Abgeordneter. Algier 1944. Neuauflage Paris 1945.
- (*Weiss, Guido*), „Johann Jacoby. Rede zu seiner Gedächtnisfeier in Berlin.“ Die Wage. Berlin 1877.
- Wentzcke, Paul*, (Hrsg.), Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung. I. Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859–1870. II. Im Neuen Reich 1871–1890. Bonn, Leipzig 1926.
- , –, „Glaubensbekenntnisse einer politischen Jugend“. Deutscher Staat und deutsche Parteien. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht. München, Berlin 1922.
- Werner, Alfred*, „Die jüdischen Juristen in Bayern“. Hans Lamm (Hrsg.). Von Juden in München. München 1958.
- Westarp, Graf Kuno*, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs. 2 Bde. Berlin 1935.
- „Wie Bismarck und Puttkamer konservative Wahlen machten“. Das Freie Wort. Berlin 1929.
- Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von*, Erinnerungen. 2. Aufl. Leipzig 1928.
- Wininger, S.*, Große jüdische Nationalbiographie. 6 Bde. Czernowitz 1925–1938.
- Witzmann, Georg*, Thüringen von 1918 bis 1933. Meisenheim am Glan. 1958.
- Wolff, Ernst*, Eduard von Simson. Berlin 1929.
- Wolffson, I.*, „Das Staatsrecht der Freien und Hansestadt Hamburg“. Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Hrsg. von Heinrich Marquardsen. III. 2. Halbbd. 3. Abt. Freiburg, Tübingen 1884.
- Woytinski, Wladimir*, Die Welt in Zahlen. 7 Bücher. Berlin 1925–1928.
- Zechlin, Egmont*, „Bethmann Hollweg und die SPD“. Der Monat. Berlin, Januar 1966.
- Zelzer, Maria*, Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Stuttgart 1964.
- Ziegler, Theobald*, Die geistigen und sozialen Strömungen im 19. und 20. Jahrhundert. 7. Aufl. Berlin 1921.
- Ziekursch, Johannes*, Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreiches. 3 Bde. 1. Die Reichsgründung. 2. Das Zeitalter Bismarcks. 3. Das Zeitalter Wilhelms II. Frankfurt a. Main 1925–1930.
- Zielenziger, Kurt*, Juden in der deutschen Wirtschaft. Berlin 1930.
- Zondek, Theodor*, (Hrsg.), „Reisebriefe des Uhde Veit aus dem Jahre 1833“. Bulletin LBI Nr. 15. 1961.
- Zweig, Arnold*, Bilanz der deutschen Judenheit 1933. Köln 1961. Erstdruck Amsterdam 1934.
- Zweig, Stefan*, Walther Rathenau. Europäisches Erbe. Hrsg. von Richard Friedenthal. Frankfurt a. Main 1960.

PERSONENREGISTER

In dem Personenregister wird nicht auf Namen von Personen verwiesen, die im Inhaltsverzeichnis (S. XIII–S. XXII) oder als Autoren von Büchern und Artikeln in der Bibliographie (S. 567–S. 584) und in den Fußnoten erscheinen. Ebenso sind Namen von Personen, die in privater oder amtlicher Eigenschaft Auskünfte erteilt haben und in den Fußnoten erwähnt sind, nicht aufgenommen worden; für sie sind die einzelnen Fußnoten und das Quellenverzeichnis I und II, S. 563 ff. heranzuziehen.

Die Zahlen der Seiten, auf denen Kurzbiographien von Juden im öffentlichen Leben Deutschlands enthalten sind, erscheinen im Kursivdruck.

- Aarons, Mendel 175, 545
Abbe, Ernst 388
Abraham, Alexander 337
Adickes, Franz 319
Adler, Alexander Sußmann 215
Adler, Karl 230, 232, 331, 545
Adler, Victor 432, 461, 470, 482
Ahlfeld, Isidor 174, 178, 207, 545
Ahlwardt, Hermann 138, 140, 144, 148, 292, 299, 342, 558, 561
Altenstein, Karl zum 13
Althoff, Friedrich 55
Andreas, Willy 32
Arendt, Otto 252, 338, 343 f., 347, 348–350, 395, 475, 545, 550, 552 f.
Arndt, Ernst Moritz 170
Arnheim, Fischel 174, 208, 210, 211, 230, 545, 547, 552
Arnhold, Eduard 380
Arnim, Bettina von 54
Arnim, Harry von 218, 231 f.
Arnim, Otto 117
Aronheim, Adolph 174, 241, 242, 331, 545
Arons, Leo 164 f.
Aronsohn, Louis 344, 371, 373, 374, 396, 545
Auer, Erhard 119, 537
Auer, Ignaz 538
Auerbach, Berthold 188, 336
Auerswald, Hans 179
August, Prinz von Preußen 70
Augusta, deutsche Kaiserin, Gemahlin Wilhelms I. 78
Bachem, Julius 135, 143, 279
Bachem, Karl 135, 143
Baeck, Leo 46
Baerwald, Moritz 344, 371, 373, 396, 545
Bahr, Hermann 150
Balfour, James 348, 501
Ballestrem, Franz von 82
Bamberg, Felix 36
Bamberger, Franz 346, 384, 393
Bamberger, Ludwig 27, 32, 95, 99, 127, 133 f., 171, 186, 188, 196, 207, 234, 236, 239, 244, 249 f., 252, 255, 257 ff., 261, 267, 269, 271, 276, 278, 280, 283, 284, 285–296, 298, 301, 320–327, 348, 398, 479, 546 f., 550 ff., 554–557, 562
Bamberger, Rudolf 236, 331, 334, 384, 545, 551
Barschall, Hermann 71 f.
Bartholdy, Jacob s. Salomon Bartholdy, Jacob
Baruch, Juda Löw, s. Börne, Ludwig
Bassermann, Ernst 113, 334, 350 f., 353 f., 357 ff., 397, 414, 556
Bassermann, Julie 334
Batocki-Friebe, Adolf von 496
Bauer, Bruno 123, 548
Bauer, Gustav 451
Bebel, August 129 f., 149 ff., 188, 195 f., 234, 262, 274, 303 f., 308 f., 315 f.,

- 321 ff., 402, 407, 410, 416, 419 f.,
422 ff., 426 f., 429 f., 433 f., 446 f.,
449, 451 f., 457 f., 461, 482, 487, 496,
520, 522, 531, 535, 560
- Becker, H., jüdischer Lehrer 161
- Beer, Wilhelm 173 f., 176, 208
- Behrend, Jakob Friedrich 44
- Bennigsen, Rudolf von 234, 237, 239,
249, 263, 272 f., 275, 277, 280, 322
387, 555
- Berger, Julius 111
- Bernays, Jacob 22, 23, 55
- Bernold, schweizerischer Oberst 186
- Bernstein, Aron 165, 459
- Bernstein, Eduard 131, 150, 165, 340,
401, 406–410, 412 f., 416, 419, 421,
437 f., 455, 456–474, 484, 495, 504,
519–522, 527, 538, 547 f., 550, 552,
554, 556 f.
- Bernstorff, Johann Heinrich von 102
- Bernuth, von, preußischer Justizminister
42
- Beseler, Max von 48, 66, 398, 561
- Bethmann Hollweg, Moritz August von
58 f
- Bethmann Hollweg, Theobald von 4, 84,
108, 352 ff., 358 f., 361, 367, 434,
447, 449, 451, 453, 489, 511
- Bethusy-Huc, Eduard Georg von 263
- Bettinger, Franz von 66
- Biniskiewicz, Josef 157 f.
- Bischoffsheim, Familie 285, 288
- Bismarck, Herbert von 36, 259
- Bismarck, Otto von VIII, 4 f., 9, 18 ff.,
28, 32–37, 42 f., 59 f., 68, 70 ff., 74,
76–80, 83, 85 ff., 90 f., 96, 98 f., 103,
112, 126 ff., 132, 134 ff., 140, 144, 152,
170, 187 f., 193, 196, 198 f., 201, 203 f.,
218, 220, 222 ff., 227, 231 f., 234, 236 f.,
239, 241, 245, 248, 250, 254, 256 f., 259,
263–280, 283 f., 286–293, 295, 300 f.,
314, 316 ff., 321–329, 338, 348, 379,
382, 387, 391, 393, 395 ff., 401, 416,
418 f., 424, 451, 525, 546, 552 f., 555 ff.,
561
- Bismarck, Wilhelm (Bill) von 136
- Bittel, Karl 233
- Blanckenburg, Moritz von 41
- Bleichröder, Gerson von 33, 127
- Bloch, Joseph 467, 499, 522
- Blum, Léon 131
- Blumenfeld, Kurt 106
- Blumenthal-Weiss, Ilse XII
- Bodman, Heinrich von 113
- Böckel, Otto 258, 335
- Böckler, H. O. 160
- Börne, Ludwig 12, 214
- Bonn, Moritz 102
- Borchardt, Julian 523, 533, 534, 545
- Born, Stephan 130
- Boutmy, Emile 92 f.
- Bräuning, Max 493
- Brandenburg, Friedrich Wilhelm von
181, 193
- Braun, Adolf 143, 152, 476, 493
- Braun, Heinrich 406, 414, 482
- Braun, Lily 414
- Braun, Otto 226, 372, 408, 428, 435,
527 f.
- Braun-Vogelstein, Julie 414
- Brentano, Lorenz 267
- Brentano, Lujo 278, 291
- Breslauer, Bernhard 48
- Breßlau, Harry 392
- Brill, Julius 173, 545
- Brüning, Heinrich 5
- Buber, Martin 458
- Bucher, Lothar 134, 136
- Büchner, Georg 214
- Bülow, Bernhard von 39, 47, 82 ff., 106,
157, 161 f., 349, 352, 367, 373, 421,
428 f., 447, 462, 479, 548
- Büssing, Heinrich 384
- Burg, Meno 15, 69
- Burg, Otto 328, 545
- Busch, Moritz 134, 136, 280
- Cahan, Abraham 420
- Cahn, Wilhelm 36
- Calwer, Richard 150, 409
- Camphausen, Ludolf 524
- Camphausen, Otto 76 f., 127
- Caprivi, Leo von 46, 98, 138, 159, 292,
453, 561
- Carlebach, Salomon 337, 391
- Carmen Sylva s. Elisabeth, Fürstin von
Rumänien
- Cassel, Oskar 101, 340, 343, 367, 368,
369, 396, 398, 545, 547, 552
- Cassel, Paulus Stephanus 218, 219, 545,
548
- Cassel, Selig s. Cassel, Paulus Stephanus
- Cassermann, Leopold von 49
- Cato, Marcus Porcius 190
- Claß, Heinrich VII, 38, 352, 561
- Cohen, Adolf 304

- Cohen, August Moritz 337
 Cohen, Hermann 56
 Cohen-Reuß, Max (Cohen, Emanuel)
 406 f., 412 ff., 474, 498, 499–502, 507,
 520 f., 553
 Cohn, Carl 540
 Cohn, Gustav 93, 94 f.
 Cohn, Hermann 341, 346, 385, 386, 396,
 545
 Cohn, Oskar 406, 409, 412, 414, 416,
 474, 502, 503–508, 520 f., 547, 552
 Cohn, Wilhelm 328, 329, 545
 Cohn, Willy 59
 Cremer, Joseph 136
 Cromwell, Oliver 190, 197
 Cunow, Heinrich 487

 Dahlmann, Friedrich Christoph 1, 179
 Dalwigk, Reinhard von 213, 236 f., 288
 Damaschke, Adolf 306
 David, Eduard 150, 410, 430, 434, 468,
 489, 497 ff., 512, 521
 Davidsohn, Georg 406, 409, 412, 414,
 474, 507, 508, 509, 520 ff.
 Delbrück, Clemens von 450
 Delbrück, Hans 353, 358
 Delbrück, Rudolf 33, 127, 289
 Derenbourg, Joseph 238
 Dernburg, Bernhard Jakob Ludwig 81,
 82–84, 96, 103, 106, 157, 380, 543
 Dernburg, Friedrich 81, 187, 236, 238,
 249, 252, 257 ff., 265, 321 f., 324, 326,
 331, 334, 397, 545, 551
 Dernburg, Heinrich 238, 379
 Dernburg, Jacob 81
 Detmold, Johann Hermann 171, 175 ff.,
 207, 544
 Dietz, Johann Heinrich Wilhelm 417
 Dill, Richard W. 295
 Dittmann, Wilhelm 435, 442
 Döllinger, Ignaz von 7
 Dohm, Christian Wilhelm 8
 Dorpalen, Heinrich 100
 Drews, Bill 102, 529
 Droysen, Gustav 487
 Dubnow, Simon 167
 Dubois-Reymond, Emil Heinrich 4
 Dühring, Eugen 457, 470
 Düringer, Adelbert 548
 Duncker, Franz 256, 304

 Ebert, Friedrich 359, 408, 427, 429, 432 f.,
 435 f., 439, 442, 489, 510, 512, 514 f.,
 521, 529
 Eberty, Felix 210, 325
 Eberty, Gustav 173, 210, 217, 226, 228,
 253, 257, 296, 324 f., 327 ff., 545
 Eberty, Veitel Joseph s. Ephraim
 Eckstein, Adolf 151
 Edinger, Ludwig 420 f.
 Edinger, Marcus 236, 239, 240 f., 331,
 334, 361, 545, 554
 Eger Georg 64
 Ehrlich, Paul 55
 Eisner, Kurt 487
 Elisabeth, Fürstin von Rumänien (Car-
 men Sylva) 23
 Elkan, Julius 177
 Eller, Elias 255, 332, 333, 396, 545, 554
 Elsas, Hugo 346, 382, 396, 545
 Ellstätter, Moritz 31, 32, 113, 445, 543,
 547
 Engels, Friedrich 130, 200, 214, 433 f.,
 446, 456 ff., 460, 472 f., 477 f., 548, 550
 Ephraim, Familie 173
 Ephraim, Veitel Joseph 173
 Ernst August, König von Hannover 175
 Erzberger, Matthias 84, 494, 507
 Eschenburg, Theodor 1, 142, 542
 Estournelles de Constant, Paul Henri
 Benjamin d' 431
 Eulenburg, Friedrich von 77
 Eynern, Ernst von 137, 141

 Falckenstein, Eduard Vogel von 194,
 196, 312
 Falk, Adalbert 43, 59 ff., 77, 327
 Falk, Bernhard 141, 340
 Falkenhausen, Ernst von 96 f.
 Feder, Ernst 293 f.
 Feistmann, Louis 383
 Fischer, Richard 150, 414
 Förg, Irmgard XII
 Forckenbeck, Max von 34, 239, 322
 Fraenkel, Ernst 438 f., 490
 Frank, Ludwig 113, 406, 409 f., 412 f.,
 415 f., 419, 427, 432, 434, 444, 445–
 455, 458, 464, 466 f., 488, 517, 519 f.,
 523, 539, 545 f., 549, 553, 556 f.
 Frankenburger, Wolf 230, 231 f., 249,
 253, 256 ff., 296, 327, 331, 545, 547,
 551 f.
 Franklin, Benjamin 283
 Freisler, Roland 18
 Frentzel, Mitglied des preußischen Ab-
 geordnetenhauses 218
 Freudenthal, Max 151

- Freund, Friedrich Theodor 85
 Freund, Ismar 61
 Freund, Wilhelm 23
 Freund, Wilhelm Salomon 253, 257 f.,
 296, 297, 302, 327 ff., 545
 Friedberg, Heinrich von 70, 72, 73 ff.,
 80, 86, 95 f., 283, 379, 543, 547, 556
 Friedberg, Robert 112 f., 252, 310, 338,
 343 f., 347, 350 f., 352–355, 357 f.,
 371, 397 f., 545, 552, 556
 Friedenthal, Markus Baer 76
 Friedenthal, Rudolf 72, 75, 76 ff., 86, 96,
 252, 255, 257 ff., 262–265, 321 f.,
 326 ff., 329, 379, 395, 543, 545, 547,
 551, 553, 555 ff.
 Friedheim, Joseph 336, 545
 Friedländer, Dagobert 281, 379
 Friedländer, David 8, 177
 Friedländer, Julius 253, 258, 301, 302,
 340 f., 545
 Friedländer, Ludwig 380
 Friedländer-Fuld, Fritz von 380
 Friedrich II., König von Preußen 1, 18
 Friedrich III., deutscher Kaiser 72, 74,
 239, 293
 Friedrich, Kaiserin s. Victoria
 Friedrich Wilhelm II., König von
 Preußen 1
 Friedrich Wilhelm III., König von
 Preußen 4, 12, 69 ff., 191
 Friedrich Wilhelm IV., König von
 Preußen 15, 55, 70 f., 190 ff., 199,
 207
 Friedrich Wilhelm, deutscher Kronprinz
 453
 Fulda, Heinrich Hugo 523, 540, 545
- Gagern, Heinrich von 171, 181, 188, 207
 Gans, Eduard 13, 71, 199, 214
 Gauß, Karl Friedrich 55
 Gebstattel, Hermann von 38, 116
 Gerlach, Ernst Ludwig von 225
 Gerlach, Helmut von 4 f.
 Gerlach, Leopold von 9
 Gerschel, Hugo 367, 545
 Gersdorff, Hans Otto von 161
 Giesen, Alexander 52
 Glaser, Emil 346, 385, 396, 545
 Gleichauf, W., Gewerkschaftssekretär
 311
 Gneist, Rudolf von 32, 34, 45, 137, 141,
 185, 188, 218, 284, 322, 331
 Goebbels, Joseph 102
- Goethe, Johann Wolfgang von 80, 177,
 295, 317
 Goeze, Johann Melchior 310
 Goldschmidt, Hermann Levin 167
 Goldschmidt, Levin 26, 43, 56, 99 f., 252,
 256 f., 265 f., 294, 321, 325, 327, 445,
 547, 556, 561
 Goldschmidt-Rothschild, Albert von 39
 Goldschmit, Friedrich 380, 381, 396, 545
 Goldschmit, Robert 346, 382, 396, 545
 Golson, Joel 177
 Goltz, Robert Heinrich von der 36
 Goßler, Gustav von 61, 67
 Gothein, Georg 118, 398, 507
 Grabow, Karl von 188
 Gradenwitz, Otto 46
 Graetz, Heinrich 294
 Gradnauer, Georg 406, 409 ff., 413,
 415, 474, 486, 487–490, 520 ff., 544,
 553
 Groener, Wilhelm 439, 452, 511
 Grolman, Wilhelm Heinrich von 192
 Grünwaldt, Louis 523, 540
 Gunzenhäuser, Wolfgang 255, 332, 545
 Guradze, Siegfried 174
 Gutmann, Jakob 255, 332, 545
 Guttmann, Bernhard 165
 Gutzkow, Karl 123, 214
- Haas, Ludwig 112, 113–116, 118, 216,
 253, 338 f., 341, 347, 363 f., 398, 547,
 552 f.
 Haase, Hugo 372, 406, 409, 412 f.,
 415 f., 419, 426, 427–445, 449, 452,
 454, 466 ff., 480, 482, 489, 491, 493 f.,
 497 f., 504, 510, 512, 519–522, 534,
 536, 554, 556 f.
 Hachenburg, Max 99, 547 f.
 Haenel, Albert 35, 284
 Haenisch, Konrad 527
 Häusser, Ludwig 7
 Hagelberg, Bernhard 336, 545
 Hahn, Eduard Moritz 87, 95 f., 210
 Hahn, Karl H. 87, 218, 260 f., 324 f.,
 327, 545
 Hahn, Ludwig Ernst 70, 87, 88, 96, 210,
 261, 324 f., 545
 Hahn, Oscar 87, 252, 260, 261, 262,
 324 f., 328 f., 545
 Halle Ernst von 84 f.
 Haller, Adele 81
 Haller, Karl Ludwig von 202

- Haller, Nicolaus Ferdinand 81, 543
 Hamburger, Fritz XI
 Hammerstein, Wilhelm von 34
 Hansemann, David 31
 Harburger, Heinrich 50
 Harden, Maximilian 143 f., 380
 Hardenberg, Karl August von 9 ff., 13, 15, 20, 70, 190
 Hardie, James Keir 431 f.
 Hartmann, Ludo Moritz 172
 Hartmann, Moritz 172, 176, 182, 186, 207
 Hasenclever, Wilhelm 146, 298
 Hasselmann, Erwin 233
 Haym, Rudolf 180
 Hebbel, Friedrich 36
 Heckscher, Johann Gustav Wilhelm
 Moritz 172, 176 f., 178, 179 f., 207, 544, 554
 Heckscher, Siegfried 253, 347, 366, 367, 368
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 246
 Heilberg, Adolf 339 f.
 Heilbrunn, Ludwig 344, 377, 378
 Heim, Georg 49
 Heimann, Hugo 366, 404, 523, 530, 531 ff., 545
 Heine, Heinrich 71, 175, 214
 Heine, Wolfgang 118, 341, 409, 480
 Helfferich, Karl 289, 349, 359, 496
 Helphand, Israel (Parvus) 477, 500
 Henle, Siegmund von 255, 331, 545
 Hertling, Georg von 101, 112, 354
 Hertz, Daniel 248
 Hertz, Familie 243
 Hertz, Gustav Ferdinand 248
 Hertz, Hartwig Samson 247 f.
 Hertz, Heinrich 248
 Herz, Isidor 336, 545
 Herzfeld, Joseph 406, 409, 411, 413, 474, 480, 490, 491 f., 519 ff.
 Hess, Moses 130
 Hesse, Fritz 357, 386
 Heuss, Theodor 2, 317, 363, 444, 448, 455, 549
 Heuss-Knapp, Elly 515
 Heydebrand und der Lasa, Ernst von 134, 356
 Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm von 240
 Heymann, Berthold 523, 538, 539, 545
 Hilferding, Rudolf 401, 550
 Hindenburg, Paul von 5, 489
 Hinrichsen, Marcus Wolf 243, 247, 252, 257, 259, 265, 396, 545
 Hinrichsen, Siegmund 244, 247
 Hirsch, Daniel Heinrich 281, 328 f., 545
 Hirsch, Julius 102, 109, 110 ff.
 Hirsch, Max 61, 234, 253, 255 ff., 259, 296, 301, 302, 303–311, 321, 324 f., 338, 342, 367, 398, 545, 551
 Hirsch, Paul 523, 524, 525–530, 545
 Hirsch, Samson Raphael 282
 Hirsch, Siegfried 19
 Hirschhorn, Rudolf 334, 545
 Hitler, Adolf 18, 116, 359, 361, 386, 474, 536, 561
 Hitzig, Eduard Julius 70
 Hobrecht, Arthur 77, 140, 351, 560 f.
 Hoch, Fritz 493 f.
 Hoch, Gustav 378, 406, 409 ff., 413, 474, 492, 493–498, 520 f., 546
 Höchberg, Karl 130, 457
 Hoegner, Wilhelm 66
 Hölder, Julius 234
 Hoffmann, Adolf 369, 526, 529, 532
 Hoffmann, Heinrich 214
 Hohenlohe-Langenburg, Ernst von 82
 Hohlfeld, Johannes 171
 Holleben, Theodor von 45 f.
 Horwitz, Heinrich Joseph 253, 255, 257, 296, 300, 301, 325, 328 f., 545
 Hülsen, Dietrich von 39
 Hugenberg, Alfred 162
 Humann, französischer Legationssekretär, später Finanzminister 87
 Humboldt, Alexander von 55
 Humboldt, Wilhelm von 11

 Israel, John 248
 Itzenplitz, Heinrich von 276, 293

 Jacoby, Johann 131, 170 f., 173, 175, 177 f., 186, 188, 189, 190–200, 207 ff., 218, 229, 240 f., 248, 272, 312 f., 327, 405, 411, 419, 426, 530, 544 ff., 549 ff., 554
 Jagow, Gustav von 87
 Jastrow, Ignaz 56, 525
 Jaurès, Jean 430, 432, 446, 451, 454, 467, 516
 Jeitteles, Andreas Ludwig 172
 Jellinek, Adolf 93, 96, 172
 Jellinek, Camilla 97
 Jellinek, Georg 89, 91, 92 f., 97, 172
 Jellinek, Hermann 172

- Jellinek, Walter 92
 Jhering, Rudolf von 550
 Joel, Kurt 85
 Johann, Erzherzog von Österreich 178
 Jolly, Julius 31 f.
 Josephy, Rudolph 175, 545
 Jüdel, Itzig 213, 384, 545
 Jüdel, Max 346, 384 f., 396, 545
 Julius, Nikolaus Heinrich 70
 Juliusberg, Ludwig 85 f.

 Kaempff, Johannes 366
 Kahn, Jakob 523, 540, 545
 Kalkoff, Hermann 356, 396
 Kandt, Richard 85
 Kant, Immanuel 8, 197, 426, 430, 443
 Kardorff, Siegfried von 350
 Kardorff, Wilhelm von 263, 349, 368
 Kaufmann, Erich 204
 Kautsky, Karl 401, 431, 437 f., 446, 451, 456, 461, 467 f., 472, 478, 481, 484, 504, 515, 550
 Kayser, Max 325, 405 f., 411, 414 f., 416, 417 f.
 Kayser, Paul 85 f.
 Keil, Wilhelm 410, 454, 473, 533, 538 f.
 Kempner, Maximilian 253, 366, 532
 Ketteler, Wilhelm Emanuel von 128
 Kircheisen, Friedrich Leopold 69
 Knapp, Georg Friedrich 515
 Köhler, preußischer Staatsrat 548
 Kokosky, Samuel 242
 Kolb, Wilhelm 415, 445, 449
 Koreff, David Ferdinand 70
 Kosch, Raphael 42, 43, 59, 173, 175, 207 ff., 211, 226, 327, 545, 552
 Koscielski, Stanislaus von 159
 Kotzebue, August 71
 Kracauer, Isidor 445
 Krause, Paul von 359
 Kreutzberger, Max XII
 Kröcher, Jordan von 206, 550
 Kühlmann, Richard von 102
 Kühn, August 408
 Kuranda, Ignaz 172
 Kusel, Rudolf 235, 331 f., 445, 545, 552

 Laband, Ludwig 96
 Laband, Paul 89, 90 f., 96, 392
 Ladenburg, Ernst 334
 Ladenburg, Karl 333, 382, 396, 545
 Ladenburg, Leopold 334
 Ladenburg, Wolf Haium 334
 Lambach, Walter 108

 Lancken-Wakenitz, Oscar von der 97
 Landauer, Lou XII
 Landsberg, Otto 406 f., 409 f., 413, 415, 474, 509, 510–515, 519–522
 Langenbach, Wilhelm 346, 383
 Lasker, Eduard 33, 36, 68, 78, 127, 134, 211, 218 ff., 227, 234, 239, 250, 252, 256 f., 259, 261, 263, 265, 268, 269, 270–286, 289 f., 294 f., 297, 299, 302, 309, 316, 320–329, 389, 394, 397 f., 545, 547, 551 f., 554–557, 561
 Lassalle, Ferdinand 27, 94, 129 ff., 222 f., 233, 240, 291, 298, 304, 314 f., 321, 402, 405, 417, 419, 447 f., 458, 470, 473, 550 f.
 Lattmann, Wilhelm 154, 156
 Laube, Heinrich 181
 Leber, Annedore X
 Ledebour, Georg 497, 521
 Ledermann, Julius 388, 545
 Legien, Karl 408, 427
 Lehmann, Emil 335, 336, 545
 Leinert, Robert 528
 Lenel, Victor 346, 383, 393
 Lenin, Wladimir Iljitsch 425, 430, 550
 Lensch, Paul 480, 520
 Lenz, Max 13, 205
 Leonrod, Leopold von 49, 561
 Lessing, Gotthold Ephraim 8, 34, 310, 446
 Levi, Simon 230, 231, 249, 331, 545, 551
 Levy, Heymann Baruch 248
 Levy, Leopold 343 f., 374, 375, 396, 545
 Levysohn, Philippine 175
 Levysohn, Wilhelm 171, 175, 207, 544
 Lewald, Fanny 183
 Lewin-Träger, Max 344, 377, 379, 545
 Leyden, Ernst von 226
 Leyden, Victor von 226
 Lichnowski, Felix von 179
 Lichtenstein, Käthe 377
 Lichtenstein, Max 376, 377, 545
 Lieber, Ernst 142, 144, 274
 Liebermann, Else 225
 Liebermann, Max 225
 Liebermann von Sonnenberg, Max 136, 258, 492
 Liebert, Eduard von 347
 Liebeschütz, Hans 35, 44, 548
 Liebknecht, Karl 409, 428, 438, 441 f., 468, 513, 520 f., 526 f., 529
 Liebknecht, Wilhelm 129 f., 298, 304, 321 f., 434, 476, 522

- Liepmann, Paul 343 f., 370, 371, 374, 396, 545
 Limburg-Stirum, Friedrich Wilhelm von 98
 Lindemann, Hugo 526
 Lippe-Biesterfeld, Leopold zur 42 f., 218
 Lippmann, Julius 343 f., 375, 376, 398, 545
 Lippmann, Leo 39 f.
 Lisco, Hermann 359
 Lissauer, Ernst 471
 Liszt, Franz von 502
 Löbe, Paul 339, 363, 463
 Loening, Carl Friedrich s. Loewenthal, Zacharias
 Loening, Edgar 89, 238, 380
 Loening, Richard 89, 238
 Loewe, Isidor 299
 Loewe, Ludwig 136, 253, 255 ff., 259, 296, 298, 299 f., 324 f., 327 ff., 331, 398, 545, 552
 Löwenstein, Gabriel 151, 213, 405, 523, 534, 535 f., 545
 Loewenstein, Otto 86, 328 f., 545
 Löwenthal, Felix 340, 365
 Loewenthal, Zacharias 213 f., 545
 Lorenzen, Sievert 44
 Lowenthal, E. G. XII
 Lucanus, Hermann von 74
 Lucius, E., Führer des Braunschweiger Arbeitervereins 241
 Lucius von Ballhausen, Robert 77, 284
 Ludendorff, Erich 108, 118, 355, 439, 489
 Ludwig I., König von Bayern 22
 Luitpold, Prinzregent von Bayern 332, 481
 Luppe, Hermann 537
 Luxemburg, Rosa 401, 430, 432, 438, 451, 485, 513, 520, 550
 Lynar, Fürst zu, Mitglied des Vereinigten Landtags 18
- Magnus, Martin 174
 Maier, Hedwig 560
 Maison, Carl 332, 393, 545
 Manteuffel, Edwin von 36, 181
 Manteuffel, Otto von 205, 550
 Marcus, Lewis Jakob 175, 178, 208, 214, 545
 Marcus, Samuel 175
 Marquardsen, Heinrich 256, 277
- Marum, Ludwig 523, 539, 545
 Marx, Isidor 15
 Marx, Karl 8, 129 ff., 149, 181, 200, 207, 214, 240, 291, 304, 399, 433, 443, 447, 456, 458, 460, 472 f., 495, 548, 550 f.
 Massing, Paul W. 148
 Mathy, Karl 31, 334
 Max, Prinz von Baden 112 f., 119, 469, 514
 Maximilian, König von Bayern 22
 Mayer, Albert 346, 381, 396, 545
 Mayer, David Hugo 39
 Mayer, Emil 346, 382, 545
 Mayer, Gustav 97, 99 f., 447
 Mayer, Otto 90
 Mayer, Samuel Marum 54, 71
 Mehring, Franz 229, 417, 441, 476, 480, 487
 Meinecke, Friedrich VIII, 1, 116, 180, 358, 424, 561
 Melchior, Carl 246
 Mendel, Emanuel 253, 255 ff., 296, 300, 321, 327
 Mendelssohn, Franz von 380
 Mendelssohn, Moses 8, 380
 Mendelssohn-Bartholdy, Ernst von 380
 Menger, Anton 482
 Metternich, Clemens von 11
 Metz, August 214, 236, 237 f., 249 f., 255, 258, 331, 334, 545, 551
 Meyer, Conrad Ferdinand 475
 Meyer, Moritz 64
 Meyer, Oscar 344, 377, 378, 545
 Meyer, Paul 64
 Meyer, Selmar 386, 396, 545
 Meyer, Wilhelm 386, 396, 545
 Meyerbeer, Giacomo 174
 Michaelis, Georg 112, 354, 359, 361, 440, 524
 Michaelis, Oskar 388, 396, 545
 Michels, Robert 131, 147
 Minghetti, Laura 39
 Miquel, Johannes 4, 274, 280, 319, 322
 Mirabeau, Honoré Gabriel Riquetti, Comte de 1, 8, 168, 487
 Mohl, Moritz 21, 121 f., 208
 Mohl, Robert von 21, 182, 284, 322
 Molkenbuhr, Hermann 410, 429, 432, 434, 496
 Molke, Helmuth von 246
 Mommsen, Theodor X, 23, 34, 68 f., 98, 100, 286, 292, 294 f., 322, 549, 551, 562

- Montgelas, Maximilian von 10, 14
 Morgenstern, David 174, 210, 212, 213,
 230, 536, 545
 Morgenstern, Friedrich 213
 Morgenstern, Lina 347
 Morgenstern, Olga 347
 Mosse, Albert 45, 46
 Mosse, Martha 46 f.
 Mosse, Rudolf 165
 Mossner, Walter von 84, 392
 Mühler, Heinrich von 43, 59
 Mühsam, Siegfried Seligmann 337, 391
 Müller, Hermann 433, 485
 Müller, Richard 532
 Münsterberg, Otto 343 f., 375, 545
 Mugdan, Otto 253, 343, 347, 366, 367,
 398, 545
 Näf, Naphtali 235, 331, 545
 Näf, Werner 542
 Napoleon I. 2 f., 9, 392
 Napoleon III. 36, 194, 287, 434
 Nathan, Paul 293, 462
 Naumann, Friedrich 357
 Netter, Nathan 392
 Neukirch, Wolfgang 215
 Neumeyer, Alfred 48, 49
 Neuwall, Leopold von 172
 Noske, Gustav 150, 410, 428, 441, 443,
 487, 507, 529
 Odhiltree, Thomas P. 282 f.
 Oldenburg-Januschau, Elard von 423
 Oncken, Hermann 270, 273, 294
 Oppenheim, Heinrich Bernhard 54, 55,
 252, 256 f., 259, 265, 267 ff., 278, 286,
 290, 294, 321 f., 324, 327, 550 ff.
 Oppenheimer, Franz 117
 Oppenheimer, Moses 151
 Oppersdorff, Hans Georg von 159
 Otto, König von Bayern 332
 Pappenheim, Max 26
 Parvus s. Helphand, Israel
 Paulsen, Friedrich 56 ff., 336, 548
 Paulus, Heinrich E. G. 123
 Peirottes, Jacques 421
 Peltasohn, Martin 47, 114, 338, 342, 345,
 368, 371, 372 f., 398, 545, 552
 Perels, Ferdinand 85
 Petersdorff, Herman von 186 f.
 Pëus, Wilhelm 410
 Pfeiffer, Eduard von 232, 233 ff., 249,
 331, 338, 545, 551
 Pfeiffer, Julie 233
 Pfeiffer, Marx 232
 Pfordten, Ludwig von der 122, 212
 Philippson, Gustav 174 f., 545
 Philippson, Levi 214
 Pinoff, K., Mitglied der preussischen
 Zweiten Kammer 173, 545
 Posadowsky-Wehner, Arthur von 508
 Preuß, Hugo 2, 61 f., 225, 341, 541
 Proudhon, Pierre Joseph 286
 Puttkamer, Alberta von 280
 Puttkamer, Ellinor von 72
 Puttkamer, Franziska von 71
 Puttkamer, Maximilian von 280
 Puttkamer, Robert von 33, 37, 60, 98 f.,
 166, 283, 293, 327
 Quarck, Max 118, 410
 Quessel, Ludwig 499
 Radowitz, Joseph Maria von 185
 Ranke, Leopold von 19, 274
 Raschdau, Ludwig 85
 Rathenau, Emil 103 f.
 Rathenau, Walther 102, 103, 104–109,
 112 f.
 Raumer, Karl Otto von 22, 58
 Ree, Anton 175 f., 178, 243, 245, 246 f.,
 253, 255, 257, 296, 327, 545
 Reichenheim, Leonor 217, 219, 220,
 221–226, 252, 258, 265, 327, 545
 Reichenheim, Nathanael 174, 220 f., 225
 Reichensperger, August 19, 187
 Reichensperger, Peter 25 f., 35, 50, 59,
 135, 276
 Reichmann, Eva 473
 Reinach, Joseph 238
 Reinach, Salomon 238
 Reinach, Theodor 238
 Reinganum, Maximilian 178
 Reiß, Isaac 215
 Remak, Robert 55
 Richter, Eugen 136, 227 f., 256, 274, 291,
 316, 322, 325, 329, 339, 560 f.
 Richter, Werner 55
 Richthofen, Hartmann von 362
 Rickert, Heinrich 137
 Riesser, Gabriel 21, 40, 42, 81, 99,
 120 ff., 171, 177 f. 180–184, 190, 198,
 207 ff., 211, 243–246, 271, 336, 361,
 544 f., 551, 555, 561
 Riesser, Jakob 252, 347, 361, 362 f.
 Robinow, Familie 243
 Robinow, Hermann Moses 248
 Robinow, Johannes Adolph 248

- Robinow, Siegmund 247
 Rodbertus, Karl 203
 Rönne, Ludwig von 184
 Roeren, Hermann 82
 Roethe, Gustav 453
 Roon, Albrecht von 225
 Rosenfeld, Kurt 407
 Rosenow, Leopold 340, 343, 367, 369,
 370, 545
 Rosenthal, Eduard 56, 346, 387, 388,
 394, 396, 545
 Rosin, Heinrich 56
 Rothschild, Edmond de 39
 Rothschild, Kallmann L. 175, 545
 Rothschild, Mayer Amschel 191
 Rothschild, Mayer Karl von 252, 255,
 257, 259, 262, 263, 326, 379, 559
 Rothschild, Baronin Willy von 39
 Rotteck, Karl von 14, 123
 Rousseau, Jean-Jacques 92
 Rühle, Otto 520 f.
 Rütten, Joseph 214 f.
 Ruge, Arnold 267

 Sabor, Adolf (Abraham) Theodor 318,
 325, 406 f., 413, 416, 418
 Sägert, Mitglied der preußischen
 Ersten Kammer 204
 Salomon Bartholdy, Jacob 70
 Sand, Karl Ludwig 71
 Sanders, August 247 f.
 Saurma-Jeltsch, von, Mitglied des
 preußischen Herrenhauses 202
 Savigny, Karl Friedrich von 13, 54, 58,
 73
 Schaps, Georg 44, 53
 Scheidemann, Philipp 118, 156, 410, 429,
 432, 434, 436, 441 f., 451, 488 f., 499,
 503, 507, 511, 514 f., 521
 Schieder, Theodor 91
 Schiffer, Eugen 87, 88, 89, 96 f., 112,
 252, 343 f., 347, 353, 355–360, 397 f.,
 545, 552, 556
 Schlomer, Abraham 337, 391
 Schlomer, Jacob Ignatz 391
 Schmalenbach, Eugen 109
 Schmid, Jonathan 539
 Schmidt, Robert 110, 487, 496, 498, 507
 Schmoller, Gustav von 2, 104 f., 270,
 276, 284, 403
 Schmückle, Gerd 101, 118
 Schneider, Ferdinand 333, 396, 545, 554
 Schön, Theodor von 189
 Schönaich-Carolath, Heinrich von 5
 Schönlank, Bruno 406 f., 411, 413, 416,
 456, 463, 474, 475–480, 486 f., 520
 Schönlank, Bruno (Jr.) 475
 Schönstedt, Karl Heinrich von 47, 49,
 66, 398
 Schöpflin, Georg 539
 Schorske, Carl 155, 433
 Schrader, Karl 341
 Schramm, Max 390, 549
 Schramm, Percy Ernst 549
 Schrötter, Friedrich Leopold von 9
 Schulz, Heinrich 531
 Schulze-Delitzsch, Hermann 227, 233,
 240, 264, 308, 315, 329, 369
 Schulze-Gävernitz, Gerhart von 453 f.
 Schurz, Carl 282
 Schwabach, Felix 252, 347, 360, 361,
 545
 Schweitzer, Albert 392
 Schweitzer, Johann Baptist von 132, 193
 Schwerin-Putzar, Maximilian von 43, 87
 Seckel, Emil 238
 Selchow, Werner von 76
 Sensburg, Ernst Philipp von 71
 Severing, Carl 408, 496
 Siehr, Carl 377
 Siemens, Carl Friedrich von 358
 Silbermann, Eduard 50, 51
 Silberner, Edmund 150
 Simmel, Georg 392
 Simon, Heinrich, Vortragender Rat im
 preußischen Justizministerium 70, 184
 Simon, Heinrich, Mitglied der National-
 versammlung 1848 70, 171, 173,
 176 ff., 183, 184 ff., 190, 198, 207, 226,
 288, 544 f., 555
 Simon, James 225
 Simon, Ludwig 209
 Simon, Max 171, 177, 207, 226, 227,
 253, 257 f., 544 f., 551
 Simons, Louis 40 ff., 58
 Simson, Clara 187
 Simson, Georg 171, 175, 208, 544
 Simson, Martin Eduard von 19, 41, 72,
 79, 80, 86, 95 f., 170 ff., 174, 176 ff.,
 184, 186–189, 198, 207 ff., 217 ff., 252,
 256, 258, 265, 322, 326, 397, 544 ff.,
 551, 554, 556
 Singer, Paul 131, 151, 250, 301, 325,
 406 ff., 413, 415 f., 419, 420–427, 429,
 482, 520, 525, 531 f., 546, 556, 561
 Sinzheimer, Hugo 90, 202 f.

- Solf, Wilhelm 494
 Solf, Frau (Gattin von Wilhelm Solf) 46
 Sollmann, Wilhelm 150
 Sommer, Siegfried 44
 Sonnemann, Leopold 95, 229, 234, 240, 253, 255, 257, 259 f., 263, 309, 311, 312–321, 323 ff., 326, 330, 418, 551, 554 f.
 Spahn, Peter 101, 437, 511
 Spier, Samuel 405
 Spinoza, Baruch 198
 Stadthagen, Arthur 250, 406, 409, 413, 415 f., 453, 474, 480, 481 ff., 486 f., 502, 519 ff., 544
 Stahl, Friedrich Julius 19, 71, 90, 172, 174, 176 ff., 197, 198–209, 379, 550 f., 555
 Stahl, Wilhelm 172, 177, 207 f., 214, 544 f.
 Stampfer, Friedrich 425, 473, 477, 480, 503
 Stauffenberg, Franz August Schenk von 239, 322
 Steiger, Edgar 477
 Stein, August 285
 Stein, Karl vom 9 f., 264
 Stein, Nathan 53, 445
 Steinthal, Heinrich 248
 Stengel, von, Breslauer Universitätsprofessor 302
 Sterling, Eleonore 14
 Stern, Josef 329, 330, 331, 545, 554
 Stern, Moritz Abraham 55
 Stier-Somlo, Fritz 89
 Stoecker, Adolf 34, 66 f., 69, 98, 134, 136 f., 139 ff., 144, 148, 151, 166, 256, 258 f., 262, 266, 294, 297, 299 f., 342, 398, 407, 409, 420, 476, 547, 558
 Stolberg-Wernigerode, Otto zu 35, 37
 Strausberg, Bartel Heinrich s. Strousberg
 Strassmann, Wolf 298, 328, 329, 331, 545
 Strauss, Franz Joseph 118
 Stresemann, Gustav 3, 117, 352, 357, 362, 397, 556
 Ströbel, Heinrich 487, 529
 Strousberg, Bethel Henry 252, 258, 260, 261, 276, 324, 326
 Strupp, Gustav 389, 396, 545
 Stücklen, Daniel 118
 Studt, Konrad von 61
 Stumm-Halberg, Carl Ferdinand von 306
 Südekum, Albert 410, 498
 Süßheim, Max 102, 174, 523, 536, 537, 545
 Süßkind, Albert 445, 523, 540, 545
 Sutro, Abraham 40, 42, 59, 63
 Sybel, Heinrich von 188, 226, 249, 281, 322
 Tacitus, Publius Cornelius VIII
 Täubler, Eugen 557
 Teutsch, elsässischer Reichstagsabgeordneter 320
 Thieme, Hartwig 351
 Thiers, Adolphe 75
 Thiersch, Friedrich 199
 Thomas, Albert 452
 Tirpitz, Alfred von 84, 358, 367, 479
 Toury, Jakob X f., 156
 Träger, Albert 136, 366, 379
 Treitschke, Heinrich von VII, 34, 58, 68, 78, 99 f., 114, 165 f., 185, 191 f., 200, 205, 214, 219, 268, 294, 320, 322, 549, 552
 Trott zu Solz, August von 61
 Tschitscherin, Georgij Wassiljewitsch 103
 Twesten, Karl 188, 218
 Uhland, Ludwig 170, 187, 231
 Uhlfelder, Abraham 8, 177
 Ullstein, Leopold 165
 Ulrich, Carl 427
 Ury, Adolf 392
 Usener, Hermann 22
 Vaillant, Edouard 431
 Varnhagen, Rahel 214
 Veblen, Thorstein 94
 Veit, Moritz 25, 41, 42, 99, 123, 171, 176 f., 207, 209 f., 217, 221, 272, 544 f., 551 f.
 Victoria, Gemahlin Friedrichs III. (Kaiserin Friedrich) 293, 295
 Vincke, Georg von 41, 188
 Virchow, Rudolf 34 f., 128, 148, 266, 298, 322, 343, 369
 Vollmar, Georg von 49, 430, 447, 449, 478, 536
 Wachenheim, Hedwig 444
 Wagener, Hermann 25, 276
 Wagner, Adolf 136, 148, 322, 348

- Waldeck, Benedikt Franz Leo 268
 Waldstein, David Felix 118, 253, 338 f.,
 341, 343 f., 347, 363, 364, 365 f., 398,
 545, 547, 552
 Warburg, Aby S. 248
 Warburg, Familie 243
 Warburg, Max Moritz 390, 391
 Warburg, M. M., Bankhaus 246, 248,
 390
 Warburg, Moritz, Bankier 248, 390
 Warburg, Moritz, preußischer Abgeord-
 neter 226, 227, 228, 281, 327 ff., 331,
 545
 Warburg, Paul 390 f.
 Warburg, Siegmund 248, 390
 Warschauer, Adolf 63
 Weber, Max 93
 Wegscheider-Ziegler, Hildegard 526
 Weill, Friedrich 340
 Weill, Georges 406, 409, 413 f., 416, 474,
 515, 516–520, 522
 Weismann, Robert 225
 Weiss, Bernhard 102
 Weiss, Guido 165, 193, 229, 330, 419,
 545, 554
 Welcker, Karl Theodor 123, 181, 185
 Weltsch, Robert XII, 172
 Werner-Gießen, Ferdinand 117
 Westarp, Kuno von 86, 160 ff., 356,
 494, 512, 514
 Westphalen, Ferdinand von 26
 White, Andrew 282
 Wied, Hermann Fürst von 23
 Wied, Marie Fürstin von 23
 Wiemer, Otto 367, 503
 Wiesner, Adolf 172
 Wiggers, Moritz 28
 Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von
 22, 165
 Wilberforce, William 25
 Wild von Hohenborn, Adolf 108
 Wilhelm I., deutscher Kaiser 5, 27, 44,
 60, 74, 77 f., 80, 84, 132, 187, 223,
 242, 262, 280, 283, 307, 400
 Wilhelm II., deutscher Kaiser 37 ff., 44,
 73 f., 85, 101, 106, 113, 138, 142, 144,
 148, 166, 225, 244, 248, 297, 322, 380,
 391, 393, 395, 425, 464, 479, 488, 519,
 531, 539, 543
 Willstätter, Richard 56
 Wilson, Woodrow 436, 438, 440 f., 469,
 490, 505, 514
 Windthorst, Ludwig 50, 135 f., 140,
 142 f., 262, 274, 277, 320, 322 f., 330,
 560 f.
 Wirth, Joseph 88, 486
 Witte, Sergej Juliewitsch 548
 Witting, Richard 380
 Wolff, Eduard 342, 344, 371, 372, 396,
 545
 Wolff, Ernst 80
 Wolffson, Albert 346, 389, 390, 396
 Wolffson, Familie 243
 Wolffson, Isaac W. 175, 178, 243, 244,
 245 ff., 252, 257, 259, 265, 322, 325 ff.,
 346, 389, 396, 545
 Wolfskehl, Karl 335
 Wolfskehl, Otto 334, 335, 383, 393, 396,
 545
 Wollheim, Caesar 380
 Wollheim, Hermann 173, 545
 Wrisberg, Ernst von 117
 Wulffen, von, Breslauer Stadtkomman-
 dant 297
 Wurm, Emanuel 406, 409 f., 412, 414 f.,
 474, 483, 484 f., 493, 504, 520 f.
 Wurm, Mathilde 485

 Yorck, Ludwig von 18
 Yorck von Wartenburg, Johann David
 18
 Yorck von Wartenburg, Peter 18

 Zedlitz und Neukirch, Octavio von 347
 Ziegler, Franz 192
 Ziegler, Theobald 204
 Ziekursch, Johannes 1
 Zieten, Leopold von 18 f.
 Zihe, von, Staatssekretär 136
 Zimmern, Siegmund Wilhelm 54, 71
 Zweig, Arnold X
 Zweig, Stefan 104

